

MITTEILUNGEN AUS DEM VEREIN ZUR ABWEHR DES ANTISEMITISMUS

Verein zur Abwehr des
Antisemitismus



Sach-Register 1906.

[illegible]

Zogarek, Paul de, über Christentum	221	
Zomprodt, Carl, über die Kulturbedeutung der Juden	173	
Zombor, Dr., über jüdische "Blutsch" 875-876	275-276	
Zornwirth'sches und Zuden, „Jüd. Gesellschaft für Förderung des Ackerbaues“ in Schöne	140	
— in Karlsruhe	163, 164	
— David Labin	192	
Zottner, Herausgeber des „Vorjahr antij. Blattes „La Corriere“, wegen ungebührlicher Gefährdungen und Verleumdungen verhaftet	103	
Zotter, Oswald, beurteilt den Carl Schutz	180	
Zutmann, Hsp., über den Eisenacher Strauß 189		
— über die Ausweisung russischer Juden	142	
— schließt Moskau und Nikolai von seinen Hochzeiten	142	
— agitiert in Weimar	300, 301	
— findet in einer Versammlung in Rastatt	326, 327	
— vorantennischen Richtern	388, 389	
Zwitter, Ernst, Barde der „Staatsbürger-Ztg.“ und Wochenzeiger	30, 11, 26, 27	
Zehrenheim, Jbd., im Mannheimer	122, 123	
Zengmann, Nds., Vorstandsmitglied des B. u. d. G.	102	
Zeffing, Wilhelm, agitator, als Judenstichler	20, 24	
Zehender, Dr. Hermann, Hsp., am 12. September 1905 im Reichstag	„Wer einen Juden tötet, tötet ihn!“	8
— spricht in Egerhausen gegen d. Staatsbürger-Ztg.	12	
— auf der Generalversammlung des B. u. d. G.	60	
— u. d. Verleumdungsabweiser	97, 98	
— ein „fanatischer Führer“	103	
— für ein Bündnis mit Konfessions- u. Völkern in Hessen	250, 251	
— Charakterstudie nach anti. Zeugnissen	258	
Zickertstein, Alois, Prinz über die russische Revolution	18, 19	
— keine politische Landbahn	364, 365	
Zippe, sozialistische Zurückführung der Juden	255, 256	
Zißig, Franz v., Prof., über den Polnaker Judenfrage	21, 22	
— auf der Generalversammlung des B. u. d. G. über die Kriminalität der Juden in Deutschland	74—78	
— gegen die russischen Judenemigrationen	194, 195	
Zöffler, v., Oberl., u. die Beförderung von Juden zu Reichsoberkeimern	102, 103	
Zopalin, C., Souverän, über abgerichtete Emigration der Pogrome	341, 342	
Zoubow und z. Juden	287	
Zubin, David, West. des Internationalen Landwirtschaftlichen Instituts	122	
Zugler, Carl, Bürgermeister, vom Wien und dem Wiener Volkskomitee, Rede bei der Feiern d. Reichstags	55, 56	
Ziegenbock nach Wundman	206, 207	
— u. b. der Frau Joseph	222	
— u. b. Journalisten	207, 208	
— Erkrankung	227, 228, 230	
— Kollisionsfall	280	
— u. die Zukunft seiner Partei	329, 330	
Zust, Landesgerichtsrat in Tübingen, gegen d. russ. Judenemigrationen	293, 294	
Zuzgall, Hallenscher Musiker, Jude	64	
— erzählt ein Schreiben dem Fürsten Bülow	294	

201

Zuber, Dr., Reichstagsm.	92, 237
Zurbarger Volkskreis, Ursache des Scheiterns an die Freikämmlern	262, 263
Zur, Wilhelm, über das Christentum	224
Zur, Prof. in Bern, über Toleranz	8
Zur, Dr., Gymnasialdirektor in Basel, Vorstandsmitglied des B. u. d. G. u. d. G. gef.	122
Zur, H. C., Hamburger Staatslehrer über die Kaufmannschaft Frankens 1900, 300	250
Zwenzl, Emanuel, Prof.	350
Zwenzl, Barthold, Altkreis, Führer des Univeritätsps., Artikel über d. Schädlichkeit	371, 372

Beweg. Antisemitenführer in München u. d. Zentrum	327, 343	Witte, Graf, Ministerpräsident, u. d. Opposition	327, 343	Zentrum und Antisemitismus in München	327, 343
Bergeland, Geneser, ein bauerlicher Dorfbesitzer	245, 246	— u. d. Juden	95, 96, 132	Hegler, Theodor, Prof. in Straßburg, vom der „Staatsbürgerg.“ angegriffen	205, 206
— b. Judenemigration	245, 246	Weil, Simon, jüd. Staatsmann in den Vereinigten Staaten	341	Himmermann, Oswald, Abg., Kreyss gegen den Reichstern Herrlein von der „Deutschen Wacht“	7
Hecker, antis. Abg., über Bismarck u. Sonnenberg	258	Wölff, Gumbert, General und Sektionschef im schwedischen Marine-Ministerium	48	— auf dem Parteitag für Christenland	133, 134
— seine Sünden u. d. Deutschjuden	265, 266	„Wolken und Morgenrot“, Beleuchtung d. antis. Bewegung in Berlin, München, Dresden, Wien	315, 316	— kennzeichnet die Stellung d. Antisemitismus unter Wilhelm II.	333
— auf dem Parteitag in Kassel	339	Wolke, Prof. in Bern, über Toleranz	8	Monismus u. konf. Staat	361, 362, 378, 379
Hiemer, Dr., Abg., über die Begnadigung Südlers	22	Wucher in Rußland	384	„Joller“ im Gefängnis, satir., über Sozialist.	202, 203
Wien als Fremdenstadt u. d. Antisemiten	37, 38	Wanderrabbi von Sabagora u. d. Antisemiten	354	Hünzler und Wund der Sonntags	36
— Geschichte der Juden in Wien	283—285			Jüdischkeit, antis., u. d. Juden	249, 250
Wiener Brief 18, 19, 36—38, 54—56, 79, 80, 90, 81, 118, 119, 127, 128, 143—145, 157, 158, 179, 180, 206, 207, 261, 262, 291, 292, 307—309, 329, 330, 364, 365, 380, 381, 386, 397				Winger-Kessource in Breslau u. Juben	327, 328
Wilhelmorden u. d. Antisemiten	368				
„Wirtschaftliche Bereinigung“ im Reichstage wie Braun und Rubin	130				



Orts-Register.

[illegible]

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magedeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Kontobank: West 4 Str. 237A.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expeditionen sind zu richten nach Berlin W. Magedeburgerstr. 14, und alle für den Besitz des Bureau der Mitteilungen Berlin, West- und Ostkreiskreisaussagen an den Schatzmeister, Herrn Dr. Wenzel, an D. Genell, Berlin W. Magedeburgerstr. 14.

Die Begnadigung des Grafen Pückler.

Die dem Grafen Pückler-Tschirne auferlegte halbjährige Gefängnisstrafe ist auf dessen Gnadengesuch in eine Festungsstrafe von gleicher Dauer umgewandelt worden.

Die Erledigung von Gnadengesuchen, vorbehaltlich der Unterchrift des Königs ist Sache des Justizministeriums. Der Justizminister trägt die Verantwortung für alle Begnadigungen seitens der Krone. Die Begnadigung des Grafen Pückler ist die erste in die Augen fallende Tat des neuen Justizministers Herrn Dr. Bessler.

Nun ist zu fragen: war die Begnadigung des Grafen Pückler bereits durch den sich im Aufstand lebenden Justizminister Dr. Schönstedt vorbereitet, hat Herr Dr. Bessler sie in den Akten des Ministeriums gewissermaßen als eine Erbschaft vorgefunden? Oder ist sie aus seinem eigenen Volkswillen hervorgegangen? Im ersten Falle hätte zwar Niemand und nichts den neuen Justizminister daran hindern können, sich an den Wunsch seines Vorgängers nicht zu halten. Würde er gleichwohl mit der Erledigung des Gnadengesuches im Sinne des Herrn Schönstedt verfahren zu sollen, — dann trifft ihn ein gut Teil der moralischen Verantwortlichkeit. Sein Verfahren erschiene aber immerhin in einem freundlicheren Lichte, da man eben eine gewisse Pietät gegenüber dem früheren „großen Chef“ mit in Rechnung zu stellen hätte. Stellt sich aber die Zufallslegung des Herrn Justizministers Dr. Bessler als eine streng persönliche dar, die in keiner Weise durch Rücksichten aus dem Bereiche der Mandatentransmissionen heraus veranlaßt worden ist und nur die Anschauung und Auffassung des Herrn Ministers widerspiegelt, — so würde das, insbesondere auch angesichts der Auffälligkeit des Vorganges als erste öffentliche Amtshandlung des neuen Herrn im Justizministerium sehr zu bedenken geben.

Das persönliche Schicksal des Grafen Pückler-Kl. Tschirne ist uns gleichgültig. Das enthebt uns aber nicht der Aufgabe, die Behandlung, die man ihm zu teil werden läßt, vom Standpunkt unserer gesellschaftlichen und Rechtsverhältnisse aus bei diesem Anlasse zu beleuchten.

Entweder man hält den Grafen Pückler für voll zurechnungsfähig im strafrechtlichen Sinne, oder man hält ihn für unzurechnungsfähig. Das Letztere ist aber nicht der Fall. Man sperrt den Grafen nicht ins Zerknhaus. Man nimmt ihn voll, man nimmt ihn ernst und führt die Anlagen und Gerichtsverhandlungen gegen ihn ernsthaft durch. Da dies geschieht, so darf der Graf Pückler

nicht anders, nicht besser behandelt werden als ein „gewöhnlicher“ Mensch. Er darf um so weniger anders behandelt werden, als er, wie man aus reicher Erfahrung weiß, auf sein Strafenamt, auf seine „höhere“ Stellung als Graf pocht und aus seiner Geringsachtung „niedriger“ stehender Volksgenossen, z. B. kleinerer und größerer Beamten, kein Hehl macht. Er hat diese Geringschätzung zu den größten Herausforderungen und Beleidigungen unserer Richter verdichtet. Einem Mann aber, der die Staatshoheit untergräbt und verspottet, wie es bei unseren Verhältnissen selbst ein Anarchist nicht wagen würde, wird fortgesetzt der Glaube gefährt, daß in der Tat diese Staatshoheit nicht groß und erhaben genug ist, um seine Ehrverletzung fordern und die entsprechende Handlungsweise von ihm erzwingen zu können. Gerade weil Graf Pückler in seinen Versammlungen immer den Eindruck zu erwecken sucht, als seien die Staatsgewalten, besonders die Polizei, und er gewissermaßen ein Herr und eine Seele — manchmal mögen sie, so sucht er's dargustellen, nicht so können, wie sie wollen, — und gerade weil die Art, wie er mit den Staatsgewalten umspringt, nur einem Unzurechnungsfähigen mild nachgesehen zu werden pflegt oder einem ungezogenen Pöbeling, — gerade darum mußte, nachdem das Gericht einmal mit einem scharfen Urteil dazwischengeschritten ist, an diesem Spruch unter allen Umständen festgehalten werden.

Die Begnadigung sagt mehrere. Sie sagt einmal: Graf Pückler ist zu hart bestraft worden. Sie sagt zum zweiten: Graf Pückler muß vor der peinlichen Gefängnisstrafe bewahrt bleiben. Er soll nicht Stein unter Strichen sein, sondern Kamerad unter Kameraden und darum nur die „vornehme“ und hellenweise recht vernünftige Festungshaft abzuliegen haben. Dem Herrn „Kavalier“ wird es in keiner Weise als unzulässig angesehen, daß er in einer majestätisch gewöhnlichen Sprache befähigt zu Raub, Mord und Totschlag aufzureisen fucht. Es bleibt unberücksichtigt, daß eine Kampfesart, wie sie ihm eigen ist, nichts mit jenen politischen Kampfmitteln zu tun hat, mit denen auch der politisch Bestrafte ein Volksgenosse bleibt. Es wird dem Rechtsgefühl niemals als gerechtfertigt erscheinen können, daß man politische Redakteure, die vielleicht einmal ein zu scharfes Wort schreiben oder eine nicht erweislich wahre Behauptung aufgestellt haben, durch die sich ein Beamter verletzt fühlen könnte, ins Gefängnis steckt und sie mit Kaffeelöffeln, Datteln und Feiernreisen beschäftigt, — und daß andererseits der Herr Graf, der dem die Beschimpfung Anderer mit den schärfsten Schimpfwörtern und

der „Staatsbürgerzeit.“, die in den letzten Wochen da zu lesen waren, dann besahe sich Deutschland zur Zeit im Kriege mit Frankreich, England, Rußland, Österreich-Ungarn, Norwegen, und vielleicht mit noch etlichen Völkern. So umgibt wie nur Graf Bismarck seine lieben Pennbrüder, Einbrecher, Räuber usw. auslegte, die Juden totzuschlagen und sich ihres Eigentums zu bemächtigen, ganz ebenso deutlich und unmissverständlich fordert das Wobanblatt die Deutschen auf, sich russisches, österreichisches, türkisches und noch anderer Länder Gebiet zu nehmen.

Zum Glück für Deutschlands Frieden hat die „Staatsbürgerzeit“ noch nicht die internationale Bedeutung, die es dagegen als Antisemitenblatt sich erhebt hat. Das Wobanblatt steht aber nur konsequent der Fassenbege des Wobanblattes fort.

Amerikanischer Brief.

Sowohl anlässlich der Eröffnungsfeier des amerikanischen Juben ist viel gesagt und geschrieben worden, was Kabel und Spezialkorrespondenten bereits gemeldet haben. Aber vielleicht noch bemerkenswerter als das, was hervorragende Persönlichkeiten bei solchen Anlässen sagen und schreiben, ist das, was bei solchen Anlässen gelegentlich und auch von minder hervorragenden Personen gesagt bzw. geschrieben wird. Schließlich ist es ja nur natürlich, daß einer jüdischen Versammlung, die eine patriotische Feier begeht oder zu einem wohlthätigen Zweck zusammengekommen ist, Liebeswörter gesagt werden.

Interessanter unseres Erachtens und bemerkenswerter ist beispielsweise, was in dem von Maxson Peters in seinem aus Anlaß der jüdischen Jubelfeier veröffentlichten Werke „Die Juden in Amerika“ in dem Kapitel über „Annanen“ mitgeteilt wird. Danach hat der verstorbenen früherer Mayor von New York, Wm. L. Strong, nicht in einer jüdischen, sondern in einer Versammlung von Geschäftsleuten über die Ehrlichkeit jüdischer Geschäftsteilnehmer konstatiert: „Ich habe weniger Geld verloren durch Betrug als an Leute, die nichts halten, als an reiche Geschäftsteilnehmer.“ Ich erinnere mich da eines Mannes, der bei mir eine Kiste Ware auf Kredit kaufte. Das war der Anfang. Nach zwei Jahren kreditierten wir ihm bis zu 80 000 Dollars. Es war ein Jude. Nach 16 Jahren teilte er 250 000 Dollars mit seinem Assozié. Ich bin selbst ein Vierteljude. Das will sagen, ich habe mehr Vertrauen, daß Juden ihre Schulden zahlen als daß Christen es tun. Wir haben an Christen viel mal so oft verloren als an Juden, und von Juden, die solch einen Verlust haben, geht ihre Schulden voll bezahlt, gegen einen Christen.“

— Was sagen dazu die deutschen Antisemiten, deren am meisten glaubhafter Glaubenssatz ist, daß die jüdischen Geschäftsteilnehmer mehr oder weniger unredlich sind und betrügerischen Vandalen zu machen beliebt? Als wenn es nicht gewissermaßen ein Widerspruch in sich selbst wäre, von Leuten, die hauptsächlich auf Geschäft angewiesen sind und auch notorisch im Geschäftlichen Erfolge haben, zu behaupten, daß sie der Sache alles Geschäftlichen entbehren, nämlich der Ehrlichkeit und Vertrauenswürdigkeit.

Dabei fällt uns ein, daß eine andere kaum minder glaubhafte Behauptung der deutschen Antisemiten dahin geht, daß die Juden Materialisten seien. Nun sagt es sich so, daß die „New York Evening Post“, vielleicht die einzige amerikanische Tageszeitung, die nicht nach nur geschäftlichen, parteipolitischen, sondern nach staatsmännischen Grundbegriffen geleitet wird, die eher zum Tadeln als zum Loben hinneigt, jüngst in einem längeren Artikel gerade den Idealismus der Juden hervorzuheben hat. Keine Klasse der so verschiedenartig zusammen-

gesetzten Bevölkerung Amerikas habe dem Lande ein höheres Ideal des Familienlebens gegeben als die Juden. Kein anderer Teil der amerikanischen Bevölkerung setze so gut und so liberal für seine Kranken, Alten und Angehörige, und kein anderer Teil unterlasse so freigiebig die Armen und Hilflösen anderer Seiten. In den Klüften der Geber an die jüdischen Wohlthätigkeitsanstalten New Yorks finde man außerordentlich selten christliche Namen, während die sogenannten „christlichen“ Wohlthätigkeitsanstalten selten vergebens sich an Leute jüdischen Glaubens oder jüdischer Abstammung wenden. Der Wissensdrang, der die jüdischen höheren Lehramtsstellen mit den Söhnen von Juden füllt, die als Jüdischenbedienstete herübergekommen sind, sei an sich schon der beste Beweis des jüdischen Idealismus.

In Deutschland machen die Antisemiten den Juden diesen Wissensdrang zum Vorwurf und in dem benachbarten Rußland hat man alles mögliche getan, diesen idealen Trieb der Juden unbeschädigt zu lassen. Das genannte Blatt hebt dann noch die Leistungen und Verdienste der Juden um die Wissenschaft und um die städtischen und nationalen Reformen hervor. Was, sagt es, würden unsere Reform- und City-Klubs, unsere Bürgervereinigungen gewesen sein ohne die Juden und ihre generous Unterstützung? Welcher Kulturbewegung haben die Juden ihre Förderung versagt? Niemand in Amerika habe einen höheren moralischen Standpunkt eingenommen oder für einen reineren Jüdischismus seine Stimme erhoben, als Felix Adler. Niemand habe kräftiger gegen den Krieg, dieses Ronglomerat aller Niederträchtigkeiten, gesprochen als Oscar Strauß. Und zu diesen Namen könnte noch eine ganze Schar anderer origineller und nichtsofortiger Juden hinzugefügt werden, und solchen Leuten schwebt Amerika großen Dank. Die „Post“ hebt sodann hervor, daß die außerordentliche Entwicklung des musikalischen Lebens in Amerika zu einem sehr großen Teil den Juden zu verdanken sei. Wenn von irgend jemandem in Amerika die Musik für eine Notwendigkeit angesehen wurde, so sei es von den Juden. Am amerikanischen Wertesystem aber sei die Tapferkeit und Großherzigkeit, mit welcher die Juden Verfolgungen und Intoleranz ertragen. Alle gesellschaftliche Antipathie hätten die Juden ertragen mit exemplarischer Geduld und Würde, oft mit einer Bornedumheit, die man mit Unrecht eine Christlichkeit nenne. Dazu habe sie wie ihre Religion so ihr Idealismus in den Stand gesetzt. So sei, als wenn sie mit Rußin in die Noblesse der menschlichen Natur, in die Majestät ihrer Gaben, in die Fülle ihrer Liebe ihr Vertrauen gesetzt, daß sie einmal gerechtfertigt dastehen würden, und der Zuversicht gewesen wären, daß einmal jenes blinde unvernünftige Vorurteil verschwinden werde, unter welchem sie Jahrhunderte hindurch gelitten haben und mit dem sie noch lange zu rechnen haben dürften.

Bekanntes eines Germanen.

Herr Wilhelm Schaner, der Herausgeber des Blattes „Der Volkserzieher“, des Organs des Bundes deutscher Volkserzieher, veröffentlicht in Nr. 25 einen bemerkenswerten Artikel über die russischen Juden. erzesse. Er sagt da u. A.:

Das sind nicht Christen, nicht Russen, nicht Menschen, die dergleichen Schandthaten an wehrlosen Frauen, Mädchen, Kindern und Greisen begingen, sondern wilde, blutgierige Bestien. Und wer für dieses sogenannte Gottesgericht über die „revolutionären Semiten“ Verständnis findet, der darf sich auch nicht wundern, wenn in den slavischen Ländern immer heller der Fanatismus gegen den mehr wissenden und mehr besitzenden, zu Ordnung und Sauberkeit erzeugenden Deutschen auslöst. Denn das ist's, was überall den (von Polizeibehörden und Gendarmen angeführten) Mob gereizt hat: der Besitz, das Geld und Gut der Juden! Die Brut

gegen die jüdischen politischen Aufwiegler bildete überall nur den Vorwand. Man wird der Welt doch nicht vorreden wollen, die Massendemonstrationen vom Januar her bis heute, mit denen die gesamte russische und europäische Intelligenz sympathisierte, auf die die ganze Welt mit hoher und feuriger Erwartung sah, seien von jüdischen Kindern, Mädchen, Frauen und Greisen gemacht. Nicht mal die mehrjährige jüdische Männerwelt hätte dazu gereicht; denn solche Juden gäbe ja überhaupt nicht; soviel Sympathie besitzt der Jude auch nirgend, daß man ihm als Führer gegen eine schlechte Regierung folgte?

Wer selbst, wenn der intelligente, der studierende Jude — der doch auch sozusagen ein Mensch ist, in der Regel sogar ein hohe Steuern zahlender, also sehr nützlicher Staatsmann ist! — selbst wenn der Jude an der Revolte gegen diese melneidige, verlogene, verführte, gott- und gefühllose Regierung sich beteiligt hätte; was hätte er denn anders getan als die Hinnen, mit denen wir seit Jahren sympathisieren? Was hätte er anders als die Coangelischen und Deutschen in Österreich, die sich von den Kämpfern und den vom Tiber aus inspirierten Nazzaren, Tscheken und Slaven nicht länger brutalisieren lassen wollen? Was anders als die Buren, die sich gegen die goldgrubigen Engländer wehren und unter unserer Innere, aber ohnmächtigen Protest erschlagen wurden?! Würden wir, wenn wir in ähnlichen bedrückenden und ehelosen Verhältnissen aufgewachsen wären, wie die Juden, nicht auch zu den Waffen gegriffen haben gegen diese Massenmörder Plebejer, Bobeloff, Bobjedonozem u. a.?! Geden unsere Vorfahren nicht auch gegen die Römer, unsere Großväter nicht gegen die Franzosen Napoleons I. gekämpft? Und würden wir nicht wie jeder mit Hinte und Säbel, mit Art und Flegel losgehen, wenn fremde Feinde uns trieben, wie man das Vieh mit Steden treibt! Der gebildete russische Jude — der arme Ungebildete, verhält sich schon seinem hündisch-bemähtigen Wesen nach ruhig, ganz sicher länger ruhig als der halbbarbarische russische Bauer — und der gebildete Russe überhaupt haben wahrscheinlich lange genug geschwiegen und die Faust im Saad gehockt! Man mag das erklären aus der horizontalen Gliederung des Landes, aus der Schwerfälligkeit der Regierungsmaschine, aus der Abgeschlossenheit, Abgeschlossenheit und Vereinsamung der Einzelnen wie ganzer Dörfer, Städte und Bistertschosten; man mag auch Tolstois entwerfende Moral als Grund für den politischen Stumpfsein der Russen ins Feld führen; jedenfalls ist der Mensch, ist jeder Mensch seiner angeborenen Würde am nächsten, wenn er die Ketten abschüttelt, die ihm von feindseligen oder gar von feindlich Minderheiten angelegt wurden. Dieses Recht hat auch der Jude; denn er ist ein Mensch! Und dieses Unrecht der Geistes-, Seelen- und Leibesvergegnung bezog die im Blute deutsche, in der Unsitte französische und im Geiste asiatisch-barbarische Russenregierung systematisch seit Jahrhunderten!

Man macht es in gewissen Kreisen den deutschen Juden zum Vorwurf, daß sie jetzt im ganzen Lande, auch bei nicht Glaubensgenossen, für ihre armen geistigen Stammesbrüder und -schwester in Ausland Geldsammlungen veranstalten, und behauptet, daß bei ähnlichen Katastrophen in Deutschland die Unterstützungsgelder nicht so reichlich geflossen wären. Nun, zum Gegenbeweis, was wir selber tun, und nicht tun, erinnere ich nur an den Brand von Alesand, das Erdbeben in Italien und an — die Überschwemmungen im Weichsel- und Oberrhein! Von verderbenden Feuerbränden in eigenen Landen, von den schrecklichen Weiderrichten und dem ganzen Weiderrichten überhaupt zu schweigen! Wo blieb denn da die durchgreifende Unterstützung unserer Stammes- und Glaubensgenossen aus unserer Deutl?

Man hat sich auch darüber aufgeregt, daß die jüdische Hochfinanz, die im verflochtenen Jahre nach dem Wunsch

unserer politisch interessierten Regierung den Russen mit einigen hundert Millionen auf die Beine half, jetzt diesen finanzpolitischen Beistand verweigert. Man meint, so könnte bereits die jüdische Geldaristokratie auch der eigenen Regierung die Unterstützung abschlagen, wenn die nicht so gebe, wie Juda wolle. Nun, man mag aber Vaterlandsliebe! des Großkapitals und über seine nicht immer, ja vielleicht selten einmündige Herkunft denken, wie man will, jedenfalls war es ein deutscher Jude, M. A. Rothschild, der den Schatz des Kurfürsten von Hessen rettete; — jedenfalls war es ein Reichröder, der im deutsch-französischen Kriege und später in seinen Beziehungen zu Bismarck patriotisch handelte! Schließlich hätten sich ja andersartige und gläubige Großfinanziers ebenso gut Rückenbedeckung und Gewinne versichert und dadurch ebenfalls noch mehr Reichtum angehäuft, wie es dieser Jude getan haben soll. Wodurch anders als durch immensen Gewinn aus der politischen Konjunktur ist denn Krupp geworden! Von anderen christlich-deutschen Großkapitalisten gar nicht zu reden! Jedenfalls war es ein Jude, James Simon, der die glänzende Herstellung des Kaiser Friedrich-Museums ermöglichte; ein Jude, Bollin, der den deutschen Weltverkehr dem englischen und amerikanischen gleichwertig an die Seite brachte. „Aber die Wege, die Mittel“ höre ich sagen — nun, das deutsche, das nationale Großkapital plagt sich auch nicht allzusehr mit Skrupeln; sonst gäbe's eben überhaupt kein Großkapital!

Ich muß gestehen, wie ich mich schon längst darüber aufgeregt habe, daß das jüdische Großkapital immer noch Million auf Million, Milliarden auf Milliarden nach Rußland fließen ließ, obgleich die Juden in diesem Lande der Egoisten und des blutigen Geldes geradezu rechtlos, vogelfrei waren! Wäre ich Jude, — jedenfalls ist es nicht mein Verdienst, daß ich als Germane geboren bin — und wäre ich Willkür, dieser Regierung eines Alexander III. oder Nikolaus II. hätte ich keinen einzigen Papsterradel, keine lumpige Kopeke geliehen! Das ist der Vorwurf, den ich den jüdischen Großkapitalisten mache, daß sie selbst da noch Gelder hingeben haben, als man längst wußte, welche Schläge gegen Intelligenz, Bürgertum und Judentum geplant waren! Viel eher und öfter als hätte die jüdische Hochfinanz jede Halbe bei „Reinrichtungen“ und „Sanierungen“ solcher Staaten versagen sollen, in denen das Volk nach dem Wunsch und Willen herrschsüchtiger Priester und fürstlicher Despoten in Unwissenheit, Stumpfheit und Törichte gleichsam erhalten wird. Dann würde sie manches gut gemacht haben von dem Bösen und Zweifelhaften, was ihr anhaftet. Dann würde sie Revolutionen, Stürze und selbst Kriege verhindert haben. Denn alle diese Völker- und Völkersaramdungen sind ja nur Kämpfe um Geld und Gut mit Geld und Gut!

Man hört in rabiat antisemitischen Zirkeln und hat sogar in strenggläubigen jüdischen Kreisen den Wunsch, die Juden wieder in Palästina anzusiedeln, damit, wie die Baderjäger menschenfreundlich sagen, dieser „Beunruhigungs-basis der Kulturschöller Lokalfürst werde und an seinem eigenen Geist zugrunde gehe.“ Nun, ich bin weder politischer Antisemit noch rassistischer Zionist und habe trotzdem den Gedanken einer neuartigen „Eroberung“ Palästinas, falls er überhaupt ausführbar wäre, weder jüdenfeindlich, noch fanatisch oder gar absurd. Ich könnte mir denken, daß die Türkei gar nicht adäquat wäre, um den Preis der entsprechenden Millionen das „heilige“ Land zur autonomen Judenkolonie unter türkischer Oberhoheit und unter Garantie der Kulturmächte herzugeben; ja, ich halte es für möglich, daß Palästina mit Hilfe der Millionen und Milliarden, die zweifellos mit hundertern würden, ein sozialer Musterstaat würde, vorausgesetzt, daß ihn die Kulturvölker in Ruhe liegen. Ob aber dann aus den Nachfahren verschwand, was man heute spezifisch jüdische Eigenschaften nennt, Eigenschaften, die dem ursprünglichen Jägervolk der Germanen zuzuschreiben

fernd und abhelfend waren, das ist zum mindesten zweifelhaft. Ich glaube es nicht. Denn immer werden wir Kultur-deutsche Handel treiben müssen, und immer werden die Träger des Handels auf ihren Vorteil bedacht, gewinn-süchtig, vielfach international gerichtet, nicht selten schamlos, geizig und treulos, betrügerisch sein. Das sehen wir bei den selbstgermanischen Engländern und den Amerikanern; das sehen wir selbst bei unseren engeren Stammesbrüdern in den deutschen Mittelgebirgen, wo die Leute durch die Hohen-bessingenschei ihrer Heimat gezwungen werden, aus den Handel zu gehen und — „Juden“ zu werden. Ich behaupte, daß bei den Juden im allgemeinen nicht so viel und gewiß nicht mehr Bankrott gemacht wird als bei diesen christlich deutschen Handelsleuten. Und ich bezweifle, daß Rassejuden die Lehr-meister dieser unbegrenzten „Juden“ waren.

Nur allem wollen wir als christliche Menschen nie ver-gessen, daß wir Jahrhunderterte durch die Juden außerhalb des Gesetzes und der Ordnung gestellt haben. Sie mußten in ihrem abgeschlossenen ghetto wohnen, durften keinen Grund-beitz erwerben, konnten kein Staatsamt bekleiden, fanden nie gleiches Recht vor der Justiz und dergleichen mehr. Wir selber also haben sie zu Kaufleuten, „Börsejobbern“, Händler, Trödlern und „Betrüger“ gemacht! Wir zwangen sie zu diesem Leben; wir ließen sie darin schuldig werden; wir überließen sie der Pein, denn alle Schuld trägt sich auf Erden — dieses umgeformte Wort unseres großen deutschen Dichters paßt vielleicht für keinen so treffend, wie für den umgehehen angeliebten Stamm der Askasere. Genau so wie wir Deutsche, wie die Italiener und Spanier in früheren Jahrhunderten, ergoß sich jetzt Ausland systematisch diese „waterlandlose, revolutionäre, internationale Betrüger-gesellschaft!“ Und dafür schlägt es sie nun tot, nach-dem es vorher ihre Kinder, Frauen und Mädchen ge-schändet hat.

Mit diesem schrecklichen Antisemitismus haben wir Volkserzieher jedenfalls nichts zu tun. Gerade als Ger-manen nicht. Mein Stolz, meine Selbachtung, aber auch der Respekt vor fremdem Leben und Werk hindern mich, etwas zu tun, was Leib und Leben eines friedlichen und wehrlosen Mitmenschen gefährdet oder gar vernichten könnte. Schon das edel germanische Gastrecht — man spricht den Juden gegenüber häufig vom Gastrecht — würde mich verbieten, gegen eine heimatlose Volksgesellschaft oder Religionsgenossenschaft zu gehen, die ungewisslich neben manchem Bösen auch viel Gutes gebracht hat.“

Aus dem antisemitischen Lager.

Das „Deutsche Volksblatt.“ In München zeigt sich wieder einmal als eines der schamlosesten, gewissenslosten und verlogenen Antisemitblätter. An der Spitze der Nummer vom 31. Dezember v. J. bringt es einen Artikel, betitelt: „Das politische Programm des Judentums“ mit folgenden einleitenden Bemerkungen:

Im Jahre 1880 hat der englische Rabbiner John Rebeck eine Rede gehalten, deren Inhalt nicht bloß für die Juden selbst von erheblichem Interesse gewesen ist, sondern mehr noch die nächstjähigen Kreise interessiert. Nachdem gerade gegenwärtig wieder mit Vordruck daran gearbeitet wird, den jüdischen Einfluß zu verkleinern, ist es vielleicht nicht unangebracht, an die Programmrede Rebeck's zu erinnern. Ein Vergleich dieses Programms mit der Art, wie sich das Judentum praktisch betätigt, wird wiederum den Beweis erbringen, daß die Juden mit ausserordentlichem Eifer und ständlichem Erfolge an der Verwirklichung dieses Programms arbeiten. Wie gehen die Rede John Rebeck's in nachfolgendem nach dem Wiener „Deutschen Volksblatt“ wieder.

Das für eine Bewandnis hat es mit dieser Rede des „englischen Rabbiners John Rebeck“?

Die „Antisemitische Korrespondenz“ vom 8. Februar 1891 brachte einen Artikel mit der Auf-schrift: „Den Mitgliedern des „Bereins zur Abwehr des Antisemitismus“ als Ange-binde!“ Die Einleitung dieses Artikels lautet: „Wir lenken die Aufmerksamkeit aller der Herren, die „wirklich vorkommende Ausschreitungen und Mißstände weder übersehen, noch entschuldigen wollen“, auf eine Rede, die ein Groß-Rabbiner in einer geheimen Versammlung gehalten hat. Diese Rede wurde einem englischen Werke entnommen, das von John Rebeck unter dem Titel „Rechenhabsbericht über die politisch-historischen Ereignisse der letzten zehn Jahre“ herausgegeben wurde. Dieselbe ist von solcher Bedeutung, daß sie nicht oft genug gelesen werden kann. Sie ist eine Ungeheuerlichkeit sonder-gleichen und gibt uns einen Rastab für die endgültigen Absichten der Judentum.“ (1)

Es folgt nach dieser Einleitung ein Abdruck dieser ange-blichen Rede eines Groß-Rabbiners. Allerdings sind darin die ungeheuerlichsten und abhelfendsten Dinge über die Absichten der Juden enthalten. Das Pro-gramm dieser angeblichen Rabbiner-Rede ist: Ver-nichtungskrieg gegen die Christen. Durch die Macht des Geldes sollen die Fürsten und Regierungen be-herrschet, der Grundbesitz, die einflussreichsten Stellen in die Hände der Juden gebracht werden. Als Nächstes müßten sie in die intimsten Verhältnisse der Familie eindringen und als solche die Gesundheit und das Leben der Töchter, der Christen, in Händen haben. „Eind wir einmal — so heißt es u. a. in dieser angeblichen Rabbiner-Rede — die abso-luten Herren der Presse, so können wir leicht die bestehenden Begriffe über Ehre, Tugend und Offenheit des Charakters ändern und den ersten Stoß gegen die geheiligte Institution der Familie sähen und deren Vernichtung vollenden.“ Die Juden müßten sich enthalten, Frauen ihrer heiligen Religion zu heiraten, so nehmen, für diese Kasse können sie unter den christlichen Jungfrauen wählen usw.

„Das Proletariat — so schließt die ungeheuerliche, sechs und widerwärtige „Rede“ — werden wir für die Juden in Stimmung erhalten und es jenen unterwerfen, in deren Händen sich Weltmacht befinden. Wir werden daselbe zu Ummärgelungen, zu Revolutionen treiben, und jede solcher Katastrophen bringt uns in unserem Streben um einen großen Schritt vorwärts und nähert uns unserem einzigen Ziele, auf der Erde zu herrschen, wie solches unserem Vater Abraham versprochen worden.“

Das Bureau des „Bereins zur Abwehr des Anti-semitismus“ forscht sofort nach: Wer ist denn dieser Groß-Rabbiner? Wie heißt er? Wo hat er gelebt? Wo und wann hat er diese nieder-trächtige Rede gehalten? Hier wirklich ein irdischer Mensch von Fleisch und Blut gewesen?

Nichts von alledem! Diese Rede, die nach Nr. 130 der „Antisem. Korresp.“ ein Groß-Rabbiner in einer geheimen Versammlung „gehalten hat“ (2), ist nichts als eine widerliche aus der Luft ge-griffene Erfindung, aus einem Roman niedriger Gattung, der unter dem Titel: „Gaeta, Barfahan, Däppl“ in Berlin im Jahre 1888 erschienen ist. Der Verfasser dieses Romans ist der aus dem Pro-zeß Walder wohlbekannte Zeuge Rednagelst Hermann Goebcke, welcher als Romanhistoriker den Namen John Rebeck führt.

In diesem Roman am ersten Bande befindet sich ein Kapitel „Auf dem Judentumshof in Prag.“ Es wird dort der Verkauf eines erbichteten Sanhebin in Prag, welches als hundert Jahre einmal an dem Grade des Rabbi Elimeon Ben Jehuda in der Nacht stattfinden

„soll“. Nach dem Götterischen Roman hatten sich dort dreizehn Vertreter eingefunden, als — so heißt es in dem Roman — „der letzte Schlag der Ritterschaftslunde vom Turm her durch die Nacht glitzerte und ein gepriesener blauer Lichtschein aufstrahlte, gleichsam aus dem Steinhaufen, dem Grabe des alten Rabbiners, dringen, und die 13 weißen verblühten Gestalten umbäumte, die um das Grab her kauerten.“

Die ganze Schilderung der geisthaften Szene auf dem Brager Judenkirchhofe trägt den Stempel einer phantastischen Erfindung eines erregten, fanatischen Antisemiten an sich. Was in der „Antisemitischen Korrespondenz“ als „Rede des Groß-Rabbiners“ mitgeteilt wurde, ist nichts als ein ganz unvollständiger willkürlicher Auszug der Gespräche der erblühten 13 Geistergestalten.

Belauscht wurde diese Kirchhofesverhandlung, so erzählt der Roman, von einem jüdischen Italiener Josaki und einem deutschen Gelehrten. Der erstere sagt, nachdem er das Gespräch gehört, den Entschluß, seine Stammesgenossen zu bekämpfen. Ihren Gözen, das goldene Kalb, will er in Trümmern schlagen mit der Axt und der Arbeit. Gegenüberstellen will er dem Gelbe die soziale Demokratie. Hierin lag die Hauptbeziehung dieses sogenannten „historisch-politischen“ Romans zu der damaligen von Lassalle geführten sozialdemokratischen Bewegung.

Das war die Unterlage für das „Angebinde“, das den Mitgliedern des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gemacht worden war.

Die antisemitische Presse hat trotz dieser authentischen Feststellung noch eine Zeit lang mit der Großrabbiner-Rede gekämpft, da diese allmählich aus ihren Spalten verschwunden ist. Dem Münchener Blatte ist es vorbehalten geblieben, nachdem 15 Jahre im Land gegangen, die Fälschung aufzuwärmen. Eine würdige Leistung an der Jahreswende!

B. P. Nationalliberaler Antisemitismus. Der nationalliberale Reichs- und Landtagsabgeordnete Partling-Biesbaden, für den bekanntlich vor der Wahl antisemitische Wahlzettel fräsig arbeiteten, hat diese nach der Wahl offiziell abgelehnt. Nichtsdestoweniger suchte, wie die „A. Fr.“ erzählt, ein Danksagen Interessent dieses Wochenblatt, bei einer Besprechung der russischen Judenverfolgungen die verübten Gräueltaten.

„Explosionen von Haß und Rache des von den Juden systematisch gemarterten Volkes“, als „blutige Auflehnung gegen das harte Joch, dem gegenüber der Judentum und alles, was drum und dran hängt, wie eine weiche Binde ausliegt“

zu rechtfertigen.

B. F. Aus Heffen, 28. Dezember. Professor Dr. Biermer, der Nationalökonom an der Landeshochschule in Gießen, hält seit kurzem in der Öffentlichkeit staatswissenschaftliche Vorträge. In seinem letzten Vortrage behandelte er, wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, das Koalitions- und Versammlungsgesetz und bemerkte dabei u. a., nachdem er vorausgesetzt, daß man ihn nicht mißverstehen möge, und daß er seines Amtes dem Publikumspflicht halber, aber es müsse doch einmal offen gesagt werden, die Juden seien es in den vergangenen Jahrhunderten gewesen, die nicht nur der Revolution geholfen, sondern an deren Spitze gestanden hätten, so sei es jetzt wieder in Rußland, und auch bis uns in Deutschland seien es Juden, welche der sozialdemokratischen Bewegung das häßliche, das vergiftende, die Gegenwärtigen verabscheuende Gepräge geben. Professor Biermer hätte der Vollständigkeit halber seinen Rede auch die Gründe angeben sollen,

warum die Juden in den vergangenen Jahrhunderten mit den revolutionären Bewegungen sympathisiert haben, denn es war doch dies offensichtlich nur der Haß, weil sie den Kampf um ihre Rechte als Menschen und Staatsbürger führten, die man ihnen Jahrhunderte lang vorenthalten hatte. Von den Juden aber, die der Sozialdemokratie angehören, hat wohl keiner die Gegenfrage in der heutigen Gesellschaftsordnung schärfer kritisiert, wie z. B. Bebel, und wenn Prof. Biermer wirklich recht hätte, so läßt er wieder außer acht, daß die Gleichberechtigung der jüdischen Mitbürger auch in Deutschland noch nicht völlig durchgeführt ist, was sicher eher ein Grund zur Erbitterung als zur Verhöhnung ist. Die „Kleine Presse“ bemerkt zu dieser Mitteilung: „So viel wir wissen, war übrigens Biermers Vater selbst als Student in Würzburg ein Gefinnungsgenosse des jungen Miquel und wurde seinerzeit wegen seiner revolutionären Gesinnung nicht zur Ausübung der ärztlichen Praxis in Bayern zugelassen, was wohl der Hauptgrund war, daß er sich der akademischen Laufbahn zuwenden und der berühmte Professor der Medizin wurde. Das ist vielleicht auch wieder mit der Grund, daß Herr Biermer jun. Universitätsprofessor wurde, und er hätte deshalb eigentlich gar keinen Grund, so sehr böse über Revolutionen und ihre Urheber zu sein. Oder lassen Herrn Biermer die Vorbeeren eines Hans Blum nicht schlafen? Vielleicht hat die Rede Biermers die Folge, daß die Antisemiten im heiligen Landtag, die sogar eine Konkurrenzprofessur für Biermer in Gießen errichtet haben wollten, ihn nach seinem Urteil über das Judentum etwas milder beurteilen als bisher.“

Nach einer „Berichtigung“, die Herr Prof. Biermer der „Frankf. Zeitung“ einreicht, ändert sich nur das angegebene Thema, während die Ausführungen selbst beibehalten werden. Ja, die Tatsache wird noch bekräftigt durch die eigenen Worte Prof. Biermers, der eindeutig bemerkt: „Ich bin mir voll bewußt, daß es mir schlecht bekommen wird, was ich jetzt aussprechen will.“

Wir können dem aus eigener Kenntnis hinzufügen, daß seither — trotz der oben wiedergegebenen, mindestens eigenartigen Auffassung der Dinge — die Jazetellen in Gießen weder im gesellschaftlichen Verkehr noch sonstwie bislang etwas bemerkt haben wollen, was ihnen Herrn Prof. Biermer im Lichte des Antisemitismus hätte ereignen lassen.

Abg. Graf Reventlow der Repräsentant einer „minderwertigen Coterie“. Die Deklaration des antisemitischen Abg. Grafen Reventlow gegen den bulgarischen Handelsvertrag und die Verlängerung des Handelsprovisoriums mit England im Reichstag wird in der „Post“ kurz vorurteilt. Es seien „unhaltbare Fälschungen“, wenn der unmotivierte Widerspruch eines querköpfigen Abgeordneten, der weder im Parlament noch im Land eine angesehenen Stellung einnimmt, sondern persönlich ohne Bedeutung und Repräsentant einer minderwertigen Coterie ist, genügt, die Erledigung dringlicher Geschäfte auszusparen.“

So zu lesen in dem freisinnigsten, aber zugleich antisemitischen Blatte.

Haus von Mosch hat kürzlich in Breslau eine Gastvorlesung gegeben und bei dieser Gelegenheit über die Juden und die russische Revolution eine Hezrede à la Graf Bismarck vom Stoppel gehalten:

Es gibt heute und mehrere Wälder, das edelste Volk ist das deutsche. (Der Gedanke aber ist Haus von Mosch!) Wir sollten stolz darauf sein, aber leider müssen wir immer international herumwühlen; uns fehlt der Nationalismus! Die Buchmannen stehen hoch über dem Judentum, denn sie arbeiten doch wenigstens, während der Jude wie ein Parasit auf den Körpern anderer Wälder lebt und sich von ihnen ernährt. Warum nehmen wir denn überhaupt die Juden auf? Sie kommen doch nur, um und anzuschauen, oder nicht um zu arbeiten. . . .

Der russische Bauer ist hoch sehr phlegmatisch, wenn er trotz dem die Solgast ergreift um den Juden den Schädel einzu schlagen, dann heißt er auch Grombagen, denn der Jude hat ihn ausgelassen und betrogen. . . .

Die Juden haben die Revolution in Rußland angefaßt, jetzt kann die Regierung die Juden nicht mehr beschließen. Die Juden treiben das Volk zur Verzweiflung, sie sollen sich nicht wundern, wenn man dann kurzen Prozeß mit ihnen macht. Wenn es die Juden auch in Deutschland so weiter treiben, dann sollen sie sich nicht wundern, wenn die Langmut des deutschen Volkes ein Ende nimmt."

Nach einem Schlusswort des Herrn v. Noth wurde die angeregte Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser durch den Vorsitzenden geschlossen — heißt es in dem Bericht weiter, ohne daß das Kaiserhoch nach dieser Rede als eine Majestätsbeleidigung angesehen würde.

Dem Redakteur der Breslauer sozialdemokratischen "Volkswacht", Rade, ging im Anschluß an diesen Bericht folgende anonyme Postkarte zu:

Geehrter Herr! Der Name "Rade" sagt, daß Sie auch einer jener üblichen Sorte sind, die der Erde "Judenwunde" aufsticht und mit Blute bestreut, das Volk der gebornen Freiheit entmenschen, bis es so weit ist, daß auch die "internationalen Juden" es an eigenen Leben zu spüren bekommen, wie die Juden um Aien, was das wird und was kommen! Ihrer Gesellschaft wird es zuerst an den Krügen gehen und Sie brauchen sich über den "Kopp" dann nicht zu beschweren, wenn er in der Verweisung die Juden totschlägt, Frauen und Kinder zu den Himmeln hinunter wirft und sich anzeigt, was ich in jahrelang gehalten wurde. Also! War so weiter gehen, Sie "Sozialisten Zinkerling". Aber ein guter Deutscher und kein Jude!

Das antisemitische Pöbel-Rudiment ist sich im Norden und im Süden ganz gleich. Großmächtig und sehr zu gleicher Zeit. Es ist dieselbe Menschenseite: die "Schwarzen Hunderte" in Rußland und die Rache-Worte des Teutonismus.

Die Privat-Beleidigungsklage des antisemitischen Reichstags- und Landtagsabgeordneten Oswald Zimmermann gegen den Redakteur Rudolf Hertel von der "Deutschen Wacht" wurde am 21. Dezember v. J. von dem Dreiebener Schöffengericht verhandelt. Bekanntlich hatte es Zimmermann, der früher selbst Direktor und Chefredakteur der "Wacht" war, im letzten Sommer durchgesetzt, daß das Blatt als offizielles Parteorgan fallen gelassen wurde. Zimmermann gab bald darauf ein eigenes Blattchen heraus, das "Deutsch-soziale Reform" getauft und an Stelle der "Wacht" Parteiblatt wurde. Diese Verschiebung der Verhältnisse machte die ehemaligen Freunde zu erbitterten Feinden, eine lustige Zeitungsfeste entbrannte, in denen sich die feindseligen Brüder gegenseitig bittere Wahrheiten sagten. Aus der Preßpolemik heraus ist die Privatklage entstanden. Wäre letztere zur Verhandlung gelangt, so wäre aller Voraussicht nach viel schmutzige Wasche gewaschen worden, so zogen die Herrschaften aber vor, noch vor Eintritt in die Verhandlung einen Vergleich zu schließen. Der Beklagte gab folgende Erklärung ab:

"Nachdem ich mich überzeugt habe, daß ich Herrn Reichstags- und Landtagsabgeordneten Schriftsteller Oswald Zimmermann zu Unrecht angegriffen, a) er sei offenkundig in das Versteck Lager übergegangen, zu dem ich schon längst immer härter werdende Fäden hingezogen hätte; ferner b) er sei ein Schilling des Rüstungsablaties (der "Schädlichen Volkserziehung"), was allen bisher dünklichen Bindungen des ehemals deutsch-sozialistischen Parteiführers die Augen vor mir öffnen mußten; damit ich Zimmermann für alle Verleumdungen Schadensersatz abgeben (nämlich c) der Artikel in der "Schädlichen Volkserziehung" vom 28. August 1905 in Nr. 194 über die "Deutsche Wacht" der "Deutschen Wacht", die von Zimmermann inspiert, ebenfalls sei er mit seiner Zustimmung geschrieben, nehme ich alle diese Vorwürfe hierdurch mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und verpflichte mich zur Tragung und Erstattung der Kosten des Verfahrens, insbesondere der dem Privatkläger hieraus erwachsenen notwendigen Auslagen. Auch ist die Erklärung in der "Deutschen Wacht" in betreff des Schöff und an derselben Stelle des erwähnten Artikels zum Abdruck zu bringen."

Zimmermann gab darauf die Privatklage nebst Straf-antrag zurück.

Der "Bürgerkrieg" zwischen der antisemitischen Reformpartei und den Niebemann von Sonnenbergischen Deutschsozialen.

Die sich immer mehr zu einer Hülfsarmee des Bundes der Landwirte entwickeln, ist jetzt in aller Form erklärt, und zwar infolge des "Einbruchs" der mit den Agrarier verbündeten Deutschsozialen in den Wahlkreis Warburg-Rischhain-Frankenberg, den die Reform als zu ihrem "Reichthum" gehörig, reklamieren; vorläufig gehört der Wahlkreis, den der Abg. v. Gerlach vertritt, allerdings noch den Freisinnigen und wird ihnen hoffentlich auch bei den nächsten Wahlen erhalten bleiben. Die Reformpartei, die schon dem Kandidaten des Bundes der Landwirte und der Deutschsozialen, Dr. Böhm, einen Gegenkandidaten in der Person des Kasseler Rechtsanwalts Hormony gegenübergestellt hat, läßt jetzt auch in ihrem parteiamtlichen Organ, der "Reform", erklären: "Den Einbruch in Warburg betrachten wir Reform als Kriegserklärung und werden die Folgen daraus ziehen".

Diese Drohung hat selbstverständlich nur den Zweck, die Zurückführung der reformistischen Kandidatur in Warburg gegen möglichst große Zugeländnisse des Bundes der Landwirte an die Reformpartei in anderen Wahlkreisen zu verkaufen.

Ein offizielles Graf Pückler. Wir haben uns wiederholt mit dem antisemitischen Arzt Dr. F. aus Weener und seinen antisemitischen Gefolgshandeln, die ihn des Händers von den Straßstufen brachten, beschäftigt. Ueber seine jüngste Leistung gibt ein Eingefand in dem allgemeinen angesehenen national-liberalen "Leerer Anzeigerblatt" zu Leer Runbe, das wir zur Charakterisierung dieses Herrn unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

Ein offizielles Graf Pückler. Der farnen las man in den Zeitungen, daß der bekannte antisemitische Graf Pückler in einer Antisemiten-Versammlung in Berlin die gegen die Juden in Rußland verübten Grausamkeiten und Abschlachtungen geriefen und zu ähnlichen Taten in Deutschland aufgefordert habe. Die Vorheren dieser Grafen lassen auch einen heiligen, vielen Liberalen Bären durch kein — agitatistisches, antisemitisches Kalkül bei der Versammlung im Grunde bei der letzten Reichstagswahl bekannten Antisemitenführer Dr. med. nicht schelen. Dieser Herr, welcher im Laufe des letzten Jahres wegen Beleidigung von Abgeordneten diesmal gerichtlich bestraft ist und einmal sogar mit der Graf Pückler eine fälschliche Abkündigung und tätliche Beleidigung erlitten hat, hat neulich in einem Briefschreiben öffentlich erklärt, er habe eine große Freude erlebt, als er in den Zeitungen von den Judenverfolgungen und Judenmorden gelesen habe. Man sollte es kaum für möglich halten, daß ein Arzt, der ohne Quantität seinen Beruf nicht ausüben kann, solcher Gesinnung besitz. Sogar kommt noch, daß der Herr Medizinalrat ist; bei den Offizieren legt man mehr, ritterliche Gesinnung voraus."

Vermischtes.

Ein "Ritualmord" in Kucheffen. Das sonst so friedliche Städtchen Treysa im Schwalmgrund war jüngst in großer Aufregung. Ein bei einem angesehenen jüdischen Kaufmann bedienstetes Mädchen war plötzlich spurlos verschwunden. Von antisemitischer Seite wurde daraufhin der Vorwurf erhoben, der Dienstherr des Mädchens habe einen Ritualmord begangen, um für das jüdische Christenblut zu bekommen (!). Der "Ritualmord" wurde allerdings bald aufgeklärt. Das Mädchen war guter Hoffnung und hatte sich in diesem Zustand in einem Anfall von Schwermut mehrere Tage in einem Strohhäuschen versteckt gehalten. Der herbeigekommene Arzt konstatierte denn auch sofort Treysa. Das Mädchen wurde in die Frauenheilanstalt zu Warburg übersetzt und nach acht Tagen entlassen. Es wird noch berichtet, daß man den Juden drohte, mit Gewalttätigkeiten gegen sie vorzugehen, ihre Habe zu vernichten und ihnen das

Schicksal der russischen Juden zu bereiten. Und die Gebildeten? Keiner trat dagegen auf! Das alles klingt ungläublich; aber Trepsa gehört zum Wahlkreis des Herrn Liebermann von Sonnenberg, der am 12. Dezember im deutschen Reichstage bedingungslos erklärt hat: „so würde gegen die Juden nach dem ungeschriebenen Gesetze verfahren werden: wer einen Juden tötet, schlägt, beerbt ihn.“

B. F. Aus Lothringen. In Forbach erdient in einer Novembernacht auf der Hauptstraße wüster, antisemitischer Schimpfereien. Ein Reisender und mehrere Bergleute schrien u. a.: „Juden heraus, heraus mit den Juden! Wieder mit den Juden! Auf solchen Pfählen soll man sie aufspießen!“ Dieser grobe Unfug fand seine Sühne in einer Geldstrafe von 60 Mark gegen den Führer und je 15 Mark gegen die übrigen Teilnehmer. Die Rabaumacher kamen verhältnismäßig so glimpflich davon, weil die Staatsanwaltschaft wegen der starken Betrunketheit der Leute zu deren Gunsten annahm, daß sie nicht die erste Absicht hatten, zu Gewalttätigkeiten aufzurufen. Der § 180 des Strafgesetzbuches wurde daher nicht in Anwendung gebracht.

Würzburg, 11. Dezember. Von recht roher Gesinnung erwies sich am 27. November der Soldat Heinrich Frisch vom 2. Trainbataillon hier. In der Kantine sah der Soldat Th. Sigel beim Briefschreiben, als Frisch zu ihm hintrat und ihm den Schaum seines Bieres ins Gesicht blies. Sigel bat sich Ruhe aus; Frisch wurde aber noch frecher, schüttelte ihm das ganze Bier ins Gesicht und schlug ihm den Eintritt auf die Nase. Von den anderen Kameraden festgehalten und zur Ruhe gestellt, antwortete er: „Das schadet nichts, es ist ja nur ein Jude!“ Das Kriegsgericht verurteilte den bürgerlich und militärisch schlecht qualifizierten Frisch zu drei Wochen Gefängnis.

Die Konfession der Zahnärzte. Die „Deutsche Zahnärztliche Wochenschrift“, das Organ des Vereinsbundes deutscher Zahnärzte, bringt folgende Notiz aus der Feder eines christlichen Zahnarztes:

„In der Nr. 41 der Wochenschrift befindet sich eine nur zu berechtigte Klage des Kollegen A. E. in B. darüber, daß bei Annoncen, die Straßen offerieren und sogar in der Stillenliste unseres Blattes sich immer wieder in Klammer die Bezeichnung Christ, Katholik usw. findet. Ich bin fest überzeugt, daß viele Kollegen beim Engagement eines Assistenten viel zu viel Wert auf die Konfession legen. Ich selbst bin Christ, war aber vor etwa 12 Jahren in ausgesprochen jüdischer Praxis als Assistent tätig und habe niemals bemerkt, daß ein Patient danach fragte. Ich bin evangelisch und war bei katholischen Zahnärzten als Assistent und hatte sogar in einem Kloster zahnärztlich zu tun, ohne daß sich die Oberin oder die Nonnen an meinem Glauben hielten. Ich bin seit bald 8 Jahren mit einem Kollegen assoziiert, der Jude ist und aus frommer jüdischer Familie stammt; ich habe aber niemals gemerkt, daß sich ein Patient darum kümmerte, ebenso wenig wie mich meine christliche Konfession hinderte, hier in Frankfurt a. M., wo doch ein großer Teil der besseren Patienten Juden sind, eine verhältnismäßig große Praxis zu bekommen. Um so sonderbarer hat es mich vor etwa drei Monaten berührt, als ich in einer zahnärztlichen Zeitung eine Annonce eines hiesigen Kollegen, der Jude ist, las, in der er einen Assistenten suchte und als Bedingung hinzusetzte: „Christ“. Ob sich wohl die Patienten dieses Herrn Kollegen nur von einem christlichen Zahnarzt behandeln lassen? Oder traut der Herr Kollege einem Juden nicht die nötige Fähigkeit zu? Oder fürchtet er etwa einen so frommen Juden, wie er wünscht, doch nicht

zu finden und sucht deshalb lieber gleich einen Christen? Ob Jude oder Christ, frag' nicht, was? sondern „wer“ er ist.“ E. W.

Dazu bemerkt Herr Sch. in Breslau in der Zeitschrift „Im Deutschen Reich“:

„Die Offerte, auf welche obige Notiz Bezug nimmt, findet sich in der Deutschen Zahnärztlichen Wochenschrift vom 16. September 1905 und lautet:

Tüchtiger Zahnarzt oder cand. med. dent. (Christ) für seine Praxis sofort als Vertreter auf unbestimmte Zeit gesucht. Off. m. Zeugn. und Gehaltsanpr. und Bild erd. an Feibusch D. D. S. (Frankfurt a. M., Goethestr. 19).

Ein Kommentar erübrigt sich.

Welche Motive für den Kollegen Feibusch zu Frankfurt a. M. bestimmend waren, einen christlichen Assistenten zu suchen, will ich unerörtert lassen.

Offensichtlich hat Fr. mit der Wählergleichheit gerechnet, daß ein Teil seiner jüdischen Patienten die Konsequenzen seines Verhaltens ziehen und sich an jüdische oder solche christliche Kollegen wenden wird, welche philosemitisch gesinnt sind als er, der Jude.“

Die Konfession der Hebammen. Im April d. J. wurde in der Stadt Kaufbeuren die Stelle einer protestantischen Hebamme zur Besetzung ausgeschrieben. Es scheint sich niemand gemeldet zu haben, da das Ausschreiben jetzt erneuert wurde. Es geht doch nichts über Parität.

Ein jüdischer Unterstaatssekretär. In dem neuen englischen Ministerium befindet sich ein Jude, Herbert Louis Samuel, das Amt eines Unterstaatssekretärs im Departement des Innern. Er ist 45 Jahre alt, dem Unterhause gehört er seit vier Jahren an; auch sein Bruder ist Parlamentarier. Er hat gegen das Fremdenrecht gestimmt. Trotzdem hat die Regierung ihm, dem Juden und Gegner des Fremdenrechtes, ein Amt anvertraut, in dessen Kompetenz die Ausführung eben dieses Gesetzes fällt.

Vorträge über Toleranz. Auf Anregung des auch in Deutschland sehr wohl bekannten Professors an der Berner Universität Dr. Ludwig Stein wird in Bern zu Gunsten des russischen Juden ein Collus von Vorträgen über Toleranz stattfinden. Professor Stein selbst wird einen Vortrag halten über die Toleranz als philosophisches Problem. Ferner werden Vorträge halten Prof. Hittig über die Toleranz in der Rechtsgeschichte, Prof. Marti über die Toleranz in der religiösen Geschichte, Prof. Bolker über die Toleranz in der allgemeinen Geschichte. Ein Komitee von fünfzehn Damen, darunter zwei Ministergattinnen, hatte sich gebildet, die Einzelkarten unterzubringen; binnen vierundzwanzig Stunden waren alle Billets bis auf das letzte vergriffen.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1904 gebunden je 4 Mark. Das vorgegebene Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benützung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse wünscht.
Telephon: Dora 4 Dlr. 3578.

Die Mitteilungen an die Expedition und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle telegraphischen Nachrichten des Herrn Dr. Hermann Gertelmann Berlin W. 55, unter Mittheilung der Beziehungen an den Hauptbureau, Herrn Dr. Dora 4 Dlr. 3578, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Nachklänge zur Begnadigung Pädlers.

Graf Pädler soll die Abkist haben, seine schon früher in Versammlungen ausgesprochene Drohung wahr zu machen und die Stadt Berlin ihrem Schicksal zu überlassen. Er hat seinen Anhängern gegenüber erklärt, daß er in Berlin vorläufig keine Reden mehr halten und sein Tätigkeitsgebiet demnachst in die Provinz verlegen werde. Die Stadt Magdeburg wird als erste das Vergessen haben, den reuelösen Grafen in ihren Mauern zu beherbergen.

Die antisemitische Magdeburger „Sachsenhaus“ ist über diese Ankündigung nicht gerade sonderlich entzückt; sie schreibt ihm zum „Willkommen“:

„Um den vorerwähnten Anführer auszuschießen, stellen wir hiermit ein für alle Mal fest:

Wir Magdeburger Reformen lehnen jede Gemeinshaft mit dem Grafen Pädler ab und erlauben ihn nicht dringender, den Mauern Magdeburg fern zu bleiben, wo er von mehreren Jahren schon zwei mal gesprochen, aber nicht die geringste Gegenliebe gefunden hat. Wir Reformen wollen keinem Juden todschlagen, sondern straffe Reformengesetze schaffen, welche den sog. wackigen Juden in gleicher Weise wie der schwarzen das Handwerk legen. Die anständigen Israeliten, welche sich diesen verurteilten Gesetzen unterwerfen, mögen dann in Ruhe hier bleiben. Den schlichten Juden werden unsere Gesetze schon das Hierbleiben verbieten.

Graf Pädler besitzt durchaus keine Menschenkenntnis und Lebenserfahrung. Sonst würde er wissen, daß die Stadt Berlin wie feingehalt das große Babel in ihrem eigenen Feuer schmoren muß, daß der Brand mit bedrängt ist. Will Graf Pädler ein edler Demokrat sein, so soll er erst seine Festungsfest abblenden und dann sein Unordentlichkeit der Wahlen und damit den übrigen Deutschen ein gutes Beispiel geben. Wiederum mag er für Durchsicht der vernünftigen Reformgesetze eintreten.

Sollte Graf Pädler wider Erwarten doch in Magdeburg erscheinen, so bitten wir alle unsere Gemeindegemeinschaften, einmal die Rabau-Versammlungen nicht zu besuchen und zwecks ganz energisch gegen den Rummel zu agitieren“.

Das Aufgeben seiner Redetätigkeit in Berlin begründete Graf Pädler damit, daß die Berliner zwar eifrig seine Versammlungen besuch und Beifall gekläßt, aber trotz seiner langen Wirksamkeit noch keine nennenswerten Taten — man kann sich denken, welche „Taten“ der Graf meint — vollbracht hätten. Nun möge Berlin in der „Judennot“ untergehen, er, Pädler, habe seine Schuldigkeit getan. Ein weiterer Grund für den Grafen, den Berliner Staat von den Jagen zu schäffeln, sind die ewigen Streitigkeiten mit den Leitern seiner Versammlungen, die ihm niemals radikal genug vorgehen. Er hat in letzter Zeit zu jeder Versammlung einen neuen Leiter suchen müssen und findet wohl keinen geeigneten mehr. Einer der vorerwähnten Versammlungsleiter hat auch die blutrote Pädler-Farbe mit der Inschrift

„Deutschland, Deutschland über alles“ gehalten und öfter weigert die Herausgabe, so daß die Pädler-Artmer jetzt ohne Feldzeichen ist. Eingeweihte wollen übrigens wissen, daß nicht diese Gründe allein den Grafen zum Aufgeben seiner Redetätigkeit in Berlin bewogen haben, sondern daß er damit ein Versprechen gegenüber denjenigenanten Renten einlöst, die für seine Begnadigung ersonnen haben.

Es wird sich empfehlen, bei der demnachst im Abgeordnetenhaus zu erwartenden Interpellation über die abermalige Begnadigung des antisemitischen Demagogen Grafen Pädler zu Stellungnahme an den Herrn Justizminister die Anfrage zu richten, ob diejenige Instanz, die der entgegengesetzten Stelle die für eine Milderung der Gefängnisstrafe sprechenden Gründe vorgetragen hat, auch das kassische Poem erwähnt hat, das Pädler nach „Abkündigung“ seiner letzten Festungshaft in Weichselmünde in das „goldene Buch“ der Festungsgefangenen eingetragen hat, es lautete nämlich:

Es gibt kein schön'sres Leben,
Als das Gefängnis,
Wie es Barchas und der Leutnant schau.
Zu dem Best kaufen
Und das Geld verkaufen,
Als ein schöner, herrlicher Berg,
Wieder mit den Juden!
Naus mit der ganzen Bande!
Soch Deutschland! Hurrah!

„Weichsel“ nimmt der neue Justizminister, Herr Besefer, schon jetzt Gelegenheit, sich darüber zu informieren, ob auch dieses Gedicht als „Strafmildern“ in Betracht gezogen ist, damit er nicht in die unangenehme Lage kommt, auf die Interpellation eine ausweichende Antwort geben zu müssen.

Die Presse hat sich im Allgemeinen in ihrer Stellungnahme zu der Begnadigung auf die Widerlegung der auszugewiesenen aus von uns mitgeteilten kritischen Auslassungen der „Liberalen Korrespondenz“ beschränkt. Es bleibt nur noch nachzutragen, was die katholische „Köln. Volkszeitg.“ zu der Begnadigung schrieb:

„Wir haben wiederholt, im Gegenatz zu der Annahme des Moabiter Berichtes, die Zurechnungsfähigkeit des Deschgrafen bewiesen. Dann gehört er als gemeingefährlich in eine Anstalt. Teilt man diese Ansicht nicht, so gehört er gemäß dem Moabiter Urteil ins Gefängnis. Ganz sicher aber gehört dieser merkwürdige Herr nicht in die custodia honesta der Festung.“

Im Anschluß an die oben erwähnte Person, daß die Begnadigung Pädlers erfolgt sei unter der Bedingung,

daß er seine heftige Agitation aufhebe, wird uns von geschätzter Seite noch geschrieben:

Als Graf Pückler-Kl. Tschirne im November 1902 wegen der württembergischen Verurteilung zu einer für seine Verhältnisse geringfügigen Geldstrafe verurteilt worden war, da schrieb eines der angesehensten liberalen Blätter, daß dieses Urteil geradezu eine rechtsgeschichtliche Bedeutung besäße. Graf Pückler hatte in der umständlichsten, genauesten Weise Anmerkungen erteilt, in welcher Weise Juden und jüdische Damen zu überfallen und zu mißhandeln seien. Dafür gab es, wie gesagt, eine Geldstrafe. Eine andere Rede des Grafen, die vor dem selben Gerichtshof zur Anklage kam, trug ihm nicht einmal eine Verurteilung zu Geldstrafe ein, sondern brachte ihm die Freisprechung, weil er nach Ansicht des Gerichts die Aufforderung, „die Judenferle zu geschmettern“, nur „bildlich“ gemeint habe. Das Gericht lobte in der Urteilsbegründung des Herrn Grafen „tiefen Glauben in der christlichen Religion“, seinen „hohen patriotischen Sinn“. Jüngst aber haben andere Richter den Grafen Pückler doch etwas fester angepackt und ihn zu Gefängnisstrafe verurteilt.

Die Verurteilung über das von Rechts wegen Selbstverständliche, nämlich über die Behandlung des Grafen Pückler nach dem für alle geltenden Maßstab des Strafrechts, hat nicht lange vorgehalten, da der Justizminister die Begnadigung des Verurteilten zu Festungshaft herbeigeführt hat. Es bleibt aller Grund bestehen, in die preussische Rechtsgeschichte ein besonderes Kapitel mit der Aufschrift „Graf Pückler-Kl. Tschirne“ und mit äußerst merkwürdigem Inhalt einzufüllen. Immerhin würde auf diese Begnadigung ein gewisser verklärender Schimmer fallen, wenn es sich bestätigte, was neuerdings über die Vorgeschichte dieses interessanten Vorganges verlautet. Danach soll nämlich die Begnadigung nur befürwortet und schließlich gewährt worden sein zugunsten des Grafen gegen die feierliche Erklärung des Grafen Pückler, daß er fortan seiner satifam bekannten Wirksamkeit entsagen, sich aus der Öffentlichkeit, der er bisher obgelegen, zurückziehen wolle. Es soll ihm ausdrücklich diese Bedingung gestellt worden sein, und er habe sich ihr unterworfen.

Wenn das richtig ist — und mancherlei deutet darauf hin —, dann scheint also die härteste Außenkraft des Antisemitismus aus dem Betriebe aus. Auf Süder folgte Hylwardt, auf Hylwardt folgte Pückler. Die große Garde der kleinen Leute, der Liebermann und Zimmermann, Mosch, Wölfer, e tutti quanti, kann in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben. Die „Staatsbürgerzeitung“ wendet an sich hin und her; Herr Wilhelm Bruhn läßt auf den Straßen ein Blatt, die „Wahrheit“ ausstreuen, das in jeder Woche eine andere „Enthaltung“ enthält, wenn man dem immer auf dieselbe Weise geklammerten Chorus der Musiker glauben will, und das seinen Unternehmern schließt und recht durch Inzeratenspeck ernährt. „Les affaires sont les affaires“, und zu der vielberühmten „Rettung Deutschlands aus der Judennot“ paßt das jegliche Bruchstück recht eigenartig.

Frägt sich, wer nun die Erbtschaft Pücklers antreten wird. Daß ein hartes Publikum — allerdings immer ein und dasselbe — einen Kibel als Pückler braucht, das kann nicht bezweifelt werden. Es sind immer die selben Tausend oder ein Teil von ihnen, die den sorgfältig auswendig gelernten Pücklerern mit Andacht lauschen. Ein ehemaliger Ständeramtsrat vor etlichen Jahren berichtet, daß das Schimpfen die Hauptaufgabe der Pücklerischen Erbschaft sei; — „fanatisiert“, so schreibt er, „ist wirklich ein großer Teil der Zuhörererschaft.“ Eine Masse Männer wie Frauen sind so aufgeregt, daß sie den leiftesten Widerspruch gegen die Pücklerischen Aufreizungen, den geringsten Zusehens

mit wutverzerrten Gesichtern, mit Geschimpf und Prügelfandrohung aufnehmen. Ich habe mehr als tausend Versammlungen mitgemacht. Aber nie habe ich so den Eindruck der menschlichen Bestialität erhalten, als in diesem Kreise der gutgekleideten Antisemiten Berlins.“

Also Graf Pückler tritt die ersten ehlen Zeitgenossen hinaus. Sein Geist lebt; wer aber wird seines Geistes Verkörper sein? Herr Bruhn? Er wäre der nächste dazu. Wie das Bruchstück Blatt sich dem Gedankengange der Pücklerischen „Schlagfertigkeits“ anpaßt, das ergibt folgende sogenannte Briefkastennote der jüngsten Nummer: „Leop. — Sie haben die Absicht, uns zu besuchen? Vielleicht geben Sie diesen Gedanken auf, wenn Sie hören, daß unsere Treppen sehr hoch und steil sind und daß eine Unfallstation sich nicht in der Nähe befindet.“ — Wie er sich räuspert und wie er spuckt! — Inzwischen der anerkannte Nachfolger des Grafen Pückler-Kl. Tschirne stellt einmischen noch. Immer heran, immer heran, meine Herrschaften! Das neue Deutschland, das Land der Dichter und der Denker, das Reich, in dem nicht wenige Leute vermuten, daß wir an Blüthen besser Ausstattung und edelster Kultur allen Nationen im Weltumrund überlegen sind, — es muß unbedingt einen Herold haben von der Art des Grafen Pückler, dem sein „hoher patriotischer Sinn“ gerichtlich bezeugt worden ist und dem der Mut in der Brust die Spannkraft gibt zum heißen Kampfe gegen die Juden! Auf, auf! das Geld liegt auf der Straße; man ergebe die Sammelsteller zur Ernte nach Bantelgierigkeit! . . .

Erforscht: wir wollen sehen, ob Graf Pückler imstande sein werde, dem gewohnten Genusse dauernd zu entsagen, und wollen sehen, wer in diesem Falle mit seinem Rathe pflegen werde. Bis dahin sei der politische Retrolog für den Klein-Tschirner verlag.

Herr Ernst Lauterer.

In dem „Die philosophische „Staatsbürgerzeitung.“ über-
schriebenen Artikel in der letzten Nummer der „Mittel.“ war von einem Herrn Lauterer die Rede, der als Garde der „Staatsbürgerzeitung.“ in dieser seine Wotanspreibungen ablagerte. Uns wird nicht der bereite gemachte Vorwurf treffen können, daß wir ihn totschweigen. Herr Lauterer ist kein Rabau-Antisemit. Das will nicht viel sagen, denn man gehört nicht gern zur sittlich verwohnten Plebe. Aber getrig ist bedeutender ist der Lauterer-Antisemitismus auch nicht. In gewissem Sinne ist dieser sich wissenschaftlich und raffig gebende Antisemitismus noch widerwärtiger und införier auch gefährlicher, als er im Gegenfatz zum Rabau-Antisemitismus durch seinen Phrasenflucht auf sich gute Rechte, aber schlechte Wustanten einzufangen im Stande ist, wenn man nicht den geschwollenen Unfinn seiner wissenschaftlichen und „idealen“ Hülle entleidet.

Herr Lauterer also dogiert: „Germanentum und Juden-
tum sind im inneren Wesen so grundverschieden, daß auch der in der Kulturgeschichte beider Völker weniger Bewanderte sich nicht gegen die Einsicht verschließen darf, daß in der Rassenverwandlung beider Völker Gefahr liegt.“ „Dies von der Dessenlichkeit auszusprechen, sagt er, ist nicht nur mein Recht, sondern auch meine Pflicht, das Recht und die Pflicht aller, die in der Kultur der Menschheit mehr sehen als einen widerwärtigen Völkerei, ohne Originalität, ohne Vitalität, ohne Ideale, ohne Geistesstolz.“

Allderdings hat Jeder das Recht, sich so viel als er will lächerlich zu machen und Unfinn zu schwärzen; die Pflicht das zu tun zeugen wir im Interesse der betreffenden Person, aber auch im Interesse der Hörer und Leser. Wir

bestreiten ferner den Vordersatz, daß Gernuementum und Judentum im innersten Wesen so grundverschieden seien. Wir behaupten im Gegenteil, daß Juden sich eher sowohl Norddeutschen als Süddeutschen in allem Wesentlichen assimilieren können und wollen als etwa Sachsen den Pommeren. Und daß in der Massenverquickung eine Gefahr liegen sollte, können wir erst recht nicht zugeben. Es widerstrebt uns das näher auszuführen, weil wir uns nur ungern an den schwanzenden und trügerischen, an Trübsüßern so reichen Empiristoden der Rassen-theorien begeben. Wenn aber Herr Lauterer schon von der Vermischung der Juden und Deutschen — also zahlreich sind diese Vermischungen ja übrigens noch nicht — als von einem „Völkertreib“ spricht, wie muß er erst von dem amerikanischen Volke sprechen, das Blut von fast allen Völkern der Erde in seinen Adern fließen hat und jedenfalls das gemischteste Volk auf Erden ist. Es wird aber kein Mensch der Amerikaner Originalität abschreiben. Von den Idealen der amerikanischen Nation weiß man nur in urdeutschen Kreisen nichts, die alle Ideale für sich in Anspruch nehmen. Aber Prinz Heinrich muß ehrlich genug schon nach kurzem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten diesen Grundbirtum offen zu bekennen. Der Heimatstolz der Amerikaner ist nicht nur da, er ist bis zur Kranzhaftigkeit ausgeartet; ja es dürfte wenige Völker geben, die so stolz auf ihre Heimat sind. Die Vitalität der amerikanischen Nation freilich ist ein schwacher Punkt; aber wir glauben nicht, daß die mangelhafte Fruchtbarkeit der Amerikaner auch nur das Geringste mit der Völkervermischung zu schaffen hat, sondern daß sie eine Folge der Säufluht, wie sie leider auch in verschiedenen europäischen Ländern verpflanzt wird, ja auch bei uns in Deutschland zu beklagen ist.

Herr Ernst Lauterer sagt weiter in seinen „Tausendstimmen“:

„Es lehnt sich mein ganzes deutsches Empfinden gegen die Annahme eines Stammes auf, der doch unsere Gastfreundschaft genoss und alle Rechte eingeräumt erhielt, die wir selbst haben. Im Verhältnis zum eigenen Interesse ist der öffentliche Einfluß des israelitisch-nationalen Volksteils zu groß! Das jüdische Großkapital kämpft zu gewaltig gegen unsere Nationalinteressen. Wir verbrauchen zu viel Kraft, opfern zu viel für die Interessen der jüdisch-nationalen Kulturentwicklung und veräumen dabei unsere nationalen Aufgaben. Es ist auch das keine zufällige Erscheinung, daß die Presse, die Bildnerin der öffentlichen Meinung, in jüdischen Händen ist, daß die breiten Volksmassen im Sozialismus durchweg von Juden geführt werden; deutlich ersehen wir hieraus das Weltmachtstreben der jüdischen Nation. Gegen dieses faule- und entwickelungsgefährliche Wühlen im Sonderinteresse des Judentums richtet sich mein „Antisemitismus“ ganz allein.“

Fast jedes Wort ist eine Fälschung, eine falsche Darstellung der wirklichen Verhältnisse, wie wollen annehmen, keine Ausnahme, sondern eine in dem engen Gesichtskreise des ehlen Barben begründete.

Es ist bezeichnend, daß in demselben Berliner Antisemitenblatt, in welchem Herr Lauterer seine Botenweisheit vortragen darf, vor kurzem die naive Beschwerde ausgedrückt wurde, daß in den Vereinigten Staaten noch kein Deutscher zum — Präsidenten gewählt worden ist. Und in Deutschland, wo die Juden es noch nicht einmal bis zum Reichspräsidenten bringen dürfen, ist der Einfluß der Juden „zu groß“.

Auf die anderen Behauptungen des Herrn Lauterer, die, soweit sie einiges Wahre enthalten, so und so oft schon erklärt, und soweit sie unwahr, widerlegt worden sind, wollen wir nicht erst eingehen. Aber wir möchten Herrn Lauterers Gefinnungsgenossen und vor allem ihn selbst die nicht ganz originale, aber mit großem Behagen in der Nummer der „Staatsbürgerz.“ vom 7. Jan.

b. Ja. von Herrn — Lauterer selbst vorgetragene Lehre des „Schin-in-der-Lage-des-andern-versehen-lösenden“ empfehlen. Mit der Empfehlung seiner eigenen, richtiger, der von ihm anderen nachgesprochenen Lehre wird er doch wohl zufrieden sein. Er sollte nur auch danach handeln.

Ueber den Antisemitismus in der Schweiz.

Hierüber handelt ein Aufsatz von E. Bollay in der „Israel. Wochenchrift für die Schweiz“, von dem man zu geben muß, daß es allerdings tatsächlich nur richtiges aussagt. Trotzdem die Emigration der Juden in der Schweiz teilweise schon 1848 und vollständig durch die Bundesversammlung von 1874 eingeführt worden ist, wird es in den allermeisten Kantonen nicht vorkommen, daß ein Jude durch Volkswahl in eine gesetzgebende, verwalternde oder richterliche Behörde berufen wird. Im Kantonsrat von Zürich sitzt wohl ein jüdisch-russischer Sozialist, aber er hat vielleicht keinen einzigen Kollegen in der Schweiz. Man bedente aber, wie gering noch heute die Zahl der Juden in der Schweiz ist, die vor 1848 überhaupt nur an ganz wenigen Orten sich niederlassen durften, und daß leider auch hier dem Worte „Jude“ in den Augen der minder gebildeten Bevölkerung noch immer das aus dem Mittelalter herkommende, in erster Linie von der Kirche ihm aufgetragte und von ihr genährte Stigma anhängt. Da die Wahlen zu öffentlichen Ämtern in der Schweiz fast durchgängig direkte und geheime sind, so macht sich dieses instinktive Vorurteil selbst da geltend, wo die Wähler gar keine Berührung mit Juden gehabt haben; umso mehr, weil die Mehrzahl der Juden doch wohl aus der Fremde stammt. Uebrigens wird es nur ganz selten vorkommen, daß einer der ortsheimlich wenig jüdischeigenen Juden auf ein öffentliches Amt Anspruch erhebt, erst dann könnte es sich zeigen, wie weit in den weiteren Schichten des Volkes das Vorurteil wirklich stärker als der Gerechtigkeitsfinn ist. Viel stärker ist der letztere jedenfalls bei den Behörden, wenigstens denen der fortgeschrittenen protestantischen Kantone. Dies zeigt sich darin, daß da wo die Behörden zu entscheiden haben, in erster Linie bei Besetzungen von höheren Stellen die Juden durchaus zu ihrem Recht kommen. Insbesondere im Kanton Zürich ist das der Fall. Hier amtiert eine ganze Anzahl von jüdischen Hochschuleprofessoren, auch Gymnasiallehrern; ob auch Volksschullehrer (die übrigens vom Volke direkt gewählt werden), ist mir nicht bekannt. Jedenfalls ist in dieser Richtung dem Judentum in der Schweiz ein freieres Feld gewährt, als in Deutschland, insbesondere in Preußen, wo es notorisch selbst für hervorragende Gelehrte immer ein „belastendes Moment“ ist, wenn sie von jüdischen Eltern stammen und diesem Mangel nicht durch Taufwörter abgemahnen haben. Nur das in seinen höheren Schichten größtenteils noch recht „stomme“ Basel scheint hierin eine Ausnahme zu machen. Dem Schweizer dieses sagte ein jüdischer Kandidat, der sich dort beim Universitätsbedienst wegen der Promotionsbedingungen erkundigte, daß Juden nicht zum Doktorgrad zugelassen würden. Ganz selbstverständlich steht hiervon nichts in den Universitätsstatuten, und ganz sicher würden die meisten der Baseler Professoren, wenn nicht alle, die Anschuligung des Antisemitismus mit Entrüstung ablehnen, aber jener Ausspruch des Bedells muß doch irgend welche tatsächliche Grundlage haben.

Auch die durch die Kantonsräte (nicht durch das Volk!) erfolgten Naturalisationen von fremden Juden sind in den protestantischen Kantonen häufig genug, nur aus dem Kanton Bern erinnere ich mich, daß der Große Rat (der eben meist aus Bauern besteht) vor einigen Jahren alle jüdischen Bewerber um das Bürgerrecht und nur diese durchfallen ließ.

beitreten solle, ich habe das aber abgelehnt, weil diese Partei mit Pöbeln zusammengepflegt und in Rabauantismen: s macht."

Dass die Gegenseite mit ähnlichen Lebensumständen zu dienen weiß, zeigen die Kreisstellen in der reformerischen Kriegserklärung. Es wenig interessant die antisemitischen Paritäten auch sind, so ist es doch Pflicht, von ihnen Kenntnis zu nehmen, um der Wählerseits zu zeigen, wie hoch die Antisemiten selbst sich gegenseitig einschätzen.

Die verkappt antisemitische Mittelstands-Vereinigung hat, wie man weiß, auch im Königreich Sachsen eine rege Agitation entfaltet und vor einigen Wochen einen "sächsischen Mittelstandstag" arrangiert, auf dem sich die Mittelstandsvereinigung für Sachsen endgültig organisierte. Selbstverständlich selbst auch bei dieser Gelegenheit die Phrase nicht, daß die Mittelstandsvereinigung alle Klassen des Mittelstandes umspannen sollte, außer den Handwerkern, also beispielsweise auch die Privatbeamten und die Hausbesitzer. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die nach allen Richtungen auseinandergehenden und einander bekämpfenden Interessen des sogenannten Mittelstandes gar nicht unter einen Hut gebracht werden können und daß die Mittelstandsvereinigung nichts weiter will, als für einen beschränkten Kreis von Personen auf Kosten der anderen Sonderrechte herauszuschlagen. Bemerkenswert ist nun eine Charakteristik, die der bekannte antisemitische Baumeister Hartwig in seiner "Dresdner Bürger-Zeitung", dem Organ des Allgemeinen Hausbesitzervereins zu Dresden, am den Agitatoren der sogenannten Mittelstandsvereinigung entwirft. Es heisst in dem Artikel:

Es war nicht ein altertümliches, neugieriges, gradeblühendes Handwerkerlied, das sich dort zeigte, sondern ein "modernes", sozial angriffselles, das mit nach oben rührendes, und nicht die Wänder der Zeit, sondern des Herbes wimmelt es, die da viel gerübt und viel schöne Worte gemacht, aber den "Handwerk" blutwunden genügt haben. Denn diese "modernen" Handwerker schämen sich ihrer christlichen Glaubensbekenntnisse und nennen sich "vornehme" Gewerbetreibende. Weil aber auch das noch zu sehr nach ehrlicher Arbeit klingt, so hat man einen neuen Namen erdacht: "Mittelstand". Das ist je ein Begriff, unter dem man alles möglich denken kann, so ein rechter Wirtschaftsbegriff, prächtig geeignet, die ganze zerstreute "Mittelständigkeit" zu bezeichnen: mittelständige Beamten, mittelständige Bildung und — mittelständige Charaktere. Dieser "Mittelstand" ist der Sammelplatz der nicht reichen und der nicht armen Leute, der sozialen Nichtsler und der Nichtskülner, der Handwerks-Handwerker und der Wälscher, der Männer mit der Wälsch der kommen Dichtungstakt, der "alten christlichen Seemanns".

Diese Charakteristik ist, wie gesagt, doppelt wertvoll, weil sie von dem Antisemiten festgelegt herrührt. Er besitzt eine genaue Kenntnis der Leiter der Mittelstandsvereinigung und ist daher wohl in der Lage, das Urteil über die mittelständigen Charaktere zu fällen.

Die Mittelstandsvereinigung hat bekanntlich auch versucht, die Sozial- und Grundbesitzervereine sich politisch dienstbar zu machen. Der 27. deutsche Haus- und Grundbesitzerstag war jedoch nach einem Referat seines ersten Vorsitzenden Räuber — jenes eben imartan Serren, dessen Geschäftspraktiken in Hannover mir kürzlich gekennzeichnet haben — über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen, weil er der Ansicht war, es hier mit einer politischen Partei zu tun zu haben.

Es wird nun in den Kreisen, die da meinen, daß Hausbesitzervereine der Deutschen Mittelstandsvereinigung beitreten sollen, die Behauptung aufgestellt, die Mittelstandsvereinigung sei keine politische Partei. Diesen Anschauungen tritt das "Grundelgentum", Organ und Eigentum des Bundes der Berliner Grundbesitzervereine, in einem sehr sachlich gehaltenen Artikel entgegen, in dem näher auf das eigentliche Wesen, die Zwecke und die Ziele der Mittelstandsvereinigung, sowie auf die inneren Ursachen, die zu ihrer

Gründung geführt haben, eingegangen wird. Es wird aus-geführt, daß die Mittelstandsvereinigung sich in einem Gegensatz zu den bestehenden bürgerlichen Parteien stelle und daher tatsächlich eine politische, und zwar vom Bund der Landwirte abhängige und mit ihm alliierte Partei sei, daß sie die Geschäfte des Bundes in der Stadt besorgt und in demselben agrarisch-antisemitischen Hofzwang liegt, allerdings unter einer anderen Flagge. Der Bund der Landwirte dürfe in den Städten nicht mehr recht zugräftig wirken; mit dem Namen Mittelstandsvereinigung läßt sich eher etwas erreichen. Die Ziele und Zwecke aber sind bei beiden dieselben; beide bekämpfen den Fortschritt; beide wollen den fortschreitenden Entwicklung einen Hemmschuh in den Weg legen. Den wahren Interessen des Mittelstandes ist eine derartige Verdrüßung mit dem Bunde der Landwirte nur schädlich; sie ist auch etwas durch und durch Unnatürliches. Es sei nur an die Lebensmittel und die Rohmaterialien der Gewerbetreibenden anzureichende Zollpolitik des Bundes der Landwirte erinnert, obwohl der Kleingewerbetreibende zu seinem Vorwärtskommen auf möglichst billigen Einkauf von Rohmaterialien angewiesen ist, und ebenso wird gerade zum Schaden des Kleingewerbetreibenden wie des Kaufmannes durch die Agrarpolitik die Kaufkraft der Massen empfindlich geschwächt."

Vermischtes.

Die Hilfsgeber für die russischen Juden werden in den Dienst der russischen Revolution gestellt — so verkünden schon seit Wochen die antisemitischen Blätter. Wasser auf ihre Mühlen lieferte nun eine Inschrift aus Odessa in Nr. 17 der "Köln. Zig.", in der es heisst:

Es hatten sich mehrere Hilfskomitees gebildet, um die schwer geschädigte jüdische Bevölkerung zu unterstützen. Aus aus dem Ausland sind namhafte Summen eingelaufen; leider sind die Spenden nicht dazu verwendet worden, wofür sie bestimmt sind: jeder ein Viertel der Gelder ist zur Befriedigung der Wünsche der sozialistischen Revolutionären Bereich, zwei und auch zur Befriedigung von Bonzen verwendet worden. Wägen die Spenden, namentlich in Deutschland, vorzüglich sein und nur solchen Komitees Geld senden, die wirklich die armen Juden unterstützen und nicht die Revolutionsparteien!

Hierzu erhielt das Blatt vom Hilfsverein der deutschen Juden die Mitteilung, daß die von ihm nach Ausland geschickten Gelder ganz ausschließlich im humanitären Interesse verwendet werden und daß jede Unterstüßung der Revolutionäre ganz und gar ausgeschlossen sei. Das Komitee in Odessa bestrebt dadurch aus zu reichen und angesehenen Personen und es könne gar nicht in Frage kommen, daß diese die ihnen übergebenen Gelder zur Unterstüßung der Revolution verwendeten. Von derselben Seite erhielt die "K. Z." die Nachricht, daß eine jüdische Abordnung, die vor einigen Tagen von beratenden Gerichten gehört hatte, sich direkt zum Ministerpräsidenten Grafen Witte begeben hat, um gegen die Anschulldigungen Einspruch zu erheben. Graf Witte antwortete den Herren folgendes: Es handelt sich hier um ein lächerliches Mißverständnis und ich bedaure, daß der uneigennütigen und nützlichen Tätigkeit der jüdischen Hilfskomitees in Auslande auf solche Weise Schwierigkeiten bereitet werden.

Heber eine Protestversammlung gegen die russischen Judenmexelien in London wird der "Frankf. Zig." von dort unter dem 3. Januar gemeldet:

Am 3000 Personen sollten gestern Abend die Queens Hall, um gegen die russischen Judenmexelien zu protestieren. Kard Rothschild führte den Vortrag. Auch der

Bischof von Ripon, der katholische Erzbischof von Westminster, Lord Milner, der Lord Mayor der City und Lord Glenelg reboten zur Versammlung. Von Premierminister Campbell-Bannerman, Balfour, Chamberlain, dem Herzog von Devonshire, dem Lord Oberichter und dem Bischof von London waren zustimmende Schreiben eingelaufen. Bei der Verteilung der Raten zur Versammlung wurden die Juden nicht benützt. Großen Enthusiasmus erweckte Rothschild, als er in seiner Rede sehr ruhig sagte: „Wir können sicherlich nicht den Jaren für die Schweißigkeiten verantwortlich machen, den Jaren, der Urheber dieser Reformen war. Was wir sagen können, ist dies: diese Schweißigkeiten haben stattgefunden, und die Urheber derselben sind nicht bestraft worden.“ Die Versammlung verhandelte diese Angelegenheit gegen die russische Regierung und brach darum in einen Sturm von Beifall aus.

Breslau, 8. Januar. In Sachen des antisemitischen Zersetzungs des Vereins „Christlicher Referendare in Breslau“ erfährt die „Breslauer Zeitung“ authentisch, daß der Justizminister den Oberlandesgerichtsrat Adersmann mit der disziplinarischen Voruntersuchung betraut hat. Das Verfahren richtet sich gegen den Landgerichtsrat Ossmann, als vermeintlichen Verfasser des Liedes, eventuell auch gegen den Vereinsvorstand, nicht aber gegen alle Vereinsmitglieder. Eine Entscheidung ist noch nicht ergangen.

Der Antisemitismus als Mittel, Karriere zu machen. In der Nummer 45 der in Berlin erscheinenden „Alldeutschen Blätter“ veröffentlichte ein Mitglied des „Alldeutschen Verbandes“, Lang-Liebels, einen Artikel „Morgenrot des Antisemitismus“, in dem der Verfasser unverblümt den freundschaftlichen Rat erteilt, „daß man von den Jesuiten lernen solle, antisemitischen zu verfolgen.“ Einem anderen Verbandmitglied war dieser Antisemitismus denn doch zu arg; Herr Oberlehrer Dr. Heinrich Köhmfeld in Schwäbe veröffentlichte an derselben Stelle eine Entgegnung, in der es heißt: „Befiehl, wir haben an einem heftigen Gymnasium 30 Abiturienten, von denen 18 nicht jüdisch sind — die jüdischen können schon heute in Staatsstellen nicht eintreten —, welche von den 18 sind nun Arier? Nur die blonden? oder die Langschädel? — Oder bezieht sich das nur auf die Grenzgebiete? Dort dürfte aber die Frage wohl noch schwieriger zu beantworten sein. Wie bequem wäre es aber für die rasselosen Germanen, zu Brot zu kommen. Ihre Leistungen würden nicht mehr von Belang sein.“

Je mehr wir in Deutschland dazu gelangen, den Antisemitismus über den Nachweis der arischen Rassenreinheit als ein Mittel auf Vererbung durch ein staatliches Amt aufzuheben, desto bequemer werden naturgemäß die Bevorzugten werden, desto minderwertiger ihre Leistungen und sonstigen Qualitäten. Schon jetzt macht sich in vielen studentischen Kreisen vielfach das Bestreben geltend, die nationale Flagge einfach dazu zu gebrauchen, fähigere Mitbewerber rückständig zu verdrängen.

Die „Halbjuden“ unter den höheren Verwaltungsbeamten. Das Organ des Bundes der Landwirte gibt eine Aufzählung des Herrn Kurt v. Strang wieder, die sich mit dem Vorbereitungsdienst der höheren Verwaltungsbeamten beschäftigt, dessen Reformbedürftigkeit nachgewiesen wird. Grundsätzlich ist es dem Verfasser aber wohl darum zu tun, auf eine „erste Gewehr“ hinzuweisen, die nach seiner Ansicht in dem starken Prozentsatz des getauften

jüdischen Elementes, besonders der Halbjuden, unter den höheren Verwaltungsbeamten liegen soll. Wir hätten nicht nur Minister, sondern auch Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte solcher Herkunft gehabt. Auch das Offizierskorps sei leider nicht ganz verschont geblieben.

Die konservativste Partei wird in ihren Spitzen von dieser „süchtlichen Wucherung“ eigenartig berührt werden. Sie weiß, wie viel sie „getauften Juden und Halbjuden“ zu verdanken hat, und hat nicht ohne Grund Lust durch eine im Sitzungssaal des Herrenhauses aufgeschaltete Wäsche gerührt. In einem Punkte hat der Verfasser der Aufschrift recht. Er schreibt: Den gläubigstrennen (Juden) weist man zurück, den getauften nimmt man fruppellos auf. „Gleiches Recht für alle!“ Das ist es ja auch nur, was die deutschen Staatsbürger jüdischen Glaubens fordern.

×× **Turnerisches.** Der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft, Dr. Goep, leitet den neuen Jahrgang der „Deutschen Turnzeitung“ mit einem Rückblick auf die Entwicklung der Deutschen Turnerschaft im letzten Jahre ein und gedenkt dabei auch der antisemitischen Wadenhosen in Österreich, die schließlich zu einer Spaltung im deutsch-österreichischen Turnlager führten.

„Daß wir“, führt er aus, „beim Abschluß des alten Jahres auch mit einer gewissen Wehmütigkeit daran denken, daß es das erste war, in welchem der ausgeschiedene Kreis „Deutsch-Österreich“ getrennt von uns seine Bahn zog, ist ja nach dem langen ungestörten brüderlichen Zusammenleben selbstverständlich. Trotzdem muß uns der Gedanke, daß wir nicht die Schuld an der Trennung tragen, nachdem der deutsche Turntag durch Schaffung eines neuen Kreises ein Nebeneinanderarbeiten der verschiedenen Richtungen möglich gemacht hatte; trotzdem muß uns auch die Tatsache, daß — während in Österreich ein Turnbund besteht, der auf Schönerer'scher Grundlage, ein Kreis Deutsch-Österreich, der zu Wolf, dem Töbinger, Schönerer, steht und ein Kreis XV, dessen deutsch-freiweltliche Turner zu uns halten — im Deutschen Reich die Deutsche Turnerschaft mit fast 7500 Vereinen und fast 800 000 Mitgliedern in Treiben und Eintracht und in starrer Turnarbeit vereint den Beweis liefert, daß deutsche Turner und Männer trotz verschiedener Anschauungen dem einen Ziel gegenüber einig sein können.“

Die antisemitischen österreichischen Turner geben sich bekanntlich fortwährend die größte Mühe, den deutsch-freiweltlichen Turnern etwas am Zeug zu flicken. So wurden auch vor einiger Zeit mit gehörigem Tamtam einige der großen Deutschen Turnerschaft angehörige Turner benimmt, weil sie an einem schiedlichen Turnfest teilgenommen haben sollten. Der Grund für diese Denunziation lag klar auf der Hand. Den antisemitischen Turnern kam es nur in zweiter Linie darauf an, dafür zu sorgen, daß deutsche Turner sich nicht an tschechischen Festen beteiligen. Der Hauptgrund war für sie vielmehr der, die deutsch-freiweltlichen Turner in der Meinung der deutschen Österreichler herabzusetzen. Trotzdem leitete der Kreisrat eine strenge Untersuchung ein und fand bei den angeführten Fällen allerdings etwas zu tabeln. Infolgedessen erkannte er auch in dem einen Falle auf einen Verweis, im anderen auf Auflösung einer schuldigen Fußballreise, während er die Stellung eines Turnlehrers, der gleichfalls nicht den Satzungen gemäß gehandelt hatte, kündigte. Der Ausschuß der Deutschen Turnerschaft nahm zu diesen Erkenntnissen Stellung und erklärte offiziell: „Im letzten Falle, der einen reichsdeutschen Turnlehrer betraf, scheint das Vorgehen des Vereins sogar zu streng zu sein. Öffentlich hören übrigens die Veranlassungen, vor allem aber auch die wiederholten öffentlichen Denunziationen in gegnerischen Blättern endlich auf. Sie sind jedenfalls noch unwürdiger als die geringen

Vergehen es sind. Die Schreiben, die an den Ausguss unter Namensnennung gerichtet werden, werden stets ihre Erlebigung finden. Beim Hinaustragen in die Öffentlichkeit ist nicht die Ablehnung des Uebels der Joden, sondern die Bloßstellung des Gegners. Eitliche Momente spielen dabei keine Rolle."

× × **Jüdische Korporationen an deutschen Hochschulen.** Die jüdischen Korporationen haben sich zu zwei großen Verbänden zusammengeschlossen, dem R. C., dem "Karstellverband der Tendenzverbände deutscher Studenten jüdischen Glaubens" und dem "Bunde jüdischer Korporationen". Die erste jüdische Korporation wurde im Wintersemester 1884/85 in Würzburg aufgestellt, es ist die freie Verbindung Salia. Im Sommer 1889 wurde der Verein jüdischer Studenten in Breslau gegründet, im Juli 1892 die Thuringia in München, im Juli 1892 noch eine jüdische Verbindung in Breslau. Die meisten jüdischen Vereine sind aber erst in den letzten Jahren begründet worden. Im August 1896 schlossen sich die schlagenden jüdischen Korporationen zu dem bereits erwähnten Kartellverband zusammen. Dieser Verband zählt zurzeit 9 Vereine, und zwar bestehen diese an den Hochschulen zu Berlin, München (2), Bonn, Breslau, Freiburg, Darmstadt, Straßburg, Heidelberg. Alle diese Verbindungen geben unbedingte Satisfaction, lehnen aber Bestimmungsmassnahmen ab. Sie ähneln darin sehr den A. D. B.-Vereinigungen, den sogenannten "Reformvereinigungen". Der "Bund jüdischer Korporationen" trat erst am 18. Januar 1901 ins Leben. Ihm gehören akademische Vereine in Berlin, Breslau, München, Freiburg, Königsberg und Straßburg an. Der R. C. R. überläßt die Entscheidung in Satisfaktionsangelegenheiten vollständig den einzelnen Mitgliedern. Im ganzen gibt es augenblicklich zwanzig jüdische Korporationen, von denen 17 an Universitäten und drei an technischen Hochschulen bestehen. Drei jüdische Korporationen nebeneinander gibt es zurzeit in Berlin, München und Breslau. An den anderen Hochschulen ist stets nur eine vertreten.

Bedeutend zahlreicher sind natürlich die Verbindungen, in denen jüdische Kommunitäten in starken Provinzorten oder in der Majorität vertreten sind. Vor allem ist da die Freie Wissenschaftliche Vereinigung zu nennen und noch verschiedene andere wissenschaftliche Vereine. Aber auch mehrere farbentragende Burschenschaften und schlagende Verbindungen haben zahlreiche jüdische Mitglieder. Das gleiche gilt von den organisierten Zirkeln.

„Wir sind im wahren Christentum.“ Unter diesem Stichwort schreibt die in Köln erscheinende sozialdemokratische „Rheinische Zeitung“ folgendes: Die für Christentum, hohe Fleischpreise und noch höhere Brotzölle schwärmende katholisch-agrarische „Rheinische Volksstimme“ schreibt in dem obigen Weihnachtsartikel: „Glücklich das Volk, für das es noch ein Christfest gibt im eigentlichen Sinne des Wortes, ein Fest, an dem Christus seinen Einzug hält in die Herzen. Gewiß, es ist noch in manchen Orten so. Am Weihnachtsfeste kann man noch und fern die Gläubigen zur Messe sehen. Das Gotteshaus im Glanz seiner Lichter ist so traumhaft und schön; in heiliger Anbacht betet der Christ. Und wenn das Messopfer zu Ende ist, drängen sich entloste Weiden zum Tisch des Herrn, um den menschenwürdevollen Gottessohn in der Kommunion zu empfangen. Gottes Frieden tragen sie aus der Kirche mit in ihre Häuser, für sie wird es wirklich ein „Glückseliges Christfest“. In der gleichen Nummer schimpft das fromme Blatt morbösammertlich über die Juden und Judenengenossen. Für die in Südasien kämpfenden deutschen Soldaten seien nur wenig Mark zusammengebracht worden, umso mehr aber für die russischen Juden. „Da flachte es freilich anders; die Hunderttausende flogen nur so zu-

sammen. Eßt damit! Für die eigenen Landeskiner mit Aß und Trank ein paar Pfennige, für das verlaunte und verkommene Zubergengelottes rotes Geld. Es sind ja Ausländer, vor denen liegt der Deutsche bekanntlich in Ehrsucht erstickend auf dem Bauche. Daß selbst diesem elenden Gefindel der Boden zu heiß wurde, weil selbst der russischen Schloßgebäude die Wählerlein der Bande zu bumm wurden, macht nichts — der echte deutsche Mann eifertest sie deswegen doch als Märtyrer. Und klopft dem Bad, dem es nicht verschlägt, die ganze Welt in Brand und Aufruhr zu setzen, zum Dank dafür noch die Taschen voll, während die eigenen Söhne im glühenden Sonnenbrand verbrachten und verdursten. „Du stolzes Deutschland schäme dich!“ — Die allerbarmernde und allumfassende Liebe des Christentums findet in diesen Sätzen eine herrliche Offenbarung, die um so stärker wirkt, wenn sie in Vergleich gestellt wird mit dem oben wiedergegebenen Abschnitte aus der Festbetrachtung. Uebrigens: Wird sich Kardinal Fischer freuen, der für „das verlaunte und verkommene Zubergengelind“ ebenfalls Geld gesendet hat!

Die Freimaurerloge „Friedrich Wilhelm zur Gerechtigkeit“ in Kattow überliefert dem Vorsitzenden des dortigen Hilfskomitees für die russischen Juden, Herrn Rabbiner Dr. Dienemann, einen Betrag, begleitet von folgendem Schreiben: „Die in jüngster Zeit von Vertriebenen und Verdrängten an ten in Rußland lebenden Juden verühten entmenschen, jeder Menschlichkeit ohne sprechenden Gewalttätigkeiten müssen jeden geistigen Menschen mit Abscheu und Entrüstung erfüllen. Unbeschreibliches Elend ist durch diese Greuel unter Ihren Glaubensgenossen angerichtet worden, und wir teilen aus vollem Herzen Ihre Betrübnis. Dem vornehmsten Gebote der Freimaurerei folgend, dem Nächsten ohne Unterschied des Glaubens zu helfen und beizustehen, will auch die hiesige Freimaurerloge ein Scherlein zur Linderung des Jammers beisteuern und bittet Sie, beifolgenden Betrag annehmen zu wollen.“

Die Konfession der Zahnärzte. Zu der mit dieser Epithet versehenen Notiz in Nr. 1 der „Mit.“ wird uns das „Frankl. Israel. Familienblatt“ zugesandt, welches folgende Erklärungen enthält:

In der letzten Nr. d. Bl. befindet sich eine Diskussionsäußerung und eine Anzeige, die der von mir redigierten „Allg. Zahnärztlich. Wochenblatt“ entnommen sind. Die Widergabe dieser Anzeige, die den Namen desjenigen jüdischen Zahnarztes enthält, der im redaktionellen Teile meiner Zeitschrift aus richtigem Selbstgefühl ungenannt blieb, veranlaßt mich zu der Erklärung, daß die Anzeige am 14. Sept. d. J. während einer schweren Erkrankung des Verfassers ausgegeben, am 27. desselben Monats nach Erscheinen der erwähnten Anzeige durch ihn zurückgezogen worden ist. Daß sie dennoch am 7. Oktober erschien, ist auf einen Irrtum der Druckerei zurückzuführen.

Zahnarzt Eieren.

Doch in der „Deutschen Zahnärztlichen Wochenblatt“ erscheinende Anzeig, eines arischen Betreuer betreffend, ist während meiner schweren Erkrankung irrtümlicherweise ohne mein Wissen und Wissen schenlich aus der Redaktion abgedruckt und ausgegeben worden und wurde, als es zu meiner Kenntnis kam, sofort von mir zurückgezogen.

Dr. dent. Carl Heibach,
Zahnarzt.

Ein zerfchossenes Ehrenzeichen. Durch verschiedene Zeitungen machte die Mitteilung die Runde, daß Kaiser Wilhelm I. einst einem Krieger das in der Schlacht zerfchossene Eisene Kreuz selbst habe reparieren lassen. Man war der Ansicht, dieses Eisene Kreuz sei das einzige, das im Kriege beschädigt worden sei. Dem ist nicht so, wie das Organ der deutschen Kriegervereine, „Der Krieger“

mittelt. Sie berichtet folgendes: Der Grenadier Siegfried Karjuntseitsch erhielt für bewiesene Tapferkeit bei Kownowitsch das Eisene Kreuz. Am 30. Oktober in der Schlacht bei Re Bourget wurde nach damaligen Berichten der Fahnen-träger immer zuerst weggeschossen. Da stürzte Siegfried Karjuntseitsch herab, ergriß die Fahne, stürzte jedoch bald durch die Druß geschossen tot nieder. Die Regel streifte das Eisene Kreuz und lag es unten völlig nach oben. — Das Kreuz hängt heute, so beschädigt wie es war, im jüdischen Gotteshaufe in Reuthen in Oberschlesien, dem Heimatsorte des Siegfried Karjuntseitsch.

Der Antisemitismus ersten Grades. In Budapest entstanden unter den Hören des Polytechnikums konfessionelle Fraktionen. Einer der Hauptbegründer war der rigorosierende Ingenieur Aljos Goozil, der an die Tür des Reichensaales die folgende Erklärung affigtierte: „Es ist an diesem Orte bekannt, daß ich für die von mir geäußerten Ausdrücke Satisfaction gegeben habe. Zur Vermeidung von Mißverständnissen muß ich erklären, daß der mir angebotene Antisemitismus ersten Grades es mit sich bringt, daß ich mich behufs Abnung der von Seiten Israels gegen mich gerichteten Injurien an das Strafgericht wende, während, wenn ich befeige und Israel die Regeln der Ritterlichkeit kennt und einhält, ihm ritterliche Benutzung gebue.“ Auf diese provokierende Erklärung schrieben mehrere Zehntner jüdischen Glaubens, namentlich Viktor Bernstein, Moriz Pil, Desider Weiss, Michael Weiss und Anders Lang dem Goozil, daß sie ihn anfangs der öffentlichen Verachtung preisgeben wollten, doch da sie ihn der ritterlichen Satisfactionleistung nicht für fähig halten, erachteten sie ihn nicht für würdig, sich mit ihm weiter zu beschäftigen. In Folge dieses Briefes betragte Aljos Goozil die genannten Zehntner wegen Ehrenbeleidigung beim Strafgesetzsicherliche. Die Angeklundigten erhoben die Widerlage. Der Verhandlungsrichter sprach aber sämtliche Parteien frei. Goozil wurde freigesprochen, weil in seiner Erklärung weder hinsichtlich der Juden im Allgemeinen, noch der angeklundigten Zehntner im Besonderen eine Ehrenbeleidigung enthalten war. Der tendenziöse und von Großsprecheri zeugende Ton der Erklärung war jedoch geeignet, in den jüdischen Religion gehöbigen Angeklundigten eine so hochgradige Erbitterung herorzurufen, daß sie in ihrer in selbstbewußtem Tone gehaltenen Erklärung dem Goozil ein Indivium nennen durften, welches sie nach seinem Benehmen nicht für würdig erachteten, sich mit ihm zu befassen und den sie nach seinen gedruckten Grundfagen nicht für fähig halten, ritterliche Satisfaction zu geben oder zu nehmen. Da nun diese Erklärung der Angeklundigten wenn auch beleidigend, entsprechend dem Punkte 5 des § 263 St.-G.-B. im Interesse der Wahrung eines berechtigten Interesses erfolgt, mußte sie im Sinne des letzten Absatzes des zitierten Paragraphen die Straflosigkeit der Angeklundigten zur Folge haben. In Folge der Appellation Goozils gelangte diese Angelegenheit vor den Appellationssenat des Strafgerichtshofes, welcher das freisprechende Urteil der ersten Instanz aus den Motiven denselben bestätigte.

Der russische Finanzminister über einen jüdischen Beamten. Großes Aufsehen erregt in Petersburg ein Nachruf, den der gegenwärtige russische Finanzminister Iwan Schipow einem seiner in diesen Tagen verstorbenen Untergebenen, Herrn Jakob Haimowitsch Eliasberg, in den Petersburgischen Blättern widmet und den er mit seinem vollen Namen unterzeichnete. Ist es schon an sich ein Axiom, daß ein russischer Minister einem Untergebenen einen Zeitungsnachruf hüllt, so ist in diesem Falle der Nachruf Schipows um so bemerkenswerter, als der verstorbene Eliasberg Jude war.

Der schlichte und ergreifende Nachruf lautet wörtlich folgendermaßen:

„Hinschuligen und Freunde haben dem verstorbenen Jakob Haimowitsch Eliasberg die letzte Ehre erwiesen. Mit ihnen trauerten herzlich auch alle jene, die der Zufall, lei es auch nur ein einzigesmal, mit diesem wahrhaft guten, humanitären Menschen zusammengeführt. Und groß ist immer die Zahl derer, die ihn gekannt haben. Nach Rehabilitation der jüdischen Nationalität an der Universität in Plessa widmete sich Haimowitsch, der den Grad eines Kandidaten des Rechts erlangt hatte, in der Zeit von 1883 bis 1889 dem Dienst im Obersekretariat des jüdischen Kassationsdepartements, wo jeder, der in diesem Departement zu ihm hatte, mit ihm bekannt wurde. Im Jahre 1889 trat er in den Dienst des Finanzministeriums über, wo er als Beamter für besondere Aufträge dem Komite der Judenkolonisten zugewiesen wurde. Während jüdischer Abnung, welche durch die Erklärungen seiner langjährigen Tätigkeit in einem der ärmlichen und wichtigen Departements ergänzt, erweitert und bereichert wurde, machte ihn zu einem für das Finanzministerium höchst wertvollen Rechtskonsultanten bei vielen gelegentlichen Arbeiten, Prozessen und Verwaltungsbeträgen. Die Frucht der genauen Kenntnis von der Praxis des Senates, die der Dabingeliebte sich erworben hatte, war sein im Jahre 1900 erschienenes Werk „Die Offiziers des regierenden Senates für die Zeit den 1881 bis 1889“, worin die komplizierten Fragen des Zivilrechts der Offiziersproben erläutert und beantwortet werden. Haimowitsch war ein vornehmlicher Jurist, jedoch kein einzelner Jurist; denn nach vor seinem Eintritt in die juristische Fakultät besuchte er einen Kurs in der chemisch-technischen Abteilung des Kaiser Polytechnikums und überdies interessierte er sich während seines ganzen Lebens unablässig für exakte Wissenschaften, so daß er auch auf diesen Gebieten seine Kenntnisse heils bereicherte. In Eliasberg war umlaßende, vielseitige Bildung harmonisch mit großem Fleiß und einem guten Herzen vereint. Allen, die ihn kannten, wird sein kindliches Gemüt, sein unerschütterliches, rechtschaffenes Benehmen gegen seine Umgebung, seine Gedächtnis im Bereich, seine Bereitwilligkeit, jedem hilfsreich beizustehen und ihn durch seine Erfahrungen und sein ausgebreitetes Wissen zu unterstützen, unermesslich bleiben. Eben dieser seltenen Eigenschaften wegen liebten und achteten ihn alle, die ihn kannten und je zu bewahren. Sein Andenken wird mit Verehrung bewahrt werden!“

Es ist charakteristisch, daß dieser Nekrolog auch in der antisemitischen „Komoje Wremja“ abgedruckt wurde.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Brochüert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bezw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Ein-sendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureau.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,30
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus
Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 241.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

find an die Expedition,
Berlin W. 55,
Meynburgstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse zu wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3575.

Alle Zeichnungen an die Expedition und Expedition sind zu richten an Herrn W. Meynburgstr. 14, und alle Briefe an Herrn Meynburgstr. 14, und alle Briefe an Herrn Meynburgstr. 14, und alle Briefe an Herrn Meynburgstr. 14.

Die antichristliche „Staatsbürgerzeitung“.

Wir haben unlängst die „Staatsbürgerzeitung“ vor dem Vorwurf in Schutz nehmen müssen, daß sie sich zu einem philosophischen Blatte entwickelt habe. Aber nicht zu leugnen ist, daß sie sich zu einem stark ausgeprägten antichristlichen Blatte entwickelt hat, und die Zeit ist nicht mehr fern, daß Herr Stöcker und die „Kreuzzeitung“ die „Staatsbürgerzeitung“ mit derselben Entschiedenheit bekämpfen werden, wie wir sie seit jeher bekämpfen haben. Zugestanden muß allerdings werden, daß die Entwicklung eine durchaus konsequente ist. Wir, und mit uns einstige christliche Geistliche, am meisten katholische Priester, am wenigsten leider die protestantische Geistlichkeit in Deutschland, wo sogar der Doppelgänger Stöcker die antichristliche Führung übernommen hatte, haben von vornherein mit Nachdruck betont, daß „antichristlich“ gleichbedeutend sei mit „un-schriftlich“.

Wiederholt haben wir auf die Botenapostel in der „Staatsbürgerzeitung“ aufmerksam gemacht. Aber das waren nur indirekte Angriffe. Jetzt hat man die Courage gefunden, die Rechte ganz abzuwerfen und wider das Christentum zu Felde zu ziehen. Und man sieht die Gelegenheitsförmlichkeit bei den Haaren herbei, um es nur tun zu können.

In Nummer 2. der der „Frauenwelt“ (!) gewidmeten Sonntagsbeilage der „Staatsbürgerzeitung“ lasen wir eine Besprechung, die wir dem Doppelgänger a. D. Adolf Stöcker und den strengen Herren der „Kreuzzeitung“ dringend zur Bekämpfung empfehlen. Da finden sich in einem Referat über „Taten Jesu in unseren Tagen“ von P. Martin Henius folgende Stellen:

Weshalb soll uns unser Ant an Christen erzogen, „Taten Jesu“ sein sollen, kann nur dem christlich sein, der die gottgegebenen, während Rechte des deutschen Volkes zur Verherrlichung eines edlen Juden preisgeben vermag. Mit denselben antinationalen Rechte kann man auch davon sprechen, daß lediglich Taten Jesajas, Buddhas, Konfuzius, Mohammeds, des Sokrates, des Seneca oder anderer edler Menschen, die die Menschlichkeit geliebt haben, im deutschen Volk und durch dasselbe wachen. Ein reindeutsches Bewußtsein endlich würde keine Angehörigen fremder Völker als Väter für seine Schöpfungen wählen, sondern entweder Edeldeutsche, wie Luther, Goethe, Schiller oder — falls durchaus ein „ästhetisches“ Siegel nötig ist — eine der symbolischen Gestalten, die für unsere Vorfahren als der verdienstvolle, glückliche Vorfahre galten: Nio beispielweise Tiber oder Donar, der ausgerückt auf Taten ausgereicht, um das Uebel in der Welt zu bekämpfen, und nicht eher ruht, und glücklich sein kann, bis alles Böse vernichtet ist.

Wie es möglich ist, daß selbst christendeckende Beutler der Gegenwart in der Welt eines edlen Juden, der vor 2000 Jahren gelebt hat, den leidenschaftlichen Gell zu erheben vermögen, ist nur dem verständlich, der die Völkergeschichte und die beginnende Macht der Suggestion kennt. Wähten unsere Nachkommen wegen dieses verhängnisvollen Irrtums eine nicht so sehr mit ihren bindenden Vätern im Gerecht gehen! Jedenfalls ist nicht der Jude Jesus für das deutsche Volk maßgebend, sondern der wahre Gell, zu dem auch Jesus als zu einem Gott aufsteigt, betete und reichte. Dieser Gott hat aber dem deutschen Volk sein Schicksal und seine Mission in die eigene Hand gelegt, und uns wird Wohl oder Wehe zuteil, je nachdem wir die ewigen göttlichen Naturgesetze befolgen oder nicht. Wer aber, — wie es leider aus manchen Stellen des genannten Buches hervorgeht — sich der Vorlesenden nur annimmt „a Jesu mitten“, nicht aber um der Vorlesenden willen, weil er im Trug seines Bewusstseins seinen Maßstab der Welt und handelt noch nicht als Christenlicher und würde, falls Jesus nicht gelebt hätte, also nicht wähten; der arbeitet als ein arbeitsamer und dazu noch bedürftiger Lohnempfänger und wirbt um die Gunst eines Herrn, der nicht die Macht hat, ihn bereinigen seinen Erwartungen gemäß zu befehlen.

In einer Besprechung des Buches „Diasporienleben“ von Thoma von Salzen in derselben Nummer heißt es u. a.:

Ohne Zweifel birgt die Diasporie manche erhabene Freude und Schönheit, und wer wirklich Neigung zu diesem Beruf in sich fühlt, wird in ihm sicherlich seine Befriedigung finden. Auch ohne Jesus, ja, ohne die Welt ist es doch möglich, weit sein Tun nicht in der Erwartung irgend einer Belohnung im Jenseit seines des „Himmelsreiches“ Jesus geschickt, sondern aus innerem Bedürfnis und daher die Gültigkeit bereits in sich trägt. Wer, wie: Denn unter Herr Jesus Christus spricht: Was wir an den Blinden und Krüppeln getan, das schenke ich als mir gegeben an, können doch nur auf geistlich-religiöse Unmündigkeit anweisen. Der Weiblichkeit heißt und hilft ohne Rücksicht darauf, ob Jesus überhaupt gelebt hat oder nicht. So haben unsere germanischen Vorfahren und uns vorgebildet, die glückliche Erde noch keine Kunde vom „sündensabwärenden Verbleib des Komma“ hatten.

Wir übergeben, daß auch der „Edeldeutsche“ Goethe, der hier als Vater für deutsche Schöpfungen empfunden wird, als Semit schon abgelehnt worden ist. Wer weiß auch, wie lange die Antisemiten noch von Jesus als einem edlen Juden sprechen werden, nachdem sie einen Abraham schon längst als Schächerjeden, einen Moses als Betrüger u. gebrandmarkt haben. Wähten übrigens Vollblut-Antisemiten, nachdem sie so und so oft gehört

haben, daß an den Juden im Allgemeinen und an jedem Juden im Besonderen kein gutes Haar sein könne, in der Verbindung „Elder Jude“ eine contradiction in adjecto finden? Aus diesem Grunde hatte man ja den freilich missglückten Versuch unternommen, Jesus zu einem Germanen zu machen.

Und dergleichen Befürchtungen finden die deutschen Frauen in demselben Blatte, das Jeter und Morbio schreibt, wenn ein jüdischer Krämer im Scheunenviertel die Zart- und Geschmackslosigkeit befeigt, für sein Geschäft mit einem Weibsnachsteigel oder dergl. Reklame zu machen. Wenn diese Tröbchen in der sogenannten „Judenpresse“ gestanden hätten! Was hätte Herr Stöcker dazu gesagt!

Wiener Brief.

IV.

(Das goldene Wiener Herz. — Die christlichsozialen Arbeiter. — Die Intellektuellen. — Judenplag.)

Wien, den 14. Januar 1906.

An Ihren Taten kann man die christlichsoziale Partei erkennen oder eigentlich nicht wieder erkennen. Derselben Leute, die einst in den Tagen ihrer politischen Maienblüte den Mund voll einschmeichender volksbeglückender Pläne hatten, die das „goldene Wiener Herz“ durch ihre sozialpolitischen Verheißungen zu seihen mußten, spielen jetzt den trockenen, gefühllosen Knacker, wenn die Not der Massen an ihre Tür pocht. Schon vor Jahren hat ein Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Herr Max Winter großes Aufsehen erregt, als er mit seiner realistischen Schilderungsgabe das Gend und die Vergeimlichung jener Deklarationen aufzeigte, die ihm bei seinen Wanderungen durch die großstädtischen Zimmerquartiere — die Kanäle, Biegelosen usw. — begegnet sind. Im vorigen Jahre wirkte auch ein Vortrag viel Staub auf, der in der Wiener „Urania“ über die Unterschichtsklassen der Kernfamilien, der Wohnungslosen, gehalten wurde. Ein Gerichtsfunktor und ein junger Schriftsteller waren den Spuren Winters gefolgt und der eine führte nun in Bildzählbüchern, die an Ort und Stelle aufgenommen wurden, die erschärmlichen, meist unter der Erde befindlichen Lagerhöhlen der Unglücklichen vor Augen, während der andere durch das gepredene Wort die Eindrücke wiederzugeben versuchte. Diese Schattenbilder von der „Insel der Glücklichen“ — wie Dr. Zueger Wien so gern nennt — zogen den Unwillen der Rathausherren auf sich und der Bürgermeister machte seinen Einfluß auf die von der Kommune unterstützte „Urania“ geltend, um wenigstens die Striegung der traktierten Vortragsthemen zu erreichen. Auf der Bühne der Urania war das Gend verpönt, in Wirklichkeit aber bestand es fort. Das veranlaßte den liberalen Gemeinderat Dr. Hein im Juni v. J. den Antrag zu stellen, daß von der Gemeinde Notquartiere in Form von Baracken zu errichten seien, in denen die Obdachlosen ein Asyl finden können. Erst jetzt, also nach einem halben Jahre, befahte sich der christlichsoziale Stadtrat mit dieser Anregung und das Ergebnis war die Ablehnung derselben. Die „hohen Rohen“ dieser Holzbauern, die Befassung des Gemeindebudgets und die Erzeugung, daß der Umgebung der Baracken volkwirtschaftliche Nachteile erwachsen würden — als ob auf dem tiefsten Walde, Wiesen- und Feldkomplex Wiens nicht genug Raum vorhanden wäre — veranlaßte den antisemitischen Referenten Dr. Krenn, die Eintragung des humanen Vorschlages zu beantragen. Unerwartungsmäßig meinte er, daß die Verhältnisse nicht gar so schlimm sein können, da der Gemeinde jährlich nur 4000 Obdachlose von der Polizei überstellt werden. Wie groß das Gend in Wien aber in Wirklichkeit ist, erfährt man aus den Mitteilungen des privaten „Wärmefuben- und Wohlfühlkeitsvereines“.

Die sechs Lokale dieses Vereines haben in der letzten Woche allein tagsüber 75 000, während der Nacht 4500 Personen aufgeschlupft; unter ihnen befinden sich 384 Personen, die von der Polizei zur Nachtzeit überstellt worden sind. Das eine private Obdachlosenasyl im III. Bezirke wurde in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember v. J. von 108 000 Männern, 22 700 Frauen und 3126 Kinder (!!) frequentiert. Dabei ist die Zahl derer, die wegen Raummangels abgewiesen werden mußten, sehr beträchtlich. Doch das „goldene Wiener Herz“ der Rathausherren wird durch diese Glendstatistik nicht gerührt, der Gemeindevorstellung fällt es gar nicht ein, ihre Pflicht zu erfüllen und den obdachlos Umherirrenden ein Asyl zu öffnen. Wie viele Menschen könnten dadurch auch moralisch gerettet werden! Allein zur Sozialpolitik ist immerhin Geld erforderlich und das kann Dr. Zueger nicht aufbringen. Rämlich nicht für diesen Zweck. Der von einigen feinsinnigen Aristokraten für das Jahr 1908 vorbereiteten „Jagdausstellung“ wurde aber eine Subvention von 300 000 Kronen bewilligt! Also gesehen unter der Herrschaft des christlichen Sozialismus!

Die innere Einheit der antisemitischen Partei geht immer mehr verloren. Vor einigen Tagen hielten die christlichsozialen Arbeiter einen Parteitag ab und man war sehr erstaunt darüber, daß sie mit den hinter verschlossenen Türen gefassten Beschlüssen nicht herausrücken wollten. Nun kennt man die Ursache der zögernden Verschwiegenheit. Die von dem Gemeinderat Runkel geführte Arbeitergruppe der christlichsozialen kann sich den „Epleher“-Interessen der maßgebenden Parteifaktoren doch nicht bedingungslos anschließen. Dazu würde sich das Häuflein der allergehrten, das von der antisemitischen Arbeiterpartei übrig geblieben ist, nicht misbrauchen lassen. So mußte Herr Runkel die Forderung einer sechsmonatlichen beziehungsweise einjährigen Schulpflichtigkeit für die Wahlreform verlangen, obgleich Dr. Zueger an der fünfjährigen Karenzzeit festhält. Diese Meinungsvielfachheit wollte man verbergen und deshalb hielten sich die Arbeiterbelegierten in eine Verschwiegenheit, die ihrem Wesen keinesfalls entspricht.

Mit unankerkannter Gleichgültigkeit hat die christlichsoziale Partei das Ausgehen des Dr. Wesselskys aus dem Gemeinderate hingenommen, ja sie wollte nicht einmal die Verlesung seines Abschiedsbriefes im Gemeinderat zulassen. Dr. Wesselsky legte seine Würde nieder, weil ihm die Partei nicht mehr antisemitisch genug ist, insbesondere scheint sie ihm durch die Anlehnung an den Skleralismus Schaden zu nehmen. Dr. Wesselsky war immer ein wunderbarer Klam und es ist nicht ersichtlich, daß sein Brief an den Bürgermeister eine ziemlich traurige Argumentation enthält. Doch das eine mußte man ihm lassen: Er gehörte zu den ganz wenigen unter den christlichsozialen Führern, die in der Literatur Befriedigung finden und zu einer Diskussion über volkwirtschaftliche Themen zu brauchen sind. Aber gerade diese Eigenschaft mußte ihm in politischer Hinsicht gefährlich werden, denn sie holperte ihn allmählich von der Partei, die unter der Leitung der Bücherverdränger geriet. So kam der Tag, an dem Dr. Wesselsky nicht mehr die christlichsoziale Partei und diese nicht mehr ihn verstand. Sein Rücktritt war den Leuten à la Bischofswinkel ganz willkommen, denn der „Studierte“, der sich über Marx oder Smith zu sprechen vermag, ist nun kaltgestellt. Als letzter Wissenschaftler bleibt wohl Franz Alois Viehstein im Troste der Wiener Rathausherren. Auch er hat viel gelernt und gelesen, aber wenig verstanden. Schon vor zwei Jahrzehnten spottete der ihm damals politisch verwandte Volkswirt Rudolf Weyer über den „sozialpolitischen Dilettanten“ und selber ist der Versuch seiner Durchsicht nicht nur nicht scharfer geworden, sondern er hat unter dem Einfluß der Umgebung gelitten. Man höre nur, wie diese

Leuchte antientwässeriger Parteiwissenschaft jünger in einer Versammlung des „Christlichsozialen Vereins“ im XVI. Bezirk über die russische Revolution sprach:

„Das wichtigste Ereignis der letzten Vergangenheit ist die Niederwerfung der sozialistischen Revolution in Rußland. Selbstverständliche sprechen die Judenblätter liberaler Färbung wenig davon; sie gleiten über die feile Entscheidung mit kühnem Gleichmut hinweg. Wie ist das erklärlich? Es sind nur arme, leichtgläubige, verführte Arrier, die ihren sozialistischen Gleichheits- und Freiheitswahn auf den Moskauer Vorreden mit ihrem Blute und mit ihrem Leben bezahlen. Die Juden, die sie in den Tod geführt haben, überlassen sie ihrem Schicksal. Ist doch der einzige und alleinige Zweck der mit dem Welde der goldenen Internationale besetzten Revolution, die Judenemanzipation erreicht. Der Juden Herrschaft in Rußland steht nicht mehr im Wege.“ ...

Prinz Alois Liechtenstein ließ vor Jahren ein Buchlein erscheinen, in dem er den römisch-jüdischen Großkapitalismus für den Untergang Roms verantwortlich machte. Das Christliche ist wenigstens grüßlich geschrieben und die Jermäher sind durch die mißverständliche Fälschung der Quellenwerke erklärt. Wie aber kann Seine Durchlaucht über Vorgänge, die er gleichsam miterlebt, in so unklarer, tendenziöser Weise sprechen? Ist des jüdischen Blutes noch nicht genug gesprochen, sind die Judenmissetaten die Beweise der Juden Herrschaft in Rußland? Wirklich, der Prinz muß debakert werden! Er ist schon weit über die Jahre hinaus, die der Judenfeindschaft gehören; bei ihm ist die Rede ein Zeichen der Senilität, des geistigen Verfalls, oder eines strapaziösen Demagogengehriges, um den der nahe Verstand des kaiserlichen Hauses sicherlich nicht denken werden kann.

Uebersetzt: Was würden unsere Christlichsozialen ohne die russische Revolution tun? Der Feuerspeer, mit dem sie aus dem Kampfe gegen den Judentum Kapital schlagen, läßt darauf schließen, daß sie eines außerordentlichen Mittels zur Aufrechterhaltung des urteilsunfähigen Wiener Spießers bedürften. Geschäft ist Geschäft und die Christlichsozialen verstehen es meisterhaft, alle Regungen des Gefühls zurückzubringen. Heute fragt das „Deutsche Volksblatt“ die Regierung, was sie zu tun gedenke, um das Zutröten der russischen Flüchtlinge nach Wien hintanzujagen. Und für die russischen Juden, von denen das Blatt Wien bereits überfüllt sieht, hat es nur die Trostesworte: „Mob“, „Judenpad“, „Gefindel“. Es ist nämlich eine Ehre, von Herrn Bergani so genannt zu werden. —rm.

Mittelstand.

Die Antisemiten sämtlicher Schattierungen in Deutschland legen in ihrer politischen Propaganda neben der Bekämpfung des Judentums den Hauptnachdruck auf die Vertretung sogenannter mittelhändlerischer Forderungen. Jedes dritte Wort ist bei ihnen „Mittelstand“, wobei zu bemerken ist, daß aber den Begriff des Wortes jeder seine eigene Meinung hat. Angereizt durch die demagogische Ausnutzung dieses hohen Schlagworts hat, wie erinnerlich, Professor Förster f. B. seinen Ausritt aus der antisemitischen Reichstagsfraktion erklärt zugleich mit einer an Dreifachheit nichts zu wünschen übrig lassenden Verwahrung gegen den „Mittelstandsschwandel und den oberflächlichen Kadavem mit verdachten Schlagworten“. Diese Charakteristik hat in der Zwischenzeit an innerem Wert nicht nur nichts eingebüßt, sondern sie mehr sich der „Mittelstandsschwandel“ noch in die Werte ausgedehnt hat, an durchschlagender Kraft noch gewonnen. Vielleicht das Beste jedoch, was bisher gegen die Mittelstandspolitiker geschrieben worden ist, enthält eine in diesen Tagen er-

schienene Broschüre des freisinnigen Reichstagsabgeordneten Georg Gothein über „Mittelstand und Fleischnot“ (Verlag des Wahlvereins der Liberalen, Berlin SW., Dörschauerstr. 1).

Die geistvollen, oft durch humoristische Beispiele, die einer jahrelangen praktischen Beschäftigung mit diesen Fragen entnommen sind, gewürzten Ausführungen verleihen dieser Broschüre nicht nur einen hohen propagandistischen Wert im Kampfe gegen reaktionäre und jüdischere wirtschaftliche Anschauungen, sondern machen das Buch auch zu einer ungemein reißvollen Lektüre.

Wir geben in Folgendem einige besonders interessante Kapitel wieder.

Was ist der Mittelstand?

Der Spiegelgelehrte des Bundes der Landwirte, Professor Dr. Suchland, hat es unternommen, eine wissenschaftliche Definition für den Mittelstand zu geben. Nach ihm ist der Mittelstand aller selbständigen Erzeugnisse mit einem mittleren Einkommen, und als solches bezeichnet er das von M. 600.— bis M. 9500.—. Was darüber ist, das ist vom Uebel. Die Spannung ist keine ganz kleine, sie verhält sich nahezu wie 1 : 16. Vielleicht wird in manchen ärmeren Gegenden der kleine Häusler, der im eigenen Gasschen wohnt und auf 2 bis 3 Morgen Spatenwirtschaft betreibt und dabei ein kümmerliches Dasein führt, dann, wenn er seine Wohnung mit 80 bis 100 Mark einschätzt, sich noch zum Mittelstand rechnen. Die große Masse der selbständigen Bevölkerung, die im Tageseinkommen von zwei Mark hat, gehört sicher zum Proletariat; ja in den größeren Städten und in den reichlichen Industriebezirken wird ein selbständiger Handwerker, der das doppelte und dreifache davon verdient, sich wahrscheinlich auch noch dem Proletariat zugehören. Andererseits aber würde auch der verschuldete Rittergutbesitzer, der sich seine Equipage und Reitpferde kauft, der vielleicht zu den Reichtümern, die er gibt, seine Gäste in einem Extrazug der Bahn kommen läßt, zum Proletariat gehören; denn demselben gibt es darunter solche Steuerkünstler, die es verstehen, sich ein Minuseinkommen auszurechnen, wie es bei einem beliebigen Führer des Bundes der Landwirte in Pommern der Fall war. Uebersetzt ist es doch ein sehr mißliches Ding, gerade bei denjenigen Leuten, deren Einkommen mit der Konjunktur und der Geschäftstätigkeit außerordentlich schwankt, das Einkommen zum Maßstab der Zugehörigkeit zu einem Stande zu machen. Aber heute 9499 Mark Einkommen hat, der ist Mittelstand, und wenn er sparsam ist und vielleicht auf 10 000 Mark kommt, so wird er aus diesem eklektischen Stande hinausgeworfen. Er gehört zum verhassten Großkapital, und wenns Geschäft vielleicht im nächsten Jahr schlecht geht, dann wird er wieder in Eilen aufgenommen. Er wird in seiner Zugehörigkeit zum Mittelstand in des Wortes verwegener Bedeutung eine unsichere Existenz.)

Herr Professor Suchland rechnet zum Mittelstand alle diejenigen Existenzen, die in ihrem Einkommen nicht von dem Willen eines Einzelnen abhängig sind. Als wären — das Einkommen von 600—9500 Mfl. vorausgesetzt — dazu alle Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten und Offiziere gehören; von den Privatbeamten freilich nur solche, denen nicht vom Brotschern ohne weiteres gefährdet werden kann; von den Angehörigen von Mätiengesellschaften

*) Ein Flugblatt der Deutschen Mittelstands-Vereinigung, Ortsgruppe Marienwerder sagt: „Mittelstand“ ist Alles, was im öffentlichen Zusammenleben an der Erhaltung der Staats- und Gesellschaft arbeitet. Die Phrase ist so hoch und sinnlos, daß ein Winken darauf nicht verlohnt.

und Genossenschaften nur die, welchen nicht vom Einzelvortrag, sondern nur durch Vorstandbeschluss oder durch Beschluss des Aufsichtsrats oder der Versammlung gekündigt werden kann, oder welche nicht auf eine Reihe von Jahren fest angeschlossen sind. Schon diese Differenzierung zeigt, wie unmöglich es ist, bezüglich der Privatbeamten festzustellen, wer nach Sachlands Formalisierung zum Mittelstand gehört, wer nicht. Leute mit völlig gleichen Funktionen, völlig gleichem Einkommen, gleicher Vorbildung würden verschiedenen Ständen angehören.

Zum Mittelstand würden dann die Unteroffiziere, Sergeanten, Feldwebel, Zahlmeister und Offiziere bis zum Obersten aufwärts gehören, notabene wenn sie nicht etwa Schulden wie ein Major haben. Aber auch hier würde wieder derjenige Teil, der neben seiner Sorge noch ein Renteneinkommen aus eigenem Vermögen oder dem der Gattin bezieht, das ihn über die Höchstgrenze von 9500 Mk. bringt, vom ehrsamen Mittelstand ausgeschlossen sein; von Rechtswegen dürften die anderen Kameraden mit ihm nicht mehr verkehren, was übrigens zur Einschränkung des Luxus im Offizierskorps vielleicht ganz dienlich wäre, aber mit der Kameradschaftlichkeit schlecht in Einklang zu bringen ist.

Genaue so ist es bei den Beamten. Da es Gehälter unter 600 Mk. einschließlich Wohnungsgeld-Zufuß unter den Beamten wohl nicht mehr gibt, würde der ganze Beamtenstand unterhalb des Regierungspräsidenten und der Chefs der Provinzialverwaltungen dazu gehören, wieder vorausgesetzt, daß sie nicht aus Privatvermögen Nebeneinkünfte haben.

Gewerblicher Mittelstand.

Nun hat aber Herr Professor Sachland innerhalb des Mittelstandes noch eine weitere schöne Unterabteilung gemacht, er hat den Begriff des gewerblichen Mittelstandes wie folgt festgelegt:

„Der gewerbliche Mittelstand besteht aus der Gesamtheit aller wirtschaftlichen Einzelheiten, deren jede durch die Verbindung eines an sich zum Lebensunterhalt nicht ausreichenden Kapitals mit einer hauptsächlich ausgeübten Arbeitskraft entstanden ist und ihrem wirtschaftlichen Träger neben erwerblicher Selbstständigkeit des Einzelnen ein um den Lebensuntergewinn höheres Einkommen ermöglicht, als es die Summe aus seinem Kapitaleinkommen und der erwerblichen Einlösung einer entsprechenden gewerblichen Hilfskraft herstellt.“

Wie müssen alle Leser bitten, über diesen Satz nicht rasch hinwegzusehen, sondern, wenn ihnen der tiefe Sinn desbesenden beim erstmaligen Lesen noch nicht aufgegangen sein sollte, sich die Mühe nicht verbieten zu lassen, ihn noch ein zweites Mal zu lesen. Und da er nicht lang ist, so ist die Zumutung wohl nicht zu groß, wenn wir sie bitten, ihn ein drittes Mal zu lesen, wenn sie ihn nach zweimaligen Lesen noch nicht verstanden haben sollten. Ist aber auch das nicht geheißen, so bitten wir sie freundlichst, sich mit uns trösten zu wollen, denen es ebenso gegangen ist. Nun könnte man uns für verdorrte Bösewichte halten, die den guten Herrn Sachland partout nicht verstehen wollen, aber er hat das Recht, daß ihn auch seine Mittelstandsfründe nicht verstehen können; so schreibt die antisemitische „Sachsende“ (wie die „Mittel.“, s. S. ebenfalls erwähnt haben. D. R.) zu dieser Erklärung, daß sie wenigstens das eine für sich habe, daß sie außer ihrem Verfasser niemand verstehen könne. Und die „Sachsende“ macht sich auch weiter noch über die schönen Mittelstands-Definitionen des Herrn Professors lustig, der weiter zwischen einem proletarischen und einem kapitalistischen Mittelstand unterscheidet und meint, daß jemand auf seiner Stufenkarte d. h. in Ziffern müßte: „Einkaufe Weiser geworbener, proletarischer Mittelstand“ oder „Proletus! geworbener kapitalistisch-kapitalistischer Mittelstand“ u. v. m., solch schönen Titel könne die Gattin doch für die Steuern verlangen, die der Mann bezahlen müßte.

Wenn der selbige Zumpt noch lebte, so würde er als neue Regel sicher die aufstellen: „Was man nicht definieren kann, das spricht als Mittelstand man an.“ Eins ist aber sicher, kein Mensch weiß, wer der Mittelstand ist, wo er anfängt, wo er endet; kein Mensch weiß, wer dazu gehört, wer nicht dazu gehört; kein Mensch weiß, wie man sein Standesbewußtsein heben soll und welche gemeinsamen Interessen er hat. Aber wenn man das nicht weiß, so ist es für unklare Politiker ja nur um so schöner, wenn sie von einem Mittelstand mit gemeinsamen Interessen reden können, wenn sie sagen: Schließt Euch zusammen, Mittelstandsbrüder, d. h. Ihr alle, die Ihr über das, was der Mittelstand ist, ebenso unklar seid, wie wir, und wenn Ihr vielleicht verschiedene Interessen unter Euch habt, so müßt Ihr still und ruhig über diese sein, denn nur durch Einigkeit könnt Ihr etwas erreichen; aber wenn Ihr einig seid, so werdet Ihr eine Macht bilden, von der, schon der Dichter sagte, daß selbst Götter dagegen vergebens kämpfen.

Wie man zuerst dem Handwerke helfen sollte.

Wie sollte nun dem Handwerk geholfen werden? Zunächst war es das Unglück des Handwerks, daß die Leute in den Läden das von Kaufleuten kauften, was sie früher vom Handwerker bezogen hatten, Waren, die der Kaufmann vielleicht von der Fabrik bezog. Da kam man denn auf den schlauren Gedanken, Waren, welche handwerkemäßig erzeugt werden, dürften nur vom Erzeuger selbst festgehalten werden. Das war freilich gegen den anderen Teil des Mittelstandes, gegen die Kaufleute, recht wenig freundlich gedacht; aber denen wollte man ja damals gerade an den Thoren; die hatte man damals noch nicht in den Mittelstand aufgenommen. Indessen auch in Handwerkreisen erregte der Vorstoß, als man sich ihn näher besch, einen Sturm der Entrüstung: Da kamen die Uhrmacher und sagten: Wir sollen keine Uhren mehr verkaufen dürfen? Wir machen ja die Uhren gar nicht selbst, wir beziehen sie, wenn Taschenuhren sind, aus der Schweiz, wenns Wanduhren sind, aus dem Schwarzwald, wo sie in Fabriken oder in der Hausindustrie hergestellt werden oder aus Freiburg i. Sch., wo sie in Fabriken und Genossenschafts-Unternehmungen gefertigt werden. Wir selbst machen die Reparaturen und handeln mit Uhren.

Ganz ähnlich ging dem Gold- und Silberarbeiter. Er sagte: Wenn ich bloß das verkaufen soll, was ich selbst mache, so kann ich ja gar keine Auswahl haben und kein Lager halten. Ich muß fremde Sachen beziehen. Wegen eines einzigen Stüdes kann man doch nicht immer gleich eine Zeichnung machen, zumal ich gar nicht weiß, ob ich das Stück verkaufen werde. Der Klempner sagte: Ein gut Teil der Blechwaren, die ich führe, mache ich nicht selber, sondern beziehe sie aus den Fabriken, ebenso die Lampen, mit denen ich handle, und emaillierte Blechwaren kann ich überhaupt nicht herstellen. Meine Arbeit besteht hauptsächlich in der Blankmamperei und in Reparaturarbeiten; ihr macht mir ja mein Ladengeschäft tot, wenn ihr solch törichte Bestimmungen herbeibringt. Der Wurm-macher wollte nebenbei doch auch eine pommerische Wäsebrust führen oder eine Strögburger Gänseleder-Bakete oder neben der selbst fabrizierten auch eine Braunschwelger Grovelaumerei oder eine Nagenmauber. Der Handschuhmacher erklärte, er könne nicht alle Sorten Handschuhe, die er führe, selbst machen, er wolle auch mit gekauften handeln und nebenbei gekaufte Strawatten führen. Und der Schlosser jagte: Die Schlosser laufe ich in Albert, wo sie in Fabriken und in der Hausindustrie hergestellt werden, und die Beschläge von den Großhändlern, die sie aus der märkischen Klein-Industrie beziehen. Ich schlage die Sachen an und mache sie zurecht. Und so ging es fort, bis man schließlich einig war, so fördert man das Handwerk nicht,

so schädigt man es. Freilich beim Schneiderhandwerk dauerte es noch etwas länger. Da ging der Kampf des „christlich konservativen Schneidemeisters“ gegen das „jüdische Maßgeschäff“, das gleich die Lüge mitführte, die schließlich die christlich konservativen Hauptwerkführer einsahen, daß es am klügsten sei, selber Maßgeschäfte zu gründen und das Tuch, das sie verarbeiteten, dem Kunden selber zu verkaufen. Und so ist denn dieser schöne Rummel in der Berufsethik verschwunden.

Verdrängung des Handwerks durch die Industrie.

Aber dem Handwerk mußte doch nun einmal geholfen werden; und es soll auch gar nicht geleugnet werden, daß es dem Handwerk vielfach schlecht ging, daß die moderne industrielle Entwicklung manchem Handwerker das Brot nahm. Der Nagelschmied, der früher eine wenn auch ärmliche Existenz geführt hatte, wurde durch die Fabriken, welche die Drahtstifte und die anderen Nägel mit Maschinen herstellten, tot gemacht. Freilich, für die Gesamtheit war es ein Vorteil, daß die Nägel nur noch einen Bruchteil des früheren Preises kosteten. Der Weißbäcker, der früher den Hauskaffee mit Hähnen, Schaffern und Wannen zum Aufwaschen und für die Bäckerei versorgte hatte, bekam wenig zu tun, weil solche Wannen aus emailliertem Eisenblech billiger und viel dauerhafter hergestellt wurden. Noch schlimmer erging es dem Töpfer, dessen Waren zum größten Teil von den emaillierten Kochgeschirren verdrängt wurden. Aber für die Gesamtheit der Leute mit mittlerem Einkommen war das ein großer Vorteil. Der Tuchmacher, der früher mit einigen Gesellen das Tuch selbst gewebt hatte, sah sich durch die großen Fabriken und maschinellen Webstühle verdrängt. Aber das Tuch und damit der Rod und die Hose wurden billiger. Und wenn früher kleine Wäulen mit lokaler Rumpfkraft mit primitiven Einrichtungen und unregelmäßiger Triebkraft bestanden, so wurde denen der Boden entzogen, als die Eisenbahnen den größeren Wäulen, die mit fortgeschritteneren Einrichtungen ein besseres Resultat erzielen konnten und die aber ständige Betriebskraft benötigten, ihr Wehl überall hin transportieren konnten; ein Vorgang, der dadurch verläßt wurde, daß in vielen Gegenden mit der dichteren Besiedelung und den steigenden Preisen von Milch, Butter, Käse, Eiern, Geflügel, Gemüse, Fleisch, Obst anstelle des Anbaus von Brotgetreide der bäuerliche Kleinbetrieb trat, der weit vorteilhafter das gebaute Getreide in der eigenen Wirtschaft für das Vieh verwertete, als wenn er es zum Markt oder zur Mühle gebracht hätte. Auch die mittelständische Gewerbegebung hätte einen solchen Vorgang, der das Verschwinden von vielen tausenden von Wäulen zur Folge hatte, von kleinen Wassermählen mit ungenügender Wasserkraft und von kleinen Windmühlen mit unregelmäßiger Triebkraft nicht aufhalten können, oder wenn sie es vermocht hätte, nur dadurch, daß sie wirtschaftlich hinter allen anderen Vordern zurückgeblieben wären, daß wir unseren Lebensgenuss durch Auswanderung genötigt hätten. Das sind eben Wachstums Schmerzen, die für den Einzelnen sehr unangenehm sein können, die sich aber nun einmal nicht aufhalten lassen.

Es kann ohne weiteres zugegeben werden, daß das Handwerk vielfach unter ungenügender technischer und kaufmännischer Ausbildung litt und infolgedessen oft mit dem Großbetriebe nicht mithalten konnte; schließlich hat auch die Maschine, die nun einmal für den Großbetrieb wesentlich besser auszumachen ist, in vielen Fällen dem Kleinbetrieb im Handwerk schwere Konkurrenz bereitet, auch da, wo im Großbetrieb der ausgebildete Handwerker unentbehrlich ist. Aber wie man immer einen Eingeständnis finden muß, auch hier. An allem Unglück des Handwerks sollte nur schuld sein die Gewerbesteuer, nach der jeder das fertigen

darf, wozu er Lust hat, auch wenn er es nicht ordnungsmäßig, das heißt handwerkemäßig, erlernt hat. Dem Handwerk sollte nur zu helfen sein, wenn man den Befähigungsnachweis einführt.

Der Befähigungsnachweis.

Der Befähigungsnachweis im Handwerk ist das Verlangen, daß jemand handwerkemäßig eine Ware nur dann herstellen darf, wenn er das für deren Anfertigung zuständige Handwerk in der vorgeschriebenen Lehrzeit bei einem Innungsmeister dieses Handwerk erlernt hat, seine Gesellenprüfung bestanden, als Geselle in diesem Handwerk mindestens die vorgeschriebene Zeit gearbeitet und nach dieser darin eine Meisterprüfung abgelegt hat. Dann erst soll er selbständig die Arbeiten ausführen dürfen, für die das betreffende Handwerk zulässig ist.

Im allgemeinen ist anzunehmen, daß jemand die Sache am besten versteht, die er am besten gelernt hat. Wer ein Bergwerk technisch und betrieblich leiten will, wird das Bergbau praktisch und theoretisch erlernt haben müssen. Wer ein Hüttenwerk oder eine Maschinenfabrik leiten will, wird für dieses Fach ausgebildet sein müssen. Aber freilich manche der größten und bahnbrechendsten Erfindungen sind von Leuten gemacht worden, die solche regelmäßige Vorbildung nicht genossen hatten. Werner von Siemens war ursprünglich Schiffszimmer und wurde doch der bahnbrechendste Geist auf dem Gebiete der Elektrotechnik. Henry Bessemer sowohl wie Wilhelm Thomas, auf deren Erfindungen die moderne Eisenindustrie beruht, waren gar keine Hüttenleute von Fach. Und so ließe sich noch mancher Name dafür anführen, daß es nicht darauf ankommt, was der Mensch ordnungsmäßig gelernt hat, sondern darauf, was er erlirnt. Daraus deutet ja auch der alte Handwerkspruch hin: „Meister, wer was erlirnt, Geselle wer was kann, Lehrling jedermann.“

Indessen man kann einwenden, das Beispiel solcher lahndbrechender Meister beweist nichts für die große Masse, und wir wollen den Einwand einmal gelten lassen. Aber wie es unter den Maschinen-Ingenieuren, wie es unter den Nichtisten hervorragende Meister gegeben hat und noch heute gibt, die die vorgeschriebenen Prüfungen nie abgelegt haben, so wenig man diesen das Recht zur Betätigung ihrer Kraft verlagern wird, so ist doch auch nicht einzusehen, warum gerade der Handwerker partout nur das machen darf, was er kunstmäßig erlernt hat. Eines der Gewerbe, das von jeder ganz besonders schwerer Kenntnis erfordert hat, der Schiffbau, ist nie kunstmäßig mit Prüfungen organisiert gewesen, man kannte darin keine Zünfte, keine Innungen, keine Prüfungen, er war eine freie Kunst.

Aber auch die Anforderungen, die die einzelnen Konsumenten an das Handwerk stellen, sind so verschieden, daß der Umfang, daß Jemand das Handwerk kunstmäßig erlernt hat, in keiner Weise Gewähr dafür gibt, daß die Ware den Konsumenten befriedigt. Der Dorfschneider aber der das kleine Handbäckereien, der für kleine Handwerker, Handarbeiter und Gewerbe die Röcke, Westen und Hosen schneidert, kann vielleicht die volle Zufriedenheit dieser seiner Kunsthäfte haben. Und wenn er für einen königlichen Kammerherrn, für den Herrn Vambat oder für die Krone der Schöpfung, einen königlich preussischen Regierungskammerherrn, einen Grafen bauen soll, so werden diese Herren vielleicht die Arbeit für eine Pfuscharbeit erster Sorte erklären, trotzdem der Meister das Handwerk ordnungsmäßig erlernt und alle seine Prüfungen bestanden hat. Genau so wird es dem Käufer gehen, der vielleicht einen Bauernstiefel ganz sorgfältig sieht und wasserfest und bequem sitzend macht, der aber an dem Ledersattel für den Herrn Baron elend scheitern würde. Und so ist es fast bei jedem Handwerk. An Bettstatt, Tisch, Stuhl, Schrank werden vom Kleinhändler oder Arbeiter eben ganz andere Ansprüche ge-

stellt, als an die Kunstschülerarbeit, die der Schloßherr oder der reiche Groß-Industrielle verlangt und die um die künstlerische Entwicklung des Handwerkes verbürgen.

Nun sagt man: Der Staat verlangt ja auch, daß seine Beamten, daß Lehrer und Geistliche den Befähigungsnachweis erbringen; er schreibt ihnen ihre Vorbildung und ihre Prüfungen vor. Ja das muß der Staat tun, weil sonst die Gefahr vorliegen würde, daß die Beamtenteilem lediglich nach Kunst und Willkür, nach Vetternschaft vergeben würden, wie das ja früher ziemlich allgemein war und wie es jetzt nicht ganz selten selbst bei den Examinirten noch vorkommen soll. Von dem Richter, dem Verwaltungsbeamten, der die Gesetze anwenden soll, muß der Staat aber auch noch die Ueberzeugung haben, daß diese das Recht und die Gesetze kennen, und er kann auch nicht auf Gerademüß den Unterricht Reuten übertragen, von denen er keine Gewißheit hat, daß sie die Sache, die sie den Schülern lehren sollen, selbst nicht kennen. Hier handelt es sich um öffentliche Interessen, aber ob der Staat oder der Schatz mehr oder minder elegant ist, das ist kein allgemeines Interesse, kein Staatsinteresse; wen der Schatz drückt und wen der Staat freit, der wird eben das nächste Mal zu einem anderen Schuster oder Schneider gehen. Und wer sich ein Möbelstück gekauft hat, wo die Tür nicht schließt, der Rosten klemmt oder die Stühle aus dem Bein gehen, der wird auf den Tischler zurückkommen und ihm kein Geld mehr zu verdienen geben. Der Handwerker, der schlechte Ware liefert, wird selbst merken, daß er damit nicht auf einen guten Zweck kommt und entweder etwas anderes ergreifen oder sich mehr Mühe geben. Wo die mangelhafte Ausführung des Handwerkes aber eine Schädigung weiter Kreise bedeutet, da wird man ruhig den Befähigungsnachweis verlangen können. Alle Parteien waren z. B. darüber einig, daß das beim Fußschlicht geschehen müsse, weil ein schlechter Fußschlicht das Tier, das er beschlägt, vollständig ruinieren kann. Der Maschinen- und Kesselmacher muß mit der Handhabung von Maschinen und Kesseln vertraut sein und das nachgewiesen haben, weil er andernfalls nicht nur sein Leben und seine Gesundheit gefährdet, sondern auch die vieler anderer Menschen. Aber ob der Köpfer den Topf gut oder schlecht glasiert, das schädigt nur ihn und schließlich den Abnehmer der Ware ein einziges Mal.

Eigler läßt sich auch darüber reden, ob man für gewisse Bauten, die, wenn eine Gefährdung des Lebens und der Gesundheit der Bauarbeiter dabei nicht eintreten soll, einen höheren Grad technischer Kenntniss voraussetzen, einen Befähigungsnachweis vorschreiben soll. Diesen aber ganz allgemein für das Bauen zu fordern, würde ein Unbiling sein. Der kleine Landwirt baut sich ein einfaches Ställegebäude, wohl auch einen Backofen selber oder mit Hilfe eines älteren, erfahrenen Bauers. Der letztere setzt ihn wohl auch seinen Stubenofen; das sind bei diesen einfachen Verhältnissen meist Dinge, bei denen die Forderung der Ausführung durch einen gewissen Maurermeister oder Architekten eine ganz unnötige Erschwerung und Vertrennung bedeuten würde; die hat auch gar keinen Sinn, denn zu solchen kleinen, unbedeutenden Bauten auf dem Lande würde der Maurermeister bestenfalls einmal im Anfang und einmal zur Abnahme kommen. Bei allen schwierigeren Bauten könnte aber die Bau-Polizeibehörde, die ja doch den Bauplan zu prüfen hat, vorschreiben, daß die Ausführung durch einen Baufachverständigen erfolgen muß, den sie für den betreffenden Fall als genügend vorgebildet erachtet. Das ist keine Parteifrage, das sind Fragen, die von allen Seiten sachlich erwogen werden und einem prinzipiellen Widerstand in keiner Partei begegnen. Im übrigen aber soll der Mensch das machen, was er versteht.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Begnadigung des Grafen Pückler und der Justizminister Dr. Beseler. Bei der ersten Beratung des Staats im preussischen Abgeordnetenhaus verlangte der konservative Abgeordnete v. Erffa ein schärferes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie und meinte: „Wenn Graf Pückler bei seiner Agitation, die wir gerade so verurteilen wie jede andere Partei, mit einem halben Jahr Gefängnis wegen Aufreizung zum Klassenhaß bestraft wird, so sollten die Herren Staatsanwälte gegen die Sozialdemokraten ebenso energisch und entschlossen vorgehen“.

Der Hinweis auf den Grafen Pückler in diesem Zusammenhang ist wirklich der Gipfel der Naivität. Die Sozialdemokraten würden froh sein, wenn sie eine solche Behandlung erfahren, wie der Deschgraf. Und gar eine Begnadigung bezug auf die Umwandlung einer Gefängnisstrafe in Freilassung ist ihnen noch niemals zu Teil geworden.

Am zweiten Tag der Etatsdebatte brachte der freisinnige Abg. Wiesner die Begnadigung Pücklers zur Sprache, in dem er bemerkte:

Auf das Konto des Herrn Schönsiebt ist wohl auch die Begnadigung des antisemitischen Grafen Pückler zu legen, der wegen Aufreizung zu Gefängnis verurteilt ist. Herr v. Erffa, der gleichfalls das Kalkülen verurteilt hat, wird mit uns der Ueberzeugung sein, daß die Begnadigung zu Freilassung nicht gerechtfertigt ist. Ich hoffe, daß der neue Minister, der für die gerechte Handhabung der Gesetze eingetreten ist, zu einer derartigen Begnadigung nicht die Hand bieten wird.

Die Antwort des Justizministers Dr. Beseler erfolgte in der nächsten Sitzung (16. Januar). Sie lautete:

Der Abg. Wiesner hat gestern auf einen Fall der Begnadigung angespielt und hat dabei angedeutet, daß dieser Fall wohl noch unter die Verantwortlichkeit meines Vorgängers falle; ich möchte ihm darauf antworten, daß die Verantwortung hierfür lediglich von mir übernommen worden ist.

Nun ist der Spieler gelistet, der neue Justizminister scheint die Wege des Herrn Schönsiebt wandeln zu wollen.

Verschmelzung der „Staatsbürgerzeitg.“ mit der „Post“? Der bisherige Herausgeber der „Staatsbürgerzeitg.“ Hans Freytag wird nach der „Täglichen Rundschau“ von seinem Amte zurücktreten. Es seien Verhandlungen vorhanden, die „Staatsbürgerzeitg.“ am 1. April mit der „Post“ zu vereinigen.

Geschäftskantimiten. Antisemitische „Volksversammlungen“ à la Pückler, zu denen „deutsche Männer und Frauen in Massen“ eingeladen werden, scheinen jetzt in Berlin Mode zu werden. Offenbar handelt es sich dabei nur um raffinierte Geschäftsmanipulationen einiger Rabauantisemiten, die ein wenig aus Trodne geraten sind, und die der bare Ertrag der Pücklerschen Zweigroschen-Vorträge listen gemacht hat. Eine derartige „Protestversammlung“ war dieser Tage nach den Arminkallen einberufen. Auf den Einladungsplakaten waren große Dinge angekündigt. Dem deutschen Volke sollten von dem Redakteur Berger und dem be — kannten Arbeiter Weisenborn aus Berlin endlich einmal die Augen geöffnet werden. Tatsächlich fanden sich auch viele Reizgeriege in dem Lokal zusammen, die aber sehr erkrankt waren, als auf der Bühne sich nur zwei blutjunge Büschchen zeigten, die, mit weinerlicher Stimme mitteilten, daß Herr Berger aus Dresden — wohl eine Phantasiefigur — sich wegen — Versehen! entschuldigen lasse und daß auch Herr Weisenborn nicht zu erscheinen wage, da mehrere Arbeiter gedroht hätten, ihn jämmerlich zu verprügeln. Um wenigstens etwas für die geringfügige Eintrittsgeld zu bieten, begannen nun die beiden

Selben einige Fragmente aus alten Päckchen vorzulesen, bis die Entrüstung der enttäuschten Versammlungsbesucher sich in tumultuärer Unruhe Luft machte. Als nun einige Wütende gar auf die Bühne zu hüpfen drohten, um mit den „Feindern“ der Versammlung eine persönliche Besprechung abzuhalten, lösten diese schließlich die Versammlung aus und verschwanden durch die Hintertür, die Kasse hatten sie vorher in Sicherheit gebracht.

Dieser Fall von skrupelloser Kupperei soll nicht allein bestehen.

Die Ueberfiedelung des antisemitischen Reichstagsabgeordneten D. H. Bödler von Preuß nach Sachsen hat noch eine kleine Auseinandersetzung zwischen dem Preuss. Kreisblatt, dem Organ der Konservativen, und dem Kreis Witten „Mittelstand“ zur Folge gehabt. Auf den in der letzten Nummer der „Mittell.“ erwähnten „Abschiedsgruß“ des konservativen Blattes antwortet das Reichsblatt mit einer jenen Epistel, in der es zum Schluss heißt:

Es blieb dem „Preuss. Kreisblatt“ wieder einmal die Zustlosigkeit vorbehalten, eine an sich völlig unbefangene Redaktionsbesprechung an die Öffentlichkeit zu setzen. Wir haben sie bereits gefragt, und es ist uns auch ersichtlich, was Radoschewski für ein Gefühl hegt, und wieviel Respekt von den Großgrundbesitzern dafür bezahlt bekommt, daß er in Kreis und Stadt Preuß nachlässig viel Böhm schüttet und nachlässig oft nachdenkt. Die Hochkonservativen müssen doch beargwünzte Zustimmungen zu ihren Parteizielen für notwendig halten, sonst würden sie Respekt nicht aneinander mit solchen Dingen betreiben. In Sachsen ist es den Konservativen gelungen, den gesamten Mittelstand ins Lager der Sozialdemokraten zu treiben. Ingenieur und Hebelmeister durch das Verhalten der Konservativen haben die Mittelstandsleute in Sachsen den Schicksal gezogen, ohne wir solche Dinge wählen und unterstützen, wählen wir lieber sozialdemokratisch. — Was wir Mittelstandsleute hier in Preuß-Sozial in den letzten drei Jahren haben erleben müssen, und was uns noch andauern gehen wird, würde hier genau zu demselben Ergebnis führen, — wenn hier die Mittelstandspartei nicht so frühzeitig und nicht so schäblich gemacht wäre, wie sie es ist. Die Mittelstandspartei steht hier über und über auf dem Boden und christlichem Grund und Boden, steht darauf so fest, daß sie sich durch das Verhalten der Hochkonservativen in nicht mehr betonen läßt. Wegen die Hochkonservativen sich benehmen, wie sie wollen, mögen sie ihre Macht ausüben so rücksichtslos, wie sie wollen, sie werden den Mittelstand von keinem klar erkennbaren Wege nicht um eine Linie mehr abbringen! Uns aber haben für uns Mittelstandsleute die letzten drei Jahre beinahe zur Hölle gemacht. Der Staat hat im Kreis Preuß-Sozial keine so schädlichen Feinde, keine Feinde, die den Ansehen des Staates selbst Schaden zufügen, wie die Sozialkonservativen!

Das Reichsblatt wiederum veranlaßt sich für diese Anrempelung durch die Konstatierung der unaussprechbaren Tatsache, daß Herr Radoschewski selber seine Wahl in den Reichstag nur der Unterstützung durch die Sozialdemokraten zu verdanken hat; die Gegenüberstellung wurde bekanntlich in Stettin gegeben, wo die Antisemiten in der Stichwahl für den Sozialdemokraten und gegen den rechtsinnigen Abgeordneten Broemel stimmten.

Munich, 16. Januar. Die „Hess. Landeszeit.“ berichtet: Herr Dr. Böhme, der von den deutsch-sozialen Antisemiten und Bündlern proklamierte Reichstagskandidat zieht es vor, jetzt meistens nur unter den schäblichen Fittichen seiner Parteigrößen zu leben. Nachdem er vor Weihnachten mit Herrn von Liebermann auftrat, hält er jetzt mit dem Abgeordneten Antonschitz Rattmann gemeinsam Versammlungen ab. Für seine Person, die ja als Kandidat hier in Betracht kommt, ist das allerdings nicht andere als günstig. Neben dem „Großen“ nimmt sich Herr Dr. Böhme besonders klein aus, und das Rantlo an jadischem und rednerischem Können sucht er durch persönliche Kampfesweise auszugleichen. Gestern abend fand im Turngarten eine Versammlung statt, die in überwiegender Mehrzahl von Studenten, namentlich vom Verein Deutscher Studenten, dessen alter Herr Herr Dr. Böhme ist, besucht war. Herr Rattmann sprach zu-

nächst über die Steuerfragen und entwickelte dabei Gedanken, die ähnlich erst kürzlich auch unser Reichstagsabgeordneter Herr von Gerlach hier vertreten hat. Er rechtfertigte sodann die von seiner Richtung vertretene Zollpolitik. Ausführlich verbreitete er sich dann über Handwerkerfragen, Beamten- und Arbeiterfragen, in denen er zum Teil Ausführungen machte, denen auch der nationalsozialistische Diskussionserebner dann zustimmen konnte. Der Jude nst a ge widmete er im Gegenfatz zu seinem Parteiführer Liebermann kürzlich in Weiter nur ein kurzes Kapitel, behauptete einen unünftigen Einfluß des Judentums; er verurteilte den „mindereiligen Radikalantisemitismus“. Freilich tut er daran in einer radikalfischen Versammlung nur flug. Seine Ausführungen waren sehr sachlich und entsprachen bis dahin durchaus der Meinung, die wir von ihm bisher hatten. Nach ihm kam Herr Dr. Böhme und entwickelte „sein Programm“. Er meinte ja später, daß er, wenn er Programmieren halte, immer dieselben Punkte berühren müßte. Für denjenigen, der ihn aber öfters hört, entbehrt es nicht eines komischen Reizes, immer aus denselben Sätzen und Nebenwendungen wieder zu begegnen. Herr Dr. Böhme brachte es fertig, uns Nationalsozialisten in der üblichen Wiener Mittelstandseinkniefen vorzuwerfen. Die antisemitischen Redner hatten zusammen 2 1/2 Stunden geredet. In der Diskussion beschränkte man die Redezeit dem nationalsozialistischen Redakteur Radoschewski auf eine halbe Stunde, was naturgemäß die Wirkung einer gegenseitigen Ausföhrung sehr beeinträchtigen muß.

Nach sonst waren die Antisemiten in der Diskussion nicht mehr sachlich, sie benehmen sich der oberflächlichen Wägen und Wägen. Es hat sich wieder einmal gezeigt, daß es in der Natur des Antisemitismus liegt, zum Nachau und zur Unfähigkeit zu degenerieren. Niemand kann aus seiner Haut heraus. Für alle aber, die eine Wiederkehr vornehmer Form im politischen Kampfe wünschen, ist es unabwiderbare Pflicht, die antisemitischen Parteien zu bekämpfen.

Vermischtes.

Die Judenrecherre der antisemitischen Presse und ihrer gefühnngsverbundenen Organe aus den konservativen Parteien treibt zuweilen posthume Blüten. Für die immer mehr dem Jargon der Wädel'schen Antisemiten sich anpassende „Post“ unterlag es keinem Zweifel, daß der in Breslau vorrige Woche zu 1 Jahr Gefängnis verurteilte sozialdemokratische Redakteur Lohde „ein jüdischer Genosse“ ist. Die von Heißerlicher Wahrheitsliebe überfließende „Kreuzzeitg.“ hat kugs, um die jüdische Abkunft auch in dem Namen kentlich zu machen, durch eine kleine Korrektur — Gefängnislosigkeit ist keine Greuel — den Verurteilten in den Genossen „Loh“ umgewandelt. Vernehmlich nur, daß dem in Bezug auf Namen und Abkunft so mißtrauischen Hauptorgan der von dem Juden Stöhl gegründeten Partei noch nicht der Argwohn gekommen ist, daß vielleicht auch Herr von Lorbell, der Vertrauensmann der konservativen Partei bei dem Herrn Reichsfänger, einen nicht ganz rassenreinen Stammbaum aufzuweisen hat. — Zur Beruhigung können wir übrigens den Herrschaften verraten, daß Lohde weder Jude noch jüdischer Abkunft ist.

Die Gotthold Ephraim Lessing sich zum „Judenfänger“ entwickelte, dafür hat die „Deutsche Hochmacht“, das Organ des antisemitischen „Deutschen Volksbundes“ folgende ingenieöse Erklärung gefunden:

„Lessing mag infolge seiner (im ältesten Volkstümlichkeit gewonnenen) Abergang zur Toleranz und zur Judenberührung zunächst auf den Gedanken gekommen sein, dieses herrliche, ausgemachte Boll in Schutz zu nehmen. So schied er seine „Juden“, worin er in absoluter Unterwürigkeit des Judentums sich einen Wankstufen jüden erkannte, der ein Ausdruck von prächtigen Eigenschaften ist. Hier

kommt er zu dem Schiffe, daß das auserwählte Volkswort seines Vaterlandes an der Küste, oder nur als Engelstrost, daß es von den „Griechen“ vorher betrogen worden sei. Immerhin eine schone Überwindung seines auserwählten Volkes! Und nun ist der Anfang gemacht — eine böse Zeit gehört fortgezogen, Wille, und mer von Juden ist, nicht daran; in diesem Falle ein moralischer Tod. Er sieht den Erfolg, man belächelt ihn, man protegiert ihn, man will ihn den Hock von seiner eigenen Gottlosigkeit ins Ohr. So kommt er von dem einen Schwindel in den andern, bis ihm schließlich, auch wenn er inzwischen gemerkt haben sollte, daß er auf Abwegen sei, die stilltadelnde Kritik fehlt, die Kritik abzugeben und sein Nichts einzugehen. So fällt er, wird in mer freier und tatsächlich schickel.“

Wertwürdig, daß die Antisemiten alle Schlechtigkeiten, die sie selbst verüben oder deren sie fähig sind, auch anderen jutrauen. Sollte dem Antisemitenreiter bei dieser „natürlichen Entwicklung“ nicht eher so manche antisemitische Heilsgroße vorgeführt werden. Das Anderen Gottlob Epheum Befähigung, der dem deutschen Volke das hohe Lied der allgemeinen Menschlichkeit gesungen hat, gegen diese Anwürfe verteidigen, hieße ihn beleidigen.

Professor Gustav Vissell, der in Wien am 15. Januar verstorbenen katholische Theologe und Orientalist, hat sich durch Entlarvung einer antisemitischen „Talmud“-fälschung ein Verdienst erworben. Er hob seinerzeit hervor, daß sich in dem jüdischen Schrifttum, das nur einer kleinen Zahl von Gelehrten zugänglich sei und deshalb auch nur von wenigen Juden in seinen Quellen studiert werde, wegen der Schwierigkeit der Kontrolle der Schwindel gelehrter Indusirieritter besonders breit mache. Er erfuhr auch, den Prof. Rohling nicht als Sophistensklavien im Proseß Rohling gegen Bloch zu bestreiten, da er sich gegen Rohling aussprechen müsse, was ihm bei ihrer langjährigen Freundschaft peinlich sei. Und den Dr. Seder in Münster, eine andere „Talmudautorität“ brandmarkte Prof. Vissell als „Indusirieritter“.

Gegen die Behauptung, daß die für die russischen Juden bestimmten Hilsgelder zu revolutionären Zwecken verwendet würden, richtet sich auch die folgende Zuschrift des Vorsitzenden des Frankfurter Hilfskomitees, des Herrn Charles L. Halperin:

„Donnerstag und Freitag der vergangenen Woche hat, wie bekannt, hier eine Konferenz der hervorragenden jüdischen Korporationen über die Behandlung des russischen Hilfswerkes stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit waren zwei der Vorsitzenden des Obessaar Hilfskomitees anwesend, und aus deren Berichten konnte entnommen werden, und ich bestätige dies ausdrücklich, daß von all den Geldern, die in die Hände des örtlichen Hilfskomitees gelangen (sowohl aus Rußland wie aus Deutschland und dem Ausland überhaupt), keine anderen Ausgaben als die für Unterstützung und Hilfe der von den Unruhen Betroffenen gemacht werden. Es sind durch diese Vermittelung gar keine Summen an den „Bund“ gelangt, und keine zur Anfertigung von Bomben verwendet worden, und es ist ganz sicher, daß eine andere Anwendung der Mittel als die für Hilsgelder ausgeschlossen ist.“

Konstantinopel. Auf ein Gesuch des Oberabbaters Mosse Halevy in Konstantinopel erteilte der türkische Justiz- und Kultusminister Abul Kasman im Auftrage des Sultans den folgenden Befehl:

„In Angelegenheit der Sammlung, die Sie nach dem Muster der Sammlungen in den andern Ländern mittels einer aus israelitischen Notablen zusammengesetzten Spezialkommission unter Ihren Glaubensgenossen im Reiche zu veranstalten wünschen, um Geldmittel für die Unterstützung der durch die Judenmassacres in Odeffa und in andern russischen Städten heimgekehrten Familien aufzubringen, bringe ich zur Kenntnis, daß gemäß einer Mitteilung des Großveziers

das Premiersekretariat des Palastes davon Nachricht gibt, daß mit Rücksicht auf die große Treue, durch welche die Israeliten sich unter dem osmanischen Unterthanen auszeichnen, die beantragte Vollmacht durch kaiserliche Gnade bewilligt worden ist. Da es Menschenpflicht ist, den erwählten Familien Liebe und Freundschaft zu erweisen, so steht auch dem nichts im Wege, daß sich Mitglieder anderer Glaubensgemeinschaften an dieser Sammlung beteiligen. Die Briefe der ausgegebenen Zeichnungsbücher wird Sr. Kaiser. Majestät unterbreitet werden; Instruktionen betreffs der Ausführung dieser ganzen Verordnung sind dem Ministerium des Innern übermittelte worden.“

Juden in Frankreich. Nicht ohne Interesse ist folgende kleine Zusammenstellung von Auszeichnungen, die im Verlauf weniger Tage französischen Juden zu Teil geworden sind. Das Offizierskreuz der Ehrenlegion erhielt Oberleutnant Aufker, Oberst der Genietruppen in Briançon und Freigartenskapitän Terquem. Zu Ritten der Ehrenlegion wurden ernannt Bataillonchef Lévy vom 140. Infanterieregiment, Alexandre, Kapitän im 27. Artillerieregiment und Oberstabsarzt Reim vom 142. Infanterieregiment. Derselbe ist zum Professor der Philosophie am Lycéeum zum Douai, Blum zum Professor der deutschen Sprache am Lycéeum zu Tourcoing und Trejus zum Professor der deutschen Sprache am Gymnasium zu Epinal ernannt worden. Zur selben Zeit sind die Herren Jacques Weill und Louis Schmoll zu Riktern ernannt und Leutnant Samuel Meyer ins Kriegsministerium berufen worden. Deutschland mit seiner viel größeren jüdischen Bevölkerung weist in so viel Jahren als Frankreich in Tagen nicht so viele Ernennungen von Juden auf, ganz abgesehen davon, daß von jüdischen Offizieren in Deutschland überhaupt keine Rede ist.

Der Antisemitenpiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenpiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bezw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einzahlung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Des außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a. M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a. M. 0,30
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.
Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Heilbergstr. 241.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mogeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: West 4 174. 3078.

Die Mitteilungen an die Sub-
skribenten und Expedition sind zu
richten nach Berlin W., Mogebur-
gerstr. 14, und alle in der
Zeitung des Vereins gestrich-
ten Artikel, sowie alle
Stellungnahmen an den
Hauptbureau, Herrn des Hau-
ses v. D. Gmelin, Berlin W.,
Mogeburgerstr. 14.

Der alte Stöcker.

Der Verein Deutscher Studenten begann am 19. d. M. sein 25. Stiftungsfest, und da fühlte der Reichstags-angeordnete Vösprediger a. D. Stöcker sich genötigt den jungen Leuten zu zeigen, daß er noch immer der alte Stöcker sei, der nichts zugeleitet hat. Er ging den jungen Leuten um den meist noch nicht vorhandenen Bart, indem er die Behauptung aufstellte, daß, wenn sich einst die Kabbalisten den Kopf zergrübeln werden, was 1 und 8 und 8 und 1 zu bedeuten habe, sei endlich darauf kommen werden, daß in diesem Jahre der Verein Deutscher Studenten gegründet worden sei. Wir glauben Herrn Stöcker versichern zu können, daß die Kabbalisten, so sehr sie auch sich mit kleinen und unnützen Grübeleien zu beschäftigen lieben, doch über die genannten Ziffern sich nicht den Kopf zerbrechen werden, und, wenn sie es doch tun sollten, ganz gewiß nicht in der Gründung des Vereins Deutscher Studenten des Rätsels Lösung finden werden.

Herr Stöcker glaubte sich wieder einmal mit der von ihm inaugurierten Berliner Bewegung drücken zu dürfen. Es gehört ein besonderer Mut dazu, an diese in der Hauptsache im Sande verlaufene Bewegung zu erinnern in dem Augenblicke, nämlich unmittelbar vor dem Demonstrations-Sonntag, da man in ganz Deutschland, glücklicherweise mit Unrecht, die Sozialdemokratie fürchten zu müssen glaubte, die Herr Stöcker besiegen zu wollen, „sich gerühmt in vermessener Prophetei“. Was ist aus der Stöcker'schen Bewegung, und was aus der Sozialdemokratie seit 1881 geworden! Es kam wohl aber Herrn Stöcker dabei in der Hauptsache darauf an, seine alte unumworbene Behauptung mit der ihm eigenen Bigotterie des Hasses zum so und so vielen 2. als zu wiederholen, „daß damals drei Juden Berlin regierten“. Herr Stöcker ist um die Regierenden offenbar besorgter als diese selbst. Als seiner Zeit der Kaiser Herrn Biele zu der Wahl als Oberbürgermeister von Berlin beglückwünschte und dazu bemerkte, die Wahl hätte keinen Wählergenossen triffen können, da rief Herr Stöcker in öffentlicher Versammlung aus: „Was soll man dazu sagen!“ Dieser Ausruf kennzeichnete beifällig schon den künftigen Verfall des „Schreierhaufen-briefes“. Man sieht, Herr Stöcker bezieht seine politischen Gegner mit geradezu satanischem Haß, auch wenn sie nicht Juden sind. Der Antisemit in dem Vösprediger a. D. ist mächtiger als der Monarchist. Es ist nur selbstverständ-lich, daß Herr Stöcker sich die Verschuldung zu eigen machte, daß die Juden die Urheber der russischen Revolution seien, ja er verkügte sich — daß macht eben blind und ungerecht und töricht — zu der Behauptung, die Juden nähmen sich

heraus, „die Welt in Brand setzen zu wollen.“ Diese schlechten Juden und diese arme Welt!

Wir können nicht umhin auch noch kurz auf die vom stand. Jur. Kormann auf dem Stiftungsfest gehaltene Rede zurückzukommen. Er hob hervor, daß die Bewegung mit einem bewußten Gegenatz gegen das übergreifende Judentum begonnen habe. Inzwischen sei der gesellschaftliche Antisemitismus Gemeingut der meisten Gebildeten geworden. Wir kennen Lehrer entschieden und hoffen, daß, wenn der Herr Studiosus sich als Richter oder als sonstiger Beamter entpuppt haben wird, er mit der Wahrheit nicht so leichtfertig umspringen und nicht ohne solidere Unterlage Behauptungen in die Welt schicken wird. Die Streiber und von Vorurteil angegriffenen jungen Herren der Studentenwelt und elische alte Herren in Amt und Würden, die nichts vergessen und nicht zugeleitet haben, bedeuten das Ganze nicht die gebildete Welt. Das bedandene Egoismus und das Ritsen aus der Staatskrippe machen noch lange nicht die Bildung aus. Im Uebrigen haben sich Studierende sonst der Fortschritte in der Wissenschaft und der Fortschritte im Haß gerühmt. Das mindeste, was man von den studierenden Herren verlangen kann, ist, daß sie in ihren Jahren und so kurz nachdem sie die Schulbank verlassen haben, nicht schon das Wort vergessen haben sollen, das vor mehr als 2000 Jahren der griechische Dichter die Antigone sagen ließ: Nicht mitzubringen, mitzubringen bin ich da. Wie singen doch die Studenten: O tempora, o mores! und O jerum, jerum, jerum, o quae mutatio rerum!

Christliche Garmherrigkeit an Juden in Rußland.

Von Herrn Kormann, Pastor der reformierten Kirche in Odessa, erhielt der Herausgeber der „Christlichen Welt“ folgende zwei Briefe:

Odessa, 12. Dezember 1905.

Ich lese lesen in der Christlichen Welt, daß Sie Spenden sammeln für die ermordeten und beraubten Juden in Rußland. Da ich mich seit dem 24. Oktober der Arbeit an den unglücklichen Opfern der blutigen Oktobergebe gewidmet habe, wäre ich Ihnen recht dankbar, wenn Sie mir von den gesammelten Geldern einen Teil zukommen lassen.

Ich habe im ganzen über 300 Juden beherbergt, gefüttert, gekleidet und in neue Wohnungen, mit einem kleinen Haushalt versehen, inkallert. Jetzt möchte ich die Armen durch den Winter bringen. Aber die Mittel gehen aus. Der projektirte Mittagslohn

mußte aufgegeben werden wegen Mangel an Geld und weil durch den Poststreik ich von jeder Verbindung mit der Außenwelt abgeschnitten war. Von den 300 Menschen habe ich bereits 100 aufgeschrieben und die Anderen auf Kohle, Brot, Tee und Zucker herabsetzen müssen.

Es wäre gut, daß nicht alles in Deutschland gesammelt Geld durch Judenbänke, sondern der Haupttheil nach deutsch-jüdischen Gängen. Wir haben die Pflicht zu führen. Gott wird helfen.

Odesa, 22. Dezember 1906.

Ich habe über meine Arbeit in der jüdischen Deutschen Zeitung berichtet und die einzelnen Nummern an christliche Männer in Deutschland geschickt. Von A und B bekam ich keine Antwort. Von C bekam ich Antwort nach einigen Wochen — als ob die Menschen wochenlang hungern könnten! — und zwar, daß 7—800 000 Mk. gesammelt worden wären und mein Brief nach Berlin abgeschickt worden sei.

Ich habe am 24. Oktober 47 Flüchtlinge in der leeren Wohnung der englischen Judenmission aufgenommen, welche Zahl am nächsten Tag auf 67 stieg. Mehr konnte der Raum nicht fassen. Diese 67 wurden gebadet (8 Tage waren sie nicht aus den Altbädern gekommen), gekleidet (denn sie hatten nur, was sie auf der Straße mitgenommen hatten in der Hölle, gestohlen und übergeben). Wir kochten Porridgen, Rind, Rissen und gaben Morgens und Abends Tee, am Montag eine kräftige Suppe, zweimal in der Woche fettes Fleisch. Die Zimmern bereiten selbst die Mahlzeit. Ferner wurde die alten Wohnungen aufgeschickt, das Brandholz ausgehoben und zur Instandsetzung der Familien in neue Wohnungen gebracht. Ich kaufte ihnen einen kleinen Hausrath, Geschellen, aber gebigen, also die nötigen Knöpfe, Bettstellen, Matrasen, Rissen, Decken; dann Stühle, Tische, dann Hausgeräte. Ich bezahle die Miete aus einem Monat, kaufte Kohlen, kurz, tat Alles, was viele aus Gefühligen mich zum Hülfe. So insallerte ich nach und nach über 70 Familien mit mehr als 300 Personen. Sobald die Winter in der neuen Heim eingezogen waren, wurden ebenfalls wartende Obdachlose aufgenommen ufm.

Diese Arbeit hat natürlich sehr viel Geld in Anspruch genommen; ich aber auch dem zu verrichten. Ich rade nahe gerückt.

Nun gilt es diese Menschen durch den Winter zu bringen. Ich habe einen warmen Winterkleidung gekauft; er mußte aufgegeben werden, weil mir die Mittel ausgingen. Ferner mußte ich etwa 100 Menschen ausschließen — besonders Erwachsene — weil ich unmöglich Brot schaffen konnte. In den letzten Tagen habe ich etwas Geld bekommen, so daß ich täglich rund 275 Menschen nähere, ohne die Kleinen, Kleinen, die nur Brot bekommen. Ich brauche in der Woche 1400 Pfund Brot!

Es ist recht traurig, lesen zu müssen, daß ca. 10 Millionen Mark gesammelt worden sind, während ich keinen Groschen erhalten kann für meine Vermissten.

Ich habe mein ganzes Vertrauen für die Zukunft auf Gott gesetzt. Er hat uns bisher treulich geführt. Er wird auch weiter helfen. Freilich Judenmission treibe ich nicht, obgleich ich gern das Gedeihen vom dornigen Samen erlöse. Aber ich halte es für unethisch, die bittere Not armer Menschen zu denken, um auf ihre religiösen Überzeugungen im Sinne eines Religionswechsels einzurichten. Es ist ja leicht, wenn der Körper friert und der Magen leer ist. Aber im Sinne Christi ist sicher nicht. Außerdem steht der jüdische Bibel auf ausschließlich niedriger ständiger Stufe.

Letz haben wir in Odesa etwas über 300 Juden und etwa 200 Christen. Am Verarmtenhaus. Ich hatte im Pastoralen einen Verbundpunkt eingerichtet vom 18. Oktober ab; hatte 8 Verarmte, wozu ein blutiger Student, der seinen Leiden über den Obdachlosen rechnen wir rund 25 000 Menschen, wozu ich aber den hundertsten Teil aufnahm, den den 10 Millionen aber keinen Vermissten bekam.

Wenn Sie in der Lage sind etwas für meine Armen zu tun, schicken Sie an . . .

Ich sende Ihnen heute einige Zeilungen. Tausend Dank für Ihre rasche Antwort. Auch das geringste Zeichen der Teilnahme gibt neuen Mut zu der schweren Arbeit.

Hieran schließt der Herausgeber der „Christlichen Welt“, Pastor A z b e folgende Bemerkungen:

„Ich gestehe, daß die Briefe des Pastors Kornmann und seine Berichte mich in eine große Verlegenheit brachten. Er wollte Christengeld aus mir: denn Christen müssen hier führen. Er, der die „russischen Juden“ aus nächster Nähe kennt, empfand den unter die Würder gefallen gegenüber nicht anders, als ich es in Nr. 50 b. a. 3. ausgesprochen habe. Aber soll ich nun das für sein Werk bitten, nachdem ich schon damals eine Bitte an unsere Leser unterlassen habe? Aus dem Grunde, der sich inzwischen als durchaus richtig erwiesen hat: daß nämlich für diese Unglücklichen genug Geld zusammenkommen werde ohne unser besonderes Eintreten? Ich schreibe also an Pastor Kornmann, daß er getrost die Unterstützung des deutsch-jüdischen Komitees annehmen soll: es ist doch unter diesen Hunderttausenden immerhin eine gute Summe aus den Christen. Aber wenn der Sühngebende auf Herz und Gewissen geht, der schickt mir sogleich das noch eine Ertragsgabe für Kornmann und sein Alpl.

Ich möchte nicht schließen, ohne mich zu der weitverbreiteten Meinung zu äußern, daß von den milden Sammlungen für die russischen Juden ein Teil des Geldes zur Stärkung der russischen Revolution verwendet werde. Die „Rheinische Zeitung“ brachte eine ganz bestimmte laute Meinung darüber gerade aus Odesa. Der Vorsitzende des Frankfurter Hilfskomitees hat in der „Frankfurter Zeitung“, 7. Abendblatt, dieser Meinung zugleich im Namen zweier Vorsitzenden des Komitees für Odesa energisch widersprochen. Meines Erachtens liegt die Sache ganz einfach. Daß in einem Bande mit dieser Judenpolitik Juden sich mit ihrem Gelde und mit ihrer Person für die Revolution einsetzen, ist das Natürlichste und Selbstverständliche aus der Welt. In welchem Maße, mit welchem Recht und Unrecht, können wir nicht ermeßen. Aber daß das für die Opfer der Oktoberrevolution gesammelte Geld, zumal das in Deutschland gesammelte, anders als seiner Bestimmung gemäß verwendet werden sollte, halten wir für völlig ausgeschlossen. Es ist ja auch genug Geld zu finden! Wir sind gewiß alle entsetzt über die Schreden, durch die unsere baltischen Deutschen hindurchzufließen. Aber eine so massenhafte Noth, wie unter den Juden, ist doch noch nicht. Das Abgeschickliche aber an diesen Judenmassacres bleibt für uns ihre einseitige abgelenkte Richtung über das ganze weite Land hin. Es ist heute klargestellt: die Ausschreitungen brachen in 301 Orten an demselben Tage und fast zu derselben Stunde aus, vielerwärts unter offener Beihilfe der Polizei. Ganz wie einst in Armenien. Aber diesmal in einem — christlichen Lande!“

Noch einmal Herr Ernst Lauterer.

Herr Ernst Lauterer fühlt sich veranlaßt eine sehr lange Epistel an uns als den Verfasser des in den „Mitteilungen“ (Nr. 2) veröffentlichten ihn betreffenden Artikels zu richten und in einem Vorwort gegenwärtigen zu dieser mehrpartigen Epistel auch der Expedition der „Mitteilungen“ vorzuwerfen, daß diese ihn nicht die „Besprechung“ eingeschickt, obwohl er das Buch „Lauterer“ der Redaktion vor einigen Jahren eingekauft habe. Wir, d. h. der Verfasser des am Herrn Lauterer beanstandeten Artikels, fühlen uns verpflichtet zunächst die Expedition zu entlasten. Die Redaktion der „Mitteilungen“ wird das Buch seinerzeit ihrer Bibliothek als schätzbares Material einverleibt oder einem anderen in Redaktionen unentbehrlichen Behälter als minder schätzbares Lesestück überantwortet haben. Jedenfalls hatte sie keine Ahnung mehr davon, daß sie das Buch aus Jahren einmal erhalten haben sollte und sich um so weniger verpflichtet gefühlt, dem Verfasser die betreffende Nummer der „Mitteilungen“ zu

überfenden, als der Artikel ja gar nicht eine Besprechung des Buches war. Wir haben, nachdem wir uns mit den in der „Staatsbürgerzeit.“ veröffentlichten Notizenpredigten des Verfassers beschäftigt hatten, zu seiner Charakterisierung nur einige von seinem überaus wohlwollenden Kritiker zitierte Sätze benutzt. Besser konnte es ja gar nicht fallen. Wenn er trotzdem mit schäbenerwerter Selbstentnützung sagt, daß wir mit diesen Sätzen die „Mitteilungen.“ „beschmutzt“ haben, dann sollte er sich doch am wenigsten wundern, daß wir nicht noch mehr zitiert haben; wir würden ja aus den „Mitteilungen.“ einen ganzen Wälzhaufen gemacht haben. Wir wählen aber nicht gern in Schmutz, ohne jedoch darum von unserem Kleinlichkeitsabwärtis, wie Herr Lauterer von dem feinen, großen Aufstrebens zu waschen; die Kleinlichkeit versteigt sich von selbst. Also ist der Herr Lauterer mit Unrecht gegen die Leiter der „Mitteilungen.“ losgezogen; sie haben das „Ehr- und Anstandsgefühl“ durchaus nicht verletzt.

Herr Lauterer scheint überhaupt ein sehr abelnehmerischer Herr und rasch fertig mit Wort und Urteil, dabei von rührender Unbefangenheit zu sein. Es paßt ihm nicht, daß wir von „einem Herrn Lauterer“ gesprochen haben. Da er uns auch dem Rufe nach gänglich unbekannt ist, konnten wir ihm nicht wie eine Verämtheit kurzweg Lauterer nennen. „Herr Lauterer“ würde auch noch eine gewisse Bekanntheit voraussetzen lassen, während wir noch nie etwas von ihm gehört haben. Wenn Herrn Lauterer aber der unbestimmte Artikel nicht paßt, dann wollen wir, falls wir noch einmal Gelegenheit haben sollten, uns mit ihm zu beschäftigen, ihm entgegenkommen und ihm den bestimmten Artikel bewilligen. Zwei Stühle soll er sich nehmen, wenn einer seiner Würde und feinen Ansprüche nicht genügt.

Wadann ist der empfindliche Herr entrüstet darüber, daß wir nach Zeitungsbrauch „Wir“ schreiben. Der Herr ahnt gar nicht, daß dieser Plural nicht bloß der pluralis maiestatis, sondern auch der pluralis modestiae ist. Das „Ich“ klingt viel anmaßender und die von Herrn L. gewünschte Nichtanonymität eines Referenten kann für einen Autor, dem eine ungünstige Besprechung zuteil werden muß, manchmal von geradezu vernichtender Bedeutung sein. Die Anonymität ist oft eher ein Schutz für die Besprochenen als für den Besprechenden. Nun beugt sich gar der Herr Lauterer, obwohl er, nach seinen mehrfach erwähnten Notizenpredigten zu schließen, nichts weniger als ein Anhänger Schopenhauers ist, da es ihm gerade so paßt, auf Schopenhauer. Er rät uns mit Schopenhauer „Nenne Dich Schuft, oder schweige!“ Darauf zunächst die Bemerkung: Quod licet Schopenhauer, non licet Lauterer. Mit unendlich mehr Recht als der Herr Lauterer uns, die wir nach Brauch anonym schreiben, „Siegling“ und „Schnitz“ nennen, könnten wir ihn „Erpreßer“ nennen. Aber wir lassen uns niemals etwas abpressen, und vielleicht gar hat Herr Lauterer allen Grund uns dafür dankbar zu sein.

Herr Lauterer berührt uns mit seiner Feindschaft, wir können ihm damit nicht dienen. Es hat uns sehr gefreut, daß er von dem Antisemitismus als einem „Stigma“ spricht und zwar in der „Staatsbürgerzeit.“ Das hätten wir dort nie zu wege gebracht. Wir glauben auch nicht so recht an den Reiz der Herrn Lauterer über unseren Artikel, sondern aus fast jeder Zeile seiner langen Epistel lesen wir ein gewisses Bedauern heraus, mit welchem er sich auslassen konnte. Wir können ihm die Zustimmung im Briefkasten der „Staatsbürgerzeit.“ die auch Abonnenten für seine Notizenpredigten sammelt. Das sind doch Freuden für Herrn Lauterer, der so sehr über die Anerkennung des Dichters bloß durch Denkmäler jammer. Nun, nichts als Blumen, feinst Rausch, der sie doch noch lebend erhält.

Mittelstand.

Aus der in voriger Nummer der „Mitteilungen.“ auszüglich reproduzierten Abhandlung des Hg. Gotthein über Mittelstand und Mittelstandspolitik sei noch folgendes ausgedehntes Kapitel über die Abgrenzung der verschiedenen Handwerke von einander wieder gegeben:

Von liberaler Seite ist der Befähigungsnachweis vor allem immer auch aus dem einen Grunde bekämpft worden, daß es gar nicht möglich sei, die einzelnen Handwerke von einander sachgemäß abzugrenzen. Auf dem Dorfe muß der Schmied gleichzeitig Stellmacher- und Schlosserarbeiten ausführen, ja er muß unter Umständen sogar einmal dem Tischler ins Handwerk pfeifen. Und selbst in der kleinen Stadt, ja vielfach auch in der größeren, werden manche Arbeiten sowohl vom Schlosser wie vom Schmied verrichtet. Wo ist die Grenze zwischen Bäcker und Konditor? wo die zwischen Drechsler und Tischler? wo die zwischen Bau- tischler und Zimmermann? Das Wesen des Befähigungsnachweises ist es aber doch, daß der Handwerker nur das ausführen darf, und nur darin Befähigung ausbilden darf, was er zumständig erlernt hat.

In Oesterreich hat man seit einigen Jahrzehnten den Befähigungsnachweis wieder eingeführt und geht es denn dort dem Handwerk gut? Ganz im Gegenteil, nirgends sind die Klagen des Handwerks so groß, und nirgends die Streitigkeiten unter den einzelnen Handwerkern so lebhaft, wie dort. Da janken sich der Bäcker und der Konditor, ob erstere auch den gewöhnlichen Streusel- oder Krapfuchen (Kugelhupf) oder Stollen backen darf, oder ob das bloß dem Konditor zukommt; ob letzterer auch Weibrot backen darf, oder nicht. Und darüber müssen dann die Schiedsgerichte die schwierigsten Entscheidungen treffen, die aber auf dem Lande, wo es bloß den Bäcker und keinen Konditor im Dorfe gibt, wieder nicht Geltung haben, die in der einen gelten und in der andern wieder nicht. Da janken sich Sattler und Riemer und die höchste Instanz hat entschieden, daß der Sattler wohl Sättel und Kummerte, aber nicht das dazugehörige Riemenzeug machen darf. Das darf nur der Riemer. Die Sattelschmied darf aber weder der Riemer noch der Sattler machen, sondern das darf bloß der Tischler. Und die Schneider janken sich mit den Handschuhmachern, wer von beiden leberne Reitböden machen darf; und der Wagenbauer darf nur die Hälfte vom Wagen machen, er darf das Federzeug nur zum kleinsten Teil machen, er muß den Schmied und den Sattler und den Radler zu Hilfe rufen; der Rothmacher darf die Rörbe nicht lackieren und wenn er Rindermagen aus Leder geflickt macht, darf er auch die Räder dazu nicht machen, um den Wagen fertig zu machen und darüber ist das Handwerk gegenüber der Großindustrie, die sich Meister und Gefellen für alle diese Arbeiten anstellen kann, immer mehr ins Hintertreffen gekommen.

Die Agitation für den Befähigungsnachweis hatte denn auch mit der Zeit große Kreise des Handwerks ergriffen und da die, welche die Gesetzgebung ändern wollen, immer am fleißigsten bei den Wahlen sind, so hatten sie denn auch bei einer großen Reihe von Handwerkskammern ihre Vertrauensmänner in die Mehrheit gebracht, und die Vereinigung der deutschen Handwerkskammern, der deutsche Handwerksrat, mußte sich wiederholt mit der Frage des Befähigungsnachweises beschäftigen. Das für und Wider wurde eingehend erörtert und gesetzgeberische Vorschläge hin und her beraten. Schließlich setzte man auf dem vorletzten Handwerkskammertage in Magdeburg eine Kommission nieder, die nun einmal die Gesetzes-Paragraphe formulieren sollte, durch die der Befähigungsnachweis wieder eingeführt wäre. Dessen Gegner waren nun so flug, nur überzeugte Anhänger hineinzuwählen, damit ihnen dann nicht der Vorwurf ge-

macht werden konnte, daß sie daran schuld seien, wenn diese Kommission nicht Rechtens zuhande gebracht hätte. Und was hat die Kommission, in der die Jänsiler unter sich waren, wo sie alle ihre Dergewinnwünsche unbefristet zum Ausdruck bringen konnten, was hat die für einen Beschluß gefaßt? Sie erklärte, daß jeder, der ein Handwerk zumutlich, erlernt habe, alle anderen Handwerke ausüben und Lehrlinge darin ausbilden dürfe,*) d. h. der Barbier darf Rammie fegen und Winder und Schweine schäpfen, der Schuhmacher darf auch Haare schneiden, barbieren und baden. Der Friseur darf Schlosser- und Schmiedearbeiten verrichten und malen und anstreichen. Der Schlosser darf Brot und Kuchen backen und tapezieren. Der Konditor darf schneiden und tilgeln. Der Klempner darf Schuh und Stiefel fabrizieren und die Wohnungen dekorieren. Diese Spottgeburt von Dreck und Feuer ist das, was die Jänsiler nach jahrelangen Beratungen ausgeheckt haben, das ist das, was die jüdisch-ökonomische Kommission dem Handwerksflammtage in Köln vorgelegt hat zu ihrer eigenen Bismarke und zum Hohngeächter der ganzen Welt. Kann man sich einen größeren Anreiz zum Vandalismus im Handwerk denken, als daß man ausdrücklich jeden Handwerker ermächtigt, jedes andere Handwerk auszuüben, oder meint man wirklich, daß, wer das Schornsteinfegerhandwerk ordnungsmäßig erlernt hat, besser imstande ist, das Fleischergewerbe zu betreiben, als derjenige, der sein Handwerk zumutlich gelernt hat, der aber seine Kenntnisse in einem Fabrikbetrieb dieser Art erworben hat?

So viel Verstand und gesunden Sinn hatte Gott bei Dank der Handwerksflammtag, daß er diesen Hohn auf das Handwerk mit gewaltiger Wut abwehrte und damit das seine tat, um den Befähigungsnachweis zu degradieren. Man wollte sich doch nicht zum Geächteten der ganzen Welt machen.“)

Für uns, die wir den Befähigungsnachweis immer bekämpft haben, die wir immer erklärt haben, daß eine Abgrenzung der einzelnen Handwerke von einander nicht möglich sei, ist der Beschluß der Siedener-Kommission ebenfalls wohl der ihn verwerfende des Handwerksflammtages die glänzendste Rechtfertigung. Nun kann doch Niemand mehr den Vorwurf gegen uns erheben, daß wir Feinde des Handwerks seien, wenn dieses in seiner beruflichen Vertretung sich selbst gegen den Befähigungsnachweis wehrt. Die Leute, die mit Pathos versicherten, daß wir den Pulsschlag des deutschen Handwerks nicht zu fühlen vermöchten, sie sind vom deutschen Handwerk selbst aufs gründlichste desavouiert worden und die Volksbeglader, die dem Handwerk jahrzehntelang binowach immer aufs neue gelagt dad-n: Euch ist nur durch den Befähigungsnachweis zu helfen, sie sind heute die Blamierten. Freilich eben sie sich jetzt damit heraus, daß man solange für den Befähigungsnachweis im Handwerk habe eintreten müssen, als es selbst ihn verlangt habe. Aber der ist doch nicht mein wahrer Freund, der, wenn ich eine Dummheit zu machen im Begriff bin, mir zuredet, die Dummheit, die mich schädigen würde, nur ja zu machen, sondern der ist es, der mich ernstlich davor warnt. Wenn jemand am Unterleibs-Typhus erkrankt ist und in den ersten Anfängen der Genesung ist, wo sich ein harter Appetit einstellt und er sagt zu seinem Arzt: Herr Doktor, ich habe riesigen Appetit auf Ginde. Überludel, Brot, Wurst und Sauerkraut, so würde der Arzt, der ihm sagte:

*) § 15 c des Entwurfs der Siedener-Kommission lautet: „Wer die Befähigung für ein Handwerk nachgewiesen hat, ist berechtigt, ohne besondern Befähigungsnachweis auch andere Handwerke zu betreiben.“

**) Wie gering übrigens das Bedürfnis ist, nicht ordnungsmäßig ausgebildeten Personen dem Handwerk fern zu halten, geht aus dem Vorwort hervor, daß nach Erfahrungen der Nachprüfung von den ein Handwerk Ausübenden nur 3/4 pSt. daselbst nicht ordnungsmäßig erlernt hatten.

„Lieber Freund, wenn Sie darauf Hunger haben, ist es Ihnen gewiß sehr gesund, essen Sie es man ruhig“, der schlimmste Kuppelscher, den man sich denken konnte. Solch ein Mann sagt eben nicht zum Arzt, der mühte sich das Zeugnis zurückgeben lassen, der wirkt gemeingefährlich. Und so wirkt auch der Politiker geringeigefährlich, der törichtsten Wünschen eines notleidenden Gewerbes nachgibt.

Das Verlangen nach dem Befähigungsnachweis ist aber weit weniger aus dem Handwerk selbst herausgekommen, als daß es ihm von draußen stehenden Handwerksbeglädern eingebracht worden ist. Charakteristisch dafür ist, daß die Hauptvertreter des Befähigungsnachweises auf dem Handwerksflammtage in Köln die Handwerksflammerfretäre von Wiesbaden und Hildesheim waren und daß es gerade die Handwerksmeister waren, die ihm in zum Teil glänzenden Worten bekämpften, so der Klempnermeister Dreiling aus Hildesheim, der Weggerobermeister Falk aus Halberstadt, der Schnurmeister Jakobsdörfer aus Scharf u. a. m.

Es gibt ja allerdings auch heute noch Leute, es gibt sogar noch Handwerker, die trotz dem Beschluß des Handwerksflammtages in Köln sagen, wir bekämpfen weiter auf dem Befähigungsnachweis. Es gibt eben in allen Ständen Leute, die nicht alle werden. Aber es gibt auch superkluge Politiker, die sich sagen: Ich will es weder mit den Angehörigen des Befähigungsnachweises im Handwerk, noch mit den Handwerkern verdecken, die dessen Gegner sind, denn ich will mir nicht die Stimmen der einen und auch nicht die der anderen bei den Wahlen verschören. Und die sind dann so klug und sagen: „Lieber Mittelstand im Handwerk, erst müßt ihr einmal werden über die Frage des Befähigungsnachweises. Klarat darüber ruhig weiter und wenn ihr einmal seid, so werden wir das, was ihr wollt, ge egeberlich vertreten. So lange aber müßt ihr diese Frage vertagen, denn sie führt die Einigkeit unter euch. Wenn aber dem Mittelstand geholfen werden soll, so müßt ihr einmal sein. Nur keinen Streit im Mittelstand, immer nur Einigkeit.“

Wie sie selbst zur Frage des Befähigungsnachweises stehen, das hüten sie sich aber wohl zu sagen. Es sind solche mutigen Leute wie der, der erst die konservative und dann die freisinnige Wählerfammlung besucht hatte und als ihn jemand fragte, was er denn meine und wie er wählen würde, vorsichtig sagte:

„Ich kann so sagen, ich kann aber auch so sagen. Ich sage aber, ich werde weder so sagen, noch werde ich so sagen, damit man mal nicht von mir sagen könnte, ich hätte so gesagt oder ich hätte so gesagt.“

Nun, wer ein ehrlicher Politiker ist, der geht nicht auf solchen Stimmenfang aus, sondern sagt, was er für nötig und möglich hält. Wie aber soll man einen Mann wählen, der nicht den Mut einer Meinung hat? Der tangt doch zum Führer nicht, der nicht weiß, welchen Weg er führen soll.

Juristen erster bis dritter Klasse.

Als Nachtrag zu der Aera Schönstedt geht der „Frankf. Ztg.“ eine interessante Reminiszenz aus der Feder von Dr. Conrad Marcus zu über die während der Amtsperiode des oeffentlichen preussischen Justizministers beliebte „reinliche Scheidung“ im preussischen Richterstand nach Herkunft und Konfession:

„In der Provinz Hannover, wie überhaupt in ganz Deutschland, besteht unter den jungen Juristen die Neigung, sich korporativ zusammenzuschließen: ein an sich berechtigtes Streben, das eine Entlastung auf die Vorleser zurückführt, die täglichen Erlebnisse in der scholastischen Begriffswelt zu reproduzieren, die ein Erbe des fremden Rechts ist. Den Mittelpunkt dieser Besprache und gefelligen

Zusammenschlüsse bildet eine Tischgesellschaft, an der gelegentlich auch ältere Fachgenossen teilnehmen. Die Aufnahme in den Kreis kann jeder Jurist vom Referendar aufwärts beantragen; daß sie niemals verweigert worden wäre, ist vor dem hier erwähnten Fall nicht bekannt geworden: ein Referendar wurde von der Aufnahme ausgeschlossen, weil er Jude war. Der junge Mann führte wegen der beabsichtigten Zurücksetzung Beschwerde bei den gemeinsamen Vorgesetzten, und diese versagten die Versicherung der Beihilgen, deren unersetzlicher Betrag die Einrichtung meisteiler Kreise erzeugt hatte. Nun meinte der Reichsgerichtsrat Dausenpferd in einem seiner trotz mehrfacher unwürdiger antisemitischer Wälfchen hochangesehenen Bücher über den Vorbereitungsdienst, daß die Strafverfügung von den Referendaren, die ohnehin Jahre lang von Ort zu Ort ziehen, nicht als Strafe angesehen wird — eine sehr richtige Auffassung, die von der Justizverwaltung höchstwahrscheinlich geteilt wird. Es kann deshalb unentschieden bleiben, ob die Maßregel wirklich als Strafe wegen einer sehr ernsthaften Taktlosigkeit und nicht vielmehr nur als eine formelle Rüge wegen des unliebsamen Aufstehens beabsichtigt war, das der Fall hervorrief. Jedenfalls ist der Antisemitismus unter den Juristen durch sie keineswegs eingebüßt worden, und es muß heute festgehalten werden, daß die Ausschließung der jüdischen Juristen vom „*commercium und convivium*“ vollendete Tatsache ist. Die Hartnäckigkeit, mit der man diesem kläglichen Ziel nachging, mag dadurch illustriert werden, daß die jungen Juristen in der betreffenden Landgerichtsbarkeit seit jenen Vorfall auf den geradezu genialen Gedanken verfallen sind, einen oder mehrere Richtjuristen in die Gesellschaft aufzunehmen; da zur Aufnahme neuer Mitglieder Einmütigkeit erforderlich ist, so werden die Nichtjuristen angewiesen, gegen die Aufnahme der Juden zu protestieren; beschwert sich dieser bei der Verwaltung, so ist diese machtlos, denn sie hat natürlich kein Recht, gegen andere Personen als ihre Beamten Disziplinargelb vorzugehen. Der Gewährungsmann dieses niedlichen Kulturbildes, glaubwürdig, weil uninteressiert — ihm kann man keine jüdische Verwandtschaft nachweisen — versicherte dem Verfasser, daß der gleiche Fall fast in der ganzen Provinz Hannover üblich sei; wer dort Referendar gewesen ist, kann bezeugen, daß noch ganz andere Mittel angewendet werden, das soziale Niveau der jüdischen Juristen herabzudrücken. Das Schlimmste und wahrhaft Erschütternde aber ist, daß dem Einzelnen durch die Ausschließung Unrecht geschieht; es wird das gelegentlich offen zugegeben: gewiß, die jüdischen Kollegen müssen die Zurücksetzung als unverdiente Kränkung empfinden, aber man kann nichts dagegen machen, es ist nun einmal so! Wertwürdige Resignation; merkwürdige Kollegialität; merkwürdiger Zufall, daß diese Dinge gerade von dem Wichtigsteinsprenger ausgehen mußten, dessen Leitung Herr Schönstedt niederlegte, als er an die Spitze der Justizverwaltung berufen wurde; am allermerkwürdigsten aber, daß eben diese Resignation das einzige Argument war, das Herr Schönstedt der bekannten Interpellation Beisatzeln über die Benachteiligung der jüdischen Juristen entgegenzusetzen hatte! Unbefangene Beobachter haben sich damals der Schlussfolgerung nicht enthalten können, daß hinter dem systematischen Vorgehen gegen die jüdischen Juristen ganz andere Kräfte tätig sein mußten, als *urbi et orbi* verstanden wurde, und daß die Jagd einem weit zahlreicheren Wild galt als den paar hundert Juden in der preussischen Justiz. Dieser Eindruck wird zur Überzeugung, wenn man beachtet, daß die Bewegung, wäre sie Selbstzweck gewesen, mit der jetzt vollzogenen Isolierung der Angegriffenen hätte dornet sein müssen. Das ist indessen durchaus nicht der Fall, denn unter dem von der jüdischen Konkurrenz um die Staats-

ämter gänzlich befreiten juristischen Nachwuchs haben sich seinerseits Klassen gebildet, was doch ganz zweifellos, unlogisch und historisch unbegründet sein müßte, wäre die Auscheidung der jüdischen Juristen das Ziel und nicht bloß eine Etappe auf dem Wege gewesen!

Da ist zunächst die *erste Klasse*: die *Rlique*. Ihre erste Ordnung besteht aus denjenigen, welchen ein Einkommen von 3000 Mark aufwärts zur Verfügung steht. Ihre Begabung für die Jurisprudenz ist sehr bedeutend, denn im „*seinem*“, d. h. teuren Korps lernt man bekanntlich Formen, und der Jurist, der sie „*fortsetzt*“ zu wahren weiß, hat immerhin schon etwas Verdienstliches geleistet. Sie tragen sich nach der Mode, zeigen Zurückhaltung und Würde und vergessen nie, was sie ihrem Stande schuldig sind. Da der Herr Korpsbruder, wenn er Soldat gewesen ist, das Recht hat, jährlich einmal in der Uniform, des Referendarius spazieren zu gehen, so hat seine Haltung etwas Straffes, Zugewandtes; und der Herr Kamerad schließt sich mit seines Gleichen zu einer Art Oberklasse zusammen, die sich wieder nach der „*Feinheit*“, d. h. Köpfigkeit der Regimenter, nünziert. Trotz allem Betue schaut ihm der Parvenu aus jedem Anopis. Etwas unter der Oberklasse stehen die Beamtenhöfne, die Herren aus den sogenannten „*guten, alten Familien*“. Da der Vater meistens aus sein Gehalt angewiesen ist, so mußte der Sohn dem teuren Korpsleben fernbleiben; wer besonders ehrgeizig ist, war im Verein Deutscher Studenten „*aktiv*“; das ist patriotisch und billig zugleich, also doppelt nützlich. Unter sich ist die Rlique scharf gespalten, da alle Konkurrenten sind; nach außen tritt man solidarisches auf. Mit der Politik ist es ein eigen Ding; aber wenn man im *Café* neben einem Herrn zu sitzen kommt, der sich ein sozialdemokratisches Blatt bringen läßt, so haßt man und geht. „*Standal*“, daß so gedruckt werden darf.“ Daß der „*Simplissimus*“ in dem harten Kampfe gegen die offizielle Deutschi das Gewissen des Volkes vertritt, ist ganz unentbehrlich; daß die Jote schürft man mit Begehen. Individualität ist Unfinn, Originalität „*einfach unglaubliches Vergehen*“. Die jüdischen Kollegen sind der Rlique, was dem ihr unbekannten Charakter der Rique: „*Ein Gelächter über eine schmerzliche Scham*.“ Im Beratungszimmer kann man ihnen nicht ausweichen, aber auf der Straße übersteht man sie.

Die zweite Klasse besteht aus den *Bürgersöhnen*, den jungen Leuten aus dem Mittelstand. Sie sind nicht bemittelt genug, um an den Vergnügungen der ersten Klasse teilnehmen zu können, fähigen sich gedrückt, arbeiten fleißig ohne Streberthätigkeit, stellen geringe Ansprüche an das Leben und besitzen meistens das *affektoren* beim ersten Mal, was unter der Rlique nicht die Regel ist. Ihre Zahl ist leider gering. Die dritte Klasse bilden die Juden. Auch unter ihnen gibt es *Bürgersöhne* und „*Kavalier*“. Die *Bürgersöhne*, zumeist nicht bemittelt, halten Kameradschaft mit der zweiten Klasse; die *Kavalier* sind nicht mehr wert als die Rlique, die sie kopieren.

Nach dem Affektorenexamen divergieren die Wege weiter. Aus der Rlique gehen die „*wohinwollen*“ Verwaltungsbeamten, die „*schneidigen*“ Staatsanwälte hervor; später wird man Geheim- und Regierungsrat oder Landgerichtsdirektor und Gerichtspräsident. Die zweite Klasse wird Amtsrichter in Tischstempel und stirbt als Landgerichtsrat; wer ganz arm ist, wird Anwalt oder geht zur Kommunalverwaltung. Auch die Juden haben Staat und Stadt nichts übrig; sie werden Rechtsanwält und rächen sich gelegentlich an der Rlique, indem sie ihr keinen Antrag, keine Beschwerde senden.

Das Bild ließe sich leicht weiter ausfüllen; einzelne Gruppen, wie die Diplomaten, die Polen, die katholischen Juristen und die Klassenlosen sind nicht berücksichtigt; Aus-

nahmen gibt es in großer Zahl, aber es muß auch gesagt werden, daß manche charakteristische Anekdoten verschwiegen wurde, um das Gesamtbild nicht zu beeinträchtigen. Das Ganze sind unersetzliche, ja höchst bedeutende Zustände; die Justizverwaltung trug an ihnen insofern die Schuld, als sie nichts tat, das die Riikgenbildung zu verhindern. Im Gegenteil, dieser Vorgang schien ihr bisher nicht unerwünscht zu sein, denn wie wäre es anders zu erklären, daß der Justizminister sich nicht gegen die Treibereien gegen die jüdischen Juristen eingelassen ist? Da er offensichtlich im Landtage erklärt hat, kein Antisemit zu sein, was man ihm aufs Wort glauben darf, so bleibt nur der Schluß übrig, daß die Riikgenbildung, die Züchtung einer gesellschaftlichen Erziehung als Selbstzweck betrachtet wurde. In der Tat ist es so, und die Triebfeder ist auch hier die blasse Angst vor der Sozialdemokratie: ihr wirtschaftliches Programm hat man durch die sozialpolitische Gesetzgebung paralyzieren wollen, ihren politischen Forderungen sucht man durch eine Staffellung des Volkes nach Ständen zu begegnen. Selber ist es ja; das lehrt die Beobachtung auch anderer Gebiete des öffentlichen Lebens. Wir wollen nicht versuchen, die Folgen auszumalen, die der Sieg dieses reaktionären Bekantens nach sich ziehen würde. Es wäre nur zu wünschen, daß nach dem Personenwechsel im Justizministerium auch hier eine Wandlung eintrete."

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Brandenkrieg der Antisemiten in Warburg ist auf der ganzen Linie entbraut und wird schon in den Anfangsstadien mit dem schärfsten Gefühls geführt. Die „Deutsche Reform“, das Organ der Reformpartei veröffentlicht eine Zuschrift aus dem Kreise, in der es u. a. heißt:

„Wir haben bisher alles getan, um feindliche Beziehungen zwischen den verschiedenen antisemitischen Richtungen zu erlösen. Wenn gewisse Bewusstseinsrichtungen (sicherlich alle!) es endlich wollen, man wird werden den uns ausgehenden Kampf im Bewußtsein guten Gewissens ruhig aufnehmen. Nach unserer Meinung ferlich bietet Deutschland sozial Raum, um gegen Judenismus, Freikain und Sozialdemokratie zu kämpfen, daß das Hineintragen jüdischen Jovialpals in den Warburger Kreis nicht nötig war. Sollte und wollte Herr Dr. Wöhne uns unbekannter Verhehle wegen dadurch einen Kreis mit seiner Reichstagskandidatur begünstigen, so mußte es unter 387 Wählern gerade nicht Warburg sein, für das er der besten ungeeignete Bewerber ist.“

Herr Dr. Wöhne selbst hat sich inzwischen Aussätze gegen die Reformpartei geliefert, die von einer überhörsenden politischen Unlese und Unkenntnis zeugen. Nach einem uns zugegangenen Bericht erklärte er in Weiter: er habe den Beirath zur Reformpartei abgelehnt, weil diese Partei mit Wähler zusammengeht und in Rabau-Unterschieden magt. — Diese Erklärung, Herr Dr. Wöhne, ist eine große Verleumdung! Sie sollen uns erklären wollen, daß Herr Wöhne nie der Reformpartei angehört hat, daß diese Partei schon drei Jahren auf ihrem Parteitag in Eisenach stark die Grenze gegen Wähler gezogen hat. Behinde, praktische Arbeit ist seit Anfang des Jahres das Ziel der Reformarbeit, daß hat sie in jahrelangen Ringen bewiesen. Wer einen solchen „gehinnungs-verbunden“ Partei den Vorwurf des „Rabau-Antisemitismus“ macht, der verdient wohl ehrenmäßig die Bezeichnung des Rabau-Bereins; aber nimmermehr Betreiber des Warburger Wahlkreises zu werden!“

Die Deutschsozialen, deren Kandidat in hoshafter Weise dem Wohlwollen des Abgeordneten empfohlen wird, antworten hierauf jedoch sehr kühl im „Deutschen Blatt“ mit der Feststellung, daß fast sämtliche Organisationen der rechtsgehenden Parteien des Wahlkreises sich für die Kandidatur Wöhne erklärt haben.

Es ist in dieser Beziehung schätzbar, daß die Vertrauensmänner des Bundes sich in allen drei Kreisen für ihn erklärt haben, daß die Antisemiten der Kreise Ritzsch und Frankenberg dieselbe Stellung einnehmen, daß boshafte auch für Warburg, mit Ausnahme einiger rabbinischer Antisemiten“ gilt. Die Konserwativen im Kreise Frankenberg stehen ebenfalls geschlossen hinter Dr. Wöhne und es darf erwartet werden, auch Neuerungen der einflussreichsten Konserwativen der beiden übrigen Kreise, daß nimmer in nächster Zeit auch die gesamte konserwatve Partei ihre Zustimmung erklären wird. Nicht unwichtig ist es auch, daß die ausständischen Führer des heftigen Bauernbundes, die Abgeordneten Wähler-Langsdorf und

Girsel sich für Dr. Wöhne erklärt haben. Ebenso hat unter Würdigung aller dieser Momente und in dem Vertrauen, Herrn v. Gerlach zu beistehen, auch Herr Dr. Wödel, der frühere Abgeordnete des Kreises, sich bereit erklärt, nach seinen Kräften die Kandidatur Wöhne zu unterstützen und seinen alten Freunden zu empfehlen.

Ebenso und nach der Meinung aller Kenner der Verhältnisse vor die Kandidatur Wöhne für die Gewinnung des Wahlkreises die aussichtsreichste und wurde deshalb auch von den Deutschsozialen unterstützt.

Daß selbst der frühere radikale Antisemit Girsel und Dr. Wödel die Kandidatur Wöhne unterstützen, wird allerdings der Reformpartei sehr fatal sein und muß ihre Stichwahlchancen in der Tat empfindlich beeinträchtigen.

Die Mittelhandsvereinigung soll schon ihrer Auflösung entgegengehen. Der „Voss. Ztg.“ wird nämlich aus Hannover geschrieben:

Der erste Vorsitzende der Mittelhandsvereinigung, Aristide War Kähler, hat unter dem 12. Januar ein Rundschreiben an die Vorsitzenden der Ortsgruppen geschickt, in welchem er darauf hinweist, daß er persönlich feierlich die Mittel vorzugeschlossen habe, welche zu dem Aufbau der Organisation nötig gewesen seien. Er habe das in der selbstherrlichen Veranschauligung getan, daß die Ortsgruppen, sobald sie konstituiert waren, die satzungsgemäßen Beiträge nach Hannover abführen und ihn damit finanziell entlasten würden. Leider hat das nicht geschahen. Die Kosten der Realisation hätten sich inzwischen durch die Einrichtung eines Bureau, die unbedingt notwendige Anschaffung eines Generalsekretärs und die Herstellung zahlreicher Drucksachen erheblich vermehrt, während nur ganz wenige Ortsgruppen Beiträge gezahlt hätten; die große Mehrheit überhaupt nicht. Alle diesbezüglichen an die Ortsgruppen gerichteten Bitten und alle Vorhaltungen seien vergebens gewesen, so zum Teil nicht einmal einer Antwort gewürdigt worden. Er, Kähler, sei nun weder Willens, noch in der Lage, die Kosten einer so großen Organisation zum größten Teil auf seine Schultern zu nehmen. Wenn manne fünf bis zehn Tagen feierlich der Mehrheit der Gruppen seine oder eine ablehnende Antwort einreichen sollte, so werde er den Zentralvorstand einberufen und denselben mitteilen, daß der geschäftsführende Vorstand mit ihm, dem Vorsitzenden, an der Spitze seine Resurre nichtergie. Dann würde das Bureau in Hannover und damit der Generalsekretär seine organisatorische, journalistische und sonstige Tätigkeit einstellen und jede einheitliche Stellung fortfallen.

Der hier mitgeteilte Inhalt des Rundschreibens dürfte authentisch sein, bisher ist jedenfalls, obwohl der Brief schon vor acht Tagen durch die Presse veröffentlicht worden ist, der Inhalt von der Mittelhandsvereinigung nicht abgelehnt worden. Für Herrn Kähler mag als Hauptgrund seiner Resignation noch hinzugekommen sein die peinliche Vöplungslage in der von uns in die Öffentlichkeit gebrachten Hannoverischen Submissionsaffäre.

In der bayerischen zweiten Kammer sagte in der Sitzung vom 11. d. Mts. der liberale Abgeordnete Schönboden u. a.:

„Wahrheit ist das Einschleichen des jüdischen Geistes in die Kammer. Die Triebfeder dazu ist der Mehrerzoffizier. Auch jüdische Armeelieferanten sind sehr unedel. Die Soldaten sollen in bayerische Wölle gestellt werden und sollen bayerisches Sammelkleid offen. Ich habe das schon früher gesagt und bin dann als „schändlicher Sammel im bayerischen Landtag“ bezeichnet worden. (Allgemeine Gelächter.) Bei einem Wüthender Kavallerieregiment sind 28 Pferde, die von jüdischen Sänftern herkommen, an der Wunde krepiert. Ich glaube, wenn ich Juch, Kuch, Kerse usw. von den Juden beschaffen werden, so sollen wir wenigstens die Kamer teinhalten.“

Ich trat die sozialistischen Abgg. Wüller und v. Pottmar sowie die liberalen Abgg. Schönboden und Häberlein entgegen. Letzterer erklärte:

„Ich kann nicht umhin, in meinem und meiner Partei Namen unser Erntamen darüber auszusprechen, daß der Kriegsmilitär in seinen Ausschreibungen keinerlei Worte der Antisemit gegenüber der

Nach Schönebeck gefunden hat; ich meine die Stelle, in der Schönebeck gelagert hat, den Militärort am Standort des Antikommunisten als betrachten zu müssen und von einem Kameraden mehr zugehörigen jüdischen Geist der Verlegung in unserem Heere gesprochen hat, und wo er den Kriegsminister ausdrücklich warnte, um die Kräfte durch Juden verschanden zu lassen. Der Kriegsminister muß doch auf Grund seiner langjährigen militärischen Laufbahn wissen, daß der jüdische Soldat genau so viele Militärischen erfüllt wie der Christ und genau so im Notfall Gut und Blut für das Vaterland opfern muß, und da glaube ich, es haben die jüdischen Mitglieder der Kräfte als gleichberechtigte Staatsbürger die Verteidigung zu verlangen, daß sie gegenüber den anderen unbeschäftigten und unbegründeten Angriffen, wie sie der Abgeordnete Schönebeck machte, von autoritativer Stelle verteidigt werden. Ich muß im Namen meiner Fraktion das Bedauern darüber ausdrücken, daß dies nicht geschehen ist."

Nun erst fand sich der Kriegsminister v. Horn veranlaßt, folgende Erklärung abzugeben:

"Ich erkläre hiermit unumwunden, daß der Kriegsverwaltung seitens der einzelnen Kommandobehörden irgendwelche Klagen israelitischer Soldaten darüber nicht vorgekommen sind, daß ihnen von den Angehörigen der anderen Glaubensbekenntnisse in einer nennenswerten Weise Hindernisse in den Weg gelegt worden sind. Mir ist es gleich, ob einer Katholik, Protestant oder Israelit ist, wenn er nur ein guter Soldat ist."

Graf Pückler hat seine sechsmonatige Festungshaft in Weichselmünde angetreten.

×× **Studentisches.** Beldarmer Beliebtheit bei den Berliner Universitätsbehörden scheint sich der „*Reine Deutscher Studenten*“ zu erfreuen, denn die allgemeine Einladung zu seinem Stiftungsfeste prangt mitten unter den amtlichen Anzeigen auf einem schwarzen Brett, das am Kopf die Bezeichnung „*Secretariat*“ führt. Wie kommen, da fragt eine Zuschrift aus christlichen studentischen Kreisen an uns, die Preisangelegenheiten des V. D. St. an diese exklusiven Stätte, auf der sonst nur streng amtliche Verfügungen St. Magnifizenz zu finden sind? Wollen die Hochschulbehörden damit für den V. D. St. Propaganda machen? Im Kaffhäuserverband sind jetzt 25 Vereine Deutscher Studenten an den Universitäten und Hochschulen des Deutschen Reiches vereinigt. Diesen 25 antisemitischen Vereinen gehören in diesem Semester 445 Altköln und 650 andere studierende Angehörige an. Der stärkste Verein ist der an der Berliner Universität, der 91 Mitglieder zählt. Der nächstgrößte ist der V. D. St. in Leipzig.

×× **Ein netter Bundesbruder.** Eine wunderbare Geschichte, die auf die moralischen Qualitäten gewisser erteilten Bundesbrüder des „*Reins Deutscher Studenten*“ ein eigenartliches Licht wirft, berichtet die „*Bohemia*“ aus Prag im Rahmen einer Gesprächsveranstaltung. An einem Festmahl der „*Reins Deutscher Studenten*“ nahm auch der damalige Viktor Spanut aus Soaz in Österreich, ein „*alter Herr*“ des Berliner V. D. St. teil. Im Verlauf des Gesprächs soll er sich einigen anderen Bundesbrüdern gegenüber schwere Beschuldigungen des bishöflichen Vikars Lippert in Seitz zu schulden haben kommen lassen. Diese Äußerungen trug nun ein anderer „*alter Herr*“ des Verbandes Dr. Ophig aus Berlin weiter, so daß sie schließlich dem Beschuldigten zu Ohren kamen, der in Prag Klage anstregte.

Der als Kranzgeuze fungierende Dr. M. Ophig hatte inzwischen auch noch, um von dem Spanut einen schriftlichen Beweis darüber zu erlangen, daß dessen Äußerung bei dem Kommerse in Berlin sich auf den bishöflichen Vikar P. Lippert bezogen habe, an Spanut einen Brief nach Soaz geschickt, in welchem er unter Berufung auf die Bundesbrüderschaft und die gemeinsame Zugehörigkeit zum Verbands der Deut-

schen Studenten in Berlin, Spanut ersuchte, falls ihm noch weitere Verlegungen sozialistischer Briefe wie jene auf dem Kommerse geschehen seien bekannt seien, sie ihm (Ophig) zur entsprechenden Verwertung mitzuteilen. Dieser Brief blieb unbeantwortet.

Am 12. Januar fand nun die Hauptverhandlung in dieser Klagesache statt. Das Ergebnis war ein sehr überraschendes Erkenntnis, weil der Beweis darüber, daß die Klage behauptete Äußerung seitens des Angeklagten geschehen sei, nicht erbracht worden sei und weil die einzige belastende Aussage des Zeugen Dr. Max Ophig, welcher als Bundesbruder und Angehöriger des Verbandes Deutscher Studenten in Berlin das Vertrauen eines anderen Bundesbruders zu erlangen trachtete, um diesen, wenn es gelungen wäre, auf das Eis zu führen, keinen vollen Glauben verdient.

Vermischtes.

Ueber den Vornehmsten Mordmordprozeß veröffentlicht der Berliner Rechtsanwalt Dr. Arthur Kaufmann demnächst eine umfassende kriminalpsychologische Untersuchung aus atomnütziger Grundlage. Prof. v. Liszt widmet dem Buche folgendes Vorwort:

„Zu dem Selbstmorde, das ich der Schrift mit auf den Weg geben möchte, beizutragen mich einerseits die Eigenart des in ihr behandelten Falles, andererseits der wissenschaftliche Gehalt der Darstellung. Das Strafverfahren gegen Leopold Hilsner wegen Ermordung der Agnes Draga in Pola ist bisher das erste, das, unter dem Gesichtspunkte des Kriminalmordes eingeteilt, zu der Beurteilung des durch die Volksskizzen der Zeitungen geführt hat. Die atomnützige Darstellung dieses Strafverfahrens ist daher für die Kulturgeschichte des ausliegenden 19. Jahrhunderts eine Kunde von einzigartiger Bedeutung. Allerdings hat die Staatsanwaltschaft in der erneuten Schwurgerichtshandlung zu Liszt (1900) die Kränkung eines Kriminalmordes mit Unschicklichkeit abgelehnt; aber die ursprüngliche Beweisaufnahme und die erste Verhandlung vor dem Schwurgericht in Rattenberg (1899) stand unter dem herrschenden Zeichen der Rückschuldigung. Dieses dem Strafprozeß gegen Hilsner von allem Anfang an gegebene Gepräge hat die Staatsanwaltschaft ihm nicht wieder zu nehmen vermocht. Indem sie das Verbot des Kriminalmordes preis gab, bestraute sie sich der Möglichkeit, die dem Angeklagten zur Last gelegte Tat psychologisch zu erklären; für die Annahme eines Zufalles, auf die sich die Anklage in Liszt stützte, schloß es an jeder ausreichenden Grundlage. Und dennoch die Beurteilung wegen Mordes! Und zwar wegen Doppelmordes. Denn als im Oktober 1899 ein Stettin gefunden wurde, das man der im Juli dieses Jahres verurteilten Marie Alia zuordnete, folgte die Staatsanwaltschaft aus der angeblichen Uebereinstimmung des Leichnems mit dem im Falle Draga, daß dem Angeklagten auch diese Tat zur Last gelegt werden müsse, und die Geschworenen sprachen auch in diesem Falle für „*Schuldig*“. Als Kriminalmordprozeß wird der Fall Hilsner in der Kulturgeschichte fortleben. Die Ueberezeugung des Volkes, daß Hilsner sich zu jüdisch-rationalen Zwecken befaßt werden sollte, hat den Verdacht auf Hilsner gelenkt: von dieser Ueberezeugung ist die private Untersuchungskommission ausgegangen, als sie, neben dem beschriebenen Verfahren, das Vernehmungsmaterial gegen den Beschuldigten zu gewinnen suchte; von dieser Ueberezeugung sind die Anklagen der Zeugen getragen; in ihr liegt auch die Erklärung für den sonst kaum begreiflichen Wahrspruch der Geschworenen. Diesen Fall in seinem ganzen Verlauf, dem ersten Auslaß des Verdachts bis zur Abschließung des Urteils, atomnützlich darzulegen und damit der Nachwelt überliefert zu haben, ist das erste Verdienst des Verfassers. Aber nicht nur dem Kulturhistoriker, sondern auch dem Kriminalisten bietet der Prozeß Hilsner ein außerordentliches Interesse. Er liefert einen Beitrag zur Psychologie der Aussage, der alle theoretischen

Kasinenanbefolgungen über dieses Thema und alle experimentellen Untersuchungen in den Schatten stellt. Der Verfasser hat es verdorben — und das ist sein größter Verdienst! — auch die Bedeutung des Pokers in das richtige Licht zu setzen. In anschaulicher Weise zeigt er uns an der Hand der Karten die Macht der Suggestion: wie aus dem Pokerspielglauben heraus die Phantasiebilder in den Zeugnisaussagen entstehen, wie sie immer fester Gehalt gewinnen, anschaulicher werden und zahlreichere, kennzeichnende Einzelheiten aufweisen; wie nach langen Monaten neue Zeugen sich melden und unter ihrem Eide über entscheidende Tatsachen berichten, die sie doch bisher unbegreiflicherweise bei sich behalten haben; wie die Wägen des Reges immer enger werden, daß sich über dem Verdächtigen zusammenzieht. Die „Kriminalistik“, das Wort im Sinne von Hand Greif genommen, kann reiche Belehrung und dieselbe neue Anregung aus dem Buche schöpfen. Und so möchte ich das gründliche Studium der Schrift den Gehilfen aller Kreise, ganz besonders aber unseren deutschen Strafrechtspraktikern, wärmstens empfehlen. Es ist keine Lesezeitung, was der Verfasser uns geliefert hat, sondern eine nützliche, streng wissenschaftliche, überall auf dem Aktenbuche ruhende Darstellung eines der interessantesten und lehrreichsten Prozesse aus dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts.“

Wongrowitz. Im Banischen Saale in Wongrowitz hat am 10. Dezember v. J. eine von etwa 600 Personen besuchte polnische Versammlung stattgefunden, die durch den Ritterschloßbesitzer von Grabowitz-Biata eröffnet und vom Reichstagsabg. von Janta-Polczynski geleitet wurde. Die „Wongrowitzer Zeitung“ betont, daß für den Verein „Straß“ Propaganda gemacht wurde, und berichtet dann weiter: „Besondere Erwähnung verdient die Rede des Pfarrers Joch aus Schöffen. Wie kein polnisches Volk in deutsche Hände gelangen dürfte, so müßte es besonders vermieden werden, es an Juden zu veräußern. Früher habe kein polnischer Adliger ohne jüdischen Faktor bestehen zu können vermeint, jetzt könnten polnische Arbeiter nicht an jüdischen Knäpeln vorbeigehen. Die Juden nützen die Polen aus, indem sie ihnen Geld zu niedrigen Zinsen abborgen und zu hohem Zinsfuß wieder an Polen verleihen, indem sie ihnen unter falschen Vorspiegelungen minderwertige Waren aufschwächen usw.“ Die Redaktion bemerkt hierzu: „In der Tat hat wohl noch kein Diener der Kirche in freier Weise den Materialismus verherrlicht und ihn mit Gottesgaben verwechselt wie Herr Probst Joch.“ Bald darauf wurde im Angerichte der „Wongrowitzer Zeitung“ Nachstehendes veröffentlicht:

Zur Abwehr!

Die Vorgänge der jüngsten polnischen Versammlung im Banischen Saale fanden durch die „Wongrowitzer Zeitung“ Förderung und Verbreitung. Der Bericht ergibt, daß Herr Probst Joch aus Schöffen

die Juden unentgeltlich Geschäftsmanipulationen zur Ausnutzung der Polen beschuldigt.

Die Praxis, für bestimmte Zwecke Beschuldigungen gegen die Juden zu schleudern, ist nicht neu. Insofern hatten wir es für unsere Pflicht, derartigen allgemeinen, unbewiesenen Beschuldigungen entgegenzutreten. Es liegt uns fern, solche Vorurteile ganz bestreiten zu wollen, möchten aber doch Herrn Probst Joch fragen: „Wo ist das Volk ohne Fehl und Tadel, bei dem im Handel und Wandel kein Uebel vorkommt? Steht denn die Geschäftsmoral im eigenen Lager durchweg auf höherem Niveau? Warum den Juden in der Allgemeinheit zum Vorwurf machen, was hier und da ein Einzelner begeht?“

Wir haben derartige Beschuldigungen von unseren polnischen Mitbürgern im Orte, mit denen wir bislang in gegenseitiger Achtung verkehren, zum gemeinsamen Vorteil in gegenseitigen friedlichen Geschäftsvorfällen sehen, noch nie gehört. Sie würden auch nicht angedacht sein, weil wir rühmliche Ehre auch auf der anderen Seite zu gleicher Zahl bezeichnen können. Warum also den Frieden stören?

Wohin aber ungerechtfertigtes Gerabstehen von Bevölkerungsklassen in ihrer Gesamtheit, besonders aus dem autoritativen Munde des Priesters führen kann, haben die grauen Vorgänge im Nachbarkraie gezeigt.

Wongrowitz, den 15. Dezember 1905.

D. Freudenthal, Rentier. J. Förber, R. Mobe. J. Becker. H. Lewin. S. Brodzial.

Genie und Rasse. Seit einigen Jahren macht sich eine Richtung bemerkbar, die den Rassen glauben, mit allerlei wissenschaftlichem Aufputz versehen, zu verbreiten versucht. Ihr oberstes Dogma ist die Lehre, daß der germanischen Rasse ein Kulturmonopol zukomme. Sie allein habe selbst dort, wo sie unter fremden Rassen eine Minorität bilde, wahrer Kulturwerke geschaffen. Mit Eifer bemühen sich die „Gelehrten“ jener Richtung festzustellen, daß die Genies aller europäischen Nationen Rassenmerkmale aufweisen, die ihren germanischen Ursprung anzeigen. Als solches untrügliches Merkmal genügt ihnen einer der Züge, aus denen sich das Idealbild des Germanen zusammensetzt: blondes und welliges Haar, blaue Augen, helle Hautfarbe, hohe Statur, schmaler Schädel. Sie nehmen ferner das Vorhandensein einer niedrigeren Rasse an, die in ganz Europa verbreitet, die entgegengelegten Merkmale aufweise und deren minderwertigkeit gegenüber den Germanen feststellen soll. Es ist nun nicht uninteressant, auf die neuen Studien des bekannten Beethovens-Forschers Frimmel hinzuweisen, deren Resultat ist, daß die äußere Gestalt des größten musikalischen Genies in jedem einzelnen Punkte von jenem Idealbild des Germanen abweicht. Beethoven war klein und häßlich, sein Schädel breit, sein Haar schwarz und von mehr spitzer Struktur, seine Gesichtsfarbe sehr dunkel, wie auch seine Augen. Leider haben wir bisher nur von wenigen großen Männern genaue zweifelsfreie Personalbeschreibungen. Immerhin wissen wir, daß Goethe dunkelhaarig war, daß viele der größten Genies besonders ausgesprochene Rumpfbilder besaßen haben. So Luther, Schiller, Dürer, Raphael, Laplace, Rappaport, Schopenhauer, Leibniz, Kant. Eine große Zahl von Genies war kleiner als mittelgroß. Selbst Wolmann, der gegenwärtige Hauptvertreter der anthropologischen Rassenlehre, betrachtet *) als Mischlinge des germanischen und des „vorarischen“ dunklen Typus z. B. Luther, Goethe, Beethoven, Michelangelo, Raphael, Dante, Shakespeare. Trotzdem behauptet er, daß die ganze europäische Zivilisation auch in den slavischen und romanischen Ländern eine Leistung der germanischen Rasse sei und daß „Dante, Raphael, Luther, usw. Genies sind, nicht weil sie, sondern trotz dem sie Mischlinge sind. Ihre gentile Anlage ist das Erbteil der germanischen Rasse.“ Kurz vorher behauptet Wolmann, daß die germanische Rasse durch die Mischung mit dem brünetten Typus in physischer Hinsicht entschieden verschlechtert werde, was auch eine geistige Herabdrückung bedeute. Uns will scheinen, daß, wenn die Mischung die germanische Rasse nicht tiefer herabdrückt, als auf das Niveau Beethovens und Goethes, ihr keine besondere Gefährlichkeit beizumessen sei. Die Zuverlässigkeit, mit der die Rassenläubigen selbst dort, wo ihre Diagnosen nicht zutreffen, alles Hervorragende aus germanischen Einfluß, alles Minderwertige auf fremde Einwirkung zurückführen, kann natürlich wissenschaftlich nur als Beweis der Minderwertigkeit ihres eigenen Denkens gewürdigt werden.

Briefkasten.

Das Sachregister für 1905 wird der nächsten Nummer der „Mitteilungen“ beigelegt.

W. Der an Stelle des Dr. Max Giesch gestellte Anhangs- abgeordnete im 1. Berliner Wahlkreis Dr. Giesch ist Jude.

*) In seiner „Vollständigen Anthropologie“.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.
find an die Expedition,
Berlin W. 15,
Magleburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasset kauft.
Telephon: Amt 6 Nr. 3578.

Alle Zeichnungen an die Ex-
pedition nach Expedition hat zu
richten nach Berlin W. Magle-
burgerstr. 14, und alle Briefen
gleich das genaue Berlin
beizufügen. Briefe, Briefe und
Zeichnungen an den
Hauptbureau, Herrn Dr. Hau-
ser, D. Gmelin, Berlin W.,
Magleburgerstr. 14.

Blumenberg.

Der Landgerichtsrat Blumenberg zu Beuthen in Oberschlesien ist vom dortigen Landgericht wegen Verbrechens im Amte, Betruges, Unterschlagung zu fünf Jahren Gefängnis und vier Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Die Gerichtsverhandlung gegen diesen verlorenen Sohn des Richterstandes hat eine ganze Reihe von Tagen gedauert und traurige Bilder eines zerrütteten Innenlebens, des selbstverschuldeten Sinkens eines Mannes gezeigt, der in orphäenmäßig jungen Jahren hoch aufgestiegen war und nicht vermochte, jenen großen Lockungen des Lebens zu widerstehen, denen eben nur der folgen kann, der es dazu hat.

Der Prozeß gegen den gefallenen Richter bietet keineswegs Anlaß zu einer grundsätzlichen Erörterung. Schuld und Fehle gibt es in allen Kreisen der Gesellschaft. Mit Recht konnte der Gerichtsvorsitzende ausprechen, daß in Richterkreisen solche Vorkommnisse wie diejenigen, die zu dem Blumenbergprozeß geführt, mit der Latene zu suchen wären. Gewiß! Wäre es anders, so wäre es traurig. Das Volk muß verlangen und erwarten können, daß die Richter, die berufen sind, über Freiheit, Ehre, Lebensglück der Bürger zu entscheiden, makellose Männer sind. Es muß im Interesse einer Rechtspflege, die von dem Ideal des Rechts erfüllt ist, angenommen werden, daß nicht Richter aber uns liegen, die in der Verfaß eines jugendlichen Bewußtseins oder gar unter den Weisheitsheben der Gewissensbisse, die ihnen ein heimliches Wirken vom Wege des Rechts verursacht, ihres hohen Amtes walteten.

Bei dem Landgerichtsrat Blumenberg war es leider so; aber man darf ruhig annehmen, daß das eine außerordentlich selten vorkommende Ausnahme bedeutet hat. Herr Blumenberg hat den stillen Fall verloren und ist schließlich völlig unterlegen. Wäre es ihm möglich gewesen, ein ihm gebotenes Verleumdungsgeheiß — es muß leider dieser unsägliche Ausdruck auf mancherlei Fälle von Verleumdungen angewendet werden — rechtzeitig zum Abschluß zu bringen, so konnte er seine Schulden bezahlen, alle Schwierigkeiten beseitigen und wäre der gestrige, gestrichelte, erhabene Kaktus geblieben, obwohl seine Hand mit Verbrechen bekräftet war. Der Zusammenbruch kam etwas zu früh für ihn, nicht zu früh für die bürgerliche Gesellschaft, die auf brave Richter rechnet und nicht auf Schuldige im Richteramt.

Die streifbaren Verfehlungen des Landgerichtsrats Blumenberg handten zwar im engen Zusammenhang mit seinem richterlichen Amte. Denn er war um des schübigen Rammons willen, den er niemals in ihm wünsch-

wen Maße bekommen konnte, Parteien gefällig und hat, sein Amt mittelbar dazu benutzt, sich persönlichen Vorteil zu verschaffen. Aber die Hauptsache waren nicht diese Fälle, sondern Unterschlagungs- und Betrugsfälle, die aus dem schrankenlosen Zugriffsbedürfnis des Landgerichtsrats herorgegangen sind. Das Typische an dem verfallenen Blumenberg ist die so häufig zu bemerkende Unfähigkeit sonst scharf denkender, die Größe ihres gesellschaftlichen, bürgerlichen Verantwortungsgefühls kennender Leute, sich nach der Rede zu richten und nicht arg über das wirtschaftliche Können hinaus zu leben.

Frauen und Kesen und sonstige höhere und höchste Lebensreuten in Halle und Halle forberten Mittel, aber die der Landgerichtsrat nicht verfügte. Nun ist es zwar richtig: Qui non habet in nammis, nunt nich, daß er frum ist.“ Aber es ist eben so richtig: Wer etwas Richtiges vorstellt, aber mer es nur richtig versteht, recht viel aus sich zu machen, dem steigt der Kredit zu, und hing und Ring machen sich eine Ehre daraus, dem schillernden Falter zu buldigen und zu borgen, während würdiger, aber bescheidenere oder ungeklärtere Kreditwürdigkeit wegen Kreditmangels zu Grunde gehen können. Nur ist die Sache die, daß mit der Leichtigkeit der Gewinnung der Mittel für einen über Gebühr kostspieligen Lebenswandel die Verführung zu immer höherer Steigerung der Lebensentwürfe wächst und der Übergang vom Lichtsinn zum Vergeben und Verdrehen sich gewissermaßen spielend vollzieht.

Natürlich finden sich die Hilfskräfte in solchen Fällen leicht ein, die aus Leichtsinn und Notlage ihren Gewinn suchen und indem sie zu helfen und zu rügen scheinen, den Sinkenden nur immer tiefer hinabgleiten lassen, bis kein Halt mehr da ist.

Man vergleiche den Fall Blumenberg vielsach mit der Angelegenheit des Professors Meyer und seiner jungen Gattin, die vor anderthalb Jahren in Berlin viel von sich reden machte. Auch hier waren es das Leben weit über die Verhältnisse hinaus, der schließlich fast bis zum Wahnsinn gesteigerte Luxus, die grenzenlose Bequemlichkeit in der Erlangung von Kredit, die schließlich innerlich längst morschen Existenzen den schändlichen Zusammenbruch brachten.

Daß sie diesen Fall Meyer jetzt mit dem Fall Blumenberg in einen, wenn auch sehr losen, lediglich ideologischen Zusammenhang bringen können, das ist der Trost jener liebwerten Gemütsmenschen, die, trotz des Namens Blumenberg, mit diesem Prozeß nichts für ihre antisemitischen Zwecke anfangen können. Herr Alfred Blumenberg gehörte als Referendar zu jenem Brettlauer

Zurückwachsende, in dem die Blüten antisemitischer Denkwörter besonders gut gedeihen. Er hat, um eine bei seinem Namen nach liegende Verleumdung zu bekämpfen, sich stets höchst demonstrierend als christlichen und antisemitischen Blumenberg bezeichnet, wie jener Bürger der Galleischen Torstraße zu Berlin, der sich stets als den „christlichen Blumenkai“ vorstellte und mit Feuerzettel der Städtewartel diente.

War also für die Antisemiten aus der Blume des Blumenbergprozesses kein Honig zu saugen, so warf sich ihr Eifer auf die Tatsache, daß mit dem Rat Blumenberg auch ein gewisser Abraham verurteilt worden ist. Nun, Herr Blumenberg war in seinen schweren Geländes so vorurteillos, Hilfe und Geld aus Juden Händen nicht nur nicht zu verschmähen, sondern mit heißen Bemühen zu erstreben, und neben dem christlichen Buchhändler Just war es der Jude Abraham, der in eine Verbindung mit dem hochmütigen Herrn Landgerichtsrat kam, die schließlich diesem Abraham zum Unheil ausschlug. In einer antisemitisch gerichteten Betrachtung über den Prozeß ist die Rede von den „typischen Erscheinungen im Stille des Jüdischen in Europa“: „Soll und Haben“. Worauf zu erinnern ist, daß gerade in diesem Prozeß sich wieder einmal das Bühnenwort bestätigt zeigt: „Ob Christian oder Jüdisch, das Geschäft bringt's mal so mit sich.“ Gewiß kein lauberes Geschäft. Aber der unsaubere unter dem Unsauberen dieses Blumenbergischen Zusammenbruchs war doch der Herr Landgerichtsrat, der es bis zu der hohen Höhe seines Amtes haben bringen konnte, weil er auf der hohen Stufe einer Denkart stand, die den eben nur minderwertigen jüdischen Juristen fehlte.

Unter dem Schleier der Maja.

„Unter dem Schleier der Maja“ lautet die Ueberschrift eines Aufsatzes, den Robert Stolzheim in Nr. 87 des „Hammer“ veröffentlicht. Die Ueberschrift ist das einzig zutreffende an dem Artikel; denn der ihn schrieb, muß verblendet sein, und nur an Verblendeten kann er gerichtet sein. Wir haben selten etwas verblenderes gelesen, und das ist ein mildes Urteil. Glaubt ja der Verfasser, oder gibt er sich nur den Anschein zu glauben, daß „jüngere welche geheimnisvollen Mächte den erkennenden Sinn vor manchen Wissensgebieten zurückweisen“, „daß die feinsten Denker durch Rücksichten verhindert werden, über manche Dinge die volle Wahrheit zu sagen.“? Die „Wissensgebiete“ und „manchen Dinge“ sind die Juden, die nach einer andern Hypothese des Verfassers auf die ganze Welt hypnotisierend und suggerierend einwirken.

Der Verfasser beruft sich auf Heine, der, selbst von jüdischer Abkunft, gesagt habe, die Juden seien noch jetzt wie im Mittelalter „ein wunderbares Geheimnis.“ Wir möchten Heine ergänzen und sagen, sie werden es auch überall und immer sein, so und so lange man sie durch Gesetze oder gesellschaftlich in Ghettos eingesperrt oder sonst mehr oder weniger abgesperrt hält. Wo sie frei mit den Andern verkehren dürfen und gleich den Andern behandelt werden, sind sie nicht im geringsten „ein Geheimnis.“

Alsbald beruft der Verfasser sich auf Stellen in Disraeli's Romanen. Nun ist es immer eine heisse Sache, Auslassungen in Romanen oder Dramen so zu sagen realpolitisch ernst zu nehmen. Von Disraeli weiß man ja wohl, daß er, um sich persönlich Bahn zu brechen, es für das praktischste hielt, seine jüdische Abstammung möglichst zu glossieren und schließlich hat er sich in diese Klassifikation so hineingeredet und hineingekrieden, daß sie bei ihm gewissermaßen zur fixen Idee geworden ist, wenn er nicht es für vorteilhaft gehalten hat, die Waage konsequent bis an sein Lebensende durchzuführen. Die Engländer, die Kläger

sind als Herr Stolzheim, haben aber Disraeli „asketisches Dystherium“ gelähmt, gar auch gelacht und es für vorteilhaft gehalten, nicht nur die von Herrn Stolzheim so gesuchten Auslassungen, sondern auch ihren Autor nicht zu fürchten, haben ihn wiederholt zu ihrem Minister, selbst zum Premierminister gemacht und sind dabei so wenig schlecht gefahren, daß sie den toten Staatsmann noch immer feiern.

Uebrigens sind sehr viele in seinen Romanen aufgestellte Behauptungen Disraeli nicht schlagfertig. „Die Professorenkühle von Deutschland“ sind noch niemals auch nur annähernd von Juden „monopolisiert“ gewesen, und die ihm von Herrn Stolzheim untergeschobene Prophezeiung, daß die Juden die akademischen Lehrstühle monopolisieren werden, ist, wie mündlich bekannt, auch nicht in Erfüllung gegangen. Herr Stolzheim freilich behauptet, die Juden seien heute „nicht nur im Begriff, die Diplomatie und die Wissenschaft zu monopolisieren, sie hätten auch die öffentliche Presse und das Theater so gut wie monopolisiert.“ Alles dies ist nicht wahr. Selbst die am besten gehörte Behauptung, die Juden hätten die Presse so gut wie monopolisiert, ist eine trotz ihrer häufigen Wiederholung durchaus unwahre Behauptung, was ein kurzer Lebenslauf nur Genüge erhöht. Die konstruktive, die offizielle, die offizielle, die Zentrums-Presse, die unparteiische ist frei von jedem jüdischen Einfluß und die antisemitische doch wohl auch. Es kann also nur ein Teil der liberalen Presse mehr oder minder unter jüdischem Einfluß stehen, und der kann doch, nach den Zahlenverhältnissen der parlamentarischen Fraktionen so schließen, nicht über das ganze deutsche Volk sich erstrecken.

Sehr drollig ist es, daß der Verfasser Lessings Nathan verantwortlich macht für „die Hyponose des modernen Geistes“, und er untersucht dabei, daß Lessing diese Hebräer-Verherrlichung „vielleicht auch aus ein wenig Liebedienerei gegen seinen jüdischen Freund und Geliebten der Moses Mendelssohn geschrieben hat.“ Dabei ist nur merkwürdig, daß im Vaterlande Lessings es den Juden lange nicht so gut geht, wie in verschiedenen andern Kulturländern, in welchen nur Literaten Lessings Nathan kennen. Also würde der deutsche Dichter mit seinem Werke mehr telepathisch gewirkt haben. Interessant ist jedenfalls der Geistesritt, den ein Lessing einem der deutschen Deutschen, dem guten Lessing, abgeschrieben allerdings durch ein „vielleicht“ versteht. Aber etwas soll wohl hängen bleiben.

Das Alldrolligste aber ist, was der Verfasser von dem begnadeten, bezw. hypnotisierenden jüdischen Kaufmann, vom Tröbler die zum Warenhausbesitzer, sagt, wobei er auch zu verstehen gibt, daß hier der in alten Religionen so bedeutsame „Blutgelder“ eine Rolle spielen könnte.“ Er schreibt:

„Tatsächlich hat der Hebräer durch Wit und Gebärde und durch seinen immerwährenden Wechsel von vielen tausenden Gemütern, besonders auf Frauen, eine bezaubernde Wirkung aus, die sich bis zur höchsten Wertschätzung steigert.“ So wurde Frau, die von ihrem Mann Warenkraft darüber erhält, daß sie einem jüdischen Händlerr eine Menge nutzloser und minderwertiger Waren abkauft und ihr Geld bis zum letzten Groschen ausgegeben hat, weiß zu ihrer Rechtfertigung nichts weiter zu sagen als: — Ich kamme nicht anders — Ich mußte dem Manne die Sachen abkaufen! — Und in Warenhäusern ist es ein ähnlicher Joubert, der schwache Frauen nicht nur zum Kaufmann führen, sondern sogar — zum Stehlen verführt.“

Das ist doch wohl das non plus ultra jüdischer Liebertracht, daß der Jude die Frauen so bezaubert, daß sie ihn bestehlen.

Beiläufig möchten wir bemerken, daß beispielsweise in den besten größten Berliner Warenhäusern die Gese so gut wie unphysisch für das Publikum sind, daß das Verkaufspersonal fast durchweg nicht jüdisch ist, daß nirgends so wenig das Publikum von den Verkäufern zum Einkauf beeinflusst wird wie in den Warenhäusern.

Der Verfasser benutzte die Gelegenheit, da er von dem Einfluß der jüdischen Kaufleute auf das weibliche Geschlecht spricht, auch von der „ungeheuerlichen Macht des Hebräers über das weibliche Naturell“ in belästigten Dingen zu reden und das Hebräerthum als „einen äußerst gefährlichen Feind für das soziale wie für das stilles und leibliche Wohlergehen unseres Volkes“ zu denunzieren. Es ist dies eine Umschreibung der früheren antisemitischen Behauptung, daß die ganze deutsche Frauenwelt sich den Juden preisgebe. Früher, als die Antisemiten noch ungeniert waren, machte man das jüdische Geißel verantwortlich für die Käuflichkeit der deutschen Frauen. Jetzt, da der Antisemitismus es liebt sich ein faßbares wissenschaftliches Rätselchen umzuhängen, zieht man es vor, von Hypnose, Suggestion, Schleier der Raja und sonstigem faulen Kauder zu sprechen. Da haben wir uns doch den ollen eheichen Dreßgrafen, der seine kausalen Reden nicht wissenschaftlich verbrämt, und nur roß, nicht direkt widerwärtig war. Aber es ist dies, wie wir schon wiederholt zu bemerken Gelegenheit gehabt haben, die neueste antisemitische Richtung. Botan und Raja und was der mißbrauchten Namen mehr sind!

Reformer, Deutschsoziale und Mittelständler.

Aus Friedberg in Hessen wird mehreren antisemitischen Blättern gemeldet: „Die diesjährige Hauptversammlung des Landesverbandes der Deutschen Reformpartei für Südwestdeutschland tagte am 21. d. Mts. hier. Auch die Landtagsabgeordneten Rör, Hirschel und Köhler waren erschienen. Der Bericht über die Tätigkeit in den letzten Jahren brachte von allen Seiten Bewundern über die Vernachlässigung Dessen durch die deutsche Reformpartei. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung war der Antrag Meyer-Frankfurt: „Der Landesverband der Deutschen Reformpartei für Südwestdeutschland möge seinen Austritt aus der Reformpartei vollziehen und sich der Deutschsozialen Partei anschließen“. Nach ausführlicher Begründung äußerten sich zu dem Antrage eine ganze Anzahl Herren, sämtlich in zustimmendem Sinne. Der Antrag wurde dann einstimmig angenommen. Damit scheidet der Landesverband für Südwestdeutschland aus der Deutschen Reformpartei aus und schließt sich der Deutschsozialen Partei an.“

Die in Frankfurt erscheinende „Deutsche Volkswacht“ glaubt diese Nachricht „berücksichtigt“ zu müssen, indem sie erklärt: „Einen heftigen Bauernbund gibts ja überhaupt nicht mehr, also kann derselbe auch keine eigenen Kandidaten aufstellen. Im Friedberg hat eine Versammlung des bisher in Frankfurt bestandenen „Landesverbandes der Deutschsozialen Partei“ stattgefunden, die sich allerdings auch mit Wahlfragen beschäftigt hat.“

Hierzu wird uns geschrieben:

Die deutschsoziale Partei, die sich so gern Mittelstandspartei nennt, beschäftigt sich nicht nur mit den Wahlen, vielmehr, wie Herr Henningsen in einer am 22. Januar in Frankfurt abgehaltenen Versammlung ausdrücklich erklärte, ist sie eine politische Partei, die für ihre Sonderinteressen der Allgemeinheit Ausnahmebewegungen aufzuweisen möchte. Herr Henningsen, der Parteivorsitzende, hat wohlwollend die Namen der Parteibeamteten nicht genannt, wenn er auch wiederholt betonte, daß die „Vertreter der Mittelstandspartei energisch und rücksichtslos in den Parlamenten für ihre Forderungen eintreten werden.“ Er kennt jedenfalls sein Publikum und weiß, daß selbst der mittelständliche Antisemit es mit seinen jüdischen Runden nicht verderben darf. Die ganze Parteikomödie ist — man weiß das — von den dauern-

büchlerischen Antisemiten inszeniert, nachdem ihnen das Fiasco ihrer Agitationskredenzen auf dem Sande brach. Herr Henningsen erteilte vor seinem dießfalls trübigen Publikum den verschiedenen Parteien Zensuren. Die Liberalen sind zu verurteilt, die Sozialdemokraten scheiden natürlich für die teutigen, konigstreuen Männer ganz aus, und die Nationalliberalen können nur in Betracht kommen, wenn sie rückfällige, wirtschaftliche Forderungen auf Grund von Farnersomnagen stellen würden. Die antisemitische Partei hat Herr Henningsen als vornehmer Mann nicht genannt. Eine begeistert aufgenommene Erklärung lautete: „Wir Mittelständler stehen fest und treu zur Regierung, aber nur dann, wenn die Regierung unsere Forderungen erfüllt.“

Die „Deutsche Reform“, das Organ der so schmählich behandelten „Bruder“-Partei faucht die Deutschsozialen wegen ihres unlauteren „Wetlweibes“ ganz gehörig an; sie gibt nämlich zu dem Friedberger Beschluß folgenden Kommentar:

„Da sich die Frankfurter Herren, so weit sie dem dortigen „Deutschen Verein“ angehören, schon seit längerer Zeit zur Partei des Herrn v. Lohmann rechnen, so war es etwas selbstverständliches, daß dieselben Herren in Friedberg daselbst beschlossen, was sie i. Z. in Frankfurt beschlossen hatten. Und da auch Herr Hirschel seit Jahren in einem Abhängigkeits-Verhältnis zum Wand der Landwirte steht, so ist damit nichts neues, sondern nur Wiederholtes geschehen, und wir können den deutschsozialen „Deutschen Volk“ nur wünschen, wenn es schreibt: „Die Weine ist jetzt für eine geistliche Weiterentwicklung unserer Bewegung im Farnersomne.“ Jede dieser Richtungen weiß man, als wenn sie keine Richtung mehr zu nehmen hat. Und das kann gerade für die Reformpartei nur nützlich sein, der in diesem blühenden Teil Deutschlands nicht mehr geschadet hat als das Vorhandensein des unartigen und unangenehmen Hochalters. Denn wenn als Begründung des Antrags Meyer die Behauptung ausliegt worden ist, die Reformpartei habe in der Haltung in den letzten Jahren sich nicht die geringste Arbeit geleistet, so wird ihrer höchste Renner der Sozialistische Bortour als unwahr zurückweisen müssen. Rög. Warum ist zum Bortour in Frankfurt gewesen, bezüglich noch jüngst im Würzburger Wahlkreise. Der Vorsitzende der Reformpartei, Abg. Zimmermann hat wegen Abhaltung eines heftigen Parteitagess sowie wegen Abhaltung eines allgemeinen Parteitagess in Hessen wiederholt vor Jahr und Tag nach Frankfurt geschrieben, was gedrängt, daß man an die Sache herangehe, ohne nur Antwort von den Frankfurter Reformisten zu erhalten. Abg. Köhler ist nach Rücksprache mit dem 2. Parteitagess am 25. März v. J. nach Frankfurt gefahren, hat dort den Parteivorsitzenden Herrn Koch aufgesucht und mit einer Anzahl der bekannten Herren eine Besprechung gehabt, in der er sich erbot, falls erwünscht, im Kreisgebiete der Frankfurter Bortour zu übernehmen. Die Herren Koch und Genossen begreifen ihn jedoch trotz verbindlicher Bescheidenswürdigkeit so zugeknipst, daß Abg. Köhler, wenn er etwas hätte tun wollen, es direkt gegen den Willen des Landesverbandes für Südwestdeutschland, in dem übrigens lebhaft der Widerstand der einzelnen heftigen Herren gefühlt wurde, hätte tun müssen. Die Bescheidenswürdigkeit allein senkt auf die selbst zurück. Wohlwollend füllte aber ist das Verhalten der Herren Abg. Köhler und Hirschel. Sie waren ja doch die Führer der dortigen Reformer. Warum haben sie denn nichts getan? Sie hätten so richtig arbeiten können. Oder meinen sie, daß die Partei von außerhalb her für sie alles machen und besorgen sollte? Offen die beiden, jetzt also deutschsozialen Abgeordneten treffen die Bortourier der Antisemitie allerdings selbst zu. Werkschlaggewerke beschwören sie sich auch, die Reformpartei sei vor den Wahlen 1903 viel zu spät gekommen! Herr Köhler war selbst Abgeordneter und Kandidat. Warum ist er denn nicht rechtzeitig gekommen? Und Herr Hirschel Josef Dornann für diesen Teil Deutschlands? Wenn will er einen Bortour daraus machen, wenn „die ja ist“ mit der Arbeit begannen ist? Die modernen Bortourier Hirschel und Köhler sollte sie das „Deutsche Volk“ jetzt nennt, sich sonst doch wohl selbst gleich, wenn sie ihre Mandate nicht mit der nötigen Energie gekämpft worden ist. Ob sie unter deutschsozialer Flagge „moderer“ kämpfen werden, muß doch erst abgemacht werden. Und so ersichtlich es vom rein menschlichen Standpunkt aus ist, wenn sich Männer, deren höhere direkte Gegnerchaft so bekannt ist, wie die der Führer der Deutschsozialen und der Herren Hirschel und Köhler, nun als „modere Bortourier“ beiseite stellen begähnen. So können wir uns doch das Bedenken nicht erlauben, ob den dortigen „Deutschen Volk“ es nicht gut bekommen wird. Und selbst da die Geschichte der von dem blühenden Mandat, der im Jgel in seinen Bau aufnahm, um dann die Erbschaft zu machen, daß neben seinem kausalen Geiß für ihn selbst kein Raum mehr im eigenen Hause blieb.“

In derselben Tonart ließ die Magdeburger „Sachsenchau“ den heftigsten unzuverlässigen Kantoniellen Hirsche und Köhler die Reiten:

„Die Schrittmacher des Bundes der Landwirte welcher indirekt durch die Deutschsozialen seinen Fuß zu setzen sucht, sind die früheren Führer der heftigsten Reformen, die Abg. Hirsche und Köhler, welche seit mehreren Jahren in das Lager des Bundes der Landwirte hinübergegangen sind und im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen führende Stellen bekleiden. Die armen heftigsten Bauern haben natürlich keine Ahnung von den weitgehenden sozialpolitischen Gesetzen, mit denen die Deutschsozialen die freie Erwerbstätigkeit knechten wollen. Und die Geschäftsleute in den Städten haben noch nicht bemerkt, wie der Bund der Landwirte durch sein ausgedehntes Genossenschaftswesen die selbständigen Gewerbebetreibenden an die Wand drückt und wie die Deutschsozialen durch ihre Verschönerungspläne dem Zukunftswort vorarbeiten und alles freie Gewerbe ruinieren werden.“

Trotz der intimen Beziehungen, die zwischen der reaktionären Mittelstandsbewegung und dem Bund der Landwirte bestehen, wollen jedoch die Landwirte, auch die künstlich angehauchten, von dem Bunde nichts wissen. Der „Deutsche Handwerker-Bund“, Abteilung Hannover, erläßt durch seinen Provinzial-Vorsitzenden Heinemann-Lüneburg die Erklärung:

Zur Abwehr.

Nach den Berichten unseiner Vertrauensmänner und Bezirksvorsitzenden bereits ein Anhänger des Bundes der Landwirte mit Namen Weber ausschließlich die Provinz Hannover im Auftrag der Provinzialverwaltung des Bundes der Landwirte, Hannover. In den bisher stattgefundenen Versammlungen des Bundes der Landwirte erklärte sich dieser Herr, ohne irgend welche Gründe und ohne nach irgendwie mitgeteilten zu sein, den Deutschen Handwerker-Bund und die Führer desselben zu beschimpfen. Wir erklären hiermit, daß die Beschwörungen dieses Herrn vollständig unwirksam sind, daß der beschimpfte Herr entweder falsch unterrichtet ist oder wesentlich die Unwissenheit sagt. Wir bedauern das Äußerste dieses Herrn um so mehr, da unter dergleichen geistlichen Unternehmern mit den hannoverschen Landwirten hierüber gehört werden muß, und erstehen die hannoverschen Handwerker, diesem Eiferer, wo er aufstehen sollte, gebührend zu begegnen. Wir nehmen an, daß die Zeitung des Bundes der Landwirte dem Zeilen dieses Herrn leuchtend, können jedoch nicht umhin, unseren Freunden zu raten, die zur völligen Klärung dieser Angelegenheit Beziehungen zu dieser Organisation zu vermeiden.

Die mißlichen finanziellen Verhältnisse der Mittelstandsbewegung werden übrigens durch antisemitische Blätter bestätigt, allerdings mit dem Bewusstseinsgegensatz, daß auch durch den eventuellen Rücktritt des Herrn Küster von der Leitung des Vereins, der bekanntlich nach seiner eigenen Aussage dem Verein nicht unbedeutliche Summen vorgestreckt hat, da die Ortsgruppen ihre Beiträge nicht abliefern, die Erfolge der Mittelstandsbewegung nicht gefährdet sei. Es seien neuerdings inwischen Schritte eingeleitet, die die sofortige Reduktion des Defizits in der Kasse der Mittelstandsbewegung verbürgen und es sei dann auch zu erwarten, daß Herr Küster, auf ausdrücklichen Wunsch der beteiligten Kreise, seinem Amte erhalten bleibe. — Albernheit!

In Sachsen ist die Vereinigung, da sich die dortige Reformpartei ihr gegenüber zuerst etwas spröde gezeigt hatte, jetzt vollständig unter die konservativen Fittiche genommen worden. Der Schiffs des konservativen Parteiführers Wehnert, der bekannte Herr Jähndach, Redakteur der konservativen „Politischen Nachrichten“, wird als Generalsekretär der neubegründeten Gesellschaft die Mittelstandsbewegung in groß betreiben.

Die Magdeburger antisemitische „Sachsenchau“, die gegenwärtig dem ganzen Mittelstandsklimbim ziemlich skeptisch gegenübersteht, behauptet es neuerdings, daß die „Staatsbürgerzeitung“, dem Esel von Mittelstand nicht zu ermüde führt, daß er selbst durch seine Dummheit,

Faulheit und Gleichgültigkeit sich diese Behandlung (durch die Befestigung, D. R.) rechtlich verdient. Wer dumm ist, erhält Prügel, und wer noch dazu faul ist, erhält die doppelte Ration. Das Schreien des Mittelstandes nach Staatshilfe ist albern und töricht.“

Wie gesagt, es ist kein liberales, sondern ein antisemitisches Blatt, das sich so bespöttelnd über die Mittelstandsbewegung ausdrückt.

Wiener Brief.

V.

(Die Sozialen Anarchistenfreunde. — Das Lob der Landwirte. — Wien als Fremdenstadt.)

Wien, den 27. Januar 1906.

Hoch klingt das Lied vom braven Mann, vom Patrioten, vom kaiserlichen Bürger, das die antisemitische Presse antimmt. Das „Gott erhalte“, die Kaiserhymne, ertönt in den christlichsozialen Versammlungen und die Herren Dr. Lueger, Giesmann und Reichstein spielen sich mit Vorliebe als die einzigen Oesterreicher auf. Man wäre fast versucht, den Patriotismus der Wiener Rathaus-, Landtags- und Reichstagsgrößen ernst zu nehmen, wenn nicht ab und zu die wahre Bestimmung der Götzen und Beuten des Habeburgerstaates enthüllt würde. War da unlängst eine Gerichtsverhandlung, die ein nettes Bild christlichsozialer Agitationsarbeit entrollte. Als Angeklagte hatten sich der berüchtigte „Unterrichtsminister“ von Niederösterreich, der Reichstagsabgeordnete und Landesamtschef Dr. Giesmann, sowie der Direktor des Wiener Magistrats Dr. Weistfinger zu verantworten, die von dem ehemaligen Gewerkschaftsinspektor Walek auf Zahlung eines Betrages von 1800 Kronen verklagt worden waren. Herr Walek, ein ziemlich konformer Mensch, gab vor einem Jahre eine anarchische Zeitschrift heraus, die den Titel: „Sozialdemokratischer Arbeiterbund“, führte, oder kurz: die „grünen Erde“ genannt wurde. Zwischen dem Anarchisten und den Christlichsozialen bestand nun ein inniges politisches Geschäftsverhältnis, das in der Verhandlung vor dem Wiener Landesgerichte klar zu Tage trat. Herr Walek erzählte:

„Ich ging zu Dr. Lueger und berichtete ihm, daß ich ein Blatt herausgeben will, in dem ich den Terrorismus der Sozialdemokratie bekämpfen werde. Er fand die Idee, daß die Sozialdemokraten aus ihrem eigenen Lager, also Arbeiter durch Arbeiter bekämpft werden, vorzüglich. Ich sagte, daß ich das aber nur tun könne, wenn ich Geld dazu bekomme. Lueger versprach mir, daß ich Geld bekommen werde und wies mich an Dr. Giesmann als den Agitator und an Dr. Weistfinger als den Kassierer der christlichsozialen Partei. Dr. Giesmann erklärte mir nun, als ich mein Programm entwickelte: „Da muß man mehr tun. Sie müssen sich mit den Anarchisten ins Einvernehmen setzen. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie allein ohne andere Töten wird nichts nützen. Machen Sie sich mit dem Anarchisten Witsching in Graz bekannt.“ Dr. Giesmann wies mich an Dr. Weistfinger, mit dem ich folgende Vereinbarung schloß: Solange das Blatt nicht 1000-jährige Abonnenten hat, bekomme ich monatlich 300 Kronen. Dr. Lueger und Dr. Giesmann waren damit einverstanden. Ich war schon dritten oder vierten Tag im Rathaus und vor der Gemeinderatswahl in Floridsdorf (XXI. Bezirk) sagte mir Dr. Weistfinger: „Von den nächsten Nummern müssen Sie an Agitationszwecken 4000 bis 5000 Exemplare machen lassen. Ich werde die Schiffe im Wahlkoffer herstellen lassen. Sie bekommen sie rechtzeitig zugestellt.“ Ein Gemeindevater hat mir dann die Schiffe gebracht. Dr. Weistfinger sagte mir auch, ich solle den Anarchisten Garick aus Urfahr herbringen.“ — Hier unterbrach der

Vorsitzende Landesgerichtsrat Dr. Eisele den Kläger mit der Frage: „Glauben Sie denn, daß ein Anarchist für die Christlichsozialen agitieren wird?“ — Darauf antwortete dieser: „Das nicht, aber er agitiert gegen die Sozialdemokraten und damit handelt er im Interesse der Christlichsozialen.“

Der Gerichtshof wies die Klage des ehemaligen Gewerkeinspektors ab, da aus ihr nicht hervorging, daß Dr. Wegmann und Dr. Weiskirchner, die im Ganzen 400 Kr. für die „grünen Feste“ vorgeschossen hätten, eine rechtsbindende Verpflichtung eingegangen waren. Doch mit diesem Freispruch ist der Fall noch lange nicht abgetan. Man darf nicht vergessen, daß es sich nicht um gleichgültige Personen, sondern um Männer handelt, die hohe Ämter bekleiden. Dr. Wegner hat als Bürgermeister von Wien eine ungeheuer einflußreiche Position. Dr. Weiskirchner ist der höchste städtische Beamte und Dr. Wegmann der Referent für das niederösterreichische Unterrichtswesen im Landesauschuß. Dazu kommt noch die ungebührliche Benutzung des — in Wien nicht öffentlich zugänglichen — Wahllokales für Parteizwecke und die Beschäftigung von kommunalen Hilfskräften. Allein die Antifemiten haben die Bevölkerung während ihres zehnjährigen Regimes an so starken Tabak gewöhnt, daß dieses gewiß sehr bezichnende und empörende Vorkommnis ohne jede Gemütsregung hingenommen wurde.

Ein anderer Zwischenfall hat wieder die Sozialpolitik der Herren von Wien und Niederösterreich grell beleuchtet. Die niederösterreichischen Landgemeindenräte haben für den 1. Februar mit dem Streik gedroht. Die elende Bezahlung und die unerbörte Behandlung durch den Landesauschuß Prälat Dr. Schöcher veranlaßt die Landgemeindenräte zur öffentlichen Verpfehlung ihrer traurigen Lage. In einem an die niederösterreichischen Stadthalter, an die Landesämter und Gemeinden gerichteten Zirkulare wurden die unhaltbaren Verhältnisse folgendermaßen oraschaulich: „Der niederösterreichische Landesauschuß (s. pag. 1) für die Impfung des Menschen und die dazugehörigen Schweißgüsse 20 Heller per Impfung, während der Dierarzt für die Impfung des Schweines 80 Heller (40 Heller von der Partei und 40 Heller vom Lande) bekommt; 2) für die ärztliche Untersuchung eines polizeilichen Schütlings 30 Heller, während der Prüfer für das Quaschreiben eines Zigeuners 40 Heller erhält; 3) bei der Fingelingebehandlung entfallen nur 50 Heller für die Visite. Im Stiermark aber wird dafür 1 Krone vergütet... Das Anzeigen der Infektionskrankheiten wird derzeit überhaupt nicht honoriert...“

Wiso die Eingabe. Man sieht daraus, wie die christlichsozialen Herren, denen die autonome Landesverwaltung Niederösterreichs überantwortet ist, mit graduirten Männern umspringen, mit Doktoren, die nach achtzehnjährigem Studium die Befähigung erlangt haben, den Menschen im Kampfe mit der Krankheit beizustehen. Fast möchte man glauben, daß die Antifemiten zwischen „Küchlerin“ und dem Mediziner wirklich keinen Unterschied zu machen wissen und daß die von Haß und Verachtung getriebenen Reden der christlichsozialen Agitatoren gegen die Männer der medizinischen Wissenschaft nicht nur gewissenlose „Versammlungsfischlager“ sind, sondern der innerlichen Überzeugung der Bildungseinde entsprechen.

Herr Bloßhappel tut allerdings sehr entrüstet. In seinem Blatte: „Oesterreichische Volkspresse“ geht er mit den Landräten fürchterlich ins Gericht und bemüht sich darzutun, wie großartig die Landräte gesteuert seien. Ihr Einkommen setzt sich aus dem Ertrag der Privatpraxis, aus der Landesinduktion, aus den Beiträgen der Gemeinden und aus den Zulagen zusammen, die sie als Bezirksarmendräte empfangen. Durch recht umständliche Berechnungen findet nun die antifemistische, „Oesterreichische Volkspresse“, daß die

257 Landräte an Landesinduktion 200 000 und an Gemeinbezügen 150 000 Kronen erhalten. Mit den Beiträgen des Bezirksarmendräts beläuft sich der Verdienst des Arztes ohne die Erträgnisse der Privatpraxis auf 1,500 Kronen (!) jährlich. Man darf nun nicht vergessen, daß die Privatpraxis in den Landgemeinden außerordentlich wenig abwirft und daß nicht jeder Arzt alle Funktionen, die in den 1,500 Kronen inbegriffen sind, ausüben Gelegenheit hat, um die Klagen ihrer vollen Berechtigung nach zu würdigen. Herr Bloßhappel jedoch, der ehemalige „Preisler“, der sich heute eines glänzenden Einkommens erfreut, höhnt: „Sollten die Herren Landräte bei aller Hochachtung vor ihrem Stande und ihrem Wirken die paläse Reflexion (Streik) wirklich durchführen, so könnten ja deren Forderungen — bezüglich der im Zirkulare erwähnten Erhöhung des Impfgeldes usw. — erfüllt, dafür aber die Landesinduktion gestrichen werden.“ Der Witz ist gut. Doch warum sollte man nur das lächerliche Einkommen der Landräte verringern, warum nicht auch die festen Pfändchen, die der Bürger höfliche Gemeinderat Bloßhappel als „Schritsteller“, als Herausgeber der durch Riesenannoncen der Gemeinde Wien und der unter antifemistischer Leitung stehenden Institute unterstützten „Volkspresse“ und als Landesauschuß bezieht. Herr Bloßhappel hätte wenigstens die Bemütigung, daß er viel weniger als achtzehn Jahre dem Studium gewidmet hat.

Seit der Herrschaft der Christlichsozialen verlor Wien als Fremdenstadt ungemessen. Ueber diese debauchierte Tatsache wurde in der letzten Zeit eine lebhafteste Diskussion geführt, die durch einen Artikel des Münchener Kritikers Prof. Max Gruber in der „Neuen Freien Presse“ angeregt worden war. Prof. Gruber meinte, der Wiener solle seine Vaterstadt im Auslande nicht so sehr herabsetzen, wie dies in den letzten Jahren geschehen sei, und die antifemistischen Blätter griffen diese Bemerkung gierig auf. Wie scheint, daß das Ausland die Verhältnisse in Wien in der Tat nicht ganz richtig aufsaß und daß vor allem falsche Schlüsse gezogen werden. Das ist sehr zu beklagen, denn unter der Abnahme des Fremdenverkehrs leidet nicht so sehr der kleine Mann, der „bunne Kerl von Wien“, als die Geschäftsteile und die Interessententeile, die meistens dem Fortschritt ergeben sind. Gewiß, die Kaiserstadt hat viel an Gemütskraft, an dem Krieg heiterer Friedlichkeit verloren, aber der politisch-kulturelle Kampf tobt nicht mehr, wie in den neunziger Jahren in allen Massen. Man kann in Wien noch immer viel des Guten, des Schönen sehen und genießen, wenn man sich nicht gerade für die Fragen der Kommunalpolitik, der Landesverwaltung und der Parteilebens interessiert. Eine städtische Anleihe läßt einen bekannten Wiener Theaterkritiker im Gleichnissatz mit einigen Ausländern zusammentreffen und die Frage aufwerfen, ob die Herrschaften schon in der Donauhaube waren. „Nein“, lautet die Antwort. „Was sollen wir dort machen? Kein Theater, kein Kunststreben, nichts was zum Besuche reizen könnte.“ „Aber wer sagt Ihnen das“, fragt der Wiener erstaunt. „Nun mir lesen es ja. Der Sp... schreibt es.“ — Der Sp... war aber niemand anderes als der neugierige Wiener Kritiker. Ich möchte nicht, daß man dieses Vorwort mißversteht. Wir Wiener müssen uns mit Händen und Füßen gegen die Verimpfung wehren, die alle Gebiete gesunden Schaffens ergreift hat. Wir müssen auch mit aller Kraft gegen ein politisches System ankämpfen, das die Verrohung und Verwundung der Massen fördert, das die Stadt der fröhlichsten Fröhlichkeit mit Haß und Hader erfüllt. Darunter haben wir, die wir in der von Weisbräuch geschwängerten dumpfen Atmosphäre jahrein, jahaus leben müssen, schwer zu leiden. Der fröhliche Durchzügler aber, der die Dinge nur an der Oberfläche kennen lernt, kann noch

immer genussreiche Stunden am Fuße des Winterwaldes verleben, der, wie ein flüchtiger Dichter schrieb, die Fremden wie eine schöne Kokette anzieht und nach wenigem Genießen wieder losläßt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Wag Beyer, der Bismarckhorde der Antisemiten, kollektiert mit den Gedanken einer deutschen Bartholomäusnacht gegen die Juden. Damit sei die „belle Meher“ gegeben gegen ein Eindringen der jüdischen Umkürzbestrebungen aus Russland. Der Gemütskranke Beyer denkt sich die Sache folgendermaßen:

In Russland schlägt man zu spät hier und da einige hundert Hebräer tot; man hat die gültigen Wähler zu spät erkannt. In Deutschland richte ich rechtzeitig die gesamte Front des Volkes gegen das revolutionäre Judentum. Wenn schon einmal hier Ilkiken ist, so ist es kulturreich, sitzlig und ästhetisch tausend Mal besser, das einige tausend nichtswürdige Juden in die Luft zu legen, als ein einziger deutscher Fürst, Bürger oder Arbeiter, der sich über ihr soziales Glück über Juden leicht und einträchtig verhängen können. Wenn der Jude feigt, das das Volk einmüdig gegen ihn Stellung nimmt, wird er selbst die brennende Revolutions-Lunte aus der Hand fallen lassen; darum so wört:

Ruffisch will man uns auch sprechen,
Deutsche seid auf eurer Zucht!
Denn es wollen schon die Indianer
Juden tief in Russlands Blut;
Aber es ein Tropfen deutscher
Blutes unsrer Erde trinkt.
Sei zuerst der Jude Sinner
In die deutsche Zucht geprenzt;
Ob ein Hühnerschlag der Erde
Auch bei uns wird gleichgemacht,
Schwärt, daß er sich die Synagoge
In die freien Lüfte schreit!

Es ist Zeit, daran zu erinnern, daß als Bismarck zu dem Blum sagte: „das schädliche Gegenmittel gegen die Juden sei noch nicht gefunden.“ ihm wieder die fragende Gebärde durch das Haupt strich: „Bartholomäusnacht!“ Er hielt diesen Ausgang einer Hebräernacht für nicht für möglich, auch damals nicht für denkbar, aber es sind in der Weltgeschichte schon viele Dinge möglich, so notwendig geworden, die man für ganz unvorstellbar hielt. Halten die Juden den ungeheuren Kulturschritt für möglich, wie in Russland so auch in Deutschland die körperliche Verschönerung in Schut und Rasse begreifen zu können, so geht jeder, der es mit den Deutschen gut meint, gegen die fische Parole „Ruffisch reden“ vom Mund zu Mund die Gegenparole weiter: „Mit den Juden deutsch reden!“

Herrn Beyer, der offenbar an Verfolgungswahn leidet, raten wir ernstlich mit einem Psychiater Rücksprache zu nehmen.

Im Wahlkreise Pöyitz-Zaagitz, dem Sitz des Reichstagsabgeordneten Krüßell, wird von den Konfessionen und dem Bunde der Landwirte schon jetzt alles Mögliche aufgeboten, um den Wahlkreis, der bekanntlich der Vorherrsche des Bundes der Landwirte, Frhr. v. Wangenheim in jahrelangem Besitz gehabt, wieder zurückzuerobern. Die bisher gemäßigten liberalen „Zargarden Ztg.“ ist in der Stille von einem konservativen Konfession aufgefaußt worden und wird seit dem 1. Januar möglich in das konservative Fahrwasser übergeführt. An der Spitze dieses Konfessions steht neben dem ersten Vorherrsche des Bundes der Landwirte, Herrn v. Wangenheim, auch der Landrat des Kreises, von Loos. Das neue Konfession überflutet nun deutsche Freigepans für das Blatt den Kreis mit Zirkularen, die neben den Unterschriften der beiden Genannten noch die von etwa einem halben Duzend konservativer Rotabilder des Kreises tragen.

Von den anderen Herren hebt die „Deutsche Reform“ als besonders interessant hervor Erbt v. Schleichsen und Landrichter Hoffmann. Ersterer war zum 1. Oktober Landrat des Kreises Pöyitz und wurde von den dortigen

Konservativen als derjenige bezeichnet, der 1908 Krüßell verdrängen soll, während Landrichter Hoffmann wieder von anderer Seite als deutschsozial-konservativer Kompromißkandidat genannt wurde, zu dessen Gunsten Abg. Krüßell zum Abkanten gezwungen werden soll.

Das Organ Krüßells, der „Mittelrand“, hatte vor einigen Tagen, wohl in der Hoffnung, daß insoweit die Sache in Bergessensheit geraten sei, die bei den letzten Reichstagswahlen mit einigen sozialdemokratischen Vertrauensmännern getroffene Vereinbarung, der Krüßell einzig und allein seine Wahl verheißt, dreist und gottesfürchtig abgelehnt. Nun meldet sich aber im „Pyritzer Kreisblatt“ „ein einfacher Mann aus dem Mittelrande“, der offenbar damals einen Blick hinter die Kulissen hat tun dürfen, und schreibt dem Blatt:

„Es haben sich seinerzeit die Sozialdemokraten öffentlich gerühmt, wenn sie nicht Herrn Krüßell in der Stichwahl geschlagen hätten, dann wäre er nicht Reichstagsabgeordneter gewesen, was wir mir wohl viele geistig begabte Männer, die den Jungis, das schändlichste und schändlichste, was der Mensch nicht, wie eine Klage um den heißen Brei gehend, sich überlegen konnten, sondern als ehrenhaft und wahr denkwürdigen Mann anerkennen mußten. Zu er das nicht, dann werden sich viele, die ihn zum ersten Male geschlagen haben, dies zum zweitenmal tun, denn dann er höher sein und sich ergötzt sein lassen. Auch möge er sich ja zu fassen lassen, in seinem Wahlkreis Krüßell erscheinen zu lassen, die den direkten Tadeln widerprechen. Im übrigen besorgen hiermit Freunde des Mittelrandes, daß der „Freund“ des „Kreisblattes“ recht und wahr gesprochen hat in bezug auf „Pyritzer Fortanunne“ bei der Stichwahl, und daß ich und viele festgemacht, wenn Herr Krüßell auch sich dagegen kränkt, was von ihm unredlich ist.“

Die „Staatsbürgerzeitg.“ teilt an der Spitze ihres Blattes mit, daß Herr Hans Freytag, der nach dem Abgange von Bruhn Herausgeber der „Staatsbürgerzeitg.“ geworden war, jetzt ohne dieser Stellung ausgegeben ist. An seine Stelle tritt Herr Erich Kammer, der bereits längere Zeit Redakteur des Blattes gewesen ist. Ueber das vollständige Eingehen bezug über die bedingte Verschmelzung mit einer anderen Zeitung zum 1. April dieses Jahres äußert sich die „Staatsbürgerzeitg.“ nicht. Ihre Abonnenten müssen aber aus den ihnen häufig zugehenden Jammerbriefen schon genügend Bescheid über die finanzielle Lage ihres Organs.

Ueber den Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband, die Vereinigung der antisemitischen kaufmännischen Angestellten, hat kürzlich der Beirat für Arbeiterstatistik ein vernehmendes Urteil gesprochen.

Wie innerlich, hat der Beirat, der aus Vertretern des Bundesrats und des Reichstags besteht, vor einiger Zeit Erhebungen über die Lage der Kontorangestellten demirkt, schriftlich und mündlich. Wie es bei solchen Vernehmungen naturgemäß stets der Fall ist, haben die Antworten aus der Angestellten verschieden geäußert; auch die deutschnationalen Handlungsgehilfen waren untereinander nicht durchweg einig über die an eine etwaige Geförderung zu stellenden Anforderungen. Mit einer Ausnahme, die übergeordnet sucht, hat nur der deutschnationalen Verband, um die Aufmerksamkeit von dem Zuspäts in den eigenen Reihen abzuholen, seinerseits dem Beirat für Arbeiterstatistik Formulare der schlüssigen Art gemacht, die dieser aber nicht vollständig angenommen hat. Wie die „Kaufm. Rundschau“ aus den Drucksaften des Beirats feststellte, hat der Beirat Dr. Fischer als Referent erklärt, der Deutschnationalen Verband erhebe Anschuldigungen gegen den Beirat, die dessen Mitglieder verächtlich. Er werfe ihm Parteilichkeit und Unzuverlässigkeit vor; die Deutschnationalen hätten sogar die Berichte über die Verbandlungen, die der Renegatverfälschung festgelegt und gedruckt worden seien, als Fälschung bezeichnet. Hiergegen legte Herr Fischer entschiedenen Verwahrung ein. Auch dagegen protestiert der

Referent, daß in den deutschnationalen Drucksachen von einer Erneuerung des „Juden Robinson aus Hamburg“ gesprochen werde. Der Verband sei dazu nicht im geringsten berechtigt. Man sei doch nicht im Mittelalter und auch nicht in Rußland, doch nicht der Jude ebenso viel gelte, als der Christ. Geheimrat Fischer wies absonn auf die Tonaufnahme hin, in der die „Deutsche Handelsmacht“, das Organ des Deutschnationalen Verbandes, gehalten sei und bemerkte, man finde in dieser Zeitschrift überall, in einer jeden Nummer, die Befämpfung der andern denkenden und das Herabsetzen anderer kaufmännischer Vereine. Verdächtigungen aufzubringen, scheine das Prinzip und der Ton dieser Zeitschrift zu sein, die jetzt einmal mit dem Betrat anzubinden laufe. Schließlich schlug Herr Fischer vor, über die in ganz ungehöriger Form gemachten Anschuldigungen der Deutschnationalen zur Tagesordnung überzugehen.

Ebenso äußerte sich Geh. Oberregierungsrat Neumann aus dem preussischen Ministerium des Innern, der feststellte, daß die Behauptung der „Handelsmacht“ vom 1. August 1905, daß dem Vertreter des Verbandes „die freie Meinungsäußerung nach allen Regeln der Kunst beschnitten worden sei, andere Herren konnten dagegen vorbringen, was ihnen gerade einfiel“, direkt „der Wahrheit widerspreche.“

Kühnlich wie dieser Redner äußerten sich auch die andern Mitglieder des Beirats. Insbesondere herrschte nur eine verurteilende Stimme über die Haltung der „Deutschen Handelsmacht“, des Organs der Deutschnationalen. Der württembergische Staatsrat v. Schöcher beispielsweise meinte, er könne nur den Verband bedauern, der ein solches Organ habe, und er könne ferner nur bedauern, daß der Verband sich solchen Wortführer erkoren habe. Er verzichtete auf die Nachsagung und Sympathie von Reuten, die sich nicht entblenden, den Mitgliedern des Beirats solche Unterstellungen zu machen, wie es geschehen sei; damit sei für ihn die Sache erledigt. Abg. Schmidt-Eberfeld erklärte: Es sei widerwärtig, zu lesen, mit welcher Selbstgefälligkeit dieser Verband in seiner Zeitschrift sich selbst lobe, wie er alles darauf zukühne, zu zeigen, daß nur sein Verein der wahre Kenner von sozialpolitischen Dingen wäre, während alles andere Unkraut durch Unkenntnis oder Bösartigkeit diktiert werde. Es hinge zu viel Ehre erwiehen, wenn man sich mit diesen Dingen nach weiter besaßen würde. Selbst Abg. Hise vermagte sich gegen die Anschauung, als ob er die Art der Agitation des Verbandes und seines Organs in Schutz nehmen wolle. Er habe nur gewisse Verdienste des Verbandes anerkennen wollen, dagegen verurteile er die gegen den Beirat gerichteten Angriffe ebenso scharf wie die übrigen Mitglieder. Der Beirat solle zum Zeugen, wie er die Angriffe einschätze, hierüber schließlich zur Tagesordnung übergehen. Der Vorsitzende stellt darauf fest, daß der entsprechende Antrag einstimmig angenommen wurde.

Mit Recht fragt die „Kaufmännische Rundschau“, ob der Deutschnationaler Verband, der vor einiger Zeit ein Flugblatt mit der Überschrift: „Wie urteilt die Öffentlichkeit über den Deutschnationalen Handlungsgesellschaftsverband?“ verbreitet hat, nun auch das Urteil der Mitglieder des Beirats der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen wird.

Antisemitische Gelehrsamkeit. Im Reichstag sprach kürzlich der antisemitische Abgeordnete Raab über die Steigerung der Bodenpreise. Er meinte dabei, der Reichsfiskus habe sich auch auf ein Buch des Professors Cohen zu berufen. Auf den vorliegenden Bursch: Cohen antwortete er: „Im Sternogramm steht Cohen. Es ist aber ganz gleich, es kommt auf dieselbe Klasse hinaus.“

(Schlichter). — Warum soll auch ein antisemitischer Abgeordneter, der über wirtschaftliche Fragen spricht, wissen, wie ein so bekannter deutscher Professor der Volkswirtschaftslehre heißt.

Vermischtes.

Mit Bezug auf den Artikel „Juristen erster bis dritter Klasse“ wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben, daß der dort erwähnte Vorfall in Düsseldorf sich nicht in der Art Schöndorff ereignet hat. Präsident des Oberlandesgerichts Celle war damals der mittlerweile verstorbene Herr Berdeleben. Minister war Herr Schelling.

Antisemitisches Restaurant. Das „Berliner Tageblatt“ hat folgende Zuschrift erhalten:

Auf einer Studienreise durch Ost- und Westpreußen besuchte ich vor einiger Zeit auch Danzig. Nach Beendigung eines längeren Spazierganges lehrte ich eines Abends in das am Holzmärkt gelegene Restaurant „Bieberstein“ ein, welches durch ein schon von mir weiter früheres Schild mein Kutschkenknecht errichtete. Nachdem ich mich meines Lieberlichen, Gutes und Schönes entledigt hatte, nahm ich an einem unbesetzten Tische Platz. Dort erschien ein Kellner, der mir ohne jeden Auftrag die „Stadtbürgerger.“ brachte und auf meinen Wunsch, mir ein Glas Bier zu bringen, antwortete, ich befände mich in einem antisemitischen Restaurant, in welchem Juden — für einen solchen hielt er mich — nicht vorüber erlauben. Ich ließ mir den Wein kommen, einen Mann, den ich eher für einen Rechtsanwältler als für einen Kellner gehalten, und fragte ihn, ob das Verhalten des Kellners von ihm veranlaßt sei. Er bejahte dies. Ich erklärte ihm, daß ich die weiteren Schritte gegen ihn unternehmen würde, und verließ das Kutschkenknecht, auf dessen Wirt die Antisemiten stolz sein können.

Da ich am nächsten Morgen abreisen mußte und erst nach längerer Zeit in meine Heimat zurückkehrte, konnte ich einleitend weitere Schritte wegen dieser unverschämten Beleidigung nicht unternehmen. Vielleicht beruht aber die Behauptung des Vorfallers, daß sich die zuständigen Behörden in Danzig im Interesse des guten Rufes der Stadt der Angelegenheit annehmen. Was mir bezweifelhaft ist, kann in jedem Bürger Danzigs begegnen, man treffe zum Beispiel auch englischen Offizieren, die in Posen gehen, begegnen ihm, obwohl, wie mir gesagt wurde, die Danziger das antisemitische Lokal kennen. Sollten nicht die Antisemiten mindestens wünschen, daß am dem Sinne ein großes Schild angebracht wird:

Antisemitisches Restaurant
von
August Bieberstein,
Antisemit und Gastwirt in Danzig,
6 Holzmärkt 6.

Dann weiß jeder Fremde und Einheimische, von welcher Art das Restaurant ist, und wird sich seiner Unbefährlichkeit des Wirtes auszuweisen haben, mit dem vor Gericht sich auszuwiderlegen, nicht jedermann Zeit und Neigung hat. Vielleicht nehmen namentlich die Danziger und andere größere Zeitungen von obigem Vorfall und helfen den Antisemiten in Danzig ihr Ziel erreichen. Daß übrigens Herr August Bieberstein ein Kellner ist, kann nicht bestritten werden. Doch man aber als antijüdischer Mensch im 20. Jahrhundert aus einem größeren Restaurant einer Großstadt des Deutschen Reiches hinausgewiesen werden könne, wenn man nach Ansicht des Wirtes ein Jude ist, hätte ich mir nicht trauen lassen.

William Wood, Dr. phil., London.

Die Juden in Rumänien. Jüngst war von der Ausweisung von „Bukerern“ aus Rumänien berichtet worden. Diese an sich einfache Sache, die dem klügsten Leser keine größere Bedeutung zu beilegen schien, ist indessen für den Kenner rumänischer Verhältnisse von großer Wichtigkeit. Dem „Berl. Tagebl.“ wird nämlich hierzu aus Rumänien geschrieben:

Vor einigen Jahren hat der rumänische Nationalkongress entschieden, daß die rumänischen Juden, das heißt diejenigen, die rumänische Untertanen sind, aus Rumänien nicht ausgewiesen werden können. Diese Entscheidung, die

das Los einer Viertelmillion Menschen bestimmte, war unbedingt notwendig, da die dahin die Regierung jeden rumänischen Juden, welcher ihr oder ihren Angehörigen nicht passte, ohne den geringsten Grund ausgewiesen hat. Nun hat die jetzige Regierung auf Drängen mehrerer ihrer Parteimitglieder, welche die hohen Schulden ihrer Herren Söhne nicht bezahlen wollten, acht jüdische Banquiers, die rumänische Untertanen sind, trotz der obigen Entscheidung des Kassationshofes aus Rumänien ausgewiesen. Als Grund der Ausweisung wird von der Regierung „Bucher“ angegeben. Es gibt aber bis jetzt in Rumänien kein Buchergesetz; ein solches wird von der Regierung zurzeit erst vorbereitet und wird erst im Laufe dieses Jahres zur Beratung im Parlament gelangen. Der Grund, den die Regierung angibt, ist also ein ungerechtfertigter. Ja die Regierung würde, auch wenn das Buchergesetz in Kraft getreten wäre, einen rumänischen Untertanen nicht ausweisen können, da das geplante Buchergesetz nicht von Ausweisung spricht. Die Regierung hat durch diese willkürliche Erlaubnis eine Prädikatsverfall geschaffen, für die rumänischen Juden ungeheuer schwer trifft, da sie jetzt wieder trafen eines von der Regierung verfügte Erlasse ausweisen werden können. Das führt aber in die Zeit zurück, wo die rumänischen Juden zu Fuß aus Rumänien auswandern mußten, was die Entrüstung des ganzen Auslandes gegen die rumänische Regierung hervorrief. Jetzt man in Betracht, daß bei der Unmöglichkeit, andere Berufe als den kaufmännischen auszuüben, die Juden nimmermehr jeherzeit unter dem Vorwand des Buchers ausgewiesen werden können, so erscheint der fakturierte Fall als ein erneuter Vorstoß zur Entrechtung der rumänischen Juden, die, nebenbei gesagt, absolut keine Rechte haben.

Eine Erinnerung!

[Nachdruck verboten.]

„Sie kaufen bei Goldberg? Hab' ich wirklich recht gehabt?“

„Aber natürlich. Warum auch nicht? Goldberg ist ein durchaus solides Geschäft; ich werde da stets gut bedient — also.“

„Ja, aber man kauft doch nicht bei Juden, wenn man's vermeiden kann. Ich kaufe nur in christlichen Läden. Rein Mann — na, da könnt' ich ankommen, wenn ich ein jüdisches Geschäft beträte ohne Not.“

„Ach so, deshalb! Nun war die Entrüstung der Frau Oberpfarrer, die ich erst garnicht begreifen konnte, erklärt. Ich war eben immer noch nicht an das Boykottieren jüdischer Geschäfte gewöhnt. Zu „meiner Zeit“, wie man die Zeit der eigenen Jugend so gern nennt, blühte der Antisemitismus noch nicht. In meiner kleinen Heimatstadt lebten damals Juden und Christen in friedlicher Eintracht nebeneinander. In unserer höheren Privat-Töchter-Schule waren die meisten sehr strebsamen, begabten Jüdinnen, deren genau so gut, angeführten, als wir Christenkinde. Meiner Lehrer noch Mitschülerinnen kannten einen Unterschied und gar gern ließen wir uns „Raben“ und ein anderes Geschäd, dessen Namen wir entfallen, eine Art mit Wohlbesteuerten Kunden von den Töchtern jüdischer Familien mitbringen und verpfeifen diese Speisen mit bestem Appetit. Im geselligen Verkehr der gebildeten Kreise fragte man nicht nach dem Bekenntnis, sondern eben nur nach dem Bildungsgrad. Zur „Gesellschaft“ gehörten verschiedene Judenfamilien, die zur Bildung des Verkehrs wesentlich beitrugen. Es ergaben sich aus diesem Zustand keinerlei Schwierigkeiten.

Meine Mutter kaufte alle Schnittwaren in einem jüdischen Geschäft, dessen Besitzer, drei Brüder, geschätzte Männer waren, die nur ihren Vorteil nicht genügend verstanden. Sie kamen nicht in die Höhe, vielleicht auch, weil

für drei Familien der Gewinn zu gering war. Es ging abwärts, und zuletzt blieb der Rest des Geschäfts in der Hand des einen Bruders, der es im Kleinen weiter betrieb und dabei mit Ruthen und Stößen aufs Land ging. Vor diesem Juden mit dem schönen ersten Gesicht, dem dunklen Bart und den melancholischen Augen, aus denen doch so viel Güte sprach, hatte ich stets großen Respekt. Er erschien mir mit seinem Kopselkopf wie die Verkörperung der Jünger Jesu. Sein ganzes Wesen atmete nur unendliche Milde, und in seiner Ausdrucksweise lag etwas Feines, Gewinnendes und Würdiges. Noch heute denke ich gern an ihn.

Ein furchtbares inneres Leiden packte ihn, als er noch in den besten Mannesjahren stand. Unter entsetzlichen Schmerzen und Qualen zwang er sich doch noch zur Arbeit, um möglichst für seine Familie zu sorgen, da er mußte, er würde es nicht mehr lange können. Unvergeßlich ist's mir, wie der Armie, während ihm vor Schmerzen die Zähne aufeinanderstießen und er hiennein ein leises Wimmern nicht zu unterdrücken vermochte, mit gewaltsamer Beherrschung noch seine Kunden im Laden bediente. Ein Mitarbeiter wahrlich! Als er noch seine Landgänge machte, brachte er mir einmal Grüße aus einem bescheidenen Pfarrhaus, und dabei leuchteten seine ersten Augen auf. „Ich war vor ein paar Tagen dort“, so berichtete er mir, „und habe wieder einmal die Güte der Frau Pfarrer erfahren. Das ist eine Frau! In dem Haus ist man aufgenommen, wie ein geistiger Gast, nicht wie ein häuslicher Jude. Das tut einem so wohl! Ehelohbe lacht mir die Frau Pfarrer an den warmen Ofen schließt sie mir einen Stuhl, und dann setzt sie sich zu mir und fragt nach meiner Frau und nach den Kindern, als wär' ich ihre eigenen. Und wenn der Herr Pfarrer dazukommt, so hat er auch immer ein freudiges Wort für mich und unterhält sich gern mit mir über Bibel und Wandel. Aus dem Haus geh' ich jedes mal mit dankbarem Herzen, auch wenn ich nicht hab' gemacht ein Geschäft.“

Warum ist diese kleine Episode hier erzählbar? Nun, ich meine, es kann nicht schaden, die Erinnerung an eine Zeit aufzurufen, da man in christlichen Pfarrhäusern noch eine Gesinnung fand, wie sie der Sendelohnde mir schildert, fern vom Unbuddelbarkeit gegen das Judentum, fern vom Hasshaß. Das war echter Christengruß, reines Menschentum!

Du es auch heute noch da und dort solche Pfarrhäuser gibt? B. R.

Briefkasten.

Dr. K. in Frankfurt a. M. Besten Dank, aber für diese Nr. zu spät.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1904 gebunden je 4 Mark. Das vorgesezte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Der heutigen Nummer der „Mitteilungen“ ist das Sach- und Ortsregister für 1905 beigelegt.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Ind an die Expedition,
Berlin W. 30,
Magedburgerstr. 14
zu liefern, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kinto wünscht.
Konten: Kant & Co. 1873.

Die Leistungen an die Zeitschriften und Expeditionen sind zu richten nach Berlin W. 30, Magedburgerstr. 14, und an die Deutsche Zeitung des Auslandes Berlin, Magedburgerstr. 14, und an die Deutsche Zeitung des Auslandes Berlin, Magedburgerstr. 14.

Das Judentum in der russischen Revolution.

Wolko: „Hört Ihr Leute die Geschichte.“

Alle Welt war, wie man weiß, ungemein überrascht von der Wucht, mit welcher die russische Revolution aufgetreten ist und von den furchtbaren Verheerungen, die sie im ganzen Reich verheerend angerichtet hat. Man wird weniger überrascht sein, wenn man jetzt erfährt, daß sie sehr, sehr lange schon vorbereitet worden ist, und zwar von einem in der Weltgeschichte als außerordentlich klug bekannten Manne, nämlich von seinem Geringeren als von dem jüdischen Könige Salomo, angerechnet im Jahre 929 ante Christum natum.

Wir würden uns an unsere Leser in unvergeßlicher Weise verdingen, die doch in diesen ersten Zeiten das Bedürfnis nach Aufklärung gar sehr empfinden, wenn wir ihnen auch nur ein Wörtchen von der Enthüllung vorzuenthalten, die in der „Deutschen Hochwacht“ vom 4. Februar zu lesen ist.

Schreibt die „Deutsche Hochwacht“:

„In der Petersburger Gesellschaft hat sich die Bewegung eines anonymen Fremden: „Die Wurzel unseres Unglücks“. Der Autor des Buches ist auf irgendwelche rätselhafte Art in die tiefsten Geheimnisse des jüdischen Freimaurertums eingedrungen und hat es fertig gebracht, mit einem Teile der geheimsten Protokolle dieser Organisation bekannt zu werden. Eine außerordentliche Dame hat sogar das Haupt dieser Freimaurer geheiratet und von ihm die Protokolle zum Durchlesen herausgelobt. Es erwieb sich, daß der Plan, der jetzt von den jüdischen Freimaurern zur Ausführung gebracht wird, im Jahre 929 v. Chr. von Salomo entworfen worden ist. Salomo war ein Prophet. Er hat die politischen Ereignisse in Russland und die Unbenutzbarkeit der Aufklärungsgänge für die jüdische Revolution vorausgesehen. Die Zwecke der Freimaurergesellschaft sind angeschlossen durch die Bewegung einer symbolischen Schlange dargestellt, welche, die Menschen aufsteigend, aus einem Lande ins andere führt. Der Kopf der Schlange war Anno 429 v. Chr. in Griechenland, Anno 69 v. Chr. in Rom, im XVI. Jahrhundert in Venedig, 1700 in Paris, 1814 in London, 1871 in Berlin (woß bis zur Berliner Bewegung) und ist jetzt seit 1890 in St. Petersburg. Die Aufgabe der Schlange ist die, die Staaten durch „Liberalismus“ und wirtschaftlichen Ruin zu untergraben, und ihr weiterer Weg führt sie nach Moskau, Wien, Odessa, Konstantinopel und zurück nach Jerusalem. (Nur wenn sie doch erst dort wäre! D. Schr.). Wenn der Kopf der Schlange bis zu Zion herangelangt sein wird, wird das jüdische Königreich hergestellt werden und der König der Juden sich die ganze Welt unterwerfen. Die Protokolle werden bekanntlich nicht die Könige der Juden sein, weil sie lieber die Juden der Könige sind;

inzwischen ist von letzteren zu erheben nur ein Schrei. Das Buch ist nicht in Kapitel, sondern in „Protokolle“ eingeteilt. Jedes Kapitel führt den Titel „Noch ein Protokoll“ und in allen diesen Protokollen wird mit wollüstiger Schabensfreude nachgewiesen, wie mächtig die Juden sind und wie viel Schaden sie zu stiften vermögen. In einem Protokolle heißt es, daß die Moral nicht anzuerkennen ist. In dem nächsten, daß alles Unmoralische in der Welt mit Erfolg den Werkschiffen der Protokolle zugeschrieben ist: Wir haben Könige gestürzt, wir haben die Gesellschaft demokratisiert, wir haben dieselben aber jenseitig ruiniert, wir haben die europäischen Staaten in verheerliche Kriege hineingezogen usw., wir haben das außerordentliche Volk für die jahrhundertelange Unterdrückung gerächt und werden wieder das stolze Judentum sein.

Die Sache sieht wie eine plumbe Satire auf das jüdische Freimaurertum aus. Als hätte der anonyme „Entdecker“ der Protokolle sich mit der Reichsleitung der Gesellschaft einen Scherz getrieben. Dem ist aber — nichts so. Die „Protokolle“ existieren. Und wie freuen uns, sie kennen gelernt zu haben.

Wir auch, und wir können der „Deutschen Hochwacht“ nur beglückwünschen, daß die Protokolle existieren, nämlich in der erwähnten Prospektur.

Da die Sache nun doch einmal bekannt ist, stehen wir nicht an, die Enthüllung zu ergänzen.

Man erinnert sich, daß ein Mann, „der dem ersten Reichskanzler sehr nahe stand“, in der „Kreuzzeitung“ erzählt, daß Fürst Bismarck schon in den achtziger Jahren, „was über Ausland jetzt gekommen ist, als unvernünftig angesehen hat“. Es bleibe nun den Fürsten Bismarck gewaltig überlassen, wenn man annehmen wollte, er sei zu dieser Ansicht nur aus staatsmännischer Ueberlegung gekommen. Vielmehr war er in „das tiefste jüdische Geheimnis“ eingeweiht worden, und zwar von Herrn von Bleichröder.

„Mein lieber Bismarck, sagte dieser eines schönen Abends zu ihm. Sie sind ja ein verhältnismäßig ganz gescheiter Kopf, so werden Sie die Vorteile meines Vorschlages einsehen. Selbstverständlich, mein lieber Bismarck, Discretion Ehrensache.“

„Ganz gewiß, Herr von Bleichröder, mein sehr verehrter Gönner.“

„Also hören Sie. Das Deutsche Reich, mit dessen Gründung Sie sich so abgedrückt haben, wird ja doch keinen Bestand haben. Nur das Judentum ist ewig, ist allmächtig. Wenn wir uns aus verschiedenen Ländern haben hinauszuweisen lassen, bulben, das kann uns in den meisten Ländern ein canaille behandeln, so liegt das in unserem Plane. Wir müssen uns erniedrigen lassen, damit wir uns so sicherer erhöht werden. Also in Anbetracht, daß Sie ein selbstlich

verständiges Menschenkind sind und mir manches gute Geschäft zugewiesen haben, will ich Ihnen garantieren, daß Ihre Nachkommen im jüdischen Reiche, das bald errichtet werden wird, — wir sind schon von Griechenland über Rom, Madrid, Paris, London, Berlin nach Petersburg vorgerungen und haben also nur noch die lumpigen Stationen Moskau, Odessa, Kiew, Konstantinopel zurückzulegen, um unseren Einzug in Jerusalem zu halten — hier senzte Herr v. Bleichröder: „ach, wenn wir doch erst dort wären“ — Anstellungen mindestens als Postbeamte, oder an der Börse, auch im Tempel aber, wenn sie es vorgehen, als Postkassier erhalten fallen, wofür Sie sich verpflichten, daß in Deutschland mindestens drei Staatssekretäre, fünf preussische Minister, zwei Feldmarschälle, sieben Generale und 7000 Deutsche Juden sein müssen. Sollten so viele jüdische Anwärter nicht vorhanden sein, dann verpflichten Sie sich die fehlende Anzahl aus dem Ausland zu importieren oder die entsprechende Anzahl Germanen zum Uebertritt zum Judentum zu veranlassen.

Fürst Bismarck, Realpolitiker wie er war, erkannte alsobald die außerordentlichen Vorteile dieses Momentes für sein Haus und schlug ein. Hieraus weißte Herr v. Bleichröder den Fürsten Bismarck in „das tiefste jüdische Geheimnis“ ein, wobei es dem Fürsten, der ja nicht mehr der Jüngste war, bald kalt, bald heiß überließ.

Aus dem Pakte ist aber nichts geworden. Die Hofkamarilla und die Militärpartei legten alle Hebel in Bewegung, um Bismarck einen Strich durch die Rechnung zu machen. Um das Mißtrauen, das seitdem gegen ihn vom Tag zu Tag zunahm und schließlich, wie bekannt, in seinem Sturze gipfelte, zu enträsten, gab sich Fürst Bismarck antisemitische Äußerungen, und sprach sogar von einer „Bartholomäusnacht“ gegen die Juden“ zu einem Schwärzer in der sicheren Erwartung, daß dieser es ausplaudern werde und die Antisemiten für ihn, Bismarck, eintreten werden.

Neben dieser, so zu sagen, aus Gange gehenden jüdischen Kabale gab es noch verschiedenste andere, doch wollen wir nur eine noch entfallen. Die heimtückischen Juden ließen den Freiherrn von Hammerstein von dem besten Piskalschützen in Europa unterrichten, um durch ihn den halben deutschen Adel in Duellen über den Dausen schießen zu lassen. Der Plan wäre auch geglättet, wenn auch im Privatverhältnis der Duellmanng herrschte. Das war aber nicht der Fall, und daran scheiterte auch diese nichtswürdige Kabale. Aus Mangel darüber schiedten sie ihm eine jüdische Strene aus den Hals, die denn auch wirklich seinen Untergang herbeiführte. Wenn sogar das Haupt der jüdischen Freimaurer sich von einer Delleh zu einer Eße einlangen läßt, was Wunder, daß ein biederer deutscher Edelmann einer jüdischen Strene ins Garm ging und sich zu einem nur ideeltimen Verhältnis verziehen ließ!

Aus all dem erhebt man die furchtbare Macht und die weit aussehenden Pläne der Juden. Nicht weniger als 2684 Jahre arbeiteten die jüdischen Weisler an den Vorbereitungen zur russischen Revolution!!

Der Justizminister Besele und die Vereinigungen antisemitischer Referendare.

Aus Anlaß des bekannten Breslauer Falles war in der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses der neue Justizminister interpelliert worden, wie er sich der Gründung von Referendar-Vereinigungen gegenüberstelle, die die Aufnahme von Juden grundsätzlich ablehnen. Die Antwort, die der Minister hierauf gab, war in der Presse zunächst vollständig wiedergegeben. Danach sollte Herr Besele dem Interpellanten wohl bezeugt haben, „daß er mit Rücksicht darauf, daß jeder Beamte sich seinen

Umgang selbst wählen könne“, nicht in der Lage sei, einzuschreiten. Die antisemitische Presse triumphtierte: „Bravo! Das ist mannhaft gesprochen“, jubelte die „Deutsche Sozialacht“. Das superfluge Hamburger „Deutsche Blatt“ betrachtet jeden als einen Dummkopf erster Klasse, der etwa eine andere Antwort erwartet hatte:

„Wem anders konnte man auch von vornherein nicht annehmen. Was brauchen die Juden ihren langen Nüssel auch in eine Angelegenheit zu stecken, die in einem geschlossenen Kreise sich abspielt?“

Die „Neue Bayerische Landesztg.“ hatte ferner die folgende Schlußfolgerung gezogen:

„Danach war die färglich von den jüdischen Blättern gebrachte Weisung über die Maßregelung antisemitischer Referendare und Richter in Breslau der Ausfluß eines talmudischen Wunsches.“

Die übrige Presse verhielt sich zunächst reserviert, und mit vollem Recht, da es auf der Hand lag, daß die Antwort nur unvollständig wiedergegeben sein konnte. Gleichzeitig veröffentlichte die Presse folgendes Telegramm aus Breslau:

„Wegen des antisemitischen Geheißes, das im Verein antisemitischer Referendare gefaßt worden war, erkannte das Disziplinär-Gericht gegen den Referendar, Landgerichtsrat Hoffmann, auf Verweis. Im Kassationswege sind auch die Mitglieder des Vereins-Barbantes durch den Oberlandesgerichts-Präsidenten Bierhaus mit Verweis bestraft worden.“

Zwei Tage später wurde dann der Inhalt der Interpellation und die darauf erfolgte Antwort des Justizministers von einem parlamentarischen Korrespondenzbureau in folgender erweiterter Fassung wiedergegeben:

„Dem betreffenden freisinnigen Abgeordneten gab der bekannte Breslauer Fall die Anregung dazu, die Verhältnisse in verschiedenen größeren und mittleren Städten zur Sprache zu bringen. Er führte an, daß in denartigen Städten Vereine oder auch nur lose Vereinigungen existieren, die teilweise vermöge ausdrücklicher Statutenbestimmungen den Ausschuß jüdischer Referendare bedingen, doch ferner teilweise durch stillschweigende Uebereinkunft oder Tradition derselbe Effekt erreicht wird, in einigen Fällen auch durch Bestimmungen, daß Einstimmigkeit zur Aufnahme notwendig ist, die Aufnahme jüdischer Referendare als ausgeschlossen gilt. Hieran schloß der freisinnige Abgeordnete die Anfrage, ob der Minister geneigt sei, in dieser Beziehung nähere Nachfragen anzustellen und, wenn die Tatsachen richtig seien, gegen diese Ungehörlichkeiten einzuschreiten. Er verwies dabei darauf, daß es ja zweifelhaft sein könnte, ob der Minister in der Lage sei, Vorarbeiten über gesellschaftliche Zusammengehörungen oder den Verkehr der Referendare untereinander zu treffen, daß es ferner nicht ansehbar sei, wenn in einzelnen Fällen mißliebige Personen gesellschaftlich ausgeschlossen würden, daß es aber nicht angängig sei, ganze Klassen von Referendaren nur wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft zu boykottieren. Der Minister ging näher auf den Breslauer Fall ein, indem er erklärte, er habe Gelegenheit genommen, die Disziplinäruntersuchung zu veranlassen; sie sei auch eingeleitet und habe seines Wissens bereits zu einem entscheidenden Urteil geführt. Er werde auch in jedem einzelnen Falle, der ihm dazu Veranlassung gebe, einschreiten; er sei aber nicht in der Lage, im allgemeinen Untersuchungen anzustellen und die Referendare in der Wahl ihres Umganges zu beschränken.“

Das klang schon anders, wenn auch die jüdischen Justizanwälter auf Grund dieser Erklärung des Justizministers noch keineswegs, wie die antisemitische Presse behauptet, Jubelstößen anquämen berechtigt gemessen wären. Immerhin waren Blätter vom Schlage der

„Staatsbürgerzitz.“ und die „Deutsche Zitz.“, die eben noch Herrn Bessler wegen seiner „forensiken“ Haltung belobt hatten, mit einem Male tief brennrußig. Sie „bedauerten“ diesen Ausgang „lebens!“ Es sei neu, „daß ein preussischer Minister es für seine Aufgabe hält, in dieser Weise einer Parteielauffassung zuleide in das gesellschaftliche Leben und die privaten Neigungen seiner Beamten einzugreifen. Das stimme schlecht mit der Erklärung im Abgeordnetenhaus. In die Privatphäre des Beamten solle der Vorgesetzte nicht eingreifen, soweit die Achtung und Würde des Standes, dem der betreffende angehört, nicht verletzt wird. Stühls Gedenkbüchlein dürfen für die Dienstbehörde nicht bestimmend sein.“ — Wie weit der Justizminister gerade solchen persönlichen Eingriffen abhold ist, wird später noch erörtert werden.

Etwas oorrückig war die Kritik der „Kreuzztg.“, die hierzu bemerkte:

„Am Sonntag jüdischer Referendare in amtlichen und halbamtlichen Besuche kann selbstverständlich von der vorgelegten Behörde nicht gedeutet werden, weil der Dienst jüdischen Bede. Webrat was jüdische ruderliche Beamte mit christlichen Beamten in amtlicher Eigenschaft betreiben, also auch in dem halbamtlichen gesellschaftlichen Verkehr bei der Vorgesetzten, haben sie allen Anspruch auf die ihnen Amte gebührende Achtung und Höflichkeit. Eine Behörde hat genug auch das Recht und die Pflicht, dem privaten Verkehr ihrer Beamten zu überwachen; sie wird den nicht Bundesangehörigen gesellschaftlichen Verkehr jüdischer Referendare mit gewissen Kreisen ihres Stammes ebenso mißbilligen wie die allzu grobe gesellschaftliche Behandlung christlicher Referendare. Innerhalb der eigenen Gesellschaftssphäre aber untersteht, wie der Justizminister richtig sagt, die Wahl des Umganges nicht der Kontrolle der vorgelegten Behörden, und wenn die Referendare von dieser Freiheit einen Gebrauch machen, der einigen jüdischen Kollegen unangenehm ist, so ist weder auf dem Wege der Vorgesetzten noch durch Verwaltungsmaßregeln Abhilfe möglich. Die gesetzliche Gleichberechtigung haben die Juden bürgerlich, obwohl sie unter uns Fremdlinge sind und bleiben werden; die gesellschaftliche Anerkennung läßt sich nicht erlangen, sie muß verdient werden, und doch ist Esche gleich einigen Juden, nicht der buntschneigen Judenfrage als solcher.“

Wenn man's so hört, mächt's oom antisemitischen Standpunkt aus selbst scheinen, steht aber doch schief darum, wie die „Köln. Ztg.“, noch bevor ihr die Expektationen des konservativen Blattes zu Gesicht gekommen waren, recht anschaulich dargelegt hat. Das nationalliberale Blatt macht nämlich ja der Erklärung des Justizministers folgende Bemerkung:

„Diese Antwort ist, ihre Nützlichkeit vorausgesetzt, zu bedauern, denn es ist nicht erwünscht und für eine politische und kulturelle gemeinsame Arbeit nicht erprießlich, wenn der Versuch einzelner Beamtenklassen, die ihren jüdischen Standesgenossen gewährten bürgerlichen Rechte der gesellschaftlichen Gleichberechtigung durch Willen anderer Art, so in diesem Falle gesellschaftlicher Art, auszuhebeln, von dem vorgelegten Minister nicht mißbilligt wird. Es handelt sich bei den Referendarevereinen nicht um Vereinigungen derlei gesellschaftlicher Art, es handelt sich vielmehr um Vereinigungen auf der Basis der Standesangehörigkeit: alle, die dem Stande an dem bestimmten Orte angehören, sind ohne weiteres Mitglieder des Vereins. Während sonst eine Mitgliedsnahme in einen dergleichen Verein nur aus einmütiger Zustimmung aufgesetzt werden kann, ist hier der gesellschaftliche Postulat eine breite Schmälerung der zwischen den gesellschaftlichen Rechte, die um so schärfer wirken, wenn man sich die Bedürfnisse in mittleren und kleineren Städten vergegenwärtigt, in denen alle Kreise, die mit den Hauptbeamten, den Verwaltungsbeamten und Offizieren verkehren, einfach genommen werden, die jüdischen Referendare auszuhebeln, wenn sie nicht selbst boykottiert werden sollen. Aber darüber hinaus ist die gesellschaftliche Zurückhaltung, weil sie eben die Standesgenossen trifft, auch eine Degradation der Betroffenen in ihrem Charakter als Mitglieder des Juristenstandes, sie werden damit nicht allein gesellschaftlich, sondern auch als Juristenbeamte zu Standesgenossen zweiter Klasse herabgereduziert. Niemand wird nun billigerweise von dem Minister verlangen, daß er den ihm unterstellten

Beamten die Grundzüge vorschreibe, nach denen sie ihren Umgang zu wählen hätten; aber an dieser Veranordnung bemiffen wir die ergänzende Bemerkung, daß auch er es bedauere, wenn seine jüdischen Standesgenossen durch das Verhalten der Referendarevereine gesellschaftlich und amtlich aus der Schere benachteiligt würden. Wenn irgend jemand, dann ist der Minister die berufenste Stelle, zu beschließen, daß die den Juden von dem Gesetz verliehene Gleichberechtigung durch gesellschaftliche Boykottmaßnahmen gegen jüdische Beamte beeinträchtigt wird.“

Ganz unfer Meinung. Uebrigens hat sich, woran die „Kölnische Ztg.“ erinnert, schon einmal im preussischen Abgeordnetenhaus eine lebhaftere Debatte über diesen Punkt entsponnen, als eine Tischgesellschaft von Referendaren zu Hildesheim den Referendar Meyer-Benjes abwehrte, obwohl dieser, wie der nationalliberale Abg. Sattler erklärte, einer der verdienstvollsten älteren hannoverschen Familien angehörte. Damals erklärten sich alle Parteien des Hauses außer der Rechten, am lebhaftesten die Nationalliberalen und das Zentrum — letzteres hatte allerdings einen Außensteiter —, gegen ein derartiges Vorgehen. Und das gemüthliche Wort in der Debatte fiel oom Ministermunde, „daß unter allen Umständen auf außeramtliche Kollektialität gesehen werden müsse“. Der es sprach, war der damalige preussische Justizminister oon Schilling.

Wie uns übrigens unmittelbar vor Schluß der Redaktion aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist auch die zweite „berichtigte“ Wbergabe der Erklärung des Herrn Justizministers in der Kommission nicht ganz korrekt; in Wirklichkeit lautete sein Verbillt über das Verhalten der antisemitischen Referendare noch weilschärfer.

Antisemitische Wahlsonnerreien.

Aus Eisenach wird uns geschrieben: Die antisemitische Finanzwirtschaft bei den Wahlen ist wirklich der größten Beachtung wert. Die Herren am Liebermann oon Sonnenberg, die sich immer so vornehm gerieren und über jüdische Krämerleuten spotten, verschmähen es, sobald es ihr Vorteil erheischt, absolut nicht, sich in Spekulationen zu ergeben, vor denen sich der geistreiche jüdische Winkelpesulant hätten würde. Die im November vorigen Jahres in Eisenach stattgehabte Reichstagsnawahl, die mit dem Wahlsieg des Vorstehers der deutschen nationalen Handelsgehilfen endete, ist hierfür ein lautes Beispiel. Das Zukunftsbedenken der Wahl des Herrn Wilhelm Esch ist satfam bekannt und auch an dieser Stelle gründlich erörtert worden. Nur ganz Eingeweihte haben aber erfahren, mit welchen Mitteln diese Wahl ausgetohten wurde.

Der deutschnationale Handelsgehilfenverband, dessen amtliches Charakteristikum in Nr. 5 der „Mitteil.“ enthalten ist, schickte schon lange nach einem Sitz im Reichsparlament. Zwischen Liebermann oon Sonnenberg und Wilhelm Esch waren für 1908 bereits Abmachungen getroffen worden, als der plötzliche Tod des Mandatariosbers oon Eisenach die Verschleierung des Handels, früher als man angenommen, oornirlichen sollte. Wilhelm Esch hatte sich nämlich, auf seine deutschnationalen Wintermänner sehr oontrauend, erboten, die Rollen der Wahl ganz aus eigenen Mitteln zu bekreiten. Zunächst wurde daher oon Sandburg aus unter den Vertrauensmännern der deutschnationalen Handelsgehilfen ein genial erfommener Riesenzump angelegt, den man mit dem ominösen Namen „Schadspende“ belegte. Aber als die Wahl begonnen hatte, und als es galt ca. 30 Personen 5 Bogen lang für Wilhelm Esch wirken zu lassen, ein großes Wahlfreikambureau zu unterhalten, Bücher, Singettel und Broschüren, Plakate und Drucksaen in Massenauflagen herzustellen und zu oertheilen, Zettelverreiter und Schleppe für den Wahltag zu engagieren, war die „Schadspende“

bei weitem nicht ausreichend. Damals wandte man sich mit Erfolg an den „Rund der Landwirte“, der, wenn es auch die „Deutsche Tageszeitung“ befreit, inoffiziell in die Falsche griff und die deutschnationalen Wahlkreistreiter momentan aus der Finanzlemme befreite. Der Sieg im ersten Wahlgang erforderte neue persönliche Opfer für die Stichwahl. Hatte man sich doch für diesen Tag einen plumpen Trick ersonnen, um den sozialdemokratischen Gegner noch in letzter Stunde zu Fall zu bringen. Da der echt antisemitische Landreich, der erst jetzt, lange nach der Wahl bekannt geworden, in Eisenach gelungen ist, und die Annahme berechtigt erscheint, daß ihn die Antisemiten bei späteren Wahlen wieder anzuwenden versuchen, sei er zur Belehrung hier mitgeteilt.

Am 16. November, einen Tag vor der Stichwahl verweigerten die antisemitischen Veranstalter einer Wahlversammlung einer großen Anzahl Wähler, die sie vorher durch Einladungen brieflich eingeladen hatte, den Eintritt in den Versammlungssaal. Die hierdurch entstandene Erbitterung wurde durch das Auftreten der antisemitischen Redner und des Wahlschaffers verstärkt und mit großer Befriedigung konnten Herr Wilhelm Schäd und seine Getreuen in ihrem antisemitischen Sammelquartier, dem „Thüringer Hof“ konstatieren, daß die Gegner in die Falle gegangen waren und die Kräfte seien sich auf der Straße fortgesetzt. Noch in der Nacht wurde ein Feldzugsplan entworfen. Man fertigte Plakate mit Riesenlettern und ebensoviele Flugblätter an, in Eisenach sei die Revolution ausgebrochen, die Sozialdemokraten würden morgen Thron und Altar küssen. Diese Flugblätter wurden am Morgen des Stichwahltages durch Radfahrer und Expressboten des in den entlegenen Dörfern des Wahlkreises verbreitet und taten denn auch ihre beabsichtigte Wirkung. Zugleich war einer der aus Hamburg herbeigekommenen antisemitischen Wahlmänner nach Weimar geschoben und beim Minister v. Wurm vortrefflich gemacht, das Antisemitendünkeln in seinem Wahllokal vor den Wahlen der Menge zu schälen, da es sonst zu Wort und Tuschel kommen würde. Kurios ist es nun, daß dem Schachmann im Ministerium geglaubt wurde, denn der Herr Minister ordnete selbst an, daß die Gendarmen von Weimar und Eisenach zusammengezogen und der Rasenplatz, auf dem sich der „Thüringer Hof“ befindet, von 7 Uhr ab abgesperrt werde. Ein weiterer blinder Revolutionsseher aus Antisemitenkreisen hatte inzwischen in der Kaserne in Eisenach ausgemerkt, daß ein Bataillon Soldaten, mit scharfen Patronen versehen, für den Abend in Bereitschaft stand. Der Herr Minister v. Wurm schaute mit dem Eisenacher Bezirksdirektor von dem Balkon eines Hotels am Rasenplatz, wohin er sich express von Weimar begeben hatte, den Dingen entgegen, die sich nun ereignen würden. In der Stadt hatte der gleichfalls von der allgemeinen Nervosität angefaßte Oberbürgermeister die Aufrührerparagraphen aufschlagen lassen und so wurde in Eisenach die „Revolution“ erwartet; die Scherden des Bürgerkriegs, von antisemitischen Taschenspieler als „letzte Enten“ fabriziert. Der ganze komisch wirkende Apparat war also eigens in Bewegung gesetzt worden, weil es den Antisemiten so in den Kram paßte.

Dieser Schwindel wird, an dieser Stelle zum ersten Mal an den Brenner gestellt, bei künftigen Reichswahlen hoffentlich halslos machen. — Als nun so gegen 11 Uhr Adenus der Wahltag des Herrn Schäd definitiv sicher war, wurde im „Thüringer Hof“ eine tolle Champagnerfeier gefeiert, bei der man die bereitgestellten Sozialdemokraten weidlich verhöhnte. Aber das Siegesfest und die Revolutionsmache hatten dem armen Wilhelm Schäd viel Geld gekostet. So mußte man sich denn von neuem an die Opferwilligkeit der gleichen Handlungsgehilfen wenden,

über deren „schlechte Lage“ man seit Jahren in Wort und Schrift jammert.

Der „Eisenacher Tagespost“ ist kürzlich folgender Beleg hierfür gegangen. In den vertraulichen Mitteilungen für die Vertrauensmänner des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes für Januar 1906 findet sich folgende:

Derartige Bitte!

„Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schäd hat als unangenehme Folge seiner Wahl noch für die Präsidenz von 2000 Mark Wahlgelder zu sorgen. Er möchte diese Präsidenz nicht tragen, wo beantragten, was ihm Verpfändungen irgend welcher Art daraus erwachsen könnten. Andererseits muß die Sache in diesem Monat oder doch Anfang Februar aus der Welt geschafft sein, wenn nicht die Nachbarn entsetzen sollen. Wir Handlungsgehilfen sind es unserem Führer doch wohl schuldig, wenn der Übergang durch die Schädler und diese Summe Geldes aufzubringen und wir bitten unsere Freunde daher ebenfalls herzlich zu drängen, sich nur nicht einer auf den anderen zu verlassen, sondern aus jeder Stadt etwas zur Tilgung der Schuld nach Hamburg einzusenden, damit die Sache in den nächsten Tagen erledigt werden kann, denn unserem Führer Wilhelm Schäd größere Unannehmlichkeiten erwachsen. Kleinerer hat er schon dadurch schon in den Kassen nehmen müssen.“

Der Kuchschuß.

J. K.: Ad. v. Wein. K. Zimmermann.“

Offensichtlich bringt die Schnorrerei etwas ein, damit der arme Herr Schäd vor dem Gerichtsvollzieher bewahrt bleibt.

Die Stimme von der Wartburg.

Vom antisemitischen Kriegsschauplatz in Hessen.

Der Kampf zwischen den feindlichen antisemitischen Brüdern tobt in unermüdlicher Schärfe fort. Die Reformpartei hat als Antwort auf die Kriegserklärung der Deutschsozialen in allem früher von ihr vertretenen gemessenen Kreise schon jetzt ihre Kandidaten für die nächsten Wahlen proklamiert. In Wiesfeld, Lauterbach, Schotten, welchen gegenüber der als Kompromißkandidat aller Liberalen gewählte Reichsrat Dr. Wallau vertritt, der allerdings seit einem Jahr sich dem Bunde der Landwirte angeschlossen hat, ist von den Antisemiten wiederum der frühere Vertreter des Kreises, Walter Bindewald aufgestellt, den die „Antis. Korresp.“ f. B. der Beratung der lex Deinge als „Hans Winkel“ verspottet hat. Auf der jüngsten Parteikonferenz in Kassel hat man sich nach der „Deutschen Reform“ über die Klitation im Kreise verständigt. Mit deutlicher Spitze gegen den Bund der Landwirte und die Deutschsozialen wird drohend hinzugefügt:

„Das sagt heute schon mit Bestimmtheit gesagt werden: die Reformpartei wird unter allen Umständen und gegen jedermann den Kampf verteidigen, in welchem das letzte Mal nahezu 6000 Stimmen im ersten Wahlgang und ihren Kandidaten abgeben worden sind.“

In Gießen haben die Deutschsozialen jetzt den bisher der Reformpartei nachstehenden früheren Abgeordneten des Kreises Köppler-Langsdorf aufgestellt. Das „Deutsche Blatt“ berichtet im Anschluß an die Aufstellung der Kandidatur:

Herr Bürgermeister Adler war selbst zugegen und dankte sich für die Aufforderung, ver sprach auch fröhlich mitzureden zu wollen. Aus der Versammlung wurde besonders darauf hingewiesen, daß der Wahlkreis der gemäßigten Arbeit und mit gemäßigten Schwächen das letzte Mal sicher nicht verloren gegangen wäre. Beide Dinge seien von der Reformpartei nicht in vernünftiger Weise zur Berichtigung gestellt worden. Jetzt müßte gleich mit einer gründlichen Organisation und Versammlungsarbeit eingeleitet werden.

In der „Deutschen Reform“ erfolgte hierauf prompt die Antwort:

„Die Verteilung der sich dadurch nicht am selbständigen Ausgehen lassen. Köppler ist der unangenehmste Mann für Hessen. Bei den letzten Wahlen haben auf den vielen Listen die Bauern sich der Wahl enthalten, weil der Kandidat ihnen nicht

pöke, Antifemiten haben aus gleichem Grunde i. J. 1903 sogar nationalliberal gewählt. Bei fröhlicher Agitation bleibt der Kreis Gleichen der Deutschen Reformpartei erhalten. Er wäre auch 1908 nicht verloren gegangen, hätten die Herren Röhler und Giesel das Geringste getan. Demals lag die ganze Schuld auf den Schultern weniger glücklicher Herren. Offensichtliche Verfehlungen fanden nicht statt. Herr Romboldsdag, Giesel war Wahlreiter für die national-liberalen Kandidaten Becker (Löffelbach) und Haack (Wendheim), hatte demgemäß keine Zeit für die eigene Partei. Doch sind die „wackeren Wahlkämpfer“, wie sie jetzt von den Deutschsozialen gefeiert werden“.

Im Sprechsaal des genannten parteiunabhängigen Organs der Reformpartei wird alsdann die Polemik unter der Epithet „Der Krieg in Hessen“ also fortgesetzt!

„Also wieder Krieg, Heil, wie wird da das Herz des alten Offiziers jubeln! Zwar ist es ein Bruderkrieg, wie ausso „ob“, aber es ist doch wenigstens Krieg, und ohne denselben kann eben das Soldatenherz des alten Soldaten nicht leben! Nun, wir in Belgien haben durch die Kriegslage des „alten Soldaten“ Zeiten erlebt, die ich keinem wünsche, durchleben zu müssen; auch den Hessen, die jetzt auf einmal ungewohnten Tönen wieder ich es nicht über, „muss man sich fragen“, welchen Zweck derlei Herr d. R. damit, doch er legt auf einmal die „Redebecker“ an sein Feindesvergnügen, und die immerhin „demokratischen“ o. h. nationalistischen Hessen an sein „antifemistisches“ Herz zu ziehen bemüht ist? ...

Herr Röhler war eigentlich der „Hauptfeindbündel“. Doch er legt wieder in Hessen aus, was man schon vorher sah, hat jedenfalls seine Gründe, aber für Röhler günstige werden es kaum sein. Die Sache liegt wohl so: Herr Zimmermann hat man nicht hindern können, in den Reichstag wieder einzuziehen. Um aber den „volkethümlichen Antifemismus“, den man in Zimmermann stecken wollte, zu vernichten, sucht man zunächst das heilsich Gebiet an sich zu ziehen. Man wird da bald oder ganz abelige Kandidaten aufstellen, vorläufig werden die Hessen wohl kaum zum blauen Spiel werden, und wenn ich die Herren genügend schmeichelt haben, dann kann Herr Röhler mit seinen Feinden gehen. Wenn Herr d. R. es mit der Rot des Rades nicht gut meinte, so wird er diesen neuen Streit vernichten haben, der Antifemismus erhebt sich denn je sein Haupt, aber die blühenden Grenzen können tausende und aber tausende in unser Land, Leute die kein Mensch, viel weniger ein Antifemist wünschen kann. In dieser schweren Zeit sucht Herr d. R. Streit mit Leuten, die in anderer Form daselbst erfinden wie seine Anhänger. Ja, ich jammere das Röhler! Aber wenn der Bruderkrieg geht und gar nicht zu vernichten ist, dann kann es nur eine Partei geben: einen reformerischen Kandidaten in Hessen!

Raffel wird bekanntlich z. B. von dem deutsch-sozialen Antifemiten Lattmann vertreten und Herrn Lieberman von Sonnenberg, dem Parteichef der Deutschsozialen, wird hier nicht zum ersten Male ein Einbruch der Reformpartei in den Wahlkreis Raffel angedroht.

Man sieht, das offizielle Parteiorgan der Reformpartei will noch nicht die letzte Brücke der Verständigung abbrennen und hofft immer noch, daß der „Bruderkampf“ bei den Wahlen sich vermeiden lassen werde. In dem inoffiziellen Organ der Reformpartei, der „Sachsenjäger“ werden dagegen ungleich kräftigere Töne angeschlagen. Das Blatt macht ja die Mitteilung, daß in Gleichen Herr Röhler als gemeinsamer Kandidat des Bundes der Landwirte, der Konfessionen und der Deutschsozialen aufgestellt ist, folgende bissige Bemerkungen:

„Als Schriftstatter und Wähler fungieren natürlich wiederum die Deutschsozialen. Von blühenden Hessen wurde auch hier der Reformpartei der Vorwurf gemacht, daß sie nicht genügend Mittel für die letzte Wahl zur Verfügung gestellt habe. Die Reformpartei bezieht allerdings nicht das große Fortemmagazin des Bundes der Landwirte und der Konfessionen, sondern das großartigste, kostbarste waren die Hessen so blind, daß sie niemals begreifen konnten, daß zur politischen Kriegsführung Geld gehört. Beiträge wurden dort fast garnicht gezahlt.“

Und an einer andern Stelle derselben Nummer des Blattes heißt es:

„Die Bahn ist jetzt frei, aber überall, und noch am uns ist, so soll der Bund der Landwirte bald spüren, mit dem er angebandelt hat.“

Das eigentliche Karnival ist nämlich der Bund der Landwirte, der sich in warme Reihen setzen will. Die Deutschsozialen, die früheren Lobkühn Lieberman, Giesel und Röhler geben nur die Waffen bei dem Handel ab.

Das Antifemitenblatt behauptet hiermit nur, was längst bekannt, von beteiligter Seite freilich immer hartnäckig bestritten wurde, daß nämlich die Lieberman'sche antifemistische Gruppe nur der bezahlte Schrittmacher des Bundes der Landwirte ist.

Geistiger Antisemitismus.

Wir haben die antifemistische Bewegung stets und mit allem Nachdruck und aus vollster Ueberzeugung als eine barbarische bezeichnet. Man hat uns wohl hier und da Ueberredung vorgeworfen, als wir von Antifemiten wie von Barbaren sprachen. Wir wollen zeigen, daß wir nur zu recht hatten und noch mehr jetzt recht haben. Denn anfänglich mochte es doch manchem scheinen, als habe man es bei der antifemistischen Bewegung nur mit einem Rückfall in mittelalterliche Rohheit zu tun. Wir freilich sagten uns, daß, wer im 19. und gar im 20. Jahrhundert eine Gemeinschaft, welche, nehmt alles nur in allem, seinem andern im Lande hinsichtlich der geistigen und sittlichen Bildung im Durchschnitt nachsteht, nur wegen ihrer Religionszugehörigkeit oder Abkammerung beleidigen, mißhandeln und entrechten zu dürfen glaubt, ein Barbar ist, und wenn er es noch nicht ganz sein sollte, so notwendig zur schlimmsten Barbarei hüten muß, wie man, wenn keine hemmende Gewalt es verhindert, auf einer solchen Ebene immer weiter hinabgleiten, in einen tiefen Sumpf immer tiefer hinabsinken muß. Die Russen, die Juden morden, die Marokkaner, die je gegen eine geringe Geldentschädigung zu ermorden gestatten, sind ja tatsächlich weniger zu verurteilen, denn sie haben sich in einer Schulbildung zu erstreben gehabt, wie die deutschen antifemistischen Agitatoren auch wenn sie noch so wenig gelernt haben.

Der Antifemismus ist nicht eine bloße schamhafte Ueberzeugung der mittelalterlichen Judenfeindschaft, er ist ein viel, viel weiter zurückgreifender geistiger Antisemitismus.

Nicht bis zum Mittelalter nur mit diesen Judenverfolgungen, Judenentrechtungen, Judenplünderungen, Judenverwundungen greifen die Antifemiten zurück, sondern bis auf die vorchristliche Zeit, in welcher die Deutschen noch nichts vom Monotheismus wußten. Sie suchen ihr Heil in Wotan, nicht in Christus, von dem sie am liebsten nichts hören, dem sie die Vernichtung der urzeitlichen „Kultur“ zum Vorwurf machen. Und noch viel weiter fallen sie in der Zeiten Schoß zurück. Nicht etwa nur den Juden, sondern den Polen gegenüber, allerdings auch gegenüber den anderen „jügermanischen Rassen“ empfiehlt einer von ihren Leuten den Bildungsforscher höher zu hängen, ja im Interesse der Germanisation, „eine Kultur- und Blutverschmelzung“ mit den Deutschen nach Möglichkeit zu verbinden.

Also in die Anfänge der römischen Zeit sollen wir zurück und das Romantikum verbieten. Aber man glaube ja nicht, daß die Germanen nur den „jügermanischen Rassen“ gegenüber so wälderlich sein sollen. Leute von hartem Rassenbewußtsein, lesen wir im „Sammer“, mißbilligen den Gedanken, daß aus einer Unterdrückung von ländlichen Arbeitern jemals ein so wertvolles herrschendes Geschlecht emporkommen könnte. Also auch mit diesen kein Romantikum.

Sehr charakteristisch ist, wie sich selbst einer nicht „auf so hoher Stufe des Rassen-Bewußtseins“ stehender Herr ausläßt. Er schreibt:

„Wenn beispielsweise die außerehelichen Kinder der Großstädte gesammelt würden, um sie aufs Land zu bringen, so würde doch sicher — einmal wenn man eine gewisse Auslese hätte — mancher Tropfen Blutes aus den herrschenden Klassen, also aus dem heutigen „Gerren-Geschlechte“ mit durchgeleitet sein und in die junge Auszucht gelangen. So-

weit also in den oberen städtischen Klassen noch edles „Gerendblut“ vorhanden ist, würde es auch in einem Teil der illegitimen Sprößlinge sich wiederfinden. Die neuen Rinderheime und Zucht-Kolonien brauchen also solchen Edelblutes nicht zu entbehren. Und von dort würde künftiges Blut sich rascher empor arbeiten als minderwertiges und so die Vererbung des Volkstums von unten auf beschleunigen — auch wenn es erst „in Knechtsgestalt“ seinen Weg suchen müßte.

Oder meint unser Freund, daß edles Blut an Güte verliere, wenn es zu herder ländlicher Arbeit herangezogen würde — wenn es „bienen“ müßte? Das würde allen modernen säkularistischen Anschauungen widersprechen.

Sollten die Herrschaften, die nebenbei den Mittelstand verteibigen, nicht lieber gleich den Edelstein das „*ius primae noctis*“ zurückgeben?

Man hat den sozialdemokratischen Zukunftsstaat mit einem Zuchtstall verglichen. Mit noch viel mehr Recht könnte man den antisemitischen Massen-Ideallust mit einem — Schweinehast, allenfalls mit einem Geflügel vergleichen. Es wird einem so ganz übel, wenn man diese Schweine- und Vögelstucht-Veredelungen auf die menschliche Gesellschaft angewendet findet.

Ein anderer in der antisemitischen Literatur nicht ganz unbekannter Herr — Hentschel heißt der Mann — empfiehlt „die polygame Hochzucht“. Er „weiß“ heute, „daß die arische Rasse ihre Gestaltung der Kunst einer mehrschichtigen durch Jahrtausende wirkenden Hochzucht verdankt“. Es soll nicht verschwiegen werden, daß ein anderer dazu bemerkt: „Ich behaupte, Hentschel weiß von der Entstehung der Rassen so viel mehr ich, und ich so viel mehr Hentschel — nämlich nichts.“ Der Mann hat ja so recht! Im übrigen aber steht auch dieser Herr durchaus auf der Höhe. Nach ihm sollte die Liebe „tätig bei einer ernsthaften Förderung der Geseftze gänzlich aus dem Spiele bleiben“. Der „völlig verschwommene Begriff der Liebe“ ist nach diesem Herrn — er heißt Vogel — „ausschließlich ein Produkt moderner Sentimentalität, entstammt der brumal verunkelteten Bäckerschemel und ist ein phantastisch ekelhaftes Zerrbild der natürlichen, gesunden Empfindung, die, wenn die Zeit gekommen, Gleiches zu Gleichem gestellt.“

Es ist — so führt dieser nach seinem eigenen Schicksal von Genossen der Rassen nicht wissende Arter fort — ein unüberbrückliches, in diesem Fall möchte ich sagen: heiliges Naturgesetz, dem wir uns nur zu unserem eigenen Verderben einziehen können, daß der Geschlechtstrieb nur Art-Genossen zusammenführt. Mein nur dieses Gesetz führt den Mensch, die Reinheit und die Eigenschaften der Art, auf denen je lauter Gebot ihre Pforten drückt. Über dieses Gesetz vertritt man sich damit nur, daß er entwirrt ist, er verfährt sich an seiner Art; und seine sogenannte „Liebe“ ist per se verkehrt! Wenn Hense also schreibt: „Liebe alle Menschen-Geseftze und Massen-Theorien geht die Liebe“, so heißt das: die Dinge auf den Kopf stellen. Die Liebe will nichts von Massen-Theorien; wenn sie aber die edle, naturgemäße ist, so folgt sie instinktuell dem immanten obersten Naturgesetz der Zeugung, dem selbst jedes Tier gehorcht.“

Und ein anderer Reder, der Mitträger ist, und u. a. das Vorhandensein „bedauerlicher Erscheinungen in der Bureaokratie“ auf „das Einbringen des Judentums oder auf die allgemeine Entartung der gesamten gebildeten Schichten unseres Volkes“ zurückführt, ist der Meinung, „daß man „schamlose Ehen“ zwischen Deutschen und Jüdinnen auf jede Weise verhindern soll, gegebenenfalls auch nicht zaubern darf, Kosacker durch Bezeugung von Verachtung zurüch zu schrecken. Judentums dürfen wir uns von der Verfolgung der Grundzüge der Massenlehre auch nicht durch Schlagworte, wie „Liebe“ und „Erziehung zur Natur“ abdrängen lassen.“

Doch genug von der eblen Junst der Massenverbesserer, die von Rassen nichts wissen und nichts wissen können. Wir wollten nur zeigen, wie herrlich weit deutsche „Reformatoren“ es nach rückwärts gebracht haben. Das edelste, jüdische, von den besten Geistes aller Völker am meisten überhöhteste Gefühl soll dem Dietrich weichen, die Rassen je mehr Völkern werden. Von dem Barbarismus zur Despotik ist eben nur ein Schritt, den viele Antisemiten ohne große Ueberwindung getan haben.

Auch auf geistigem Gebiete kennt man wie auf physiologischem Atanidien, Mäddildungen, die oft in unendliche Grenzen zurückgreifen. Liegt es an der Zeit, daß auf so vielen Gebieten atavistische Mäddildungen so häufig sind? Schicksalstragbilden werden epidemisch; in der Malerei, in der Mode greift man auf Ideen primitiver Völker zurück; man tritt für Polyandrie und für das „Mutterrecht“ ein. Ist das Zeitalter krank, und ist der Antisemitismus auch nur eine epidemische Krankheit, wie es deren im Laufe der Jahrtausende so viele gegeben hat? Gleichviel, gegen den Rückfall in die noch vorhistorischen Zeiten müssen die Geistesleiden, gegen die von der geistigen Seuche Ergreifen müssen alle Gesunden zusammenhalten. Die Antisemiten sind keinstmals nur Feinde der Juden, sie sind gefährlich auch für das Christentum, wenigstens ihm feindlich gesinnt, sie sind Feinde unserer Kultur, unserer Sitten, des Volkes, des Rassen-geschlechts. Und darum machen sich die Antisemitismus bekämpfer, nicht bloß um die Juden, sondern um die ganze Welt verdient. Auch geistige Seuchen bekämpft man am besten durch rückfichtlose Befolgung des Sages: Principium absta!

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Mittelstandsvereinigung erzählt jetzt auch von den Konversationsen den Laufpaß, vermutlich, weil gewisse Führer die Bewegung allzusehr kompromittiert haben. Die „*Ranf. Korresp.*“ schreibt nämlich in einer Betrachtung über die in der Vereinigung eingetretene Krise:

„Die Mittelstandsvereinigung scheint an einem frühen Punkte angelangt zu sein. Es wird berichtet, daß der Vorsteher der Vereinigung mit Niederlegung seines Amtes gedroht habe, sofern nicht für reichhaltigen Zufluß von Mitteln gesorgt werde. Wohl sollen schon Schritte eingeleitet sein, um die solowitz Denkung des Beschlusses zu bestrafen, auch soll die Mittelstandsvereinigung einen so fröhlichen Boden namentlich in Sachsen gefunden haben, daß ihr Fortbestehen auch nach dem etwaigen Austritt des vorzigen Vorstehers außer Frage stehe. Aber wir glauben gleichwohl zu der Wiederholung unserer früheren Kritik berechtigt zu sein und auszusprechen zu dürfen, daß eine solche Bewegung, wie alle dergleichen Erregungen gelehrt haben, eine Gemüth für ihren Bestand nicht in sich trägt und daß sie mehr zur Zerstückelung der dem Mittelstand dienenden Kräfte führt, als zu einer Zusammenfassung der dem Mittelstand dienenden Kräfte. Je mehr gewisse Interessengruppen entstehen, die auf die Wahlen Einfluß ausüben wollen, desto mehr werden die Chancen derjenigen positiven Parteien vermindert, auf welche sich die jetzt schon der Mittelstand zurechtfinden könnte und die nach wie vor die Interessen des Mittelstandes vertreten, und deswegen wird der notwendige Zusammenschluß gegen die schädlichen Feinde des Mittelstandes, die Sozialdemokraten, erschwert.“

Su der Mittelteil, daß der Vorsteher, Herr Küster gedroht habe seinen Vorstoß niederzulegen, wenn die Ortsgruppen nicht ihre Beiträge entrichten, bemerkt die antisemitische Magdeburger „*Sachsenpost*“:

„Wo ist an der Sache doch etwas Würdevolles gewesen. Wir haben ja auch vorausgesetzt, daß die Mittelstandsvereinigung aus eigener Kraft nicht entstehen kann. Die Mittelständler sind nicht gewöhnt, Beiträge zu zahlen, Leistungen zu leisten, aber gar zu leien. Aber der Mittelständler organisieren will, der auch das Geld dazu und womöglich die Macht für die Verfallungsbefugnis noch mitbringen.“

Wenn die Mittelstandsvereinigung im Königreich Sachsen größeren Erfolg als im Reich hat, so erstreckt sich, das daraus, daß in Sachsen die großen sozialdemokratischen Konjunkturvereine die Mittelständler etwas mehr aus ihrer Kufe aufhängen, vor allen

Dingen aber damals, daß Herr Lh. Frisch, der Leiter der höchsten Mittelkassenbewegung, ein großes Portemonnaie als der Architekt Rühr hat.

Herr Frisch, der Führer der Deutschloyalen in Sachsen, ist bekanntlich auch einer der Hauptmacher des Bundes der Landwirte in Sachsen; daß er das „größere Portemonnaie“ für politische Propaganda besitzt, wie das Wagdeburger Antisemitendiatt behauptet, wäre daher sehr erklärlich.

XX **Turnerisches.** Die antisemitischen Turnbänder machen gern hin und wieder den Versuch in die Bezirke der „Deutschen Turnerschaft“ einzudringen; freilich ohne jeden Erfolg. Ueber einen solchen „Einfahrtsritt“ berichtet die „Deutsche Turnzeitung“ folgendes: „Der Deutsche Turnbund auf dem Bauernfang. So ist ein Bericht in der „Gottholischen Zeitung“ über eine Versammlung in Schneyersdorf überschrieben, in der antisemitische Turnbänder aus Eisenach den Versuch machten, Vereine der Deutschen Turnerschaft durch Verabredung der letzteren und versorgene Behauptungen in ihr Lager hinduretzusetzen. Treue Turngenossen, Bauernreiter Lindig und Professor Sauerbrei aus Eisenach, traten den Fremden energisch entgegen und zwangen sie zu dem Bekenntnis, daß der Antisemitismus ihre Hauptsache sei — die Turnerei Nebensache. Die Versammlung bedeutete eine tüchtige Niederlage für die Herren Judenfeinde.“

Schmarckenpolitik und Antisemitismus. Es ist eigentlich, aber bezeichnend, daß die Begriffe, Schmarckenpolitik und Antisemitismus gar nicht mehr zu trennen sind. Seit Einführung der Germanisierungsbestrebungen im Osten unseres Vaterlandes, seitdem die preussische Beamenschaft dort zahlreichern Geborenen ist, hat eine Aile, aber tiefergehende antisemitische Geharbeit dort eingesetzt. Welchen Schaden diese Wühlarbeit der von der Regierung inaugurierten Politik zufügt, lehren wiederum bereits die bisher bekannt gemachten Zahlen der Volkszählung von 1905. Zu denselben bemerkt das „B. Z.“ mit Recht:

„Die Provinz Posen, an welcher von Seiten der Behörden seit ihrer Einverleibung in den preussischen Staat herumkuruliert wird mit dem Ziele, die eingeborenen Polen und die seit Jahrhunderten eingewanderten, das deutsche Element repräsentierenden Juden zu verdrängen, gibt jetzt wieder dem deutschen Boreis das für, das offene und auch versteckte Gewaltsmaßregeln nicht geeignet sind, das gewollte Ziel zu erreichen. . . . Die folgende Liste zeigt den Zuwachs und die Abnahme der Bevölkerung in einer Reihe von Posener Kleinstädten und Flecken von der Volkszählung 1900 bis zu der 1905. Sie ist keine tendenziöse Auswahl, sondern ist dadurch nur ein Bruchteil, daß aus das Zählungs-Material nur in diesen Grenzen zugänglich war:

	Evangelische	Katholiken	Juden
Rolmar	+ 848	+ 527	- 50
Breschen	+ 821	+ 727	- 180
Stadt Schrimm	+ 567	+ 378	- 73
Reis Schrimm	+ 829	+ 1109	- 168
Rumik	+ 48	+ 47	- 57
Janowik	+ 78	+ 277	- 31
Ölawa	+ 270	+ 1105	- 46
Schroda	+ 67	+ 603	- 10
Wissa	+ 992	+ 886	- 168
Reis Wongrowik	+ 3551	+ 277	- 180
Reis Streino	- 139	+ 3848	- 148
Hagen	- 7	+ 895	- 67

Von wesentlicher volkswirtschaftlicher Bedeutung ist die Abwanderung der Juden. Daß diese nur unter dem Zwange der für sie traurigen Ernährungsverhältnisse stattfindet, bedarf keines Beweises; denn gerade den östlichen Juden zeigt nicht der Glanz des Großstadtlebens von seiner alten Scholle fort; er ist viel zu nüchtern und neigt viel zu wenig

zum Uebermut, als daß er sich entschließen könnte, ohne Not einen Ort zu verlassen, an dem Eltern und Vorfahren ihr Auskommen gefunden haben. Zwischen ihnen und den eingeborenen Christen besteht, nirgends so wie in unserer Provinz, ein vertrautes gesellschaftliches Verhältnis zum Nutzen beider Teile, so daß es keinem Juden bekommen wird, das sichere Brot in der alten Heimat gegen das unsichere in der Ferne zu vertauschen, wenn er nicht eben gezwungen ist, auszuwandern. Das konzentrierte Reflektieren aller protestantischen Behörden richtete sich zunächst gegen die altschleischen jüdischen Berufe, dann durch das staatlich unterstützte Genossenschaftswesen gegen die jüdischen Handwerker und Kaufleute. Und der Erfolg? Das Ergebnis der Volkszählung von 1905! Und welches ist das Resultat aus dem Opfer aller der immensen Summen, welche vom Staate nach dem Osten geworfen worden? Das rapide Erstarren der polnischen Banken! Die Regierung ist mit ihrer Völkspolitik gescheitert, weil der wichtigste Mann fehlt, welcher dem untergeordneten Beamten, dem Landrat und Richter, klar vor Augen führt, daß man die Juden nicht nur dann scheidet, wenn man einen schaffenskräftigen Bürgerstand erhält, nicht aber auskommt mit den drei bisher beliebten Programmpunkten: Schimpfen auf die Polen, materielle Verdrängung der Juden und Hurra-Doß bei deutschen Festen! Die neuere Geschworenen-Ritte in Polen weiß keinen einzigen Juden als Geschworenen auf! Nur harmlose politische Kinder glauben an das blinde waltende Los.“

Vermischtes.

Durch den Tod des Kommerzienrats Victorius in Graubenz hat auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus einen schmerzlichen Verlust erlitten. Der Dahingegangene, der einer der aufopferungsvollsten Mitglieder unseres Vereins in Westpreußen war und dem erweiterten Vorstand angehörte, war Seniors der am 1. Juli 1862 von ihm mitbegründeten Fabrikfirma Gergel u. Victorius (Wassengießerei und Emaillewerk) in Graubenz, die jetzt in ihren Fabriken gegen 450 Arbeiter beschäftigt. Durch verschiedene Stiftungen hat seine Arbeiter wie für die Wohltätigkeitsvereinigungen seiner Heimatstadt hat er sich ein dauerndes Andenken gesichert. Die Handelskammer in Graubenz, deren ältestes Mitglied Victorius war, sowie Magistrat und Stadtvorordnetenversammlung Ludwig wohnen ihm ehrenvolle Nachrufe. In dem letzteren heißt es:

Der Dahingegangene hat mehr als drei Jahrzehnte hindurch seine Kräfte in unermüdetster und selbstloser Weise in den Dienst der Stadt gestellt und als Mitglied der Stadtvorordnetenversammlung in der Zeit von 1874 bis 1888 und als Magistratsrat von 1888 bis zu seinem Tode zur Förderung des Gemeinwohl und zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung der Stadt durch sein Verhalten für die Aufgaben des Gemeinwohls und seine im gewöhnlichen Leben gewonnenen reichen Erfahrungen wesentlich beigetragen. Seine vornehmste, vorzuziehende Leistung, sein wünschenswertes Wesen und seine stets hilfsbereit Hand waren ihm zum Freunde der gesamten Bürgerchaft und sichern ihm ein dauerndes Andenken in allen Kreisen unserer Stadt.

Ueber die Benachteiligung der Juden im neuen preussischen Schulunterhaltungsgesetz spricht sich in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem in den „Mitteil.“ entwickelten Standpunkt, der bekannte Berliner Lehrer **Lehrer** **Lehrer**, in einer fassen erscheinenden Broschüre (die preussische Schulordnung, eine Abwehr. Verlag des Wahlvereins der Liberalen Berlin SW., Dörmannstr. 1.) folgendermaßen aus:

„Eine bedauerliche Behandlung erfahren die jüdischen Schulen und die jüdischen Kinder in dem § 24 des Entwurfs, und diese Regelung steht zu den obigen konstitutionellen Bestimmungen in einem so scharfen Gegensatz, daß man begierig darauf sein könnte, wie dieser Unterschied in

ber Behandlung der Konfessionen zu rechtfertigen gesucht würde. Die Begründung aber läßt den Fragen aus solchen Punkten konsequent im Stich, denn sie beruht sich auf der Versagung, auf frühere Gesetze oder auf bestehende Verhältnisse, je nachdem es für die betreffenden Bestimmungen des Entwurfes am vorteilhaftesten erscheint. So werden zur Begründung der Bestimmungen über die jüdischen Schulen das Gesetz vom 23. Juli 1841 und die in den neueren Landesstellen in Geltung befindlichen früheren oder späteren Gesetze herangezogen, ohne daß untersucht wird, ob sie mit der Versagung in Einklang zu bringen sind oder nicht. Den Schulordnungen wird überlassen, die vorhandenen öffentlichen jüdischen Volksschulen zu erhalten oder bei der Schulaufsichtsbehörde ihre Auflösung zu beantragen. Dagegen ist keine Gemeinde berechtigt, irgend eine andere konfessionelle Schule aufzulösen, es sei denn, daß die Schulaufsichtsbehörde beim Kreisaußschuß, der Bezirksauschuß und in letzter Instanz der Provinzialrat besondere Gründe zur Errichtung von gemeinsamen Schulen anerkennen. Dagegen bleibt den Schulordnungen überlassen, unter Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ausschließlich für die jüdischen Kinder lediglich mit jüdischen Lehrkräften zu besetzende öffentliche Volksschulen zu errichten. Hier wird also den Schulordnungen das sonst der Konfessionsschule gegenüber alltags gültigste selbständige Vorgehen eingeäumt. Derselben Gemeinden können durch 60 bzw. 120 konfessionelle Interessenten jederzeit zur Errichtung von christlichen Konfessionsschulen gezwungen werden, und gegen dieses Verlangen gibt es kein gesetzliches Abwehrmittel, denn das Recht der evangelischen und katholischen Väter zur Errichtung besonderer Schulen ist nach der Begründung des Gesetzes ein *unbedingtes*. Den Schulordnungen bleibt es weiterhin überlassen, da, wo es bisher geschehen ist, für den Religionsunterricht der jüdischen Kinder zu sorgen. Jegend ein Zwang soll also nicht bestehen. Dagegen haben dieselben Gemeinden für evangelische und katholische Kinder einen besonderen Religionsunterricht einzurichten. Dieser Imparität besteht in der Zulassung der Rabbiner zu den Schuldeputationen und zu den Schulordnungen. Die dem Dienstange nach vorgehenden oder dienftlichen evangelischen oder katholischen Geistlichen gehören der Schuldeputation an, ob in der Gemeinde Schulen ihrer Konfession vorhanden sind oder nicht. Sie bedürfen aus keiner Befähigung durch die Schulaufsichtsbehörde, nur kann ihre Jurisdiktion dann erfolgen, wenn sie die Ordnung der Schule geführt haben. Der jüdische Rabbiner dagegen soll nur dann in die Schuldeputation aufgenommen werden, wenn in der Gemeinde öffentliche jüdische oder jüdisch-christliche Schulen sich befinden und der Rabbiner am Orte wohnt. Befinden also die jüdischen Kinder die am Orte bestehende evangelische oder katholische Konfessionsschule oder eine Schule mit evangelischen und katholischen Lehrern, so hat der Rabbiner keinen Anspruch auf einen Sitz in der Schuldeputation, mögen in dem betreffenden Orte auch Hunderte von jüdischen Kindern vorhanden sein. Der Rabbiner bedarf auch der Befähigung durch die Schulaufsichtsbehörde. In den ländlichen Schulordnungen ist dem Rabbiner dieselbe Ausnahmebewilligung den geistlichen Geistlichen gegenüber zu gewährt. Nicht in diesen Bestimmungen an sich liegt der Grund zum Einspruch, sondern in der abweichenden Behandlung der jüdischen Bevölkerung. Wenn der Entwurf für alle Konfessionen dieselben Bestimmungen, wie für die Juden, enthalten würde, so würde er den Ansprüchen, die an ein Schulunterhaltungsgezet in dieser Hinsicht zu stellen sind, weitest mehr entsprechen, als in seiner jetzigen Gestalt. So aber sind diese Bestimmungen eine praktische Anwendung der Lehre vom „geistlichen Staat“ aus einer früheren geistverwandten Periode preussischer Geschichte, die der bürgerlichen Gleichheit offenbar ins Gesicht schlägt“.

Jüdische Abgeordnete in England. Die englischen Blätter konstatieren die Tatsache, daß die Zahl der im Parlament gewählten Abgeordneten jüdischer Konfession höher ist als zuvor. Sie beträgt 16 unter 670. Bei der vorigen Wahl kamen 12 Juden ins Unterhaus. Es waren diesmal 31 jüdische Kandidaten aufgestellt, 15 auf konservativer, 16 auf liberaler Seite. Von den Konservativen sind zu nennen: Walter Rothschild, der älteste Sohn von Lord Rothschild und der Pfarrer Sir Philip Magnus, und der Liberalen Herbert Samuel, der Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern und Rufus Isaacs, ein bekannter Anwalt.

Ein Rabbinersohn — General. Wie dem „Prager Tagblatt“ aus Stockholm berichtet wird, ist der Schiffskapitän Gundrin Wolf mit dem Titel eines Generals zum Sektionschef im Marineministerium ernannt worden. Der neue General ist der Sohn des früheren Rabbiners von Stockholm, Dr. Ephraim Wolf, der ein berühmter Talmudist war und einer Prager Familie entstammte.

Sprechsaal.

Judentum und Sozialdemokratie.

Im Abendblatt vom 20. Januar berichtet die „Tägliche Rundschau“, daß in Berlin und Umgebung 81 sozialdemokratische Versammlungen abgehalten worden sollen und daß von den Rednern in denselben 10 Juden seien. Daran knüpft sie die Bemerkung, daß man daraus wieder den revolutionär-vergiftenden Einfluß des Judentums erkennen könne.

Diesem muß zunächst bemerkt werden, daß die revolutionären Juden gewöhnlich dem Judentum ebenso den Rücken gewandt haben, wie die revolutionären Christen dem Christentum. Darum also bloß immer die Juden allein brandmarken? Oder soll das Meisten mit jüdischer Waise das Kennzeichen höherer Kultur sein? Darf denn nur ein Christ nach politischer Besserstellung streben?

Und ferner: Sind die revolutionären Elemente strafbar, so strafte man sie, seien sie Juden oder Christen, aber man machte die Gesamtheit nicht immer verantwortlich für einzelne. Die Antisemiten haben alle Ursache ein solches Verfahren zu scheuen; denn auf sie angewendet, würden sie genug Unangenehmes zu hören bekommen. Im übrigen wird jeder, der nicht antisemitisch voreingenommen ist, daß die Juden nur einen verhältnismäßig geringen Anteil an der Sozialdemokratie haben. Das Judentum steht heute wie allezeit auf dem Standpunkte: „Fürchte Gott und den König, mein Sohn, und merke dich nicht unter die Aufrührerischen“ (Esr. Sal. 24,21). Darum wurde und wird der Jude in der Treue gegen König und Vaterland von niemand, auch von keinem Antisemiten, übertroffen, obgleich er wenig Dank dafür erntet; denn er ist es gewohnt, Unrecht zu leiden, und er liebt es lieber, als daß er es tut. Es hat keiner das Recht, die lokalen Juden für etwaige Revolutionäre verantwortlich zu machen. Im übrigen sind wir der Meinung, daß niemand in höherem Maße revolutionär-vergiftend wirkt, als die Antisemiten; denn sie mit ihren leidenschaftlichen Beschuldigungen, sie mit ihren ruchlosen Verallgemeinerungen, sie mit dem Bestreben die Juden zu entmenschen, sie sind es, die so manchen Juden der Sozialdemokratie in die Arme treiben! Es wäre Zeit, daß sie endlich einmal darüber nachdächten, welche Früchte ihr Gebahren zeitigen muß.

Dr. R. in Frankfurt a. M.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magleburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasten wünscht.
Telephon: Amt 6 137, 3575.

Alle Zusendungen an die Expedition und Expedition sind zu richten nach Berlin W. Magleburgerstr. 14, und alle in dem Sinne des Bureau Berlin bestimmten Geld-, Druck- und Druckkostenrechnungen an den Schriftleiter, Herrn Geh. Rendanten v. D. Gumbel, Berlin W. Magleburgerstr. 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am 4. März, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstraße 92, Saal C die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

- I. Geschäfts- und Kassenbericht.
- II. Vortrag des Geheimen Justizrats Prof. Franz v. Liszt über „Die Kriminalität der Juden in Deutschland.“
- III. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M. im Februar 1906.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. A.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. Wilhelm Förster. Stadtrat H. Flinsch. Charles L. Hallgarten.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte.

Der Bund der Landwirte hat am 12. d. M. im Zirkus Busch seine 18. Generalsoammlung unter der gewöhnlichen Massenbeteiligung von Landwirten, insbesondere aus der nächsten Umgebung Berlins, abgehalten. Die Versammlung bedeutet infolgedessen einen Meilenstein in der Geschichte des Bundes, als zum ersten Male, nachdem zwischen dem Reichsfarmagier und den Agrariern das denkbar herzlichste Einvernehmen hergestellt ist, die üblichen scharfen Angriffe gegen die Regierung, die die „Bäuer“ der früheren Generalversammlungen bildeten, in Wegfall kamen. Dafür entschädigten die Bundesstreber das Publikum vielfach durch Angriffe gegen die Juden und antisemitische Mächte.

Herr v. Wangenheim verleserte zwar in der Pose eines Wiedermanns:

„Ich liebe es nicht, in Antisemitismus zu machen. Es kommt geschichtlich dabei nicht viel raus. Aber die Arbeiter und gewerkschaftlichen Schichten sollen sich das klar machen: Wer sich die Hände auf dem Wege zur Revolution nicht nur in Ausland, sondern auch bei uns? (Züricherische Journal: Juden! Juden!) Das internationale Jubelium ist es.“

Auf denselben Ton gestimmt war die Begrüßungsansprache des Herrschers des Agrarführers Reichsritters o. o. Hohenblum, der sich als ein gelehriger Schüler Georg von Schönerers und seiner allbeifenden Kampfpinsel erwieb; er sagte u. a.:

„Eine goldene Internationale richtet ihr Denken und Willen darauf, uns unseren Boden abzuhandeln und dann selbst agrarisch zu werden. (Große Gelächter.) Die golden und die rote Internationale gehen fröhlich zusammen. Wie bei Ihnen, steht auch bei uns an der Spitze der roten Internationale (Auf: die Juden!) das internationale Jubelium. (Minutenlanger brüllender Beifall.) Unsere grüne Internationale untersteht sich sich wesentlich von der goldenen Internationale, denn sie kämpft für den nationalen Besitz. (Lebhafter Beifall.) Ein Garra dem Bund der Landwirte in Berlin. (Großer Beifall, Händeklatschen und Zurufen.)“

Als antisemitischer Spähschmerz macht schon seit einigen Jahren der Chefredakteur der „Deutschen Tageszeitung“, Herr Dr. Dertel, auf den Generalsofassungen des Bundes Herrn Wiedermann von Sonnenberg erwieh Konkurrenz; seine breite selbstgefällige Sprechweise ist der Psyche des agrarischen Auditoriums vorzüglich angepasst. Der geistige Leiter der Organe des Bundes der Landwirte ist, vom Reichstag aus, in den er zu seinem Leidwesen nicht wiedergewählt worden ist, bekannt als ein gewandter Debatter, der gern auf Zwischenrufe mit „willigen“ Improvisat antwortet. So auch diesmal, als er gerade die Agrarrentensteuer behandelte:

„Ich mache aus meinem Herzen keine Weinbergreube; für Bizarrenten habe ich wenig übrig, sie kommen mir etwas unheimlich (Sehr richtig), etwas unheimlich vor. (Züricherischer Beifall. Journal: Orientalisch.) Sie stehen nicht so richtig, wie deutsche Pöbel, sie stehen etwas widerlich fählich und der Herr, der mit das den zurück, das nicht ganz unrichtig, sie haben einen Blick in das Orientalische hinein.“ (Beifallender Beifall und Händeklatschen.)

Selbstverständlich ist Herr Dr. Dertel auch ein begeisterter Freund einer Erhöhung der Bärensteuer. Wenn das Wort „Bäuer“ in den Generalsofassungen des Bundes fällt, huscht über die Gesichter der Tausende von Anwesenden ein vergnügtes Schmunzeln. Man weiß aus früheren Versammlungen, daß dieses Stichwort das Signal bildet für eine fröhliche Jubelstunde. Herr Dr. Dertel machte denn auch aus seinem Herzen keine Weinbergreube; sein Blick ist vielleicht in der Form weniger plump und brutal, aber gerade durch die seine Herausarbeitung der Spigen um so nachdrücklicher und aufreizender, wie folgende Rostprobe zeigen mag:

„M. H., die Bärensteuer ist eine der besten Steuern, die empfohlen werden können. Die mühseligen, die größten, die wirtschaftlich höchsten Gewinnem werden an der Bäre gemacht. Man sagt man: wenn ihr die Bärensteuer immer wieder erhöht, dann wird das Geschäft an der Bäre leiden. Ja, meine Herren, wir sind noch und noch etwas hartfellig und misstrauisch gewesen. Vor ein paar Jahren, als es sich auch um Erhöhung der Bärensteuer handelte, da sagte ein Bärenbäuer: Wenn das Geschäft durchgeht, dann können die Bärenbäuer gar nicht mehr bei der Dreisel und Uhl oder wie diese Schatzwörter heißen, heißen, sondern sie müssen mit einem Bergarbeiterbrüder in Stehen fähig nehmen. (Heiterkeit.) Wir haben, meine verehrten Herren, die Steuern erhöht: und wenn Sie an dem schönen Scheiden der genannten Bärenbäuer heute vorübergehen, so werden Sie die Leute auch wie vor Ihnen sehen, bei denen auch dem ganzen Exterieur und dem zutage tretenden Interieur zu schließen ist, daß sie der Bäre mit Leib und Seele, Haut und Haaren angehören. (Züricherischer Beifall.) Wenn wir auch die Bärenbäuer jetzt wieder erhöhen, ist hin übergegangen, die Bären werden nicht um einen Zentimeter magere und ihre goldenen Ketten nicht um einen Millimeter schmaler. (Große Heiterkeit.)“

Wann nur das Eine zu bemerken wäre, daß in den Tagen der „Landwirtschaftlichen Woche“ ein biederes bäuerliches Mitglied des Bundes der Landwirte, das vielleicht gerade aus dem Zirkus Busch kommt, bei solchen Studien über die Psychognomien der Besucher von Dreisel, Uhl und ähnlicher erstklassiger Berliner Weinrestaurants sehr viele bekannte Gesichter aus seiner Heimat finden würde.

Als ein satanischer Judenstecher produzierte sich Herr v. Bodelschwingh-Schwarzhafer, der seit einem Jahre eine gewisse Rolle im Bunde spielt. Er erklärte nämlich:

„... So lange erlangen wir keine Mäßigkeit zum sozialen Treiben, ehe nicht alle Deutschen, sie stehen hoch oder niedrig, ihre Stellung zum Jubelium einer gräßlichen Revision unterliegen! (Züricherischer Beifall.)“

Aus Wiedermann von Sonnenbergs Rede, die früher immer den Mittelpunkt des Entzündens der antisemitischen Jubelstunde bildete, klang diesmal eine gewisse satte Behaglichkeit, die nicht mehr nötig hat, sich in besondere rechnerische Unkosten zu flüchten:

„Ich nehme auch nicht gerne antisemitische Schlagworte in den Mund, und Gott sei Dank habe ich es auch nicht mehr nötig. (Große Heiterkeit.) Die Saat, die ich habe mit ausßen lassen, ist ausgegangen und in allen Werkstätten, die reichlich, im Schmelze ihres Angebots um ihr Best ringen, gibt es keinen mehr, der nicht wußte, wo der Feind steht. In zwei Jahren sind Wahlen zu erwarten. Zu Wahlen gehört ein Kriegszug; es gehören dazu geeignete Kandidaten. Den Kriegszug wollen wir bereiten; geeignete Kandidaten sind zu finden an allen Orten des deutschen Landes. Aber zu Wahlen gehören auch gute Alliances und feste Bündnisse. Und so habe ich Ihnen die Größe der wirtschaftlichen Vereinigung des Reichstages zu überbringen.“ (Beifälliges Brausen.)

Herr Wiedermann von Sonnenberg kam in der Tat von sich und seiner Partei mit Genugtuung sagen: „Es ist erreicht.“ Die „gute Alliance“ mit dem Bund der Landwirte entzweit ihn für die zukünftigen Wahlen aller finanziellen Sorgen und eröffnet ihm die Aussicht auf eine vielleicht nicht unbeträchtliche Vermehrung der Zahl der Mandate seiner Partei auf Kosten anderer rechtsstehender Parteien.

Der Niedergang des Geschäftsantisemitismus.

Wie oft im Laufe der Jahre das nimmermehr ganz bestimmte, unfehlbar sichere Wiederaufleben der „Berliner Bewegung“ angekündigt worden ist, das können wir in diesem Augenblicke nicht mit Zahlen belegen. Man hat sich mit der Zeit an diese regelmäßige Verleumdung gewöhnt, die niemandem nützt, niemandem schadet

und manch einem ein Lächeln entlockt, was in dieser ersten Zeit immerhin sein Gutes hat. Hinter den Kulissen der durch das Verschwinden des Großen Wälders in der Versenkung ihrer letzten Paraderkraft beraubten antisemitischen Schaulustigen wußte man's längst, daß diese ständigen Aufwindungen eines neuen Frühlings eitel Schein und Schimmer sind.

Es ist mit dem Geschäftsantisemitismus abwärts gegangen, immer weiter abwärts. Man kennt die weniger erbauliche als beschauliche, weniger erweckliche als erschreckliche Kube, die in die spezifischen Parteidirektive eingezogen ist, auch in jene, in denen zugleich die antisemitischen Heilslehren und Brannntwein und Bier verzapft werden. Man wußte insbesondere, daß im Hause der „Staatsbürgerztg.“ längst das Geipens umging und der „Dolles“, der Gerechte und Ungerechte heimfucht, verherend gewüht hat im Lager der „Erreiter Deutschlands aus der Judennot“. Die „Staatsbürgerztg.“, die in den Wäldern und Reunigen Jahren ganz gute Tage gesehen hat, war mäßig wieder in jene Hinzugelagte geraten, in der sie sich befand, als sie zu ihrer Rettung den Sprung vom freiliegenden ins antisemitische Lager machte. Die Katten verließen das hintere Schiff, und zuerst schwebte als Geiß über den Wäldern ein Herr Kammer, dessen Erklärungen am Trapp der politischen Öffentlichkeit Henschmiedern des Humors in lebhaftester Erinnerung verbleiben sind.

Daß die „Staatsbürgerztg.“ das zweite Vierteljahr des Jahres 1906 nicht weiter erleben wird, mindestens nicht als das geschäftlich selbständige Tagesorgan der Berliner Antisemiten, das war Kundigen längst nicht zweifelhaft. Nun kann man ihr zwar mit den Worten des von ihren Reuten gewiß „hochgeachteten“ Dichters Heinrich Heine ausrufen: „Besser hat es sich gewendet, das Geschick, das dich droht.“ . . . Denn sie geht aufeinander nicht ein, sondern ihr Titel und etliches andere von ihr soll noch fortgeführt werden. Aber das Wie der Fortsetzung ist noch dunkel. Die Zeitung „Die Post“, von der man vor nicht langer Zeit gleichfalls sagte, sie solle oder müsse sterben, hat das Kammerkammerblatt angefaßt und will sie, wie es scheint, weiter erben lassen. Ob als schärfere Ausgabe des von Herrn von Jolly-Zürcher politisch geleiteten Hauptblattes der sogenannten freikonservativen Partei, als Abgabefläche für den scharfen Antisemitismus, der für die „Post“ nicht mehr vornehm genug ist, ob nur als vollständige Aufwandsache für „Post“-Politik, das kann abgemartet werden.

Jedenfalls hat die „Staatsbürgerztg.“ ihre Rolle ausgespielt, und dieser Schluß wäre schon eher eingetreten, wenn nicht eine wenig ziemliche Reue über allfällige Triebekräfte auf Seiten eines Teiles des jüdischen Publikums viel dazu beigetragen hätten, ihr die Existenz zu fristen. Derselbe Mangel an politischer Erziehung, der sich in der mittelbaren Förderung der „Staatsbürgerztg.“ durch jüdische Leser und Interzente gezeigt hat, kommt zur Erscheinung in der Art, wie vielfach gerade jüdische Herren das in jedem Betracht wertvolle Bruchstück Wochenblättern „Die Wahrheit“ unterstützen, indem sie es kaufen.

Als Herr Bruhn von der „Staatsbürgerztg.“ weggekommen war, lag ihm daran, die süße Gewohnheit des Lesens eines Zeitungspolitikers, der, durch Verantwortliche gebührend, von sicherem Orte her, zu der Mittelwelt zu reden vermag, irgendwem fortsetzen zu können. Die „Staatsbürgerztg.“ hatte es unter seiner glänzenden Leitung just auch nicht weiter zu bringen vermocht; sein Reichsagsmandat aber hatte er weg; und so war mit diesem Gelde wenigstens etwas erreicht. Herr Bruhn gibt also jetzt ein Wochenblattgen heraus, das sich höchst nahegelegener Weise „Die Wahrheit“ nennt und in seiner Art einen noch klareren Beweis für den Niedgang des Geschäftsantisemitismus liefert, als selbst die „Staatsbürgerztg.“ Das mag ein Widerspruch scheinen — denn „Die Wahrheit“ wird fleißig ausgekauft und vielfach gekauft —, ist aber doch keiner.

Denn „Die Wahrheit“ kann mit Jubelgeschrei so wenig machen, daß sie eben nur so, wie es dem Geschmack des Herausgebers und den Instinkten jener Gesellschaft, die den Jirkus Wälders zu fällen pflegte, entspricht, bei Gelegenheit irgend etwas Wdriges und Niedriges mitteilbar mit dem Beimot „jüdisch“ verfrüht, es aber durchaus unerläßt, dem Inhalt des Blattes und der Kuriosität das Gepräge antisemitischen Stands zu geben. Läßt dies darauf schließen, daß man in der rohesten Form des Geschäftsantisemitismus ein drittes Haar gefunden hat, — so ist die Entwürdigung des Herrn Bruhn als Geschäftsmann, wie sie uns in und mit seinem Blättern gegenübertritt, sehr interessant und bezeichnend. Nehmen nicht diese Herren, besonders dann, wenn es den Mittelständlerlang gilt und gegen die „verjudeten“ Warenhäuser und dergleichen geht, den Mund voll und übervoll von Redensarten zur Lobpreisung „christlich-germanischer“ Geschäftsmoral gegenüber „jüdischer Unredlichkeit“? Nun, die Art des Betriebes der „Wahrheit“ schlägt allem ins Gesicht, was redliche und wahrheitsgemäße Geschäftsführung heißt. Nach einer und derselben, also vorher gegebenen Formel rufen die Verkäufer und Verkäuferinnen die einzelnen Nummern der „Wahrheit“ aus: „Große Enttäuschungen“ über dies, „große Enttäuschungen“ über das, „vollständige Aufklärung“ über jenes — und der gutgläubige Käufer bekommt dann irgend eine abgehandene Mitteilung aus der Tagespresse mit einer allgemeinen mitteleuropäischen Moralitänke vorgesetzt und sieht sich nach Enttäuschung und Aufklärung vergebens um.

Nach der Art der Standaalblätter letzter Ordnung legt „Die Wahrheit“ großen Wert darauf, Familien-, Personensfälle, die die Öffentlichkeit an sich wenig oder gar nichts angehen, auf die Straße zu jerten. Wer fürchterliche „Enttäuschungen“ äbe, den Selbstmord einer Dame erwartete, deren Namen die Verkäufer anstießen, legte nach dem Kauf des Blattes es bald eintauscht zur Seite, wenn er sah, daß die „Enttäuschungen“ in der poetischen Frage bestanden: „Was ist Wahrheit?“ und einem inhaltlosen Drum- und Rumerede dazu. Wer „Enttäuschungen“ über das „Treiben in Warenhäusern“ erwartete, der fand einen nichtsagenden, künstlich fabrizierten Brief einer Warenhausverkäuferin über allfällige, harmlose Dinge, die niemanden, am allerwenigsten die größere Öffentlichkeit näher interessieren. Diese Anpreisung von Enttäuschungen, die keine sind, Anpreisungen zu dem Zweck, Käufer zu gewinnen, streifen nahe an ein Gebiet, auf dem hinter der Enttäuschung der Getäuschten das Strafgesetz steht. Aber — was macht das? Der Geschäftsantisemitismus nimmt das nicht so genau. Man kann sein Gesicht als Nutznießer des Stands und der Gutgläubigkeit derer, die nicht alle werden, betreiben und dann doch den Leuten weit da draußen im Nicht eines Ergebnis aller Unredlichkeit und sonstigen Dinge erscheinen, die man als Geleiteterscheinungen des Lebens und Treibens der Juden hinstellt.

Das mag ja noch eine Weile gehen; es mag auch sein, daß die Art, wie die Antisemiten bei ihrem politischen Werden im Lande bald dies, bald jenes Mäntelchen um die Schultern nehmen, dem politischen Antisemitismus noch etliche Zeit das Leben fristet; — vom gesellschaftlichen Antisemitismus muss reden wir in diesem Zusammenhang nicht. Daß es aber mit dem Geschäftsantisemitismus heftig bergab geht, das ist eine Tatsache, an der nicht zu zweifeln ist, und für die das Sinken der „Staatsbürgerztg.“ und die Art, in der „Die Wahrheit“ Geschäft zu machen sucht, einen besonders augenfälligen Beleg liefert. Wenn aber demnach wieder einmal die programmatische Antisindigung des nunmehr ganz bestimmten Wiedererwachens der „Berliner Bewegung“ erfolgen sollte, — dann wird es ein helles Gelächter geben.

Antisemitische Parlaments-Berichterstattung.

Könige konservativ und antisemitische Presborganane wetteifern förmlich in der Unehrlichkeit der Berichterstattung. Ein typisches Beispiel hierfür bieten die „Stimmungsbilder“, der „Kreuztg.“, „Staatsbürgerztg.“ und der „Deutschen Tagesztg.“ über die Reichstagsverhandlung, in der der Abgeordnete Sidhoff von der Frau. Volkspartei Veranlassung genommen hatte, die antisemitische Kampfweise eines sozialdemokratischen Redners gegen seinen Fraktionsgenossen Dr. Mugdan an den Pranger zu stellen. Was destruiert aber das genannte einander würdige Prestitutium aus der entscheidenden Verwahrung des Abg. Sidhoff gegen die Herabwürdigung der Parlamentstribüne auf das Niveau von Pöbel-Versammlungen?

Nach dem nur in der Schnobbigkeit des Tones abgestuften, aber sonst in den beiden ersten Blättern übereinstimmenden Resümee müssen die Leser glauben, daß der Abg. Sidhoff, weit entfernt seinen Fraktionskollegen Dr. Mugdan gegen die antisemitischen Anspielungen in Schutz zu nehmen, in denselben antisemitischen Ton verfallen ist. Nach de: „Kreuztg.“ hätte der Abg. Sidhoff in seiner Rede „gefunden, daß von Karl Marx bis zu Arthur Schopenhauer und Stobäus das jüdische Element wie ein roter oder vielmehr schwarzer Faden die Geschichte der Partei durchzieht. Wer genau prüfe, dem könne nicht entgehen, daß im „Vorwärts“ ein jüdischer Geist weht und jüdische Anschauungen sich breit machen“.

Die wegen Abonnentenschwundes in den letzten Jagen lebende „Staatsbürgerztg.“ treibt die Fälschung noch toller. Danach hätte der „plötzlich antisemitisch gewordene Falschmann“ zur Widerlegung des in der jüdischen Abstammung des Abg. Dr. Mugdan liegenden „Vorwurfs“ auf die jüdischen Abg. der Sozialdemokratie verweisen und dabei gesagt: „Man braucht sich j. B. nur Arthur Stobäus anzusehen!“ — Ueberflüssig zu bemerken, daß eine solche geschmacklose Keuschung dem Abg. Sidhoff auch nicht entfernt in den Sinn gekommen ist.

Das Organ des Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tagesztg.“, suchte bei dieser Gelegenheit „wichtig“ zu werden, was dem Schreiber des „Stimmungsbildes“ allerdings wohl schlecht bekommen wird. Er bezeichnete nämlich den genannten Parlamentarier spöttisch als den „Oberkühnleiser der Frau. Volkspartei“ und im Bezug auf die Schlagbemerkung des freilichigen Redners, daß „er nach wie vor „die treue Wacht am roten Meere“ halten werde, als „den Nachschlichter am roten Meer“. Der Chefredakteur der „Deutschen Tagesztg.“, Dr. Dertel, der bis zu seinem Eintritt in die Redaktion des agrarischen Blattes demselben Beruf wie Herr Prof. Sidhoff angehört hat, wird sich diese geschmacklose Hineinziehung seines früheren Berufs bei dem Schreiber dieses „Stimmungsbildes“ jedenfalls sehr entschieden verbeten haben. Am nächsten Tage leistete sich jedoch der Parlamentarierrepäsentant desselben Blattes, um wieder einen solchen antisemitischen „Witz“ anbringen zu können, eine große Fälschung. Danach sollte der Abg. Sidhoff folgende „geschmackvolle“ Wendung gebraucht haben: „Hals ein Vögel über die Vögel in d u n g der Selbstverherrlichung der Rentenfressen kommen würde, so müsse man es „Lex Mugdan“ nennen.“ Eine solche Keuschung wäre nun an sich ganz unerschwinglich; nur ein gestiesarter Antisemit könnte hierin eine kostbare Anspielung finden. In Wirklichkeit hat der Abg. Sidhoff aber keinen der fraglichen Ausdrücke gebraucht. Nach dem förmlich authentischen Bericht des „Vorwärts“ hat der sozialdemokratische Redner gesagt: „Es sind vom Abg. Dr. Mugdan Vorlesungen zur Verfechtung der Selbstverherrlichung der Rentenfressen gemacht worden. Sollten einmal gesetzliche Änderungen in dieser Richtung kommen, so würde ich diese Lex Mugdan nennen und sie neben die Lex Hering stellen.“

Wir sind auf diese Vorgänge, die auch in der übrigen Presse zum Teil eingehend erörtert worden sind, etwas ausführlicher eingegangen, als sie es vielleicht verdienen würden, weil sie an einem typischen Beispiel die verlogene Berichterstattung der antisemitischen Presse recht sinnfällig darstellten. Das Blamabüste für die genannten Blätter ist freilich dabei, daß ihre eigenen ausführlichen Parlamentsberichte, die die Verhandlungen objektiv wiedergeben, die Verfasser dieser tendenziösen „Stimmungsbilder“ selbst am besten Lügen straften.

Wir lassen nunmehr die in Frage kommenden Ausführungen aus der Rede des Abg. Sidhoff nach dem Holographischen Bericht folgen:

Nachdem mein verehrter Freund Herr Dr. Mugdan vor einigen Tagen von dieser Seite des Hauses in bestigter Weise persönlich angegriffen worden ist, halte ich es für eine ritterliche, eine Ehrenpflicht, diese Angriffe mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen.

Meine Herren, am vergangenen Montag hat nach Wunsch des Holographischen Berichtes der Herr Abgeordnete Sidhoff folgendes ausgeführt. Er sprach, wie Sie sich erinnern werden, von einem Artikel des „Vorwärts“ betitelt „Des Wälfers Schmutz“ und sagte dann mit Bezug auf diesen Artikel folgendes:

Sie finden in dem ganzen Artikel auch nicht eine Zeile, die auf eine Verhöhnung der christlichen Religion hinweisen könnte. Aber meine Herren, genau so wenig wie die Kunst auf den politisch geistigen Normalmenschen zugeschnitten werden kann, ebenso wenig kann man in der Politik Rücksicht nehmen auf besonders zart belebte christliche Gemüter. Der Verfasser des Artikels hat zweifellos nicht an Herrn Dr. Mugdan gedacht; sonst wäre er vielleicht noch viel vorsichtiger gewesen. Doch Herr Dr. Mugdan sich so verletzt fühlt durch den „Vorwärts“-Artikel über den Wälfers, das begreife ich; es erklärt sich das aus dem Reiz der Neugier, den das Christentum auf den Herrn Dr. Mugdan ausübt. (Seitenruf und sehr gut bei den Sozialdemokraten).

Wenn noch einige Jahre verfließen sind, wenn der Reiz der Neugier verblasen sein wird, dann werden Sie vielleicht ganz anders über denartige Urteile denken.

Meine Herren, Sie werden mit alle zugeben, etwas Neues hat der Herr Abgeordnete Sidhoff mit diesen Worten nicht gesagt. Deshalb frage ich: was hat er denn mit dieser Keuschung bezweckt? Ist er vielleicht nach Holographischer Manier der Meinung, daß man eine Behauptung damit berechnen könne, daß man sie mehrfach wiederholt? Das kann doch auch nicht möglich sein; denn die Tatsache, daß mein verehrter Freund Dr. Mugdan von jüdischer Abstammung und vor vielen Jahren zum Christentum übergetreten ist, diese Tatsache steht fest; sie ist den meisten Mitgliedern dieses hohen Hauses bekannt, genau wie ihnen von vielen anderen hochangehenden Männern des öffentlichen Lebens bekannt ist. Was bezwecken also solche antisemitischen Scherze allgeringfügiger Art aus Ihrem Munde? Was dem Munde eines Mitgliedes der Partei, die die Religion ausdrücklich als Privatangelegenheit erklärt hat? Glauben Sie wirklich mit denselben Ausdrücken hier irgend welchen Eindruck zu erzielen, oder wollen Sie damit vielleicht die Schwäche Ihrer Beweiskraft verdecken? Meine Herren, und merken Sie denn gar nicht, wie eigentlich ich solche Scherze gerade in Ihrem Munde ausnehmen, in dem Munde einer Partei, die jüdische Mitglieder jüdischen Glaubens, von Herrn Carl Marx an bis zu Herrn Arthur Stobäus herunter (Seitenruf), in Ihren Reihen zählt (Mannche bei den Sozialdemokraten) und auch jüdische Mitglieder, die wie mein Freund Dr. Mugdan zum Christentum übergetreten sind, aus Gründen, die ich nicht kenne, über die ich deshalb auch nicht das Recht habe, den Stolz zu drohen?

Meine Herren, der Herr Graf v. Posadowsky hat hier vor einigen Tagen ein schönes Wort gesprochen, das man noch meiner Ansicht gut hätte in die Hände dieses Saales eingegraben — mit goldenen Lettern. Der Herr Graf v. Posadowsky hat gesagt: auch in der Politik ist strenge Maßhaltigkeit und strenge Gerechtigkeit die beste Tugend! . . .

Eine Abwehr-Versammlung in München.

Mitte Dezember fand in München eine vom dortigen Verein zur Abwehr des Antisemitismus einberufene Versammlung unter dem Vorsitz des Herrn Dausenauer statt, in welcher Prof. S. Günther, Mitglied des Gesamtverbandes des Vereins, einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag hielt. Es wird uns nachträglich darüber berichtet:

Der Redner begann mit einer allgemeinen Erörterung der Tatsache, daß der Antisemitismus im wesentlichen auf die neu verbreitete Neigung der Menschen zurückzuführen sei, sich feindlich zu Allem zu stellen, was von der eigenen Denkart und von den eigenen Gewohnheiten abweicht. Beispiele dafür, die nicht gerade diese spezielle Form der Rassenverhetzung tragen, ließen sich in großer Anzahl anführen, wie denn der berühmte Engländer Macaulay erzählt, daß ein richtiger englischer Landbesitzer aus der zweiten Hälfte des XVII. Jahrhunderts gegen Franzosen und Schotten, Katholiken und religiöse Dissidenten, Hocksteu und Oppositionelle — kurz gegen Alle, die nicht seines Standes und Schlags waren — die gleiche Abneigung empfunden habe. In letzter Linie deute auch die heute zu solchen Dimensionen gelangte Rassenverhetzung auf diese Unvermögen, einer andern Eigenart als die eigene überhaupt für berechtigt und möglich anzuerkennen, also auf einer viel mehr unbewußten denn klar erkannten Intoleranz, die sich dann einzelne klar denkende Führer für ihre unaufrichtigen Zwecke zu nuge zu machen müßten.

In einer kurzen historischen Einleitung zeigte der Vortragende, daß sich zur Romerzeit Christen und Juden genau in dem gleichen Maße befanden und gleichmäßig, weil sie in Grundfragen anders als das herrschende Volk dachten, diesem Haß auf sich gezogen hätten, wie das aus einer Äußerung des Amarianus im IV. Jahrhundert unserer Zeitrechnung deutlich hervorgeht. Es wurde bemerkt, daß in Deutschland, woht Karl der Große jüdische Handwerker in richtiger Erwägung für das Volkswohl aus Italien verplante, anfänglich gar keine Gegenwehr auf gegen das neue Element sich geltend gemacht habe, und daß auch der erste gelehrte Antisemit der späteren Zeit, der Bischof Hugard von Lyon, mit seinen Beilegungen zunächst nichts ausrichtete. Erst die Kreuzzüge, durch welche alle „Ungläubigen“, auch im eigenen Lande, geradezu proscribiert wurden, hätten den Umschwung zum Schlimmeren herbeigeführt, und in ihrem Gefolge seien dann fast über ganz Europa jene furchtbaren Judenverfolgungen herausgebrochen worden, denen nur gelegentlich erleuchtete Obrigkeiten — übrigens auch weit häufiger aus nationalökonomischen als aus humanitären Gründen — entgegengetreten. Es wurde konstatiert, daß in letzter Linie hierzu die Invasion der Israeliten in die östlichen Länder zurückzuführen sei, die dort noch immer als die einzigen Träger der deutschen Sprache bestehen, und daß ebenso in der Türkei jene Niederlassungen der „Serpharim“ entstanden, welche in keiner Weise ihre Herkunft von der Vordrängung Halbasiens verkennten.

Zur Neuzeit übergehend, warf der Redner noch einen Blick auf die Emigrationskämpfe in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts und auf das siegreiche Durchdringen des Gleichberechtigungsgedankens — wenigstens in der Theorie. Es wurde dabei der großen Verdienste gedacht, welche sich in der bayerischen Kammer der Abgeordneten Adolph von Arnheim um die Sicherung der bürgerlichen Stellung seiner Religionsgenossen erworben hat.

Geschützt wurde hierauf der aufsteigende Gegensatz zwischen Rassen- und Religionsantisemitismus. Wie verwerflich und dem wahren Geiste des Christentums zuwiderlaufend gerade dieser letztere sei, betonte der Redner, der ausdrücklich angab, keineswegs auf einem religiös indifferenten Standpunkte zu stehen, sondern überzeugter Protestant zu

sein. Völlig sinnlos sei freilich auch die Gewortekung des Rassenprinzips, weil heutzutage, wie die Völkertumbe längst festgestellt habe, von einer reinen Rasse überhaupt nicht mehr die Rede sein könne, sondern allüberall die stärksten Rassenvermischungen stattgefunden hätten. Im Grunde freilich ließen die verschiedenen jüdenfeindlichen Tendenzen nur allzu häufig unter den entwürfenden Formen des Gesellschaftsantisemitismus in einander. Solchem Treiben entgegenzuwirken, sei die Pflicht Aller, die es mit Gerechtigkeit, Freiheit und Nächstenliebe ernstlich meinten.

Selbstverständlich sei aber auch von den jüdischen Mitbürgern zu verlangen, daß sie die Abwehrarbeit der Feinde des Antisemitismus durch ihr Verhalten nach Kräften unterstützen. Der Jude, der gegenwärtig in Deutschland wohnt, dürfe nichts anderes sein wollen, als ein deutscher Staatsbürger mosaischer Religion! Unter diesem Gesichtspunkte wurde gegen den Zionismus entschieden Stellung genommen. Jüdenfeindlich sei nichts einzuwenden, wenn man jüdischen Auswanderern, die sich vor Nachstellungen und Verdrückungen in ihrer augenblicklichen Heimat durchaus nicht mehr behaupten können, die fortpätrative Ausweisung in einem fremden Lande ermögliche; niemals aber dürfe der deutsche Jude, weil er gerechte Ursache habe, mit manchen Dingen in seinem Vaterlande unzufrieden zu sein, deshalb den Feinden zu Gefallen tun und sich nun selbst außerhalb des Deutschlands stellen. Sprache und Wille, nicht Rasse und ursprüngliche Abstammung seien das maßgebende Moment; gar vielen Abstammungen bogenwärtiger Vorfahren komme heute noch in der Jetztzeit noch den Franzosen deutlich an, und trotzdem seien sie die besten und eifrigsten Deutschen geworden. So sei auch der Zusammenschluß junger Juden zu „nationalen“ Studentenverbindungen an sich zu mißbilligen; allerdings, so wurde erläuternd hinzugefügt, könnten solche Korporationen darin ihre Rechtfertigung finden, daß ihre Angehörigen nirgendwo sonst als gleichberechtigte Mitglieder aufgenommen würden, was aber auch als ein trauriges Zeichen der Zeit angesehen werden müsse.

Am Schluß des Vortrages bildete ein Appell an die deutschen Israeliten, Schulter an Schulter mit der noch immer großen Zahl der Anhänger vollster Staatsbürgerlicher Gleichberechtigung Aller zusammenzuwirken und den Antisemiten nicht durch Separationsgelüste Wasser auf deren Mühlen zu leiten. Auf die Dauer würde sich auch in Deutschland der Sieg der reinen Menschlichkeit über die dunklen Mächte, von denen die Rassenverhetzung betrieben wird, nicht aufhalten lassen.

Aus Kröfells kleiner Residenz.

Der Zufall brachte mich in diesen Tagen nach Pyritz. Schon in Stargard wurde mir zu Gemut geführt, daß ich den Wahlkreis Stargard-Pyritz, das Gebiet des Expositors Kröfel betreue. Denn unter den Blättern, die der Bahnhofs-Zeitungsänderer selbst, prangte oben in fetten Buchstaben der „Mittelhand“, jenes Blatt, welches die schwankende papierne Basis für die Erleuchtung des Herrn Kröfel bildet, seitdem er sich betreten mußte, den Talar auszuwechseln, ehe er durch kirchlichen Nachspruch dazu gewungen wurde.

Erwartungsvoll bezog ich mich vom Bahnhof zur Stadt. Das also ist Kröfells Residenz! Klein, aber nicht! In kurzer Zeit hat man die ganze Stadt durchspürt. Die wenigen Tausend Einwohner verteilen sich auf ein paar Straßen. Nicht lange mehr ich, da fallen meine Blicke auf ein großes Schild. „Der Mittelhand“, Blatt für die Mark und Pommern! Ich darauf zu lesen. Natürlich reißt es mich, mir den „Betrieb“ etwas näher anzusehen. Zu meine Wut! Erbärmlich genug sieht's aus. Links von der kleinen Tür die einkündigende Aufschrift befindet sich ein

Schaufensterhagen. Mit den ausgehellten Druckproben und Aufschlüssen macht es den Eindruck, als gehöre es einem arbeitsamen Buchbinder, der für seine Schaufenster-Anlagen nicht viel rüsten kann. Nichts von der Art sind ein paar unzerhängte Fenster, durch die man in eine Stube blickt, in der sich eine kleine Buchdrucker-Druckerei befindet. Das ist die ganze Herrlichkeit! Hier also ist Herr Epistol Dr. „Direktor von's Jange“! Der Herr Krösel gelesen und gehört hat, wer da weiß, wie voll der Mund nimmt mit seinem eigenen Paros, wie er sich mit seinem „Mittelstand“ als Erretter aus aller Not aufstellt, der kann sich angesichts dieses Jangbetriebs eines mitleidigen Lächelns nicht erwehren. Leid tun Einem die Gläubigen, die an „ihrem“ Pastor hängen, und Leid können Einem auch die Gläubiger und die Du — zende tun, die ihr Geld in dieses Unternehmen gesteckt haben.

Das ein solches Blatt seine Lieberknechte adremen kann, ist erklärllich. Es ist flatterhaft, daß Krösel dabei nichts erlirbt. Das einzige, was er sich bisher zugelegt hat, ist das zweite „I“, das sein Vater noch nicht in seinem Namen führte. Stadtkonrat ist aber auch seine Geringfügigkeit, die somit gehen soll, daß manche sie als „Nichtigkeit“ bezeichnen. Vielleicht liegt aber da der Knäuel beim Junde. Wie traurig es mit des Herrn „Direktors“ und seines Blattes Finanzen bestellt sein muß, geht wohl am besten daraus hervor, daß der Reichstagsabgeordnete Bödler, der eine Zeitlang den Verbafter-Posten des „Mittelstand“ inne hatte, dafür ein Gehalt von — sage und schreibe! — 75 Mk. monatlich erhalten haben soll. Aber schließlich mögen 75 Mk. für den Monat dem Abgeordneten Bödler, der zu jener Zeit völlig erwerbslos war, immer noch lieber gewesen sein, wie gar nichts. Befremdend aber ist es doch, zwei deutsche Reichstagsabgeordnete auf solche Weise ihr Leben fristen zu sehen. Sie sind aber unter den Antisemiten nicht die einzigen dieser Art.

Erklärllich ist nun auch, warum Herr Krösel, von dem seine Wähler nach seinen Drohungen, Versprechungen und bauernden Wahlreden erhofften, er würde im Reichstags mindestens eine Entförrolle spielen, sich dort überhaupt nicht sehen läßt. Seit Wochen und rührt sich nicht aus dem Bau. Dese Jungen behaupten, er warte nur auf den Moment, wo es Plätzen im Reichstags gäbe, und noch bössere meinen, besonders bei Annahmestützgebern würde er nie in Pritz, sondern im Reichstags anwesend sein.

Von Krösel wird in Pritz natürlich viel gesprochen. Ist er doch ein Pritzer Kind! Aus der Art geschlagen ist er zwar ein bisschen. Sein Vater, ein biederer Schuster, war ein Demokrat vom reinsten Wasser. Scherhaft ist jedenfalls auch, daß Krösel das, was er geworden ist, z. T. jüdischen Gelde verdankt — wenn auch nur indirekt. Seine Schwester, die ihm während seines Studiums vielfach unterstützt hat, nahm zu jener Zeit eine gut dotierte Stellung bei einer hervorragenden Berliner jüdischen Familie ein.

Als Pritzer Stadtkonrat ist es bei ihm nicht verwunderlich, daß er auch gern Pritzer Stadtkonrat werden wollte. Bei den letzten Stadtkonraternamenlosen ist ihm das auch gelungen. Vielleicht aber dauert die Herrlichkeit nicht allzu lange. Auch darüber fürstert eine nette Geschichte, wie es über Krösel überhaupt eine Masse Geschichten gibt.

Stadtkonrater ist auch ein Halbbruder von ihm, ein Schuhmachermeister, der während des Reichstagswahlkampfes besonders bei den Handwerklern sein Schrittmacher war. Nun dürfen bekanntlich Brüder nicht gleichzeitig Stadtkonrater sein. Um sein gefährdetes Mandat zu retten, gab Krösel in einer Stadtkonraternennung eine intime Familiengeschichte preis, die wieder einmal zeigt, daß er zur Erreichung seines Zweckes vor keinen Mitteln zurückschreckt. Bisher galt es in Pritz als eine feststehende Tatsache, daß

der Pastor und der Schuster zwar denselben Vater gehabt hätten, daß aber des Schusters Mutter des Pastors Tante gewesen sei, die aber nicht des Vaters Frau war. Krösel erzählt nun in jener Skizze, daß sein Vater ihm gegenüber stets bestritten hätte, des Schusters Vater zu sein, und die Tante könne ja nicht gezwungen werden, den Urheber von des Schusters Rache anzugeben. Der Schuster war also nicht sein Bruder, und er selbst könne somit Stadtkonrater bleiben. Natürlich wird diese Geschichte aus dem Hause Krösel an allen Werten in Pritz erzählt; aber der Herr Epistol scheint gar kein Verständnis dafür zu haben, wie diamalbel und kompromittierend so etwas für ihn und seine Familie ist.

Trotz aller Blamagen, trotz der traurigen Rolle, die er vor Gericht und im Reichstags, sofern er dort gewesen, gespielt hat, beizt Krösel noch immer seine Anhängerschaft, wenigstens es unvertennbar ist, daß deren Scharen sich etwas bedenklich gelichtet haben. Die Pritzer Bauern aber halten noch treu und fest zu ihm. Sie sind auch seine Geldgeber, und nicht nur für sein Blatt, sondern auch für ihn persönlich, wie folgendes Geschickchen beweist. Als Krösel, um der Verhaftung zu entgehen, ähnlich wie der Dreifährig Wälder, mit drei germanischen Tapferkeit ins Ausland, nach Walm in Schweden, entflohen war, sandten ihm zwei Bauern vom Pritzer Weisdat 100 Mk. nach, damit er auch zu leben habe. Und Krösel nahm sie an. Man sieht, Herr Krösel hat ein „einnehmendes“ Wesen. Vielleicht schwärmen auch seines Wesens wegen die Damen so für ihn. Oder sollte er durch gewisse Prozesse eine besondere Bekanntheit erlangt haben?

F. H.

Wiener Brief.

VI.

(Ehereditsform. — Der Wiener Wahlwindel. — Rothschilds Bewunderer. — Die Judenbank.)

Wien, den 11. Februar 1906.

Der politische Kampf in Österreich zeigt sich oft sonderbare Bilder. Seit Jahr und Tag tobt im heiligen Lande Tirol ein erbitterter Streit zwischen den konservativen Klerikalen und den Christlichsozialen. In Tirol spielt die Judenfrage eine ganz untergeordnete Rolle, denn die Zahl der jüdischen Bewohner ist recht gering. Die Christlichsozialen können sich also nicht auf die gewöhnlichen Schlagwörter verlassen, die bei dem biedereren Bauernvolk in den Alpenländern wenig Verständnis finden würden. Sie müssen mit einem praktischen Reformprogramm herausdrücken, demokratische Forderungen aufnehmen und vertreten. Dadurch gerät die Christlichsoziale aber auch jungferliche genannte Bewegung in einen offenen Gegensatz zur erdgefessenen klerikalen Partei, die ihre Direktiven aus der bischöflichen Kammer in Brinn holt. Eben jetzt sind die beiden Gegner hart aneinander gestoßen, denn die bevorstehende Erweiterung des Landtagswahlkreises und die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts für den Reichsrat erweist in den Christlichsozialen Tirols die Hoffnung, daß sie nuncmehr an die Stelle der Bischofsparthei vorrücken werden. Der Zeitungskrieg der von den Organen der beiden Gruppen geführt wird, ist höchst ergötzlich. Er gewinnt aber erst den rechten Reiz, wenn man gleichzeitig die Wiener Klerikale und antisemitische Presse betrachtet und die hohe Eintracht sieht, in der die Waffengegenen von Tirol in der Donauschicht leben. Gegenwärtig wird zu einem gemeinsamen Feldzug wider den Fortschritt gekräftet. Die klerikalen und Christlichsozialen Zeitungen rufen ihre Leser zu einer imposanten Protestkundgebung gegen die Modernisierung des Eheredits auf — eine Reform, die vorläufig von der Regierung noch gar nicht geplant, sondern nur von dem aufgeregten Teil der Bevölkerung stürmisch verlangt wurde. In erster Linie kommt die Befreiung des berechtigten § 111 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Betracht,

der folgendermaßen lautet: „Das Band einer gütlichen Ehe kann zwischen katholischen Personen nur durch den Tod des einen Ehegatten getrennt werden. Ebenso unauslöslich ist das Band der Ehe, wenn auch nur ein Teil zur Zeit der geschlossenen Ehe der katholischen Kirche zugetan war“. Vor einigen Jahren hat sich nun ein Verein der geschiedenen Eheleute gebildet, der sich die Befreiung dieses mittelalterlichen Paragraphen zum Ziel setzte. Da die drakonischen Bestimmungen bezüglich der Unauslöslichkeit der Ehe fast ausschließlich die Katholiken treffen, so muß nicht erst betont werden, daß der Kampferchein einen durchaus „arischen“ Anstrich hatte. Ebenso selbstverständlich ist es indes, daß der antimilitärische Schwarm seine schwersten Geschütze gegen den „Judenverein“ abfeuerte. Einige Zeit später veranstaltete die „Kulturpolitische Gesellschaft“ eine Enquete, in der die Anhänger der arierfeindlichen Parteien und Weltanschauungen über das Eheerbschafts-Problem einvernommen wurden. Da das Ergebnis dieser Veranstaltung eine Verdamnung der bestehenden Zwangsarrordnungen war, hatte die Enquete auf seine Gnade in den Augen der Antisemiten zu rechnen. Aber auch die Bevölkerung, soweit sie modernen Prinzipien zugänglich ist, mußte sich sagen, daß die Regierung aus Furcht vor dem Unwillen der Klerikalen dazu zurückzukehren werde, aus der Enquete die entsprechenden Lehren abzuleiten. Zwar hat das Bürgerliche Gesetzbuch für Österreich das schwerwiegende Alter von fast hundert Jahren erreicht; seine Reformbedürftigkeit wird allgemein anerkannt und es wurde auch eine Kommission zur Durchführung der Vorarbeiten für die Reform eingesetzt, aber aus dem Komplex des Reformwerkes ist von allem Anfang an das Eherecht ausgeschlossen worden. Um nun das öffentliche Gemüth nicht zur Ruhe kommen zu lassen, wird jetzt eine Proposition an das Parlament vorbereitet, die den reaktionären Elementen sehr unangenehm zu sein scheint. Die Bischöfe erlassen Hirtenbriefe, in denen sie den Gläubigen die Unauslöslichkeit der Ehe als heilige Institution der Kirche vor Augen führen und die Abkehr von dieser Einrichtung als Kettenakt gegen das Dogma des christlichen Glaubens anerkennen. Diese Propaganda kann den Kirchenfürsten sicherlich nicht angetanet werden; sie sehen es ja als ihre Aufgabe an, den Einfluß der Kirche zu wahren. Allein die Art und Weise, in der die Christlichsozialen in den Kampf eingreifen, verdient doch ein Wort der Abwehr. Natürlich sind es die Juden, die den teuflischen Plan ausgeheckt haben. Selbst der Christlichsoziale Abgeordnete Dr. von Bächle, der sonst nicht zu den wüsten Völkern gehört, sprach unlängst in einer von den Klerikalen und Antisemiten gemeinsam einberufenen Versammlung, von dem Antijudaismus der ardenbunden Juden, Freimaurer und Sozialisten“. Das, obgleich eine Frage in Diskussion steht, die die Juden nur als Staatsbürger, die Katholiken aber auch im Privatleben auf das allernächste betrifft.

An die Regierung, der es um das Wohlwollen der Klerikalen und ihrer Christlichsozialen Freunde sehr zu tun ist — Dr. Klein, der Leiter des Justizministeriums muß seinen ersten Besuch nach seiner Ernennung dem Fürstbischöfe von Wien — wurde in den letzten Tagen das Antijudaismus gestellt, dem Bürgermeister von Wien ein wenig auf die Hände zu sehen. Die Vertreter sämtlicher freimüthigen, bürgerlichen Parteien der Reichs- und Reichshauptstadt Österreich sprachen beim Ministerpräsidenten und Minister des Innern vor, um wegen der Berücksichtigung Wiens bei der Wahlreform bestimmte Vorschläge zu unterbreiten, gleichzeitig um die Abstellung des oft besagten „Wiener Wahlkreises“ zu verlangen. Die Anfertigung der Wahllisten und die Leitung der Wahlen obliegt dem Wiener Magistrat. Erst vor einigen Monaten ist eine durchaus sachliche Arbeit über den „Wiener Wahlkreis“ erschienen, die aus dem Bezirksrat Weiß — Jude Weiß! schreibt das „Deutsche Volks-

blatt“ — unter Mitwirkung des Universitätsprofessors Jöhl und des Hofrates Freireich von Hofe verfaßt wurde. In diesem Buche wurden die technischen Mängel des magistratischen Wahlapparates aufgedeckt und die Wiener Einrichtungen als vorbildlich hingestellt. Es war daher nur recht und billig, aus der Regierung zu verlangen, daß sie dem unter dem hohen Protektorate der Kathänschergen gräuben Wahlkreises freiere, der bei der Anlegung der Wahllisten, die in Wien alphabetisch und nicht nach Häusern geordnet erfolgt, beginnt und beim Akt der Stimmenabgabe fortgesetzt wird. Doch Dr. Zueger, der durch die Möglichkeit gelegentlicher Glucksverfälschungen das Best erst recht in die Hände bekommt, will aus der Reorganisation des Apparates nichts wissen. Die aus den Liberalen geschaffenen Einrichtungen, die einstweilen allerdings von einem anderen Geist erfüllt waren, sind dem Herrn aus Wien heilig geworden; an ihnen darf nicht gerührt werden. So dachte Dr. Zueger nicht immer. Als er nach der Führung einer kleinen Partei war, da legte er jede Wahlminderlage mit großem Geschrei den Liberalen zur Last und er erforderte damals das Wort „Wiener Wahlkreises“. Wie es einmal hat sein Anfang die Regierung bestimmt, den Liberalen die Leitung der Wahlen in der Donaubaufahrt zu entziehen. Das war „Notwehr“; heute soll derselbe Vorgang ein Verrat an der Autonomie Wiens sein! Tempora mutantur! Die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Ansichten Dr. Zuegers.

Freitag wurde im Wiener Gemeinderat wegen des Empfanges der freiwilligen Vertreter der Bevölkerung beim Minister des Innern interpelliert. Herr Schner, der traurige Regierender des Polnischen Nationalkongresses, war weniger zu erfahren, weshalb der Minister die Abordnung nicht sofort abgewiesen, sondern die Prüfung der Beschwerden zugesagt habe. Dr. Zueger las zur Beantwortung dieser Anfrage einen Magistratsbericht vor, in dem sich der Magistrat selbst das Zeugnis größter Unparteilichkeit ausstellt und die Vorwürfe wegen der Amtsführung ohne Widerlegung der Einzelbeschuldigungen als „abscheuliche Behauptung“ zurückweist. Der Bürgermeister selbst sagte hinzu: „Wenn der Minister sagt, er werde die Sache prüfen, so heißt das soviel, wie wenn er sagen würde: „Geben Sie nach Hause und schlafen Sie sich aus.“ Die Christlichsozialen Gemeinderäte können also ruhig sein. Der Minister denkt und spricht, aber Dr. Zueger entscheidet.

Der Antisemit Dr. Zueger! Da hat vor kurzem ein niederösterreichisches Lokalblatt, der „Boten der Yba“ durch seine Geschwätzigkeit eine nette Geschichte angedichtet. Er plauderte nämlich ein interessantes Ereignis aus. Vor einiger Zeit wurde der Durchbruch des Gebirgshofens für die zweite Wiener Hochquellenwasserleitung durch eines der üblichen Festschiffe in Göttingen gefeiert. Und da bei solchen Gelegenheiten das Essen leidet und der Wein gut ist, führten viele Gemeinderäte auf „Regimentsunförm“, wie man in Wien sagt, nach dem Gebirgshofe. Bei dem Banquete hielt Dr. Zueger erst einen Toast auf den Kaiser, dann eine Rede auf den Reichsrat von Reichs- und Reichshauptstadt, „der durch sein gehobenes Benehmen“ als Gutsdamer im Steinbachtal den Stollenbau ermöglicht hat. Dafür gebührt ihm „der wärmste Dank, an dem sich alle anwesenden Gemeinderäte ohne Rücksicht auf die politische Parteistellung beteiligen“. Mit einer scharfen Spitze gegen das Stillschweigen trug er sagte der Bürgermeister hinzu: „Nicht überall haben wir ein solches Entgegenkommen gefunden“. Man sieht: Dr. Zueger, der einst seine Philistria gegen das „Reichsbildmaler“ in den Parlamentssaal domierte, kann auch vernünftig sprechen. Leider werden die in Augenblicken der Erleuchtung gefallenen Äußerungen immer todesgewiegen. Das „Deutsche Volksblatt“ und die „Deutsche Zeitung“ ließen sich von ihren Spezialberichterstattern wohl schildern, wie animiert das Fest verlief, an die Rede auf

Altstichbild vergaßen aber die beiden Blätter. Vielleicht wird auch Dr. Kueger heute nicht mehr gerne daran erinnern.

Zum Schluß sei noch eines Vorkommnisses gedacht, das sich in der letzten Generalversammlung der Österreich-ungarischen Bank: jutrug: Diese Bank, deren Aktien sich in Privatbesitz befinden, ist das Noteninstitut der Habsburger Monarchie. Als solches steht es unter besonderer Staatsaufsicht und sein Einfluß auf das Finanzwesen im Reiche ist außerordentlich bedeutend. Seit Jahren entspinnt sich in den eifrigsten so friedlichen Generalversammlungen ein regelrechter politischer Kampf, weil die Tischen einen Sitz im Verwaltungsrate erobern wollen. Neuer wurde nun auch die antisemitische Note angehängt. Einem Polen war es vorbehalten, mit den „Argumenten“ und mit der Terminologie des Antisemitismus hervorzuquellen. Die Bank untersähe in Galizien die „jüdischen Bucherer“ und denachteilige dadurch die „Christen“. Allein diese Behauptungen stimmen nicht. Auch wenn man die Kräfte des Antisemitismus aufseht, kann man nicht finden, daß die Österreichisch-ungarische Bank „verjudet“ wäre. Überdies steht an ihrer Spitze der Pole Dr. Bilinski, der seine Nationalgenossen gewiß nicht verraten wird. Die Angriffe sind mithin nur ein Beweis für die Leichtsinnigkeit, mit der Vorwürfe manchmal erhoben werden. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

B. F. Vereinigte Landwirte, Antisemiten u. A. Man schreibt uns aus Frankfurt a. M.: In der kürzlich in der „Harmonie“ stattgefundenen Hauptversammlung der „Vereinigten Landwirte vom Frankfurt und Umgegend“ ging es nicht gerade sehr einig und harmonisch zu. Nach lebhaften Auseinandersetzungen ergaben die Vorstandsbeschlüsse und am Schluß der angeregten Sitzung kam der Landtagsabgeordnete Böckler zu Wort. Er empfahl u. a., die in Friedberg erscheinende „Deutsche Volkswacht“ in eine Tageszeitung umzuwandeln. Ueber die hierzu erforderlichen Geldmittel sprach man insofern, als man eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung als opportun erwoog. Daß etwas mit Beschränktheit bei solcher Sache ist, braucht nicht zu verwundern. So beschränkt werden aber die heftigsten Bauern und Landwirte nicht sein, daß sie nach den Erfahrungen, die sie beim Böckler'schen Reichserbfolgsellgen Angebots gemacht haben, auch die der neugeplanten Gründung ihr Geld wieder ausbringend anlegen werden. Die Böckler'schen Schuldscheine aus jener Erbenerbszeit sollen heute noch — trotz allem angeblichen Anwachsen des Antisemitismus in Hessen — etwas „unter pari“ zu haben sein.

×× Akademisches. In der A. D. B.-Zeitschrift, dem Organe des Deutschen Studentenbundes, wird in längeren Ausführungen die „Finkenklubbewegung“ behandelt. Die Stellung der Finkenklub zur „Judenfrage“ auf den Hochschulen wird darin folgendermaßen dargestellt: „Wenn die Finkenklub“, heißt es da, „jeder Zeit ihren vermeintlichen Anspruch auf die Vertretung aller Nichtinkorporierten versucht geltend zu machen, so muß doch ihr zeitweiliges Verhalten i. V. den jüdischen nichtinkorporierten Kommilitonen gegenüber recht befremdend. Ich gebrauche hier absichtlich den Ausdruck „Kommilitonen“, denn der jüdische Student ist von der Stunde der Immatrikulation an vor den Behörden auf unsere deutschen Hochschulen genau dasselbe, wie jeder andere gläubige Student deutscher Angehörigkeit. Ein jüdischer Student hat der Universität gegenüber die gleichen Pflichten und Rechte wie jeder andere Studierende. Die Finkenklub will nun scheinungsgemäß angeblich alle nichtinkorporierten Studenten in allen allgemeinen akademischen Angelegenheiten vertreten. Warum sollen da die jüdischen Studenten ausgeschlossen werden?

Gewiß wird das von Finken-Seite aus energisch in Rede gestellt werden. Mit gewissem Stolz wird man auf die Berliner Finkenklub hinweisen, von der die Finken anderen Orts nicht ungern sagen, sie sei „verjudet“. Aber die Vorgänge an der Münchener Universität im verflochtenen Sommersemester lassen doch die Strömung in der Finkenklub gegen die jüdischen Studenten genug erkennen. Der Beirat der Münchener freien Studenten hielt es nämlich für unangebracht, daß Juden im Ausschusse sitzen. Die antisemitische Strömung in der Münchener Finkenklub selbst war dann so groß, daß sie neben der „Freien Studentenschaft“ die neue „Freie Vereinigung Münchener Finken“ entstehen ließ. Auch in Leipzig, wo man einige Jahre mit großem Stolz die Finkenklub als „judenrein“ bezeichnete, war man in großer Verlegenheit, als aus der Berliner Finkenklub ein jüdisches Ausschussmitglied kam und in Leipzig wieder die Zugehörigkeit zum bürgerlichen Ausschusse antrah. In der Frage der Stellung zum Antisemitismus ist also der Standpunkt der Finkenklub keineswegs klar.“

So weit die Ausführungen des A. D. B.-Angehörigen, die ja unvoreingenommen bei aller denkbarsten Objektivität doch den „überlegenen“ Standpunkt des Bucher'schen gegenüber dem Finken nicht verkennen lassen. Der Verfasser generalisiert Einzelfälle, die doch keineswegs immer typisch sein müssen und es auch hier durchaus nicht sind. Die Stellung der Finkenklub zum Antisemitismus ist keineswegs unklar. Sie ist so bestimmt, wie nur möglich. Die Finkenklub, die sich auf modernen Grundbissen aufbaut, denkt gar nicht daran dem Antisemitismus irgend welche Konzeptionen zu machen. Und das ist die Hauptsache, daß die große Organisation der Finkenklubs an den deutschen Hochschulen diesen Grundbissen als maßgebend anseht. Wenn dann auch hin und wieder einmal an irgend einer Universität oder anderen Hochschule in irgend einem Jahre ein antisemitischer Ränkel sich aus unter den freien Studenten zusammenfindet, so ist das von seiner Wichtigkeit. Und man tut durchaus unrecht, wenn man die antisemitischen Absonderungsgefühle einer kleinen Gruppe der ganzen Organisation zum Vorwurfe macht. Die antisemitische Finkenpartei in München wird nur solange bestehen, wie die Kaser im Streit, die die Spaltung verursacht haben, in Isarathen sich dreht machen. Sind sie gegangen, dann wird auch der Friede in der Münchener Finkenklub wieder hergestellt werden.

Fermisches.

Ein neuer Kurs? Justizrat Dr. Eugen Fuchs in Berlin wurde zum Mitglied der Justizprüfungscommission ernannt. Er ist einer der angesehensten und geschäftigsten Rechtsanwälte am Kammergericht und gehört auch dem Vorstande der Anwaltskammer an. Er ist auf sachwissenschaftlichem Gebiet vielfach hervorgetreten, insbesondere sind seine Arbeiten über Grundbuchrecht allenthalben als meisterhaft anerkannt. Sein Kommentar zu den grundbuchrechtlichen Normen des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist in zwei Bänden erschienen; der erste, der das materielle Recht darstellt, ist von Fuchs allein, der zweite, über das formelle Recht, von ihm in Gemeinschaft mit Dr. Hugo Wehmel verfaßt. Es ist gegenwärtig das bedeutendste Werk der grundbuchrechtlichen Literatur.

Justizminister Weseler hat, ohne es zu wollen, eine blutige Satire auf seinen Vorgänger geschrieben. Denn gibt es eine heftigere Kritik, als daß er einen Mann, den Herr Schönkeitz noch nicht des Notariats würdig fand, zum Mitglied der höchsten Staatsprüfungscommission beruft? Ob diese Ernennung wirklich einen neuen Kurs in der Justizverwaltung inauguriert, bleibt abzuwarten.

■ Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post. ■

Nr. 8.

Berlin, 21. Februar 1906.

16. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.
sind an die Expedition,
Berlin W., 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 4 Nr. 2878.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Betrieb des Bureau's Berlin bestimmten Geld, Wein und Briefmarkensendungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Bau- rat v. D. Gesselt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonntag, den 4. März, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstraße 92, Saal C die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

- I. Geschäfts- und Kassenbericht.
- II. Vortrag des Geheimen Justizrats Prof. Franz v. Liszt über „Die Kriminalität der Juden in Deutschland.“
- III. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M. im Februar 1906.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. M.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. Wilhelm Förster. Stadtrat H. Flinsch. Charles L. Hallgarten.

Die wieder christliche „Staatsbürgerzeitung“.

Vor kurzem erst brachten wir einen Auszug unter der Ueberschrift „Die anti-christliche „Staatsbürgerzeitung“, jetzt ist das Blatt wieder sehr christlich, d. h. christlich im Stöcker'schen Sinne. Vor kurzem herrschte Botan in den Spalten des einst nur jüdenfeindlichen Blattes. Wenn Herr Stöcker damals die „Staatsbürgerzeitung“ geleitet hat, dann muß ihm manchmal übel gemordet sein. Jetzt hat Herr Stöcker die „Staatsbürgerzeitung“ angekauft und schreibt für das Blatt, das verbrennen muß, was es vor wenigen Tagen angebetet hat, und anbietet, was es verbrannt hat. Es kommt nichts über die Befinnungstätigkeit und über das, was einer gewissen Sorte germanischer Leser alles geboten werden kann, nämlich germanischen Antisemitismus. Denn gegen die Juden ging es in der nur antisemitischen, in der wider-christlichen und geht es jetzt auch in der wieder christlichen „Staatsbürgerzeitung“ her.

Herr Stöcker ist wieder aus dem Kriegsspaße. Er hat nichts vergessen und nichts hinzugelernt, und wie wir sehen, wird er nichts mehr lernen. Der Artikel „Auf zum Kampf!“ in der Sonntagsumnummer der „Staatsbürgerzeitung“, der von dem ehemaligen Hofprediger nicht nur geschrieben, sondern auch voll unterzeichnet ist, zeigt das in vollster Deutlichkeit.

Herr Stöcker will die alte Berliner Bewegung wieder einfaches, von der er sich einbildet, daß sie etwas in seinem Sinne gemut hat, und daß sie wieder entsoßt werden kann. O sancta simplicitas, könnte man ausrufen, wenn man nicht ganz genau wüßte, daß bei diesem Gottesmönne von Einfalt, gar beiliger Einfalt nicht die Rede sein kann. Darin hat er recht, daß er von dämonischen Mächten behauptet, sie entwickeln sich schnell. „Wer hätte — schreibt er — vor fünf, ja noch vor drei Jahren denken können, daß im Bereich europäischer Zivilisation — denn dazu gehören die Niederprovinzen noch — Menschen an offenes Tageslicht gemordet werden könnten, nur weil sie die edelste Edelsteine und ewiggleiche Passoren seien?“ Das „nur“ des Herrn Stöcker ist ja nicht ganz wahrheitsgemäß. Es sind in den Oberländern und Passoren die Unterdrückten, die Fremden, gegen die von der russischen Regierung seit langer Zeit gehetzt worden ist, und welche wohl auch im Eifer des Gefechts, aus persönlicher Rache u. gemordet worden. Aber wer hätte drei, fünf Jahre vor der Stöcker'schen Bewegung denken können, daß im Königreich Preußen, von dem man nicht erst in einer Parenthese zu sagen nötig hat, daß es im Bereich der europäischen Zivilisation liegt, daß in Berlin, der „Metropole der Intelligenz“, Menschen verhöhnt, beleidigt, verfolgt werden könnten, entrecht werden sollten, bloß weil sie einer anderen Religion angehörten, nicht von germanischer Abstammung waren? In der Tat, Herr Stöcker hat Recht; dämonische Kräfte entwickeln sich schnell, und erwecken den Glauben an Ritualmorde und an sonstige Unpöbelmorden von neuem.

Herr Stöcker traut einem Sozialdemokraten natürlich nicht über den Weg, einem Juden auch nicht, einem jüdischen Sozialdemokraten gar erst recht nicht. Wenn aber eine jüdische Sozialdemokratin behauptet — Rosa Luxemburg ist von ihm gemeint — daß ihre Partei die Juden der Revolte in Rußland in der Hand hat, dann glaubt er ihr ohne weiteres. Es mag sein, daß die deutsche Sozialdemokratie bei der russischen Revolution irgend welche Rolle auch spielt. Aber zuerst Niemand hat doch bereits in den achtziger Jahren, als die deutsche Sozialdemokratie noch nicht entfernt die Drei-Millionen-Partei war und an eine Revolutionierung Rußlands denken konnte, die Revolution vorausgesehen, wozu es beiläufig keines Blamarcischen Geistes bedurfte, weil es eine altbekannte Sache ist, daß der Krieg so lange zu Wasser geht, bis der Pentel bricht, und das eben zwig her

jede Mikrowirtschaft einmal ein Ende, gewöhnlich auch ein Ende mit Schreden nimmt.

Der Staatssekretär des Innern, schreibt Herr Stöcker in seinem „Auf zum Kampf!“-Artikel, fragte kürzlich im Reichstag, wie es nur komme, daß in Deutschland trotz seiner weitgehenden, allen Völkern voranstehenden Sozialpolitik der Mord der größten Verbreitung habe. Ich habe ihm geantwortet, einer der Gründe sei die Judenmacht, das Jubelgeld, die Judenpresse in Deutschland“.

Herr Stöcker scheint sich auf diese Antwort sehr zu gut zu tun. In der Tat verdient für einen Antisemitenhauptling eine gewisse Anerkennung, daß er nicht gesagt hat, es sei dies der einzige Grund, die Juden allein hätten an der Verbreitung der Sozialdemokratie in Deutschland Schuld. Vielleicht hat sich Herr Stöcker, als er dies sagte, noch rechtzeitig desonnen, daß er nicht in einer Dietz'schen, nicht zu einem antisemitischen Publikum, sondern oder einer erleuchteteren Gesellschaft sprach. Aber auch so ist die Antwort eine nur für die Dummsten geeignete. Herr Stöcker spricht von einer Juden macht, die in Deutschland nicht einmal ein Zeugnissentwurf erwirken, in so und so vielen Ländern nicht die grauenerregenden Judenmorde zu verhindern kann. Er spricht von Jubelgeld, von dem es auf derselben Seite der „Staatsbürgerzeitung“ unter dem Strich heißt, daß es wie die konservativen Gegner des Reichstagswahlrechts die Wahlen zu beeinflussen sucht — dodel beiläufig nicht einmal einen einzigen nicht zur Sozialdemokratie gehörenden jüdischen Abgeordneten durchsetzen kann. Endlich soll auch die Judenpresse wieder der Sündenbock sein, von der wir erst kürzlich gesagt, daß sie quantitativ keinen Vergleich aushalten kann mit der offiziellen, offiziellen, konservativen, literarischen ufm. Presse.

Herr Stöcker fordert also zum Kampf auf nicht gegen Windmühlen, sondern gegen Gelpenker, die nur in seinem Hirn und dem seiner Befinnungsgenossen oder der Einfältigen, denen er es durch seine Wiederholung suggeriert hat, existieren und herumschweben. Herr Stöcker klagt in demselben Artikel auch, daß der Katholizismus an Einfluß stark gemessen sei. Ist dafür auch einer der Hauptgründe die Judenmacht, das Jubelgeld, die Judenpresse? Und wenn also etwas mochten kann ohne Hauptmann der Juden, warum in aller Welt müssen sie durchaus schuld sein an dem Wachsen der Sozialdemokratie, an dem Umsichgreifen der Revolution in Rußland? Wir werden es Herrn Stöcker, Mitarbeiter der geistlichen widerchristlichen und heute wieder christlichen „Staatsbürgerzeitung“, — wie sagt doch Schmod? Rann schreiben recht, kann schreiben links — verraten: weil er und Einzelgleichen das Bedürfnis noch einem Sündenbock haben und das deswegen, weil sie entweder zu kurzichtig sind, die eigene Schuld zu sehen, oder zu wenig christlich, sie zu gestehen. Und ganz genau so haben es die russischen Kischaber gemacht, als sie das Volk auf die Juden hetzten. Nur daß bei den russischen Kischabern weniger von Kurzsichtigkeit als von spitzbübischer Niedertracht die Rede sein kann. Es ist Herrn Stöcker's Hoffnung, „daß selbst in der Arbeiterwelt, wenn man ihr die russischen Resultate, die doch beiderseits die arbeitenden Klassen bedrücken werden, vor die Augen stellt, ein Rückgang der sozialdemokratischen Stimmung eintreten wird.“ Ob die russischen Resultate wirklich die arbeitenden Klassen bedrücken werden, ist noch sehr die Frage, und es wäre überaus traurig, wenn es der Fall wäre. Die ganze zivilisierte Welt hofft das Gegenteil. Jedenfalls war es sehr unklug, im höchsten Grade unvorsichtig von Herrn Stöcker, von den russischen Resultaten einen Rückgang der sozialdemokratischen Stimmung zu erhoffen. Daß von den bereits eingetretenen russischen Resultaten, welche die ganze zivilisierte Welt mit Empörung erfüllt haben, die Antisemiten mit Herrn Stöcker an der Spitze etwas lernen werden, wagen wir nicht zu hoffen.

Was ein richtiger Antisemit ist, der liebt das Lernen nicht. Der schreibt einfach drauf los: Der Jude wird verbrannt.

Ob die „Staatsbürgerzeit“, die als demokratisches Organ Schöpfkraft gelitten, als antisemitisches sich und die Stadt Berlin in Beruf gebracht hat und trotz Bruhn und Müller aus seinen grünen Jogh gekommen ist, und kurze Zeit als Organ des heiligen Wotan sich lächerlich gemacht hat, unter christlich-antisemitischer Flagge es weit bringen wird, möchten wir bezweifeln. Herr Stöder, der das Berliner „Volk“ verloren und das „Reich“ nicht hoch gebracht hat, kann es sich ja leisten, ein verträgliches Antisemitenblatt in sein Schleppnetz zu nehmen, aber die Zeiten des ehemaligen Hofpredigers Adolf Stöder sind, wie wir glauben, hin; tempi passati!

Wahrheit und Unwahrheit bei den Antisemiten.

Man schreibt uns aus Eisenach:

Wie ja nicht anders zu erwarten war, haben die Freunde des antisemitischen deutschen nationalen Handlungsgehilfenvereins Schad eine Ehrenrettung ihres Leiters und eine Qualifikation ihrer „Wahlschlachttreiben“ versucht. Es wäre auch gar zu gewagt gewesen, wenn man sich gegenüber den durch die permanenten Briefe in Wahlschreiben beunruhigten Handlungsgehilfenkreisen, besonders in Süddeutschland, noch weiter das Dium der „Abzudistieren“ gegeben hätte. Anstatt aber nun, ohne Vorbehalt, die „Wahrheit“ zuzugeben und sie nach dem sattem bekannten antisemitischen Schema zu verteidigen, greift man zu einer ganz verzeitelten Taktik zurück, nach dem Spruch: Was man nicht widerlegen kann, das gibt man fed als Sage an. Man windet sich mit antisemitischer Strampelosigkeit um die Wahrheit herum und bestreitet alles. Dann kommt man zu dem Endbetracht: Wir Antisemiten sind noch wie vor tugendhaft und politisch sauber, nur die bösen Gegner, die uns immer in die Karten schauen und uns beschuldigen, hinter dem offiziellen politischen Spielplatz Mogeieren zu treiben, sind Charlatane. So hat der Ragenammer anlässlich des „Dalles“, der in der Kasse der Antisemiten nach der Eisenacher Reichstagswahl ausgebrochen ist, den deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband nicht abgelehnt, den Versuch zu unternehmen, die blamable Wahlschlachtschichte des Herrn Schad und seines Anhangs abzuwaschen. Ja — Herr Wilhelm Schad selbst schied an die „Mitteilungen“ a. d. B. j. M. d. M. eine sogenannte „Richtigstellung“, in der er ein feines Unterscheidungsvermögen zwischen „Wahrheit“ und „Unwahrheit“ in seiner Auffassung zu entwickeln versucht.

Zunächst bestritt Herr Schad, sich erboten zu haben, „die Kosten der Wahl, auf seine deutschen nationalen Hintermänner fest vertrauens, aus eigenen Mitteln zu bestreiten.“ Daß er die Wahl nicht aus seiner Tasche bestreiten konnte, glaubt man ihm gern, aber diese aus dem Zusammenhang losgelöste Behauptung klingt absolut nicht absurd, wenn sich Herr Schad vier Monate zurücknimmt. Damals hat er zunächst, nachdem er den Wahlschlachtkampf mit dem vom deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband für seine eigenen Zwecke angelegten Beamtenapparat aus Hamburg, den Herren Semmingsen und Rettembel an der Spitze, eingeleitet, je nach Bedarf aus den Ortsverbänden der größeren Städte Beamte zur Verstärkung nach Eisenach gezogen, so den Verbandeleiter Eugen Claus aus Mannheim, den Verbandeleiter aus Leipzig u. s. f. Er hat zurzeit, auf seine deutschen nationalen Hintermänner, die ihm die teilweise in Semmingsens Verlag gebundenen Drucksachen und Klebanten bezogen, fest vertrauens, den Kampf aus „eigenen Mitteln“ d. h. denen des deutschen nationalen Verbandes führen wollen. Daß er damit nicht weit kam, ist klar. Will nun etwa Herr Schad abstreiten, daß im Herbst

vorigen Jahres für die Reichstagswahl in Eisenach bei den einzelnen Ortsgruppen gesammelt wurde? — Nun, so müssen wir seinem Gedächtnis etwas nachhelfen. Schad's Organ, die „Wahlschlacht“ hat selbst für eine verzeitelte Sammlung im Oktober Stimmung gemacht. Solche Sammlungen sind ja in den Organen dieses antisemitischen Verbandes auch gar nichts neues.

Es ist also leicht möglich, daß den antisemitischen Führern das Gefühl für diese Schnorrereien nachgerade abhanden gekommen ist. Es soll hier nur an die famose 2. Kart-Sammlung erinnert werden, zu der jeder antisemitisch fühlende Handlungsgehilfe sein Scherlein beitragen mußte, damit Herrn Schad in Hamburg ein großes Dienstgebäude geschafft werden konnte. Klappen gehört nun mal zum eisernen Inventar der Antisemiten.

Noch einleuchtender dürfte jedoch Herrn Schad und Genossen eine Zukrist vom 25. November 1905 der „Ortsgruppe Mannheim des deutschen nationalen Handlungsgehilfenverbandes“ an die Redaktion des „Mannheimer Generalanzeiger“ sein, deren Schlusssatz wörtlich lautet:

„Dagegen haben Fremde und Verehrer Schads im Lande herum freiwillige Spenden für seine Wahl gesammelt!“

Rechnung — daß Herr Schad Glauben machen will, hieron nichts gewußt zu haben, daß er angesichts solcher schwerwiegenden Offenbarkeiten sein Verbandsunterleiten, die erst nach eingehender Orientierung niederbegebenen Tatsachen und Wahrheiten des Artikels in Nr. 7 der „Mitteilungen“ für oportun hält, sans façon als „unwahr“ zu bezeichnen. Man darf es dem unbefangenen Politiker getrost überlassen, zu konstatieren, auf welcher Seite die „Unwahrheit“ zu finden ist. Man beachte nur, wie man in den Kreisen der deutschen nationalen Handlungsgehilfen über Wilhelm Schad und seine antisemitische Verbandspolitik urteilt. Auch hierüber kann Herr Schad — falls er es noch nicht gewußt hat — an dieser Stelle aufgeklärt werden.

In einer Zukrist vom 24. November 1905 eines dem Schad'schen Verbands angehörenden Mitgliedes über die Wahl in Eisenach, die in mehreren süddeutschen Blättern Aufnahme fand, heißt es wörtlich:

„Ich kann Sie versichern, daß es hier (in Süddeutschland. D. Ref.) eine große Anzahl von Verbandsangehörigen gibt, die mit diesem Vorhaben absolut nicht einverstanden sind. Man kann die Freude über Schads Sieg wohl begreifen, aber nach der Bedacht auf solche, mit seinem ganzen Beamtenapparat, dabei zu tun hatte, ist nicht zu verstehen, es müsse gerade sein, daß die Verwaltung, jetzt, nach der Wahl Schads eine Zugangsänderung vor hat. Ich für meine Person möchte aus alter Anhänglichkeit an den Verband wünschen, daß er sich in Zukunft jeder politischen Tendenz fernhält, was ihm jedenfalls nur zum Segen gereichen kann.“

So urteilt man in den Mitgliederkreisen des Schad'schen Verbandes vielfach, wenn aus Infolge des „deutschen nationalen Terrorismus“ nicht immer mit der Offenheit, wie es hier geschieht. Daß man angesichts solcher Erbitterung über die Mißwirtschaft und politische Irreführung des Verbandes, nach wie vor die vom Herrn Schad abgelehnten, von seinen Ortsgruppen aber bekämpften und bitter empfundenen Schnorrereien zu Wahlschlachtkampf fortsetzt, ist für die Führung des Verbandes bezeichnend und beweist, daß ihr die Auffassung für solche Handlungsweise abgeht. Die Folgen sind denn auch nicht ausgeblieben. In Frankfurt a. M. haben sich mehrere hundert Handlungsgehilfen in einer Resolution gegen die Bezeichnung Schad als Handlungsgehilfenvertreter ausgesprochen. Daß sich die Berufsangehörigen eines Reichstagsabgeordneten vom diesem losagen, ist eigentlich das schlimmste, was einem Parlamentarier passieren kann. Wie kann denn ein Reichstagswahlkreis seinem Vertreter vertrauen, wenn sich die Landesangehörigen gegen

die Bezeichnung ihres Kollegen als Vertreter ihres Berufes vernahmen? — Ob Wilhelm Schäd auch diese Wahrheit, nach seiner Auffassung, in das Gegenteil ummobielt, bleibt abzuwarten.

Nicht die „Mitteilungen“ haben ferner die „Schädspende“ als Geldspende erwähnt, sondern in dem Bittbrief, in dem die armen Handlungsgesellen aufgefordert werden, die Schäd'schen Wahlkassen zugunsten des Großen- und Baronenbundes zu belegen, ist von der „Schädspende“ die Rede und zwar mit der Wendung:

„Die Handlungsgesellen sind es unferen Führer doch wohl schuldig, neben der Ehrung durch die Schädspende auch diese Summe Geldes aufzubringen.“

Das heißt doch wohl bei Ruten, die es mit deutscher Eghelheit und klarer Ausdrucksweise genau nehmen, daß die Schädspende auch einmal eine Summe Geldes war. Ist sie schon vor der Reichstagswahl in Eisenach in eine andere Form gekleidet worden, so ändert das nichts an der Tatsache, daß dieselben Handlungsgesellen, die schon einmal für den Antisemiten Schäd tüchtig bliesen wußten, jetzt erst recht, zugunsten der Reaktion, also zu volksfeindlichen Zwecken, „freiwillig“ in den Beutel greifen sollen. Im übrigen bleibt es eine nicht zuguleugnende Blamage für diese angeblich „nationale“, tatsächlich „händelisch-antisemitische“ Gesellschaft, daß sie nicht imstande war, auf die gewöhnliche Art ihre Wahlkassen zu belegen.

Wenn man selbst von der sonderbaren sog. Schädspende absehen würde, ist es Tatsache, daß der Wahlkreis Eisenach mit ungeheuerlichen Geldmitteln bearbeitet worden ist und daß, trotz der Bestreuer der Zwangsarbeit, trotz der reichlichen Unterstellungen aller reaktionären Organisationen, trotz der Wohlgehe des bekannten Verbandes gegen die Sozialdemokratie und ähnlicher Geister, es nicht möglich war, die Barrenbauersklame und die sonstigen Wahlkassen für Schäd zu beden.

„Unwahr“, so schreibt Herr Wilhelm Schäd „berichtigend“ weiter, ist die Angabe, daß der Bund der Landwirte inoffiziell in die Tische gestritten hätte.“ Heißt das —, daß er es offiziell getan hat? Der Antisemit Schäd leugnet ja überhaupt jede Gemeinshaft mit dem Großen- und Baronenbund. Auch herein kann man seinem Gedächtnis etwas nachhelfen durch die Niederlage eines vertraulichen Flugblattes an die Herren Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte im II. Reichstagswahlkreis des Großherzogtums Sachsen-Weimar. Dieses vom 28. September v. J. datierte Schreiben lautet wörtlich:

„Die am 23. d. Mts. in Eisenach am 24. d. Mts. im Darmstadt abgehaltenen Vertrauensmännerversammlungen des Bundes der Landwirte bedürfen, für die auf den 7. November in unferen Reichstagswahlkreis angelegte Veranlassung die Kandidatur des Herrn Wilhelm Schäd in Bamberg. Vorsitzender des deutschen nationalen Handlungsgesellenverbandes, zu unterstützen. Herr Schäd ist nicht offizieller Bundeskandidat. Herr Schäd, welcher sich für den Fall der Wahl der Wirtschaftlichen Vereinigung angeschlossen wird, hat erklärt, daß er mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln die Verkündung des Bundes der Landwirte bestreiten werde. Nachdrücklich wird darauf hingewiesen, daß unser Kandidat zu den deutschen Mitgliedern des Bundes der Landwirte gehört, welchem er alsbald nach seiner Gründung beigetreten und bis heute treu geblieben ist.“

Die Herren Vertrauensmänner bitte ich, von vorstehenden Tatsachen den Mitgliedern ihrer Ortsgruppe baldmöglichst Kenntnis zu geben. Auch füge ich eine Anzahl Plakate bei, in denen die Kandidatur Schäd angezeigt wird. Ich bitte, die Plakate an geeigneten Stellen Ihrer Ortsgruppe öffentlich auszustellen, um so auch weiteren Kreisen unferen Kandidaten bekannt zu machen. Sollte es und geschehen, Herrn Schäd zum Siege zu bestreiten, so würden wir zweifellos einen vorzüglichen Vertreter für unferen Reichstagswahlkreis in den Reichstag senden, und wir würden dabei die Gewißheit haben, daß unser Abgeordneter ein tüchtiger Vorkämpfer für unferen Bundeszweck sein wird. Die Voraufrufung zu unferen Mitgliedschaften bildet aber die richtige Würdigung aller unserer Mitglieder. Insbesondere würde ich mich an die Herren Vertrauensmänner des Bundes der Landwirte und bitte Sie, mit allem Eifer für die

Kandidatur des Herrn Schäd, unferen offiziellen Bundeskandidaten, wirken und wirken zu wollen.

Mit Bundesgruß

den Bonnaburg.

Vorsitzender des Bundes der Landwirte
für den Reichstagswahlkreis Eisenach-Darmstadt.“

Dieses Dokument spricht Bände und der Bittbrief für Schäd, in dem der Passus vorkommt, „er möge die Dedung (der Wahlkassen. D. Verf.) nicht irgendwo beantragen, wo ihm Verpflichtungen irgend welcher Art daraus erwachsen könnten“, wird jetzt in ein ganz neues, eigenartiges Licht gerückt.

„Unwahr“, meint Herr Schäd weiter, ist die Darstellung der Eisenacher Bärmigen, zumal die Behauptung, daß einer Anzahl Wähler, die vorher durch Eintrittskarten eingeladen worden seien, der Eintritt in die Wahlversammlung verweigert worden sei.“

Dem Agitationsgänger Schäd ist bei dem Versuch, die Unwahrheit von der Wahrheit zu sondern, das Unterscheidungsvermögen abhanden gekommen, sobald er jetzt in der Tat die Begriffe verwechselt. Dofür, daß sich die Bärmigen genau so, wie sie hier geschildert war, abgesetzt hat, bürgen die Berichte einer großen Anzahl Thüringer Zeitungen, wir nennen hier nur das „Gothaische Tageblatt“, das „Jenener Volksblatt“, das „Rohrburger Tageblatt“, das „Eisenacher Tageblatt“ und die „Erfurter Tribüne“. Die erbärmliche Kampfesweise und die maßlosen Exzesse der Antisemiten bei der Reichstagswahl in Eisenach wurden auch am Freitag, den 16. Febr., also noch vor wenigen Tagen im Weimarer Landtag zur Sprache gebracht. Landtagsabg. Hummel ging besonders auf den Wahlstrawall in Eisenach ein, der von Antisemiten verurteilt worden ist. Abg. Baubert sagte: Bei der letzten Reichstagswahl in Eisenach habe man von seiten der Antisemiten und Wähler gegen die Gegner, besonders gegen den freisinnigen Kandidaten Rüßner gekämpft, wie es bei den Sozialdemokraten nicht vorkomme. Das Verhalten des auserwählten Reichstagsabgeordneten Schäd und die Art der Verhöhnung seiner Wahlkassen seien charakteristisch für den ganzen Antisemitismus. So urteilt das Weimarer Parlament, jetzt, fast vier Monate nach der Wahl; gewiß ein Maßstab für die Erbitterung, die in ganz Thüringen über die systematische Verhöhnung der Bevölkerung durch die Antisemiten herrscht.

Daß weiter Herrn Schäd die Sache mit den Eintrittskarten unangenehm ist, ist verständlich. Er hat ja auch — da infolge des vielen Karteninhabern verweigerten Einlasses, wie leicht verständlich, Ärger erlitten —, die Versammlung überhaupt nicht eröffnet. Die Karten, die von dem Bureau des Herrn Schäd planlos verschleudert wurden, sind wahre Muster für die „Barrenbauersklame“ der Antisemiten. Trotzdem ist Herr Schäd verleugnet, sind sie noch heute in unbegrenzter Zahl in Eisenach aufzutreiben. — Es ist auch nicht weiter verwunderlich, wenn Herr Schäd zum Schluss bekennt, bei der Wahl-Stegefeier Champagner getrunken zu haben. Aufschneider ist es jedenfalls nicht gewesen. Aber es soll konstatiert werden, daß Wilhelm Schäd nach Verkündung seiner Wahl, nachdem er seinen Bausenfreund und Lehramtsrath Liebermann von Sonnenberg umarmt und geküßt hatte — nach seiner Auffassung — Selbsterlöser getrunken hat.

Gerade zur richtigen Zeit ist dem Schreiber dieses die Annamnummer der „Lotteriepott“ zugehandt worden. In dieser Zeitschrift wird darauf hingewiesen, daß eine von dem Schäd'schen Verbande am 1. April angegebene „Lottoziehung“ nicht stattfindet, den Räumern der Lotte aber das Geld im Betrage von

100 000 Mark nicht zurückgegeben wurde, sondern von Herrn Schäd erklärt wird:

„Wir sind davon überzeugt (1), daß unsere Mitglieder die Lofe gekauft haben, nicht um einen Gewinn zu erzielen, sondern um unseren Gutsaufsatz zu erfüllen zu helfen, und daß es unseren Freunden ganz gleichgültig ist, ob sie nun dabei die Aussicht (1) auf einen Gewinn gehabt haben, oder nicht.“

Das ist der Antisemit Schäd. Kommentar länglich überflüssig.

Weiter ist die Erwartung ausgesprochen, daß die Käufer der Lofe auf eine Rückgabe des Kaufpreises verzichten. Wer aber so frei ist, sein Geld zurückzufordern, der bekommt nicht etwa sein Geld gegen Rückgabe des Lofes von demjenigen zurück, der ihm in seiner Ortsgruppe das Los verkauft hat, sondern er muß der Verbandsleitung (also Herrn Schäd) das Los unter Angabe seiner Adresse und Mitgliedsnummer einreichen.

Die Stimme von der Wartburg.

Die antisemitische „Deutsche Rundschau“ in Kassel, der eine ähnliche „Berichtigung“, wie uns, zugegangen war, macht zu der Mitteilung in dem Betteljournal, daß doch unter allen Umständen vermieden werden müsse, daß die Tilgung der Wahlschulden Schäd eine gewisse Verpflichtung gegenüber der Stelle auferlege, welche subsidiär hierfür einträte, folgenden interessanten Zusatz:

„Unsere Stelle sagte wirklich: „Schäd dürfte, so heißt es in dem Schreiben, nicht in die Lage gebracht werden, die Deckung dieses Betrags bei einer Stelle zu beantragen, wo er dafür Verpflichtungen irgend welcher Art eingehen müßte.“ Darin ist, wie man sieht, nichts „entstellt“ wiedergegeben. Das Schreiben ist in der angegebenen Fassung in einer ganzen Anzahl von Tageszeitungen abgedruckt und das auf dem heutigen Tag von dem „Deutschen Blatt“, dem angesehensten Organ der deutschsprachigen Partei, nicht demontiert worden; das „Deutsche Blatt“ wird, wie wir zugehen müssen, sehr mangelhaft redigiert, aber zur Veröffentlichung eines Demontés hätte es sich bei Auslieferung aller Kräfte am Ende annehmen können. Ist aber der gloriöse Wortlaut aufbewahrt, was sollen dann die „Berichtigungen irgend welcher Art“ bedeuten? Solche geschraubten Wendungen braucht man doch nicht, um die einfache Tatsache auszudrücken, daß man eine Darlehensverbindlichkeit eingeht, wenn man einen Pump macht. Nur ein politische Berichtigungen war nach dem ganzen Text des Schreibens zu denken. Ist aber dieser Text etwa schon in den Tageszeitungen unrichtig wiedergegeben, so bitten wir um Berichtigung.“

Herr Schäd schreibt, nach niemals habe der Bund der Landwirte den Versuch gemacht, irgend einem deutschsprachigen Abgeordneten seine Politik vorzuschreiben. Wozu weiß er das? Wozu er, daß seine Kollegen ihm die Geschichte ihrer familiären Klüften erzählen? Wozu er, daß Zuwendungen dieser Art materiell protokolliert werden? Doch ihm persönlich gegenüber solcher Versuch gemacht worden sei, haben wir nicht beauptet; wir haben vielmehr die Hoffnung ausgedrückt, daß er nie in die Lage kommen werde, derartiges über sich ergehen lassen zu müssen. Nach alledem können wir nicht finden, daß er irgend einen Versuch unserer Stelle demütigt hätte. Daß er den Versuch dazu gemacht hat, daß ist zu sehen, schon weil es angienend dem dem Verhalten eines anderen deutschsprachigen Abgeordneten abhebt, der einen schweren und erweislich wahren Vorwurf ruhig in der Hoffnung einträgt, daß die Zeit über alles Grotz wachsen läßt.“

Nochmals der Justizminister Bessler und die Vereinigungen christlicher Referendare.

Das mehrfach erwähnte Breslauer Vorkommnis ist jetzt auch im Mienum des Abgeordnetenhauses bei Beratung des preussischen Justizgesetzes in der Sitzung vom 17. d. M. zur Verhandlung gekommen; und zwar wurde

der Minister hierüber von dem Breslauer konfessionellen Abgeordneten Major A. D. Strosfer Interpelliert. Außer dem Minister ging noch der Danziger freisinnige Abgeordnete Kertsch auf den Fall näher ein. Wir lassen die Reden nach dem stenographischen Bericht folgen:

Major A. D. Strosfer: Ich komme zum Schluss nun noch auf eine Angelegenheit, die sich in meinem Wahlkreis Breslau zugezogen hat, und die bereits in der Budgetkommission zur Sprache gekommen und auch vom Herrn Minister beantwortet worden ist. Sie betrifft den Verein christlicher Referendare in Breslau. Ich will dem Tatsachen hier kurz rekapitulieren. Dieser Verein stiftete nämlich sein zehnjähriges Stiftungsfest durch ein Essen. Es war zu diesem Zweck ein Saal in einer Restauration gemietet worden, jedoch dieses Essen in einem vollständig geschlossenen Raum stattfand. Ich weiß das, weil ich selbst ein Mitglied war mit antiseptischer Tendenz gelangten worden. Ich will dieses Lied in seiner Weise verteidigen; aber meine politischen Freunde noch ich wollen uns damit irgendwie identifizieren; es ist gut, aber schlecht war, spielt hier nach meiner Ansicht auch gar keine Rolle. Dieses Lied ist auf eine bössere ganz unangenehme Weise in die Hände des christlichen Rechtsanwalts Wasmuth in Breslau gelangt, und dieser hat es, Refektorie führend, ich weiß nicht genau, ob an den Herrn Minister oder an den damaligen Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten, weitergeschickt. Wie das Lied in die Hände dieses Rechtsanwalts gekommen ist, ist, wie gesagt, unangeführt. Wie ich aber heute durch einen Brief aus Breslau erfahren habe, soll der betreffende Rechtsanwalt erklärt haben, daß ihm ein Kellner den Brief gegeben habe. (Hört, hört!) Wozu derselbe dazu demotiert ist, entzieht sich vollständig unserer Kenntnis. (Hört, hört!) Jeglicher Zweifel ist so viel sicher, daß dieses Lied nur durch groben Betrugsbruch in die Hände eines anderen gelangen konnte.

Es ist in der Budgetkommission vom Herrn Abg. Wasmuth angefragt worden, ob der Herr Minister bereit sei, aus Anlaß des in Breslau vertriebenen Schieds eine Untersuchung anstellen, ob und inwieweit auch in anderen Städten Referendare oder „Berichtigungen“ prinzipiell jüdischen Referendaren den Eintritt nicht gestatten, aber ab, falls tatsächlich Unterlagen vorhanden sind, er dagegen vorgehen wolle. (Hört, hört!) Der Herr Minister hat dem Vorkommnis folgende Antwort gegeben. Er erklärt, daß er in seiner früheren Eigenschaft als Oberlandesgerichtspräsident in dem besagten Fall in Breslau das Disziplinärverfahren demotiert habe. (Hört, hört!) Rechts! Da dieses Verbot nicht von einem Referendar, sondern von einem Richter verhängt worden ist. Es soll aber bereits eine entsprechende Entscheidung erfolgt sein; er werde in jedem einzelnen Falle, der ihm dazu Veranlassung geben, einzutreten, er sei aber nicht in der Lage, im allgemeinen Untersuchungen darüber anstellen und die Referendare in der Wahl ihres Umfanges zu beschützen. Nach meinen Nachrichten ist das Verfahren, das sowohl gegen den Verfall des Lofes, einen Landgerichtspräsidenten Hofmann in Breslau, eingeleitet ist, wie gegen denjenigen Referendar, der bei dieser Angelegenheit den Vorfall führte, in erster Instanz bereits beendet. Es ist das Disziplinärverfahren eingeleitet worden, und der Herr Oberlandesgerichtspräsident Hofmann hat einen Beweis bekommen, (Hört, hört!) während der betreffende Referendar eine dienstliche Wohnung erhalten hat. (Hört, hört!)

Ich möchte fragen, ob die Behauptung dieses Falles eine solche ist, wie wir sie — sagen wir einmal — sehr richtig und zureichend haben können.

Es ist bereits im Jahre 1891 ein ähnlicher Fall in Glindeheim vorgekommen. Es handelt sich damals um einen Tisch der Referendare, die einen jüdischen Kollegen nicht aufnehmen wollten. Die Frage war, daß selbst das Oberlandesgerichtspräsidenten schließlich an dieser geschlossenen Tischgesellschaft beteiligten Referendare freigesetzt wurden. (Hört, hört!) Rechts! Der Saal ist damals hier im Landtage zur Sprache gebracht worden. Da haben sich Mitglieder jüdisch aller Parteien auf dem Standpunkt gestellt, daß es in keiner Weise Sache der Behörden sei, sich darum zu kümmern, welchen Umgang die Referendare haben wollen und welchen nicht. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich fürchte keine antisemitische Tendenz aus. Ich frage nur: Haben die Referendare das Recht, sich in dieser Zusammenkunft, wie es ihnen gefällt, oder haben sie dieses Recht nicht? Es haben Mitglieder aus der linken Partei dieses Saales damals zu der Frage Stellung genommen. Ein Mitglied der national-liberalen Partei, der damalige Abgeordnete Grotz, sagte:

Auf der anderen Seite muß ich von meinem Standpunkte aus und auch vom Standpunkt meiner Rechtsanwaltskollegen aus verlangen, daß das Recht einer geschlossenen Gesellschaft gemacht werde, und daß in diesem nicht hineingezogen werde, von welcher Seite es auch komme. Ich verlange für eine geschlossene Gesellschaft das Recht, daß sie sich ihre Mitglieder sucht und aufnimmt, wo sie will und wen sie will, daß sie sie ablehnen kann auch ohne Angabe von Gründen. Meine Herren, auch ein freisinniger Abgeordneter, der eine große Rolle in der freisinnigen Partei gespielt hat, dessen Ansehen Sie als

nach nicht begreifen werden, der damalige Abgeordnete Mundel, hat hier in diesem hohen Hause gesagt:

Von einem Vorrecht jüdischer Reformen, einzutreten in Gesellschaften, die sie nicht haben wollen, hat der Herr Justizminister ja nicht gesprochen und ich würde ein solches Vorrecht selbstverständlich nach seiner Seite hin würgen. Wenn es sich also darum allein gehandelt hätte, hier den Bescheid einer unabhängigen Gesellschaft den Reformen zu erteilen, dann würde das Verbot entschieden haben gemüßigt werden müssen.

Ich glaube, meine Herren, der Herr Justiz hat ganz ähnlich. Damals haben Vertreter der Juden nicht gesagt, man solle Reformen nicht behandeln wie Letztere auf der Schwabach, sie seien Männer, die sich zusammenfinden können, wie sie wollen; und ich bitte deswegen, diese Frage lediglich von diesem Standpunkt aus zu betrachten und zu erörtern, ob es angezeigt ist, in dieser Weise wie gefahren einzutreten.

Man sagt man freilich: ja, zusammenfinden können sie sich; aber ein solches Vieh dürfen sie nicht fangen. Ja, meine Herren, welche Bedenken hinter verschlossenen Thüren gelungen werden — ich meine, darum sollte sich überhaupt keine Staatsbedenke bestimmen, (sehr richtig! richtig!) wenn junge Leute im überflüssigen Jugendzorn einmal ein wenig singen; und, meine Herren, ich frage Sie: wer von Ihnen hat denn in seinen jugendlichen Jahren nicht einmal ein solches Vieh gefangen, das er heute fäherlich nicht mehr fangen würde? (Verbalte Zustimmung rechts und links!) Also, meine Herren, wenn Reformen bei einer solchen Gelegenheit nun einmal etwas nan, was nicht die Billigung von allen Herren dieses hohen Hauses findet, so sollte man doch eine solche Sache nicht gleich so außerordentlich tragisch nehmen, und es wäre deswegen meiner Ansicht nach besser gewesen, man hätte den Reformen vollständig unbedenklich gelassen.

Nun aber weiter: was ist denn dies eigentlich für ein Verein? Ist er ein so gefährlicher antisemitischer Verein, der es wirklich verdient, daß die Regierung sich mit ernstlich mit strengem Auge um ihn bekümmert und da einmal auf dem Wefen aufbeißt?

Meine Herren, ich will vorher noch eins sagen: Wohlged dieses Vereins bleibt jeder, der einmal darin gewesen ist, sein ganzes Leben lang, und fast in sämtlichen Wirthschaften sind heute noch seine Mitglieder und in allen mäßigen Vereinnungen und Wirthschaften des Landes. Dieser Verein ist ein reiner Vortreibverein. Die Aussagen des Vereins ständlicher Reformen lauten in ihrem § 1: Der Verein christlicher Reformen mit dem Sitz in Breslau bezweckt eine geistliche Vereinigung seiner Mitglieder. Wohlged des Vereins kann jeder Reformen ständlicher Reformen werden.

Ist denn nun, meine Herren, wie in den Zeitungen gleich wieder behauptet ist, jeder christliche Reformen ohne weiteres Mitglied dieses Vereins? Daraufhin nicht! Der Verein hat sich vorgenommen, aber ist gegründet worden mit der Bestimmung, nur solche Personen aufzunehmen, die in jeder Beziehung in diese Vereinigung passen. Darum hat er in der Aufnahme die äußerlichsten Bedingungen gestellt, und der § 14 der Statuten lautet:

Die Aufnahme kann erst erfolgen, nachdem der angemeldete Reformen an zwei Vereinsmitgliedern anerkundet worden ist. Von dieser Bestimmung kann die Generalversammlung Befreiung gewähren. Der Aufnahme bedürfen ist Einmündigkeit, rathbarkeit.

Also ein einziger, der widerprüchlich, kann ohne weiteres die Aufnahme verdienen.

Meine Herren, auch die Jüde und alle des Vereins Interessenten ja wohl bei dieser Gelegenheit, und da darf ich mir wohl erlauben, den § 15 noch vorzulesen, der lautet:

Jedes Vereinsmitglied ist verpflichtet, auch nach außen hin das Recht des Vereins zu heben und die Interessen seiner Mitglieder zu wahren. Jüdischen Reformen Mitglieder müssen einander auch innerhalb des Vereins zum Auszuge zu bringen. Es ist insbesondere seinem Vereinsmitglied gestattet, die Ehrenbüden eines anderen Vereinsmitglied eine Forderung zu stellen oder zu überbringen.

Meine Herren, Sie verstehen daraus, daß der Verein tatsächlich in großen und ganzen ein karmeliter, der sich gleichfalls Jüde verhält. Weiter nichts, und daß es auch Sache der Reformen ist, ihre Mittheilung in geschlossenen Räumen zu feiern, wie sie es für richtig halten. Ich meine deswegen, man sollte nicht gleich aus einer solchen, vielmehr nicht ganz harmlosen Feiern, bei der man solche Jüde singt, ein crimen laeso majestatis machen, wie man das tatsächlich hier getan hat.

Was nun den Herrn Verfasser des Viehes, Herrn Landgerichtsrath Hoffmann, anlangt, so ist das Verbot, welches gegen ihn steht, noch nicht abgethan, und ich will es doch bei dieser Gelegenheit ausdrücklich sagen, ob es richtig war, in der früheren Form, wie man es getan hat, gegen ihn vorzugehen. Ich für meine Person möchte ja bei dieser Gelegenheit die Frage aufwerfen: Ist dieser Landgerichtsrath Hoffmann wirklich ein so gefährlicher Mann, wie es nach allen Zeitungsnotizen und nach dem Vorn, der über die Sache gemacht ist, erscheinen könnte? Der Landgerichtsrath Hoffmann besitzt die Rettungsbücherei, weil er mit eigener Lebensgefahr einen jungen Mann

aus der Über das Tode gerettet hat. Im allgemeinen ist ein Mann, der die Rettungsbücherei besitzt, als braver Mann zu bezeichnen; aber ich möchte nach eins hinzusetzen. Dieser selbe Landgerichtsrath Hoffmann hat die Rettungsbücherei dafür bekommen, daß er einen jüdischen jungen Mann (große Heiterkeit) vom Tode gerettet hat. Also, meine Herren, ist er doch wohl ein recht braver, ein ehrenwerth, dem man nicht gleich wegen eines solchen angeblichen Vergehens an den Thoren gehen sollte. Und ich meine, gerade die jüdischen Mitglieder anderer Landes könnten ihm nur sehr dankbar sein, daß er einen der letzten aus dem Fluten mit eigener Lebensgefahr gerettet hat. (Große Heiterkeit und lebhaftes Bravo.)

Zusammenfassung: Der Vorfall in Breslau hat sich in mander Hinsicht etwas anders zugezogen, als man dem Herrn Adg. Strofer berichtet hat. (Hört, hört! links.) Zunächst hat sich als Landesgerichtsrath bei der Sache nicht beteiligt gewiesen, sondern habe davon erst amlich Kenntnis bekommen, als ich mich in meiner gegenwärtigen Berufstellung befand, und ich möchte nur kurz wiederholen, was ich in der stammfälligen gesagt habe, und was sich in wesentlichen mit dem Vorfall, was der Herr Abgeordnete als den richtigen Standpunkt hingestellt hat. Ich habe gesagt — und ich bleibe dabei —, daß ich garnicht daran denke, den Zuständigkeiten irgendwelche Vorwürfe zu machen, wie sie sich ihren außerordentlichen Rechte wählen sollen. Ich möchte es für verfehlt halten, wollte man einen Zwang ausüben. Was sollte daraus werden? (Sehr richtig!) Dadurch würde kein freundschaftlicher Verkehr, leicht aber Mißtraut und Unheil hervorgerufen werden. (Sehr richtig!) Etwas anderes ist es, wenn einzelne Beamte dienliche Rücksicht außer acht lassen, die sie ihren Mitbürgern und denen, mit denen sie in amtliche Berührung kommen, schuldig sind. Jener Verein — er nennt sich Verein christlicher Reformen; ich habe bisher keine Bereinigung gehabt, mich mit ihm zu beschäftigen — feierte ein Fest, an dem, wie mir gesagt ist, etwa 90 Herren teilgenommen haben; es waren größtentheils nicht Reformen, sondern ältere Herren. Das Vieh, das man gefangen hat, wird von seiner Seite gebilligt. Man hat es gefangen auf Veranstaltung des Landgerichtsraths Hoffmann, eines etwa 50 jährigen Mannes, der es gebietet hat, soviel ich weiß, der es einem der Reformen gegeben hat, damit es gefangen werde. Dieser Reformen hat zunächst Bedenken geäußert; er hat es nicht lassen, weil der Landgerichtsrath Hoffmann ihm sagte, es werde gehen. Das Vieh ist getrennt, verteilt und von den 90 Herren gefangen worden.

Mit der Abgeschlossenheit ist es bei dem vorzuziehenden Vorgehen nicht so einfach. Wenn in einem Wirthschaftsanstalt 90 Herren etwas singen, nachdem die Jüde unter sie verteilt sind, da ist es mit der Gehörhaltung etwas bedenklich. (Sehr richtig!) Nun war eine ganz Anzahl von Exemplaren liegen geblieben und, wie mir gesagt ist, hat ein Reformen nachher einem Herrn eins davon gegeben. — So ist es allgemein bekannt geworden. Doch es so faszinieren konnte, daß noch mehr. Daraufhin hat man keineswegs — das behaupte ich hier besonders dem Herrn Adg. Strofer gegenüber — dem Verein der Reformen irgendwelche zu nahe treten wollen. Er ist heutzutage gerade so unbedenklich wie früher. Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt ist: man möge disziplinieren gegen die Reformen eingeschritten. Ich glaube, das ganze Eingreifen gegen die Reformen hat sich darauf beschränkt, daß man dem, der den Vorfall hatte und auch das Vieh singen ließ, gesagt hat: sein Verhalten wäre nicht richtig gewesen. Wenn gesagt ist, daß früher, ich glaube in Velle, ähnlich vorgekommen wäre, daß man dort eine disziplinäre Unterordnung eingeleitet hätte, so bemerke ich, daß ich nicht weiß, was damals geschehen ist. Jedenfalls ist von einem disziplinären Eingreifen gegen die Reformen in Breslau weiter keine Rede. Der Landgerichtsrath Hoffmann aber hatte Anlaß zu großer Verwirrung in vielen Kreisen Preussens gegeben. Diese Auffassung wurde keineswegs bloß von Herren jüdischen Glaubens geteilt, sondern auch von vielen anderen. Was jetzt näher, als daß man die Sache unteruchen läßt; was dazu ergibt sich ein Versehen im Dienstaufsichtsweg wenig! Dabei erheben wir nicht anders, was vorgekommen ist in der That, als wenn man die Auffassung in den brillanten Formen eines geschickten Verfahrens läßt. Der einzige Weg, um nach jeder Seite die Sache klar zu stellen, war der, daß man den Landgerichtsrath Hoffmann vor seinen Standesgenossen, die zur Aufklärung berufen sind, die Sache aufstellen ließ und das Ergebnis abwartete. (Sehr

richtig.) Jetzt schreibt die Unterfuchung. Anders konnte von der Justizverwaltung nicht verfahren werden.

Ich kann mir meine Aufassung dahin widerlegen: ich wäre niemanden in seinem Rechte. Ich kann aber nicht zulassen, daß irgend welche verlegende Beurteilungen und kränkendes Verhalten innerhalb der Kreise der Justizbeamten geduldet werden. Das geht nicht. Wir müssen einen vornehmen Ton annehmen und wahren (sehr richtig!); bezwiegte Verträge, wie sie dargekommen sind, dürfen nicht sein. (Sehr richtig!) Daß der Landgerichtsrath Hoffmann vertrieben sein gehandelt hat, als er das Kind reiste, war wollte das mehr anerkennen als lag? Daß das Kind reiste, während der Abkündigung war, ist mir heute zum ersten Male mitgeteilt worden. Aber nicht, wenn ich es gewußt hätte, hätte ich nicht anders verfahren können, als es geschehen ist. In dem Moment, als Hoffmann das Kind reiste, wird übrigens auch er über dessen Herkunft nichts gewußt haben. (Sehr richtig! und große Heiterkeit.)

Ich kann mich dahin erklären: Von der Eöhrung eines freien Vereins kann nicht gesprochen werden, aber laßendes Verhalten, das Sie und da immer vornehmen kann, muß unterfuchung führen. Das geschieht, die Justizverwaltung hat nichts getan als ihre Pflicht. (Beifall.)

Hr. Herr: Selbstverständlich stehen meine politischen Freunde auch heute noch an dem Standpunkt, daß man niemanden, auch nicht einem Beamten, sei es einem älteren, sei es einem jüngeren, verurtheilen darf, wo er außerhalb seines Amtes handeln sollte und sollte. Ich muß selbständige Rechte nach dieser Richtung bewahren. Allerdings hätte ich es nicht gerade für empfehlenswert, daß innerhalb derselben Beamtenschaft sich Sondervereine nach politischen oder konfessionellen Rücksichten bilden, (sehr richtig! bei den Freimüthigen) die die Bundesversammlungen ausschließen, weil dadurch die Arbeitsfähigkeit und die Zeit am Zusammenarbeiten, die doch schließlich die Voraussetzung für die Wirksamkeit der Arbeit ist, entstehen würde. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Und schließlich für befehlsgewalt und vernünftig halten wie es, wenn aus Veranlassung der Gründung solcher Vereine Mithimmung und Bezeichnung in das Publikum, in die große Bevölkerung durch irgendwelche Ausbreitung getragen wird. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Wenn daher gegen solche Maßnahmen die Justizverwaltung übertriebene Stellung nimmt und im geordneten Rechtsweg die eine Verantwortlichkeit zur Verantwortung zieht, so können wir das ungerecht nur billigen. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Im übrigen möchte ich mir aber erlauben, da der Herr Kollege Straßer Äußerungen unserer Parteigenossen, des verewigten Wundt, aus der Sitzung vom 1. Mai 1901 angeführt hat, auch dem hohen Hause vorzutragen, wie sich der damalige Justizminister Herr v. Schilling aus Anlaß des deutschen Falles in Nürnberg geäußert hat; das wird nämlich genau das, was meine politischen Freunde meinen. Er hat gesagt: Was meine Stellung zu der Sache betrifft, so nehme ich keinen Anstand, im Verein mit dem Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten zuzustimmen. Ich muß von den Herren verlangen, daß sie ihren Kollegen gegenüber ein kollegialisches Verhalten ohne Rücksicht auf die Verschämtheit des Religionsbegriffes beobachten, (sehr, hört! bei den Freimüthigen) und ich betrachte es als eine Aufgabe der Justizverwaltung, jeder Betheiligung unkollegialischen Verhaltens gegenüber jüdischen Herren entgegenzutreten. (Hört, hört! und sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Wir würden uns sehr freuen, wenn der Herr Justizminister diese Vorgänge seines Herrn Vorgängers auch zu den seinen machen würde.

Mit der Stellungnahme des Ministers, soweit sie die persönliche Seite des Falles anlangt, wird man sich im allgemeinen einverstanden erklären können. Weniger überzeugend und vor allen Dingen der logischen Konsequenz entbehrend waren dagegen seine allgemeinen Ausführungen über die konfessionellen Absonderungsbestrebungen in der Justiz.

Gewiß ist es vollkommen korrekt, wenn der Justizminister sich jeglicher Vorschriften an die Beamten seines Ressorts enthält, mit denen er außerhalb des Dienstes verfahren wollen. Mit Recht betonte der Minister auch, es sei ganz etwas anderes, wenn Einzelne die Rücksicht auf die Acht lassen, die sie ihren Kollegen gegenüber, mit denen sie in amtlichen Beziehungen stehen, schulden. Das ist in der Tat der springende Punkt. Der Minister hat daraus aber leider nicht die logische Konsequenz gezogen, daß unter diesem Gesichtspunkt schon die Bildung einer Vereinigung christlicher Referendare mit deutlicher Spitze gegen ihre andersgläubigen

Kollegen als eine grobe Verleugnung der kollegialischen Rücksichten erscheinen muß. Schon die Tatsache des Ausschlusses der jüdischen Kollegen aus einer solchen Vereinigung von Berufsgenossen muß provozierend und auf die Ausgeschlossen verbitternd wirken.

Der Minister hätte deshalb sich persönlich und seiner prinzipiellen Stellungnahme nichts verhehen, wenn er zum wenigsten das Bedauern darüber ausgesprochen hätte, daß in Breslau — und vielleicht auch anderswo — Vereinigungen von Justizbeamten bestanden, die den Kollegen, die einer anderen Konfession angehören, gefährliche Kräfte gegenüberstellen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Küster, der Vorsitzende der verkappt antisemitischen Mittelstands-Vereinigung, hat in dem Prozeß anfänglich bekannenen unläutenden Submittenten-Aktive sehr schlecht abgeknüttelt. Er hatte, wie erinnerlich, feinerer als Winkelbittender den Reichstagskuppelbau zur Ausführung bekommen. Im Herbst vorigen Jahres wurde nun bekannt, daß es bei der Submittenten nicht einmündig zugegangen war und zwar zum Nachteil der Stadt. Küster, der auch Mitglied des Bürgerordnungs-Kollegiums ist, wurde von diesem zur Rede gestellt, ob es wahr sei, daß er, Küster, und der Maurermeister Heren, die den Bau gemeinsam ausführen, den zurückgetretenen Bewerber 10 000 Mark als Entschädigung gezahlt hätten. Küster leugnete ganz entschieden; ein solches Verschulden wurde seiner Ehre. Von den 10 000 Mark wisse er nicht das mindeste. Allerdings habe er an einen der Submittenten 2500 Mark gezahlt, aber als schuldige Verleumdung. Seine ursprüngliche Forderung habe er, wie er jagend nicht, ermäßigt, aber lediglich infolge von ihm getroffenen technischer Verbesserungen. Das Bürgerordnungs-Kollegium traute aber dem Mittelstands-Kuppelbau nicht, sondern gab ihm auf, gegen seine angeblichen Verleumder die Verleumdungsfälle anzuklagen. Die Befolgung dieses Rates ist dem Gemaltigen zum Verbrechen geworden. Vor dem Schöffengericht räumte Herr Max Küster nun ein, daß er und Heren an die Submittenten 10 000 Mark als Entschädigung gezahlt haben. Von dem Gerichte wurde ferner festgestellt, daß Küster seine um 48 000 Mark höhere Forderung auf Veranlassung der städtischen Beulommission ein klein wenig unter die eines anderen Submittenten ermäßigte. Der vermeintliche Verleumder wurde freigesprochen und Herr Küster zahlt die Kosten.

Man darf einermahlen gespannt sein, ob Herr Küster nach dieser empfindlichen Bloßstellung, die für die Mittelstands-Vereinigung sehr peinlich sein muß, noch weiterhin den Vorfall in einer Vereinigung behalten wird, die den Kampf gegen unlauteren Wettbewerb als einen Hauptpunkt in ihrem Programm führt.

XX **Turnerisches.** Gegen den in Nr. 6 der „Mittelungen“ wiedergegebenen Bericht der „Deutschen Turnzeitung“, in welchem dem antisemitischen Turnbunde überlatter Bedeutung vorgeworfen wird, wenden sich die betreffenden antisemitischen Turner mit einer „Berichtigung“ an die „Deutsche Turnzeitung“, indem sie die Behauptung zurückweisen, der Turnbund habe „verlorenen Behauptungen“ gegen die Deutsche Turnerschaft vorgebracht. Wahr sei nur, daß die Turnbündler darauf aufmerksam gemacht hätten, daß die Deutsche Turnerschaft „nur“ turnerische Ziele verfolge und keine politischen. Auch gegen die Titulatur „Gegner“ glaubten sich die Herren Antisemiten verwahren zu müssen. — Professor Dr. Sauerbrey aus Gotha führt die famose Berichtigung ad absurdum, indem er u. a. hervorhebt, daß die De-

hauptungen des Turnbündler tatsächlich unwahr seien. Er ist aber entgegenkommend genug annehmen, daß die Herren nicht wissentlich diese Unwahrheiten publiziert haben. Es male sich eben in einem antisemitischen Kasse mancher andere aus, als wenn man sich die Unbegründetheit in der Beurteilung der Judenfrage nach gerettet habe. Jedenfalls hätten die Herren selbst zugegeben, daß ihr Beharren darauf ausgegangen war, die Deutschen Turnerschaffter für den antisemitischen Turnbund zu gewinnen. Uebrigens sei es zwecklos mit solchen Herren zu debattieren; denn man werde einen Wahnen nicht weiß waschen und einem überzeugten Antisemiten seine Befangtheit nicht nehmen.

×× **Studentisches.** Zu debaurischen Zwitterigkeiten ist es in einer großen liberalen Korporation an der Berliner Universität wegen der „Judenfrage“ gekommen. Die kouragiertere Korporation, die auch mehrere jüdische Kommilitanen zu Mitgliedern zählt, hat infolge dessen die Hälfte ihrer aktiven Angehörigen verloren.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Zum Artikel „Studentisches“ in Nr. 7 der „Mittel.“ bemerke ich, daß die Münchener Freie Studentenschaft (antik.) bereits am Anfang dieses Semesters ihre Ablebervereinigung mit der „jüdischen“ Freien Vereinigung auflösen hat, so daß die Spaltung, die hauptsächlich durch die Agitation eines Dr. Wängens in der Münchener Fintenschaft zur Trennung geführt hatte, nur ein Vierteljahr ca. gedauert hat.“

Fermisches.

Das **Heine-Denkmal** in spe erwirkt unseren Germanen ganz und gar die Köpfe. Nach Adolf Bartels profanischer Parole wäre das Heine-Denkmal nichts mehr und nichts weniger als „ein deutliches Zeichen, daß jetzt aus unserm deutschen Volk die guten Geister weichen.“ Ja, an dem Heine-Denkmal müßte „man allermorgen merken, daß unser blindes deutsches Volk dem Judentum erlegen.“ Wie daß gerade die Hauptgermanen das deutsche Volk unterschätzen!

Wir halten, nachdem in den letzten Jahren eine förmliche Denkmalspechismus geherrscht, nicht mehr auf ein Denkmal, die im Kurse ganz bedeutend gesunken sind, und Heine hat ein Denkmal Gatt sei Dank nicht nötig. Er hat sich in Herz und Gemüt des deutschen Volkes wie wenige deutsche Dichter hineingefunden und durch seine Gedichte sich selbst ein Denkmal errichtet.

Die frommen Jelen und die Erbpächter des deutschen Patriotismus sind außer sich darüber, daß Heine ein Denkmal gesetzt werden soll. Die erheben, weil Heine gottlos gewesen sein soll. Dennoch sagt er selbst in seinem Testament:

„Seit drei Jahren habe ich allem philologischen Stolz entsagt, und bin zu religiösen Ideen und Gefühlen zurückgekehrt; ich liebe im Glauben an einen einzigen Gott, dem einzigen Schöpfer der Welt, dessen Erbarmen ich einmal für meine unsterbliche Seele. Ich beuge mich, in meinen Schriften zuweilen den heiligen Dingen auch die ihnen schuldige Ehrfurcht gelassen zu haben, oder ich werde mehr durch den Geist meines Zeitalters als durch meine eigenen Neigungen fortgerissen. Wenn ich unwissentlich die guten Sitten und die Moral beleidigt habe, so bitte ich Gott und die Menschen um Verzeihung.“

Auch den Erbpächtern des deutschen Patriotismus möchten wir eine Stelle aus Heines Testament gütlichen. Sie lautet: -

Gleichzeitig spreche ich den Wunsch aus, daß meine Landsleute, wie glücklich sich auch die Geschichte unserer Heimat gehalten mögen, es vermeiden, meine Worte nach Deutschland hinüber zu führen; ich habe es nie gedacht, meine Person zu politischen Kämpfen herangezogen. Es war die große Aufgabe meines Lebens, an dem der jüdische Einwanderer jüdischen Deutschen und Fremden reich zu arbeiten und die Hände der Hände der Demokratie zu vereinen, welche die internationalen Bourgeoisie und Aristokratien zu ihrem Nutzen ausbeuten. Ich glaube mich sowohl um meine Landsleute wie um die fremden, wehrbereit gemacht zu haben, und die Anrede, welche ich auf ihnen dort besitze, sind ohne Zweifel das wertvollste Vermächtnis, das ich meiner Hinterlassenen zuwenden kann.“

Wir möchten nicht alle deutsche Patrioten am Schlage derer, die sich über das Heine-Denkmal entrüsten, die mit gutem Gewissen feierlich an sich dasselbe sagen dürften.

Ueber die Zurücksetzung der Juden in der Stadt Posen bei der Vernichtung zu Schüssen oder Geschworenen hat der Rechtsanwalt Rischner in der jüngsten Sitzung der Posener Stadtverordneten lebhaft Klage führen müssen, er sagte:

„Ich kann die auf mich gefallene Wahl nur mit schwerem Herzen annehmen. Meine Arbeit ist so unangenehm wie die nuphele. In dem Kausch zur Wahl der Schöffen und Geschworenen, in den Sie mich schon seit einigen Jahren deuzierten, werden mir großer Mühe und strenger Disziplin ohne Ansehen der politischen, nationalen oder sonstigen Stellung als die Personen zu Geschworenen vorgeschlagen, die nach ihrem Charakter und ihrer Intelligenz geeignet erscheinen. Jedes Ausnahmefähig, auch der unwürdige Vertreter der Stadtverwaltung, bemühen sich in gleicher, unbedingter Weise. In den vorgeschlagenen Personen gehören selbstverständlich auch Protestanten und Katholiken auch eine große Anzahl jüdischer Bürger. Umsofort doch der Landgerichtsbezirk außer der Großstadt Posen noch eine ganze Anzahl Städte, wie Schwettzen, Scharow, Schodra, Mogelen, Gollub, Wronke, Stargard, Ostrow, Pinn, Samter, in denen geeignete jüdische Elemente zahlreich vertreten sind. Aber von hier erheblicher Eifer um den Kandidat bleibt merkwürdigerweise wenig übrig, wenn die höhere Justiz ihre nachprüfende Tätigkeit ausüben will. Sie wissen ja, daß die Geschworenen nach einem gewissen Filtrationsystem ausgewählt werden. Erst die Liste der Gemeindevorstände, dann die Bezirksämter des Kreisamtes, hernach die vorzüglich geachteten Jüdischen des Landgerichtspräsidenten, endlich die angesehene Liste für die einzelne Bezirke. Die jüdischen Bürger bekommen es mit beizugehen zu wählen, wie die Zahl der jüdischen Geschworenen, die auf die Liste der einzelnen Landgerichtspräsidenten kommen, immer geringer wird. Und es ist nicht nur in jüdischen Kreisen ausgesprochen, daß die Liste der ersten dreißigjährigen Stellen unter ca. dreißig Namen auch nicht einen Juden aufweise. Es ist selbstverständlich, daß ich und andere jüdische Mitglieder des Kreisamtes aber doch auffallend und selbstverständliche Erwähnung häufig interpelliert werden, und man konnte vielleicht glauben, daß die Mitglieder des Kreisamtes nicht sorgfältig genug arbeiten. Dies ist aber, wie ich schon bemerkt, keineswegs der Fall. Der Kreisamtspräsident ist möglichst unabhängige Liste. Die Listen werden erst in einem späteren Stadium veröffentlicht. So glauben die jüdischen Mitglieder, daß sie auch auf diesem Gebiete hintangerei werden, und weitere Vorkreise müssen ja der ganz unbefangenen Meinung kommen, daß Juden zu Geschworenen ungeeignet sind. Dies ist das bedauerliche Ergebnis. Der Posener Kreisamts wird, über noch nie vor, umfassen seine Pflicht aus. Möchten die Jüdischen aber dafür sorgen, daß das beabsichtigte Gebot verwehrt Behauptung von den jüdischen Bürgern genannt werde!“

Biegen, 19. Februar. Die jüdischen Körperschaften verließen das Ehrenbürgerrecht einstimmig dem Stadtverordneten Heinrich Ehn, der 30 Jahre Stadtverordneter ist.

Briefkasten.

W. Der neue italienische Ministerpräsident Sonnino, der Protektant ist, entläßt einen jüdischen Jockey. Ruggieri, der schon zum vierten Male einen Ministerposten bekleidet, ist Jude.

■ Nur 50 Pf. und (12 Pf. Bestellgeld) vierteljährlich bei der Post. ■

Nr. 9.

Berlin, 28. Februar 1906.

16. Jahrgang.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 56,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 2078.

Alle Sendungen an die Expedition und Expedition sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle (für den Briefkasten des Bureau) Berlin bestimmten Briefe, Zeit- und Geschäftsverordnungen an den Hauptbureau, Herrn Geh. Rat Dr. D. Grawert, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Am Sonntag, den 4. März, vormittags 11 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet in Berlin im Architektenhause, Wilhelmstraße 92, Saal C die diesjährige ordentliche

General-Versammlung

statt, zu welcher die Mitglieder des Vereins hierdurch eingeladen werden.

Tagesordnung:

- I. Geschäfts- und Kassenbericht.
- II. Vortrag des Geheimen Justizrats Prof. Franz v. Nitz über „Die Kriminalität der Juden in Deutschland.“
- III. Wahl des Vorstandes.

Die Teilnehmer an der General-Versammlung wollen sich durch Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte legitimieren.

Berlin und Frankfurt a. M. im Februar 1906.

Der Vorstand des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

J. H.:

Dr. Th. Barth. Geh. Rat Prof. Wilhelm Förster. Stadtrat H. Flinsch. Charles L. Hallgarten.

aussehendes und der tüchtigen Taktik sind die Tage seiner Herrlichkeit dahin".

Die mittleren und kleineren Landwirte, deren Masse die Stärke des Bundes ausmacht, haben auf die Dauer keinen Grund, sich in den politischen Fragen der Führung des extremen Flügels der konfessionellen Partei unterzuordnen.

Doch die Landwirte sich eine wirtschaftliche Organisation geschaffen haben, ist ebenfalls; doch diese Organisation den politischen Interessen ganz eng, in jedem Sinne des Wortes beschränkter Kreisläufe folgt, wird auf die Dauer unmöglich sein.

In letzter Zeit ist die Stimmung in der Reformpartei noch gereizter geworden, so man einem großen Komplott, das auf die vollständige Verdrängung der Reformpartei abzielt, auf der Spur zu sein glaubt. Die „Esf. Rundschau“ schreibt nämlich:

„Man erfährt von dem bestunterrichteten Seite, daß ein in Berlin unter Führung der Deutschsozialen bestehendes Konjunktur-, das sich zur Aufgabe macht, den mittelständigen Landwirten unterausgebaute und unbesetzte Kandidaten aufzubringen, schon damals das Hamburger Komitat wie lauter Vieh ausbeutet. Nachdem ein Eintritt aus Charlottenburg die zweifelhafte Ehre abgelehnt hatte, sich als Stütze gegen die Reformpartei gebrauchen zu lassen, versel man auf einen Bureaubeamten des Bundes der Landwirte — den von der russischen Grenze kommenden „volks-wirtschaftlichen Schriftsteller“ Dr. Carl Böhm.

Doch noch dem Aufstehen dieses Herrn befragten einige reformerische Vertrauensmänner in Berlin Herrn Reichsrichter Lattmann über seine Stellungnahme zu diesen Taktiken. Er versichert ihnen unter seinem Ehrenwort, er wolle keine Partei haben und dieser Kandidatur nichts zu tun. Diese Aussage bedachten wir in unserer Nummer vom 20. Januar. Sie ging in verschiedene Tageszeitungen über. Herr Lattmann hat sie stillschweigend bestätigt. Doch das gehört nicht mehr zu den Geheimnissen der Kandidatur Böhm, sondern zu den Todeswunden einer anderen Kandidatur.“

Das soll heißen, daß die obermittelste Kandidatur Lattmann in Aussicht der nächsten Wahl eine Totgeburt sein wird. Das von Lattmann bezüglich des Wahlkreises Worburg gegebene Ehrenwort ist schon wiederholt gegen ihn ausgespielt worden.

Die deutschsozialistische Partei hat sich diesen Angriffen gegenüber in der Presse vollständig passiv verhalten, z. T. wohl auch deshalb, weil sie nicht viel Entscheidung zu erwidern mußte. Auf eine ziemlich kostnährige Notiz des „Deutschen Blattes“, daß es den Deutschsozialen „wichtiger erscheine, positive Arbeit zu leisten“, erwidert die „Sachsenpost“:

„Die Reformen werden ebenfalls organisiert, zugleich aber auch dafür sorgen, daß alle die Menschenkinder in die breite Oeffentlichkeit gelangen. Und dann werden wir sehen, wer den Dammern oben behält. Unsere nächsten Genesungsgenossen aber nicht es interessieren, daß auch der Sozialist Lach, der Befürworter des „Reiner Dotes“ in Frankfurt a. M. eine bedeutende Rolle bei der Lebensführung der Reichen und gemäßigten Lager gespielt hat.“

Hat somit die Reformpartei in Hessen einen schweren Stand gegen die mit der flingenden Unterstützung des Bundes der Landwirte organisierte Bruderpartei, so eröffnet sich ihr jetzt in Sachsen wieder ein kleiner Ausblick. Die „Deutsche Wacht“, das ehemalige offizielle Organ der Reformpartei wor, wie erinnerlich, auf Betreiben Zimmermanns in Leipzig und Bonn erklärt worden; da jedoch nicht alle Vereine der Reformpartei sich von dem Blott loszogen, so war hier der „Bruderkrieg“ in den Reihen der eigenen Partei ausgebrochen. Diese Differenzen scheinen aber demnächst beigelegt werden zu sollen. Die „Deutsche Wacht“ erteilt nämlich voller Freuden, daß es zwischen ihr und dem Dresdener Reformverein zu einer völligen Einigung gekommen sei. Ob aber auch Herr Zimmermann sein Placet dazu geben wird? Sein eigenes Organ, die „Deutsche Reform“ müßte dann jedenfalls zu Gunsten der „Deutschen Wacht“ ihr nur kurzes Dofein beistimmen.

Amerikanischer Brief.

Die Presse beschäftigt sich überall unverhältnismäßig viel mit den Juden. Nirgends hat das so viel Berechtigung wie in Amerika und ganz besonders in New-York. Sind ja die Juden in solchen Massen in den Vereinigten Staaten eine neue Erscheinung, und in New-York soll die Zahl der Juden innerjohr weniger Jahre auf über eine Million angewachsen sein. Genau läßt sich die Zahl nicht angeben, weil viele Juden als Deutsche, Ungarn etc. registriert werden, und mit dem Registrieren es in dem freien Amerika überhaupt nicht so genau genommen wird. Wenn man bedenkt, wie die topheren Neutonen, die sich so gern als die Herrenmenschen par excellence ansehen und Niemand fürchten, gemannert haben, als Berlin noch nicht 70 000 Juden zählte, dann muß man billig staunen, wie gleichmäßig man es in Amerika hinnimmt, daß allein die Hauptstadt des Landes etwa doppelt so viele jüdische Einwohner zählt als das ganze Deutsche Reich. Die Amerikaner wundern sich höchstens, daß die Juden einen ihrer Ansiohl nicht entfernt entsprechenden politischen Einfluß haben, ja beunruhigen, daß sie sich nicht wie die Iren organisieren und den ihrer Ansiohl entsprechenden Anteil an der Stodtrregierung sich sichern. Won entzigt sich aber auch keineswegs vor dem Gedanken, daß New-York ebenio einmal unter einem jüdischen Stabsoberhaupt stehen könnte wie London bereits wiederholt gestanden ist. Welche Kämpfe möge die deutschen Antisemiten befallen würden, wenn die Berliner Stabsoberleitung sich einsäßen ließe, einen jüdischen Oberbürgermeister zu wählen, was so noch nicht gleichbedeutend wäre mit seiner Festsetzung, die unter den jetzigen Verhältnissen in Deutschland wohl ausgeschlossen ist.

Allseitig wird anerkannt, daß schon die Kinder der eingewanderten Juden sich vollständig assimiliert haben. Wer sich in Amerika nicht assimiliert, das sind die Chinesen, die Italiener und einige andere Volksstämme. Die „New-York Tribune“ hebt hervor, welche Rolle die Juden in dem New-Yorker Baugewerbe allein spielen. In Amerika ist man nicht in dem Maßen besorgten, die Juden könnten und wollten nicht mit ihrer Hände Arbeit ihr Brot verdienen. Sind ja, wie wir dem genannten Blatte entnehmen, von den in New-York eingewanderten 500 000 russischen, rumänischen etc. Juden etwa 350 000 gelernte Handwerker und ungelernte Arbeiter. Aber man war bis vor kurzem mehr gewöhnt die Juden, als Schneider, Kürschner u. dgl. beschäftigt zu finden, und man ist einigermaßen verwundert jetzt zu sehen, daß sie auch alle zum Häuserbau erforderlichen Arbeiten verrichten können, daß sie als Bauhandwerker in dem großen New-York eine Rolle in die Augen solembe Erscheinung bilden. In ganzen Quartieren werden lange Häuserreihen vom Grund bis zum letzten Dachstein von Juden erbaut und mit allem Behoer, wie Klempnerarbeiten, Glaser, Molter, Stuckatur usw. Arbeiten versehen. Da die meisten von diesen jüdischen Arbeitern noch streng religiös sind und am Sabbath nicht arbeiten wollen, werden sie von christlichen Bauherren notwendig nicht gern in Dienst genommen; so sind denn jüdische Bauherren eingedrungen, die von ihren Glaubensgenossen Bouteen ausführen lassen und ihnen den Sabbath gönnen.

Indessen kann wohl nur von den beschränktesten Dammköpfen, von unersohrenen oder böswilligen und verlogenen Antisemiten behauptet werden, daß die Juden nicht arbeiten können oder wollen. Dieses Vorurteil ist vielleicht nur in Deutschland zu finden. Es soll aber hier auch ein anderes Vorurteil widerlegt werden, das verbreitet wird oder darum nicht minder unbegründet ist. Dem Juden wird eines der notwendigsten Gefühle, die Vaterlands-, die Heimatliebe abgesprochen. Ein russischer Schriftsteller hat einmal geschrieben, in wie rührender Weise sich ihm die Heimatliebe eines jüdischen Verbannten in Sibirien ge-

äußert. Aber schließlich wird man sagen, es will nichts bedeuten, daß ein Mensch, daß auch ein Jude sich unter dem Druck der sibirischen Erde und Kälte mit besonderer Innigkeit in die Heimat zurückversetzt und für die allgemäßen Vorgänge und Zustände daselbst ein besonderes Interesse an den Tag legt. Daß aber Juden in dem freien Amerika, wozu sie sich vor russischen Räubern und Wüßten, die unter dem Schutze der hohen Obrigkeit Juden schlachteten, mit knapper Not getrieben, nach der russischen Heimat, wo sie selbst in ganz ruhigen Zeiten einem unerträglichen Druck ausgesetzt waren und auch ohne Revolution Regieren zu fürchten hatten, zurückkehren könnten, das scheint doch von Juden ganz unglaublich zu sein. Dennoch ist es eine von zukünftiger, wissenschaftlicher Seite festgestellte Tatsache, daß im Durchschnitt jeden Tag bei den jüdischen Wohltätigkeitsanstalten in New York Hundstufen eingehen um Rückbesiedlung nach Rußland. Nichts vermag diese Bittsteller von ihrem Wunsch abzubringen, weder die Schilderung der Notlage, in welche sie sich freiwillig zurückbegeben, noch die Mitteilung, daß neue Judenmeutereien stattgefunden haben oder bevorstehen. Sie kennen keinen jehtlicheren Wunsch als zurück in die Heimat, der sie eben entflohen, zurück in dieselben Städte, in welchen die fürchterlichsten Judenmeutereien stattgefunden haben, zurück in die Drifschöten, wo ihnen fortwährend Tod und Verderben droht, wenn sie nur wieder die heimatische Erde betreten, die heimatische Luft atmen, das Rausch der Heimat sehen, den Gesang der heimatischen Vögel hören können.

Es handelt sich, wie gesagt, nicht um vereinzelte Ausnahmefälle, sondern um tagtäglich sich wiederholende Erscheinungen. Von Simulation kann keine Rede sein, denn diese brächte bestenfalls nichts ein, als eben die Unterbringung auf einem nach Rußland fegenden Schiffe. Es ist keine Simulation, denn der angeleitete Arzt, Dr. Maurice Jiffberg, der diese Mitteilungen macht, untersucht die Bittsteller und findet, daß sie, was die Patienten meist selbst nicht wissen, an Heimweh leiden. Die Bittsteller wissen in der Regel nur zu sagen, daß sie die amerikanische Luft nicht vertragen, daß sie nicht essen, nicht schlafen, nicht arbeiten können usw. und daß sie nach Rußland zurück möchten. Und oft genug endet das Heimweh der russischen Juden, die so wenig Ursache haben ihre russische Heimat zu lieben, wenn ihnen aus irgendwelchen Gründen die Heimbesiedlung versagt wird, in Melancholie, Opprobrium, Selbstmordmahn und Wahnsinn. Allerdings spielt bei dem Heimweh der Juden auch die Familienangehörigkeit eine große Rolle, was daraus hervorragt, daß die meisten Bittsteller gegen Eltern eingehen, um welche Zeit die Juden das größte Familienfest, das Passahfest feiern.

In Deutschland wehren sich seit Jahren namentlich auch die frommen im Lande gegen die Aufstellung eines Gedenkmal. Amerika hat bekanntlich ein Gedenkmal. Darum ist es interessant, daß ein Geistlicher, der Pastor der Ersten Presbyterianerkirche in Washington, Dr. Donald Mc. Reed jüngst in einer Massensammlung zum Proteste gegen die russischen Judenmeutereien zur Zuhörerschaft der Verdienste der Juden aus der neueren Zeit drei Juden nennt: Mendelssohn, Mendler und — Heine. Es muß für einen Mann wie Stöder, der natürlich auch nichts von Heine wissen will, besonders schmerzhaft sein, den hohen Heine neben dem frommen Mendler sehen zu sehen. Die Juden, fuhr Pastor Mc. Reed fort, haben der Welt mehr gutes geleistet als sie von ihr empfangen haben. Die Behandlung der Juden ist der schmerzliche Fleck auf dem Wappenstein des Christentums.

Aus dem antilemitischen Lager.

Der Fall Küster und die Mittelstandsvereinigung. Herr Küster hat zwar gegen das bereits mitgeteilte Urteil des Hamnoorger Schöffengerichts Berufung eingelegt, seine politische Rolle ist jedoch, selbst wenn die zweite Instanz seinen Gegner wegen formaler Falschbildung zu einer geringfügigen Geldstrafe verurteilen sollte, ausgeglichen. Die antilemitische Tagesbeilage „Sachsenau“ widmet dem Ergebnisse des Prozesses folgende Betrachtungen:

„Damit ist der Fall — und allerdings auch Herr Architekt Küster selbst als Vorliegender der Mittelstandsvereinigung erledigt. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß Herr Küster den Vorfall in der Mittelstandsvereinigung nicht mehr deuten kann.“

Herr Küster wollte allen ein Führer sein. Führer müssen mit reinem Bruchstücken dastehen, dürfen aber allen Dingen nicht den Schmutz selbst an ihrer Weste haben, gegen den sie wehren und agieren. Ober sie wuschen sich die von ihnen betreuten Sache lächerlich. Herr Küster hätte noch dem, was durch das Gericht festgestellt werden ist, weder das Amt eines Bürgermeisters annehmen, noch sich zu der Führerrolle im Kampfe gegen die Wüßten im Submissionswesen stellen sollen.

Der Prozeß hat den Siegern an der Mittelstandsvereinigung eine Lektion gegeben, auf die sie im Wahlkampf immer wieder mit Erfolg zeigen werden. Mit Hohn und Spott wird man den Mittelständern immer wieder das Wort vorhalten: „So das geschieht am grünen Holz, was soll am dünnen werden?“

Herr Küster hat damit der von ihm betreuten Sache mehr geschadet als genützt. Es wird sich kaum ein Mann von Namen finden, der bereit wäre, das Erbe anzutreten. Auch die Mitglieder werden den Text hinten lassen.“

Sonderbar ist das Verhalten des Herrn Küster seitlich ja von jeher gewesen. Bekanntlich hat er sich öffentlich gerühmt, der Vater der neuen Bauordnung in Hamnoor zu sein, durch die die Geschäftsräume auf das Parterre und erste Stockwerk beschränkt werden, und trotzdem hat er einem Kaufmann, der in Hamnoor ein Warenhaus zu errichten beabsichtigte, Dispens von dieser Bauordnung, die übrigens damals noch garnicht eingeführt war, zu erwirken versprochen, falls der Bau ihm übertragen würde. Wie wir hören, ist Herr Küster auch deswegen zur Rede gestellt worden und hat erklärt, daß er die Verhandlungen mit dem betreffenden Kaufmann abgebrochen habe, weil er sich „inzwischen“ von der Schädlichkeit der Warenhäuser überzeugt habe. Dem Kaufmann sind aber, wie wir ersahen, lediglich Anreizungsgründe bekannt, und der letzte ihm von Herrn Küster zugegangene Brief schließt mit den Worten: „Ich hoffe gern, mit der Ausführung Ihres Neubaus betraut zu werden und sichere im voraus prompteste und solideste Arbeit zu.“ Als Herr Küster den Bau dann nicht zur Ausführung erhielt, waren ihm, wie dem Fräulein in der Fabel, die Trauben zu sauer.

In Sachsen hat bekanntlich vor einigen Monaten der dortige Landesverband der Gastwirte in einer merkwürdigen Verzerrung sich der rationalen Mittelstandsvereinigung angeschlossen. In der Vermittlung des Gastwirtsvereins für Dösch und Umgebungen kam dieser Tage ein Gastwirt aus dem durch die Presse gegangenen Fall zu sprechen, daß ein Agitator des Bundes der Landwirte in der Döschener Gegend mangels anderer Mitglieder der Gastwirte durch Boykottandrohungen zum Beitritt für den Bund der Landwirte pressen wollte. Dieses Verhalten erregte mit Recht große Entrüstung und man bedauerte deshalb den korporativen Anschluß des Gastwirtsvereins an die Mittelstandsvereinigung. Der in der Versammlung anwesende Leiter des Gastwirtsorgans bemerkte nach der „Hittauer Morgenzeitung“ hierzu, daß die Haltung der Mittelstands-

„Die Ordnungsmaßigkeit hat der Gerichtshof in den früheren Fällen in der Beräumigung und Verächtlichmachung der Juden als vollberechtigter Volksteile und Angehöriger einer staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft gefunden. In der Fassung der jetzigen Auffchrift liegt eine solche Behandlung der Israeliten nicht, es wird hier dem Wortlaut nach rein sachlich und in anständiger Form kundgegeben, daß der Kläger die Einträge von Juden in seinem Gasthaus nicht haben will und solche Gäste erst zurückweisen würde. Es kann zugegeben werden, daß es die Angehörigen der israelitischen Religionsgemeinschaft umangemessen berührt, wenn sie um dieser Eigenschaft willen unterschiedslos vom Besuch dieses Gasthauses ausgeschlossen werden, und es mag auch sein, daß der Kläger mit der Auffchrift zugleich seiner antisemitischen Gesinnung überhaupt Ausdruck geben will, allein objektiv liegt in den gewählten Worten nichts Beleidigendes oder Beschimpfendes und auch die Rundgebung des Nebelwollens bildet an sich keine derartige Verletzung des öffentlichen Interesses, daß dagegen polizeiliches Einschreiten erforderlich wäre. Dem friedlichen Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Religionsgemeinschaften mag die Handlungsweise des Klägers nicht gerade förderlich sein, aber eine unmittelbare Anreizung zu einem die öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdenden Vorgehen oder auch nur zu einer gefährlichen und verächtlichen Behandlung der Israeliten liegt in der formell korrekt gefassten Auffchrift nicht. Nach der Feststellung des Sr. Bezirksamts Waldesbut ist der hier angesuchte Zufuß auf dem Wirtshaus mit erheblich kleinerer Schrift geschrieben, als die Bezeichnung des Gasthauses und er kann von der Eisenbahn aus nur schwer und eigentlich nur von Personen gelesen werden, die den Inhalt desselben kennen. Es kommt also auch in der Gestalt der fraglichen Rundgebung nicht zum Ausdruck, daß es dem Kläger in erster Linie darum zu tun ist, die Juden etwa der Mißachtung des respektablen Publikums preiszugeben und letzteres für den Antisemitismus zu gewinnen. Hiernach fehlt es sowohl hinsichtlich des Inhalts als der Form der angesuchten Auffchrift an den entscheidenden Momenten, die das Vorhandensein der letzteren als einen ordnungswidrigen Zustand im Sinne des Gesetzes erscheinen lassen. Wie das Verhalten des Klägers vom Standpunkt des Taltes oder des Geschmacks zu beurteilen ist, damit hat sich der Gerichtshof nicht zu befassen, zur Vermeidung der Polizeibehörde, in der statgebenden Weise gegen den Kläger vorzugehen, fehlt es an den Voraussetzungen des § 20 P.-St.-G.-B. und es war deshalb die ergangene bezirksamtliche Verfügung aufzuheben.“

Ein Jubilar jüdischen Glaubens. Es gilt ja wohl bei den Antisemiten selbst milder Treuer Überwanz als unbedingt stehend, daß ein Jude nicht deutsch fühlen kann. Vor noch militärisch fühlen und diesen deutschen und militärischen Gefühlen den besten musikalischen Ausdruck zu geben, müßte nach antisemitischer Auffassung einem Juden gänzlich verfohlen sein. Dennoch hat der in Berlin wohnende jüdische Komponist A. B. Blumenfeld, der am 28. Februar seinen achtzigsten Geburtstag feiert, im Jahre 1868 den „Berliner Einzugsmarsch“ und 1871 den „Deutschen Triumpfmarsch“ komponiert, die auch zum ersten Male beim Einzuge der kaiserlichen Truppen in Berlin gespielt wurden. Kaiser Wilhelm I. hat die Widmung beider Märsche angenommen. Im Jahre 1888 komponierte Blumenfeld nach dem Tode Kaiser Wilhelms auch den Trauermarsch „Au-Deutschlands Klage“, dessen Widmung Kaiser Friedrich III. angenommen hat.

Der Geist des preussischen Volksschulunterrichts. Man schreibt uns: Von dem Geiste, unter dessen Einfluß das neue preussische Volksschulgesetz entstanden ist, zeugt folgender Vorfall:

Das Städtchen Haigerloch in Hohenzollern zählt unter 1300 Einwohnern etwa 800 Katholiken, 300 Israeliten und 200 Protestanten. Während die Katholiken als in der Mehrzahl eine öffentliche Volksschule haben, hatten die Israeliten eine israelitische Konfessionsschule, zu welcher der Staat einen Beitrag leistete, die Protestanten eine aus eigenen Mitteln unterhaltene Privatschule.

Vor Jahresfrist wurde nun von protestantischer Seite der Antrag gestellt, die Stadt solle die evangelische Privatschule als öffentliche Volksschule übernehmen. Dem Antrag wurde stattgegeben und das Kultusministerium erteilte seine Zustimmung. Daraufhin stellte die israelitische Gemeinde denselben Antrag und auch er wurde von den bürgerlichen Kollegen einstimmig angenommen. Aber der Mensch denkt, und das Kgl. Pr. Kultusministerium lenkt. Wohl wurde der Stadtverwaltung Haigerloch erlaubt, die Kosten für die israelitische Volksschule zu übernehmen, aber als „öffentliche Volksschule“ durfte sie nicht erklärt werden; das darf, nach der Erklärung des Pr. Kultusministeriums nur bei christlichen Volksschulen geschehen. Also denkt sich das Kgl. Pr. Kultusministerium die Ausföhrung des Gesetzes vom 3. Juli 1869, das allen Staatsbürgern ohne Unterschied der Konfession die gleichen Rechte gewährt.

Wünchen. Unter der Ueberschrift „Ein antisemitisch gebildeter Antisemit“ berichtete kürzlich das „Münchenener Tageblatt“: „Am 4. Juli v. J. nachts 11 Uhr ging der Kaufmann Lehmann an einer Gruppe norddeutscher Studenten vorüber, von denen einer ihm auf seine jüdische Abstammung bezügliche Schmähworte zurief, die er sich verbat. In dem Augenblick versetzte ihm einer der „Herren“ mit der Hand und dem Spagierstock einen kräftigen Schlag ins Gesicht. Lehmann erbatte gegen den Betreffenden, den cand. med. Wilhelm Westhoff, einen Rheinländer, Anzeige wegen Körperverletzung. Das Schöffengericht verurteilte den Beklagten zu 100 Mk. Geldstrafe eventuell 20 Tagen Gefängnis.“

Heber eine auffällige Pensionierung in der bayerischen Armee lesen wir in der „Münchenener Post“: „Unter den Pensionierungen fällt uns besonders jene eines gewissen Hauptmannes auf. Wir kannten den Herrn dienstlich wie außerordentlich persönlich und wissen, daß er ebenso tüchtig und pflichttreu war wie andere Offiziere, die es bis zum Major gebracht haben. Dabei war er ein sehr guter Kamerad. So verzögerte er z. B. zugunsten eines kränklichen Offiziers auf einen sehr angenehmen Posten. Eine „Eigentümlichkeit“ hat er allerdings an sich: er ist nämlich Jude. Schon lange waren wir darauf gespannt, ob dieser Herr an die Spitze eines Bataillons gestellt würde. In der preussischen Armee werden Juden nicht einmal zu Reserveoffizieren ernannt. Als Gemeine, Unteroffiziere und Feldwebel aber müssen sie im Kriegsfalle ihre Knochen genau so zu Markte tragen, wie die Katholiken und Protestanten. Die bayerische Armee hat sich, abgesehen von einigen Offizieren, vom Antisemitismus ziemlich frei gehalten. Es ist dringend zu wünschen, daß sie sich auch hier nicht von Preußen anleiten läßt. Die Pensionierung des bewussten Hauptmannes magnt jedoch sehr zur Wachsamkeit.“

Eine anglo-jüdische Familie. Man mißgönnt in Deutschland den Juden die bescheidenen Kender, andererseits wirft man ihnen wieder vor, daß sie mit besonderer Vorliebe sich großen Gewinn anwerbenden Beschäftigungen widmen. Die anglo-jüdische Familie Ratkhan mag den letzteren Vorwurf bis zu einem gewissen Grade widerlegen und gleichzeitig den deutschen Regierungen den Beweis liefern, daß sie dem Vaterlande viele bedeutende Kräfte entsenden, wenn sie den Juden Staatsämter verschaffen. Nicht weniger als sechs von sieben Brüdern Ratkhan haben ihre Dienste dem britischen Vaterlande gewidmet. Sir Raphael Ratkhan, der älteste der Brüder, hat nach einer längeren Laufbahn

als Richter und Generalstaatsanwalt in Indien sich bereits aus dem Staatsdienste zurückgezogen und lebt in London. Der zweite Bruder ist der Artillerie-Major J. S. Nathan, der seit 1899 Direktor der königlichen Munitionsfabrik in Waltham Abbey ist. Der dritte ist Sir Mathew Nathan, der, nachdem er es in der Armee bis zum Major gebracht hat, in verschiedenen Kolonialen Gouverneur war und zur Zeit Gouverneur von Hongkong ist, in welcher Eigenschaft er vor kurzem dem Prinzen Walser von Preußen empfangen hat. Der vierte Bruder William Nathan ist als Eisenbahningenieur im indischen Zivildienst angestellt. Der fünfte, Robert Nathan, scheint zu einer besonders glänzenden Laufbahn auserkoren, denn er war von dem kaiserlich zurückgetretenen Bischof von Indien Lord Curzon zum Privatsekretär ausgewählt worden. Der jüngste, Major Walter Nathan, hat an dem Burenkriege und an dem Birmanskrieg teilgenommen und befindet sich jetzt in leitender Stellung in Indien. Der jüngste, George Nathan, ist der einzige, der an einem Privatgeschäft beteiligt ist; er ist Teilhaber der bekannten Verlagsgesellschaft Constable. Sechs Brüder, Juden, die obenbreiten Nation heißen, als Offiziere und Verwaltungsbeamte im englischen Staatsdienste, und England besetzt noch!

Zwei hervorragende Engländer über den Antisemitismus. Anlässlich der Feier des 250. Jahrestages, an welchem der große Commwell dem jüdischen Gemeindeführer Moses von Israel die Rückkehr der Juden nach England gestattet hat, richtete der frühere Premierminister Lord Balfour an den Vorsitzenden der jüdischen Versammlung ein Schreiben, in welchem er bedauert, an der Feier nicht teilnehmen zu können, und da-n fortsetzt:

Wenn der europäische Kontinent dem Beispiel gefolgt wäre, das England ihm seit 250 Jahren gegeben, dann würde seine Geschichte nicht durch so viele Verbrechen und Ungerechtigkeiten bedeckt worden sein, die jetzt als eine dauernde Schmach für die zivilisierte Zivilisation verzeichnet sind. Das ist in unserer Vaterlande keine Zurechnung, die, dass man Herzogtum des Rasses und religiösen Vorurteilen, die in anderen Ländern eine so verhängnisvolle Rolle in der gesellschaftlichen Organisation spielen, nicht über, das sei in nicht geringem Maße der Tatsache zuzuschreiben, dass die Juden sich ganz und gar zu würdig gezeigt haben der Rechte und Privilegien, die sie als Bürger dieses Landes genießen, und dass diese Rechte und Privilegien ihnen in so viele Weise getrübt worden sind. Lange mühen diese Zustände herrschen; lange mühen sie alle die guten Früchte tragen, die sie so reichlich in der Vergangenheit hervorgerufen haben.

Der berühmte James Bryce sagte in seinem Tische auf die anglo-jüdische Gemeinde, die jüdische Geschichte darüber weiter zurück als jede andere und habe den Lauf der Dinge mehr beeinflusst als die Geschichte jeder anderen Nation, während die westlichen Nationen nur Gebilde von gestern seien. Die Geschädigten der Literatur und der Religionen seien die mächtigsten Faktoren im Leben der Welt. Seine Literatur habe die große Macht der Menschheit so beeinflusst wie die hebräische, und die Engländer wären in der Tat Zonen, wenn sie nicht Interesse nähmen an ihrer Erhaltung. Man empfinde in England Genugthuung darüber, dass die Juden in England sich voller Freiheit erfreuen. Die Juden haben England mit vielen großen Männern bereichert. Sie haben allerdings dem Lande keinen großen Philosophen, keinen großen Musiker, keinen großen Biologen geschenkt, aber sie haben dem Vaterlande in Wirklichkeit einen großen Staatsmann, in Erbkaiser einen großen Nationalmaler und eine Anzahl großer Rechtsgelahrter gegeben. Das englische Volk würde das letzte sein, das nicht neue Ankömmlinge willkommen hieße. Das englische Volk sei bereits eine sehr gemischte Rasse, und es gewinne durch jede neue Zufuhr frischen Blutes. Er hoffe, dass die gegenwärtige Fremdenkraft und Mischung, die das Reichthum Englands zu der anglo-jüdischen Gemeinde charakterisiert habe, fortbauern und dass die beiden Völker stets zusammen arbeiten werden, wie sie es in der Vergangenheit getan haben.

Der Krieg, die Juden und die Reaktion. In der neuesten Nummer der „Ruffischen Correspondenz“ lesen wir: Es gibt keine noch so unmaßige Gelegenheit, die unsere gescheitlichen Antisemiten vorüberlassen, ohne ihr Kapital darauf zu schlagen. Da gerade nichts anderes bei der Hand war, mußte in der letzten Zeit die Erinnerung an den Jahrestag des Kriegsausbruches dazu herhalten, um ein antisemitisch-reaktionäres Flugblatt in die Welt zu legen, dessen Inhalt zur Charakteristik der antisemitischen Kriegsführung hier mitgeteilt ist. Es lautet:

„Christenrüber! Der 8. Februar ist der Tag, an dem der tödliche Feind auf das Drängen der Judenchaft aus in den Gewässern des fernen Ostens überfallen hat.“

Oder gibt es noch einen Menschen, der es nicht weiß, dass schon lange vor Ausbruch des Krieges von den Juden, mit Unterstützung ihrer Banken, und besonders der eigens zum Zweck dieser Propaganda gegründeten jüdischen überall im Auslande eine rege Agitation gegen Russland und alles russische geführt werden ist?

Gibt es noch einen, der nicht weiß, dass die Juden-gesellschaft erst sämtliche Staaten Europas und Amerikas, und dann mit deren Hilfe auch Japan gegen Russland und alles russische aufgehetzt hat, die dieser Feind, die Krennheit und Gültigkeit der Juden auszuweisen, uns täglich überflutet und unerschütterlichen Schaden zufügt?

Wer noch es nicht, wie dann dieses selbe Juden gefinde mit seinen Vorkämpfern den Revolutionären, die ganze Kaiserthron überkommen und dort alles zerstört und die Gesandten gegen die Regierung ausgesandt hat, wodurch der Ruin und die Zügelung unserer bis dahin so ruhmvollen Armee gesunken ist?

Wenn ich es nicht noch immer nicht klar, dass es eben diese verhassten Juden mit Hilfe eben dieser Judenbanken gewesen sind, die Russland in einen Haufen von Trümmern und Asche verwandelt haben?

Wie unendlich viel Kummer, Schmerzen und Tränen hat das diese Juden und sein Vorkämpfer den russischen Völkern während der Kriegstage zugefügt! Die kühnen Russen, die den revolutionären Juden nachsahen, haben ihre Stroße empfangen. Aber so hatten nur die Judenstrolche — die sieht man ja garnicht. Wersteden haben sich diese Strolche. Sie laden uns noch weiter aus. Ihr tolles, kühnliches Lachen über Russland wach, aber sie selbst sind für die Gerechtigkeit unerschütterlich.

Wie sollten wir jetzt, am Jahrestag des Ausbruches des unglücklichen Krieges nicht, auf der Schuldigen gedenken, die das einzige Land des Volkes herausgefordert haben? Wir sollten wir ruhig bleiben angesichts der Tatsache, dass diese Juden unser heiliges Russland in einen Haufen von Trümmern und Asche verwandelt haben? Wie können wir dabei vergessen, dass diese Juden es sind, die mit ihren Bomben und Wurfgeschossen die Völker unseres Volkes vernichtet? Und endlich, wir können nur vergessen, dass diese Juden Russland für die kommenden hundert Jahre in Ruin und Elend geführt haben?

Nein, niemals werden wir das vergessen können! Solche Taten vergehen nicht!

Weiber! Wie lange noch wollt ihr unter dem jüdischen Joch leuchten? Baldet ihr es noch nicht an der Zeit, den heiligen Treueschwur abzuschleudern? Je länger wir es dulden, um so schlimmer wird es für uns werden. Jeden Tag wird die Last unerträglich. Versammelt euch denn am 8. Februar am Volkstisch, um auf ein gegebenes Signal endgültig die Frage der Abweisung der Juden aus Russland zu stellen.

Wieder mit den eigenen Völkern, mit den Weibern des russischen Volkes! Wieder mit den Christen! Fort mit den Juden aus Russland! Es leben alle friedfertigen Nationalitäten in Russland!

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vordräng und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1904 gebunden je 4 Mark. Das vorgefertigte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Hände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

benutzt, nach dem Maße der verfügbaren Kräfte und Mittel diese rothlichen Grundzüge zur Betretzung zu bringen.

Es weisen ja, daß wir im merklichsten angewiesen sind auf die Mittel der Kultivierung. Wir haben ein eigenes Organ, die „Mitteilungen“, das allmähentlich demüthigt ist, aufstrebend zu wirken, aufstrebend nach jener Richtung hin: einmal indem die Grundzüge, die unser Vortritt betreffen, immer mit besserer Klarheit und Ungeheuerlichkeit zum Ausdruck gebracht werden, und dann nach der Richtung, die jähliche Vorurteile, also gesellschaftlicher Natur, die dem Jubelraum gegenüber noch immer in Deutschland herrschen, ebenfalls bekämpft werden. Wir haben allmählich genug zu tun, um auf diesen neuen Gebieten unsere Schulweisheit zu erfüllen, und wir werden selbstverständlich demüthigt bleiben, in derselben Form weiter tätig zu sein. Dementsprechend wir mit Publikationen, die darauf gerichtet sind, das antisemitische Unkraut aus der öffentlichen Literatur zu beseitigen und es zu ersetzen nicht durch antisemitischen Inhalt — das kann unsere Aufgabe nicht sein —, sondern durch einen anständigen Inhalt, der mit den Grundzügen der Gerechtigkeit und Toleranz besser verträgt ist. Wir haben insbesondere auch, wie Sie wissen, versucht, auf die Reden, die ja für die Volksehrlichkeit von ganz beträchtlicher Bedeutung sind, in diesem Sinne einzusetzen. Wir haben endlich auch durch Herstellung eines besonderen Antisemitenspiegels und demüthigt, das überhaupt im Kampfe gegen den Antisemitismus in einer bestimmten Weise zu kommen. Schließlich unterziehen wir noch durch Beiträge den eigenen Rednern, die uns zur Verfügung stehen, den Kampf gegen den Antisemitismus. Zu mir ein Kampfbücher sind, so liegt es in der Natur der Dinge, daß wir, so es sich ermöglichen läßt, auch in allen politischen Kämpfen, an denen ein Antisemit beteiligt ist, nach dem Maß unserer Kräfte und Mittel mit einwirken.

Es ist etwas trübselig, was ich Ihnen über die Tätigkeit unseres Vereins hier vortragen möchte, aber Sie werden einsehen, daß ich nicht einschreiben werde, denn weil wir eben ein Kampfbücher sind, können wir in einer öffentlichen Versammlung, wie es diese ist, nicht alle Karten aufdecken, sondern wir müssen von unsern Freunden in der Generolverammlung verlangen, daß sie glauben, wir tun unsere Schulweisheit. (Zustimmung)

Wir haben seit einigen Jahren einen sehr ausgedehnten Vorstand von einigen 60 Mitgliedern, der ganz partiell zusammengesetzt ist, aus Christen und Juden, aus Jüdinnen und Christen besteht, und mit dem wir die ganze Geschicksführung betreiben. Wir haben gerade eben eine zweijährliche Sitzung hinter uns, in der der engere Vorstand dem erweiterten Vorstand alles mitgeteilt hat, was Bezug hat auf unsere Arbeiten in dem verwichenen Jahre, und ich vermute kein Geheimnis, wenn ich mitteile, daß sich der erweiterte Vorstand mit unserer Geschicksführung in allen Einzelheiten einverstanden erklärt hat. Also, wenn Sie uns Ihr Vertrauen weiter schenken wollen, müssen Sie sich in der Folge tun, daß Sie sich auf diesen wenigen Bemerkungen verlassen dürfen. Sie werden ja beim letzten Punkte der Tagesordnung, wo es sich um die Verwendung des Vorstandes handelt, darüber zu entscheiden haben, ob Sie die bisherige Geschicksführung beibehalten wollen oder nicht.

Nach diesen paar einleitenden Bemerkungen möchte ich nun zunächst über den Rasseneifer die Verhandlungen eröffnen und Sie auch hier bitten, sich mit einigen Andeutungen begnügen zu wollen. Der erweiterte Vorstand hat auch in Bezug auf die Rasseneiferung ganz genau Einigkeit bekommen.

Als Rasenpräfer lobte Herr Sallinger die exakte Rasseneiferung des Bureau und beehrte, dem Vorhande Entschuldig zu erteilen. Die Debatte wurde erteilt.

Herr Dr. Barth schlug vor, eine Generaldiskussion erst nach dem zweiten Punkte der Tagesordnung einzutreten zu lassen, und erteilte deshalb zunächst Herrn Geheimen Justizrat Dr. Franz von Liszt das Wort zu seinem Referate über „Die Kriminalität der Juden in Deutschland“. Herr Prof. von Liszt führte folgendes aus:

In meinen letzten Reden ist es mir nicht möglich gewesen, durch schließliche Andeutungen den Vortrag, den ich jetzt vor Ihnen halten will, mit jenen Grundzügen vorbereiten, die erforderlich gewesen wäre, um Ihnen nun, bisher noch bekannte Tatsachen zu bieten oder aber den bekannten Tatsachen neue Schlussfolgerungen abzuleiten. Ich habe schließliche auf dem diesem meinen Reden mit einem Vorworte in der Mitteilung gemacht und geben, die von mir gegebene Zugabe zu präzisieren, die zum nächsten Jahre etwa; aber meine Vorlesungen haben die Gegenstände unserer Vorträge nicht gefunden, und Sie selbst mit nicht anders fertig, als Sie im Vorworte zu bieten, was hieraus bezeichnen und die oben, vielleicht nicht allein dem Ihnen im einzelnen bekannten Tatsachen nochmals überflüssig zur Darstellung zu bringen und noch einmal auf diesen Tatsachen neue Schlüsse abzuleiten, die von Sie nicht nur mir bereits abgeleitet worden sind. Vielleicht gelingt es mir, ein individueller Moment hineinzusetzen in den Vortrag und

ihn dadurch ein klein wenig fruchtbarer zu gestalten, indem ich diese Eingangsfrage hineinsetze in den größeren Zusammenhang der allgemeinen Fragen, die insbesondere auch in methodologischer Beziehung, unsere Strafgesetzmäßigkeit betreffen.

Es wäre ja gar nicht möglich gewesen, das Problem zu stellen: „Kriminalität der Juden im Deutschen Reich“, wenn nicht unsere moderne Strafgesetzmäßigkeit im Laufe der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts einen merklichen Fortschritt nach vornwärts gemacht hätte, wenn sie nicht erkannt hätte, neben die reine juristische Betrachtung des Verbrechens und Strafe, neben die logisch-rechtliche Analyse dieser Begriffe, die soziologische Betrachtung von Verbrechern und Strafe zu treten habe, die soziologische Betrachtung, die in Verbrechern und Strafe gesellschaftlicher Beziehungen erblickt — in dem Verbrechen eine anthropische, gegen die ethischen Interessen der Gesellschaft gerichtete Handlung und der Strafe eine gesellschaftliche Reaktion gegen jene Handlung. Die Strafe können wir hier bei Seite lassen. Wir beschränken uns auf die gesellschaftliche Betrachtung des Verbrechens. Und da ist es klar, daß eine solche Betrachtung eine doppelte Aufgabe sich stellen muß: sie muß erstens beschreiben, und sie muß zweitens erklären, kausal zu begreifen sich bemühen.

Sie wird zunächst beschreiben müssen, sie wird als gesellschaftliche Wissenschaft auch den Zweck haben, die Bewegung der Kriminalität während eines Jahres zu machen. Sie hat und einmal den Stand der Kriminalität in einem gegebenen Augenblick zu beschreiben, das ist die sogenannte statische Betrachtung, also etwas die Gesamtheit der in einem bestimmten Jahre im Deutschen Reich begangenen Verbrechen umfassen. Es wird diese Beschreibung aber eine ganz unvollkommen sein, sie wird uns ein brutales Bild gemahnen bieten, wenn wir uns nicht bemühen, die Gesamtheit, die wir bestimmen, zu zerlegen. Diese Zerlegung der Gesamtheit in nach gewissen Richtungen hin notwendig und wünschenswert, freilich nicht nach allen Richtungen hin möglich. Wir werden uns fragen, welche Bilder innerhalb der Gesamtheit ergibt sich für dieses oder jenes Verbrechen. Wir werden dann nach anderen Richtungen hin unsere Zerlegung vornehmen, die Gesamtheit analysieren. Wir fragen uns, wenn das und das die Gesamtheit für das Deutsche Reich ist, wie sehr es dann in Sachsen, in Bayern, in Preußen usw., und dann gehen wir weiter: wie sehr es in den einzelnen Gesellschaftlichen Bezirken, Regierungsbezirken, wie mit der inneren Kriminalität und der Verbrechensstatistik wie sehr es, wenn wir die verschiedenen Altersklassen ins Auge fassen, die Berufsarten, Religionen, Vermögen usw. freilich finden wir eine bestimmte Grenze, die man nicht überschreiten kann. Wenn wir bei einer solchen Zerlegung der Zahlen auf ganz kleine absolute Zahlen kommen, dann ist jeder wissenschaftliche Wert dieser ganz kleinen Zahlen von vornherein ausgeschlossen. Der Kriminalstatistiker wird sich immer fragen müssen, wie heißt das Bild bei einer gesellschaftlichen Zerlegung der Gesamtheit?

Wir bewegen uns dann immer noch in dem Gebiete der beschriebenen Teile der soziologischen Wissenschaft, wenn wir neben dem gegenwärtigen Stand der Kriminalität die Bewegung der Kriminalität in den verschiedenen Jahren, Jahrzehnten und Monaten ins Auge fassen, wenn wir, z. B. die Kriminalität des Jahres 1904 vergleichen mit der vorausgegangenen Jahre, wenn wir also eine dynamische Betrachtung der Kriminalität anstellen. In dieser Beziehung hat gerade die moderne Kriminalstatistik einen wertvollen Fortschritt gemacht über die älteren Kriminalstatistiker hinaus. Ich möchte mehrere hervorheben: die Kriminalstatistik ist eigentlich erst etwa 100 Jahre alt, aber in ihren ersten Grundzügen haben wir sie zurückführen bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts. Etwa um 1860 herum kommt zum ersten Mal der für die ganz kulturelle Entwicklung so außerordentlich wichtige Gedanke auf, daß es möglich sein muß, die statistische Bestimmung, die doch im ganzen Bereich der Naturwissenschaften durchgeführte worden ist, auch auf die Kriminalität anzuwenden. Der Strafrechtswissenschaftler aber der etwas liberaler, wenn man es damals nennt. Es lautet zunächst der Gedanke auf, ob es nicht möglich sein könnte, scheinbar zufällige Ereignisse im gesellschaftlichen Leben, etwas Geistes und Tod systematisch zu bestimmen und durch fortgesetzte statistische Bestimmung zur Aufklärung des wirklichen Geschehens zu gelangen.

Dann ist man einen Schritt weitergegangen. Man dachte daran, eine gewisse Beständigkeit also bei den scheinbar zufälligen Handlungen der Menschen nachzuweisen. Der erste man dachte einige besonders in die Augen fallende Abweichungen heraus: Selbstmord, Gefährdung usw., und suchte auch hier die statistische Bestimmung, um die Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen nachzuweisen. Erst im Anfang des 19. Jahrhunderts legte das systematische Bestreben ein, diese Betrachtungsweise auszuweiten auf die Kriminalität, durch quantitative Bestimmung die Gesetzmäßigkeit eines Standes und einer Bewegung zu prüfen. Wir kann ich Ihnen ein paar Beispiele für französische Kriminalstatistik einbringen, war das offizielle Zahlenmaterial gegeben, und zu ermitteln, die sich seitdem die Kriminalstatistik, als deren befristeter Vertreter der belgische Aktenamt Curjel befragt werden kann. Dieser war erkannt über die Lebensentwicklung der Strafen, die sich bei der Betrachtung von einem Jahr zum andern und der verschiedenen Jahre untereinander ergab, aber die erscheinende Regel

mäßigkeit (regulärity effrayante), die sich bezieht, nicht nur upon die Zahl der Verurtheilten, welche um ein Tugel sinkt. Wir sind heute über diesen Standpunkt hinausgekommen. Wir sehen heute gerade — und gerade ich habe für die Kriminalpolitik des Deutschen Reiches — eine ganz merkwürdige Bewegung in den Jähren. Das was uns heute interessiert, was uns heute ziemlich erregt, ist die aufsteigende Bewegung der Kriminalitätsziffern. Nicht die Uebereinstimmung mit den bewegungslosen Zahlen, sondern die Berücksichtigung der Abweichungen. Und das ist eine Bewegung, die sich nicht weiters in der Fragestellung konstatirt: Ist kommen es denn, das eine solche Ausnahme oder Abnahme vollständig werden kann?

Wenn man sich zum häufigen und demnachsten Hauptpunkt
mit uns gröffter Aufmerksamkeit bedienen müßte. Wir werden einmal
den sogenannten Meistestgestellten betrachten müssen. Wenn man findet,
daß die gröfften Fährten der Schindelsäule und die gröffte Gefahr
zu sein, so ist es auch die gröffte Gefahr für die Schindelsäule.
wenn man gut oder nicht. Hat sich in der letzten Zeit die Be-
völkerungszahl um 10% vermehrt, so ist das eine Zunahme
oder Abnahme nicht zu sprechen, und wäre die Bevölkerung in dem
gleichen Zeitraum um 20% gestiegen, so würde eine Zunahme
von 10% zu sprechen sein. Die gröffte Gefahr für die Schindelsäule
wäre, wenn man sich nicht um die gröffte Gefahr für die Schindelsäule
beruht, so ist es die gröffte Gefahr für die Schindelsäule.
wenn man sich nicht um die gröffte Gefahr für die Schindelsäule
beruht, so ist es die gröffte Gefahr für die Schindelsäule.
wenn man sich nicht um die gröffte Gefahr für die Schindelsäule
beruht, so ist es die gröffte Gefahr für die Schindelsäule.

Wir werden uns freier die Beschreibung dadurch erleichtern können, daß wir fotografische Darstellungen machen. Wir werden, wenn etwas die Finger der Kriminalität in die Höhe geht, uns das durch eine bestimmte Kurve darstellen können usw. Immer bewegen wir uns dann noch auf dem Gebiete der rein beschreibenden Wissenschaft.

Aber nun drängt es uns doch über diese bloße Darstellung des Gegebenen, über die bloße Beschreibung hinaus. Wir wollen erkennen, verstehen, begreifen, d. h. kausal verstehen; wir wollen die Ursachen, den kausalen Zusammenhang feststellen.

[illegible]

Sie müssen nun allerdings verstehen, soweit es sich um diese knappe Erklärung der Kriminalität handelt, sind wir heute noch in den allerersten und bescheidensten Anfängen wissenschaftlicher Erkenntnis. Es sind noch Vermutungen, was wir da aufstellen, als wissenschaftlich feststehende Tatsachen.

[illegible]

fallenen dem weitest größten Bedeutung find, als die individuelleren Faktoren, namentlich dann, wenn wir über den Augenblick, in dem die Tat begangen wird, zurückgehen auf die in der Vergangenheit gegebenen Ursachen. Der Mann, der heute mit 23 Jahren, als Bredacher befragt ist, was er heute ist, im Laufe der Jahre geworden; und einer der Fallströme, der sein Werden bestimmt hat, ist die äußere Umgebung. Der zweite Faktor ist wieder individualischer oder anthropologischer oder anatomisch-physiologischer Natur: das ist das Erbgut, das er seiner Zeit mit ins Leben von seinen Eltern übernommen hat, das, was auf dem Wege der Vererbung an Eigenart dem Reime mitgegeben worden ist. Wiederum legen wir bei einer weiteren Betrachtung, das das, was die Eltern gewesen sind in Hinsicht der Zeugung, bestimmt ist durch den Übergang ihrer Eltern und ihrer Erzeugung ist wiederum berührt durch die gesellschaftlichen Verhältnisse. — War die Zeugungszeit eher gesättigt durch Ernährung, oder durch Unterernährung, oder durch gesellschaftliche oder soziale Verhältnisse? War das Kind einmündig, oder nicht mit auf dem Stammbaum, das wir die beiden Faktoren, den individuellen — wie ich jetzt darf es als den anthropologischen bezeichnen — und den gesellschaftlichen, nebenander stellen, oder das Lebensalter der gesellschaftlichen Momente betrugen.

[illegible]

Seine Ansicht steht in der Mitte mit einer stärkeren Betonung der gesellschaftlichen Faktoren, unter welchen die wirtschaftlichen eine große, aber nicht die alleinige Rolle spielen.

Wenn wir nun an die Betrachtung unseres Themas herantreten, so legen wir sofort, es ist die Forderung des Themas: „Kriminalität der Juden im Deutschen Reich“ durchaus nicht missverständlich einmündig einverstanden und werden uns auch bei der Erörterung des Themas selbst, Vom verstand, das wir die Gesamtansicht der Kriminalität teilen. Das ist ein durchaus berechtigtes Verlangen. Aber nach welchen Gesichtspunkten sollen wir diese Forderung vernehmen? Die Religion, ethnologische und politische, sollen nicht nur ein Tadel im Sinne der Kriminaltheorie? Der Angehöriger der jüdischen Religionsgesellschaft? Wir oder nur mündigen Personen? Daraus folgt aus jeder dieser Gesichtspunkte eine in den betreffenden Abschnitten der Jahrgänge der Zeitschrift „Kriminalität“ über und weiter bekannt: wir müssen davon ausgehen, dass die menschlichen Wesen ungeliebt haben, können zu ethischen Vorstellungen und ethischen Normen haben, und es kann daher die Zugehörigkeit zu einer oder jener Religion überhaupt kein Faktor der Kriminalität sein. Es wird dieser Forderung weiter hinzugefügt werden müssen, dass die Religion, d. h. die Weltanschauung, als Faktor der Kriminalität betrachtet werden muss, wenn sie sich auf ethische-religiösen Vorstellungen beziehen, aber nicht auf ethisch-religiösen Vorstellungen, sind hinsichtlich überhaupt nicht entstehen lässt. Es wird also auch die Kriminalität der Juden nicht abgeleitet werden dürfen von der Zugehörigkeit zur jüdischen Religion. Dieser Gedanke ist richtig, der auch die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe nicht ausschließt.

[illegible]

merkbar machen, es wissenschaftlich durch die Statistik nachzuweisen. Aber selbst wenn man einen solchen anthropologischen Einfluß der jüdischen Rasse auf die Kriminalität nachweisen könnten, so dürfen wir doch nie das Uebereinstimmen dergeßigen, das die gesellschaftlichen Faktoren auf die Stellung der Kriminalität ausüben, wenn nicht in der eben Genannten, so doch in den vorausgegangenen Generationen.

Wenn es uns also möglich ist, auf Grundlage der gesellschaftlichen Faktoren zu einer Erklärung derjenigen Verhältnisse zu

kommen, die uns bei der Betrachtung der jüdischen Kriminalität auffallen, so würde es wissenschaftlich jedenfalls ein viel sichereres Ergebnis sein, als das uns nicht unmögliche, aber kaum nachweisbare Zusammenhänge auf die Rassenzugehörigkeit.

Ich habe nunmehr die Aufgabe, Ihnen die Rassen nachzuweisen, und mag dem Herrn Kreis bitten, ich einmal die Einwirkung unserer Kriminalität einwirken lassen zu veranlassen.

Ich habe zu diesem Zwecke Ihnen zunächst die folgende Tabelle vorgelegt:

Spalten	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	Spalten
Jahrgang	Bevölkerung über Haupt	Kaufmannschaft der jüdischen Bevölkerung	Bevölkerung über Haupt	Bevölkerung über Haupt	Bevölkerung über Haupt	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Bevölkerung gegen die Verbrechen	Jahrgang
1882	329 968	1040	30 719	249	51 628	107 398	189 334	11 948	13 826	2852	38 971	38 291	9 623	91 132	11 989	11 689	1882
1883	330 128	1094	29 889	259	51 684	112 257	194 580	11 853	13 306	2738	39 911	40 988	4 021	89 130	12 387	11 153	1883
1884	345 977	1080	31 342	264	56 092	125 299	192 898	12 468	15 355	2756	42 616	48 118	5 543	86 158	12 890	12 379	1884
1885	343 987	1062	30 704	274	56 387	127 865	197 375	12 407	14 856	2885	40 859	51 449	5 820	80 516	12 618	12 812	1885
1886	353 000	1081	31 513	281	80 456	134 019	196 932	13 127	15 983	3198	42 586	53 759	6 493	79 585	13 606	12 798	1886
1887	356 357	1088	31 113	289	82 348	137 745	194 745	13 447	15 969	3194	44 084	55 821	6 602	78 198	14 560	13 099	1887
1888	356 065	1041	33 069	283	81 601	134 609	192 652	12 387	14 851	3044	42 359	55 229	6 279	75 245	14 778	12 389	1888
1889	369 844	1067	36 790	181	82 817	139 639	185 621	12 718	16 244	3171	43 000	57 191	6 985	82 966	16 848	13 980	1889
1890	381 450	1105	41 003	328	83 748	148 096	186 107	13 133	17 104	3254	45 351	60 948	7 813	81 927	17 364	15 859	1890
1891	391 064	1124	42 312	340	81 994	149 750	177 836	13 268	17 031	3295	44 809	61 896	8 011	86 739	18 349	13 839	1891
1892	422 327	1202	46 490	347	66 392	157 928	198 437	13 985	17 725	3452	46 558	65 068	8 802	95 520	20 711	14 788	1892
1893	430 403	1212	43 776	352	73 107	172 096	183 645	15 151	18 229	3905	50 424	72 919	9 571	83 719	20 583	15 969	1893
1894	446 110	1244	45 554	369	76 527	181 977	186 016	16 297	19 391	4096	52 731	77 491	10 306	82 941	21 923	16 719	1894
1895	454 211	1249	45 394	379	79 681	187 834	185 343	16 063	20 085	4113	52 152	80 096	11 092	81 558	22 392	16 258	1895
1896	458 299	1244	44 375	389	81 964	194 582	179 136	16 578	20 695	4477	53 968	85 032	11 345	79 407	27 775	17 445	1896
1897	465 585	1246	45 329	396	82 696	195 762	183 797	16 547	21 535	4177	54 143	86 624	11 450	82 035	29 075	17 486	1897
1898	477 807	1257	47 966	402	82 208	203 298	190 355	16 083	22 207	4505	55 988	90 826	11 910	84 758	24 198	18 113	1898
1899	478 139	1296	47 512	—	81 231	207 332	188 260	17 148	22 001	4594	55 514	94 627	12 379	81 274	24 169	18 858	1899
1900	468 819	1298	48 637	—	77 254	203 177	188 098	16 120	22 218	4702	52 883	93 679	12 130	82 979	23 374	18 261	1900
1901	497 310	—	49 875	—	83 093	213 447	199 428	17 090	22 822	5145	55 752	98 110	12 351	88 324	25 255	19 077	1901
1902	511 975	—	50 966	—	86 096	215 811	208 786	17 030	23 479	4798	58 091	97 243	12 339	89 437	26 584	19 707	1902

Unsere Religionskriminalität umfaßt alle Verbrechen und Vergehen gegen den Reichsgesetz. Die Ermittlung dieser Verbrechen ist die Aufgabe der Kriminalität, wegen deren eine Beurteilung festgehalten hat. Alle Verbrechen werden also. Bloß bei Verbrechen und Vergehen, um auch die nur insofern als sie gegen Reichsgesetze sich richten, sind hier enthalten. Landesstrafrecht verurteilte Verbrechen werden in diesen Rassen nicht. Ferner erscheinen hier nur diejenigen Urteile, die von den vorgelegten Urteilen geteilt sind, also nicht die von den Provinzialgerichten gefällten. Unter Kriminalität, die im Jahre 1882 eintritt, ist in Bezug auf die Anzahl aller Verbrechen um die Ermittlung bei der Verarbeitung dieser Verbrechen als durchaus maßgebend zu bezeichnen. Sie selbst nur an dem Monat, daß sie unvollständig ist. Im Jahre 1882 liegt sie ein, jedoch nur im Jahre 1901 bereits die Rassen den zwei Dekaden des uns haben. Gerade die Rassen für die beiden Dekaden bieten man eine außerordentlich wichtige Unterlage für unsere Untersuchungen.

Nach nach der Tabelle ist die absolute Zahl der Beurteilungen ganz beträchtlich gesunken, ist, ergibt sich daraus nicht als ein Zeichen für die Zunahme der Kriminalität. Wir müssen die absoluten Zahlen vielmehr in Relation setzen zur Bevölkerungszahl, und zwar zu der Zahl der strafmündigen Bevölkerung. Die dann gefundenen Zahlen ergeben sich aus der zweiten Spalte dieser Tabelle. In den Spalten 5, 6, 7, 8 sind dann die vier großen Hauptgruppen der Verbrechen unterteilt.

Nun fragt es sich, wie sehr sich innerhalb dieser Gesamturteile die jüdische Kriminalität verhält? Ich habe für diesen Zweck eine besondere Tabelle zusammengefaßt:

3. Hebe ich (a) bedeutet den Durchschnitt 1882/91, b den Durchschnitt 1892/1901. Auf 100 000 strafmündigen Bevölkerung der gleichen Religionsgemeinschaft kommen Beurteilungen:

Strafbare Handlungen	absolut	Bevölkerung	Bevölkerung	Bevölkerung	Bevölkerung
absolut	a) 1882	b) 1892	a) 1882	b) 1892	a) 1882
1. Hauptgruppe. Straftaten gegen Staat, Religion, öffentliche Ordnung	124	124	134	124	104
2. Hauptgruppe. Straftaten gegen die Person	169	169	164	167	234
3. Hauptgruppe. Straftaten gegen das Vermögen	403	359	477	401	390
4. Straftaten im Ritt	5	5	5	5	5

Wenn wir die absoluten Zahlen überhaupt ins Auge fassen, so sehen wir, daß die Kriminalität der Rassen im ersten Dekennium 1900 betrug gegenüber 963 bei den Evangelischen und 1153 bei den Katholiken und 784 bei den Juden. Es zeigt sich also eine wesentlich ungleichmäßige Verteilung der Straftaten und eine wesentlich günstigere Stellung der Juden. Im nächsten Dekennium finden wir bei den Rassen über 1200 Fälle, bei den Katholiken 1361, bei den Juden 1031. Verteilen wir nun diese Gesamturteile auf die vier Hauptgruppen, so sehen wir sofort eine ganz auffallende Verschiebung bei der ersten Hauptgruppe, und zwar ist im ersten Dekennium die jüdische Kriminalität mit 104 geringer als die der Rassen mit 124. Für das zweite Dekennium springt die Rasse der jüdischen Kriminalität beträchtlich in die Höhe auf 234, während die Rasse bei den Rassen bezüglich dieser Rasse 167 beträgt, — woraus eine ganz merkwürdige Verschiebung. Bei den übrigen Hauptgruppen ist überall die jüdische Kriminalität eine bessere.

Es bringt uns dies sofort auf die Frage, wie es denn mit den einzelnen Jahren in diesen beiden Dekaden gewesen ist. Es ergibt sich dann folgende Übersicht:

2. Hebe ich: Auf 100 000 strafmündigen Bevölkerung der gleichen Religionsgemeinschaft kommen Beurteilungen:

Jahr	Hauptgruppe	Bevölkerung	Katholische	Evangelische	Juden
1882	998	944	1078	991	844
1883	996	925	1067	982	809
1884	1023	958	1145	1021	799
1885	1005	926	1147	1104	740
1886	1022	947	1160	1022	767
1887	1023	948	1161	1023	782
1888	992	924	1117	992	764
1889	1048	977	1167	1044	792
1890	1065	997	1194	1066	793
1891	1073	1011	1190	1074	798
1892	1146	1082	1268	1148	862
1893	1156	1068	1281	1156	978
1894	1195	1125	1321	1194	1027
1895	1202	1134	1326	1201	1104
1896	1197	1129	1332	1196	1051
1897	1204	1136	1341	1202	1076
1898	1219	1131	1376	1217	1038
1899	1201	1104	1375	1200	1018
1900	118	1063	1339	1163	1033
1901	1223	1117	1412	1222	1053

Reinlich, Körperberäuberungen und Brandstiftungen; die Gesamtkriminalität betrug bei den Selbsthändigen 0,67, bei den Schülern 1,21. In der Anwesenheit mit Einrechnung des Berufsstandes waren hier fünf vertreten bei den Selbsthändigen den Reinlich (1,80) und den Arbeiter (2,16); Gesamtkriminalität 1,14, also ungefähr normal. Dem gegenüber zeichnen sich die Schülern der industriellen Ausbildung, also die gewerblichen Arbeiter, durch ganz andere Verhältnisse aus: Gewalt und Erziehung gegen Beamte 2,78, längste mit Gewalt 2,55, Körperberäuberung 2,48; Gesamtkriminalität 1,78.

Nun komme ich zur dritten Gruppe: Handel und Verkehr mit Einschluß der Gast- und Schenkwirtschaft. Hier weisen die Selbsthändigen eine sehr hohe Kriminalität mit 2,48 aus. Es ist dies die höchste Kriminalität der Selbsthändigen, die wie überhaupt in der Kriminalstatistik finden. Handel und Verkehr sind also in ihren selbständigen Gewerbetreibenden etwa 2,5 mal so stark beteiligt als nach ihrem Anteil an der Bevölkerungsdifferenz anzurechnen wäre. Das tritt am schärfsten hervor beim Zucker: 26,00; also 26 mal so stark als wir erwarten dürfen, sind die selbständigen Handelsarbeitenden beteiligt. Ferner bei Wein 3,09, Getreide 2,96, Betrag 3,65. Ganz anders bei den Schülern: Diese sind hauptsächlich an der Unter- fassungen und teilweise auch am Betrag höher beteiligt. Zucker, Wein, Getreide, Schokolade, Wein, also ganz besonders Wein und Zucker. Es sind aber auch die Verhältnisse, bei denen die jüdische Bevölkerung stark vertreten ist. Es waren nun tätig von der Gesamtbevölkerung in der Handelsstatistik 34,19%, darunter Juden 1,39%, in der Industrie 34,15%, darunter Juden 18,80%, in Handel und Verkehr 3,64%, darunter Juden 56,60%.

Es ist also, es ist über die Hälfte der jüdischen Bevölkerung überhaupt im Handel beschäftigt, und es ist die jüdische Bevölkerung fast ausschließlich im Handel beteiligt wie die christliche. Es ist daher klar, daß die jüdische Kriminalität auf die Jüge aufweisen muß, die bezüglich der Kriminalität dieser Gesellschaftsgruppe eigenständig sind, und daß, wenn die jüdische Bevölkerung bei diesen Verhältnissen fast ausschließlich im Handel beteiligt wäre wie die christliche, das überhaupt nur einer gleichmäßigen Beteiligung entsprechen würde.

Ich möchte die Sache aber noch weiter verfolgen. Wir können fragen, unter denjenigen gesellschaftlichen Gruppen, die auf die Schenkung der Kriminalität den großen Einfluß ausüben, haben wir auch Hochschulen und Schulen zu berücksichtigen und zwar weniger, weil dadurch die Gesamtheit der Verhältnisse herabgesetzt wird, sondern in erster Linie, weil die Verhältnisse dieser Gruppe anderer Art sind als diejenigen, die von den weniger Hochschülenden begangen werden. Mit Hochschulen und Schulen treten die Verhältnisse: Gewalt, Mißbrauch gegen die Staatsgewalt, Raub, Brand usw. zurück, und die kleineren Verhältnisse, insbesondere Betrug und Unkenbühnen, treten in den Vordergrund. Hierüber können wir sagen: In der allgemeinen die jüdische Bevölkerung in Bezug auf Verhältnisse und Bildung günstiger gestellt ist, muß auch die Kriminalität dieser Jüge aufweisen. Und weiter: die Kriminalität ist in der Stadt, namentlich in Berlin, größer, weil in der Stadt die strafmündige Bevölkerung in großen Massen zusammenströmt. In den Städten findet sich aber auch eine ganz andere Art der Kriminalität. Die Körperberäuberung wird zurücktreten, während ungeheuer die Diebstahl usw. eine ganz andere Rolle spielt, und von der Verletzung des geistigen Eigentums am Bande kann die Rede sein. Die jüdische Kriminalität wird also die Jüge der höchsten Kriminalität aufweisen müssen.

Ich komme nun Schluss. Das Ergebnis ist zunächst ein rein negatives. Eine spezifische jüdische Kriminalität gibt es für den Kriminalstatistik nicht. Selbst wenn es eine solche hinter den Jüden der Kriminalität geben sollte, können wir sie nicht feststellen. Der Kriminalstatistik muß vielmehr zeigen, es handelt sich um eine Berufskriminalität.

Ich möchte eine kurze Schlussbemerkung hinzufügen: Mit 54 und mehr Prozent ist die jüdische Bevölkerung an Handel und Verkehr im weitesten Sinne beteiligt, und die Kriminalität des Handels ist an sich eine wenig günstige; sie ist im Laufe des letzten Decenniums immer ungünstiger geworden. Zum Teil wird sich das daraus erklären, daß zu Zeiten Handelsbetriebe jüdische Kleinhandelsbetriebe, kleine Gast- und Schenkwirtschaften, also Personen, die unter den denkbarsten wirtschaftlichen Verhältnissen leben, sich mit schwer durchsetzen vermögen. Zum Teil wird ich meinen, es wäre eine höhere Pflicht der im Handel namentlich so stark beteiligten jüdischen Mitglieder, dieser Erscheinung ihre volle Aufmerksamkeit zu widmen, ihrerseits eine Nachforschung zu betreiben, Enquêtes zu veranstalten, durch welche sich genauer ergibt, welche Untergruppen innerhalb dieser außerordentlich weiten Gruppe des Handels und Verkehrs an der Kriminalität beteiligt sind, welche Untergruppen es eigentlich sind, die unter den gegebenen Verhältnissen zum Verbrechen geführt werden, und was ich hoffen möchte, daß es eine Grenzpflicht, läge zugleich auch in dem eigenen Interesse der jüdischen Mitglieder, wenn sie sich bemühen, alle die zu dieser Gruppe gehörenden Personen den geänderten wirtschaftlichen Ver-

hältnissen möglichst anzupassen. Wenn das geschehen würde, wenn auch die im Handel und Verkehr stehenden höchsten Mitglieder dieser Gesellschaftsgruppe in möglichst bestmöglicher Weise, dann würden die antisemitischen Angriffe, jene verurteilbaren Angriffe, nicht bloß denjenigen, denen sie schaden sollen, zum Segen gereichen, sondern neben den jüdischen auch den christlichen Mitgliedern und schließlich allen Schichten unserer deutschen Rasse! (Beifall: Redaktor Beifall.)

Herr Dr. Barth sprach Herrn Professor v. Liszt den herzlichsten Dank der Versammlung für die meisterscheiteste Klarheit aus, mit der er in seinem Vortrag ein dunkles und schwieriges Gebiet behandelt hat. (Beifall: Redaktor Beifall.)

In der nunmehr eröffneten Diskussion gab Herr Bankprokurist Paul Jaffé ebenfalls seinem Danke für den Vortrag Ausdruck und machte Vorschläge, wie zur Förderung der Vereinsbestrebungen die „Mitteilungen“ noch viel weiter verbreitet werden könnten. Seiner Anregung wurde Folge gegeben.

Herr Dr. Barth betonte ebenso wie der Vertreter der Redaktion, Herr Curt Bürger, das erste Bedenken des Vereins, den Inhalt der „Mitteilungen“ in möglichst weite Kreise dringen zu lassen. Nachdem Herr Rentier Salinger auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, daß zu einer noch kräftigeren Vereinsbetätigung auch erheblich höhere Mittel durch ausgedehnte Mitgliedsvermehrung erzielt werden müßten, hob Herr Dr. Barth noch besonders den interprofessionellen Charakter des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus hervor, der in der Zusammensetzung des gegenwärtigen erweiterten Vorstandes einen prägnanten Ausdruck bekommen habe. Gerade dieser interprofessionelle Charakter ermögliche es dem Verein, seinen Kampf recht nachdrücklich zu führen und manches durchzusetzen, was die rein jüdischen Organisationen, mit denen der Verein in besserer Freundschaft steht, nicht zu erringen vermögen. Zugleich Dr. Harwitz sprach als Vorsitzender des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens seine volle Sympathie mit den Bestrebungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus aus und hoffte, daß sich seine Glaubensgenossen sämtlich von der Verpflichtung erfüllt fühlen werden, diesen Verein zu unterstützen. Es würde als ein Unglück für die Juden angesehen werden müssen, wenn sich der Verein zur Abwehr des Antisemitismus nicht weiter ausbreiten sollte. (Bravo!)

Herr Dr. Blau wies darauf hin, daß es möglich sei, die Ergebnisse der Kriminalstatistik noch weiter zu zergliedern und insbesondere alle diejenigen Straftaten herauszuheben, bei denen sich eine Steigerung der Kriminalität der Juden ergeben hat. Es handle sich hierbei nämlich um die Zauberschulden gegen die Gewerbeordnung, die eigentlich gänzlich in die Kriminalstatistik hineingehören, weil sie hauptsächlich in Uebertretungen bestehen. Die Vermehrung dieser Vergehen gegen die Gewerbeordnung falle zudem in die zweite Periode (von 1892—1901), also in die Zeit nach der Einführung des Gesetzes betreffend die Sonntagsruhe. Wenn man bei Christen und bei Juden diese Vergehen aushebt, so ergibt sich, daß die Jüger für die Juden sogar niedriger als diejenige für die Christen sein würde. Eigenartig verhalte es sich damit, daß die Juden beim Zucker 13 mal so häufig bestraft sein sollen wie die Christen. Die absolute Jüger im Durchschnitt der letzten zwanzig Jahre betrage für die Juden nämlich — 7; diese kleine Jüger ist dann allerdings 13 mal so groß wie die entsprechende Zahl bei den Christen. Ähnlich verhalte es sich auch bei anderen Delikten.

Herr Schiff regte an, daß der Verein zur Abwehr des Antisemitismus ähnlich wie der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens häufiger Mitglieder- versammlungen veranstalten möchte, um das Vereinsleben reger zu gestalten. Herr Dr. Barth sagte zu, in Erwägungen darüber eintreten zu wollen, ob sich eine häufigere

Berufung des Vereins aus Anlaß besonders charakteristischer Vorfälle empfehle.

Zum Schluß erfolgte auf Antrag des Herrn Geheimrat Boas die Neuwahl des Vorstandes durch Akklamation. Es wurden Dr. Th. Barth, Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Wilhelm Förster-Berlin, Geh. Raurat a. D. Benoit-Karlstraße, Dr. de Gruyter-Garlottenturg, Stadtrat H. Hirsch und Charles L. Hallgarten-Frankfurt a. M. wieder in den engeren Vorstand gewählt und der aus mehr als 80 Personen, bestehende erweiterte Vorstand bestätigt.

Herr Dr. Barth wies darauf hin, daß der bisherige Vorstand, in dem aus allen Teilen Deutschlands Männer von Ansehen kooperiert worden sind, sich vielfach durch seine bloße Existenz als wirksames Propagandamittel bewährt habe, weil dadurch weitere Kreise überzeugt wurden, daß der Verein einen starken Boden in der Bevölkerung besitze. Mit einem Dankeswort des Vorstehenden an die Erschienenen wurden die Verhandlungen geschlossen.

Wiener Brief.

VII.

(Herrn Grafen Eger. — Die Christlichsozialen und die Wahlscheu. — Alldeutsch. — Kritik.)

Wien, den 4. März 1906.

Wer einen tüchtigen, entarteten Gegner bekämpfen will, wird mit Eitensprüchlein wenig ausrichten. Wer einer Partei gegenübersteht, die jedes Programmes bar, einzig und allein in der Verunglimpfung von Personen ihre Stärke sieht, der darf nicht davor zurückschrecken, hat der gegnerischen Handlungen die Gegner selbst ans Korn zu nehmen. Unter den Christlichsozialen hat Herr Graba etwa den Rang eines Generals inne. Er ist Gemeinderat, Stadtrat, Romanant des Deutschmeißerklubkorps und vor allem der „Finanzminister“ der Stadt Wien. Mit ihm hat sich die Deffinitivität in der letzten Zeit mehr als üblich beschäftigt. Herr Graba wurde ein interessanter Mann, doch die Art und Weise, in der dies geschah, war für ihn durchaus gegen nicht schmeichelt. Der Außenreund Dr. Zuegers hatte gegen den Bürgerklubdirektor Kreibitz wegen einiger ehrenrühriger Vorwürfe geklagt und die Geschworenen fanden, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung „Graba ist ein schamloser Christlichsozialer und patriotischer Heuchler und Verleumder“ erbracht worden sei. Nur wegen eines nebenläufigen Anwurfs wurde Herr Kreibitz schuldig gesprochen und zu einer Geldstrafe von 100 Kronen verurteilt. Man kann sich kaum eine unglücklicher Figur als die vorstellen, die der „Finanzminister“ Wiens im Gerichtssaal machte. Ein förmliches moralisches Strafgericht ging über ihn nieder und verleihe seiner Reputation einen argen Stoß. Da aber meint, daß Herr Graba die Konsequenzen gezogen hätte, der hat die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Partei, die einen Wittermayer lange hindurch führte, kam einen Graba in ihrer Mitte bulden. Daß täglich behäufte jetzt ein anderer Christlichsozialer Verein, daß die Gemeinderatsliste ein wahrer Mustername sei, und so wird der Name wegmüßigen verleiht, der seit dem fatalen Ehrenbeleidigungsprozeß an dem Würdeenträger klebt.

Ueber die Umgangsformen eines antichristlichen Führers konnte man im Gerichtssaal erbauliche Dinge hören. Ein Zeuge meinte: „Stadtrat Graba tritt ja sehr gerne, das ist doch bekannt“. Der übergroße Dursch erklärt vieles, auch Vorfälle, wie etwa diesen: Der Herr „Finanzminister“, kam mit einer Gesellschaft in ein Salzkau, wo er die Mitglieder eines Gesangsvereins antraf. Bald begann ein Streit. Einen Längersmann nannte der Gemeinderat einen „einem Kerl“, dem anderen bot er ein „paar Waischen“

(Waischen) an; für einen dritten hatte er die freundliche Mahnung: „Waischen Ihnen erst, bevor Sie mit mir reden“. Hier nahm die Auseinandersetzung ein verhältnismäßig glimpfliches Ende. Schlimmer erging es Herrn Graba ein andermal. Er war mit seinem Bekannungsgeoffen, dem Reichsratsabgeordneten Ernst Schneider, in ein Restaurant gegangen, um die ohnehin fidele Stimmung zu heben. Im Nebenzimmer (anb eine Hochzeitsfeier statt und die beiden Honoratioren wurden eingeladen, mitzugeben. Unglücksfalle hatte einer der Gäste die Idee, Herrn Graba zu einem Toast aufzufordern. Doch da kam er schon an: „Auf die tepperte (dumme) Sau bring ich lan Toast aus, de hat eh schon sieben Kinder“. Kaum war dieses Wort entküpft, fielen schon tüchtige Hiebe auf den unvorsichtigen Redner und ein Winauswurf aus dem Lokal war die weitere Folge. Im Gerichtssaal entschuldigte sich der Gemeinderat mit dem Geständnis, daß er weder das Vergnügen hatte, die Braut noch den Bräutigam zu kennen. Der Herr „Finanzminister“ war wieder einmal das Opfer seiner guten Laune gewesen. Allein die Bevölkerung Wiens hat das Recht, von ihren Repräsentanten ein gewisses Maß von Ernst und Würde — auch außer dem Rathaus zu fordern. Wenn man bedenkt, daß die Antisemiten verdiente Männer wegen jeder Kleinigkeit in der schamlosesten Form angreifen, niemanden schonen und selbst das Privatleben ihrer Gegner politisch ausbeuten, dann wird man begreifen, daß die Details des zweitägigen Sensationsprozesses eifrig gesammelt wurden.

Die Christlichsozialen haben in der letzten Zeit ihre ursprüngliche Feindschaft gegen die Wahlscheu für das Abgeordnetenhaus ausgegeben und die Forderung nach der Bestimmung einer fünfjährigen Geschäftsleiste zurückgestellt. Aber sie entschädigen sich in anderer Weise. Die Regierung hat — um die Stimmen der Zueger-Partei zu gewinnen — die Mandatsverteilung in Niederösterreich so vorgenommen, daß die „sozialdemokratische Gefahr“ für die Wiener Rathshauspartei abgewandt scheint. Bisher hatte Niederösterreich — Wien ausgenommen — in der Städtekurie fünf Wahlkreise mit 265 000 Einwohnern; die Regierungsverträge des Herrn von Gautsich fast sechs städtische Wahlkreise mit 327 000 Einwohnern dar. Bisher kam somit ein Abgeordneter der Städtekurie auf 53 000 Bewohner, während in Zukunft 54 550 Städtler einen Vertreter ins Parlament entsenden sollen. Anders verfuhr der Ministerpräsident bei der Einteilung der städtischen Wahlkreise. Heute gibt es acht Wahlbezirke, die acht Abgeordnete wählen. Die Bevölkerung dieses Gebietes weist 1 145 000 Seelen auf, es entsenden sonach 143 000 Einwohner auf einen städtischen Abgeordneten. Das soll in Zukunft anders sein. Die Regierung will 21 Landgemeindenbezirke für 984 000 Einwohner mit 21 Mandaten schaffen, ja fast 46 800 Bewohner einen Abgeordneten wählen würden. Auch die Städte-mandate werden um einen Sitz, die Landgemeindenmandate um 13 Sitze vermehrt. Das scheint im ersten Augenblick ganz widersinnig zu sein, wird aber bei näherer Überlegung vollkommen verständlich. Man muß die Erklärung nur auf dem Gebiete der Politik suchen. Die Städte kommen scheinbar weg, weil diese den Christlichsozialen keine Chancen bieten. Sie werden teilen den freikümmigen Bürgerpartei, teils den Sozialdemokraten zufallen. Auf dem Lande aber fühlen sich die Antisemiten sicher; hier haben sie — vorläufig wenigstens — die Gegner nicht allzufehr zu fürchten. Deshalb die vielen neuen Mandate; die Getreuen Dr. Zuegers dürfen auf keinen Fall zu kurz kommen. Gegenüber den niederösterreichischen Landgemeinden ist auch Wien vergrößert worden. Hier haben die Rathshauspartei in einzelnen Bezirken einen sehr schweren Stand, in anderen können sie auf unbedingt überlegene Gegner. Also lieber eine Vermehrung der fast sicheren Landgemeindenmandate,

als der teilweise gefährdeten Wiener Mandate. Wien mit einer fast fünfmal so starken Bevölkerung wie Prag hat 28 Sitze zugewiesen erhalten, die Hauptstadt Böhmens aber 14! Gefälligkeiten mußte Herr von Gausitz den Christlichsozialen wohl oder übel erweisen, denn er bedarf ihrer Mißliebe bei der Einführung des allgemeinen, direkten Wahlrechtes und diese ist für Oesterreich zur Existenzfrage geworden. Allerdings ging der Kaiserpräsident in seinem Entgegenkommen zu weit.

Die Christlichsozialen haben jetzt die Demokratisierung des Staates nicht mehr zu fürchten, sie sind sicher gestellt. Umso schlechter geht es ihren antisemitischen Befürwortern, den Alldeutschen. Die Schönherianer betreiben die Judenbege mit „wissenschaftlichen“ Argumenten. Die „mehrwertige“ Rasse sucht den schädlichen Einfluß der minderwertigen Rasse vom Germanentum fernzuhalten. Ohne den Christlichsozialen ein Kompliment zu machen, muß man doch sagen, daß die Alldeutschen in Oesterreich womöglich noch gefährlicher erscheinen als sie. Die Ratshausherren sind — bis auf 2, 3 Mütterliche — Geschäftspolitiker, die wenigstens etwas von dem Wiener Humor, von der Wiener Weichheit an sich haben und Dr. Burger ist immerhin ein kluger Kopf. Die Schönherianer aber sind blinde Fanatiker, brutale Drouisloegänger, die ihre Roheit hinter täuschenden Ratsurphrasen verbergen zu können glauben. Sie verteidigen nicht die Würde ihrer Nation, sie vertreten einen krankhaften Nationaldünkel. Vor einigen Jahren war die alldeutsche Bewegung mächtig erkrankt. Im Jahre 1901 jagen die Schönherianer aus gefährdeten Partei ins Parlament ein. Der Abgeordnete Wolf hatte damals den Wahlkampf zu ihren Gunsten entschieden. Zum Danke dafür wurde er einer abscheulichen Geze ausgesetzt, deren Ausgangspunkt die Eifersucht Schönherers war. Das Talent des jungen Wolf schien ihm gefährlich, er fürchtete verdrängt zu werden. Seitdem Wolf aus der alldeutschen Partei hinausgedrängt worden ist, geht es mit ihr rapid abwärts. Sie sieht einer vollständigen Niederlage entgegen, denn das allgemeine Wahlrecht wird ihr Tod sein. Darum sträuben sich die Alldeutschen mit der Verzweiflung von Todesanbittenden gegen die Verjüngung Oesterreichs, die nach Herrn Schönherers Meinung nur den „Juden und Slaven“ nützen würde.

Zum Schluß möchte ich zeigen, welch wunderliche Blüten der Antisemitismus in der Kunstwelt Wiens treibt. Eine Wochenchrift macht sich den Spas, die Beurteilung einer neuen Operette im „Deutschen Volksblatt“ dem Rekrute einer objektiv urteilenden Zeitung gegenüberzustellen. Bemerkenswert muß werden, daß die Librettisten Juden sind; der Komponist gehört der katholischen Konfession an.

Das „Deutsche Volksblatt“ Die „Wiener Allg. Zeitung“ schreibt: urteilt:

... Vor allem aber gibt er (der Komponist) sich als vornehmer Musiker, der, was Farbenpracht der Instrumentation betrifft, seinen Konkurrenten zu scheuen braucht. ... Wie konnte er aber nur die Torheit begreifen, sich ein derartig armseliges Breireit anmaßen zu lassen. In der Beurteilung dieses schäblichen Humors und wegenolischen Musikdresses war getrieben das ganze Publikum ebenso einzig wie im Lobe der Musik. ...

zm.

Der A. D. B. und die „Judenfrage.“

Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund“, der in den achtziger Jahren gegründet wurde und dem an den verschiedenen Universitäten und Technischen Hochschulen des

Reiches etwa 15 farbentragende Korporationen angehören, ist bekanntlich der einzige größere feultentragende Verband, der dem Antisemitismus gegenüber eine direkt abweisende Stellung einnimmt. Diese pointierte Stellung trug seinen Burschenschaften von seinen der „alten“ Burschenschaften, die im A. D. B. vereinigt sind, den Ehrennamen „Reformburschenschaften“ ein und es liegt klar auf der Hand, daß die Gründung der ersten Burschenschaft des A. D. B., der Berliner „Rogermania“ eine weltliche Reform auf feultentstudentischen Gebiete bedeutete. Die liberalen Elemente der Studentenchaft, die sich damals zu Beginn der achtziger Jahre durch das strupellose vergehende Treiben der promoniert antisemitischen Vereine Deutscher Studenten in ihrem akademischen Freiheitsempfinden leicht fühlten, sahen den Gedanken einer solchen „Reformburschenschaft“, der in einer öffentlichen Akademikerversammlung ausgesprochen wurde, der an die liberalen Burschenschaftstraditionen vergangener Tage erinnerte, mit heißer Begeisterung auf und strömten in Scharen der neuen Korporation zu.

Jahre sind dahin gegangen, der A. D. B. Gedanke breitete sich aus. Die Zahl der Korporationen, die sich ihm angeschlossen, wuchs, bis jetzt in den letzten Jahren eine Art Stagnation in seiner Weiterentwicklung eingetreten zu sein scheint. Denn allzu oft kommt die Runde von irgend einer Hochschule, daß eine Burschenschaft dem A. D. B. Prinzipien untreu geworden ist. Wenn auch durch Reueintritt von Korporationen in den Verband er bisher auf der alten Höhe erhalten geblieben ist, so muß doch sicherlich in diesem Punkte diesen Ab- und Zustuten ein ungünstiges Moment erblüht und die Befürchtung erweckt werden, daß der A. D. B. Gedanke seine werdende Kraft verloren hat. Denn die dem Verbands neu sich anschließenden Verbindungen tun das — das wird niemand leugnen — zunächst meist nur aus lokalen Opportunismusgründen. Auch die Konflikte, die in verschiedenen Korporationen über die „Judenfrage“ entstehen, sind ein bedenkliches Zeichen. Sie haben ihren Grund wohl darin, daß man, um die Korporation zu „härten“, oft Schritte aufnimmt, die nach reichlich genossenen Biermengen nach Rand und Mühe liegen und mit den A. D. B. Prinzipien nicht so recht vertraut gemacht worden sind. Man sollte nicht so darauf verpicht sein, jedweden Mulus, der sich bei der Kneipstafel einfindet, nun auf Tod und Leben zu „fellen“, sondern vielmehr darauf, daß er wirklich auf dem offiziellen A. D. B. Standpunkt steht, und man sollte einen Stolz darin setzen, zu sagen: Jawohl, wir haben auch Juden unter unseren Mitgliedern, weil wir liberal denkende Menschen sind! und nicht, wie leider manche A. D. B. Korporationen dies tun, diese Tatsache der Diskriminierung gegenüber schämig verschweigen. Nur dann kann der A. D. B. die Aufgaben erfüllen, die seine Gründer ihm gestellt haben. Findet sich keine einzige Korporation unter den 15, die eine Reform der Reformburschenschaften anbahnen will? Man ist im A. D. B. viel zu „allgemein“ feultentlich geworden. Mit Raufen und Laufen ist es heutzutage nicht getan. Damit imponiert man langjüngigen Burschen und eiten Müttern, aber nicht modern denkenden deutschen Studenten. Woburch ist die Feultenchaft auf den deutschen Hochschulen zur Geltung gekommen, die vieldesigten und geschmähten „freien Studenten“? Weil sie sich sozial betätigen in Arbeiterkreisen und öffentlichen Diskussionen, weil sie verurteilt sind an jede Frage heranzutreten. Ist die „Reueure“ zu vornehm dazu? Wenn sie sich auf den Standpunkt stellen, wird sie in wenigen Jahren auf demselben Niveau stehen, wie die S. C. Korps und die A. D. C. Burschenschaften, d. h. sie wird froh sein müssen, wenn jede ihrer Korporationen 3 bis 4 Mitglieder zählt. X X

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck gekennzeichneten, auch ohne Quellenangabe erzwungen.

1,10 Mh.

sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: West 6 274, 2078.

Alle Zusendungen an die Expedition und Expedition hat zu richten nach Herrn W. Magdeburgerstr. 14, auch an Herrn Geisler des Herrn W. Magdeburgerstr. 14, über den Einzelbestellungen an den Herausgeber, Herrn Dr. Max von D. Gesselt, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die „ausgezeichneten“ Juden.

Das Torenische Wort und Merkmal für das Banner der Ungerechtigkeit: „Duo cum facit idem, non est idem“ — wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe — ist die Quelle jener Marke der Ethik, die des Antisemitismus unbefreites Eigen. Wenn zwei dasselbe tun, so ist's doch nicht dasselbe: der Christ, der Arier ist ein Edel- und Ehrenmann, wenn er edel und ehrenfest handelt; der Jude ist ein Mann, der Neben- und Hintergebanke hat, Kessame machen will, irgend etwas erfindet, wenn er ein gutes Werk tut. Der Christ, der Arier ist ein Befürworter oder sonstwie entschuldigbar, wenn er Unrecht tut, — der Jude „wird verbannt“, der Jude ist von Natur der Schädling und Bösewicht.

Nun ja, das sind alle Rassen. Aber nicht bloß wenn zwei dasselbe tun, ist es vom Standpunkte des Antisemitismus nicht dasselbe, je nachdem ein Jude mit in Frage kommt; — auch wenn zwei dasselbe getan wird, ist es nicht dasselbe. Wenn ein Staatsbürger eine Auszeichnung seitens der Krone oder der Regierung erfährt, so ist seitens der Vorgesetzten der Ständischen und Pädagogischen nichts dazu zu sagen, als allenfalls Ja und Amen. Ja aber ein Staatsbürger jüdischen Glaubens oder auch nur jüdischer Abstammung der also Gelehrte, — dann lodern sich diesen Stützen christlich-germanischer Staatsordnung sofort die Bande stromer Scheu oor dem Thron, und es legt ein Stachel und Stacheln ein, ein Schmalen und Schmalen, als ob nicht just in diesen Kreisen die byzantinische Wprake immer ihre beste Pflegestätte gehabt hätte.

Man erinnert sich der Zucht- und Säugellosigkeit der Sprache der Antisemiten in den neuverurteilten Regierung- und Lebensstagen des Kaisers Friedrich, der „hinreichend verächtlich“ war, in den jüdischen Staatsbürgern Menschen mit demselben Menschenrecht zu sehen, wie es die anderen besitzen. Man erinnert sich des bösen Wackels und Tadelns über den Kaiser Wilhelm II., so oft einmal besonders klar erkennbar wurde, daß er sich hinsichtlich seiner Gesandtschaft, seines Umganges, seiner Einstellungen und Gefinnungen den und jenen Juden gegenüber nicht nach dem Konzept und nicht nach dem Rezept des Herrn Stöder und des Herzogstafeln richtete.

Es ist die Bezeichnung *Wallenstein* u. s. g. geprägt worden für den schlichten Tatbestand, daß der Kaiser sich mit klugen, technisch hervorragenden leistungsfähigen, kenntnisreichen und weisheitsvollen Rassenmenschen jenseitens lieber unterhält als mit eingetragenen Bürokraten und altschulisch-agrarischen Diplomaten. Man sprach von einer allmählichen Zurück-

drängung des alten Grundabels bei Hofe zu gunsten des neuen Industrie- und Geldabels und wollte sogar eine neue Ära kommen sehen, in der die „altpreussischen Traditionen“ zu einer Aschenbrödelstellung würden verurteilt sein. Es hat diese Kritiker und Propheten nicht die Tatsache gestört, daß in der Wirtschaftspolitik die Interessen des agrarischen Grundabels bisheilen geblieben sind, daß in der Staatsgewalt, in der Armee die alten Vorurteile unerschütterlich ihr Herrschaftsrecht behauptet haben. Der gesellschaftliche Geschmack des Kaisers und Königs ist kein gutes Recht, in das ihm niemand hinein zu reden hat, und äußert sich dieser gesellschaftliche Geschmack gelegentlich auch darin, daß er auch „Juden“ im Sinne des Antisemitismus in seinen Verkehrskreis zieht, so ist das eine gewisse menschliche Unbefangenheit des regierenden Herrn, ist aber belanglos für die Staatspolitik und für jene sogenannten Inkompatibilität des Staatslebens, zu denen auch die Zurückstellung und Zurücklegung der jüdischen Staatsbürger in vielen, allzuvielen Beziehungen gehört.

Jetzt wieder drauß ein Orkan des Grimmes und Großes durch die antisemitische Presse, weil der König von Preußen bei Gelegenheit der silbernen Hochzeit den Herren Fritz Friedländer und Dr. Caro den Adel verliehen hat, Männern von jüdischer Abstammung, von denen einer längst den katholischen Glauben angenommen hat. Es ist ergötzlich zu beobachten, was die in ihren heiligen Gefühlen verletzten Antisemiten aus dem Anlaß der künftigen Jubiläumserweilungen zusammenrufen. Das Blatt des Herrn Liebermann von Sonnenberg malt bereits als Folge der welterschütternden Tatsache, daß man fortan von Herrn v. v. Friedländer und von Herrn Dr. v. v. Caro zu reden hat, die *Republik* an die Wand.

Nun muß man aber sich einmal den allerliebsten Widerspruch vor Augen halten, daß dieselben Leute, welche die Königsreise in Gerkapf genommen zu haben meinen, denselben König, vor dem sie sonst sonstwie weichen, mittelbar des Umkreises des Königtums beglücken, den er mit der Adelsverleihung an „Juden“ vorbereiten soll. Mit Verlaß — wie denkt man sich denn das? Wer soll die Streitkräfte schwingen wider das Königtum? Kein Zweifel: der Adel, so verfügt Herr v. Liebermann, der Adel wird sich das Jubeltum vom Leibe halten müssen. Wozu sich jeglicher ergängen mag, was sich aus dem unersetzten aus strafrechtlichen Gründen unmöglich widerzueingebenden Artikel deutlich genug ergibt: es werden sich Adel und Bürgertum empören um der „Juden“ willen, und das Ende ist die Republik. Nun weiß man's oben also und mag sich danach richten; — disceite, moniti — lernet, Ihr seid gewarnt!

Dieser Tonot entsprechend ist auch das Bausgeschrei in den Antiksenitenblättern über die Aussicht, daß in das Offiziercorps „Juden“ eindringen könnten. Man scheint sehr ernst mit dieser Möglichkeit zu rechnen oder stellt sich wenigstens so und behauptet zu dickerer Unterstreichung, daß die Offiziere schon genug haben an den vielen „Halbjuden“, die, trotz ihrer Abelsheit, ihre mütterliche Abstammung nicht verleugnen könnten. Tragikomisch wirkt bei dieser Abwehr eines Schemens, der nicht zu einem fahrbaren Körper werden wird, der Hinweis darauf, daß ebenfalls schon die Juden im parlamentarischen Leben und in der Kirche und Anwaltschaft eine gar so große Rolle spielen. Was das parlamentarische Leben anlangt, — so kann man die Erfindungskraft bemundern, die dieser Behauptung zu Grunde liegt. Was Kirche und Anwaltschaft anlangt, so müssen jene Herrschaften recht gut, welche Umstände die gebilligten Juden jukt in diese Berufe hineintrieben. Einen Hauptimpuls glaubt der Heptapostel auszusprechen mit dem Hinweis darauf, daß nur „deutsche“ Adlige, nicht aber die „Wassfabrier“ den König mit dem eigenen Reibe schälen könnten. Das ist aber im Jahre 1906, jukt hundert Jahre nach Jena, hundert Jahre nach Göttingen, nach der elenden Kapitulation auf offenem Felde bei Premkau, nach der bodenlosen Freigabe des Adels Napoleon gegenüber, nach der Freigabe des Königs und des Vaterlandes durch die Adligen, — das ist im Jahre 1906 wirklich sehr gemagt! . . .

Item, — die antikesionistischen Ironiewörter des unverschämten, ungewürsteten heillosen Staats, sie mögen sich nur gelast sein lassen, noch man im Jahre 1870 reimte: „Ei, sprach Wilhelm, Benebottig, Sie ereifern sich unnötig!“ Der preussische Staat wird gesund und kräftig weiterbestehen auch trotz der Herren von Friedländer und Dr. von Caro. Doch bleibt ein Grundrecht jeglichen Bürgers sich zu ärgern, über was und über wen er will.

§ 24 der preussischen Schulvorlage in der Kommission.

§ 24 der Schulvorlage, der die konfessionelle oder simultane Erstenbedingung des jüdischen Schulwesens regelt, hat folgenden Wortlaut:

„Den Schulverbänden ist überlassen, die vorhandenen öffentlichen jüdischen Volksschulen zu erhalten oder bei der Schulaufsichtsbehörde ihrer Auflösung zu befehlen. Über das Bestehen der hienach ausgelassenen Schulen wird von der Schulaufsichtsbehörde Bestimmung getroffen.“

Den Schulverbänden bleibt ferner überlassen, unter Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde ausdrücklich für die jüdischen Kinder lediglich mit jüdischen Lehrkräften zu besetzende öffentliche Volksschulen neu zu errichten.

An einer Volksschule, an welcher nach ihren besonderen Verhältnissen bisher gleichzeitig christliche und jüdische Lehrkräfte angestellt werden konnten, hat es bei auch in Zukunft sein Verbleiben, sofern nicht die Schulverbände eine Einrichtung nach Maßgabe des Abs. 2 des §§ 19, 20 und 22 beschließen.

Den Schulverbänden bleibt überlassen, da, wo es bisher gebräuchlich ist, für den Religionsunterricht der jüdischen Kinder nach Maßgabe des § 21 zu sorgen.

Für die Provinz Hannover bewendet es bei dem Gesetz vom 7. März 1888 (Gesetzblatt. S. 225) § 1 Nr. 3, betreffend die Unterweisung des jüdischen Schulkindes der Provinz durch den Provinzialverband.“

Wie wir schon früher hervorgehoben haben, stellt dieser Paragraph für die jüdische Bevölkerung im Gegensatz zur christlichen ein Sonderrecht zum Nachteil der ersten auf. Während der § 28 der Vorlage beispielsweise den Evangelischen und Katholiken unter der Voraussetzung einer bestimmten Kinderzahl das subjektive Konfessionsrecht der Minorität zugestehen, findet sich davon im § 24 kein Wort. Die freireligiösen Mitglieder der Kommission verfahren darum konsequent und gerecht, wenn sie u. a. beantragten:

„Falls in einem Schulverband an einer öffentlichen Volksschule keine jüdische Lehrkraft angestellt ist, welche den jüdischen Religionsunterricht erteilt, und auch mit Erteilung anderweitigen Unterrichts beauftragt ist, nach die Zahl der die Schulen bei Schulverbänden besuchenden jüdischen Kinder mit Hinsicht der Geschlechtstheile über 50, in den Städten, sowie in den Landgemeinden von mehr als 5000 Einwohnern über 120, während 5 aufeinanderfolgender Jahre beträgt, so ist, sofern feierlich der geäußerten Vertreter von mehr als 60 bzw. 120 schulpflichtigen Kindern der genannten Art der Antrag bei der Schulaufsichtsbehörde gestellt wird, für diese eine Besetzung in Schulen mit jüdischen Lehrkräften einzurichten.“

Um bei der Auflösung bestehender jüdischer Schulen die jüdischen Lehrkräfte vor Ueberforderungen zu schützen, war von den freireligiösen folgender Antrag eingebracht worden:

„Die an aufgelassenen jüdischen Schulen angestellten öffentlichen Lehrer sind bis zu ihrer anderweitigen ordentlichen Anstellung von dem Schulverband in einer ihrem bisherigen Dienstverhältnis entsprechenden Weise zu beschäftigen und zu unterstützen.“

Diesem Antrage gegenüber betonte ein Regierungsvertreter, daß bei Auflösung einer jüdischen Schule selbstverständlich der jüdische Lehrer alle seine Rechte behalte und nicht brotlos gemacht werden solle. Die jüdischen Lehrer werden gut tun, sich diese Zusage zu merken.

Der oben genannte freireligiöse Antrag bringt den unseres Erachtens einzig richtigen parteilichen und toleranten Gedanken eines einheitlichen Staatsbürgertums zum Ausdruck. Leider fand sich dafür keine Mehrheit. Alle freireligiösen Anträge, die das Scherngewicht auf die Staatsbürgerliche Gleichberechtigung und Gleichbehandlung legten, fielen bei der Abstimmung. Dagegen segten die Kompromissparteien, Konfessionäre, Freikonfessionäre und Nationalliberale ihre Anträge durch. Grauierte bei den freireligiösen Anträgen die Glaubensfrage, so in diesen die Geldfrage, womit nicht geleugnet werden soll, daß sie wertvolle Verbesserungen enthielten. Angenommen wurde zunächst folgende Resolution:

„Die königliche Staatsregierung aufzufordern, einen besonderen Fonds in den Staatshaushaltsplan einzufügen, um da, wo für den jüdischen Religionsunterricht nicht durch öffentliche Schulen oder freilich der bürgerlichen Gemeinden durch Anstellung jüdischer Lehrkräfte an den öffentlichen Volksschulen oder in anderer Weise gesorgt ist, den Synagogengemeinden die Beschaffung des jüdischen Religionsunterrichts zu erleichtern.“

Das ist gegenüber dem tatsächlichen Zustande von heute unbedingt ein Fortschritt. Auch dem bläheren Recht haben die bürgerlichen Gemeinden nicht die Pflicht, für den Religionsunterricht der Juden zu sorgen, vielmehr ist das Sache der Synagogengemeinden. Im Jahre 1903 gab es 103 von jüdischen Schulkindern, 110 von Synagogengemeinden und 24 heimlich von bürgerlichen Gemeinden unterstellte jüdische Volksschulen. Es entspricht dem Sinne des § 22 der Verfassung, wenn der Staat, wie es die Resolution fordert, armen Synagogengemeinden, die keinen Kreditstitel haben, um von den bürgerlichen Gemeinden Beihilfen für ihre Schule zu verlangen, über die materiellen Schwierigkeiten hinweghilft. Diese Frage der Gerechtigkeit wird dann um so brennender, wenn Staat und Gemeinde jeder simultanen Befriedigung des betreffenden Ortschulwesens ablehnend gegenübersehen.

Am eindringend wurde die Geldfrage durch folgenden Beschluß geregelt:

„Für die Errichtung und Unterhaltung der für jüdische Kinder bestimmten und mit jüdischen Lehrkräften zu besetzenden öffentlichen Volksschulen gelten bis auf weiteres die jetzt bestehenden Vorschriften mit der Maßgabe, daß der § 67 Nr. 3 des Gesetzes vom 29. Juli 1847 über die Beschaffung der Juden (Gesetzblatt. S. 276) für den ganzen Umfang der Monarchie zur Anwendung gelangt.“

Werden die in den §§ 19–22 erwähnten öffentlichen Volksschulen den jüdischen Kindern bestraft, so finden in Anknüpfung der Aufhebung der Ahoen für die Errichtung von jüdischem Religionsunterricht an dieselben und hinsichtlich der Anstellung von jüdischen Lehrkräften an diesen Schulen vom Zwecke der Errichtung von jüdischem Religionsunterricht an die jüdischen Kinder, sowie hinsichtlich der

anberaumten Beschäftigung der hierfür angestellten jüdischen Lehrkräfte an diesen Schulen bis auf weiteres die jetzt bestehenden Bestimmungen Anwendung.

Für die Errichtung und Unterhaltung von öffentlichen Volksschulen, an welchen nach ihrer besondern Verfassung, abgesehen von dem Fache des Religions 2. Hebräisch und jüdische Lehrer zugleich angestellt sind, bezeichnet es bei den bestehenden Recht.

Der angelegene § 67 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 hat folgenden Wortlaut: „Wo die Unterhaltung der Volksschulen eine Last der bürgerlichen Gemeinden ist, haben die Juden im Falle der Errichtung einer eigenen öffentlichen Schule eine Beihilfe aus Kommunalmitteln zu leisten usw.“ Das Gesetz von 1847 hatte bisher nur Gültigkeit für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Westfalen und Rheinprovinz.

Es war ein glücklicher Griff, daß die Nationalisbureau im Anschluß an diesen Antrag einen Zusatzantrag durchdrückte, der wenigstens ein Stück der vollen Parität rettete, für die die Freireligiösen vergeblich gekämpft hatten. Der Unterantrag lautet:

„Betreff die Voraussetzungen des § 21 Absatz 1 für jüdische Kinder vor, so bleibt es den Schulverbänden überlassen, für den Religionsunterricht nach Maßgabe der dort gegebenen Vorschriften zu sorgen. Wenden sie von dieser Befreiung keinen Gebrauch, so findet § 67 Nr. 3 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 (Gesetzsammlung S. 263) entsprechende Anwendung.“

Nun herrscht wenigstens hinsichtlich des Religionsunterrichts der jüdischen Kinder Gleichberechtigung und Parität gegenüber der Parität. Der angelegene Absatz 1 des § 21 der Vorlage lautet:

„Betreff in einer öffentlichen Volksschule, die nur mit katholischen oder nur mit evangelischen Befehlshäuten besetzt ist, die Zahl der einheimischen evangelischen oder katholischen Schulkinder, mit Rücksicht auf die Schulschüler, bauernd mindestens zwölf, so ist zunächst für diese ein besonderer Religionsunterricht einzurichten.“

Angenommen wurde endlich noch Absatz 5 des oben angeführten § 24 der Vorlage.

Die Überlegungen der Kommission sind nicht unwesentlich der Natur. Sie treffen aber insofern nicht den Kern der Sache, als sie nicht die volle staatsbürgerliche Gleichheit unserer jüdischen Mitbürger an dem Gebiet des Schulwesens zum Ausdruck bringen. Wir hoffen, daß die abgelehnten Anträge der freireligiösen Kommissionsmitglieder, die sich von diesem Motio leiten ließen, noch das Plenum beschäftigen und zur Annahme gelangen werden.

Otto Pauff.

Unverhörte antisemitische Skandalgeschichten in Stettin.

Der in der Wissenschaft eines hohen Ansehens sich erfreuende Breslauer Dermatologe Geh.-Rat Prof. Dr. Reiffert hatte in voriger Woche in Stettin auf Einladung dortiger Kreise einen Vortrag im „Evangelischen Vereinshaus“ über „Ehe und Geschlechtskrankheiten“ übernommen. Durch den wüsten Habau der in großen Scharen erschienenen Antisemiten wurde der Vortrag jedoch unmöglich gemacht. Die „Disse-Bl.“ berichtete hierüber:

Als der Redner das Podium betrat, um seinen Vortrag zu beginnen, erhob sich plötzlich hinter ihm drei Männer und Frauen dichtgedrängten Saal und auf der Galerie ein wahrer Hordenarm. Schreien, Pfeifen, Trampeln, Töten, dazu ununterbrochener Ruf: „Raus! Raus!“ schallten hier durcheinander und vereinigten sich zu einem ungläublichen Spektakel. Dagegen wurde mehrfach gefahren: „Der Mann hat seinen Kindern Syphilis! er empfindt!“ Als nach etwa drei Minuten eine lebhafte Ruhe eingetreten war, begann Herr Prof. Reiffert zu sprechen, indem er zunächst bemerkte, wenn die drei letzten gegen ihn laut gewordenen Worte irgendwelche Bedeutung hätten, so würde er lieber gar nicht an dieser Stelle stehen, er würde nicht von Tausenden den ersten und angesehenen Männern zu ihrem Vortrage geduldet sein, er würde nicht mehr an einer preussischen Universitäts-Lehrer und damit hiesigen Beamten sein können und nicht in der Weise als Gelehrter gelten werden, wie

es geschehen sei. (Rufe: „Reider!“, „Syphilis!“, „Raus!“) Seine vier anwesenden Gegner hielten er, ihn nach dem Vortrage zu interpellieren; er wurde ihnen Rede und Antwort stehen. Dann begann Herr Professor Reiffert seinen Vortrag, der fast unaussprechlich bald härter, bald schwächer, durch lautes Lachen, Schreien, gelächte Pfeife, besonders auf Weiten der beschriebenen Lokale, fortwährend unwillkürlich ihr bestes und unterbrochen wurde. Häufig hörte der Ruf wieder: „Raus! werden Kinder mit Syphilis!“, und zwar in verschiedenen Variationen. Dagegen mochten sich erst lachen, dann offenbarenden Ruf geltend, die in antisemitischen Demonstrationen ganz und gütig sind. Als Herr Geh.-Rat Reiffert eine drei Minuten dauernde unter solchen Umständen gesprochen hatte, begann um 9½ Uhr ein Ständel, den die Redner die über vergeblich verstanden wurde. Es wurde nicht nur in der oben beschriebenen Weise gehalten, sondern es wurde geduldet, geklärt, gequält und nach noch nicht auf. Rufe wie „Freie Rede!“, „Juden!“, „Stell! die Rede!“ wechselten ab mit Ausdrücken, die widerwärtig den Anstand verleit. Die oben beschriebene Weise dauerte ununterbrochen 20 Minuten; es wurde darauf hart, daß viele Damen den Saal verließen, und daß die drei Schulleiter, die bis dahin noch handhelt alles mitangeht hatten, auch jetzt nicht mehr im Saale zu erwidern konnten. Das Publikum, das sich einer sehr brutalen Verhöhnung der Redner von Seiten einer wenigstens hundertköpfigen Masse von Mannswürden gegenüber wehrte, sah, daß seinen Absichten in bezug auf den Saal und die verurteilten Redner keinen Erfolg zu verzeichnen hatten. Die Demonstrationen wurden durch die oben beschriebenen Umgebungen für den in solcher Weise angeordneten Gelehrten Brand. Als schließlich der Rufe in Lärmstößen überzugehen drohte, sprach Herr Geh.-Rat Reiffert noch wenige Worte, die aber vollkommen unverständlich blieben, um damit seinen Vortrag einen äußerlichen Abschluß zu geben. Darauf leerte sich allmählich der Saal.

In diesen geradezu empörenden Vorgängen, wie sie glücklicher Weise nicht nur in Stettin, sondern überhaupt unter ähnlichen Umständen nur äußerst selten vorkommen, steht, wie schon im Eingange angedeutet, ganz unerkennbar Methode. Die Demonstrationen waren über den hinteren Teil des Saales stufenförmig verteilt, besonders hart aber auf der eine gewisse verlässliche Sicherheit gebührende Sicherheit hatten. Die Demonstrationen selbst waren offenkundig sorgfältig vorbereitet; aber die Redner derselben kann nach den persönlichen Erfahrungen, welche sich daran beteiligten, und nach den Aussagen, die dabei laut wurden, kein Zweifel bestehen, keine Meinungserleichterung auch darüber, wie dieser Unverhör zu empfinden ist. Rufe allerlei Art oder zu besagen, daß diese rote Aufklärung gerade einem Mann wie Geh.-Rat Reiffert mitbringen ist, einem Mann, dem die Wissenschaft eine solche dem eingetragenen Wohlstand zu verdanken hat und der von den nach dem Urteil aller Vorgesetzten der wissenschaftlichen Welt des Auslandes und benützt. Dem Professor Reiffert ist in Stettin die epochenmachende Entdeckung des Gonococcus zu verdanken, ferner die Entdeckung des Kautschukbalsam; seine erst der einem Vierteljahr ausgeführten Forschungen über Syphilis, die er auf Java anstellte, werden vielleicht einmal zu einer die gefährliche Seuche ausrottenden Behandlungsmittel führen, haben jedenfalls schon jetzt unsere Aufmerksamkeit auf die Syphilis neuen erweitert. Die preussische Regierung hat es sehr verständlich diesen Mann gegenüber an Ehren und Auszeichnungen nicht sparen lassen: noch kürzlich hat sie ihn durch Bestellung der ordentlichen Professur für Haut- und Geschlechtskrankheiten an der Universität Breslau, der bisher einzigen in Deutschland, besonders geehrt. Doch Reiffert um seiner Forscherberufes willen bei allen wissenschaftlichen Gesellschaften seines Landes doch in Ehren steht, in vielen den Rang eines Ehrenmitgliedes bezieht, beehrt seiner besonders hervorzuheben. Und gegen diesen Mann von einer leuchtenden Ehre und so jungem Mannesalter ein beträchtlicher pöbelhafter Haufe, ausgeführt in Gegenwart der Mitle der Stettiner Gesellschaft, in Gegenwart einer großen Anzahl gelehrter Frauen! Wir wollen hoffen, daß den Bräutigamen dieses Ständels noch nachträglich die ruhige Überlegung die Schärfe über ihr Tun ins Gedächtnis bringe, daß sie dessen noch häufig fin.

Die letzte Erwartung des Stettiner freireligiösen Blattes hat sich freilich nicht erfüllt. Die in Stettin erscheinende antisemitische „Deutsche Hochwacht“, von welcher der Ständel inszeniert werden war, brüht sich im Gegenteil noch der antisemitischen „Heidenboten“. Von dieser Seite war auch dafür gesorgt worden, daß schon am nächsten Morgen eine Reihe Berliner Blätter und andere antisemitische Organe im Reich telegraphisch ihren Lesern über diesen Erfolg antisemitischer Seite Bericht erstatten konnten. Der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“, der ebenfalls ein Telegramm zugegangen war, sind freilich nachträglich noch einige Gedanken gekommen. Sie bedauerte, daß der „gemäß der rechtigen (1) Unwille solche Personen angenommen hat, die unter allen Umständen unwürdig sind.“ Selbst die beste Sache werde diskreditiert, wenn sie in unwürdiger Form vorgetragen wird.

Daß es sich übrigens nicht etwa, wie einige antisemitische Blätter in einer Anwendung von Scham zunächst behaupteten, um spontane Reaktionen eines Teils der Bevölkerung, sondern um einen planmäßig inszenierten Ekstasband gehandelt hat, bei denen die Stettiner antisemitischen Mäcker als Drahtzieher fungierten, ist jetzt vollkommen klagelose. Der „Difkes-Zig“ liegt das folgende fotografische, an eine größere Anzahl Personen, auf die man sich verlassen zu können glaubte, vor der Versammlung zur Verbreitung gelangte Schreiben vor:

Deutsche Hochachtung

Unbekannte
deutsche
Tages-
Zeitung.

Stettin, den 7. März 1906.

Sehr geehrter Herr!

Am Freitag Abend 9 Uhr findet im hiesigen evangelischen Gemeindehaus in der Elisabethstraße ein Vortrag des Geh. Med. Rat Professor Reiffers statt, deselben Mannes, der zu wissenschaftlichen Versuchswegen Experimente mit Syphilisblut an vielen unschuldigen kleinen Kindern vorgenommen hat. Von diesem Verbrechen steht eine Strafe von mindestens 10 Jahre Zuchthaus, wenn dadurch der Tod herbeigeführt wird. Dieser „Schicksal“, ein Jude natürlich, will hier in Stettin seinen „Namen“ vernehmen. Die Stadt Stettin hat auf Augensicht Verbrechen hin die Berufung Reiffers an die Wiener Universität abgelehnt. Es dürfte für Sie von Interesse sein, sich den Vortrag Reiffers anzuhören. Weil aber voraussichtlich kein Stettin in seiner Begeisterung für den „großen Schicksal“ unterkommen wird, empfiehlt es sich, schon gegen 8 Uhr sich einen Platz zu sichern.

Mit deutschem Gruß

Die Schriftleitung
der Deutschen Hochachtung

L. H. Ernst.

Anteil eine Hochachtung

Die Herren von der „Deutschen Hochachtung“ machen indessen, wenn es sich um die Anstellung eines Ständehaus handelt — es ist das ja ihr eigentliches „politisches“ Tätigkeitsgebiet — niemals halbe Arbeit und haben sie auch diesmal nicht getan. Im Gegenteil, die Rollen wurden, wie die „Difkes-Zig“ bestimmt zu wissen glaubt und gegebenenfalls durch Zeugnisaufgaben bekräftigen will, vorher genau verteilt. Schon im Laufe des Nachmittags teilte einer der Eingeweihten einem Freunde des Blattes mit, wie der Rummel am Abend verlaufen würde; mit welcher Begeisterung Herr X. (der Name wurde genannt) den Spektakel eröffnen und mit welchen weiteren Zwischenrufen der Chorus ihn fortsetzen und wie man ungefähr ihn zu Ende führen werde. Und das so entworfenen Programm wurde prompt inne gehalten. Der bestimmte bezeichnete Herr X. machte in der Tat den Anfang mit den Worten, die man ihm einstudiert hatte, und auch sonst nahm der Spektakel den Verlauf, der vorgelesen war. Und als dies tapfere Geduldskraft dann geschien, blieb für die rühmlichen Akteure auch der Lohn nicht aus: in einem Restaurationslokal warteten bereits die antisemitischen Hauptlinge, die sich von dem Geiste der Ehre“ selber ausrückte ferngehalten hatten — man kann ja unter Umständen nicht wissen, was passiert! — mit einer erstklassigen Zahl wohl gefüllter Bierkrüge und es ergab sich ein schönes Festen, das dann nach manchen dieser Bezaun, die ihr — Mundwert gegen „Semitische Verbrechen“, so unüberwindlich mannhaft gebraucht hatten, am Schluß noch nach überwinden haben soll. Am nächsten Tage aber war in jenen Blättern, das solche Männerzeiten herangezogen hatte, zu lesen aus einer „Rundgebung für beide Ideale, für Volksfreiheit und deutsches Recht“, und jene Schreier, die einen Gelehrten von Welttruf brutal niedergebrellt hatten, erschienen als „das Volk“ und ihr hohes „Rechtsbewußtsein“ wurde gepriesen und zur Hochheftung empfohlen: „Wird dieses Rechtsbewußtsein im Volke überall, soweit die deutsche Junge Klingt, so lebendig sein, wie hier bei unsern Kommern!“ — So wird eine schwächliche jämmerliche Garce zu einer Ruhmestat feiert!

Aber, wirft vielleicht der Leser ein, am Ende war der Unwille gegen Herrn Geheimrat Professor Reiffer wenigstens z. Th. begründet, wenigstens ein Körnchen Wahrheit an den gräßlichen Beschuldigungen, die man gegen den Gelehrten geschleudert hat. Nun, die Sache zerfällt sich so: Herr Geh. Rat Prof. Reiffer hat ernstlich nicht mit Syphilisblut, sondern mit einem absolut unschuldigen sog. Serum, das keinerlei Ansteckungsstoffe enthält und daher auch niemand anstecken kann, Versuche angestellt und zwar zu dem Zweck, damit zunächst Menschen, die bereits an Syphilis leiden, zu heilen, genau so, wie man heute den ausgezehresten und, wie die Mehrzahl der Aerzte glauben, sehr segnerreichen Gebrauch von dem sog. „Diphtherie-Heilserum“ gegen Diphtherie macht. Diese Versuche betreffen aber $\frac{1}{4}$ der am Geh. Rat Reiffer überhaupt mit diesem Serum d. h. behandelten Menschen, die sämtlich Erwochsenene waren.

Sobann hat in ein paar weiteren Fällen Geh. Rat Reiffer von diesem, wir wiederholen ganz unschuldigen Serum zum Zwecke der Schulpflichtung Gebrauch gemacht, auch nicht bei „vielen unschuldigen kleinen Kindern“, obwohl auch das ja ganz ohne Bedeutung wäre, da dieses Serum eben nicht Syphilisblut ist, ebensowenig wie Diphtherie-Heilserum Diphtherie-Blut. Auch in keinem dieser wenigen Fälle ist durch das betreffende Serum Syphilis hervorgerufen worden. Das Lebensalter der Betroffenen betrug 10, 14, 16, 17, 19, 20 und 24 Jahre; die Hälfte davon waren Prostituierte! — Die absolute Unschuldigkeit des am Geh. Rat Reiffer angewendeten Serums war ihm natürlich schon z. B. seiner Versuche (1892) absolut zuverlässig bekannt, denn es lagen schon damals Beweise genug dafür vor; sie ist aber durch wissenschaftliche Untersuchungen, die sich bis in die allerjüngste Zeit erstrecken, immer wieder bestätigt worden.

So das Tatsächliche. Und nun urteilt der Leser selber und ziehe dabei in Betracht, ob wohl der Staat einen Mann, der auch nur entfernt Ähnliches, wie jene antisemitischen Anwürfe behaupten, bezogen hätte, mit allen Ehren, die er zu vergeben hat, auszeichnet, als die wissenschaftliche Welt ihn noch weiter unter sich dulden würde! Nein, was da in Stettin in Szene gesetzt wurde, war ein antisemitisches Verbrechen jämmerlicher Sorte, das allein auf diejenigen zurückfällt, die es anstakten, sowie auf die übrigen, die sich dazu misbrauchen ließen.

Die Lage in Rußland.

In der am Sonntag, den 11. d. M. in Berlin abgehaltenen Generalversammlung des „Hilfsvereins der deutschen Juden“ hielt Herr Dr. Paul Nathan, der bekanntlich an der mehrfachen erwählten russischen Studentenrecht teil genommen hat, einen äußerst instructiven Vortrag über die durch die Gräueltaten geschaffene Katastrophe der russischen Juden, dem wir folgenden Ausblick in die Zukunft Rußlands entnehmen:

Die Lage in Rußland sage eine trübe Zukunft voraus. Wir müssen darauf vorbereitet bleiben, führt der Redner aus, daß neue Gräueltaten sich ereignen mit all ihren Folgererscheinungen. Das akute Stadium der Revolution beginnt, das wird ein künftiger Historiker durchaus richtig sagen, seit der Ermordung Nihilismus. Damals lag eine dampfende Schmelze über dem Lande: kein Funken von Patriotismus, kein Gefühlswort für den Krieg. Man erwartete von den Japanern vielmehr die Befreiung und zwar selbst in politischen maßvollen und russischen Streifen. Im November 1904 land dann der erste Bombensturm. Die maßvollen Bedürfnisse dieser Versammlung nannte der Zar „fremd“. In Petersburg ließ man dann die Bewegung langsam annehmen. Das ist Syntese bei der russischen Regierung. Man fand nicht die Verhältnisse zu verbessern, sondern mußte abwarten die ungetriebenen Massen nieder. Nach der Ermordung des Westfälen Sergius dachte man an eine Reorganisation der Regierung: der Zar gab das ungeheure Verbrechen einer Art Berührung. Im Juli jagte ein neuer Bombensturm, den der Zar jetzt wiederum als eine Versammlung von „Schwärmern“ bezeichnet. Der bulgarische Minister, das Oberbismarck, die

Dezember-Konstitutionen erfolgten und jetzt vor wenigen Tagen sind die **Rechts-Ausgleichs-Gesetze** erlassen. Die Verfassungsministerie und aber nach der heutigen Lage nur gedrucktes Papier. Die Mängel zum russischen Reichsparlament werden so gut wie bedeutungslos sein, denn sie finden unter einem Ausnahmestand statt. Sie sind nur darauf berechnet, das Ausland zu täuschen. Im Ausland gibt sich niemand einer Täuschung hin. Man will nur Russland erneut für Wohlthaten gedankt, aus dem Westen geht nach dem Osten herüberzufließen.

Die Lage der Juden ist in Russland eine entsetzliche. Es gibt etwa 6 Millionen Juden in Russland, die in einem Ruin eingetaucht sind. Russland bringt diese 6 Millionen in ein Verhältnis, das für sie weder zu leben noch zu sterben vermögen. Freilich es gibt der Gesamtheit der Bevölkerung nicht allzu viel besser unter dieser fortpflanzenden Bevölkerung. Zwei Möglichkeiten gibt es für einen Staat, Elemente sich zu assimilieren. Man kann durch die Höhe und Stärke der eigenen Kultur die Elemente fremder Kultur allmählich aufsteigern. Die russische Regierung ist für solche Assimilationsfähigkeit nachweislich unfähig. Sie hebt die einzelnen Völker, wie Polen und Deutsche, Armenier und Tataren gegen einander, aber sie nimmt das Verstecken der Juden gegenüber selbst in die Hand.

Nach Hirschen und Homel trat in Russland eine Fortsetzung der Aufstandsbewegungen ein und zwar unmittelbar nach dem Wank des Jahres. Seit dem ersten Mittelalter ist ähnliches nicht erlebt worden. In 400 Städten und Ortschaften brach die Insurrektion aus. Seit der Revolution gegen die Juden ist und es ist die Juden sich wehren, rückt die Polizei an und schreit den Juden, Spionagen nach ihrer Bewegung nach. Es lagen organisierte Anschuldigungen einer gegenwärtigen Revolution vor. Es war System.

Nach diesen Ereignissen mußten wir mit einer Diskussion einlegen. Wir gingen nach Russland und legten in den einzelnen großen Zentren Redebeiträge ein. Wir teilten die Bevölkerung in Westasien, mittlere Asien und Arbeiter und setzen Punkte aus. Die Gebiete sind natürlich zu politischen Grenzen niemals verwendet worden, sondern gemäß den Bedürfnissen der Gebiete ausschließlich in humanitären Sinne. Und wir haben nicht nur unsere eigenen Glaubensgrundsätze unterbreitet, sondern auch alle Christen, die durch die Programme geführt haben. Schwierig ist von privater Seite eine ähnliche Diskussion schon eingeleitet worden. Über 6 Millionen sind in der Welt zur Verwendung gelangt. Nur wenn die gesamte Lage in Russland sich ändert, wird nach dem Schicksal der Juden ein menschliches werden. Aber das noch geschehen ist, kann doch nur wenig ändern. Alle diese Willkür sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Der prominente Jude in Russland ist in diesem Augenblick fast nicht, er muß die Judenheit, wie er den Juden in einer Unterredung sagte, par morose haben. Die Lösung, die bisher geübt wird, besteht darin, daß man die Juden par morose aufweist, hier handelt, dort ein paar hundert. Graf Bismarck hat neuerdings wiederholt liberale Meinungen geäußert, aber immer realistisch gehandelt. Und der Minister des Innern hat fälschlich eine Deputation erklärt, er werde Gesandte mit Barker nach Deutschland. Aber in den Gouvernements wird noch heute, wie früher, gewandelt. Homel ist nach im Januar ausgehandelt worden. Ein Gesandter, der in kürzester Weise gegen die Juden wüthet, ist von der Zensur in Odesa genehmigt und in der dortigen Druckerei des Generalstabes gedruckt worden, er liegt mir vor.

Man muß die Situation als düster betrachten. Die Revolution wird ihren gewaltigen Charakter noch lange behalten. Anstände und Streiks werden kommen. Eine Agrarrevolution steht in Aussicht, gegen die die bisherigen Unruhen ein Hindernis gewesen sein könnten.

Eine offizielle Intervention der europäischen Staaten ist unmöglich, aber russische Römungen können es den öffentlichen Meinung der Welt. Denn ist es moralisch vernünftig, einer solchen Regierung mit Geld beizustehen, oder es ist auch unethisch vom finanziellen Standpunkt aus. Der Schrein einer Volksvertretung darf darüber nicht täuschen, daß die Regierung in Russland noch immer weitere Fortschritte macht. Und eine Regierung, die in ihrem eigenen Lande nur durch Verbrechen und durch die Entfesselung der Räder der Schmach am Juden zu erhalten vermag, muß von der öffentlichen Meinung der Welt boykottiert werden. Die Jüdinnen grüssen sich, die es allen Rassen und auch den Juden schaden, als Menschen und als gute Reichsbürger in ihrem Vaterlande zu leben. (Beifall anhaltender Beifall).

Aus Odessa erhält der Herausgeber der „Christlichen Welt“, Pfarrer Kade, dessen tapferes Eintreten für die Unterbrechung der Notlage der dortigen Juden wir wiederholt geschätzt haben, von dem evangelischen Pfarrer Karmann folgende Zuschriften:

3. Januar.

Ich habe die mir anvertrauten Gaben als Spenden für die unglücklichen Opfer der blutigen Obedienz auf-

gefaßt und dementsprechend mein Hilfswerk eingerichtet. In keiner Weise aber um offen oder im Geheimen Judenmission zu treiben.

Ich habe in meiner hiesigen zwanzigjährigen Amtstätigkeit etwa hundert Juden gekauft, aber tausend abgewiesen. Daß ich leicht dran trage, könnte ich nicht sagen. Ich meine an den Getauften. Es wäre ein Kleines, die nötigen Mittel voranzusetzen, eine große jüdisch-christliche Gemeinde zu gründen. Es haben sich jetzt wieder fünf Familien gemeldet. Ich werde Keinen aufnehmen — wenn es überhaupt soweit kommt — so lange die Not die Armen drückt.

9. Januar.

Die Not ist besonders groß unter den armen Judenlehren, die zwar nur zum Teil direkt gelitten haben, jetzt aber ohne jegliche Beschäftigung sind und immer arme Teufel waren. Ich habe bereits ein Dutzend derselben unterstützt. Gestern einen in eine neue Wohnung gebracht. Fünf Kinder. Die Frau im Wochenbett. Er schwindsüchtig. Das ganze Mobiliar bestand aus zerfallenen Sachen und einem kleinen Sofa. Alle lagen direkt auf dem Boden, seit etwa zwei Monaten! Und kein Brennstoff! Der hier eintritt mit einer kleinen Gabe, gleicht einer Engelserlöschung.

17. Januar.

Sie haben mir eine große Freude bereitet durch die Uebersendung von fünf-hundert Rubel und meinen armen Russen einen großen Dienst geleistet. Ich habe sofort eine Reihe Bittender aufgenommen, ja daß ich wieder 350 Juden habe, die ganz unterhalten werden. Einige werden neu insalliert. Sie hatten lange darauf gemartet. Sechs jüdischen Lehrern — ich habe deren anderthalb Dutzend — denen ich mit schweren Herzen am Samstag abgelegt hatte, konnte ich eine einmalige Unterstützung für die Räte gewähren. Sie wurden in die Zahl der Pfinglinge für Brot, Zucker, Tee, Kaffee usw. aufgenommen. Der Winter dauert noch lang. Die Arbeitslosigkeit nimmt in erschreckender Weise zu. Unterdrück ist es nicht, da die wohlhabenderen Juden im Auslande Sicherheit und Ruhe gefunden haben. Die fünf-hundert Rubel werden mir sicheres Brot auf noch sechs Wochen schaffen. Meine 2000 Pfund Brot pro Woche reichen schon lange nicht mehr aus. Sie müßten das Geschäft dieser Armen einmal sehen können, wenn sie die Gaben in Empfang nehmen.

Ich habe außer den Juden etliche hiedig Christen, meist Russen. Weil mir ziemlich viel Gaben für Christen zukamen. Ich habe mit jedoch fest vorgenommen, fünf-hundert*) nicht zu überreichen. Ich brauche jetzt für etwa 250 bis 300 Rubel Brot pro Monat, etwa 160 bis 200 Rubel Kaffee und etwa 500 Rubel Tee. Letztere zahle ich fast nur noch, wenn der Hauswart droht, die Leute aus der Straße zu setzen. Außerdem brauche ich Tee, Zucker, Bohnen, Erbsen, Graupen, Makaronen, Säfte usw. Wenn ich nichts mehr habe, schicke ich. Aber das Spesenmühe habe ich mehr wie einmal erlebt seit dem 24. Oktober 1905, und daß unser Gebet um das „nötige Brot“ erhört ward, steht fest. Gott wird weiter helfen.

7. Februar.

Erschrecken Sie nicht. Ich komme nicht um zu betteln, abgesehen die Not mit jedem Tag steigt und ich die äußerste Zahl längst überschritten habe. Ich nähere und bezeuge genau, seit Ihrer prächtigen Gabe von 500 Rubel, 77 jüdische Familien mit 416 Seelen und 28 christliche Familien, fast nur

*) Die 500 Rubel gingen und von einem Juden zu. Was unsern Vertreter empfangen wir bisher 361,75 Rbl. Wir warten noch auf den einmaligen Erfolg obiger Mittelungen und schicken dann diese Summe ab.

**) Zu Unterstehende im Ganzen, Juden und Christen.

Russen, mit 138 Seelen, also rund 550 Menschen, fünfzig mehr als ich als äußerste Grenze angenommen hatte. Für fast Alle mußte auch die Riete besaßt werden. Die Not steigt mit dem Andauern des Winters in erschreckender Weise. Ich brauche allein an Brot 2400 Pfund in der Woche, also etwa 10 500 Pfund im Monat! ohne was ich mittels Brotkrümel an Hungernde verteile. An den Tagen, wo die Lebensmittel verteilt werden, stehen bis 300 Menschen 3—4 Stunden am Tor und verlangen Brot. Ich werde mit Blutkrümel um Aufnahme unter die Zahl der Unterstützten geradezu bekümmert.

Unter den Russen — und das ist der eigentliche Zweck meines Briefes — habe ich zwei, die sich während den Schredenstagen in ganz besonderer Weise hervorgetan haben. Der eine ist ein Torkhüter, der andre ein Walmenfänger. Der erste, Iwan Durbulof (jüdisch), hat, laut jüdischer Zeugnisse, die mit vorüber, etwa 40 jüdische Familien vor den Wächtern gerettet und während dreier Tage aus eigenen Mitteln die jüdischen Mütter und Kinder ernährt. Heute muß er bei mir betteln. Dem Walmenfänger Wladimir Krivensky (hebräer Seelen) wurde der Arm durchgeschossen, während er arme Juden verteidigte. Der russische Geistliche, an dem er sich wegen Unterstützung wandte, soll ihm gesagt haben: „Ah, du hast Juden gerettet, geh jetzt auch zu den Juden, daß sie dich unterstützen!“ Er kannte vor Tür zu Tür, bis er zu mir kam. Es stehen ihm Zeugnisse von bekannten Personen zur Seite. Ich habe selbstverständlich ein besonderes Interesse an beiden. So lange ich einen Großen habe, solls ihnen nicht allzu empfindlich an Brot, Kohlen, Kleibern, Wohnung fehlen. Aber wenn ich schlief, liegen die Armen auf der Straße.

So. Nun ist's gesagt. Und ich bett'le doch. Aber Sie werden mir nicht gram darum sein. Ihr

Pastor Korumann.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Pastor a. D. Krösel ist ein spätziger Herr.

Er erzählte jüngst im Reichstag das galante Abenteuer eines Bürgermeisters, den seine Frau in der Kammer des Dienstmädchens erwischte und gerade noch im letzten Augenblick durch den eheichen Jurel: „Nag, was machst Du da?“ vor dem Kaiserlichen bewahrte. Da der Herr Pastor a. D. schon durch diese erste Probe seinen Befähigungsnachweis als moderner Boccaccio erbracht hat, möchten wir ihn bitten, die pikante Novelle weiter zu pflegen. Vielleicht erzählt er uns das nächste Mal die Geschichte von einem gauffreien Pastor, der wegen zu großer geistlicher Liebe zu seiner Hauskälterin den Dienst quittieren mußte. Dabei wäre es von höchstem Interesse, zu erfahren, ob selbige Hauskälterin etwa jüdischer Abkunft war. Wenn ja, so könnte der Herr Pastor dann gemeinsam mit seinem Gesinnungsgenossen Zimmermann eine Broschüre herausgeben mit dem spannenden Titel: „Wie man Antisemit wird.“ („Klabberbatsch“).

□ **Am Baden** wird uns geschrieben:

Der Antisemitismus in Baden als politische Partei war niemals so groß, daß er ein Mandat zu erringen vermochte, ja kaum in der Lage, nur den Scheinkampf bei den Wahlen zu bestreiten, wenn er nicht einige Gönner gehabt hätte, die Geld spendeten. Deren freigezügelter war gar nicht einmal in Wirklichkeit Antisemit, sondern nahm durch die Antisemiten persönliche Rache oder glaubte sie zu nehmen. Wenn die Antisemiten trotzdem mehrfach — zuletzt 1901 nur noch eines — Mandate errungen haben, so dankten sie diese nur der Beihilfe des Zentrums, das National-liberale am jeden Preis verdrängen wollte. Wer aber

glaubte, der Antisemitismus bestände in Baden gänzlich, der wäre doch im Irrtum, er ernennt sich aber der Parteidisziplin der verschiedenen Parteien unter und tritt nur aus den verschiedenen Lagern hervor, wenn er glaubt wirklich gute Ausichten bei Wahlen mit dem Antisemitismus als Wahlparole in einzelnen Bezirken oder auch nur Orten zu haben. Heidelberg-Land war ja längere Zeit dem Antisemiten verfallen, diesmal hatte er nur die kleinste Stimmenzahl unter den Kandidaten und in Heidelberg Stadt hat man einmal einen antisemitischen Versuch mit großem Flasche gemacht, selbst die Männer, die unter dem Wahlausruf standen, wählten den antisemitischen Kandidaten nicht, sondern folgten der älteren Parole der Partei, ja der sie gegählt werden wollten, seit langen Jahren. Aber wenn man, wie z. B. jetzt in Heidelberg, bei den Gemeindevorwahlen gegen die Vorschläge einer gemischten Kommission der politischen Parteien und der Bürgervereine mitten in der Wahl Front machte und linkspartheiliche Kandidaten zu Fuß bringen wollte, spekulierte man auf die antisemitische Stimmung mancher Wähler, weil unter den bekämpften Kandidaten zwei Juden waren. Man hoffte, das zieht, und so hat man auch, als man einen Parteiführer bei der Stadtvertreterwahl unterliegen sah, gerade einen jüdischen Kandidaten zu streichen gesucht, weil man sich davon mehr Erfolg versprach, als wenn man einen anderen strich. Die Versuche mißlingen beide und es ist den Heidelbergern zur Ehre zu rechnen, daß sie der Parteidisziplin folgten und sich nicht umgarnen ließen, einen Streich auszuführen, der sie in den Bereich des Antisemitismus gebracht hätte.

Zu einer ergötzlichen Polemik ist es wegen der heftigen Verurteilung der beiden antisemitischen Brüder zwischen der in Friedberg erscheinenden „Deutschen Volksmacht“, die bekanntlich aber Nacht ins Lager der Deutschsozialen übergegangen ist, und der reformerischen „Sachsenische“ gekommen. Unter der Überschrift: „Ein deutscher Reformator als Feind der heftigen Landwirtschafft“ richtete das heftige antisemitische Organ folgenden scharfen Angriff nach Magdeburg:

Wir haben in Nr. 17 der „Deutschen Volksmacht“ versucht dem Parteichef der deutschen Reformpartei „der Sozialismus“ in Magdeburg klar zu machen, welcher Unterschied besteht zwischen Traktat und Ringbildung und Gleichrichtung des Lebensproduktion. Das war aber ein berechtigtes Unterfragen, es scheint absolut kein Grund zu haben in diesen heiligen Schätz hinein zu bringen zu sein. Denn die „Sozialisten“ antwortet hierauf wie folgt:

„Freunde. Der Bekämpfer der Sozialisten“ stammt von Lande und kennt die landlichen Verhältnisse eben so gut wie Sie. Er ist nur etwas gering, um die Wohlthaten auf dem Lande mit richtigem Namen zu nennen. Wenn er die Ringbildung der Bauern und den Bekämpfer der vereinten heftigen Landwirte, die Ringproduktion herabsetzen, um so die Breite hochzubieten, als Sozialpolitik bezeichnet hat, so gibt es hier in Norddeutschland keinen besseren Namen für diese Ring- und Traktatbildung. Er hat dabei die verhängnisvollen und schändlichen Bauern auf seinen Strich. Die übrigen Landwirte der Bauernbünde. Würdigen wir ihn über Bemerkung, daß es sich bei dieser Ausforderung um einen Bekämpfer des Fortschritts der Vereinigten Landwirte von Frankfurt und umgarnen handelt. Die Verführung begreift lediglich, einer Lebensproduktion den Blick zu benehmen. Wenn der Bekämpfer so rühmt Sozialpolitik nennt, so braucht er sich nicht zu wundern, wenn die Bauern nichts von solchen Reden verstehen wollten.“

Doch ist ja die reine Linschuld vom Landel... Wir wollen der „Sozialismus“ hierauf nur kurz und zum letzten Mal antworten. Wenn sie behauptet, der Bekämpfer ihrer Kritik stammt vom Lande, wollen wir ihn das glauben, leider, müssen wir aber dann aus seinem Geschrei die Forderung ziehen, daß der ihm einer der Fäule darzulegen sei, was das Sozialismus heißt. Wenn geboren uns nichts dazu gelernt hat, und ein jeder eigene Schicksalstrug benutzt, werden die Mitglieder der Vereinigten Landwirte von Frankfurt a. M. und umgarnen, die der Kritikschreiber indirekt als unerschütterlich und unerschütterlich bezeichnet, das Wort „Sozialismus“ jetzt auch in ihrer tiefsten Bedeutung erkannt haben.

Der Deutschen Reformpartei aber rufen wir zu: „Der Herr bekämpft dich vor solchen Freunden.“

Herr Hahnbauer, der also angereizte Redakteur der „Sächsischen“, veranlaßt sich für diese liebliche Charakteristik durch folgende hohle Briefstellennotiz:

Ihre Monieren waren früher feiner und besser. Wie faunen Sie jetzt in der Zornst und den Redaktionen, welche nun wohl nur in Rastordrücken, fassen zu tun und auf der Landstraße hundert. Wenn Sie es so weiterziehen, werden sich die verhängen und gebieten höchsten Anstöße daß von Ihnen zurückziehen. Im Ernst, geben Sie ruhig ein paar Wurf für einen Anstandsurteil aus. Das Heißt ist wirklich nicht wogrenoten. Beistand stehen die heftigen Bauerngesellschaften etwas über in die Verrechnung ihres Walfes. Soweit wird doch wohl übrig sein.

Die Krisis in der Deutschen Mittelstandsvereinigung. Die antisemitischen Blätter von gut unterrichteter Seite erfahren, wird an Stelle des Ächtesten Rükter, dessen Rücktritt wegen seiner nicht einwandfreien Submissionsmanipulationen unermesslich ist, der Tüchtler Obermeister Hahnbauer, Berlin, erster Vorkühner der Deutschen Mittelstandsvereinigung werden. Die Mittelstandsvereinigung kann dadurch an Lebensdauer und Bedeutung nicht gewinnen, vielmehr wird die Krisis, in der sie sich schon lange befindet, zu einer schnellen Zerklebung und Auflösung führen; Herr Hahnbauer ist bei seinem eng umgrenzten, durch und durch antisemitischen und schließlich auf die schlecht verstandenen Interessen eines Teiles der Handwerker zugeschnittenen, ganz einseitigen Programm der allernachsteigste Mann, an der Spitze einer Vereinigung zu stehen, die die verschiebenartigsten Interessen zu verfolgen beabsichtigt, oder wenigstens zu verfolgen vorgiebt. Insbesondere wird und kann er bei den volkswirtschaftlich gebildeten Kreisen des Mittelstandes, vor allem auch bei den Privatbeamten und ebenso bei der großen Menge der Kaufmannschaften nicht die geringste Gegenliebe finden. Die Privatbeamten-Vereine sowie auch verschiedene Jünglings-Vereine hatten sich von vornherein der Mittelstandsvereinigung nicht angeschlossen, so z. B. die Freirei-Jünglingen, die stark umwobenen Haus- und Grundbesitzer-Vereine liegen ihr ebenfalls eine deutliche Abfolge zuteil werden, und jetzt wird auch der Sächsischen Gewerkschaftsverband, nachdem er erkannt hat, daß die Mittelstandsvereinigung in der rein wirtschaftlichen Frage der Preissteigerung noch immer nicht das Geringste unternimmt, ihr den Abschied geben. Dieser Abschied ist besonders bedeutungsvoll, weil die Mittelstandsvereinigung, um ihre Krisis zu beseitigen, gerade das angeblich starke Ansehen ihrer Bewegung im Königreich Sachsen rühmend hervorhebt. Auch die Freirei haben schon längst bemerkt, daß die mit dem Bund der Landwirte durch die und dünn marschierende Mittelstandsvereinigung ihren Interessen, wie denen der Kaufmannschaften geradezu ins Gesicht schlägt. Das gleiche ist bei den Wirtschaftlern der Fall, die schwer unter dem Willkür zu leiden haben. Und die Bauern, die einerseits durch die landwirtschaftlichen Genossenschaften, andererseits durch die von den Agrariern verschuldeten, den Konsum einschränkende Steuerungspolitik geschädigt werden, beginnen auch schon einzusehen, daß ihr Heil ihnen nicht von der dem Bund der Landwirte angegliederten Mittelstandsvereinigung kommen kann. Dann bleiben nur noch einige Handwerker übrig, und auch diese werden bald das sinkende Schiff verlassen, sobald sie erkennen, daß man sie nur am Karrenrad herumgeführt und ihnen Steine statt des versprochenen Brotes gegeben hat.

Vermischtes.

Eugen Richter, dessen Tod von allen Anhängern des Liberalismus, von allen Freunden des Vaterlandes aufs Tiefste beklagt wird, hat auch in dem Kampfe gegen den Antisemitismus in erster Reihe gestanden. Es war ganz natürlich, daß der Führer einer freisinnigen Partei gegen

die reaktionärste aller politischen Richtungen sich wenden mußte. Und Richter hat denn auch mit seiner gewandten, scharfen Feder, mit der Bucht seiner glänzenden Beredsamkeit in Versammlungen wie im Parlament dem Antisemitismus und seinen Vertretern manche schmerzhaft Wunde beigebracht. Von den Reden, die in der Reichstagskammer gegen das Sünderium gehalten worden sind, waren die Eugen Richters wohl die wirkungsvollsten. Im Parlament äußerte er sich das letzte Mal gegen den Antisemitismus, als im preussischen Abgeordnetenhaus der Königer Wörd zur Sprache kam. Es war in der Sitzung vom 9. Februar 1901, als Richter die Situation mit den Worten kennzeichnete: „Wenn ich von Ritualmord und dergleichen höre, da weßt es mich an wie aus der Atmosphäre eines Karrenhauses heraus.“ Die antisemitischen Abgeordneten haben oft genug die Geißel seines Spottes zu fäulen bekommen. Der zum geschägten Wort geworbene Beiname „Spasinnacher der Junker“, den Herr Wiesermann von Sonnenberg heute noch trägt, ist von Richter geprägt worden. Kein Wunder, daß er gerade von dieser Seite mit einem ganz besonderen Haß verfolgt wurde, der sich in der niederträchtigen Infamiation verdichtete, Richter habe die ihm anlässlich seines 50. Geburtstages zu Teil geworbene Gratulation für seine persönlichen Zwecke verwendet; eine Verleumdung, die bei der von Freund und Feind anerkannten Selbstlosigkeit und Unegoismus Richter's nur ein mitleidiges Lächeln erwecken konnte.

Zu Denjenigen, welche ihr herzliches Bedauern über den Heimgang des großen Volksmannes ausdrücken, gehört auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus. Er wird Eugen Richter's Andenken in Ehren halten.

Ein akademischer Lehrerverein in Frankfurt a. M. In Frankfurt besteht, wie das „Israel. Familienbl.“ schreibt, seit 25 Jahren ein „Verein akademisch gebildeter Lehrer“. Seine Gründung fällt in das Jahr 1881, also zehn Jahre nach der Begründung des Reiches, ein Deutlichkeit, nachdem auch zahlreiche jüdische Kämpfer das Reich auf den Schlachtfeldern Frankreichs miterkämpft hatten. Man sollte annehmen, der Beitritt zu diesem „Verein akademisch gebildeter Lehrer“ stünde den Lehrern aller öffentlichen höheren Lehranstalten, sofern sie akademische Bildung haben, gleichmäßig und anstandslos offen. Allein das ist ein Irrtum. Nach § 4 der Statuten dieses Vereins sind die akademisch gebildeten Lehrer der Realschulen der israelitischen Gemeinde (Philanthropin) und der israelitischen Religionsgesellschaft von der ordentlichen Mitgliedschaft ausgeschlossen. Es verdient gerade jetzt, da der Verein das 25-jährige Bestehen gefeiert hat, daran erinnert zu werden, daß, als vor 25 Jahren der akademische Verein gegründet werden sollte, eine Einladung an die Kollegen der höheren Schulen, an einer konstituierenden Versammlung teilzunehmen, erging. Die Versammlung fand im Wintergarten auf dem Goetheplatz statt. Damals wurde aus der Versammlung heraus an den Vorstehenden die Frage gestellt, warum man die beiden jüdischen Realschulen nicht eingeladen habe, worauf die Antwort erfolgte, es seien nur die Schulen eingeladen, die unter dem päpstlichen Kuratorium stünden, weil diese gemeinsame finanzielle Interessen hätten, was für die beiden jüdischen Schulen nicht zuträfe. Daß dies eine Verlegenheitsantwort war, erweist sich daraus, daß, als das Staatsgymnasium, das auch nicht

unter dem städtischen Ruratorium steht, ins Leben gerufen wurde, die Lehrer sogleich darum angegangen wurden, Mitglieder des akademischen Vereins zu werden. — Zweimal ist inzwischen der Versuch gemacht worden, jenen *Ausnahmeparagraphen* zu ändern und auch den Akademikern der beiden oben genannten Anstalten die Möglichkeit der ordentlichen Mitgliedschaft zu gewähren. Das erste Mal ist die Anregung ohne weiteres vom Vereinsvorstand ab acta gelegt, das zweite Mal der Änderungsantrag nach sehr lebhafter Debatte vom Verein abgelehnt worden.

Ueber einen „Unfall im Kampfe gegen Heinrich Heine“ berichtet die „N. Freie Pr.“ nach Gröger Blättern:

In der Gröger deutschnationalen und kirchlichen Presse wird der Kampf gegen den großen deutschen Dichter Heinrich Heine mit größtem Fanatismus geführt. In der letzten Nummer des allwöchentlichen, vom Professor und Gelegenheitsdichter Aurelius Polzer geleiteten, allerdings fast nirgends gelesenen „Gröger Wochenblatt“ ist nun in diesem Kampfe gegen Heine eine furchtbare Entgleisung passiert. Die Nr. 9 des „Gröger Wochenblatt“ vom 4. des Lemmondes (März) d. J. enthält nämlich folgende Briefkastennotiz: „Hr. A. W. Sie schreiben voll gerechter Entrüstung: „Gehörte Schriftleitung! Um den jüdischen Heine-Rufus der „Tagespost“ und des „Arbeiterwille“ in das richtige Licht zu setzen, genügt wohl der Abdruck des Gedichtes „Briefe“. Wenn da ob des eht jüdischen Synismus und französischer Frivolität nicht Etel über den „deutschen“ Rheinlandsichter und über seine Nachbeter aufsteht, der hat beutische Füßen und Denken nie gekannt.“ Wir lassen Ihrem Briefe dieses Schandgedicht folgen. Es lautet:

Briefe.

Das beste meiner Bücher,
Das hab' ich nie geschrieben;
Die schönsten meiner Lieber
Sind umgekommen gelieben.
Die feinsten meiner Hüfte,
Die hab' ich nie geküßt;
Die höchsten meiner Welsche,
Die hab' ich nie geküßt.
Gedacht ich nie im Sterben,
Nicht mit ein Willein der,
Denn will ich ruhig es bekennen,
Was mich kränkt im Gewissen so schwer.
Die Sünden, die ich begangen,
Wird mich der Himmel bezeug'n,
Doch die ich verheimlich zu begehren,
Die werden mich ewig zerr'n.

Mit dem besten Danke für Ihre Teilnahme und Kampfgemeinschaft und mit allzeitlichem Gruße. P.“ Wir fühlen uns, schrieb darauf der Gröger „Arbeiterwille“, im Interesse der deutschen Literatur verpflichtet, Herrn P. (Polzer) die Mitteilung zu machen, daß dieses Schandgedicht, das vom eht jüdischen Synismus und französischer Frivolität strotzt, leider nicht von Heinrich Heine, sondern von dem hoffentlich noch als deutsch anerkannten — — Robert Hamerling ist! Ein Bild in die Volksausgabe Band 3, Seite 340, wird den literaturkundigen allerdeutschen Professoren überzeugen. Hoffentlich beantragen nun die Deutschnationalen nicht die Demolierung des Hamerling-Denkmal.

Zum Konig's Mord. Die „Deutsche Hochwacht“ fühlt sich verpflichtet, am 11. März an Konig zu erinnern und gelobt, es an jedem 11. März zu tun, als an dem Tage, da einst Ernst Winter in Konig's „geschähtet“ ward. Sie wärmt alle Ritualmordmärchen

auf, auf die wir ebensovienig wie auf die von ihr erwähnten neuen Ritualmordgeschichten näher eingehen wollen. Es sind alles alte abgetane Sachen und unbewiesene und direkt als Lügen erweisene Geschichten.

Auch wir möchten an Konig erinnern, damit die Bewohner des westpreussischen Städtchens an die Morte denken, der es zu verdanken hat, daß es in der ganzen Welt berüchtigt ist.

Die „Deutsche Hochwacht“ macht das Zugeständnis, daß die angeblichen Ritualmörder verrückt seien, die also dann allerdings nicht in das Zuchthaus, sondern in das Irrenhaus gehören. Auch wir wollen ein Zugeständnis machen. Diejenigen, die noch immer das unsinnige Ritualmordmärchen verbreiten, die behaupten, die Juden wollten und könnten die Aufhebung solcher angeblicher Schandtaten verhindern, diese Leute gehören nicht ins — Irrenhaus.

Das Märchen vom Ritualmord. Aus Drohobycz wird der „N. Fr. Pr.“ gemeldet: Der Lehrer der polnischen Sprache im hiesigen Realgymnasium, Wieganski, bezeichnet es gestern während der Unterrichtsstunde in der fünften Klasse als eine „historisch feststehende Tatsache“, daß die Juden zu rituellen Zwecken Christenblut verwenden, und führte für diese Behauptung den Proceß Silaner ins Treffen. Wenn der Beweis hiesig nur in verhältnismäßig wenig Fällen erbracht worden sei, so sei dies lediglich darauf zurückzuführen, daß die Juden der Entdeckung derartiger Geschehnisse die Myster zu verknüpfen wissen. Der Gymnasialdirektor Szaromiejewski, dem der Religionslehrer Rabbiner Dr. Margulies und eine jüdische Deputation diesen die gesamte Bevölkerung erregenden Vorfall zur Kenntnis brachten, versprach, gegen Wieganski eine strenge Untersuchung einzuleiten und das Ergebnis dem Landesschulrat in Lemberg zu unterbreiten. Auf Veranlassung des Direktors findet sich Wieganski bis auf weiteres zu den Unterrichtsstunden nicht mehr ein. Morgen findet hier eine Versammlung der Eltern jüdischer Schüler statt, zu welcher der Gymnasialdirektor, der durch diesen Vorfall aufs peinlichste berührt ist, sein Erscheinen zugesagt hat.

Briefkasten.

Redaktion des „M.“ Die von Ihnen zitierte oder eine ähnliche Äußerung hat niemals in dem Organ des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus gefunden. Ihre hieran getriebene schäffliche Bemerkung gegen uns entsteht also jeglicher Grundlage, sie zieht sich Ihren früheren Tatsachensagen, die dem Antisemitismus insbesondere in katholischen Kreisen immer neue Nahrung zuführen, wärmt ihn.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgeheftete Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlich und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Anzeigebüro wünscht.
Telephon: Amt 6 124, 1576.

Alle Beilagen an die Expedition und Expeditoren sind zu richten nach Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Verlag des Antisemitismus bestimmten Gelder, Briefe und Geldüberweisungen an den Schatzmeister, Herrn Dr. Kasimir A. D. Gensel, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Sparren-Antisemiten.

In einem bei Edward Cornaby & Co. erschienenen 324 Seiten starken Bande veröffentlicht der durch seine geistreichen literaturkritischen Essays bekannte Schriftsteller Georges Pellissier eine interessante Studie über die Beweggründe, die einige hervorragende Persönlichkeiten, denen man es nicht zugetraut hätte, veranlaßt haben, gegen Dreyfus Partei zu nehmen.

Da ist Remaitte, der aus Chauvinismus einer der entliehensten Verfolger des unglücklichen Helden der Trübsalzeit geworden ist. Aus Patriotismus, wie er ihn versteht, glaubt er gegen andere Völker parteiisch, ungerecht sein zu dürfen. Aus Patriotismus verliert er in der Affaire Dreyfus jede Scham, wird ungerecht, hochtrant, fanatisch, verfolgt die gegnerische Partei mit den abscheulichsten Schmähungen und Verleumdungen und nennt beispielsweise Waldeck-Roussieu den Verräter des Vaterlandes. Alles dies, wie alles in der Studie Pellissiers wird aus den Werken der betreffenden Persönlichkeiten richtig belegt.

Paul Baumet wird Antidreyfusard, weil sein antisemitischer Sinn sich abgekühlt fühlt, daß Revolutionäre, Sozialdemokraten und Anarchisten für Dreyfus Partei genommen hätten. Der Vertreter der Gerechtigkeit und der seinen Manieren dürfte sich nicht mit diesen Leuten gemein machen, und hatte Dreyfus auch nicht Verrat geübt, so hätte er sich doch jedenfalls zu Schulden kommen lassen, daß er solche Verbreiter hatte. Remaitte bekämpft die Partei Dreyfus politisch, Baumet literarisch bis aufs Äußerste. Ein militärischer Staatsfeind, eine poete Auflage des Verbrechens am 2. Dezember wären letzterem nicht zu viel. Er wünscht den Sieg der konfessionären Orthodoxie, der Autorität über die Freiheit, der Vergangenheit über Gegenwart und Zukunft herbei.

Brunetiére's Sparten ist sein Haß gegen die Individualisten, selbst gegen solche, die sich nur die Freiheit ihres Gewissens, der Vernunft wahrhaft wollen. Nach ihm gehen die Rechte des Staates den Rechten des Individuums vor. Der Moral, Wahrheit, Gerechtigkeit, die der Staat für gut findet, haben die Individuen ihre eigenen Ideen, persönlichen Strupei, inneren Überzeugungen unterzuordnen, preiszugeben. Im Falle Dreyfus handelte es sich um eine „chasse jugée“, da hätten alle persönlichen Wünsche und Interessen, machten sie noch so berechtigt sein, ihre Rücksichtnahme noch so sehr zum Himmel fliegen, keine Bedeutung. Dreyfus und seine Freunde wollten das nicht anerkennen, folglich war er ihr erbitterter Gegner. Mit großem Aufwande am Geiste forderte er das Opfer des Intellekts — auch von sich selbst.

Nicht weil zufällig Dreyfus, in dem man das Judentum treffen und niederstrecken wollte, vorübergehend zu der von ihm weder beanspruchten noch verdienten Stellung eines Vertreter des Judentums gekommen war, haben wir aus dem Werte des Herrn Pellissier Ratig genommen, sondern weil ebenso wie es Anti-Dreyfusards gegeben hat, die im Grunde nichts von einer Schuld des Unschuldigen wußten, noch wissen wollten, tragen aber ihn auf das bitterste verfolgt und zu seinen gefährlichsten Feinden: sich entwickelten, es Antisemiten gibt und gegeben hat, die den Juden keinerlei Vorwürfe machen, sie nicht als Angehörige einer inferioren Rasse, nicht als Verbrecher, Schlinglinge ansehen, sondern die aus irgend einem Sparten den Antisemiten sich zugesellen, und eben weil sie sonst sehr anständige Männer sind, durch ihren Glanz dem Antisemitismus leider einen gewissen Nimbus verleihen, den er ebenso wenig, ja noch weniger verdient, als ihn der moralische antidreyfusische Pöbel verdient, aber doch bei allen genäß und in den Augen nicht weniger hatte durch den Ansehens herabragender Männer, denen sonst kein Vorwurf gemacht werden konnte.

Gehört ja zu den furchterlichsten Antisemiten ein Mann, der nicht nur die Juden nicht gering, sondern sogar sehr hoch schätzte — P a b j e d o n a s j e w. Er aergerte die Juden, weil er glaubte, daß, wenn man sie emanzipieren würde, sie nach einiger Zeit das ganze russische Volk beherrschen würden. Ob das, was Posjedonowem beiführte, jemals wirklich eingetreten wäre oder eintreten würde, möchten wir bezweifeln; man hätte wohl schon Vorkehrungen treffen können, daß das nicht geschähe. Das russische Volk konnte wohl kaum mehr ausgebeutet, tyrannisiert und in Grund und Boden, in die Gefängnisse und in Exilien hinein beherrscht werden, als auch ohne die Juden geschehen ist. Jedenfalls aber hätten alle Juden der Welt in hunderte

Jahren nicht so viel Elend über Millionen Russen bringen können — das Elend wird ja nicht mit den Stirkles und Meutereien zugleich aufhören, sondern Hunger und Seuchen werden lang andauernde Nachwehen bilden — als das Robbenzogenzime Regime der Drangsalierung über das ganze russische Reichenreich in wenigen Wochen gebracht hat.

Wir haben Antisemiten, die sich einbilden Teutonen zu sein und den Deutschen Boden für die vermeintlichen Nachkommen der Germanen reservieren zu müssen. Sie würden am liebsten nicht bloß die Juden, sondern alle nicht nachweislich germanischen Bewohner des Deutschen Reiches ausmerzen. Da das aber die deutsche Bevölkerung nicht nur beglücken, nicht halbieren, sondern fast austrocknen ließe — die reinen Germanen sind fast so schwer ausfindig zu machen wie die Abfälligen mit feuchtem Ähren und oben rein unversäfften und unvermischten blauen Blutes — so lassen sie es klüglich sein. Man hütet sich wohlweislich von der Austreibung der Polen, Franzosen, Dänen und der verschiedenen slavischen Völkernschaften im Ernst zu sprechen, weil das manchmal hart an Landesterrat streifen und Deutschland gleichzeitig zu einer Nacht dritten Ranges degradieren heißen würde. So läßt man seinen furor teutonicus an den Juden aus, nicht sowohl aus Antisemitismus als aus Teutonismus.

Anderer haben den Sparren, in der Kapitalwirtschaft, in dem Handelsgeiste, in der Börse, in der Presse die Wurzel aller Uebel zu sehen, von denen die Welt im allgemeinen und Deutschland im besondern heimgefeht wird. Da insolge der historischen Entwicklung und sonstiger mehr oder minder erklärlicher oder zufälliger Umstände die Juden gerade in allen diesen Zweigen des modernen Lebens verhältnismäßig zahlreich beteiligt sind, sehen sie in diese, ohne zu berücksichtigen, daß auch ohne die Juden Kapital und Handel und Börse und Presse Gutes wie Böses verüben, die eigentlichen Erschauer, Förderer, Stützen der ihnen verhassten und von ihnen für verderblich gehaltenen Institutionen und haben ihren ganzen den Dingen und Einrichtungen gebührenden Haß auf die Personen ab, ohne die, wie sie in unbegründeter Verblendung glauben, die vermeintlichen Uebel nicht existieren würden. Gibt es ja nicht wenige bei uns, die fest überzeugt sind, daß es ohne Marx und Lassalle, die zufälligen Juden waren, keine Sozialdemokratie gäbe, wie die bilden und durch den ihnen drohenden Abstieg der Stellung, Macht und Blühenvermögensmöglichkeiten und Gelegenheiten noch extra verblendeten russischen Reaktionäre glauben, daß ohne die Juden sie von der Revolution verschont geblieben wären und in alle Ewigkeit in Freude und Herrlichkeit von der Auspressung des Volkes und vom Getriebe des Bundes hätten leben können.

Es ist nur gerecht und billig zu bemerken, daß ebenso wenig wie alle, die dem Banner des Antisemitismus folgen, in Wirklichkeit Judenfeinde sind, auch nicht alle, die den Antisemitismus bekämpfen, darum schon Judenfreunde sind. Die Geiz, Anatole France und andere mehr, die während der unglückseligen Affaire für Dreyfus eintraten, waren noch lange nicht seine Freunde. Sie traten, nicht ohne Gefahren mancher Art zu laufen, mit aller Entschiedenheit für den Mann, den sie nicht kannten, den sie nie gesehen, der ihnen vielleicht persönlich sogar unympathisch war, ein, weil sie eine skandalöse Ungerechtigkeit nicht dulden zu dürfen glaubten. Und ganz genau so treten viele für die Juden ein, die vielleicht niemals in Berührung mit ihnen gekommen sind, lediglich weil sie die Ungerechtigkeit, die das Verhängnis des Antisemitismus charakterisiert, mit allem Nachdruck bekämpfen, vom Vaterlande, vom Jahrhundert, in dem wir leben, die außerordentliche Schmach abwenden zu müssen glauben, daß man unser Vaterland mit barbarischen Völkern, unser Jahrhundert mit mittelalterlichen Geiten in einem Atem zu nennen sich für berechtigt halten kann.

Aber es ist doch ein großer Unterschied zwischen denen, die den Antisemitismus zu bekämpfen für ihre Pflicht halten, obgleich sie durchaus keine Philosophen sind, und denen, die den Antisemitismus fördern, obgleich sie nicht eigentliche Antisemiten sind. Jene handeln im Interesse hoher Tugenden, der Gerechtigkeit, Duldung, Verfassungstreue, diese, weil sie einen Sparren haben, aus Liebe zu diesem sich einer mehr als trugwürdigen Gesellschaft anschließen und eben dadurch diese Gesellschaft beden und ihr eine Bedeutung verleihen, die ihr sonst niemals zu Teil geworden wäre. Aber diesen Leuten möchten wir raten, eingebend zu sein des Wortes, daß wer Pech anträgt, sich beduht. Etwas von dem antisemitischen Schmutz ist an den Sparren-Antisemiten schließlich doch immer haften geblieben, den sie vergeblich zu entfernen trachteten, so sehr er sie auch selbst in ihren eigenen Augen geriet. Und die Menge, die ja nicht weiter nach den Motiven fragt, sondern nur nach dem Augenschein urteilt, schließt auf sie von denen, mit welchen sie umgehen. Und das ist dann die gerechte Strafe für die Herren Sparren-Antisemiten.

Wiener Brief.

VIII.

(Die Zukunft Österreichs. — Die Willkürigkeit und der Antisemitismus. — Die deutsche Volkspartei. — Wiener Gemeinderatswahlen.)

Wien, den 18. März 1906.

In den politischen Kreisen Wiens macht jetzt eine Broschüre, die an allen Anschlagsäulen zum Kauf empfohlen wird, viel von sich reden. Der Titel lautet verheißungsvoll: „Die Zukunft Österreichs und die Christlichsozialen“ und als Verfasser prägt Dr. Anton Dax. Da ein Mann dieses Namens im Adressbuche nicht vorkommt und überdies in den verschiedensten Gesellschaftskreisen unbekannt ist, erscheint wohl die Annahme begründet, daß es sich um ein Pseudonym handelt. Bei der Lektüre dieser außerordentlich gewandt geschriebenen Schrift gewinnt man die Überzeugung, den Gedankengängen eines politisch ungemessen verketteten Mannes zu folgen. Es dürften daher jene Stimmen recht haben, die einen angenehmen konservativen Politiker gräßlicher Abkammung, der mit den einflussreichsten Persönlichkeiten im Staate in enger Verbindung steht, als den Autor bezeichnen. Der Inhalt der Broschüre läßt sich kurz folgendermaßen wiedergeben: Das allgemeine Wahlrecht für das Parlament wird neue Verhältnisse schaffen, die grundlegende Änderungen in der Rollenverteilung zur Folge haben müssen. Soll das Volkparlament eine geblühende, beglückende Wirksamkeit entfalten, dann muß es durch eine parlamentarische Regierung geleitet werden, die der Majorität des Abgeordnetenkaufes entspringt. Die Majorität kann aber nur eine Parteiopposition bilden, da keine Gruppe für sich allein stark genug sein wird, um die Geschicke des Staates zu bestimmen. Den Kern der Zukunftscoalition vermag eine Partei zu bilden, die deutsch und konservativ ist und ihren Einfluß auf das ganze Reich erstreckt. Heute fehlt diese Gruppe; darum müssen die Christlichsozialen in die Bresche springen. Die Wiener Rathsherrn werden sich entscheiden müssen, ob sie weiterhin die niederösterreichische Partei bleiben wollen, oder ob sie für weiterreichende Bestrebungen reif sind. Der Verfasser rät Dr. Zueger seine Partei umzuwandeln und für die große Mission, die ihrer wartet, zu rufen. Der Antisemitismus muß nicht aufgegeben werden, er will nur in die zweite Linie rücken. „Christlichsozial und mild antisemitisch“ wird wohl immer verbunden bleiben, aber die Christlichsozialen und ihre Führer sind doch noch etwas Anderes als Judenfeinde und haben das Recht als etwas Anderes gewürdigt zu werden.“ Die Schrift schließt mit den Worten: „Dr. Zueger ist im neuen Parlament unser Minister des Innern, sobald er unbedeutend durch Feinde und falsche Freunde es sein will.“

Das ist des Pabels Kern. Dr. Eugers Kandidatur soll bei Zeiten propagiert werden. Der Jahresfrist erschien eine Broschüre, die für den Bürgermeister von Wien die Befugnisse eines Reichsabitators in Anspruch nahm. Dr. Euger wurde als der rechte Mann geschickt, der das Zeug hätte, das zerrüttete Staatswesen in Ordnung zu bringen. Jetzt ist man beschleunigter und würde sich mit der Hilfe eines gewöhnlichen Ministers begnügen. War die Diktatorphantasie dem Kopfe eines politischen Schwärmers entsprungen, so hat man es diesmal — wenn die Voraussetzungen zutreffen — mit der Arbeit einer sehr ernstlichen Persönlichkeit zu tun, die nicht leichten Projekte macht, ohne die Möglichkeit der Durchführung zu erwägen. Der Ruf nach Dr. Euger kann also Stimme von „eben“ gelten und er muß deshalb vermerkt werden. Ganz überflüssig wäre es das Näheren auszuführen, was es bedeuten würde, wenn Dr. Euger und mit ihm die Geymann, Schneider, Bielschlag, Metzger und Konforten ins Ministerium des Innern einziehen.

Allerdings ist der blindwärtige Antisemitismus schon lange nicht mehr auf das Zentrum des Reiches beschränkt. Er hat bereits das ganze Reich durchdrungen. Vor einigen Tagen hat die „Wiener klinische Rundschau“ einen Brief aus Prag veröffentlicht, der ein beachtenswertes Schlaglicht auf die Verhältnisse in der „Prag“ wirft und außerdem einen traurigen Beitrag zu dem Kapitel „Antisemitismus und Wissenschaft“ liefert. In dem Dokument von unserer Zeiten Schande steht es:

„Die Zustände im Allgemeinen Krankenhaus Prag, das mit der deutschen Universität in Verbindung steht, haben sich unter der nationalen Einwirkung im letzten Jahresst für die Ausbildung der jüdischen Ärzte derartig ungünstig gestaltet, daß ihnen als einzige Möglichkeit nur der andere Beruf offen blieb. Seit dem Jahre 1885, in welchem Herr Professor Müller die Leitung der deutschen chirurgischen Klinik übernahm, gelang es seinem Vorgesetzten, der die Hoffnungen zu erlangen... Besonders hoch aber sind die Verhältnisse an anderen Kliniken, unter denen in erster Reihe die interne Klinik des Herrn Professors v. Jaksch und die Chirurgenklinik des Herrn Professors Jaksch zu nennen sind. An der Klinik von Jaksch ist der Antisemitismus so mächtig geworden, daß nicht nur kein einer jüdischer Schüler eingestellt wurde, sondern auch seit mehreren Jahren kein Internist die Möglichkeit einer Auszubildung in diesem wichtigen Fache der medizinischen Wissenschaft genießen konnte. Dagegen gilt von der Klinik Jaksch, selbst der Chir., durch eine langwierige Krankheit an der Leitung der Klinik verhindert, die dem Dozenten Bissl übertragen wurde. Zufällig mußten von dem Zeitpunkt an, wo der Dozent die Führung der Klinik übernahm, sowohl der jüdische Wissenschaftler als auch der jüdische Externist die Klinik verlassen. Selbst in den Juden der spezialisierte Ausbildung in Chir. und Refektorien wurde in Prag unmöglich. Auch den mit den Kliniken in enger Verbindung stehenden Instituten für die Lehrkräfte, Pathologische Anatomie und Gerichtliche Medizin, die die Juden unter dem Einfluß der deutsch-nationalen Geist des Hofrats Professor Glatz und Professor Dietrich verdrängt worden. Als nach langer Zeit Professor Hirsch infolge Altersschwäche fast gänzlich aus dem jüdischen Kreis der Wissenschaften zu übergeben, wurde letzterer kurz Zeit darauf, als ihn ein anderer Arzt löst, durch zurückgeführt, daß er keine Stelle niedersetzt, da er im Gegensatz zu anderen Kollegen kein Leber hatte. Professor Dietrich wählte sogar lieber einen arischen Studenten als einen jüdischen graduierten Arzt zu assistieren. Unter solchen Umständen ist die spezialisierte Ausbildung, sowohl der jüdischen Fächer als auch des künftigen Wohlfühlens für immer unterbunden, falls nicht die Juden zur Selbsthilfe greifen.“

Zutreffend bemerkt die „Wiener Allgemeine Zeitung“: „Wenn alles das, was in dieser Korrespondenz mitgeteilt, wirklich auf Wahrheit beruht, so müssen sich in einem Kulturstaate doch auch andere Mittel finden, um jüdischen Ärzten zu ihrem Recht auf die Wissenschaft zu verhelfen als die von den Prager Krankenhausärzten jüdischer Konfession verlangte Gründung eines jüdischen Spitals.“ Man sollte meinen! Bisher wurde aber nicht bekannt, daß die standlosen Zustände abgeklafft worden wären.

In der Wahlreformdebatte, die gegenwärtig im österreichischen Reichsrat stattfindet, unterzog sich der deutsch-

völkische Abgeordnete Dr. Zemisch der Aufgabe, die Reform vom „Standpunkte des Antisemitismus“ aus zu betrachten. Der Redner konstatierte zuerst, daß er ein guter Christ sei, sich also zur Religion der Nächstenliebe bekenne. Unter den zu liebenden Nächsten scheint der Abgeordnete nun eine vorsichtige Auswahl zu treffen, denn die Juden gehören nicht dazu. Er ist Antisemit. Allerdings sucht er als Ritter ohne Tadel nicht den armen jüdischen Gaukler zu „erschlagen“ — wohl deshalb, weil er ihn durch reaktionäre Gaukler- und Gewerbegehege unschädlich zu machen bemächtigt ist — sondern dem reichen Juden beizukommen. „Wenn man sieht, wie die Juden, die Judenhandlanger und die sogenannten Judenprügel alle Parteien durchdringen, wenn man den Einfluß der Juden auf die Presse und alles im Staate sieht, dann muß man sagen: Das Deutschtum ist eine Weltmacht, das Judentum ist eine Macht aller Völkern.“ Also begründete der Sprecher der stärksten deutschen Partei Österreichs seinen Judenhaß. Viel mehr war dazu gewiß nicht nötig, auch nicht Logik und Ueberlegung. Die deutsche Volkspartei will als freisinnige Gruppe gelten, aber ihr Prestige hat enge Grenzen. Er kennt nur die Deutschen — soweit sie „judente“ sind. Das heißt: Offiziere! Sonst arbeiten die Herren von der deutschen Volkspartei ganz gerne an „jüdischen“ Blättern mit; natürlich bloß an jenen, die entsprechende Honorare zahlen. In ihren Gesellschaften sind sie auch nicht prüde. Bei großen Rebenanläßen, in Volksversammlungen und in der Parteipresse wird der Jude dennoch gemohnheitsmäßig verdrängt. Die deutsche Volkspartei steht ferner auf dem Boden der Staatsgrundgesetze, vor denen alle Bürger gleich sind. Doch wie mit der Nächstenliebe, so geht es auch mit der Gleichheit. Die Juden werden ausgenommen, im Namen des Prestiges selbstredend. Eine nette Logik!

Dieser Tage wurden die Wählerlisten für die im Mai stattfindenden Wiener Gemeinderatswahlen aus der IV. (allgemeinen) Wahlkurie aufgelegt. Während nun im Jahre 1900 insgesamt 228 491 Bürger stimmberechtigt waren, sind für dieses Jahr 346 149 Wähler vorgesehen, mithin um 50 Prozent mehr als vor sechs Jahren. Daß dies nicht mit rechten Dingen zugeht, liegt auf der Hand, da der Bevölkerungszuwachs nur 3 Prozent pro Jahr beträgt. Der Wiener Magistrat sucht sich jetzt auf die Mangelhaftigkeit der seitherigen Listen auszuweichen, obgleich er bei den letzten Wahlen alle Verschuldigungen wegen der Unkorrektheiten zurückgewiesen hat. Einen Rest auf jeden Fall fest: Die Wiener Rathsherrn wissen der „Volksstimme“ nachzuhelfen. Auf 40 000 Wähler mehr oder weniger kommt es denen dabei nicht an, zumal die Kontrolle dieses Treibens fast ganz unmöglich ist. Die vollständigen Wählerlisten werden, den gegnerischen Parteien erst unmittelbar vor dem Wahlakte ausgelegt, so daß für die Überprüfung keine Zeit erübrigt. Die Derzhaft Eugers ruht also auf recht bedenklichen Fundamenten. rm.

Aus dem antisemitischen Lager.

XX **Ahlwardt** ist wieder in eine „Kampagne“ eingetreten. Er host, wie Adolf Silber, immer noch auf eine zweite Auflage der Berliner Demagogie, doch sein Hoffen wird durch den Erfolg der ersten „großen Volksversammlung“, die er am letzten Freitag in den Germania-Sälen abhielt, stark herabgemindert sein. Trotz des sensationellen Vortragthemas „die internationale Geheimverschwörung gegen das deutsche Volk“ fanden sich nur wenig Leute aber 100 in dem Saale zusammen, meist waren es ganze Körper, die aus historischem Interesse an Ahlwardt mit ihren Damen erschienen, dann wieder Barmannsche Gesellen mit mächtigen Schlapphüten, denen der Wädertitel fehlt und einige antisemitische

Handlungsgehilfen, die durch ermunternde Zwischenrufe den Redner stützten. Abgesehen von einigen Reagierenden machte die ganze „Volkerverammlung“ durchaus den Eindruck eines Familientages derer um Ahlwardt.

Dann erschien Ahlwardt und fing an zu sprechen, monoton und kraftlos. Das Alter hat ihm die Stimme verdorben. Er scheint es selbst zu fühlen, denn er verwarfte sich energisch dagegen, seine Zuhörer begeistern zu wollen, er wolle sie nur überzeugen. Er hätte dieser Zusicherung nicht erst bedurft, aber auch zu überzeugen vermochte er selbst seine Anhänger nicht. — Es sind gar sonderbare Probleme, die er da ausstrahlt. Jetzt gilt sein Kampf den Jesuiten, die er überall im wirtschaftlichen Leben zu finden vermeint. Den Kampf gegen das Judentum habe er verloren, erklärte er, weil er Jesuiten und Freimaurer nicht beachtet habe. Auch er sei früher, ohne daß er es wußte, von jesuitischem Gelde gehalten worden, das beweise seine damalige Anhängerhaft am Althum. Die Jesuiten hätten ihm damals unterstellt, weil sie im Kampfe mit dem Judentum lagen. Als sich aber Jesuiten und Juden wieder einigten, ließen sie Ahlwardt im Stich, und das war gerade damals, als er an der Hand von „Alten“, den „verachtenden“ Schlag gegen das Judentum“ führen wollte. Man habe ihn politisch unmöglich gemacht, indem man ihn zu einer lächerlichen Figur stempelte, aber ein defekter Eisenboden sei doch keine Schande.

Überall wittert Ahlwardt jetzt Jesuiten, halb Berlin gehöre ihnen. Die großen Warenhäuser, die Kollektsen, die Aschingerischen Lokale, der Lokalanzeiger, alles gehöre ihnen. Diese Entdeckung habe er in Amerika gemacht, als dort eines schönen Tages die von ihm gegründeten 17 Vereine auf Befehl eines Briefstellers wie Butter an der Sonne zusammenschmolzen. Damals sei ihm klar geworden, daß die großen Schlachtereien in Chicago, die großen Dampferlinien, die Petroleum- und Getreideverträge usw. in den Händen der Jesuiten seien. Auch in der antisemitischen Partei seien Jesuiten, sogar unter den antisemitischen Reichstagsabgeordneten. Kurzum, Ahlwardt sieht überall Jesuiten. Früher waren es die Juden, die an allem schuld, jetzt sind es die Jesuiten. Damit aber die Juden nicht ganz frei ausgehen von der Schuld an der Geheimverschwörung gegen das Vaterland, erklärt er sie als Werkzeug und Handlanger der Jesuiten.

Das ist die neue Philosophie des Wesens von Pankow, die er demnächst in einem „Neuen Buche“ niederschreiben gedenkt. Seine Ideen tiefen selbst bei seinen besten Freunden nur ein Lächeln der Ungläubigkeit hervor, bei einem Psychiater wäre es zu einem Beschädel der Verstandeslosigkeit geworden.

Unangenehm, auch für die Versammlungsleiter, machten sich die feindseligen Bruderparteien bemerkbar, die einen lebhaften Handel in Broschüren und Zeitungsexemplaren in Szene zu setzen suchten.

Manche heftige Nationalliberale wollen zwar öffentlich mit dem Antisemitismus nichts gemein haben, machen aber unter der Hand ganz gern parteipolitische Geschäfte mit ihm. Welchen Ungutwilligkeiten die Nationalliberalen sich durch ihre Bundesgenossenschaft mit den Antisemiten im Reichstagswahlkampf in Darmstadt-Groß-Ottensheim ausgesetzt, das letzte in der vorigen Woche der Verlauf einer nationalliberalen Versammlung in Ober-Ramstadt. Der bekannte Antisemit Dr. Maier glaubte, wie der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben wird, die nationalliberalen Kandidatur Stein durch eine ziemlich deutliche Verhöhnung der Israeliten unterliegen zu lassen. Als die anwesenden Israeliten durch diese unqualifizierbaren Angriffe in erklärliche Erregung gerieten und einer von ihnen kühnlich das Wort verlangte, verlor der Vorsitzende der Versammlung vollständig den Kopf und versuchte in ebenso erregter Weise seine „Autorität“

als Leiter der Versammlung zu statuieren. Diese unerquicklichen Szenen wiederholten sich gegen Schluß der Versammlung, als dem Reichsanwalt Dr. Mann das Schlusswort erteilt wurde unter Mitwirkung der erfolgten Wortmeldung eines der beliebigen Israeliten. Der Vorsitzende verzog sich scheinbar, daß er der Versammlung jure, hier sei keine Judenzeitung, man möge sich in die Synagoge scheren. Damit erreichte er nun freilich nicht die erwünschte Verhöhnung, die vielmehr erst durch das Eingreifen anwesender Zeitungsleute erzielt wurde. Der Vorgang zeigt deutlich, wie weit ein Teil der heftigen Nationalliberalen auf der schiefen Ebene bereits heruntergeglitten ist.

Bermischtes.

Einen Brief Theodor Mommsens aus dem Jahre 1902, gerichtet an eine Dame, veröffentlicht die „Jüd. Rundschau“ vom 16. März. Er lautet:

Gerechte Frau!

Ihre Schreiben hat mich gerührt, aber erwidern kann ich Ihnen nur, daß jeder sein Schicksal tragen muß, der Jude wie Christ. Unmöglich kann ich so weitreichend sein, um zu glauben, daß der Haß des Antisemitismus, ohne Zweifel die größte Dummheit (denn die Durchführung heißt die Zerstörung des Werkes des Jahrbunderten) und die größte Nichtswürdigkeit des Menschseins, durch ein J'accuse eines alten Professors beseitigt werden könnte. In früheren Jahren, als ich noch nicht so wie jetzt von der Unverletzlichkeit der Menschen überzeugt war, habe ich nicht unterlassen, meine schwache Stimme dagegen zu erheben, und ich kann mich erinnern, bei den Antisemiten zu den Behauptungen zu gehören, aber selbstverständlich floriert der Antisemitismus noch wie vor. Wie oft und in welcher nächsten Nähe habe ich es ansehen und mitreden müssen, daß eben die besten unter den Juden von diesem Haß geküßelt und erschüttert wurden! Denn schließlich, das unter den Juden natürlich nicht unangehen, ist der Antisemitismus recht gleichgültig.

Ergebnis

66. 5. 1. 1902.

Mommsen.

Die Kriminalität in Preußen nach dem Religionsbekenntnisse. Auf Grund der Kriminalstatistik des Jahres 1903 untersucht die amtliche „Statistische Korrespondenz“ in ihrem jüngsten Heft, wie sich das Verbrechertum in Preußen nach dem Religionsbekenntnisse verteilt, und stellt dabei fest, daß in dem genannten Jahre die Zahl der wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze rechtskräftig Verurteilten 312 114 betragen hat gegen 316 970 l. J. 1902, 306 695 l. J. 1901 und 286 875 l. J. 1900. Unter diesen Verurteilten waren l. J. 1903 181 938 (1902: 169 260) Evangelische, 124 034 (126 021) Katholiken, 432 (382) sonstige Christen, 3 433 (3 527) Juden und 2 281 (2 111) Befürworter anderer Religionen einschließlich der Personen mit unbekannter Religion. Hierzu hat von 1902 zu 1903 die Zahl der Evangelischen um 1,7 v. H., die der Katholiken um 1,6 v. H. und die der Juden um 2,7 v. H. abgenommen, hingegen die der sonstigen Christen um 13,1 und die der Befürworter anderer Religionen um 13,4 v. H. zugenommen. Da bei der Verarbeitung der Vollzugsjahres-Ergebnisse die Angehörigen der einzelnen Religionen nicht nach Unterabteilung von Altersklassen festgestellt werden, ist es unmöglich, innerhalb der verschiedenen Religionsgruppen die Zahl der Verurteilten mit der der Strafmaßstäbe zu vergleichen, vielmehr kann man den Verurteilten nur die Gesamtbevölkerung gegenüberstellen. Da findet man denn, daß unter 1000 der Gesamtbevölkerung l. J. 1900 633 Evangelische, 351 Katholiken, 4 sonstige Christen und 11 Juden waren. Zu 1000 Verurteilten stellten die Evangelischen im Jahre 1900 590, die Katholiken 393, die sonstigen Christen 2, die Juden 11. Der

Anteil der Juden an den Verurteilten entsprach also genau ihrem Anteil an der Bevölkerung; die Evangelischen stellten auf 1000 Personen 43 Verurteilte zu wenig, die Katholiken 42 zu viel. Bei den sonstigen Christen war die Kriminalität am günstigsten, da nur der vierte Teil des Bevölkerungsanteils verurteilt wurde. Im Jahre 1903 hatte sich der Anteil der Evangelischen weiter um 7 verringert, der der Katholiken um 4 erhöht. Man weiß aber nicht, wie sich inzwischen der Anteil der Religionsgruppen an der Gesamtbevölkerung verändert hat. Im Berlin kamen bei der Volkszählung von 1900 auf 1000 Einwohner 842 (auf 1000 Verurteilte 1, 3, 1903 835) Evangelische, 800 (123) Katholiken, 8 (3) andere Christen und 49 (38) Juden. Die Katholiken stellen also einen erheblich größeren Anteil an den Verurteilten, als dem Bevölkerungsanteil entspricht. Allerdings dürfte sich von 1900 bis 1903 der Prozentsatz der Katholiken innerhalb der Reichshauptstadt vergrößert haben.

Zu den neuen Adelsverleihungen schreibt der „Köln. Zig.“ ein christlicher Leser: „Eine Neuherstellung der „Deutschjohannischen Blätter“ zu den neuen Adelsverleihungen, welche die „Kreuzzeitung“ nachdruckt, erweist die Unmacht des Fürstenwillens gegen den Volksinstinkt, spricht von einer überflüssigen Verletzung des deutschen Volksempfindens, einem Zwiespalt, der zum Unheile des Fürsten ausschlagen müsse, und teilt endlich durch den Inbegriffstaat in den reinen Handelsstaat, vom Bauernadel oder Weizenadel — soll das gleichbedeutend sein? — in den Geldadel, und die Monarchie in die Republik. Das ist sehr viel erzwungen auf einmal! Wie müßte's denn, wenn man bei und dem Namenadel überhaupte so viel Bedeutung belegte? Wie Ängstliche über den Wert des Adels oft denken, das beweisen die oft vorgekommenen Abkündigungen. Kommt aber der Kaiser die kürzlich Geabelten als Kämmer von hoher Gefinnung und ragen sie kräftig hervor, so hat er wohl mit Recht diese Merkmale geabelt, und es kommt nicht darauf an, ob er sie bei Juden fand. Bisher suchte ich in den Zeitungen vergeblich darnach, ob jemand vom alten Adel das vom Kaiser auf seinem Gute Cablins gegebene schöne Beispiel der Fürsorge nachgeahmt hätte. Dagegen erzählt mir ein evangelischer Pfarrer, der in einer Großstadt Gaben für ein Waisenhaus sammelte und annähernd 20.000 M. zusammenbrachte, wolle drei Viertel der Summe seien ihm von Juden übergeben worden. Dieser evangelische Pfarrer rühmte überhaupt die Freigebigkeit und Mithätigkeit der Juden. Herr v. Friedländer hatte ja auch sofort weitere 100.000 M. für seine Angelegenheiten übrig. Es kommt wirklich nicht darauf an, ob jemand eine lange, eine dicke oder eine krumme Nase hat. Der Adel muß in der Seele wurzeln. Offensichtlich haben wir unter Christen und Juden in unserm weiten Reiche noch viele Adelige, die ihre Namen ohne „von“ schreiben. Es ist doch wohl nicht zu befechten, daß in Bezug auf Habgier und Geldsucht eine Menge blonder Juden unter uns wohnen, die wir ertragen müssen, um so mehr können wir wegen der Neugabelten, wenn sie sich vorteilhaft von jenen unterscheiden, ohne Sorgen sein.“

Eine ehrende Kundgebung für Professor Reiffers hat die Stettiner Ketzergasse als Antwort auf die schmachvolle antisemitische Demonstration am 15. d. Mts. veranstaltet:

Außer zahlreichen angesehenen praktischen Ärzten bemerkte man eine Anzahl von beamteten Ärzten, darunter Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Waselow, eine auffallend große Zahl von Militärärzten u. a. Neben Herrn Dr. Neumeyer als Vorsitzenden bildeten das Bureau die Herren Sanitätsrat Dr. Seidenhain, Vorsitzender der Pommerischen Ärztesammer, Geh. Sanitätsrat Dr. Schorlau, Regierungs- und Geh. Medizinalrat Dr. Banfelow, General-

arzt und Korpsarzt des zweiten Armee-Korps Dr. Seider, Sanitätsrat Dr. Freund und Dr. Lichtenauer, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Vereins der Ketzergasse Stettin.

Zunächst nahm das Wort der Direktor der chirurgischen Abteilung des städtischen Krankenhauses, Herr Professor Dr. Haeckel. Er schilderte kurz die Vorgänge bei Gelegenheit des Vortrages von Geheimrat Reiffers, die bekanntlich damit endeten, daß durch anhaltend wüsten Lärm der Vortrag in der Mitte abgebrochen werden mußte. Neben der Empörung über dieses Benehmen gegen den Vortragenden machte sich das Gefühl tiefer Enttäuschung darüber geltend, daß den selbstlosen, von rein idealen Zielen geleiteten Bestrebungen der Stettiner Ketzergasse in dieser Weise gedankt wurde. Denn die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hatte Herrn Geh. Rat Reiffers zu einem Vortrag eingeladen, und diese Gesellschaft bildet ja nur ein Glied in der Kette allgemeiner Wohlfahrtsbestrebungen, welche von der Ketzergasse Stettins gepflegt werden. Wenn die Ketzergasse jetzt durch Gründung einer Ortsgruppe der Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten sich weiterhin in einer Sache, von deren ungeheurer Tragweite die wenigsten eine Ahnung haben, in den Dienst des allgemeinen Wohles stellt, so muß sie mit Recht darüber tief empört sein, daß eine Gesellschaft irgeendeteter Schreiber den Vortrag unmöglich machte. Wenn die Ketzergasse hierbei ihrer tiefen Enttäuschung über diese Vorgänge Ausdruck gibt, so soll uns das doch nicht abhalten, auch weiterhin, ohne auf Dank zu rechnen, rein um der Sache willen, in selbstloser, uneigennützigster Weise weiter zu wirken für die Gesundheit und Wohlfahrt unserer Mitbürger.

Diesem mit vielem Beifall ausgenommenen Ausführungen folgte der eigentliche Redner des Abends, Herr Dr. Krölling, der, ein Schüler des Geheimrats Reiffers, auch mit den Anstößen zu dessen Erscheinen in Stettin gegeben hatte. Er begann mit dem Ausdruck des Dankes, daß man ihm Gelegenheit gebe, die reichen wissenschaftlichen Verdienste seines Lehrers hier zu schildern, besonders aber die Zupfversuche, an denen hier eine so eigentümliche Kritik geübt worden war, nochmals darzustellen. Was den letzten Punkt betrifft, wies er an der Hand einer genauen Analyse aller der einzelnen Versuche auf das Ueberzeugendste nach, daß auch nicht der Schatten eines Vorwurfs auf dem Forscher haften blieb. Daß es sich bei seinem Vorgehen um absolut einwandfreie, wissenschaftlich erprobte Versuche handelte, durch die eine Schädigung der Gesundheit der Beteiligten überhaupt nicht möglich war, lie durch die von der Regierung gestiegene Untersuchung klar gestellt worden. Der damals errichtete Vermessungsbezug sich auf ein Versuchen rein formeller Natur und stand in gar keinem Zusammenhang mit dem eigentlichen Wesen der Heilverfuche. Zum Beweis dient die lange Reihe der Anerkennungen und Ehrungen, die ihm seither, auch offiziell, zuteil geworden sind.

Nach diesem eindrucksvollen, mit lautem Beifall aufgenommenen Vortrag beantragte Herr Dr. Jahn die nachstehende Adresse, welche von der Versammlung (die Präsenzliste ergab die Anwesenheit von 90 hiesigen Ärzten) einstimmig angenommen wurde:

Stettin, 15. März 1906.

Herrn Geheimen Medizinalrat Professor Dr. Reiffers
Schwobigeboren.

Hochgeehrter Herr Geheimrat!

Die Ketzergasse Stettins ist heute zusammengekommen, um ihrem tiefsten Bedauern Ausdruck zu geben über die Vorgänge, welche sich hiermit am 9. d. Mts. während Ihres Vortrages ereignet haben, und dies Bedauern wird — bei sich sehr groß — von den weitesten Kreisen unserer Bevölkerung in allen ihren Schichten geteilt. Zwar werden wir, hochgeehrter Herr Geheimrat, von den Rücksichtungen einer Vergeltung, unteilbar, keinen Scher ebenfalls wenig berührt wie unsere Wissenschaft, die von ihrer Würde und Ehre nicht dadurch einbüßt, daß annehmbarer ihrer Lebensarbeit gerade in unserer

Zeit mehr als je über sie und ihre tiefsten Fragen zu Gericht sitzt. Demnach erfüllt es uns mit Bewunderung und Tränen, daß jene Anschauungen gerade in unserer Zeit möglich waren und sich gegen einen Mann richteten, der, seit Jahren einer der vornehmsten Kämpfer für die Befreiung des Volks, unermüdlich dem Rufe hierbei folgte, um seine warnenden und belehrenden Mahnungen an das Volk selbst zu richten. Diese Anfeindungen aber sollen für uns auch neue ein Anlaß sein, uns um die führenden Geister unserer Wissenschaften, in deren vornehmsten Reihen Sie stehen, noch fester zu schließen und uns mit ihnen einig zu fühlen in dem idealen Streben und Arbeiten für Wissenschaft und Volkswohl.

Die Kerpisch-Gesellschaft Stettin.

Die Judenwuchererei spielt den Antisemiten zuweilen recht schlimme Streiche. Das Organ des antisemitischen Bundes der Landwirte, die „Deutsche Tageszeitg.“, behauptete, in ihrer wüsten Art, daß unter den Referenten der am letzten Sonntag in Berlin und Umgegend abgehaltenen Versammlungen 37 „Juden“ gewesen seien und brach zum Schluß in den Wucher aus: „Das sind die Führer der deutschen Sozialdemokratie.“

Hierzu macht der „Borwärts“ folgende Feststellungen: Nun ist es uns zwar, um beiläufig zu reden, „völlig schnuppe“, ob jemand romantischer, germanischer oder semitischer Abstammung ist; nach Durchsicht der Rednerliste können wir jedoch konstatieren, daß das Versteckste Blatt „für deutsche Art“ nach der bekannten Eigenart seiner Gönner agrarisch aufgeschritten hat. Es stempelt schließlich die Genossen Rohlfen, Löffel, Siller, Wüstenberg, Kottel, Krauer, Leib, Freimwaldt, Sonnenburg, Jäger, Wieselhof, Ahrens, Pfeiffer, Jacobson, Sabath, Jachau, Weiss und Thomaier zu Semiten, die durchweg gute Krieger sind und es in Bezug auf „Abkammung“ nach dem Begriffen der „Deutschen Tageszeitung“ sicher mit so manchem Junker aufnehmen können. Also von 37 sind 18 jugendlos. 50 Proz. Aufschlag. Die „Deutsche Tageszeitung“ versteht demnach das Aufschlagen noch besser als der beste Schachspieler.

Die Konfession im Erwerbsleben. Man schreibt der „Frankf. Zig.“ aus Kassel: Eine sonderbare Blüte der Trennung nach Religionen auch im Erwerbsleben zeigt folgendes Plakat, das ein Hausbesitzer in dem oberbayerischen Städtchen Kassel an seinem leerstehenden Laden angebracht hat:

Nur ~~den~~ ~~den~~ Nur
Einem
Christen, christlichen und reellen
Proleten
vermiete Laden mit Wohnung, Lagerräumen u.
vorzugsweise sehr billig.

Wie mir versichert wird, befindet sich das Plakat bereits seit Jahresfrist an dem Schaufenster des Ladens, ohne daß der Besitzer des Hauses bisher den passenden Mieter gefunden hätte.

Ans Jütkerath wird uns geschrieben: Die Blätter bringen nachstehenden einem jüdischen Witzbürger gewidmeten

Nachruf.

Am 9. März 1906 starb auf einer Geschäftsreise in Trier infolge eines Herzanfalls der Witzdichter und Witzler-Direktor Hermann Witzbürger aus Jütkerath

Jütkerath

Jütkerath

Jütkerath

Seit vielen Jahren Mitglied des Gemeinderats zeichnete ihn eine genuine bis ins einzelne gehende Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse aus, wie sie nur ein Mann besitzen kann, der in ihnen selbst groß geworden ist, ebenso ein ausgeprägter Schwarm, der jedem das Seine zubietet und sich verbunden mit einem hohen Nationalgefühl, welches in unerschütterlicher Treue zu Kaiser und Reich gepiekt. Da immer deutschlandtreue Männer hier zusammen-

traten, um das Nationalgefühl zu heben und zu fördern, war er stets mit seinem uns als unerschütterlichen Mann dabei und in den meisten Fällen hatte er sich an die Spitze dieser Bestrebungen, um dieselben fruchtbar zu machen und ihnen einen guten Erfolg zu sichern. So hat er im Jahre 1895 die Bewegung zur Gründung des jüdischen Bürgervereins mit ins Leben gerufen, an dessen Spitze er bis an sein Ende als Präsident stand und welcher unter seiner Leitung emporblühte. Auch war er Mitbegründer des seit Jahren hier bestehenden Schützenvereins, dessen Bestrebungen unter der Führe „Hans und Hans“ (Borwärts) er mit Mut und Tat auf eifrigste unterstützte. Kurzum er war ein Mann von hoher Geschicklichkeit und nichtig, was es galt hat zu fördern, ein fähiger Familienvater und treuer Berater allen denen, die seinen Rat in Anspruch nahmen.

Jütkerath, den 10. März 1906.

Der Gemeinderat von Jütkerath.

Der Vorstand des Jütkerather Bürger-Vereins.

Der Vorstand der Jütkerather Schützen-Gesellschaft.

Stuttgart. Dem „Amts- und Anzeigenblatt der Stadt Stuttgart“ entnehmen wir den folgenden Auszug aus dem Bericht über eine der letzten Gemeinderatsversammlungen: Gemeinderat Jütker hat in der Sitzung der Bauabteilung vom 17. Februar 1904 vorgebracht: „Bekanntlich ist heute der 50. Todestag Heinrich Heines und ich möchte aus diesem Anlaß die Anregung dazu geben, zur Erinnerung dieses Mannes auch in Stuttgart eine solche Straße nach ihm zu benennen und halte die von der Gänsebergstraße beim Völkchen abweigende Straße II, welche zur Sonnenbergstraße hinunterführt mich, für sehr passend. Ich beantrage, dieser Straße den Namen Heinestraße beizulegen.“ Von der Bauabteilung wurde dieser Antrag einstimmig angenommen und heute dem Gemeinderat, zur Genehmigung vorgebracht, worauf Gemeinderat Jütker seine Genehmigung darüber ausspricht, daß die Bauabteilung diesen Antrag einstimmig angenommen habe, und weiter bemerkt, daß es schon lange sein Wunsch sei, daß diesem Manne, der einer der größten Dichter sei, gerade in diesem Jahre eine Ehreung zuteil werde; weshalb er bitte, daß auch der Gemeinderat den Antrag einstimmig annehme. Letzteres ist alsdann geschehen.

In der schönen Stadt Strey befindet sich ein Stadttheater (Direktor Augustin Kriech). Nun befindet sich in dieser Stadt das Organ der rabiat-antisemitischen deutschen Volkspartei, der „Alpenbote“, und der brachte am 24. Februar 1906 folgende Notiz: „Ein Wunsch vieler Theaterbesucher. Es ist uns von Seite mehrerer Theaterbesucher folgende Zuschrift zugekommen: Anlässlich der Wiederverleihung des Theaters für die nächste Saison an Herrn Direktor Augustin Kriech erlauben sich viele Theaterbesucher, der geehrten Direktion bringend aus Herz zu legen, bei der Engagierung neuer Schauspieler uns mit den Juden womöglichst zu berücksichtigen.“ Herr Direktor Kriech sah sich deshalb veranlaßt, seine drei besten Kräfte (die Juden) am 1. März zu kündigen, sobald die Leute mitten in der Saison ohne Engagement waren. Er hatte jedoch die Rechnung ohne die Juden gemacht. Die Juden dieser Stadt beschlossen, solange das Theater zu meiden, bis diese Kündigung rückgängig gemacht würde. Der Herr Direktor sah sich deshalb vor die Alternative gestellt, entweder die Antisemiten, die so wie so keine Theaterbesucher sind, oder die Juden, die einen erheblichen Prozentsatz seiner Besucher ausmachen, vor den Kopf zu stoßen, und er entschied sich als guter Geschäftsmann, lieber als Zionist zu gelten (so bezeichnet ihn der „Alpenbote“ in seiner nach der Kündigungsurückführung erscheinenden Nummer), als seine besten Kunden zu verlieren. So geschahen in der schönen Stadt Strey.

Das Märchen vom Ritualmord. Von dem Lehrer am L. f. Gymnasium in Drohobycz, Eugen Dieganowski, erhält die „N. Fr. Pr.“ folgende

Zufchrift: „In der „N. Fr. Pr.“ vom 7. März d. J. befindet sich in der „kleinen Chronik“ ein (in Nr. 11 der „Mitteilungen“ wiedergegebener) Artikel mit folgender Aufschrift: „Märchen vom Ritualmord.“ In dem genannten Artikel wird mir zu Last gelegt, daß ich in der fünften Klasse des hiesigen Gymnasiums mich dahin geäußert hätte, daß der Ritualmord „eine historische Tatsache“ sei. Bell dieß steht auf einer falschen Anschuldigung und auf grober Unwahrheit beruht, so bitte ich hiermit die Redaktion unter Berufung auf § 19 des Preßgesetzes, folgendes Dementi oeffentlich zu veröffentlichen: Am 5. März d. J. wurde in der fünften Klasse das achte Buch der Epopöe von Tadeusz von Mickiewicz interpretiert. Vers 670 des achten Buches lautet: „Piakala jak dziecko od Zydów klute igielkami“, oder in wortgetreuer Uebersetzung: „Sie meinte wie ein Kind, das von Juden mit Nadeln gekloht worden ist.“ Bei der Erklärung obiger Stelle wies der Lehrer darauf hin, daß die in dem genannten Passus gebrauchte Vergleichung dem Dichter aus einer unter dem Volke weitverbreiteten Sage und Meinung vom Ritualmord geflossen sei. Der Lehrer sagte in Anknüpfung an diese Stelle feinerseits hinzu, daß bislang weder die Wissenschaft noch die gerichtlichen Untersuchungen zu einem positiven Resultat von der objektiven Existenz solcher Morde geführt hätten. Auf vorstehende Ausführungen beschränkte sich die Erklärung der imminierten Stelle. Andere Deutungen des vorliegenden Falles als oeffentliche Behauptung auf Unwahrheit und bösem Willen, wie die bei der maßgebenden Behörde eingeleitete Untersuchung ergeben wird. Drohobycz, 15. März 1906. Wit Achung Eugen Wiganowski, Lehrer am k. l. Gymnasium.“ — Wie aus dem Schlusse der Zufchrift des Herrn Wiganowski hervorgeht, bemerkt das Wiener Blatt hierzu, ist die gegen ihn bei der maßgebenden Behörde eingeleitete Untersuchung noch nicht zum Abschlusse gelangt und das Ergebnis derselben liegt noch nicht vor. Nichtsdestowen glaubt Herr Wiganowski, auf dem Berichtsweg die ihm zur Zeit gelegten Tatsachen als „falsche Anschuldigung“ und „grobe Unwahrheit“ bezeichnen zu können. Auch stellt der Herr Wiganowski den Socherhalt so dar, als ob die gegen ihn erhobene Anschuldigung lediglich auf der von der „Neuen Freien Presse“ oeffentlichem Zufchrift aus Drohobycz beruhend wäre, während die Untersuchung gegen ihn auf Grund des Beschlusses einer großen Versammlung sowie eines Gemeinderatsbeschlusses eingeleitet wurde, der vom Rannischen Sernowid und Abgeordneten von Wiesniowski befürwortet worden war. Herr Wiganowski muß also warten, bis der Landesprokurator das letzte Wort über ihn gesprochen haben wird.

Eine jüdische Deputation beim Grafen Witte.

Aus Petersburg, 10. März wird berichtet: Am Dienstag ist eine Deputation vom Grafen Witte empfangen worden, welche aus der seit zwei Wochen hier tagenden Delegierten-Versammlung der Hilsfkomitees für die Opfer der Pogrome designiert worden war und aus den Rabbinern Kronsohn, Wjshitz, Kurje-Alem, Trogitz-Komny, Dr. Sadashin und Dr. Rabin-Homel, sowie Rechtsanwalt Slobodger-Petersburg bestand. Die Abordnung überreichte eine Denkschrift, in welcher es u. a. heißt:

„Sein Wodan tagt in Petersburg eine Delegierten-Versammlung, die oeffentlich hin und her überlegt, wie mit den oeffentlich geringfügigen Mitteln die von den Krawallen verursachte hier unbeschreibliche große Not gemildert werden könnte. Diese Krawalle, welche mit dem 12. August in Rorsch begannen, Anfangs November wie ein Orkan durch den ganzen jüdischen Ansehungsbezirk toben, um Ende Januar in Homel in eine von der Polizei angerichtete Feuerbrand auszuwachen, haben ein Unglück gestiftet, gegen welches alle jüdischen Wohlthätigkeitsanstalten absolut machtlos sind. In wenigen Tagen ist alles zerstört und vernichtet worden, was ganz Gemeinnützigkeiten erzeugen und erheben haben. Es ist nicht mehr, daß die Krawalle ein plötzlicher Ausbruch des Volkswillens über das revolutionäre Treiben der jüdischen Jugend gewesen

seien. Wäre dies wahr, so könnten sie noch zu gleicher Zeit in so zahlreichen Orten ausbrechen. Die Schandthat eines bei der bloßen Erinnerung daran, wie ganze Städte zerstört wurden und Ströme von Blut geflossen sind, Gorbaze unlosbar aber ist der Gedanke, daß die Behörden nichts getan haben, um Blut und Mord der maßigen, steuerzahlenden Bürger zu schützen. Die Zahl der aktiven Teilnehmer an den Krawallen war verhältnismäßig sehr gering. Aber die meisten Dostizans, die die Krawalle gemacht haben, haben wohl geteilt, daß mehr Polizei, noch Gerichte ihnen etwas anhaben werden. Morden und Rauben ist so ein logisches Geschäft geworden, auf welches die Behörden mit Rücksichten geschieden, und das man in jeder gelehrlicher Weise mit dem Namen patriotischer Manifestationen gestrichelt hat. Nun liegen die Juden aus den Zimmern ihrer Häuser und sehen mit Entsetzen zu Eltern neuen Kaitropten entgegen. Da für die Vorgänge bisher niemand bestraft wurde, so schließt das Volk mit Recht daraus, daß man weitere Krawalle machen darf. Offen und vor den Augen der Behörden werden Jüdischeiten in Hunderttausenden von Gruppen vertriebt, welche alle diejenigen, die ihnen zum Haile kalten, zum Vernichtungskampf gegen die Juden aufrufen. Das Volk nimmt jetzt gedruckte Worte für bare Münze und berichtet sich zu neuen Märdern vor. In vielen Orten wird den Juden, falls sie nicht die Kandidaten der schwarzen Hundert in die Duma entsenden, unerschallt mit einem Krawall gedroht. Dieser bietet die Deputation, daß die Regierung, falls sie wirklich den Wunsch gegen sollte, ihre jüdischen Untertanen vor weiteren Unheil zu bewahren, das unabweisbar betrum müßte, indem sie einen Akt beschließt, aus dem die Bevölkerung unabweisbar ersieht, daß der Staat entschlossen ist, solche Krawalle ein für alle Mal in Arme zu erlösen. Nur dann werden die Juden wissen, daß die Gerechtigkeit zum Schutze von Leben und Eigentum auch für sie da sind.“

Die Antwort, welche Graf Witte der Deputation erteilt hat, lautete sehr wenig tröstlich: Er konnte versichern, daß kein Minister, ja nicht einmal ein Gouverneur den Judenkrawallen Vorschub geleistet habe. Freilich für die kleinen Beamten von den Japranits abwärts könne er keine Garantie übernehmen. Was Homel anbelangt, so müsse erst der Bericht des dortigen vom Ministerium entsandten Herrn Semisch abgewartet werden. Die höheren Behörden seien aber gewiß gegen jeden Pogrom. Die Juden mögen sich mit ihren Beschwerden an eine noch höhere Stelle als er wenden; dann würden sie erfahren, daß auch vor dieser Stelle alle Untertanen gleich seien. Des Ferneren fragte Witte, weshalb die Juden so viele revolutionäre Elemente anwiesen. In seiner Antwort bestritt Rechtsanwalt Slobodger zunächst die Tatsache selbst. Die Juden stellten eine durchaus städtische Bevölkerung dar und weisen als solche keineswegs eine größere Anzahl Revolutionäre wie die übrige Stadtbewölkerung auf. In zweiter Reihe hätten die Juden freilich ganz besonderen Grund, mit der sie seit fünfzig Jahren bedrückenden Regierung unzufrieden zu sein. Graf Witte konnte die Richtigkeit dieser Behauptung nicht bestritten und gab auch zu, daß, selbst wenn die Juden viele Tausende von Revolutionären in ihrer Mitte hätten, es dennoch Unrecht wäre, den großen Rest des noch vielen Millionen zählenden jüdischen Volkes dafür zu halten. Er versprach, die Denkschrift dem Hilsfkomitee vorzulegen, und ermächtigte die Mitglieder der Deputation, jedesmal, wenn sich in einem Orte Vorgehen eines Krawalls zeigen sollten, an ihn direkt zu telegraphieren, worauf er die erforderlichen Maßnahmen ergreifen würde. Was den eigentlichen Zweck betrifft, so ist der Erfolg der Deputation ausgeblieben, und bleibt Alles beim Alten. Aber in einer anderen Richtung hat die Audienz doch eine große Bedeutung gehabt und könnte sie für die Juden noch wertvolle Früchte tragen. Am Schluß erkundigte sich Graf Witte nämlich über das Verhalten der Juden bei den bevorstehenden Wahlen zur Reichsduma. Die beiden Vertreter von Homel erklärten, daß die Juden ihrer Gemeinde sich früher sehr hart für die Duma interessiert haben, daß ihnen aber jetzt der Sinn nicht darauf liegt. Nunmehr gab der Ministerpräsident den Juden den eigenartigen Rat, nur Juden in die Duma zu entsenden, ohne sich im übrigen um den Parteistandpunkt der Kandidaten zu kümmern. Wo es ihnen nicht möglich sei, einen Glaubensgenossen zu

wählen, mögen sie sich nicht mit den links stehenden Parteien verbinden, sondern Hand in Hand mit der Regierung gehen. Die in die Duma gewählten Juden sollten sich in keine andere Angelegenheit mischen, sondern stumme Zuschauer abgeben und nur in dem Moment stark und energisch auftreten, wo eine die Juden interessierende Frage zur Beratung kommt. Die Regierung werden ihnen dann mit allen Kräften beistehen. Wenn die Juden aber so töricht sein sollten, in der Duma für fremde Interessen einzutreten, so würden sie ihr eigenes verspielen. Graf Witte verwies auf das Beispiel der Finländer, denen es gleichgültig sei, ob in Rußland eine monarchische Selbstherrschaft besteht, wenn nur Finland die Freiheit erhält. Die Finländer denken nur an sich und ihre eigene Nation, während die Juden stets bemüht seien, für Andere die Kassen aus dem Feuer zu holen.

Judenmassakres und die Zensur. In diesen Tagen veröffentlichte die offiziöse Weteraburger Telegraphen-Agentur ein Telegramm des Inhalts, daß der Minister des Innern im Ministerrat die Erklärung abgegeben habe, die „Beschränkungen neuer Ausbreitungen gegen die Juden seien sicherlich genügend begründet, jedenfalls seien seitens der Regierung die erforderlichen Vorbeugungsmaßregeln getroffen worden.“

Nun hat die „Ruß. Korresp.“ aus Odessa ein Schriftstück erhalten, das dort in tausenden von Exemplaren

verbreitet wird und die Ueberschrift trägt: „An die Soldaten.“ Es ist eine der üblichen Hefzchriften gemeinster Art gegen die Juden, der Schluß lautet:

„Nieder mit der roten, verfluchten, jüdischen Freiheit! Nieder mit der verfluchten jüdischen Gräueltätigkeit und Gleichheit. Wir wollen in unserem heiligen Lande kein verfluchtes jüdisches Reich. Es lebe in Rußland nur das einzige väterliche Jar, unser christlicher Jar, Selbstherrscher. Ura, ura, ura!“

Unser Leben für Glauben, Kaiser und Vaterland!

Erwache, erhebe dich, russisches Volk!

Fort! Nieder mit der feindseligen, verfluchten jüdischen Heuchel!

Russischer Soldat! Auf „den“ Feind vorwärts, vorwärts, vorwärts!

Der alte Soldat.“

Solche Flugblätter gibt es jetzt zu tausenden in Rußland. Viel bemerkenswerter aber ist es, daß dieses Flugblatt von der Zensur bestätigt worden ist und gedruckt wurde in der „Druckerei der Statthalterei in Odessa.“

In den Vorbeugungsmaßregeln gegen Judenmassakres, die der Minister des Innern getroffen hat, gehört es vornehmlich auch, daß solche Hefzchriften die Zensur genehmigt und die amtlichen Druckereien drucken.

Der Anti- semiten- Spiegel.

Unentbehrlich
zur Orientierung über die gesamte antisemitische
Bewegung und

unentbehrlich
für ihre Bekämpfung ist der
Antisemiten-Spiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 Mk., Gebund. 2 Mk.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus

erhalten das Werk zu 70 Pf. bzw. 1,25 Mk. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. **Mitualmord, Blutbeschuldigung.** à Mk. 0,40.

2. **Die Antisemiten und das Christentum.** à Mk. 0,30.

erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14.

Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24 I.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Carl Bürger, Magdeburgerstr. 14. — H. Sommer, Buchdrucker u. Verlag, Berlin W., Eigeltingerstr. 81.
Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Voraus wünscht.
Telephon: West 6 172, 2025.

Alle Zusendungen an die Expedition sind zu richten nach Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und als deren Gehalt das Deutsche Reichs-Postamt Berlin bestimmt. Brief- und Zeitungsbelegungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Rat Dr. E. Gumbel, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Der Tag der Antisemiten.

Das war der Tag der Antisemiten, Mittwoch der 21. März 1906. Das Datum wird man sich merken müssen. An diesem Tage planten die edlen Seelen im Reichstag ein Attentat auf die Versammlungsfreiheit. Der Antragsteller, Liebermann von Sonnenberg, der erst kürzlich, als zwei Herren der Finanzwelt geachtet wurden, das Schredgespenst der Revolution an die Wand malte, zeigte sich auch jetzt wieder als Parlamentärsmanichäus. Sagte er doch u. a. „Ich habe in 3000 Versammlungen in 26 Jahren gesprochen und habe vielleicht die größte Versammlungsfreiheit.“ Die Reichsboten haben diese Phrase gebührend belächelt. Man braucht sich auch an dieser Stelle nicht weiter mit den Tiraden des Antisemitenführers und seiner kleinen Gefolgschaft zu beschäftigen; es genügt zu konstatieren, daß die Attentäter auf die Versammlungsfreiheit den ernsten Politikern im Reich einen amüsanten Tag bereitet haben. Das Attentat ist gründlich vereitelt worden, trotzdem der ganze Antisemiten-Heerban auf dem Plan erschien. Die Mehrheitsparteien ließen ziemlich deutlich durchblicken, daß die Antisemiten die letzten wären, die sich über fruchtlose Agitation der Gegner zu besorgen das Recht hätten. Die Ablehnung des Antrages Liebermann mit einer gewaltigen Majorität war eine Blamage; eine der größten, die man in den letzten Jahren im Reichstag erlebt hat.

In der Sitzung vom 21. März verurteilten aber die Antisemiten, ihr noch jeder Richtung schwindelhaftes und aufreizendes Gebot bei der Reichstags-erfassung in Eisenach zu beschwören und zu verteidigen. Auch hierin war wieder ein Stück schlaues ausgedachter Taktik zu erkennen. Die Phantasie der antisemitischen Reaktionsäre trieb gar wunderliche Blüten. Man weiß hier in Eisenach, wie im Thüringer Lande nicht, ob man

auch über die Raketät der Liebermann, Naab, Lotzmann, Schad, Zimmermann und Dr. Buchardt lachen oder kauen soll über die unverstörten Schamtschlägereien. Die Wahrheitsliebe der Antisemiten ist ja an dieser Stelle schon gründlich betäubt worden. Die Verhandlungen im Reichstag lieferten den Beweis für die damals aufgestellten Behauptungen. Tollere Koproien als in den Reden der Antisemiten am 21. März kann die Wahrheit nicht schlagen. Die Redefreiheit des Reichstages wurde dazu mißbraucht, um die ungeheuerlichsten Auffassungen zum Besten zu geben und die Eisenacher Vorkommnisse über alle Gebühr aufzubauschen und zu verschlimmern. Es war erstaunlich, wie von den Herren Antisemiten, um ihre eigenen Aufbegehren zu verdrängen, mit der Wahrheit umgesprungen wurde. In Eisenach ist sowohl von national-liberaler, wie auch von freisinniger und sozialdemokratischer Seite ganz entschieden Verwahrung dagegen eingelegt worden, daß die Eisenacher Vorgänge in der Weise, wie es in irreführender Abicht im Reichstag von den Antisemiten geschehen ist, dargestellt werden. Die Eisenacher Angelegenheiten, die an und für sich sehr bedauerlich waren, sind, das muß auch jetzt wieder konstatiert werden, gerade durch die antisemitischen Provokationen entstanden. Die Vorkommnisse hatten aber, auch das ist nicht unwichtig für die Beurteilung der Redner, keineswegs das ungeheuerliche Aussehen, das antisemitische Abgeordnete ihnen im Reichstag — wohlgerne sehr zum Schaden des guten Rufes der Wartburgstadt! — geben wollten. Den Bewohnern Eisenachs wie allen Thüringern, die schon im Interesse des großn Fremdenverkehrs, der sich allsommerlich durch Thüringen regelt, auf ihren Ruf bedacht sind, ist es — und das ist das Gute bei der Sache — jetzt klar geworden, was sie von einer antisemitischen Volksvertretung zu halten haben. Doppelt wichtig ist diese Tatsache schon in Hinsicht darauf, daß die Antisemiten und der Bund der Sanimitäre bereits für 1908 Versuche gemacht haben, die thüringischen Reichstagswahlkreise unter sich zu verteilen, indem sie einige Kompromisse mit den Nationalliberalen abzuschlüssen versuchten. Da ist es denn sehr in den Rahmen dieses Themas passend, den Auslassungen des nationalliberalen Professors Fierz, der bekanntlich 1905 zur Wahl des Antisemiten Schad (vor der Stichwahl) aufforderte, eine weitere Verbreitung zu geben. Im nationalliberalen Reichsverein, der vor einigen Tagen eine von den Nationalliberalen des Großherzogtums Hart besuchte Versammlung abhielt, brachte der Vorsitzende, Professor Fierz, die Angriffe des Eisenacher

Bezirksdirektors Trautvetter, (es ist dies derselbe Trautvetter, auf den sich die Antisemiten und der Abgeordnete Dr. Pöygg in der Reichstagsverhandlung am 21. März bezogen haben) zur Sprache, die dieser im weltmännischen Rantlog in seiner Eigenschaft als Landtagsabgeordneter auf die an der letzten Reichstagswahlwahl in Eisenach beteiligten Parteien gemacht hat. Herr Prof. Fleg hat es als Vorkühner des nationalliberalen Reichvereins für seine Pflicht gehalten, die Vorwürfe (wollgemeint die gleichen, die die Antisemiten im Reichstag gemacht haben), soweit sie sich auf die Nationalliberalen beziehen, entliehen zurückzulegen. Prof. Fleg, der ehemalige Mitarbeiter des Herrn Schad, erklärte dann nach dem Bericht der nationalliberalen „Eisenacher Ztg.“:

Die sogenannten „Krawalle“, die er natürlich in keiner Weise einschuldete, die aber von den Antisemiten zu Wahlsünden über die Wahlen aufgedacht worden seien, hätten nach seiner Überzeugung, abgesehen von den Sozialdemokraten selbst, lediglich den Antisemiten zur Last gelegen. Denn diese hätten nicht, wie die anderen Parteien, allgemeine Wahlsammlungen einberufen, sondern die Sozialdemokraten gegen alle Gesinnungsbildung von ihren Sonderversammlungen ein für allemal ausgeschlossen. Dadurch seien die Sozialdemokraten, die in Eisenach zu nehmen er sonst gewiß keine Veranlassung habe, unnötig gereizt und erbittert worden. Auch die erste Versammlung der Antisemiten sei von diesen in ganz falscher Weise einberufen worden. Die deutschsozialistische Partei habe ihren Namen nicht unter die Einladung gestellt. Da also niemand als Einberufener fungiert hätte, hätten die Sozialdemokraten mit Recht eine Bureauwahl verlangt, und als diese verweigert worden sei, hätten sie die antisemitischen Redner nicht zu Wort kommen lassen.

So urteilt also der Vorsitzende des nationalliberalen Reichvereins über die Antisemiten, zu deren Unterstützung er in der Stichwahl aufgerufen hat. Klagen über können die unmaßgeblichen Behauptungen der Liebermann, Lattmann und Raab im Reichstag wohl nicht widerlegt werden.

Dass den Nationalliberalen Sachsen-Weimars nach der letzten Eisenacher Wahl die Lust vergangen ist, mit so unsäuerlichen Vorklärern, wie die Liebermann, Lattmann und Schad weiter zu partieren, nur zu verstehen. Das Wiederwerden für 1908 erklärt durch die Rede des Vorsitzenden des Reichvereins für den Wahlkreis Eisenach eine deutliche Absage und man wird nicht sehr geirren, wenn man vermutet, daß das Vorgehen der Eisenacher Nationalliberalen in Thüringen Schule macht.

Nachdem bereits ein Teil der antisemitischen Erzählungen über ihre Erfahrungen in Eisenach durch die Aueschlüssen des Professors Fleg ad absurdum geführt ist, wird es nicht schwer fallen, auch die übrigen Angaben der antisemitischen Abgeordneten als das zu charakterisieren, was sie sind: als Märchen!

Raab gibt an, „er hätte in Eisenach nicht übel Lust gehabt das Gewehr zu umzubringen, wenn er, „der personifizierte Humor“ schon so gehabt hätte, was mögen dann erst die Schulleute empfunden haben?“ Der Humor Raabs wird wohl humor lacrimalis gemeint sein, denn die Eisenacher Schulleute haben nichts anderes empfunden, wie sonst, wenn sie ihrem Dienst obliegen; nämlich für Ordnung zu sorgen. Wenn Abg. Raab weiter behauptet, die Antisemiten hätten ihren Kandidaten nicht als Kandidaten der nationalen Parteien bezeichnet, sondern als Kandidaten nationaler Parteien, so spricht er die Unwahrheit und treibt Wortklauberei. Die bewusste Täuschung, die den Antisemiten bei ihrer Agitation in Eisenach zur Last gelegt wird, beruht darin, daß sie ihren Kandidaten als den Kandidaten vereinigt nationaler Parteien bezeichneten, obwohl außer dem sozialdemokratischen noch ein freimaurer und ein nationalliberaler Gegenkandidat vorhanden war. Man operierte also mit schwindelhaften Angaben und Herr Raab hat den Vorwurf, der ihm seinerzeit in Eisenach von der freimaurerischen „Zugspitze“ und im Reichstag am 21. März

vom Reichstagsabg. Baubert gemacht wurde: „die Antisemiten hätten in Eisenach Volksbetrüger und Bauernfang getrieben“, bis heute nicht widerlegt. Der „personifizierte Humor“ mag ihn darüber hinweghelfen.

Herr Schad hat bekräftigt, daß die antisemitischen Handlungsgeschehnisse in Eisenach als Sprengstoffkammer verstanden wurden. Wogu zog man denn in Eisenach aus den Beständen des deutschnationalen Vereins Hülfsstruppen zusammen? Zu welchem Zweck wurden die antisemitischen Jünglinge auf höhere Weisung im Saal geschickt verteilt, wenn die Gegner Versammlungen abhielten? Der Reichstagsabgeordnete für die Lutherstadt Eisenach hat sich wohl weislich in der Reichstagsdebatte hinter seinen Freund Lattmann verschauert, trotzdem mag sich Herr Schad darauf gefast machen, daß man die Verunglimpfungen der Eisenacher Bürgerschaft bei der nächsten Wahl auf sein Konto setzt, das zu begreifen er sich dann nicht wird entziehen können.

Herr Lattmann hat, sicher in Uebereinstimmung mit Schad, Dinge behauptet, die geradezu den Tatsachen ins Gesicht schlagen. Wenn Herr Lattmann sagt: „Dieser Ernst einte alle bürgerlichen Parteien“, darf er nicht vergessen, daß diese Einigkeit gerade von den Antisemiten, die in diesen Wahlkreise eingebracht sind, zerstört wurde. Weiter sagte Lattmann:

„Fragen Sie einmal die Führer des evangelischen Arbeitervereins, welche noch tagelang mit bedrückten Augen umherliefen, fragen Sie den Schutzmann, der hinausgeworfen wurde.“

Nun, viele Eisenacher, die sich für die angegebenen Vorgänge interessiert, haben gefragt. Woher die Führer mit den bedrückten Augen, noch der herausgeworfene Schutzmann ist zu erlernen. Herr Lattmann hat wahrscheinlich vergessen, sich die Namen zu notieren. Weiterhin behauptete Herr Lattmann, die Sozialdemokraten hätten in Eisenach Stöße und Schlagringe in den Versammlungen getragen. Stöße trägt man aber heutzutage selbst in reinantisemitischen Versammlungen. Es ist eine merkwürdige Auffassung des Abgeordneten Lattmann, derart naive Argumente überhaupt zu ermahnen. In den Versammlungen, die in Eisenach zur Reichstagswahlwahl 1905 stattfanden, ist niemals eine Schlagerei gewesen. Aus welcher Quelle also der Abg. Lattmann die Kunde von den Schlagringen schöpft, ist nicht ersichtlich.

Das dürfte wohl genügen, um die Haltlosigkeit der antisemitischen Angaben, die von ihnen vor dem Forum des Reichstags gemacht wurden, in die gebührende Betrachtung zu stellen. Eisenach kennt jetzt seine Pappenheimer und in Thüringen wird man den Antisemiten 1908 die Diktatur ausstellen.

Die Stimme von der Wartburg.

Die Stellung der Juden in Deutschland.*)

Von Richard Schickel, M. d. R. u. d. v. R.

Wibt es in Deutschland überhaupt noch eine „Judenfrage“? In dem Lande, das zahlreiche Männer jüdischer Abstammung und jüdischen Glaubens geboren hat, die auf allen Gebieten des Geisteslebens, in Wissenschaft und Literatur, in Kunst und Leben, in Handel und Industrie

*) In der Wiener „Zeit“ veröffentlicht der freimaurerische Baron von Schickel, der bekanntlich auch den Reichstag des Reichs der Antisemiten angehört, nachstehendes Essay, dessen Inhalt durchaus unseren Anschauungen entspricht mit Ausnahme der am Schluß bedauerlichen Frage über die Wirkung eines event. „Wachstums“ des obersten Ansehens auf den Antisemitismus im Meer; wichtiger aber wissen „ob wir hierüber anderer Meinung sind als der berechnete Reichstag.“

Hervorragendes geleistet und sich um unser Vaterland wohl verdient gemacht haben? Die Frage ist nicht mit einem einfachen „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten.

Freilich, der Antisemitismus der achtziger Jahre, den Bismarck protegierte, um den „Berliner Fortschrittler“ zu brechen, ist tot — trotzdem aber vielleicht gerade weil ein Groß-Pöbel seine Brandherden hält und ihm andere Dii minorum gentium dabei von Zeit zu Zeit sekundieren. Ein offizieller Antisemit zu sein, gehört nicht mehr zum guten Ton. Man nennt sich darum im Parlament „Wirtschaftliche Vereinigung“ und bezeichnet sich draußen als „Mittelstandspartei“. Und wenn auch Herr Stöcker noch zu dieser Partei gehört, der einst die große „Berliner Bewegung“ inszenierte: auch Herr Stöcker ist heute nur noch ein Schatten von dem, was er einstens war, und er vermag nur noch pa.lamentarische Forderungen zu erheben, wenn er sich in seinen Reden gegen die Sozialdemokratie wendet, Reden, die manchmal stark an Kapuzinerpredigten erinnern.

Und doch würde man sich täuschen, wollte man annehmen, der Antisemitismus selber sei bei und tot. Denn weit gefährlicher als der offizielle Antisemitismus ist der verkappte, der gesellschaftliche Antisemitismus, der durchaus nicht immer ein „Sozialismus der Dummen“ ist. Dieser Antisemitismus beherrscht in der Tat weite Kreise der mittleren und höheren Beamtenschaft, bis in die höchsten Etagen hinauf, und er beherrscht nicht minder unser Offizierskorps; er ist es, der bisher verhindert hat, daß unseren jüdischen Mitbürgern biederer geistliche Gleichberechtigung ausstell geworden ist, auf die jeder Bürger eines modernen Staatsmenschen Anspruch erheben darf. So kommt es denn, daß auch heute noch unsere jüdischen Mitbürger von allen Stellen in der Verwaltung und fast ausnahmslos von den höheren Stellen in der Justiz ausgeschlossen sind. So, und nur so kann man es sich erklären, daß unsere jüdischen Mitbürger, die als Einjährige treffliche Soldaten waren, dennoch mit verschwindenden Ausnahmen, die schon der Vergangenheit angehören, dem Reserveoffizierskorps fernbleiben müssen, weil sie die „Front verderben“ würden, wie es im antisemitischen Jargon heißt; denn daß ein Jude aktiver Offizier werden könnte, ist in Preußen wenigstens, undenkbar. Nur Süddeutschland ist darin toleranter. In der preussischen Armee werden — es ist kaum zu glauben — selbst denjenigen jüdischen Männern Schwierigkeiten bereitet, die sich als Zweijährig-Freiwillige melden, wie ich vor mehreren Jahren im Reichstag nachweisen konnte. Und noch soeben wird mir wiederum aus einer großen Garnison des Westens berichtet, daß ein Regimentsoberst die jüdischen Einjährigen, die sein Vorgänger nach Verdienst befördert hatte, kurzerhand von der Offizierskarriere auswies; ein Mangel in der militärischen Qualifikation ist ja rasch entdeckt!

Der gesellschaftliche Antisemitismus — das ist der Feind! In den kleinen und mittleren Städten zeigt er sich darin, daß man ehrenhafte jüdische Bürger von der „guten Gesellschaft“, von den geschlossenen Vereinen und Klubs fernhält, die sich allorts gebildet haben, und höchstens einen „Renommierklub“ zuläßt, wie die Jungerpartei stets einen „Renommierbauern“ in ihren Reihen zählt. Dieser Antisemitismus zeigt sich darin, daß man — in Breslau war es — einen Verein „Gärtlicher“ Reserveredare gründet, an dessen Stützposten antisemitische Lieber gesungen werden, deren Ton jeder Verleumdung spottet. Er zeigt sich darin, daß man das Ständebewußtsein zu pflegen vermeint, indem man jährliche Ständesessen zu solchen zweier Klasse degradiert. Er zeigt sich auch darin, daß es den bürgerlichen Parteien geradezu unmöglich geworden ist, einen jüdischen Bürger als Reichstags-kandidaten auf den Schild zu erheben: Ludwig Bamberg war meiner Erinnerung nach der letzte freiwillige Abgeordnete jüdischer Konfession im Deutschen Reichstage. Nur

mit Hilfe des Dreiklassenwahlrechtes gelingt es in Berlin, Danzig und anderen Städten des Ostens, wo das Judentum ein hartes Element des liberalen Bürgerturns darstellt, angesehenen jüdischen Männer in den preussischen Landtag zu entsenden. Dieser Antisemitismus zeigt sich schließlich darin, daß zahlreiche jüdische Talente sich teils offen, teils heimlich unter die Fittiche der Sozialdemokratie geflüchtet haben und sie geistig und materiell zu stärken bemüht sind. Herr Bebel weiß davon gewiß manches Interessante zu erzählen.

Es ist ein berühmtes Wort Spinozas, daß man die menschlichen Dinge nicht demuten noch belächeln, sondern sie zu verstehen trachten soll. Der Antisemitismus im Deutschen Reich hat, ebenso wie der Sozialismus, seine Wurzeln in der noch immer zunehmenden Industrialisierung unseres Vaterlandes seit den Tagen des großen Krieges. Aus der einen Seite haben die Vertreter von Handel und Industrie es zur richtigen Zeit verstanden, soziale Reformen im Interesse ihrer Arbeiter und Angestellten ins Leben zu rufen, ohne die in moderner Industriestaat auf die Dauer nicht gesund bleiben kann; auf der anderen Seite sind Einkommen und Vermögen der gewerbetreibenden Bevölkerung in einer Weise gewachsen, daß die Gewähr selbst der höchsten Staatsbeamten weit dahinter zurückblieben. Der jetzige Eisenbahnminister, Herr v. Wabbe, bezog als Generaldirektor der Firma Ludwig Löwe & Co. vielleicht das Drei- bis Fünffache seines Einkommens. Eben deshalb hat der gesellschaftliche Antisemitismus seine Hauptstütze in der Beamtenschaft, in der Blätter wie die „Tägliche Rundschau“ und die „Deutsche Zeitung“, die sich als „unabhängige“ Zeitungen für „nationale Politik“ bezeichnen, aber einen mehr oder minder starken antisemitischen Einschlag haben, die Lieblingsliteratur bilden. Das — ich glaube — Schopenhauer einmal gesagt hat, daß der preussische Staat seine Beamten für die geringe Bezahlung mit Tadel und Orden entschädige, trifft auch heute noch zu, und vielleicht heute mehr denn früher, weil die Gehälter gegenüber den insolge einer falschen Wirtschaftspolitik noch künstlich geistigten Preisen der Lebensmittel und Verbrauchsgüterstände, vor allem auch den hohen Mietpreisen, immer unzulänglicher werden. Die alljährlichen Staatsberatungen in Reichstag und Landtag legen davon ein breites Zeugnis ab, und eine bessere Fürsorge für zahlreiche Kreise der Beamtenschaft wird in den nächsten Jahren eine erste Aufgabe des Reiches und des Staates sein.

Der gesellschaftliche Antisemitismus findet aber in letzter Zeit eine neue Nahrung in der Tatsache, daß Kaiser Wilhelm II. mit jener erfreulichen Vorurteilslosigkeit, die man in vielen Dingen bei ihm zu beobachten Gelegenheit hat, zu prominenten Persönlichkeiten jüdischer Abstammung lebhaft, ja fast intime Beziehungen unterhält. Das Wort Antisemitismus, das man längst geprägt hat, gibt die Stimmung gewisser Kreise wieder. Herr Ballin, derjenige Leiter der großen Hamburger Schiffahrtsgesellschaft; Herr James Simon, der Vertreter eines der größten Berliner Handelshäuser und zugleich ein verständnisvoller Kunstkenner; Herr Rathenau, einer unserer hervorragendsten Zeichner — um nur diese drei zu nennen — genießen den Vorzug, vom Kaiser nicht selten zu Rate gezogen zu werden. Aber kann man es dem Monarchen wirklich verdenken, daß er sich gern mit aufgeklärten und weitschauenden Männern des öffentlichen Lebens unterhält, von denen er eine erfolgreiche Förderung seiner Ideen und Pläne erwarten darf? Auch man es nicht begreiflich finden, daß der Monarch, der nach so vielen Richtungen hin ein durchaus moderner Mensch ist, lieber zu hervorragenden Männern des modernen Lebens Vertrauen hegt als zu zahlreichen Vertretern des adeligen Großgrundbesitzes, die ihm nichts neues zu sagen wissen — es sei denn die alte und doch wenig neue Melodie von der Not der Landwirtschaft? Aber daß dieser Verkehr unseren Ultrareaktionären ein Dorn im Auge ist, kann man sich

denken: sieht doch Herr Liebermann v. Sonnenberg, der bekannte Herold des echten und unerschütterlichen Antisemitismus, in der jeden erfolgten Restitution zweier Männer jüdischer Abstammung eine Gefahr für die Monarchie, und er malt seinen Getreuen bereits das Gespenst der Republik an die Wand! *Difficile est, satiram non scribere!*

Nun gibt es in Deutschland jährliche Stimmen, die die Meinung vertreten, es bedürfe nur eines Heberstiches des Monarchen, um unseren jüdischen Mitbürgern die geforderte Gleichberechtigung zu sichern, die ihnen heute noch fehlt; es bedürfe nur eines Nachwortes, um ihnen alle jene Stellen und Berufe in Verwaltung, Justiz und Heer zu eröffnen, die ihnen heute in Deutschland noch verschlossen sind. Aber glaubt man im Ernst, ein solches Nachwort, wenn es wirklich gesprochen würde, könnte von heute auf morgen Wandel schaffen? Ich glaube es nicht. Die Verhältnisse sind immer stärker als der Wille der Menschen, und seien es selbst die mächtigsten dieser Erde. Eine Umgestaltung unserer gesellschaftlichen Zustände kann nur durch die unermüdete Arbeit derer herbeigeführt werden, die die volle Gleichberechtigung aller Bürger, ohne Unterschied des Glaubens oder der Abstammung, für die unerschütterliche Grundlage jedes modernen Staatswesens, jedes wirklichen Rechtsstaates halten. *Justitia est fundamentum regnorum!* Diese Aufgabe ist eine der vornehmsten, die der Liberalismus in Deutschland, wie bisher so auch in Zukunft, zu erfüllen hat. Er muß unausgesetzt tätig sein, um in den Reihen derer ausfindend zu wirken, bei denen alte und festeingewurzelte Vorurteile zu überwinden sind, und er muß zugleich danach streben, durch positive Arbeit die großen wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze beseitigen oder doch mildern zu helfen, die zwischen den verschiedenen Schichten unseres Volkes, vielleicht mehr noch als bei anderen Völkern, in Wahrheit bestehen, und die zum großen Teil die Wirkungen einer ungeachteten und ungenügend raschen wirtschaftlichen Entwicklung sind, die an sich für unser Vaterland von großem Segen gewesen ist. Denn wo viel Licht ist, ist bekanntlich auch Schatten. Wenn der Liberalismus bei dieser Arbeit bisher so gut wie erfolglos gewesen ist, so liegt das lediglich daran, daß er im Laufe der letzten Jahrzehnte aus Gründen, die hier nicht zu erörtern sind, immer ohnmächtiger wurde. Aber warum sollte dem deutschen Liberalismus nicht auch eine Renaissance beschieden sein, wie sie der englische jüngst wider aller Erwartungen erlebt hat? Ist es doch ein deutscher Dichter, der einst gesungen hat: „Es muß doch Frühling werden!“

Jüdische Volksschulen.

Der „Preussischen Regierung“ wird aus Hameln geschrieben:

„Wir durch Ihre öffentlichen Volksschulen mit Ihren Vorteilen sind die durchweg keinen Gemeinden mit nur wenig schulpflichtigen Kindern in der Lage, diesen Religionsunterricht erteilen zu lassen. Doch und die Verweisung des Kultusbienles bei wohl die meisten Gemeinden denogen, um die Erhaltung ihrer jüdischen Volksschule zu petitionieren. Ihre Zustände sind nicht mit denen der christlichen Gemeinden zu vergleichen. Für diese, die überall eine größere Wohlhabendheit haben, sorgt der Staat mit seinen reichen Mitteln, indem er beständig Geldmittel, Lehrer wie auch, zu deren Beschaffung auch die jüdischen Beamten beitragen. Ja, würden die jüdischen Gemeinden aus den Ortsgemeinden den Betrag zurückgehalten, welcher aus ihren Kommunalsteuern zu Zwecken der evangelischen oder katholischen Schule oder Ringe verwendet wird, so würde wohl manche jüdische Gemeinde in der Lage sein, auf ihre konfessionelle Schule zu verzichten und demnach einen Kultusbauern aus zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts zu verlassen. Doch glücklicher, namentlich für die jüdischen Lehrer würde sich die Sache gestalten, wenn die jüdischen Kinder, gleichviel wie groß deren Zahl, die Volksschulen besuchen würden, und der jüdische Lehrer, der die glückliche Bewilligung wie seine christlichen Kollegen anweist, an der Schule Anstellung fände, sei es auch nur zur Erteilung der lehrreichen Fächer wie der Religion und

des Religionsunterrichts für die jüdischen Kinder. Eine gleich glückliche Lösung würde gefunden, wenn die jüdischen Gemeinden ohne Rücksicht auf ihre Größe den Betrag, welchen sie bisher zur Erhaltung des Lehrers ausgebenen hätten, dem nach dem vorliegenden Gesetz zu bildenden Schuldverband zahlen und dieser den jüdischen Lehrer mit allen Kosten wie die übrigen Lehrer und der besondern Verpflichtung zur Erteilung des jüdischen Religionsunterrichts anstellen würde. Es ist anzunehmen, daß wohl die meisten Gemeinden gern darauf eingehen würden. Somit wären die Hauptfragen beseitigt, die jüdischen Gemeinden der Sorge um Verwirklichung ihrer Kultusangelegenheiten wie Erteilung des Religionsunterrichts anheben, und der jüdische Lehrer würde nicht einer dunklen Zukunft entgegengehen. Nach der jetzigen Schulgesetzlage erscheinen die jüdischen Bürger wie Klassenempfänger von der Gnade des Schuldverbands abhängig, da sich in dem Entwurf nirgends eine feste, rechtliche Norm findet. Denn in den Paragraphen, welche die jüdischen Schulverhältnisse behandeln, bleibt alles lediglich dem Schuldverband überlassen, ein Punkt, den letzterer nur zu gern und zu bald befolgen wird. — Was einer Verletzung arthodogischer Bestimmungen kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil nicht allein in einigen Gemeinden der Provinz Hannover Evangelien-Gottesdienste mit Orgel oder Harmoniumbegleitung eingerichtet sind, sondern sogar einer der Landrabbinen selbst in einer Orgelmusik agiert.“

Wir freuen uns, daß auch in jüdischen Fachkreisen die pädagogische Unzulänglichkeit der jüdischen Zweklassen betont wird, wie wir das an dieser Stelle mehrfach getan haben. Schuld an diesem Zustande haben nicht etwa orthodogische Befürwortungen, wie der Einseitigkeit am Schluß sehr richtig hervorhebt, sondern der Grund ist in der Verwaltungspraxis der preussischen Unterrichtsbehörde zu suchen. Die jüdische Bevölkerung braucht selbstverständlich einen Kultbeamten und hat auch das berechtigste Interesse, die heranwachsende jüdische Jugend in ihrer Religion unterrichten zu lassen. Würde die Regierung bei einer gewissen Anzahl jüdischer Volksschulen die Anstellung eines jüdischen Lehrers an der Gemeindevolksschule gestatten, natürlich, auf Antrag der betreffenden kommunalen Körperschaft, so wäre man aus aller Verlegenheit. Selbstverständlich setzt eine solche Praxis Grundzüge in der preussischen Schulverwaltung voraus, die nicht von der Auslassung ausgehen, daß die Grundlagen der preussischen Volksschule hauptsächlich im Prinzip konfessionell zu regeln seien.

Amerikanischer Brief.

Ein großer und überaus charakteristischer Reizfall soll heute berichtet werden, schon deshalb weil solche Reizfälle, wo es sich um Juden handelt, dieselben wie jenseits des Atlantischen Ozeans eine besondere Eigentümlichkeit sind.

Denker aus eigentlich antisemitischen Gründen als um die Notwendigkeit, (!) die Juden dem Christentum zuzuführen, dazutun, hat der hervorragende Geistliche J. Townsend Russell in einer öffentlichen Versammlung erklärt, Präsident Roosevelt habe statthabenden Berichten entnehmen, daß 82% der Insassen von Strafanstalten, die wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit bestraft seien, Juden seien und ebenso seien von 72 an einem Tage verhafteten Taschendieben 65-Juden gewesen.

Keiner hatte jemals gehört, daß Roosevelt eine solche Behauptung einmal getan, die auch, abgesehen von der objektiven Unwahrscheinlichkeit, mit allem in Widerspruch stand, was Roosevelt in den letzten Jahren über die Juden gesagt hat. Nichtsding, wie die Juden nun einmal sind, wollten sie das nicht auf sich sitzen lassen und wandten sich an den Präsidenten mit einer Anfrage. Prompt erfolgte die Antwort, daß schon mehrere dahingehende Anfragen ergangen seien, daß Herr Russell von Präsidenten befragt worden sei, wer ihm diese angebliche Behauptung von ihm mitgeteilt habe, und daß Präsident Roosevelt eine solche Behauptung niemals getan, noch auch eine, die mit ihr irgendwelche Ähnlichkeit habe.

Der geistliche Herr entschuldigte sich bei dem Präsidenten Roosevelt etwas knäulich damit, daß die betreffende Angabe in der Zeitung *Social American* gefunben habe und daß er auch den Namen des ausgewählten Gewährsmannes dieser Nachricht wisse, daß er aber den Namen nicht nennen dürfe. Er behaupte, daß die Bezeichnung auf den Präsidenten eine falsche gewesen sei, und er sei gern bereit alles zu tun, den unrichtigen Einbruch zu verwischen. Bereits am folgenden Tage antwortete Roosevelt, er wäre sehr dankbar, wenn ihm der Name des Gewährsmannes genannt würde. Er habe niemals eine solche Äußerung, wie sie ihm in den Mund gelegt worden sei, getan.

Es soll hier nichts von der deplazierten Diktion des Geistlichen gesagt werden, der insofern genug ist, auf Grund einer Notiz in einer notorisch unzuverlässigen Zeitung eine Massenverleumdung weiter zu verbreiten, ja ihr durch das Zitieren erst Verbreitung und Bebauung zu verschaffen. Noch dazu einer Verleumdung, die allem widerspricht, was über die Juden bekannt ist. Aber so machen es die Antisemiten hüben wie drüben. Artillos werden die unglaublichen Dinge geglaubt und veröffentlicht, sobald es sich um den Juden irgend nachteiliges handelt. Es wird geglaubt, weil es gewünscht wird, oder es wird auch nicht geglaubt von denen, die es verbreiten, in der sicheren Erwartung, daß es, auch wenn es noch so unsinnig ist, von der blöden Menge geglaubt werden wird.

In seinem oben erwähnten Briefe an den geistlichen Herrn bittet Präsident Roosevelt, dieser möchte bei gegebener Gelegenheit konstatieren, er, der Präsident, habe niemals die ihm zugegeschriebene Äußerung getan. Ob Herr Townsend Russell jemals eine Gelegenheit, die er herbeizuführen verspricht wäre, finden wird, ob er, wenn er nicht umhin kann, es zu tun, die Vermutung nicht so gewissen geben wird, wie er sich der Nennungsmann entzogen hat, wird man ja sehen. Vorläufig kam der ehrwürdige Herr nur sehen, daß er seiner Seite gesagt hat. Das „New York Evening Journal“, welches konstatiert, daß weder der Verleger noch der Redaktor des Blattes Juden seien, und daß die redaktionellen Kreise auch nicht von Juden geschrieben werden, gibt dem Herrn Russell den Rat, sich um die Angelegenheiten seiner Gemeinde zu kümmern und die Juden in Ruhe zu lassen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Uebergang der „Staatsbürgerzeitg.“ in den Besitz des Herrn Söder hat im Lager der Reformpartei, deren Hauptorgan das Blatt nahezu 1½ Jahrzehnte gewesen ist, sehr erschauern. Der frühere Abtmarb, späterer Müller, jetzige Söder-Monteur hatte zwar bei dem Besitzwechsel jegliche Änderung seiner bisherigen politischen Haltung in Abrede gestellt; die Augen einer treuen Leserschaften seien aber scharf und so wird denn der „Staatsbürgerzeitg.“ jetzt in der „Rechtlichen Rundschau“ von einem früheren Mitarbeiter ein schmerzliches Abschiedslied gesungen:

„Am 15. Februar d. J. die „Staatsbürgerzeitg.“ in den Besitz der antisemitischen Tageszeitung „Rechtliche Rundschau“ überging, vor es vorauszusagen, daß damit ihr Schicksal besiegelt war. Die Bemerkung der Redaktion, daß dieser Besitzwechsel ohne Einfluß auf die Richtung der Zeitung bleiben würde, nannte die „R.“ in ihrer Nummer vom 17. Februar mit freudiger Ironie Selbsttäuschung und sagte hinzu, daß fortan nur noch der gebrauchte Kopf der beiden Blätter vertrieben sein werde. Mit dieser Prophezeiung hat sie Recht behalten, auch gegen den neuen Herausgeber der „Staatsbürgerzeitg.“, Herrn Söder, der, unter dem 16. Februar folgenden gläubigen machen wollte:

„Diese äußere Veränderung bedeutet keinen Wechsel in der nationalen und politischen Haltung der „Staatsbürgerzeitg.“ Auch in Zukunft sollen in der „Staatsbürgerzeitg.“ alle deutschnationalen Bestrebungen ihren Sammelplatz finden; die Tatsache, daß der Interessierte noch wie vor Herausgeber der „Staatsbürgerzeitg.“ bleibt,

dürfte allen seinen Freunden in der deutschnationalen Bewegung und vornehmlich in der Reformpartei die Gewißheit bieten, daß die „Staatsbürgerzeitg.“ nicht von einem einseitigen Parteipersonal, sondern von allgemein deutschnationalen Gesichtspunkten weiter geführt werden wird, und daß in ihr auch in Zukunft die nationalreformistische geklärten Parteien sowohl in ihren äußeren Werten wie in ihrer inneren Einstellung eine feste Förderung und Wahrung finden werden.

Bei Herrn Söder, einem guten alten Reformator, war der Wunsch der Vater des Schandens. Sein Ziel war zu fassen den Selterhausen frei, er selbst ein Reiter im heiligen römischen Reich, und wohl deshalb verstand er schon wenige Tage darauf in der politischen Verlesung, um als Verantwortlicher des nationalpolitischen Teiles der „Staatsbürgerzeitg.“ wieder aufzutreten. Nun hat er das geschickte Bänderchen, mit Herrn Friedrich Müller, seinen mitverantwortlichen Redigern, die alle deutschpolitische Streifzüge auszuüben, ob Wichtigen dem politischen oder dem nationalpolitischen Teil eines angeblich nationalen Blattes zuzurechnen sind. Denn auch das gehört zu den Aufgaben der „Staatsbürgerzeitg.“ im neuen Reich, daß sie ihre Spalten je nach Bedarf und Lage mit den Reden des Reichspräsidenten und des Reichstages füllen hat. Von einer reformistisch-nationalen Richtung ist in diesem Blatte nichts mehr zu hören, es sei denn, daß man den einen solchen kann reden will, wenn einige Söder der Reformpartei gänzlich fremd sind, sich um den Preis der Mitarbeiterschaft für die neue „Staatsbürgerzeitg.“ auf ein gänzlich ungeliebtes Gebiet abdrängen zu lassen und über Ehrenhäuser oder schlichte Wollstricksträger schreiben. Das haben sie die angenehme Aussicht, von der Reichsregierung der Staatsbürgerzeitung rühmend erwähnt zu werden, wenn sie eine Familienfestlichkeit begreifen, so neulich im Falle Götze anlässlich seiner silbernen Hochzeitfeier. Die Politik der Reformpartei ist für die jetzige „Staatsbürgerzeitg.“ ein noli me tangere im Guten wie im Bösen.

Die „Rechtliche Rundschau“ sucht diese Behauptung in erster Linie damit zu beweisen, daß die Parlamentarier der Abgeordneten der Reformpartei von der „Staatsbürgerzeitg.“ nur ganz dürftig wiedergegeben werden, während die Reden der beiden christlichsozialen Abgeordneten aus der Gruppe des Herrn Kiebermann von Sonnenberg in größter Ausführlichkeit den Lesern vorgeführt werden, und fährt alsdann fort:

„Die Notwendigkeit der verdienten Staatsbürgerzeitung waren die achtziger Jahre mit ihrer ebenso reichhaltigen wie abnehmenden antisemitischen Bewegung. Eine noch größerende Bewegung ist eben auf die Dauer unvorstellbar. Wer lebendig die Judenfrage lösen will, muss an allen geistlichen Richtungen vorbeistreichen, der Mann, der die Reformpartei bald zum Opfer nimmt, muss noch die Verzapfung dieser Frage mit allen möglichen reaktionären und bürgerkonservativen Interessen, die welche die Stöckerianer und Wiederwähler als Brenner und Wangelier tätig waren und sind, so kann es nicht verwundern, daß die beiden Schichten des Volkes bald von dieser Richtung genug hatten.“

Diese Gelegenheit hat die „Staatsbürgerzeitg.“ jenseits ihrer Partei in ihrer Notwendigkeit bezahlt, was daher nach kurzer Zeit zu einem harten Rückschlag geführt worden und hat schließlich in diesem die Wahlen werden müssen, um man vertritt und enttäuscht in dem die von „Rechtliche Rundschau“ referierten Artikel aus dem unterstufen. Weit vom Wessenden verumwirrt ist dort, und wie sich jeder im Großmalter wieder der Rindekt näher, so auch sie, aus deren Spalten und jetzt gleichsam die früheren Antisemitismen der „Alten.“ — „Jelblich“ entgegennehmen. Es ist noch gar nicht so lange her, daß es sich in der recht gottesseligen Lebensart, unter dem Einfluß eines vorwärtlichen Scheiterns, unter dem Strich ein direkter Antisemitismus sein können. Das war das letzte Aufblühen der der Schwärze des Antisemitismus, die letzte Reaktion gegen die tagtäglich zunehmende Verküpfung ihrer Interessen. Nummer 111 sie gänzlich in sich zusammengefallen und lispelt mit zahnlosen Munde die frommen Gebete ihrer Rindekt. Was jedoch zu eine alte Rechteckenberlin ist, die kann selbst in der Todesstunde noch nicht das Fluchen lassen, und manchmal schimpft sie noch recht wenig selbst in der heißen Stunden des „Rechts“. Doch das ist weiter nicht ausreißend, die jüdische „Alte.“ — „Jelblich“ selbst keinen mehr.

Vergehen schon Stunden ihre Konzentrationen in der Lindenstraße in Berlin leer, ihre Sprengkanten waren von 80–90, nach 90 hat sie eigentlich keinen mehr so recht etwas zu sagen gewagt. Mit letzten Redenarten oder läßt sich auf die Dauer leichter abstellen, und so verlor die Zeitung der Staatsbürger einen Staatsbürger nach dem anderen, wie sie demüthig im letzten Gedicht und ohne dem andernfalls in das „Rechtliche“ überbebt, ist fast. Bismarck hat großes Gelächere in das „Rechtliche“ überbebt, ist fast. Bismarck hat sich es aber, wenn das „Rechtliche“ glauben sollte, dadurch Bismarck und Antisemitismus zu erhalten. Die Leute werden man selbst, junge Leute plüzen nur Urkunden zu beschaffen. Von Tante Götze ist jedoch nichts zu hören. So werden sich alsbald auch ihre letzten Stellen noch von ihr zurückziehen, und selbst Herr Söder, der sonstigen

nur in weiterer Ehe mit ihr lebt, wird sie verlassen. „Staatsbürger“ unseres Schicksals können eben nicht in einem „Reich“ geblieben, wo der politische Faktor regiert, dies Landung nach Wismars und Wilhelm des Zweiten Meinung.“

Diese Charakteristik der „Staatsbürger“ ist gar nicht so übel; sie wird sich auch hüten, dagegen etwa zu demonstrieren, da die „Hess. Rundschau“ sicherlich noch nicht den letzten Pfeil aus ihrem Köcher entnommen hat.

Der Fall Hirschel. Die „Frankf. Ztg.“ (27. 3.) schreibt:

„Im Gegensatz zu den bisherigen unsicheren Gerüchten erfahren wir jetzt aus Bestimmte von sehr unterrichteter Seite, daß der 2. Direktor der landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft zu Friedberg, Landtagsabgeordneter Hirschel, von dem 1. Direktor Oekonomierat Schlenke in Friedberg bei der Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung von Genossenschaftsgeldern in mehreren Fällen angezeigt worden ist. Die Anzeige war für Herrn Schlenke aus naheliegenden Gründen gegeben, nachdem er wußte, daß von anderer verantwortlicher Stelle aus gegen Hirschel nichts getan werden sollte. Die Meinung also insbesondere, daß es sich bloß um geschäftliche Untergeschäftigkeiten, namentlich um „verpäteten“ Abstreifen von Geldern zur Kasse handele, ist irrig. Zurdeckertheit hat allerdings Hirschel die Gelder — aber erst unter dem Druck der Verhältnisse, also in diesem Sinne „zu spät“. Die falschen Berechnungen lassen sich wohl am natürlichsten durch die unruhigen Vertuschungsversuche der politischen Freunde Hirschels und der sonst für ihn Interessierten erklären. Das Gemeinde ist aber bereits zu durchsichtig und wird reiflos auseinander gesponnen werden können — sicher nicht zum Nachteil der heftigen blauerischen Bevölkerung, die zum Teil immer noch zu Hirschel, wie zu einem Halbgoth hinaufschaut, und sicher auch nicht zum Nachteil der Genossenschaftsfrage, deren Bedeutung Hirschel in Worten und in Taten verschieden gewürdigt hat. Landgerichtsrat Wehner von Sieben hat in Friedberg als Untersuchungsrichter schon umfangreiche Vernehmungen vorgenommen.“

Die mehrfach erwähnten Mobilisierungen aus Anlaß der silbernen Hochzeit des Kaisers haben Herrn Th. Fritsch, den Herausgeber des „Dammer“ ganz aus dem Häuschen gebracht. In einem wuschelnden Artikel „Israel Triumphator“ apostrophiert er den Kaiser:

„Solcher Sachlage gegenüber sich in ein gedulbiges Schweigen zu hüllen, wäre Feigheit und Verbrechen. Der Einwand, daß ein Herrscher schlichte — so gar wie ein Privatmann — das Recht habe, sich seinen Umgang nach Belieben zu wählen, ist nicht ganz zutreffend, denn die Handlungen des deutschen Kaisers gehören der Öffentlichkeit; jedoch wäre nicht viel einzusetzen, wenn es sich nicht gerade um Gebrüder handelte. . . .“

Wo es aber am meisten gilt, Schläger der Verdienste zu gereichen — das ist oben! Die Männer um den Kaiser haben die Pflicht, endlich zu reden, — sonst wird sie der Fluch der Feigheit für alle Zeiten treffen. Und wenn es nicht geschieht, so wollen wir als treue Söhne unseres Volkes und Vaterlandes und wenigstens nicht dazu hindern lassen, so sagen, was wir fühlten. Die Handlungen des Kaisers erfüllen den besten Teil des Volkes mit wachsender Besorgnis. Es ist unüberwindlich, daß der Kaiser die Fühlung mit dem deutschen Volksgemein verloren hat. Wie können viele treffliche Männer, die treu zur Monarchie stehen, die aber in tiefe Trauer geraten über das, was geschieht. Wenn es genügt, ein reich gezierter Spezialist zu sein, um in den Weltlauf einzutreten und zum Vertrauen des Kaisers gemacht zu werden: so soll die Eifersucht im Kaiser vor der Monarchie bleiben! Das Wesen der Kaiserkrone im öffentlichen Ansehen sinken — und damit das Ansehen der Krone selbst, die der erste Edelmann im Lande trägt.

Die Anschauungen in den höchsten Regierungskreisen bewegen sich in einer gefährlichen Dissonanz mit dem Empfinden im deutschen Volk. Es kann kaum gewirrt gegen das Staats-Ansehen verfahren werden, als es jetzt von so vielen hohen Stellen und geschieht. Das Vertrauen zur Reichs-Regierung ist in raschem Schwund begriffen; darüber sollte man dem Kaiser doch endlich seinen Reim einflößen.

Aber es scheint fast, als sei der Kaiser bereits so dicht von den Feinden unseres Volkes umhüllt, daß die Stimme seiner ehrsüchtigen Deutschen nicht mehr zu ihm bringen kann. Eine unheimliche Kluft tut sich auf zwischen Herrscher und Volk. Wo ist der Ritter, der sich in den Abgrund stürzt, um ihn zu schließen; — Gibt es denn keinen einzigen preislichen Krieger, der bei dieser Gelegenheit seinen Abel niederlegt?

Diese Jeremiaden illustrieren recht hübsch die „granitene“ monarchische Treue der Antisemiten, die sofort insanken kommt, sobald einmal ein paar Personen jüdischer Abstammung durch laienliche Umkleibungen ausgezeichnet werden.

Permisches.

Der Abg. Julius Lengmann ist kürzlich im 62. Lebensjahre gestorben. In dem heimgegangenen scharfsinnigen Juristen und charakterfesten Politiker verliert der Deutsche Reichstag, dem Lengmann zwei Decennien angehört hat, einen ganz hervorragenden Redner, der Liberalismus einen seiner bewährtesten Kämpfer. Durch den Tod Lengmanns wird auch der Verein zur Abwehr des Antisemitismus schwer betroffen. Der wehrfähige Volkstribun hat den Ruf zur Begründung des Vereins mitunterzeichnet und im Sinne seiner Bestrebungen im Parlament und außerhalb desselben alle Zeit mit Nachdruck gewirkt. In den letzten Jahren war Lengmann auch Mitglied des Vereinsvorstandes. Erre seinem Andenken!

Köln. Im „Israel. Gemeindeblatt“ lesen wir: „Einer der hervorragendsten Bürger unserer Stadt, Herr Kommerzienrat Peter Josef Stollwerk, ist dieser Tage zu Grabe getragen worden. Es ziemt sich wohl, das Verdienste an dieser Stelle zu gedenken, denn mit ihm ist einer von jenen, in unseren Tagen leider so seltenen Männer dahingegangen, die in der Zeit der Wüste des Antisemitismus, wo die Antisemiten jeden hervorragenden Mann anpöbelten, der nicht in ihr Horn blies, furchlos und mit aller Einsäuberheit gegen die „Schmach des Jahrhunderts“ Stellung nahmen. Sein weisführendes Herz hatte er gar oft reden lassen zu der Zeit, als große Schaaren armer jüdischer rumänischer Unterthanen unsere Vaterstadt passierten. In seiner Eigenschaft als rumänischer Generalconsul unterstützte er damals recht viele durch materielle Gaben und gar mancher von diesen Menschen, dem sein Rat auf die Dauer noch mehr genutzt hat als die geldliche Unterstützung, wird die Nachwelt von dem Einflüsse des „guten Konsuls am Rheineinstrom“ schmerzlich beklagen.“

Zur Frage der jüdischen Referveoffiziere gehen uns interessante Mitteilungen zu, für deren Wichtigkeit der Verfasser der Zeitschrift nicht nur selbst einsteht, sondern auch Zeugen namhaft macht, die wir aber doch mit der durch den Inhalt gebotenen Reserve wiedergeben. Die Zeitschrift lautet:

„Das 8. Württembergische Infanterieregiment 126 zu Straßburg i. Elß. fand bis März 1905 unter der Führung des Obersten von Rössler. Dieser Offizier konnte zwar auf die Beförderung jüdischer Einjähriger zu

Offizieren der Reserve keinen bestimmenden Einfluß ausüben; immerhin tat er, was er konnte: er beförderte seine jüdischen Einjährigen nach Verdienst, wie die übrigen Einjährigten. So kam es, daß, als dem antilemischen Obersten von Gerad das Regiment 126 übertragen wurde, sich folgender schrecklicher Zustand vorfand: Ein ehemaliger Einjähriger jüdischer Konfession hatte es bis zum Offiziersaspiranten und Bismarckmedal b. R., zwei andere ebenfalls zu Offiziersaspiranten und Unteroffizieren d. R. gebracht; die vorhandenen 7 jüdischen Einjährigten mußten, da der „verlosthene“ Oberst alles geregelt hatte, von dem neuen Kommandeur zu Gefreiten ernannt werden. Aber der Herr Oberst wußte Rat: die beiden jüdischen Unteroffiziere, die am Anfang seines Regiments die Leitung antraten, wurden nicht befördert, — die übrigen Unteroffiziere sämtlich; dem Bismarckmedal, der die Leitung B. machte, wurde die Qualifikation nicht erteilt, — den übrigen sämtlich. Die jüdischen Einjährigten wurden aus dem Offiziersunterricht entfernt und setzten nur Unteroffizier befördert. Dagegen durften sie Unteroffiziersdienste leisten. Einer der Einjährigten, den man aus dem Offiziersunterricht auszuweisen verfehlen hatte, wurde unmittelbar vor dem Ausrücken zur Prüfung am Kadettenort auf höheren Befehl zurückbeordert.

Was wir hier ausgeführt haben, wird die Leser nicht weiter in Erstaunen setzen, wir beabsichtigten auch nicht, etwas neues zu erzählen. Was aber den oben geschilderten Vorgängen charakteristisch ist, ist folgendes: Man zerkleiert offiziell, daß die jüdischen Einjährigten wegen ihrer Konfession in der Beförderung zurückgeblieben werden. Wie die Sache liegt, glauben wir, daß auch der geschickteste Diplomat in vorliegendem Fall den Versuch vergebens machen würde, den Obersten v. Gerad aus der Anschuldbildung rein zu waschen, daß er bei jüdischen und nicht-jüdischen Einjährigten einen verschiedenen Maßstab anlege. Das glaubt kein Mensch, daß gerade zu der Zeit, als Herr v. Gerad das Regiment übernahm, die ihm zugewiesenen jüdischen Offiziersaspiranten und Einjährigten plötzlich nichts mehr taugten. Ob Oberst v. Gerad geglaubt hat, mit kleinerer Hand in die durch die fanfaronische Bourgeoisigkeit seines Vorgängers geschaffenen Zustände hineinzufahren zu müssen, oder ob irgendwoher jählich gewinkt worden ist, wissen wir nicht. Wir neigen zur letzteren Annahme."

B. F. Gegen Heine für W. Pfennig! Man schreibt uns: In Frankfurt a. M. veranstaltete am 20. März der „Deutsche Verein“ eine Protestversammlung gegen die Errichtung eines Heinebustals, die eine „nationale, sittliche und religiöse Gefahr für das Deutschthum sei und als typisches Zeichen für die unheilvolle Annäherung des Judentums betrachtet werden müsse.“ Das Judentum wolle mit dem Heinebustal, „den Rassenossen feiern“. Die Teilnahme an der Entrückung gegen Heine und das Heinebustal war gegen W. Pfennig Eintrittsgeld gestattet. Herr Henningsen-Darmstadt, als deutsch-sachlicher Mittelhandwerker bekannt, zeigte sein literarisches Talent in ebenso hervorragender Weise, wie er mit rührender Ungeschicklichkeit aus Heines Schriften alle die Stellen „watzug“, die nach seiner und somit auch nach der Ansicht der übrigen braven Mittelständler unästhetisch, unreligiös und vaterlandsfeindlich sind. Daß er dabei recht wenig Verständnis für das Wesen der Satire zeigte, wurde nur von einzelnen aus der Versammlung bemerkt und demängelt. Seinen Haupttrumpf spielte der Redner aber mit dem Gutachten der beiden „großen Literaturschlichter“ Ferdinand Avenarius und Bartels aus. Er tat sich etwas ganz besonderes darauf zugute, daß selbst die „Mittheilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ die Fähigkeiten des Herrn Bartels anerkannt hätten! Zwischenrufe gegen diese Behauptung wurden einfach niedergebessert. Was der

Versammlung ein besonders tröstliches Gepräge gab, war das Erscheinen eines protestantischen Geistlichen, des Herrn Werner-Frankfurt. Dieser Prediger der christlichen Liebe verkündete es nicht, in dieser Versammlung des politischen Vereins (Deutscher Verein) zu erscheinen, um die Anwesenden aufzufordern, „es nicht bei den Protestreden bewenden zu lassen, sondern praktische Arbeit zu leisten“. Diesen letzteren Ausdruck prägnanter der Vorlesende alsbald unverändert dahin, daß sich Alle zu einer Organisation vereinigen und natürlich dem „Deutschen Verein“, der diese praktische Arbeit leisten, beitreten müßten. Als ein „Herr Wäcker“, der sich nachher sofort als Jude vorstellte, ohne indes besonders taktvoll zu sein, dem Herrn Pfarrer das Gortsehe Wort: „Es tut mir in der Seele weh, daß ich Sie in der Gesellschaft seh“ zurief, mußte die Versammlung durch den Vorlesenden geschlossen werden. Veranlassung dazu gab eine wilde Szene, einige „Herren“ sprangen auf den Redner zu und würgten ihn am Hals, und nur mit Mühe konnte sie der Vorlesende von weiteren Tödllichkeiten zurückhalten. Herr Pfarrer Werner besann sich hier auf seine antilemische Mission des Friedens und ersuchte die Anwesenden, Ruhe zu bewahren, damit nicht „am nächsten Tage der Drost der Judenpresse von einer antisemitischen Rabauerversammlung in Frankfurt melden könne“.

Heinrich Heine und der Großherzog von Hessen. Wie mehrere süddeutsche Blätter berichten, empfing der Großherzog von Hessen einen Vertreter des Darmstädter Sonderauschusses für Heinrich Heines deutsches Denkmal und verordnete, das Unternehmen dürfe seiner freudigen Zustimmung gewiß sein. Es erfülle ihn mit Befriedigung, daß der große Dichter, der die deutsche Sprache mit einer Feinheit und Eleganz gehandhabt habe, deren kaum die französische Sprache fähig sei, nun auch in Deutschland das längst verdiente Denkmal erhalten solle. Und da freue es ihn, daß gerade seine als Kunststadt austretende Residenz in die erste Reihe der deutschen Städte gerückt sei. Der Großherzog gab dem Wunsch Ausdruck, das Denkmal möge seinen Platz nicht in Berlin, sondern am Rheine finden, einmal weil in diesem Falle die sentimentale, im deutschen Volke bekanntere und beliebtere Seite des Dichters mehr zum Ausdruck komme und dann auch, weil der Rhein im Gegentag zu Berlin doch von jedem Deutschen einmal besucht werde.

Diese entzückliche Nachricht ist einem Korrespondenten der „Staatsbürgerzeitg.“ so in die Glieder gefahren, daß er mit ihrer Meldung dem genannten Blatte die Rosen eines Eigentelegramms aufdrücken zu müssen glaubte. In vorichtiger Weise, wie es einem souveränen Fürsten gegenüber geboten ist, wird dazu bemerkt, daß der Großherzog von Hessen „eigene Wege gehe.“ Aber die Souveränität schädelt den fürsichlichen Unbedacht nicht vor einer weiteren Bemerkung, deren Fassung uns an den Sarkasmus und die Geschicklichkeit des Scheiterhaufenbreisereibers erinnert, allein daß wir darum schon die Bemerkung öffentlich Herrn Stöder selbst zuschreiben möchten. Diese Bemerkung lautet: „Die schweren Lebensverfahrungen, die er (der Großherzog) hat machen müssen, mögen ihn wohl dazu geführt haben, manches in Heines Gedichten als echt empfunden anzusehen, was Heine nur trivial gemeint hatte.“

Woher weiß denn der Kammerator im Stöderblatte, was Heine gemeint hatte, und wer sagt ihm, daß der Großherzog von Hessen nicht richtiger Heines Gedächtnis interpretiert und arseht als er selbst, der an Heine kein gutes Haar läßt und ihn als „das ärgste Züferrmaul“ bezeichnet? Jeder Unparteiliche würde, ohne sich lange zu bedenken, das Antisemitenblatt am vornehmsten Heine gegenüber für besangenen erklären, den Großherzog aber als einen Mann, der

Gefallen an Heines Werken gefunden hat gleich Millionen Anderer, soweit die deutsche Zunge klingt und darüber noch hinaus.

Zum Schluß legt das Antisemitenblatt dem Großherzog eine ganze Reihe unverächter Fragen vor, die dieser in seiner Eigenschaft als gebildeter Mann abel nehmen könnte, aber nicht abel nehmen wird, um zuletzt noch zu bemerken, der Großherzog hätte, wenn er die ihm vorgelegten Fragen über Heine bejaßen könnte, „seine Worte nicht gesprochen.“

Die gute „Staatsbürgerzeit.“ weiß nicht nur, was Heine gemeint hat, sondern auch was der Großherzog von Hessen meinen würde. Welche Selbstüberhebung, und alles das, nur um einen toten Dichter zu verdammen, der als Jude geboren ist.

Ueber die Unterdrückung der jüdischen Intelligenz in Rußland schreibt man der „Wresl. Zig.“ aus Petersburg:

„Die russische Polizei hat wieder angefangen, mit aller Strenge gegen die Juden vorzugehen, welche sich illegal außerhalb des Anbiederungsraums niedergelassen haben, und sie von dort, nicht selten per Schub, auszuweisen. Besonders leidet darunter die jüdische Jugend, welche nach dem Abgang vom Gymnasium sich nach einer der Universitätsstädte begeben muß, um dort ihre Ausbildung abzuschließen. Da aber in allen diesen Städten den Juden der Aufenthalt untersagt ist, so kommt es sehr häufig vor, daß der angehende Student, statt in die alma mater, in den Polizei-„Mischkaad“ (Kloster) kommt, wo er, besonders wenn er einen leeren Beutel oder eine verschlossene Hand hat, eine „Handbeschnürung“ Behandlung erfährt und obenbrein noch „freie Fahrt“ als Delfert erhält. Im günstigsten Fall erhält ein solcher Student einen „Jungenspaß“ („Wolfskopf“), gültig für zwei bis vier Tage, mit der Verpflichtung, die Universitätsstadt sofort freiwillig zu verlassen und bis zu der gegebenen Frist sich bei der Polizeiverwaltung seines Zugehörigkeitsortes zu stellen. Natürlich aber ist der wohlhabende junge Mann, der der heiligen Hermandad seine Dankbarkeit im voraus bezeugen kann und will, ihr nur ein willkommener Gast und kommt auch, wenn er weiter gut „schwimmt“, allen Ausnahmesehränkungen zum Trotz, bequem und leicht in den Tempel der Wissenschaft. Infolge dieser „schwierigen“ Wirtschaft gehört es zu den täglichen Erscheinungen, daß junge Leute, welche das Gymnasium cum laude, mit der silbernen oder auch goldenen Medaille absolviert haben, jahrelang, ohne Aufnahme in die Hochschule zu finden, „dummeln“ müssen, während für die unbegabtesten Söhne reicher Eltern die Porten der Univerität immer offen stehen. Es ist aber ebenso ein offenes Geheimnis, daß die meisten jüdischen Studenten sich bei der Polizei als Handwerker anmelden lassen und zu diesem Zweck sich aus irgend einer unter „obergeleitlicher Kontrolle“ stehenden Anstaltsverwaltung ein Zeugnis mit Antifälschung für den schwankenden Preis von 10 bis 50 Rubel kaufen, um, ausgestattet mit diesem fiktiven Diplom und des Wohlwollens des betreffenden Polizeioffiziers sicher, in der sonst „verbotenen“ Stadt aus dem Born der Wissenschaft „geistlich“ schlürfen zu können; denn jüdische Handwerker dürfen nach dem russischen Gesetz überall leben. Dagegen haben es arme Studentinnen, die ein teures Handwerkerdiplom nicht erschwingen können, in einer Beziehung „leichter“. Sie lassen sich mitunter (ich erzähle fakte!) gratis ein Aufenthaltzeugnis ausstellen vom „polizeiarztlichen Komitee“ (Ettlichkeitspolizei), wem sie vertrauensvoll mit Tränen in den Augen an einen menschenfreundlichen Arzt (meist Glaubensgenossen), der ihren Namen in sein Buch einträgt und ihnen, ohne sie der schmachvollen

Untersuchung zu unterziehen, den nötigen Vermert in ihr gelbes Diplom („gelbes Bilet“ offiziell genannt) zweimal wöchentlich einträgt. Man kann sich leicht vorstellen, welche Gefühle ein anständiges, ehrsüchtiges, nach Bildung strebendes Mädchen oder ein ideal angelegter Jüngling für ihre Beirger haben müssen, und begreifen, warum gerade die jüdische lernende Jugend einen so großen Prozentsatz reibter Feinde des herrschenden Regimes liefert. Zum größten Teil ist es ihre Rechtslosigkeit und die von den Regierungsautoritäten geübte Willkür, welche sie in die offenen Arme der Sozialisten und Anarchisten treiben.

Man muß aber gesehen, daß unsere Polizei nicht nur die armen Teufel quält, sondern auch jede Gelegenheit ausnützt, um auch die „geligen“, reichen Juden, von denen sie nichts hat, ihre Macht fühlen zu lassen. Besonders tut sie das bei der Behandlung jüdischer Künstler und anderer Notablen. So kürzten einige Beispiele genügen. Der berühmte Schauspieler B. o. f. v. S. o. n. n. e n. t. a. l. wurde aus Riga, wohin er sich zur Absolvierung einiger Schipiele begeben hatte, rüchtilos, trotz aller Vererbung der dortigen Theaterkommission, ausgewiesen, ebenso aus Petersburg der berühmte Selbentener M. a. l. l. o. w. v. o. n. der Moskauer Kaiserlichen Oper. Dasselbe Schicksal erreichte den englischen Sir Montagu, und lediglich der Intervention einer hohen Persönlichkeit gelang es, vom Minister des Innern, Plehwe, die Erlaubnis zum Aufenthalt auf einige Tage in der Residenz für den bekannten verstorbenen Führer der Zionisten, Dr. Herzl, zu erwirken.

Aber auch das Geschwisterpaar Bernzetti, welches in Berlin mit großem Erfolge in Saale Bechstein debütierte, kann von dem freestehenden „Spitz“ der Moskauer Polizei „ein Lied singen“. Die Künstlerinnen kamen auf ihrer Tournee nach der alten Residenz ihres Vaterlandes, Moskau, trafen alle erforderlichen Arrangements, ließen Wischen bruden und sollten im kaiserlichen Theater, dem größten Moskaus, dessen Ensemble gegenwärtig ebenfalls in Berlin gastiert, einige Konzerte geben, aber siehe — die allwissende Polizei erfährt von diesem „verbrecherischen“ Vorhaben noch rechtzeitig und wie sie sofort aus. Weber Bitten, noch Tränen vermochten das Herz des dienstfertigen damaligen Oberpolizeimeisters Trepow (späteren Ministers des Innern) zu erweichen, und so entschlossen sich denn die Künstlerinnen schweren Dergens, unter falschen Namen, als Männer verkleidet, nach Petersburg zu reisen, um wenigstens dort die in den Zeitungen bereits angefügten Konzerte abhalten zu können. Die Schwester hatten bereits drei Konzerte gegeben, und es schien alles glatt von staten zu gehen, aber schließlich wachte aus dieses Glück nicht lange: die „Verbrecherinnen“ wurden von einem Polizisten erkannt, dem Polizeimeister vorgestellt, welcher auch nicht zögerte, sie dem Untersuchungsrichter unter der Anlage der Benutzung einer falschen Legitimation zu übergeben. Untersuchungsrichter und Prokurator taten eifrig das Ihrige, und so kamen bald die gezeichneten Künstlerinnen auf die Anklagebank im Bezirksgericht in Petersburg, welches, ungeachtet der glänzenden Verteidigungsrede des bekannten Anwaltens Hillerich, die Uebertreterinnen des Polizeigesetzes zu einer Arreststrafe verurteilte. Glühförmliche wurden sie jedoch durch das kaiserliche Gnadenmanifest vom 19. August 1904 von der Verhängung dieser Strafe befreit, mußten aber einen Prozeß unterzeichnen, daß sie es nie mehr wagen werden, nach Moskau unangemeldet und gar als Männer verkleidet zu kommen. Dieser Prozeß hat seinerzeit in Künstlerkreisen Aufsehen und Entrüstung erregt und ist im juristischen Fachjournal „Prawa“ vom 28. April 1904 ausführlich abgedruckt.“

Es ist es heute, und anders war es einst. Es bleibe jedem überlassen zu urteilen, welche Sorte die bessere ist. Im Uebrigen sind wir weit entfernt, verallgemeinern zu wollen. Ja, wir glauben auch nicht einmal an einen zunehmenden gesellschaftlichen Antisemitismus. Das heißt, wir glauben nicht, daß die Fabrikanten, Kaufleute und andere Leute, die Juden von ihren Bureaus, Fabrikten, Salons fernhalten, wirklich Antisemiten sind. Die Kaufleute, Fabrikanten waren früher die ersten, die den Juden gegenüber als Vorurteile abgelegt hatten, weil sie als welt-erprobene Männer wohl gewußt haben, daß das Geschäft nichts mit dem Judentum zu tun hat. Bei den modernen „antisemitisch“ sich gebenden Kaufleuten und Fabrikanten spielt vielmehr der schärfere Wettbewerb die größte ja wohl allein eine Rolle. Sie sind etwa aus demselben Grunde antisemitisch, wie die Engländer antideutsch. Mit zunehmender Erkenntnis, daß Raum für alle die Erde hat, oder daß das Geschloß zu nichts führt, ja, schädlich ist, werden unserer Herrschaften das Antisemitische Antisemit, mit welchem sie ihre wirtschaftliche Blöße bedecken wollen, als unnützen Ballast fortwerfen.

Ein anderer Teil des gesellschaftlichen Antisemitismus beruht auf gesellschaftlicher Feindschaft und auf Egoismus. Man schreit und schimpft so viel über die Juden, folglich hält eine gewisse Gruppe der gesellschaftlichen sich die Juden liebste fern; man will keinen Antisemit bei den anderen Gästen oder Hausgenossen erregen. Und endlich ist ein nicht geringer Teil unserer Gesellschaft „antisemitisch“, nicht aus Ueberzeugung sondern weil es modern ist, weil es in gewissen Kreisen wohl gar für „fein“ gilt. Wie lange diese nutzlosen Umwälzungen des gesellschaftlichen Antisemitismus vorhalten werden, das wissen wir nicht zu entscheiden. Er kann eines Tages schnell wie der Nebel vor der Sonne verschwinden, er kann auch wie ein Novembernebel noch länger vorhalten. Es kommt auf die Umstände an, weniger auf den Nebel an.

Gabriel Rießer.*)

(Zum 2. April 1806.)

Hundert Jahre sind verfloßen seit der Geburt Gabriel Rießers, an dessen Namen die Geschichte des Kampfes für die Gleichberechtigung der deutschen Juden dauernd geknüpft ist. Er kam am 2. April 1806 in Hamburg zur Welt, als Kind eines aus dem bayerischen Ried kommenden Raddinersohnes, der seinen Vornamen der Heimaide, dem „Ries“, entlehnte, und der Tochter des Altona-Hamburger Raddiners Rafael Cohen. Das wechselnde Schicksal Hamburgs geachtete seinen Eltern kein ruhiges Verweilen. Zwar löste 1810 die französische Fremdherrschaft die bisherigen Feiern der jüdischen Einwohner. Aber die Blockade der Stadt durch die Russen im Jahre 1813 zwang die Familie Rießer, wie andere, die sich nicht vorher für längere Zeit ihren Unterhalt sichern konnten, zur Auswanderung. Sie fand eine Zuflucht in Lübeck, wo Gabriels Vater durch Pachtung der Stabilität eines Erwerbszweigs erlangte. Er konnte seinen Kindern nur eine gründliche Bildung zuteil werden lassen. Gabriel trat in das Gymnasium und zeichnete sich durch rasche Fortschritte aus. Schon aber war die Zeit gekommen, da, mit Rießer selbst zu sprechen, in Deutschland vielerorts „die widergemonnene Freiheit zur Schande der Sieger die Lösung zur Wiederherstellung der Unfreiheit der Juden“ wurde. Unter französischer Herrschaft hatten sie sich in Lübeck ansiedeln dürfen. Unter der Herrschaft der deutschen Bundesräte wurden sie wieder auf ein nahegelegenes Dorf vertrieben. Manche der Vermögenden zogen nach Hamburg, wo ihnen freilich das Bürgerrecht nach wie vor verweigert blieb.

Auch die Familie Rießer verlegte ihren Wohnsitz dorthin zurück. Dem Vater boten sich von früher her kaufmännische Verbindungen, dem heranwachsenden Gabriel erweiterten vielseitiger Unterricht, eifrige Lektüre, freundschaftlicher Verkehr mit gleichgesinnten Altersgenossen den geistigen Horizont. Ein überall gern gesehener, lebhaft anregender Gesellschaftler, vom durchaus modernem Bildungsgedächtnis, bewachte er sich zugleich als schärfster Erbkitt des elterlichen Hauses das alt-erbworbene Gefühl der Würde. Dies begleitete ihn auch in die Fremde beim Universitätsbesuch.

Innerer Drang führte zum Studium der Jurisprudenz. In Kiel und in Heidelberg verfloßen ihm glückliche Jahre akademischen Lernens und akademischer Freiheit. Nach glänzend bestandener Doktorprüfung folgte noch eine Zeit strenger Arbeit in München, auf die der Tod des geliebten Vaters den dunkelsten Schatten warf. Nunmehr entfiel die Frage, in welcher Lebensstellung die erworbenen Kenntnisse verwertet. Überall, wo der junge Doktor ankam, hieß es: „Zurück“. Sein Besuch um Zulassung als Privatdozent an der Universität Heidelberg ward vom Ministerium des Innern unter wichtigsten Vorwänden abgewiesen. Nicht besser erging es dem Verfasser in Jena. Eine Supplik an den Hamburger Senat wegen Aufnahme in die Liste der Advokaten fand aus Mitleid auf die bestehenden Gesetze bei der hohen Behörde keine Gnade. Und in jedem Fall ward dem Ausgesprochenen darüber kein Zweifel gelassen, daß sein Uebertreten zum Christentum ihm die versperrten Pforten öffnen werde. Er empfand die überwiegende Kränkung aufs bitterste. Aber er söhnte sie nicht nur für sich allein, sondern für alle diejenigen mit, die in seiner Lage waren. Sein weiches Gemüt häßte sich zum Entschluß des Kampfes um Recht. Und nun folgte im gesamtdeutschen wie im gesamten europäischen politischen Leben ein Umschwung, der ihn ermutigen mußte, mit offenem Visir in die Schranken zu treten.

Die Julirevolution, die den Fall der bourbonischen Regierung herbeiführte, glittete merkwürdig über den Weltteil nach. Rießer hatte im Frühjahr 1830 bei zweimonatlichem Aufenthalt in Paris den Sturm kommen sehen. Jetzt, da die Wucht der Reaktion auch in Deutschland ins Wanken geriet, hielt er den Augenblick für günstig, an das Rechtsgesetz und an das Gewissen seines, des deutschen, Volkes zu appellieren. Mit stiegender Fieberhitze warf er seine Gedanken auf das Papier, und um die Jahreswende von 1830 auf 1831 erschien seine Schrift: „Ueber die Stellung der Bekennner des mosaischen Glaubens in Deutschland an die Deutschen aller Konfessionen.“

Sie hob den jugendlichen Verfasser mit einemmal auf eine weithin sichtbare Höhe. Sie war noch nie, auch von keinem Deutschen, seit den Tagen Moses Menschenlebens, über diesen Gegenstand gesprochen worden: mit so hohem sittlichen Ernst, mit so tiefem Ehrgefühl, mit so echter Entrüstung. Nicht eine Gerechtigkeit erbeten, sondern ein Recht wird gefordert, dem die volle Uebernahme gleicher Pflichten entsprechen soll. Nicht eine Widerlegung geistlicher Ausgeburt der Lüge und der Beschränktheit wird versucht, sondern der Angriff wird unmittelbar gegen die Schwingen gerichtet, unter denen sich Unbuddelbarkeit und Eigennutz verschanden. Rießer macht kein Fehl daraus, daß er zu denen gehöre, „die bei dem Erfolg der Sache, für die er streitet, persönlich beteiligt seien“. Aber er fragt mit einer brühenden Befähigung: „Wer mit dem deutlichen Bewußtsein an eine gute Sache sein Leben gesetzt hat, ist er darum zu tadeln, daß er mit der guten Sache sein Leben zugleich verliert?“ Und er erinnert daran, daß es in dieser Sache ja „so über alles leicht sei, sich aller persönlichen Belangnahme durch den bequemen Akt von der Welt zu überheben“.

Hier findet er nun auch Gelegenheit, denen seiner eigenen Glaubensgenossen einen Spiegel vorzuhalten, die

*) Aus der „Nation“.

„durch jenen bequemen Akt von der Welt“, durch die Taufe sich die Vorteile zu verschaffen wählten, die diese genährt. Zwar ist er weit entfernt davon, zu leugnen, daß einzelne den neuen Glauben „im Geist und in der Wahrheit angenommen haben“. Aber diesen einzelnen stellt er mit schärfer Betonung „der Grundzüge von Weltlichkeit und Ego“ alle die gegenüber, die sich „der Glaubensveränderung ohne Ego und Selbst als eines Mittels zur Erwerbung bürgerlicher Rechte bedienen“. Im Namen „einer großen Anzahl der achtungswürdigen und der geachteten“ unter seinen Glaubensgenossen, im Namen vor allem der mit ihm herangewachsenen Generation ruft er ihnen zu:

„Wir sind ohne Barriere und ohne einen drückenden Veranlassungsgrund in einem reinen Gottesglauben, in dem unerschütterlichen Vertrauen auf eine göttliche Führung und auf den endlichen Sieg des Guten und des Guten ergehen. . . . Wir glauben die mittelalterlichen Fesseln des Judentums in unüberwindlichen Unterwerfung begriffen. . . . Wir glauben, daß das Gebot des Selbst als die moralischen Eigenschaften und Tugenden ein höheres, vorzügliches Ziel darstellt; daß es aber das Individuum der Welt der ewigen Wahrheit: „Du sollst den Namen meines Vaters nicht umsonst anrufen“ heißt ewig in den Tiefen unserer Herzen wider und löst uns ein Glauben ein, der einen Gottesbegriff enthält, an den das Herz seinen Teil hat, und Köpfe gegen eine verwerfliche Befragung, die zu solchen Erkenntnissen führt.“

Daran knüpft er eine weitere Betrachtung:

„Welcher fähige Mensch, der im Schoß des moralischen Glaubens geboren ist, kann sich ohne den tiefsten Schmerz dem Zustand dergegenwärtigen, der die Folge davon sein würde, wenn . . . die Schwelgerei, die Talentworte, die Einkaufskredite, die natürlich am empfindlichsten gegen den fähigen Zustand der Dinge sind, zu dessen Verbesserung oder gerade ihr unermüdlichen Aufregungen tätig sein müssen, sich lockern und die erziehlige, gedruckte, fähige Weise sich selbst und dem Staat zur Last machen.“

Endlich wendet er sich gegen die Ansicht, als sei es unwürdevoll, wenn man selbst nicht geneigt sei, den Glauben zu ändern, „seinen Kindern dadurch auf eine unschuldige Weise die Vorteile der herrschenden Religion zu erwerben“, daß man sie „vor dem erwachten Bewußtsein oder der erlangten Selbstständigkeit die Weisheit beifügen empfangen“ lasse. Er zeigt, daß nur „der höchste Grad von Indifferenz gegen alle Religion“ ein solches Versehen allgemein möglich machen könne. Er weist auf die schweren Gefahren des feilschen Zwiespaltes hin, welche die garten kindlichen Gemüter bedrohen können. Er betont, daß auf diese Art „der verderbliche Wahn“ nur beiderseitig werde, als „werde sich die Sache schon durch die Macht des Eigenen, die man aufklärung nennt, von selbst ausgleichen.“

„Von wem ist nicht ein“ sagt der fast seiner jungen Jahre seine Verstandes, daß die Überzeugungen, ihrer Natur nach, gehen, einer ihnen nahe verwandten Sache immer nach mancher Bemerkung zuwenden würden; eine ist zu erklären, nur zu allgemeine Erfahrung lehrt das Gegenteil. Mit wenigen Ausnahmen ist selbst den Eheren unter ihnen die laute Erinnerung an ihre Kindheit unangenehm; viele von denen selbst, die in anderen Ständen mit aufrichtiger Eifer die liberalsten Meinungen gegen, halten sich in einem Kampf, der das Recht und die Ehre ihrer Väter und Verwandten betrifft, persönlich zur Verantwortung verpflichtet. . . .“

Was die Vereinfachung des jugendlichen Autors Reizert, was ihm den Glauben an den endlichen Triumph seiner Sache fälscht, ist das klare Bewußtsein ihres innigen Zusammenhangs mit der allgemeinen Sache des Menschheitswols:

„Nein,“ ruft er hoffnungslos aus, „es ist kein besonderer Grund, den wir verfolgen, es ist höchste Zeit, auf das alte Festhalten der Menschheit seit Jahrhunderten gerichtet, daß wir auf der Bahn, die uns angetrieben ist, zu erröden stehen; es sind dieselben Verhältnisse des Reich, der Freiheit, der Menschlichkeit, von denen alle Völker der Erde ihr Ziel zu erwarten haben, die wir in unserer Späthe in Anspruch nehmen.“

Woh! fordert er zunächst seine Glaubensgenossen auf, Vereine zu bilden, Petitionen an Regierungen und Volksvertreter zu richten. Aber er will auch alle reichlich und edel denkenden Geistes seines Vaterlandes zu Hilfe rufen. Nicht

nur als Jude will er zu den Juden, er will als Deutscher zu den Deutschen reden.

„Es ist die Sprache Aethers und Lichts von Gutes, mit deren mächtigen Tönen wir deutsche Herzen für unsere gute Sache zu gewinnen streben müssen.“

Wessers Schritt war eine Tat. Sie schlug blutig ein. Sie hob das Selbstbewußtsein und den Kampfesmut der Juden. Sie fand Anerkennung auch bei vielen Christen. Freilich trat aus ihren Reihen sofort auch ein Gegner auf den Plan. Es war der große Kirchenrat Paulus in Heidelberg, der streitbare Wortführer des Nationalismus, dessen Ueberzeugungsreife sich mitunter zur Unbuddisamkeit verhärtete. Ihm, wie später so manchem anderen Widersacher, ist Krieger die Antwort nicht schuldig geblieben. In welchem Sinne sie gehalten ist, zeigt schon das Motto:

„Einem Vater in den Adeln, eine Mutter haben wir: Gott, ihn aller Menschen Vater, Deutschland, uns're Mutter hier.“

Und dem Motto entspricht das Schlusswort:

„Wir wollen dem deutschen Vaterlande angehören, wir werden ihm allerorten angedeihen. Es kann und darf und mag von uns alles fordern, was es von seinen Kindern zu fordern berechtigt ist; willig werden wir ihm alles opfern — nur Glauben und Treue, Ehrlichkeit und Eifer nicht; denn Deutschland, Seinen und Deutschlands Weisheit haben und nicht geteilt, daß man durch solche Opfer ein Deutscher wäre.“

Beidseitig erhebt man hier einen Ueberblick über die eben so traurige wie unfähige Dummheit der auf die deutschen Juden begünstigen Ausnahmengesetzgebung, die Verweis im Namen der Aufführung und der Vernunft in Schutz nehmen zu wollen schien. Man vernahm, daß J. B. in Frankfurt a. M. die Juden zu jeder Art Privatität, auch zur Moosatur, befugt waren, aber daß das Gezeite nur fünfzehn Boaren jährlich erlaubt war. Zur Ausübung des ärztlichen Berufes stand den Juden in ganz Deutschland kein Hindernis im Wege. Aber in mehreren deutschen Staaten durften sie nicht Schneider oder Schuster, nicht Hausbesitzer oder Nachtmacher sein. Der Geschäftswort war ihnen, weil nicht nötig, überall gestattet. Ungen von vielen Zweigen des jüdischen Kleinhandels waren sie an manchen Orten ausgeschlossen.

„Ja nun“, fragte Krieger mit berechtigtem Spott, „um Schneider- und Schusterhandwerk eine höhere Aufführung erforderlich als zur ausübenden Kunsthand, zum Detailhandel als zum Großhandel? Fordert in Frankfurt a. M. das Gezeite eine besondere Aufführung? . . . Es bedarf nur eines klüglichen Blickes auf diese Seite der Sache, um sich zu überzeugen, daß es ein sinnloses Beginnen ist, Gelehrte, die der Homöopathie geschienen, die der Zunftordnung auftritt regelt, im Namen der Aufführung, daß Wert der Jüdischheit im Namen der Vernunft in Anspruch nehmen zu wollen.“

Inzwischen begann in mehreren deutschen Staaten, in Baden, Bayern, Hannover, Kurfürsten der parlamentarische Kampf um die Emanzipation. Nicht nur, daß Krieger mächtig dazu beigetragen hatte, ihn anzuregen; er delegierte ihn während seines ganzen Verlaufs mit seinem weichen schallenden Wort, gehoben durch einen glänzenden Erfolg, wie er 1832 in Kurfürsten boosgetragen wurde, nicht entmutigt durch das vorläufige Scheitern anfangs gediehener Hoffnungen an anderen Stellen. Er grünte eine eigene Zeitschrift „Der Jude“, die einzig dieser Sache gewidmet war. Er besaß in ihr seine tief eindringenden Betrachtungen auch auf die Lage der Juden in Preußen aus, wo das Emanzipationsedikt von 1812 nur für die sogenannten alten Provinzen gültig und noch dazu durch die Verewaltung in einzelnen Punkten längst untergraben war. Er zeigte die felsenste Begabung, ein und denselben Gegenstand, ohne zu ermüden, immer aufs neue zu beleuchten und wußte allmählich auf die öffentliche Meinung immer stärkeren Eindruck zu machen.

Wie hätte er nicht auch in seiner Vaterstadt Hamburg in der ersten Reihe stehen sollen, als die dortigen Juden bei dem Sachverhalt und Hochweisen Rat oochlig wurden. Befrieden genug waren ihre nächsten Wünsche: nicht auf

vollige Gleichstellung, nur auf Zulassung zu den Handwerken und zur Advokatur gerichtet. Auch diese blieben unerfüllt. Ein Pöbelskandal, gegen den die Polizei den Juden nicht einmal genügenden Schutz gewährte, brachte die Anfänge der Reformarbeit ins Sioden. Gabriel Nasser, der sich persönlich aussetzte, war schon zu hoch geachtet, als daß man gewagt hätte, sich lässlich an ihn zu vergreifen. Aber Genußgung konnte er mehr für sich noch für seine beliedigten Glaubensgenossen erlangen. Da entschloß er sich, durch Verlassen des heimischen Bodens „ein Beispiel zu geben“. Er bewog die Seinigen, sein Los zu teilen, und verzichtete auf eine Stellung in der Redaktion der „Hamburger Abendzeitung“, die er bis dahin inne gehabt hatte. Nach einer erhabenen Abschiedsfeier reiste er im Frühling 1836 ab. Seine alte Mutter, sein jüngerer Bruder Rafael, erst seit kurzem verheiratet, eine Schwester folgten ihm nach Bodenheim. Dort besaß man sich auf lutherschem Gebiet, wo er nur Bürger zu werden brauchte, um in voller Freiheit seinen Beruf zu wählen, vor den Toren Frankfurt, das ihm durch verwandtschaftliche und freundschaftliche Beziehungen längst schon vertraut geworden war.

Die nächste Zeit verging mit eifriger Studien und in anregendem geselligen Verkehr. In der Nähe und auf Reisen knüpfte er mannigfache Verbindungen an. Mit der Feder blieb er dem großen Gegenstand seines Dichtens und Trachtens treu. Durch die Vorbereitung seiner „Jüdischen Briefe“ gewann er ihm eine neue Seite ab. Damals zuerst war das später so oft widerhörtliche Stichwort ausgegeben, die jenseitige Kraft der modernen Literatur, vor allem der unter dem Namen des „Jungen Deutschland“ gedachten, sei auf Rechnung des jüdischen Seiles zu legen. In scharfen Angriffen gegen Gutzkow, Heine und Wolfgang Menzel wies Nasser diese haltlose Behauptung zurück. Da traf ihn eine neue, tiefe Enttäuschung. Die luthersche Regierung, die seine juristische Kenntnisse zur Führung von Prozessen für den Staatsanwaltschaft in Altona nahm, ganz im Gegensatz der Reaktion, weigerte ihm ohne Angabe von Gründen die Verleihung des Bürgerrechtes. Er dachte vorübergehend an Auswanderung nach England. Als aber 1840 in Hamburg ein Gesetz zustande kam, wonach dort künftig immer ein bis zwei jüdische Ratsräte zugelassen werden sollten, als er auf seine Werbung hin gewählt ward, änderte er nach schwerem inneren Kampfe nicht länger, in die alte Heimat zurückzukehren.

Die strenge Gemessenheit, mit der er sich als Ratsrat seinem Beruf widmete, ließ ihm doch dräuß Ruhe und Kraft, zu jeder Frage, die mit deutsch-jüdischen Angelegenheiten zusammenhing, Stellung zu nehmen. Aber auch gemeinnützige Bestrebungen jeder Art in der Nähe und Ferne fanden seine tätige Teilnahme. Schon ließen sich die Vorboten eines neuen großen politischen Umsturzes bemerken. Nasser gehörte zu denen, die sich in Wort und Schrift inmitten der wachsenden Erregung der Mitter vernehmen ließen. Wenn es galt, Schleswig-Holsteins Recht, Pressefreiheit gegen Zensur zu verteidigen, fand er seinen Mann. So kam das Sturmjahr 1848. Es versetzte ihn auf die Bühne des öffentlichen Lebens und wies ihm hier einen Ehrenplatz an.

Einst hatte er das Bekenntnis abgelegt:

„Wisset man mir mit der einen Hand die Emancipation, auf die alle meine innigen Wünsche gerichtet sind, mit der anderen die Vernichtung des jüdischen Traumes, den der politische Einzelne Deutschlands, mit seiner politischen Freiheit verknüpft, in nicht eine Gedanken letzter wollen: denn ich habe die tiefste Überzeugung, daß in ihr auch jene enthalten ist.“

Ein Mann dieser Denkart durfte im Vorparlament und im Parlament nicht fehlen. In der Paulskirche saß er als Vertreter Lüdensburgs; von Anfang an ein überzeugter Anhänger des Programmes der Umwandlung des deutschen Bundes in ein deutsches Reich unter Vorkerrschaft Preußens.

Seine Schriften hatten durchweg ein rhetorisches Gepräge gezeigt. Doch er selbst unterstützte von einem mächtigen Organ, ausdrucksvollem Mienenspiel und lebhaftem Gestikulation, eine rhetorische Kraft höchsten Ranges sei, erfuhr man zum erstenmal bei Beratung der Grundrechte. Im glänzenden Improvisation wies er den Antrag Moriz Wölke zurück, den Juden zwar die aktiven und passiven Wahlrechte zu gewähren, ihnen aber nicht die Stimmkraft, als für einen eigenen „Volksstamm“ Ausnahmestellung zu geben. Bald ward er eine der hervorsteckendsten Erscheinungen der Versammlung: Mitglied des Verfassungsausschusses, einer seiner Berichterstatter, ja sogar zeitweilig zweiter Vizepräsident der Erwahlten des deutschen Volkes. Den Höhepunkt erreichte sein parlamentarischer Ruhm am 21. März 1849. Er hielt damals die Schlussrede zur Verteidigung des Widerstands Antrags, die Reichsverfassung in einer einzigen Abstimmung anzunehmen und dem König von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen. Gemann der Antrag auch nicht die Mehrheit, so waren Freund und Feind doch darüber einig: eine solche Verhinderung von patriotischem Eifer und demokratischer Eifer, eine solche Vernichtung von Stoff und Form wie in dieser mehrkündigen Rede Nassers war selbst in der Rotunde der Paulskirche die so viele Meister des Wortes umschloß, einzig in ihrer Art.

Wenig später wurde, dank der Verhängung mit einem Teil der Linken, der von Nasser ersehnte parlamentarische Sieg erfochten. Er gehörte seiner Deputation der Dreizehntel, die die Kaiserthronkrone zu überbringen. Er reiste mit ihnen, schwer erkrankt, nach Frankfurt zurück. Hier hielt er, den Schicksal seiner weiteren Hoffnungen vor Augen, als einer der letzten seiner Partei aus. Man sah ihn wieder inmitten seiner politischen Freunde, die sich um Gutzkow, Mathy, Dahmann, Simon scharten, bei der Versammlung in Gotha. Man erwiderte ihm als einen der Abgeordneten Hamburgs im Reichshaus des Unionsparlamentes zu Erfurt. Aber die Reaktion in Preußen und in Gesamtdeutschland machte den letzten Rest der Selbsttäuschungen seiner Partei zumächte.

Nasser war tief gebeugt. Auch da, wo er noch mit kammenden Worten der Entrüstung in der Presse das Recht wider die Gewalt verteidigt hatte, in Kirchen und in Schleswig-Holstein, sah er diese trümpfieren. Nun blieb nichts übrig, als die Sorge für so viele Verfolgte und Verarmte zu betätigen. Nasser predigte, wie gewohnt, mit vollen Händen. Seine Mittel erlaubten ihm in den nächsten Jahren ein sorgenfreies Leben, erstlichende Wanderfahrten, selbst eine Reise in die Vereinigten Staaten, wo er mächtige Eindrücke empfing, die er in einem geistreichen Aufsatz schilderte. Auf eine bessere Zukunft Deutschlands begann er mit so vielen Genußgenossen erst nach dem Anbruch der neuen Ära in Preußen zu hoffen. Er trat dem Nationalverein bei, ward 1859 in seinen Ausfluß gewählt, stellte ihm seine Feder zur Verfügung. Indessen von siegesgewisser Begeisterung war er weit entfernt, auch nahm er 1860 eine Neuwahl in den Ausfluß nicht an. Die Früchte der Saat zu sehen, die der Nationalverein auszusäen sich bemühte, blieb ihm verlag.

Dagegen ward ihm die hohe Genußnutzung zuteil, auf seinem ursprünglichen Kampffeld einen der schönsten Siege davonzutragen. In Ausführung der deutschen Grundrechte war die bürgerliche Gleichstellung der Juden in Hamburg Gesetz geworden. Sie blieb dort auch gegen die vom wiederhergestellten Bundestag ergriffene Reaktion gestellt. Hamburger Bürger, vereint und beliebt in allen Kreisen, würdigster Führer bei der Schlußfeier 1859, nahm Nasser auch an den daterständlichen Verfassungskämpfen lebhaften Anteil, wurde sogar zum Vizepräsidenten der neuen „Bürgerchaft“ und zum Mitglied des Bürgerausschusses ernannt. Aber dies war noch nicht die höchste Stufe, die er erklamm.

Seitdem er aus Gesundheitsrücksichten sein Notariat aufgegeben, war es der Wunsch aller, die seinen Wert zu schätzen wußten, seine reichen Kenntnisse im Dienst der Rechtspflege des Gemeinwesens verwandt zu sehen. Mehrmals ward, als er sich um Beförderung zu Richterstellen handelte, sein Name genannt. Endlich im Oktober 1860 wurde er zum Mitglied des Obergerichtes gewählt. Im Jahr vorher hatte einer seiner treuesten Freunde ein anderes hohes Ziel erreicht: als Jude der erste ordentliche Professor in Deutschland zu werden. Nun drach Gabriel Kieffer als erster jüdischer Richter in Deutschland eine neue Wertschätzung. Noch kürzlich hatte er in einem meisterhaft geschriebenen Artikel der „Preussischen Jahrbücher“ gegenüber dem preussischen Justizminister die Befähigung der Juden zur Bekleidung des Richteramtes verteidigt. Sein eigenes Beispiel bot den denkbar besten Beleg für seine Worte. Auch ließ ihm die Freude an der Erfüllung der beehrten Pflichten und die Anerkennung der würdigen Kollegen die Niederlage verschmerzen, die er 1862 bei der baldschichtigen Erneuerung der gewählten „Bürgerchaft“ erlitt.

Indessen, es war ihm nicht lange vergönnt, seines Richteramtes zu walten. Altkrankheits Beschwerden hatten dem turbulenten Mann schon qualvolle Tage und Nächte bereitet, als sich im April 1863 ein Karbunkel an der rechten Wange entwickelte. Die Kunst des Arztes, die freundschaftlichste Pflege, die sich in seinem elenden Junggesellenheim seiner annahm, konnten keine Rettung bringen. Am 22. April entfiel er nach handstark ertragenen Schmerzen. Ein Reizbegangnis wie das seinige hatte Hamburg selten gesehen. Jeder schätzte, daß hier ein Mann seine Laufbahn beendet, dessen Charakter und Begabung in schönstem Gleichgewicht geklungen, dessen Denken und Streben die glückliche Einheit gebildet. Seinen deutschen Glaubensgenossen aber hat er als Vermächtnis hinterlassen, was er 1838 in seinen berechneten Worten über Leßing's Denkmahl zu ihnen gesprochen hat: „Wir müssen schweigen an dem Gedanken, daß wir, wenn auch ein schwaches Häuflein, doch an der uns angewiesenen Stelle mutig auszuhalten für die Sache der Humanität, daß wir, nicht im Interesse bestimmter Völkerstämme, sondern in dem der Wahrheit, d. h. des reinen Siedens nach ihr, eine: fortwährenden Widerspruch erheben gegen die Fälschung der Wahrheit, gegen den Dienst der Lüge, die . . . in der Annäherung bürgerlicher Vortelle an ein Glaubensbekenntnis liegen.“

Rüch.

Alfred Stern.

Im Anschluß an dieses schöne Gedenkblatt sei hier noch an folgende Aussprüche Kieffers erinnert:

Gabriel Kieffer:

„Dies ist das Land, in welchem ich geboren, aufgewachsen und erpogen bin, dem ich meine Bildung verdanke, an dessen großen Männern, an deren Taten ich meine eigenen Ideale gebildet habe. Der Gemeinwohl der Nation, die dieses Land bewohnt, habe ich mich von ganzem Herzen und mit ganzer Seele angeschlossen.“

Hierauf antwortete ein orthodoxer Christ:

Ist er Geistlicher:

Wehr von einem heiligen Anstöße eines Juden an das deutsche Volk die Rede sein kann, müßte der Jude zuvor seinen Glauben ablegen.

Die Antwort, die Kieffer hierauf erstellte, lautete wie folgt:

Man möge mir zeigen, wann und wo die deutsche Nation je verlangt habe, daß, um sich ihr anschließen zu dürfen, man zuvor Treu und Glauben breche, den Glauben seiner Väter abschweren müsse. Niemals hat das deutsche Volk ein so empörendes Verlangen gestellt und wer dies tue, habe nicht das Recht, im Namen eines Volkes zu reden, von dem, der allen anderen Völkern, Treu und Glauben stets hoch und heilig gehalten worden sei —

Der Fall Hirschel.

Von ihrem Korrespondenten in dieser Sache wird der „Frankf. Zig.“ folgendes mitgeteilt:

Dem „Wiener Anzeiger“ ist eine Notiz zugegangen, nach der am letzten Montag in Jungen eine Sitzung des Geschäftsstellensvorsitzenden stattgefunden habe, in der das Vorgehen des Stellens als mißbilligt, Hirschel dagegen ein Vertrauensvotum erteilt worden sei. Untererschlagungen habe sich Hirschel nicht zu Schulden kommen lassen, er sei vielmehr öfters das Opfer seiner Gutmütigkeit gewesen und umgangen worden. Daß die Notiz richtig referiert, wird nicht bezweifelt. Ihr Inhalt stimmt sogar genau mit der in Nr. 85 der „Frankf. Zig.“ gemachten Äußerung über die Vertuschungsversuche der Hirschelschen Freunde überein. Ueber den Charakter der Vorkommnisse war bei deren Entscheidung der Vorstand einer Ansicht, die sich mit dem Gegenteil eines Vertrauensvotums einzig und allein vertragen hätte. Das kann nicht laut genug betont, nicht scharf genug der Jünger Tagung entgegengehalten werden! Ein Vorstandsmittelglied, beides Urteil man nur indirekt erfahren hat, soll dabei versorglich ausgenommen sein. Wenn gesagt wird, daß auch der Aufsichtsrat sich einstimmig für die Schuldslosigkeit Hirschels ausgesprochen hätte, so wird das nicht gelautet. Es muß angenommen werden, daß er nicht richtig unterrichtet ist. Es kann auch deshalb nicht gelautet werden, weil der 1. Vorsitzende des Aufsichtsrats mit Schlenke zusammen einer Meinung über den Charakter der Geschehnisse war.

Die Nachricht, daß das Vorgehen des Stellens als mißbilligt wurde, hat nichts Neues in sich: schon in meinem ersten Bericht wurde gesagt, daß Schlenke erst dann vorgeing, nachdem er sich überzeugt hatte, daß gegen Hirschel nichts getan werden sollte. Schon vor länger als einem Jahr äußerte Schlenke einigen wenigen Bekannten gegenüber, daß Hirschel in seiner Geschäftsführung nicht nur fortgesetzt dobenlos laßtmäßig, sondern ihm auch verächtlich wäre. Immer an der Hand einzelner bestimmter Fälle! Dann kamen später Beschwerden über die Unordnung Hirschels in seiner Bureauverwaltung; auch darüber, daß Geschäftsbriefe, besonders solche, die einem für Hirschel unangenehmen Inhalt hatten (wie sich durch Einfordern von Kopien herausstellte), spurlos verschwanden. Oft ersuhr Schlenke erst durch eine Erinnerung des Briefschreibers, daß der und der ihm nicht zu Gesicht gekommene Brief eingelaufen sei usw. Der Beisatz und die Unordnung wurden so groß, daß Schlenke in der Aufsichtsratsitzung von 1905 in Gegenwart Hirschels diese rügte und geltend, eine geregelte Geschäftsführung sei unter diesen Umständen nicht möglich, er könne eine Verantwortung nachdrager nicht mehr übernehmen usw.

Auf ein solches kann und soll hier nicht eingegangen werden. Nur soviel sei konstatiert, daß Schlenke den Vorstand und Aufsichtsrat pflichtgemäß und geradezu aus Angst vor Hirschels Gedaren aufmerksam gemacht und gewarnt hat — und dies noch, daß er ohne jede ernste Untersuchung blieb.

Dies alles aber wäre nur Not vielleicht noch zu ertragen gewesen, wenn nicht als ausschlaggebender Faktor die Tatsache hinzugekommen wäre, daß Schlenke mit der Zeit auch dem kleinsten Rest von Vertrauen in die Ehrlichkeit Hirschels verloren hatte. Und hierin liegt auch ein Teil des Grundes, daß die Anzeige gegen Hirschel erfolgte: Es wurde Schlenke unmöglich, mit Hirschel weiter zusammenzuarbeiten — namentlich, nachdem der von anderer Seite entbiete, für die Verfertigten Jommestadt letzte Jahr als Tagelöhner gekommen war, Schlenke aber zugemutet wurde, mit Hirschel weiter zu arbeiten. Es blieb also nichts übrig, als auszutreten: Schlenke kündigte auf 1. Mai 1906. Ohne Anzeige konnte aber der Austritt nicht erfolgen,

da von „Unterschlagungen“ in der Genossenschaft bereits Gerüchte liefen, Schlenke also die Gemüthsheit hatte, daß ohne Klärung sein reiner Name mit dem Schmutz verquickt worden wäre. Hinterher wäre mit Fingern auf ihn gebauet worden: „Wenn der ein reines Gewissen hätte, hätte er sich so stillschweigend nicht gedrückt. Warum tritt gerade er aus?“ ufm. Die Anzeige, die mit dem Wort: „Denunciation“ von manchen als nicht einwandfrei verächtlich gemacht werden soll, war also aus gerechter Nothwehr und ehrenvoller erfolgt. Und wenn die „Hess. Volkswehr“ sich nicht entblödet, ihren Lesern sogar vorzugeben, daß es sich um eine aus „Rachsucht“ distillierte Denunciation handele, so muß dies als eine ungeheuerlich drittelte Entstellung, wenn auch hier, wo man milde Umstände von je zudilligen muß, ohne Entstellung — zurückgewiesen werden. Daß aber dem Vorstand der Weg, den Schlenke gehen mußte, die Veranlassung schien, dem Wackelstein eine Mißbilligung, dem Sänder dagegen ein Vertrauensvotum zu erteilen — dies ist eher der Entstellung wert.

Am Mittwoch fand eine Ausschüßersitzung statt, in der Hirschel auf Nachsuchen daraufwies wurde und Schlenke auf Anheimgeden des Ausschüßers gegen seine Verurteilung bis zum Tage seines Aufstehens (1. Mai l. Js.) nichts einbrachte. Die Vorstandsmitglieder Hirschel, Freudt und Philipp wurden beauftragt, die Vorstandsgeschäfte zu übernehmen. An diese ist auch bereits Geschäftsführung und Kasse abgegeben worden.

Der Islam und die Juden.

Abdullah Quisiam Bey, der Scheik-ul-Islam auf den britischen Inseln hat vor kurzem in London einen interessanten Vortrag über die Juden unter der Herrschaft des Islam gehalten.

Nachdem der Scheik die prinzipielle Stellung des Islam zu den Juden betont und einen geschichtlichen Rückblick bis in die Anfänge des Islam und auf die glänzende Stellung der Juden in Spanien unter maurischer Herrschaft gegeben, kam er auf die neuere Zeit zu sprechen.

Während der Regierung des Vaters des jetzigen Sultans hatte in Rußland eine Judenverfolgung stattgefunden — und wann, warf der Redner daraufhin, hat es in Rußland nicht Judenverfolgungen gegeben? —, da mußten die Juden fliehen und sie fanden Zuflucht in der Türkei. Um jene Zeit floßen fünfzehnhundert Juden über die Donau, wurden auf türkischen Boden aufgenommen und aus der Privatschule des Sultans entlassen. Der Zar verlangte die Auslieferung der Juden, der Sultan jedoch erwiderte: Nein! Sie haben meine Gastfreundschaft gesucht, und ich wäre kein Waisemann, wenn ich auch nur einen ausliefern, der einmal meinen Schutz nachgesucht hat. Die Nachkommen dieser Leute leben zum großen Teil noch in der Türkei; ein Teil hat sich in Rumänien angesiedelt.

So lange dieses eine türkische Provinz war, genossen die Juden Freiheit und Sicherheit, waren sie glücklich und erfreuten sich eines schönen Wohlstandes. Ein Nachkomme dieser jüdischen Emigranten trat zum Islam über und erwarb einen historischen Namen als Omar Pascha. Im Krimkrieg trieb dieser General die Russen aus der Dobrudscha zurück in ihre Heimat. Ein anderer Nachkomme jener Flüchtlinge, der auch Omar Pascha heißt, ist Jude geblieben und war einer der Leibärzte des jetzigen Sultans. Der Vortragende kannte ihn persönlich.

Durch den Berliner Vertrag ist Rumänien unabhängig gemacht worden. Die Lage der Juden ist in dem autonomen Rumänien eine ganz andere als sie unter türkischer Herrschaft war. Redner glaubt, daß, wenn die Juden in Rumänien abstimmen könnten, nicht einer von ihnen wäre, der nicht für die Wiedereinsetzung der Herrschaft des Sultans stimmen

würde. Auch in Bulgarien ist die Lage der Juden keine beneidenswerthe. In Griechenland gibt es nur wenige Juden; sie haben dort kein angenehmes Los. Man braucht dagegen nur türkische Juden zu fragen, und man wird finden, daß sie sich nicht über ihre Behandlung zu beklagen haben.

Nach seiner Ansicht, fuhr der Redner fort, hätte eine bedeutende Anzahl Juden, die nach der Türkei auswandern wollten, dort eine glückliche Zukunft. Er sagte nicht, daß, wenn Scharen armer Juden nach der Türkei auswanderten, sie dort ein Land finden würden, in dem Milch und Honig fließt, aber es gebe Gebiete im osmanischen Reiche, die sich besonders für Juden als Zufluchtsstätten eigneten, die das Unglück haben, in Rußland zu wohnen. Wenn der sechste Teil von dem, was in Rußland geschehen ist, in der Türkei geschehen wäre, dann würden Flotten und Armeen ausgesandt worden sein, dann gäbe es einen allgemeinen Aufschrei und die Einmischung hörte gar nicht auf. Es ist aber in dem christlichen Europa gescheit, sei es etwas ganz anderes. Es sei eine Schande für die Bekenner des Christentums, daß sie ruhig Zehntende von Juden abschlagen ließen, ohne Einspruch zu erheben, während sie gleichzeitig die Gelegenheit ergreifen, um die „ruchlose“ türkische Herrschaft zu beschimpfen, wenn sie übertriebene Forderungen gestellt.

Wenn russische Juden, die doch aus Rußland hinausgebracht werden müssen, dann vorangegangenen Abmachungen zwischen ihren Führern und den türkischen Behörden nach der Türkei auswanderten, würden sie ein vortheilhaftes Feld für ihre Energie und für ihre Fähigkeiten finden. Man könnte einwenden, daß die Juden keine Ackerbauern seien. Er wisse aber nicht, daß dies so ganz wahr sei.

Man scheint, sagte der Scheik, vergessen zu haben, wie es gekommen ist, daß die Juden Handelsleute geworden sind. Wenn man nur Geschichte lesen und selbst etwas nachdenken würde, dann würde man schon finden, daß es die Macht der Verhältnisse war, die die Juden gezwungen hat, sich dem Handel zuzuwenden. Und es ist nicht falsch, daß diese jetzt den Juden von denen zum Vorwurf gemacht wird, die in früheren Zeiten ihnen das Bürgerrecht, das Recht, Grund und Boden zu erwerben und ein Handwerk zu betreiben, vorzuziehen haben. So waren die Juden geradezu gezwungen, Handel zu treiben. Er sei überzeugt, daß bei der Anpassungsfähigkeit der Juden diese, sobald ihnen die Gelegenheit gegeben wird, ebenso erfolgreiche Landwirte werden würden wie ihre christlichen oder mohamedanischen Nachbarn.

Der Redner kam nochmals auf die Einwanderungsfrage zurück, empfahl dringend die Türkei, wo die Juden Sicherheit und Wohlstand erlangen und den Reichtum des Landes vermehren würden und versprach, alles was in seinen Kräften stehe, tun zu wollen, um den Juden beifällig zu sein.

Scheik Abdullah Quisiam Bey hat allerdings die Lage der Juden unter der Herrschaft des Islam gar zu rosig gemalt. In Persien, Marokko, Tunis geht es den Juden nichts weniger als gut. Ja, ihre Lage dort ist entsetzlich. Aber der Scheik kann und wird erwidern, daß die Juden in diesen Ländern ihre Behandlung nicht dem Islam, sondern der Rücksichtlichkeit der betreffenden Länder zur Last legen sollten. So wenig wie das Christentum für alles verantwortlich gemacht werden darf, was Christen tun, darf der Islam für alles verantwortlich gemacht werden, was Mohamedaner tun, und dürfte auch, was mit besonderer Vorliebe geschieht, das Judentum nicht verantwortlich gemacht werden für das was einzelne Juden tun.

Aber es ist doch interessant, daß mohamedanische Priester toleranter und rücksichtsvoller den Juden gegenüber sich äußern, als viele christliche Geistliche in Deutschland. Klauß beispielsweise Herr Stöcker mit seinem Christentum vor gebildeten Menschen besser abzumessen als der türkische Priester mit seinem Islam? Und doch beansprucht der

Jesam nicht wie das Christentum die Religion der Liebe zu sein, besteht die Jesam nicht, sogar die Feinde zu lieben usw. Oder sollte gar der Doktor der Theologie und ehemalige Hofprediger, der fortwährend das Christentum interpretieren? Wenn der Schriftst.-ul-Jesam deutsche Antisemiten hörte, sonst aber nichts vom Christentum und dem deutschen Volk wüßte, müßte er nicht glauben, das Christentum stehe weit hinter dem Jesam zurück, oder wenn er klug genug ist, die Religion nicht verantwortlich zu machen für das Treiben ihrer Bekenner, müßte er nicht die Deutschen für ein rückständiges Volk, wie etwa die Perser, Tunesier usw. halten?

Aus dem antisemitischen Lager.

Aus dem Herrenhause. Man weiß, wie fleißig die Antisemiten in Berlin den Professor Reisser behandelt haben. Die Stettiner Botsche haben dem Gelehrten bereits eine glänzende Genugtuung gegeben. Aber noch intensiver und in gewisser Hinsicht planloser ist die ihm im Herrenhause gegebene Genugtuung. In einer Debatte über die antiparlamentarischen Petitionen erklärte Graf v. Oppersdorf es für eine Anstandslosigkeit, daß jeder gegen die Verunglimpfungen des Geheimrats Professor Reisser öffentlich auftritt, denn es sei eine blanke Unwahrheit, daß der Professor Sophistic auf Gefunden übertragen habe. Und Professor v. Bergmann fertigte dem bekannten Antisemitenhüpfel, Professor Paul Förster ab. Ihn bedrückten solche Angriffe nicht, wie sie von Professor Förster ausgehen. Dieser sei nicht etwa Universitätsprofessor, auch kein Mediziner, er sei nur einer von den vielen Titularprofessoren. Herr Professor Förster, der in alles seine Nase steckt und sich in alles mischt, hat diese Abzanzelung redlich verdient.

Verteidiger der Aristokratie. Die brauen Antisemiten begnügen sich schon lange nicht mehr damit, die Juden zu bekämpfen, sie haben schon längere Zeit ihr größeres Herz entdeckt und kämpfen für den Mittelstand. Aber auch damit nicht genug, wollen sie jetzt auch für die Aristokratie kämpfen, ob diese es will oder nicht. Der nächste Reichstagsabg. Bruhn behauptete in einer Versammlung des Antisemitenbundes neulich, die Adelsverleumdungen an jüdische Großkapitalisten hätten großes Aufsehen erregt. Die Zuführung jüdischen Bluts sei für den Wert des deutschen Adels im höchsten Grade bedenklich. Wenn der alte Adel nicht den Mut besäße, der Schaffung derartiger neuer Stammesgenossen entgegenzutreten, so müßten sich Wänner des Volkes finden, die den Mut haben, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Wahrscheinlich wird Herr Bruhn einen Bund zum Schutze des Adels begründen.

Das „Deutsche Blatt“. Das offizielle Organ der Liebermann von Sonnenberg'schen Gruppe, gehört zu denjenigen hartgesottenen antisemitischen Verleumdern, die, unbekümmert um jede zweifelsfreie Rechtfertigung, ihre lägerlichen Behauptungen immer wieder in Kurs zu setzen suchen nach dem Rezept: calumniare audacter, semper aliquid haeret. In der letzten Nummer wird in einem langen Artikel, betitelt „Liberaler Koschellen“, ein besonders gefäßiger Angriff gegen die freisinnige Vereinigung gerichtet, weil das „Deutsche Reichsblatt“ einige taktlose Bemerkungen über den deutschen Richterstand gebracht hat. Das „Deutsche Reichsblatt“ wird, weil das dem Artikelreiber so in den Arm paßt, fälschlich zum „offiziellen Organ“ der Freis. Vereinigung gestempelt. Wie indeß die „Ab. Korresp.“ schon wiederholt festgestellt hat, steht die Freis. Vereinigung mit dem „Deutschen Reichsblatt“ schon seit Jahren in keinerlei

Beziehungen mehr; für den Inhalt des Blattes kann daher die genannte Partei in keiner Weise verantwortlich gemacht werden. Daß der Artikelreiber des antisemitischen Blattes die Behauptung nicht um jeden Glauben aufgestellt haben kann, geht aus daraus hervor, daß er in demselben Artikel den Deutschen Landgerichtsrat Blumenberg als Juden, bemo. jüdischer Abstammung bezeichnet und daran die üblichen antisemitischen Glosse knüpft. Es ist bei der Aufmerksamkeit, die gerade das „Deutsche Blatt“ dem Inhalt der „Mittel.“ widmet, ganz ausgeschlossen, daß dem Blatt der Leitartikel in Nr. 5 der „Mittel.“ entgangen sein kann, in dem die von gut unterrichteter Seite herüberkommene Mitteilung enthalten war, daß Herr Blumenberg ein Arrier von reinem Böhmer ist und daß er, um eine bei seinem Namen nachliegende Verleumdung zu bekämpfen, sich stets höchst demonstrativ als christlicher und antisemitischer Blumenberg bezeichnet. Ob das Antisemitenblatt in beiden Fällen wohl jetzt seine unrichtigen Behauptungen zurücknehmen wird?

Von dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Zur Charakteristik des nach der Behauptung seiner Verbandsleitung und seines Verbandsorgans gänzlich parteilosen Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes möge folgender Vereinsbericht der „Staatsbürger.“ hier Platz finden:

„Im Verlaufe der Sitzung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes sprach Schriftführer R. Böhring über „Aktuelle Tagesfragen der letzten Politik“. Der Redner beachtete eingehend die immer frecher ihr Haupt erhebende sozialdemokratische Gefahr, die für den 18. März geplanten Spektakel, den Volk Reisser, die Redebeitragung an jüdische Millionäre und andere wenig erhellende Vorkommnisse. Ferner wies der Redner auf das Herumwühlen der Sensationen- und Klatschpresse im Gemischkäse, die sich nach der Art des „Berl. Tagebl.“ sogar bis zu Schändlichkeiten, wie an die Wende dieses Jahrhunderts erinnert waren. Wie diese Korruptionen sich beziehend für den Geist der Vereinstreueben neuen aber keineswegs besseren Zeit, in der es noch manchmal heißen Knebel stehen wird, che der gesunde deutsche Geist jenen fremden Abgott gestreut hat, der uns zu erlösen droht. (Lobholler Beifall.) In der sich anschließenden freien Aussprache, an der sich die Herren Bartel, Sachse, Wülfel u. a. beteiligten, wurde besonders die Redebeitragung an jüdische Großkapitalisten eingehend besprochen.“

Was das alles mit den beruflichen Interessen einer Handlungsgehilfen-Organisation zu tun hat, ist das Geheimnis der Verbandsleitung.

Wohi bei seinem Verfallungsleiter sind Anträge und Reden von Mitgliedern anderer, speziell gegnerischer Vereine bezieht, die die Führung der Verfallungsgehilfen erschweren; im Kongressorgan heißen solche Reden „Ruduckier“. Eine besonders fein ausgeklügelte Methode hierfür hat der Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband in dem Handbuch für seine Vertrauensmänner aufgestellt. Dabei muß es, wie wir dem „Berliner Handlungsgehilfen“ entnehmen, sonderbar berühren, daß der Reichstagsabg.ordnete Schöda, seines Zeichens Vorkämpfer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, auf eine sozialdemokratische Anfrage entgegnete: „Beziehungen: wie die, antisemitische Handlungsgehilfen seien als Sprengstoffkationen organisiert... haben mit Wahrheit nichts gemein.“

Demgegenüber teilt das genannte Handlungsgehilfenblatt folgendes aus dem Handbuch für die Vertrauensmänner des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes mit:

„In sozialdemokratischen Vereinskommunen sollten Deutschnationalen Handlungsgehilfen niemals fehlen. Bei Eröffnung der Versammlung beantrage man Bureauwahl, reide den Antrag schriftlich ein und halte daran fest, wenn man die Mehrheit hinter sich hat, und erzwingt unbedingt eine Abstimmung. Dann lasse man drei Deutschnationalen Handlungsgehilfen (einen Vorkämpfer, einen Schriftführer, einen Beisitzer) ins Bureau wählen. Der Vorkämpfer eröffnet alsdann die Versammlung mit einem Hoch auf den Kaiser und Bundesfürsten und erteilt dem „Referenten“ das Wort.

bleibt dieser nicht bei seinem Thema, ruft man ihn „zur Sache“. Es ist ein beliebtes Mittel der Sozialdemokraten, in Handlungsgehilfenvereinen die Tätigkeit der antisemitischen Parteien und ihrer Abgeordneten zu kritisieren, das ist ganz unzulässig. In der freien Aussprache, wenn sich Deutsch-nationale Handlungsgehilfen zum Wort melden, haben diese darauf zu achten, daß wir, abgesehen von der Frauenordnung und dem Behringwesen, in unseren abgelaufenen wirtschaftlichen Forderungen mit denen der Sozialdemokratie ziemlich übereinstimmen usw. Auf Seite 88 heißt es ferner vom Leipziger Verband: „Der Leipziger Verband gibt 10 Minuten Redezeit. Es ist also dafür zu sorgen, daß sich möglichst viele Redner (auf einen Zettel hintereinander geschrieben) zum Worte melden, damit der Vorsitzende keine Freunde (?) als Redner einschleichen kann. Wo es möglich ist, kann man auch durch Anträge zur Geschäftsordnung eine längere Redezeit als 10 Minuten erzwingen.“

Auf welcher Seite also die Behauptungen liegen, die mit „Wahrheit nichts gemein“ haben, dürfte hieraus deutlich hervorgehen.

Vermischtes.

Ein neuer Kurs in der Justizverwaltung? Man macht die „Fr. D. Pr.“ darauf aufmerksam, daß zwei Landgerichtsräte in Köln, die noch jetzt der jüdischen Konfession angehören und darum trotz ihrer anerkannten Tüchtigkeit bei der Beförderung bisher übergangen worden waren, jetzt zu Oberlandesgerichtsräten ernannt worden sind. Es sind das die Herren Bieringhoff und Dr. Rothschilb, von denen der erstere Oberlandesgerichtsrat in Köln, der andere in Hamm geworden ist. Sollte diese Ernennung ein Anzeichen dafür sein, daß der neue Herr im Justizministerium die verfassungsmäßige Gleichberechtigung aller Konfessionen nun endlich im Justizdienst praktisch zur Durchführung bringen will, so wäre das aus das Freudigste zu begrüßen.

Der Statthalter von Triest Prinz Hohenlohe über die konfessionelle Gleichberechtigung. Man schreibt der „Fr. D. Pr.“ aus Triest: Freitag den 23. v. M. erließen der Statthalter Prinz Konrad zu Hohenlohe in der Wohnung des großen Odeonrathen v. S. Melli und überreichte ihm persönlich den Franz Josephs-Orden. In seiner schwungvollen italienischen Ansprache betonte der Statthalter, es freue ihn, den Wunsch seines lieben Freundes, des Vorkessers der israelitischen Kultusgemeinde Edlen v. Ricetti, erfüllen und dem im Amte ergrauten Odeonrathen anlässlich seines 50jährigen Jubiläum diese Auszeichnung übergeben zu können. Er als erster Beamter des Kaiserlandes halte ganz besonders darauf, daß die Rechte der jüdischen Bevölkerung nicht nur auf dem Papier stehen, sondern auch in Wirklichkeit geachtet werden, womit er übrigens streng im Sinne des Landesherren zu handeln sich bewußt sei. In Worten tiefer Ergriffenheit dankte der greise Seelforsger für diese Auszeichnung. Bei dem festlichen Akte waren die Herren Odeon v. Ricetti, der neugewählte Gemeinderat Samala, Schwaigerjohn des Herrn Melli, und Rabbinder Doktor Breitsholz anwesend.

Wien. In der jüngst stattgehabten Sitzung des Wiener Gemeinderates wurde dem jüdischen Mitglied Donat Jifferer eine große Ehre zuteil. Der Genannte gehörte dem Wiener Gemeinderate seit 11 Jahren an, und infolge seiner unangegriffenen Gesundheit sah er sich gemäßigt sein Mandat niederzulegen, von welchem Entschluß er schriftlich dem Wiedbürgermeister Dr. Neumann (Dr. Rueger stellt gegenwärtig zur Erholung an der Riviera) in Kenntnis setzte. Dieses Schreiben gelangte in der am

6. März stattgefundenen öffentlichen Sitzung zur Verlesung, wozu der Wiedbürgermeister wörtlich bemerkt: „Herr Donat Jifferer, der im Jahr 1895 vom ersten Wahlkörper in den Wiener Gemeinderat gewählt wurde, nahm an den Arbeiten des Gemeinderates stets regen Anteil. Ein sehr gemäßigter, temperamentsvoller Redner nahm er durch sein jederzeit maßvolles Auftreten für sich ein, und wiederholt fand sich die Majorität bestimmt, den von ihm gegebenen wertvollen Anregungen Folge zu leisten. Der Gemeinderat sieht mit Bedauern Herrn Jifferer aus seiner Mitte scheiden und wird ihm ein freundliches Andenken bewahren“. Solche anerkennenden Worte, denen übrigens von keiner Seite widersprochen wurde, hat man schon lange im Wiener Rathaus über die öffentliche Tätigkeit eines Juden nicht gehört.

Neue Judengrenel in Rußland? Aus Petersburg, 30. März wird der „Nationalist.“ geschrieben:

Aus den Anfallsgebietsgebieten der Juden kommen schlimme Nachrichten. Dunkle Kräfte wühlen in der Tiefe, und die Anzeichen eines bevorstehenden Massakres treten immer deutlicher hervor. Bisher ging jeder Verfolgung eine systematische Bearbeitung der niedrigen Schichten der Bevölkerung voraus: eine Propaganda in den Schänken und Nachtaspien, die Verbreitung von glibigen Flugschriften, die Austeilung von Geld und Waffen und die altsie Teilnahme der geduldeten wie der geheimen Polizei — alle diese Gattia sind längst bemerkt worden. Und jetzt macht sich diese teuflische Arbeit wieder bemerkbar. Diese Propaganda wird so ungeniert betrieben, daß einige Gouverneure es für nötig befanden haben, das Volk durch die Verhinderung zu beruhigen, daß die Regierung es zu keinen Exzessen kommen lassen wird. Den wahren Wert dieser Versicherungen sieht jeder ein, sie zeigen aber, daß die Angst der für ihr Leben zitternden Menschen in den Dym gebrungen sind. Es gehört kein besonderer Scharfsinn dazu, um festzustellen, daß die periodischen Judenverfolgungen mit den Momenten zusammenfallen, in denen die Regierung deutlicher als sonst den Boden unter sich schwächen läßt. Als der Oktober die furchtbaren Mißbräuche in allen Gebieten der Verwaltung aufdeckte und das Volk sich gegen seine Bedrücker, die Bureautanten, zu erheben anfangte, verstand es die Regierung, die überschäumende Kraft der dunklen Masse gegen einen Punkt zu lenken, wo kein Widerstand zu erwarten wäre. Es mußte eben der Jude herhalten und als Sündenbock dienen. Jetzt hat die Erditterung gegen die Regierung aber den Höhepunkt erreicht, und der Kessel der Leidenschaften ist bereits mit Dampf gefüllt, daß er jeden Augenblick platzen kann. Darum kann man darauf gefaßt sein, daß eine Judenverfolgung bevorsteht. Diese Massakres sind eine Lieblingswaffe der Regierung im Kampfe gegen die Freiheitsbewegung, und deshalb ist zu hoffen, daß die an der Spitze dieser Bewegung stehenden Männer die dunklen Mächte der realistischen Kamakia aus Tageslicht ziehen. Es ist dies die Pflicht eines jeden Bürgers ohne Unterschied von Religion und Nationalität.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorstehende Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlich und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen und dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.
sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magleburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: 1001 & 1012, 1020.

Alle Sendungen an die Expedition sind zu richten an: Expedition der „Mitteilungen“, Berlin W. 35, Magleburgerstr. 14, und als 10 Pf. Gebühr des Bureau Berlin beizulegen. Bei den Reichsvereinigungen an den Reichsvereinigungen, Berlin W. 35, an die D. Genoss. Berlin W. 35, Magleburgerstr. 14.

Wegen der Feiertage fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen“ aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Jüdische Oberlandesgerichtsräte.

Zwei preussische Richter, die beide der jüdischen Religionsgemeinschaft angehören, sind zu Oberlandesgerichtsräten, ein anderer zum Kammergerichtsrat befördert worden. Dies ist eine Tatsache, die nicht an und für sich eine besondere Würdigung nötig hat, sondern wegen ihrer besonderen Beziehungen zu einem der empfindlichsten Kapitel unseres öffentlichen Lebens.

Wer einmal Richter geworden ist, sich im richterlichen Beruf allenthalben bewährt, sich einwandfrei geführt hat, dem kann von Rechtswegen der Aufstieg zu höheren Würden in seinem Amtsbereich nicht wohl verschränkt werden. Das ist natürlich, das ist selbstverständlich und trifft doch nicht immer zu. Trifft bei uns nicht zu, im Lande Preußen, also die antisemitische Formel über die menschliche Minderwertigkeit des Juden ihre sinngemäße Erweiterung findet in betreff der menschlichen und richterlichen Minderwertigkeit des jüdischen Richters. Wenn bei uns in der Ministerzeit des Herrn Schönfeldt jüdische Richter es zu Landgerichtsräten gedruckt haben, so müssen sie in ihrer Amtstätigkeit sicherlich das Rechte geleistet haben. Wenn solche Landgerichtsräte, wie es bei uns von ihnen jetzt begegnet, zu Oberlandes- bzw. zu Kammergerichtsräten ernannt werden, so mildernd ist ihnen etwas, das selbstverständlich sein sollte und das nur darum eine besondere Förderung erfordert, weil die antisemitische Presse in solchen Beförderungen einen neuen Kurs in der Justizverwaltung erkennen zu sollen glaubt und in die Kartentrumpfe köpft. Der neue Justizminister Herr Bessler wird mit dem französischen Kriegsminister André verglichen, dem „Organisator der Desorganisation“; das soll heißen, ein Minister, der in den Juden nicht mehr die Parias sieht, sondern auch sie beruflich vordrängeln lässt, bereitet die Unordnung, die Entfälschung der Grundlagen der Sicherheit des Staates vor.

Natürlich ist die Rede von einem neuen Kurs in der Justizverwaltung in Hinsicht der Juden eine ungeheuerliche Fabel. Das freilich im Grunde Herr Bessler nicht so denken kann wie Herr Schönfeldt, das geht aus seinen bisherigen Personalmaßregeln: aus der Berufung des Justizrats Dr. Fuchs in die Prüfungskommission und aus der Ernennung der Landgerichtsräte Werzagsowitsch, Rothschild und Sammereschlag zu Oberlandes-, beziehungsweise Kammergerichtsräten wohl hervor. Herr Schönfeldt hat

nach Möglichkeit praktischen Antisemitismus in seinem Amtsbereich getrieben und hat weiter den samsonischen Affenparagrafen zu dem Zwecke einer völligen Zurückdrängung des Judentums von der Richterlaufbahn geplant und vorgeschlagen; wäre jener Gesetzesantrag Gesetz geworden, so hätte in kurzer Zeit kein Deutscher jüdischen Glaubens mehr darauf rechnen dürfen, Richter zu werden. Herr Bessler kann in der Zugehörigkeit vom Juden zum Richterstande etwas Bedenkliches nicht sehen; sonst würde er nicht jüdische Richter an den höchsten Gerichtshof berufen. Er ist offenbar nicht gewillt, nach dem Rezept weiland Karl Trost's in den „Grenzboden“, auf dem Gebiet, auf dem sich die Deutschen als Herren betrachten müssen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben wollen“ — nämlich auf den bekannten Gebieten, in denen die Zurücksetzung der Juden heimisch ist —, die Schlagbäume der christlichen Religion fest eingerammt aufzurichten.“ Der Herr Justizminister Bessler scheint der Meinung zu sein, daß Deutscher Deutscher ist, ob er nun der christlichen oder jüdischen Glaubensgemeinschaft angehören mag, und daß die christlichen Deutschen keiner Gefahr ausgesetzt sind, wenn jüdische Deutsche in Richterberuf tätig sind. Er will nicht die Gesinnungen, die in dem bekannten Worte der Breslauer christlichen Pressebande zur Erscheinung gekommen und von Haß und Verachtung gegen die jüdischen Berufsgenossen der antisemitischen Juristen erfüllt sind. Das ist alles, und das bietet zu überschwängender Urteilskraft auf seiner Seite einen Anlaß.

Die antisemitische Presse ereifert sich ganz unnötig. Wenn wieder an der Forderung „Deutsche christliche Richter für das deutsche Volk“ erinnert wird, so wirkt das heute nicht schlagender und klärender als ehedem. Man sagt, deutsches Recht könne nur von deutschen Volksgenossen gesprochen und gehandhabt werden. Darum könne der Jude nicht Richter sein. Aber der jüdische Deutsche doch eben auch deutscher Volksgenosse ist, so fällt jene Forderung zu Boden. Die „Deutsche Tageszeitung“ des Herrn Dietel ruft dem Herrn Justizminister eine finstere Drohung zu: „Sollte er andere Bahnen einschlagen als sein Vorgänger, und sollte er der drohenden Ueberfüllung des Richterstandes mit jüdischen Anwärtern nicht genügend wehren, so würden wir unsere Bedenken mit der größten Schärfe und Ent-

schiedenheit aussprechen." Bitter, Hyang! Die „größte Schärfe und Entschiedenheit“ der Herren Landbändler wird Niemandem schlaflöse Nächte bereiten. Aber an dem Gerche des Ceriseifigen Blattes ist jedenfalls besonders interessant die Erählung von der „drohenden Ueberfüllung“ des Richterstandes mit Juden. Das heißt wirklich den Mund voll nehmen und die Dinge auf den Kopf stellen. Die Juden ringen schwer um ihr Recht; die Gleichberechtigung steht für sie nur auf dem Papier; ihre Verwendung im Justizdienste, soweit staatliche Anstellung und Förderung in Betracht kommt, ist nur eine ganz kümmerliche, und da phonasiert man „ohne Hilfe“ von einer drohenden Ueberfüllung des Richterstandes durch Juden. Die Herren mögen sich beruhigen. So wenig eine Auszeichnung des einen oder anderen jüdischen Staatsbürgers imlande ist, die gewissen Unmögbarkeiten unseres politisch-gesellschaftlichen Lebens zu beseitigen, so wenig die Vorurteile erschüttert sind, die sich den Juden auf mancherlei Gebieten entgegenstürmen, — so wenig wird auch das Balten eisiger Billigkeit in der Beurteilung und Behandlung jüdischer Juristen Fortschritte dringen, die hüben Jubel und drüben Entrüstung wecken könnten. Es ist dafür gesorgt, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen.

Der „Reichsbote“ und das „Hebräertum“.

Hörsig auf den Lippen und Haß im Herzen — das ist jener Dummelgeschellen Brauch, die ihrer Ueberfälle an sturmbem Getöse und Gerche in Wäldern von der Art des „Reichsbotes“ Abfluß zu verschaffen pflegen. Von Zeit zu Zeit bricht in dieser Reichsbote-Hauptstadt der für gewöhnlich durch diplomatisierende Beredungen zurückgedämmte roheste Geseß- und Geseßantifemismus ungezügelt hervor; und dann kann man mit Stunnen das enge Bündnis gewahren, das zwischen dem miltpfichtigen Frömmelertum in Gluck-handschüssen und dem miltpfichtigen Hegelium der Fudergarbsen hinter den Kulissen der politischen Bühne gepflegt wird.

Den neuesten Anlaß, seinen Beseßinnen und Lesern einmal plückerisch zu kommen, hat dem „Reichsbote“ die treffliche Rede Albert Trägers im Abgeordnetenhaufe gegeben, in welcher der alte und doch junge idealistische Kämpfer, der Barde der Freiheit und Gleichberechtigung mit dem Herrn Minister des Innern einmal über die preußische Rückwärtsgeite- und Rückwärtsereimwirtschaft Jankur gesprochen. Es geschah bei Gelegenheit der Behandlung jener preußischen Wahl-, Rechts-, Reform-, die bestimmt ist, dem preußischen Landtagswahlrecht auf lange Zeit das Leben fortzusetzen, indeß rundum in deutschen Landen, insbesondere im Süden, ein neuer Geist die Schwingen regt und Wählrecht entseßen, vor denen das preußische Wählrecht Wählrechtstend sich verbergen muß. Hat Trägers vielleicht nicht mit vollem Recht über Reaktion geklagt, als er jene sogenannte Wahlreform und gleichermäßen das bermalen dem Landtag vorliegende Schulgesetz vortrug? Und was hat der Kampf gegen diese neuesten Geseßungszeugnisse der preußischen Regierung mit dem Jubelum zu tun, derart, daß man einen freisinnigen Mann, der aus voller und ehrlicher Ueberzeugung den rückwärtschreitenden Geist in diesen seinen Geseßungsformen bekämpft, aus diesem Anlaß als einen Sängler für „Alt- und Neu-Jerusalem“ und als einen Anwalt „jüdischer Erwerbsinteressen“ bezeichnen und entsprechend verunglimpfen zu sollen glaubt?

Offenbar kommt dem „Reichsbote“ selber ein Empfinden für die Niedrigkeit und Würdigkeit seiner Ordnenen Geßerei und Keßerei; sonst würde er nicht den — nebelnd: völlig verunglimpfen — Versuch unternehmen, seine Geßerei dagegen zu vermahnen, daß sie Geßerei genannt werden könnte. Wird ihm nichts helfen. Die Angriffe

gegen Herrn Trägers sind übrigens so ier und wirt; das Reichsbote-Hauptgeßereißel macht einen solch unseßnen Eindruck, daß man beinahe annehmen könnte, der Reichsbote-Hauptgeßereißel für Antifemismus gehöre noch zu den kraßten Fäßen des V. D. St. Mit wenig Witz und viel Behagen wird nach gewisser ganz kleiner Zeitgenossen Art Verschlimps geßrieben, indem beständig statt „freisinnig“ gesagt wird „freisinnlich“. Es wird eine innige Jodenverbindung herzustellen gesucht zwischen Albert Trägers und den „Jigern“. Es wird Albert Trägers ein Geseßensverhältnis zum Jubelum vorgeworfen; — Nachweis natürlich überflüssig, da es nicht auf die Wahrheit, sondern auf die Kränkung ankommt. Es wird Trägers vorgeworfen, daß er als Reichsbote-Hauptgeßereißel verdient habe; daß er in großen Ehren getan, das wird verschwiegen, wohl aber durch den Ausdruck „Ausgleichung der seßerhalten liberalen Justizorganisation“ der Eindruck zu erwecken gesucht, als gehe es bei diesem Reichsbote-Hauptgeßereißel nicht eben reinlich her. Die Reichsbote-Hauptgeßereißel den Geseßungsgeßens Albert Trägers zur Last zu legen, wie es der Sängler im „Reichsbote“ tut, das geht schon darum nicht an, weil die Fortschrittspartei diese Geßerei abgelehnt hat, während die Konserwatoren für sie geklammert haben. Und wenn der „Reichsbote“ die Justizorganisation als „liberal“ und als „jüdisch“ verschreit, so sei das Blatt daran erinnert, daß Kaiser Wilhelm I. am 22. Dezember 1876 sehr lebhaft den „hohen“ Gewinn gefeiert hat, der „aus dem Gelingen dieses Werkes für unser nationales Leben erwachsen muß.“

Zu ebenso breiter als unflarer Manier wird mit dem „hebräischen Sängler“ Albert Trägers und seinem gerechten Kampf gegen die Reaktion seitens des „Reichsbotes“ das Volkschulunterrichtungsgeßereißel und die Stellungnahme der Professoren gegen dieses Unternehmen der Reaktion in Verbindung gebracht. Es wird offen eingestanden, daß das Schulgeßereißel dazu helfen soll, gewisse Bemühungen zugunsten praktisch christlicher Beseßereißel, gewisser nationaler, wirtschaftlicher, sozialer, geßiger Unternehmungen reaktionärer Natur zu unterstützen; und es wird alles das in Eigenlag gebracht zu dem „von dem übergebildeten Deutschtum gefördernden Hebräertum“. Wenn dieses Geseßensgeßereißel von Worten einen Sinn haben soll, so kann es nur der sein, daß das Schulgeßereißel als ein Werkzeug und als die Einleitung einer antifemistischen Reaktion zu betrachten ist. Der „Reichsbote“ feiert den Herrn Minister des Innern als den Mann, der Albert Trägers und dem deutschen Hebräertum die rechte kräftige Abwehr habe juteil werden lassen. Der „Reichsbote“ lobt im voraus alle künftigen Kämpfe des gleichen Reichsbotes. Woher juteil jetzt in dem Blatte eines Teils der Hofgeßereißel dieses Emporlobens des selbsten Antifemismus, — das bleibt gleich geßheimnisvoll für Beseß wie für Toren.“ Oder nicht? . . .

Die Studentenschaft und der Antifemismus.

××× Nachdem bereits in einer der letzten Nummern der „Mittellungen“ die Stellung des „Allgemeinen Deutschen Burschenschafts“ zur Judenfrage einer Betrachtung unterzogen wurde, wird diese Frage jetzt auch in dem offiziellen Organe dieses studentischen Verbandes, der A. D. G.-Zeitschrift, angeßprochen.

Der Verfasser des betreffenden Beitrags hat zu seinen Ausführungen sich das Goethesche Wort: „Wahre Liberalität ist Anerkennung“ als Ziel gewählt. Einleitend geht er auf die Frage der politischen Selbstregierung der Studenten ein und fordert, daß die studentischen Verbindungen es als eine ihrer vornehmsten Aufgaben betrachten sollen, ihre Mitglieder aus wissenschaftlich-politisch zu erziehen. Allerdings hält er die fahungsgemäße zwangsweise politische

Betätigung, wie sie der B. D. St. vorschreibt, für eine verfehlte Lösung der gestellten Aufgaben. Er schlägt vielmehr nur eine zwanglose Ausdrucksform im Anschluß an ein politisches Wochenreferat vor, das sich gewissermaßen spontan als Notwendigkeit ergeben müßte. Die „Deutsche Burschenschaft“ verbietet ihren Angehörigen die Beschäftigung mit der Politik. Der „Allgemeine Deutsche Burschenbund“ will seine Mitglieder mit allen brennenden Gegenwärtigen vertraut machen. Der Verfasser erörtert dann verschiedene dieser Fragen, wie Duell- und Selbsttötungsfragen und kommt dann auf die Judenfrage zu sprechen.

Die Judenfrage, beginnt er, ist eine heikle Sache, nicht wahr? Nicht überall kann der Jude Respektosigkeit erwecken, es ist ihm auch der Zutritt zu den höheren Verwaltungskreisen gesperrt. Ergo nehmen wir keine Juden auf, um dem Ruf unserer Korporation nicht zu schaden! Eine Schlussfolgerung, so logisch und klar, nicht wahr, die „Deutschen Burschenschaften“ die jure diesen Weg gegangen. Und doch unter welchen Geburtennamen kam dieser Beschluß zustande. Man betrachte die eigenartige Resolution des A. D. S.-Tages 1896 selber, die diese Frage geregelt hat — und man wird das Gefühl haben, daß hier etwas nicht richtig ist, man wird an das Bogen der Sprüche erinnern: „Dieser Weg ist kein Weg.“ Man braucht sich nur einmal das Problem psychologisch auszumalen, um zur Erkenntnis zu kommen, wie verwerflich jene Schlussfolgerung ist. Jede interpersonelle Freundschaft von der Schulbank her wird auf der Hochschule unterbunden. Es wird sich im späteren Berufsleben ein Schleier zwischen die Beziehungen alter Freunde ziehen, den der Aufsteigende nicht zu zerreißen vermag. Oder allgemein gesprochen: das Aufgehen der Juden in ihre Vorkörper wird zum Bedürfnis aus nationalen und wirtschaftlichen Gründen. Dieser Prozeß vollzieht sich mit Naturnotwendigkeit ringumher. Nur auf der Hochschule, wo im Schmelzofen jugendfrischer Begeisterung die letzten Schlacken innerhalb der letzten Schichten des deutschen Volkes verschmolzen werden sollten, — nur hier sollte diese Angleichung aus Gründen der Bequemlichkeit unterbleiben? Dem gegenüber lautet unser Rezept: Wenn wir nach sorgfältiger Wahl einen jüdischen Kommilitonen mit unseren Farben schmücken, so legen wir die Ueberzeugung, daß er sich assimilieren kann und will, denn das ist seine Pflicht und Schuldigkeit. Wenn wir ihn aber mit unserem Band entlassen, so heißt das: Seht, dieser hat die Prüfung bestanden, daß er in der Zwischenzeit weder Anstoß erregt noch findet, das laßt nur unsere Sorge sein.“

An der Berliner Universität hat sich ein neuer wissenschaftlicher Verein, dem Studierende der Pharmazie und Naturkunde angehören, gebildet, und der in seinem Lenkungsparagrafen sagt: „Die Vereinigung bezweckt die Abwehr des Antisemitismus.“ Der offizielle Name des Vereins ist: „Akademische Vereinigung Dablenia.“

Die „Deutsche Burschenschaft“, die bekanntlich auf dem D. S.-Tage im Jahre 1896 die Juden aus dem Verbande ausschloß, schloß im Wintersemester 1905/6 2566 aktive Mitglieder, was gegen das vorige Semester einen Zuwachs von 53 Mitgliedern darstellt. Dem Verbande gehören an 21 Hochschulen 61 Burschenschaften an. Von den 2566 Mitgliedern sind 2343 evangelisch und 267 katholisch, (worumter allerdings mehrere Mehrbinderkreuze sind, daher die höhere Gesamtzahl). Die katholischen Mitglieder sind zumeist in Süddeutschland zu finden, allein in München 78, in Würzburg 51, in Freiburg 32, dann sind noch in Bonn 14, ebenso in Heidelberg, Straßburg und Berlin. Der offizielle Bericht der „Deutschen Burschenschaft“ erklärt dazu: demnach sind 10,9 % der studierenden Burschenschafter katholisch, was wohl als

Beweis dafür gelten kann, daß die Burschenschaft tolerant ist.

Studentische Korporationen als solche pflegen gewöhnlich nicht in öffentlichen Versammlungen aufzutreten. Der Verein Deutscher Studenten findet dabei nichts. Er tritt zwar nicht offiziell in copore dabei auf, läßt aber doch die Reklametrommel durch seine Freunde und Gefinnungsgenossen, die antisemitischen Handlungsgehilfen, recht kräftig für sich rühren, wo es nur angeht. So geschah es auch in einer öffentlichen Versammlung des neuen freisinnigen Jugendbundes, die von antisemitischen Handlungsgehilfen überfüllt und gestört wurde. Der antisemitische Wortführer forderte die Studenten auf, dem B. D. St. und die Kauffleute, dem „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande“ beizutreten.

Wahrlich, ein edles Brüderpaar, das da geschlossen vor die Schranken der Öffentlichkeit tritt.

In den „Hochschulnachrichten“, die als offizielles Organ verschiedener Hochschulbehörden gelten müssen, sagt der Herausgeber Dr. v. Salvisberg das baldige Ende des Hochschulstreites voraus. Interessant ist, daß er den Dekretalen der Vereine Deutscher Studenten die Hauptschuld an dem gespannten Verhältnis zwischen Behörden und Studenten zumißt. Die Vereine Deutscher Studenten waren die Leiter der konfessionellen Hetze, trotzdem wogelten sie für den Aufstauerbund in zwölfster Stunde ab und gerieten sich von da ab als harmlose Zuschauer bei dem Streite auf den verschiedenen Hochschulen.

„Witten in das unerwünschte Kampfergieße der durch kurzfristige oder veränderte Führer in die akademische Jugend hineingetragenen konfessionellen Verheerung“, schreibt Dr. v. Salvisberg, „dort wie ein erlösendes Wort die Erklärung der Götter der Studentenenschaft.“ —

Die Götter der Studenten sind, wie das eine von ihnen kürzlich veröffentlichte Erklärung zeigt, mit der Forderung des „Verbandes deutscher Hochschulen“ nicht zufrieden. Sie verlangen eine Änderung der Stellungnahme des Verbandes den konfessionellen Verbindungen gegenüber. Der Begriff „akademische Freiheit“ schlägt auch das Prinzip der Toleranz Andersdenkenden gegenüber in sich ein, daher könne sich die Götter der Studentenenschaft mit der bisherigen Taktik nicht einverstanden erklären.

Dr. v. Salvisberg geht dann weiter auf die Betätigung der Vereine Deutscher Studenten im Hochschulkampf ein und führt ferner aus:

„Der Verband der Deutschen Hochschulen war bis jetzt lediglich ein der jüngsten akademischen Bewegung entsprossener Kampfverband gegen die konfessionellen Verbindungen und — gewisse Behörden, und die höchstendige Propaganda, die gegenwärtig von seinem publizistischen Vertreter, einem Mitgliede des Vereins Deutscher Studenten im ganzen Reich gemacht wird, beginnt glücklicherweise der deutschen Studentenenschaft die Augen zu öffnen und ihr zu zeigen, wozin sie treibt, wenn sie mit solchen Kosten an Bord ihr Schiff den Wogen eines fanatischen und einseitigen Parteikampfes preisgibt.“

„Vor 25 Jahren heisst es weiter, entsandte der B. D. St. auf akademischem Gebiete den Antisemitismus, der unendlich viel Schaden angerichtet hat und im letzten Stadium seines moralischen Bankrotts noch die jüdischen Verbindungen und ihre Verbände als die akademischen Pfandstätten einer neuen sozialen Partei erblicken sah. Und wenn auch in der zwölften Stunde der gegenwärtigen Bewegung der B. D. St. den Ausschluß der katholischen Verbindungen vom Verbande wegen mißbilligte, so ist auch diese Bewegung nichtbedauerlicher von ihm und seinen eingelassenen Totalverbänden in die Wege geleitet und im Fluß

erhalten worden, und bereits beweiß die enorme Zunahme des Aktivbestandes sämtlicher katholischer Verbindungen, ihr gleichwertiger Zusammenschluß zu großen Verbänden, welche verhängnisvolles Geschehen auch in diesem Fall der Panoramabühne des A. D. St. entfallt." Demgegenüber erhofft die Heinerer Studentenchaft, berichtet Dr. v. Salviatow weiter, eine Aenderung in der Stellungnahme des Verbandes. Die Heidelberger und die Würdiger Kommissionen haben sich, diesem Vorhaben bereits angeschlossen.

Damit ist die ganze Bewegung erledigt! schließt der Herausgeber der „N.“ aus den mitgeteilten Tatsachen.

Dass die Folgen dieser von den antisemitischen Vereinen Deutscher Studenten inszenierten konfessionellen Gehe wie nicht nur eine Vermehrung des Aktivbestandes der katholischen Korporationen sind, zeigt sich auch an der Berliner Universität, wo nicht nur die fünf katholischen Vereine außergewöhnlich stark an Mitgliedern gewonnen sind, sondern wo sich sogar in diesen Wochen ein neuer katholischer Verein „Unitas“ gebildet hat.

Antisemitische Machenschaften in Thüringen.

Die Veröffentlichung der Versammlungsstatistik Deutsch-nationaler Handlungsgesellschaften durch die „Mitteilungen“ hat in Thüringen Aufsehen erregt. Die gesamte linksstehende Presse hat sich mit diesem eigenartigen Versammlungs-A. D. G. beschäftigt und es wurde übereinstimmend konstatiert, daß dieses Verzeichnis geeignet ist, den insofern seiner antisemitischen Tendenzen ohnehin feinen guten Ruf genießenden Schädlichen Verband als wirtschaftlichen Kampfbund, als der er zu agieren versucht, zu diskreditieren. Auch unter den Handlungsgesellschaften bricht sich mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß eine so irreguläre Organisation auf die Dauer den Mitgliedern mehr schadet, als sie ihnen praktischen wirtschaftlichen Nutzen erspähen kann. Aufgabe der übrigen Handlungsgesellschafts-Verbände wird es nun sein, die durch maßlose Verhöhnungen und unerfüllbare Versprechungen zum Hamburger Verband hingezogenen Mitglieder durch vornehme Gewinnung und Ausbau der Organisationen wiederzugewinnen. Der Führer der Deutschnationalen, der durch seine diametrale Wahlzirkelgeschickte seitdem bekannte Reichstagsabgeordnete für Eisenach Wilhelm Schad, der im Reichstag den Vorwurf, daß seine Jünger als Spengelsoffiziere in gegnerischen politischen Versammlungen benutzt werden, mit Entrüstung zurückgewiesen hat und Beweise fordernde, hat nun solche in nicht missverständlicher Weise erhalten. Im Reichstag und in seinem Wahlkreis dürfte man nach dieser zwingenden Beweisführung wissen, was man von Herrn Wilhelm Schad zu halten hat.

Burgzeit ist man in Thüringen sehr neugierig auf die große für Orlan angekündigte Aktion der Deutsch-sozialen, die im übrigen noch sehr geheimnisvoll betrieben wird.

Die Sache hat eine nicht uninteressante Vorgeschichte. Die „Wirtschaftliche Vereinigung“ hatte kürzlich in aller Form bei den Nationalliberalen angeknüpft, um bereits jetzt für die Reichstagswahlen von 1908 über die Vertretung der Thüringischen Reichstagswahlkreise, bezw. die Aufstellung von gemeinsamen Kandidaten eine Verständigung zu erzielen. Der nationalliberale „Hannoversche Courier“ hat aber sofort sehr entschieden abgewinkt und die Thüringer nationalliberalen Parteiorgane folgten nach. Die „Eisenacher Zig.“ schrieb, daß an eine Kompromiß für 1908 nicht zu denken sei. Als die Antisemiten sahen, daß ihre Werbung wenig Gegenliebe fand, beschloßen die um Viebermann zunächst selbständig vorzugehen und so hat denn die deutschsoziale Partei durch ihren Reichsverband in Thüringen eine Agitation mittels

Versammlungen und Flugschriften eingeleitet, deren Machenschaften und Heberden hier etwas näher beleuchtet werden sollen. Zunächst sei als höchst charakteristisch angeführt, wie die Antisemiten Parteimitglieder werben.

Der Generalsekretär des Reichsverbandes der deutsch-sozialen Partei, J. Henningsen, versendet vom Hamburg aus an willkürlich gewählte Adressen auf der Schreibmaschine fertige Briefe, in denen er die Herren Gewinnungsgesellschaften als neue Mitglieder willkommen heißt, ihnen Aufklärungsschriften schickt und um die Ueberbesetzung des halbjährlichen Mitgliedsbeitrags bittet. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Die Hgen Ihnen eine Bitte zur Eingeklappten von Mitgliedern, aber — neuer Förderer bei und bitten Sie, alle Ihre Freunde und Bekannten — zur Eingeklappten zu veranlassen. Die Rücksendung der hiesigen bis auf den letzten Platz gefüllten Bitte bitten wir bald vornehmen zu wollen, uhm.“

So werden Antisemiten gemacht, denn auf reelle Weise, wie es andere politische Verbände tun, ist es den Antisemiten nicht möglich, Gewinnungsgesellschaften als Ueberbesetzung zu erringen. Mit den auf diese Weise zustande gekommenen Reuanmeldungen wird dann gehörig Reklame gemacht und vom „Reisenfortschritt“ der Organisationsarbeit gefaselt.

Schadens gemeingefährlich ist ein Artikel, der sich in einer in Massenauflagen in Thüringen verbreiteten Propagandaheft der Antisemiten befindet und die Ueberbesetzung: „Inaus mit der Zupressen aus jedem deutschen Hause“ trägt. Da heißt es denn u. a.:

„Der deutsche Michel ist fürwahr ein gutmütiger Kerl. (Man kann so was.) Erst ist er der eingeborenen Juden an seinen ureigenen Platz und durch seine Gabe Arbeit (!) sich unermesslich bereichern, läßt sie zur wirtschaftlichen Uebermacht gelangen, und dann ist er nur unterstellt er durch Angelegenheiten, die jüdischen Zeitungen, von denen er sich den letzten Rest von Liebe zum deutschen Vaterlande heilen will, aus dem Herzen reißen läßt! — Jeder unserer Gewinnungsgesellschaften hat gegenwärtig in mehrere Familien seinen Bekanntheitskreis, er wird wissen oder leicht erfahren können, welche Zeitungen von diesen Familien gehalten werden. Da gilt es nun die jüdischen Blätter zu verdrängen und durch deutschnationalen (!) zu ersetzen. Im jüdischen Besitz sind aber unter jüdischen Einflüssen (!) stehen folgende Berliner Blätter: „Berl. Tagblatt“, „Berl. Volkszeitung“, „Berl. Morgenpost“, „Berl. Zeit u. W.“, „Berl. Abendpost“, „Berl. Volksanzeiger“, „Nationaltag.“ unter anderen. Wenn erst die Zupressen nicht mehr von den Deutschen unterhält wird, dann wird auch die Wahlarbeit leichter werden (Mist) Das oben Gesagte gilt natürlich auch von allen Blättern der Freisinnigen und Sozial, die ja meist nur im Judenbilde stehen.“

Kaiser und unterworfen ist wohl noch von keiner politischen Partei agitiert worden. Das ganze Geschreibsel läuft natürlich auf eine in der Wahl ihrer Mittel ziemlich skrupellose Propaganda für die antisemitischen „Abteilblätter, die Reaktionspresse und deren Anhang aus. Die Romik bei der Sache liegt darin, daß man sogar die freikonfessionell-antisemitische „Tägl. Rundschau“ in einem Hefchen zur bedingt zur Letzter der Antisemiten empfiehlt, während sie jeder freischätzende gemäße und liberal denkende Deutsche ihnen gern ganz schenkt. Mit solchen Mitteln hofft man also in Thüringen an Terrain zu gewinnen und die Thüringischen Reichstagswahlkreise für antisemitische Tendenzen urbar zu machen! — Man kann es den Nationalliberalen zur Ehre anrechnen, daß sie von solchen dummbräutigen auf Volksebene ausgehenden Illusionspolitiken weit abdröhen. Die Machenschaften dieser antisemitischen Dunkelkammer, die das Österreich wieder durch ihre hincindgen bekannten Geheversammlungen entziehen wollen, können nur als Reaktion schwärzlicher Art bezeichnet werden. Gottseidank sind die Thüringer politisch nicht indifferent genug, um sich von solchen Verleumdungen beirren und derartigen antisemitischen Unwahrheiten breitzuliegen zu lassen. Vielmehr ist begründete Aussicht vorhanden, daß der gesunde Menschenverstand in Thüringen

beiziten den antisemitischen Krankheitsreger in seinem innersten Wesen erkennt und die politisch unschwache, aber sturpellose Partei vergeblich zum Impulsang in die Wahlen von 1908 zieht.

Die Stimme von der Wartburg.

Antisemitische Infamien.

Unter der gewerdmässigen antisemitischen Beileumderpresse steht die in Steilin erscheinende „Deutsche Hochwacht“, das Organ des Deutschen Volksbundes obenan. Wie das Blatt immer noch — übrigens als einziges antisemitisches Preßorgan — den traurigen Mut besitzt, die Wiederkehr des Todestages des Königer Gymnasialisten Ernst Winter zu demagogischer Hege gegen die Juden zu benutzen, so hält es auch regelmäßig an Öftern Unfschau nach dem fälligen „Ritualmord“. In der Nr. 83 vom 8. v. M. veröffentlicht das Schandblatt, nachdem es schon in der vorhergehenden Nummer die Leser durch eine entsprechende Ankündigung vorbereitet hatte, im Sperrdruck folgende infame Notiz:

Soll das wiedertotgeschwiegen werden?

Ist unsere Meinung von einer entzweiigten Bluttat, die wir noch in keinem Blatte weiter gefunden haben, trat heute eine weitere Verstärkung ein.

Damals wäre in Posen am Wohnhause eine Arie von Branten geküßt worden, worin man einen 8-9 jährigen Knaben fand, dem der Mund verstopft und ein Bein gebrochen war! Die Arie war an einen Rabbiner in Bromberg abgefertigt.

Ein Militär-Offizier, durch das eigentümliche Benehmen seines Hundes häufig gemacht, habe die Entfernung der Arie verlangt. Der Stationsvorsteher habe sich jurist. geweigert; aber der Offizier habe erklärt, er werde die Arien und die es. Folgen tragen. Der Knabe war chloroformiert; er ist dem einem Arzte — unbekannt — in Behandlung genommen.

Was ist hier vorgegangen und warum schweigt die Presse?

Wir forschen mit Ungeduld, daß die Behörden diesem Verbrechen endlich auf die Spur kommen!

Obwohl für uns kein Zweifel darüber bestand, daß es sich bei der ganzen Notiz nur um eine der üblichen antisemitischen Erfindungen zu demagogischen Organe handeln konnte, haben wir doch an den zuständigen Stellen in Bromberg und Posen Erkundigungen eingelegt und übereinstimmend die Antwort erhalten, daß hier nur ein grober antisemitischer Schwindel vorliegen kann. Zum Ueberflusse schreibt noch das konfessionelle „Polener Tagblatt“ auf Grund von an amtlichen Stellen eingelegten Erkundigungen, daß „an dem Gerichte auch nicht eine Spur von Wahrheit ist. Es handelt sich lediglich um das Produkt einer überreizten Phantasie.“

In Oberschlesien hat die antisemitische „Oberschles. Ztg.“ ebenfalls einen „Ritualmord“ entdeckt und dadurch unter der leicht erregbaren Arbeiterbevölkerung eine ungeheure Aufregung verursacht. In Beuthen O.S. sind nämlich am 3. v. M. in zwei Säden die Leichenteile einer männlichen Person gefunden worden. Aus diesem Funde machte nun die „Oberschles. Ztg.“ am selben Tage noch einen Ritualmord und mußte schon, ohne erst den ärztlichen Befund abzuwarten, daß der Körper und die einzelnen Teile blutleer waren, ja, sie wußte auch, trotzdem die Leiche vollständig verfault war, daß es sich bei dem Ermordeten um einen Nihilisten handelte. Die „Oberschles. Ztg.“ behauptete, daß gälizische Heubuden in die zwei Säden untergebrachten Leichenteile im Feuer verbrannt und beim letzten Wochenmarkt in Beuthen unbemerkt auf die Straße ge-

worfen haben. Die von dem Antisemitenblatt herbeigeführte große Aufregung unter der Bevölkerung, von der es ebenfalls schon zu merken wußte, trat denn auch bald ein, denn am Mittwoch wurden einem jüdischen Händler in der Ritterstraße die Fenster selber eingeschlagen.

Durch den ärztlichen Befund ist inzwischen festgestellt worden, daß der Ermordete oergist ist und die Leiche erst nach Eintritt der Leichenstarre zerstückelt worden ist. Wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, stammt der Tote, der zweifellos ermordet worden ist, nicht aus Beuthen. Man nimmt vielmehr an, daß die Leiche aus dem nahen Ausland oder Galizien an die Hundställe geschafft worden ist. Diese Annahme wird durch eine Mitteilung der Beuthener Polizei bestätigt, nach welcher der Ermordete seinem Gesichtstypus nach ein gälizischer oder polnischer Arbeiter gewesen ist.

Mit Verwundung darf konstatiert werden, daß der Gälizische Rat Schirmweisen im Beuthener katholischen Bürgerkalender den heftigsten Ausstellungen des Zentrumsorgans sofort energig entgegen trat mit folgender Erklärung:

„Wir wollen die Juden nicht hassen, weil dies unchristlich ist und ich nicht will, daß eine derartig schwere Angelegenheit ohne Grund in der Zeitung geschrieben wird. Ich erkläre, daß ich die Juden durchaus nicht hassen und vermache mich dagegen, daß durch die Zeitung eine neue Hege angestiftet wird. Begreifen kann ich nicht, wie in der Zeitung von einem Ritualmord die Rede sein kann, wo nicht das Geringste bewiesen ist. Wir müssen nach den Taten unserer Religion mit den Anderen glauben in Frieden leben und unsere Gegner mit anständigen Massen bekämpfen.“

Zu dem niederträchtigen und gewissenlosen Versuche des Zentrumsblattes, die Volksworte zu oerkehren und aufzurühren, bemerkt ferner die „Oberschlesische Grenz-Zeitung“ in Beuthen:

„Das hiesige Zentrumsblatt, das bei Bekanntwerden des Leichenfundes schnell dabei war, den Mord fribal zum Ritualmord zu hehmen, hat in seiner gälizigen Nummer einen Nachtrag angetreten. Es leugnet in seiner bekannten charakteristischen Weise ab, daß die Leichen der beiden Heubuden gefunden worden, sondern daß die Leichen im Beuthen Kalis genommen haben, das allgemein von einem Ritualmord sprach. Der die untersten Schichten der Bevölkerung, der unansehnliche, stiefelhafte Wödelhaufen kann dem Leichenfunde eine solche Deutung gegeben haben. Darin, daß das Blatt dieses Urteil des blinden Fanatismus ausnahm, den Wödel in seiner Wirkung fagte, bedauert und diese beklagten Worte Wortart, aber deren Lüge und Lächer nach nicht das Mindeste bedauert nur, zur Aufklärung gegen die jüdische Bevölkerung und vor allen Dingen für seine eignen, geschäftlichen Zwecke auszunutzen wollte: darin liegt ein so hoher Grad von Verworfenheit, daß das Blatt wohl nun auch in seinen eignen Kreisen genugsam getrennschieden ist. Die Bluttat von dem Ritualmord wäre ein brillantes Propagandamittel gewesen. Wie wir gestern erwähnt, hatten wir lange schon vorausgesehen, daß das Blatt sich bei Gelegenheit eines solchen bedienen würde. Nun, unsere Voraussage ist eingetroffen. Die dramatischen Verläufe des Blattes, eine fabelhafte, aufregende Verwicklung, zurückzuführen, ist auch keineswegs auf die Zeitungen seiner Redaktion zurückzuführen, sondern den Anstoß hierzu hat die fache Berichterstattung der Hege durch Herrn Gälizischen Rat Schirmweisen im kalis. Bürgerkalender gegeben.“

Der Erste Staatsanwalt in Beuthen bemerkt in einer amtlichen Bekanntmachung über den Leichenfund u. a. folgendes:

„Das Verbrechen ist bisher unaufgeklärt, die Persönlichkeit des Getöteten nicht ermittelt. Die Verletzung der Leiche muß unter Anwendung großer Gewalt und mittels eines feldschindens oder ähnlichen Werkzeuges bewirkt sein. Der Täter muß mit der Zerlegung von Fleisch Gewand wußte. Die Annahme eines Ritualmordes ist nach dem Gutachten der obduzierenden Ärzte ausgeschlossen. Die Leichenteile waren keineswegs blutleer. Die Sektion hat mit Sicherheit ergeben, daß der Tod durch die Schädelverletzung und die Zerlegung der Leiche, im besonderen auch die Trennung des Kopfes vom Rumpfe erst nach dem Tode erfolgt ist. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.“

Wiener Brief.

IX.

(Die Christlichsozialen und das „Reich“. — Der Abg. Schneider und das Wahlrecht. — Antisemiten unter sich. — Die „Jüdischen Freiwärter“.)

Wien, den 7. April 1906.

Die christlichsoziale Partei hat in der letzten Zeit ihre Stellung zur österreichisch-ungarischen Reichsfrage — zum Verhältnis Österreichs und Transleithaniens — gerührt, ohne daß die Öffentlichkeit dieser Schenkung die geringste Beachtung geschenkt hätte. Mit Unrecht, denn nichts ist für den demagogischen Charakter der Antisemiten so bezeichnend wie der neueste Frontwechsel. Anfangs der neunziger Jahre kam das Schlagwort „Jüdisch-Magyaren“ auf und Dr. Ruzger bestritt einen großen Teil seiner Agitationskosten mit der Aufhebung gegen das „verjüdete“ Magyarentum. Oesterreich müsse von Ungarn losgelöst und der Dualismus der 1867er Verfassung beseitigt werden, nicht mehr als das lose Band der reinen Personalunion dürfe die beiden Reichshälften verbinden. Mit diesem Dogma zog der Bürgermeister Wiens von Versammlung zu Versammlung und schließlich nicht der kleinste Teil seiner Erfolge war auf das Konto der antijüdischen Politik zu schreiben. In der Zwischenzeit hat die Devise: Los von den Jüdisch-Magyarern! ihre Werbestärke für die Christlichsozialen eingebüßt und die Forderung nach der Beseitigung des Dualismus ist so ziemlich zu einem Gemeinplatz geworden, wenn gleich die offiziellen Kreise davon noch immer nichts wissen wollen. Die Christlichsozialen waren daher gezwungen, sich um einen anderen „Schlager“ umzuheben. Das neue Losungswort wäre auch schon gefunden, und es fragt sich nur, ob er seine Schuldigkeit tun wird. Der Abgang Dr. Ruzgers mit Oesterreich nicht mehr von Ungarn loszureißen, so denn im Gegenteil beide Reichshälften viel stärker als dies heute der Fall ist, verbunden. Dem alten Kaiserstaate Oesterreich war Oesterreich-Ungarn gefolgt, jetzt will aus der kaiserbürgermonarchie ein neues Großösterreich werden. Diese Forderung war zum erstenmale auf dem vorjährigen Parteitage aufgestellt worden, aber erst in der letzten Zeit beginnt sich die Agitation ihrer zu bemächtigen. Vor einigen Tagen fand im VII. Wiener Bezirke eine christlichsoziale Versammlung statt, die in einer Resolution ein detailliertes Programm für die Verfassungsänderung dem. für die Reuehaltung der österreichischen und der ungarischen Verfassungen entwarf. Punkt 1 verlangt, daß der Kaiserstaat durch einen kaiserlichen Staatsakt eine neue Verfassung erhalte und derselbe wieder ein einheitliches, ungetrenntliches, gesundes und mächtiges Ganzes werde mit möglichst weitgehender Autonomie der Landtage.“ Punkt 2 fordert: „eine für den ganzen Umfang des Kaiserstaates (oder für Oesterreich und Ungarn) geltende Staatsbürgerschaft“; der 3. Punkt wünscht, „daß die deutsche Sprache als Vermittlungssprache zwischen den Nationalitäten staatsgründend festlich bestimmt werde“. Weiter wird für sämtliche Länder und Nationalitäten eine einheitliche Reichsvertretung in Wien verlangt, deren Wirkungskreis sich jedoch nur auf gewisse Interessengebiete der Gesetzgebung, die für das ganze Reich von Wichtigkeit sind, erstrecken soll. Die Armee und Marine, die diplomatische Vertretung sollen gemeinsam sein. Was die Christlichsozialen mit diesem Programme bezeichnen, ist leicht zu erkennen. Für die großösterreichische Staatsidee hat ein hervorragendes Mitglied des Kaiserhauses angeblich Sympathie und Dr. Ruzger Garde will sich der Genuß dieser Persönlichkeit verschaffen. Außerdem nähern sich die Antisemiten zum Teile den Merkmalen konservativer Föderalisten, die für stark einflußreiche Landtage schwärmen. Einst meinte Dr. Ruzger allerdings, der niederösterreichische Landtag müßte vom Boden vertriebt werden; doch das ist lange her und die Christlichsozialen haben sich seitdem in der Landstube Niederösterreichs festgesetzt. Zuletzt rechnen die schlauen Herren

mit der Anziehungskraft, die der Gedanke der nationalen Autonomie auszuüben beginnt, und sie können nicht, den freisinnigen Parteien zuvorzukommen. In der Resolution des VII. Bezirkes ist das Verlangen nach der Selbstverwaltung der Nationen weniger klar ausgedrückt, dafür kommt es in der Entschließung des letzten Parteitages schärfer zum Ausdruck.

Für die diplomatische Geschäftlichkeit, für die sich den Verhältnissen mißlich anpassende Taktik der Führer, hat der alte Fanatiker Ernst Schneider — der Talmud- und Ritualmordbespieler — kein Verständnis. Ihm gefällt auch nicht dies Liebäugeln mit dem allgemeinen gleichen Wahlrechte, zu dem sich Dr. Ruzger spät, aber doch aus praktischen Erwägungen entschloß. Jüngst hielt er eine Rede, in der er bitter klagte:

„Diese Wahlreform — die von den Christlichsozialen unterstützte Vorlage des Herrn von Gautsch — ist nur im Interesse der Juden und Kapitalisten gemacht, der Mittelstand wird zermalmt, wenn die Wahlvorlage so zustande kommt. Bei der Verteilung der Wahlreform ist das Mögliche geschehen, aber es ist für keinen Schutz des Mittelstandes und der christlichen Arbeiter vorgesorgt worden. Ich, was meine Person anlangt, werde nicht dafür stimmen und sollte ich auch darüber fallen. Ich habe keine Veranlassung, mich für eine Wahlreform zu erwärmen, für welche sich der Jude Adler — der Führer der Sozialdemokratie — begeistert, denn wenn der Jude Adler gegen die Schicksaligkeit auftritt, müssen wir dieselbe verlangen, wenn er gegen die Wahlpflicht auftritt, müssen wir für dieselbe eintreten. . . Wir können nur für eine Wahlreform eintreten, in der die Interessen der christlichen Bevölkerung entschieden berücksichtigt werden. . .“

Herr Schneider hat den Wiener Rathausherren mit seiner Kampfschreie gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht keine Freude bereitet. Sie setzt, das die Liberaleinschätzung im Schoße der Partei vieles zu wünschen übrig lasse und daß die Disziplin, die Dr. Ruzger früher meisterhaft zu walten mußte, tiefe Sprünge und Risse aufweise. Nach dem Bekanntwerden der Rebellionsschreiben des Abgeordneten Schneider dachte man, daß die Partei ihn abgibtellen oder daß er selbst gehen werde. Es scheint aber, als würden sich die Führer der Christlichsozialen fürchten, mit dem Fanatiker des Judenthums anzuwenden, und dieser wieder fällt sich sonst im warmen Neste der Partei ganz wohl. Schneider und Ruzger werden noch weiter unter einer Decke spielen und — gegen einander stimmen.

Übrigens befindet sich Herr Schneider in seiner Abneigung gegen die Wahlreformvorlage des Herrn v. Gautsch in „guter“ Gesellschaft. Das „Deutsche Volksblatt“ hält zu ihm, ein Umstand, der einen kleinen Bruchkrieg in der antisemitischen Presse zur Folge hat. Die „Deutsche Zig.“, — das in Wien täglich zweimal mit Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinende offizielle Organ der Rathausgrößen — ist nach der Meinung ihres Herrn und Obedienten eine warme Verfechterin der Wahlreform. Darüber geriet Herr Bergmann Geschäftsführer in heiligen Jörn und er warf dem Blatte seiner eigenen Partei vor, daß es so schreibe wie die „Judenpresse“. Einen fürchterlichen Vorwurf konnte er wohl nicht mehr ausdenken. Auch sonst gibt es unter den Antisemiten Unzufriedene, die auf Dr. Ruzger nicht gut zu sprechen sind. Die alldeutschen Antisemiten wüten gegen die Christlichsoziale Partei und Herr Schneider, der seinen Abgang zum Stürme gegen das Wahlreformministerium kommandiert hat, läßt an seinem einstmaligen Benutzender kein gutes Haar. Besonders das Wiener „Alldeutsche Tagblatt“, die „unabhängige Zeitung“ der Schönerlanner, nimmt die Christlichsozialen sehr ins Gebet und die Wahrheiten, die eine antisemitische Gruppe der anderen ins Gesicht schmeißt, sind sehr interessant. In der

Ausgabe vom 4. April finden wir einen Leitartikel, der die bösige Ueberschrift: „Von der christlichsozialen Futtertrugpartei“ trägt und mit folgenden Sätzen anhebt, um dann am Schluß noch kräftiger auszufallen:

„Das feste Band, das die christlichsozialen Volkserreiter umschlingt, ist in der Parteiführer des Herrn Lueger beisammen, ist die Gemeinbürgerschaft der Futtertruginteressen. Andere Parteien werden durch Ideale, durch Programme, durch Überzeugungen, durch ein gemeinsames Ziel zusammengehalten. Dies trifft bei den Christlichsozialen nur beengt zu, aber trotzdem kann man nicht behaupten, sie verfolgten nicht ein gemeinsames Ziel. Ja, es mag ja wunderbar klingen, aber es ist ja: die christlichsozialen Volkserreiter werden nicht nur durch die Feilsche im Parteigehege erhalten, die Lueger über jenen Elementen seiner Partei schwingt, die Schöpfung, der Volksgedächte, mit einem guten Treffpunkt als „moralisch wertschätzende Elemente“ an den Pranger stellt. Ja, die Christlichsozialen haben ein hebräisches, ein hohes Ziel, das zu den größten Anstrengungen begeistert, ein Ziel, dem sie ihr ganzes Sein widmen: es ist der heilige Futtertrug. Die Sehnst, an den aus öffentlichen Mitteln gefüllten Futtertrug zu gelangen, ist die Triebfeder jenes Rubels von sogenannten Palästina, die eine ungeheure Last von Dänen, Rumänen, Bulgaren usw. mit bewundernswürdiger Leichtigkeit auf sich nehmen, um die Interessen des von ihnen vertretenen christlichen Volkes zu wahren.“

Weil wir schon beim Pressgegnäse sind, weisen wir noch auf einen anderen Streit hin, der zwischen Wien und Budapest spielte. Die Akteure sind zwei literale Blätter, das Wiener „Vaterland“ und das Budapest'sche Tageblatt „Alfalmu“. Das „Vaterland“ hatte jüngst entdeckt, daß die ungarischen Wärrer der letzten Jahre ein Werk der jüdischen Freimaurerlogen seien und besetzte diese Behauptung sogar mit „Akten“. Doch siehe da, das literale Organ in Budapest trägt sich nicht. Dies gekränkt klagte das „Vaterland“, daß „Alfalmu“ bisher alle Entschuldigungen über das Treiben der Logen reproduziert habe, nun aber teilnahmslos bleibe. Das hatte freilich einen guten Grund. Die magyarische Koalition, die im Werkzeuge des Freimaurertums sein soll, hat in der antilemischen angehauchten katholischen Volkspartei Ungarns den eifrigsten Förderer und Mitarbeiter gefunden und „Alfalmu“, das Hauptorgan dieser Fraktion, konnte doch nicht die Behauptung unterstützen, daß die Koalitionmitglieder und mit ihr die geistlichen Würdenträger und Kapläne, die in der katholischen Volkspartei organisiert sind, Freimaurer seien. Doch das „Vaterland“ fand bald eine Genehmigung. „Alfalmu“ hat den Versuch gemacht, die Tulphe, die in der jüngsten Zeit von den rabulischen Magazinen im Knosfode getragen wird, zu einem antilemischen Abzeichen zu stempeln. Als dann diese Behauptung von den Arrangierten der Zupendemanstrationen demontiert wurde, tat das „Vaterland“ ja, als wäre nun die Sühne für die Mißthat gekommen. Das „Vaterland“ will ungekräftet Dummheiten in die Welt setzen, aber es großtut jedoch, der nicht daran glaubt. Und sei es auch ein Gefühlsgegenstoß.

rm.

Geschäftsbericht des Hilfsvereins der deutschen Juden für das Jahr 1905.

Der in der Generalversammlung am 11. März 1906 erstattete vierte Geschäftsbericht des Hilfsvereins der deutschen Juden gewährt eine traurige, aber auch eine für weitere, und zwar auch nichtjüdische Kreise interessante Lektüre. Wie man sich denken kann, hat der Verein im letzten Jahre mehr nach, als es sonst der Fall ist, seine Haupttätigkeit Ausland zuzuwenden müssen. Die wirtschaftliche Not, die bereits infolge des russisch-japanischen Krieges eine große war, hat im

Kaufe des Jahres 1905 noch eine gewaltige Steigerung erfahren. Durch den langen Eisenbahnstreik war eine Stöckung im Handel und Verkehr eingetreten, die die Existenz vieler Kaufleute vernichtete und zahlreiche jüdische Arbeiter und Handwerker drohte zu machen. Dazu kamen die zahlreichen Feuersbrünste und die fürchterlichen Judenten. Jenden ja in den ersten Tagen des November in etwa 400 russischen Städten Judenten getötet. „Die Polizei“ — sagt der Bericht — und sagt damit nur Bekanntes —, das Militär, die „Schwarzen Hundert“ hatten: „sie vereinigt, um überall Plünderer anzuordnen, die einzig dastehen in der Geschichte. Was sie an unermesslichen Grausamkeiten, Bestallungen, Martern an Juden verrichtet haben, ist das Ungeheuerliche, was die menschliche Phantasie ausgedenken vermag. Die schrecklichsten an den Juden verübten Gräueltaten des finsternen Mittelalters sind diesen Taten an die Seite zu stellen. Viele Tausende von Taten! Viele Tausende von Verwundeten! Hunderte, tausende von ruinierten Existenzen! diese Zahlen sagen alles! Hatte der junge Verein schon vorher in Rußland Hunger und Elend und Not genug zu fühlen, so ermühte ihm jetzt eine Aufgabe so gewaltig, wie nie zuvor jüdischen Organisationen. Große Summen mußten für Auswanderer, für notleidende Gemeinden, für geplünderte Juden usw. hergegeben werden, für zahlreiche Waisen mußte Unterstützung geschaffen werden.“

Indessen erstreckt sich die Tätigkeit des Vereins auch auf andere Gebiete, und seine Tätigkeit ist nicht nur helfender, sondern auch vorbeugender Natur. Das heißt, der Verein sorgt dafür, daß arme jüdische Kinder eine sie für den Kampf ums Dasein vorbereitende gute Schulbildung erhalten und eine nützliche Tätigkeit erlernen. Und für solche Wirtschaftlichen Länder, wie Galizien, Rumänien, Bulgarien, Palästina, die Türkei, ein nur zu weites Feld, dessen Bebauung eine überaus dankbare Aufgabe ist. Diese Tätigkeit des Vereins hat nicht ein nur spezifisch jüdisches Interesse. Die in Deutschland als antilemisch versorgten Juden wirken nämlich dadurch, daß sie in den kulturell verarmten Gebieten deutsche Schulen gründen und in bereits bestehenden für deutschen Unterricht sorgen, geradezu als deutsche Kulturträger, als Planer und Förderer deutschen Geisteslebens für die jüdische Bevölkerung in der europäischen Türkei und Kleinasien ist eine staatliche Zahl deutscher Schulen, in Jerusalem sogar ein deutsch-jüdisches Lehrerseminar, errichtet worden. In Rumänien sind die Schulen des Vereins „Kultura“ so vorzüglich, daß Examinatoren sogar christlich-rumänische Knaben in diese Schulen schicken. So sammeln die Juden seitige Rohlen aus das Haupt Rumänien, das durch seine Fortgebung der israelitischen Bevölkerung die staatlichen Schulen verliert. Für die Handelskule der „Kultura“ in Bukarest ist ein Lehrer gewonnen worden, der im preussischen Staatsdienst gestanden hat, und auch für die Elementarschulen ist auf Empfehlung des Vereins ein tüchtiger deutscher Lehrer angestellt worden. Ebenso wirkt der Verein in Bulgarien für die Verbreitung der deutschen Sprache und des Deutschums durch deutsche Lehrer. Der deutsche Lehrer in Philippopol teilt dem Verein über seine Erfahrungen beim deutschen Unterricht Folgendes mit:

„Da alle deutschlernenden Schüler Spanolen sind, so ist für sie die deutsche Sprache, die weder mit der israelitischen noch mit der bulgarischen irgend welche Verwandtschaft hat, sehr schwer. Lange Zeit verließ ich das Ohr der Kinder an das Deutsche gewöhnt, bis man ihnen die Aussprache des Deutschen nur annähernd beibringt. Haben aber die Schüler einmal die ersten Schwierigkeiten überwunden, so kommen sie durch den großen Eifer, mit dem die meisten Deutsch lernen, schnell vorwärts. Schüler, die ein Jahr lernen, können sich bereits unmerklich auf Deutsch verständigen, vielen schon ist lobelich, schreiben kleine Aufsätze und machen tüchtig Fortschritte. Die Anfänger aber scheitern sehr langsam vorwärts, nach sich aus dem

obigen, sowie aus den wenigen Stunden, die ihnen für Deutsche bestimmt sind, erklären läßt. Die 1. Section des 3. bis 6. Stunden wöchentlich deutschen Unterricht, die Unterrichts nur der. Das Schulkomitee befiehlt, dieses Jahr den deutschen Unterricht schon in der 3. Klasse, anstatt in der 4. im vorigen Jahr, beginnen zu lassen, so daß die Kinder 4 Jahre im Deutschen unterrichtet werden. In drei Jahren, hoffe ich, werden die Schüler sicher die deutsche Sprache, wie sie sie für den Handel mitgeben, gut beherrschen. Der zweite Teil der Schüler, der verläßt durch das Interesse und die Sympathie für Deutsche im Elternhaus, wird das meiste dazu beitragen.

Aus einem Konstantinopeler Schulberichte erfahren wir, daß in einer vom Hilfsverein der deutschen Juden, subventionierten dreiklassigen Elementarschule die Kinder, neben hebräisch und türkisch auch deutsch unterrichtet werden. Es wird dazu bemerkt, daß Deutsch die gesamtliche Verkehrssprache im Orient zu werden vermag. In Jerusalem hat der deutsche Konsul Schmidt, der dem Unterricht in der dortigen Lehrerbildungsanstalt beigegeben hat, seine Befriedigung über die Leistungen ausgesprochen.

So ist die Tätigkeit des Vereins deutscher Juden eine nicht nur humane, sondern auch deutsch-politische.

Sehr bedauerlich ist es, daß die wertvolle Tätigkeit des Hilfsvereins, der die russischen Juden keineswegs zur Auswanderung aus dem Lande ihrer Heimater ermuntert, aber in einzelnen Fällen doch seine Unterstützung hierbei nicht versagen zu dürfen glaubt, durch die rigorose Ausweisungspolitik der deutschen Polizeibehörden zum großen Teil wieder zu nichte gemacht wird. Der Berliner Polizeipräsident von Borries hat kürzlich einem Interimsvor gegenüber erklärt, in Berlin gebe es zurzeit ungefähr 7000 unermittelte oder wenig ermittelte Russen, von denen etwa 6500 Juden seien. Es liege die Befürchtung vor, daß diese aber kurz oder lang der städtischen Armenpflege zur Last fallen könnten. Man versuche daher „jünglings als gütlichem Wege“ — durch Vermittelung des jüdischen Hilfskomitees die Russen zur Abreise zu veranlassen. Vorläufig beschränke man sich darauf, wöchentlich 50 bis 60 Russen auszuweisen, die die Befehle abwarten hätten oder erst kürzlich mittellos in Berlin angekommen wären. Sollten die übrigen lästigen Ausländer trotz gütlicher Aufforderung sich nicht freiwillig aus Deutschland entfernen und weiterhin der Berliner Bevölkerung und den Behörden zur Last fallen, so würde man allerdings zu ihrer direkten Ausweisung schreiten müssen. Die „direkte Ausweisung“ bedeutet aber nichts weniger als die gewaltsame Abschiebung nach Rußland, aus dem sie eben erst mit knapper Not ihren Heimater entronnen sind. Daß übrigens diese russischen Flüchtlinge keineswegs auf einer niedrigen Stufe stehen, beweist folgende Aufzählung eines christlichen Lehrers an ein schulisches Blatt:

„Von den vielen russischen Familien, die in Breslau ruhiger Zeiten abwandern, um dann wieder ihre Heimat aufzusuchen, führen manche ihre Kinder auch untern Schulen zu. In einer Volksschule erschien im Monat Januar eine Mutter (Jüdin und Eindruffin), um zwei Mädchen von 12 und 11 Jahren anzumelden. War es schwer, sich mit der Mutter einigzumaßen zu verständigen, so war aus den Kindern auch nicht ein Wort herauszubringen, sehr wohl in polnischer Sprache. Die Kinder wurden der letzten Klasse, also zu den Klassenlehrern überwiesen. Leber die 3 intelligenten Mädchen aber das Lehrkollegium kann nicht wissen. Mit Hilfe der Lehrerin der letzten Klasse haben die Mädchen in Laufe von drei Wochen nicht nur die Bibel der letzten Klasse durchgelesen, sondern auch Gelecke ausserhalb gelernt, so daß der Rektor den beiden Kindern die große Freude bereiten konnte, sie in die dritte Klasse zu ihren Altersgenossen anzuweisen, da sie auch im Rechnen so mancher Schülerin dieser Klasse über waren. Auch im Schreiben können die Kinder so viel gelernt, daß sie eine kurze Erzählung in verständlichem Deutsch niederzuschreiben konnten. Bezüglich der Erbsprache und der Auswanderer lebten sie freilich noch mit dem Deutschen auf dem Kratze.“

Die deutschen Juden und die geschädigten Deutschen in Rußland.

Die „Kreuzzeitg.“ hat bei einem Vergleich der Ergebnisse der Sammlungen des Hilfsvereins deutscher Juden in Berlin für die Opfer der russischen Judenverfolgungen und des Hilfsausschusses für die geschädigten Deutschen in Rußland zu behaupten gewagt, daß der deutsche Jude nichts übrig hat für den Deutschen im Auslande, alles dagegen für den nichtdeutschen Juden, auch wenn er deutschfeindlich oder revolutionär ist. Dem Schatzen eines Beweis für sie für diese tiefverletzende Behauptung nicht gebracht, auch nicht bringen können! Das Organ des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens wendet sich gegen diese antisemitische Leistung, um die Pädler, Ahnherren und Genossen die „Kreuzzeitg.“ beneiden könnten, weil an sie der Vorwurf eines gänzlich „undeutschen“ Handelns geknüpft war. Es schreibt: „Dieser Vorwurf wäre weit eher der „Kreuzzeitg.“ selbst zu machen, weil sie ihn in einem Maße erhebt, in dem seine Grundlosigkeit müheelos festgelegt werden kann. Politische Gegner durch unrichtige Angaben herabzusetzen, ist gewiß „undeutsch“ und gänzlich unvereinbar mit der Lösung, mit der wir der Leiter des frommen Blattes stets zu Seite stehen.“

Eine Veröffentlichung der Beiträge, welche deutsche Juden, ganz abgesehen von ihrer Opferbereitschaft für besondere jüdische Einrichtungen, für allgemeine Wohltätigkeitszwecke leisten, würde das Gegenteil der in dem gedachten Artikel der „Kreuzzeitg.“ enthaltenen herabwürdigenden Behauptungen haarsträubend beweisen. Dabei würde sich nicht nur ergeben, daß der deutsche Jude fast etwas übrig hat für den Deutschen im Auslande, gleichwohl welchen Glaubens er ist, sondern daß er oft über seine Verhältnisse Opfer bringt. Seine Opferbereitschaft ist dabei keineswegs auf einen höheren Wohlstand der deutschen Juden zurückzuführen, sondern auf ihren hochentwickelten Wohlstandsfelbstsinn; denn nach statistischen Nachweisen ist das durchschnittliche Vermögen der gesamten deutschen Juden wesentlich niedriger als das Durchschnittsvermögen der gesamten christlichen Bevölkerung Deutschlands. Bekanntlich sind die größten Reichtümer in Deutschland im Besitze von christlichen Großgrundbesitzern und Industriellen, als deren Sprachrohr die „Kreuzzeitg.“ gilt oder wenigstens gelten möchte.

Um die Behauptung der „Kreuzzeitg.“ zu widerlegen, bedarf es fast nur des Hinweises auf die in der „Frankfurter Zig.“ veröffentlichten Listen der dortigen Sammlungen für die geschädigten Deutschen in Rußland. Aus diesen Listen ist unzweifelhaft zu entnehmen, daß der weitaus größere Teil der Frankfurter Spenden für die geschädigten Deutschen in Rußland von den Juden herrührt, während Protestanten und Katholiken der dortigen Gegend nicht relativ, sondern absolut bei diesem Liebeswerke zurückblieben, obwohl es in Frankfurt a. M. 10 mal soviel und im übrigen Regierungsbezirk Wiesbaden 16 mal soviel Christen als Juden gibt. Zu den Bewohnern jenes Regierungsbezirks gehören dabei recht viele recht begüterte Christen. Ebenso bemerkenswert ist die für den Wohlstandsfelbstsinn unserer Glaubensgenossen in Königsberg i. Pr. zeugenden Ziffern. Dort sind bis jetzt für die deutschen Flüchtlinge aus Rußland 13 694,30 Mark gesammelt. Die jüdische Bevölkerung Königsbergs war den fünfjährigen Teil der Gesamtbevölkerung ausmacht, würde bei gleicher Beteiligung der Juden an den Sammlungen der gesamte Beitrag von fünfjähriger Seite nur 274 Mark zu betragen haben. In Wirklichkeit haben sie sich aber für diesen eblen deutschen Zweck insgesamt mit 945 Mark beteiligt, durchschnittlich also mehr als das dreifache geleistet als ihre christlichen Mitbürger. Daß es sich dabei nicht um einen Einzels

Jesus die russische Wälfür, die russische Heuchelei und die Schmach und Schande des russischen Lebens.

Der Ausruf schließt mit folgenden flammenhaften Worten:

Die Juden sind russische Bürger. Der „Vogrom“ der Juden ist nicht bloß unser „Vogrom“, er ist auch noch unsere Schande. Der Kampf für die eingetragenen Rechte der Juden ist der Kampf unserer niedergetretenen Rechte, — ihre Beilegung ist gleichzeitig unsere Beilegung. — Die russische Literatur — diejenige, die wirklich dieses Namens ist, nicht die falsche, nicht die beherfachte, — konnte und kennt nur einen Menschen und kümmerte sich weder um seine Rationalität, noch um seinen Glauben; sie füllte und füllte nur den allrussischen Schmerz und kämpfte und kämpft nur für das allgemeine Menschenrecht. Und jetzt, wenn schon in der Luft die umherbellenden Drogen und die wilden Hufe jähren, jetzt, wenn im Innern der jüdischen Wohnungen die blasse Angst hineinschleicht, jetzt, wo die hässliche Proskolom neue Ströme unschuldigen Blutes auf die ohnehin so sehr blutgetränkte russische Erde zu gießen sucht, — können wir russischen Schriftsteller nicht gleichmütige Zuschauer bleiben. — Wir wenden uns an Euch, russische Bürger, im Namen der Wahrheit, im Namen der Ehre, im Namen Eures Gewissens, im Namen Eurer Würde. Ihr alle, die ihr Rußland liebt, Ihr alle ethischen Leute! Verschindert die Judenhengen, verteidigt die Juden, macht ein Ende den mittelalterlichen Gräueln! In allen Versammlungen, auf den Straßen und Plätzen, in den Spalten der Blätter, überall erhebt Eure entsetzte und warnende Stimme! Regelt an den Schandpfehl alle diejenigen an, die das schändliche Werk vorbereiten oder es unterstützen! Wirft mit allen Mitteln, die Euch Ehre und Euer Gewissen anraten! Es ist Eure Pflicht als Russen, es ist Eure Pflicht als Menschen!

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Sprengkollonne der antisemitischen Handlungsgesellen, deren Vorbanden sein Herr Schad im Reichstage abtritt, war am 5. April in Berlin in Tätigkeit. Der Verein der deutschen Kaufleute hatte eine öffentliche Versammlung einberufen, in der Herr Paul Tröger über die gefestigte Regelung der Arbeitszeit der Konjunkturgestellten referierte. Der Saal war überfüllt, und die Versammlung nahm die Ausführungen des Redners mit lebhaftem Beifall auf. Nachdem nun der Beamte des Deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes in Berlin 1½ Stunden die Versammlung mit dem Pfaffengebred, einer ungläublichen naturgeschichtlichen Abhandlung und einem wüsten Geschimpfe auf den Beirat für Arbeiterstatistik gelangweilt hatte, folgte, da auf die Aufforderung des Vorsitzenden sich niemand zum Wort meldete, der Referent das Schlagwort b. kommen. Nachdem dies erteilt war, forderte der deutschnationale Beamte das Wort, um zu der vorgelegten Entschädigung Abänderungen zu beantragen. Als der Vorsitzende dies als unzulässig juristisch, erhob sich der deutschnationale Beamte und forderte seine Anhänger auf, der Saal zu verlassen. Was das heißt, wenn 40 bis 50 Personen plötzlich in einem Saale aufstehen, in dem nicht nur alle Stühle besetzt, sondern auch die Gänge vollgepfropft sind, das weiß jedermann, der schon Versammlungen besucht hat. Das ist das Signal, daß sich die Versammlung auflöst. Aber die Mitglieder des Vereins der deutschen Kaufleute kennen ihre Pappeneimer, und so verhielten sie sich ruhig, um den Abzug der Antisemiten abzuwarten. Das war aber dem Antisemitenhauptling gegen den Strich. Als er, in der Nähe der Tür angelangt, eine abfällige Bemerkung über sein Treiben vernahm, wandte er sich zurück und sprang auf den vermeintlichen Kritiker zu, um sich tätlich an ihm zu vergreifen. Selbstverständlich war das das Signal zu einer Krawalle, die nur durch das energische Eingreifen des Vorstandes dadurch beendet wurde,

daß die Antisemiten nun recht plötzlich an die Luft gesetzt wurden. Die Versammlung nahm darauf ihren ruhigen Fortgang, und Herr Tröger gestalte die Art der Antisemiten, jeden, der ihnen entgegentritt, zu beschimpfen und zu verlästern. Denn wenn der Beamte des deutschnationalen Verbandes fortwährend in wegerwender Weise die Bundesratsvertreter im Beirat für Arbeiterstatistik damit abzumun suchte, daß er oon den „bezahlten Beamten“ rede, deren Meinung für ihn gar keinen Wert habe, so ist das charakteristisch für diesen „nationalen“ und „Königstreuen“ Antisemiten. Herr Tröger forderte die Versammlung auf, nicht zu ruhen, bis die gehäßenfeindliche Tätigkeit der Deutschnationalen abgeschlossen sei; denn nicht durch wüßes Schimpfen, sondern nur durch sachliche Aussprache wird es den Gehilfen möglich sein, die Prinzipale oon der Nichtigkeit der erhobenen Forderungen zu überzeugen.

Vermischtes.

In dem Gymnasialdirektor Dr. Martin in Gießen, der vor kurzem verstorben ist, verlor der Verein zur Abwehr des Antisemitismus, dessen Vorstand er angehört hat, einen treuen und eifrigen Gefinnungsgenossen. Aus dem Ort seiner langjährigen Wirkksamkeit wird uns geschrieben, daß Herr Direktor Dr. Martin sich der größten Verehrung und Sympathie seiner Mitbürger erfreut habe und daß die Trauer um seinen Heimgang eine allgemeine und tiefe sei. Der Abwehrverein wird sein Andenken in Ehren halten.

Jüdische Bekehrinnen. Der demokratische „Badische Landesbote“ vom 3. April schreibt:

„In der Sitzung des Mannheimer Bürgerausschusses befaßte sich ein Stadtverordneter darüber, daß jüdischen Bekehrinnen die höhere Mädchen Schule prinzipiell verschlossen sei. Oberbürgermeister Beck sprach seine Verwunderung über diesen Antisemitismus aus und erklärte, daß die Stadtverwaltung jedenfalls keine Schuld treffe. Der betreffende Stadtverordnete erwiderte, daß er die Verantwortung dafür übernehme, daß der Oberschulrat in Karlsruhe einer jüdischen Bekehrin direkt gesagt habe, sie könne vorläufig auf eine Anstellung an der höheren Mädchenschule nicht rechnen, weil sie Jüdin sei. Uns ist nun auch ein Fall bekannt, in dem einer jüdischen Bekehrin trotz aller Bemühungen die Karlsruher Volksschulen und die höhere Mädchenschule verschlossen blieb aus Gründen, die nur in der Konfession der Petentin liegen können.

Es ist nun Sache des Oberschulrats, Klipp und Klar zu erklären, ob er auch fernerhin gemißt ist, die einfachsten Grundsätze der Toleranz zu verletzen.

Die Sache bekommt aber eine besonders üble Färbung dadurch, daß eine jüdische Bekehrin, die sich hat taufen lassen, kurz nach der Taufe eine Anstellung an einer höheren Mädchenschule bekam. Wir kennen die betreffende Dame nicht; vielleicht hat sie sich aus Ueberzeugung taufen lassen; dann achten wir selbstverständlich den Schritt der Dame. Wenn man aber weiß, — und das weiß der Oberschulrat auch —, daß Angehörige des jüdischen Glaubens in den allermeisten Fällen sich taufen lassen, um die Unannehmlichkeiten des Antisemitismus zu vermeiden, um besser Karriere zu machen oder ihrer gesellschaftlichen Stellung zu verbessern, so hat es etwas ungemien bedenkliches, dem getauften Juden irgend welche Vorteile einzuräumen. Der Staat setzt damit eine Prämie auf die Charakterlosigkeit aus. Wir adten und ehren den Juden, der trotz aller Ausbeindungen treu an der Gemeinschaft festhält, in die er hineingeboren wurde; wir verlangen für ihn volle Gleich-

berechtigung, nicht nur auf dem Papier, sondern in Wirklichkeit. Andererseits aber verachtet man die Juden, der um materieller Vorteile willen seinen Glauben wechseln, ohne durch seine Uebergangung dazu veranlaßt zu sein. Steht er nicht mehr auf dem Boden der jüdischen Religion, so mag er sich für religionslos erklären; nimmt er aber die Taufe, ohne an die Lehren des Christentums zu glauben, so begibt er eine verabscheuungswürdige Handlung, die nicht strafwürdig, aber moralisch dem Meistid gleichkommt. Eine gerechte Staatsverwaltung darf keinen Unterschied kennen zwischen Christen und Juden; für den getauften Juden sollte auch unserer Ansicht nach kein Raum sein in der Beamtenchaft. Wer die Charakterlosigkeit begibt, sich ohne Uebergangung taufen zu lassen, der muß in gleicher Weise von Juden, Christen und Heiden verachtet werden; folche Elemente aber kann man im Staatsdienst nicht brauchen. Sie mögen Sekretäre von Fürstinnen werden, die, um politische Intrigen zu schließen, die Religion wie ihr Gewand wechseln.

Es ist in Preußen Regierungsmäßigkeit, den anständigen Juden zurückzugeben und den getauften Juden vorzuziehen, so wollen wir diese Weisheit den Preußen überlassen. Wir verlangen gleiches Recht für Christen, Juden und Dissidenten; Leute aber, denen ihre Uebergangung feil ist, wie eine Ware, wollen wir behandelt sehen, wie sie es verdienen. Das ist ein Gebot der Staatsmoral, ohne die jedes Staatswesen Not leiden muß am besten, was es hat, an der Moral seiner Beamten und seiner Bürger. . . .

Die Lage der Juden in der Ostmark ist in den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 28. und 29. v. M. die Beratung des Auslieferungs-Gesetzes wiederholt zur Sprache gebracht worden und zwar seitens der beiden freisinnigen Abgeordneten Rindler und Peltasohn. Nach dem amtlichen Stenogramm führte der Erstere aus:

„Ich möchte nur noch eine Skizze der deutschen Bevölkerung nach dieser Abgrenzung bezeichnen. Statt deutsche Einwohner mit offenen Armen zu empfangen, weist man solche, wenn sie nicht gerade Asiaten sind, auch, allerdings meist jüdische Deutsche. Der Antisemitismus, diese Schmach des Jahrhunderts, wie ihn Kaiser Friedrich benutzte, greift jetzt lieber bis in die höchsten Regierungen. So ist zum Beispiel ein Fall vorgekommen, daß ein eingewandter Deutscher aus Wien, der sein Vaterland jährlich in Preußen lebt, mit einmal ausgewiesen wurde. Ferner hat man einen alten Mann ausgewiesen, der über 50 Jahre in Preußen wohnte und gar nicht mal wußte, wo er geboren worden. In Thorn ist aber ein stofflicher Beispiel der Furchen zu vergegenständlichen. Dort lebte ein nicht naturalisierter Rusländer, dem man nicht recht beikommen konnte, weil er längere Zeit auswärts war. Er sollte einziehen, aber, als er das 25. Lebensjahr erreichte, ausgewiesen wurde. Dieser junge Mann war in Thorn geboren und über 30 Jahre alt gewesen. Um ihn nicht zu naturalisieren, wurde er vor seiner Volljährigkeit ausgewiesen. Das sind doch Beispiele, daß man sich nicht auf dem richtigen Wege befindet. (Sehr richtig bei den Freisinnigen.)

Auch mangelnde Gastfreundschaft hat man gezeigt. Bei den Wintern in Rußland sind verschiedene jüdische Familien wie nach Berlin, auch nach Polen gekommen, haben in den ersten Tagen gewohnt und viel Geld bezahlt, sind niemand zur Hilfe gekommen, es war nicht annehmend, daß sie mittellos würden. Mit einmal erhielten sie Anweisungsbefehl, und es nach großen Schwierigkeiten wurde dieses Verlangen angenommen. Und diese Ausweisungspolitik soll, wie die höchsten Kreise der Provinz verlangen, auf Grund eines Ministerialbeschlusses für die Provinzen Posen und Westpreußen gelten. Denn zwischen Leute, die aus diesen Provinzen ausgewiesen werden, können in anderen Provinzen ohne Beschränkung leben. Soll das etwa der Konton Rußland für Algeiras sein? (Hört! Hört! und Heulerei bei den Freisinnigen und Polen.) Eine wichtige Zeit zur Förderung des Deutschthums darf ich aber, um nicht als einziger zu gelten, nicht unterlassen. Die Folgen der jüdischen und christlichen Feindschaft seit einiger Zeit zum Volk herab, indem sie Gesellschaften von Vermögenden und Kleinem ohne Unterschied der Religion Schande machen. Durch diese Verhältnisse ist eine wichtige Frage des Jernmonats und der Gültigkeit gelöst und mit einem Schloß bewiesen, daß gar kein Festhalten gilt. (Hört! Hört! und Heulerei bei den Polen.)

Meine Herren, es ist nur schade, daß die gewöhnlichen Sterblichen davon nichts merken, daß sie immer noch die Schwierigkeit konstatieren können, mit der sie regiert werden. Meine Herren, so wie ich es sehe, ist die Dummheit nicht, daß man bei den Einwirkungen wie der Kaiser Wilhelm-Bildung, oder des Kaiser Friedrich-Wilhelm oder der Kaiserin Alexandra den Königreichern der Stadt Polen einmündet. Nichts fürchtet man die freisinnige Aufklärungsgesellschaft. (Heulerei bei den Freisinnigen und bei den Polen.)

Meine Herren, wenn allerdings in dieser Akademie Geschichtsprofessoren Vorlesungen halten, die wie kürzlich der Professor Schiemann, damit schließe: Deutschland wird vorwärts kommen trotz Sozialdemokraten, Juden und Polen (Hört, Hört! bei den Polen), dann dürfte allerdings ein freisinniger Mann nicht hinein; das ist der Geist des jüdischen Mittelalters!!

Am folgenden Tage kam der Abg. Peltasohn noch einmal auf die Abwanderung der jüdischen Bevölkerung aus der Provinz Posen zurück:

„Es kann den Gewerbetreibenden nicht verboden werden, daß sie Städte verlassen, wo sie ein beschäftigtes Leben finden, und wo ihre Existenzmöglichkeit fester dasteht. Es ist in der Kommission und auch getrennt hier im Laufe von einer Seite zur Sprache gebracht worden, daß gerade die jüdische Bevölkerung abwandert, und es ist hierzu in der Kommission bemerkt worden, daß wäre nicht charakteristisch für die Provinz Posen, sondern das findet auch in anderen Provinzen, sogar in Schlesien statt. Es ist aber getrennt schon von dem Herrn Kollegen Rindler treffend ausgeführt worden, daß werden Preußen die jüdische Bevölkerung aus der Provinz Posen ausweisen. Es sind nicht wie in Schlesien nur die Juden, sondern, die glauben, genug zu haben, um in die große Städte zu kommen, sondern ich kann versichern, daß es viele kleine Existenzen sind, die auswandern, weil sie nicht die nötige Existenzmöglichkeit haben. Bei der Dummheit, die gerade die jüdischen Handwerker der Provinz Posen gezeigt haben, würden sie nicht weggehen, wenn sie ihre Auskommen finden würden. . . .“

Der Großherzog von Hessen und Rheinisch-Preine. Aus Darmstadt wird dem „B. L.“ berichtet: Die Tatsache, daß der Großherzog von Hessen kürzlich den Schriftsteller Schmalenbach, der im Auftrag des Heimes-Denkmalauswahls kam, empfangt, hat im deutschen Blattenswald ein mächtiges Rauhen erweckt. Besonders einige antisemitische Zeitungen haben sich in langen Tiraden ereifert und über die „Judenfreundlichkeit“ des Großherzogs manche bittere Bemerkung gemacht. Für diese ganzen Notizen ist, wie wir hören, ein Darmstädter Hofbeamter verantwortlich zu machen, dem es besonders unangenehm ist, daß die Darlegungen des Großherzogs in die Zeitungen gekommen sind. Deshalb hat er auf Anfragen erklärt, daß diese Notizen dem Großherzog sehr peinlich seien. Davon kann natürlich gar keine Rede sein, denn der Großherzog hat, wie wir zuverlässig sagen können, ausdrücklich seine Erlaubnis zur Veröffentlichung seiner Aeußerungen erteilt. Im übrigen hat der Großherzog sich nur über Heimes Dichtungen ausgesprochen; von den verschiedenen Konfessionen war mit keinem Wort die Rede.

Jüdische Offiziere in Frankreich. Wir gestatten uns wieder einmal aus einem jüdischen, in Paris erscheinenden Wochenblatte die während einer Woche stattgefundenen Avancements jüdischer Offiziere hier wiedergeben:

Der Chef-Inspektor I. Klasse Auser ist zum Subdirektor der Zentralkommission des technischen Marine-departements, Oberst Francfort, Kommandeur des 39. Artillerieregiments, zum Brigadegeneral ernannt und zum Kommando der Artilleriebrigade des 11. Armeekorps ernannt worden. Der Hauptmann des Generalstabes des 11. Armeekorps Vidmann ist zum Generalstabes befördert und dem 28. Artillerieregiment zugeteilt worden, der Hauptmann des 5. Infanterieregiments Wager zum Vatsidonschef befördert und dem 81. Regiment überwiesen worden. Der Leutnant im 12. Artillerieregiment Pinus ist zum Hauptmann befördert und zum Adjutanten in demselben Regiment, Leutnant Aaron vom 39. Artillerieregiment zum Hauptmann befördert und zum Direktor des Artillerieparks dieses Regiments, Leutnant Wager.

Samueloom 81. Infanterieregiment zum Ordnungsoffizier des Kriegsministers ernannt worden.

Wir können nicht unterlassen, einige Bemerkungen an diese Ernennungen und Beförderungen zu knüpfen. Wie alle Welt und namentlich unsere Kriegsverwaltung weiß, sind die Franzosen aus wohlbekannten Gründen auf nichts so sehr bedacht, als auf die möglichst tüchtige Ausbildung ihres Heeres. Sie scheuen keine Opfer, keine Mühe, um alles, was zur Armee und Marine gehört, auf das sorgfältigste auszuführen. Kann man sich denken, daß sie so viele jüdische Offiziere zu hohen Stellungen befördern würden, Juden, die sich nicht einmal die Mühe geben, ihre ungewöhnliche den jüdischen Ursprung, ja die fortwährende Zugehörigkeit zum Judentum bezeugenden Namen abzulegen, wenn sie auch nur die entfernteste Besorgnis hätten, diese jüdischen Offiziere könnten „die Front oerderben“, könnten sich nicht in Respekt setzen, könnten nicht die Disziplin aufrecht erhalten? Dabel haben sie doch bereits eine oelstjährige Erfahrung mit jüdischen Offizieren, während unsere Militärverwaltung und gar unsere Zivil-Antisemiten so gut wie keine Erfahrung haben, durch die guten Erfahrungen anderer Länder aber sich nicht belehren lassen. Das Offizierskorps bei uns, das durchaus keine jüdischen Kameraden haben will, stellt sich dadurch einmal ein testimonium paupertatis aus, sodann das Ergebnis, daß es aus bloßem Vorurteil sich nicht scheut, das Vaterland oelstzeitig vorzüglicher Kräfte zu berauben. Und diejenigen, die da behaupten — beiläufig ohne es bemerken zu haben —, daß unsere Soldaten unter jüdischen Offizieren nicht dienen würden, stellen unserer Armee Disziplin und gleichgültig der Vernunft unserer Truppen ein arges Armutzeugnis aus.

Sprechsaal.

In einer kleinen Unteroffizierskaserne gelang es einmal den Stubenten, einer ihnen besonders oerhassten Damenmode dadurch ein Ende zu machen, daß sie ein altes Weib mit dem Wochelst, Ohlganon oder Tournaire oder sonst etwas, ausstatten und sie durch die Straßen promenieren ließen. Die oornehmen oder sich für oornehm haltenden Damen waren um keinen Preis mehr zu bewegen, einen Gegenstand zu tragen, mit dem das alte Weib geschmückt worden war.

Vielleicht legen auch diejenigen, die da glauben antisemitisch sein zu sollen, weil sie es für fein, modern und chic halten, den Antisemitismus, mit welchem sie sich drapieren, ab, wenn wir ihnen verraten, daß namentlich *Die Antisemiten* sich mit Vorliebe das Antisemitismus als Bierat bedienen. Wenn eine Küchenfee oder Jofe, auch Wädchen für alles im Wiedtsbureau eine Stelle sucht, dann pflegt sie mit großer Impertinenz die Dame, mit der sie gerade unterhandelt, zu fragen, ob sie auch nicht Jüdin sei, da sie bei Juden nicht dienen möchte.

Vor einigen Tagen wurde eine Dame von einem solchen dienstbaren Geiste nach ihrer Konfession befragt. Der dienstbare Geist sagte hinzu, er habe bei Juden gehiebt, möchte es aber nicht wieder. Die Dame erwiderte: „Ich bin jetzt nicht mehr Jüdin, aber ich bin eine geborene Jüdin. Ich nehme sehr ungern Wädchen, die bei jüdischen Herrschaften in Stellung gewesen sind. Ich weiß nämlich aus Erfahrung, daß die Wädchen in diesen Stellungen fürchterlich verwöhnt werden, sie haben es dort zu gut. Jüdischen Herrschaften gegenüber nehmen sich auch die Wädchen oft oelst heraus. Davon ist bei uns nicht die Rede. Bei mir haben sie zu arbeiten und beschließen zu sein.“

Zu Ehren der Dienstmädchen und zur Schande der dem gesellschaftlichen Antisemitismus frömlichen Herrschaften

muß hier bemerkt werden, daß die ersten manchmal doch mehr Grund haben, nicht bei Juden dienen, als ihre oornehmen Kollegen im Antisemitismus nicht mit Juden verkehren zu wollen. Denn wenn ein christliches Wädchen bei Juden dient, die rituell leben, werden an es ganz ungewöhnliche Anforderungen gestellt. Nicht etwa daß, wie vielleicht Antisemiten bornierterer Sorte glauben, es Blut zu rituellen Zwecken sich abspülen lassen muß, aber es hat in der Regel streng darauf zu achten, daß nicht die eine Kategorie Kochgeschirr mit einer anderen verwechselt werde, und es hat auch sonst bei der Zubereitung der Speisen gewisse rituelle Vorschriften streng zu befolgen, da sonst großer Schaden und oiele Unannehmlichkeiten die Folge sein können. Natürlich ist eine solche fortwährende sorgfältige Achtamkeit nicht jedes Dienstmädchens Sache, und es ist nicht gern bei einer Herrschaft, die solche Anforderungen stellt. Es ist aber dieser Umstand verhältnismäßig selten das Motiv, welches die Wädchen in den Bureaus fragen läßt, ob die Herrschaft jüdisch sei. Nein, die Wädchen kennen die antisemitische Mode, sie glauben bei der neuen Herrschaft von vorn herein einen Stein im Brett zu gewinnen und sich selbst als etwas besseres auszugeben, wenn sie so fragen. Sie tagieren die Dame, die mieten will, als „oornehm tuend“ veranlagt, und nur zu oft mit Recht. Wenn das Wädchen eine gute jüdische Herrschaft zu bekommen glaubt, dann stellt sie keine solche Frage. Hat sie es bereits getan, dann ist sie klug genug, bei der nächsten sich bietenden Gelegenheit zu erklären, sie habe es sich viel schlimmer oorgestellt bei Juden zu dienen. O, der Antisemitismus wirkt ungemein veredelnd auf den Volkscharakter!

R. R.

Der Antisemitenpiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenpiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu **70 Pfg.** bzw. **1,25 M.** inklusive Porto gegen Einzahlung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erscheinenden Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a. M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a. M. 0,30
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Friedbergstr. 241.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck gekennzeichneten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 25,
Magdeburgerstr. 14,
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: 2061 & 212. 2025.

Alle Zusendungen an die Expedition sind zu richten nach Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und an die Post nach Berlin W. 25, Magdeburgerstr. 14, und an die Post nach Berlin W. 25, Magdeburgerstr. 14.

Buchhandel und Judentum.

[Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet.]

L'appetit vient en mangeant. Herr Professor Adolf Bartels in Weimar, der sich in seiner publizistischen Tätigkeit mehr und mehr zu einem praecipuo Germaniae aus- oder besser gesagt, einbildet, ist unermüdlich bestrebt, neue Gebiete unseres Kulturlebens zu entdecken, die unter angeblich bester Vererbung zu leiden haben. Nachdem er seine Gemeindeglieder vor Kurzem mit der Behauptung erschreckt hatte, der größte Teil der deutschen Zeitungen befände sich in jüdischen Händen, und wenig später ein Klagebuch darüber hatte erschaffen lassen, daß auch die Zeitschriften für deutsche Literaturgeschichte an unseren Universitäten überwiegend in semitischen Besitz seien, widmet er jetzt in einer neuen Rundschau*) seine liebevolle Sorge dem deutschen Verlagsbuchhandel, der ihm gleichfalls schwer unter der jüdischen Kälte zu leiden scheint. Wir haben uns f. Jt. schon die Mühe genommen, die Unhöflichkeit von Herrn Bartels Behauptungen auf dem Gebiete des Zeitungsverlages und der akademischen Germanistik nachzuweisen, d. h. wir haben seinen munter liegenden allgemeinen Lebensarten das sicherste und unerschöpfbare Material von Tatsachen gegenübergestellt. Herr Bartels läßt sich aber durch solche Widerlegungen nicht im geringsten in seiner bequemen und gewissenlosen Vothode betreten, gänzlich unbedenkliche Behauptungen seinen Lesern als vollendete Tatsachen hinzustellen und mit diesen täuschenden Beweisführungen nach seinem Belieben zu argumentieren. Wir sind deshalb gewarnt, dem strebsamen Herrn auch bei seiner neuesten Leistung etwas härter als die Fingerringe zu sehen und werden dabei finden, daß er wieder ganz dieselben Kartentuscheltricks treibt, die ihm nochgerade geläufig geworden sind, wenn sein antisemitisches Lieblings Thema aufs Tapet kommt.

Nachdem Herr Bartels den deutschen Verlagsbuchhandel, den angesehensten und zeitlich höchstehenden der Welt, als eine Art notwendiges Übel charakterisiert hat, das nicht aus der Welt zu schaffen sei, erzählt er; zunächst, wie sehr es ihn f. Jt. erwidert habe, als er zum ersten Male in einer Geschichte des Jungen Deutschlands lesen mußte, wie Cotta, der alte Cotta, der „königliche Ratsherr“, der Verleger Goethes und Schillers, „noch zu Lebzeiten Goethes auch Börne und Heine herangezogen“ habe. „Da ergrimmte ich geradezu, es erschien mir als Schmach“, bekrennt Herr Bartels. Cobann geht er zur Weizel über, wirft dem

deutschen Verlagsbuchhandel vor, daß er „die ganze umfangreiche Debatteliteratur auf den Markt gebracht“ habe, und leistet sich weiterhin die folgenden monumentalen Sätze:

„Ich halte den Buchhändlerstand für einen der national wichtigsten, die es gibt, und seine Verantwortlichkeit für außerordentlich groß. Man leugne ich natürlich nicht, daß sich eine ganze Reihe deutscher Buchhändler einen bestimmten Stempelholz und die diesem entsprechende Geschäftsführung erhalten hat: es gibt noch Verleger, die kein förmlich irgendwelche bewußten Holz übernehmen, es gibt andere, die auch unmaßstäblich Werke wie verlegen würden. Doch ist in dieser Hinsicht, wie ich glaube, in den letzten Jahrzehnten kein Fortschritt, sondern eher ein bedauerlicher Rückschritt zu verzeichnen. Zum Teil wird er sich aus dem Eindringen des Judentums in den deutschen Buchhandel erklären, das geradezu bedrohlich ist: von dem großen neuen Hirnen unserer Zeit, von denen jedenfalls, die am schädlichsten den Holz eben machen, sind die meisten schon jetzt jüdisch, und wenn es so fortgeht, wird, da die alten vornehmen deutschen Hirnen wohl der Möglichkeit entbehren, in absehbarer Zeit der ganzen deutschen Buchhandelt verdrängt zu sein. Das aber ist kein einmaliger Ausbruch! Ich verkenne dabei die Geschäftsführungen des Judent nicht: er hat etwas für seine Bücher, er macht etwas, und so mag ja wohl durch ihn das eine oder das andere wertvolle Buch zur Verbreitung gelangen. Aber wiederum ist es trübselig im Bucherwerb: förmlich Bedenktliches gemiert ihn nicht, da er hier anders empfindet als der Deutsche; ja, da er es, mit den schärfsten Feinungen des Rudiments rechnen, für einen Anreiz zum Staute hält, und er ein Buch, das es enthält, um so lieber verlegen, universalistisch gekannt kann er als Jude kaum sein, besonders ist er indifferenter, gewöhnlich aber politisch-rational und international, und so wird er die Veranlassung, daß die Verdrängung von Büchern dieser Richtung einen den kassischen Bedürfnissen nicht entsprechenden hohen Prozentsatz erreicht, wird die Ursache der fortwährenden Verdrängung unserer Literatur und unsere Lebens. Weizel hat das Judentum befehlen unsere Theater böllig in den Händen, die Presse ist zu drei Vierteln jüdisch oder philisemisch, man muß nach der Buchhandelt — das wäre noch ein bößes viel! Ich frage, wie ich hier noch erklären muß, nichts unmittelbar für mich selber, ich werde meine Bücher bei meinen Schülern schon noch unterbringen, und sie werden auch weitergehen, da ich eine Partei hinter mir habe, oder ich fürchte freilich, daß dem deutschen Geist, einmal wenn auch noch das Bädermachen auf Bestellung der Buchhändler überhand nimmt, das ich für durchaus schädlich halte, ich fürchte, sage ich, daß dem deutschen Geist im allgemeinen immer mehr die Möglichkeit gerahmt wird, hat frei und so, wie es seiner würdig ist, zu offenbaren, daß gerade ich unsere Bedenken nach und nach Merkmalen entziehen, die sie verbitern und um einen Teil ihrer Wirkung bringen. Denn mit dem jüdischen Buchhandel kommt bei dem bekannten Zusammenhalten der jüdischen Kassenoffizien wenigstens die Verdrängung der jüdischen Verdrängten vor den kollektiven, die nicht Judenten sind, kommt ein noch viel schwereres Ringen um das bische Götzen, kommt eine noch größer Verdrängung sonderbarer Geister, kommt langsam und sicher die geistige Verdrängung, wenigstens der hallosten deutschen Geister und der Jüden, die ja schon jetzt, und nicht mehr bloß in den ersten Anfängen, zu besagen ist.“

Es tut nat, diesen Passus in seiner ganzen Länge hier widerzugeben, um die Perside und Ertrüppelhaftigkeit daran zu illustrieren, mit der unsere antisemitischen Verapostel ihr Handwerk betreiben. Herr Bartels kann man

*) „Die nationalen Wurzeln des Buchhändlers“. Zeitfragen (Sonntagsbeilage der „Deutschen Tageszeitung“), Nr. 17 vom 21. April.

dabei nicht einmal die bona fides als Entlastung jübilgen: er als Fachmann und genauer Kenner unserer literarischen Verhältnisse muß wissen, daß seine Behauptungen in dieser breiten Verallgemeinerung die größten Unwahrheiten enthalten. Wo sind denn die vielen „großen“ jüdischen Firmen des deutschen Verlagsbuchhandels, die befürchten lassen, daß „in absehbarer Zeit der ganze Buchhandel verschwinden“? Warum treibt Herr Bartels den besseren Teil der Tapferkeit so weit, auch diesmal, wie in den oben angeführten früheren Fällen keinerlei Namen zu nennen, um seine These zu beweisen? Da er es nicht tut, werden wir es tun müssen, und wir haben diese konträre Art der Polemik wahrlich nicht zu scheuen. Zählen wir also in alphabetischer Reihe die größeren deutschen Verlagsanstalten auf, die heute den belletristischen Büchermarkt repräsentieren (die wissenschaftlichen Verlage kommen dabei nicht in Frage):

Albert Rön (Köln), C. F. Amelang (Leipzig), G. H. Weydant (Leipzig), Richard Bong (Berlin), Bong & Co. (Stuttgart), J. C. C. Bruns (München), G. D. W. Callwey (München), Concordia Deutsche Verlagsanstalt (Berlin), Hermann Costenoble (Jena), Cotta'sche Buchhandlung Nachf. (Stuttgart), Eugen Diederichs (Leipzig), Richard Edelin Nachf. (D. Krüger) (Berlin), J. Engelhorn (Stuttgart), E. Fischer (Berlin), Egon Fleischel & Co. (Berlin), F. Fontane & Co. (Berlin), Greiner u. Pfeiffer (Stuttgart), Grote'sche Verlagsbuchhandlung (Berlin), Fr. W. Grunow (Leipzig), Hermann Hilger (Berlin), Huber & Co. (Straßburg), Otto Janke (Berlin), Alfred Janssen (Hamburg), Insel-Verlag (Leipzig), Karl Jander, (Stuttgart), Albert Langen (München), F. A. Lattmann (Görlitz), Paul List (Leipzig), Robert Lutz (Stuttgart), Heinrich Minden (Dresden), Georg Müller (München), Heinrich Paetz (Berlin), E. Perlon (Dresden), R. Piper & Co. (München), Phil. Reclam (Leipzig), Carl Reimer (Dresden), Richard Sattler (Braunschweig), Alfred Scholl (Berlin), Schönsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt (Dreslau), Schulze'sche Hofbuchhandlung (Dresden), Schuster und Koefler (Berlin), L. Staackmann (Leipzig), Richard Taendler (Berlin), Union Deutsche Verlagsgesellschaft (Stuttgart), Velhagen u. Klasing (Bielefeld), „Vita“, Deutsches Verlagshaus (Berlin), W. Vobach & Co. (Leipzig), George Weidmann (Braunschweig), Wiener Verlag (Wien).

In diesem runden halben hundert Verlagsfirmen dürften alle mit inbegriffen sein, die unsere reichhaltige belletristische Produktion im letzten Jahrzehnt, die von der Markt gebracht wurde, diejenigen darunter, die von jüdischen Inhabern geleitet werden, haben wir durch Sperrdruck hervorgehoben: es sind gerade vier, also noch nicht ein Fünftel. So sieht die „gängliche Verjudung“ des deutschen Verlagsbuchhandels aus, wie sie sich im Kopf des Herrn Bartels darstellt!

Aber geben wir seinen apokalyptischen Behauptungen weiter auf die Spur. Welche Bücher haben denn in den letzten Jahren im sensationellen Sinn von sich reden gemacht? Zum Beispiel Polygons „Drittes Geschlecht“ (von Rich. Edelin Nachf. verlegt). Oder das berühmte „Nirgend“ von Hans von Kahlenberg (von Carl Reimer in Dresden verlegt). Oder die „Berliner Ränge“ (von Richard Bong verlegt). Oder der die Reklame-Bücherheft „Gig Kraft“ (ebenfalls). Oder die „Erfülltesten Menschen“ von Friedrich von Schlicht (verlegt von Otto Janke). Oder Herrn Wilkes Geschichte „Aus einer kleinen Garnison“ (verlegt von Richard Sattler). Oder die fast belotterierten galanten Liebeslieder „Daphnis“ von Arno Holz (verlegt von R. Piper & Co.). Oder der Blutsand-Roman „Die Mahonina mit dem Rosenbusch“ von Adolf Lang (verlegt von Alfred Janssen), um den sich ein literarischer Sittlichkeitsprozeß in Hamburg entspann. Oder das „Tagebuch einer Verlorenen“ (verlegt von F. Fontane & Co.) usw. usw.

Unter all diesen Büchern ist auch nicht eines von einem jüdischen Verleger herausgebracht worden. Folglich erklärte der stets gerechte Herr Bartels: „Der Jude ist straplos im Bucherwerb; stillig bedenklings geriet ihn nicht, da er hier anders empfindet, als der Deutsche (!); ja, da er es, mit den schiedlichen Neigungen des Publikums rechnend, für einen Kreutz zum Kauf hält, wird er ein Buch, das es enthält, um so lieber verlegen.“ Spottet seiner selbst und weiß nicht wie!

So also steht es mit der negativen Richtigkeit von Herrn Bartels'scharflichtigen Kulturbeobachtungen aus. Nach der positiven Seite müßte man nun noch betrachten, wie es denn faktisch mit den Leistungen der wenigen Verlagsfirmen mit jüdischen Inhabern steht. Die bekannteste dürfte wohl die von S. Fischer in Berlin sein. Dieser Verlag hat bekanntlich die Werke von Gerhart Hauptmann übernommen, schon ehe Hauptmann berühmt war und zu einer Zeit, als noch Mut dazu gehörte, einem naturalistischen Autor einzulassen. Er hat allerdings dann die Dürmferseitigkeit gehabt, auch Werke jüdischer Autoren, wie Schnitzler, Hoffmannsthal, Hollaender, Hirschfeld, Wassermann zu verlegen und mag damit in Herrn Bartels Augen gerichtet sein. Andererseits hat aus seinem Verlag gerade einige unserer besten jüngeren Erzähler, wie Thomas Mann („Heldenbrock“), Hermann Hesse („Peter Camenzind“), Emil Strauß („Freund Heim“) als Berühmtheiten hervorgegangen, die sich unverfälscht artistischer Abkammerung erfreuen. Der zweite große belletristische Verlag, auf den sich Herrn B.'s Annahme beziehen können, ist der von E. Fleischel u. Co. in Berlin. Es ist der Verlag der Werke von Helene Wollau, Clara Wiebig, Georg Frey, von Dimphe, Wilhelm Hegeler, Gázar Hirschfeld usw. — wie man sieht, lauter Namen christlichen Gebüts. Jüngenswische Sensationsbühler als solche hat keine dieser beiden Firmen verlegt. Eher könnte man in diese Kategorie Begehrten „Jena oder Seban“ rechnen, mit dem das deutsche Verlagshaus „Vita“ einen großen geschäftlichen Erfolg zu verzeichnen hatte. Aber selbst wenn man dieses Buch vom Standpunkt des Herrn Bartels als national oder stillig „bedenklich“ ansehen und selbst wenn man die geschäftlichen Wachsenstände des „Wiener Verlags“ (der seinen größten Verdienst durch den Kreuzbrot-Vertrieb des konjunkturigen Wilschens Romanmachwerkes erzielte) nicht für einwandfrei erklären wollte, so gäben solche ganz vereinzelt Erscheinungen nun und nimmer einem Publikum von Gemüthen und Ehrlichkeit das Recht, über eine „Verjudung“ des deutschen Verlagsbuchhandels zu schimpfen und in so unerhört leichtfertiger Weise „dem“ Juden als Verleger alle möglichen häßlichen Eigenschaften und Tendenzen anzuhängen.

Indessen: Herr Bartels ist ein ehrenwerter Mann. Das sind sie alle — ehrenwerte Männer. . . .

Stöcker'sch.

Es ist natürlich nicht anzunehmen, daß Herr Stöcker alles that, was in die Staatsbürgerzeit. kommt, aber sein Werk scheint unentzerrbar über und in dem Blatte. Wenn Herr Stöcker aber nicht alles schreibt oder inspiriert, was in der Staatsbürgerzeit. steht, dann muß anerkannt werden, daß das Blatt sich sehr schnell dem Stöcker'schen Geiste affomobierte hat, daß es dem Scheiterhaufenbrief-Versaffer genau abgeduckt hat, wie er sich räupert und wie er spudt. Herr Stöcker und die „Deutsche Hofmacht“ sprechen schlichtweg, wie es vorkühnigen Vollsverberben, die für ein mindeswertiges Publikum streiben, von Ritualmorden. Die gibt es zwar nicht, aber das tut weiter nichts, sie werden trotzdem in jedem neuen Jahr, sobald die ersten Berden schwinden, mit wunderbarer Zähigkeit erlogen. Wir haben erst vor kurzem zwei solche

von antikeitischen Volkserfahrungen gemachte Ritualmord-geheimnisse erzählt. So treibt' er die „Staatsbürgerzeitg.“, seitdem Herr Bruhn sie verlassen hat, regierende Geist allerorts nicht mehr; der theologische, der priesterliche Geist noch etwas heimtückischer, mehr à la Schreieraufenbrief.

Die „Fr. Deutsche Pr.“ hatte kürzlich bemerkt, es gehe mit den Ritualmorden genau so wie mit den Segen; Segenprophete habe es genug gegeben, Segen aber nie. Da kann es Herr Stöcker oder sein Geist nicht unterlassen, dazu zu schreiben:

Etwas andech, als mit den Segen, liegt die Sache nun doch mit dem Blutberglauben. Der Sabbatskulturbekämpfer in Berlin hat vor einigen Jahren in geschickter Unterfuchung zu zeigen, daß das Blut, welches er einem Menschen abgezogen, abergläubischen Zwecken dienen soll. Solcher Bergläufe besteht. Und die Staatsanwaltschaft hat sehr wohl, ein Auge darauf zu haben.

Also die Aussage eines „Wahrnützigen“ genügt dem Erbschöpfprediger trotz der entgegenstehenden Zeugnisse von Tausenden und abermals Tausenden kompetentester Persönlichkeiten, um den Staatsanwalt aufzuführen und den Papst zu ermuntern, den unseligen Ritualmordhauer fortzujagen und dabei doch noch sich als ungeschuldvollen Engel zu geben. Die priesterlichen Antisemiten, das sind die raffiniertesten, giftigsten und widerwärtigsten; sie sind richtige Giftmischer.

In einer anderen Nummer der „Staatsbürgerzeitg.“ fragt der Stöckergeist mit doppeltem Fragezeichen, wie es nur kommen mag, daß unter den Namen der Belleuere, große bemehnten Kapitalisten soll ausschließlich volkreiche aufgeführt werden? Nun, wir wollen dem Stöckergeist das Rätsel, das er selbst zu lösen außer Stande ist, ganz einfach erklären. Die jüdischen Reichen sind meist Geschäftskute und müssen in der Nähe des Ortes ihrer Tätigkeit wohnen oder sie halten es doch für sehr zweckmäßig ihre Wohnung dort zu wählen. Und da diese Kapitalisten als Großindustrielle oder Großkaufleute Geld haben, suchen sie sich eine schöne Straße aus und, weil sie viel auf Ögypte halten, eine Straße mit verhältnismäßig guter Luft. Die Christen, die mit den Bewohnern der Belleuerestraße hinsichtlich des Reichtums weitestehen können, haben von Alters her ihre Burgen und Schlösser, auf welchen sie wohnen können. Sie und ebenso die hohe Kerner bescheiden und ihre statlichen Dienstwohnungen haben, brauchen nicht in der Belleuerestraße zu wohnen. Die reichen Juden hingegen, die keine ererbten Burgen und Schlösser besitzen und denen auch keine Dienstwohnungen zur zur Verfügung stehen, weil sie keine Staatsämter bekleiden, sie konzentrieren sich in dem Tiergartenviertel. Wenn der Stöckergeist sich etwas angestrengt hätte, würde er sich das selbst wohl haben sagen können, aber damit wäre ihm nicht gedient, denn mit einer solchen einfachen Erklärung eines ganz natürlichen Vorgangs könnte nicht weiter geteilt werden. Darum bleibt's bei der mit doppeltem Fragezeichen versehenen zu Neid und Mißgunst anfechtenden Insinuation.

Und noch ein drittes Mal regt sich der den Schreieraufenbrief-Verfasser verrärende Stöckergeist. Da wird gehetzt, weil zu zwei christlichen Feiertagen von der Berliner Stadtordnungsversammlung nur je zwei Vertreter abgeordnet werden, an der jüdischen Feiertage hingegen gleich sechs teilnehmen sollen. Daß es bei den beiden christlichen Feiertagen sich um in Berlin sehr häufig wiederkehrende Kircheneinweihung und Einsegnung eines Geistlichen, bei der jüdischen dagegen um eine Zweihundertjährige

feier der Krantenpflege handelt, das bietet dem schwachen Geiste keine genügende Erklärung, aber aber der Stöckergeist ist gar nicht so schwach, nur daß er eine solche natürliche Erklärung für Heh- und Schreieraufenwede nicht verwerten könnte.

Wiener Brief.

X.

(Anstalts Grün. — Die Christlichsozialen und der Dichter. — Jüdisch: erwaht.)

Wien, den 21. April 1906.

Ein Gefühl der Dankbarkeit und Verehrung gebietet, an dieser Stelle zuerst des Mannes zu gedenken, der in diesen Tagen gefeiert wurde, aber — sind wir aufrichtig — hätte gefeiert werden sollen. Denn die paar Zeilenartikel und Heuileitens, die am 11. April des Grafen Anton Kuerberg — mit dem Dichternamen Anstalts Grün — gedachten, machen noch keine Volkseier aus, wie sie der Mann beanspruchte konnte, der einst als größter zeitgenössischer Dichter des Deutschums gefeiert wurde und der zu den mutigsten, aufrechtesten und unbeugsamsten Kulturkämpfern gehört, die in dem dunklen Oesterreich gekämpft haben. Schon der Vater des Dichtergrafen neigte — wie die Kuerberger überhaupt — freizüglichen Neigungen zu. Er gehörte der Gesellschaft „Diana die Jägerin“ an, die sich nach außen hin als harmlose gesellschaftliche Vereinigung repräsentierte, aber in Wirklichkeit eine Freimaurerloge war. Wenigstens steht der pietätvolle Biograph Anstalts Grün, der Laiendoktor Professor P. von Rabke diese Behauptung auf. Für sie spricht auch die Tatsache, daß die Gesellschaft im Jahre 1802 von der Regierung wegen „Staatsgefährlichkeit“ aufgelöst wurde. Der Dichter erblickte am 11. April 1806 in Raidach das Licht der Welt, es sind also hundert Jahre seit seiner Geburt verstrichen. Sein Freiheitsdrang kam zum erstenmale in seinen „Erinnerungen an Adria“ zum Vorschein. In diesen schönen 1829 erschienenen Gedichten schwört der jugendliche Graf „dem Wahnen, Rechten, Schönen zum Banner treu zu stehen“. Als dann die französische und die polnische Revolution ein Jahr später anbrachen, wurde der Dichter von dem Sturmeswogen erfasst, deren Wellenschlag sonst in dem Oesterreich Weiter nichts kaum fühlbar war. Auf den Spaziergängen eines Wiener Parks“ entstanden die herrlichen Freiheits hymnen, die bei ihrem ersten Erscheinen in Hamburg wie eine Bombe in die Zeit des Geistesbruchs, der Pfäfferei, der Volksbedrückung hinein plagten. Das Bändchen wanderte anonym in die Welt, aber bald wußte man, wer der Verfasser sei, und Anstalts Grün, der in Oesterreich als erster mutvoll die Fahne der Freiheit erhob, ward rasch zum gefeierten, populären Mann. Bald die Tyrannei Metternichs, die Geistesbedrückung durch die Zensoren, die Einschüchterung des Volkes durch die Pfaffen mit blutigem Hohn und mit leidenschaftlicher Empörung geißelnd, bald die Tugenden des österreichischen Volkes preisend, den kommenden Tag der Freiheit verheißend und das Sabbercrumen der Verachtung ausbleibend, entkam der Dichter zur Befreiung für den Fortschritt. Wenn man ihn einen blinden Hasser der „Kirche“ schilt, tut man ihm dichter Unrecht. Er unterscheidet scharf zwischen „Priestern“ und „Pfaffen“ und nur die letzteren trifft sein gerechter Zorn.

Diesem wuchern auch in Oesterreich, wie ein jedes Land sie brüdet, Neben blühen und glücken in Oesterreich, wie nicht jedes Land sie blüet; Bombardiert mit Diktatorien frisch die Pfaffen aus dem Land. Regnet ein Glas des besten Weines auf der Priester Wohl zur Hand.

*) In dem von der kgl. wissenschaftlichen Deputation für das Medicinalwesen gestellten Gutachten des geistlichen Sophorhambigen wird auf die erhebliche Belohnung Weinbruns von österreichischer mütterlicher Seite hingewiesen und die Beobachtung, daß in der Berliner Quartier regend, daß B. geistlich und an religiöser Herrschaft die (Stück) aus den „Antisemitischen“, S. 457—458.) Das ist möglich ein klaffender Bruch.

Auch das nächste literarische Werk Anaschias Grüns „Squitt“ wird von dem Hauch der Freiheitsehnlichkeit durchweht. Heute liest man Grüns Gedichte nicht und selbst die Literaten, die ihm an seinem festliche Weibsbau struten, scheinen sich mit dem Stadium der 5 Jahre seiner literarischen Gesamtterre nicht sehr angestrengt zu haben. Ich fand wenigstens in keinem der Ehrenfeuilletons eine eingehendere Besprechung seines „Squitt“. Und doch gehört der dritte, „Ostern“ beistellte Teil zu dem tiefsten, was Grün gedichtet hat. Wie sein Freund Nikolaus Lenau, dem er ein biographisches Denmal errichtete, den armen Juben, „der da wandern muß von Dorf zu Dorf hausierend“ mit tiefem Dichtergefühl gefühlert und in dem alten grimmen „Christenloffer“ Lubal, der als einziger treu zu dem Reformator Savonarola hält, ein überwältigendes Bild des geknechteten, verachteten, geschmähten Ghettojuden seiner Zeit geschaffen hat, so gezeichnete Anaschias Grün in „Ostern“ mit tiefer inniger Teilnahme die Gestalt eines wandernden verlassenen jüdischen Krämers, der als Handelsmann nach Palästina kommt.

„Er ist ein Körnlein jener Handvoll Samen
Die einst der Sturm von deren Boden hob
Und in die Länder säte aller Namen
Und weit hinaus in alle Winde hob!
Ein Jude ist's, ein Mann vom Wunderstaume,
Gefüllt, verschüttet längst, doch nicht verdorrt
Des Markes Kern versengt von Wüstenstaume
Des Wüsten Zweige gränend fort und fort.
Und wie um's Haupt der'm Laubeseßeln ihm schwanen
Bald Sonnenlichter, bald die Schatten blüht,
So gaulen drin die Silber und Webanen
Bald mitternächig schwarz, bald himmelslicht. . .“

Den Gipfelpunkt der kulturkämpferischen Betätigung erreichte Graf Anton Auersperg als Mitglied des österreichischen Herrenhauses in den bedeutungsvollen Märztagen des Jahres 1868. Das Abgeordnetenhaus hatte die freirechtlichen Ehe- und Schulgesetze angenommen, die in das Konfessionsat ein großes Loch rissen. Zur Freisetzung des demüthigten Vertrages mit Rom fehlte damals noch der Mut und so entschloß man sich, das Wahrsprechen aus düsteren Tagen händweise abzutragen. Die reaktionären Elemente versuchten, die Ehe- und Schulgesetze um jeden Preis zu Falle zu bringen und als sie im Abgeordnetenhaus unterlegen waren, konzentrierten sich ihr Einfluß und ihr Bemühen auf die Palastkammer. Doch auch hier legte die Sage des Fortschrittes. Es war ein grandioser Kampf. Die Kirche hatte ihre besten und bewährtesten Streiter ins Feld geschickt. Kardinal Rauscher, dieser hochgebildete, angesehene Kirchenfürst versuchte selbst die Verteidigung des Konfessionsats mit Rom, dessen Vater er war. Aber die Freunde des Fortschrittes erfreuten sich einer nicht minder glänzenden Vertretung. Allen voran führte Graf Anton Auersperg für sie das Wort. Wie der edle Aristokrat dachte, als er gegen das „gebrückte Canossa“, das Konfessionsat, seine Stimme erhob, zeigen die Schlüsselworte seiner eindrucksvollen Rede: „Die Freiheit für den Staat, gesunde Freiheit für alle Kirchen im Staate, dann wird es für Staat und Kirche von der Freiheit heißen: in hoc signo vinces.“

Die Jansenfeier des Dichtersgrafen fiel in die Zeit des Zuerger'schen Stadtregimes. Rein Bunder, daß die Gemeindervertretung der Reichshaupt- und Residenzstadt Österreichs, deren Ehrenbürger Anaschias Grün war, den Gedentag sang- und klanglos vorbeigehen ließ. Dr. Zueger glaubte seine Pflicht erfüllt zu haben, indem er das Denkmal des Dichters mit einem Kranz schmückte. Dabei kam es allerdings zu einem häßlichen Zwischenfall. Der Schriftleiter eines deutschnationalen Wochensblattes apostrophierte den Bürgermeister, der den Kranz niederlegte und einige gleichgültige

Worte sprach, mit einer Rede, in der er höhnte, „fogar der Kämpfer für Rom ist gekommen, um dem Los von Rom-Kämpfer zu hulldigen.“ Dr. Zueger erwiderte erregt, daß er den Kranz nur niederlegte, weil Grün ein guter Österreicher und ein Ehrenbürger der Stadt war. Darin erschöpfte sich also für den Führer der Christlichsozialen die Bedeutung Anaschias Grüns. Gleicher Ansicht schlen übrigens auch das Kathausorgan, die „Deutsche Zeitung“ zu sein. Sie brachte ein Feuilleton, indem einige Gedichte Grüns zitiert wurden, die dessen gut deutliche Gesinnung dokumentieren. Weiter mußte das Blatt nicht zu ersälen. War's Berührung oder Unwissenheit? mußte man sich fragen. Die „Deutsche Zeitung“ regte sich über die „Arbeiter-Zeitung“ auf, deren Würdigung Grün ihr nicht bebagte. Um dies sozialdemokratische Blatt eines Besseren zu überzeugen, zitierte das Kathausorgan ein Gedicht Grüns, das freilich für die offizielle Christlichsoziale Literaturgeschichtsausschreibung sprach. Doch o we! Es stellte sich heraus, daß das Gedicht gar nicht von Grün, sondern aus Sturm und zur übligen österreichischen Volkschulstube gehörte. Tableau: So kennt man in Österreich die besten österreichischen Dichter. . .

In Ungarn ist dieser Tage ein Toter erwacht. In dem Lärm der Wahlbewegung melbet sich nun, wie die „Neue Freie Presse“ berichtet, ein längst Versohlener zum Worte. Es ist das ehemalige Reichstagsabgeordnete Viktor Hecsy, der in der Zeit von 1879 bis 1883 den Antisemitismus in Ungarn schuf und im Tisza-Eszlar-Ritualmordprozeß eine traurige Rolle spielte. Hecsy war seither ein stiller Mann und lebte in einer weit entlegenen Vorstadt von Budapest als Advokat. Heute ist aus seiner Feder eine Broschüre über die Rasse erschienen, in welcher er die Neubildung einer antisemitischen Partei in Ungarn propagiert, allerdings mit dem Beifügen, daß hierzu viel Geld erforderlich sei, er darüber nicht verfüge, nachdem ihn auch jetzt noch jene Lasten bedrückten, die er sich während verschiedener Wahlen in der Propaganda für seine Ideen aufgebürdet habe. „Wache Gefahr“ — so meint er — „würde der Bestand einer antisemitischen Partei in Ungarn bedeuten? Wenn in Österreich unter der Führung Doktor Zuegers 48 antisemitische Abgeordnete im Parlament sitzen — wobei die gleichfalls antisemitischen Österreicher gar nicht mitgerechnet erscheinen —, wenn in Paris unter der Führung Drumonts 40 antisemitische Abgeordnete unter der Bezeichnung von Nationalisten im Parlament Platz nehmen, wenn im deutschen Reichstage im Verein mit Sünder die gesamte große konservative Partei von antisemitischen Empfindungen erfüllt mit — bis 15 bis 20 unter verschiedenen Parteibezeichnungen dort befindlichen direkt antisemitischen Abgeordneten gar nicht gerechnet —, wenn die allbekannten Verhältnisse in Rumänien und Rußland gar nicht oceanflagt werden, dann sei überhaupt nicht einzusehen, weshalb im ungarischen Reichstage nicht eine aus 50 bis 60 Abgeordneten bestehende antisemitische Partei existieren solle, nachdem sie gerade in Ungarn am notwendigsten wäre.“

Die Stimme Hecsys wird voraussichtlich wirkungslos verhallen. In Ungarn gibt es keine selbständige antisemitische Partei, aber die kleinste „katholische Volkspartei“ hat sich schon lange auf die antisemitische Phrase gestützt und in ihrem Kreise sammeln sich die Männer, an die Hecsy seinen Bedarf richtet.

Die Judenfrage in Finland.

Unter den jähseitigen Staatsrechtlichen Reformen, welche nach der Wiederherstellung der früheren konstitutionellen Ordnung im Lande in Fuß gekommen sind, beginnt gegenwärtig die staatsbürgerliche Stellung des Judentums erhöhte Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.

Bemerkte muß hierbei im Vorwege werden, daß es eine sogenannte Judenfrage in dem Sinne, wie sie in den übrigen Teilen des Reiches fast überall auf dem Tapet steht, im Bereiche des sächsischen Großfürstentums nicht gibt. Denn einerseits war die Zahl der jüdischen Staatsangehörigen, welche bisher auf sächsischem Boden ihr Auskommen suchten, relativ allzu gering, um den letzteren einen nennenswerten Einfluß auf die Gesamtentscheidung zu ermöglichen, andererseits liegt die Mehrheit der sächsischen Juden notorischerweise aus Elementen zusammen, deren politische Gesinnung den Behörden die beste Garantie für ein friedliches Zusammengehen der Juden mit den übrigen Rassegruppen des buntbevölkerten Landes darboten müßte. Dieser allgemeine Sachverhalt schließt indessen nicht aus, daß die staatsrechtliche Stellung der Juden — übrigens auch verschiedener anderer Nationalitäten — bisher in mancher Beziehung sich als eine recht ungünstige, um nicht zu sagen gebräutete kennzeichnet, insonderheit, soweit es sich um die Ausübung des Niederlassungs- und Freizügigkeitsrechtes auf dem sächsischen Lande und die Zulassung der heranwachsenden Jugend jüdischen Glaubens in den öffentlichen Unterrichtsanstalten handelte. Die gesetzlichen Vorschriften, nach denen die hierher gehörigen Staatsbürger ihre praktische Regelung zu finden pflegten, rührten zum großen Teile noch aus der letzten Periode der Schwedenherrschaft her und sind ganz und gar von jenem Geiste engherziger Rassenhaßes durchdrungen, der die skandinavischen Länder bis weit in die Mitte des vorigen Jahrhunderts in einer Art Reservatgebiet für germanische Kulturen zu Stempeln verurteilte.

Nach dem von König Gustaf III. im Jahre 1782 ausgesetzten Erlaß war fernergehalt angedrungen, daß fremde Zugewandte jüdischer Nationalität nach Ausstellung des sogenannten Schutzbriefes in den drei größeren Städten der Monarchie, Stockholm, Göteborg und Norwäpling, selten Aufenthalt zu nehmen und sich in den für sie offenen Erwerbszweigen (deren Anzahl außerdem recht eng umgrenzt war) in ruhiger, unauffälliger und betriebsamer Weise zu betätigen hätten. Da in der königlichen Verordnung kein sächsischer Niederlassungsort namhaft gemacht war, hielt man auch nach der Losreißung des Großfürstentums von Schweden an der Auffassung fest, daß den Juden auf sächsischem Boden überhaupt kein Niederlassungsrecht zustehe. Dieser Zustand dauerte bis zum Jahre 1853 an, wo durch kaiserlichen Ukas bestimmt wurde, daß verabschiedeten Soldaten und Matrosen der kaiserlichen Marine nach entsprechender Gefugstellung die behördliche Erlaubnis zur Aufenthaltnahme auf sächsischem Boden erteilt werden könne. Diese Vergünstigung, die ursprünglich nur für russische Militärinvaliden in Betracht gezogen war, kam den Juden insofern zu Statten, als sich fortan vermehrt diejenigen Personen, die ihrer Militärpflicht im russischen Heere Genüge geleistet hatten, die Möglichkeit zur Ansiedelung in dem dann bevölkerten Großfürstentum eröffnete. So entstand nach und nach eine Anzahl kleinerer Kolonien, die ihren Sitz vornehmlich in den größeren Bevölkerungscentren, Wladiwostok und Sibirsk, aufzuweisen hatten. Doch schnelle Wachstum dieser Niederlassungen schen den Behörden gleichwohl einige Bedenken einzufallen, denn schon in den achtziger Jahren erfolgte eine anderweitige Verordnung, in welcher den neu zugewandten Juden auferlegt wurde, ihr Niederlassungsgeheiß in periodischen Zwischenräumen, und zwar von je sechs zu sechs Monaten, erneut zur Begutachtung an die Behörden einzurufen; gleichzeitig wurde stipuliert, daß die früheren Erlaubnisse nur für die betreffenden Familien selber, nicht aber für ihre Nachkommen Geltung besitzen sollten, sowie ferner, daß die jüdische Jugend in Zukunft von allen staatlichen Unterrichtsanstalten fern zu halten sei.

Diese hartnäckige Befugung begegnete in der Öffentlichkeit allgemeiner Inquisition, und selbst im Schoße

des Senats erhoben sich autoritative Stimmen, die eine derartige Ausnahmeparasie geradezu als einen Schandfleck in der sächsischen Gesetzgebung bezeichneten. Der bekannte Politiker Leo Reichein stellte u. a. den Antrag im Landtage, daß die gesamte Fremdenordnung einer zeitgemäßen Revision unterzogen werde, damit Finland der Vorwurf erspart bleibe, seine Staatsbürger nach politischen Unterschieden zu behandeln, die selbst in halbpollitisierten Staaten kaum für notwendig erachtet worden seien. Der wohlmeinende Vorschlag fandte indessen an dem Widerstande der altgermanischen Parteien, die besonders im Briefkasten über einen ausgeprägt jüdenfeindlichen Anhang verfügten. Die später einsetzenden politischen Geschehnisse taten dann noch ein Abtrüben, um die ganze Frage vollständig in den Hintergrund zu drängen; gleichwohl hatten die revolutionären Ereignisse doch das Gute im Gefolge, daß sie den Blick der Behörden auf die natürlichen Rechteansprüche der Staatsbürger in ihrer Gesamtheit hinlenkten und hierdurch wenigstens indirekt den unhaltbaren Zustand in der rechtlichen Stellung des Zukunfts zu Tage treten ließen. Von der Initiative des neuen konstituierenden Landtages wird es es namentlich in erster Reihe abhängen, inwiefern mit dem Einzuge der neuen politischen Verhältnisse auch für die berechtigten Erwartungen der jüdischen Bürger der Zeitpunkt der Erfüllung herbeigeführt werden wird. Daß man an höherer Stelle einer entsprechenden Initiative mit derselben Zurückhaltung wie früher begegnen sollte, dürfte angesichts der veränderten Gesamtlage kaum zu befürchten sein.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die „deutschnationalen“ Handlungsgehilfen in Schlesien. Der Provinz Schlesien gehören jetzt die „deutschnationalen“ Handlungsgehilfen eine besondere Fürsorge mitzubringen zu wollen. Unlängst hielten sie sogar einen Goutag in Breslau ab, bei dem den schiefsten Mitgliedern der Verbandsteiler Schad in seiner neuen Würde als V. d. R. vorgeführt wurde. Die Schadpende erschr nicht durch die persönliche Vorführung des Geldes von Eisenach eine Stärkung. In 49 öffentlichen Versammlungen suchten im letzten Jahre die antisemitischen Handlungsgehilfen ihre Berufsgehilfen auf den Leim zu locken. Mit den Erfolgen scheint es aber gehapert zu haben, besonders in Mittel- und Niederschlesien. Infolgedessen konnten an dem Goutage nur die Obergeschichten ein Lob einheimen. Von den „Werberpressen“ hielten daher zwei nach Oberschlesien, nur einer nach Glog. Auch in Oels traten die Herren mehrfach öffentlich hervor, um mit Hilfe von Breslauer Rekruten für die dortige Ortsgruppe neue Mitglieder zu gewinnen. Der Erfolg ließ für die Arrangements viel zu wünschen übrig. Der Hauptredner beklagte es lebhaft, daß ebenso wie die Handlungsgehilfen auch die „Herren Geis“ nicht erschienen wären; denn der deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband arbeite nicht nur für die Handlungsgehilfen, sondern auch für die „Herren Geis“. Sie hätten sich, erklärte der Redner, durch seine Ausführungen davon überzeugen können und hätten dann vielleicht mit ihrem Vorurteil gegen den D. S. V. gebrochen.

Braun und seine antisemitischen „Freunde“. In der „Wachtzeit“ vom 21. April finden wir folgende Briefkasten-Notiz:

In eigener Sache. Der Herausgeber der „Stadtlaterne“, Joachim Schiller, hat es sich zur Aufgabe gemacht, mich hier mitzuteilen, als einem Jahr entweder persönlich oder durch eine Stellvertreterin mit Schmutz zu besetzen. Ich hatte ursprünglich nicht die Absicht, darauf irgendeine zu reagieren, weil die Beschimpfungen dieses Herrn nicht an mich heranreichen können.

In der letzten Nummer der „Stadtlaterne“ nehmen die Angriffe eine Ausdehnung an, die mich veranlaßt, einmal ein Gegenbeispiel

zu realisieren und gegen die Urheber und Verbreiter all dieser verurteilenden Verhöhnungen flagbar vorzugehen. Die Herren Dr. Paul Bölliger, Joachim Schölen, Gladbach, Bagdorski, Paul Werner und andere werden der Gerechtigkeit dienen, den Beweis für ihre Anschuldigungen zu erbringen.

Wilhelm Bruhn, W. d. R.

„Kraut und Rüben“. Unter dieser nicht unzutreffenden Spitzmarke schildern die „Deutschen Stimmen“ des national-liberalen Reichstagsabg. Pöhlz recht ergötzlich den Wurm in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ des Reichstags, in der die antisemitischen Abgeordneten eine Hauptrolle spielen, um in der „deutschen Reformpartei“:

„Da ist zunächst die „deutsche Reformpartei“ — deren geistiges Haupt früher Herr Zimmermann aus Dresden war, jetzt aber Herr Bruhn zu werden scheint —, sechs Mann an der Zahl, jeder eine Partei für sich. Einzig sind sie wenigstens im Antisemitismus. Da dieser aber niemals Gegenstand der Beratung im Reichstag wird, kommt die Einheit dieser „elien Sechse“ nie recht zur Geltung. Schon aus dem Gebiet der „Mittelstandspolitik“, das sie agitatorisch besonders abgrenzen, scheitern sie in allen Farben, vom reinsten Nihilismus bis zur flüchtigen Phrasologie, aus der praktische Ziele überhaupt nicht herauszufinden sind. In allem übrigen reden und stimmen sie bald so, bald so, wie's trifft, und leben in glückseliger Programmlosigkeit dahin. — Etwas mehr tritt die „Fraktion der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ mit 14 Mitgliedern und 1 Hospitanten hervor. Da begegnen wir 6 Deutschföjalen, 4 Repräsentanten des Bundes der Landwirte, 2 Geschäftsleuten, 2 Vertretern des niederbayerischen Bauernbundes und 1 Braunschweiger Wesen als Hospitanten. Eine „Vereinigung“ ist dies auf alle Fälle — „wirtschaftlich“ ist sie wohl auch, wenigstens treibt sie politisch eine Wirtschaft zum Ergötzen. Daß sie den Anspruch erhebt, als „Fraktion“ beachtet und bewertet zu werden, ist jedenfalls das Ergötzelste.“ — Dieses ironische Urteil wird dann scharflich erhärtet durch alle möglichen Beispiele, wo die Mitglieder dieser „Fraktion“ gegen- und durcheinander gestimmt haben, wenn sie es nicht überhaupt vorzogen, zu schwänzen. „So haben die Abg. Dr. Buchardt, Lattmann und Liebermann von Sonnenberg gegen den freisinnigen Antrag auf Einführung einer Reichsboermögenssteuer aus Mangel der Mittenmoralie gestimmt, „um nachher guten Gewissens für das „unverdorrene“ Mittengefetz stimmen zu können.“ Aber die Herren Vogt und Wolff von der Wirtschaftlichen Vereinigung stimmten erst für den Antrag Abstoß, nachher gleichwohl auch für das Mittengefetz. Die Herren Krüdel, Staufer, Stöder und Bachmeier fehlten ohne triftigen Grund, die Herren Graf Reventlow und Mittermeier waren durch Krankheit verhindert, Herr Raab beerlaubte, Herr v. Damm entschuldigt. Also: drei dafür, drei dagegen, drei grundlos abwesend, vier erkrankt.“

Diese „Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung“ scheint sich vereinnigt zu haben, damit jeder tun und lassen kann, was er mag. „Kraut und Rüben“ sind freilich auch eine wirtschaftliche Vereinigung!“

×× **Studentisches.** Der Fall Diph-Spannuth, der kürzlich in den „Mitteilungen“ Erwähnung fand und der die Bundesfreundschaft der Herren vom Kyffhäuserbunde im schönsten Lichte zeigt, ist nun gewissermaßen zum Abschluß gebracht worden, indem der W. D. St. Berlin seinen ehemaligen Angehörigen Diph in den Listen streichen ließ.

Mittelständisches. Der Führer der deutschen Mittelstandsvereinsigung, Architekt Küster zu Hannover, hat die von ihm anfangs eingeleitete Beratung

gegen das ihm moralisch so trefflich kennzeichnende Schöffengerichtsurteil zurückgezogen. Soweit ist der Tatbestand der Angelegenheit Küster nunmehr endlich gerichtsfest festgestellt. Es fragt sich jetzt, was das Bürger-vorsteherkollegium der Stadt Hannover tun wird. Dieses hatte bekanntlich den Beschluß gefaßt, daß Küster, der Mitglied dieses Kollegiums ist, durch die Erhebung einer gerichtlichen Klage starbellen müsse, was von den gegen ihn erhobenen Anschuldigungen auf Wahrheit beruht und was nicht. Trotzdem darauf vor dem Schöffengericht festgestellt worden ist, daß Küster tatsächlich bei keinem Submissionsverfahren die eigenartigen Praktiken angewandt hat, hat sich dieser Herr bis jetzt noch nicht veranlaßt gesehen, sein Stadtvorordnetenmandat niederzulegen. Er hofft dabei wahrscheinlich auf die Freundschaft mit dem Bürgermeister Tramm, auf die er sich auch sonst so aufständig berufen hat. Hoffentlich wird Herr Küster aber klar gemacht werden, daß für Leute seinesgleichen in einer kommunalen Körperschaft kein Platz ist.

Die bayerische Mittelstandspartei hat vollständig flakto gemacht. Der Vorstand hat den ausgetretenen Mitglieder folgendes in einem schriftlichen Deutsch abgefaßtes seltsames Zirkular zugesandt:

„Gerechtes Mitleid! Sie haben uns unmerklich, sich auch Herrschend angehörenden Bewegung Ihren Austritt erklärt. Mitleid von der letzten Bundtagssitzung sind noch über 4000 M. Rückstände zu beden. Der Beschluß, in die Bundtagssitzung einzutreten, wurde in der Generalversammlung vom 28. Januar 1905 gefaßt. Für diese Schuld, die nun zur Bezahlung fällig ist, ist jedes Mitglied, das beizumalen der Bewegung angehört, laut weiterer Bericht gegen Mitglieder erhaltenen gerichtlicher Urteile, bezugslos seines Amtes losbarlich. Sie werden deshalb aufgefordert, den auf Sie hinaus treffenden Betrag in der Höhe von 10 Mark (zehn Mark), so groß ist es, der Organisationsbeitrag für Mitglieder, im Verlauf von 2 Jahren, innerhalb acht Tagen an das Sekretariat der Bayerischen Mittelstandsvereinsigung, Sommerstraße 37 II, einzuführen, nichtentfallend aus gegen Sie bezugslos ihres Amtes am nächsten folgenden vorgegangen werden müssen. Treten Sie aber wieder der Bewegung bei, so bezahlen Sie Ihren Organisationsbeitrag wieder, aber, wiederum auf eine Zeitdauer von noch zwei Jahren, genügt schon die Hälfte, nämlich fünf Mark, da Sie dann innerhalb der weiteren zwei Jahre Ihren Verpflichtungen zur Zahlung der Beiträge durch den Organisationsbeitrag gleichmäßig genügen und kann in letzterem Falle aus dem dem Betrag eines Urteils gegen Sie Abhand genommen werden. Hochachtung! Die Vorstandsschäft. Rechnungen müssen bei J. W. Meier (Schuldenreinstellungsbüro), Sekretar, Sommerstraße 37 II geliefert werden.“

Wenig bemerkt das Münchener antisemitische „Deutsche Volksblatt“, das Organ des Herrn Weng:

„Die Möglichkeit, daß in München eine derartige Spottgedurt einer Partei überhaupt aufzuwachen und sich zwei Jahre lang halten konnte, ist ein trauriges Zeichen für die tiefen Verhältnisse. Zeilen für die einige politische Analysen aufzusuchen, so haben aus den Grundrissen der bestehenden Parteien, ohne auch nur einen einzigen vernünftigen eigenen Gedanken beizutragen zu können, ein „Programm“ aufzusuchen, um gegen sich kann den heißen Namen „Bayerische Mittelstandsvereinsigung“. Und diese Partei, die auch nicht eine einzige richtige Sache, nur durch die letzten aber verkehrte mehr oder minder anständige Individuen zu Gewalter standen, hat heute, die sie für angeschlossen, so daß sie bei der letzten Bundtagssitzung wirklich zurecht 2000 Stimmen auf ihre ganz wertwürdige Kandidatenliste bringen konnte. Dieses Wunder beruhte lediglich der Rone, den sich die „Partei“ beilegte und eine eben so verlogene wie aufhängliche Reaktion, die nicht hätte sagen, sondern machen und manövriert die Bayern München mit München bezieht. Nur durch die letzten Zusammenstößen mit ihrer angeblichen großen Mitgliederzahl und der Kuffage ihres jurist als Bodenblatt und dann — bis zum Grad — als Tagblatt erschienenen Blättern, das, soweit es nicht Blätter gemeint ist, eine Blagerungsfähigkeit greulichem Stumpfsinn darstellte, gelang es ihnen, heute in größerer Zahl an sich zu laden. Kann nach der Bundtagssitzung, nach dem selbstverhängenden Flakto, wurde das verfallene Parteimitgliedern den von Bewegung die Bewegung aufgeben. Es ist ein Befehl verkommen von 7 über 8000 M., das nun gefaßt werden muß. Günstiger war ein Wuchdrucker, der das erwähnte Blättchen, das jurist im Verlag des „Parteiorganes“, später in den des Buchdruckers selbst erschien, gedruckt hatte und für das verfallene Papier, das den Münchenern

der Doktorwürde ist, wie in allen anderen, so auch an der Rechtsfakultät eine Dissertation vorgeschrieben. Diese wird jedoch nur noch als bloße Förmlichkeit betrachtet, man stellt so gut wie keine Anforderungen an sie und es ist fast Wenigern nicht vorgekommen, daß die Fakultät eine Doktordissertation als ungenügend oder aus irgend einem anderen Grunde zurückgewiesen hätte. Vergangene Woche aber ist dies, vielleicht zum ersten Male seit einem Jahrhundert, unter eigentümlichen Umständen geschehen. Der Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Herr Leon Altmann hatte eine Dissertation „Ueber die Lage der Juden in Rußland“ eingereicht. Am 26. März wurde ihm vom Dekan der Rechtsfakultät der Bescheid, sie könne zur Disputation nicht zugelassen werden. Als Grund gab er an, daß die Dissertation ersten Meinungen ausdriebe, die den vom Vorstehenden der Prüfungskommission in seinen Vorträgen verteiligten widersprechen, zweitens in einem Ton gehalten sei, der nicht derjenige eines wissenschaftlichen Werkes sei. Rechtsanwalt Altmann hat sich gegen diesen Dekanatsbescheid beschwerdend an den Unterrichtsminister gewendet. In seiner Eingabe führt er aus:

„Meine Dissertation, nach dem Urteil des vorstehenden Professors „ist gewissermaßen Wert voll interessanter und ergiebender Tatsachen“, ist lediglich wegen der darin ausgedrückten Meinungen zurückgewiesen worden. Sie haben also nicht über das Schicksal meiner Dissertation, sondern über das der Freiheit des höheren Unterrichts in Frankreich zu entscheiden. . . . Ich habe Tatsachen aufgeführt. Wenn sie erachtet sind, so hat man bisher nicht mich, sondern die russischen Behörden vernünftlich zu machen. Diese Tatsachen haben eine Bedeutung, die den Schranken nicht in gleichen Maße eignet. Sie sind höhere Kräfte. Als Welt weiß, daß die russischen Behörden Judenmorde begangen haben. Wie das amte Gemeinwesen, um den Joren der Mörder abzulenken, Menschenopfer brachte, so brauchen die letzten Jaren, um sich gegen den Joren der Menschen zu schützen, Opfergaben der Kinder Jarens. . . . Ich würde ebenfalls die Gedanken der Pariser Juristenfakultät begreifen, wenn sie nicht Werte von der höchsten Antikemismus zugewiesen hätte. In Doktorarbeiten hat man sagen können, daß das jüdische Element zwischen den Eingeborenen ein fremdes Element ist und daß nur die Eingeborenen als wirklich national angesehen werden können. Die jüdische Rasse soll nach den Verfassern dieser Werte eine Rasse sein, die man aus der Weltung, und der Menschheit ausstehen möchte. Der Herr, den ich in meiner Dissertation beging und den begangen zu haben ich mit zur Ehre anrechne, ist, denjenigen zu haben, der derartige Meinungen trägt. Dazu hatte ich das Recht. Ich habe gesagt, daß die Lage, welche die russischen Juden, besonders das jüdische Proletariat, das unglückseligste der Proletariat, erleidet, nur ist: ich habe das tiefste Eingreifen der amerikanischen Diplomatie in die russischen Angelegenheiten nach den Schlußfolgerungen von Michien gerechtfertigt: ich habe auch gesagt, daß Frankreich nicht durch unbedachtlose Anleihen eine Gewalt befähigen sollte, deren Zeit vorbei ist. Diese Gedanken haben kaumzählend geschehen. . . . Wären die Gesinnungen bei den anderen regim, das in Frankreich ist und in Rußland im Sterben ist, nicht in der Pariser Rechtsfakultät fortischen“.

Es bleibt abzuwarten, ob der Unterrichtsminister sich veranlaßt sehen wird, den Fakultätsbescheid aufzuheben, weil es sein Recht ist. Inzwischen zeigt der Fall des Herrn Leon Altmann, daß der Jorismus und seine Regierungsweise, die Judenmordgeheimnisse inbegriffen, wenn sie in Rußland selbst dem Joren des nachgerückten Volkes erlegen sind, immer noch eine Verteidigerin haben werden: die Rechtsfakultät von Paris.

Witte und die Juden. Der russische Ministerpräsident bleibt bei seinem Sprachsinn. Einem Vertreter der „Rösischen Zeitung“ gegenüber erklärte er, er stehe den Juden sehr sympathisch gegenüber und wünsche sie völlig frei zu sehen, aber die Juden seien selbst daran schuld, wenn sie jetzt nicht befreit wären. Denn sie ständen überall an erster Stelle in der Revolution, und wenn das in der Theorie ganz natürlich sei, würden doch die Massen sagen, die Juden seien frei geworden, weil sie Minister und

Gouverneure ermordet haben; wenn die Russen also etwas erreichen wollen, müssen sie auch Revolution machen und Minister und Gouverneure morden.

Diese Rücksicht auf die Massen ist bei einem russischen Minister neu. Unmöglich aber kann Witte selbst das glauben, was er sagt, und er sollte klug genug sein, die Welt nicht so zu unterschätzen, daß er annimmt, sie glaube seiner widersprüchlichen Argumentation.

Sind die Juden die bösen Revolutionäre und Mörder von Ministern und Gouverneuren, wie kommt dann Herr Witte dazu, ihnen „sehr sympathisch gegenüberzutreten und zu wünschen, daß sie völlig frei seien“. Wenn die Juden die Hauptrevolutionäre sind, warum wird dem russischen Volk die Duma bewilligt? Aus purer Liebe zu einem parlamentarischen Regiment doch gewiß nicht. Sondern die Duma und was drum und dran hängt — allgemein ist es ja nicht — ist den Russen gegeben worden, weil sie auch revolutioniert haben. Was die Russen an Konfessionen erhalten, hätten sie nach Wittes Argumentation den Juden zu verdanken, die, wenn sie nicht auch befreit werden, nicht für sich, sondern für ihre Landsleute Revolution gemacht hätten. Alldenn befaßt sich das russische Volk mit schwerer Un dankbarkeit den Juden gegenüber.

Wenn aber Herr Witte die Juden für so mächtig hält, Minister und Gouverneure zu machen, Revolution zu machen und das russische Volk zu befreien, meint er, sie werden sich nunmehr mit dem Verwurfsen zufrieden geben, ihre Landsleute befreit zu haben und in Zukunft die Hände in den Schoß legen? Wohl! bauen wohl für andere Welter, dienen sammeln für andere Wohl, Schätze tragen für andere Welle, aber die praktischen angeblich selbstthätigen Juden, die jüdischen Revolutionäre gar, die mit Erfolg das russische Selbstherrschertum gestürzt, von ihnen ist doch kluger Weise nicht anzunehmen, daß sie das schimpfliche und in Zukunft doppelt unerträgliche Joch ruhig weiter tragen werden.

Aber Herr Witte glaubt selbst nicht, was er sagt, und niemand glaubt ihm. Die Juden haben nicht allein oder hauptsächlich die russische Revolution gemacht, haben nicht dem russischen Volk die Duma verschafft, und man befreit sie nur deshalb nicht, weil man so sein Mütchen küßt, weil man so, wozu man das Bedürfnis hat, eine gewisse Macht zeigt, weil man einen Samenbold haben und Leute zum bequemem Schöpfen behalten will.

Aber heutzutage erreichen selbst ein Jar, zumal ein bekehrter und durch die Revolution eingeschulterter und gebrügter Jar, und ein russischer Ministerpräsident, zumal einer, der nur den Mantel nach dem Winde hängt, nicht immer was sie wollen.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4.40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgebesserte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen an dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mugheburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Unt. & Str. 3875.

Alle Sendungen an die Expedition und Abonnenten sind zu adressieren an Herrn W. Mugheburgerstr. 14, und alle Briefe an Herrn W. Mugheburgerstr. 14, und alle Briefe an Herrn W. Mugheburgerstr. 14.

Ein Parteitag der Deutschen Reformpartei für Ostdeutschland

hat am vergangenen Sonntag unter dem Patronat der Herren Abgeordneten Zimmermann, Bruhn, Berner in Berlin stattgefunden. D. h. eigentlich war es eine „Hauptversammlung des Deutschen Mittelbands“, die durch einen „glücklichen Gedanken“ zu einem ostdeutschen Parteitage „ausgelenkt“ worden war. Daneben spielte aber auch der „Deutsche Antisemitismus-Bund“ als „Stammgruppe“ eine Rolle, die mit dem Mittelbandsbunde die gleiche Gefühls- und Kampfführung hat. Außerdem wurden aber noch Vorstandsarbeiten für den „Deutschen Handwerker-Bund“ vollzogen, der wiederum dem Mittelbandsbunde „angeschlossen“ ist. Aus diesen Bestandteilen — möglicherweise sind es noch gar nicht einmal alle — setzte sich das Parteitagstreffen zusammen, das der Mittelband als „Deutscher Reformpartei“ feiert. Es ist, wie man sieht, keine Kleinigkeit, sich in dem inneren Gewirr dieser einen antisemitischen Partei zurechtzufinden. Daran kann man ersehen, um wieviel größer die Schwierigkeit ist, sich unter den verschiedenen antisemitischen Parteien und Gruppen und Bünden zurechtzufinden, zumal alle Augenblicke irgend ein mißvergünstigter oder entthronter „Führer“ ein neues Geschäft aufmacht.

Die Sache hat aber auch einen ersten Hintergrund insofern, als hier zu Tage tritt, wie die Antisemiten es verstehen, die einzelnen Erwerbsgruppen und Schichten unter sich zu organisieren, um sie dann unter dem Dache einer Partei zu vereinen.

Sehr schloß war der Vorsitzende Abg. Zimmermann auf die „wirtschaftlichen Verbände“ zu sprechen, d. h. natürlich nur auf die, welche es vermagt hatten, mit unter das Dach zu kriechen, das er als Zimmermann der allein antisemitisch sein magenden Reformpartei errichtet hat. Diese hätten „die Massen mit Schlagworten an sich gerissen auf Kosten der Partei“. Also nur schädlicher Reib auf den Konfurrenten, der das „Anreisen“ noch besser versteht! Sehr böse Worte bekam auch die sogenannte „Bruderpartei“ der Deutschfalschen des Abg. Zimmermann von Sonnenberg zu hören, die inessen um Marburg und andere Kreise einen unlauteren Wettbewerb eröffnet haben. — Keine „Brüder“, die, um die Konkurrenz aus dem Felde zu schlagen, nun schon zu „jüdischen“ Geschäftspraktiken ihre Lust nehmen!

Ein Lichtstrahl erhellte aber die Tagung: Es gibt jetzt Reichstagsabgeordnete! 3000 Mk. im Jahre ist

für Leute vom Schlage der Zimmermann, Bruhn, Böckler, Berner, die ihre Sache auf Nichts gestellt haben, kein Pappenstiel.

Sehr trübe sehen aber sonst die Reformer drein. Der neue Justizminister Dr. Bessler gefällt ihnen nicht, weil er ein paar jüdische Richter befördert hat. „Auch an höchste Stelle wird eine Politik getrieben, die wir nicht mitmachen können“ — rief Zimmermann. Deshalb liegt das Heil — Heil — Heil, die Zukunft der Reformpartei nun darin, kräftig Opposition zu machen und eine starke nationale Volkspartei zu werden. — Welches erleben wir, daß — zum wievielfachen Male? — die Reformpartei wiederum umgetauft wird, und daß sie sich, wie sie ihr Programm mit liberalen Fiebern geschmückt hat, nun auch, um noch besser im Trüben fischen zu können, einen liberal klingenden Namen beilegt.

Das sonst auf diesem Parteitage geredet wurde, bewegte sich in den Hunderten von Volkserkrankungen tausend Mal gedrohenen Phrasen: Beschimpfe auf das Ueberhandnehmen des jüdischen Geistes, auf das Großkapital, widerliche Betonung der nationalen Gefühle — der Rastertreue, verquidt mit mehr oder minder verstellten Vorurteilen und Pittanzen gegen die „höchste Stelle“. Dazu natürlich die in teutsch-antisemitischen Versammlungen übliche heillobernde Begeisterung.

Eines aber verdient hervorgehoben zu werden. Auch dieser Parteitag, wie alle antisemitischen, legte besonderes Gewicht auf den Ausbau der Organisation und auf Entfaltung einer ruhigen Agitation. Es wurde beschloffen, zur Stärkung des Wahlbundes von dem Mittelband einen freiwilligen Extrabeitrag zu erheben. Die Agitation soll bedeuten ausgeübt werden, besonders im Osten. Wie der Abg. Bruhn ausführt, hoffen die Reformer bestimmt darauf, die Kreise Arnswalde-Friedeberg (Bruhn) und Schlochau-Platow (Böckler) beim nächsten Wahlkampf der Partei zu erhalten, die Kreise Deutsch-Arns (Reichspartei), Czarnikau-Pilehne (sonst.), Ruckettin (sonst.), und andere aber hinzuzugewinnen. Bei der Gewissenlosigkeit der Antisemiten und bei den Erfahrungen, die man im Laufe der Jahre in Schlochau, Arnswalde und vielen anderen Kreisen mit der antisemitischen Agitation gemacht hat, kann man sich angesichts dieser Artandigung auf die unglaublichen Leistungen gefaßt machen, besonders im Osten, wo die Antisemiten nicht viel zu verlieren haben, aber viel zu erobern hoffen.

Wenn man bedenkt, daß im Osten noch zwei weitere Antisemiten — allerdings anderer Spielart — im Besitz von Wahlkreisen sind: Pastor a. D. Ströbel in Perle-Saagitz, jüdisch in Ost- und West-Sternberg, so heißt es für die als Gegner der Antisemiten in Betracht kommenden liberalen Parteien, auf der Gut zu sein und bei Zeiten den, wenn auch wenig reichlichen und erwiderten Kampf mit diesen Demagogen aufzunehmen — ehe es zu spät ist!

Die Antisemiten sind Weiser in der Volkswirtschaftlichen Agitation, sie sind rührig, sie halten Versammlungen über Versammlungen ab, sie scheuen vor keinem Mittel der Demagogie zur Entseelung der niedrigsten Instinkte der Massen zurück — verdanken doch Ströbel, Bödler, Bruhn ausschließlich der politischen Ausbeutung des unglücklichen Königs Morde ihre Wandate! — sie haben Geldgeber hinter sich, die in ihrem eigenen geschäftlichen Interesse — man denke an Rudolph Herzog u. a. — den Antisemiten die Massenagitation ermöglicht haben.

Dieser antisemitischen Wähler- und Volkswirtschaftlichen, die sich mit so großen Hoffnungen trakt, auflösend entgegenzutreten, und zwar so bald wie möglich, sollte die dringendste Aufgabe der liberalen Parteien in den in Frage kommenden Wahlkreisen sein. Wird diese Aufgabe so rasch wie möglich in Angriff genommen, dann hat der Sublimebdel-Parteilag der Mittelstands-, Antisemiten-, Handels- und Reform-Partei wenigstens eine gute Wirkung gehabt.

Aus dem Reichstagswahlkreis Eisenach

wird uns geschrieben:

Auch hier geht es mit dem Antisemitismus wie in anderen Wahlkreisen. In der Stadt hat er schnell abgegriffen, nur bei den ländlichen Wählern, die leider auch hier mehr als gut tut, von den Großagrarern beeinflusst werden, kehrt er herum. So sprach der Antisemit Schöck in den ländlichen Wahlkreisen unseres Kreises in der Osterwoche und später. Die von den Deutschsozialen selbst verfassten und an viele kleine Zeitungen eingelangten Memoranden melden von diesen Versammlungen, daß Herr Schöck von seiner reichen Tätigkeit im Plenum und in den Kommissionen des Reichstages berichtet habe. Die Stenogramme der Plenarsitzungen wissen hiervon sehr wenig, auch in den Berichten der Kommissionen sucht man vergeblich den Namen Schöck. Da wir im Wahlkreis östl. Ralsbergbau haben, wird den Antisemiten jetzt allenthalben, und zwar berechnungsgemäß vorgehalten, daß von ihrer Seite zwar ein Ausnahmefall auf Fall angeragt wurde. In Eisenach mußten sich die Freunde des Herrn Schöck mit seinem Freund Wittmann begnügen, der den Hamburger Handlungsgesellschafter über den grünen Rie lobte und auch besonders wieder die Handlungsgesellschafter zur Werberarbeit aufforderte. Als Antwort konnte man wenige Tage darauf in einem aus Handlungsgesellschaftern bestehenden Artikel in der „Eisenach. Tagespost“ folgenden lesen:

„Die Handlungsgesellen, die für die Antisemiten und Agrarier und deren Politik eintreten, helfen den Antisemiten, auf dem sie sitzen. Können denn solche antisemitisch-agraarische Handlungsgesellen bei ihren Prinzipalen irgendwelche sozialen Forderungen stellen, wenn sie im Rahmen eines Verbundes von sozialistischen Angehörigen bezwogene handelskleinliche politische Portien unterstützen.“

Interessant ist es übrigens, wie die sogenannten Resultate der antisemitischen Werberarbeit erzielt werden. Man erzählt den Geschäftsführern sonderlich von dem gescheiterten (1) Nutzen, den die Antisemitische Partei bringe, sie man den oben, herumgeführt hat. Wer absolut sich als Mitglied einer antisemitischen Partei nicht anwerben lassen will, wird als „Förderer“ einge-

geschrieben; das kostet eine Mark weniger und bringt doch etwas ein. Dieses unausgesetzte Treiben um Beiträge für die ach so schwache Partei, heißt — Werberarbeit und wird, wie dies bei den Antisemiten nachgerade üblich ist, durch Sitakuren und Druckreden von Hamburg und Eisenach aus groß betrieben. Will solchen Treiben jenseit man hier gegen Warenhäuser und Konsumvereine zu Hilfe.

Überlandbezirksrat Herr v. Richtigshofen hat nun auch glänzend den Lohn für seine treuen Dienste bei der Reichstagsersatzwahl in Eisenach geerntet. Dieser Lohn des verstorbenen Staatssekretärs hat seinerseits bei dem erneuten Bündnis der Antisemiten und Agrarier in Eisenach Parteigefanden und ist inermäßig mit drei von dem Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie gestellten Rednern für die Antisemiten auf die Dörfer gezogen. Damals (ungefähr vor 5 Monaten) vom Herr v. Richtigshofen noch Landrichter in Eisenach; kurze Zeit später war er Oberlandesgerichtsrat in Jena geboren, und nun bewirbt er sich um das Mandat von Waldeck-Vormont. — Bei den Verwaltungsbeamten im Großherzogtum haben die Antisemiten übrigens viele Freunde, lieber auch unter den Richtern. Unter den Epikuren antisemitischer Regierungsbearbeiter haben aber am meisten die Freisinnigen zu leiden. Der antisemitische Bezirksdirektor von Eisenach Traudtetter hat nicht nur das freisinnige Organ von Eisenach verlagert, weil es anderer Meinung über den Stichwahltag in Eisenach war, als er; es sind auch, z. T. auf seine Veranlassung, noch im ganzen ca. 20 Personen vernommen worden, die angeblich die Antisemiten bedroht haben sollen. Da die Vorgänge bei der Reichstagsersatzwahl in Eisenach im weimarischen Landtage und im Reichstage bereits mehrfach zur Sprache gekommen sind, wird der Ausgang der Untersuchungen allgemein interessiert. Der antisemitische Bezirksdirektor hat öffentlich sowohl von nationalliberalen als auch freisinniger Seite zu hören bekommen, daß er in politisch besangenen, er hat dies entschieden verneint. Da das letzte Wort über die Wählerarbeit der Antisemiten an Gerichtsstelle gesprochen wird, wollen auch wir mit unserem Urteil bis dahin warten.

Herr Bartels auf dem Kriegspfade.

Volle dreiviertel Jahre hat sich Herr Professor Adolf Bartels bekommen, bis er auf unsere Widerlegung seiner Legende von der „Verjudung“ der deutschen Presse (vergl. „Mitteilungen“, Jahrg. 1905, Nr. 23) etwas zu erwidern fand. Wir haben damals zum Beweise, wie Herr Bartels mit seinen Verallgemeinerungen fälschlich, einige Duzend größerer deutscher Tageszeitungen namentlich angeführt, von denen auch nicht eine sich „in jüdischen Händen“ befindet, d. h. einen jüdischen Verleger oder Schriftredakteur besitzt. Nun hören man, wie Herr Bartels seinen „Gegenbeweis“ unternimmt. Er druckt im „Sammer“ (5. Jahrg. Nr. 93 vom 1. Mai d. J.) jenen Passus unserer Polemik ab und kauft daran die Bemerkung:

„So weit die „Mitteilungen.“ Ja, die Antisemiten sind jüdische Räte, das unterliegt keinem Zweifel; sie verurteilen das arme gedrückte Judentum. Aber — schauen wir die Angaben der „Mitteilungen“ doch erst noch etwas näher an; nehmen wir sie lieber nicht so ohne weiteres auf Treu und Glauben hin. Da steht unter den Zeitungen, die weder einen jüdischen Verleger noch Schriftredakteur haben sollen, selbstverständlich das „Hamburger Fremdenblatt.“ Aber das ist ja ein ehrlichkeits Hamburger Judenblatt, bricht hier ein Renner der Hamburger Verlagsfirma (ich selber kenne sie übrigens auch) los, und die nach ihm genannte „Neu-Homb. Bl.“ vor zu jener Zeit (insgesamt ist sie in den Berichten des „Hamburgischen Korrespondenten“ übergegangen) auch eins. Sind nicht vielleicht die übrigen Angaben der „Mitteilungen“ von gläubiger Judenverachtung Selbstverständlichkeit, wenn eine Zeitung in den Händen einer jüdischen jüdischen Rhein-Verlagsfirma ist, dann hat sie keinen jüdischen Verleger, und wenn der übliche „Renner“-Verlag als Schriftredakteur fungiert, dann hat sie auch keine jüdische Redaktion — für die Rabbinen;

geheilten Leute wissen, daß es Judenblätter gibt, die auch nicht einen einzigen jüdischen Redakteur haben: Wir nennen nämlich Judenblätter alle die, die philosophisch sind oder unter der sehr verdrehten Kränzel der Judenwürde leiden und in jüdischen, d. h. radikalen und sensationellen Weisen geleitet werden. Es mag ja sein, daß die meisten General-Anzeiger und verwandte Blätter nicht in den Händen von Juden sind (mit Schmach aber auch eines der ersten Wiener-Gesellschafts, in der doch wohl Juden zu finden waren). Judenblätter aber sind sie doch in der Regel, weil sie von den Juden in unsere Literatur und Publizität hineingebracht sind. — Beweise, Beweise! plägiert die „Mitteilungen“ in solchen Fällen zu ruhen und von „Häufertücken“ zu reden. Aber sie vergriffen, daß es sich hier um Lebens-Eindrücke handelt, die man in gewöhnlicher literarischer Tätigkeit empfangen hat, und die richtig sind, ob auch die einzelnen Tatsachen, auf denen sie beruhen, nicht mehr alle bezeugt werden können. Jeder denkende Mensch empfindet hier die nämlichen Eindrücke. Überdies würde schon eine genaue Statistik über die bei deutschen Zeitungen beschaffigten jüdischen Redakteure das nötige Material für die Verjagung unserer Presse bringen: Haben freilich einige oder national-liberale Blätter wie die „Reife Zeitung“, die „Rheinische Ztg.“, die „Münchener Freiheit“ etwas gar keine jüdischen Redakteure? Der Handels-Blatteur ist ja sogar bei konservativen und Zentrum-Blättern manchmal ein Jude. Und ganz ohne Beweis ist auch dieser Herr Feinberg.

Sieht man sich diesen netten Anwalt von Lebensarten in der Nähe an, so erstaunt man, auch wenn man vieles von dieser Seite gewohnt ist, über die unangenehme Rederei, mit der jenes „widerlegt“ wird. Also alles, was Herr Bartels auf unsere Aufforderung, seine häßlichen Behauptungen durch Angabe von Tatsachen und Namen zu substantiieren, beibringen kann, ist dies, daß das „Hamburger Fremdenblatt“ ein „albekanntes Judenblatt“ sei und daß die „Neue Hamburger Zeitung“ bis vor kurzem auch eines gewesen sei. Zur Beleuchtung der „Renner“-Hamburger Verhältnisse, deren Herr Bartels sich oben rühmt, diene zunächst die Tatsache, daß es der „Neuen Hamb. Ztg.“ nie eingefallen ist, in den Verlag des „Hamburger Korrespondenten“ überzugehen, daß das Blatt vielmehr von Anbeginn bis heute im selben Verlag erscheint, daß der Verleger und gleichzeitige Herr des Blattes Herr Dr. jur. Julius Gendel ist, ein Sohn des verstorbenen hochangesehenen Halleischen Verlagsbuchhändlers Otto Gendel, des Begründers der weltbekannten „Bibliothek der Gesamtliteratur“ und Verleger der „Saale-Ztg.“; daß dieser Herr ebenso wie unserer Kenntnis nach die ganze Redaktion der „Neuen Hamb. Ztg.“ (wenn Herr Bartels es besser weiß, mag er es sagen) christlicher Abkunft ist. Sieht man zu, was Herr Bartels oben über die „Neue Hamb. Ztg.“ objektiv und was mit absoluter Bestimmtheit öffentlich sagt, so hat man gegen einen Maßstab für die Genauigkeit seiner Informationen und die Glaubwürdigkeit „Lebenslanger Eindrücke“. Das „Hamburger Fremdenblatt“ erscheint im Verlage der Firma G. Dieblich & Co. G. m. b. H. — wir wissen nicht, ob einer der Gesellschaften zufällig Jude ist — Herr Bartels weiß es auch nicht. Aber ein Judenblatt ist es darum doch, ohgleich weder der Ehebedakteur Dr. Wend, noch der selbstredende Ehebedakteur Herr Oskar Riede, noch sogar der Handelsbedakteur Dr. Paul Rasch Juden sind.

Das also — diese läppische Wiederholung einer unbewiesenen allgemeinen Behauptung, bei der das einzige konkrete Faktum obendrein, wie wir zeigten, eine Lüge ist — das also ist das Material, mit dem Herr Bartels uns abführen möchte und seinen gläubigen Lesern gegenüber sich als „Renner“ aufspielen mag! Und da er, in die Enge getrieben, uns nichts faktisches entgegenzubringen hat, rückt er mit einer neuen Definition der „Judenpresse“ heraus. Danach sind also Judenblätter alle die, die „philosophisch“ sind oder in „jüdischem Geiste“ geleitet werden. Also kurz herausgesagt: alle nicht konservativen oder nicht antisemitischen Blätter. Denn alle national-liberalen, freilichmigen, völkernationalen, nationalsozialen, sozialdemokratischen Blätter sind nach Herrn Bartels jüdisch und die parteilosen

erst recht — also immerhin, nehmst alles nur in allem, etwas fünf Sechstel der deutschen Tagespresse.

Nach dieser Kennzeichnung können wir wohl Herrn Bartels seinen Verjüngungsphantasien wieder für eine Weile überlassen. Wir gönnen ihm die Befreiung, die derartige ernst nehmen. Habeant sibi!

Die Frauenbewegung und die Antisemiten.

Eine bekannte angesehene Führerin in der Frauenbewegung schreibt uns:

Charakteristisches für die Art und Weise, wie man von kirchlich-orthodoxer Seite gegen alles vorgeht, was diesen Leuten unbecom oder unangenehm ist, erleben wir fast täglich in der Frauenbewegung. Eine christliche Frauenbewegung gibt es erst seit kurzem, sie wurde durch den Dopfprediger a. D. Stöcker und den Orientalen Heber-Madad ins Leben gerufen, nachdem dieselben alles getan hatten, um die Frauenbewegung zu verunglimpfen. Nun die Bewegung beständig an Stärke zunahm, versuchten sie die Gründung einer Frauenbewegung auf christlich-sozialer Grundlage, erklärten die Führerinnen der unabhängigen Frauenbewegung für Ketzerinnen oder Jüdinnen. Besonders wurde letzteres in geradezu schamloser Weise angeführt, alles was von unserer Seite gesagt, um dem entgegenzutreten, war vergebens. Damit die ganze Bewegung diskreditiert werden sollte, erfand man die ungläublichsten Dinge von diesen „Jüdinnen“, von denen nichts anderes zu erwarten sei als Sittenlosigkeit, Frechheit, wüster Geschrei usw.

Die sogenannte „radikale Richtung“ wurde besonders von der konservativ-agrarischen und orthodox-kirchlichen Seite mit der schäblichsten Händelei von Ausdrücken beworfen, nur weil man die Richtung als Schreckbild der „Verjüngung“ hinstellen versuchte. Da waren sämtliche Reberinnen des Verbandes Fortschrittlicher Frauenvereine wackelige Jüdinnen. Und doch ist Antia-Ausgangspunkt der christlichen Abkunft. Minna Cauer, früher immer Krakerer bezeichnet, die aus Bescheidenheit ihren Namen verwechselte, ist die Tochter eines Pfarrers. Sylvia Geymann, Marie Bismarck (angeblich polnische Jüdin, ist die Tochter einer pensionierten Majors), Räte Schirmer usw. — alle werden zu Jüdinnen gerechnet, dabei ist keine einzige von ihnen Jüdin. Wenn sie es wären, so würden sie es mit Stolz bekennen, denn das, was ihnen als schlimmste Fehler des Judentums nachgesagt wurde, waren doch nur Eigenschaften, die von Mut, Kraft und Intelligenz zeugten. Die trefflichen Eigenschaften traute man aber den christlichen Frauen nicht zu.

Die ganze Sache war aber durchsichtig, man wollte die freie unabhängige Frauenbewegung dadurch in den Augen der Welt herabsetzen, daß man sie als von Jüdinnen geführt darstellte. Unter den maßgebenden Führerinnen gibt es kaum eine Jüdin, trotzdem sie durchaus tüchtige und gleichbewußte Anhängerinnen der Frauenbewegung sind, sie halten sich absichtlich zurück. Die unabhängige Frauenbewegung kennt keinen Unterschied in der Religion, sie kennt nur die Befreiung der Frau auf wirtschaftlicher und geistlicher Grundlage und vermeidet jeden Kampf der Rassen, sie vertritt daher das höchste Menschentum. Daß engbrüstige Christen dieses hohe Menschentum nicht vertreten, beweist uns der widerwärtige das deutsche Volk spänende Antisemitismus.

Minna Cauer.

„Mader“ in Antisemitismus.

Die „Gazette de Lorraine“, eine in Metz erscheinende Zeitung, enthält in ihrer Nummer vom 22. April folgenden die Überschrift: „Les Tracassants de l'antisemitisme“

führenden Artikel, den wir möglichst wortgetreu übersetzen. Die Leser werden gleich sehen, warum uns der geläufige Ausdruck „Geschäftsantifemiten“ nicht genügen erschien.

„Donnerstag ist bei Juden in Paris eine Sensations-schrift von Jules Guérin, dem Kommandanten des „Fort Chabrol“, unter dem verheißenen Titel: „Die Räuber in Antifemitenismus — das Haus Drumont und Rompagnie“ erschienen. Das Werk gehört zu derjenigen Literatur, zu deren lärmenden Produktionen auch die Schrift „Die Ruffen des Boulangerismus“ von Mermelz gehört.

Der Verfasser gibt als seinen Zweck an, noch ein Mal den Augustasplatz zu reinigen. Herr Drumont, der rabiate antifemistische Pamphletist der „Libre Parole“ ist es, den er vorzugsweise auf Korn nimmt. Guérin folgt ihm durch alle Ereignisse während der beiden letzten Jahrzehnte des dritten Republik, und er greift ihn mit der Vorgänge in seinem privaten und politischen Leben mit großer Lebhaftigkeit an.

Drumont wird beschuldigt, die „Libre Parole“ mit einem Juden, einem gewissen Blumard, gegründet zu haben, um die antifemistische Strömung in seinem Partei auszunutzen; Proben — femitischer Geldgier gegeben zu haben; für sich bedeutende Summen besessen zu haben, die für die antifemistische Propaganda bestimmt waren. Zweimal, versichert Guérin, hat Drumont versucht sein Journal der royalistischen Partei zu verkaufen, das erstmal im Jahre 1902; aber das Geschäft scheiterte, weil Drumont außer der Beibehaltung seiner Stellung als Chefredakteur mit bedeutend erhöhtem Gehalte — eine Million für sich persönlich verlangt hatte; das zweite mal im Januar 1906, zu welcher Zeit er Herrn Edmond Daudet nach London geschickt haben soll, um dem Herzog von Orleans — der aber abgelehnt hat — das Journal für eine Million zum Kauf anzubieten.

Guérin beschuldigt Drumont ferner, eine betrügerische Lotterie veranstaltet zu haben, den Rechenschaftsbericht der „Libre Parole“ gefälscht zu haben, um Untersuchungen zu verhindern; endlich Erpressungen verübt zu haben bei gewissen großen Pariser Magazinen.

Die Freunde Drumonts werden gleichfalls hergenommen. Gaston Méry, Eyraud, Vapillon und noch andere weniger bekannte werden in aller Form beschuldigt, an diesen Machereien teilgenommen zu haben. Gaston Méry soll die „Libre Parole“ zur Verfügung Lévy's, des Polizeipräsidenten, gestellt haben, um eine ganze Reihe von Dokumenten zu veröffentlichen über die Rolle, die Edgar Combes, der Sohn des Ministerpräsidenten, in den Cercles-Angellegenheiten gespielt hat.

Das ganze Buch ist nichts als eine außerordentlich heftige Antisagestift; Guérin hat nichts unterlassen, um seine politischen Freunde von gestern, die heute seine persönlichen Feinde sind, niederzuschlagen.

Die Seiten, welche der „Belagerung“ des Fort Chabrol gedenken sind, sprechen von fortwährenden Freigeboten und von einem Mangel an Mut bei den hervorragenden Antifemiten, die erst geschworen hatten, die Republik zu führen, aber sofort das Weite suchten, als die erste Gefahr sich zeigte. Inzwischen, und jedenfalls unfreiwillig, zeigt der Verfasser den Wert aller reaktionären Bewegungen der letzten Jahre. „Das Fort Chabrol“, sagt Guérin, war der einzige energische Akt, der seit sehr vielen Jahren in Frankreich ausgeführt worden ist, um gegen den Mißbrauch der Macht zu protestieren.“

Man hat nie daran gemeißelt, daß der Boulangerismus, der Nationalismus und der Antifemitenismus nur leere reaktionäre Schauzüge und ihre marktschreierischen Unternehmungen im Grunde nur theatralische Mache waren.

Hier haben wir das Geständnis nach Entfernung alles Feuerwerks.

Wir können nicht unterlassen, hierzu zu bemerken, daß wir in Deutschland über Mangel an Geschäftsantifemiten und selbst recht dunklen Mächtern in Antifemitenismus nicht zu klagen haben. Sie sind im Großen und Ganzen überall einander gleich; sie haben dieselben Motive, dieselben Ziele, dieselbe Sorte Publikum und bedienen sich demgemäß auch derselben Mittel und derselben Mache. Es fällt uns ein, daß ein naiver deutscher Antifemite in dem Berliner antifemistischen Moniteur einmal über ein Interview Drumonts berichtet hat und so tat, als wäre dieser eine Art Heiliger oder Prophet. Auch das gehört zur Mache.

Amerikanischer Brief.

Die furchtbare Katastrophe, die San Francisco und eine ganze Reihe kalifornischer Städte betroffen hat, dürfte von nicht geringem Einfluß auf das Schicksal der verschiedenen Völkern betreffend die Beschränkung der Einwanderung und auch auf die seit längerer Zeit in den Vereinigten Staaten überaus lebhaft erörterten Einwanderungsfrage überhaupt sein. Dinehin hatten zahlreiche Arbeitgeber in den Weststaaten sowie in den Südstaaten erklärt, daß sie noch recht viele Arbeitskräfte verwerten könnten. Jetzt, da es sich um den Wiederaufbau einer ganzen durch Erdbeben und Feuergegnisse zerstörten großen Stadt und mehrerer mittlerer und kleiner Städte handelt, werden Arbeitskräfte sogar rar und darum gesucht sein, und das wird namentlich auch den eingewanderten russischen Juden zu statten kommen, von denen, wie bereits in einem vor einigen Monaten in den „Mitteilungen“ gedruckten amerikanischen Brief berichtet worden ist, so viele sich dem Wandern wert gewunden haben, daß sie selbst in dem riesigen New York eine Aufsehen erregende Erscheinung bilden.

So lebhaft auch die Einwanderungsfrage erörtert wird, das ist sofort erkennbar, daß die Intelligenz für möglichst ungehinderte Einwanderung aller arbeitsfähigen, arbeitswilligen und gesunden Elemente ist. Und die Intelligenz ist das nicht etwa blos aus sentimentalischen Gründen, nicht blos aus Mitleid für aus religiösen oder politischen Gründen Flüchtlinge, sondern weil sie der wohl begründeten Überzeugung ist, daß die Einwanderer dem Lande von größtem Nutzen sind, daß was die energiegelassenen Gegner der Einwanderung gegen diese an Gründen vorbringen, ganz und gar nicht stichhältig ist. Der allerdings interessierte und darum besorgene Herr Prescott Hall hat in seinem Werke „Einwanderung“ so ziemlich alles zusammengetragen, was einigermaßen gegen die Einwanderung vorgebracht werden kann.

Der Haupteinwand ist bekanntlich, daß durch die Einwanderer die Löhne und die Lebensführung der amerikanischen Arbeiter herabgesetzt werden. Cyrus Sulzberger weist nun nach, daß die Löhne vor der Einwanderungsperiode ganz bedeutend niedriger waren als während derselben. Im Jahr 1880 betrug der durchschnittliche Lohn aller Industriearbeiter 344 Dollars pro Kopf, im Jahre 1900 dagegen 437 Dollars. Die Zahlen sind aus dem Senatsbericht über die Löhne entnommen. Nun könnte man glauben, daß vielleicht besonders in der Konfektionsindustrie, die bekanntlich eine Spezialität der eingewanderten Juden ist, die Löhne ganz besonders zurückgegangen seien. Aber in dieser wurde ein Durchschnittslohn von 581 Dollars pro Kopf bezahlt, also erheblich mehr als der Durchschnittslohn der Industriearbeiter überhaupt.

Es wurde ferner die Einwanderung verantwortlich gemacht für das Aussterben der Granulose in Amerika, für die Ab-

nahme der Geburten in den amerikanischen Familien, für den Stimmenaufw. ufm. Aber in einem bereits 1828 in Wien von Dr. Esle veröffentlichten medizinischen Werke heißt es: In dem Mißlingspigeel nahm im Jahre 1825 die Granulose ungeheure Dimensionen an und die Zahl der Fälle von anstehenden Augenkrankheiten war erschreckend. In einer Schrift von Dr. Volbt, veröffentlicht in Berlin im Jahre 1903, heißt es auf Seite 79: Im Staate Illinois kamen im Jahre 1881 auf Granulose 65 unter tausend Krankheitsfällen. Dr. Pusey in Philadelphia stellt fest, daß im westlichen Kentucky die weiße Bevölkerung, namentlich die amerikanische und trischer Abstammung, sehr häufig an Granulose leidet. In amerikanischen Städten fast ohne jeden Fremden ist der Stimmenaufw. so eingebürgert, daß man mit der Einnahme geradezu rechnet. Und was die Abnahme der Geburten betrifft, so weiß man, daß diese fast in allen europäischen Ländern auch beflagt wird.

Man sieht, das Vorurteil arbeitet überall mit Phrasen und allgemeinen Behauptungen, die sich wie Nebel verflüchtigen, wenn man ihnen mit Zahlen und Tatsachen entgegensteht.

Die nicht voreingenommenen Amerikaner rechnen einfach so: Die Kosten der Erziehung eines Kindes bis zum Alter von fünfzehn Jahren betragen in Deutschland nach Friedrich Rapp 562½ Dollars, in den Vereinigten Staaten 1000 bis 1200 Dollars. Nimmt man den Wert eines Einmunderers über 14 Jahre mit 1000 Dollars an, dann müßte der Reichtum der Vereinigten Staaten durch die Einmunderung aller Einmunderer im Alter von mehr als 14 Jahren, wenn sie alle im Lande geblieben, im Jahre 1903 sich um 754 615 000 Dollars vermehrt worden sein. Der frühere Einmunderungskommissar John Webber in New-York schätzte die Zahl der Fremdegeborenen zur Zeit der ersten Volkszählung auf 10 000 000, von denen 2 000 000 durchschnittlich einen Dollar täglich verdienten. Sie vermehrten also die Einnahmen des Landes um 600 000 000 Dollars jährlich.

Wie berufene Männer aber den Wert speziell der jüdischen Einmunderer auch aus den jüdischen Gebieten Europas denken, ist an dieser Stelle wiederholt berichtet worden. Die amerikanischen Juden geben sich zudem besondere Mühe, die jüdischen Einmunderer recht schnell und dabei doch gründlich zu amerikanisieren. Sie lassen sie unterrichten und machen sie mit der Sprache, den Gesetzen und den Sitten des Landes bekannt und das mit erstaunlichem Erfolge. Die Baron Hirsch'sche Organisation hilft da systematisch mit, jedoch ohne die Einmunderung zu begünstigen oder gar zu fördern.

Aus dem antisemitischen Lager.

Verlogenheit der „Deutschsozialen Blätter“.

Der Delegiertentag des rheinisch-westfälischen Ausbreitungverbandes Hirsch'sch-Dunderlicher Gewerksvereine hat empfohlen, der nächste allgemeine Verbandstag der Gewerksvereine solle an Stelle des verstorbenen Dr. Max Hirsch als Leiter des Verbandes einen Arbeiter wählen und diesem einen Nationalökonom als Hilfsrat zur Seite geben. Obgleich in diesem Beschluß der Name des Verbandesverwalters Vantagohd, Karl Goldschmidt, der genau so wie die übrigen leitenden Personen in der Gewerksvereinsbewegung Arbeiter gewesen ist, mit seinem Wort erwähnt wurde, knüpfen die „Deutschsozialen Blätter“ des Herrn Liebermann von Sonnenberg daran eine Bemerkung, die wir unsere Lesern nicht vorenthalten möchten:

„Die rheinisch-westfälische Richtung will also nicht dem präsumierten Chronisten Karl Goldschmidt (treulichen Landtagsabgeordn.) den Zweck schenken. Diese Richtung strebt für den guten Geismut der Leute; nach dem Judentum Hirsch der Jude Goldschmidt wäre vielleicht des Guten auch zu viel gewesen.“

Hierzu bemerkt die „Fr. D. Pr.“ erstens, daß die Gewerksvereine ebenso wie bisher so auch in Zukunft die Menschen nicht nach der Geburtssuffizienz, sondern nach ihrer Nützlichkeit beurteilen werden. Der beste Beweis dafür ist der, daß der Verband der deutschen Gewerksvereine dem „Juden Hirsch“, der von allen Gewerksvereinen ohne jede Ausnahme hoch verehrt wird, am Sterbetage des unermüdbaren Vertreters der Arbeiterinteressen, am 26. Juni, ein Denkmal aus Granit setzen will. Zum andern aber stellt das Blatt fest, daß die Bemerkung der „Deutschsoz. Blätter“ von dem „Juden Goldschmidt“ ein frecher Schwindel ist. Abg. Goldschmidt ist gar nicht Jude, vielmehr stammt er aus einer alten christlichen Familie Weisbaden.

Es ist ein beliebter Trick der antisemitischen Blätter, jede Persönlichkeit, die ihnen aus irgend einem Grunde nicht behagt, als Juden zu bezeichnen, und so oft die antisemitischen Herren in dieser Beziehung schon Elogen gekostet worden sind, setzen sie trotzdem mit dem Eigennamen von Monomanen ihre Weisheit weiter fort. Freilich kommt es ihnen überhaupt auf eine Unwahrheit mehr oder weniger nicht an.

Vom Stöckerischen „Volk“. Man ist von der ausländischen Presse genötigt, daß sie mit Vorliebe „plante“ Einzelheiten aus dem Privatleben der regierenden Fürsten aus Tagelicht perst. Die deutsche Presse ohne Unterschied der Parteirichtung hat sich bisher an der Verbreitung solcher auf ihre Nützlichkeit schwer zu kontrollierenden und mehr oder minder auf Klatsch beruhenden Sensationsnachrichten nicht beteiligt. Eine unermüdete Ausnahme hat in mehreren Fällen nur das Stöckerische „Volk“ gemacht, das sich auch jetzt wieder aus Anlaß der russischen Anträge von seinem Pariser Korrespondenten allerlei pikante Geschichten aufstellen läßt. Das französische Publikum werde zu der Subskription auf die russische Anleihe u. a. auch durch das „aus hohen Kreisen gegebene gute Beispiel“ stimuliert; es heißt dann weiter:

„Raum ein europäisches Staatsoberhaupt, den deutschen Kaiser ausgenommen, hat nicht in russischen Werten spekuliert. Am erfolgreichsten der Herzog von Connaught, der jedesmal die Baillie zu geschickten Ankäufen denkt. Man führt sich hier zu, was die einzelnen Provingen (so wohl heißen müssen) von diesen gefährlichen und doch so schön hoch organisierten Papieren besitzen. Der jetzige König von England habe als Prinz von Wales einen Kaufman davon vom Kronprinzen Friedrich von Preußen geliehen erhalten und sei nachher von Wilhelm II. gemahnt worden; daher, schon vor langen Jahren, die erste Zustimmung. Aber diese „aktuelle“ Russenpapierlesart wird von anderen vermieden. Nein, sagen die ganz Eingeweihten, der Krad komme aus Kiel. Der Ring Edward ist dorthin mit einer Taschentuch gepachtet, mit dem Theehändler Duxton, dem Zeitungsverleger Harmsworth und der schönen Madame K. . . . Das Hofmarschallamt habe diese Drei oder nicht auf die offizielle Liste der Eingeladenen gesetzt und da sei der Ring sehr böse geworden.“

Von allem anderen abgesehen, hätte das antisemitische Blatt, dessen spiritus rector, wie man weiß, seine plötzliche Entfernung aus dem Doppelregiment noch immer nicht verbinden kann, sich doch sagen müssen, daß das Aufkommen solcher Klatschgeschichten der langsam wieder aufkeimenden Besserung unserer Beziehungen zu England nicht weniger als förderlich ist.

Das „Bayerische Vaterland“ klagt: „Prinz Ludwig, der künftige bayerische Kronfolger, wird, wie aus dem Sendungsstraße-Moniteur zu erhellen ist, am 24. Mai zur Jahrhundertfeier die Stadt Fürth besuchen und dem dortigen jüdischen Hofjungenkinder

Sahlmann Wohnung nehmen. Es muß schon recht merkwürdig berühren, daß für den christlichen Prinzen sich kein Quartier in einem christlichen Hause aufstellen ließ. Oder ist Rütch schon so stark verjudet, daß für den bayerischen Thronerben in einem christlichen Hause wirklich kein Platz mehr zu finden ist?"

Als Nachklang zu dem großen Konig-Prozeß, in dem, wie wir erinnern, der damalige Verleger der „Staatsbürgerzeitung“ Wilhelm Rütch und der verantwortliche Redakteur des Blattes Dr. Böttcher zu empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt worden sind, sei, im Anschluß an die Notiz in der letzten Nummer der „Mitteilung“, die Erklärung des Herrn Rütch wiedergegeben, die er in seiner „Wahrheit“ veröffentlicht:

In der letzten Nummer der „Wahrheit“ teilte ich mit, daß ich die Verurteilungen, die durch Justiz und Gerichte gegen mich verhängt worden sind, entgegen meiner bisherigen Anschauung mit einer klaren Beantwortung bejahe. Von den verschiedenen Seiten wird mir nun geraten, doch an meinem Vorsatz, gegen Gerichte nicht zu klagen, festzuhalten und in anderer Weise dem Treiben dieses Herrn und seiner Helfersteller gegen mich den Boden zu entziehen.

Von jenen Seiten ist verdröhelt worden, ich hätte 1500 Mtl., die mir von Frau S. für den Redakteur Dr. Paul Richter übermietet worden seien, diesem vorantzahlen und mich erst auf wiederholtes Drängen zur Herausgabe des Geldes bestimmen. Diese Befehdigung ist unanständig.

Anfangs eines von Gefinnungsbildung erfüllten Jahres überbrachte mir Herr S. Mitteilung aus 3000 Mtl. von Herrn und Frau S. als Beitrag zu den Kosten, die für Dr. Richter und mich in einem gegen uns geführten Prozeß entstehen würden. Durch besondere Umstände habe ich die Zahlung des auf Dr. Richter entfallenden Kostenanteils übernommen. Diese Verpflichtung, die wesentlich über den vorherbestimmten Betrag hinausging, habe ich erfüllt. Dr. Richter forschte später von dem erwähnten 3000 Mtl., deren Bestimmung ihm früher ebenso klar wie mir gewesen war, die Hälfte als persönliche Retraite ab und behielt, daß die Hälfte bis 3000 Mtl. zu dem Prozeßhause hätten verwendet werden sollen; er behauptete, daß ein in dieser Angelegenheit an mich gerichteter Brief seine nachträgliche Anschauung bestätige. Da Dr. Richter mit einer Klage drohte, die Spender der genannten Summe aber aus naheliegenden Gründen die mit jedem Gerichtsverfahren verknüpften Unbequemlichkeiten unter allen Umständen vermeiden wissen wollten und ich mich gehalten glaubte, diesem Verlangen aus Gründen einschärfender Dankbarkeit nachzukommen, so wußte ich, daß ich schließlich — auch in Rücksicht auf die gemeinsamen Kämpfe und deren harte Folgen für Dr. Richter — der Selbstberuhigung bedürftig nach und zahlte ihm die verlangten 1500 Mtl., ohne indes prinzipiell die Berechtigung seiner Forderung irgendwie anzuerkennen. Diese für jeden Rechtsinhaber ohne weiteres begreiflichen Vorgänge und Umstände sind der tatsächliche und einzige Hintergrund der heillosen Verhöhnungen, die von Gerichten und Gerichten publizistisch in gekühler Weise angedeutet werden sind. Ich habe mich davon überzeugt lassen, daß diese Anfeindung für meine Freunde grünschwerlich wird. Am dem Urteil der Gerichte und Gerichten aber liegt mir nicht das geringste. Ich sage hier einen Brief des Herrn R. Weismann an, der mir zum Zwecke dieser Veröffentlichung freundlichst zur Verfügung gestellt worden ist.

Wilhelm Rütch,
Dr. R.

Berlin, den 26. 4., 06.

Herrn Wilhelm Rütch, Dr. R.

Berlin.

Ich befinde Ihnen gern, daß ich Ihnen feierlich 3000 Mark im Auftrag des Herrn und der Frau S. überreicht habe und der ausdrücklichen Bestimmung, diese Summe solle dazu dienen, Ihnen die Kosten ihres Prozeßes, der gegen Dr. Richter und Sie geführt wurde, in etwas zu erleichtern. Sie hätten demnach durchaus keine Verpflichtung, einer anderen Deutung dieser Summe nachzugehen und irgend welchen Betrag an Dr. Richter zu persönlichen Zwecken, die mit dem Kosten dieses Prozeßes nicht in unmittelbarem Zusammenhang standen, auszugeben.

Schöndorferstrasse

R. Weismann.

Werden Gerichte und Gerichte sich dabei beruhigen oder haben sie noch weiteres vorzubringen?

Vermischtes.

Das antisemitische Ballin-Spiel. Die Antisemiten leisten sich ein gewisses Spiel mit Herrn Ballin. Es ist ihnen schon längst ein Dorn im Auge, daß der Kaiser die Tüchtigkeit dieses Mannes anerkennt. Sie haben daher nach Analogie der Fabel von der Judenherbstzeit eine Ballin-Mera erfunden. Man hat, wiederum nach alt-antisemitischen Mustern, versucht ihn lächerlich zu machen durch Ausbreitung von allerlei Geschichten, unwahren wie halbwahren. Mit nicht geringer Erleichterung aber glauben sie vor einigen Tagen erzählen zu können, Ballin sei in Ungnade gefallen. Aber der Kaiserjunker stellte sich auch bald ein. Sie mußten kurz darauf berichten, daß der Kaiser demnächst sogar Gast des Herrn Ballin sein werde.

Antisemitismus in der Schulverwaltung. In einer heißen Debatte kam es, wie der „Oberlehrer“ schreibt, vor kurzem in einer Sitzung der Schuldeputation in Wiesbaden, als es sich um die Wahl von Lehrerinnen für die jüdische höhere Mädchenschule handelte. Von den Schullehrern der Anstalt sind ein Drittel jüdischen Glaubens. Rechtsanwaltschaft Richter stellte daher den Antrag, auch eine jüdische Lehrerin anzustellen. Der Antrag wurde nicht angenommen, es wurden drei katholische und zwei evangelische Lehrerinnen gewählt. Wie hierzu weiter berichtet wird, sah Stabskapitän Richter in der Anstellung einer jüdischen Lehrerin „eine Gefahr für den katholischen Religionsunterricht“. Es folgte eine häßliche Auseinandersetzung. Die Erregung über den Eingriff in die Parität ist bei den jüdischen Mitbürgern so groß, daß es viele vorgehen wollen, ihre Töchter entweder nach Rastatt in die höhere Mädchenschule zu schicken, oder von einer zu engagierenden Privatlehrerin unterrichten zu lassen.

Zu diesem Kapitel wird uns aus Dürrenstein geschrieben:

In Altsiedel besteht eine jüdische höhere Mädchenschule mit simultanem Charakter. Die Lehrer und Lehrerinnen der Anstalt sind teils evangelisch, teils katholisch, die Schullehrerinnen ebenso, darunter aber auch ca. 30 jüdische Schullehrerinnen. Letztere erhalten Religionsunterricht von 2 jüdischen Religionslehrern der Synagogengemeinde und werden dafür von der Schulleitung honoriert. Vor längerer Zeit hat sich nun zu einer an dieser Anstalt freigeordneten Stelle die Tochter des einen jüdischen Religionslehrers, der an der Anstalt 12 oder 13 Jahre wirkt, gemeldet. Sie hat gute Zeugnisse, ist seit ca. 12 Jahren Lehrerin und wolle sich mit den Fächern begnügen, die ihr vom Direktor zugewiesen würden. Ihre Werbung wurde abgewiesen und statt ihrer eine solche aus dem Seminar gekommenen Kandidatin angestellt, allerdings eine Christin. So geschah im Jahre des Heils 1904 in einer Stadt, zu deren Ausblühen die Juden mit ihrer Mäßigkeit, ihrem Fleiß und ihrem Wohlstand: letztes nicht wenig beigetragen haben. R. W.

Zur Frage der jüdischen Reserveoffiziere, schreibt das „Israel. Familienblatt“, denken wir in unserer letzten Nummer einen Artikel aus den „Mitteilungen des Vereines zur Abwehr des Antisemitismus“, bemerkten jedoch einleitend, daß wir nicht recht an die Richtigkeit der Angaben glaubten. Von zuverlässiger Seite wird uns nunmehr aus Straßburg i. G. geschrieben: „Die Angaben der „Mitteilungen“ sind durchaus richtig. Die Geschichte hat i. Z. in der jüdischen Bevölkerung Straßburgs großes Aufsehen erregt, da der Antisemitismus im Elsaß eine seltene Erscheinung ist. Im übrigen kann ich die Angaben der „Mitteilungen“ dahin ergänzen, daß am letzten Beförderungstermin, 1. April, die jüdischen Einjährigen nicht einmal mehr zu Freireiten gemacht worden sind, die christlichen fast alle.“

Der Herzog von Sachsen-Meiningen Stellung zum Judentum. Anlässlich des 80. Geburtstags des Herzogs veröffentlicht der „Generalanzt. f. d. J. d. J.“ ein Gebetsblatt aus der Feder von Bernsteins Samwerst, dem wir das Nachfolgende entlehnen:

Wo preussische Militär liegt und in einer Stadt, in der das Christentum dominiert, herrscht stets ein gewisser Antisemitismus. Von dieser religiös-sozialen Krankheit ist auch die Residenzstadt Meiningen nicht frei, aber doch einem Umfang hätte in der Tätigkeit des Antisemitismus dieses hässliche Geschwür am Leibe der stillen Menschheit — dieses Kulturunkraut im Garten der Moral — genommen, wenn nicht die sanierenden Sonnenstrahlen des Fürsten ehrlere Kräfte fördernd, dem Wahstum krankhafter Substanzen Hindernisse in den Weg gelegt hätten? In vielen vorzüglichen Christen anlässlich des 80. Geburtstags des Herzogs, ist das freundschaftliche Verhältnis des Fürsten zu seinem Intendanten Chronogl. erwähnt worden, das die große Welt hat dabei nicht erfahren, daß der Herzog seine Freundschaft einem Juden zuwandte und sogar einem sehr frommen Juden. Chronogl. bezeugt, wenn es irgend anging, die Synagoge, er heiligte die jüdischen Feste, er hielt die jüdischen Zeremonien und es war sein ausdrücklicher Wunsch, daß nach jüdischen Riten seine Begräbnisse stattfinden sollte. Und der Herzog wußte diesem Wunsch. Er wies er dem Verstorbenen auch geradezu fürstliche Ehren, war dem Wunsch des Fürsten gemäß auch das höchste Beamtentum bei der Begräbnisfeier zugehen und das Militär in Gala vertreten, so fanden die Trauerzeremonien doch nur im Rahmen der jüdischen Geistesvorschriften statt — das Bild brannte im Hause des Verstorbenen, die Wachen am Leichnam nahen ein jüdischer Kultusbeamter vor und in das einfache schwarze Tuch war der Sarg gefüllt, in dem der tote zur ewigen Ruhe befristet wurde. Die Kränze fehlten. Und erhaben, schärfst und feierlich zugleich wie die Feier ist auch das Grabesbenedikt, das der Herzog dem Verstorbenen auf dem jüdischen Kirchhof an seiner Ruhestätte erdauen ließ. Ein mächtiger Sarkophag — frei von Zier und Bildern, wie das jüdische Gesetz gebietet — ... und hineingemauert die Worte: „Zum treuen Angehörigen von Georg, Herzog von Sachsen-Meiningen und der Frau von Heldburg.“ Daß aber dieser deutsche Fürst nicht mit den tendenziösen Kunstanküchten der Antisemiten, wenn man deren Ansichten überhaupt Kunstanküchten bezeichnen darf, daß Juden nicht an deutsche Bühnen, insbesondere Hoftheater, gehörten, da ein Jude keinen Gemaufen darstellen könne, auch in der Wahl der Darsteller konsequent ging, beweist das mehr als $\frac{2}{3}$ Juden bestehende Ensemble zur großen Zeit, da die Meininger „deutsche Kammer“ und „deutschen Fuß“ in die fernsten Lande getragen. Was gemierte es dem Herzog, wenn man in Meiningen oder sonstwo aber die vielen jüdischen Schauspieler seine Wüste rief, wenn man beispielsweise sagt, zwei „Jude-Minjen“ könnte man auf einer Probe machen, oder wenn müßige Hände auf den Theaterplätzen der Sitzsäulen die „Intendant“ in „Intendant“ umzuwandeln ... ?

Aber nicht nur in seinem Reiche der Kunst, auch in den Geschäften seines Reiches hielt der Herzog nie mit seiner freien Anschauung hinter dem Berg zurück und bei aller Selbstlosigkeit und Vornehmheit ließ er es an Entschiedenheit und Klarheit nicht fehlen, wollte er antisemitische Ungezogenheiten eine Rüge erteilen und dem gekränkten Judentum seine durch keinerlei Bourgeoisie getriebene Zuneigung erkennen lassen. Ich spreche nicht davon, daß er in den politischen Zeiten, wo der antisemitische Wellenschlag sehr hoch ging, ausfahrend oft in Meiningen den „Rathen der Weise“ aufzuführen ließ, ich denke auch nicht daran, daß er gelegentlich der Einweihung der neubauten Synagoge in Buerbach, dem einstigen Hof-Schiller, in einer Ansprache an die

Gemeindemitglieder erklärte, daß er mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung ständen, dem Einzug der Judenheide in sein Land vorzuziehen werde, sondern ich will zur Charakterisierung der vornehmen Natur des Fürsten ein Vorkommnis zum besten geben, das sich zur Zeit der Einweihungsfeier der Meininger Synagoge vor etwa 20 Jahren zugefallen hat. Zur Festlichkeit der Synagogen-Einweihung waren damals von der jüdischen Gemeinde der Landesfürst und die Geistlichen der evangelischen und katholischen Gemeinde — geladen. Der Herzog mit seinen Palastinen erschien, der katholische Geistliche ehnte durch sein Erscheinen seine Glaubensgenossen der anderen Fakultät — nur die evangelische Geistlichkeit saumt und besonders glänzte — durch ihre Abwesenheit. Wie brachte der Fürst nun seine Palastinen über diesen Akt der Unhöflichkeit zum Ausdruck? O er hielt keine Reden, er sprach kein Wort des Tadelns und erteilte keine Rüge — aber er strafte doch die evangelischen Geistlichen und rehabilitierte die jüdische Gemeinde in sinnig vornehmer Art. Nicht lange nach der Tempelfeier gab der Herzog ein Fest, hierzu waren der Rabbiner geladen und der katholische Pfarrer, während — die evangelischen Geistlichen aus dieses Mal durch ihre Abwesenheit glänzten, festlich durch die Abwesenheit, die der Herzog beabsichtigte ...

Die Pöfener Ritualmordschauermär wird jetzt auch von amtlicher Stelle als Erklärung gekennzeichnet. Der Polizeipräsident von Posen sendet der Stettiner „Deutschen Hochwacht“, welche zuerst den Schwindel in Szene gesetzt hat, folgende Zuschrift:

Die Meldung von einer angeblichen Mordtat auf dem Bahnhof in Posen ist unrichtig. Nach den angelegten Ermittlungen ist auf keinem der beiden Pöfener Bahnhöfe eine Riste, die von einem Rabbiner in Breslau abgehandelt und an einen Rabbiner in Brandenburg abgereicht war, geöffnet und darin ein gläsernerner Kasten, dem Wein befüllt und ein Wein getrunken war, gefunden worden. Der Vorfall ist auf einen der Bahnhöfe die Ordnung einer Riste durch einen Militärkrieger, der durch das eigenmächtige Öffnen eines Kastes häufig gemacht worden sein soll, von Staatsanwaltschaft verlangt worden. Posen, 25. April 1908. Der Polizeipräsident. J. B.: der Kaiser.

Wir hatten kürzlich das Stettiner Antisemitenblatt als eines der bössartigsten Organe der geredemäßigen Verleumdung bezeichnet; die „Deutsche Hochwacht“ bestätigt auch im vorliegenden Falle dieses Urteil; sie sagt nämlich der Berichtigung des Pöfener Polizeipräsidenten folgenden Kommentar an:

„Dazu erlauben wir uns zu bemerken: Die hier. Meldung war mit den drei Seiten aus gegangenen; zuerst durch einen Polizeikommandanten, der die Provinz Posen verläßt. Die Meldung, nach dazu aus solchen Munde, stieg durchaus zuverlässig und wurde, wie wir glauben, von zwei anderen Herren bestätigt, von denen der eine unbedingt kein polizeilicher Beamter gewesen sein kann. Wir haben dann sofort der unsrer Vertrauenskreise in jener Gegend um genaue Nachrichten gebeten und zum Teil die Meldung erhalten, hier müßten die Behörden getäuscht worden sein; es sei da irgend etwas nicht in Ordnung. Wir müßten einwilligen nichts zurücknehmen, bis wir schlüssige Nachricht von ihnen bekamen. Eine Zurücknahme seitens der den uns Befragten ist noch nicht erfolgt. Demnach müßte es uns der Polizeipräsident von Posen nicht ablehnen, wenn wir in aller Eile unsere Nachforschungen fortsetzen. Eine große Zahl tatsächlich geschehener Mordtaten aus der Provinz, die bis zur jetzt hinsichtlich der Klarstellung durch die Behörden einzuholen haben, geben uns das Recht, das, insbesondere da andere gleichartige Mordtaten aufgedeckt worden sind und zugleich von einem raffinierten Verblendungsgeheimnis den Schleier lüften. Wir warten also ab.“

Der „Mittelstand“, das Blatt des Ritualmord-Gelehrten und Epistolaris Krszfeld, das sich den letzten Wiffen des gefühnngemäßigsten Stettiner Blattes natürlich nicht hatte entgehen können, bracht diese lendenahme dummdreiste Gegenberichtigung zustimmend ab. Par nobis fratrum!

Die Redaktion der „Deutschen HL“ des Herrn Liebermann von Sonnenberg sieht sich veranlaßt, die Schauermär, von dem „Ritualmord“ in Posen, die den Stempel der Erfindung an der Stirn trug, gleichwohl aber mit

Begeben wiedererzählt wurde, mit jämmerlicher Miene zu widerrufen und zu der Erzählung über einen „Ritualmord“ in Überschießen die einem Widerruf gleichkommende Bemerkung zu machen, daß darüber „weiteres noch nicht bekannt“ sei. Das hindert das ehle Blatt aber nicht, dieses Dementi mit der Epitheme zu versehen: „Verdächtige Ereignisse.“ Weiter die Unerschlichkeit zu treiben, ist wohl nicht gut möglich.

Chicago. Die „Jüdische Gesellschaft zur Förderung des Ackerbaus“ (Jewish Agricultural Aid Society) hat, wie der soeben ausgegebene Verwaltungs-Bericht mittelt, i. J. 1905 nicht weniger als 42 Familien mit 183 Seelen als Farmer angeliebt, von denen 25 aus Rußland, 9 aus Rumänien, 6 aus Galizien kommen, 2 in Amerika als Söhne russischer Immigranten geboren sind. Siebzehn dieser Farmer haben sich in Süd-Dakota auf Homesteads (Regierungsgelände) im Umfange von 160 Acres niedergelassen; 20 haben Farmen gekauft, 3 gepachtet; 2 Unverheiratete sind bei jüdischen Landwirten in Michigan als Tagelöhner untergebracht worden. Die Installations-Kosten beliefen sich auf 6—700 Dollars pro Familie; einzelne werden bis zur vollen Selbständigkeit noch 3—400 Dollars erhalten müssen. Man sieht, daß die Kolonisation in Nordamerika erheblich billiger ist, als in Argentinien. Während der letzten fünf Jahre hat die Gesellschaft 202 jüdischen Familien dazu verholfen, sich auf Homesteads niederzulassen. Dieselben besitzen jetzt insgesamt 25,000 Acres Land, Vieh, Gebäude, Geflügel, Maschinen. Die inzwischen von ihnen ausgeführten Ameliorationen haben

den Wert ihres Bodens auf 400,000 Dollars gesteigert, während die Kosten sich nur auf 75,000 Dollars beliefen. Der Bericht macht den reichen Juden in Amerika den Vorwurf, daß sie die Möglichkeit, jüdische Einwanderer auf Regierungsländereien, die zu Zehntausenden von Acres zur Verfügung stünden, anzusehen, nicht benutzt haben. In Nord-Dakota allein seien gegenwärtig noch 7000 Acres frei, die ganz gut in jüdischen Besitz übergehen könnten. Der Bericht schließt mit der Bemerkung, daß die Gesellschaft keine philanthropische sei, daß vielmehr das Geld gegen hypothekarische Sicherheit geliehen ist und mit 3½ pSt. verzinst wird. Die Farmer sind also durchaus keine Almsenempfänger.

Briefkasten.

Apotheker N. in G. Clara Siebig ist in der Tat Arizin, die Tochter eines höheren Beamten oder Offiziers, die Gattin eines jüdischen Verlagbuchhändlers.

Die älteren Jahrgänge

der „Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgelegte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Der Anti- semiten- Spiegel.

Unentbehrlich

zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich

für ihre Bekämpfung ist der

Antisemiten-Spiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschürt 1,50 Mk., Gebund. 2 Mk.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus

erhalten das Werk zu 70 Pf. bzw. 1,25 Mk. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den untenzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. **Ritualmord, Blutbeschuldigung.** à Mk. 0,40.

2. **Die Antisemiten und das Christentum.** à Mk. 0,30.

erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14.

Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24 I.

Verleger und verantwortl. Redakteur: Curt Sieger, Magdeburgerstr. 14. — G. Sommer, Buchdrucker u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 81. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus,

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

sind an die Expeditionen,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
"Mitteilungen" direkt
im Kartell wünscht.
Telephon: West 6 27. 2072.

Als Belegbogen an die Ex-
peditionen des Vereins
sind nach Berlin W. Magde-
burgerstr. 14, wo alle in den
Zeilen des Vereins
bestimmten Geld, Briefe und
Geldsendungen an den
Schatzmeister, Herrn Geh. Secre-
tar D. Gumbel, Berlin W.,
Magdeburgerstr. 14.

Die Massenausweisung russischer Juden.

Kein Staat kann allen Armen ohne Weiteres gestatten, innerhalb seiner Grenzen sich aufzuhalten und den eigenen Bürgern zur Last zu liegen. Wenn aber im Nachbarlande unsinnige Verfolgung, Mord und Totschlag, Geschloßtheit herrschen, wie es beispielsweise in Rußland der Fall ist, dann sollte man meinen, müßte ein Staat, ein Staat, der stets mit Vorliebe betont, er sei ein christlicher Staat, nach unserer Ansicht freilich jeder Staat, der nicht ein vorurteilsvoller Barbarenstaat ist, solchen unglücklichen Verfolgten und Flüchtigen weit die Grenzen öffnen. Das ist auch in früheren Jahrhunderten, als wir noch nicht so zivilisiert waren wie heute, stets geschehen. Irigendwo fanden immer vor religiöser Verfolgung Flüchtende, politische Flüchtlinge Aufnahme, so sie wurden direkt ins Land gerufen, was beiläufig auch meist zum Heile des Landes geschah.

In Preußen glaubt man im zwanzigsten Jahrhundert anders handeln zu dürfen, ja zu sollen. Die sich aus dem brennenden Hause zu uns Flüchtenden sollen hier, wenn auch nur vorübergehend, keine Zuflucht finden dürfen, sollen erst in das brennende Haus, in welchem ihnen zudem Raub und Mord, Anruhe, Gefängnis und Deportation nach Sibirien drohen, auch wenn sie sich nichts haben zu Schulden kommen lassen, zurück müssen. Und man hat, wenigstens bisher, nicht Rücksicht genommen auf Alter, Geschlecht, Vermögen, Stellung, Charakter, sondern Alle ausgewiesen.

Nein, nicht Alle. Man hat vorzugsweise, ja fast nur Juden ausgewiesen, allenfalls irrtümlich aber um das Obium, das aus konfessionellen Gründen so verfahren würde, abzuwenden, aber weil es sich um notorische politische Verbrecher handelte, auch hier und da einen Christen. In der Hauptsache wurden nur Juden ausgewiesen, Juden, die am meisten Grund zu fliehen hatten, weil sie am meisten verfolgt wurden, und die am meisten von einem Abschied nach Rußland zu fürchten hatten, Juden, die, um mit dem Leben davon zu kommen, ihr Hab und Gut in Eile gelassen oder um einen Spottpreis verkauft haben, so daß sie gerade genug hatten, über die Grenze zu kommen und hier sich nach einem Erwerb umzusehen.

Vom christlichen Standpunkt ist ein solches Verhalten nicht nur Unrecht, sondern auch gerade diesen russischen Juden gegenüber unbillig. Denn diese russischen Juden kennen meist ihr altes Testament und die altjüdischen Anschauungen über Fremdenrecht sehr gut. Sie wissen, mit welcher Fürsorge schon im alten Testament der Fremden gedacht wird, wie zivilisiert das Fremdenrecht bei den Juden schon vor mehreren Jahrtausenden war im

Vergleich zu dem Fremdenrecht in einem ersten christlichen Staate in unserer Zeit, das tatsächlich die vollkommenste Rechtslosigkeit ist. Was sollen sie, die wissen, daß bei ihren Vorfahren vor mehr als dreitausend Jahren den Mördern selbst Zufluchtsstätten direkt gebaut wurden, von einer Kultur denken, die sogar vor Mördern Flüchtende davon jagt?

Im alten Testament werden die Juden immer daran erinnert, daß sie daran denken sollten, daß sie selbst einst Fremde in Ägypten gewesen seien, beiläufig eine uralte Wiederholung des Wortes, daß „der Jude nichts für das Gesehene gibt“. Aber wir Deutschen hätten ihnen noch triftigeren Grund zur Rücksichtnahme auf Fremde. Wir sind nicht Fremde in einem anderen Lande gewesen, wir sind Fremde in fast jedem Lande unter der Sonne. Wir sind Fremde zu Behtausenden in Holland, Dänemark, England, Frankreich, zu Hunderten in Rußland, zu Millionen in Amerika, wo wir hätten also alle Ursache, anderen nicht zu tun, was wir unmöglich wollen können, das man uns tut.

Ja, sagen Einige, die russischen Juden sind den deutschen Juden selbst nicht ungenehm. Zur Erleichterung des Arguments sei dies zugegeben. Es ist allerdings auch nicht zu leugnen, daß Dank der verdammten russischen Zustände die russischen Juden hinter den deutschen Juden weit in der Kultur zurückstehen, was, wie übrigens auch die weit überwiegende Mehrzahl aller anderen Rassen den Deutschen in kultureller Beziehung weit zurückstehen. Die deutschen Juden säßen sich ganz zweifellos durch ihre russischen Glaubensbrüder, deren Tracht, Manieren, Gewohnheiten etc. etwa ebenso geniert wie der gebildete Großstädter sich durch ungehebelte Bettlern vom Lande geniert fühlt. Wenn diese Leute aber in großer Not sind, dann sieht man über ihre verklebten Pfeiler und Schwächen hinweg und hilft, so viel man kann, und nur Leute von sehr fragwürdiger Eitelkeit stoßen sie ihres Rodes, ihrer Ungeschicklichkeit halber auch dann zurück. Wenn die Gefahr beiseite ist und sie inzwischen nicht gelernt haben, sich manierlicher zu kleiden und zu benehmen, dann freilich sucht man sie wieder abzuweisen. Wertwärdig ist übrigens, daß just diejenigen so bereit sind, auf die vermeintlichen Wünsche der deutschen Juden in dieser Beziehung übertriebene Rücksicht zu nehmen, die sonst deren berechtigten Ansprüche mit Hohn zurückweisen.

Man sagt ferner, die russischen Juden seien Revolutionäre, Sozialdemokraten, und wir hätten genug von der Sorte, ja zu viele. Wenn man aber wirklich nur die sozialistischen russischen Juden los werben will,

weshalb wird die Ausweisung auch über zahlreiche Leute verhängt, die mit revolutionären Umrufen absolut nichts zu tun haben?!

Wie bekannt, haben die Sozialdemokraten die Ausweisungen zum Gegenstand einer Interpellation im Reichstag gemacht. Der Reichstagsler hat zwar durch den Staatssekretär Grafen v. Hofdonsky die Beantwortung abgelehnt und wird sie in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident im Abgeordnetenhaus zu beantworten haben, wo die Freisinnigen einen denselben Gegenstand betreffende Interpellation eingebracht haben. Aber die Besprechung der Interpellation war doch insofern interessant, als die Redner fast aller Parteien ihrem Abscheu über die unterschiedslosen Ausweisungen kräftigsten Ausdruck gaben. Wohl selten sind außer von Sozialdemokraten so scharfe Ausbrüche gegen die Regierung gebraucht worden wie in dieser Debatte von dem der freisinnigen Volkspartei angehörenden Abgeordneten Pohl, welcher erklärte, daß das Verfahren der preussischen Polizei am allerwenigsten vom Standpunkt des Christentums verteidigt werden könne. Er sprach auch von Verächtlichmachung des Vaterlandes, von Unmenslichkeit, „flagrantem Mißbrauch“, „unmotiviertem, grausamen Unfug“. Abgeordneter Schrader von der freisinnigen Vereinigung erklärte die Ausweisungsparis für einen „Rückfall in die alte Barbarei“. Selbst der gewiß nicht regierungseindliche Zentrumsführer Dr. Spahn erklärte, daß, wenn die vom Abgeordneten Bebel vorgetragene Fülle richtig sind, sie geradezu „ungeheuerlich“ wären. Dem Landwirtbündler, Abgeordneten von Döberitz dagegen war das Vorgehen der Polizei noch nicht scharf genug. Nach ihm ist es besser „zu harsch als zu schlapp“. Der antisemitische Abgeordnete Vattmann ermahnte ebenfalls zu möglichst hartem Vorgehen bei der Ausweisung der russischen Juden, und ihm wäre ein Verbot der Einwanderung der russischen Juden noch lieber. Der Redner mochte die Empfindung haben, daß er der Barbarei das Wort rede und glaubte, sich dadurch salvozieren zu können, daß er gewissermaßen eine Linie zwischen sich zog und dem Grafen Pfaffler, den er für „verrückt“ und Althwarz, den er für „mindestens wertig“ erklärte. Der Herr Abgeordnete Vattmann irrte sich aber. Was ein Verrückter aber ein Rinderwerriger tut und treibt, kann, so lange gegen ihre Gemeingefährlichkeit Schutzmaßnahmen ergriffen sind, allen herzlich gleichgültig sein. Was aber ein als normal und wohl gar als gebildet geltender Mann in bevorzugter Stellung sagt und tut, fällt mehr ins Gewicht, und um so größer ist seine Verantwortung vor der Gesellschaft. Herr Vattmann hat nicht als Vertreter der Ziellisation gesprochen. Der wackere antisemitische Abgeordnete Frölich schloßerte ihn.

Aber selbst die antisemitischen Abgeordneten im Reichstage werden übertraffen von dem Siedersblatte, der „Staatsbürgerzeitung“. Diese kann sich gar nicht denken, daß man aus Gerechtigkeitsgefühl und Menschenliebe gegen die Ruinierung ohnehin Verfolgter auftritt. Ihr ist alles „Wadje“ und sie insinuiert, daß die Freisinnigen und die Sozialdemokraten des Beldes wegen für die russischen Juden einreten. Ja sie deutet selbst an, daß diejenigen, die nicht offen auf die antisemitische Seite sich geschlagen haben, dies nur gewissermaßen aus Feigheit unterlassen haben. Am interessantesten aber ist der Schluß, daß die Debatte den nicht beschäftigten Erfolg gehabt habe, dem deutschen Volke die Augen darüber zu öffnen, wie berechtigt die Abwehrmaßnahmen gegen das russische Zudentum seien. Freilich das Volk, das von der „Staatsbürgerzeitung“ über die Reichstagsdebatten seine Kenntnisse erhält, wird keinen Begriff davon haben, was eigentlich im Reichstage gesagt wird. Aus dem Sitzungsberichte des Siedersblattes wird kein Mensch entnehmen können, daß der Abg. Bebel behauptet

hat, ein preussischer Polizeibeamter habe einen russischen Juden zu verräterischen Diensten teils zu pressen, teils zu verführen gesucht, indem er ihm entweder Ausweisung oder ein Einkommen von 16—17000 Mk. in Aussicht stellte, ihm einen falschen Paß gegeben und ihn aus eigener Machtvollkommenheit zum Christen gemacht hat. Aus dem Bericht der „Staatsbürgerzeitung“ kann ein antisemitischer Leser nur entnehmen, daß der russische Jude sich zu Spionendiensten erboten und sich tatsächlich habe taufen lassen.

Wir werden indessen auf die Angelegenheit noch zurückkommen, da die Verhandlung über die Interpellation im Abgeordnetenhaus erst noch bevorsteht. Hier wird die Regierung erklären müssen, ob alle die zum Teil unglaublichen im Reichstage und in der Presse gährten Einzelheiten wirklich wahr sind und ob die preussische Regierung die politischen Maßregeln gegen die russischen Flüchtlinge grundsätzlich billigt.

Protegiert Antisemitismus in Sachsen-Weimar.

Aus Eisenach wird uns geschrieben:

In der letzten Nummer (18) der „Mitteilungen“ war berichtet worden, daß unter den Sachsen antisemitischer Regierungsbeamten am meisten die Freisinnigen zu leiden haben. Daß dem so ist, beweist eine Verhandlung, die sich am 4. Mai vor der Strafkammer des Landgerichts zu Eisenach abgespielt hat. Angeklagt war der Vorsitzende des hiesigen Vereins der freisinnigen Volkspartei Dr. Doktor Kürbs, der beschuldigt war, an den Maßnahmen, die die Regierung am 17. November 1905, am Tage der Reichstagsauflösung in Eisenach, zum Schutze einiger antisemitischer Maßmacher getroffen hatte, absichtliche Kritik geübt zu haben. Herr Dr. Kürbs ist Stadtrat von Eisenach. Als er sah, in welcher Weise, ob bemerkt oder unbemerkt bleibt dahingestellt, der Bezirksdirektor von Eisenach Trautvetter die Antisemiten, die schon zuvor der „Revolution“ an die Wand gemalt hatten, unterstützte, versuchte er auf die Gendarmen und Schutzmannschaft beruhigend einzuwirken und sie zur Räumung des Karlesplatzes zu bewegen, weil dann die Ansammlungen Rußländer aufhören würden. Bezirksdirektor Trautvetter, dem einige Ausprägungen des freisinnigen Führers gemeldet wurden, gab sich nun vom Dezember 1905 bis Februar 1906 große Mühe, alles Belästigende zusammenzutragen, um hieraus eine Anklage zu formulieren. Alle Gendarmen forderte er zur Berichterstattung über Dr. Kürbs auf. Oberbürgermeister Schmieber von Eisenach, dem der Bezirksdirektor einen Bericht zukam, in dem er mitteilte, daß er gegen Kürbs Strafantrag stelle, antwortete dem Bezirksdirektor auf dessen Anfragen, gleichfalls Strafantrag zu stellen, folgendes:

„Ich verweigere den einseitigen Auslage eines gegen Dr. Kürbs in antisemitischer Stimmung befindlichen Schutzmann nicht einen höheren Wert beizumessen, als der Aussage eines fahdenhaken zuverlässigen und gewissen Mannes, dessen Ausdrucksweise überdies das von dem Schutzmann gebrauchte beiläufige Wort lenkt.“

Am 29. Dezember 1905 berichtete Bezirksdirektor Trautvetter an das Weimarer Staatsministerium, Departement des Inneren, die Stellungnahme des Oberbürgermeisters Schmieber sei f. e. unrichtig, er bitte daher gegen Dr. Kürbs Strafantrag stellen zu wollen, da Kürbs zuweilen bei ihm gewesen sei, um ihn zur Zurücknahme des Strafantrags zu bewegen, was er bei voller Sicherheit seiner Unschuld nicht hätte zu tun brauchen.

Oberbürgermeister Schmieber hatte den Stadtrat veranlaßt, den Bezirksdirektor aufzusuchen; da Dr. Kürbs diesen das erste Mal nicht antraf, bzw. sprechen konnte, mußte er

ein zweites Mal hingehen. Man vergleiche mit diesen Tatsachen den Bericht des Bezirksdirektors, dessen Kenntnis der Vorgänge bei der Reichstagsersatzwahl 1905 in der Hauptsache aus den Schatzkassen-Bücherstellungen kam, die während der ganzen Wahlzeit offensichtlich auf seinem Schreibtisch lagen. Das Großherzogliche Staatsministerium jagerte noch mit der Stellung des Strafantrages, wohl in der Hauptsache infolge des günstigen Reizes des Oberbürgermeisters. Am 1. Februar richtete der Bezirksdirektor ein zweites Schreiben an das Ministerium, in dem er dieses auf die Möglichkeit aufmerksam macht, den freisinnigen Politiker eventuell auch wegen Aufruf und der Anstiftung hierzu unter Anklage stellen zu lassen. Am 9. Februar stellte das Ministerium denn auch Strafantrag. In der Verhandlung ergab sich, daß der Stabarzt, der über die Vorgänge sehr erregt war, bieser Erregung Ausdruck verleihen hatte. Der Staatsanwalt sah als Straferfordernis an, daß Eisenach dadurch, daß die Karlsplatzmühle auch im Reichstag (gelegentlich eines antisemitischen Attentats auf die Versammlungsfreiheit), zur Sprache kamen, eine zweifelhafte Verächtlichkeit erlangt habe, und beantragte eine Freiheitsstrafe. Mit Recht wies der Verteidiger des Angeklagten dies Argument entschieden zurück und bezeichnete die Auffassung der Strafantragsteller und des Staatsanwalts, daß die Bürger vor jeder behördlichen Maßnahme in Ehrfurcht erschauern müßten, als irrig und abgelehnt. Das Urteil lautete auf 200 Mark Geldstrafe. — Auch gegen die freisinnige „Eisenacher Tagespost“ war vom Bezirksdirektor ein Verfahren veranlaßt worden, weil diese im Gegensatz zu ihm der Meinung war, daß die Karlsplatzmühle in der Hauptsache durch die maßlosen Hysterien der Antisemiten verursacht worden seien. Die Anschauung des freisinnigen Blattes hat der Vorleser des nationalliberalen Reichsvereins in Eisenach Prof. Flex vollständig bekräftigt und auch im Weimarer Landtag hat man den Bezirksdirektor aufzuklären gesucht. Der Untersuchungsrichter lehnte es ab, das Verfahren auf Antrag des Bezirksdirektors zu eröffnen, da sich über die Vorgänge am 17. November 1905 jeder seine eigene Meinung bilden könne. Auf die Befragung des Staatsanwalts hiergegen kam die Angelegenheit zur Verhandlung und die beiden verklagten Redakteure wurden freigesprochen.

Daß bei einer so auffälligen Protektion der Antisemiten seitens weimarischer Verwaltungsbeamten in allen wirklich liberalen Kreisen des Großherzogtums tiefe Verärglung herrscht, dürfte ersichtlich sein. Bei den Landtagswahlen, die im Herbst dieses Jahres stattfinden, dürften die Nationalliberalen und Freisinnigen der Regierung die Antwort auf die Unterhügung antisemitischer Reaktionen geben und die Regierung wird, vielleicht zu spät einsehend, daß der Antisemitismus selbst unter Protektion hoher Verwaltungsbeamten von der Mehrzahl der Bewohner des Schiller- und Goethelandes als ein Schandfleck betrachtet wird, den zu tilgen die Vaterlandsliebe und Ehre erfordert.

Als am 5. Mai in Eisenach in einer Versammlung der freisinnigen Volkspartei der Reichstagsabgeordnete Rospoff erklärte: Eisenach, die Stadt, deren leuchtende Krone die Wartburg sei, von der das Evangelium der Liebe und Toleranz ausging, dürfe nicht eher ruhen, bis es sich von dieser Schmach, durch einen Antisemiten im Reichstag vertreten zu sein, befreit habe, da besagten der große Beifall und die leuchtenden Augen der Anwesenden, daß sie ihre ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgabe stellen wollen. Die Protektion der Antisemiten durch weimarische Regierungsbeamte steht also im breiten Gegensatz zum Denken und Fühlen des weimarischen Volkes.

Wiener Brief.

XL.

(Der neue Ministerpräsident. — Die Klerikalen und die Reformen. — Erzherzog Rainer. — Das Wiener Schulwesen. — Die bevorstehenden Gemeindeverordnungen.)

Wien, den 5. Mai 1906.

Man muß in Oesterreich viel Gehulb haben, dann kann man auch Tage ungetrübter Freude erleben. Ein altes Sprichwort sagt, daß nach Sonnenschein Regen komme und umgekehrt. Dieses Diktum paßt für den Habsburgerhaas ebenso gut wie für jedes andere Reich, nur daß es hier eben sehr viel regnet, während die Sonne verhältnismäßig selten hervortritt. In den letzten Monaten der Regierungszeit des Herrn von Gautschi begann sich der politische Himmel aufzuklären und es sprechen jetzt verschiedene Anzeichen für den Fortbestand der guten Witterung. Prinz Sohenlohe — der neue österreichische Ministerpräsident — ist ein Mann, dessen Vergangenheit ein wirklich freiheldliches Regime verspricht. Allerdings wird auch der gegenwärtige Staatslenker mit den gegebenen Verhältnissen, die seinem guten Willen Schranken setzen, rechnen müssen, allein man kann vorhersehen, daß die Konfessionen des Prinzen an die reaktionären Gewalten auf das geringste momentan mögliche Maß herabgesenken werden. Wer des Prinzen Sohenlohe Wirksamkeit als Landespräsident der Bukovina in Erinnerung hat, der kennt des neuen Mannes hohe Achtung vor der staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung der Bürger. Der nunmehrige Ministerpräsident macht seinen Unterschied zwischen den einzelnen Nationen und Konfessionen, er sieht im Menschen nur den Menschen, den er schätzt und mit seinem hohen Gerechtigkeitsgefühl schätzt. Prinz Sohenlohe wird nicht bloß liberal genannt, wie so viele seiner Vorgänger, er ist es in der Tat.

Des Ministerpräsidenten hervorragenste und dankenswerte, wenn auch schwierige Aufgabe stellt die Durchführung der Reformen dar. Man sollte nun meinen, daß die österreichischen Klerikalen gar keinen Grund hätten, der Demokratisierung des Staates Widerstand zu bereiten, da in einzelnen Teilen des Reiches der Herrschaft der lässlichen Bevölkerung, der durch die Erweiterung des Stimmrechts an Stärke gewinnen würde, hinter ihnen liegt. Aber die Klerikalen in der Habsburgermonarchie lieben es nicht, sich wie das reichsdeutsche Zentrum den Ansprüchen demokratischer Gesinnung zu geben, sie waren zu jeder Zeit mit den Feudalen aller Jungen allert und sie sind es noch jetzt. Ebenso wie die Fürsten und Grafen dem Willen der Krone und Regierung in den letzten Wochen opponierten und ihre Privilegien höher stellen als ihre patriotischen Pflichten, hatten die klerikalen Abgeordneten ein zweideutiges Spiel getrieben. Die kirchlichen und tiroler Parlamentsmitglieder haben sich gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht ausgesprochen und es dem österreichischen Flügel der Fraktion überlassen, dieses zu vertreten. Den Klerikalen überherrschte unter Führung Dr. Obenlohes ist es aber mit dem Volkswohlrecht vollster Ernst; sie laßt nicht der demagogische Erfolg, sondern sie sind pflichtbewußter Volksvertreter und allerdings auch als tüchtige Reformer für die von der Regierung begonnene Reform, während sie das von ihren Kollegen aus Tirol und Steiermark verlangte Pluralwahlrecht offen verwerfen. In den jüngsten Tagen ist diese Meinungsdivergenz zu einem kleinen Zeitungskrieg ausgeartet, der vielleicht noch nachwirken wird. Der häusliche Streik im Lager der katolischen Volkspartei verbietet jedenfalls angemerk zu werden, denn er liefert einen interessanten, charakteristischen Beitrag zur politischen Psyche der Klerikalen. Wenn schon nicht die Gesamtheit, daß doch wenigstens die Mehrheit egoistische Motive, die freilich unter dem Deckmantel von Patriotismus und Loyalität nach unten und oben sehr gut verborgen sind.

Gleichzeitig mit der Ernennung des Prinzen Hohenlohe wurde ein kaiserliches Handbreiten publiziert, das den Oberkommandanten der Landwehr Erzherzog Rainer des Amtes entsetzt. Der Erzherzog wird in sieben Monaten seinen achtzigsten Geburtstag feiern und fähig sich den hohen Anforderungen des militärischen Dienstes nicht mehr gewachsen. Der hochbetagte kaiserliche Prinz verkörpert den Liberalismus im Verrücktheitsstadium. Er hat viel von den jehesimischen Traditionen in sich aufgenommen, doch er ist kein aufgeklärter absolutistischer, sondern ein freisinnig-konstitutioneller Josephiner. Dem kulturellen Leben seines Vaterlandes folgte der Erzherzog mit regem Interesse und der Akademie der Wissenschaften widmete er immer seine besondere Aufmerksamkeit. In einer Jahresversammlung dieser illustren Vereinigung war es auch, daß der Erzherzog — am 22. Mai 1889 — zu einer Rede das Wort ergriff, die in Österreich lange und mächtig nachhallte. „Leider muß gesagt werden“ — meinte damals Erzherzog Rainer — „daß jetzt ein Kampf gegen Aufklärung und Freiheit eröffnet wird, aber wir wollen hoffen, daß die trübe Erscheinung bald vorübergeht“. Gegen wen diese bedeutsame Rundgebung gemünzt war, konnte nicht fraglich sein. Prinz Liechtenstein, zu dieser Zeit noch ein Führer der Merkmalen, rüttelte wieder einmal an der freien Schule und die Christlichsozialen begannen sich zu rühren. Leider haben sich die Worte des Erzherzogs nicht bewahrheitet. Die trübe Erscheinung ging nicht so rasch vorüber, als man gehofft hatte, sie erfüllt noch jetzt das Gegenwärtige.

Die mannigfaltige und ganz Wesen des kaiserlichen Prinzen kennzeichnende Ausdrucksweise begeisterte den Wiener Gemeinderat, der in diesen Tagen eine liberale Mehrheit hatte, zu einer Sympathiebekundung. Das wäre wohl heute anders. Die Feinde der Aufklärung und Freiheit werden im Rathaus zu Wien nicht mehr gefährdet und verdammt. Im Gegenteil! Man lese nur, was eine eben erschienene Streitschrift des modernen Vereines „Freie Schule“ über das Wiener Volksschulwesen ausführt: für Empörung und Bemerkungen gab die Gemeinde

1900	Kronen	24 000—
1901	„	9 600—
1902	„	22 800—
1903	„	90 200—
1904	„	87 600— aus.

Für Feste und Feierlichkeiten wurden vorausgabt:

1900	Kronen	179 500—
1901	„	35 800—
1902	„	24 700—
1903	„	85 300—
1904	„	72 600—

Außerdem beschloß am 6. Dezember 1904 der Gemeinderat den Ankauf von Lueger-Festschriften für 36 000 Kronen. Für die Verbesserung des Schulwesens fehlten jedoch die Mittel. Wien hat zu wenig Schulen. Im Budget für 1906 hat der Magistrat von den für notwendig erkannten Schulausgaben aus Ersparungsgründen 500 000 Kronen gestrichen. Wirklich moderne, allen hygienischen und pädagogischen Ansprüchen genügende Schulbauten fehlen; so gibt es überhaupt keine Schulbauten. Schulärzte existieren noch nicht. Die Turnplätze sind ungenügend und auch für Schülerausflüge, Schwimmunterricht und Gelaufen wird nicht gehörig gesorgt. Im Jahre 1903 gab es in Wien insgesamt 11 städtische Kinder- und Jugendgärten, während aber hatte deren 18, so daß Wien, wenn es mit der Hauptstadt Buda-Pest auf einer Stufe stehen wollte, 260 Kinder- und Jugendgärten errichten müßte. Für die jugendlichen Schulkinder vorausgibt die Gemeinde jährlich nur 80 000 Kronen; während der Sommermonate stellt sie jede

Unterstützung der Jugend ein. Das Schlimmste ist jedoch die Korruption der Lehrerschaft, die zuerst nach ihrer Abkunft und Stellung und dann erst nach den Fähigkeiten gefragt wird. Die Pflichten des Lehrers sind schwer und ernst. Der Jugendbildner soll die jungen Kinder seßhaft, zu aufrechten, dem Disziplinkampf gewachsenen Menschen erziehen, in Wien aber wird von ihm selbst widersprüchliche Unterwerfung gefordert.

Die Anlagen des Vereines „Freie Schule“ treffen ins Schwarze. Dr. Lueger sucht sich allerdings mit der Ausrede zu helfen, daß die Gemeindeverwaltung unablässig neue Schulen baue, die ja ganz nett und schmackhaft aussehn. Das dekretiert niemand. Die Bevölkerungsvermehrung ist in Wien ziemlich stark — ungefähr 8 $\frac{1}{2}$ % pro Jahr — und die neuen Lehrgebäude dienen zur Aufnahme des Zuwachses. Auch verlangt man heute mit Recht mehr als reinliche Schulhäuser mit hohen Lehrstühlen und Dr. Lueger, der sich in dankenswerter Weise um die Verschönerung der Wiener Gartenanlagen bemüht, sollte doch etwas für die hygienische und Gesundheitspflege der Jugend übrig haben.

Uebrigens ist es sehr lehrreich, einen Vergleich zwischen den Leistungen von den heutigen Reichsherrn so sehr geschätzten liberalen Regimes und den Aufwendungen der derzeitigen Gemeinderatsmehrheit für die Jugendberieselung anzustellen. So wurden für Lehrmittel vorausgabt:

Jahr	Herrschendes Regime	Kauf des Kopfs des Schallendes in Kronen
1894	liberal	1.97
1895		1.94
1896	Regierungskommissär	2.15
1897	Christlichsozial	1.28
1898	„	1.41
1899	„	1.40
1900	„	1.23
1901	„	1.—
1902	„	1.15
1903	„	1.57

Man sieht, die Ausgaben der Christlichsozialen für die Lehrmittel der armen Schulkinder stehen tief unter dem Niveau der Leistungen ihrer Vorgänger. Andere Kommunen sind Wien weit vorausgeeilt. In Bremen, Straßburg, Braunschweig, Zürich und in vielen Kantonen der Schweiz werden nicht nur die armen, sondern alle Schulkinder unentgeltlich mit den Lehrmitteln versehen. An die zweckmäßige Ausgestaltung der sozialen Gegenstände denken die antisemitischen Sozialpolitiker Wiens gar nicht.

Der heftige Kampf gegen die kommunale Schulverwaltung ist dem Bürgermeister gerade jetzt recht unwillkommen, denn die Gemeinderatswahlen stehen vor der Tür. Am 9. d. Mts. werden die 21 Kandidaten des IV. Wahlkörpers (mit allgemeinem gleichen Stimmrecht der großjährigen, drei Jahre ununterbrochen lebhaften Staatsbürger) neudefiniert und dann folgen die Ergänzungswahlen aus den anderen Parteilegionärskörpern. Dr. Lueger spricht sich allabendlich in einem anderen Bezirk; die übrige Garde ist nicht weniger eifrig an der Werbearbeit. Bei den Wahlen aus dem IV. Wahlkörper stehen den Christlichsozialen nur sozialdemokratische Kandidaten gegenüber, weil das fortschrittliche Bürgertum der Arbeiterpartei die Entsendung einiger Klassenvertreter ermöglichen will. Jetzt sitzen drei Sozialdemokraten im Gemeinderat. In der antisemitischen Partei scheint manches faul zu sein. Der Bürgermeister, der ja immerhin seinen Anhang turnhoch überträgt, hat unlängst sein Herz ausgeschüttet, indem er sagte, daß „einem manchmal der Gult vergehen könne, fürs Volk zu wirken“, wenn man im eigenen Kreise auf Schwierigkeiten stoße. Weiter ließ Dr. Lueger nicht bilden, aber man kann ihm aus Wort glauben, daß seine

Stellung trotz aller Macht und allen Einflusses nicht be-
neidenswert sei. Doch, lieber Herr Dr. Dugger!: Wie
man sich bettet, so liegt man, sagt der Wiener und auch
Sie haben den Satz oft ausgesprochen.

rw.

Antisemitische Berichterstattung.

Ueber eine Versammlung, die der Abg. Kröschell
im vorigen Monat in Stargard abgehalten hat, brachte sein
Blatt „Der Mittelstand“ einen Bericht, der von Ent-
stellungen und Unrichtigkeiten geradezu kitzelte. Da dieser
Bericht in die Staatsbürgerzeitung und von da aus in
einen großen Teil der antisemitischen Presse übergegangen
ist, so kommen wir noch einmal kurz auf die Stargarder
Versammlung zurück, um die Art der antisemitischen Berich-
terstattung in einigen Punkten zu kennzeichnen.

In jener Versammlung war ein Rittersch-
meister Schulz aus Berlin den Ausführungen
des Abgeordneten Kröschell entgegengetreten. Ueber Herrn
Schulz ist infolgedessen der „Mittelstand“ und hinterher der
größte Teil der antisemitischen Presse in einer Weise her-
gefallen, daß wir es uns nicht versagen können, an dieser
Stelle Herrn Schulz Gelegenheit zur Zurückweisung dieser
Angriffe zu geben.

Herr Schulz schreibt uns:

„Der Mittelstand“ hatte in seinem Bericht die Behauptung
aufgestellt, daß ich „einer Ritterschmeister nach Stargard“ sei, und
daß ich mich als „Ritterschmeister Schulz aus Stargard“ dargestellt
hätte. Beides ist unrichtig. Die Wahrheit ist, daß ich tatsächlich noch
heute persönlich eine Ritterscherei in Berlin betreibe und im Besitze einer
Ritterscherei bin.

Wahrheit ist ferner, daß ich mich in der Pause Herrn Abg.
Kröschell persönlich als „Ritterschmeister Schulz“ vorstellte und ihn dann,
nachdem wir über die Sache zu sprechen, was er mir mit einem freundlichen
Gedächtnis auch zulagte, Stargard oder Berlin habe ich bei diesem
Anlass mit keinem Worte erwähnt.

Diese Aufzählung hat der „Mittelstand“ dem Herrn Kröschell,
nachdem ich von dem Bericht Kenntnis erhalten hatte, unter dem
23. April per Einschreiben mitgeteilt und auf Grund des Berichtes
um Berichtigung dieser unrichtigen Behauptungen gebeten. Herr
Kröschell und sein Blatt haben bis auf den heutigen Tag von dieser
meiner Berichtigung keine Notiz genommen. Das Urteil über eine
solche Handlungsweise mag sich Jeder selber bilden.

Die „Staatsbürgerzeitung“ und andere antisemitische
Blätter haben im Anschluß an diesen Bericht noch die weitere Be-
hauptung aufgestellt, daß ich bei Beginn meiner politischen Tätigkeit
„es zuerst bei den Antisemiten verfaßt habe“. Diese
Behauptung ist ebenso falsch, wie die erste.

Meine einzigen Beziehungen, die ich jemals zu Antisemiten
hätte, waren folgende:

1. Anfang der Vierziger Jahre wohnte ich in Potsdam; infolge
eines Unfalls war ich längere Zeit in der Ausbildung meines Hand-
werks und verfaßte mir Vertriebsbuch und lokale und Geschäfts-
berichte für die dortigen liberalen „Vorbanner Nachrichten“. In jener
Zeit wurde ich der jetzigen Abg. Dugger an mich (nicht ich an
ihn!) mit dem Ersuchen, die besten Berichte für ein neu zu gründendes
antisemitisches Blatt zu liefern. Es ist zu einer solchen Berichts-
lieferung aber nie gekommen.

2. Als ich im Jahre 1882 mein Geschäft in Potsdam bei
Potsdam wieder betriebe, erschien der damalige Gendarm Rieg aus
St. Glensien bei mir und teilte mir mit, daß ich durch Veranlassung
des Glensien'schen Vorwurfs, welcher früher in Ostpreußen
als antisemitischer Kandidat aufgestellt war, die Wählerstimmen auf
Schloß Radberg erhalten könnte. Ich besuchte Herrn Rieg
Radberg, der mir seine Absichten mit einer kurzen Empfehlung
übergab; daraufhin erhielt ich von dem Rostocker des Schloßes
Woblerberg einen Auftrag über Renovationen und Reparaturen
von Woblerberg.

Von meiner politischen Stellung oder Tätigkeit ist in keinem
der beiden Fälle gesprochen worden.

Dies sind meine ganzen Beziehungen, die ich jemals zu Anti-
semiten gehabt habe.

Diese Unterstellungen, die jetzt den neuen von der anti-
semitischen Presse verbreitet werden, daß ich schon vor Jahren in
einer öffentlichen Versammlung zu Weidenau Herrn Becker
gegenüber energisch zurückgewiesen.

Es ist zwar nicht anzunehmen, daß die antisemitischen
Blätter von dieser Nichtigstellung Vermerk nehmen, wir aber

glaubten zur Kennzeichnung der antisemitischen Berich-
terstattung und zur Rechtfertigung des Herrn Schulz hiervon
Notiz nehmen zu sollen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Graf Bückler traf in der vorigen Woche aus der
Festung Weichselmünde, wo er gegenwärtig für einige
Monate ungewollten Aufenthalt genommen hat, zum Be-
suche auf seinem Gute Klein-Tschirne ein. Der
Inspektor ließ es sich nicht nehmen, seinen Chef auf dem
Bahnhofe zu begrüßen, er wurde aber, dem „Niederösl. Anz.“
zufolge höchst ungnädig empfangen. Der Herr Graf war
augenscheinlich schlecht gelaunt wegen des letzten stattgehabten
Brandes, bei dem auch verschiedene Uniformstücke, welche
dringend zu den bekannten Kavallerie-Attachen gebraucht
werden, in Feuer aufgegangen sein sollen. Es ist inzwischen
als Entstehungsurache des Brandes ein schändlicher Schorn-
stein festgestellt worden, gleichzeitig wurde aber auch ermittelt,
daß entweder während oder nach dem Brande ein Eindring
in den größten Weinsteller gemacht und letzterer um ein
Bedeutendes bezüglich seines Inhaltes erleichtert worden ist.
Darüber war der Herr Graf aufs höchste ungehalten, es kam
mit dem Inspektor zum Wortwechsel, der dadurch seinen
Abbruch fand, daß dem Inspektor gefändigt wurde. Wie
lange der Graf aus Weichselmünde deurlaubt sein mag, ist
nicht bekannt.

Ueber den Kampf zwischen den feindlichen
antisemitischen Brüdern in Oesterreich berichtet die
Nagendburger „Gefenschan“:

„Der Streit um Wahrung einer schärferen
Fortsetzung. Der Abg. Latmann hatte seinerzeit einigen
Reformer in Kassel erklärt, Dr. Böhm, der Kandidat des
Bundes der Landwirte, habe mit den Deutschsozialen nichts
zu schaffen. Nachdem nun die reformerische „Reichs-
schau“ dem Abg. Latmann diese „Unstimmigkeit“ wieder-
holt vorgehalten hatte, weil Herr Dr. Böhm tatsächlich
deutschsozialer Kandidat ist, fand letzthin zwischen Ange-
hörigen beider Richtungen eine vertrauliche Be-
sprechung zu Kassel statt. Dem reformerischen Standpunkt
vertraten Rechtsanwalt Harward-Kassel und der Redakteur
Wille von der „Reichsschau“. Herr Latmann legte
seine „Unstimmigkeit“ dahin aus, daß Dr. Böhm zuerst
nicht deutschsozialer Kandidat gewesen, es später aber
gemorden sei. (Wenn dies zutrifft, so haben hier wieder
jene bekannten Schiedungen eine Rolle gespielt, deren
Macher jeder eingehende Gefassungsgefasse kennt.) Eine
Klage lehnte der Abg. Latmann ab. Eine Einigung
kam auch nicht zustande. Der Kampf zwischen beiden
Richtungen nimmt vielmehr fortgesetzt schärfere
Formen an. Die „Reichsschau“ wiederholt ihre
Angriffe bei jedem Anlasse und betont, daß die Deutsch-
sozialen nur ein Anfangs- und ein Anfangs- des Bundes
der Landwirte, ein konservativer Klüngel seien. Dem Abg.
Latmann treten die Reformer bei jeder Gelegenheit ent-
gegen. In einer Latmann-Versammlung zu Wolfen-
büttel rügte Schulzmeister Scholl, daß Herr Latmann
gegen die Reichssozialen eine schärfere Stellung
habe, was natürlich nicht von Handwerksfreunden
leicht zu verstehen, sondern eher von einer Unterstützung des
Großkapitals. Ferner habe er im Falle Lippelsfeld
Berlin, dieser Monopolfirma, die Handwerker nicht in
Schlag genommen, wo doch die Firma nur 18 Mark für
Weinstiefel bezahlt und 29,30 Mark dafür erhält. Das
macht pro Mark 11,80 Mark Verdienst, kein Wunder also,
daß die Firma in diesem Jahre acht Millionen Mark
verdient. Herr Scholl kam dann noch eingehend auf die
bekannte Verschleuderung bayerischer Militärstiefel zu sprechen,
welche auch eine schwere Schädigung des Handwerks bedeute.“

Bund der Landwirte und Mittelhandb.-Vereinigung. Daß die Mittelhandspolitiker nur Agenten des Bundes der Landwirte sind, für die sie Hilfsposten organisieren, ist zwar längst klar, aber ein direktes Augenmerk verläßt sich, erwähnt zu werden. In einer Wählerversammlung, die der Wahlverein der „freisinnigen Volkspartei“ in voriger Woche in Schweidnitz einberufen hatte, trat u. A. in der Debatte auch der dortige lokale Führer der Mittelhandb.-Vereinigung, Schneidermeister Maier auf, von diesem Manne wurde in öffentlicher Versammlung als wahr zugestanden, daß der Stänker des Kleiderfleißigen Handwerkerbundes, Schlossermeister Seifert-Greifenberg, zur Gründung dieser Partei-gruppe, aus der sich dann in Schlesien die Mittelhandb.-Vereinigung entwickelte, vom Vorsitzenden des Bundes der Landwirte, Dr. Köstke, 1000 Mk. erhalten hat. Das Eingeständnis wurde in der Versammlung sofort gebührend festgenagelt.

Zermischtes.

Jüdische Richter. Anlässlich der Debatte über die Frage, nach welchen Grundsätzen im Justizministerium die Beamtenstellen besetzt werden, schrieb die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgendes:

„An eine Aenderung des Kurzes bei dem Ernennungsverfahren zu denken, liegt jetzt so wenig wie in den vergangenen Jahren Veranlassung vor. Gesichtspunkte, die für die Beförderung aus hervorragenden Juristen, gleichviel welcher Partei oder welchen Glaubens sie sind, maßgebend sein sollen, brauchen nicht mehr gegeben werden. Der preussische Staat ist alt genug, um über Erfahrungen zu verfügen. Als Herr Friedberg Justizminister war, setzte es Herr Gneiß aus der früheren Erfahrung seiner Wirk-samkeit durch, daß nicht in Landestellen, in denen die jüdische Bevölkerung in der Minderheit sich befindet, jüdische Richter in größerer Zahl als unbedingt nötig angestellt werden. Das sind Grundsätze, die noch heute festgehalten werden und durch keine Kasuistik erschüttert werden können.“

Uns interessiert bei dieser Auseinandersetzung nur der Mittelsatz, der von Gneiß und Friedberg handelt und in dem solche Unrichtigkeiten als Worte zu finden sind. Die „Allg. Ztg. d. Z.“ erhält dazu von einem der her- vorragenden deutschen Juristen die nachfolgenden, sehr wert-vollen Mitteilungen:

Die Verteilung des rheinischen Blattes ist in jedem Falle falsch. Erstens, weil Gneiß nicht nur kein Gegner der Juden war, sondern sogar mit Nichter zusammen den „Verein zur Abwehr des Antisemitismus“ begründet hat. Zweitens, weil man nicht weiß, auf welche frühere Wirksamkeit, in der er die angeblichen Erfahrungen gemacht hätte, Gneiß seine Bezug nehmen können. Drittens, weil er nicht auf einen Landestellen, in denen Juden in der Minder- heit, hätte Bezug nehmen können, da sie in allen Landestellen in der Minderheit sind. Es scheint aber, daß die Notiz sich weniger gegen Gneiß, als gegen Friedberg richtet. Es soll der Eindruck hervorgerufen werden, als ob es der Einwirkung Gneiß bedurft hätte, um Friedberg, der den verhängten und den offenen Antisemitismus stets möglichst war und ihnen immer als „Jude“ galt, von einer über- mäßigen Anstellung von Stammesgenossen abzuhalten. Nun lag diesem aber tatsächlich nichts ferner als eine Beozugung jüdischer Juristen. Ihrer Zurücksetzung hatte schon Leonhardt ein Ende gemacht, und Friedberg ist darin keineswegs weiter gegangen als dieser sein Vorgänger. Der das Gegenteil behauptet, hätte es zu beweisen, und dieser Beweis ist nicht zu führen. Friedberg hat einzelne jüdische Richter angestellt, keinen einzigen aber in höhere Stellen befördert. Erst Eschling hat bekanntlich zwei Juden (Witten und Wölfe) zu

Oberlandesgerichtsräten ernannt. Andererseits muß aber, wie gesagt, festgehalten werden, daß Gneiß nicht nur kein Gegner der Juden, sondern eher ihr Fürsprecher war und daß in seinen öffentlichen Kundgebungen sich nichts findet, das jene Meinung irgendwie als glaubhaft erscheinen lassen könnte. Es läßt sich ihm meines Wissens nicht eine einzige Äußerung oder Handlung nachweisen im Sinne einer Be- schränkung der verfassungsmäßigen Rechte der Juden. Im übrigen hat Gneiß gar keine Gelegenheit gehabt, in seiner Wirksamkeit „Erfahrungen“ zu machen, die ihn zu der be- haupteten Stellungnahme und Einwirkung auf den Justiz- minister hätten bestimmen können. Solange Gneiß in der Praxis tätig war, gab es keine jüdischen Richter, und inwiefern er als Uniaufstiegsleiter jene Erfahrungen gemacht haben sollte, ist nicht erkennbar.

Es genügt also die Feststellung, daß Friedberg jüdische Richter nicht in größerem Umfange angestellt hat als sein Vorgänger Leonhardt, daß diese Anstellungen in keinem Landestelle jemals in größerer Zahl erfolgt sind, für Gneiß also auch kein Anlaß vorlag, eine Einschränkung „durchzu- setzen“, und daß Gneiß, der sich stets als Anhänger ver- fassungsmäßiger Gleichstellung aller Bekenntnisse und ins- besondere als Gegner einer Zurücksetzung der jüdischen Juristen bekannt und betätigt hat, niemals eine „Wirksam- keit“ gehabt hat, in der er die behaupteten „Erfahrungen“ hätte machen können. Solange also nicht bestimmte Beweise erbracht werden, muß die Nachricht als eine haltlose Ver- dächtigung beider Männer bezeichnet werden.

Die Dumaahlen und die Juden. Unter welchen Verhältnissen sich die Dumaahlen in Rußland vollzogen haben, schildert recht anschaulich ein Delegierter der Stadt Luzk in folgender Fußschrift an die „N. Fr. Z.“:

Als Delegierter der Stadt Luzk (Wyborstschik) er- laube ich mir, mittels Ihres geschätzten Blattes einen selbst in Rußland unberührten Haß von Rechtsbeugung vor ganz Europa zu artikulieren. Ich fordere die öffentliche Meinung aus, ihr aerdaemendes Urteil über die unersessenen „Reihen“ auszusprechen, die sich erlaubten, gewalttätig in die Wahl- campagne einzugreifen, den freien Meinungsaustausch zwischen den einzelnen Gruppen der bunten Bevölkerung Wolhyniens durch scharfe Polizeimaßregeln unmöglich zu machen, den Willen des Volkes zu knechten und die freien Wahlen in einen Zwangssatz zu verwandeln.

Die zwei in Rußland besonders unterdrückten und in Wolhynien stark vertretenen Volksgruppen Juden und Bauern wollten sich drüberlich die Hand reichen, um aus ihrer Mitte Kandidaten in die Reichsduma auf- zustellen und somit, Dank der dadurch gebildeten Majorität, die von der Bureaukratie unterstützten reaktionären Elemente, die sich weit eher erlaubten und unerlaubten Mitteln den Weg in die Duma bahnen wollten, zu verdrängen. Die äußerst ausrückliche, durch die Siege der konstitutionell- demokratischen Partei argwöhnisch und ängstlich gemordene Bureaukratie aber sahte sich rasch und wählte folgende drastische Mittel an, um die Vereinigung der Juden mit den Bauern zu vereiteln. Die Delegierten von den bauerlichen Dörfern wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in Sitomir von Regierungsagenten empfangen, in den Räumlichkeiten der Röhrichtgebäude interniert, von starken Polizeiposten überwacht und somit jeder Möglichkeit beraubt, mit der Außenwelt in Berührung zu kommen.

Wir Stadtdelegierte bildeten eine Gruppe von asexig Personen (39 Juden und ein Christ). Wir sandten unsere Kollegen, die mit den Bauern vorher verhandelt hatten, in den „Kirchhof“, um den dort Internierten einen sehr an- nehmbareren Vorhoflag zu machen, sie wurden aber nicht zugelassen. Zwei jüdische Abgeordnete wurden ins Polizei- amt eskortiert und mit Haft bedroht. Die Forderung der

jüdischen Abgeordneten, die Vorgänge im Kirchenhof zu protokollieren, das gesetzwidrige Benehmen der Polizei amtlich zu konstatieren, wies der Polizeimeister zurück.

Während diese Campagne der Regierungsgenossen vor sich ging, spielte sich in den Räumlichkeiten des Kirchenhofes folgendes ab. Der Oberbürgermeister Vater Vitalius zwang die Bauern, ununterbrochen Gottesdienste abzuhalten und drängte sie auf diese Weise sanft um ihrem eigentlichen Ziele weg. In seinen feuerprüfenden Reden schonte der Kirchennotar keine Farben, um die Juden als Verräter, Vaterlandsverräter, gefährliche Ausbeuter, Feinde des Christentums usw. zu malen. Diesen Freilagen mochten Mitglieder der reaktionären Partei bei, die die Weisungen des „heiligen Vaters“ durch eigene Erfindungen ergänzten. Ununterbrochen weilten Vertreter der Reaktionäre bei den Bauern und wurden nicht müde, die Bauer, die sie zwischen den Bauern und den freibewerkenden Gruppen errichtet hatten, zu besänftigen. Als es unseren Kollegen endlich mit großer Mühe gelang, in die „Festung“ einzudringen und die Bauern ein wenig zu bearbeiten, griff die Kirchenbehörde zu den letzten verfügbaren Mitteln. Der Kirchennotar Vitalius wollte die Bauern am nächsten Tage um vier Uhr morgens aus dem Schläfe, säßte sie in die Kirche und hielt ihnen eine derartige „Predigt“, die die Aneignung des freien Willens der Ungläubigen vollendete. Rasch wurde eine Vereinigung zwischen den Bauern und den Reaktionären zu Stande gebracht, die Bauern mußten feierlichst einen Eid leisten, daß sie nur für x y u. stimmen und den Juden usw. schwarze Augen geben werden.

Noch ein Punkt von Hoffnung blieb uns doch; am 13/26 sollte unter dem Vorsitz des Adelsmarschalls eine Sitzung stattfinden, um den einzelnen Gruppen die Möglichkeit zu gewähren, sich untereinander in der einen oder anderen Richtung zu verständigen. Die Vorkonferenz ist oom Geseke oorgegriffen und muß den Wahlen unmittelbar oorangehen. Wir hoffen, daß es unserem Kandidaten Herrn Rechtsanwalt Goldstein gelingen wird, durch seine außerordentliche Rednergabe den Bauern klarzulegen, wo sie ihre Freunde zu suchen haben. Allein auch hier wurden wir überlistet. Die Bauern wurden in ihrem Intenat festgehalten und die Teilnahme an der Vorkonferenz ihnen als nicht obligat gebrüet. Es gelang uns jedoch, gegen 40 Bauern herauszubekommen und zu bewegen, sich zur Konferenz zu begeben. Allein im Vestiböl wurden sie oom erwartenden Agenten zurückgeschickt. . . . Wir blieben also holiert, und die Vorkonferenz mußte aufgehoben werden.

Am nächsten Tage, den 14./27. April, sollten die endgültigen Wahlen stattfinden. Die Bauern wurden Schlag 12 Uhr in den Sitzungssaal unter „gehöriger Begleitung“ geführt, und sofort wurde ein Gottesdienst abgehalten. Priester, reaktionäre Gueberkter und dergleichen überwoachten die Bauern. . . . Wir waren ößlig holiert, unsere Sache war verloren. Defensungsgeacht hielten wir es für unsere Pflicht, unsere 40 Stimmen den Bauern zu geben. Wir stimmten also für zwei Juden und zehn Bauern. In den ersten zwei Gängen wurden die Reaktionäre Graf Potocki, Groszofski usw. gemählt. Die einzige Hoffnung blieb noch auf den dritten Gang, wo unsere Kandidaten, die trotz der gegen uns gerichteten Verleumdungen sich großer Beliebtheit unter dem Volke erfreuen, baldotiert werden sollten. Da griff Graf Potocki mit seinem erprobten, stets wohlthuend wirkendem Mittel ein und erklärte den anwesenden Bauern, er gebe ihnen tausend Rubel als Anerkennung für ihre Anhänglichkeit. Durch diese milde Gabe wurden die Spänen unserer Kandidaten ganz gelähmt; die Bauern, von der Freigebigkeit des großen Herrn berauscht, warfen unsere Kandidaten schwarze Augen, und enttäuscht und niedergegeschlagen oerließen wir den Saal.

Selbstredend konnten wir uns mit den unerhörten Vorgängen bei den Wahlen nicht zufrieden geben, und wir reichten bei der Reichskammer eine Reklamationseinheit ein. Wir hoffen, daß die Mitglieder der Reichskammer, die trotz der wilden Agitation durchwegs aus liberalen Männern besteht, die Wahlen zu Nitomir kassieren und neue Wahlen oorschreiben werden. Wir hoffen, daß die ausländische freie Presse, die mit begründeter Aufmerksamkeit die Bestätigung der neuen Wera in Ausland oerfolgt, ihr oerdrömmendes Urteil über die Einmünnung Unberufener in die Interessen des nach Freiheit lechzenden Volkes laut und offen aussprechen wird.

In Bulgarien hat die Ritualmordblüge oon jeher einen guten Nährboden gefunden. In oerschiedenen Städten und Dörfern, oor allem in Slomna und Küstenbil, wurde sie auch diesmal oom antisemitischen Seite oerbreitet. Die freundliche Aufforderung zur Pländerung der jüdischen Häuser und Läden bei diesem schönen Anlaß fand natürlich beim bulgarischen Vööl günstige Aufnahme. Angefichts der drohenden Gefahr wandte sich der Großrabbiner von Bulgarien, Dr. M. Ehrenpreis, an den Minister des Innern mit der Bitte um Hilfe. Unmittelbar darauf hat dieser an die Präsekte und Polizeisekt ein Diktural erlassen, in dem er denselben den strengsten Auftrag erteilt, in der Freiheit jede Ansammlung und jeden Aufruhr gegen die Juden, die nur die Folge der antisemitischen Agitation seien, mit allen Nachsmitteln zu unterdrücken. Tatsächlich oerließen die Festtage infolge der überall getroffenen Polizeimaßregeln ößlig ruhig. Der antisemitische Vööl, der nicht auf seine Kosten gekommen, wütet jetzt gegen den Minister, weil er seine Politik getan — aber er wird damit hoffentlich wenig Glück haben.

Ritualmord.

In der „Schlesischen Volkszeitg.“ oeröffentlicht der katholische Breslauer Universitätsprofessor Dr. König folgende Kritik einer neuen Broschüre des katholischen Geistlichen Dr. Rommert:

„Um die Ehre Gottes zu fördern und seinen Mitmenschen zu nützen“, (S. 131) hat der „römisch-katholische Pfarrer“ in Schweinitz, Herr Karl Rommert, Dr. theol. und Ritter des hl. Grabes, seiner ersten Schrift über den „Ritualmord bei den Talmudjuden“ foeben eine zweite Broschüre folgen lassen, welche der „Widerlegung der Widersprüche frommer Juden und Christen gegen die Blutbeschuldigung der Juden“ gewidmet ist, und in welcher der Verfasser gegen Schutz ein „Wort an seine Kritiker“ richtet. Dr. Rommert hat dem Untergeschmeten, der zu seinen Kritikern gehört, das Wertchen zugesandt, nachdem er brieflich u. a. anerkannt, daß seine Befprechung seiner betr. Publikationen „sine ira et studio“ geschrieben, eine „ruhige und sachliche Kritik“ und in ausländische Formen gekleidet“, die christliche Liebe und Gerechtigkeit nicht oerleugend“ sei; im gleichen Geiste habe er nun geantwortet. Wäre letztere Befprechung wahr, dann hätte ich persönlich keinen besonderen Anlaß zu einer Erwiderung. Nun aber streng geradezu Ra Antikritik oom persönlich beleidigten Ausfällen, beschöfenden Unterstellungen, sowie oom Entstellungen der Wahrheit, von denen wenigstens einige beantwortet werden sollen, da auf alle einzugehen, der Raum nicht gestattet.

In der neuen Broschüre auf S. 121 schreibt er: „Im übrigen macht in meines verehrten Studienkollegen Apologie des Ritualmordes bei den Talmudjuden bei aller sachlichen Gegnerschaft . . . eine umsächtige und besonnene Darstellung sich geltend.“ Den Vorwurf, eine „Apologie des Ritualmordes“ mir erlaubt zu haben, muß ich nun aber mit Entrüstung als schwerste Beleidigung abwischen,

trotz der sie begleitenden huldvollen Anerkennung, welche durch den Gegenstoß die fürchterliche Anklage nur verschärft und beschärfert macht. Ich wüßte nicht, wie ein Priester und Universitätslehrer genannt werden sollte, der den Ritualmord in Schutz genommen hätte! Ein fürchterliches Verbrechen, als Kannibalisierung, im Namen der Religion angeblich fortwährend bis heute noch begangen von einer großen Zahl fanatischer Menschen, könnte ich mir kaum ausdenken — und ihm sollte ich nun eine „Apologie“ gewidmet haben! — Herr Dr. W. wird dagegen vielleicht einwenden: „Dah ist dies nicht so gemeint habe, beweist ja mein mörtlicher Abdruck der königlichen Kritik aus S. 117 ff. meiner neuen Schrift. Da konnte ja jeder Leser leicht erkennen, wie ich es verstanden habe.“ Allein die Auskunft hat Dr. W. sich selbst abgeschnitten, indem er die ihm freilich wohl unangenehme, aber zur Bildung eines Urteils aber meine angebliche „Apologie des Ritualmordes“ besonders wichtige Partie meines Referats untersehung und nur durch Punkte andeutet. Diese untersehlagene Partie lautet wörtlich folgendermaßen: „Wie und nimmer würde ja z. B. die geradezu entsetzliche Stelle S. 6 ff. die (irriglich) Zensur passiert haben, wo Herr Dr. Mommerit die H. Eucharistie in Parallele stellt mit dem angeblichen Kannibalisierungsmus des jüdischen Ritualmordes! Man höre! S. 9 heißt es wörtlich: „Würde nun die rituelle Verwendung des Fleisches und Blutes Jesu im christlichen Ritus so lange als Artkanibalisierung (Geheimlehre) behandelt, als diesfalls (sic) noch nicht zahlreich und mächtig genug waren, um diesen Ritus öffentlich ungestört ausüben zu können, so werden wir es begreiflich finden, daß auch die Juden die Verwendung von Menschenblut beim Christenblut bei ihrem Ritus als Artkanibalisierung behandeln, bis auch sie einmal wieder, wie früher, z. B. in des Samuel und des Elias Tagen, die Macht haben werden, Menschen zu rituellen Zwecken öffentlich abschlagen zu können“ (!). So schreibt nicht etwa Voltaire, sondern ein katolischer Priester! Unterscheidet man einmal bei Gelegenheit einer seiner zahlreichen, natürlich übergehebenen Bitten und Warnungen während der Drucklegung der samsonischen Autobiographie Herrn Mommerits diesem die bange Frage vorgelegt, wozu es noch mit ihm auf dem eingeschlagenen Wege kommen solle. Obige Stelle gibt hierauf die betäubende Antwort, an der nur Feinde der Kirche Freude haben können. Dazu ist eine unwissenschaftliche und unlogische Beweisführung als in eben diesem Ausdruck S. 10 schwerlich denkbar.“ Wie man sieht, könnte Dr. W. sicutote Vergleichung des allerh. Altarsakraments mit dem Ritualmord viel berechtigter eine „Apologie“ des letzteren genannt werden, als mein Artikel. Allein nicht für den Ritualmord habe ich eine „Apologie“ geschrieben; mein Referat galt vielmehr nur der Gerechtigkeit und meinen ganzen Stand dabeibegleitenden Äußerungen (S. 127): „Inwiefern die geistliche „Bauh-Aufbau-Rundgebung“ zur Durchführung gelangt ist, weiß ich nicht. Von verschiedener Seite wurde mir jedoch mitgeteilt, daß man die von ihnen begehrt „Bauh-Aufbau-Rundgebung“ (hiervonals gespröcht von H. gedreht!) abgelehnt habe, und zwar aus Ehrsücht und Hochachtung vor Sr. Eminenz dem Hochwürdigsten Kardinal-Fürstbischof Dr. Georg Kopp zu Breslau, indem man es für unschicklich hielt, Höchstdemselben aus Anlaß einer schon längst wieder vergessenen Schrift zu konfessieren. Sei Mommerit im Unrecht, so sei der Kardinal-Fürstbischof Dr. Kopp Mann genug, um allein mit Mommerit fertig zu werden. . . . Sollten diese Erörterungen jemandem unlieb sein, dann möge er beim Herrn Dompropst Professor Dr. Arthur König zu Breslau sich dafür bedanken, daß er mich veranlaßt hat, mein Schwärzen zu brechen.“ Wie man sieht, ist Herr Dr. W. ein Meister der Logik und Dialektik. Schwächen nämlich seine Gegner und die von ihm angegriffenen, so schließt er daraus auf deren Zustimmung zu

allem, was ihm paßt; reden sie, und wenn auch noch so „ruhig und sachlich“, in „anständiger Form“ und ohne „die christliche Liebe und Gerechtigkeit zu verletzen“, dann sind sie die bösen Feindesprediger, die dem unschuldigen Lamm das Wasser trüben!

Nach den mitgeteilten Proben seiner Gefinnung und Kampfesweise sind schließlich auch die böhschigen und plebsischen Äußerungen Dr. Mommerits über seinen Bischof zu bewerten. Er, Eminenz, damals noch Bischof von Fulda, hatte 1882 dem Rabbiner Dr. Sohn schriftlich auf Wunsch seine Lieberzeugung u. a. dahin kundgegeben, daß die Anklage des Ritualmordes „dennoch keine jüdische Religion, noch durch die Geschichte zu begreifen sei“. Dr. Mommerit macht dazu die infamierende Glosse (S. 79): „Inwiefern die im Sommer 1887 erfolgte Beförderung des Bischofs Dr. Kopp von Fulda auf den Fürstb. Stuhl zu Breslau mit diesem Schreiben, bzw. mit jüdischer Protektion in Verbindung steht, entzieht sich meiner Kenntnis. Nicht uninteressant ist, was ich gerichtlichweise vernahm, daß die Firma Fuchs u. Gensl, Pting, Breslau, mit der Lieferung der Aus-einrichtung für das vom Fürstbischöf Dr. Kopp zu Breslau im Jahre 1894 erbaute Konvikt für Studierende der katholischen Theologie, betraut worden ist.“ Die böhsche Verächtlichkeit im ersten Satz enthält zugleich eine Be-leidigung des Kaisers Wilhelm I. und des Papstes Leo XIII., die bekanntlich die Transfektion des Hohen. Bischofs von Fulda nach Breslau wegen seiner hervorragenden Verdienste um die Beilegung des „Kulturkampfes“ vereinbart haben. Was aber die zweite Verächtlichkeit anlangt, so hätte Herrn Dr. Mommerit jemandem in Breslau sagen können, daß genannte Firma jüdisch, nicht jüdisch ist. Ebenso lächerlich ist die von Dr. W. ohne Kritik angeführte Äußerung C. Paaschs, daß der verlorene Feldproß der Armer, Bischof Dr. Ahmann „jüdischer Herkunft“ gewesen sei. „Kritik“, und zwar meist eine sehr blasse und lieblose, kennt Herr Dr. Mommerit wohl nur gegenüber seinen Gegnern, während er alles, was zu seiner Ehre paßt, meist un-besehen und kritischlos herübernimmt; denn semper aliquid haeret. Unseren Hochwürdigsten Oberbischöfen vermögen freilich auch die lieblichsten Annäherungen und Verächtlichkeiten durch einen Dr. Mommerit nie und nimmer seiner barmherzigen Dignität, insbesondere dem Klerus, minder verehrendem und teuer zu machen, als er uns bisher durch ein neunzehn-jähriges, wahrhaft apostolisches Wirken gemordet ist! Wenn Herr Dr. Mommerit und seine traurigen Pamphlete längst vergessen sein werden, wird die Geschichte noch mit hoher Anerkennung den Namen des Kardinals Kopp zu nennen wissen. Um den Beifall, den allensfalls der gewissen Feinden der Kirche Herr Dr. Mommerit mit seiner neuen Leistung finden mag, wird den auf bewährtestes Gleis geratenen Priester niemand beneiden. In der traurigen Angelegenheit gedanke aber ich selbst das Wort nicht mehr zu ergreifen, so sehr es vielleicht Herr Dr. Mommerit wünschen möchte, um immer wieder von sich reden und Reflektieren zu können. Prof. Dr. A. König.

Die älteren Jahrgänge

der „Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Ex-pedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4.40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgelegte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

find an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu finden, wenn man die
"Mitteilungen" direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 4 Ztr. 2678.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten an Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle Briefe des Lesers an Herrn Dr. Hermann Schulz, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Die Ausweisungen der russischen Juden.

(Die Verhandlung im Abgeordnetenhaus.)

Die Leute — beinahe hätten wir uns verhaufen und nach Schema P geschrieben: die guten Leute —, die über einen sogenannten Balkan zwischen und zwischen und innerhalb der schwarzweißen Grenzpfähle ein „Geistes Land“ der Juden zusammenphantasieren möchten, sie sind nun wieder ihres lieben Lebens froh. Sie haben sich unnütz erregt und sehen, daß alles hübsch beim Alten bleibt und das Wort des Patriarchen im „Nathan“, nach welchem unter allen Umständen der Jude verdammt wird, auch das maßgebende bleibt in den Landen, in denen einst Fieberdampf der Größe mit Volsaire dem Geiste kommender Zeiten vorausgeht. Im preussischen Abgeordnetenhaus hat die Verhandlung über die Ausweisungen der Russen stattgefunden. Oder richtiger: der russischen Juden. Denn ich „schändes halber“ der eine oder der andere mit zum Lande hinausgerast, der nicht vom Siamme Israel, das ändert an dem antisemitischen Gedächtnis der Russenaussweisungen so wenig wie der bürgerliche Remoniergeschulze an der Naturgeschichte des Garbepflichterps.

Sage mir, wer dich lobt, und ich will die sagen, wer du bist. Es mag genügen, daß selbst in solchen Mitternächten, die aus nachfolgenden Gründen von dem nachschärfsten Antisemitismus ihrer Mägen nur einen sehr vorsichtigen Gebrauch zu machen pflegen, dem Minister des Innern Herrn von Bethmann-Hollweg heile Anerkennung gepößt wird, daß man ihn als „klugen Kopf“ und weisen Staatsmann feiert, weil er sich nicht gekümmert, den Stier bei den Hörnern zu packen, will sagen, weil er eingeräumt, wie die Ausweisungen eben gegen die Juden gerichtet waren und sind. Die „Tägliche Rundschau“ spricht mit schärfstem Eifer, mit unerschütterter Schadenfreude von den „lästlichen russischen Herren“, denen die Verhandlung im Abgeordnetenhaus wenig genügt. Man kann darnach ersehen, wie großen, heißen Jubel das Auftreten des Ministers des Innern, hinter dem die preussische Regierung steht, in den Beizeln derer ausgelöst hat, die von dem Grafen Adler, Liebermann o. Sonnenberg und dem Ständebüchsenunternehmer Herrn Braun ihr geistige Nahrung desegnen.

Albert Träger hat sich der Aufgabe, die Ausweisungen der Russen, der russischen Juden aus Preußen unter dem Gesichtspunkt von Willigkeit und Menschlichkeit, Treu und Glauben zu prüfen, mit der tiefsten alten Freiheits- und Rechtskämpfer ausgehenden Warmherzigkeit unterzogen. Es war ein Wort voll Wucht und Wahrheit, das er der Regierung zurief, als er ihr vorwarf,

daß sie die Russen nicht ausgewiesen, weil sie sich lästig gemacht, sondern weil sie ihr lästig sind, und daß die Regierung so den Sekundanten Russlands auf ihrem eigenen Boden gespielt und übereifrig sogar die Abmachungen mit Rußland selbst in dem mit diesem Reiche geschlossenen Handelsverträge verlegt habe. Der Herr Minister erwiderte, daß es sich bei den rund 12 000 Fremden, die in letzter Zeit im Bundespolizeidistrikt Berlin zugezogen sind, vorwiegend um Angehörige von niederen, unermögenden Volksschichten und um Juden handle und daß man blind sein müsse, wenn man die Rolle verkenne, welche die Juden aktiv und passiv in der russischen Revolution gespielt.

Hier stoden wir schon. Auch die „passive“ Rolle, die die Juden in der russischen Revolution gespielt, hat der Herr Minister gestrichelt. So wollte er also an die ungeheuren Greuel erinnern, die sich über die Häupter der Juden in Rußland entladen haben, an die grausamen Ermordungen mit Mord und Brand und Schändung und Plünderung, die den Juden in Verbindung mit der russischen Volksbewegung ein fürchterbares Martyrium bereitet haben? Nun, wenn dem Herrn Minister die „passive“ Rolle der Juden in der russischen Revolution dearii bekannt ist, wie kommt er dann dazu, diejenigen unter den nach Groß-Berlin geschickten russischen Juden, die sich entweder ihrer Haut gewehrt oder die sich als russische Volksgenossen der russischen Volksbewegung nicht entzogen haben, dieses Verschulden so hoch anzurechnen? Warum verallgemeinert er und sucht das Verlangen nach Abschiebung der ihm und seinen Hintermännern lästigen russischen Juden mit der Behauptung zu begründen, daß diese Leute, die froh sind, wenn sie hier friedlich und unter dem Schutze ordentlicher Rechtszustände leben können, eben Revolutionäre seien?

Ja freilich, der Schutz ordentlicher Rechtszustände — da können wir zusammen. Wir haben in Ausweisungswesen nicht Recht und Ordnung und gesetzmäßige Zustände; — wir haben das freie Ermessen der Regierung, das man minder höflich etwas anders bezeichnen kann, wir haben eine Regierung ohne Ministerverantwortlichkeit und stehen in diesen Dingen neben Rußland und nicht neben Kulturstaaten ersten Ranges. Die „Mißgriffe“, die sich bei diesen Ausweisungen ergeben haben, werfen ein schärfes Schlaglicht auf die Höhe des menschlichen Empfindens und der politisch-religiösen Unbefangenheit derjenigen, die diese Mißgriffe begangen haben. Daß nach den jetzigen Erklärungen des Ministers des Innern und nach dem jubelnden Beifall, welchen er, den man bei seinem Kommen als einen einigermaßen modernen und frei gerichteten Staatsmann einschätzen

wollte, auf Seiten der rücksichtslosesten Rückwärts- und Schartmacher und ebensmäßig auf Seiten der Antisemitisten größter Marke gefunden, die Zahl und die hohe Natur solcher Mißgriffe sich mindern und mildern sollten, dies zu glauben fällt und schwer.

Der Wortführer der Konserativen im Abgeordnetenhaus, Abg. v. Brandenfeld, hat ja die Regierung geradezu aufgefordert, auch künftig mit aller Schärfe und Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Allein selbst die Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen die Abgg. Gerold und Friedberg mußten die Schöffheit des Vorgehens der Polizei tadeln, und der polnische Prälat oon Jazd-gewski ermahnte gütigend darauf, daß sogar Ausweisungen in Preußen geborener Russen vorgekommen sind, die schon Jahrzehnte lang hier anwesend waren. Die Preussischen Geyßling und Brömel waren einzig in der schärfsten Beurteilung der Härte und der Willkür bei den Ausweisungen.

Mit Recht behauptet der Abgeordnete Brömel, daß im preussischen Abgeordnetenhaus mit dem oorrertheil Wahlrecht ein versöhnungsmäßig zulässiger Antrag, eine solche komplizierte Reichstagsfrage oor eine aus Mitgliedern beider Häuser des Landtages bestehende parlamentarische Untersuchungs-Kommission zu bringen, keine Aussicht auf Ausnahme habe. Man wird ferner dem Redner nur beipflichten können, wenn er die Hoffnung ausspricht, daß der Reichstag seit auf seinem Standpunkt beharren möge, daß die Regelung und parlamentarische Kontrolle des Fremdenrechts zur Kompetenz des Reiches gehört.

Aber wir fürchten, wir fürchten, die sogenannte Erbweisheit werde sich durch alle beratigen Ersparungen und Ermäßigungen nicht irren und wirren lassen, und das, was im Reichstag der Abgeordnete Schradet guttiefend als Rückfall in die Barbarei bezeichnet hat, das wird sich bei uns noch recht häufig wiederholen. Wir wissen schon aus Wankenstein-Wesphalens, wissen aus Puttkamer Zeiten, daß der Appell an gewisse etyrische Gebote jowewilen bei der sogenannten Staatsraison auf taube Ohren stößt.

Der Fall jenes Kriminalkommissars, dem im Reichstage und in der sozialdemokratischen Presse vorgeworfen worden ist, daß er einen russischen Juden für oorräterische Dienste habe gewinnen wollen, indem er ihm auf der einen Seite mit Ausweisung drohte, auf der anderen ihm 16 000 bis 17 000 Mark in Aussicht gestellt, ihm einen falschen Paß gegeben und ihn zum Christen gemacht habe, — dieser Fall hat nach der übereinstimmenden Ansicht mehrerer Redner des Abgeordnetenhauses seitens des Herrn Ministers keine genügende Aufklärung gefunden; — oollständig erfolgt diese Aufklärung, wie es des Landes der Brauch, im Wege eines Presseprozesses, bei dem ein Redakteur seine Dant zu Worte tragen muß, um die Wahrheit ins Licht zu bringen.

Der Gesamteindruck der Verhandlungen im Abgeordnetenhaus über die Ausweisungen der russischen Juden ist wohlthätig kein erfreulicher. Ueber England sang einst Freiligrath: „Rein süßlich Haupt hat Engelland oon seiner Schwelle noch gewiesen.“ Deutschland, das Deutschland von 1906, ist angeblich in der Welt ooran, bekehrt sich aber mit Erfolg, in gleichem Schritt und Tritt mit England zu marschieren, und dabei wird unsere Vereinfachung immer schärfster und trostloser.

Etwas von der „Tätigkeit“ des Abg. Krösel im Reichstage.

Das „Pyrtter Kreisblatt“ schreibt:

Der Deutsche Reichstag hat in den oerfloffenen 14 Tagen außerordentlich fleißig gearbeitet, so daß er bereits am letzten Sonnabend die zweite Lesung der Reichs-

finanzreform beenden konnte. Das ist nur möglich gewesen dadurch, daß immer ein beschlußfähiges Haus zur Stelle war und die fast jeden Tag vorgekommenen namentlichen Abstimmungen nicht die Beschlußunfähigkeit und damit ein oorzetiges Abbrechen der Verhandlungen ergaben. Der augenblidliche Vertreter des Wahlkreises Pyrtz-Saatzig im Reichstage, der Abg. Krösel, hat sich allerdings an dieser parlamentarischen Arbeit wenig oder garnicht beteiligt, denn, wie die stenographischen Berichte des Reichstages dokumentieren, hat der Abg. Krösel

- geseht bei der Abstimmung über die Biersteuer,
- geseht bei der Abstimmung über die Zigarettensteuer,
- geseht bei der Abstimmung über die Fahrkartensteuer,
- geseht bei der Abstimmung über die Automobilsteuer,
- geseht bei der Abstimmung über die Zantiensteuer.

Da Herr Krösel gegenwärtig nicht krank ist, so ist oorhanden unergründlich, womit der Abg. Krösel sein Fernbleiben oon den Reichstags-Verhandlungen, zumal bei so wichtigen Verhandlungen, wie es die Reichsfinanzreform ist, entschuldigen will!

Jwar wird er einwenden wollen, daß er am letzten Dienstag an den Verhandlungen über die Gültigkeit dgm. Ungültigkeit seiner Wahl zum Stadtoordneten von Pyrtz oor dem Bezirksauschusse in Stettin habe teilnehmen müssen. Wie wir aber wissen, war diese Verhandlung, deren Ausgang für uns oon oornbreiten so feststehen, wie er erfolgt ist, und auch nicht durch die Anwesenheit des Herrn Krösel irgendwie beeinflusst worden ist, schon so früh beendet, daß Herr Krösel noch gut von Stettin nach Berlin hätte fahren und wenigstens an einer der namentlichen Abstimmungen, die am Dienstag stattanden, teilnehmen können.

Dieses eigentümliche Verhalten des Herrn Krösel steht in merkwürdigem Widerspruch zu seiner oft von ihm abgegebenen Erklärung und Versicherung, daß er im Reichstage für die Interessen des schwerbedrängten Mittelstandes eintreten wolle. Wie fragen ersäunt, wie kann ein Abgeordneter für den Mittelstand eintreten, der sich überhaupt nicht an den Arbeiten des Reichstages beteiligt und niemals oder nur höchst selten, wenn er seine Privatfachen dort oorbringen will, im Reichstage anwesend ist?

Noch eigentümlicher und verwunderlicher wird dieses fortwährende Schwänzen des Abg. Krösel, wenn wir damit seine Tätigkeit im Kreise Pyrtz oergleichen! Der Abg. Krösel hat bereits seit dem 18. Februar allsonntägliche Versammlungen abgehalten, und zwar in den Ortschaften Alt-Pischow — wir führen die Orte nach der historischen Reihenfolge an — Strohoborf, Jßner, Lettin, Alt-Graps, Brielzig, Pyrtz, Roselitz, Stargard, Rammersau, Marienwerder und Gischelsagen, und oorläufig sollen dies Pfingsten — nach seiner eigenen Erklärung — die Versammlungen so fortgesetzt werden. In allen Versammlungen war das Thema das gleiche, nämlich: Ueber die letzten Vorgänge im Reichstage, besonders die neuen Steuer-Vorlagen, und in allen Versammlungen hat der Abg. Krösel — jetzt wird es interessant — die Versammlungsteilnehmer eingehend darüber debattieren und abstimmen lassen, welche neuen Steuern sie haben wollten und für welche neue Steuern der Abgeordnete Krösel im Reichstage stimmen solle. Die Berichte aber all die Versammlungen erscheinen in der Kröselschen Zeitung „Der Mittelstand“, und im großen und ganzen haben sich alle Versammlungen, wie Herr Krösel selbst berichtet, für die Bier-, Automobil-, Zantien-, Zigaretten- und Wehsteuer, überhaupt für

Zabai, Verkehrs- und Reichs-Erbchaftsteuer mit harter Einschränkung ausgesprochen.

Was soll man nun aber dazu sagen, daß der Abg. Kröfel diesen bisher in 12 Versammlungen erhaltenen Auftrag bezüglich seiner Abstimmung bei den neuen Steuerordnungen dadurch ausführt, daß er im Reichstage der Abstimmung über die neuen Steuern einfach durch — Abwesenheit gänzlich! Es ist alles schon dagewesen, aber so was ganz gewiß noch nicht! Werden nicht dadurch alle die Versammlungen gewissermaßen zur reinen Komödie, hat nicht der Abg. Kröfel gewissermaßen alle die Versammlungsteilnehmer unnötigerweise um ihr zustimmendes oder ablehnendes Votum zu den Steuerordnungen gefragt? Durch eine solche Handlungsweise hat zweifellos der Abg. Kröfel das Vertrauen seiner Wähler gründlich geküßt, durch ein solches Verfahren zeigt der Abg. Kröfel zweifellos, daß alle die Versammlungen nur „Sand in die Augen“ sein sollten für diejenigen, welche die stenographischen Berichte d. d. Reichstages nicht lesen und daher nicht kontrollieren und verfolgen können, wie wenig sich der Abg. Kröfel an den Verhandlungen des Reichstages zu beteiligen pflegt.

Aus der antisemitischen Wahlbewegung.

Aus dem Reichstagswahlkreis Erfurt-Schleusingen wird uns geschrieben:

Die reaktionären Parteien im Wahlkreis rechnen auf eine Erfolgswahl, da die Wahl des national-liberalen Abg. Hagemann von der Wahlprüfungskommission des Reichstages beanstandet worden ist. Falls es zu einer Ersatzwahl kommt, wird der Wahlkreis zu den heftigsten Auktanten gehören. Die Reaktion erscheint als erste auf dem Plan und präsentiert einen Wirtschaftskandidaten. Konervative, Antisemiten und Bund der Landwirte haben ein Kompromiß geschlossen und als gemeinschaftlichen Kandidaten den in allen Farben schillernden Konsumereinstöter und Warenhaushaltskämpfer Professor Dr. Suchland-Halle aufgestellt, der bereits am Sonnabend, den 12. Mai in Erfurt in einer Versammlung seine Kandidatenrede hielt. In einem Schreiben wendeten sich nun die Vorstände der reaktionären Kompromißparteien an die bürgerlichen Parteien mit der Bitte, sich mit der Aufstellung des wegen seiner bekannten wirtschafts- und sozialpolitischen Ansichten und Bestrebungen besonders geeigneten Sammelkandidaten einverstanden zu erklären, damit alle Wähler an die Wahlurne gedrängt werden und eine überflüssige Persönlichkeiten der Kräfte bei der Hauptwahl vermeiden wird.

Diese geradezu naive Zustimmung, einem antisemitisch-agrarisch-konfessionellen Kandidaten die Stimme zu geben, ist natürlich für die Preisungen des Wahlkreises gar nicht bistatabel. Der feierliche national-liberale Kandidat Hagemann hat bei einer Ersatzwahl nicht allzuviel Aussicht. Dagegen ist der freisinnige Kandidat, Redakteur Schumacher sehr beliebt, und es besteht begründete Hoffnung, für seine Kandidatur sowohl aus national-liberalen Kreisen, wie auch von links Zugang zu erhalten, da der derzeitige Mandatträger wenig Sympathien besitzt. Seine geistlichen Ausfälle gegen die Freisinnigen, die ihm in der Stichwahl mit zum Ranke verhoffen haben, bleiben ihm unvergeben.

Aus dem Wahlkreis Waldeck. Die Kandidatur des von den Deutschsozialen gemeinschaftlich mit dem Bund der Landwirte dem derzeitigen freisinnigen Abg. Dr. Posthoff für die nächste Reichstagswahl gegenübergestellten Oberlandesgerichtsrats v. Rüdiger wird von der

antisemitischen Reformpartei nicht unangefochten bleiben. Recht bemerkenswert ist es ferner, daß selbst das christlich-soziale „Raffeler Sonntagsblatt“ mit dieser Kandidatur sehr unzufrieden ist; es bemerkt nämlich hierzu:

„Wer sollte ersten die Deutschsozialen in die Wahlbewegung für den Reichstag, der im Jahre 1908 gewählt werden soll, ein, eigentlich zu früh. Im Waldeck Rändern, das ausgeht durch einen recht tüchtigen freisinnigen Herrn vertreten wird, haben sie sogar schon einen Kandidaten aufgestellt. Es ist der Oberlandesgerichtsrat von Rüdiger aus Jena. Diese Kandidatur verurteilt (sodali) in Waldeck als auch bei uns in Hessen allgemein als sozialistischer. Wer kann sein volkstümlicher Bewerber zu haben für die Partei, die sich beizugehen nennt? Aber kein Mann des praktischen Lebens, der sich geeignet hätte? Und hat man sich denn schon in der eigenen Heimat umgesehen nach einem Kandidaten? Wurde es wieder einer von außerhalb sein, und wozu es dazu noch ein in der Partei gänzlich unbekannter fremder Jurist sein? Und blüht, bei der Aufstellung der Wahlkandidaten wird auch das Volk zu wenig Rücksicht genommen. Es hat eine Zeit gegeben, da wollten gerade die Deutschsozialen recht wenig von den Herren Juristen wissen. Aus dieser Zeit liegt uns ein deutschsozialer Wahlzettel vor, in welchem es lautet: Der Nationalsozialist aus H. v. sehr genascht wird, doch während der sogenannten „liberalen Ära“ in ihren Reihen sozial Juristen gesehen hätten, die lediglich für sich selbst gefolgt und den Annahmestimmung, die hohen Kriminalkosten und andere solche Gesetze gemacht hätten. Und heute — Wie hat sich doch die Zeiten ändern! Man haben auch früher mehr als einmal aus dem Bundes deutschsozialer Führer gehört: Ja, wenn es Dänen gäbe, würden wir die ersten sein, die darauf Bedacht nähmen, Kandidaten aus dem vorliegenden Dänke auszuheben. Wenn haben wir mehrfach gehört, daß jene Führer versprochen, sie würden in Hessen selbstverständlich gerne Hessen, Männer, die im Wahlkreise oder doch im Lande wohnen, bitten, zu kandidieren — wenn erst Dänen folgen die Annahme einer Kandidatur ermöglichen. Und nun —? Jetzt gibt es Dänen, aber diejenigen Herren, die dem freisinnigen Volk seit Jahren zugewandt haben, über Kandidaten, von denen man mandamental nicht wußte, woher sie kamen und wozu sie gingen, zu wählen, diejenigen Herren denken heute geradezu daran, sich zu machen, was sie früher als eine für sich selbstverständliche Sache ansahen. Waldeck liefert den Beweis. Kein mit den Bedürfnissen und der Eigenart des Landes Vertrauter, kein Mann, der hier lebt und wohnt, keiner aus den Schichten der Bevölkerung, die am wenigsten vertreten sind in Deutschen Reichstage, wird präsentiert, sondern ein fremder Herr, ein höherer Staatsbeamter, der die Dänen eigentlich gar nicht so nötig hätte, dazu, wie gesagt, noch einen von, hohen Rützel und von der hochwürdigen „honorable Politik“, d. h. von den bei den Deutschsozialen jedoch so verpönten Juristen. Wenn das Deutschsozial ist, dann wissen wir nicht mehr, wie wir das schäbige Wort definieren sollen. Das müssen wir aber sagen — solche unvollständigen Kandidaturen dürfen der deutschsozialen Sache nicht gerade nützlich sein, besonders in Waldeck nicht, wo es bisher so viele kleine Leute zur deutschsozialen Partei bekannt haben.“

Ob die Christlichsozialen bei dieser Ablehnung verharren werden, ist allerdings mehr als zweifelhaft, da gerade die Anhänger Stöckers und den Liebermannern z. B. sehr intim sind. Wahrscheinlich ist dem Christlichsozialen Raffeler Blatt von reformistischer Seite ein Rückschlag ins Recht eingegeben worden. Die Zimmermannen scheinen allerdings — natürlich wenigstens noch — vor dem Bürgerkrieg in Hessen nicht zurückstehen zu wollen. Sie haben zu diesem Zwecke eine besondere heftige antisemitische Gruppe, die „Freiwillige Vereinigung“, ins Leben gerufen, die insbesondere die Aufgabe hat, dem deutschsozialen Raffeler Reichstagsabgeordneten Rattmann das Leben sauer zu machen; er muß sich mit ihnen nahezu in jeder Versammlung herumschlagen. Ihr Organ, die „Eiff. Rundschau“ beschäftigt sich ebenfalls mit der Kandidatenfrage in Waldeck und bemerkt zu den Auslassungen des „Raffeler Sonntagsblattes“:

„Wenn in diesen Kreisen gesagt wurde, daß solche unvollständigen Kandidaturen der deutschsozialen Sache in Waldeck nicht gerade nützlich sein würden, so blühen wir diesen Standpunkt doch und ganz und mieden den Gedanken nur noch erweitern, indem wir hinzufügen, daß die Deutschsozialen in Waldeck überhaupt kein Glück mehr haben dürfen. Wenigstens Herr Dr. Posthoff seine Wahl in den Reichstag nur einer Zuversichtlichkeit verbannt, so haben damit doch die Wähler Waldecks bewiesen, daß sie in ihrer Politik einer freisinnigen Richtung zuneigen, am allerwenigsten also jenem extremen Flügel des Bundes der Landwirte, dem die Herren v. Liebermann und

Rattmann besonders zugezogen sind und der von den großen Ständebauern repräsentiert wird, die mit ihrer konfessionslosen Politik Kleinbauern und Bürger nicht erwidern können. Beim Herrn v. Nischkosen weiß man genau, woher er kommt, und es ist deshalb nicht anzunehmen, daß für ihn die Haptaphen des Herrn Liebermann von Sonnenberg keine Begleiter sein sollen. Er kann sich auf einen schweren Kampf mit der Freideutschen Vereinigung (F. D. V.) gestrichen lassen, die nicht so leicht ist, ihre letzten Pfeile aus dem Rücken schon zwei Jahre vor der Wahl zu beschleichen und im übrigen den Wahlbescheid überdacht, sich über eine Freideutsche Kandidatur schaffig zu werden. Ein Narr, wer sich aufhängt!

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom Bankrott des sächsischen Antisemitismus. Bei den Reichstagswahlen von 1893 war es, wo der Antisemitismus in Sachsen sich Wählkreise, darunter die Dresden, eroberte. Wie flegeln die „Erfolge“ den antisemitischen Eintagsfliegen zu Kopfe. Sachsen sollte der Ausgangspunkt für die Erhebung Deutschlands durch den Antisemitismus werden. Einen unüberwindlichen Damm gegen die Sozialdemokratie wollte man in der deutschsozialen Reformpartei errichten. Durch große Verluste künste man das an, und gleichzeitig wurde eine „Tageszeitung größten Stils“ in der „**Deutschen Wacht**“ gegründet. Immermann wurde mit 8000 Mark Gehalt Direktor, daneben funktionierten noch acht Redakteure und zwei Geschäftsführer, das Geld wurde durch Ausgabe von Aktien aufgebracht; die Freude dauerte aber nicht lange. Schon bei den Nachwahlen offenbarte sich der beginnende Bankrott des Antisemitismus in Sachsen. Die „Tageszeitung größten Stils“ kam in Geldnot; bald mußten die Aktien zusammengelegt werden, und bald war alles Geld verpulvert und die Aktionäre hatten das Schlachten. Die letzten 6 Jahre waren für den sächsischen Antisemitismus ein langsame qualvolles Sterben. Zwar wurde der „Wacht“, die inzwischen im Umfang sehr reduziert worden war, noch einmal aufgehoben, aber es war nur eine künstliche Verlängerung der Qual. Nachdem verschiedene andere Versuche, das Blatt über Wasser zu halten, gescheitert waren, ist man jetzt am Ende angekommen. Durch eine Bekanntmachung des Dresdenener Amtsgerichts wird der Aktiengesellschaft „Deutsche Wacht“ jede Veräußerung ihres Vermögens untersagt, weil Konkurs gegen sie beantragt worden ist. Damit geht die antisemitische Partei Sachsens ihres einzigen Stützorgans verlustig.

Das Münchener Gemeindefollegium hatte sich wieder einmal mit einem antisemitischen Antrag, der den Magistrat auffordert, wegen Verhinderung der Niederlassung russischer Juden bei der Regierung vorstellig zu werden, beschäftigen müssen; der Antrag ist selbstverständlich wie seine Vorgänger mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Der Referent, Schön, erinnerte an einen früheren Antrag gleicher Tendenz, über den zur Tagesordnung übergegangen worden sei. Dasselbe Schicksal sollte der Verwaltungskommission auch für dessen jetzige Wiederholung. Mit den Ausweisungen werde nur der russischen Regierung ein Gefallen erwiesen, und es sei eine Barbarei, die Opfer der Verfolgungen ihren Schergen auszuliefern. Der Antragsteller Wagner erstrebte bei dem Magistrat für seinen Antrag die Gründe, die er natürlich nicht beibringen konnte, durch wässrige Geschimpfe. Er erging sich in geschmacklosen Niederemungen vom „Judenpader“, das schließlich dahin abgeköhnt werden müsse, woher es gekommen sei, von den „Juden, die die Kerze den jüdischen Kindern vom Kopf klauen müssen“ und in ähnlichen Argumenten Pöcklerchen Rabbinen. Er

vermochte mit dieser rednerischen Großtat nicht einmal auf seine Gefinnungsagenossen, die in großer Zahl die Tribüne füllten, Einbruch zu machen: keine Hand rührte sich, als er seine Redemotanden mit der fulminanten Aufforderung schloß, seinen Antrag dem Magistrat „zur Würdigung“ zu überweisen.

Bestehendes Bestreben der Erwagte es, daß namens der Zentralkommission der Bevollmächtigte Haggauer beantragte: „Der Magistrat möge dahin wirken, die Einwanderung jüdischenloser Auswanderer, welche nur dem Hausierhandel sich fortzubringen suchen, möglichst hintanzuhalten.“ Sehr guttessend wies der Sozialdemokrat Witt darauf hin, daß dieser Antrag nichts anderes als eine Umschreibung des Wagnerischen sei, nur daß er dessen „Segnungen“ auch auf die nichtjüdischen Rassen ausgedehnt sehen wolle. War die Geschichte und das Wesen des russischen Despotie, die Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes durch eine verrottete Bureaucratie nur einigermaßen fenne, war von den Gemeinaten, die von Raub- und Mörderbanden an den Juden verübt wurden, nur etwas gelesen habe, der müsse sich wundern, daß sogar ein Antisemit zu der Herzlosigkeit eines derartigen Antrages sich zu versteigen vermöchte. Wer daher für Beseitigung dieser schauerlichen Zustände eintritt, der verdiene nicht Vergeltung, sondern Achtung, denn die Beseitigung dieser Zustände sei eine kulturelle Tat ersten Ranges, die ihre wohlthätige Wirkung sicher über den ganzen europäischen Kontinent ausüben werde. Der Antragsteller wolle nun, daß diese Flüchtlinge den Schergen des Jaren wieder in die Arme getrieben werden; er bestrafe zwar, daß sein Antrag das beachtliche, aus der Begründung geht aber hervor, daß er uns ansieht, die Zuteiler für die russische Bureaucratie zu sein. Seine Rede klang darin aus, daß drei Viertel der Münchener Bevölkerung in ihrem Innern für seinen Antrag seien. Gleich nachdrücklich bekämpfte der Bevollmächtigte Raitz das „unlängliche Verlangen.“ Als er seiner Freude Ausdruck gab, daß kein Zentrum-Mitglied für den Antrag Wagner eingetreten sei, erhob sich Dr. Geigl, um zu erklären, daß er und seine Freunde mit der Tendenz des Antrags Wagner sympathisierten und für denselben stimmen würden, falls der Antrag Haggauer abgelehnt werde. So geschah es auch: Dr. Geigl und acht seiner engeren Freunde stimmten für den antisemitischen Antrag, der von der Mehrheit durch Übergang zur Tagesordnung beseitigt wurde.

Ueber die Wahlen zum Wiener Gemeinderat wird der „Allg. Ztg.“ aus Wien, 11. Mai geschrieben:

Die Wiener Gemeindevahlen in der vierten Wählerklasse, die die allgemeine Wählerklasse darstellt, haben mit ihrem Ausfall gezeigt, daß die christlichsoziale Herrschaft in der Stadtverwaltung ihren Höhepunkt nunmehr überschritten haben dürfte. Die vierte Wählerklasse hatte bisher außer drei Sozialdemokraten nur christlichsoziale Gemeinderäte in das Rathaus entsendet. Heuer brachten es die Sozialdemokraten auf sieben Gemeinderäte, und was ihre Stimmung über diesen Fortschritt am meisten bezeugt, ist, daß ihr Kandidat auch in dem Reichsratswahlkreis Margareten des Bürgermeisters Lueger durchdrang. Die Christlichsozialen suchen ihre Schlappe nach Möglichkeit zu bemänteln. Es ist aber wenig überzeugend, was sie in dieser Hinsicht vorbringen. Auf einen Rückgang ihrer Gefolgschaft aus dem Ausfall dieser Gemeindevahlen zu schließen, wollen sie deshalb nicht lassen, weil die absolute Zahl ihrer Wähler noch gewachsen sei. Indessen ist dieses Anwachsen wesentlich auf die tiefe Verwurzelung der Gesamt-Wahlerschaft zurückzuführen und bedeutet, relativ genommen, noch einen Rückgang gegen die frühere Wählerzahl. Ueber die schwache Beteiligung der drei höchsten Wählerklassen,

die bei dem Wahlgang der vierten Wählerklasse ebenfalls wahlberechtigt sind, suchen sie sich durch die Annahme der Mitgliedschaft dieser Wähler zu trösten. Hier aber liegt angesichts der heftigen Agitation, die die Christlichsozialen mit Hilfe ihrer sorgsam ausgebauten Organisation betrieben haben, sicher Vermutung gegen das Christlichsoziale Stadtreglement vor. Sind es doch gerade die in den oberen Klassen wahlberechtigten Kreise, die von der Partei Lugers Entschädigungen über Entschädigungen erfahren haben. Sie hat den Handwerkern große reformatorische Taten versprochen, in ihrer zehnjährigen Herrschaft aber fast keine dieser Versprechungen erfüllen können. Dagegen hat sie größtenteils finanzielle Unternehmungen teils gefördert, teils geschaffen, die das Handwerk und das Kleinbürgertum vielfach geschädigt haben. Die Großschädlerei, zu deren Kapital die Kommune eine Million beitrug, hat das ganze Fleischergewerbe und alles, was damit zusammenhängt, gegen die Christlichsozialen aufgebracht, ohne die breite Masse der Konsumenten zu gewinnen, die von dieser Gründung eine Herabsetzung der Fleischpreise vergeblich erhofften. Durch die Übernahme der Wiener Brauerei in städtische Regie wieder wurden das Brauergewerbe, das dadurch einen Konkurrenzanten mit öffentlichen Wassermitteln ausgetrieben Konkurrenzanten erfährt, und die Bierste, die durch allerlei Schikanen, wo städtische Nachbarverhältnisse bestehen, geradezu konfliktuell zur Abnahme städtischen Bieres gezwungen werden, vor den Kopf gestossen. Die Übernahme der Straßenbahn, der Gaswerke, der Elektrizitätswerke, der Wasserwerke in den städtischen Betrieb hat nichts von der versprochenen Verbilligung der Preise gebracht, im Gegenteil, der Straßenbahntarif mußte erhöht werden, und die Kollage der städtischen Gas- und Elektrizitätswerke führte zu bösslichen Preisen, sich mit Gewalt der Konkurrenz zu entwickeln. Dabei mußte die städtische Schuldenlast über die halbe Milliarde hinaus. Nimmt man nun noch die unerhörte Parteiherrschaft hinzu, die ganz ungelernt im Gemeinderat und in der Stadtverwaltung sich breit macht, und vernachlässigt man die Bildungslosigkeit und die Rückwärtserei, die sich unter diesem Parteilage auf allen Gebieten des öffentlichen städtischen Lebens eingestellt hat, — erklärte doch J. H. Herr Lugger im Gemeinderat Schlägerte unter höhnischen Bemerkungen für überflüssig — so hat man die wahren Gründe für die Christlichsoziale Schlappe so ziemlich beisammen. Lächerlich ist, wenn die Christlichsozialen Blätter die veränderte Stellung der Partei zur Wahlreform als Hauptgrund dafür anführen: den Wählern wäre es nicht recht gewesen, daß die Führer auf die Forderung der fünfjährigen Selbstlosigkeit und der Wahlfrist verzichtet hätten! Da hätten ja die Sozialdemokraten mit ihrem Verlangen nach dem unverfälschten allgemeinen und gleichen Wahlrecht, statt eines gewaltigen Stimmungsumschwunges, eine starke Einbuße erfahren müssen. Viel wahrscheinlicher ist, daß diese vollständige Parole diese Elemente in den Sozialdemokraten herübergezogen hat, die der Wahlreformfeindschaft der Christlichsozialen eben wegen jener Forderungen, die doch eine Beschränkung der Allgemeinheit des Wahlrechts herbeiführen wollten, nicht recht trauten. Die Gemeindevorstände in Wien waren somit ein interessantes Vorpiel für die Reichstagswahlen, die in diesem Jahre ebenfalls bevorstehen. Man kann daraus schließen, daß auch die Reichstagsvertretung für Wien sich nicht unwesentlich verändern wird.

Vermischtes.

Karl Schurz, der soeben dahingegangene geistige Führer und hervorragendste Repräsentant des Deutschtums in den Vereinigten Staaten, hat sich als Senator bei der Einweihung des Montefiore-Homes in New York über die antijüdische Bewegung wie folgt geäußert:

Ich habe jüngst Gelegenheit gehabt, den Ursprung, den Charakter und die Ziele der sogenannten antisemitischen Bewegung zu beobachten — einer Bewegung, deren dunkler Geist des Fanatismus und der Verfolgung die menschliche Erleuchtung des neunzehnten Jahrhunderts befeuchtet, welche sich an das dümmste Moralel und die blindeste Leidenschaft wendet, deren Ungerechtigkeit jeden Sinn für Billigkeit und Kantianismus beiseite und deren Feindschaft — denn Feindschaft ist ein wesentliches Element in dem Begriff, die misshandelnden Rasse einer Handvoll Leute zu unterdrücken — deren Feindschaft sogar die Vernichtung jedes sich selbst achtenden Menschens hervorgerufen sollte.

Graf Heinrich Coudenhove ist auf seinem Schloß Konopitz in Böhmen im 47. Lebensjahre gestorben. Er ist der Verfasser des von uns f. B. ausführlich besprochenen Buches „Das Wesen des Antisemitismus“, in dem er die Forschungen der bedeutendsten Linguisten, Historiker, Religions- und Naturforscher für die Erörterung des Problems herangezogen hatte.

Ueber den „dominierenden“ Einfluß der Juden in Ungarn kann man in der antisemitischen Presse jüneten die ungläublichsten Schauergeschichten lesen. Wie es in Wahrheit damit bestellt ist, zeigt die entwürdigende Rolle, die die Juden in manchen Wahlkreisen bei den letzten Wahlen spielen mußten. Der „Pester Lloyd“ veröffentlicht zu dem Kapitel der „freien Wahlen“ folgenden Beitrag:

Im Wahlbezirk Kofaschegg (Kofenhain, im oberen Waagiale) traten als Bewerber um das Abgeordnetenmandat der Slowakisch-Rationalen Dr. Schroder der zur Volkspartei gehörige Mitarbeiter des „Allotmany“, Edmund und Benich, in die Schranken. Der Belegannte war der offizielle Kandidat der Koalition. Der Kampf wurde vom ersten Moment an beiderseits mit der größten Behemung geführt. Die jüdischen Wähler erklärten als treue ungarische Patrioten, die inmitten einer slowakischen Bevölkerung stets für die ungarische Sache gekämpft haben, daß sie für den Nationalitäten-Kandidaten in keinem Falle stimmen würden. Ebenso wenig dürften es ihnen aber zugemutet werden, daß sie mit ihren Stimmen einem Kandidaten zum Siege verhelfen sollten, der sich offen zum Antisemitismus bekenne. War bald war es evident, daß der nationale Kandidat durchbringen würde, falls die Juden bei ihrer „passiven Resistenz“ verharrten. Und nun begann ein wüster Terrorismus. Die Spitzen der Behörden und Beamter setzten den Juden mit allen Mitteln der PreSSION zu, damit sie für den Antisemiten stimmten. Es wurde mit der Entziehung der Schenk- und Traktanten, den Fabrikanten mit administrativen Schikanen gedroht. Alle möglichen Verfolgungen wurden in Aussicht gestellt, falls der koalitionsfähige Kandidat nicht siegen sollte. Diese und ähnliche PreSSIONen und Drohungen hatten bei den meisten jüdischen Wählern den gewünschten Erfolg. In letzter Stunde gingen die jüdischen Wähler zur Urne und stimmten, wenn auch mit Widerwillen, für Benich. So erlangte dieser eine Majorität von 103 Stimmen, nachdem 170 jüdische Wähler unter unerhörtem Druck für ihn gestimmt hatten. So steht es mit den unter Vorgespanntheit verführten „freien Wahlen“ in Ungarn aus.

Egedin, 10. Mai. Die Egediner königl. Zafel hatte sich vor einigen Tagen mit einer interessanten Lebensbelegungsfrage zu befassen, deren Ausgangspunkt die russischen Judenmassakres bildeten. Das Budapestiner Organ der antisemitischen Volkspartei „Allotmany“ beschimpfte in einem Artikel wieder einmal die Juden und spielte hierbei, wie schon oft, auf die Möglichkeit eines „Räufchens in Ungarn“ an. Der jüdische Redakteur des in Szabadka erscheinenden „Bacorsky“, Dr. Karl Gilling,

griff nun wegen dieser Fiegeleien den „Antisemitismus“ in bestiger Weise an und betonte, daß die antisemitische Volkspartei trotz ihres Beitrittes zur Koalition ihren Antisemitismus nicht aufgegeben, denn, wie das ungarische Sprichwort sagt, „aus einem Hund wird niemals Sped.“ Der „Antisemitismus“ klagte wegen Verleumdung und Ehrenbeleidigung. Der Szekesbaker Gerichtshof als erste Instanz sprach den Angeklagten frei. Im Rekurswege gelangte die Angelegenheit vor die Siegbudiner königliche Tafel. Der angeklagte Dr. Sillag erklärte, daß er Personen nicht beleidigen wollte. Die Artikel des „Antisemitismus“ haben ihn empört. Dr. Sillag bezieht sich auf die Antitrutrede des neuen Kurialpräsidenten Oberschall, wonach in solchen Strafprozessen die reale Wahrheit zu suchen sei. Und die Wahrheit sei, daß er, Dr. Sillag, der vom „Antisemitismus“ angefaßten antisemitischen Hege entgegenzutreten wollte, weil er es als seine Pflicht erachte, seinen Stamm gegen jeden Angriff in Schutz zu nehmen. Die königliche Tafel fälltte ebenfalls einen Freispruch, da sie in den Artikeln des „Antisemitismus“ einen berechtigten Grund zur Empörung erblickte, welcher der Angeklagte Ausdruck verlieh.

Magin Borfi sagt in einem vom 13. April datierten, im Newyorker „Vorwärts“ veröffentlichten Schreiben:

„Der Antisemitismus in den russischen Massen ist lediglich die Folge von Mißverständnissen und Unwissenheit. Sie kennen einfach die Wahrheit nicht. Sie sind mißleitet. Überall werden ihnen alle Arten falscher Vorstellungen beigebracht. Die russischen Antisemitenführer dürfen nicht in einen Topf geworfen werden mit den antisemitischen Führern beispielsweise in Deutschland und Frankreich. Diese sind politische Schwindler, die ihre eigenen Interessen verfolgen. In Rußland dagegen sind die Führer nichts weiter als Spitzel, Agenten der Regierung, die Unruhen hervorgerufen, um der Regierung in der Niederwerfung der Revolution behülflich zu sein.“

Daß nur wenig wirklicher Antisemitismus bei den Massen in Rußland vorhanden ist, kann man erkennen aus der Existenz von religiösen Sekten, die den jüdischen Sabbath heilig halten und andere jüdische vom Geist der jüdischen Religion gefüllte Zeremonien befolgen. Was nicht persönlich betrifft, so ist bei mir Sympathie für die Juden seit meiner Kindheit eingewurzelt. Die besten Erfahrungen meines Lebens sind verflochten mit Erinnerungen an Juden. Vor 14 Jahren arbeitete ich als ein gewöhnlicher landwirtschaftlicher Arbeiter auf einer jüdischen Farm. Die jüdischen und die christlichen Landwirte lebten friedlich zusammen. Die christlichen Kinder besuchten sogar die jüdische Schule, da es andere Schulen nicht gab.“

Humpelchen.

Eine Skizze nach dem Leben von Reinhold Drimann.

(Nachdruck verboten.)

Irgend eine zufällige Ideenverbindung hatte unser Gespräch auf den amerikanischen Petroleumkönig John D. Rockefeller geführt und auf die achtundzwanzig Millionen, die er der Universität Chicago für wissenschaftliche Zwecke geschenkt.

Nachdenklich sah mein Freund, der Pastor, vor sich hin.

„Achtundzwanzig Millionen!“ wiederholte er. „Bei einem Jahresinkommen von achtzig Millionen! — Und mit der Last der Erinnerung an zahllose vernichtete Existenzen auf dem Gewissen! — Was, daß ich nicht bewesen sein werde, diesem Wohlthäter der Menschheit die Grube zu halten!“

Und als er mein Rätseln sah, fuhr er lebhafter fort:

„Wie ich just auf den Gedanken an eine Grube komme? — Das ist leicht erklärt. Die Millionen des Herrn Rockefeller erinnerten mich an einen, der mehr getan hat als er. Dem hätte ich, als er von ihnen gegangen war, gar gerne ein Wort der Liebe und des Dankes nachgerufen auf seinen einsamen Weg. Aber es ging nicht an. Und sie haben ihn stille begraben wie einen Ueberflüssigen, als den er sich selber ja auch zuletzt angesehen. Demen er im Leben nahe gewesen, mag sein Schicksal ja schon entschunden sein, mir aber steht seine rührende Zammerngehalt noch immer lebhaft vor Augen, wenn ich an einem offenen Grab die herrlichen Gattinen des edlen Dahingegangenen rühmen muß. Er hat mich gelehrt, daß man ein Held sein kann, auch wenn man nur drei Fuß hoch ist und mühselig auf zwei Knien durchs Leben humpelt. Es mag wohl zum guten Teil seine Schuld sein, wenn mir die Carnegies und Rockefellers nicht mehr so gewaltig imponieren.“

Ich hörte es an dem warmen Klang seiner Stimme, wie getriert er bei dem Gegenstand verweile. Und willig leistete er denn auch meinem Ersuchen Folge, mir mehr von dem seltsamen Helden zu erzählen, dem er bei aller Bewunderung die Grube hatte versagen müssen.

„Er war als das Kind eines wohlhabenden Mannes geboren. Und es wurde mir erzählt, daß er sich in den ersten Jahren seines Lebens prächtig entwickelt habe. Dann aber besiel ihn eine furchtbare, tödliche Krankheit, die im Kniegelenk ihren Anfang nahm und nach und nach die verschiedensten Teile seines Körpers ergriff. Jahr um Jahr lag er zur Verzweiflung seiner Eltern auf dem Sterbepult, das ihm oft genug im eigentlichen Sinne des Wortes zu einem Warterbette wurde. Unzählige Male wählten die Ärzte der Chirurgen in seinem Fiebers, und selbst das ebenede so liebliche Kindergefläch wurde durch häßliche Warben entstellt. Hundertmal schien sein lebensvolles Leben nur noch an einem schwachen Fädchen zu hängen. Aber das Fädchen hielt wunderbarer Weise immer stand, und endlich geschah, was sogar die Ärzte für unmöglich gehalten hatten: die schrecklichen Wunden begannen zu verheilen und er genes.“

Aber was sich da von dem Krankenlager erhob, war freilich nur noch das traurige Jerschbild eines Menschen, ein armer vermachener, zermarterter Krüppel, beinahe unfähig, sich ohne fremde Hilfe zu bewegen und völlig ungeschickt selbst für die einfachsten Verrichtungen des Lebens. Fremden zeigten verursacht es ein Unbehagen, ihn anzusehen. Und selbst seine besten kleinen Schwestern wurden schon vor dem Unbehaglichen, mißgefallenen Wesen zurück. Sie waren vier Jahre später geboren als er — ein Zwillingsschwester, an dem die Natur in verdoppelter Güte alles wieder gut gemacht zu haben schien, was sie in unbegreiflicher Härte dem schuldlosen Knaben angetan. Sie entwickelten sich zu hübschen, roßigen, gutartigen Geschöpfen, denen jedermann zugetan sein mußte. Niemand aber hing an ihnen mit gleich schwärmerischer Liebe wie ihr unglücklicher Bruder. Und wie lange es auch währte, bis er ihre instinktive Abneigung gegen seine Häßlichkeit überwand, seiner nimmer matten Treue und Zärtlichkeit war es doch endlich gelungen, so daß sie es allgemach verlernten, ihn mit jener aus Mitleid und Mitleid gemischten Empfindung zu betrachten, die der Anblick eines entstellten Krüppels in dem gesunden Menschen zu erzeugen pflegt.

Von einem Schulbesuch aber auch nur von Irgend welchem methodischen Unterricht konnte bei der Körperbeschaffenheit Humpelchens — er selbst hatte sich den Namen beigelegt und wollte mit keinem anderen genannt werden — nicht die Rede sein. Und aber eine leidliche Verrückung des elementaren Wissens ist er wohl niemals hinaus gekommen. Etwas anderes aber hatte er in seiner traurigen Kindheit gelernt, ohne dazu eines Lehrmeisters zu bedürfen — eine Kunst, die vielleicht höher anzuschlagen

ist als alles Talent und Wissen: die Kunst sich zu beherrschen und sich zu beschreiben. Auf einem Spielplatz im Tiergarten sah ich ihn fast täglich bei meinen Spaziergängen, wie er von seinem winzigen Bögeln aus das manniere Treiben der Schwestern mit großen, lachenden Augen verfolgte, in denen die ganze Feinheit eines feinnigen Gemüthes strahlte.

Um dieser guten, lachenden Augen willen habe ich ihn damals — es ist schon manches Jahr seitdem vergangen — von Herzen lieb gewonnen. Und an diesen Augen erkannte ich ihn wieder, als er lange nachher eines Tages aus zwei Krüden mühselig und doch mit einer durch lange Übung erworbenen Gewandtheit in mein Zimmer kumpelte. Er war inzwischen zwelundzwanzig Jahre alt geworden, aber er hatte noch immer die Größe eines neunjährigen Knaben. Die tiefen Narben entstellten wie damals sein Gesicht, und es war schier unbegreiflich, wie die dünnen Beinchen und Armechen den ungeschliffenen Körper von der Stelle zu bringen vermochten. Aber die Augen lachten und strahlten wie ehedem im Tiergarten, und im Klang seiner Stimme war eine wohlgenährte Fröhlichkeit, die es garricht zuließ, daß ein Gesicht schmerzlichen Mitleids im Herzen des Hörers aufkam.

Er hatte es nicht nötig, mich an unsre alte Bekanntschaft zu erinnern, und ich machte kein Hehl daraus, daß ich mich freute, ihn wiederzusehen. Da wurde er noch vergnügter und sagte mit heiterer Offenheit:

„Wenn Sie mir ein so freundliches Gedanken bemerkt haben, Herr Pastor, darf ich wohl auch hoffen, daß Sie meiner Firma nicht um des neuen Inhabers willen Ihre Kunstschätz entziehen werden. — Sie um deren Erhaltung zu bitten, kam ich her.“

Und nun setzte er mir auf meine verwunderte Frage auseinander, daß er vor kurzem die kleine Buchdruckerei und lithographische Anstalt erworben habe, der sich seit Jahren die mannigfachen Druckarbeiten für einen von ihm geleiteten gemeinnützigen Verein in Auftrag gegeben. Und er versicherte, daß ich mich weiterhin auf andere Ausfüßung und pünktliche Lieferung verlassen könne, da alle Arbeiten nach seinen Angaben und unter seiner persönlichen Aufsicht hergestellt würden.

Er mochte Ersäunen und Zweifel in meinen Vänen lesen, denn ohne daß ich mich lange hätte zu erkundigen brauchen, erzählte er mir, wie er — um mich seiner eigenen Worte zu bedienen — aus einem unruhigen Eßer zu einem brauchbaren Menschen geworden sei.

Vor zwei Jahren war ihm der Vater plötzlich gestorben, und es hatte sich bei der Regelung des Nachlasses ergeben, daß verunglückte Unternehmungen sein ganzes Vermögen verschlungen hätten. Die vorhandenen Schulden konnten nur mit genauer Not bezahlt werden, dann aber war nichts mehr da, als ein kleines Kapital, das der reiche Mann für seinen armen, erwerbsunfähigen Jungen sicher gestellt hatte.

„Da hieß es natürlich, das Fausenzerleben aufzugeben und was Ordentliches zu lernen,“ sagte Humpelnchen fort. „Und weil ich zum Großschmied oder zum Schmiedebauer nicht so recht taugte, mußte ich schon mit einem leichten Gewerbe versuchen. Ich aß mich so lange im Friseur, bis ich zu einem Kufens für Lithographen und Graveure auf der Kunstschule angenommen wurde. Nebenher machte ich mich in einer Buchdruckerei praktisch nützlich, soweit es mir meine beiden guten Freunde hier — und er deutete auf die neben seinem Stuhl stehenden Krüden — erlaubten. Und ich kann wohl sagen, daß ich da in einem Jahre mehr gelernt habe als andere in dreien. Jetzt habe ich die noch vorhandenen Sätze meines Kapitals zum Ankauf der kleinen Druckerei verwendet, und ich hoffe, daß es mir in einigen Jahren gelungen sein wird, den größten Betrieb Berlins daraus zu machen. Vorläufig arbeite ich allerdings nur

mit drei Gesellen, während meine beiden Schwestern die Kontorarbeiten besorgen. Aber wenn man über solche Nöthenstände verfügt wie ich, muß man's doch notwendig zu etwas bringen.“

Das war natürlich nur scherzhaft gemeint, mir aber wollte es keineswegs wie Ueberhebung vorkommen. Denn in diesem Struppel, den ein vierjähriges Kind leicht hätte über den Haufen werfen können, mußte in der That die Kraft eines Menschen wohnen. Ich beließ ihm natürlich die Austräge meines Vereins und sie waren nie zuvor so musterhaft ausgeführt worden als von ihm. Nebenher aber suchte ich Gelegenheit, mich des näheren nach seinen Verhältnissen zu erkundigen, und da hörte ich bald, daß er mir noch so manches verschwiegen hatte, dessen Mitteilung ihm wohl seiner Meinung nach leicht hätte als Ruhmreißerei ausgelegt werden können. Daß während seiner letzten Mutter und Schwestern aus sein energisches Verlangen von dem für ihn bestimmten Kapital gelebt hatten, war ja am Ende nur selbstverständlich, aber daß er selber seinem schwachen Körper alle nur zu ertragenden Entbehrungen aufstete und ihm die ungeschwächtesten Anstrengungen zugemutet hatte, war vielleicht schon um einiges über die Grenzen seiner Pflicht hinausgegangen. Und mehr noch gerichte ihm in meinen Augen zur Ehre, was er an seinen beiden Schwestern tat. Sie sollten nicht unter dem niederbrütenden Bewußtsein leiden, untätig von der Unterstützung des Bruders zu leben, aber sie sollten auch vor den Gefahren und Versuchungen bewahrt bleiben, denen hübsche junge Mädchen ausgesetzt sind, wenn sie bei fremden Menschen um ihr tägliches Brod arbeiten müssen. So beschäftigte er sie mit Kontorarbeiten, die gemeist nichts als eine Schindelmühle bedeuteten und verschaffte ihnen durch eine reichlich bemessene Bezahlung das bestreute Bewußtsein, von selbst erworbenen Gelde zu leben. Bei alledem aber vergaß er nicht, daß ihre fröhliche Jugend auch nach anderem als nach solcher Benützung verlangte. Ein Zufall wars, der mich das erfahren ließ. Als es sich einmal um die Ausfüßung einer sehr dringlichen Bestellung handelte und ich bei meinem abendlichen Erscheinen das Geschäftsalokal schon verschlossen fand, begab ich mich in seine nahe gelegene Wohnung und war nicht wenig überrascht, als mir neben den Klängen eines Klaviers fröhliches Lachen und Stimmen-geschwätz entgegenkündeten. Ein blaches verlegen lächeln kam er mir entgegen, und seine guten Augen sahen mich fast bittend an, als er sagte:

„Halten Sie mich nicht für einen leichtfertigen Lebemann und heillosen Verschwender, Herr Pastor, wenn Sie mein Haus wohl Gasse finden. Ich habe mir so nach und nach ein paar Freunde herangezogen; denn es gibt wirklich noch gute Menschen, die sich nicht an den kleinen Schönheitsfehler meiner ähneren Erscheinung stoßen. Und da wird bei uns wöchentlich einmal musiziert und geclapert — so, jedenfalls sogar ein blaches getagt. Es ist wegen der Mädchen, die mir nicht melancholisch werden sollen. Und dann, was die Hauptsache ist, macht es mir selber ein heilennütziges Vergnügen.“

Er öffnete die Tür und ließ mich einen Blick in das hell erleuchtete Wohnzimmer tun, wo wirklich eden die Vorbereitungen zu einem Tänzchen getroffen wurden. Die Wangen der Mädchen glühten in unschuldiger Fröhlichkeit, aber ihre Augen leuchteten nicht heller als die des armen Krüppels, der auf seinen Krüden neben mir stand, und dem in diesem Moment sicherlich nichts zum Volken und um reinen Glanz schloß. Ich drückte ihm die schmale, mager Hand, die noch immer die Hand eines Kindes geblieben war, und nahm von der Helligkeit jenes beschneiten Wohnzimmers so viel mil mir hinweg, daß sie mir noch manche dunkle Stunde des Zweifels an dem Guten und Reinen im Menschenbergen freundlich durchleuchtet hat.

Am Schlusse seines ersten Geschäftsjahres kam er wieder freudestrahelnd zu mir, um mir mitzutheilen, daß sich alles über Erwarten gut angelaufen habe. Er hatte die Zahl seiner Gesellen verdoppeln können, hatte ein paar wertvolle Maschinen angeschafft und größere Arbeitsräume gemietet.

„Das Beste von allem ist, daß ich meine gute Mutter in einigen Tagen zur Kräftigung ihrer Gesundheit nach dem Süden schicken kann, ohne daß ich mir deshalb Sorge um die Bezahlung meiner Schulden machen müßte. Wenn's einem aber so über alle Maßen gut geht, darf man die Leute, die es schlechter haben, wohl nicht ganz vergessen. Darum habe ich Ihnen hier die quittierte Rechnung über meine Arbeiten für Ihren Verein mitgebracht, Herr Pastor! — Lassen Sie den Betrag Ihren Schülern zu Gute kommen. Aber erzählen Sie's um des Himmelswillen nicht weiter! — Meine Kunden halten mich sonst für einen Millionär und bleiben mir Ihre Rechnungen schuldig.“

„Begreifen Sie's nun, lieber Freund, daß jemandem, der solche Dinge erfahren hat, die achtundzwanzig Millionen des „selbstgemachten“ Herrn Rockefeller nicht mehr gar so gewaltig imponieren?“

„Und er ist sehr geordnet Ihr Freund Humpelchen?“

„Ja! — Er ward mit fünfundsiebenzig Jahren. Und er ist mit einer großen Sünde aus dem Leben gegangen. — Ich weiß es von einem jungen Arzt, der meine Bestimmungen für ihn kannte, und der auch einer von den Freunden war, die sich Humpelchen durch die Macht seines sonstigen Vermögens nach und nach heran gezogen hatte. Der sagte mir, daß er ihn eines Tages zum ersten Mal seit dem Beginn ihrer Bekanntschaft tief betrauert gefunden habe — so recht eigentlich zum Tode betrauert. Und auf langes Zureden hatte er ihm auch den Grund seiner Niedergeschlagenheit mitgeteilt. Es hatte sich ein ernstlicher Nervenleiden um die eine der hübschen Zwillingsschwesteren gebunden, einer, der ihm in jeder Hinsicht geeignet schien, sie glücklich zu machen und den sie von ganzem Herzen liebte. Aber er war von seiner Familie abhängig, und die konnte sich daraus nicht einschließen, in enge verwandtschaftliche Beziehung zu einem so abstoßenden Kruppl zu treten, der ihnen möglicherweise alle ihre vornehmen Gesellschaften verhandelt hätte. Auch an dem Geschäft, das er betrieb, nahmen sie Anstoß, denn es waren sehr diskutierte Leute mit einer hohen Auffassung dessen, was sie ihrer gesellschaftlichen Stellung schuldig seien.“

„Es ist ein großes Unglück für die arme Helene,“ klagte Humpelchen immer wieder, „ein schreckliches Unglück! — Und ich vermehrt mir Tag und Nacht vergebens den Kopf, wie ich ihr helfen könnte. Denn ohne das Geschäft kann ich nun mal nicht mehr leben.“

Der junge Arzt suchte ihm damit zu trösten, daß alles schon nach ins rechte Geleise kommen würde, aber Humpelchen schüttelte traurig den Kopf, und fand diesmal keines von den Scherzworten, mit denen er sich sonst so leicht über alles Ungemach hinweg zu helfen wußte.

Ein paar Tage später wurde der Doktor von einer der Schwägerinnen zu ihm gerufen und fand Humpelchen mühsam atmend im beständigen Fieber. Er war nach seiner Gewohnheit den Gesellschaften nachgegangen, obwohl er sich schon sehr leidend gefühlt hatte, aber am Abend war er dann plötzlich zusammengebrochen.

„Es ist nichts, sagte er lächelnd, aber der Arzt, der ihn untersuchte, fand, daß es doch etwas war, nämlich eine schwere Diphtherie, die für Humpelchen's schwaches Herz eine noch viel größere Gefahr bedeutete als für jeden anderen Menschen. Er tat, was sich zur Erleichterung des Kranken tun ließ und verlangte, daß man eine Wärterin für die Nacht beschaffe, weil ein Einschlafen des Patienten verhindert werden müsse. Die Mutter aber meinte, daß

niemand solche Samariterdienste besser verrichten könne als sie, und damit mußte sich der Arzt beschließen. Humpelchen aber, der sehr scharfe Ohren hatte, muß wohl das vor der Zimmertür geführte Gespräch belauscht haben. Um die fünfte Morgensunde klingelte man den Arzt heraus, weil der Kranke gar so sehr schlief und gar kein Lebenszeichen mehr von sich gab. Das konnte er denn auch allerdings nicht, denn er war tot. Die Mutter aber bekannte unter verzweifelten Tränen, daß sie sich für ein halbes Stündchen von der Nüchternheit habe überwallen lassen und daß der Kranke ihren Schummer bedürftig haben müsse, um sich eines der ihr verordneten Morphimpulver aus dem Kässchen zu holen. Die Papierhülle habe es bewiesen, die man auf seiner Bettdecke gefunden.“

Er hatte gewußt, daß er nicht einschlafen dürfe, und darum hatte er sich — vielleicht unter unfähiger Anstrengung — das Morphimpulver geholt. Es mochte seiner Ansicht nach wohl der beste Weg gewesen sein, um für die arme Helene doch noch alles ins rechte Geleise zu bringen. Sie hat denn auch später den jungen Mann aus der vornehmen Familie geheiratet und ist, wie ich gehört habe, eine recht glückliche Frau geworden. Dem Humpelchen aber wird, so hoffe ich, seine Sünden nicht all zu schwer angerechnet werden. Wohl dem, der die Kraft in sich hat, aus solchem Vergegnung solche Sünden zu begeben.“

„Und doch müßten Sie ihm um deswillen die Grabrede versagen, Herr Pastor?“

„Mein Freund laß mich an und lässelte sanft.“

„Nein, nicht um deswillen. — Aber es ging doch nicht an. — Denn mein lieber unvergeßlicher Freund Humpelchen war ein gläubiger Jude.“

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einzahlung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erscheinenden Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a. M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a. M. 0,30
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.
Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Goldbergerstr. 24 L.
— F. Sommer, Buchhandlung u. Verlag, Berlin W., Engelbrechtstr. 81.
Ergelbitten: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 25,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse wünscht.
Telephon: 1001 u. Nr. 3075.

Die Zeichnungen zu die
Zeitung und Expedition sind zu
senden an Herrn W. Magde-
burgerstr. 14, und an Herrn
Büchse des Bureau Berlin
beim alten Schloss, Wern- und
Gartenstrasse, an den
Schlesier, Herrn Geh. Bau-
rat v. D. Gensel, Berlin W.
Magdeburgerstr. 14.

Wiener Brief.

XII.

(Die Gemeinderatswahlen aus dem 4. Wahlkörper. — Dr. Zueger's
Lustsprung. — Die Sozialdemokraten. — Die fortschrittlichen Gruppen).

Wien, den 20. Mai 1906.

Die Wiener Gemeinderatswahlen sind vorüber. Sie haben für Dr. Zueger eine schwere Enttäuschung gebracht. Mit fliegenden Häuten zogen die Christlichsozialen in den Kampf, aus dem sie sehr kleinlaut zurückkehrten. Sie haben allerdings keinen Verlust an Mandaten erlitten, desto mehr aber an Ansehen eingebüßt. Die Gemeinderatswahlordnung ist so gemacht, daß die herrschende Rathhauspartei in ihrer Position auf Jahrzehnte hinaus gesichert erscheint, wenn nicht ein politisches Elementarereignis eintritt oder die Befreiung des Wahlkörpersystems erzwungen wird. Ein eigentlicher Kampf spielt sich lediglich im 4. Wahlkörper ab, der auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes wählt. Doch stehen ihm bloß 21 Mandate, ein Ahtel aller Stimm, zur Verfügung. Da die Christlichsozialen als Volkspartei gelten wollen, müssen sie ihre ganze Kraft auf den Kampf in dieser Gruppe konzentrieren, weil nur von dem Ausgang des Kräftemessens im 4. Wahlkörper Schlüsse auf die Stimmung der Bevölkerung gezogen werden können. Bei den diesmaligen Wahlen haben die Antisemiten erfreulicherweise erfahren müssen, daß die Gebuld der Wiener zu Ende geht. Mit dem Vorfall, die drei sozialdemokratischen Gemeinderäte, die bisher im Gemeinderat saßen, aus der Kommunalverwaltung auszuscheiden, haben die Antisemiten am 9. Mai ihr Glück versucht und trotz einer ebenso kleinlichen als lächerlichen Spaltung der Wähler seitens der herrschenden Partei gelang es nicht nur den drei Arbeitervertretern ihre Mandate zu behaupten, sondern es wurden außer ihnen noch weitere vier Sozialdemokraten gewählt. Von 21 Mandaten belegungsmäßig Bezirken gehören demnach 7 der Opposition. Die Christlichsozialen bemühen sich, diese Niederlage, die sie offen einbekennt, dadurch zu mildern, daß sie auf die Verneuerung ihrer Stimmen hinweisen. Im der Tat haben die Antisemiten bei den vorletzten Wahlen im 4. Wahlkörper insgesamt 81 544 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt, während sie am 9. Mai 113 942 Wähler ins Feld stellen konnten. Allein die Ausrede hat keinen Sinn, denn die freisinnigen Stimmen sind in der gleichen Zeit von 61 687 auf 99 485 gestiegen.

Eine kleine Genugtuung bedeuteten für die Christlichsozialen die Wahlen aus dem 2. Wahlkörper. Durch den Abfall dieser Gruppe war einfluß die liberale Rathhausherrschschaft moralisch vernichtet worden, denn in ihr wählten

die Intelligenzkreise der Stadt: Lehrer, Beamte u. a. Die Antisemiten haben diesem Wahlkörper unterdessen den ursprünglichen Charakter geraubt und ihn durch willkürliche Wählerverschiebungen nach ihren Parteibedürfnissen gestaltet. Daher gelang es ihnen am 16. Mai auf der ganzen Linie zu siegen und auch die vier Mandate der Leopoldstadt (des 11. Bezirkes) den Fortschrittlichen abzunehmen. Dr. Zueger konnte also den „Lustsprung“ machen, den er zu tun versprach, wenn seine Partei die Scharte des 4. Wahlkörpers durch die gängliche Eroberung der 2. Gruppe auszuweichen würde. Näher betrachtet ist aber für Freudenäußerungen der Christlichsozialen gar kein Grund vorhanden. Die Herren von Wien erkämpfen ihre Siege nicht zuletzt infolge der Laune der privilegierten Wähler. Von den Stimmberechtigten waren nicht mehr als die Hälfte an der Urne erschienen und von ihnen stimmten 70 % für die Rathhauspartei; es erklärte sich also bloß eine Minderheit der dem 2. Wahlkörper angehörenden Bürger für Dr. Zueger.

Die letzten Wahlen regen zwei Fragen an: Welchem Umstand danken die von den fortschrittlichen Bürgern unterstützten Sozialdemokraten ihren Sieg und welche Tatsachen sind an dem abermaligen Rückzug der Liberalen schuld? Die Sozialdemokratie hat eine vorzügliche Organisation, ihre Reihen opferwillige Kräfte zur Verfügung, sie verfügt über ein glänzend geleitetes Tagesblatt — die „Arbeiter-Zeitung“ — das in der Wahlbewegung ganz in den Dienst der Agitation gestellt wird, und sie trifft mit unbedingtem Entschlossenheit in den Kampf. Dadurch steht sie den Christlichsozialen von vornherein als ebenbürtiger Gegner gegenüber, der dem kolossalen Kraftaufwand der herrschenden Partei mit gleichen Mitteln begegnet. Mit großer Geschicklichkeit haben die Sozialdemokraten die Antisemiten als Gemeinbegehrter an ihrer verwerflichen Stelle angegriffen und ihre Bildungsfeindschaft und sozialpolitische Rückständigkeit unerbittlich aufgedeckt. Weil Jiftern ein unwiderprechliches und charakteristisches Bild bieten, möchte ich hier zu dem im XI. Wiener Brief gebrauchten Zahlen einige weitere Gruppen reihen. Die Liberalen waren seinerzeit deßhalb, die Zahl der Schüler in den einzelnen Schulklassen von Jahr zu Jahr herabzubrüden, und das gelang ihnen auch in der Zeit von 1876—1897 unter großen Opfern. Im glorreichen Zeitalter christlichsozialer Gemeindevverwaltung jedoch gestalten sich die Verhältnisse folgendermaßen:

Jahr	1897	1898	1900	1904	1905
Durchschnittlich Schüler in einer Klasse	60 1/2	51 1/3	61 1/4	61 1/2	62 1/2

Mit einem Wort: die gerade entgegengesetzte Tendenz wird bemerkbar. Für die Armenfürsorge des Herrn Dr. Burger sprechen einige Zahlen, die der „Arbeiter-Zeitung“ entnommen sind. Sie verglichen die Almosengebaben in Wien und in Berlin und bedürfen keines Kommentars.

Höhe der Unterstützung per Monat	Zahl der Beteiligten	
	in Berlin am 31. März 1906	in Wien von April bis Juni 1905
bis 3 Mark	5	—
über 3 bis 6 „	1017	5828
„ 6 „ 9 „	2090	4609
„ 9 „ 12 „	7591	6399
„ 12 „ 15 „	6143	4201
„ 15 „ 18 „	5476	3462
„ 18 „ 24 „	9100	741
„ 24 „ 30 „	1834	23
über 30 „	178	0
	33 784	29 609

Nun soll gar nicht in Abrede gestellt werden, daß die Christlichsozialen in ihrer Verwaltungspraxis manchen Erfolg aufzuweisen haben, denn Dr. Burger ist immerhin ein bescheidener Mensch. Nur setzen die Altio- und Sozialisten in gar keinem Verhältnis zu einander. Außerdem sind die einzelnen Erfolge mit Mitteln erzielt worden, die gegenwärtigen Parteihäuptern an ihren Vorgängern nicht genug tabeln konnten. Von der Verbindung mit einer Partei — von „Judenbonten“ sprach früher Dr. Burger — bis zur Aufnahme der Kassenangelegenheiten haben die Antisemiten die „Judenliberalen“ Methode nachgemacht. Jauchern kann gewiß niemand; deshalb soll man der Welt nicht vormachen, daß man es könne.

Die Sozialdemokratie ist aus aarnderein auf den Wettbewerb in der allgemeinen Wählerklasse, im 4. Wahlkörper, beschränkt. In den anderen Wahlkörpern haben die Fortschrittlichen, das sind die ehemaligen Liberalen und in einigen Bezirken die Deutschnationalen den Kampf gegen die Christlichsozial-Partei zu führen. Beide Parteien bestehen aus Generalen oder Armeen. Die Jüdi dritt, die in Wien freischützig denken, ist groß, viel größer als man glaubt. Allein die fortschrittlichen Kreise sind unorganisiert, sie haben zu den Führern keine Beziehungen, sie geben sich einem der Politik abgekehrten Leben hin. Die führenden Persönlichkeiten gehören ihrer Mehrzahl nach der alten Schule an; es sind Altliberale, die nichts gelernt und nichts ergriffen haben, die vom Stammtisch in den politischen Kaffeeküchen aus die Weltgeschichte zu beeinflussen glauben, die keine Begeisterung und keine Ideale anstreben, weil sie selbst keine besitzen. So ist der Gegner gerast, der den Antisemiten sicherlich noch das eine und das andere Mandat entreißen könnte, wenn er eben anders aussehe würde. Es dünkt einfach ganz unglücklich, daß den Antisemiten einzelne Sitze kompromisslos überlassen werden, weil man — das harte Wort muß heraus — zu träge und feil ist, um den Stolz mit frischen Kräften zu wagen. Der II. Bezirk heißt im Volksmunde die „Judenburg“, da er einen starken Prozentsatz jüdischer Einwohnerhaft aufweist. Tragend wurde im 3. Wahlkörper nicht einmal ein freigesetzter Kandidat aufgestellt.

Überlegt man diese Tatsachen, dann hat man des Rätsels Lösung gefunden. Die Christlichsozialen sind in Wien so übermächtig, weil sie erstens die Gemeindevahlordnung für sich haben und weil sie zweitens bloß für den achte Teil der Mandate einen nennenswerten gestützten Gegner zu fürchten haben. Doch es in Wien alle Antisemiten gibt und daß Dr. Burger noch immer ein populärer Mann sei, läßt sich nicht bestreiten. Indes: Die Zusammenfassung der Gemeindevorstellung könnte selbst heute, wo über Wien eine rastlose Welle flutet, anders aussehen und eine respektable Opposition aufweisen. Aber die Siege der

Christlichsozialen in den Jahren 1895 und 1896 haben nicht nur die Herrschaft der Liberalen gestürzt, sondern auch die politische Lebenskraft und Kampfesfreude, sowie den politischen Optimismus der fortschrittlichen nicht sozialdemokratischen Elemente. Sie sind da, aber die Waffen zu fernem, ohne hervortreten. tm.

Rumänien und die Juden.

Anlässlich des bevorstehenden Jubiläums König Karols und der kaiserlichen Ausstellung und aus geschäftlichen Gründen ist in letzter Zeit für Rumänien viel Bekanntheit gemacht worden. Die Königin selbst, Carmen Sylva, ließ einen Artikel in einer amerikanischen Monatschrift los, in welchem sie, die geborene deutsche Fürstin und Gemahlin eines deutschen Fürsten, des Königs von Rumänien, die rumänischen Juden, die seit den römischen Kaiserzeiten im Lande wohnen, „Fremde“ nennt. In London wiederum hat der rumänische Gesandtschaftsleiter C. Targi den Engländern die Überzeugung beibringen wollen, daß sie gut daran täten, ihre Kapitalien zur Entwicklung der natürlichen Reichthümer Rumäniens herzugeben.

Wie es aber ja kommt, wenn Bekanntheit gemacht wird, es finden sich dann auch Leute, die die Angelegenheit aus einer anderen Seite beleuchten. Der frühere serbische Gesandte in London Rigatoich, der Rumänen genau kennt, giebt zwar zu, daß Rumänien reich sei an natürlichen Hülfquellen, daß es aber hinsichtlich der Kultur weit hinter Serbien zurückstehe, besonders was die Behandlung der Juden anbetrifft. Er kenne die rumänischen Juden sehr gut; sie seien energisch, eifrig und in jeder Beziehung ein prächtiger Menschenschlag. Es sei ein Schandfleck für die rumänische Kultur, daß die Juden dort aertzt werden und dadurch die industrielle Entwicklung des Landes erschwert werde. Auch Leon Gaster giebt zu, daß Rumänien große natürliche Reichthümer besitze, aber er warnt doch vor übertriebenen Kapitalanlagen in jenem Lande wegen der willkürlichen Kapitalgebung derselben, die zu irgend einer Zeit den Wert solcher Anlagen vernichten könnte.

Also sind es die rumänische Gesetzgebung, der Mangel an Kultur, die Rumänen nicht ankommen lassen, nicht etwa die Juden. Nun giebt Alexander Landesco, ein rumänischer Jude, der jetzt Präfektur der Majors von Clinceniatt Dempsey ist, einen trotz seiner Selbstlosigkeit sehr einflussreichen Grund an für die Fortwähigkeit, mit welcher die rumänischen Wächter gegen das offensichtlichste Interesse des Landes den Juden die Emigration erzwängen.

In dem Reizfeste der „Century“ giebt Landesco eine Erwiderung auf die Darstellung Carmen Sylvas, die den Versuch macht, die Behandlung der Juden in Rumänien zu rechtfertigen, weil sie als Fremde unsäglich seien für das Vaterland zu empfinden und zu kämpfen. Was Carmen Sylva von den Fremden behauptet, sagt Landesco, sei wahr, aber Fremde seien nicht die Juden, sondern die großen Wächter. Der königliche Haushalt, der eine enorme Masse besetzt, sei deutsch und sei aus einer zahllosen Bureaucratie umgeben, deren festeste Pöbel ausnahmslos von Griechen bestetzt werden. Liberale oder konservativ oder sonstige Wächter seien fast Griechen. Die Cantacuzeni, Lahovari, Cernatzi, Karp, Perichie, Marghiloman und alle die Uebrigen seien nicht so viele Generationen im Lande, als die meisten ausländischen Juden. Der König fürchte nämlich, daß, wenn der eingeborene Adel zur Macht gelangte, er mit ihm machen könnte, wie er es mit dem Fürsten Guza gemacht hat, und eine rumänische Dynastie einsetzen, und darum habe er ihn hinausgedrängt und durch ausländische Reutlinge ersetzt.

Die Lage des Volkes sei von Carmen Sylva richtig geschildert. Die 5 Millionen Landleute, die Nation, wüsten in tiefstem Elend, in Armut und Unwissenheit und wurden darin erhalten. Sie zählten überhaupt nicht. Sie und die Juden seien gleich unglücklich, der einzige Unterschied sei, daß die Juden nach der Verfassung als Ausländer angesehen werden und auf sie daher die Bestimmung der Verfassung, daß alle Rumänen vor dem Gesetze gleich seien, nicht zuträfe. Dem Landmann werde zugestanden, daß er rumänischer Bürger sei, aber er sei aller Bürgerrechte beraubt und aller wirtschaftlichen Gelegenheiten zum Fortkommen.

Rumänien habe eine Bevölkerung von 5 1/2 Millionen Seelen: davon seien 5 Millionen Landleute, 250 000 Juden und 250 000 seien die Herrschenden. Die Juden hätten keinerlei politische Rechte. Die 5 Millionen Landleute, die die dritte Wahlabteilung bilden, wählten 30 Mitglieder in das Unterhaus oder etwa ein Zwölftel der ganzen Zahl, und kein einziges Mitglied in den Senat. Die 250 000 Herrschenden wählten den ganzen Rest. Von diesen 250 000 würden alle Beamten genommen, und jeder Ernennungs unter ihnen bestelle einen Posten entweder unter der konservativen oder der liberalen Regierung oder unter beiden.

Wäre dem Berliner Vertrage entsprochen, und wären die Juden emancipiert worden, dann würden sie, da sie alle schreiben und lesen können und Städtebewohner sind, nach den Bestimmungen des Wahlgesetzes entweder zur ersten oder zur zweiten Wahlabteilung gehören und würden daher die Rechte der jetzigen privilegierten Klasse, deren Zahl genau mit der Anzahl der Juden übereinstimmt, genießen und mit ihr die Macht teilen, oder sie würden die privilegierte Klasse zwingen, ihre Vorrechte aufzugeben und die Gesetze so zu ändern, daß auch die große Masse des Volkes eine Stimme habe in der Verwaltung ihrer öffentlichen Angelegenheiten. So sei die Lage der Juden und die Lage des Volkes tatsächlich ein und dieselbe. Die Emancipation der Juden bedeute nichts mehr und nichts weniger als die Emancipation der 5 Millionen rumänischer Bauern und Produzenten und die Verdrängung der 250 000 fremden Parasiten aus ihrer Machtherrschaft.

Das sei der Grund, warum man der Judenemancipation so hartnäckig sich als einer Gefahr für die Nation widersetze. Wenn die herrschende Klasse die Nation ist, dann sei die Emancipation der Juden eine Gefahr für sie und zwar die größte Gefahr.

Landesco schildert noch, wie die herrschenden Klassen lieber das Land in Armut und Elend lassen, als die Schranken niederzureißen und ihre Privilegien zu verlieren. Die Juden seien treue und loyale Bürger und hätten dies auf mannigfache Weise bewiesen, und wann immer sie eine Gelegenheit dazu hatten. Der Rumäne sei kein Antisemit und die Beziehungen zwischen ihm und den Juden seien herzlich und freundschaftlich. Der Haß, unter welchem Rumänen leidet, seien seine Gesetze, die sowohl die Rumänen als die Juden von allen politischen Rechten und wirtschaftlichen Gelegenheiten ausschließen und die natürlichen Hilfsquellen des Landes unerschlossen halten.

Wir erinnern daran, daß viele, was hier von drei Männern gesagt wird, auch von einem Großmann der „Revue des Deux Mondes“ gesagt worden ist. Wir haben seiner Zeit umfassende Auszüge aus dem sehr interessanten Schilderungen der französischen Revue in den „Mitteilungen“ veröffentlicht.

Die Duma und die Juden.

Aus Petersburg, 16. Mai wird der „Russischen Correspondenz“ geschrieben:

Für die 6 000 000 Köpfe starke jüdische Bevölkerung des russischen Reiches ist eine Lebensfrage, wie sich die erste russische Volksovertretung zu der Frage der Befreiung

der Juden von dem auf ihnen lastenden Joch verhalten wird. Der vermeintliche Haß des russischen Volkes den Juden gegenüber war im Munde unserer Bureaukraten ein Vorwand, der die Befreiung der Juden unmöglich machte. Besonders oft und geschickt hat diesen Vorwand ins Licht gezogen der bekannte „Judenfreund“ Graf Witte. Als die Vertreter der jüdischen Gesellschaft sich im Herbst des vorigen Jahres an Witte mit der Forderung der Gleichberechtigung wandten, wies er darauf hin, das könnte nur in dem Fall Aussicht auf Erfolg haben, wenn die russische Gesellschaft ihre Stimme in diesem Sinne erhebe. Als man in der Erwiderung darauf hinwies, daß der Kongreß der Semisowretreter sich bereits im November 1904 für Gleichberechtigung aller Nationalitäten und Bekenntnisse ausgesprochen hat, meinte Witte, das habe gar keine Bedeutung, da in dieser Erklärung nicht ausdrücklich von den Juden gesprochen sei. Seitdem ist in einer unablässigen Reihe von Erklärungen verschiedener russischer Konferenzen, Parteitage u. die Forderung der Gleichberechtigung für die jüdische Bevölkerung aufgestellt worden. Trotzdem erklärte Witte die Gleichberechtigung für unmöglich, da das Volk die Juden hasse und ihre Gleichstellung ein scharfes allgemeines Blutbad herbeiführen werde. Nun hat sich in letzter Zeit sowohl die Intelligenz wie das Volk in dieser Frage ausgesprochen. Wir können die Tatsache nicht leugnen, daß große Schichten, wie überall in der Welt, von instinktivem, angeborenem Antisemitismus durchdrungen sind. Aber nirgends ist dieser Antisemitismus doch so wenig verbreitet, wie hier. Als den besten Beweis können wir die Wahl des Abg. Rechtsanwalt Winawer hier in Petersburg anführen. Winawer ist seit vielen Jahren als Führer des jüdischen „Verbandes zur Erreichung der Gleichberechtigung“ in weitesten Kreisen bekannt und ist oft energisch und scharf aufgetreten, wenn es galt, in der russischen Gesellschaft die Interessen des Judentums zu verteidigen. Zugleich ist Winawer ein sehr tätiges Mitglied der konstitutionell-demokratischen Partei gewesen und die Partei hat ihn als einen der 6 Kandidaten für Petersburg aufgestellt. Der Umstand, daß die Reichsgenossen einen Juden als ihren Vertreter in die Duma schickte, muß doch wahrlich als ein Beweis betrachtet werden, daß wir hier keinen ausgesprochenen Antisemitismus haben. (Winawer ist mit 147 gegen 12 Stimmen gewählt worden.) In den letzten Tagen haben wir einen noch wichtigeren Beweis in dieser Richtung erhalten. Wie Sie bereits wissen, teilt sich die Bauernvertretung in der Duma in 2 Gruppen, in Progressiven und Parteilose. Die Gruppe der progressiven Bauern umfaßt ungefähr 130 Mitglieder. Vorgeschieden kam in den Beratungen die Stellung zur Gleichberechtigung der Juden zur Sprache. 3 Bauern sprachen sich gegen die Gleichberechtigung aus, von dem Standpunkt ausgehend, daß die Juden fähiger und flüger seien und die Konkurrenz mit ihnen dann unmöglich werde. Eine Gruppe von 10 Bauern enthielt sich der Abstimmung, sodaß die Frage von 107 Bauern ballotiert wurde, die sich mit 104 gegen 3 für die volle Gleichberechtigung ausgesprochen haben.

Die polnischen Juden sind, wie der „Bresl. Ztg.“ geschrieben wird, bei den Wahlen für die Duma gegen die vereinigten Deutschen unterlegen. Während also in Preußen die Polen energisch bekämpft werden, verbinden sich in Rußland die Deutschen mit den Polen, um die Juden, die nach Ansicht der bedeutendsten Nationalökonomien die einzigen Förderer des Deutschtums in Rußland sind (der polnische Jude läßt seine Kinder stets deutsch erziehen), von der Duma auszuschließen. Es ist dies um so widerfähriger, als die Polen kein Hehl daraus machen, daß sie nach Erlangung der Autonomie die Deutschen aus Polen hinausjagen werden. Durchsichtbar sind die Deutschen für ihren Klassenhochmut bestraft worden: sie haben in den baltischen

großen liberalen Presse gehört, während Frau und Kinder, die katholisch sind, ihm die Liebe der Zentrumspresse verschaffen. So seien am Familientische des Herrn Ministers „alle drei Konfessionen vertreten, entsprechend den deutschen Reichsfarben schwarz, weiß, rot — katholisch, evangelisch, Jude.“

Die Leser der antisemitischen Blätter werden diese Scherze wahrscheinlich für bare Münze nehmen. Die „Danziger Zig.“ ist in der Lage, festzustellen, daß an der jüdischen Abstammung des neuen Eisenbahnministers kein wahres Wort ist. Die Familie Breitenbach ist urdeutsch; sie verfolgt ihre Vorfahren bis zum Ende des dreißigjährigen Krieges. Die Familie war ursprünglich ansässig in Heiligenstadt i. Thür., später mit einigen Gliedern in Erfurt und Naumburg. Die Familie blieb bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts katholisch, zu welcher Zeit ein Zweig — zu dem unter anderem auch der jetzige Minister und der Inspektor der dritten Zug-Inspektion, Generalleutnant Breitenbach, gehören — zum Protestantismus übertrat.

Ein christlicher Geistlicher über Gabriel Richter. Der Rektor Feiner in Hamburg hat anlässlich des Richter-Jubiläums ein Lebensbild dieses großen Vorkämpfers der Judenemanzipation in Deutschland herausgegeben. Dieses Büchlein gelangte u. a. auch an den Pastor Clemens Schütz, St. Pauli, der daraufhin an den Verfasser folgenden Brief sandte:

„Man hat mir gestern Ihre Schrift über das Leben des Gabriel Richter gegeben und gesagt, ich dürfte es behalten. Als ich ein wenig darin blätterte, wurde ich so angeregt, daß ich, zu Hause angekommen, alles lesen und liegen ließ, und Ihr Buch las, das nur den einen Fehler hat, nämlich daß es zu kurz ist; man möchte mehr und immer mehr von dem Manne hören, den Ihr herrliches Schriftchen schildert. Es drängt mich, Ihnen meinen herzlichsten und innigsten Dank zu sagen für den Genuß, den mir Ihr Buch durch das Kommentieren Dr. Richters verschafft hat. — Ihr Buch enthält — das läßt sich nicht leugnen — viel Beisammenes für die christliche Kirche jener Zeit. Aber die Kirche Christi ist ja nicht das „Reich Gottes“, das der Herr gebracht hat, das Reich „der Freiheit, Ehre und Menschenwürde“, das „Reich Gottes“ ist das wahre Menschentum, und in dieses Reich — mag es nun wollen oder nicht — gehörte Ihr Richter hinein. Des bin ich gewiß, daß der große Rabbi von Nagareth in diesem „Israeliten ohne Faltsch“ seine große anerkennende Freude gehabt hätte. Wie hat die Persönlichkeit Richters aus höchster Begeisterung; Gott gebe, daß wir mehr solche deutsche, solche Juden, sol e Christen — solche Menschen hätten; dann wäre es besser mit Religion und Vaterland aus. — Sie aber, verehrter Freund, handeln recht, wenn Sie sich nicht mit diesem Wünsche begnügen oder mit der Klage, daß unsere Zeit von solchen Persönlichkeiten so arm ist, sondern wenn Sie einen Mann wie Richter unserm Volke zugänglich machen und die Jugend dafür begeistern. Unsere Zeiten werden schon bessere und andere, wenn aus ein Geschlecht herozwächst, das solche Helden wie Richter wenigstens versteht und schätzt und liebt.“

Die Ausweisungen der russischen Flüchtlinge aus Berlin nehmen ihren ungestörten Fortgang. Zwar hat Herr v. Weichmann-Göllwe bei der Verhandlung der Intervention im Abgeordnetenhaus erklärt, daß nur „Personen ohne gesicherte wirtschaftliche Existenz oder politisch Verdächtige unmittelbar ausgewiesen werden“, daß denjenigen, „bei denen diese Voraussetzungen gleichfalls vorliegen, aber noch nicht in so dringlicher Schärfe hervorgetreten sind, mitgeteilt werden soll, daß sie auf die dauernde Erlaubnis zum Verweilen bei uns nicht rechnen könnten und sich deshalb nach einem anderen Aufenthaltsort umsehen müßten.“

Aber auch diese erneute Versicherung des Ministers steht mit den Tatsachen in unüberbrückbarem Widerspruch. Wie die „Jüdische Presse“ mit Beispielen aus den allerletzten Tagen zu beweisen in der Lage ist, werden die Ausweisungen nach wie vor maßlos fortgesetzt. Das genannte Blatt greift aus den zahlreichen zu seiner Kenntnis gelangten Fälle den folgenden heraus: Ein Rentier, namens R., aus B., der seit länger als einem Jahr mit seiner schwerkranken Frau hier wohnt, mit 60 Mark zur Staatssteuer herangezogen wurde, also notwendig nicht mittellos ist, einen ordnungsmäßigen Paß besitzt, also notwendig nicht ausweislos ist, und sich politisch in keiner Weise betätigt hat, wurde am 10 d. Mts. als „lähmiger Ausländer“ mit einer Geldstrafe von — vierzehn Tagen — ausgewiesen! Genau so erging es zahlreichen anderen demittelsten, absolut unbedenklichen Reisenden. Und das, obgleich der Herr Minister im Abgeordnetenhaus betont hat: „Ich brauche schließlich nicht hervorzuheben, daß von allen diesen Maßregeln verschont bleiben sollen diejenigen, bei denen keiner der von mir auseinandergesetzten objektiven oder subjektiven Gründe dem längeren Verweilen im Reiche steht.“ — Das heißt doch wohl, daß Personen, wie jener Herr R., gebuldet werden sollen, zumindest längere Zeit verbleiben dürfen. Trotzdem wird ihm nicht etwa besetzt, daß er „sich nach einem anderen Aufenthaltsort umsehen“ habe, sondern er wird mit seiner totstehenden Frau fortgejagt — innerhalb 14 Tagen.

Welleicht äußert sich die „Norddeutsche Allg. Zig.“ recht bald darüber, wie dieses Verfahren mit dem ministeriellen Zusicherungen in Einklang zu bringen ist.

Auch Schweden ist jetzt verjude. Man traut seinen Augen kaum, wenn man diese Nachricht liest. In ganz Schweden wohnen 3402 Juden und zwar erst seit etwa einem halben Jahrzehnt, und in dieser verhältnismäßig kurzen Zeit haben es diese 3402 Juden fertig gemacht, ein ganzes Land mit 5½ Millionen Einwohnern zu verjude. So berichtet wenigstens die „Deutsche Tagespost“.

In diesem sehr geschätzten Blatt beklagt eine Frau Olga Waller aus Stockholm, daß sie überall in Europa, so auch in Schweden das Verdrüben der Juden darauf gerichtet sei, das Nationalbewußtsein abzukumpfen. Zu diesem Zwecke habe man die glorreiche Nationalgeschichte kritisch zu bearbeiten versucht. Als abschreckende Beispiele werden Strindberg und von Heynström — beide natürlich Juden — genannt. Wie mit der Geschichte, so haben sie es auch mit der Religion und ihren Vertretern in der Kirche gemacht, z. B. Selma Lagerlöf — naürlich eine Jüdin.

Die literarische Sabote der Juden hat aber auch ihre Arbeit auf die Zerstörung des Familienlebens gerichtet, siehe den Juden Jhien. Dazu kommt der tägliche Streik der Zeitungen, die natürlich alle in jüdischen Händen sind, gegen die gesellschaftliche Ordnung. Das alles aber genügt ihnen nicht. Das historische Schweden und das gegenwärtige war in den Händen der Juden. Es blieb doch der Zukunft übrig: die Jugend! Um diese zu verderben, galt es die Lehrrschaft zu gewinnen.“ Aber hat dieses Kunststück in Schweden zustande gebracht? Kein Geringerer als Herr Abrahamson, der auf seinem Rittergut den Handfertigkeitsunterricht (Sloyd) in einer Weise eingerichtet hat, daß dieses dadurch zu einer europäischen Berühmtheit und zu einem Muster für die ganze Kulturwelt wurde.

Aber auch damit haben sich die bösen Juden noch nicht begnügt. Sie haben auch noch alle Verhältnisse der Literaturgeschichte und Wissenschaft in Schweden besetzt. Und nun ging ihre einseitige Bemühung darauf aus, den einen Heropog, in den sie bisher noch nicht zu gelangen vermochten, nämlich die schwedische Akademie, auch noch zu erobern.

Dieser Akademie ist nämlich die Verteilung des Nobel-Preises anvertraut worden. Und wenn erst die Schwedische Akademie auch schon in den Händen der Juden sein wird, kommt überhaupt kein Nobel-Preis mehr an einen Germanen. „Das Nobel-Institut ist in Gefahr!“ schreit Frau Olga Wälder in alle Winde aus.

Wenn man dies alles liest, so möchte es einem fast wie heller Wahnsinn erscheinen. Aber in diesem Wahnsinn liegt doch eine sehr bestimmte, und wie die Erfahrung gelehrt hat, richtige Methode. Es wird nämlich gegenwärtig von verschiedenen Seiten für einen Dichter Stimmung gemacht, der den nächsten Nobel-Preis erhalten soll. Dieser Dichter ist aber nicht nur kein Jude, sondern einer der schlimmsten Antisemiten. Es ist dies der hinlänglich bekannte Herr Hag Dewer in Dresden, der „Vieder aus Norwegen“ gedichtet hat. Das ist ja das Pudels Kern! Damit Herr Hag Dewer den Nobel-Preis erhält, muß Schweden verjagt sein und eine Agitation erregt werden, die der betreffenden Kommission die Augen darüber öffnet, in welche Gefahr Schweden und mit ihm das Nobel-Institut durch diese Verjagung geraten muß. Die Sache ist, wie man sieht, schon eingeleitet, und es ist deshalb dringend notwendig, daß man diejenigen die Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung auf diese dunklen Wägenfahrten lenkt.

Ein antisemitischer Expresseur. Auf Veranlassung der Pariser Polizei wurde Marc Lapierre, der Herausgeber des in Paris erscheinenden antisemitischen Blattes „La Cocarde“, in London verhaftet. Damit hat eine zwanzigjährige Verbrechenkarriere, die ihresgleichen kaum aufzuweisen hat, ihr Ende gefunden. Marc Lapierre hat zwanzig Jahre lang in Frankreich Exzesse und Verleumdungen verübt, und unzählige Verurteilungen und Unterstellungen sind auf sein Konto zu schreiben. Sie belaufen sich auf viele Millionen. Seine zahllosen Opfer sind meist Leute, die eine Angelegenheit gegen ihn unterlassen mußten, weil sie entweder das Odium der Zweideutigkeit oder den Spott als Geopfer für sich hatten. Seit langer Zeit schon bereitet die Pariser Polizei die Verhaftung Lapierres vor, doch gelang es ihr erst vor wenigen Tagen, genügend Beweismaterial zu sammeln, um Lapierre den Garaus machen zu können. Als man aber die Haftbefehle ausgestellt hatte, war der Mann verschwunden. Und als man ihn endlich in London verhaftete, behauptete er, das Opfer einer politischen Intrigue zu sein, und verlangte vom amtierenden Polizeibeamten die Erlaubnis, an die „Cocarde“ einen Artikel zu senden, der die Sache aufklären sollte. Dies wurde ihm nicht gestattet. Man fand bei ihm, in das Westenfutur eingenäht, 100 000 Francs in Wertpapieren. Zwischen wurden in der Redaktion der „Cocarde“ und in der Pariser Wohnung Lapierres Hausdurchsuchungen veranfaßt, die das System Lapierres vollends aufdeckten. Er hatte für seine Tätigkeit in Lille, Brüssel und London Agenturen eingerichtet, mit denen er in ununterbrochener Verbindung stand, und die prompt funktionierten. In der Redaktion der „Cocarde“ fand man nur einen gewissen Domino vor, der erklärte, Sekretär und Geschäftsführer der „Cocarde“ zu sein. Er hatte seinen Kopf noch niemals persönlich gesehen, sondern mit ihm stets nur brieflich und telephonisch verkehrt. Gleichzeitig mit Lapierre wurde in Paris ein gewisser Edmond Bojoux verhaftet, der mit der Tätigkeit Lapierres in enger Verbindung steht. Auch in der Redaktion der „L'Intamarre“, von der man vermutet, daß sie ebenfalls im Eigentum Lapierres steht, wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Verhaftung hat in Frankreich unvorstellbare Beunruhigung erweckt.

In den Vereinigten Staaten von Amerika hat das Kongressmitglied De Witt im Kongreß eine überaus eingehende Rede gehalten, um die religiösen

Borurteile gegen die Juden zu bekämpfen und namentlich die Behauptungen zurückzuweisen, daß sie für die Kreuzigung Christi verantwortlich seien und dafür zu büßen hätten. Diese Rede hat, obgleich sie eigentlich nichts neues enthält, großen Aufseher gemacht.

Interessant ist, daß der Präsident der Clark University Dr. G. Stanley Hall bei derlegung des Grundsteins einer neuen Synagoge in Worcester, Massachusetts, eine Ansprache hielt, in welcher er die Juden einmählte, ihre Abkennung nicht zu verbergen, im Gegenteil sich ihrer zu rühmen, stolz auf ihre Rasse zu sein, auf ihren Namen, ihre Religion. Erhalten Sie Ihren Kindern, sagte er u. a., die großen alten Namen Israel, Abraham, Moses, Rebekka usw. Erziehen Sie Ihre Kinder, indem Sie ihnen von den großen Uebertreibungen Ihrer Vergangenheit erzählen, und lassen Sie sie im Herbrüchlichen unterrichten, in der jüdischen Geschichte usw. . . . In unseren amerikanischen Gymnasien und Universitäten gibt es Juden und Christen. Unsere Gelehrten studieren semitische Sprachen Schulter an Schulter mit den Hebräern. Wir graben Babylon, Niniveh und Jerusalem aus, wir entziffern alte Inschriften, sammeln archaische Reliquien und veröffentlichten gemeinsame gelehrte Studien. Es ist jetzt fast uns an der Zeit, alle alten Verfehlungen hinter uns zu verlegen und nicht weniger herzlich und ehrsüchtig in allen anderen Dingen zusammenzuarbeiten. Endlich sind wir Bürger eines Vaterlandes und schenkt die Erinnerung an die patriotischen Taten Ihres Stammes in der Geschichte dieses Landes ein gemeinsames Band um uns.

Im Memphis, Tennessee, hielt der Pastor der Central-Methodistischen, Dr. Belling, eine Predigt, in welcher er das Thema „Die Haltung der Christen gegenüber den Juden“ behandelte. „Die Juden“, führte er aus, unterscheiden sich von uns im Glauben, mögen vom theologischen Standpunkt als Heide angesehen werden, und bisweilen halten wir ihre Religion für niedrig, aber ich wage die Behauptung, daß kein Volk fleißiger, intelligenter, geistlicher und reiner in der Lebensführung ist wie die Juden, die, obwohl verachtet über die ganze Welt und ohne eine eigene Regierung, doch im Verhältnis zu ihrer Zahl weniger Verbrecher in ihrer Mitte haben, als jedes andere der Kulturwelt bekannte Volk. Ich bin ein Christ, aber wenn Rußland etwas das Christentum repräsentieren soll, dann würde ich bei weitem vorziehen, Jude zu sein. . . . Zu lange haben wir dieses Volk vernachlässigt und während wir den Spitter in den Augen der Juden gesehen, nicht auf die Balken in den unigen geachtet. Machen wir unserem Vorurteil und unserer Gleichgültigkeit ein Ende und pflegen wir mehr den Geist der Liebe zu den Nachkommen Abrahams. . . .“

Juden als Landwirte. Ein jüdischer Farmer, J. Abrahams in Toowoomba in Queensland (Australien), teilt der „Jewish Chronicle“ seine Erfahrungen über die dortigen landwirtschaftlichen Verhältnisse mit und empfiehlt Australier für die Besiedelung mit jüdischen Familien, die sich dem Ackerbau widmen wollen. Herr Abrahams war ursprünglich Aufseher und gründete vor drei Jahren zu gleicher Zeit mit seinem Bruder eine Farm. Er besitzt jetzt 242 Acres Land, sein Bruder 160 Acres. Von seinem Land hat Herr Abrahams bereits 60 Acres kultiviert, 30 bebaut er mit Weizen, 3 mit Moorbirne, 3 mit Futtergerste und 3 mit Kartoffeln. Letztere verkauft er für 3 Pfund 10 Sch. per Tonne; der allgemeine Ertrag ist drei Tonnen auf den Acre. Seine 20 Milchkühe bringen ihm je 4 Sch. die Woche ein. Herr Abrahams verfügt über vier Arbeitspferde und eine ansehnliche Anzahl von anderem Groß- und Kleinvieh. Er schlägt vor, 500 jüdische

Familien versuchsweise in Australien anzusiedeln. Es würde genügen, wenn jede einzelne Familie über ein Kapital von 120 Pf. verfügte. Ein solches Darlehen könnte im Laufe von 10 Jahren abgezahlt werden. Die australische Regierung würde keinerlei Schwierigkeiten machen. Mit der genannten Summe können 160 Acres Land mit Vieh und allen zur Bebauung nötigen Gerätschaften angekauft werden. Die Berechnung versteht sich freilich nur für eine gleichzeitige Besiedelung mit mehreren hundert Familien, weil beim Ankauf größerer Quantitäten der nötigen Gegenstände billiger Preise zu erlangen sind. Ein geeigneteres Land für Ackerbau und Viehzucht wie Australien ist, wie Herr Abraham meint, kaum zu finden. Der Boden gewährt zwei Ernten jährlich; es gedeiht jegliche Pflanzensart. Wolkerel und Schafzucht können in bedeutendem Maßstab betrieben werden. Herr Abraham zweifelt nicht, daß tüchtige Leute, die dorthin kämen, bald der Welt zeigen, daß die Juden als Landwirte ebenso gute Resultate erzielen können, wie andere Völker.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Wir veröffentlichen die nachstehende Liste in diesem Jahre in den „Mittel.“ nur noch 2 Mal; und zwar vor Beginn der großen Ferien und Mitte August. Separat-Abdrucke dieser Liste liegen auf Wunsch kostenlos zur Verfügung.

Augustusbath bei Nadelberg.
 Danlitz. Hotel Regt (Neder und Raumann). Concordia (Raumann). Familien-Pension Strandhaus (Neder) nebst zugehörigen Villen, Pensionen und Gartenhaus.
 Bism. Villa „Waldsiedlung“. Villa „Luisiana“. Villa „Seeblick“. Potsdamer Hotel. Villa „Sonnenschein“.
 Bogen. „Zur weißen Rose“, „zum Ruhen“.
 Braunlage (Braunschweig).
 Borkum.
 St. Blasien (bad. Schwarzwald). Pension „Ruhe wieder“.
 Coburg in Thüringen.
 Chemnitz. Die Fraueninsel.
 Guxhagen. Nordsee-Hotel.
 Gmünd. Luft- und Wasserkurort bei Priesack in Ostpreußen.
 Ebbe und Eel am Jnn.
 Fürstendick bei Lamsbach in Thüringen.
 Gaiselsheim.
 Garmisch. Gasthof zum Ramm.
 Gehlberger Wähe bei Oberhof in Thüringen.
 Graal bei Rönitz.
 Hahnentee. Pension Bergfriede.
 Heiligenhofen.
 Herbersdorf am Harz.
 Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz“ und „zum roten Adler“.
 St. Johann bei Heiden in Appenzell.
 Juhl.
 Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Reichenhofel. Haus Grillpatzer, Alte Wiese. Haus Köhlischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Delzweig, Marienbaderstr. Haus Italia, Schloßberg. Haus Florenz, Schloßberg. Haus Stadt Mariä, Kaiserstr. Haus Maria, Kaiserstr. Haus Rosenhof, Kaiserstr. Haus Brandenburger Thor, Kreuzstr. Haus Germania, Schloßberg. Haus Preussische Krone, Egerstr. Haus Egeria, Egerstr. Haus Diamant, Egerstr. Haus Engl. Krone, Egerstr.
 Kieferfelden a. Jnn. Gasthof zur Gräfin von Ruffstein.
 Kitzbühl (Tirol).

Königsfeld im Schwarzwald.
 Klauen. Gasthof zur Post.
 Kuffstein. Gasthaus zur Schanz bei R. Sandwirth zum Spargen bei R.;
 Laßelt a. Rhod.
 Landeck in Schl. Logierhaus Elytum.
 Langkampfen.
 Ligan bei Dresden.
 Meilsaap. (Bernar Oberland).
 Meyolsenbardo. Rest. Brönnert.
 Montavon. Inner Bartholomä und Bandaus (Voralberg).
 Mühlenthal. (Ferienheim bei Bernierode).
 Mühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
 Mühlheim in Baden. Hotel zum Löwen.
 Münchweiler, Reg. Pirmasens.
 Müritz.
 St. Nicolai bei Ebb. Oberaudorf a. Jnn.
 Oberhofen.
 Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
 Pyramont. Ritters Pension.
 Prag. Altkloster, Katholisches Kasino.
 Reusß bei Bogen.
 Rupolding in Oberbayern.
 Salzbrunn i. Schl. Dachtroedens Hof, Christliches Logierhaus.
 Seieritz (Sax.). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
 Schärbing am Jnn. Kuranstalt Dr. Ebenhof.
 Seiln.
 Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
 Swinemünde. Ritters Strandhotel (Hof. Wm. Weder).
 Villa Seehaus (Hof. Geschwister Schnür). Villa Heiderose (Hof. J. Böhmer). Villa Erdwig (Pensionat und Logierhaus, Hof. Wm. Lüder).
 Tabarz (Großtabarz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel Schloßhaus.

Thiersee.
 Travemünde. Villa „Mira Mare“, Kaiser-Allee.
 Unterst. (Bayern). Forsthaus.
 Wilm. Insel im Rügenischen Bodden.
 Wolpertsdorf bei Hall in Tirol.
 Walchense.
 Warnemünde. Villa Seeblick.
 Werningebach auf Egl.
 Westerland auf Egl. Pension Lamber (Hof. Krone und Frau geb. Lamber).
 Wildbad im Schwarzwald. Villa Montebello.
 Wildbühl (Tirol).
 Zellerfeld im Sax. Johanneiser Kurhaus.
 Zinnwisch.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgegebene Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen an dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.
sind an die Expeditionen,
Berlin W. 55,
Mogeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 2025.

Alle Sendungen an die Redaktionen und Expeditionen sind zu richten an: Berlin W. Mogeburgerstr. 14, und alle 10 Den Briefe des Bureau Berlin belohnen Sie, West- und Einzelbestellungen an den Schriftleiter, Herrn Dr. Hans von D. Gsell, Berlin W. Mogeburgerstr. 14.

Wegen der Feiertage fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen“ aus; es erscheint deshalb heute eine Doppelnummer.

Graf Reventlow.

Die deutschsoziale Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg hat ihren Dauphin verloren. Der antisemitische Abgeordnete Graf Reventlow ist den Folgen einer Nierenoperation erlegen. Der Verlust trifft nicht nur die Partei, sondern auch besonders ihren Führer Liebermann von Sonnenberg sehr schmerzhaft, der gehofft hatte, sich allmählich auf das Amtenteil zurückziehen und die Leitung dem politisch begabten und redgewandten sozialwingschleichen Provinzial-Vorhernden des Bundes der Landwirte überlassen zu können. Reventlow war zweifellos eine der interessantesten Erscheinungen des Reichstags, der sich vom rabiaten Sozialdemokraten bis zum traffen Reaktionsler hindurchgemausert hat; ob er seine politische Laufbahn bei der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg abgeschlossen hätte, läßt sich bei einer, was Fähigkeiten und Charaktereigenschaften anlangt, so ungewöhnlich differenzierten Persönlichkeit, wie Reventlow es war, schwer sagen. Im Reichstage tummelte er sein Vieh mit Vorliebe auf dem Gebiet der hohen Politik und bereitete hier dem Reichsführer Fürsten Bülow durch seine sein gefälligen Sottisen oft recht unangenehme Situationen. Ein Beweis der vorurteilsfreien ritterlichen Gefinnung seines Gegners ist es, daß der Reichsführer ihm dies persönlich in seiner Weise nachtrag. Er beglückwünschte ihn zu der ansehenden glücklich verlaufenen Operation und sandte dann der Witwe des Verstorbenen ein in herzlichsten Worten abgefaßtes Kondolenztelegramm.

Wie lange die marxistisch-sozialistische Episode Graf Reventlows, der nur ein Alter von 41 Jahren erreicht hat, ange dauert hat, ist nicht genau festzustellen, da er selbst darüber Stillschweigen beobachtet hat. Jedenfalls erzählten, wie kürzlich in einer Charakterstudie über ihn in der „Berl. Z.“ zu lesen war, seine Freunde in Rügenburg, wo er in seiner Referendarzeit als Referentoffizier bei den 9. Jägern übte, natürlich ohne von dem Münchener Wissenschaftler etwas zu wissen: „Wenn der Reventlow besessen ist, so rehet er wie der reine Sozialdemokrat.“ Und da Graf Reventlow als urzeitlicher Mann alle Kardinaltugenden seines Stammes praxifiziert, so kam es öfters vor, daß man ihn sehr merkwürdig reden hörte. Aber da er Graf, Referendar und Referentoffizier war, dachte man sich

weiter nichts dabei, sondern amüsierte sich höchstens über solch vorübergehendes umhülzerliches Gedären.

Bei den Antisemiten aller Richtungen genoh der Verlorene das größte Ansehen, merkwürdiger Weise auch bei denen, die sich auf ihre angeblich demokratische Gesinnung viel zugute tun und somit jedem Angehörigen des Zentrums vom vornehmen mit Mißtrauen begegnen. Reventlow hat die Brücke mit schlangen helfen, auf der sich der Herdgar der Gefolgschaft Liebermann v. Sonnenbergs zum Bund der Landwirte verlag. Es ist daher nur erklärlich, daß das agrarische Hauptorgan, die „Deutsche Tageszeitung“ in ihrem Nekrolog den Gegensatz zwischen Deutschsozialen und Reformpartei scharf hervorhebt; sie schreibt nämlich:

„So hat er die deutschsoziale Richtung und die Behauptungen des Bundes der Landwirte ebenfalls immer enger genähert, so auch unerschütterliche Erinnerungen, die etwas zwischen den Sonderdarben und dem rechten Flügel der antisemitischen Bewegung fanden, gemildert und befestigt. Reventlow hat er, um zu diesem Ziele zu gelangen, gleich Herrn von Liebermann das Ziel sich zwischen sich und jener demokratischen Richtung geschnitten, die trotz aller agitatorischen Erregung im letzten Grunde doch unerschütterlichen Schicksal ist. Hier mochte schon die persönliche Abneigung des Aristokraten entscheidend sein, die es scheint, mit ständigen Schlagworten sich an die Menge zu wenden und im Stille Wortschwall die öffentlichen Imbilde aufzulösen.“

Es werden dann aber auch sachliche Gründe ins Feld geführt, die die Deutschsozialen von der Reformpartei trennen:

„Stärker schrieben sie sich nach der linken Seite hin, und es sind nicht nur persönliche Antipathien, sondern auch soziale Gründe, die es nicht zulassen, daß Liebermann und Zimmermann, daß Reventlow und Bülow sich in gleichem Raume aufzunehmen. Schon in der Werbung der alten Antisemiten, der so oft nur mühsam dämmen wurde, in hellen Plannern emporgelohert und schließlich wird der nächste allgemeine Volkskampf auch an anderen Stellen die Antisemiten im Bruchstücke sehen. Hier schon hatte man den Eindruck nicht übersehen, daß die demokratische Richtung sich auf einem sinkenden, die konservernationale Richtung aber auf einem steigenden We befindet. Hier hat die agrarische Partei Liebermanns von Sonnenberg, der in aller Schärfe des Kampfes nach den alten Prinzipien nie verläßt, hier die Organisationskraft Schicksals, die Gründlichkeit und der feste politische Blick des Grafen Reventlow Bedeutendes getan.“

Wir haben schon gesagt, daß auch die Reformpartei auf Reventlow große Stücke hielt, aus den Nekrologien ihrer

der schärfsten Art, als einen Heros des deutschen politischen Selbstlebens feiern wollen, mit dem auch wohl gar frei gelebte Männer freundschaftlich Fühlung nehmen konnten, das geht doch bedeutend nahe an das Gebiet herankreisen, auf dem Widerstium und Heucheltum beginnen. L.

Der Kampf um die jüdischen Schulen.

Unser prinzipieller Standpunkt in der Frage ist von vornherein durch die Grundzüge des „Bereins zur Abwehr des Antisemitismus“ gegeben. Für uns liegt in der Materie eine Staatsbürgerliche Rechtsfrage in erster Linie. Gleiches Recht für alle! Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir nach Lage der Sache hinsichtlich der jüdischen Schulen volle Entwicklungsfreiheit nach der simmianen sowohl als auch konfessionellen Seite hin fordern, wobei wir allerdings nicht verschweigen wollen, daß wir in der simultanen Schulform für alle Kreise der Bevölkerung ein wesentliches Mittel des gegenseitigen sozialen Verständnisses und religiöser Toleranz sehen. Diese Anschauung teilen wir mit den beiden freireligiösen Gruppen des preussischen Abgeordnetenhauses und auch mit einem großen Teile der Nationalliberalen, wenigstens in theoretisch-pädagogischer Beziehung. Darum unterschreiben wir auch folgende Worte des freireligiösen Abg. Cassel:

„Meine Herren, unsere Partei hat in ihren allgemeinen Äußerungen darüber getroffen, daß, wenn diese unsere allgemeinen Äußerungen angenommen wären, es besonderer Bestimmungen über jüdische Schulen überhaupt nicht bedürftig wäre; für die jüdischen Kinder wäre dann derselbe Schutz, wie für die Kinder jeder anderen Konfession durch die Teilnahme an den gemeinsamen Unterricht, auch den besonderen Religionsunterricht in der Konfession, ebenso auch dahin, daß es den Gemeinden überlassen gewesen wäre, je nach ihren Verhältnissen auch konfessionelle Schulen, so auch jüdisch-konfessionelle Schulen zu errichten. Wir kommen dahin, daß wir in dem Resultat der Kommission von unserem Standpunkt aus eine befriedigende Lösung der Frage nicht erblicken können; denn es bleibt nach diesen Bestimmungen für die jüdischen Kinder ein Sonderrecht erhalten, während wir nach unserer Anschauung es erstreben würden, daß auch hier die Gleichheit hin- und her allgemein als Recht für Konfessionen gegolten hätte. Ich muß allerdings anerkennen — ich will das ausdrücklich betonen —, daß unsere Überzeugungen ja auch durch einen Teil der jüdischen Glaubensangehörigen durchkreuzt sind. Ich will durchaus nicht verkennen, daß ein Teil jüdischer Verbände und Vereinigungen mit allem Nachdruck Bestehen ergen die Simultanschulen und für Gehörung und Berücksichtigung jüdischer Konfessionsschulen eingebracht hat, und es war mir interessant, daß einer der Herren freireligiösen Kollegen aus der Kommission mir im Widerspruch bezeugt, daß diese, was über die Notwendigkeit einer konfessionellen Volksschule gesagt sei, sei in einer jüdischen Gelehrtenzeitschrift ihrer jüdischer Konfession enthalten. Meine Herren, diese Überzeugungen können unter Partei nicht verbinden, unseren Grundsätzen gemäß zu verfahren und unsere Äußerungen zu stellen, und ich bin auch persönlich davon überzeugt, daß ich in diesem Sinne durchaus nach den Anschauungen der überwiegenden Mehrheit meiner jüdischen Glaubensangehörigen handle.“

In diesem Sinne waren die betreffenden Äußerungen der Freireligiösen gehalten:

„Den Schulverbänden ist überlassen, die vorhandenen öffentlichen jüdischen Volksschulen zu erhalten oder bei der Schulneubauvertheilung ihre Auflösung zu beantragen. Die Auflösung ist, falls in letzten Verbänden der einhundert jüdischer Volksschulen mindestens 12 jüdische Schulkinder die Schule besucht haben, nur zulässig, wenn gleichzeitig der Schulverband für den Religionsunterricht jeder Schulkinder durch eine jüdische Lehrkraft sorgt.“

Die ersten sechs Absätze des § 20 des Gesetzesentwurfs finden auf Volksschulen mit gleichzeitig christlichen und jüdischen Lehrkräften entsprechende Anwendung.

Die Bestimmungen des § 21 finden auf die Errichtung des Religionsunterrichts an jüdische Schulkinder der öffentlichen Volksschulen und die Erhaltung einer jüdischen Lehrkraft an denselben entsprechende Anwendung.

Der Verband der ausgebildeten jüdischen Schulen geht auf die Schulverbände über. Die Bestimmungen des ersten Abschnitts des Gesetzesentwurfs finden entsprechende Anwendung. Das Verbot der nicht ausgebildeten jüdischen Volksschulen bildet seinen bisherigen Zweck erhalten.

Die Unterhaltungsgehalt dieser Schulen“ liegt den Schulverbänden ob, soweit die Einkünfte aus dem Vermögen dieser Schulen nicht ausreichen.

Die von angestrichenen jüdischen Schulen angehenden öffentlichen Lehrer sind bis zu ihrer anderweitigen ordentlichen Anstellung von dem Schulverband in einer ihrem bisherigen Dienstverhältnis entsprechenden Weise zu beschäftigen und zu unterstützen.

Falls in einem Schulverband an einer öffentlichen Volksschule keine jüdische Lehrkraft angestellt ist, welche den jüdischen Religionsunterricht erteilt und auch mit Erteilung anderweitigen Unterrichts betraut ist, und die Zahl der die Schulen der Schulverbände besuchenden jüdischen Kinder mit Einschluß der Volksschulkinder über 10, in den Städten sowie in Randgemeinden von mehr als 5000 Einwohnern über 120, während 5 aufeinanderfolgenden Jahre beträgt, so ist, sofern keine der gesetzlichen Vertreter von mehr als 60 bzw. 120 schulpflichtigen Kindern der genannten Art der Antrag bei der Schulneubauvertheilung gestellt wird, für diese eine Bekleidung in Schulen mit jüdischen Lehrkräften einzutreten.

Der Artikel 2 des § 21 findet entsprechende Anwendung. Eine Neubegründung jüdischer Volksschulen an der Fälligkeit des Abzuges 7 darf nur mit Zustimmung des Verbandes der Simultangemeinde erfolgen.“

Ein freireligiöser Eventualantrag bezog sich im wesentlichen auf den jüdischen Religionsunterricht.

Wie notwendig es war, streng die interkonfessionellen Staatsgrundsätze an dieser Stelle zu betonen, hatten schon die Kommissionsverhandlungen gezeigt. Von konservativer Seite war wieder der alte Stahlsche Gaul „christlicher Staat“ geritten worden. Nach dem Kommissionsbericht hatte der betreffende Abgeordnete erklärt: Wenn die Unterzeichnung des jüdischen Religionsunterrichts auf eine Bahn gehoben würde, die sich quasi rechtlich als paritätisch mit den christlichen Religionen darstelle, so sei er doch der Meinung, daß entsprechend den Grundsätzen der Verfassung der christliche Charakter des Staates im Vordergrund stehen solle, und es da nicht angehe, die Gemeinde indirekt zu verpflichten, auch für diesen jüdischen Religionsunterricht zu sorgen.“ Nachdem von freireligiöser Seite eine durchschlagende Interpretation des Artikels 14 der Verfassung gegeben worden war, gab ein anderes konservatives Mitglied der Kommission zu, daß man in formalem Sinne von einem christlichen Staat nicht sprechen könne; das hat auch sein Parteifreund nicht gesagt, vielmehr nur zum Ausdruck bringen wollen, daß, wenn es sich um die Stellung des Staates zu den Religionsgemeinschaften handle, eine Bevorzugung der christlichen Gemeinschaften geboten wäre. Das sei auch durch ein Patent Friedrich Wilhelm IV. zur Anerkennung gebracht, in dessen Eingang bereits von „bevorzugten“ Kirchen die Rede sei. Diese Bevorzugung entspreche der geschichtlichen Entwicklung. Da es eine geschlossene, einheitlich organisierte jüdische Religionsgemeinschaft nicht gebe, könne der Staat unmöglich dem jüdischen Religionsunterricht gegenüber dieselbe Stellung einnehmen, wie er es bei der evangelischen und katholischen Religion thäte.

Nun könne er wohl verstehen, daß das übel empfunden werde, aber es gehe den Juden nicht allein so. So bezögen die Altisphären, die den Evangelischen doch sicherlich nahe ständen, Steuern wie jeder andere Staatsbürger, und doch gebe der Staat keinen Pfennig für ihren Religionsunterricht aus. Die allgemeinen Gesichtspunkte also, mit denen man eine vollständige Parität aller Religionen verteidigen wollte, waren unhaltbar.

Den Kampf gegen die falsche Auslegung des Artikels 14 nahm in der 2. Lesung der Abg. Pellaßohn noch einmal auf, indem er erklärte: „Nach dem klaren Wortlaut des Art. 14 ist nur bei denjenigen Einrichtungen, die mit der Religionsübung zusammenhängen, die christliche Religion zu grunde gelegt. Es ist schon in der Kommission und besonders in einem trefflichen Aufsatz des Rechtsanwalts Makower in der „Juristenzeitung“ aus der Entstehungsgeschichte ganz klar dargelegt worden, daß der Begriff „Religionsübung“, wie er im Art. 14 der Verfassung enthalten ist,

ganz eng auszufügen ist, und dann wird man nicht sagen können, daß die Regelung der Erteilung des Religionsunterrichts oder die Anstellung der Lehrer durch Art. 14 bedingt werde. Ich muß anerkennen, daß seitens der Staatsregierung dieses Argument, daß Art. 14 ein Hindernis bilden sollte, nicht vorgebracht ist."

Der Abg. Veltsohn eröffnete den Kampf als erster Redner zur Frage der jüdischen Schulen am zweiten Tage der 2. Session. In knapper Weise schilderte er die Gründe der starken Opposition im Hause und im Lande gegen den § 24. Er sagte: "Es herrschte bei allen Beteiligten das niederdrückende Gefühl, daß damit unter Nichtbeachtung allgemeiner staatsbürgerlicher Rechte und verfassungsgemäßer Grundsätze die jüdische Bevölkerung in einen Ausnahmestand versetzt werden sollte, selbst wo die besonderen staatsrechtlichen Verhältnisse dieser Bevölkerung nicht ins Feld geführt werden können..."

Die Impartitität des § 24 schilderte der freisinnige Redner mit folgenden Worten:

"Es würden nach dem Entwurf die Schulen, das Schulvermögen, die Lehrer eigentlich dogmatisch, und soweit die Erteilung des Religionsunterrichts in Frage kommt, fast ganz ungenügende Berücksichtigung gefunden werden." Dem Schulvermögen war es überlassen, die vorhandenen jüdischen Schulen zu erhalten oder deren Auflösung zu beantragen, die durch die Schulaufsichtsbehörde dann auch gegen den Willen des Schulvermögens und auch die sonst nach § 51 notwendige Genehmigung des Ministerrats erfolgen konnte. Von einer Anhörung der Beteiligten selbst, von einer Anhörung der Vorstände der Synagogengemeinden, wo diese die Schulen unterhalten haben, war nicht die Rede. Ansprüche der Impartitität, wie sie hier in den Gesetz vorstehen, sind, waren den Juden nicht vorbehalten, und es kenne ich nicht die Gründe, daß dieses Gesetz als ein ungerechtes, wenn man auch die Grundsätze, die das Gesetz bezüglich der qualifizierten Impartitität enthält, verwerten muß."

Nach nun die Bestimmungen über das Vermögen! Lieber das Vermögen der ausgebildeten Schule konnte die Schulaufsichtsbehörde ganz nach ihrem Ermessen verfügen; ein Schulvermögen war nicht vorgezeichnet; die Beteiligten brauchten nicht angehört zu werden, selbst nicht die Vorstände des Vermögens. Und selbst das, was dieses der Fall ist, wo das Schulvermögen mit dem Vermögen der Synagogengemeinde vereinigt war, konnte durch einen Fehler ein solches Vermögen, jedoch als Schulvermögen, war, beklagt werden.

War es da nicht gerechtfertigt, wenn von mancher Seite von einer Konstitution des Vermögens die Rede war?

Für die Lehrer der ausgebildeten Schulen ist nur eine Bemerkung, und zwar nur in der Begründung enthalten: daß die Schulverbände, soweit die Lehrer nicht anderweitig Verwendung finden könnten, sie unterstützen sollten. Alle die Unterstützung gebot, wie die Lehrer untergebracht werden sollten, ob sie angestellt werden sollten, darüber war nicht einmal in der Begründung etwas gesagt.

Bei der heftigen, aber durchaus nicht unangenehmen Frage der Erteilung des Religionsunterrichts war, selbst wenn man, was ich durchaus nicht tue, die staatsrechtlichen Bedenken der Regierung berücksichtigt, es wohl nicht unangehen, das Ermessen der Ausführung in den Schulen, in denen dieser der Religionsunterricht erteilt wurde, den Schulverbänden zu überlassen, und das hatte Prinzip aufzuweisen, daß die Erteilung lediglich eine Aufgabe der Synagogengemeinden ist, selbst wo, wo das Schulvermögen den Synagogengemeinden entzogen werden konnte.

Ich glaube, diese Eingehenden rechtlichen es wohl, wenn gerade in jüdischen Kreisen eine so heftige Opposition gegen diesen Entwurf ausgereicht ist."

Zwar gelang es dem Freisinn nicht, die weitergehenden Ansprüche durchzubringen; aber der heftigen und kenntnisreichen Tätigkeit der freisinnigen Abgeordneten, besonders der Herren Cassel und Veltsohn, ist es zu danken, daß die Regierungsvorlage eine vollständige Umarbeitung erfuhr, wobei hervorgehoben werden muß, daß alle Parteien zu Zugeständnissen bereit waren. Interessant war dabei die Beobachtung, daß die Regierung überall das Rückgegriff auf einen besonderen Widerstand antwort. Zwar ist das Minimalist nicht ohne Wertmühsen, wie der Abg. Cassel hervorhebt, aber immerhin ein teilweiser Sieg, dessen wir uns umso mehr freuen dürfen, als die „Mittel“

mit zu den ersten gehörten, die in eine Kritik des § 24 eintraten.

Folgende Beschlüsse der Kommission, erweitert durch einen Antrag des Zentrums und verbunden mit einer Streichung, fanden die Mehrheit des Plenums:

"Für die Errichtung, Unterhaltung und Vermehrung der jüdischen Schulen bestimmen und mit jüdischen Lehrkräften zu besetzenden öffentlichen Volksschulen gelten die auf weiteres die jetzt bestehenden Vorschriften, mit der Maßgabe, daß der § 67 Nr. 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1847 über die Verhältnisse der Juden (Gesetzblatt. S. 253) für den ganzen Umfang der Anwendung zur Anwendung gelangt. Die zur Unterhaltung solcher Schulen Verpflichteten gelten als Schulverbände im Sinne dieses Gesetzes."

Werden die in den §§ 19 bis 23 erwähnten öffentlichen Volksschulen von jüdischen Kindern besucht, so finden bei Ausübung der Rollen für die Erteilung von jüdischem Religionsunterricht und hinsichtlich der Anstellung von jüdischen Lehrkräften an diesen Schulen zum Zweck der Erteilung von jüdischem Religionsunterricht sowie hinsichtlich der anzuordnenden Beschäftigung der hierfür angestellten jüdischen Lehrkräfte an diesen Schulen die auf weiteres die jetzt bestehenden Bestimmungen Anwendung."

Beträgt in einer öffentlichen Volksschule, die mit mit katholischen oder mit evangelischen Lehrkräften besetzt ist, die Zahl der einheimischen jüdischen Schulkinder dauernd mindestens zwölf und wird in einem solchen Falle der Religionsunterricht für dieselben durch den Synagogengemeindebesitz erteilt, so findet § 67 Nr. 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1847 Anwendung. Für die Errichtung und Unterhaltung von öffentlichen Volksschulen, an welchen nach ihrer besonderen Bestimmung, abgesehen von dem Falle des Art. 2, christliche und jüdische Lehrer zugleich angestellt sind, derselbe es bei dem bestehenden Recht."

Für die Provinz Hannover demselben es bei dem Gesetz vom 7. März 1868 (Gesetzblatt. S. 223) § 1 Nr. 3, betreffend die Unterhaltung des jüdischen Schulwesens der Provinz durch den Provinzialverband."

Der herangezogene § 67 Absatz 3 des Gesetzes vom 28. Juli 1847 lautet: "Wo die Unterhaltung der Volksschulen eine Last der bürgerlichen Gemeinden ist, haben die Juden im Falle der Errichtung einer eigenen öffentlichen Schule eine Beihilfe aus Kommunalmitteln zu fordern ufm."

Dankenswerth war es endlich noch, daß der national-liberale Abg. Reiter die Unterhaltung öffentlich-jüdischer Schulen, auf die obige Bestimmung nicht zutrifft, aus Staatsfonds forderte, was der Regierungskommission, Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff, aus dem Fonds Kap. 121 Tit. 34 des Staatshaushalts auch zulagte.

Gegenüber dem Erreichten siehe man die statuten, impartitischen Bestimmungen der Regierungsvorlage noch einmal zum Vergleich hinan:

"Den Schulverbänden ist überlassen, die vorhandenen öffentlichen jüdischen Volksschulen zu erhalten oder bei der Schulaufsichtsbehörde ihre Auflösung zu beantragen. Lieber das Vermögen der hienach ausgebildeten Schulen wird von der Schulaufsichtsbehörde bestimmt getroffen."

Den Schulverbänden bleibt ferner überlassen, unter Zustimmung der Schulaufsichtsbehörde auszuscheiden, für die jüdischen Kinder lediglich mit jüdischen Lehrkräften zu besetzenden öffentlichen Volksschulen neu zu errichten. ufm."

Was erreicht ist, bedeutet eine Befestigung der staatsbürgerlichen Stellung unserer jüdischen Mitbürger, wenn auch nicht in so fern Umfang. Von diesem Gesichtspunkte aus sollte unsere jüdische Bevölkerung stets an eine Anerkennung der Grundlagen ihrer Schulorganisation herantreten. Wo der Standpunkt staatsbürgerlicher Gleichheit gemahnt ist, werden religiöse, pädagogische, soziale und nationale Rücksichten sicher nicht zu kurz kommen."

Otto Pautsch - Berlin.

Eine Entgegnung des Ministers Ernst.

Zu einem scharfen Zusammenstoß kam es im Verlaufe der Schuldebatten im preussischen Abgeordnetenhaus zwischen dem Kultusminister Dr. Studt und dem freisinnigen Abgeordneten Cassel. Dem Abg. Cassel müssen auch die

politischen Gegner zugehen, daß er den Kampf gegen die Schulortung in der Kommission und im Plenum mit einer Sachkenntnis und einem Eifer geführt hat, wie kein zweiter. Seine Stellung gegen die Konfessionsfrage glaubte der Herr Unterrichtsminister mit folgenden Argumenten erläutern zu können:

„Der Herr Abgeordnete Gaffel — ich bin auf diese Thema schon in früheren Zeiten eingegangen — hat am 25. Febr. 1905 ausführlich gesagt:

„Wir sind ja der Überzeugung, daß wir augenblicklich keine Aussicht haben, die Verhältnisse in unserem Sinne zu ändern, und wir sollten uns garricht daran denken, zu verlangen, daß die Frage über die Konfessionsfrage der Schule heute bei der Zusammenkunft des Hauses und den sonstigen Verhältnissen nach unserem Sinne geregelt werde.“

Meine Herren, dieser kurzliche Bericht, der damit ausgebrochen wurde, (weder bei den Freisinnigen) steht vollständig in einem sehr merkwürdigen Gegensatz zu der Art und Weise, wie jetzt der Abgeordnete Gaffel — er wolle mir den Ausdruck nicht verüben — sich den Kopf über die christlich-konfessionellen Volksschule zerbricht. Mir scheint diese Art, wie schon in der Kommission die Sache behandelt worden ist, nicht vereinbar mit jenen Grundsätzen, die der Herr Abgeordnete Gaffel am 25. Febr. v. J. ausgeprochen hat.“

Es ist genugsam bekannt, daß auch höchste preussische Staatsbeamte nicht immer vom Antisemitismus so weit entfernt sind, als es Stellung und Aufgabe gebieten sollten. Der objektive Beobachter wird es darum dem Abgeordneten Gaffel nachsagen, wenn er in den Worten des Ministers eine Anspielung auf seinen jüdischen Vandalen sah und sich in einer persönlichen Bemerkung folgendermaßen dagegen vermahnte:

„Meine Herren, der Schluß der Debatte mag es mir unangenehm, sowohl auf die Ausführungen des Herrn Unterrichtsministers zu antworten. Ich werde mir die Gelegenheit hierzu bei der dritten Beratung aufsuchen müssen, möchte aber schon heute bemerken, daß der Herr Minister aus meinen Äußerungen vollständig unrichtige Schlüsse gezogen hat.“

Wenn der Herr Minister es weiter für gut befunden hat, die Frage aufzuwerfen, wozu ich es nötig hätte, meinen Kopf zu beschweren mit den Interessen der christlichen Volksschule, so hat der Herr Minister damit offenbar auf meine jüdischen Stunden anspielen wollen. Meine Herren, ich habe schon bei einer anderen Gelegenheit gesagt, daß ich nicht zu denen gehöre, welche irgendwo daran denken, ihren Glauben zu verleugnen, sondern vielmehr zu denen, die mit Stolz und Freude sich zu ihm bekennen. Der Herr Minister hat aber, wenn er das sagte, offenbar in seinem Kopfe nicht recht die Bestimmungen der Verfassung bedacht; denn nach der Verfassung bin ich ein Abgeordneter des gesamten preussischen Volkes, habe das Recht, mich nach allen Richtungen hin um die Interessen des preussischen Volkes zu kümmern, und werde mit dieses Recht auch durch die Angriffe des Herrn Ministers in keiner Weise jemals trüben oder schmälern lassen.“

(Vorheriger Beifall bei den Freisinnigen.)

Der Unterrichtsminister trat dieser Auffassung mit folgenden Worten entgegen:

„Ich sehe mich aber veranlaßt, noch einmal auf die persönliche Bemerkung zurückzukommen, die der Abgeordnete Gaffel vorher gemacht hat. Ich habe nicht direkt auf diese persönliche Bemerkung erwidert, weil ich sonst die bereits geführte Debatte wieder eröffnen haben würde. Ich nehme gern Veranlassung, dem Abgeordneten Gaffel gegenüber zu erklären, daß ich bei meiner Aeußerung über die christlich-konfessionellen Volksschulen nicht im entferntesten an seine Zugehörigkeit zu der jüdischen Religionsgemeinschaft gedacht habe. Ich bebaue im Übrigen, daß der Abgeordnete durch die Fassung meiner Bemerkung zu einer derartigen Auffassung hat kommen können.“

Wir wollen an den Worten des Ministers nicht zweifeln und denken; aber ein preussischer Minister sollte auch den Anschein antisemitischer Neigungen vermeiden. Das hat Herr Dr. Studt zum mindesten nicht getan.

Beiträge zur Kampfesweise des Expositors Kröfel.

In keiner Partei gibt es soviel Wort- und Mauthelden wie bei der antisemitischen. Heute wie Yesterday von Sonnenberg, Ahnvoort, Graf Büdler reden in Versammlungen Stunden- und Stundenlang und extrahieren ihre Zuhörer geradezu in einem Wortschwall. Zu derselben Kategorie gehört auch Herr Kröfel, der Abgeordnete für Preussisch-Saargau. In seinen Volksversammlungen redet er nie unter 3 bis 4 Stunden. Er tut das natürlich aus wohlüberlegten Gründen. Einmal rechnet er damit, daß es immer noch genug naive Leute gibt, die aus der Länge seiner Rede einen Schluß auf die Größe seines Geistes ziehen, dann aber spekuliert er darauf, daß seine Zuhörer nach einer solchen Dauerrede beterrigt hinfällig sind, daß sie einem einmaligen Gegner, soweit Herr Kröfel einen solchen überhaupt zu Wort läßt, kein Gehör mehr schenken. Wie die meisten antisemitischen Leuchten lebt und hält sich auch Herr Kröfel nur durch die Phrase. Nicht man ihm mit Taffachen näher auf den Leib, so ist ihm das fatal und unangenehm. So buhlet er z. B. nie, daß seine Versammlungsreden, in denen er mit Worten so schwelgt, daß sich die Balken biegen, von irgend jemand nachgeschrieben oder gar stenographiert werden. Als einmal der Versuch gemacht wurde, seine unglaublichen Ritualmordreden schriftlich zu fixieren, ertönte aus der Versammlung der Ruf: „Herr Pastor, da schreiv! Generel!“ — und im Handumdrehen flog der Herrmann aus der Versammlung.

Nur durch Taffachen ist der Nimbus zu sichern, mit dem der Herr Expositor und Abgeordnete für Preussisch-Saargau sich zu umhüllen verstanden hat. Taffachliche Fiktionen über seine Person und sein Wirken demüthigt sich Herr Kröfel freilich häufig von seinen Wählern fern zu halten, deren Stamm die Preussische Handwerker und Bauern bilden. Diese hat er durch seine Person, sein Auftreten und sein Phrasengebreck gelendet, diese haben ihre Kenntnis von seinem Tun und Lassen nur von ihm selbst resp. aus dem, was er in seinem Blatt „Der Mittelstand“ selbst zu schreiben oder schreiben zu lassen für gut befindet. Wenn seine guten Preussische Anhänger und Freunde eine Ahnung hätten, welch eine unbedeutende, ja komische Figur ihr Abgott im Reichstage spielt, den sie zu Hause unter all den kleinen Geistesgenossen so erhaben, mit stolzgeschwelter Brust voller Bewunderung einhergehen sehen, und der doch keine andere Rolle spielt als jener Frosch, der sich bis zum Platzen aufbläht, und der dann sich selbst und die anderen Frösche für den Größten und Weisesten hält.

Wenn es, wie wir sehen, seine Schwierigkeiten hat, Herrn Kröfel deulungsmäßig in Bezug auf das, was er redet, so muß man sich an das halten, was er schreibt. Er hat ja sein eigenes Blatt „Der Mittelstand“, dessen Verleger und Inspirator er ist, und das er gelegentlich auch selbst verantwortlich schreibt.

Einige Taffachen aus längerer Zeit mögen hier registriert werden.

In der Nummer vom 27. Februar v. J. des „Mittelstand“ kündigte Herr Kröfel eine Reihe von Versammlungen in seinem Wahlkreise Preussisch-Saargau an. Dann heißt es wörtlich: „Herr Kröfel wird abstimmen lassen und danach dem Wunsch der Mehrzahl seiner Wähler gemäß seine Stellungnahme zu den einzelnen vorgeschlagenen Steuern im Reichstage umgrenzen und begründen.“

Eingeschaltet möge werden, daß die Methodik des Herrn Kröfel, sich durch Versammlungs-Abkündigungen eine Achtungselinie für sein Verhalten im Reichstage vorzeichnen zu lassen, mit dem Artikel 29 der Reichsverfassung in Widerspruch steht, nach dem „die Mitglieder des Reichstages,

Vertreter des gesamten Volkes, an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden sind".

Natürlich hatte diese ganze Abstimmungsgeschichte nur den Zweck, seinen gutgläubigen Wählern Sand in die Augen zu streuen. Es war die reine Komödie, die Herr Krösel in seinen Dorfversammlungen mit seinen Anhängern aufspielte. Eine Komödie, die zur Pöbel ansteigt, wenn festgestellt werden muß, daß Herr Krösel bei den wichtigsten Steuerabstimmungen im Reichstage ohne Einflußnahme gewesen ist und bei keiner einzigen, entgegen seiner pompösesten Ankündigung, seine Stellungnahme begründet hat.

In allen Berichten über seine Versammlungen stellte Herr Krösel fest, daß sich die Teilnehmer u. a. für eine Verteuerung ausgesprochen haben.

Als es zur Abstimmung kam, stimmte Herr Krösel gegen die Verteuerung. — Der Wunsch der Mehrzahl seiner Wähler* ist ihm aber furchtbar gleichgültig gewesen. Komödie!

Ueberschaupl seine Tätigkeit im Reichstage!

Was hat er in seinen Wahl- und Agitationsreisen seinen Wählern über sein Wirken im Reichstage nicht alles in Aussicht gestellt! Wie wollte er dort für den Mittelstand eintreten und ihn retten aus aller Not!

Und was ist Tatsache?

Reinens glänzte er durch Abwesenheit. Nur ganz wenige Male hat er im Reichstage gesprochen; vom Mittelstand aber kaum ein Wort. Einmal sprach er für die höheren Postbeamten, dann über interne Verleger Geschäften, die den Reichstag gar nichts angehen, und ferner über etliche höchst persönliche Angelegenheiten und zu Gunsten eines Fraktionsgenossen, der eine Dummheit bezogen hatte, und den er reumächtig sollte.

Worte und Taten, Versprechen und Halben steht auch hier in einem schreienden Gegensatz.

Wit ganz besonders raffiniert Virtuosität wird im Kröselschen „Mittelstand“ die bekannte antisemitische Parole besetzt, unzulässige Gerüchte und Lügen in die Welt hinauszuposaunen, Richtigstellungen aber gar nicht oder nur mit neuen Verdächtigungen verdrängt zu bringen.

Hier einige Beispiele aus jüngerer Zeit.

Am 10. April brachte der „Mittelstand“ unter der Ueberschrift: „Soll das wieder totgeschwiegen werden?“, wie wir bereits kurz erwähnt haben, eine sensationelle Geschichte von einer geheimnisvollen Riste, in der auf dem Bahnhof in Posen ein 8-9 jähriger Knabe mit verstopftem Munde und einem ergroßenen Bein entdeckt sei. Der Knabe sei fraktioniert gewesen. Diese Riste sollte von einem Robbiner in Breslau abgehandelt und an einem Malbier in Bromberg adressiert worden sein. „Was ist hier vorgegangen? und warum schweigt die Presse?“ Natürlich Ritualmord! „Auch wir“, so schrieb der „Mittelstand“ zum Schluß, „werden die Sache scharf im Auge behalten.“

Als dann sofort, 3 Tage später, am 13. April, der Oberbahnhofsvorsteher in Posen eine amtliche Erklärung abgab, daß „an der Sache kein wahres Wort sei“, brachte der „Mittelstand“ kein Wort von dieser Richtigstellung. Selbst als am 22. April das ebenfalls in Pösch erscheinende „Kreisblatt“ den „Mittelstand“ daraufhin anpöbelte, warnte das Krösell-Blatt in der nächsten Nummer sich zwar gegen das „Kreisblatt“, brachte die Ermordung des Gymnasiallehrers Winter in Reich der Lagen und Dreien zur Sprache, erwähnte aber den Pöschers Fall und die amtliche Richtigstellung mit keiner Silbe. Auch jetzt noch, nach 14 Tagen, ließ das Antisemit-Blatt seine Leser in dem Glauben, die Pöschers Mordgeschichte sei wahr, und durch

die Neuermählung der Winterschen Mordgeschichte, von der das Blatt stets nur als von einem Ritualmord spricht, erweckte es in perfidester Weise in den Lesern den Glauben, als handele es sich wieder um einen solchen.

Erst am 29. April brachte es aus der antisemitischen „Hochwacht“ eine Zuschrift des Pöschers Polizeipräsidenten ab, der auf Grund von amtlichen Ermittlungen die Unwahrscheinlichkeit der ganzen Sache feststellte. Aber auch hieran wurden Bemerkungen geknüpft wie: „Die Behörden müssen geklärt worden sein!“, es wurde „von einem raffinierten Verdunkelungssystem“ gesprochen und von „einer großen Zahl tatsächlich geschehener Mordtaten aus der Pöscherei!“

Das ist die Kampfesweise eines Blattes, das ein christlicher Pastor a. D. herausgibt.

Ein anderes Bild!

Dasselbe Blatt des Herrn Krösel hatte eine Geschichte erzählt von einem jüdischen Stettiner Mäler, mit voller Namensnennung, der ein christliches Mädchen verführt und in den Tod getrieben haben sollte. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß an der Geschichte kein wahres Wort ist. Der verantwortliche Redakteur wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Am 20. Mai berichtete der „Mittelstand“ über diesen Prozeß in 10 Zeilen und schrieb: „Wir werden über die Verhandlung, die überaus viel des Interessanten hat, in unserer nächsten Nummer noch ausführlich berichten.“

Wie auf den heutigen Tag hat das ehrliche Blatt noch kein Wort darüber gebracht, sobald die „Mittelstands“-Leser nur erfahren haben, daß der Redakteur wegen „eines Stettiner Juden“ zu Gefängnis verurteilt ist, von dem wahren Sachverhalt aber keine Ahnung haben.

Es ist überhaupt ein beliebtes Mittel des „Mittelstand“, irgend eine Erwiderung oder Richtigstellung für die nächste Nummer oder die nächste Zeit anzukündigen, dann aber nichts davon zu bringen.

Was müssen das für Leser sein, die sich auf solche Weise hinhalten, täuschen und narren lassen! Wie muß es aber auch mit dem Gewissen des Mannes aussehen, der seinen Lesern und Anhängern derartiges zu bieten wagt!

Daß Herr Krösel sich nicht hinter seinem verantwortlichen Redakteur zurückzieht und ihm die Verantwortung für solche Handlungsweise aufbürden kann, sondern daß es seine ureigenste Methode ist, lehrt folgender Fall:

In der Nummer vom 17. Mai, die Herr Krösel selbst verantwortlich zeichnete, hatte er den Gymnasialdirektor Dr. Wegmann in Pösch — der, nebenbei bemerkt, der Vater des Antisemitismus in Pösch ist, aber zu den von Krösel so gehalten „Hochkonfessionen“ gehört — in heftigster und häßlicher Weise angegriffen und über ihn Behauptungen aufgestellt, die dem Gymnasialdirektor Veranlassung zu einer Berichtigung gaben, die der „Mittelstand“ am 22. Mai abdrucken mußte, und durch die alle Behauptungen als unrichtig nachgewiesen wurden.

Daran knüpfte der „Mittelstand“ die Bemerkung: „Eine Erwiderung gie auf und auf die Artikel im „Pöschers Kreisblatt“ in Nr. 115 und Nr. 117 behält sich Herr Reichstagsabgeordneter Krösel, welcher augenblicklich im Reichstage weilt und befehle zu ihm hat, vor.“

Wit keine Silbe ist der Herr Abgeordnete und christliche Pastor a. D. bisher darauf zurückgekommen.

Für einen ehemaligen Pastor eine eble Kampfesweise. Christlich ist sie nicht, aber antisemitisch: Jezt braut es La verurkunden, nichts widerrufen, es bleibt dann doch etwas hängen!

Antisemitische Mimicry.

Die „Staatsbürgerzt.“ behauptet die folgende Zusehrt eines Herrn Dr. Moriz Kohn ergötzen zu haben:

Eine Lauge für Max Reinhardt.

Man hängt in letzter Zeit an um Herrn Max Reinhardt todschlagen. Und zwar nicht aus dem Grund, weil er die Juden meint, sondern weil er sie nicht mag. Die Juden sind aber längst nicht mehr ab am Brandenburger Tor. Wir fahren im Automobil, wenn auch man sich der Stadt in die Augen stellt. Was kann man darüber, daß alle Theaterbesucher in den Händen von unsern Leuten sind. Das 70 % der Schaulustigen, 90 % der Kritiker, 100 % der Reizenden Juden sind. Das ist nur wieder ein Beweis, daß für unser reichhaltiges und großartiges Theater, wie behauptet ist, nichts, sondern dafür daß wir auch auf diesen Gebieten und intelligent sind.

Max Reinhardt der gleichwohl Schritt für Schritt aus seinen Anklagen bis zu einer Stellung im Theaterleben fortgeschritten ist, wie sie noch keiner vor ihm hatte, ist freilich ein Beweis für die Macht des Judenmenschen, denn die christliche Millionäre sind nicht so schnell bei der Hand wie Herr von Mendelssohn. Ein jüdischer Theaterdirektor kann in Berlin Geld bekommen so viel er will.

Was denn Drama, Komödie, Idylle, Parodie, etc. etc. Könige in ihren Reichen sind, so ist Reinhardt der Kaiser der Könige.

Was leisten sie denn eben insofern als Bühnenkünstler?

Was hat denn Herr von Hofen bei jetzt zu tun? Gedacht? Hat er überhaupt etwas gedacht, hat er künstlerische Gedanken geäußert? Hat er nicht eines der besten Zeugnisse mit seinen letzten Jahren kürzlich Drama, der ihn schließlich bald ganz reichen wird. Und was hat der andere Herrmann der anspruchsvollen Antisemitiker bewacht der Herr Herrmann Kohn der so wohlwollend war ohne die jüdische Presse haben zu wollen? Soll er ein Genie sein, meinetwegen, aber wenigstens wird er schließlich doch mit all seiner Intelligenz. Was braucht er Theaterdirektor zu sein wo er sich heute bei den besten Schauspielern der Welt nennen kann. Was braucht er internationaler auszuweisen mit seiner Deutschkenntnis und seinen Sprachkenntnissen? Was heißt auch? Keine und Trüben (sowohl und besser als Regenbogen und Windstille). Überhaupt hat er in seinen „Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ behauptet daß sein Genie ein bestimmtes Genie und bestimmtes Genie hätten. Schön! Dafür sehen wir die Welt hier und ohne Zweifel. Das Theater ist ein Geschäft und zu unsern Vergnügen da. Wir geben unser Geld dafür und unsern Herden angehen lassen, so meinetwegen fügen zu lassen. Oder werden wir aus dem fasslichen Scherzlichen Standpunkt den der „moralischen Kunst“ stehen? Ja, doch der geistlichen Bühne einmal wieder durch was er von Schiller hält! Allerdings haben wir sie nicht mitreden.

Unser großer Maler Hiermann hat es längst ausgesprochen daß man uns und der Kunst mit der Moral das Volk beides soll.

Wenn man jetzt Max Reinhardt den großen Napoleon des Theaters ansetzt so ist es nur der Beweis daß er eben seine Zeit richtig versteht und ihre Bedürfnisse kennt. Man wird ihm vor seine Bühnenkunst sei rein äußerlich, aber unsere Augen wollen zuerst im Theater auf die Rollen kommen.

Seine Künstler spielen mittelaltliche Frau Sonne und Engels haben ihre guten Seiten hinter sich, und sie ist überhaupt keine Persönlichkeit und Schicksal hat nicht als den Beweis.

Darum braucht man gar nicht antworten, und stellen sie das ist die Geschichte. Man lag wie Reinhardt Tragödien spielen wollte konnte er ständig in die Hände das sie alle klein und gemein, ließ geschäft oder das „handy volume“ denn wie die handlichen Könige selber so legen wir sie: „Car tel est notre plaisir.“ Wir sind heute das Theaterpublikum, ohne uns gibt es überhaupt kein Theater und dies muß einmal laut ausgesprochen werden. Lange genug bedeutet es eine „macula levis noia“, wenn man sich als „Jude“ bekennt. Das ist vorher. Eine aufsteigende Welle in den Verstand heute der jüdische Geist wo er selber kaum geblüht war. Wir brauchen nicht mehr in mittelaltlicher Stille dem zu verschweigen daß wir die Herrschaft des und verstehen zwar längst nicht. Und uns kann kein Potentat der Welt heute das geringste unternehmen denn wir beherzigen den Weltmarkt. Rein Wohl das wir nicht können kommt in die Öffentlichkeit denn wir beherrschen die Presse. Rein Wohl heute der uns nicht bezieht kann in den Verstand der Welt, denn wir beherrschen die Bühne.

Es ist nicht genug daß wir so legen, gegenüber dem Publikum das noch vielen der unsern im Wege steht und zuletzt im unheimlichen Jähmarch seinen Ausdruck fand. Der jüdische Geist hat die Welt erobert, in unsern engsten Kreise sehen wir ihn im Besitz der Bühne und darum müssen heute wie Max Reinhardt die ihn in so erfolgreicher Weise reglementieren noch gehalten werden. Schlichte gute Weile auf ihn er hätte unser Mann und wie werden ihn oben halten.

Dr. Moriz Kohn.

Wir haben diese anmutige Blüte antisemitischer — Einbildungskraft in Lebensgröße zu Ausdruck gebracht, um sie unserm reichhaltigen Herbarium ähnlicher Genüsse einzufügen. Für jeden, der nicht gerade das Unglück hat, als Kretin geboren oder regelmäßiger Leser der „Staatsbürgerzt.“ zu sein, ist es sonnenklar, daß dieser Herr Dr. Kohn und seine angebliche Zusehrt entweder von einem eigenen Redaktions-Whispern des antisemitischen Moniteurs erstunden oder die Whysifikation irgend eines gestirnten oder gestimmten Orchesters viri obscuro ist, die sich das Blatt mit innigem Begehren als Lachstein ins Nest hat praktizieren lassen. Trotzdem hat die Redaktion den Geschmack, an den Ausdruck der „Zusehrt“ die weise Bemerkung zu knüpfen:

„Dr. Moriz Kohn spricht im Eifer läppisch aus, was tausend Juden denken. Man könnte wirklich auf den Verdacht kommen, daß ein Antisemit hier seinen Gedanken; dann aber gäbe das Wort von Giacomo Puccini: „so non è vero, è ben trovato“ (ist nicht wahr, so ist es schon erlitten). Wir würden, diese abzuwischen. Die Herrschaft gewalt, die das Judentum über Reichthum, Verfall und Wähe besitzt, wird hier mit einem Zirkel in der Hand bestätigt. Das wird von Dr. Moriz Kohn sollte dem deutschen Volk in die Ohren fallen, damit es endlich die Seiten sieht, in denen er liegt.“

Man fragt sich: wie angewendet niedrig um eine Zeitung die Antisemitische Leser einschlagen, wenn sie ihnen derartige Wären aufzubinden den Mut hat? Und wie verdrängt und stumpf müssen die Waffen des antisemitischen Arsenal allmählich geworden sein, wenn man schon zu derart durchdringenden Experimenten größter politischer Mimicry seine Zusehrt nimmt!

Tolstoi über die russischen Judenmenschen.

Bekanntlich hat vor einiger Zeit eine sehr große Anzahl der herausragenden Schriftsteller einen stammenden Protest gegen die Willkürungen der Juden in Rußland veröffentlicht. Weniger bekannt dürfte sein, daß ein russischer Literat, namens Roppoport, eine Sammlung von Aussprüchen und Urteilen der herausragenden bedeutendsten russischen Denker und Schriftsteller über die Juden in Rußland herausgegeben wollte und daß die Zensur, die das einstimmige Bül dieser intelligenten Russen über die Juden nicht vertragen konnte, sich nicht damit begnügte, nur den Verkauf zu verbieten, sondern die ganze Auflage verbrennen ließ.

Ich habe, schreibt Michel Dennes im „Siecle“ vom 14. Mai d. J., gesehen, wie Turgeniew in Paris ein Jahr vor seinem Tode bittere Tränen über die Leiden seiner israelitischen Mitbürger vergoß, und ich habe ihn antworten hören: „Ich schäme mich, ich schäme mich Ruße zu sein.“

Man kommt auch noch Graf Leo Tolstoi und gibt mit der ihm eigenartigen Wucht sein Urteil über die Judenmenschen in Rußland ab. Wir haben diese bemerkenswerte Auslassung zum großen Theile gleichlautend in der „New York World“ und gleichzeitig im „Siecle“, dessen Genährmann der Achtanwollt Tueromo in Elisabethgrad ist.

Seit den Schreden der Sklaverei, sagt Tolstoi, weiß ich nichts Furchtbarer als diese rachsüchtige, gegen ein ganzes Volk verübte Grausamkeit. Menschen wie Tiere in einem Käfig einsperren, sie mit schändlichen Ausnahmegerichten bestrafen, sie durch gemeine und nach Beschuldigungen gierige Kasseher überwachern lassen, sie von jeder vernünftigen und legitimen Beschäftigung und namentlich vom Landbau wegdrängen und alles dies zu tun einzig zu dem empörenden Zwecke, den Pöbel auf die Juden loszulassen, so oft dies für Petersburg dienlich erscheint, das ist genau daselbe, was unter den römischen Cäsaren geschah, die die Weissen in den Strüßen auf Verbrecher und Christen loszulassen worden sind. Das, ja das ist die Lage der Juden in Rußland.

Es ist schrecklich, schrecklich! Genau so wie die Cäsaren und ihre schmeicheleichen Höflinge den Vöbel mit blutigen Schaupielen unterhielten und so die Augen der Massen von den Verbrechen der Regierungen ablenkten, genau ebenso hat die nicht minder kluge, aber noch mächtigere Bureaucratie einen ungeheuren Zirkus errichtet, den sie den Rayon der jüdischen Anstellungen nennt, und in diesem Zirkus hält sie die Gefangenen für dieselben blutigen Schaupiele und zu demselben niedrigen Zwecke, um nämlich die Augen des Volkes von den Verbrechen der Regierung abulenken, so oft das Land zu erwachen sich ansetzt, aber wenn die Klagen die Augen zu öffnen droht.

Um die Aufmerksamkeit des Volkes abzulenken, läßt sie das Land zu neuen Gladiatorenkämpfen und schickt sie Herolde von Stadt zu Stadt, um den verarmten Vöbel aufzufordern, die Läden und Wohnungen der Juden zu plündern.

Lange Zeit habe ich es nicht geglaubt und lange Zeit habe ich nicht ein Mittel darüber gewagt. Ich konnte nicht denken, daß in unserer Zeit, nachdem wir so viele Jahre um zur christlichen Religion beten, deren Hauptgebote der Töbulung uns vertraut sind, und ich will es ohne zu prahlen sagen, dem russischen Herzen so nahe sind — daß in dieser Zeit, wenn so verächtliche Ränke so leicht aufgedeckt werden können — ich habe es wahrlich nicht geglaubt, daß die Beamten sich heulutage zu solcher schrecklichen Gemeinheit hergeben könnten.

Ich habe mir die Judenfrage historisch, wirtschaftlich und sonstige zu erklären versucht, aber niemals bin ich auch nur auf den Gedanken gekommen, daß die Sache so schrecklich einfach, so offenbar verwerflich ist.

Jetzt, nach den Schreden von Kiew, Elisabethgrad und Tausenden anderen Orten, jetzt, da ich so oft, wie es gemacht, wie das Feuer entzündet und wie es gelöscht worden ist, sehe ich ganz deutlich, daß es ihrer Hände Werk ist. Zu einer bestimmten Stunde kamen Leute, die von der Polizei aufgehetzt, bestochen und der Straßlosigkeit verachtet worden, schreiend und lachend auf den Marktplatz, vernichteten und brannten alles nieder, mordeten und entehrten öffentlich Frauen. Sie zerrissen Kinder. Sie zwangen schwangere Frauen in Bademannen, verbrannten sie und worteten in salbtrichter Fäulnislosigkeit auf die Entbindung, zerrissen dann das neugeborene Kind in Stücke und warfen die Stücke zum Fenster hinaus.

Und die Soldaten standen in Waffen dabei und riefen der Menge zu: Schneller! macht fertig! macht fertig! seid nicht so langsam!

Und sie teilten die Beute mit der Polizei. Die Disziplinen schwiegen, die Polizeieinspikoren liefen umher, die Generale ritten von einer Stelle zur andern, und alles schien vorbereitet und programmgemäß ausgeführt und alle schienen befriedigt.

Diese suchtbare und dabei ruhige Haltung der Organisatoren, die ihre Arbeit ohne Haß und Unruhe verrichteten, ist der beste Beweis, daß die Verbrechen verübt worden sind von den Hütern des Friedens, entweder von der Polizei selbst in Vertreibung, oder von dem Volke mit ihrer Zustimmung.

Und nun bemerke man die Einfachheit, mit welcher diese Missetaten organisiert werden.

Ein weißgekleideter Mensch marschiert an die Spitze der Bande und schwenkt statt einer Fahne ein schwarzes Tuch oder trägt eine Trommel. In einem bestimmten Augenblick gibt er ein Zeichen mit der Hand, und sofort stürzen sich die mit entsprechenden Instrumenten versehenen Leute auf die Läden, sprengen die Türen, zerhacken die Fenster und gleiten sich alsdann zurück. Sofort folgen ihnen andere aus der Bande und stehen und plündern methodisch, ohne die feierliche Haß von Plündern, die fürchten müssen, von der Polizei verfolgt zu werden. Wenn die Diebe ihr Geschäft

vollendet haben, kommen die Brandstifter an die Reihe. Diese tragen mit Petroleum getränkten Ländstich herbei, verteilten ihn in den Läden, zünden ihn an und gleiten sich dann zu der Bande zurück, deren Vortritt bereits mit der Plünderung anderer Läden beschäftigt ist.

So ist man in Bala vorgedrungen, in Kiew und in anderen Städten, und das ist die Methode, nach der man in allen diesen Ergien verfährt — die Weintonnen werden der Menge zur Verfügung gestellt — Diese führt ausgewählte Verrückte der Organisatoren, die ihr Werk ruhig und ohne Haß vollbringen, ist der augenscheinlichste Beweis, daß diese Ungeheuerlichkeiten von den Hütern der Ordnung, von verteilten Polizisten oder von Leuten verübt sind, die mit dem Segen der Polizei vorgehen.

Vor einiger Zeit sprach ich über diese Missetaten mit dem Gouverneur einer Provinz, in welcher die Juden am meisten mißhandelt worden waren.

„Das wird nicht wieder geschehen“, erwiderte er mir.

Der sichere Ton, mit welchem er dieses sagte, hat ihn vollständig verraten. Denn diese Sicherheit kann nur dadurch erklärt werden, daß alle jene Verbrechen das Werk der Provinz-gouverneure sind. Wenn sie wußten, dann finden Missetaten statt; wenn sie nicht wußten, dann gibt es keine Missetaten. Das ist so klar, daß die Bureaucratie bereits eine andere Formel ausgearbeitet hat, die sie nach Bedarf anwendet. Wenn der Gouverneur einer Stadt die Missetaten ersparten will, dann schreibt er dem Polizeichef: „Sie sind verantwortlich für die Aufrechterhaltung der Ordnung in Ihrer Stadt“. Der Polizeichef versteht die Formel, und es gibt keine Klage. Der Minister bezieht sich derselben Sprache den Gouverneuren gegenüber, und es handelt sich nur darum, daß man die offiziellen Dokumente zu lesen versteht.

Die Braufamkeit dieser heuchlerischen Sprache ist besonders höfentlich in der Formel, welche Missetaten andeuten. Alsdann telegraphiert nämlich der Gouverneur an den Polizeichef: „Verhindern Sie nicht die Ausführung des nationalen Gefühls“.

Tolstoi versteht, daß ihm von absolut vertrauenswürdigen Personen mitgeteilt wurde, daß diese Formel in mehreren Städten angewendet worden sei und darauf sofort Missetaten stattgefunden hätten.

„Das nationale Gefühl!“ ruft Tolstoi aus. Das russische nationale Gefühl soll darin bestehen, Läden zu plündern und Weisen und Frauen die Köpfe einzuschlagen! Mein Gott, der Herr lohnt in mir, mein ganzes Wesen empört sich über diese Verleumdung unseres Volkes, dessen Führer nicht wert sind ihm die Schutzriemen zu lösen, den Saum des Gewandes zu berühren.

In Kiew wurde ein einfacher Polizist plötzlich von Willeld ergriffen, verurteilt einen Juden und jagte seine Angreifer davon. Sofort kam ein Vorgesetzter auf ihn zu und ermahnte ihn mit folgenden Worten: „Du darfst nicht die Reuerungen des Volksgornes vermindern“.

Ein ganzes Volk, ein so altes Volk, welches der Welt so viel gegeben hat, wird in einen Zübel verwandelt, in den sich der Zorn der Massen ergießen soll, wird angegriffen und zur Verwerfung gebracht durch das Joch der Bureaucratie. Die Juden sind der Kanal geworden, der den Lauf der russischen Volkswut ablenken soll. Ein solcher Fluß ist von den Propheten niemals vorhergesehen worden.

Seit meiner Kindheit, sagt Tolstoi, wohne ich in einem ganz und gar russischen Dorfe, und niemals habe ich etwas bemerkt oder gehört was auch nur im entferntesten zu dem Gedanken berechtigte, daß unsere Bauern den Juden feindselig gesinnt seien, sei es gegen ihre Religion oder gegen ihre Rasse.

In der Unterredung mit dem Gewährungsmann der „New York World“ sagte Tolstoi noch u. a.: Man mache

doch nicht unser Land gleich einem Glasbecken, in welchem unterworfenen und gefangenen gehaltenen Völkern, durchdrückt von Hag und verhärtet durch Grausamkeit, als die Säulen dienen, die Mauern und Dächer tragen. Man erwärme das erstarrete Herz und strecke den Verfolgten und Unterdrückten die Hand entgegen, und vor allem strecke man die Hand aus den Juden, weil Niemand mehr leidet als sie, und keiner so verfolgt und so unterdrückt ist wie sie.

Schon oft hatten wir Gelegenheit zu berichten, daß der Hag des russischen und auch des rumänischen Volkes gegen die Juden nichts weiter ist als ein antisemitisches Märchen. In der „Frankfurter Zig.“ vom 12. Mai wird berichtet:

Im Dorfe Biddi, das zum Kreise Tschernigow gehört, weigerten sich die Bauern, den Händlern Getreide zu verkaufen, die, wie ihnen bekannt, am Judenhege teilgenommen hatten. Diese Tatsache ist um so bemerkenswerter, als die Administration und das Gericht in dortiger Gegend diesen Unruhen mit Rat und Tat sympathisch gegenüberstanden. Noch unangenehmer mag den Antisemiten ein Gemeinderatsbescheid sein, den die Dörfschaft Komowo-Potowol, Kreis Tiatopol, faßte und dem zufolge 14 Bauern, die an den Juden hegen teilgenommen hatten, aus der Gemeinde ausgeschlossen und fortgeschickt wurden. Selbst der Prozeß des noch von Vichne ernannten Landhauptmanns konnte an diesem Beschlusse nichts ändern. Für das Verhalten der Bauern zum Antisemitismus ist auch eine Erklärung bezeichnend, die ein Mitglied des Wiener Bureau der konstitutionell-demokratischen Partei in den „Wijs. Wiedom.“ veröffentlicht. Nach seiner Versicherung trügen sich die Bauern des Reichs den Gouvernements mit der Absicht, im Parlament zu den Juden zu halten. „Sie werden uns Land, wir ihnen Recht verschaffen!“

Neue Judenmordgeleien drohen, wie aus Oessa geschrieben wird. Leider haben die Zeitungen keine Möglichkeit, die Wahrheit ans Licht zu bringen. Die Personen, denen der Schuß der „Juden“ übertragen worden ist, haben nur den „Stimmen der Presse die Befreiung gegeben, die es übernommen haben, Menschenhaß und Menschenvernichtung zu predigen. Und diese haben noch nie so ausgiebig von ihrem Recht Gebrauch gemacht, als jetzt. Es vergeht kein Tag, an dem nicht etwas Neues, Sensation Erregendes, das gegen die „Juden“ gerichtet ist, erscheint. „Die Judenwähler haben die Stimmen für die Rabatten gekauft, und die erste Reichsbank gehört ganz und gar den Juden. Den wahren Russen und dem Vatergen Joren droht eine große Gefahr“. Ganze Haufen von Ausruhen und Profiteure, die zur schmerzlosen Vernichtung der Juden aufstehen, werden überall verbreitet. Vorige Woche verfolgte ein Kosaken plötzlich zwei jüdische junge Leute, die ganz friedlich auf der Straße gingen; er schoß mit dem Revolver auf sie. Als die Nachbarn Schüsse hörten, liefen sie zusammen und fragten den Kosaken, weshalb er auf Menschen schieße. „Das sind Juden, und es ist erlaubt, Juden zu töten“. Auf einer anderen Straße schrie einer von diesen „wahrhaften Russen“, das Messer in der Hand: „Her mit den Juden, ich schneide ihnen allem die Hälse ab. Ich werde dafür nicht bestraft! Auf allen Straßen, an allen Ecken hört man uns. Bald werden wir die Juden niedermeßeln!“ Und in einer solchen Atmosphäre leben tagaus tagein mehr als 150.000 Juden!

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Abstimmungen der Antisemiten im Reichstage haben in der Presse aller Schattierungen schon oft erpörender gewirkt. Die „Wirtschaftliche Ver-

einigung“, die Vertreter der Hauptparteien der Antisemiten, hat bei den Abstimmungen der letzten Tage wieder Beispiele gezeigt, die dieser ewig gespaltenen Fraktion eigentlich den Namen „Wirtschaftliche Veruneinigung“ eintragen müßten. Die Reichsfinanzreform, gewiß die bedeutendste Frage der verfassenden Session von außerordentlich wirtschaftlicher Natur, mag als Schulbeispiel gelten. Die Fraktion zählte am 19. Mai, dem Tage der Gesamtabstimmung über die Finanzreform 15 Mitglieder, davon haben 7 gefehlt, nämlich Schach, Raab, Bogt (Erfassheim), Stöder, Rittermaier, v. Damm und der kürzlich verstorbenen Graf Reventlow. Es fanden drei namentliche Abstimmungen statt und zwar über die Fahrkarten, die Erbschaftsteuer und die gesamte Finanzreform. Die antisemitische Abstimmung hierüber zeigt folgendes Bild:

	Fahrkarten- Steuer	Erbschafts- Steuer	Finanz- Reform
Liebermann von Sonnenberg	Nein	Ja	Ja
Dr. Warthardt	Nein	Ja	Ja
Haitmann	Nein	Ja	Ja
Schlauffer	Nein	Ja	Ja
Dr. Wolff	Nein	Ja	Stimmtehalt.
Bogt (Gall)	Nein	Ja	Stimmtehalt.
Brüll	Ja	Ja	Ja
Wachsmeyer	Nein	Nein	Nein

Eine buntere Meinungsunterarten in so eminent wichtigen Fragen hat es wohl selten in einer Session des Reichstages gegeben. Von derartigen politisch gestimmten Abgeordneten werden 8 deutsche Wahlkreise vertreten. — Die Angelegenheit hat aber auch eine sehr ernste Seite. Die Herren Reichstagsabgeordneten erhalten bekanntlich sehr Diäten, und zwar nicht etwa den nächsten Session ab, sondern schon für diese Session, pro Mann 2400 Mark. Es ist danach nicht nur eine Pflicht den Wählern gegenüber, bei wichtigen Abstimmungen im Reichstag zu sein, sondern heute eine doppelte Anstandsspflicht und Schlichtigkeit, während nun 2400 Mark Diäten einbehalten, nicht den Reichstag zu schwächen; obenrein bei bedeutenden namentlichen Abstimmungen, wie die sieben mit Namen benannten Antisemiten — oder sechs, wenn wir den schwer frant gemessenen Reventlow weglassen — es fertig gebracht haben. Bemunden muß man dann die Kühnheit, mit der beispiellos der gleichfalls durch Abwesenheit glänzende Abgeordnete für Schach, Schach, zu Ötern in Versammlungen, die er in seinem Wahlkreis abhielt, von seiner reichen Tätigkeit im Plenum zu berichten wußte.

Aus dem Reichstagswahlkreis Erfurt-Schleusingen wird uns geschrieben:

Wie bereits in Nr. 20 der „Mitteilungen“ berichtet wurde, rechnet man im hiesigen Wahlkreis wegen der Verhandlung der Wahl des national-liberalen Reichstagsabgeordneten Hagemann mit der Möglichkeit einer baldigen Ausrufung. Wie nunmehr Erfurter Blätter melden, wird Landesgerichtsrat Hagemann in das Reichstagsamt eintreten, wo er Dreyer für Amerman und Zogo werden soll. Damit hätte im Wahlkreis Erfurt-Schleusingen eine Nachwahl stattzufinden. Antisemiten, Konfessionisten und Angehörige des Bundes der Landwirte haben bereits einen Kandidaten in der Person des Ergänzungsprofessor Dr. Schuchland aus Halle aufgestellt. In einer Versammlung in Erfurt hat der Kandidat aus sein Programm entwickelt, dessen Extrakt, wie aus den hier wiedergegebenen Äußerungen ersichtlich, die konfessionelle Vererbung nach bekanntem antisemitischen Mutter bildet. Professor Schuchland versiegte sich u. a. zu folgenden Bemerkungen:

„Das deutsche Volk ist in zwei Konfessionen geteilt. Reden den beiden hauptsächlichsten Religionen gibt es noch die Jüdischen. Obwohl diese die Errichtung von den christlichen Religionen gar nicht angeht, sind sie es gerade, die die Presse beirühren und sie dazu bringen, aus die Parteien zu entzweien und zu zerlegen. In Konfessionsfragen sind die Katholische gewisser Zeilungen, in deren Redaktionen jüdische Männer hien, zurückzuziehen, da sie die Einrichtungen unserer christlichen Kirche gar nicht anerkennen. Auch sonst ist der jüdische Einfluss, der sich in der Presse, in der Literatur und Kunst breit macht, zu bekämpfen, wenn die Zukunft der deutschen Volkskraft gesund bleiben sollte.“

Also der Herr Braßhore streitet jüdischen Männern, insbesondere jüdischen Redakteuren das Recht, über Konfessionsfragen zu urteilen. Er begründet dieses seltsame und etwas naive Verlangen mit „zwingender Logik und Doppelkraft“ verblüffend einfach durch die Bemerkung: „weil sie die christliche Religion und die Einrichtungen der christlichen Kirche nichts angehen.“ Ganz abgesehen davon, daß die Konfessionen — wenn man den Spieß umkehrt — den Antisemiten höchst unangenehm werden könnten, — glaubt der Antisemit Sachstand etwa Toleranz zu prebigen, wenn er einen derartigen Kampfsruf gegen die Juden, oder wie er sich präzisieren ausdrückt, „gegen den semitischen Einfluß in Kunst, Presse und Literatur“ erschallen läßt? — Fürchtet er persönllich diesen Einfluß — oder meint er im Ernst, der Einfluss der deutschen Volkskraft zu sein? — Es muß wirklich schlimm um den Antisemitismus in Deutschland stehen, wenn seinen Anhängern für ihre maßlose und verheerende Agitation der Stoff so vällig ausgegangen ist, daß sie die Fabrikation des antisemitischen Laredrucks als noch nach dem Schema russischer Programmsprüche betreiben; anders kann man das Verlangen, die Juden auf allen geistigen Gebieten zu bekämpfen, nicht begründen. Die Juden aber — wider besseres Wissen — verblümt der Vergiftung der deutschen Volkskraft zu begünstigen, ist eine Persiflage, für die man nur in antisemitischen und konfessionellen Wählerversammlungen das „Wai“ nicht findet. Im übrigen ist es für die Reaktionskräfte und Weltanschauung des kaiserlichen Monarchismus charakteristisch, daß er sich aus dem eierernen Bestand unabweisbarer antisemitischer Verleumdungen einige Schlagworte angerechnet hat, die er allerdings so ungeschickt anwendet, daß die stark indurizierte Bevölkerung des kaiserlichen Wahlkreises ihm beizeiten die Waacke herunterreißen dürfte.

Vom Grafen Pückler. Der gräfliche Antisemit hat neulich in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung der Reichshauptstadt — zum wiesentlichen Male wohl? — den Krieg erklärt. Er ist überhaupt in ihrer Laune, nach Zeitungsberichten sagte er:

„Auf der „Sandbank“ Reichsfeindlichkeit, wo ich pro patria et gloria verheißene Mäure auszubringen habe, geküßt es mich so gewissig ganz gut, oder in Berlin ist es doch besser. Von der Sandbank aus habe ich ein Gefäß zum Begnadigung an den Kaiser geschickt, das jedoch abschlagen geschehen worden ist. Dies ist mir unwillkürlich, weil ich mir doch um den Kaiser und um den Kaiser große Verdienste erworben habe, doch um den Kaiser wegen der Note Alexander mit Villanten und Schwärtern auszuheben. Mit Gese recht aber ein eigentümlicher Wind. Bei einem Dinner im Schloß sehen drei Juden neben sechs Generälen. Zwei von den Juden, nämlich Graf und Friedländer, sind sogar in den Reichsland erhoben worden. Ich für meine Person dankte aber für solche Ehrendienste. Bald wird es nun auch einen jüdischen Reichskammer und einen jüdischen Finanzminister geben, vom Kaiser selber bezieht eine Einkünfte von 16 Millionen Mark. Dabei konnte man wohl ruhig zehn Millionen freilehen, dann müßte der Kaiser das unendliche Neuen unterlassen und auch zu Hause bleiben. Andere Einwärtsüberwinder, so der Präsident Kropfke, begießen dreideutiger weniger und haben dabei doch dieselben Repräsentationspflichten auszuüben. In der Reichsflagge ist ebenfalls ein großer Judenfreund. Meiner Meinung nach habe er pensioniert werden müssen, als er durch die Rede seinen Neben rufen Reichsland Reichsland ohnmächtig wurde. Ja würde dann Reichsland als Reichsland beschlagen und ihm als Dr. Durchlaucht fürst Kropfke von Reichsland lassen. Durch Gese liegt sich die Zusammenfassung überhaupt nicht

mehr läßt. Ich muß daher mal eine Dersicht an dem Mandat setzen auf dem Tempelhofe steht über meine letzten roten Karte abgeben. Nach die Penn- Gaus- und Rausatten- der über werde ich organisieren und dann ist der Sieg unser. Bei der Parade auf dem Tempelhofe werde meine Trossen aus Klein-Externe als Paradebande bloßen: Haben Sie nicht den kleinen Gohn geküßt?“

Da die „Eraberung“ von Berlin kein ganz leichtes Geschäft sein dürfte, so würden wir Pückler raten, sich nach einem Bundesgenossen umzusehen. Und da wählten wir keinen besseren als den Rabbinerjahn aus der Kungung von Polen zu empfehlen, der, wie Oberst von Deimling dieser Tage in der Reichstagskommission mittelte, an der Spitze von 800 Judentanten den deutschen Schutztruppen in Südwestafrika zu schaffen macht. Wir fürchten nur, daß die Hottentotten mit „den lieben Brüdern“ des Grafen Pückler nicht werden zusammen gehen wollen und sagen werden: Wir Wilden sind doch bessere Menschen. K braß an Marx aber, der Rabbinerjahn aus dem Posenischen, möchte vielleicht Anstand nehmen, Arm in Arm mit dem schlechtesten Grafen das Deutsche Reich in die Schranken zu farnen. Er dürfte ihm sagen: Du gehörst nach Reichsfeindlichkeit: . . . Du mußt nach Berlin. Lieber Hottentotten, als Rausatten- hauptling.

Die Agitationsmethode der Jüdischen Christlichsozialen bei der politischen Bearbeitung der einzelnen Wahlkreise ist der der französischen Antisemiten bis in die kleinsten Details nachgeahmt, insbesondere auch in der Anwesenheitsleistung und Auspielung der einzelnen Erwerbsfähigen gegen einander. Wir haben im vorigen Jahr in den „Mitteilungen“ aus der Reichstagswahlkampf in Eisenach charakteristische Proben mitgeteilt. Genau dieselben Erfahrungen magen die Liberalen jetzt mit der christlichsozialen Agitationsmethode in den Wahlkreisen Jagen und Altmühl, so für die verfahrenen freisinnigen Reichstagsabgeordneten Eugen Richter und Lemmann Nachwahlen stattgefunden haben. Der „Köln. Blg.“ wird hierüber geschrieben:

Sie (die christlichsoziale Partei) nützt sich in den Wahlkreisen ein, in denen sie gar keine Aussicht auf Erfolg hat, wo sie aber durch Abbrodclung liberaler Wahlstimmen diesen Parteien den sonst leicht zu erringenden Sieg erschweren oder gar in Frage stellen kann. Das Mittel, das die christlichsoziale Partei anwendet, um die Wähler zu gewinnen, ist so einfach wie in seinen Wirkungen verwerlich und verderblich. Sie ladet z. B. die kleinen Welter, die über die hohen Welpreise mitleidig sind, zu einer besonderen Versammlung ein, wottet hier gegen die Vermietler und verspricht das Blaue vom Himmel herunter, verläßt aber zugleich die anderen Parteien, von denen die Welter nichts zu erwarten hätten. Einige Wachen darauf werden die kleinen Handwerker zu einer Versammlung berufen, und hier wird dann das umgekehrte Spiel getrieben. Grabsche werden die Handlungsgesellschaften gelungen und dann die kleinen Handwerker und Verkäufer ins Reich gelad; alles unter dem schönen Namen der Mittelstands- politik. Diese die einzelnen Stände unermüdet miteinander verfeindende Politik wird nun unter dem Dramatiker der christlichen Liebe ausgeübt, und evangelische Geistliche, deren Autorität bei dem kleinen Mann nicht wenig ins Gewicht fällt, sind es, die die Fährung übernehmen haben. Diese Winterarbeit hat nun in den beiden wiesentlichen Provinzen Rheinland und Westfalen in sehr bedenklicher Weise eingesetzt und kann bei den nächsten Wahlen bedeutende Ueberzählungen bringen, wenn ihr nicht bei Zeiten die schärfste Aufmerksamkeit gewidmet und tatkräftig entgegengetreten wird.“

Die „Deutsche Wacht“ in Dresden, das langjährige Organ der sächsischen Reformpartei, erklärt jetzt,

daß die Nachricht, das Blatt werde mit dem 27. d. Mts. sein Erscheinen einstellen, nicht zutreffend sei. Tatsache ist jedoch, daß der Kontrakt angelehnt ist und daß das Blatt selbst vor einigen Wochen sein Erscheinen angefangen hat. Es scheinen sich im letzten Augenblick dennoch doch noch opferwillige Parteigenossen gefunden zu haben, die das nötige Geld für die Fortsetzung der Erfüllung des Blattes vorgeschossen haben.

Das Urteil gegen den antisemitischen heftigen Landtagsabgeordneten Köhler, der wegen seiner Angriffe gegen beamtete Personen in der mehrfach erwähnten Rindesmordaffaire zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Köhler hatte als Landtagsabgeordneter den Schuß des § 193 in Anspruch genommen. Das Gericht war aber der Ansicht, daß er zu den Interessen Dritter nicht in so konstantem Verhältnis gestanden habe, daß er sich für besetzt halten konnte, ihre Interessen zu wahren. Die Revision Köhlers behauptete, das Urteil sei nicht ausreichend begründet. Er habe geglaubt, als Abgeordneter und als Mensch berechtigt zu sein, derartige Vorgänge zu veröffentlichen. — Das Reichsgericht verwarf die Revision.

Agitationspraktiken des deutschen nationalen Landtagsgehilfen-Verbandes. Ein Buchhalter in Dagnau begab sich jüngst gegen $\frac{1}{2}$ 10 Uhr Abends in ein Herrenmodegeschäft daselbst und erkaufte den Geschäftsinhaber, ihm noch eine Krawatte zu verkaufen, da er dieselbe am nächsten Tage notwendig brauche. Obgleich der junge Mann ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurde, daß die Geschäftsfähigkeit verfallen sei, daß er doch wiederholt, ihn noch zu bedienen. Durch dieses Witten ließ sich der Kaufmann schließlich bereit finden, die Krawatten vorzugeben, und der Kauf wurde darauf abgeschlossen. Was geschah nun? Schwarzschild ging der junge Mann zum nächsten Polizeibeamten und zeigte den Kaufmann an, weil dieser nach Schluß der Geschäftsstunden ihm noch Waren verabsolgt hatte. Wie das „Dagnauer Stadtblatt“ erfährt, ist der Denunziant ein Vorstandsmitglied des deutschen nationalen Landtagsgehilfen-Verbandes. Der Denunzierte dagegen ist Jude. Eine seine Kampfesweise!

Vermischtes.

Jhden und das Judentum. Man versteht vielleicht nicht, was diese beiden Begriffe mit einander zu tun haben können, da Jhden weder persönlich noch diderotisch jemals das Gebiet der Judenfrage gestreift hat. Aber kein Ding steht so hoch, der antisemitische Eifer erreicht es doch. So war es denn auch der Berliner „Deutschen Zeitung“ vorbehalten, in ihrem Rudrauf auf Jhden u. a. die folgende Betrachtung anzustellen:

„Der Rorteger Jhden hielt seinen Einzug auf der deutschen Bühne. Wie er debütierte wurde, wie man ihn angriß, darf wohl als bekannt vorausgesetzt werden. Er paßte mit seiner nordgermanischen Eigenart eben nicht in den jüdisch-französischen Künzler. Als unbedenklicher Eindringling in die monopolistische Empel jüdisch-französischer „Kultur“ wurde er scharf zurückgewiesen. Nach dem heftigen Aktor aber steht er tumhoch über den Theatervögeln der heftiger Jahre.“

Dritter kann man die Wahrheit wirklich nicht auf den Kopf stellen. Bekanntlich war der einflussreiche Berliner Kritiker, der sich am schroffsten gegen Jhden wandte, Karl Frenzel, der damalige Theaterregiment der „Nationalzeitung“ und „Deutschen Rundschau“. Ebenso bekanntlich war der erste und aufschreiende Apostel Jhdens in Deutschland Otto Brahm, also ein Jude, schon zu einer Zeit, wo noch Mut dazu gehörte, für den großen nordischen Gesellschaftskritiker öffentlich einzutreten. Und ein jüdischer Verleger war es, der die Werke Jhdens schon damals, Mitte

der Achtzigerjahre, in musterghiltigen Uebersetzungen einfuhrte. Und der Verein „Freie Bühne“, der jünnst jüdische Begründer hatte (Brahm, Raupner, Theodor Wolff, Maginitian Harden usw.), war es, der durch die denkwürdige „Gefenhter“-Aufführung vom Herbst 1889 die ganze Jhdens-Kera der deutschen Bühne überhaupt erst einleitete. Jhden selbst hat diesen ausschlaggebenden Anteil Berlin an seinem Durchdringen wiederholt anerkannt.“ Aber welches Datum wäre bewiesen und feststehend genug, daß nicht ein antisemitischer Publizist es im geeigneten Moment zu unter schlagen wußte!

Max Bowers Ambitionen auf den Nobelpreis. Im Anfschluß an die Notiz in der letzten Nummer der „Mitteilungen“ sei noch kurz registriert, was der Wiener Schriftsteller Ferdinand Gregor in „Liter. Echo“ über den antisemitischen Barden schreibt:

„Die Werte laufen ihm sehr geschwind aus der Feder, und so eignet er sich vor andern zum Vratensänger. Sein dandemartiges Lied auf Norwegen dürfte aber sogar an den Stiftungsseifen deutscher Nordlandvereine nicht auszuweisen sein. Die deutsche April könnte keine schönere und verbienete Ehreung erfahren, als vor allen Nationen durch den Nobelpreis ausgezeichnet zu werden, weil sie vor allen Nationen herrlich daheißt, aber wir möchten dann den Kranz auf dessen Haupte sehen, der die Linie von Goethe über die Droske, Hebbel, Moerike und Keller fortsetzt. Max Bower tut das nicht.“

Kulturbedeutung der Juden im Urteil Karl Lamprechts. Karl Lamprecht, der geistreiche Historiker der Leipziger Universität, hat in diesen Tagen ein neues Buch unter dem Titel: „Ameritana“ erscheinen lassen. Es enthält „Reisenbeobachtungen und geschichtliche Gesamtansicht.“ Lamprecht kritisiert mit dem gesuchten Blick des Kulturbisitoriers Menschen und Zustände. Er weiß ins Derg zu sehen und die Impulse menschlichen Handelns aufzudecken. Höchst interessant schildert er einen Besuch im jüdischen Theater in der Grand Street zu New York. Er schreibt:

„Und nun ein letztes Bild. New-York, Grand Street, Jüdisches Theater. Man gibt der dicht gedrängten Publikum, das alle Ränge füllt, in Jüdisch-Deutsch ein Stück, das in Südrussland spielt, „Der Lieber stoff“. Ich frage mich, doch ich den mit betrübten Augen gedruckten Theatervoll sehen kann: die erste geistliche Annenbung früher erwerbender Armut. Das Stück beginnt: man spielt vorsichtig; der Inhalt ist ernst: schwere sittliche und religiöse Probleme. Und mit welcher heiligen Feierlichkeitsinnung lauscht das Publikum: alle ergreift das Gefühl, wann eines mit dem Typ nach vom Weib in Leipzig bekannt, nach jüdischer Physiognomie, deren Träger schwerlich gleich den Alten Galilien, Numminen, Kleinsruhland, die Ursprungsbereiche des Stern-Jakob Meitels, geben hat. Die Stimmung wird immer ernster, gespannter; einige junge Leute, die in nachdenklichen Momenten lachen, werden niedergedrückt, mühen ihre Köpfe verfallen, einer wird angepöbel. Und noch liegt in diesem Beifall noch dem ersten Akt? Nach dem letzten, nach Mitternacht — man hatte um 8 Uhr begonnen — weiß ich es: Ermüdung, Ermüdigkeit. Hier herrscht die Unmöglichkeit ständiger Fortzuziehen des Publikum, Schauspielern und Diktator. Hier ist Schauspiel noch Gottesdienst! In diesem äußerlich wenig anmutenden Raum, in einer Halle, die besser sein konnte, unter Leuten, ihr betten Millionen im europäischen Osten als deutsche Kulturträger, ist erst bei dieser Gelegenheit Abschied gewannen, ist mir klar geworden, was auch heilichste Schauspiel einst gewesen sein muß, solange es Gottesdienst war, und dieser Eindruck steht mir in mehr als einer Hinsicht ebenfalls neben so außerordentlich religiösen Eindrücken wie dem des Römer Doms oder dem der erhabenen Ruinen Pölmum.“

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungs-orte. Der in der vorigen Nummer veröffentlichte Liste sind folgende Verfügungen derg. Erklärungen nachzutragen:

*) Esch auch im Norden der einflussreiche Rindmeyer und Warkampier Jhdens, der bekannte Literatorkritiker, der Kritiker Georg Brandes, ein Jude war, sei nur beiläufig hier erwähnt.

Im Eughaven hat das Nordsee-Hotel seinen früheren antisemitischen Charakter aufgegeben. Der neue Besitzer, der vor einem Jahr das Hotel gekauft, hat, wie uns mitgeteilt wird, die Bezeichnung: „Jüdischer Besuch verboten“ sofort entfernen lassen. Dagegen wird uns mitgeteilt, daß der Eigentümer beyw. Wächter des Hotels „Kaiserhof“ und des Hotels „Seepavillon“ robuster Antisemit und Anhänger der deutschsozialen Partei ist.

Dem Hamburger antisemitischen „Deutschen Blatt“ wird mitgeteilt, daß Hotel und Pension Kellerei in Sielbad, Post Uelke, in der hollsteinischen Schweiz judenfrei gehalten wird.

Ueber Rißbüchel in Tirol, das schon seit vielen Jahren auf unserer Liste steht, wird der Wiener Allg. Ztg. neuerdings geschrieben: Wenn einer von der verachteten Nation gleichwohl Lust hätte, gerade nach Rißbüchel zu gehen, so braucht er sich durch den Beschluß des Fremdenverlegerevereins Rißbüchel nicht abschrecken zu lassen und wird mit Lustigkeit Obdach finden. Denn nur als Korporation sind die Rißbücheler antisemitisch, einzeln nehmen sie für ihre Wohnungen mit großem Vergnügen auch jüdisches Geld, wenn es nur recht viel ist. So haben sie den Vorteil, den Antisemiten wohl zu gefallen und dennoch nicht die Möglichkeit zu verlieren, das eilige Juden, die speziell auf Rißbüchel verfallen sind, in ihrem Orte ihre Sommerquartiere nehmen. Ein Geschäft ist der Antisemitismus immer, sogar auf den Bergen, wo die Freiheit wohnt.

Die Monatschrift „Im deutschen Reich“ verzeichnet ferner noch folgende Orte beyw. Hotels als antisemitisch: Bruchhausen (Schwarzwalde).

Ettingenweiler (Schwarzwalde).
Finkenbergen bei Fiedrichroda: Ruchaus „Felsenheim“. (Verwaltung verbannt Prospekt: „nur für christl. Familien“).

Freudenstadt i. Schwarzwalde (Pension Palmenswald).

Gundelbruch i. Unter-Elsas.

Harzburg: Villa Ludwigs.

Haffersode b. Wernigerode: Ruchaus der Frau Dr. Rubel.

Leba in Pommern.

Neuenahr: Villa Flora.

Ottlienberg: Pensionat am Frankenkloster.

Wildbad i. Schwarzwalde: Pension Neuh u. Walder.

Trautheim im Odenwald.

Schwarzach b. Schwarzbühl.

Schreiberhau im Riesengebirge: Ruchhaus „Maria Elisabeth“.

Bongrowitz. Wegen einer von sechs hiesigen Gemeinemitgliedern infolge der f. z. auch in den „Mitteil.“ erwähnten Vorgänge in einer polnischen Versammlung erlassenen öffentlichen Erklärung, hatte Probst Joch aus Schöffen Privatklage angeregt. Da der Probst öffentlich die Juden untreuer Geschäftsmannipulationen zur Ausnutzung der Polen beschuldigt hatte, haben es die Herren D. Freudenthal, J. Förder, L. Wober, J. Becker, M. Demin und S. Brodsky für ihre Pflicht gehalten, allgeweihten, unbewiesenen Verdächtigungen öffentlich entgegenzutreten und sind in der am 27. April hier stattgehabten Schöffengerichtsverhandlung freigesprochen worden. Bei Begründung des Urteils führte der Vorsitzende, Herr Amtsrichter Stubenrauch, aus: Es sei festgestellt, daß Pfarrer Joch eine Fehde gehalten habe. Das sei um so härter zu verurteilen, als Geisteskräfte berufen seien, Einigkeit und Vertrauenshaftigkeit zu fördern, Frieden und Versöhnung zu verkünden, statt einzelne Bevölkerungsklassen anzufeuern. Unverständlich sei auch die Empfindlichkeit des Privatklägers der Abwehreffklärung der Beklagten gegenüber; er habe ja an-

gefangen und sei in seinen Ausdrücken nicht weniger als zurückhaltend gewesen. Objektive liege zwar eine Beledigung des Klägers durch die Beklagten vor; da diese aber in der Zurückweisung eines gegen sie gerichteten Angriffs gehandelt hätten, sei aus Freisprechung zu erkennen und der Kläger in die Kosten zu verurteilen.

Die Wahlen in Frankreich. Bei den nunmehr abgeschlossenen Wahlen zur französischen Deputiertenkammer hat der Antisemitismus eine vollständige Niederlage erlitten. Im Jahre 1898, als die Dreyfusaffäre das ganze Land in höchster Aufregung hielt, hätte es fast scheinen können, als richtete sich die ganze Wahlkampagne ausschließlich gegen die Juden. Und dreißig Antisemiten waren damals auch gewählt worden, die sich manchmal so geberdeten, als hätten sie über das Schicksal der französischen Juden zu entscheiden. Das Blatt wandte sich gar bald. Aber noch 1902 stießen die Wählerfraktionen über von gegenseitigen Anlagen gegen die Juden. Dieses Mal dagegen war in den Wahlen antisemitische und sonstigen Wahlaufrufen, ja selbst in den Wahlreden kaum etwas von Antisemitismus zu merken. Die Judenfrage hatte in Dreyfus' „verurteiltem Frankreich“ tatsächlich aufgehört zu existieren. Die wählenden antisemitischen Abgeordneten sind nicht wiedergewählt worden. Unterlegen sind beispielsweise Germain Faure, Paulin Wéry, auch Gaston Wéry, einer der gütigsten Redakteure der „Libre Parole“, Beauregard, der Deputierte von Nancy Germain u. A. m. Vorbringen, wo der Antisemitismus sich besonders einseitig zu haben schien, hat in diesen Wahlen sich von ihm losgerissen und sich wieder an seine liberale Vergangenheit erinnert.

Gleichzeitig mit der antisemitischen Partei ist auch die nationalistische, die weiter nichts ist als eine Abart der antisemitischen, aufs Haupt geschlagen worden. Unterlegen sind namentlich ihre populären Führer wie Drouot, Gall, Warham, Auffray, Guyot de Villeneuve u. A. m.

Im Gegensatz zu diesen Niederlagen der antisemitischen und nationalistischen Parteien sind in die Kammer gewählt worden Männer, die dem Judentum große Dienste dadurch geleistet haben, daß sie in der Dreyfusaffäre ihr Möglichstes getan haben, um dem Recht und dem Unglücklichen, in dem man das Judentum treffen wollte, Dreyfus, zum Siege zu verhelfen. Gewählt sind worden: die beiden Reichen, Joffe und Theodor, Gaß, der intime Freund des Oberst Picquart, Hippolyte Larocq, Hector Depasse, der wackerer Redakteur der „Droits de l'Homme“, und vor allem der unerschrockene Vertreter der Labori.

Wir erwähnen noch, zur Charakterisierung der herrschenden Strömung, daß außer den beiden Reichen noch die beiden Juden Alois und Louis Dreyfus in die Kammer gewählt worden sind. Unterlegen ist der inzwischen im Alter von 83 Jahren gestorbene, um die astronomische Wissenschaft hochverdiente und wegen dieser seiner Verdienste in die Akademie der Wissenschaften berufene Raphael Blichowsky. Blichowsky war ein recht gläubiger Jude und als solcher stimmte er gegen das Zermengungsgesetz. Man nimmt an, daß diese Abstimmung die Ursache seiner Niederlage im Wahlkampf gewesen ist.

Jüdische Offiziere in Frankreich. Den Kriegsmilitären in Deutschland, namentlich dem preussischen, empfehlen wir zur Beachtung die Avancements folgender jüdischer Offiziere der französischen Armee: Oberstleutnant Kautzer in Briarçon ist zum Oberst, Generalmajor Bernad ist zum Oberstleutnant, Kapitän Gerst zum Bataillonschef ernannt und dem 69. Infanterieregiment überwiesen worden.

Dreyfus. Am 18. Juni werden vor dem Kassationshofe die Verhandlungen über den Revisionsprozeß Dreyfus beginnen und, wie man glaubt, 6 Tage in Anspruch nehmen.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sub an die Expedition,
Berlin W. 25,
Mogelburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Mari 6 Nr. 3075.

Alle Sendungen an die Expedition und Abonnenten sind zu richten nach Berlin W. 25, Mogelburgerstr. 14, nach alle anderen Briefe das Bureau des Verlags Hermann Felb, Druck- und Verlagsanstalt an den Hauptverlag, Herrn Geh. Rat Dr. H. H. H. Berlin W. 25, Mogelburgerstr. 14.

Zur Reichstagsersatzwahl in Hofgeismar-Minteln.

Sofort nach dem Tode des Grafen Reventlow hat jenseits dem einzelnen politischen Parteien des Wahlkreises ein förmliches Wettrennen in der Aufstellung der Kandidaten stattgefunden. Zuerst erschienen die National-Liberalen auf dem Plan, die ihren Kandidaten von 1903, den Hannoverischen Handelskammer-Syndikus Dr. Rodde, wiederum nominierten. Die bisher im Besitz des Mandats befindliche Partei, die deutschsozialen, erhob den Bürgermeister Herzog aus Obermünden auf den Schild, für den sich auch die Konfessionen erklärten und der sicher auch die Unterstützung des Bundes der Landwirte, der bisher offiziell noch keine Stellung genommen hat, erhalten wird. Den deutschsozialen folgte auf dem Fuße die Reformpartei mit der Aufstellung des Privatiers Helmerich aus Kassel; damit ist also der antisemitische „Bruderkampf“ in Hessen auch in dem Wahlkreis Hofgeismar-Minteln entbrannt; von Einzelheiten wird weiter unten noch die Rede sein.

Die vereinigten freisinnigen Parteien, freisinnige Volkspartei und freisinnige Vereinigung, stellen den Vorsitzenden des Berliner Walder-Bereins, Rechtsanwalt Kötzig auf, der sich im Falle der Wahl der freisinnigen Volkspartei anschließen würde. — Die Aufstellung einer sozialdemokratischen Kandidatur steht noch aus; wahrscheinlich wird auch das Zentrum einen eigenen Kandidaten nominieren, so daß sich alsdann 6 Kandidaten einander gegenüber stehen werden. Der Wahltermin ist auf den 20. Juli anberaumt. Zur Orientierung unserer Leser teilen wir in Nachstehendem das Wahlergebnis von 1903 mit. Es erhielten die vereinigten Antisemiten, Konfessionen und Wähler 6426, die Sozialdemokraten 3488, die National-Liberalen 2154, die frei. Volkspartei 748, das Zentrum 542 Stimmen. In der Stichwahl siegte der Antisemit über den Sozialdemokraten mit 9458 gegen 4030 Stimmen.

Die jetzige Nachwahl wird zweifellos in den Stimmen der reaktionären Parteien eine wesentliche Verschlebung ergeben, schon infolge der antisemitischen Doppelskandatur. Ferner ist infolge der bei Nachwahlen erfahrungsgemäß intensiveren Agitation der Parteien mit einer wesentlich stärkeren Wahlbeteiligung zu rechnen, die das letzte Mal nur 60 Prozent betrug. Gelingt es den Parteien der Linken, die Stimmigen in größerer Zahl an die Wahlurne zu bringen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Stichwahl eine gegen 1903 erheblich veränderte

Stimmengruppierung aufweist. Jedenfalls läge alsdann bei festem Zusammenhalten aller Parteien der Linken eine Verdrängung der Antisemiten aus dem Wahlkreis nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit.

Die konfessionelle und bündnerische Presse ist sich dieser Gefahr sehr wohl bewußt. Deswegen wird aus allen reaktionären Presslagern den antisemitischen Kampfzügen gut zugerechnet, daß sie die Streitart begraben und durch die Zersplitterung der antisemitischen Stimmen auf zwei Kandidaten den Wahlkreis nicht ernstlich gefährden sollen. Diese Bedenken werden aber ganz sicher keinen Erfolg haben. Bei der Reformpartei kommt jetzt der von langer Zeit aufgesehene Haß gegen die deutschsozialen, welche sich außerhalb in den Wahlkreisen der Reformpartei einzunisten suchten, zum elementaren Ausdruck. Die Nachwahl in Hofgeismar-Minteln kommt der Reformpartei sehr gelegen, um für die jahrelangen offenen und verdeckten Aufwinden seitens der Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg endlich die heiß ersehnte Wache nehmen zu können. Die „Heftige Wunschau“, das offizielle Organ der Reformpartei in Hessen, erklärt nämlich:

Die Gegensätze zwischen den deutschsozialen Antisemiten und der reformerischen Volkspartei haben sich seit Jahren so verschärft, daß von gemeinsamen Zielen nicht mehr die Rede sein kann. Für die Reformpartei ist dies ein großer Vorteil; die Verrechnung mit den Wählern, die nach dem Jauchis konfessioneller Abgeordneter konfessioneller als konfessionell sind, war nicht angenehm. Sie fürder der Wuch wird, desto besser wird er für die freisinnige Wählung sein, die in allen in Betracht kommenden Wählkreisen die Mehrheit der Vertrauensmänner und der Bevölkerung auf ihrer Seite hat.

An eine Zurückziehung der reformerischen Kandidatur, wie sie von der Presse des Bundes der Landwirte und konfessionellen Blättern der Reformpartei dringend aus Ditz gelegt wird, ist unter diesen Umständen natürlich nicht zu denken. Die deutschsozialen rechnen hierauf auch keineswegs, was schon aus der Schärfe der Polemik ihrer Pressorgane gegen die „Bruderpartei“ hervorgeht. Dagegen stehen die christlichsozialen gegen die Reformpartei ganz gehörig vom Leber. Das Ständische „Volk“ macht seinen Lesern in einem Lieberbild über die parteipolitische Situation des Wahlkreises den Unterschied zwischen Reformern und deutschsozialen an einem neuen Beispiel aus einer früheren Agitationsbewegung klar. Der Wahlkreis lerne jetzt in dem reformerischen Kandidaten wieder einmal einen Antisemiten „höflicherer Tonart“ kennen, wie 1890 der Abg. Ludwig Werner, der ebenfalls der Reformpartei angehört. „In und seinen zweiten Nachfolger in jenem Wahlkreis, sagt das „Volk“ hinzu, charakterisierte ein Bäuerlein so: „Herr Werner sagt: die verfluchte Schweine“

banke; Herr Bielefeld sagt: die Herren mit dem weißen Gewissen; sie meinen aber beide dasselbe!" Wir meinen, daß die Charakteristik für beide antisemitische Richtungen eine recht wenig schmeichelhafte, allerdings sehr zutreffende ist.

Herr Liebermann von Sonnenberg verwahrt sich im „Deutschen Blatt“ für die hanebüchene Angriffe der „Christlichen Rundschau“ durch eine boshafte Reminiszenz aus früheren Kämpfen um denselben Wahlkreis. Er läßt in seinem Organ feststellen, daß der im Jahre 1890 nur durch die tatkräftige Unterstützung des deutschsozialen Parteiführers gewählte Abg. Werner unmittelbar nach seiner Wahl die schriftliche Erklärung abgegeben hat, daß er als deutschsozialer Abgeordneter gewählt sei. Acht Wochen später hatte er jedoch, wie hinzugefügt wird, dieses schriftliche Versprechen vergessen und trat als Reformist zu der Partei Dr. Bödels über. Bei der Wahl im Jahre 1893 wiederholte sich dasselbe Schauspiel. Werner war sowohl in seinem alten Kreis, wie in dem Wahlkreise Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg, den er jetzt noch vertritt, in die Stichwahl gekommen.

„Lieber“, schreibt das Organ Liebermann v. Sonnenbergs, „wante er sich brieflich um Hilfe an die Deutschsozialen. Er bat, für ihn die Stichwahlplagiation im Kreise Kinteln zu besorgen und ihm die Geldmittel zu geben, die es ihm ermöglichten, seine ganze Kraft auf Hersfeld-Hünfeld-Rotenburg zu werfen. Dafür versprach er im Falle seiner Doppelwahl, das Mandat für den letztgenannten Kreis anzunehmen und Kinteln-Hofgeismar dem Deutschsozialen Dr. König-Witten abzutreten. Herr Werner erhielt das Geld und die Deutschsozialen brachten ihn durch ihre energische Arbeit gegen die vereinigten Konventionen und National-Liberalen durch. Dr. König wurde numerisch für die Nachwahl aufgestellt, aber Herrn Werner verließ wieder sein Gewissen und er wurde, wie er behauptet, von seiner Partei zu diesem Vertrauensbruch gezwungen. Der Abg. Böde schrieb nun aus der Reformpartei an den Abg. v. Liebermann und erklärte, Herr Werner sei garnicht berechtigt gewesen, ein derartiges Versprechen abzugeben und werde in Kinteln annehmen. Den Kreis Hersfeld-Hünfeld werde die Reformpartei mit einem anderen Kandidaten besetzen. Für etwa schon vorausgabte Wahlkosten wolle die Reformpartei aufkommen. Durch die energische Anknüpfung, aus diesem etwas unbedeutenden Anerbieten alle Konsequenzen zu ziehen, gelang es, die Reformpartei vor der Durchführung ihrer Absicht zu bewahren.“ — Das Liebermannsche Blatt schließt diese pikante Reminiszenz mit der sicheren Erwartung: „Der Wahlkreis war deutschsozialer Bestand und wird es bleiben. Nicht ein bisher in den weißen Kreisen unbekannter Mann aus Kassel — damit ist der reformerische Kandidat gemeint — wird der Nachfolger Reventlows werden, sondern sein Zeit Jahren treu ergebener Freund und Verehrer, Bürgermeister Herzog aus Obernkirchen.“

Aus der Presse der Reformpartei klingt es jedoch nicht weniger selbstbewußt. In einem früheren Artikel hatten die „Deutschsozialen Blätter“ es „wegen des Einbruchs nach außen“ beantragt, wenn die reformerische Kandidatur aufrecht erhalten bliebe. Darauf erwidert die „Deutsche Reform“, das Organ des Abg. Zimmermann, des Vorsitzenden der Reformpartei, sehr von oben herab. „Der Zeitpunkt zu diesem Bebauern „wegen des Einbruchs nach außen“ ist recht verspätet und schlecht gewählt. Das Bebauern war angebracht, als die Deutschsozialen in den Westland der Reformpartei, in die Kreise Marburg und Wiesbaden, einbrachen und damit anderweitige Folgen heraufbeschworen“.

Die Berliner Stadtmission.

Das „Protestantenblatt“, das Organ des deutschen Protestantenvereins, das von Emde-Bremen und R. Fischer-Berlin redigiert wird, beschäftigt sich in seiner letzten Nummer mit der Berliner Stadtmission, die im wesentlichen Stöcker'sche Gründung ist und infolgedessen auch nicht weiter als eine Dependence der christlichsozialen Partei geworden ist. Der Verfasser des Artikels kommt nach genauer Betrachtung der Verhältnisse zu dem Schluß, daß die Arbeit der Stadtmission unnützlich ist und daß die 150 000 Mark, die jährlich für sie aufgewendet werden, unnothwendig ausgegeben werden. Denn, heißt es da, „Städter ist Politiker, Stifter der christlichsozialen Partei. Wenn nun die Stadtmission nicht direkt politische Arbeit verrichtet, so ist sie doch aufs innigste mit der christlichsozialen Partei verknüpft, empfiehlt die christlichsozialen Organe, das „Reich“ und die neuerdings aufgekaufte antisemitische „Staatsbürgerzeitung“, sucht bei Gelegenheit der Seelsorge-Parteiläufer der christlichsozialen Partei zu werben. Es ist der Fluch der politischen Tendenzen, der auf der Arbeit der Stadtmission ruht. Daher der Haß der politisch anders gesinnten Kirchenschaft, die auch andere kirchliche Arbeit mit dem Argwohn politischer Nebenabsichten betrachtet. Schon dadurch erweilt sich die Stadtmission als kirchenzerstörende Macht und gibt den sozialdemokratischen Arbeitern den Trieb zur Agitation des Massenaustritts aus der Landeskirche, in der die Stöcker'sche politische Seelsorge gebildet wird. Die Berliner Stadtmission ist eine kirchenpolitische Partei! Es ist der Fluch der Unwahrscheinlichkeit, der auf der kirchenpolitischen Parteilässigkeit der Stadtmission ruht.“

Der Verfasser geht dann näher auf die kirchlichen Bedenken gegen die Stadtmission ein. „Es ist eine Gewissenspein, führt er aus, für die liberalen Theologen, eine Kirchenkollekte für die Berliner Stadtmission abstinieren und wohl gar empfehlen zu müssen. In dieser Kollekte ist eine innere Unwahrscheinlichkeit. Denn die eingehenden Liebesgaben dienen nicht der Liebe, sie werden verwandt von einer politischen und kirchenpolitischen Kampfsorganisation. — Die Geder, die in Unkenntnis über den politischen und kirchenpolitischen Charakter ihre Gaben darbringen, werden durch die kirchliche Abklüftung verleitet zu der Annahme, als ob sie für die Kirche und kirchliche Zwecke Opfer bringen.“

Die Betrachtungen resumieren sich in der Aufforderung: „Die Kirche sollte die Unterstützung der Stadtmission den politischen und kirchenpolitischen Parteien überlassen, deren Interessen in der Stadtmission Vertretung finden. Sie sollte nicht ein Unternehmen unterstützen, dessen innere Unmöglichkeit weiten Kreisen aufs genaueste bekannt ist, um dem Ruf nach Nahrung zu geben zum Ausreiß aus der Landeskirche.“

Auch die dieser Tage zusammengetretene Kreisynode Berlin-Stadt II beschäftigte sich auf Anregung der Liberalen mit dem Thema „Stadtmission“. Prediger Steiniger von der Nazarethgemeinde wandte sich in scharfen Worten gegen die Tätigkeit der Berliner Stadtmissionare, die in enger Verbindung mit der christlichsozialen Partei stehen. Der Hauptredner A. D. sei die treibende Kraft dabei. Die Stadtmission werde mit politischen Dingen verknüpft, sie vertriebe auch eine politische Zeitung, „Das Reich“, die sich jetzt mit einer antisemitischen Zeitung verbunden habe. Dadurch werde der Einbruch erweckt, als sei die Kirche und die christlichsoziale Partei identisch. Stöcker habe einen großen Fehler begangen, als er Politik und Religion vor einen Wagen gespannt habe. Der Redner wandte sich dann heftig gegen Stöcker und schlug vor, in Erwägung, daß die Zeitung der Berliner Stadtmission in enger Verbindung mit dem Vorstand der christlichsozialen Partei steht und aus anderen kirchlichen und kirchenpolitischen Gründen dem Werten der Stadtmission entgegenzutreten.

Von den Positionen antwortete Pastor Sirch (Golgatha), der sich insonderheit Stöckers Verleumdung angelegen sein ließ und ihn unter dem Beifall der Rechten als einen der bedeutendsten Männer, die Berlin je gehabt hat, hinstellte. Die Angriffe gegen die Stadtmission seien nur auf ihn gemünzt. Pastor Sirch schlug eine Sympathieerklärung für die angegriffenen Stadtmissionäre vor, die nach kurzer Debatte von der Mehrheit gutgeheißen wurde.

Ein solches Votum war bei der Zusammenkunft der Synode, in der die Freunde Stöckers die überwiegende Mehrheit bilden, zu erwarten.

Wiener Brief.

XIII.

(Das Ministerium Bed. — Die Geschichte des Antisemitismus in Österreich. — Die Deutsche Volkspartei. — Verfassung und Verord. — Der antisemitische Landes-Verständigenrat.)

Wien, den 10. Juni 1906.

Die Tage vergehen und sie gleichen sich nicht. Vor zwei Wochen noch hieß Österreichs Ministerpräsident Prinz Hofenlohe und der Himmel hing voller Segnen, die auf den Fortschritt gestimmt waren. Ein Mann mit weit ausgreifenden Plänen, ein Prinz, der nichts von Kynismus und Exaltation an sich hatte und mit seinem Denken und Fühlen in unserer Zeit lebte, führte das Staatsruhr. Heute aber werden die im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder von Baron Bed. regiert. Der neue Ministerpräsident ist des Thronfolgers Berater, gehört zu den eifrigen Kirchenbesuchern Wiens und hat eine hierikal-konservative Weltanschauung. Immerhin besitzt er großes Wissen und die geistigen Probleme unserer Tage sind ihm nicht fremd. Gleicher Couleur ist der gegenwärtige Minister des Innern Freiherr von Bienenfeld, der allerdings schon das Unterrichtsportfolio inne gehabt hat. Einen völlig neuen Zug erhält die Regierung Bed. durch zwei Antisemiten, die in ihrer Mitte liegen. Der Eisenbahnminister Dr. v. Dersgatta trat als Führer der antisemitischen Deutschen Volkspartei in das Kabinett ein und der deutsche Landammannminister Prade gehört derselben Gruppe an. Wie kommt es nun, daß die Regierung fast von der gesamten freisinnigen Presse Deutschlands verurteilt wurde und wie ist es zu verstehen, daß der antisemitische Einschlag des gegenwärtigen Ministeriums überhaupt keine Beachtung fand?

Die Erklärung dieses Rätsels kann nur durch einen kurzen Rückblick auf die Entstehungsgeschichte des parteipolitischen Antisemitismus in Österreich gegeben werden. Ich muß deshalb etwas weiter zurück greifen. Der Vormärz lastete auf der ganzen Bevölkerung schwer und da niemand Rechte und Freiheiten hatte, wurden die Rechtslosigkeit der Juden weniger hart empfunden. Die Revolution löste dann die Ketten, sie wachte die Untertanen in Staatsbürger um und auch die Juden konnten dem Schicksal entrinnen. Sie traten in das politische Leben ein und nahmen mit Eifer an dem Reorganisationswerk des Staates teil, wenngleich ihnen die vollständige Rechtsgleichheit bis zu den sechziger Jahren vorenthalten blieb. Aber bereits im Revolutionsjahre wurde von den radikalsten Elementen eine antisemitische Bewegung ins Leben gerufen. Als die Reaktion mit der Eroberung Wiens die Oberhand gewann, mußte neben Blum, Messenhauer und Bedek auch der philosophisch angehauchte Journalist Jellinek sein Leben lassen; wohl nicht zuletzt, weil er ein Jude war. Bauernfeind, in diesem Fall ein unparteiischer Zeuge, schreibt: „... Aber man brauchte einen Juden und hatte sonst gerade keinen zur Hand.“

Die Gegenrevolution unterdrückte alle Regungen, in der Konfessionsperiode erklärten alle Stände. Wegen Uebe-

der sechziger Jahre erwachte wieder neues Leben und die freisinnigen Kreise, die geschaffen wurden, fanden bei der ständigen Bevölkerung jubelnde Zustimmung. Das Bild änderte sich mit dem „großen Raab“ an der Wiener Börse. Wir sind heute in der Lage, die Ursachen und Triebkräfte der schweren Krise klar zu erkennen. Vor drei Jahrzehnten war man mit dem Urteil rasch fertig und es gab nur einen Schuldigen: die Juden. Die Verluste, die dem von der Spekulationswut ergriffenen Mittelstand erwuchsen, die wirtschaftliche Notlage, die infolge des raschen Ausblühens der Industrie in den kleingewerblichen Kreisen eintrat, erzeugten eine bunte Ungleichheit, einen Haß gegen die Juden und gegen ihr „Zusammenwerk“, die Gewerbefreiheit, die freilich vom einsichtsvollen Handelsminister Graf Troggenburg herkam und 1859, also zu einer Zeit da die Juden keinen Einfluß hatten, ins Leben gerufen worden war. Der Stolz des gewerblichen Mittelstandes bedeutete indessen politisch nicht viel, weil diese Schicht vom Wahlrecht ausgeschlossen erschien. Der Antisemitismus wurde aber auch einer anderen Klasse eingeimpft. Die Feudalherren fanden in den gebildeten, geistreichen, selbstgewandten Freiherrn von Vogelhang einen Erzieher, der sie für den Sozialismus und Judenhaß zu gewinnen suchte und ihr Organ, das Wiener „Waterland“ soonard befehligte. Raab den Hochartskorolen, die ihren Antisemitismus jedoch mehr gesellschaftlich als politisch ließen, kam das Intelligenzburgertum an die Reihe. Schönerer führte den Rassenantisemitismus in den deutschen Kreisen ein. Doch in dem Programmartikel seiner „Unverfälschten Deutschen Worte“ hieß es im Jahre 1883 noch: „Stellt sich einer oder der andere Jude freiwillig in unsere Reihen, nun, so mag er in Gottes Namen mitun.“ Das deutschnationale Programm selbst war früher von einem Komitee, in dem einige Juden saßen, ausgearbeitet worden; der „Antisemitismus“ wurde aber erst später aufgenommen. Schönerer hätte kaum nennenswerte politische Erfolge zu verzeichnen, seine Partei blieb lange unansehnlich.

Der Antisemitismus wurde erst zum politischen Faktor, als dem Kleinbürgertum durch die Heraushebung des Steuerzensus auf fünf Gulden der Weg ins Parlament freigelegt wurde. Das geschah in der Mitte der achtziger Jahre. Es treten nun — im deutschen Lager — zwei Richtungen des Antisemitismus hervor: die rein antisemitische Strömung in Wien und Niederösterreich und die national-antisemitische in den übrigen Kronländern und im Sudetengebiet. Auf der einen Seite stehen die Christsozialen. Sie machen die Juden für den ökonomischen Druck, der auf dem Mittelstand lastet, verantwortlich und nutzen so den Unerschrocken des kleinen Mannes, der vom goldenen Boden des Handels in früheren Zeiten hört und den Wandel nicht begreifen kann, aus. Weg mit den Juden und Verklärung des seit Mitte der achtziger Jahre wieder eingeführten Befähigungsnachweises! ist ihre Devise. Daß diese Schlagworte genügen, um einen mit der Zeit so enormen Erfolg zu erzielen, mag befremden. Doch man muß biß das sonderbare österreichische Wahlsystem und die nationalen und wirtschaftlichen Verhältnisse Niederösterreichs kennen, um alles zu verstehen.

Etwas verschieden waren die Zustände in den übrigen deutschen Gebieten. Innerhalb der privilegierten Städteurke, das heißt in den von fünf Gulden Steuer zahlenden städtischen Bürgern gebildeten Wahlkreisen, bildeten sich zwei Interessengruppen: der gewerbliche Mittelstand und die Intelligenz. Der erstere war antisemitisch gesinnt, der letztere empfand national und war entweder gemäßigt national (liberal) oder radikalnational (Schönerer Richtung.) Diese Zerlegung der Wählermasse ließ verschiedene Parteigruppen um die Siegespalme ringen, die von einer Hand in die andere fiel, bis endlich die Deutsche Volkspartei dauernd festen Fuß zu fassen vermochte. 1895 erschienen, hat sie es zum

Prinzip, die gewerblich-antifemischen und die intelligenten nationalen Kreise an sich zu fesseln, in dem sie den einen Antisemitismus und reaktionäre Gewerbetheorie, den anderen Freiheit und Nationalismus bietet. Ist so ein Unbding möglich, ist dieses mixtum compositum denkbar? wird man fragen.

Nun denn: die Deutsche Volkspartei ist heute die stärkste deutsche Gruppe. Die Führer dieser Volkspartei sind meistens Doktoren, Leute, denen der Antisemitismus eine willkommene Geschäftspraxis und nicht mehr ist. Sie schreiben für die „Judenliberalen“ Blätter, sie sind von „Judenliberalen“ Journalisten umgeben, ja sie — die sozialliberalen — sprechen zu einer Gefinnung zu erröthen wissen — verschmähen es gelegentlich gar nicht, da wo es zweckmäßig erscheint, um die Stimmen der Juden zu werben. Ich für meinen Geschmack — und ich muß wohl nicht fürchten, mißverstanden zu werden — ziehe den christlichsozialen Durchschnittspolitiker, der in seiner Beschränktheit wirklich so denkt wie er spricht, den feigen Abolanten der Deutschen Volkspartei vor, die dahinein gegen die Juden gehen und mit den Juden Geschäfte machen — man muß nur den unermüdlichen eist feinsinnigen „Trottel Wolff“ lesen — und die in Wien im parlamentarischen Gewerkschafts- und in den jüdischen Mittelstandkreisen und in den Couloirs die Welt- und Staatsmänner spielen.

Aus dem Gefagten geht hervor, daß im Ministerium Red wohl zwei Antisemiten sitzen, die aber nie antisemitische Akteure anstellen werden — solange sie eben Ministerfräule tragen und nicht Wahlseligkeit treiben müssen. Dies ist der Grund, weshalb die fortgeschrittene Presse mit Ruhe über die Minister Verfassungen und Fräule hinweg glanz. Uebrigens gehört der Regierung Red auch ein rechtsprechender liberaler Geist, der Abgeordnete Professor Marchat an, allerdings einer von den „Fortgeschrittenen, die nicht eilen“, wie einst ein österreichischer Dichter schrieb.

Die Christlichsozialen gingen bei der letzten Rademittelbildung leer aus. Sie hatten für den Posten eines Eisenbahnministers schon lange den Abgeordneten Dr. Pattai bereit gehalten, doch der Zufall wollte, daß einige Tage vor dem Regierungswechsel eine peinliche Ehrenbeleidigungslage die Wiener Geschworenen beschäftigte. Es handelte sich um die Zuhände bei einer „kleinen Diktation“, nämlich bei der Diktation der niederösterreichischen Landesbahnen, an deren Spitze Dr. Pattai steht. Wurde Herr Pattai auch ein geistliches Ehrenamt ausgestellt, so trat andererseits doch eine Mißwirtschaftsfrage, die ein Ruinament des „Landes-Eisenbahnministers“ zum österreichischen Minister nicht rechtfertigte. Dr. Pattais Träume sind also zertrümmert.

171.

Karl Schurz.

(Aus einem amerikanischen Briefe.)

Der vor kurzen geforderte Karl Schurz hat bewiesen, daß man gleichzeitig sein Geburtsland und sein Adoptiv- Vaterland lieben kann, daß man gleichzeitig ein sehr guter Amerikaner und nicht minder guter Deutscher und daß man beides sein kann und obendrein sehr warm und, so oft sich eine Gelegenheit bietet, für die verfolgten Juden eintreten kann. Karl Schurz, der einer der angesehensten Bürger der Vereinigten Staaten, amerikanischer General und Minister war, den ein Blinder empfangen und dessen Hinterbliebenen der deutsche Kaiser sein Beileid ausgedrückt hat, wird ja wohl nicht im Verdacht stehen, Judenfeindschaft gemessen zu sein. Aber er ist wie kein Mensch für ungerecht Leidende so auch jederzeit mit der ihm eigenen Wärme für die Juden eingetreten, die an ihm einen warmen und mächtigen Freund gehabt haben, und dessen Tod sie jetzt aufrichtig beklagen.

Wie sehr die amerikanischen Juden mit Karl Schurz und auf ihn rechneten, geht daraus hervor, daß sie ihn oft zu ihren öffentlichen Festlichkeiten und Freizeiten als Redner einluden.

Das geschah auch damals, als Edward Casser starb und die New Yorker in ihrer Mitte geforderten deutschen Volkstribunen Ehren erwiesen, wie sie dort noch nie einem Juden erwiesen worden waren. Da war es Schurz, der die Ansprache hielt, in welcher er ausführte:

„Es klingt wie eine Verleumdung der Menschheit, wenn wir den jenseits des Ozeans stehenden, daß die Jüdische dieser neuen Judenverfolgung, dieser unanständigen Verhöhnung der menschlichen Natur des neunzehnten Jahrhunderts, nachdem sie bereits viele (Katheten) gegen Lebensjahre verdorrt haben, jetzt noch, da er im Grunde ruht, zu schänden sich bemühen, nur weil er ein Jude war. Was uns Mitleid mit ihnen haben, denn sie haben keine rechte Vorstellung von ihrer Schmach und Schande; man kann wahrlich von ihnen sagen: sie wissen nicht, was sie tun. Aber mit uns zu größerem Stolz haben wir hier, amerikanischen und deutsche Bürger eines freien Landes, und auf unserer Seite steht jeder ehrenhafte Mann, der eines Mannes würdigen Wert schätzt, und in dem wir an seine Ehre, an seinen hohen Sinn und an den hochschätzenden Gehör des Verstorbenen denken, können wir ihm die Würdigung entgegen auch über das Grab hinaus.“

Der Antisemitismus war Schurz noch deswegen de- foudert verhasst, weil es den Edlen schmerzte, daß er in seinem Geburtslande entlassen ist. Er betrachtete ihn als die niedrige Kränkung der Menschennatur. Und dieser Ansicht gab er wiederholt den schärfsten Ausdruck. So sagte er bei der Einweihung des Montefiore-Homes in New York:

„Hier den Männern und Frauen, die dieses zu Stande gebracht haben, und die noch mehr zu Stande bringen werden. Sie machen der Gemeinde Ehre, die sie zu den übrigen abhilt; denn jede Gemeinde, wie hohe Ansprüche sie auch macht, wird sich geehrt fühlen durch Mitglieder, die so hohe Aufgaben von ihren Vätern der Menschheit gegenüber haben. Und wer sind diese Mitglieder? Es sind Juden. Dieses ist nicht ein einziger Mann, das die Juden von New York ihren Wohlthätigkeiten und ihrem Glauben erreicht haben. Es sind noch andere da, von denen einige dieses an Geldwert und Großartigkeit übersteigen. Aber feins der von ihnen und kein der von irgend einer anderen Klasse unserer Mitglieder errichtet übertrifft es, wenn kommt ihm auch nur gleich hinsichtlich der Schönheit der Empfindung und des Zwecks. Und für wen ist das getan? Wem wir die edlen Worte des Präsidenten der Gesellschaft, wie sie in dem Verleide des letzten Jahres zu finden sind: „Als Juden sind wir durch die Bedürfnisse gezwungen und werden wir von unserem Vandeke getrieben, Besorgnis zu treffen für die Bedürfnisse unseres Glaubens, aber das darf uns nicht dazu führen, irgend ein menschliches Wesen seines Glaubens wegen von der Wohlthat einer Institution auszuschließen, deren Zweck ist, Körperliche Not zu heilen.“

So ist denn dies getan zum Ruhm der menschlichen Würde — und das ist es recht im Sinne des Mannes, dessen Namen dieser Tag führen soll.“

Im weiteren Verlauf seiner Rede sagte Schurz: „Wenn die alte Welt uns ihre Abelschlösser und ihre Königspaläste zeigt, dann kann die amerikanische Republik, wie Cornelia einst auf ihre Kinder als ihre Juwelen hinwies, auf ihre Schulen, Hospitäler und Asyls, die durch die patriotische Generosität einfacher Bürger begründet worden sind, hinweisen und sagen: Das sind meine Abelschlösser und Paläste. Daß das amerikanische Volk zu solcher hohen Auszeichnung berechtigt ist, dazu haben die Juden soviel wie jede andere Klasse von Bürgern beigetragen, nein, ich kann hier wiederholen was ich an anderen Stellen gesagt habe: Die Juden haben im Verhältnis zu ihrer Anzahl weit mehr getan. Ich wiederhole dies um so lieber, als ich jüngst Gelegenheit gehabt, den Ursprung, den Charakter und die Ziele der sogenannten antisemitischen Bewegung zu beobachten. . . . Hier folgen einige Sätze, die mir schon in Nr. 20 der „Mitteilungen“ gegeben haben. Anmerkung der Redaktion.“

Angehört dieser Bewegung, fuhr Schurz fort, die seit einigen Jahren eilige Länder in Europa in Aufregung versetzt und ihre Schatten über den Ozean die zu uns geworfen hat, ist es für das menschliche Herz überaus

erfreulich, den Präsidenten des Montefiore-Homes sagen zu hören, daß, während dieses Heim bestimmt ist, die Kermessen Israels zu beherbergen, sein menschliches Wesen wegen seines Glaubens von seinem Schutze ausgelassen sein sollte. Er könnte die antisemitischen Schreier bei der Hand nehmen, ihnen die Hospitäler, Waisenhäuser, Armenschulen zeigen, die mit jüdischem Gelde gegründet, mit jüdischer Arbeit, jüdischem Gemeinnutz, jüdischer Wohlthätigkeit und Eingebung unterhalten werden und ihnen sagen: Wenn Sie einen Kranken, einen Greis, Kinder haben, die nirgendwo Hilfe finden können, hier ist Platz für sie, hier sollen sie willkommen sein.

Was könnte ein Antisemit daraus erwidern? Nein! Rein! Diese Bewegung kann nicht von Dauer sein. Sie muß in ihrer Scham erstickn. Die ebelmütigen Impulse der Menschennatur und der Justifikation unserer Zeit werden ihr ein schmachvolles Ende bereiten. Was dagegen von Dauer sein wird, das sind der wohlthätige Einfluß und die schöne Erinnerung solcher guten Werke, wie Ihr und die brüderliche Menschheit sie geschaffen."

Zu einer vom "American Hebrew" im Jahre 1890 veranstalteten Zusammenstellung von Meinungen über das Bourreau gegen die Juden hat auch Schurz einen Artikel geliefert, in welchem es u. a. heißt: "Eine lange Erfahrung und ausgebreitete Bekanntschaft mit Leuten der verschiedensten Rassen, Glaubensbekenntnisse und Stände haben mich gelehrt, daß in vielen Fällen diejenigen, welche am lautesten darauf bringen, die Menschen nach ihrer Religion oder Nationalität nach ihrem Charakter zu beurteilen, selbst nicht viel Charakter haben, auf den sie stolz sein können und darum einen anderen Maßstab für die Beurteilung vorgehen. Es gibt Menschen so ohne jede Selbstachtung, daß sie glauben, sie heißen sich selbst auf ein höheres Niveau stellen, wenn sie einer anderen Volksklasse das Stigma der Minderwertigkeit anheften, Menschen von so gemeiner Meinung, daß sie sich groß vornehmen, wenn sie Jemand haben, den sie mit Jüden treten können."

Man wird zugeben müssen, daß Schurz in diesen letzten Sätzen mit großer Menschenkenntnis in wenigen Strichen den Charakter einer ganzen, vielleicht der Hauptgruppen der deutschen Antisemiten gezeichnet hat. Und alles, was er, wie wir oben gesehen, gesagt hat, liefert den Beweis, daß er trotz seines langen Aufenthalts in Amerika unendlich viel deutlicher ist als die Deutbolde daheim, die in Wahrheit nur dem deutschen Namen im Auslande Ehrende bereiten.

Es ist begreiflich, daß die amerikanischen Juden und die amerikanischen jüdische Presse den erlittenen Verlust tief beklagen und dem Dahingegangenen die wärmsten Rücksicht widmen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr Krözell hatte im "Mittelstand" eine lebendige Einigung versucht auf die Feststellung des "Pyriker Kreisblattes", daß er bei der Mehrzahl der Abstimmungen im Reichstage über die einzelnen Teile der Reichsfinanzreform einfach geschwänzt, daß er seine Wähler also, die er in vielen Versammlungen über die Steuern abstimmen ließ, einfach zum Narren gehalten hat. Das Kreisblatt leuchtete Herrn Krözell aber in einem neuen Artikel, der insbesondere die Abstimmungen bei der dritten Lesung unter die kritische Lupe nimmt, gehörig heim. Man durfte zum mindesten doch annehmen, daß Herr Krözell in der dritten Lesung so gestimmt hätte, wie es die Teilnehmer von 12 öffentlichen Volksversammlungen, deren Protokoll der "Mittelstand" in jedem einzelnen Falle gewissenhaft registriert hatte, gewünscht bzw. beschlossen hatten.

Aber weit gefehlt, es wird gewiß allgemeines Erschauern und große Verwunderung hervorgerufen, wenn, schreibt das Kreisblatt, wir die Tatsache feststellen, daß der Abg. Krözell sich mit diesen seinen Abstimmungen direkt in Widerspruch gesetzt hat zu allen von ihm seit dem 18. Februar abgehaltenen Versammlungen.

Ueber die Versammlung in Ströhsdorf am 25. Februar berichtet Herr Krözell in Nr. 48 des "Mittelstand" vom 27. Februar:

"Interessant war es, daß sich die Ströhsdorfer einstimmig für die Steuer und die Einkommensteuer entschieden."

Das einstimmige Votum der Ströhsdorfer findet bei Herrn Krözell keine Beachtung, er stimmt im Reichstage gegen die Einkommensteuer.

Aus Jünger, wo die Versammlung am 4. März stattfand, berichtet Herr Krözell in Nr. 54 des "Mittelstand" vom 6. März:

"Nach der Sitzung waren wie die Ströhsdorfer einstimmig für die Einkommensteuer. Beim Tabak wünschte man die Zigaretten unter 10 Pf. freier, ebenso den Weinsteuern. Auch die Reichs- und Kreis- und Gemeindesteuern fand man billiger, jedoch würde dieselbe noch verschiedenen Beschränkungen unterworfen werden."

Herr Krözell kümmert sich auch nicht um das Votum der Bewohner von Jünger, er stimmt im Reichstage gegen die Einkommensteuer, gegen die Zigarettensteuer, wohl aber für den Zigarettenstempel, der den Mittelstand am schwersten trifft, und für die Erbschaftsteuer ohne Einschränkung, die besonders für die ländliche grundbesitzende Bevölkerung sehr hart ist.

So geht das weiter! Eine Versammlung nach der anderen erklärt sich für die Bier- und Zigarettensteuer und ist nur für den Zigarettenstempel und die Erbschaftsteuer mit harter Beschränkung. So kann Herr Krözell aus Brücking vom 25. März in Nr. 72 des "Mittelstand" berichten:

"Die Mitglieder und ihre Gäste — nach dem Berichte des Herrn Krözell war auch Witten, Weisfeld, Gossin, Brühlmann und Morin, die ihren alten Pöcker wieder einmal predigen wollten, weil der "Mittelstand" so richtig sprach, betreten — nahmen zu den Steuern im wesentlichen dieselbe Stellung ein, wie die Vertreter, Mühlbauer, Jünger, Ströhsdorfer und Wölkner."

Ebenso kann Herr Krözell aus dem von Raumersee am 29. April in Marzen, wo die Versammlung am 22. bezw. 29. April stattfand, in Nr. 100 des "Mittelstand" vom 1. Mai schreiben:

"Bei den Abstimmungen entschieden sich die Wähler beider Ortsteile im wesentlichen so wie die Wähler der vorausgegangenen Versammlungen."

Selbst die beiden Städte Pyritz und Stargard sind, wie Herr Krözell mit besonderer Genugthuung verzeichnet, mit den ländlichen Wählern in den Steuerfragen einig. So, entschieden sich in Pyritz am 2. April die Versammelten für Bier-, Automobil-, Wehr- und Zugsgefeßsteuer im vollen Umfange, für Reichs- und Kreis- und Gemeindesteuern mit Einschränkung, und auch in Stargard am 10. April, entschied sich die Mehrheit schließlich so, wie die ländliche Bevölkerung in den Versammlungen das bisher getan hat."

Also überall erfreuliche Uebereinstimmung und Einigkeit bei den Abstimmungen über die Steuerfragen, nur Herr Krözell wird pöcklich vom 6. Mai — an diesem Tage fand die letzte Versammlung in Eichelsgraben statt — bis zum 18. und 19. Mai, der dritten Beratung der Reichsfinanzreform, anderen Sinnes, und so kümmert er sich schließlich gar nicht mehr um die 12 Versammlungen und stimmt gegen den Wunsch aller 12 Versammlungen mit "Nein" bei der Bier- und Zigarettensteuer, mit "Ja" bei dem Zigarettenstempel und der Erbschaftsteuer ohne Einschränkung! Unter solchen Umständen hat der Abg. Krözell noch die antisemitische Seite in Nr. 125 vom 31. Mai von sich zu schreiben:

"Er (Krözell) hat dabei (bei den Abstimmungen in dritter Lesung) die Erwägungen, welche er in den Versammlungen vorher mit seinen Wählern getroffen hatte, mit Einigkeit aller Kraft (??) innegehalten."

Entweder hat nun Herr Krözell ein kurzes Gedächtnis, oder er hält seine Anhänger für eine „Clique“, in der er allein der Herr ist und alle anderen seine ergebenen, blind gehorchenden Diener, die ihm nichts vorschreiben und nichts zu befehlen haben und deren Wünsche er zwar anhört, weil das zur Erhaltung seines Nimbus beitragen soll, die ihm aber im übrigen vollständig — gleichgültig sind!

Ist es schon allgemein angefallen und entschieden verurteilt worden, daß der Abg. Krözell bei der zweiten Beratung der Reichsfinanzreform außer der Erbschaftsteuer unentschuldigst gefehlt hat, so wird dieses Verhalten des Herrn Krözell bei der dritten Beratung der Steuerergänze geradezu rätselhaft. Weiß denn Herr Krözell am 18. Mai nicht mehr, daß er am 27. Februar feierlich in seinem „Mittelhand“ verkündet hat: „Herr Krözell wird abstimmen lassen und darnach dem Wunsche der Mehrzahl seiner Wähler gemäß seine Stellungnahme zu den einzelnen Steuern umgrenzen und begründen.“ Durch die Handlungsweise des Herrn Krözell wird dieser Satz zur reinen Ironie, werden die Versammlungen und Abstimmungen zur vollkommenen Komödie, zur reinen Poesie, und es dürfte wohl noch niemals einen Abgeordneten im ganzen deutschen Reich seit dem Verlassen des Reichstages gegeben haben, der in solcher Weise direkt dem Wunsche der Mehrzahl seiner Wähler zuwider bei wichtigen Abstimmungen im Reichstage gehandelt hat!

Die **Kasseler Antisemiten** sind des trocknen Tons nun satt, sie wollen energig vorgehen und zwar mit Benutzung der Sozialdemokraten als Bundesgenossen; ob diese für ein Tischtuchmehl mit den Antisemiten zu haben sein werden, erscheint allerdings mehr als zweifelhaft. Die „Essigsäure Rundschau“, das offizielle Organ der Reformpartei in Hessen, rief nämlich an die Sozialdemokratie die verschämte Aufforderung, mit den Antisemiten bei den Stadtverordnetenwahlen gemeinsame Sache zu machen: „Wenn auch zunächst ein völliger Umkehrpunkt infolge des stehenden der Wahlsystems, wie Bismarck das Dreiklassensystem kennzeichnete, nicht möglich sein wird, so muß, schreibt das Blatt, der tiefgestankte und zu Boden getretene Mittelstand alles daran setzen, die Mandate der dritten Klasse zu erobern und vielleicht vorerst aus taktischen Rücksichten mit den Genossen teilen.“

Bei der „Zersung“ soll es aber nicht sein Bewenden haben, sondern die antisemitisch-sozialistische Exzente soll auch noch einem höheren Ziel dienlich gemacht werden, nämlich dem, gemeinsame Rabauken hervorzubringen. Zu diesem Zweck wäre es nötig, „eine möglichst große Anzahl unzufriedener und erbitterter Hauswerkmänner in die Stadtverordnetenversammlung hineinzubringen“, die alsdann folgendermaßen vorgehen sollen: „In der Stadtverordnetenversammlung müssen wir mit gegen Genossen, vielleicht im Verein mit einigen Rechtsparteilern, bei jedweder Gelegenheit, wo berechtigte Interessen mit Füssen getreten werden, tumultuarische Äußerungen hervorzurufen werden, um Mandate der „Allgemeinlichen“ fällig zu machen.“

Willkürlich verschreiben sich die Kasseler Antisemiten zu diesem Zweck den Grafen Büdler aus Klein-Tschirne, der ja in der Injanzierung von Rabauken eine ganz besondere Virtuosität entwickelt.

Welschantisemitismus. Das Bruchstück Welschblättchen, das durchwegs in Stenoballettformen mack, die mit dem Namen des Blättchens meist durchaus nichts zu tun haben, entziffert sich über ein Spinnwebmanöver eines kleinen Welschbruders, der eine sensationell gefärbte Tagesnachricht erotischen Charakters zu einer kleinen Proschüre erweiterte und für 20 Pfennige pro Stück in der Friedrichstadt verschleifen ließ. Bezeichnenderweise haben die Herren

von der „Wahrheit“ gegen die Art des Geschäfts nicht das geringste eingewendet, ist doch ihr Blättchen auch nur ein Rechtschulhaus ständischer Affären, die im Laufe der Woche bereits in anderen Zeitungen niedergelegt waren. Ein bißchen Zerstör und ein neuer Titel schaffen Wunderdinge. Klein, gegen dieses Gebahren an sich haben die Herren nicht das Mindeste vorzubringen, wohl aber bagegen, daß ihr Wachmacher die Dreifaltigkeit hatte, sein Produkt noch einmal so hoch einzuschätzen, wie die „Wahrheit“, und mit 20 Pfennigen zu bewerten. Darum heißt es auch wörtlich in der „Wahrheit“: „Da man die Rühmlichkeit befehl, 20 Pf. dafür zu verlangen, sein Herausgeber und Drucker des Nachweises hiermit der Öffentlichkeit preisgegeben.“ — Also nur darum werden die armen Schuldner, der Drucker und der Herausgeber, der „Öffentlichkeit der Wahrheitseifer“ preisgegeben.

Der **Redakteur der antisemitischen „Halleischen Reform“, Schröder**, der wegen Verleumdung des Ehegerichts der „Saale-Zg.“, Otto Sonne, angeklagt war, führte vorige Woche vor dem Halleischen Landgericht eine höchst merkwürdige Verteidigung.

Schröder hatte in seinem Welschblättchen unter der Spitzmarke „Eine freizügige Sonnenbetrachtung“ zwei Artikel veröffentlicht, in denen er sagte: Herr Sonne protegiere als Kunstkritiker solche Sängerinnen, die sich ihm gegenüber „gefällig“ erwieisen. Anspielungen dichterlicher Art rierten die schamlose Leistung. Eine bekannte Opernsängerin, die ebenfalls angeklagt worden war, tröstete sich damit, daß die Verunglimpfungen in einem antisemitischen Schmäh- und Revolverblatt, das kein anständiger Mensch lese, gestanden hätten. Der Antisemitenredakteur verlor die Nummern pro Stück mit 50 und 60 Pfennig. Als man ihn aber wegen Verleumdung an den Klagen ging, verriet er erstens dem Verfasser der Artikel in der Person des Kunstkritikers Martin Frey und dann behauptete er, er habe „keine Idee“ gehabt, wer mit den Artikeln getroffen werden sollte. Als Frey ihm die Artikel gebracht und Beklagter gesagt habe, auf wen sie gemünzt wären, habe Frey entgegnet: „Wissen Sie, das ist nur etwas für Kenner!“ Ungläubig als Redakteur habe er, nachdem man ihm die Fremdwörter klar gemacht, die Artikel ohne Bedenken veröffentlicht. Gegei Frey schwebt ein besonderes Verfahren und der „gläubig“ Antisemitenredakteur wurde mit 500 Mk. bestraft.

Aus dem Reichstagswahlkreis Eisenach wird uns geschrieben: Sieben Monate hat bereits seit der Reichstagswahlverfassung verfließen und noch immer befähigten sich die Gerichte mit den Vorgängen, die seiner Zeit in den „Mitteilungen“ satzhaft charakterisiert wurden. 21 Angeklagte hatten sich vor der Strafkammer des Eisenacher Landgerichts zu verantworten, weil sie bei dem durch den überflüssigen Wahlsieg des Antisemiten Schad zu Stande gekommenen Aufruhr ihrer Erregung über das Wahlergebnis mehr oder minder lauten Ausruf gaben. 14 Angeklagte wurden zu 2 Wochen bis zu einem Monat Gefängnis, 3 Angeklagte zu 15—30 Mk. Geldstrafe verurteilt. 4 Angeklagte wurden freigesprochen. — Am 20. Juni wird sich der sozialdemokratische Reichstagskandidat Weber gegen die Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins in Eisenach Runkel wegen Verleumdung antisemitischer Agitatoren in einer Wahlversammlung im November 1905 hier vor Gericht zu verantworten haben. — Offenbar haben diese vielen Gerichtsvorgänge, die ja ständige Begleiterscheinungen antisemitischer Wahlkämpfe sind, aufklärend über das wahre Wesen der Antisemiten und ihrer Wahlmache auf die Wahlschlicht des Kreises gewirkt, jedoch bei künftigen Wahlen jeder taktische Fehler vermieden wird, der dem Gegner eine Handhabe für seine Machinationen bieten kann.

Welche Formen übrigens der Antisemitismus in der Wartburgstadt annimmt, zeigt ein Vorkommnis, das jüngst die Synagogengemeinde Sittenmaß kostspieliger konnte. In der Synagoge war, offenbar mit Willen, ein wertvolles Fenster durch Steinwürfe total zertrümmert worden. Das sind die Früchte antisemitischer Hetzen.

Graf Pädler macht jetzt böse Zeiten durch. Zwar vom Rabbinerlogn aus dem Jochsinn konnte er nicht abgewiesen werden, weil der Hottentottenführer nur in der Fantasie des Oberst v. Deimling Sohn eines Rabbiners ist. Dagegen ist Graf Pädler von seinen „lieben roten Kerlen“ übel genug behandelt worden, beinahe so als wäre er der „rote Manasse“ in Person. Nicht genug damit, daß die „lieben roten Brüder“ neulich in einer Pädlerversammlung die Bruderschaft des edlen Grafen zurückwiesen und sich verboten, von ihm als „liebe rote Kerle“ angeredet zu werden, sie prügeln ihn auch weiblich durch, maßschüsslich damit er eine Vorstellung von den Freuden habe, die er dem „roten Manasse“ zugebacht hat.

Vermischtes.

Wilhelm Steinhauer, der ehemalige Reichstagsabgeordnete und Führer der liberalen Bauernbewegung namentlich in seiner Pommeraner Heimat, ist im 64. Lebensjahre gestorben. Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus, dessen Vorstand der Selbsteingegangene angehört hat, verkündet in ihm einen seiner eifrigsten Freunde. Er wird das Andenken Steinhauers in Ehren halten.

Eine „nationale“ Preisaufgabe. Verschiedene antisemitische Blätter brachten in letzter Zeit ein Preisanschreiben eines hiesigen Verlages ab, wonach ein „Ehrenlohn“ von 1000 Mk. für die Lösung einer „nationalen Aufgabe“ ausgesetzt wird. Aus den näheren Erläuterungen zu diesem Preisanschreiben erhellt man, daß es sich darum handelt, „ein neubeutendes Lebensprogramm mit positiven Zielen zu schaffen.“ Der Aufruf ist von etwa 10 Herren unterschrieben, die mit ihrem antisemitischen Zentronium gern prunken. Die Sache hat ganz den Anschein, als ob dieselbe Gruppe darauf ausgeht, zu den vielen antisemitischen Parteilichen noch ein neues hinzuzufügen, daß es ihr aber noch an einem „Lebensprogramm“ fehlt, das sie auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu erlangen hofft. Bedauerlich ist nur, meint eine Schriftsteller-Zeitschrift, die dieses Preisanschreiben ihren Lesern mitteilt, daß nicht das geringste darüber verlaute, wer eigentlich die 1000 Mk. hergeben und zur Auszahlung bringen wird.

Nebenbei — oder sollte das der Hauptzweck sein — wird die Messelmetrommel für den „Hammer“ gerührt, in dem der Grundton des neuen Programms gegeben sein soll und der daher in verschiedenen Jahrgängen zu einem ermäßigten Preise den Bewerbern empfohlen wird. Sogar der Inhalt des Jahrganges 1906, der erst zu einem Viertel vorliegt, soll in Betracht gezogen werden. Also, wer sich beteiligen will, muß zunächst einmal vier Jahrgänge „Hammer“ zu ermäßigten Preisen sich nachlesen lassen, dann schleunigst auf den laufenden Jahrgang abonnieren und dann noch sieben Monate warten, ehe er damit beginnen kann, den in Hammerheften organisierten Grundton weiter klingen zu lassen. Eine riesante Geschichte! Wer garantiert dafür, daß dann das Preisanschreiben noch in Kraft steht?

Aus Rastenburg berichtet die „Westsee Post“: „Das Turntränken an der Rastenburg königlichen Herzog-Albrechtsschule hat einem jüdischen Schüler, der sich seit 1½ Jahren in der Jugendriege des vor zwei Jahren gegründeten Turntränkens befindet, die Aufnahme als Mit-

glied in das Tränken verweigert, und zwar mit der Begründung, daß jüdische Schüler nicht aufgenommen werden. Ob dies im Sinne des Begründers des Turntränkens, des verstorbenen Gymnasialdirektors v. Kobellack gehandelt ist, dessen Ziel war, allen Schülern des Gymnasiums Gelegenheit zu geben, durch gymnastische Übungen ihren Körper zu stärken und sie dadurch zu tüchtigen Männern ihres Vaterland zu erziehen, wollen wir sehr bezweifeln.“

Wir nehmen an, daß das Bekanntwerden des Falles genügt, um die Schulbehörde, falls die Tatsache auf Wahrheit beruht, zu einer schmerzlichen Korrektur zu veranlassen. Bezüglich und als Symptom bemerken wir, daß der Vorkommnis an einem königlichen Gymnasium unter allen Umständen.

Eine wahre Schülerin Pestalozzi. In der „Freien Lehrerstimme“, einem in Österreich erscheinenden pädagogischen Organ lesen wir:

„Hofa Goldschammer wurde vor kurzem in Wien begraben. Trotz ihrer 25-jährigen Dienzeit ist sie als Lehrerin 2. Klasse (als Unterlehrerin) gestorben. Freilich wirkte sie während der 25 Jahre als echte Jüngerin Pestalozzi, erfüllt von seinem Geiste und seiner Menschenliebe, wie keine zweite Lehrerin Wiens. Da woher das liberale noch das christlichsoziale Wien in entsprechender Weise für die schwachkönnigen Kinder forgt, führte sie ohne Entlohnung neben ihrer offiziellen Klasse noch eine von ihr errichtete Schwachkönnigenklasse. Schon als provisorische Unterlehrerin hatte sie sich diese schwere Last auferlegt und doch wurde sie erst 10 Jahre nach Erlangung der Lehrbefähigung definitiv angestellt und weitere 10 Jahre blieb ihr die Vorrichtung verschlossen, weil sie — Jüdin war. Kein Schulkollegium verteilte sich je in ihre Schule, kamme sie doch aus armer Familie und besaß keinen anderen Adel, als den der Seele. Das Respektum hatte sie sich durch privates Studium erwerben müssen. Erst im vorigen Jahre gelang es ihr, das Schicksal der von ihr errichteten Schwachkönnigenklasse herbeizuführen, indem sie im Verein mit ihrer Schwester einen Verein „Providentia“ zu diesem Zwecke gründete. Auch ihr Tod erliefte einen Nektar gegen ungerechte Einwirkung. Die Wiener Schulpflege wird durch die Begräbnung, welche diese edle Lehrerin gefunden hat, groß belohnt. Wer in Wien kann sich messen mit dieser Vertreterin eines nimmermüden Idealismus, mit dieser pflichttreuen, fleißigen und doch so bescheidenen Lehrerin! Und doch äußerte sich ihr so stolzer Inspektor, als man ihn nachlegte, sie zur Lehrerin der 1. Klasse vorrücken zu lassen: Ja, muß sie doch erst inspirieren! In dem offiziellen Wien, das Besinnungslumpen und Krebspädagogien mit Ehren und Reuten überschüttet, konnte Hofa Goldschammer es freilich nicht mehr bringen. Aber ein Duftmal im Herzen aller, die sie kannten, hat sich diese „Unterlehrerin“ erworben.“

o. Jüdisch-Religiöse Erziehungs-Anstalt Ahlem. Der Bericht der Anstalt gibt ein Bild ihrer Entwicklung im Jahre 1905, erwähnt u. a. die Vollendung des Neubaus an das Rastenburg, was namentlich die Unterbringung von 100 Jünglingen ermöglicht, verbreitet sich über die Gärtnererei — und sonstigen dafestig ausgeübten gewerblichen Betriebe, insbesondere die Bäckerei und Schuhmacherei und ist in der Lage, auf eine hervorragende Auszeichnung auf der letzten Nordwestdeutschen Obstbau-Ausstellung hinweisen zu können. Die allenthalben anerkannte große Bedeutung der Jüdisch-Religiösen Erziehungs-Anstalt in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht wird noch erhöht durch die erfreuliche Entwicklung des Wäbchenhauses, das, nebenbei erwähnt, den gemeinsamen Unterricht von Knaben und Mädchen unter 14 Jahren eingeführt hat. Der Handfertigkeits- und Gartenbau-Unterricht der Schüler hat befriedigende Erfolge gezeitigt. In der Lehrlingsabteilung (wie wollen

nur dies hervorheben) fanden bislang 126 junge Leute ihre Ausbildung, zwei als Tischler, einer zum Bäcker, alle übrigen zu Gärtner. Das mag — wenn auch nur ein kleiner Prozentsatz — den Beruf wechseln, zeigt, wie u. a. noch gewisse Einflüsse und Vorurteile, insbesondere von Seiten der Angehörigen, sich nachteilig geltend machen.

Der Bericht über die Finanzen der Anstalt ist insofern recht günstig, als sowohl die Jahresbeiträge als auch die Spenden eine beachtenswerte Zunahme aufweisen. Trotz dem erscheint es notwendig, daß noch immer weitere Kreise sich die Unterstützung der Anstalt angelegen sein lassen, die wohl geeignet ist, die regelmäßig von antijüdischer Seite wiederkehrende Bekämpfung zu widerlegen, daß die Juden sich nicht zu körperlicher Arbeit eignen.

Die Anstalt bildet einen beweiskräftigen Protest gegen gewisse antijüdische Anschauungen und zu gleicher Zeit in gewissem Sinne einen nicht zu unterschätzenden Faktor zu ihrer Bekämpfung.

Ein Brief des Grafen Heinrich Coudenhove.

Herr Louis Kamm Berlin fand im vorigen Jahre im Begriffe, die selten gewordene, im Buchhandel überhaupt vergriffene Schrift des Prof. H. J. M. Schreider: „Die Bedeutung der Juden für die Erhaltung und Wiederbelebung der Wissenschaften im Mittelalter“ aufs Neue herauszugeben und ließ auch dem Grafen Coudenhove, der damals im Wehrmahl im Schwarzwald weilte, ein Exemplar dieses Schriftchens mit der Bitte zugehen, ihm seine Meinung darüber mitzuteilen. Ohne Verzug erhielt er folgende Antwort:

Wehrmahl, Post Tobimas, St. Baden, den 8. Mai 1905.

Sehr geehrter Herr! Die mir gütlich eingehende Broschüre „Die Bedeutung der Juden für die Erhaltung und Wiederbelebung der Wissenschaften im Mittelalter“ von Staatsrat Prof. Dr. H. J. M. Schreider las ich erhalten und mit dem größten Interesse gelesen. Der Verfasser hat in dieser gedrängten Broschüre dem Judentum ein vollendetes Denkmal gesetzt. Es wäre zu wünschen, daß diese Schrift sowohl in christlichen, als auch in jüdischen Kreisen die größtmögliche Verbreitung fände; dies muß so sehr in einer Zeit, in welcher die auf dem Boden der Ignoranz (Wissenschaftsblindheit), des Mißtrauens, des Fanatismus entprossene Blase des Antisemitismus so gütliche Früchte trägt.

Der historische Antisemitismus wäre wohl bald genug, wenn wichtigsten die Denkmäler unter den Christen sich den Jüden der Fortschritt Schreitens zu Grunde führen wollten, weil sie daraus erkennen würden, wie ungeheuer viel die Kultur, die Moral und die Wissenschaft dem Judentum verdanken, weil sie sich dann eine Fortleitung machen würden, indem unsere heutige Zivilisation gelaufen wäre, wenn in den Jahrhunderten der Unwissenheit Judentum das Banner der Wissenschaft nicht hochgehalten hätte. Judentum, dies menschliche und interessante Religionsgesellschaft, ist vollständig übersehen worden, wie heute, so zu allen Zeiten. Die germanischen Völker legen noch auf ihren Ehrenhäuten zu einer Zeit, vor Judentum bereits einen hohen Grad von Kultur errungen hatte. Schon damals blühten die Juden auf eine große Vergangenheit zurück. Und wirklich, noch immer der Jude anpaßt, er ist ein Hochartiges, überall und in allen Zweigen der Kunst und des Wissens; so er mit der Feder über den Pinsel arbeitet, überall schafft er Tüchlein, sogar auf den schwächlichen in blühigen Wingen, wie dies die Welt über den Meister der Verfertigung Jerusalem gegen Liss und der Begründungsfeld des Bar Kochba beweisen. Was hat doch die kleine, kaum zehn Millionen zählende Menschengruppe, von denen jedoch die der Millionen in freien Ländern leben, für eine schier überragende Weisheit auf allen Gebieten des Wissens, was für hervorragende Künstler und Schriftsteller hervorgebracht! Wo viele Juden, dort ist viel Licht, wo die Juden weisend und leuchtend werden, verleiht der Glanz, wo man sie befragt, geht es mit ihm gerade, jedoch man hat wenig mehr, den Sie wirklich zu nehmen: „Ich werde kommen, die Licht bringen, und verfluchen, die sich verfluchen“ (Gen. 12, 3).

Warum vergessen Christen und Mohammedaner immer, wieviel sie dem Judentum und seinen heiligen Schriften verdanken? Die jüdische Religion ist die Mutter, aus deren Schoß Christentum und Islam geboren wurden. Christus, welchen die Offenbarung Johannes im Leben des Jesus Christus nennt und die Bibel nennt Juden: die heilige Jungfrau war eine Jüdin. Der Jude Petrus ist der Fels, auf welchen, nach dem Glauben der Christen, Christus seine Kirche aufgebaut. Jakobus, der erste Bischof von Jerusalem, Johannes, der Lieblingsjünger des Heilands, Paulus,

der Briefapostel, Stephanus, der erste Blutzeuge, sie waren Juden. Falso, der einen so gewaltigen Einfluß auf die christliche Theologie ausgeübt, noch Jude, und die ganze Bedeutung des Epimachos für die jüdische Philosophie des Mittelalters, des Spinoza für die neuere Philosophie ist noch lange nicht genügend beachtet worden gemüßigt.

Der bei weitem größte Teil der Hebräer Mohammeds ist jüdischen Schriften einmündig. Nach der Ansicht Schopenhauers sind die Juden sogar die Gründer des Wissenschafts. So ungeheuer groß und bedeutend ist dieses Heime Volk! Aber sich, die Lehren zu Grunde führt und wer über sie nachdenkt, wird diesem wunderbaren Volke seine Demutierung nicht verlagern können.

Wer nicht von Christen ist die Lesart der Schreider'schen Broschüre zu empfehlen; heilsamer noch und nützlicher dürfte sie auf gedultete junge Juden wirken, von denen leider eine so große Zahl sich ihrer Abkennung schämt und durch alle denkbaren Mittel zu verbergen und zu verhehlen trachtet, daß jüdisches Blut, eines der besten der Welt, in ihrem Adern ruht, eine Blutmischung, durch welche sie dem Judentum mehr schadet, als alle christlichen Missionen zusammenkommen, denn ein jeder Jude, welcher die Tugenden, die Prof. Schreider in seiner so interessanten Broschüre angeführt hat, betrachtet, müßte notwendigerweise stolz sein auf seine Abstammung, sich ihrer rühmen, so sogar mit ihr pöbeln, dieselbe nach außen hin, so oft sich eine Gelegenheit bietet, zur Schau tragen und sogar dann, wenn er dem jüdischen Glauben zu einem anderen übergetreten sein sollte. Nur wenn man sie in den sogenannten „antijüdischen“ Kreisen erringen und zuletzt für das Judentum erweisen. Aus diesem Grunde wünsche ich der Schreider'schen Broschüre von Herzen die größte Verbreitung.

Hochachtungsvoll Ihr sehr ergebener

(gez.) Jnr. u. Phil. D. Graf Coudenhove-Kalergi,
A. u. R. Legationssekretär a. D.

Diese Juden! Der frühere französische Gesandte in Rom Billot erzählt in seinem kürzlich von ihm veröffentlichten Werke einen Vorfall, der so recht zeigt, wie selbst gebildete und hochgebildete Männer sich zu Verurteilungen gegen Juden hinreissen lassen, sobald diese etwas tun, was den hohen Herren wider den Strich geht, obgleich die Juden dies nicht als Juden getan haben. Als im Jahre 1891 Rubini an der Spitze der Regierung in Italien stand, waren die Beziehungen Italiens und Frankreichs nicht die freundschaftlichen. Italien brauchte damals Geld sehr nötig, und um die eben ausgegebenen Forderungsbekanntungen für offizielle Costierung an den französischen Botsen zuzulassen, war die Witwenleistung der großen französischen Bankinstitute, namentlich des Hauses Rothschild, unentbehrlich. Die großen französischen Bankiers wußten gar wohl, daß das Publikum ihnen nicht folgen würde, wenn sie der italienischen Regierung die gewünschte Hilfe gewähren würde, ehe diese Beweise ihrer veränderten Haltung gegeben. Billot kam nun eines Tages auf die Consulta gerade in dem Moment, als die Vertreter der Pariser bank haute finances das Kabinett des Premierministers verließen. Rubini war gerade, aufgeregt und sagte zu dem französischen Gesandten, Herrn Billot: „Ihre Finanzmänner haben mich in diese Lage gebracht. Wären Sie es glauben, daß sie fordern gewagt haben. . . Sie halten uns für so heruntergekommen. O, sie kennen mich sehr schlecht. Sie haben mir ihre Hilfe zum Kauf angeboten. Sie haben sich erlaubt von dem Dreckbudd zu sprechen; sie haben gewagt mir Bedingungen zu stellen, mit! O diese Juden! Ich weiß nicht, wie ich mich habe zurückhalten können, sie zum Fenster hinauszuwerfen.“ Billot erwiderte: „Pst! Herr Präsident! Sprechen Sie leiser! Herr Lugazzi und Herr Malvano, Ihre Mitarbeiter und Freunde, sind doch sehr ehrenhaft und sehr ausgezeichnete Semiten. Wenn Sie Sie hören!“ Der Ministerpräsident beruhigte sich, fing an zu lachen und entschuldigte sich wegen seines heftigen Ausfalls. — Und dennoch haben die jüdischen Bankiers ihre Bedingungen nicht als Juden, d. h. in irgend einem jüdischen, sondern als Franzosen, im französischen Interesse gestellt. Sie waren französische Patrioten, nicht Juden, nicht Kosmopoliten. Aber die Juden taten machen, was sie wollten, immer finden sich welche, sogar, wie gesagt, gebildete und hochgebildete Persönlichkeiten, die bei jeder ihnen ungewissen Gelegenheit „O diese Juden!“ ausrufen.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch
einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten,
auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mogadheerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Voraus wünscht.
Telephon: 2000 & 2100.

Die Zusendungen an die Ex-
pedition nach Berlin W. 35, Mo-
gadheerstr. 14, sind an den Be-
rath des Vereins Berlin
beizulegen. Bei den
Zusendungen an den
Verleger, Herrn Dr. B. B.
B. B., Berlin W. 35,
Mogadheerstr. 14.

Bialystok.

Rijshinow ist überholt, die Hooligans oder wie sonst die Werkzeuge der russischen Bureaucratie und Polizei genannt werden mögen, haben sich selbst überbieten. Auf ein Signal während der Prozession am Fronleichnamstage in Bialystok (Wjelsk) stürzten sich die herbeieilenden „Schwarzen Hundert“ auf die jüdischen Läden und Häuser, raubten, schändeten und verübten und verübten sonstige Grauel. Hundertfieben Belchen sind bereits berührt, hundert und einige fünfzig zum großen Teil schwer Verwundete liegen in den Krankenhäusern oder sind sonst noch untergebracht, um operiert zu werden. Es sind dies aber noch nicht entfernt alle Opfer des Bialystoker Pogroms. Denn viele Juden sind außerhalb der Stadt in Feldern und Wäldern, wo sie sich zu Tausenden hingeküchelt hatten, beraubt, verprügelt, erschlagen worden. Einwandfreie Zeugen sagen aus, daß die Raubmörder von der Polizei geführt, unter dem Schutze der Soldaten ihr schändliches Werk verrichteten, ja von Offizieren und selbst von einem General (Wojakowski) dabei ermutigt und angefeuert wurden. Man gab vor und verbreitete offiziell, daß Juden Bomben auf die Prozession geworfen, Revolvergeschüsse auf sie abgefeuert und dadurch das Volk zu den Ausschreitungen gereizt habe.

Gegenüber diesen Tatsachen ist das Verhalten der deutschen Antisemiten, so wenig wir auch von ihnen erwarten dürfen, unfähig befremdend.

Vor einigen Jahren mochten sie noch vielleicht in gutem Glauben den russischen Darstellungen der verschiedenen Judenmordfeiern Vertrauen entgegenbringen, wie schwer verständlich das auch ist. Nach den zahlreichen Enttarnungen jedoch, die inzwischen über das Treiben der „Schwarzen Hundert“, der Polizei und Soldateska, der großen und der kleinen Bureaucraten bekannt geworden sind, hätten selbst deutsche Antisemiten den russischen offiziellen Meldungen ein gewisses Mißtrauen entgegenbringen müssen, um so mehr, wenn sie an größtmögliche innerer Unwahrscheinlichkeit litten. Nun sehe man sich einmal die unter geistlichen, unter des Ex-Kolprebikers Stöder Einfluß stehende „Staatsbürgerztg.“ an. „Juden werfen Bomben in eine Fronleichnamprozession“, lautet die festsitz gebrauchte Überschrift ihres Artikels über die Bialystoker Vorgänge. Nicht der geringste Zweifel scheint sie zu beunruhigen, daß am Ende Andere die Bomben geworfen haben könnten, obwohl es doch ganz unnötig ist anzunehmen, daß selbst revolutionäre Juden dergleichen tun, schon um nicht das Leben ihrer Glaubens- und Stammesgenossen in allen den Teilen des russischen Reiches aufs Spiel zu setzen, in welchen

sie die Minorität bilden. Abgesehen davon hätte es gar keinen Zweck für sie, die religiösen Empfindungen sowohl der katholischen als der griechisch-katholischen Bevölkerung zu verletzen. Dagegen ist wohl bekannt, daß die Behörden in Rußland dergleichen Ausschreitungen veranlassen. Tollst hat noch unlängst Beweise dafür erbracht, wenn es solcher Beweise erst noch bedürfte. Inzwischen ist ja auch bereits bekannt geworden, daß man in Bialystok schon vorher ein Pogrom befürchtete und vergebens beschärfliche Vorbeugungsmaßnahmen erließen hatte, die Ereignisse, die Räuber und Mörder also nicht erst durch von Juden in die Prozession geworfene Bomben provoziert zu werden brauchen.

Selbst als bereits ganz andere launende Darstellungen bekannt geworden waren, tat die Stöderische „Staatsbürgerztg.“ so, als wenn das Bombenwerfen in Fronleichnamprozessionen bei den Juden gang und gäbe wäre. „Damit die Juden nicht wieder Prozessionen durch Bombenwerfen stören“, so lautet das Stöderblatt in seiner Schrift die Meldung ein, daß in Warschau für den letzten Sonntag geplant gewesen Fronleichnamprozessionen vom Erzbischof unterfangt worden sind. Es fällt dem Antisemitischenblatt gar nicht ein, daß der Erzbischof wohlweislich im Hinblick auf die Bialystoker Ereignisse und die allgemeine Aufregung die Prozessionen verboten haben könnte, ohne auch nur einen Augenblick an die Möglichkeit gedacht zu haben, Juden könnten die Prozession mit Bomben bewerfen. Ja, es wäre nicht denkbar, daß der Erzbischof gerade im Interesse der Juden die Prozessionen verboten hat.

Oder hat die „Staatsbürgerztg.“ gar wohl die Möglichkeit der russisch-offiziösen Meldungen aus Bialystok bezweifelt, sie überhaupt nicht geglaubt, denkt sie gar nicht daran, daß der Erzbischof in Warschau aus Furcht vor den Juden die Fronleichnamprozessionen untersagt habe, und schmeißt nur in dem Wonnegefühl, daß den Juden wieder einmal eine ausgeworfene werden kann, wenn auch ohne Grund? Ja, es fehlt doch das vielleicht — gebachte Durch! vor der fetten Überschrift: „Juden werfen Bomben in eine Fronleichnamprozession“. Der Judenhaß ist bei dem unter dem Protektorat des Passiers Stöder stehenden Blatte größer als die Christenliebe nicht nur, sondern auch als die Liebe zu den Christen.

Aber die „Staatsbürgerztg.“ kann vielleicht noch nicht die päpstlichen Gesandtschaften ablegen und außerdem ist sie zu unbedeutend, als daß man sich über sie besonders aufregen sollte. Viel bemerkenswerter und trauriger ist, daß auch die „Kreuzztg.“, das Organ für Christentum und preußisches Junkertum, in dieselbe Reihe schlägt. Nach ihr

ist „wohl selten mit größerem Unrecht über Judenverfolgungen geklagt worden als in dem Bialystok-Fall.“ Dabei schreibt sie selbst, daß Juden, „wie es heißt“, die Verbreiter gewesen seien, die auf die Menge von einem Ballon Bomben geworfen und Revolverkugeln abgefeuert haben. Trotzdem kann man sich, wie es nur eine Zeile später bei ihr steht, nicht wundern, wenn die Massen in Erregung gerieten und die Uebelthäter zu Straßen suchten. Im An sind aus vermeintlich jüdischen Verbrechern wirklich jüdische Verbrecher geworden. Beim Juden nennt man ein solches Verbrechen, solches Vorgeschehen falsches Spiel. Aber selbst wenn Juden die Bomben geworfen hätten, ist eine solche Verleumdung brutalster und blutigster Lynchjustiz in einem konservativem Blatt geradezu unerhört. — Wir haben oben gesagt, daß Juden, selbst jüdische Revolutionäre, schon im eigenen Interesse nicht so leicht gewesen sein können, das Attentat zu verüben. Die „Kreuztg.“ macht dasselbe Argument für die „Schwarzen Hundert“ geltend. Es ist garnicht einzusehen, in wie fern die „Schwarzen Hundert“ durch die Schicksale ihre Interessen aufs schwerste selbst gefährdet hätten. Das Schicksal und Provoceuren ist ja gerade ihr Geschäft, das sie in hundert Stücken zu Tausenden von Wälen mit die Welt erschütterndem Erfolge geübt haben.

Mittlerweile sind aber auch neuere und zuverlässigere Nachrichten eingetroffen, welche unabweislich beweisen, daß die Bialystoker Judenassassinen nicht eine Folge jüdischer Bombenprovokationen sind, sondern daß sie mehrere Tage vor der Kronleihnamsprojektion bereits von den Juden beabsichtigt worden waren und daß die Juden vergeblich vorher Schritte getan haben, um das Unheil abzuwenden, ja daß die Soldaten in den Kasernen auf das Pogrom direkt einmüßig worden sind. In einem von der „Wostischen Zeitung“ veröffentlichten Schreiben, das ein Berliner von einem seiner Geschäftsfreunde aus Bialystok erhielt und das vom 14. Juni, also dem Tage der Mordthaten datiert ist, heißt es:

„Während ich diese Zeilen schreibe, befinden sich mehrere Freunde in meinem Hause, die zu mir gekommen sind, um sich über den Jubel zu vergewissern. Als am Montag der Polizeichef und ein Mitglied am frühen Morgen auf der Straße erwidert wurden, entstand das Gerücht, daß die Polizei eine Rache dafür vorbereite, und daß massenweise Plünderungen der den Juden erfolgen würden. Der Offizier, der mit uns in demselben Hause wohnt, hat sogar der Polizei gelitten anrufen, Bialystok für den heutigen Tag zu verlassen. Heute ist Donnerstag, und die Gassen werden in ständiger Projektion durch die Straßen gehen. Während der Projektion soll jemand einen Schuß abgeben, und das soll dann das Zeichen zur Plünderung sein. Das werden wir schon begreifen, und jetzt hören wir, daß der Plan bereits ausgeführt ist, daß schon viele Menschen tot auf den Straßen liegen und daß die jüdischen Geschäfte eben jetzt geplündert werden. Aus den Fenstern unserer Wohnung sehen wir Gassen mit kleinen Pöbeln, noch genauere Waren aufstehend, dorthin gehen.“

Nachricht vom 16. Juni, 6 Uhr morgens: Die ganze Stadt hindurch hören wir viele Schüsse. Gassen werden in die Stadt hineingeführt, Juden dürfen sich nicht auf der Straße zeigen. Die ganze Wüststraße ist gerüstet. Es waren nicht mehr als etwa hundert Plünderer an der Arbeit. Überall, wo sie zu plündern begannen, bewachten die Soldaten das Haus ringsum mit schußbereitem Gewehr und drohten jeden, der den Juden Däse dringen wollte, zu erschießen oder mit den Bajonetten niederzuliegen. Christen wurden überall von der Wache durchgeschossen, nicht noch mehr Pöbel sich an der Plünderung beteiligen. Scharen von jüdischen Wälen durchziehen die jüdische Erdstrasse an der Brückung. Nichts war ein Brand in der Stadt zu sehen, es regnete oder so hart, daß der Brand dadurch gelöscht wurde. Wie man sagt, war der Gouverneur gestern hier und erklärte, daß die Dinge drei Tage lang dauern werden. Die meisten Toten sind Opfer der Soldaten.“

Abschließend davon hat der Gouverneur von Grodno die Depesche, welche behauptete, daß Ausfährungen der jüdischen Brodlieferung der Mordthaten veranlaßt hätten, öffentlich als absolut erlogen bezeichnet. Der Gouverneur erklärt, daß die Projektionen ungeführt verlaufen seien und daß Niemand Schaden gelitten habe. Auch Minister

Stolypin bezeichnete die betreffende angeblich offizielle Depesche als erlogen; ja er wisse nicht einmal von wem die „offizielle Depesche“ herrühre. Vor dem von der Duma gesandten Abgeordneten Schlepkin erklärte der russische Botschafter aus Bialystok, der an der Projektion teilnahm, es sei keine Bombe geworfen, kein Heiligenbild durchgeschossen worden, überhaupt seien keine Schüsse auf den Zug abgegeben worden. Friedensrichter Derewin sagte aus, er sei am Donnerstag und Freitag auf den Straßen gewesen und habe beobachtet, daß regelmäßig, während der Pöbel die Häuser plünderte, dem Militär Befehl beföhlen wurde, nach gleichzeitiger wurde Feuer gegen das gegenüberliegende Haus kommandiert, sodas die Soldaten die Plünderung nicht mit ansehen. Friedensrichter Oldenburg machte dem Sinne nach die gleiche Aussage.

Trotz dieser Dementis und Michtigkeitsstellungen, deren wichtigste bereits Montag und Dienstag bekannt waren, bleibt Prof. Theodor Schiemann noch in der Witkowsk-nummer der „Kreuztg.“ dabei, den Juden die Schuld in die Schuhe zu schieben und schreibt:

„Daß eine Absicht der jüdischen Obrigkeit vorliegen habe, die Schicksale zu provozieren, wie letzteren in Bialystok gescheh, ist diesmal sicherlich anzunehmen. Das entspricht nicht der politischen Lage des Augenblicks.“

Unter solchen Umständen können wir von dem Rat der „Kreuztg.“, über die Ereignisse von Bialystok im Interesse des Judentums so wenig wie möglich zu reden, keinen Gebrauch machen, nicht nur im Interesse des Judentums, sondern auch im Interesse der Kultur und der Menschlichkeit. Haben ja die Vorgänge in Bialystok sogar das englische Parlament zum Leben gebracht, und so verschiedene Parteien angeordnete Blätter wie Morning Post, Tribune und Daily News verlangen, daß im Hinblick auf die in Bialystok begangenen Grausamkeiten der Besuch der britischen Flotte in Kronstadt unterbleibe; sie erklären, es sei unmöglich, daß England mit der gegenwärtigen russischen Regierung eine Verständigung abschliesse. Daily Telegraph sagt, man dürfe der russischen Bureaukratie nicht gehorchen, noch mehr Geldmittel zu verlangen. Ja sogar Pariser Blätter, die doch teils aus politischen teils aus finanziellen Rücksichten über russische Vorgänge milde zu urteilen pflegen, wegen dies angeht die Bialystoker Grenz nicht mehr zu tun, und der „Temps“ erklärt in einem sehr scharfen Leitartikel, die russischen Behörden hätten entweder die Mordthaten selbst organisiert, oder sie seien vollkommen unfähig.

Indessen wir begreifen, warum die „Kreuztg.“ rät, über die Ereignisse von Bialystok so wenig wie möglich zu reden. Sie tut dies aus Mitleidigkeit, aus Furcht sich vor ihren christlichen und ausländischen Lesern schämen zu müssen. Das Verhalten der „Kreuztg.“, der „Staatsbürgerg.“ und ihrer antisemitischen Kolleginnen steht an Gemeinheit nur dem der „Schwarzen Hundert“ in Bialystok nach, oder diese deutschen Antisemiten sind als die Lohhändler und Zuhälter der Bialystoker Pöbels noch schlimmer als diese, die wieder Schweißblutigen verurteilt werden, welche selbst den barbarischsten Seiten unmöglich wären.

Die „Kreuztg.“ gibt vor „mit Gott für König und Vaterland“ zu sein. Mit Gott ist sie ganz gewiß nicht, und König und Vaterland danken bestens für eine solche Veteilgerin. Öffentlich machen ihr auch ihre Abonnementen klar, daß sie keine Potentotten und Kaufmänner sind, sondern mehr oder weniger gebildete und ausländische Preußen und Deutsche.

Zur Nachwahl in Hofgeismar-Kreuzen.

Der Wahlkampf ist in voller Schärfe entbrannt; es haben auch schon Zusammenstöße zwischen den Kandidaten beider antisemitischen Richtungen stattgefunden.

Für die „Reformpartei“ sind außer dem Kandidaten Privatier Selmerich noch H. A. Horn, der von der Partei für Marburg in Aussicht genommene und schon offiziell aufgestellte Kandidat, Syndikus Thannheiser, Bezirksinspektor Walldorf und Redakteur Schröder aus Kassel tätig. Während die Reformpartei schon ein reichliches Duzend Beteiligungen hinter sich hat, halten sich die Deutschsozialen verhältnismäßig noch in Reserve. Anzeichen ist eine Massenmobilisation insbesondere aus den Kreisen der interessierten Parteigenossen aus dem ganzen Reich zu Beginn der großen Ferien geplant; das offizielle Parteiorgan hat schon wiederholt an seine Leser eine entsprechende dringende Mahnung gerichtet. Das Niederrhein von Sonnendörfer's Blatt heuchelte anfangs gegenüber der reformerischen Kandidatur eine gewisse Gleichgültigkeit, die jedoch bald einer gereizteren Stimmung gewichen ist; das „Deutsche Blatt“ schreibt nämlich:

„Anfangs glaubten wir, daß die Sache sich ziemlich leicht machen würde. Inzwischen hat sich jedoch das Bild geändert. Die gegnerischen Parteien scheinen sich häufig rühren zu wollen, in ihren Hoffnungen gestützt durch das widerwärtige Eingreifen der sog. „Freideutschen“ aus Kassel. Das sind nämlich für einige Übermenschen, die sich für auszeichnen halten, den schamlos verrätene Antisemitismus aus dem deutschsozialen Kampfe herauszureißen, wozu ihnen inzwischen der offizielle Segen der „Reformpartei“ zu Teil geworden ist. Jetzt haben wir es also auch mit einem reformerischen Gegner zu tun. Und kann es nur recht sein, wenn diese Herren alleinsten den Freunden im Lande einmal ganz kongresslich zeigen, was namentlich seinerzeit die Trennung von ihnen war, und wie furchen auch nicht, daß solche Hindernisse noch viel Unheil anrichten können. Aber die eine Folge werden und sollen sie haben: Wir werden dieser Querschnittsgruppe durch positive Kritik zeigen, daß wir stark und daß sie — es nicht sind. Wir wollen ihnen die Meinung zu größeren Dummheiten recht gründlich und möglichst ein für allemal ausstreuen. Darum wollen und müssen wir tüchtig arbeiten. Und hauptsächlich müssen wir tüchtig arbeiten, weil die übrigen Parteien durch die Herpistematik unter den Antisemiten einen Erfolg für sich für möglich halten“.

Die „Lebendige Rundschau“ konnte natürlich auf den in der vorigen Nummer der „Mitteilungen“ erwähnten bössartigen Angriff des deutschsozialen Parteiorgans gegen den Abg. Ludwig Werner nicht schweigen; auffälligerweise erwähnt sie jedoch die Behauptung, daß Werner s. Z. das jüdische Merkennnis gegeben habe, daß er in dem Wahlkreise als deutschsozialer Kandidat gewählt worden sei, mit keiner Silbe; sie verwandte sich für die peinliche Indiskretion durch einige boshafte Bemerkungen gegen den Führer der anderen antisemitischen Gruppe:

„Die Behauptung, eigentlich sei nicht Werner, sondern Herr v. Liebermann in den Jahren 1890 und 1893 der Sieger im Wahlkreise Rhein-Main-Geleitmar-Walldorf gewesen, kann bei allen Kennern der Wertschätzung nur helle Scherzreize auslösen. Wir lassen sich überhaupt nicht einem alten Herrn, der auf seine Zeit ganz taffel, wenn auch ohne wesentliche Erfolge, im Leben gekostet hat, gern das Vergnügen, sich den Rest seiner Tage mit solchen Illusionen und harmlosen Renommistereien zu verfahren, und diese Renommistereien würden uns nicht zur Entgegnung reizen.“

Es wird alsdann nochmals behauptet, daß die von dem Blatt gegebene Darstellung der Geschichte des Wahlkreises unanfechtbar sei. Die Drohung mit der Veröffentlichung von „seiner“ Äußerungen, die nicht gerade sehr schmeichelt für die Reformpartei gelaute haben sollen, beantwortet das Organ der „Freideutschen“ mit der kühlen Feststellung:

„Daß er auch über deutschsoziale Abgeordnete sehr unanständige und böshäufige Bemerkungen gemacht hat, können wir beweisen, aber es kommt nicht darauf an. Wir haben nicht gegoff, daß Reventlow der Reformpartei angehört oder für ihre Führer geschworen habe; den klaren Sinn unserer Äußerungen

aber haben wir aufrecht und sagen noch einmal: Reventlow war eine Persönlichkeit, deren Kraft und Glanz selbst die beherrschende Tatsache, daß er sich formell zur deutschsozialen Wählerpartei zählte, in Frage gestellt bringen konnte; mit seinen Taten schenkte die letzte Hoffnung, daß diese Partei sich je nach links entwickeln könne, schwand auch der letzte Grund, der uns zu einiger Rücksichtnahme auf das deutschsoziale Ausmaß der konservativen Reaktion hätte veranlassen können.“

Zum Schluß werden die beiden antisemitischen Kandidaten auf ihre Werbestraft gegeneinander abgemessen und der deutschsoziale selbstverleumdend so leicht befunden:

„Daß die Kandidatur Selmerich überall eine starke Ausziehungskraft auslöst, hat uns der bisherige Verlauf der Wahlbewegung deutlich gezeigt. Unser Kandidat, der in einem arbeitenden Wesen das Christlichsteien unserer Volkses gründlich kennen gelernt und als langjähriger Mitglied der Kasseler Handelskammer geprägt hat, wie geschickt er andererseits Intressen zu wahren versteht, ist nicht nur persönlich ungemein gealtert zur Vertretung des Wahlkreises als ein konservativ-deutschsozialer Regierungsbearbeiter; die Partei, die ihm angeschlossen hat, besitzt auch den sehr wesentlichen Vorzug, nicht mit der Luft einer Abkündigung, die die vollstehende Reichsfinanzreform darauf zu sein. Unser glücklicher Zeichen hat die Wahlbewegung für uns begünstigt; zu unserer Heber sprechen, zeigte es sich, daß der Geist, der einst den Abgeordneten Werner zum Siege führte, auch heute noch in der Verdorrenheit lebt. Ein freisinniges und nationales Programm, das seine Auslegungskraft stets aus neue bewährt, ein verinnerlichter und weiseführender Kandidat, den imponierendem Aussehen, das der trefflich arbeitende Agitationsapparat der Freideutschen Vereinigung, das sind drei Faktoren, die uns zu den besten Vermutungen berechtigen, und die verheimlichte „Mut der „Deutschsozialen Wähler“ wird uns nicht daran hindern, auf dem betretenen Wege zum Siege zu fahren“.

An eine Zurückziehung der einen antisemitischen Kandidatur, auf die man in konservativen Kreisen immer noch gehofft hat, ist, wie wir schon einmal gesagt haben, nachdem die antisemitischen Kampfpässe sich derart festgegriffen haben, keinesfalls mehr zu denken. Die „Deutsche Hochmacht“, das Organ des „Deutschen Volksbundes“, der mit einem Male eine auffällige Hinneigung zu den bisher von ihm ebenfalls als Schrittmacher der Konservativen beständig bekämpften Deutschsozialen befunden, droht zwar mit feierlicher Schere:

„Wehe dem Antisemiten, der einen Bruder aus dem Saute hebt! Eine Partei, die das gutsteht, läßt Gefahr, sich die Zuneigung und Treue ihrer eigenen Anhänger zu verlieren.“

Die Aufforderung des Blattes, daß die „verhängnisvollen“ Führer der Reformpartei jetzt ein Wachtwort sprechen und dem unumwundenen Treiben ein Ende machen“ sollen, wird aber scheinlich von Erfolg begleitet sein, selbst dann nicht, wenn die Deutschsozialen sich etwa ohne Erwarten dem Vermittlungsversuch der „Saftischen“ geneigt zeigen sollten, welche dafür plädiert, „daß die Deutschsozialen nach ihrem ungerücktefertigen Einbruch in Marburg ihre Kandidatur dort zurückzuführen und die Reformen dafür einstellen auf die Agitation in Rinteln-Soesgismar verlegt werden“.

Die „Deutsche Hochmacht“ beschwört den „modernen Werner“ förmlich, sich ins Mittel zu legen, da wird das ob des „Bruderweiles“ tief, berührt antisemitische Blatt aber wahrscheinlich lange warten können.

Die Wahrheit marschiert und steigt.

Das Ende der Treuhandschichte.

Lang, lang ist's her, seit das Propheetenwort erscholl, daß die Wahrheit im Annahrd sei, die Wahrheit über den unglücklichen Hauptmann Dreyfus und über die Verbrechen, die ihn zu vernichten suchte. Gottes Rügen maßten

langsam, mahlen aber trefflich fein. Es soll kein Unmut aufkommen über die Langsamkeit der Gangan der anmarschierenden Wahrheit. Die Hauptsache ist, daß sie eben schließlich doch zum Siege kommt — trotz alledem und allem. Zum Siege — trotz eines beispiellosen Gewirts und Gewalts der entsetzlichen Lügengeister. Zum Siege — trotz der harten Feindschaft der eheben Stärksten im französischen Reich, die nimmer beschämt, soweit sie der Scham läßt, erkennen müssen, daß es doch noch ein Stärkeres gibt als sie, nämlich die Wahrheit und die Gerechtigkeit, die oft genug niebergewunden werden mögen, sich dann aber irgendwann machtvoll erheben und die Dunkelgeister zertrümmern, die sie entthronen wollen zu gunsten eigensüchtiger Strebungen im Interesse unsauberer, böser, verderblicher und verächtlicher Elemente.

So oft der Finger in die Wunde dieser Verderbnis gelegt wurde, die unter dem Namen der Dreyfusaffäre bekannt ist, war derselbe gelassene Hohn, war dieselbe antifeindliche Raserei die Antwort. Dreyfus unschuldig? Dreyfus ein Opfer schwerer Irrungen oder gar tödlicher Antisidhänge? Das d u r c h i t nicht sein, weil alles, was Antisidhismus sich, sich zu feige und zu innig mit dem Vorgehen gegen diesen jüdischen Asiaten verschwiegelt und verflücht hatte. Hier war ja ein Schuldschuld gegeben. Hier konnten ja mit einem Schlage mehrere Fliegen getroffen werden. Hier konnte nachgewiesen werden: der Jude hat kein Vaterland; denn selbst im vaterländischen Vertriebsdienst dient er nicht dem Vaterlande, sondern verläßt es. Hier konnte nachgewiesen werden: es ist gut und weise, den Juden von den Disziplinellen fernzuhalten; denn er ist nützlich für diese Verrohung im Staate, im Herre nicht geeignet.

Die Leute, denen es nicht darauf ankam, mit Ritualmordbeschuldigungen herumzutreiben, und die sich schamlos im stillen Kämmerlein die Hände reiben, wenn aus solcher Saat blutige Ernte aufspricht, die Leute, die „angebrachtenmagen“ öffentlich den Iren von Tischna verzeihen, heimlich aber seinem Ceterum censeo: „Schlagt die Juden tot!“ Besatz joden, die Mitglieder einer Sekte, die menschlich Töten trachten muß, wenn sie konsequent ihre Grundzüge des Hasses, der Verachtung gegenüber Mitleiden anderer Abkämpfung, anderen Glaubens mahnen und vertreten will, — sie mußten den Klatschschall, den die Dreyfusaffäre für sie bedeutete, auszunutzen suchen bis an die äußerste Grenze; sie mußten gegen die Wahrheit, die ihnen erdarmungslos dieses Glück verschütete, antreten, so lange es nur möglich war. Mühten es um so mehr, als nicht verkannt werden kann, daß die sogenannten tatsächlichen Unterlagen für die sogenannte tatsächliche Verurteilung des Antisidhismus ohnehin ein bejammernswürdiges „Nüchternes Gemäße“ darstellten und daß dem ständigen Abdröckeln des sogenannten tatsächlichen Materials immer mehr die durch keine sachlich berechtigte und sachlich begründete Erwägung genierte Leidenschaft, die sportliche Auffassung und Behandlung des Hasses als das Wesen des Antisidhismus hervorritt.

Die Dreyfusaffäre hat Ormagn und Alriman in ihren Vereckern auf den Plan gerufen. Die Jola, Travieux, Schreier-Reimer, die Ladori, Baughn, Gohier, Picquart, Clémenceau und die anderen alle konnten nach einem, der Fehler verzeihen wollte an der Menschheit, den guten Glauben und die überliche Begeisterungsfähigkeit retten. Nicht weil sie Dreyfus, den Juden, verteidigten und für ihn in eblem Mute sich der heulenden Meute entgegenwarfen, sondern weil sie über den Juden hinaus und über das Judentum hinaus, die mit dem vergifteten Waffens verlegt, ins Mark getroffen werden sollten, das Menschliche, das menschliche Schöne in der Verteilung des Rechtes und der Wahrheit zu hohen Ehren brachten und dem Glauben an einen vereinigten Sieg des Guten und Gerechten in der Menschheit neue starke Stützen lieferten. Die anderen aber, die-

jenigen, die drüben in Frankreich mit den Mitteln der Fälschung, der Hochverlegung, einer zum Himmel R-gehenden Heuchelei jenes Rubenstüß vollbrachten, das bestimmt war, einen Mann zu verderben und eine große Gemeinheit von Zeitgenossen anderer Abkämpfung und anderen Glaubens in seiner Person zu treffen, — sie, die Ruchnieher der schättesten Triebkräfte der Menschheit, saßen sich verständigend an, dankbar gegrüßt, bezaubert von den urteuonischen Mittern urteuonischer Nechtlichkeit und Weisheit. Der französische Ehemannismus der deutschen Antisidhiten war im Drogenfälsch, das dieser extraktierte französische Bissen ihnen auslöste, verrotzt; das Heimeort erwies wieder einmal seine Berechtigung: „Sellen habi ihr mich verstanden; selten auch verstand ich euch; nur wenn wir im Rot uns fanden, da verstanden wir uns gleich.“

It es eine Annahme, wenn wir die Verteiliger des Hauptmanns Dreyfus, die zum Teil Wärter ihrer Nächstenliebe, ihrer Wahrheitstheorie, ihrer Gerechtigkeitsliebe wurden, wenn wir sie den Herrschern Ormagns, das guten Geistes, verglichen und die grundverlegene Weisheit der Brunnengergister in Frankreich und ihre Ungenügsamkeiten in Deutschland in das Lager Alrimans messen? Sicher nicht. Denn hier hat es sich nicht mehr nur um Meinung gegen Meinung gehandelt, um Partei gegen Partei, um Parteilichkeit gegen Parteilichkeit; — hier war auf der einen Seite die Hölle losgelassen und auf der anderen war die sittliche Empörung ob der Mißhandlung aller Gerechtigkeits, aller Menschlichkeit und Wahrheit und die heilsame Tapferkeit im Kampf gegen eine übermächtige Gewalt. Liebermächtig. It's zu viel gesagt? Genügt nicht. Die Mächte, die gegen Dreyfus, den man schlug, und das Judentum, das man meinte, im Felde standen, das waren „die Arme“ und die Kirche. Auch bei der ruhigen Betrachtung der Dinge und bei dem ersten Dorst, nicht über gewisse Grenzen und Mächtigkeiten hinauszugehen, kann auch rein geistlich nichts anderes gesagt werden als das, daß ein Bündnis der Unform und der Soutane diese Schandthaten auf dem Schilde der französischen Nechtstheorie, diese Verurteilung der Ehre der Menschheit herbeigeführt, dieses Dreyfus-Verbrechen, dieses an dem jüdischen Offizier begangene Verbrechen begünstigt hat.

Kann nannte inmitten der Bewegung ob der Dreyfusaffäre die „Dreyfusfälsche“, die Vereckter der Gerechtigkeit, die Vereckter des Königs der Generale und der Priester, man nannte sie die Intellektuellen. In ihrem Lager war die geklärt Vermutet, war zugleich der Glaube an den vereinigten Aufstieg der Wahrheit. Der Ruf nach Wahrheit und Gerechtigkeit aber und für Dreyfus wurde schließlich die Lösung für das Verlangen nach der Befreiung Frankreichs aus dem Joch jenes Königs der bevorrechteten Familien, die in inniger Gemeinschaft mit der ecclesia militans das Gesetz zu brechen und den republikanischen Geist zu erlösen suchten. Es war ja bezeichnend genug, daß die Nationalisten, die Vorkämpfer der unteilnehmenden, mit harter Priestertum verbundenen, militärischen Mächtig, die Partei der Vereckter des Hauptmanns Dreyfus waren, dieselben Nationalisten, die den Gedanken des Vergeßungskrieges gegen Deutschland besonders pflegten, und denen die deutschen Antisidhiten, die die deutsche Vaterlandsliebe in Erbpacht zu haben wählten, überdrüssig die Hand gereicht haben, da es gegen die Juden ging.

Langsam, aber sicher hat sich der siegreiche Vorkämpfer jenes reinen Republikanismus in Frankreich vollzogen, der die reinliche Scheidung vom Militarismus und vom Hieratismus als die oberste Bedingung des Wählens und Behaltens Frankreichs ansieht. Nach dem entscheidenden Siege der Republik bei dem letzten allgemeinen Wahlen ist die Dreyfusaffäre, die vorher geragt, obwohl schon seit Jahren die umgebenden Fälschungen beständig, mit deren Hilfe der Aufsturm an Dreyfus vollbracht

worden ist, erst wieder in Fluß gekommen; und der vollständige, der in allem und jedem Betracht lädenlose und einwandfreie Beweis für die Unschuld des Verfolgten liegt nunmehr vor. Ein guter Sieg, ein erwärmender, befeuchtender und befruchtender Sieg. Die Schätze der Abgebrühtheit der deutschen Kantseniten nicht gering ein und glauben doch, es könnte unter ihnen noch eifliche geben, die sich schämen. Die Leute, die die Herrschaft der Wahrheit zu schämen Grund haben, mögen in ihrem Sittenstande verharrten. Die Männer, die einst die Welt wieder vorwärts und aufwärts führen werden, heraus aus der Trübsal, die jetzt aus dem geistlichen und gemüthlichen Leben lastet, ihnen wird die sieghafte Wahrheit eine starke Gefährtin sein.

Jüdische Handelsrichter.

Für das neue Landgericht III Berlin sind kürzlich die erforderlichen Handelsrichter ernannt worden. Die Ernennung erfolgt auf Vorschlag des Kassenrathes des Kaufmannsvereins über der Berliner Handelskammer.

Von dem 16 aus Kreisen der Kaufleute ernannten Richter sind 8 Juden, nicht 11—12 wie die „Kreuzzeitung“ behauptete, die hierüber ein furchtbares Lament anstimmte:

Bei der Ernennung von Handelsrichtern wird sich die unabhängige Presse, soweit das Hauptorgan der Kaufmannschaft, nicht ohne weiteres an die Vorhänge der geschlossenen Kassenrathen binden dürfen, sondern unter Umständen in eine andere Stellung eintreten müssen, ob Ansehen dafür vorliegen, daß die Aufhebung der alte eingelegten Interessen maßgebend waren. Die Verletzung des Berliner Handelsstandes hat ohne Zweifel bedeutende Fortschritte gemacht, aber doch nicht entfernt solche, daß nunmehr anderwärts dreierlei der Handelsrichter dem Judentum einzuweisen werden müßten. Im Hinblick auf die weitgehende Solidarität, das Judentum selbst besitzt, ist es sehr, um Vermeidung der Antisemitismus handelt, wird man jene Vorhänge nicht dem Judentum als gleichmäßig unerschrocken ansehn dürfen. In einem jüdischen Staat wäre es ganz anders, daß von den Handelsrichtern ein Gerichtshof der Judentum dem Judentum angehört.

Die „Berl. Zig. am Mittag“ tritt dieser tendenziösen Ausschlagung in folgender sachgemäßer Darstellung entgegen:

Es muß ohne weiteres zugegeben werden, daß eine so hohe Befetzung der Handelsrichterstellen aus jüdischen Kaufleuten nicht dem Zahlenverhältnis zwischen christlichen und jüdischen Kaufleuten entspricht. Das ist aber auch weder sachlich noch gesetzlich geboten; die Kassen und die Handelskammer schlagen einfach diejenigen Personen vor, die ihnen für den Posten geeignet erscheinen, ohne zu fragen, zu welchem Glauben sie sich bekennen. Ganz falsch ist die Vermutung, als ob aus einer tödlich zum Ausdruck gebrachten Solidarität von den Juden immer wieder Juden in Vorschlag gebracht würden, eher ist das Gegenteil der Fall. Denn da nun einmal bei uns in Deutschland eine Judenfrage wieder aufgerollt ist, legt man sich gerade in jüdischen und nicht antisemitisch-christlichen Kreisen eine gewisse Reserve in der Uebertragung öffentlicher Ehrenämter auf jüdische Mitglieder auf. Ob das richtig ist, mag dahingestellt bleiben, aber es ist so fast und einseitig der etwas schwächlichen Resignation, lieber einmal ungerathen zu sein, als immer wieder dieselben Vorwürfe der Begünstigung des Judentums hören zu müssen.

Nicht selten wird von hervorragenden und verdienstvollen Bürgern jüdischer Religion bei der Beratung über Kandidaturen für öffentliche Ehrenämter darauf gedrungen, vorab unter christlichen Bürgern einen geeigneten Kandidaten zu suchen, ihnen selbst läge durchaus nichts daran, daß der Kandidat ein Jude sei. Geht man dann weiter den für das Amt geeignet erscheinenden Christen auf die Kandidatenliste, so macht man nicht selten die tief beschämende Erscheinung, daß niemand das Amt annehmen will. Der Schreiber dieser Zeilen hat viele Jahre hindurch Schmerzempfindungen dieser Art gemacht und darf sich in dieser

Frage nur kompetent halten. Es handelte sich meist um Stadtordnungen, also um Ämter, die wie auch der Handelsrichterposten erhebliche Opfer an Zeit kosten, daher, wenn sie von Kaufleuten ausgeübt werden sollen, eine gewisse Hofschalerei erfordern, denn der Kaufmann, der doch mitten im wirtschaftlichen Tageskampfe steht, kann nicht fortlassend seine Zeit und sein Interesse einer anderen Sache widmen. Das hört man dann die wunderlichen Abneigungsg Gründe von diesen reichen Leuten; der Eine sagt, es mache ihm zu viel Arbeit, der Andere meint, er habe keinen Dank davon, der Dritte sagt, man erlange sich dabei bloß Leute, den Wertien hindern irgend welche eigenen Beziehungen oder die Beziehungen seiner Söhne und Schwiegerkinder —, kurz, man hört den ganzen Schwall nichtiger Anklagen, wie sie Menschen stets parat haben, denen es an Gemeinnutzmangelt, und man stellt dann schließlich auf, mit Ventrin zu verhandeln, deren Interessen offenbar auf einem anderen Gebiete liegen als dem des Gemeinnutzes. Es scheint so, als ob der reiche christliche Kaufmann vielfach eine wenig rühmliche Kalkulation hat, sobald seine äußere Lage es ihm erlaubt, in disjunktierte Kreise einzutreten und vornehme Beziehungen zu pflegen. Das hält ihn von den öffentlichen Dingen fern, denn diese gelten nicht als „sein“. Juden sind dagegen gefest, wenigstens in ihrer überlegenden Mehrzahl. Das braucht nicht etwa ein Beweis edlerer Charakteranlage zu sein, es kann auch bloß gebotene Zurückhaltung sein. Aber die Tatsache selbst steht fest.

Auf diese Weise erklärt es sich, daß man in Preußen eine Befetzung der unbesetzten Ehrenämter mit Juden unverhältnismäßig häufig findet. Das kann kein Vorwurf für die Juden sein, ist aber jedenfalls kein Ruhmesstiel für die reichen Christen, denn es beweist eine beherrschende Gleichgültigkeit gegen das große Ganze. Die antisemitische Presse richtet ihre Angriffe an die falsche Adresse, sie könnten ausnahmsweise der Mäßigkeit einmal nützen, wenn sie den Kreisen, deren Dürre sie hat, den Sinn für das Gemeinnutzmäßig schärfen würde. In dem ununterbrochenen Weirer, dem Staat zu dienen, wird man stets ein ganz lokales Bemühen sehen, gleichviel ob es aus engstirniger antisemitischer Genugthuung oder aus höheren Gesichtspunkten entspringen ist. Der Freiher von Stein hat mehrfach betont, es sei ganz egal, warum jemand Gemeinnutzm denke, wenn er nur solchen habe. Es ist jetzt das Jahr, wo man von besagtem Freiherrn von Stein noch des öftern wird zu reden haben“.

Antisemitische Wandlungen.

Alle die physischen Krankheiten, so nehmen auch die moralischen je nach Zeit und Umständen verschiedene Formen an und erscheinen in immer neuer Gestalt. Keine krankhafte Erscheinung aber dürfte im Laufe der Geschichte so viele Metamorphosen erlitten haben, wie der Antisemitismus. Es ist, als wenn dieser Antisemitismus immer andere Masken wählen würde, um sich hereinschleichen und trotz Bildung und Fortschritt seinen Einfluß geltend zu machen.

Das Mittelalter kannte den Antisemitismus nur in der Gestalt des religiösen Fanatismus. Der christliche Glaube war der einzig berechtigte, war nicht göttlich, war, d r war ungläubig, ein Feind Gottes. Man haßte und fürchtete den Abergläubigen, weil der Abergläube sich allerschwerfste Kräfte und gewaltige Fortschritte in ihn hineindrängte. Aber man wollte ihn eigentlich nicht verdrängen, sondern befehlen, so verfocht man ihn, um ihn zum Liebertill zu zwingen. War ein Jude christenlos genug, das Christentum, an das er innerlich nicht glaubte, zum Scheine anzunehmen, so wurde er als vollwertiger Christ und gleichberechtigter Bürger betrachtet. Ja, häufig sah man in dem Negativen etwas Besseres, eine Art von Wunder, und der Haß gegen ihn hörte gänzlich auf. Das

Wort Toleranz war damals noch nicht geprägt und der Begriff der Achtung vor fremder Ueberzeugung war noch ganz fremd. Man glaubte, der christlichen Wahrheit zu dienen, wenn man ihr viele Befenner zuführte, um ihre Macht zu heigern. Den Ju zu en hielt man für einen Feind des Christentums, den man bekehren oder vernichten mußte. Man dachte sich dann eine menschliche Gesellschaft, einen Staat, eine Kultur nur in christlicher Form möglich. Man glaubte daher, den nichtglaubenden Juden in den Staat, in die Gesellschaft nicht hineinsetzen zu können. Rudimente der Juden-Ausweisung besitzen wir noch heute in der Auffassung der Judenmission und der — preussischen Rogierung.

Zu diesem innern Motio traten freilich häufig noch äußere Erwägungen hinzu. Man wollte sich eine Gruppe von Partas jüden, um sie auszunützen und ihr die schwersten Lasten aufzuerlegen. So waren die christlichen Bürger durch das kanonische Recht daran gebunden, Zinsen zu nehmen; da man aber das Selbstgehalt nicht einziehen konnte, so zog man den Juden dazu heran und gab ihnen oft Kron- und Kirchengelder, um damit zu wuchern. So besorgten sie die Geldgeschäfte und wurden die Gläubiger der christlichen Gesellschaft, und als diese Juden die Unerschwinglichkeit hatten, ihr Geld zurückzuerlangen, heudelte man oft religiösen Fanatismus, man verfolgte und vertrieb die Ungläubigen, um die Gläubiger loszuwerden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß auch in Spanien bei der Vertreibung der Juden die Maudiger und die Lust, die Entrechteten zu beerden, eine große Rolle gespielt haben. Es war gewiß nicht immer ehrlicher Haß, der im Mittelalter zur Verfolgung der Juden die Triebfeder bildete. Es gab Zeiten, wo man den Juden sogar wichtige Staatsgeschäfte übertrug und so katbolische Geistliche gern ihre Geschäfte mit den Juden machten. Man erinnerte sich manchmal erst des religiösen Hasses, wenn man diese Juden wirtschaftlich ausbeuten wollte. Es war damals, wie auch heute, eine bestallische Politik, die man mit dem Fanatismus des Volkes trieb, und mit kalter Berechnung rief man die wildesten Leidenstürmen gegen die Juden nach. Wie heißt doch das schöne Lied:

A biffete Lieb' und a biffete Treu
Und a biffete Falschheit ist allweil dabei.

Als der Geist des Mittelalters gewichen war und man anfang, von Bildung und Aufklärung, von Humanität und Gerechtigkeit zu sprechen, da schämte man sich des echten oder unechten religiösen Fanatismus. Da man sich aber noch immer nicht zu der hohen ethischen Auffassung der Bibel, in jedem Menschen den Bruder zu lieben, aufschwingen konnte, so suchte man sich einzureiben, der Jude sei ein fremdes Element und passe nicht in die nationale Kultur hinein. Die meisten mußten wohl, daß der größte Teil der Juden seit Jahrhunderten in Deutschland lebte und mit tausend Jüden mit dem Stamme, seiner Natur und Kultur verknüpft waren, aber — man glaubt was man wünscht und so suggerierte man sich gern Anschauungen, die bequem waren. Der Volksmund sagt: Wenn man einen Hund ertränken will, sagt man, er sei toll. Es ist psychologisch und kulturhistorisch interessant, die Schriften der Gegner der Judenemigration in den ersten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts zu studieren. Einige von ihnen sind eifrig genug, ihren nachden Jüden gegen die Juden einzusetzen, und das sind noch die relativ sympathischen unter ihnen. Die widerstehen sind diejenigen, die ihre niedrigen Triebe hinter wohlklingenden Phrasen zu verhehlen suchen. Das Wort Nationalismus tauchte damals auf und wurde mit diesem Wort schlimmerer Mißbrauch getrieben als in seiner konträren Anwendung auf die Juden. Man stellte von reaktionärer Seite den Nationalismus in Gegensatz zur jüdischen Gefinnung. In Wirklichkeit aber lagte vielleicht keine Bevölkerungsklasse in Deutschland so sehr danach, mit dem Deutschtum zu verschmelzen, wie die

Juden. Denn für sie war der deutsche Nationalismus kein leeres Wort, kein bloßer Zug, sondern die Grundlage ihrer Befreiung, die Basis ihrer neuen Entwicklung. Für sie war Nationalismus, Liberalismus und Fortschritt eins, ihnen war die neue Idee ein Erlösungsgebaute. Tatsächlich findet man in den jüdischen Kreisen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts häufig die größte Begeisterung für die Sache der deutschen Einheit und die größte Freude über jede neue Errungenschaft des liberalen Bestes. Den Juden war die Auferstehung eines großen freien Deutschlands eine leuchtende Hoffnung und sie waren glücklich, als bisher brachliegenden Kräfte und Fähigkeiten für eine große Sache betätigen zu können. In ihrer Begeisterung waren die ersten Jahre nach dem deutsch-französischen Krieg 1870/71 für die deutschen Juden die glücklichste Zeit. Es war für sie die Zeit der Romantik, in der sie von einer Verdrüßung träumten und sich danach sehnten, ihre besten Kräfte in den Dienst des Vaterlandes zu stellen und mit ihren Brüdern anderer Glaubens Hand in Hand für die Kultur und Wohlfahrt Deutschlands zu wirken.

Es war gewiß nicht ihre Schuld, daß sie sich aus diesem Traume gewedt wurden, und es ist eine Ironie des Schicksals, daß gerade Treitschke, der als nationaler Prophet und patriotischer Deros gepriesen wird, der erste war, der sich alle Mühe gab, den deutschen Juden die Freude am Deutschtum zu verflümmern. Zu ihm gestellte sich dann Stöcker, der Priester des Hasses, um das eben vom Schicksal über die zurückgesetzte deutsche Volk, wo es einmütig für ein gemeinsames Ziel gekämpft und geblutet hatte, nun zu entzweien. Der bereits begrabene Judenhaß wurde vom Grabe hergeholt und dem Volke als höches Ideal gepriesen. So wurde der alte Antisemitismus in ein neues Gewand gehüllt und er gab einen neuen Sport für Agitatoren und Demagogen ab. Und als die Politiker, die stets auf die Dummheit und die Niedrigkeit spekulierten, sahen, daß dieses alte häßliche politische Lieb mit seiner neuen Melodie auf gewisse Volkskreise einen großen Reiz ausübte, schufen sie aus dem Judenhaß eine Partei. So entstand der politische Antisemitismus. Eine Partei ist wohl nicht genau ausgebracht. Kein, etwas Einseitiges und Harmonisches kann der Haß nicht erzeugen. Es waren mehrere Parteien, die der Antisemitismus gebar. Die einzelnen Gruppen und Richtungen beschiedeten einander und sie waren auch in sich ohne Halt, denn ihre Programme und ihre Fahnensprüche lösten einander in raschem Wechsel ab. Was all diese Elemente für kurze Zeit einigte, war der instinktive oder geschäftsmäßig zur Schau getragene Judenhaß. Soust aber waren in diesem Baisin alle politischen Spattierungen, von der schwärzesten Reaktion bis zum blutigen Anarchismus vertreten. Die Parteien waren stets das, was ihre jeweiligen Führer waren, bald schmümelnd, à la Stöcker, bald alles vernemend à la Schönerer und Friedrich Lange. Auch in der Art, wie sie sich die Lösung der „brennenden Judenfrage“ dachten, unterschieden sich die Richtungen sehr voneinander. Hauptsächlich war die Theorie des Antisemitismus was das Leben und Treiben dieser Parteien. Bunt zusammengewürfelt und wie in Babylon verschiedene Sprachen sprechend und einander verwirrend, konnte ihr politischer Tag keine Höhe erreichen. Sprechen und Hegen — darin erschöpfte sich die ganze Tätigkeit dieser Parteien, und das ganze Treiben erschien dem ernsten Politiker wie ein politischer Karneval, der keine andere Wirkung hinterläßt, als einen bösen Magenjammer. So war der Parteienantisemitismus in Deutschland nie in dem Sinne politisch, daß er einen Einfluß auf die Gesetzgebung und die Verwaltung ausgeübt hätte. Dieses Gefühl wurde aufs beste durch die Konser-vativen und durch die alte junkerliche Ueberlieferung in

Preußen besorgt. Nur in dem Sinne waren die „reinen“ antisemitischen Parteien politisch, daß sie im Wählen, Agitieren und Bekanntschaft leisten und die Hige des Wahlkampfes oft zur Kaserie steigerten. Ihnen war die Agitation nicht Mittel zum Zweck, sondern Selbstzweck, daher brachten sie es darin zu einer Virtuosität.

Diente ist dieser politische Antisemitismus sehr zusammengefaßt und der qualitative und quantitative Rückgang ist trotz aller beschönigenden Proben notorisch. Wohl besitzen wir noch im Reichstage zwei antisemitische Minoritätsparteien, aber beide zusammen konnten nur mit Hilfe einiger Wild-Reaktionäre eine Fraktion zusammenstellen. Diese Fraktion ist das wunderliche Parteigebilde im Reichstage. Sie führt den Namen „Christlich-sozialer Vereinigung“, wohl darum, weil die volkswirtschaftliche Unwissenheit ihnen allen gemein ist. Das Fraktionsgebäude ist so schwach, daß der leiseste Wind, der daran rüttelt, es zerstört. Es ist charakteristisch für unsere Antisemiten von heute, daß sie anfangen sich ihres Antisemitismus zu schämen und unter allen möglichen Namen auftreten. Sie wollen Antisemiten sein, aber nicht so heißen. Der Abgeordnete Lattmann versucht ja vor kurzem im Reichstage, das Odium des Antisemitismus auf sich abzuwälzen und ganz energisch verneinte er jede Gemeinschaft mit den Ahlwardt und Pädler. Die heutigen Führer möchten ihren Antisemitismus als illigime Liebe verzeihen und in ihrem Hauptberufe als Mittelstandspolitiker und nationale Reformer erscheinen. Das aber ist ein bitterer Unbitt, denn die Judenfrage allein war es, die auf gewisse Elemente eine Anziehungskraft ausübte. Ihre sonstige Politik ist so fade, daß sie auch den Anpruchlosen nicht locken könnte. Diese Wacke hilft auch nicht viel. Nicht nur ihren Gegnern, sondern auch ihren Wählern sind diese Abgeordneten nur in ihrer Haupteligenschaft als Antisemiten bekannt, denn ohne ihren Antisemitismus wären sie das bekannte Pfeffer ohne Kringe, dem das Salz fehlt.

Neben diesem politischen Antisemitismus und vielfach lieberoll mit ihm verschlungen lief eine Zeit lang der Affekt antisemitismus einher und er übte namentlich auf einen Teil der akademischen Jugend eine große Anziehungskraft aus. Aber auch er scheint den Höhepunkt längst überschritten zu haben. Die Schlagwörter der Rassen-Theorien sind wohl auch heute noch Wankem geläufig und Chamberlain wird noch viel gelesen, aber ernst wird auch dieses wissenschaftlich drapierte Gespinnst nicht mehr genommen, denn wer ein angeborenes Gefühl für Wahrheit und Klarheit hat, dem wird es gar bald unheimlich in dieser Nebelregion. Heute weiß jeder Geistesblinde, daß wir unter den modernen Kulturologen gar keine reinen Rassen mehr haben und daß der Rassenbunkel im Grunde ebenso töricht ist wie der Weltschmerz. Höher als alle Rassen steht die Menschlichkeit und der höchste Adel ist der, den man sich selber erringt, und nicht der, den man auf das Konto seiner Rasse a priori beansprucht. Einen eigentlichen Einfluß im öffentlichen Leben hat dieser Rassenantisemitismus niemals besessen und auch aus der Litteratur wird dieses Döhl aller unflaren Rapsche durch die Wissenschaft und durch die gesunde Vernunft immer mehr zurückgedrängt.

Als lebend ist heute eigentlich nur noch der gesellschaftliche Antisemitismus zu anzusehen, d. h. jene Richtung, die dahingelien, den Juden gesellschaftlich zu isolieren, um die Judenheit allmählich in ein neues Ghetto zu drängen. Diese Richtung ist in den letzten Jahren mit der Schwächung des Liberalismus ziemlich stark geworden. Die Zahl der Leute, die zwar zu vornehm sind, um ihren Antisemitismus öffentlich zu bekennen, die aber jede außergerichtliche Berührung mit Juden meiden, ist nicht gering. Immer von neuem tauchen Vereine auf, die Juden, sei es offen, sei es durch schlaue Klausel, ausschließen. So wurden

die Juden immer mehr aus der Gesellschaft verdrängt und dazu gewungen, eigene Vereine zu gründen und engeren Anschluß an einander zu suchen. Diese Erscheinung bildet keinen Hinweis auf die Verdrängung. Es ist im Grunde absurd, zu einer Zeit, wo man sich über den Partikularismus der Süddeutschen beklagt, wo man alle Mittel versucht, um die Polen, die Dänen und die Elsaß-Lothringer zu germanisieren, man ein gut deutsches Element in der eigenen Mitte separieren möchte. Der Kulturfortschritt der Zukunft wird es nicht begreifen, daß es eine Zeit gab, in der man die Polen mit Gewalt zu Deutschen machen wollte, während man den Juden, die freudigen Herzen alles Schöne und Gute in Deutschland förderien, ihre Liebe zum Deutschtum zu ertümmern suchte. Wohin soll denn überhaupt diese unselbige Politik führen? Kein ernster Mensch glaubt heute an die Verdrängung der Juden oder an ihre Stellung unter Ausnahmengesetze. Ist es dann klug, einen Teil der Bevölkerung, mit dem man dauernd zusammenleben muß, abzusondern? Es gibt nichts Widerspruchslöseres als die Politik des Antisemitismus. Man klagt über manche jüdische Eigenschaften, die noch vom Ghetto herrühren, und — tut alles, um diese Eigenart zu härten. Denn es ist ja klar, daß man durch diese Isolierung die guten wie die schlechten spezifisch jüdischen Eigenschaften steigert. Es soll hier nicht unterdrückt werden, ob man der Judenheit sozial und kulturell dadurch schadet, wohl aber scheint es sicher, daß man Deutschland keine guten Dienste leistet, wenn man die einheitliche Entwicklung seiner Bürger und die Harmonie seiner Kultur stört. Die Pfäde des Antisemitismus sind so verflochten, daß man mit dem Lichte der Vernunft nicht dahin dringen kann. Bedauerlich aber ist und bleibt diese Richtung, die, wie es scheint, noch nicht abgemindert hat. Eine rationelle Abwehr ist hier nur durch eine Aufklärung großen Stils, durch eine gesunde Volksehrung möglich. Wer trotz aller Erfahrung sich den Glauben an den menschlichen Fortschritt erhalten hat, der wird die Hoffnung nicht aufgeben, daß auch hier der kulturelle und sittliche Fortschritt gute Früchte tragen wird.

F. S.

Aus dem antisemitischen Lager.

Wähler und Rasse. Es ist eine seit Ahlwardts Zeiten oft festgestellte Tatsache, daß die Antisemiten ihre Wahlerfolge nicht nur ihrer demagogischen Agitation, sondern auch ihren skrupellosen Verführungen, mit denen sie geistig minderbegabte Wähler einfangen, zu verdanken haben. Im Falle Wähler, der jetzt aus dem gleichen Anlaß die Öffentlichkeit beschäftigt, wird so wohl die gerichtliche Verpöndung hierüber genügende Klarheit schaffen. Herr Wähler hat nämlich, wie die „Deutsche Reform“, das Organ des antisemitischen Abgeordneten Zimmermann mittelt, sowohl gegen den nationalliberalen Parteiführer Dr. Ripper, der die jetzt von Wähler allerdings heftig bestrittene Ausrufung: „Wählt mich, dann wird der Schnaps billiger“, zuerst an die Öffentlichkeit gebracht hat, wie gegen die verantwortlichen Redakteure der „Halbtoner Zeitung“ und der „Freien deutschen Presse“, die diese Ausrufungen übernommen hatten, Verleumdungsklage angehängt. Wähler soll nach der Ripperischen Darstellung, deren Richtigkeit er allerdings durchweg bestritt, auf dem Schloßhauer Landratsamt zu seiner Einschulung u. a. gesagt haben: „Das macht man so bei Wahlen.“ Das in dem Wahlkreise des antisemitischen Abgeordneten Rassell ergehende „Spritzer Kreisblatt“ gibt hierzu folgende allerletzte Ergänzung: „Ja, ja, das macht man so bei Wahlen! Wirklich ein köstliches Eingebildnis, das der Wit- und Nachwelt nicht vorenthalten werden darf! Und wenn man's wirklich so bei Wahlen macht, dann ist es schließlich auch zu erklären, daß man in einem Jahre, wie

der Abg. Kröckel im Jahre 1906. — 1072 Bittgesuche erhält.“ — An wie viele Versprechungen mag Herr Kröckel wohl in diesen 1072 „Bittgesuchen“ erinnert worden sein!

Bei der Reichstagserversammlung in Altensachsen treiben die Christlichsozialen nach dem Vorbilde ihres Herrn und Meisters Sieder den widerlichsten Antisemitismus. In welchem Tone sie sich dabei der Judenbegegnung widmen, dafür mag ein Ausspruch als Beispiel dienen, den der christlichsozialer Kandidat kürzlich in Weinreithagen nach dem „Büchsen-Tagbl.“ tat. Der Herr behauptete, daß die Schauspieler zu 70 Proz. aus Juden beständen und dadurch keine Schillerische Tragödie mehr an deutschen Theatern, sondern nur Schundstücke gemeinster Art aufgeführt würden!

Das Hamburger „Deutsche Blatt“, das offizielle Organ der Deutschsozialen, hat die Eltern, die vor dem Landgericht verhandelte Realien in Sachen des Deutscher Landgerichtsrats Blumenberg, obwohl ihm genau bekannt sein muß, daß der Angeklagte kein Jude ist, unter der Spitzmarke zu veröffentlichen: „Juden als Richter.“ Die Fälschung ist um so plumper, als im Text mitgeteilt wird, daß Blumenbergs Vater Pastor in Breslau gewesen ist.

Vermischtes.

Antisemitische Bade-, Kur- und Erholungs-orte. Herr Franz Schröder, hat die Besitzer des Grand Hotel „Flora“ in Bad Neuenahr protestiert dagegen, daß sein Hotel als antisemitisch bezeichnet werde: „Diese Bezeichnung entspricht nicht den Tatsachen, es wohnen bei uns beständig gute und bessere Familien israelitisches Glaubens, die sich durch verachtete falsche Notizen unangenehm berührt fühlen müssen.“

Ebenso widerspricht der Vorsitzende des Fremdenkomitees in Cadix in Thüringen der Behauptung, daß dieser Ort antisemitisch sei: „Uns sind alle Gäste willkommen, welche mit ihrem Besuch deschen und bei uns Erholung suchen; und werden wir Alle gleich zuvorkommend behandelt und deren Glauben halber gar keinen Unterschied machen.“

Das „Israel. Familienbl.“ erhält von Herrn Lehrer Girsfeld in Berlin eine Zuschrift, in der darauf hingewiesen wird, daß Graal bei Witten nicht als antisemitisch bezeichnet werden kann. „Da ich mit meiner Familie“, so heißt es in dem Schreiben, im vorigen Sommer 3 Wochen dort zugebracht habe und nie, auch nur die geringste Spur von Antisemitismus gemerkt habe, trotzdem ich mein Judentum nicht verleugnet habe und wie alle „Jüdisch“ aussehe, so beruht die Meinung von Graal wohl auf einem Irrtum.“

In Stolp zirkulierte dieser Tage ein sensationelles Gerücht. In einer Kiste sollte auf dem Güterbahnhof der nackte Körper eines chlorofarmierten Mädchens entdeckt worden sein; der Frachtkontrollant sollte die Adresse eines jüdischen Geschäftes in Stolp getragen haben. In welcher Weise das Gerücht sensationell ausgewertet wurde, kann man sich leicht denken. Hierzu bemerkt die „Ztg. f. Hannover.“: Die Nachricht ist vollständig unwahr. Die Polizei hat bereits gescheit Ermittlungen nach dem Urheber der Nachricht angestellt, die aber vergeblich waren. Es sind weitere Ermittlungen im Gange. G. schließlich gelingt es auch in diesem Falle, dem Verleumder vor Gericht zu Gemüte zu führen, daß die Ehre des Rächens im deutschen Reiche nicht vorgeht ist.

Amerikanisches. Im „American Israelite“ finden wir folgendes den Tageszeitungen entnommenes Schriftstück, das den deutschen Antisemiten zur Beherzigung empfohlen werden mag. Nicht weil wir glauben, daß alle Juden so sind — sie sind es ebenso wenig wie alle Christen —, aber

sie können daraus doch ersehen, daß es Juden gibt, die nicht in der Schlacht davoniaufen und die nicht mit Leib und Seele am Rammon hängen. General Carter, also kein Jude, erzählt die Geschichte in einer nichtjüdischen Versammlung in Cincinnati.

Ich möchte, sagte der General, hier von einem Dankbarkeitsakte erzählen, der die Folge einer guten Tat des Generals Sharpe aus dem Schlachtfelde von Shiloh war. Ein jüdischer Soldat der konföderierten Armee hatte den ganzen Tag verwundet dagelegen. Er hatte einen Schuß im Bein erhalten, aber die Soldaten achteten nicht auf seine Hilfrufe. General Sharpe bemerkte ihn und gab Befehl, daß er in das Feldspital gebracht werde, wo sein Bein amputiert wurde. Nach dem Kriege geniet General Sharpe in Geldschwierigkeiten, so daß schließlich seine Besorgung subventioniert wurde. Ein Freund sagte dem General, daß sie von einem Juden gekauft worden sei. Einige Tage darauf erschien ein Jude mit einem künstlichen Bein bei dem General und sagte: „Ich bin der Mann, dem Sie aus dem Schlachtfelde bei Shiloh gefahren haben. Ich habe das ganze Gefeld in der Stadt in meinen Händen. weil ich in der konföderierten Armee gekämpft habe. Ich fürchte, daß Ihr Bein verfallen werden sollte. Hier haben Sie die Kaufurkunde. Die Ratäre sagen, es sei alles in Ordnung.“ Damit hängte er das Dokument dem General aus.

David Lubin. Die Amerikaner wissen sehr wohl, wieviel sie den Einwanderern zu danken haben. Aber auch die vielgeschmähten polnischen Juden haben nicht wenig dem Lande genutzt und selbst seinen Ruin vermehrt. Das sonderbarste Beispiel hierfür ist wohl David Lubin, der, im Jahre 1849 in Polen geboren, in früherer Jugend nach New York gekommen ist. Erst Kommis, dann Hausierer wurde er später — Landwirt, — und man sollte es kaum glauben — der Jude, der polnische Jude, der Hausierer, machte mehrere für die Landwirtschaft sehr nützliche Erfindungen, er erfand er u. a. einen vornehmlichen Pflug, und sieht jetzt im Begriff sich um die Landwirtschaft der ganzen Welt ein epochenmachendes Verdienst zu erwerben. Um die amerikanische Landwirtschaft hat er sich bereits sehr verdient gemacht durch seine erfolgreiche Agitation für Ermäßigung der Zölle. Sein jetziges Streben geht dahin, eine korrekte internationale Feststellung der Zollerträge der ganzen Welt zu ermöglichen, um so einerseits eine Ueberwertung des konsumierenden Publikums zu verhindern und andererseits den Landwirten mehr den ihnen zukommenden Verdienst zu sichern. Nachdem er sich vergebens bemüht hatte, den Präsidenten der französischen Republik Loubet für seine Idee zu gewinnen, gelang es ihm, mit f. J. bereits kurz mitgeteilt, durch Vermittelung eines Admiens bei dem jetzigen König von Italien zu erlangen, der gleich auf die Idee Lubins einging und veranlaßte, daß etwa eine halbe Million Lire zur Begründung des von Lubin vorgeschlagenen internationalen Instituts ausgemessen wurde. Jetzt befindet sich Herr Lubin in Washington, um mit dem Präsidenten Roosevelt und Senatoren für die Schaffung eines internationalen landwirtschaftlichen Kongresses zu konferieren.

Es ist eine wirklich geistreiche Ironie des Schicksals, daß ein Abkommen derjenigen Völkervereinigung, dem noch in manchen Ländern die Erwerbung von Grundbesitz teils ganz verboten, teils ungemein erschwert worden ist, dem jede Begabung und Neigung für die Landwirtschaft von den Antisemiten noch heute abgesprochen wird, obgleich die alten Juden Landwirte waren und in Palästina sogar landwirtschaftliche Wunder verrichtet haben, sich um die Landwirtschaft der ganzen Welt so sehr verdient machten und so fertige Rassen auf das Haupt der Judenfeinde sammeln soll.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mughebergstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kover wünscht.
Telephon: Unt. 6 Nr. 2023.

Alle Zusendungen an die Expedition und Abonnenten sind zu richten an Herrn W. Mughebergstr. 14, und alle Briefe gleich dem ganzen Briefe beizulegen. Selbst, wenn es sich um Briefe handelt, die an den Herausgeber, Herrn Dr. Bauer, c. d. Straß. Berlin W. 35, Mughebergstr. 14.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

Eine bedeutsame Kundgebung gegen die russischen Massacres.

Eine Zuhörerschaft von etwa 3000 Personen, vornehmlich aus den gebildeten Ständen, darunter auch viele Damen, füllte am Abend des 25. Juni den großen Saal und die Gallerien der Tonhalle in Berlin, um gegen die russischen Massacres Protest zu erheben. Schon anderthalb Stunden vor Beginn der Versammlung mußte der Versammlungsraum wegen Ueberfüllung gesperrt werden, und Tausende drängten sich noch vergeblich auf der Straße, um Einlaß zu erlangen. Unter den Erschienenen befanden sich auch zahlreiche Mitglieder der parlamentarischen und kommunalen Körperschaften.

Das in diesem Massenandrang zu Tage tretende große Interesse der Berliner Bevölkerung galt, wie man wohl annehmen darf, eben so sehr der Sache wie den Referenten. Hochbedeutungsvolle Männer aus den Kreisen der Wissenschaft, gelehrte Parlamentarier und Politiker in Deutschland hatten sich mit viel an der Freiheitsbewegung in unsern südlichen Nachbarlande hervorragenden beteiligten Vertretern der russischen Intelligenz vereinigt, um das deutsche Volk zu einem klammernden Protest gegen die unerhörten und jedem menschlichen Empfinden Hohn sprechenden Grauslichkeiten in Rußland aufzurufen. Die mehrtausendköpfige Versammlung bewachte, wenn sie auch bei Erwähnung der Einzelheiten der verübten Schandthaten mit ihrer gerechten Empörung nicht zurückblieb, eine musterhafte Disziplin; kein Mitglied störte die krasse Kundgebung.

Die hohe politische Bedeutung der Versammlung liegt darin, daß die Referenten das blutige Ringen in Rußland unter allgemeinen historischen, sozialen und wirtschafts-

politischen Gesichtspunkten beurteilten; die Judenmorde sind nur eine Teilerscheinung des noch nicht zum Abschluß gelangten sozialen Umwälzungsprozesses in Rußland, freilich eine unauflösliche und die verhängnisvollste Erscheinung.

Die Leitung der Versammlung lag in den bewährten Händen des Reichstagsabgeordneten Eisenbahn-Direktors a. D. Karl Schrader; als Referenten waren gewonnen die Herren Abg. Justizrat Prof. Dr. von List, Rechtsanwalt Schdanoff aus Moskau Mitglied des Präsidiums der konstitutionell-demokratischen Partei, Justizrat Albert Traeger, Mitglied des Reichstages und des preussischen Abgeordnetenhauses, Pfarrer Dr. Paul Krumpholtz, Dr. med. S. Bruckhaus aus St. Petersburg, Dr. Friedrich Rammann.

Wir lassen nunmehr die Ausführungen der einzelnen Redner mit unvollständigen Kürzungen nach Keno-graphischer Niederschrift folgen:

Die Versammlung wurde von dem Abg. Direktor Schrader mit folgenden Worten eröffnet:

Hochgeehrte Versammlung! Die Einberaer dieser Versammlung haben mit dem Recht am heutigen Abend übertrag. Ich eröffne daher die Versammlung. Die nächste Benennung dieser Versammlung sind die Initiatoren, welche kürzlich in Wladivostok verübt worden sind, Initiatoren, welche in der ganzen Welt Aufsehen und Entzückung hervorgerufen haben. Dazu kommt ein tiefes Mitleid mit den Opfern, die zum größten Teil jüdischen Religion sind. Es war sehr verständlich, daß an erster Stelle hier in Berlin die jüdischen Stammesgenossen sich aber das äußerten, was in Wladivostok geschehen ist, daß sie sich erheben über dieses Mißgeschick zum Ausdruck brachten. Wir alle werden die Gesühle, welche jene Versammlung derer, teilen. Wir haben das tiefste Mitleid mit den Opfern und Aufsehen gegen diejenigen, welche diese Initiatoren angestiftet haben. Aber der Gegenstand dieser Versammlung ist nicht allein hauptsächlich der, unter Mitleid sich ausdrücken mit den Opfern jener Initiatoren, sondern auch und über die Zustände in Rußland, von denen das, was in Wladivostok geschehen ist, nur ein einzelnes Beispiel ist, vom politischen Standpunkt des deutschen Reichs zu äußern. In Rußland ist eine Revolution ausgebrochen, eine Revolution größer und furchtbarer als die Welt sie je gesehen hat. Groß, denn es handelt sich um ein Reich von großer Ausdehnung — und furchtbar, weil es sich darum handelt, die Folgen einer Miltörregierung wieder gut zu machen und dem Volke die Freiheit zu verschaffen. Eine Revolution wird niemals möglich sein — und am wenigsten wird das möglich sein bei den Russen in Rußland — ohne daß sie schwere Opfer herbeiführen, daß Verbrechen begangen werden, zum guten Teil aus patriotischer Absicht. Aber nach mehr Verbrechen werden begangen als anderen Missethungen. Ohne Blut, ohne Opfer vergeht eine Revolution nicht. Aber das, was die russische Revolution auszeichnet, das ist der Kampf des russischen Volkes gegen eine Gruppe von Menschen, welche die Herrschaft über das Volk lange Jahre hindurch angesetzt haben. Das ist der Kampf gegen eine Vandalenbrut, welche die Juden ausbeuteten, welche, unter welchen Rußland griffen hat, sind wenn und nicht als Vandalen zu bezeichnen, so sind diese Initiatoren verurteilt durch ihre Kreise; mit kaltem Blut sind sie begangen worden; mit kaltem Blut ist das vorbereitet worden, was in Wladivostok und

Wacht. Aber in erster Linie ist es auch das Recht und die Pflicht grade der christlichen Bevölkerung, (Sechster Beisatz) eines jeden von uns, dem sein Christentum mehr ist als der Deckmantel für die Verfolgung leibschädlicher Parteiziele in feindsichtiger Weise Protest einzulegen (Sechster Beisatz) gegen das, was an weichen Bürgern, an Männern, Frauen und Kindern, an Juden und Christen dort begangen worden ist. Das ist in menschlicher Weise diesen Protest ausdrücken müssen, deshalb hat es jeder. Mit diesem Protest werden wir doch aber auch das Bestehen, die Fortdauer verurteilen, das Stillsitzen geschaffen werde über die Ursachen dieser Verfolgung, das feststellen merke, vor dem eigentlich die Schaulinien sind, von denen aus in dieser planmäßigen, wohl überlegten Weise die Juden die Gemehr in Szene gesetzt werden. Die jüdische Welt hat ein Recht darauf, das festgestellt wird, wie groß und wie schwer die Mitschuld der russischen Woiwoden an dieser Verfolgung, die nicht mehr was zu sagen ist, ist. Wenn wir diesen Völkern aufsprechen, dann wollen wir und die Frage vorlegen, es nicht auch in unserer deutschen Bevölkerung, in der des ganzen Reichs, der sich gegen den jüdisch-freien Willen nennt, es nicht Mitgeschuldige dieser Verfolgung unter uns sind. (Sechste Zustimmung.) Das gegenwärtige russische System stützt sich auf die finanzielle Innerlichkeit, die es dem Westen empfängt. (Zehnte Zustimmung) Es auch in dem Augenblick zusammenbrechen, wo ihm diese Unterstützung entzogen wird. Und nur ihm diese Unterstützung genährt, der macht sich um das Beste, zum Wohlwollen. (Zehnte Zustimmung) Unsere deutschen Kundstüchtigen Räte sind wir zu unterstützen und herzlichsten Danke verpflichtet für die Haltung, die es der letzten Russenpolitik gegenüber eingenommen hat. (Beifall.) Aber mit lebhaftem Schmerz und mit tiefer Beklammung müssen wir uns in diesem Augenblick eingestehen, das nicht bloß in dem mit Russland auch engste politisch verbundene Frankreich, sondern auch bei uns Männer der Jugendzeit, Jüdische und Deutsche, (Sechste Zustimmung) bevor nicht zurückgekehrt sind, für die Räte und damit für das letzte russische System, für die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes in Russland eintreten. Mit dem Protest, den wir hier erheben, ist unsere Aufgabe, wie wir meinen, aber noch nicht vollständig gelöst. Aber die Vergangenheit müssen wir den Blick hinterlassen in die Gegenwart und in die nächste Zukunft. Die große und schwere Aufgabe, die das russische Volk zu lösen hat, ist die, eine Organisation zu haben, die hart genug ist, der Träger der Erhebung zu werden. Und so ist in all dem Zusammen, in all der Innerlichkeit, um dem Zweck ein Lichtbild, das wenigstens eine solche Organisation heute vorhanden ist, müssen auch die Parteiverhältnisse, die Parteiprogramme heute noch unklar und unklar sein, die Hauptsache ist, das eine solche Organisation so ist, die als Träger der weiteren Entwicklung angesehen werden kann. Sie ist gewiß von dem Volk, getragen von dem Vertrauen des russischen Volkes und hat gesagt, das die Männer, die die nächste glänzende Arbeit, sondern auch schlechte und schlechte Arbeit leisten wollen, hier heute die Gelegenheit benutzen, um den Männern, die in der russischen Duma gegen den Terrorismus von rechts und links den besten Kampf führen, unsere Sympathie, unser Vertrauen, unsere Unterstützung auszusprechen. (Beifall.) Wir müssen der Hoffnung Ausdruck geben, das es ihnen gelingen möge, wenn auch erst nach langem harten Kampfe, Russland zu geordneten Zuständen wieder zurückzuführen, ein neues Russland aufzubauen, ein freies und glückliches, ein neues Russland, mit dem wir, wie mit dem alten in Frieden und Freundschaft, aber noch mehr in dem innigen und echten Austausch der geistigen und materiellen Güter leben zu können hoffen. Unsere Resolution richtet sich nach diesen besten Wünschen: Protest gegen die Gewalt und Zwang in die Zukunft Russlands. Wir bitten, dieser Resolution Ihre Zustimmung nicht verlagern zu wollen. Womöglich wird freilich fragen, welche Bedeutung hat eine solche Resolution? Kann sie im Grunde sein, das Geschichte Russlands irgendeine zu bestimmen? Ich kann darauf antworten: Ich glaube nicht, das können wir, das nicht erreichen, denn mehr als das unsere Pflicht, das wir das, was wir für wahr erkannt haben, ausdrücken. (Sechster Beifall.) Aber so liegen die Dinge ja gar nicht. Keinen kurzfristigen gegenwärtigen Allzustand können wir es überlassen, alle große Bewegungen der Volkseile irgendhin hinweg zu gehen. Aber die Geschichte der Menschen kennt, der weiß, das nicht mächtiger und unwiderstehlicher ist, als eine große, die stillerenden Länder umfassende Volksebewegung. (Beifall.) Schon regt sich aber doch in den Vereinigten Staaten, in England, Österreich, selbst in Frankreich und sogar in den unteren Regierung noch schweren Streifen. Überall regt sich die Bewegung, und unter deutsches Volk wird und kann hinter den anderen nicht zurückbleiben. Denn niemand hat ein größeres Interesse, an der Ruhe und Ordnung, dem Glück und der Wohlfahrt und dem Fortschritt in Russland als wir, die wir die unmittelbaren Nachbarn dieses Reiches sind. Und wenn wir heute unsere Stimme erheben in der Zukunft, das sie lebhaften Widerstand finden wird in allen Teilen des deutschen Reichs, so bedeutet dies nicht nur in jeder Weise als Freund Russlands, sondern als deutsche Völkern. (Zehnte Zustimmung)

Hg. Direktor Schradner verliest hierauf folgendes Telegramm, das aus Wien eingelaufen ist:

„Die Organisation der österreichischen Juden dankt Ihnen und tiefsten Herzen, das Sie für ihre Brüder in Russland, die dem Menschenrechte preisgegeben sind, Ihre Stimme erheben und das Sie die Kraft und den Mut ihrer Überzeugung fassen, unheimlicher um die Umtriebe des Tages, eine Frage der Menschlichkeit an ganz Europa zu richten. Europa muß die Frage beantworten, die Geflüchteten Europa ist ihnen gegeben, als die Juden, die in die jüdische Europa, die Opfer der Judenfrage selbst in die Quers zu nehmen. Sie wünschen und hoffen, das der Welt ersichtlich: Die Judenfrage ist eine Frage Europas, und wir bitten es für notwendig, sie auf die Tagesordnung der nächsten Hoher Friedenskonferenz zu setzen.“

Der nächste Redner ist das Mitglied des Reichstages der konstitutionell-demokratischen Partei N. A. Zhdanow: Moskau:

„Gestatten Sie mir, der ich dem Zentrum der russischen Bewegung nahe stehe und die Grundlagen genau kenne, einige Worte über das Ereignis, welches die öffentliche Meinung so stark berührt hat und die Bevölkerung der heutigen Verarmung ist. Die Ereignisse in Russland sind keine Eingriffe in den jüdischen Gange der Organisation der letzten Monate in Russland. Das jüdische Unbehagen, War, Brand und Gewalttätigkeiten, alle die Schrecken der Judenfrage, das das russische Volk im Kampf um seine Menschen- und Bürgerrechte, um die Grundregeln seiner bürgerlichen Erziehung schon mehr als einmal ertragen. Und die letzte Judenfrage in Russland nimmt in der Reihe aller dieser Vorgänge keine besondere Stellung ein. Wenn würde ich glauben, wenn man das Unheil in Russland auf den Antisemitismus der russischen Bevölkerung zurückführen wollte. Die schwere Beschuldigung des russischen Volkes auch gerechtfertigt werden. Jüdische Ereignisse liegen dem russischen Volk fern. Damit Gestalten der Reaktion haben sie fähig gehalten. Es handelt sich um eine Entfremdung jener dunkleren russischen Gegenrevolution, welche das den erdichteten und verbreiteten Anschuldigungen der Reaktion in die Wege geleitet worden ist. Sie wissen, das das russische Volk bis zu den bedrückendsten Chobotzern war mit Fortschritt, aber den Fortschritten der Kultur entsprechenden Hoffen um eine Freiheit gekämpft hat. Die Schmach und die Schande der Reaktion ist jetzt der Welt offenbar geworden, ebenso wie die Schandentat der Volksknecht. Eine mächtige Welle der freisinnigen Bewegung staut sich das ganze russische Volk, und sie drängt die russischen Staatsbürger ins Handeln, welche für unerschütterlich gelten. Bei uns vernünftigen ist alle Schichten der Bevölkerung, der Adel und die Bauern, die Intelligenz und die Arbeiter auf dem Boden einer einheitlichen Forderung der Verbesserung, der Förderung einer Volksebewegung. Die Bewegung kommt sehr an, sie zog seinen Streik, sie regte die Aufmerksamkeit in immer höherem Maße, sie eiferte neuen politischen Vereinigungen und Verbänden hervor. Sie führte schließlich zum größten Ereignis der Geschichte des sozialen Lebens in Russland, zum historischen Vorstößen der russischen Arbeiterklasse im Februar. Mit erschütternder Einmütigkeit, mit erschütternder Selbstverleugung vernünftigen sich die noch Millionen jüdischen Massen der Arbeiter. Und ohne den Verfolgungen und schweren Schädigungen zurückzuführen entschlossen sie sich, im großen Vorkriegsplanke des russischen Volkes zu einem neuen Kampfbunde, dem allgemeinen politischen Streik zu greifen. Und sie haben ihn zur Aufgabe gemacht, indem sie ihre Forderungen auf der der Beseitigung der Bedürfnisse der Bevölkerung stand, hoch erhoben. Sie legten die wichtigsten Forderungen des sozialen Lebens der Gegenwart, die Arbeit, außer Tätigkeit. Sie mit einem Jüdischen Hofe das Leben in der russischen Hauptstadt und an anderen Orten, die Menschen, die Verfolgungen regten sich nicht mehr. Die Gewerkschaften, die Arbeiter in jeder der Städte und die Konfessionen, alle scharrten in drohender Spannung gegen einen solchen mächtigen Druck der sozialen Kraft konnte der alte Bau nicht standhalten. Die Regierung mußte nachgeben in der Forderung einer Volksebewegung. In den Chobotzern hat sie das dokumentiert. Das ganze Land atmete erleichtert auf. Wie mit einem Jüdischen erschienen wieder Licht und Wasser. Die Menschen haben sich wieder in Bewegung. Das Leben begann wieder zu erblühen. Aber die Feinde der russischen Volksebewegung über die Erlösung des größten politischen Ereignis gingen bald unter unter den Stößen unauflöslicher Opfer und den Schreien des Antisemitismus. Es geschah schreckliche Taten. Unsere kühnsten Arbeiter, welche durch den Zusammenbruch des alten Regimes ein Wohlleben und Vorteile, die sie auf Kosten des Landes bezogen hatten, verlieren sollten, entfachten eine furchtbare verbrecherische Tätigkeit. Im Kaukasus und an den Ufern des Schwarzen, im Polen und Schilien, in Schiden und Ostschiden und andere, die nachlangsam der russischen Bevölkerung über und heller unter der Welt der Sionisten und anderen Auswärtigen ihr blutiges Gericht an denen an, welche ihnen als die Träger der freisinnigen Bewegung bezeichnet wurden. Hierbei hatten unsere jüdischen Mitarbeiter am meisten zu leiden. Denn unsere Bureaukratie hat sie zur Opposition getrieben. Aber nicht nur gegen die Juden waren die Gegen im Oktober gerichtet, sie richteten sich gegen alle Träger der freisinnigen Bewegung, gegen die gesamte russische Intelligenz. In Tomsk wurde das Versammlungsgebäude der

Intelligenz in Brand gesetzt, im Tode des Selbstmordungsgebäude gelüftet. Während der ganzen Periode konnte ich in Moskau kein Student auf der Straße in Uniform sehen, ohne erbornunglosen Worten ausgeht zu werden. Die furchtbaren, überhörsenden Verfolgungen riefen in ganz Russland einen Sturm der Entrüstung hervor. Das ganze Volk verdammt sie und forderte Bestrafung der Schuldigen und Befreiung der unschuldigen Geschädigten. Aber das Ministerium des Innern hätte in diesen Forderungen nicht nachgegeben. Es ließ die Bestrafung unberührt, und den ganzen Apparat: Arrest und Verurteilung richtete sie nicht gegen die Führer der Regier., sondern gegen die Intelligenz, gegen die Lehrer, Ärzte, Rechtsanwält., Schriftsteller und Journalisten. Diese Politik des Ministeriums führte zu den furchtbaren Ereignissen der Tugendrevolte. Ein unersetzliches gewaltiges Mittel hat die Regierung bei dieser Gelegenheit angewendet. Die ganze Welt hat von dem großen Bedeutung der Freiheitkämpfer in Moskau durch die sogenannten Streikgebeten gehört. Aber nicht nur die Revolutionäre wurden getroffen. Eine ungeheure Anzahl völlig schuldloser Menschen hat durch Kugeln, Edel- und Anwesenheitsliste Schicksal genommen. An dem grauenhaften Morden haben Offiziere und Mannschaften Gefallen gefunden. Vom frühen Morgen bis zum Abend tönten unaufhörlich Schüsse und Schüsse. Schüsse führten zusammen, einige Häuser wurden bis auf das Fundament zerstört und dem Erdboden gleich gemacht. (Wurde.) Die drei Menschen aus Leben genommen, weil niemand genau wissen, von Wem sie zu Tode kamen. Alle furchtbar verurteilt. Ich kann auf diese Gräuelt nicht näher eingehen. Aber diese Unschonnten, nicht rekonstruierten Leiden, die die Wagnisse der Tugend, diese Gräuelt der Menschheit und blutiger Tränen, diese unschuldigen Gräuelt dürfen nicht verschwiegen werden. Die Kaiserkammer der ganzen Welt muß auf sie gerichtet werden und die ganze Welt muß sie erbornunglos richten und brandmarken. (Schreie der anhaltenden Beifall.) Der Sturm des Revolutionären Wille hat in die allgemeine Politik der Regierung innig Veränderungen gebracht. Das neue Kabinett der Regier. den Tugenden der Freiheitkämpfer gegenüber dieselbe Methode. Es versagte die besten Träger der russischen Weltanschauung und begründete die Organisation der „schwarzen Hundert“ und die stillen Verordnungen, welche sich während der Diktatorien hervorgehoben hatten. Das Ministerium dieser Politik sind die neuen Zukünftigen. In Beziehung auf das erfolgt, was im Oktober bereits angedeutet worden ist. Und hier ist der verheerende Schlag der „schwarzen Hundert“ in Aktion getreten, und die öffentliche Verwaltung hat an der Spitze teilgenommen. Die Ereignisse in Moskau bedeuten angeschlossen nicht ein Handeln der antikenischen Bewegung, sie sind vollständig herbeigeführt. Es ist die russische Gegenrevolution. In diesem Sinne hat unsere furchtbar gewaltigen Würger Opfer der Freiheitlichen Bewegung, der blutigen Masse der dunklen Gewalten der Reaktion. Die öffentliche Meinung muß auf diese Ereignisse reagieren, und sie muß nicht nur den verurteilten Opfern der Würgerhilfe bezeugen, sondern die Anführer aus furchtbar verurteilt (Schreie der Beifall.) Was ist die Zeit nicht fern, da derartige Geschicknisse verschwiegen werden durch der russischen Geschichte. Die wahre Stimmung des ganzen russischen Volks und seine Stellungnahme zur reaktionären Politik der Regierung sind in dem Ergebnis der ersten politischen Wahlen mit größter Deutlichkeit zum Ausdruck gelangt. Die gesamten Willkuren der Wähler haben die Anhänger der reaktionären Regierung, wie ein Mann mit Entschiedenheit zurückgewiesen. (Beifall.) Nicht sie, sondern die von der Regierung verurteilten Wahlen haben sie als Vertreter in das erste russische Parlament gewählt. (Beifall.) Diese Träger des Freiheitkämpfers sind das russische Volk zu Führern seiner Interessen bestellt und das Recht und die Freiheit des Volks in ihre Hände gelegt. Die furchtliche Stimmung der Reichsduma ist Ihnen bekannt. Was für Meinungen späterhin zu Tage treten werden, kann niemand wissen. Der Zeit ist es die Reaktion der Regierung gegenüber vollständig oppositionell und durchweg demokratisch. Aber den Wahlen der Einheitlichkeit, welche die erste Etappe der russischen Freiheitkämpferung kennzeichnet, ist sie unüberlegbar und wird Russland bald der ersten Freiheit zuführen. Zweifellos werden wir noch mit den furchtbaren Folgen des alten Systems und der Stumpfheit der unteren Schichten der Bevölkerung zu rechnen haben, aber diese unermesslichen Folgen sind gewiß nicht unabänderlich. Die die natürlichen Schichten werden sie werden, wie die normalen Stufen der politischen Freiheit für über das ganze russische Volk kriegen und seine künftigen Götter brandstücken werden. Dann wird im Lichte des Tages ein neuer, aber unüberlegbarer Kampf beginnen zur Befreiung der sozialen Ungerechtigkeiten, dann wird das große Werk des sozialen Glückes der breiten Massen seinen Anfang nehmen. Die Bewusstseinsbildung der höchsten Ideale ist das Ziel wahrhaftig freierheitlicher Bestrebungen. Alle wahren Freunde der Volkseinheit dürfen nicht teilnahmslos sein gegen den großen Kampf in Russland. Sie müssen das furchtbare Volk mit aller Sympathie unterstützen von Rußen der wahren Freiheit und des sozialen Fortschritts der ganzen Menschheit. (Schreie der Beifall.)

Mit lebhaftem Beifall begrüßt nimmt Johann Reichs- tags- und Landtagsabgeordneter Justizrat Tenezer das Wort:

Ich bin der Aufforderung des Komitees, hier zu sprechen mit größter Beifalligkeit gefolgt, nicht weil ich Ihnen etwas Neues oder ganz Besonderes sagen könnte, sondern weil ich der Ansicht bin, daß es die Pflicht jedes Mannes ist, der für Recht und Freiheit, für Gerechtigkeit und Kultur ergötzt, an dieser Aufgabe der Menschheit mitzuwirken. Er hat die Verpflichtung, gegen die Zustände und die Verantwortlichkeiten, die den Gegenstand der heutigen Versammlung bilden, einen hellen und entschiedenen Protest einzulegen. (Schreie der Beifall.) Und niemand soll behaupten können, daß es nicht das an. Es passiert ja nicht bei uns. Wir können leider nicht zahlreichere Hilfe leisten als höchstens mittelbare Gaben für die armen Opfer, aber auch der Protest einer so großen Versammlung, wird nicht wirkungslos verfallen, sondern gehört werden auch an den Stellen, wo er gehört werden soll und gehört werden muß. (Beifall.) Die Goldarbeiter der Kulturinteressen der nicht getragenen werden. Überall wo gegen Freiheit und Recht gekämpft wird, treten die Folgen auch andere. Es sind gemeinsame Interessen, die überall in denselben Weise verfolgt und geteilt werden. Daher war es unfer Pflicht, und das Komitee verdient den höchsten Dank, daß es uns Gelegenheit gibt, diesen Protest auszusprechen. Es ist eine nicht zu leugnende und erhebende Tatsache, daß der Herrschaft, die das Kultur auf dem Marfche sich befinden und nicht mehr ausfallen kann, (Beifall.) daß alle räumlich gestrichelten Verletzungen den sich an der Umwandlung der Welt häßlichen. Denn die Äußerer sind die inneren. Sie kennen ihre Fehler und sind bereit, für diese zu kämpfen und das Innerste zu erdulden. Demen Sie an Frankreich, wo jetzt die Empfindlichkeit der Bevölkerung die letzten Schritte im Boden der antikenischen Stützen der Reaktion herausgerissen hat. Und nun zu Russland. Russland stellt die Verfeinerung des Autokratismus, der Selbstherrlichkeit, der Selbstherrlichkeit dar. Wie der Wagner sag es alle noch räumlich gestrichelten Verletzungen, alle gegen die Freiheit und die Gerechtigkeit gerichteten Verletzungen an sich. Wie in Bräunen wollen ganz genau was, wie wie von Russland gilt, haben zu den Zeiten als der russische Jar mächtig war in Bräunen als der angekommene Herrscher. Man sagt, in Russland herrscht der Despotismus, aber alle Exilisten des Hells sind wieder Despoten. Alle Vertreter der Macht sind wieder Tyrannen in ihren Kreisen, so daß keine Mithungung und kein Widerstreben helfen kann. In Russland ging alles darüber. Alles richtete da seine Augen auf Russland. Es lag hier ein Schmerzmittel auf der ganzen Entwicklung der Bevölkerung und der Kultur. Wie kam es, daß der mächtige Koloss niedergeburt? Ein Koloss, der immer auf höheren Stufen stand, wie ich jetzt sehen, der aus tausend Wunden blutet und der aller Stützen seiner früheren Machtstellung beraubt ist. Was soll nun werden? Was soll aus diesem Koloss entstehen? Es muß eine Wiedergeburt erfolgen. Und die Geburtshelfer müssen Freiheit und Gerechtigkeit sein. Das russische Volk ist ein furchtbares intelligentes Volk, das durch langes Leiden und Tadeln niedergeburt ist. Es hat sich schon so langem zu erheben versucht, aber stets vergeblich. Die ideale Anarchie, die in der Revolution herrschte, mußte auf lössenden Grund führen. Die Anarchie der Revolution hat die Anarchie im Lande erzeugt. (Zustimmung.) Jeder wird überhaupt als Anarchist gekennzeichnet, der mit den bestehenden Verhältnissen unzufrieden ist. Kein wahrer Freund der Freiheit wird die Bombe, den Dolch oder den Feuerbrand für die Waffe der Freiheit halten. Aber der Gräuelt der Tyrannen und der Terrorismus halten sie für brauchbar. Der Jar war lange Zeit äderrnd. Kein Mensch mußte, wogu er sich einlassen würde. Alles stante auf, als eine Bräufung und des Volkseinstimmung kam. Das ist nicht das erste Parlament, das Russland zu bekommen hat. Der Versuch wurde schon einmal gemacht, Katharina II., die mit Schicksal mit vielen und mit vielen folterte, (Geister) bereit im Jahre 1767 Vertreter aller Stände nach Moskau. Es entstand ein vollkommenes Parlament mit Selbstgesetzgebung und sogar Täten. (Geister) Sogar Anwesenheitslisten wurden geführt (Stöße der Beifall.) Das Parlament hat lange Zeit und sehr gearbeitet und die Kaiserin hat große Interessen an den Sorgen der Reichsduma. Aber die Kaiserin hat die Reichsduma nicht als eine Einheit, sondern als die Kaiserin den Abgeordneten irgend welche Rechte nicht einräumte, sondern auch neben ihnen die Selbstherrlichkeit sein wollte. Der 10. Mai 1806 ist ein Datum von hoher historischer Bedeutung. An diesem Tage hat der Jar von Russland die Duma ernannt. Und mit großer Freude haben die Parlamente aller Kaiserhöfen dieses neue Parlament begrüßt und gewollt, einen wirklich selbständigen Regierung zu haben. Und die Duma hat in ihrem Namen der Kaiserin das Recht übertrahen und die hohe Gewalt nicht einräumt. Diese bürgerlichdemokratische Bewegung von Seiten der bürgerlichen Intelligenz, das selbständigen Befreiungsfreies hat sich im ganzen mächtig verhalten. Und namentlich zeigt sie für ein Volk, das bisher wenig Selbstigkeit zu freien Leben hatte, eine Beseitigung, die sich nicht neben die anderer Parlamente stellen kann. Und nun nahm die Kaiser ihren Fortgang und während man schon Hoffnungen haben mußte, kamen ihnen die Geister, daß die Duma doch nicht frei sein sollte. Der Kaiser hat den Vertretern der Duma nicht zugehört zu sein. Es gingen schon hundert Gerüchte, daß schließlich wie damals die Duma doch ganz selbständig werden sollte, weil der Jar seine Selbstherrlichkeit, sein Selbstherrlichkeit neben der Duma weichen sollte. In dieser Beziehung ist eine Veränderung, ein Ausgleich nicht möglich, denn das Leben des konstitutionellen Staates besteht darin, daß der

Erinnerung tragen. Ich denke an das Jahr 1859, wo die Schächte von Solferino mit ihren Grausamkeiten die Beweile dem Europa in ähnlicher Weise bezeugte, wie heute die Taten in Bosnien. Damals war es ein französischer Schmeißer Dumas, der den Bewusstseins vorstellte. Es sieht es auf dem Schachbilde an. So sehen die Verurtheilten und Verurtheilten aus, um die niemand sich kümmert. Und welche Folgerungen zog er? Diese folgten, die Kriege können nicht befehlen durch moralischen Druck, aber wir können die Kriege abgrenzen, daß sie nicht über das hinausgehen, was Krieg ist und nicht anderen in das, was mit dem Krieg des Krieges nicht mehr zu tun hat. Und dieser Rufus des Krieges hat für den Krieg der Zeiten untereinander die höchsten Folgen, was ich heute sagen kann als das heraus, was Motes Kreuz heißt, als fürstlich für die Verurtheilten und Verurtheilten. Jeder schließt das rote Kreuz, das über dem Erdboden ein eine Art der Kontrolle ausübt und die Verurtheilten schließt, daß ihnen der Krieg nicht mehr schadet. Das ist erredet im Laufe von vierzig Jahren. Was in die Kriege von Osnabrück hat dieser Rufus nachgewiesen zur Begrenzung der Behandlung der Verurtheilten. Kriege gibt es noch, aber die alte Art, vierzigjährige Kriege zu führen, die Frauen und Kinder und die Größe der Unbeteiligten einfach als Beute anzusehen, das ist befristet worden, und der Krieg ist moralisch begrenzt und geregelt worden durch den Willen einer öffentlichen Meinung. Und das, was damals von 1859 an gegenüber dem Kriege der Wesen geschehen ist, scheint das zu sein, was heute gegenüber dem Bürgerkrieg durchzuführen ist. Es ist nicht zu bemerken, wir haben drüben den Beginn eines bürgerlichen Krieges. Der Krieg geht seinen Gang, und von beiden Seiten kämpft man. Es ist gar nicht wunderbar, daß eine alte Dummheit ist, daß die von ihr leben und auf die sie wirken, wenn sie befristet werden sollen. Und deshalb ist es nicht wunderbar, sondern eine Sache größter Forderung wert, daß mehr und mehr und immer wieder Köpfe herauskommen aus der russischen Menge, die da sagen: Wir wollen unser Leben einlegen für die Politik und den Staat, (Weiß!) Köpfe, die die Politik und den Staat noch für groß genug halten, um dafür zu stehen, Leute, die sich hingeben für die Staaten und Göttern und sich jetzt hingeben für die Verurteilung der Verurteilung und der weltwirtschaftlichen Sicherung. Wir sehen diese Göttern auf der einen Seite wie eine Notwendigkeit und wie eine ständige Tat an und begreifen, daß dieser Kampf da ist, und begreifen, daß dieser Kampf von beiden Seiten nicht so genau geklärt werden kann, daß es wie einen treffen kann, und nicht direkt dazu geübt. Das können auch die Revolutionäre nicht verprechen. Und sie kämpfen und werfen ihre Geschosse und treffen auch unglückliche Leute. Aber haben wir diesen Krieg und auch jedes heimlichen Mordanschlag enthält einen tiefen Vorgang, der so breit angelegt ist in seiner menschlichen Bedeutung, so breit, wie doch, es soll nicht etwas hinausgeklappt werden, was mit den bürgerlichen Verurtheilten kämpfen gar nicht zusammenhängt, diese Menschen und Morde. Das ist der Punkt, wo die öffentliche Meinung aller Länder eingreifen muß. (Weiß!) Dann muß es heißen: Garen Bürgerkrieg denken wie und achten ihn. Es ist eine Bürgerkrieg nicht der Kriege. Wir sehen mit Achtung auf einen Punkt, das die Kritik in sich durchläßt, aber wir wollen die Vertreter des moralischen Gewissens sein, daß der Bürgerkrieg nicht entsteht zur Barbarei und zu wilden Kaskaden. (Weiß!) Und in diesem Sinne gilt unser Broch nicht der Tatsache der Revolution, auch nicht der Tatsache, daß die Negierung sich wehrt, sondern jeder Lebensfreudigkeit der Menschheit. Und wenn wir fragen: Was nicht der Broch als gesprochenes Wort? — Die Worte der Menschen sind immerhin Dinge, die sich auch in Taten auswirken können. Und ich kann sagen werden, wenn ich die Worte des Broches schon jetzt in menschlichen Taten auswirken können, haben heute noch etwas weniger Broch der Worte nötig sein. (Weiß!) Die einzige was sich begreift russische Staatsmaschine (Heiterkeit) sollte durch Mitleid verstanden werden: Wir werden von jetzt an liberal sein, aber 500 Millionen wollen wir. (Heiterkeit.) So, wenn man gesagt hätte: Göttern des Liberalismus und dann die Finanzreform (Heiterkeit), dann wäre es besser gewesen. Statt dessen hat man jetzt das Geld gegeben. Bei dem letzten letzten Vorgang ist die Politik der beiden Negierung müde und zurückgefallen gewesen, oder früher gerade in dieser Beziehung eine viel zu große Vertrauenslosigkeit. (Zusammen.) Und es waren auch unserer jüdischen Mitglieder, ich habe das Wort nicht jüdisch. (Weiß!) Wir wollen bei der Tatsache bleiben, daß die Mitarbeiter, die nach Russland gegangen sind, zur Unterstützung der Negierung gehen, und daß sie folgebare ein moralischer Einfluß, wie so oft in der Welt, zu materiellen Maßnahmen und Wegen Gelegenheit gegeben hat, und daß sie folgebare in erster Linie bei neueren und jüdischen Negierung eine Verengung sich zeigen muß. (Weiß!) Und der moralische Broch der Negierung in der Rückführung von 2½ Millionen russischer Werte zu befehlen hat. (Weiß!) Ich weiß, daß das nicht kleines ist, denn für innere Moral ist ein Teil dieser Leute durchaus lästig verloren und ich persönlich von Gut und Böse angekommen in diesen Dingen. Und darum lauten unsere Aufforderungen darauf hinaus, daß die Unterstützungen der russischen Negierung durch jüdische Maßnahmen endlich aufhören haben. (Weiß!) Und

das zweite, was ich in diesem Zusammenhang zu sagen habe, ist bereits von dem Abgeordneten Träger gesagt worden. Es heißt nämlich, daß wir Deutsche in ein gewisser Art immer noch als Unterstützer der russischen Negierung stehen. Wir haben keine Vermutung, begreifen wir nicht, was unsere Regierung wegen der Dinge, die kommen da wir nicht wissen, was unsere Regierung will. Aber wir können in Bezug auf das, was geschehen ist, ausprechen, daß jene Unterstützung in Abhängigkeit oder anderswo weit über verurteilte Mitleiden hinaus der russischen Negierung geschieht worden sind und mit der gerechten Empfindung des deutschen Volkes nicht im Einklang stehen (Weiß!), weil wir absolut neutral zu sein haben gegenüber den kämpfenden Parteien in Russland und daß unsere Politik, unsere Staatsmaschine und Politikorgane, aber deutsche Politik und deutsche Politik sind. (Weiß!) Wir sprechen mit aller Heiterkeit (Heiterkeit) den folgenden Satz aus: Von den Zeiten der ersten Allianz an, von den Tagen an, wo Alexander I. und Friedrich Wilhelm III. von Preußen im Kampf gegen Napoleon sich brüderlich gefunden haben und auf dem Schlachtfeld von Leipzig sich die Hände gegeben haben, von diesem Tage an besteht durch alle Jahrzehnte hindurch die schon erwähnte nahe monarchistische Beziehung zwischen Russland und Deutschland, eine Beziehung, die in der folgenden Zeit der deutschen Geschichte für uns wichtig geworden ist. Sie ist für uns wichtig geworden im Jahre 1870 und Bismarck kommt deshalb in seinen Gedanken und Erinnerungen lebhaft auf sie zurück, als einen großen Faktor seines Lebens. Und von da an kommt die immer erneute Erinnerung, daß die Deutsche und die russische Geschichte zusammenhängen haben. Wir unterstellen glauben, daß diese Bismarcksche Beziehung, so gut wie die meisten seiner großen Gedanken in Bezug auf innere Politik, eine lebendige und unergänzliche Welt enthält. Wir meinen aber eben, daß die Folge dieser Gedanken sowohl mit der nachfolgenden Folge der verschiedenen Zeiten. Und darum halten wir dafür, daß jenes Bismarcksche Wort, das die Deutschen und Russen politisches Verhältnis für einander haben sollen, aufrechtzuerhalten ist, daß es aber nicht zu beschränken ist auf die Dynastie Romanoff, sondern ausgedehnt werden muß auf das russische Volk im ganzen. (Heiterkeit.) Leben Gedanken, als wären die Deutschen in den russischen Bürgerkrieg aktiv oder gar militärisch eingegriffen, wäfen wir unbedingt und weil das uns schmerzen. Und befragt Neutralität, mit der Russland im Jahre 1870 bei der Entstehung des neuen Deutschen Reiches sich zurückgehalten hat, müssen wir nun als Dankesgabe einnehmen gegenüber dem neu entstehenden Russland. (Weiß!) Wir haben nun entstehende Deutschland dem Russland nicht nachzutragen hätte — je haben uns in Ruhe gelassen und das war das größte, das sie für uns tun konnten —, ebenso sollen wir uns dem entstehenden neuen Russland gegenüber verhalten. In diesem Sinne müssen wir den deutschen Neutralität wollen wir nicht brechen. Das ist der Weg zum Frieden mit dem neuen und kommenden Russland. Und auf dieses neue und kommende Russland lenken sich unsere Gedanken. Wir es kommen wird, unter welchen Umständen und Schwierigkeiten, ob mit der jetzigen Duma, ob mit einer nächsten Nationalversammlung, ob mit einer Revolver oder auf welche Weise sonst, das weiß Gott im Himmel allein, das weiß niemand. Wir können den Weg der Geschichte nicht vorhersehen. Wir sehen nur unterstellt, daß die Gedanken einer Volksvertretung durchgeführt sein in einer menschlichen Regierung der russischen Duma. Wir sehen, daß dort im Grunde das Gewissen des russischen Volkes ist. Als die Leute in Bosnien bagehen haben, wann letzte da eine Spur von Gewissen ein? Erst als zwei Beamte der Duma nach Bosnien kamen; nicht als der Jahr jemand hinschaut, sondern als die Duma das Souveränitätsrecht zu einer Unterordnung großer Grund aus eigener Kraft sich nahm, da gelang das Gewissen. Und zeigte sich die Duma, daß wir stillste nicht vorüber sein. Obwohl, eine kleine Duma, eine mit einem Tage, mit einem Jahre nicht möglich, nicht möglich, nicht möglich sein, wie lange haben nicht ebenfalls Parlamenten gebraucht, die sie einigermassen brauchbar geworden sind. (Heiterkeit.) Wir haben nicht an Gauder und Herrerei glaubt. Wenn aber irgendwo die Kraft der Erneuerung und Bereicherung ist, dann in dieser Bereicherung. Denn diese Bereicherung hat etwas, das das Parlament nicht haben kann, nämlich den einfachen Willen an den Menschen. (Weiß!) So klein das scheint, so ist es das größte, das in der Geschichte. Welche Köpfe sind jetzt ist und nicht und großen? Diejenigen, wo man den Gedanken an den Menschen gerät hat. Kein Mensch erdet von Revolution in England oder in den Vereinigten Staaten, weil eben dort jene liberale Einstellung vom Menschen zur Verfassung kam und zur Volksherrschaft geworden ist. Das ist die einzige und Lebenshaltung an sich. Staatsverfassung ist Glaube an die Kraft der Freiheit. Und wo der Glaube an die Kraft der Freiheit nicht vorhanden ist, da ist das Staatsrecht ein bloßes Wort. Und das sehen wir die Duma für ein haushälterisches Institut an. Was sie jung und schwach sein. Sie hat den Gedanken an die Verfassung und ihren Wert, und diesen Gedanken brückt sie aus, indem sie jede Angstvermutung beiseite stellt. Und weil sie die freieste Entscheidung, was wir Menschenrecht genannt haben, sie will, daß der russische Vater, jener Boden, aus dem nach und nach mehr und mehr Menschen herausgehen werden können, zu einem Boden des gegenseitigen Gebührens für die Bevölkerung wird. Und die Frage der Freiheit und das

Widers, daß sind die Dinge, die die Duma bewegen. Sie sind unendlich viel unbedeutender als alles andere. Darnach soll unsere Resolution an die Duma und ihren Präsidenten gerichtet werden. Gegenwärtig ist das neue, das sammende Reichland durch sie am besten vertreten. Damit dienen wir der allmählichen Annäherung eines alten Jochs aller liberalen Bewegungen, das nämlich ganz Europa ein Band der Freiheit sein möchte (Beifall) und das Licht vom Osten kommen möchte. Denn selbst wenn es drüben gelänge, mehr Licht der Freiheit zu bringen, etwas davon würde auch hier an die Freiheit zu kommen. (Beifall.) Die Wünsche, die wir den Russen weihen, sie sind politische Wünsche aus für unsere deutsche Entwicklung. Und wenn wir dem den Hoffnungen entgegen haben, der gegenwärtige Moment gehört der Völkervereinigung, aber nicht einer fest- und trostlosen Völkervereinigung, sondern einer Völkervereinigung, und alle jetzt, politische Gedanken mit größerem Ernst zu behandeln, als wir es häufig zu tun gewohnt sind. (Höflicherstiller minutenlanges Beifall.)

Darauf wird folgende Resolution von der Versammlung einstimmig unter großem Beifall angenommen:

Die Versammlung spricht ihr tiefes Mitleid mit den Opfern der Verbrechen in Rußland und ihre Empörung über die Verbrechen der unmenselichen Grausamkeiten aus. Sie vertraut, daß es die Duma erreichen wird, die Schuttsen zur Menschlichkeit zu ziehen, damit neuen Unfällen vorgebeugt werde, und sie ist aus dem Wunsch besetzt, daß es den Mächten des Christentums und der Kultur gelingen möge, unseren großen christlichen Nachbarreich den Verfallungsstaat mit Sicherung der bürgerlichen Rechte und der religiösen Freiheit zu bringen zum Guten Rußlands und als eine zuverlässige Bürgschaft friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reich.

Diese Resolution soll dem Präsidenten der Duma übersandt werden.

Reichstagsabgeordneter Direktor Schrader nimmt alsdann das Schlusswort:

In unseren Beratungen ist mehr als einmal der Gedanke ausgesprochen worden, daß unsere Beschlässe vielleicht nicht den großen Effekt haben werden, den wir erwarten. Gewiß, wir können mit den Worten der Versammlung in Rußland seinen Eindruck machen, aber was wir können und müssen, das ist, zu Worte kommen lassen die Menschheit, die übergeheht und die politische Einsicht, hier in Berlin und von hier aus zu ganzen Deutschen Reichs. Dieser Versammlung sollen andere in anderen deutschen Städten nachfolgen, damit man nicht von der Meinung Berlin, sondern von einer deutschen Meinung spricht. Und was wir in Deutschland tun, wird auch in der ganzen Welt Nachahmung finden. Der Widerstand auf Rußland und die Regierung wird dann nicht anbleiben und sie geschalteten vor weiteren Ausforderungen. Wenn das russische Volk weiß, die ganze zivilisierte Welt steht auf seiner Seite, so wird das nicht gleichgültig sein. Wir können mit anderen Völkern nur im Frieden leben, wenn sie sich gegenseitig achten. Wir sind aber auch berechtigt darüber zu sprechen, was in anderen Ländern geschieht. (Beifall.)

Damit schloß die imposante Rundgebung.

Anknüpfend an die letzten Vorgänge in Rußland schreibe das Organ der Reichsregierung, die „Nordd. Allg. Ztg.“ (24. Juni):

„Was sich in Bielefeld, einer kleinen Industriestadt Aufstrebens, zugegetragen, hat die zivilisierte Welt mit schreckensvoller Teilnahme verfolgt. Der Vorgang ist aus den Telegrammen bekannt. Wir im Westen stehen staunend vor derartigen Ausbrüchen sinnloser Wut. Aus unseren gängigsten anders gearteten Verhältnissen heraus vermögen wir nur schwer zu verstehen, wie solche Dinge begünstigt sind, und wie sie sich überhaupt ereignen können. Nicht nur im Interesse der Zivilisation, auch in dem einer geistlichen Entwicklung des so schwer heimgegriffenen russischen Reichs sind diese Vorgänge sehr zu beklagen. Sie geben der Duma, die Abgesandte nach

Bielefeld schickte, Anlaß zu erneuten heftigen Angriffen auf die gegenwärtige Regierung. Auch das wirtschaftliche Leben wird dadurch schwer betroffen: denn was in Bielefeld passiert, wird, wie Wellungen aus Rußland hervorgehen, auch an anderen Stellen erwartet. Auch aus anderen Städten fliehen die Juden. Und wer nicht flieht, hütet sich, sein Vermögen und seinen Kredit in größeren Geschäften längerer Zeit zu engagieren. So übersteigt der Schaden, der — abgesehen von Gräueln und Elend — aus solchen Vorcommisuren sich ergibt, weit den Betrag dessen, was tatsächlich zerstört wurde.“

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

• Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu **70 Pfg.** bezgl. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einzahlung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a M. 0,40.
 2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,80
- erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 421.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgegebene Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen an dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14,
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse wünscht.
Telephon: 2001 & 210, 2020.

Alle Zeichnungen an die Expedition und Expedition sind zu senden an Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und alle Briefe gleich dem Bureau Berlin (einschließlich Sch. W. und Zeichnungen) an den Schatzmeister, Herrn Sch. W. von a. D. Gensel, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Der Pächterskandal und die Staatshoheit.

Julius Stahl, der von jüdischen Eltern geborene Wortführer einer antisemitischen Rechts- und Staatspolitik und der ritterlich-fürstlichen Rückwärtserei „auf der Grundlage christlicher Weltanschauung“, hat nicht viel Gutes gewirkt; aber sicherlich war gut und recht der Ausdruck in seiner „Staatslehre“. „In der unverbrüchlichen Handhabung der Gerechtigkeit besteht vor allem die Majestät und Heiligkeit des Staates.“ In der Tat: man kann es lässlich, lässlich erfahren, wie nichts so sehr an den Grundlagen der Staatsordnung hämmert und rüttelt, nichts so sehr die Bande frommer Ehen lockert, nichts so sehr ergabene Vorstellungen von der Größe und Sittlichkeit der Staatseinrichtungen in das Gegenteil des Ergebenen verkehrt als die Verletzung der Gebote der Gerechtigkeit durch den Staat. In diesem Bedacht ist auch der robuste Heutige überaus empfindlich. Warum sehen in allen Kulturländern denkende Männer die Grenz in Ausland, die Pogrommoralität als Untaten an, denen am besten mit einer bewaffneten Einspruchs- und -gehung der europäischen Staaten und Nordamerikas zu antworten wäre? Nicht nur wegen der hohnen Unmenschlichkeit, die in den Polizei- und Pöbelerschüsse à la Dickschaf zutage treten, sondern vor allem auch wegen der Niedertrietung der Pflichten des modernen Staates, wegen der schweren Erschütterung der internationalen, auf bestimmten Sittengesetzen beruhenden modernen Staatsordnung durch die Ingebrauchnahme der zum äußersten gesteigerten praktischen Ungerechtigkeit durch die Staatsmacht.

Man konnte neuerdings unter gebildeten Ausländern vielfach innerpreussische Zustände in einer Weise gewertet sehen, die uns weit näher in eine Wert- und Verknüpfung zu Ausland bringt, als uns lieb sein darf. Bismarckne Bismarck hat sich gegen die Hingabe der deutschen Nation zu einer engen Kulturgemeinschaft der germanisch-skandinavischen Länder mit einer Begründung ausgesprochen, die für uns geradezu beschämend ist. Frankreich ist niemals geringer eingeschätzt worden in der kulturellen und sittlich höchsten Menschheit, als damals, da das Verbrechen der sogenannten Staatshoheit gegen Dreyfus erkennbar wurde. Im deutschen Vaterlande aber und außerhalb seiner Grenzpfähle schüttelt man den Kopf über das, was nach und nach in Bezug auf den Grafen Pächter aus Äthiopien bekannt geworden ist. Alle Welt fragt, ob denn die preussische Staats- und Rechtsgewalt einfach kapituliert habe vor diesem rohenen Vagabunden. Alle Welt fragt, ob die unverbrüchliche Gerechtigkeit, die eine wesentliche Voraussetzung der

Majestät und Heiligkeit des Staates ist, irgendwie in Einklang gebracht werden kann mit der Behandlung, die man diesem Mann einerseits und den meisten Opfern der Justiz andererseits zuteil werden läßt.

Redakteure, die wegen eines unvorsichtigen Wortes, einer nicht ganz erweisbaren Behauptung der Strafjustiz verfallen, werden mit aller Härte als Gefängnissträflinge behandelt, werden je nachdem gefesselt dem Gericht vorgeführt, werden in ihrer Menschenwürde bis aufs Blut gekränkt. Der Herr Graf Pächter aber, der seit Jahren nichts anderes tut als Mord und Totschlag und Plünderung predigen, wird, wenn man doch einmal nicht umhin kann, seine blutdürstigen Rasereien, seine grenzenlosen Rechts- und Würdigkeiten gegen friedliche Staatsbürger nicht nur „billig“ zu nehmen, zwar zu Gefängnis verurteilt, aber durch das Justizministerium vor dem Gefängnis demotiert, indem im Wege des Gnadenbittens die Gefängnisstrafe in die „Hausarrest“-Festungshaft umgewandelt wird. Und während der oppositionelle Redakteur wegen eines nicht genau genug abgewogenen Artikels im Gefängnis Raserei- und Wutausleben oder Dämonen leben muß und an seine Befreiung aus harter Gefängnisstrafe auf nur eine Stunde vor Ablauf der Straffzeit, an eine Unterbrechung seiner Gefängnisstrafe auch nur auf kurze Zeit nicht zu denken ist, — kann der Herr Graf Pächter vernünftig die Festung verlassen und den Urlaub, der ihm bewilligt ist, dazu benutzen, just diesen Straflosen fortgesetzt zu begehen, wegen deren er verurteilt worden war. Das ist in der Praxis eine so schwere Verletzung der Achtung vor der Staatshoheit des Staates, daß man sich nicht zu wundern nötig hätte, wenn diese Behandlung der Gerichtsbeschörden durch die ihrer Strafgehalt verfallen oder verfallen gemessenen Leute Schule machte.

Der Strafgefangene Graf Pächter sitzt auf Festung; dann kann er sich wieder eilige Zeit von der Festungshoheit erholen und daß zu seinem Vergnügen den Export der strafbaren Aufregung zu Gewalttätigkeiten weiter betreiben; und dann kehrt er wieder zur Festung zurück und erledigt den Rest der „Strafe“. Das ist kein Dank für die ihm zuteil gemordene Begnadigung; das ist keine Danksagung für die Anweisung, daß der Zweck der Strafe sei, abzuscheren und zu erziehen; und der sogenannte „gemeine Mann“ denkt sich: es ist gut also; auch ich werde mich künftig nicht gemieren und zwar sorgen, daß ich mich nicht erwischen lasse, im übrigen aber die sogenannte Staatshoheit ebenso als Objekt des Mißtrauens ansehe wie der Herr Graf. Die Beurlaubung des Grafen Pächter aus der Strafhaft ist bekanntlich darum erfolgt, weil es auf seinem Gut

gebrannt hatte und er zum Rechten sehen wollte. Das hat er in seiner Weise getan; er ist mit seinem Inspektor dorthin zusammengetreten und hat ihm den Stuhl vor die Tür gestellt. Und dann — selbst aus zum fröhlichen Jagen! Der Pädlerkummel zu Berlin setzte wieder in der alten Weisheit ein und zeigte nur Inszenen ein gegen früher verändertes Bild, als der Herr Graf bei dieser Gelegenheit nicht nur vom Prügel aufordern konnte, sondern selbst betrüßliche Prügel bezogen hat, als ferner die Polizei mehrfach die Versammlungen aufstieß und sich dem Unfug so hinderlich erwies, daß der Impresario nur mit Mühe die Abendkasse, die Eintrittsgelder für die nicht geleistete Pädlervorstellung retten konnte.

Man hatte angenommen, daß der dem Grafen Pädler erteilte Urlaub auf das Konto der Militärbehörde zu setzen sei. Diese Annahme war unzutreffend; die Militärbehörde hat nur das Recht, Festungshausgefangene zur Abhaltung von Besuchen nach der Stadt zu verlaufen; ein Einfluß in die Richtung der Abkürzung des Urlaubes auf die den Urlaub bewilligende Behörde steht der Militärbehörde nicht zu. Die Verurteilung des Grafen Pädler aus der Strafkast konnte nur erfolgen und ist, nach einer Mitteilung der „Danziger Zeitung“, erfolgt durch die für die Strafvollstreckung zuständige Staatsanwaltschaft des Landgerichts I zu Berlin. Die Staatsanwaltschaft ist, nach dem Ausspruch eines ihrer Vertreter, die objektive Behörde. Es wird abzuwarten sein, inwieweit, etwa bei den nächsten parlamentarischen Verhandlungen über unsere Rechtsverhältnisse, es gelingen wird, das Verhalten der Staatsanwaltschaft gegenüber dem Grafen Pädler und anderen, die weniger Glück hatten, mit jenem Ausspruch in Einklang zu bringen. Unter regelmäßigen Verhältnissen hätte es nahe gelegen, daß die Polizei, die detamisch im Sinne der Strafprozessordnung als Hilfsbehörde für die Staatsanwaltschaft anzusehen ist, einen derbeauschten Strafgefangenen, der seinen Urlaub zur Weiterbegehung seiner Straftaten benutzt, festnahm und dem Richter vorführte.

Wollte man uns zur „Rechtfertigung“ der neuesten Entlassung in der Reihe der Entlassungen der Pädlerfälle wieder mit dem alten Gerabe von Pädler geistiger Untermöglichkeit kommen, so wäre dies ein unmüßiges Beginnen. Entweder ist der Graf ein gemeingefährlicher Geisteskranker; dann gehört er ins Irrenhaus. Oder er ist, wie die Gerichte annehmen, wohl zurechnungsfähig; dann ist nicht zu begreifen, daß man ihn so behandelt, wie es geschieht, ihn so behandelt, daß diese Behandlung nicht nur im deutschen Volke zu einer Entwürdigung des Vertrauens zur Justiz geführt hat, bei dem diesem kostbaren Gute nicht überdies zu verlieren hat, sondern auch im Auslande Betrachtungen hervorruft, die unseren Ruhm nicht machen können.

Wer einmal die Kulturgeschichte des preussischen Staates in der neuerdeutschen Zeit schreiben wird, der wird dem Pädlerfandale einen breiten Raum gewähren müssen; und er wird mehr dazu und davon zu sagen in der Lage sein, als wir, die wir's mit einem Preßgesetz zu tun haben, von dem Maximilian Harden mit Recht sagt, daß es die zur völligen Räuberhaftigkeit verurteilt sei. Das aber wollen wir wenigstens nicht zu sagen unterlassen, daß die Pädlertragödie nicht zu den Mitteln gehört, mit denen Preußen moralische Erhebungen machen konnte. Im Gegenteil, ganz im Gegenteil.

Deutsche Antisemitenblätter und Bialystok.

Wie es Gegenden gibt, wohin das Licht der Sonne nur selten, auf ganz kurze Zeit oder überhaupt nicht hingelangt, so scheint es auch Köpfe zu geben, in welche das Licht der Wahrheit nur selten, nur spät, manchmal auch überhaupt nicht eindringt. Man würde es nicht glauben,

wenn man sich nicht durch den Augenschein überzeugen könnte, daß es selbst in dem entlegensten Winkel Deutschlands Blätter gibt, die noch Ende Juni ihren Lesern vorzulegen zu dürfen glauben, daß in Bialystok die Juden durch ihren Angriff auf die Kronleuchtmassprojektion den Pogrom selbst hervorgerufen haben. Das aber ist zu lesen in dem „Polstischen Tageblatt für die Guberniallande und deren Umgebung“, das den folgen Namen „Der Joller“ führt.

Dieses in Sechlingen erscheinende katolische Blatt beruft sich auf die gleichfalls katolische „Kugaburger Postzeitung“, deren Redaktionsstudium demichte ganz unzugänglich zu sein scheinen, während in den Köpfen ihrer Redakteure ein seltsames Gemisch trauriger Gedanken ausgeklopelt ist. Die Herren sind so gnädig zugeben, daß die revolutionären Handlungen einiger Juden allerdings keinen Grund zu Morbitalen seitens der Christen, wohl aber einen Kausal bilden. Und zwar was in einem christlichen Blatte recht sonderbar sich ausnimmt nach dem Grundsatz: „Kug um Kug, Jahn um Jahn“.

Wie aber, wenn die Räuber und Mörder, die Kammbalen von Bialystok auch nicht einen Kausal zu ihren Ausschreitungen gehabt hätten? Eigentlich hätte man selbst in den schlecht erleuchteten Redaktionsbühnen der „Kugaburger Postzeitung“ bereits wissen müssen, was für ein Kausal, der früher als Unterrichtssekretär im russischen Ministerium des Innern in Erfahrung gebracht und in der Duma ausgelegt hat, wissen müssen, daß nämlich nachweislich die Behörden über einen ganzen Apparat zur Infamierung von Pogromen verfügen und reichlich anwenden. Der Bericht der Reichsbundmangelheiler, den man in Kugaburg allerdings noch nicht kamme, stellt über die Vorgänge in Bialystok fest, daß die weißen Polizeiergane mit Schuld an den Judenmordeleien tragen und daß die Polizisten und Truppen an den Plünderungen und Morbitalen teilgenommen haben. Er stellt fest, daß die Plünderbanden unter dem Geleite von Feuerwehrelenten gebunden worden sind, was doch vor dem Ausdruck der Unruhen gesehen sein muß. Er stellt fest, daß Artillerie in den Polizeiverwaltungen von Polizisten im Beisein von Gese totgeschlagen worden sind, daß Offiziere die Soldaten beim Plündern und Morben ermutigt haben, und er stellt endlich fest, daß die Morde in den Wohnungen systematisch eingeleitet worden sind. Zuerst wurden von der Polizei und von den Truppen Dauschungen nach Bomben und Revolutionären veranstaltet. Dann ließ es, das Gefüchte sei gefunden, worauf die Truppen das Haus beschossen und die Hausgane einließen.

Und was hier von der Duma-Kommission festgelegt wird, entspricht durchaus dem, was über frühere Pogrome längst bekannt geworden ist.

Da wir einmal dabei sind, mit der „Kugaburger Postzeitung“ und mit dem ihren wunderbaren Artikel nachdrückenden „Joller“ abzurechnen, wollen wir noch einige Stellen in dem in der Dunkelheit geschriebenen Elabotal beleuchten. Das wackere Blatt behauptet, die Juden in Rußland seien alle gleich. Im Wirklichkeit gibt es in keinem Lande der Welt in fürchterlicher wie geistiger Hinsicht grundverschiederne Juden als in Rußland. Würde man in den kaiserlichen Redaktionsstudien des Kugaburger Blattes nur etwas von der russischen und russisch-jüdischen dramatischen Literatur neuesten Datums wissen, dann würde man solchen Unsinn nicht geschrieben haben. Alsbald entfällt das Blatt, daß die Pläne der russischen Juden weiter gehen, als die Juden zugehen. Der Zerfall des russischen Reiches und die Möglichkeit der Errichtung eines Judenstaates werde von der ganzen Judenheit erstrebt. Die Befreiung der russischen Zustände sei ihnen Nebenbede. Da nicht anzunehmen ist, daß selbst die Herren von der „Kugaburger Postzeitung“ noch nichts vom Platonismus gehört haben, müssen wir glauben, daß sie von einem anderen Staate sprich, denn der Wunsch

Der Petersburger Korrespondent der konservativen „Schlesischen Ztg.“ weiß hierzu noch folgende charakteristische Einzelheiten mitzutheilen:

Als im Februar d. J. dem damaligen Premierminister Witte hinterbracht wurde, in einem Geheimkabinett des Polizeidepartements würden Kulturen zu dem „Bogromy“ gedruckt, begab sich Witte in Begleitung Litwinsk in das Departement und überzeugte sich dort persönlich, daß dieselbe eine solche Druckerei zitierte, daß sie schon seit langer Weizener arbeitete und daß der Zeit zu dem überall im Lande verbreiteten Matriken von dem Generalen Bogdanowitsch und Trepoß stamme. Da Witte, Witte habe die Aufhebung der Druckerlei verfügt und die Angelegenheit in Petersburg zur Sprache gebracht. Demgegenüber erzählte ich: erstens, daß die Druckerlei fortgeführt, die Aufträge herausstellen und durch Polizeigenanten an die Agenten der „Wachtel“ russischen Wägen“ zu verteilen, sowie ferner, daß der Kaiser von dem Dasein der Drucker im Polizeidepartement auch heute noch keine Kenntnis hat.

Dem Zaren soll übrigens die Nummer der „Times“, die nach der Ausdeutung des schändlichen Verhaltens des russischen Botschafters geschrieben hatte: „Nach dieser Rede hat das Kabinett Störingkin im wahren Sinne aufgehört, zu sein. Der Notwendigkeit, ein verantwortliches Ministerium zu besetzen, kann nicht mehr ausgemieden werden.“ — auf den Schreibtisch gelegt worden sein.

Zur Nachwahl in Kinteln-Hofgeismar.

Auf dem antisemitischen Kriegsschauplatz in Hessen wird fortgesetzt von beiden Seiten mit großer Erbitterung gekämpft. Die deutschsozialistische Partei hatte ein Flugblatt verbreitet, in dem allerlei dunkle Andeutungen über „Dämonenjäger“ usw. enthalten waren. Der Kandidat der Reformpartei, Helmerich, glaubte diese Anspielungen auf sich beziehen zu sollen und begründete in einem Gegenflugblatt eine solche Inflation als eine „gemeinschafliche Schrabfahneideerei“. Er forderte Liebermann von Sonnenberg auf, sich in einer öffentlichen Versammlung wegen dieser „verleumderischen Behauptungen“ zu rechtfertigen. Die „Hessische Rundschau“ legte noch folgenden Trumpf darauf:

„Doch ausgerechnet Herr v. Liebermann von „Dämonenjäger“ und „verleumderischen Behauptungen“ redet, wird in ganz Deutschland hürnische Heiterkeit erweckt. Der alte Herr hängt offenbar schon jetzt an, seine Autobiographie zu schreiben.“

Von dem deutschsozialistischen Flugblatt wurde ferner gesagt: „Jeder Satz dieses Blattes enthält eine Unwahrheit.“ Zum Schluß kündigte die Reformpartei den Deutschsozialen den Kampf bis auf's Messer auf der ganzen Linie an, also auch in sämtlichen übrigen deutschen Wahlkreisen, wo sich beide Parteien einander begegnen:

„Die konservativen Deutschsozialen erwidern in den Reformen ihre Tothbeide, und zwar mit Recht, denn nicht die persönlichen, sondern die sachlichen Gegensätze sind unüberbrückbar. Dadurch muß aber auch nicht nur die Heißigkeit, sondern die ganze Reformpartei den richtigen Schluß ziehen und sich überall zum Glück verheißenden Kampfe rufen.“

Die Stettiner „Deutsche Hochwacht“, das Organ des „Deutschen Volksbundes“, die sich trotz ihres sonst immer zur Schau getragenen Nationalismus bei den deutschsozialen Kandidaten in Kinteln erklärt hat, erhält von dem reformistischen Blatt die schmeichelehafte Zensur, „daß für die Kandidatur in Steinin und anderen hinterwäldlerischen Kulturstätten die dümmsten Schreiber mobil gemacht werden.“

Das oben erwähnte Flugblatt gab auch schon wiederholt Anlaß zu hürnischen Auseinandersetzungen in antisemitischen Versammlungen. Von den Deutschsozialen wurde dabei treuherzig versichert, es hätte ihnen jegliche persönliche Anspielung auf den reformistischen Kandidaten fern gelegen, ohne freilich mit dieser Ausrede bei der Reformpartei viel

Gegenliebe zu finden. In einer von der letzteren einberufenen Versammlung in Hofgeismar, die von 400 Personen besucht gewesen sein soll, während in einer kurz vorher gegangenen deutschsozialen Versammlung nur etwa 80 Personen erschienen sein sollten, plakten die Gegensätze so heftig auseinander, daß die deutschsozialen Agitatoren durch Herrn Hennings am Schluß erklären ließen, sie würden reformistische Versammlungen in Zukunft nicht mehr besuchen. Die Deutschsozialen „Wäiter“ charakterisieren das Auftreten der beiden Agitatoren der Kasseler „Freideutschen“, der Herren Sieb und Reibauer Witte, als:

„Der rechte Reiter mit all den Wägen und Wägen, die vielleicht Fädel oder Kilmardt denugen würde und der letzte Reiter in einer Welle, die an Schäßigkeit und Unfähigkeit nicht so leicht übertroffen werden kann.“

Der Deutschsozialer Generalsekretär Hennings erklärte in dieser Versammlung, wofürsichlich nach vorheriger Verabredung mit Liebermann von Sonnenberg:

„Wie Herr Liebermann v. Sonnenberg über die Einladung des Herrn Helmerich, sich ihm und seinen Freunden in einer Versammlung zu stellen, denkt, weiß ich nicht. Ich würde es sehr bedauern, wenn er dieser Einladung Folge leistete, denn er würde etwas Selbstachtung verliere, der darf mit „Politikern“ von Schläge der Freideutschen nicht in Verbindung kommen.“

Er selbst erklärte zum Schluß ebenfalls, daß er es „unter seiner Würde“ hielt, sich noch weiter mit solchen Leuten einzulassen.“

Die Gesellschaft Liebermann von Sonnenberg sucht jetzt den reformistischen Kandidaten bei der Wählerchaft wegen „Liebermanns mit den Sozialdemokraten“ anzuwerben. Augenscheinlich hätten versichert, daß R.-K. Harmony, der Hauptagitatoren der Reformpartei am Schluß der Versammlung in Hofgeismar „den Sozialdemokraten die Hand drückte“. Auch was seinen Antisemitismus anlangte, erscheine der reformistische Kandidat „nicht zuverlässig“. Er hätte sich in einer Form ausgedrückt, die vielleicht „nationalliberal“ sein mag, die aber einem sachlich denkenden Antisemiten unter keinen Umständen genügen kann.“

Selbst als freisinnig wird Helmerich von seinem antisemitischen Gegnern versichert. In einer von der „Deutschen Hochwacht“ veröffentlichten Korrespondenz aus dem Wahlkreis heißt es:

„Nachdem Herr Harmony, der den Wahlkreis für die Reformen in Anspruch nimmt, sich selbst längst nicht mehr auf dem Boden der Reformpartei. Eigentlich wollte er seine Vereinnahmung „liberal-antisemitisch“ nennen. Von den reformistischen Abgeordneten hätte nur Liebermann zu ihm. Liebermann's Antwort ist ihm diesem Treiben nicht einverstanden. Der Kandidat der Reformen, b. h. in diesem Falle der Kasseler „Freideutschen“, Reiter Helmerich, war zuerst Reibauer und faßte sich dann ein Hotel in Frankfurt. Er war politisch nie tätig, vor allem nicht in antisemitischem Sinne; er galt eher für einen Freisinnigen. In seinem Mund verdrängten delfendebereisliche Reden, und als hat man ihn mit solchen beim Stel. Aber er hat es verstanden, daß in wenigen Jahren die Vermögen zu erreichen. Neben seinem Hotel betrieb er einen Handel mit Wein, Mineralwasser, Blümen und Wilderwägen, Gemüß u. dergl., so daß die Kaufleute, die ihm jetzt wählen sollten, ziemlich wenig Zutrauen zu ihm haben werden. Freilich ist er Reiter. Man war in antisemitischen Kreisen höflich, daß Helmerich aufgestellt sei, glaubte man zuerst an einen Scherz.“

Richtig ist hieran nur, daß die Reformpartei durch durch einzelne liberale Forderungen dem freisinnigen Kandidaten den Wind aus den Segeln zu nehmen hofft; von wirklich freisinnigen Grundanschauungen kann selbstverständlich bei einem Mann, der auf das antisemitische Programm der Reformpartei eingeschworen ist, nicht entfernt die Rede sein.

Nunmehr hat der Kandidat der „Freideutschen“ auch den offiziellen Segen der Reformpartei erhalten und dadurch dem Gerede, daß der Abg. Werner mit dem Vorgehen gegen die Deutschsozialen nicht einver-

standen sei, ein Ende gemacht. Die „Deutsche Reform“ erklärt:

„Das Geschrei deutschsozialer Klageweiber über die Gegenkandidatur Liebermann wirkt auf jeden Eingeweihten deshalb so unüberhörbar tönend, weil die Deutschsozialen selbst, zur Befriedigung ihres Einbruchs in das reformistische Agitationsgebiet, in die Partei Warburg und Gieseler, sich darauf berufen haben, daß sie als selbständige Partei da sei, was sie für sich befänden, daß eine Abgrenzung der Agitationsgebiete nicht gehen und auch nicht zureichend sei. Wenn man der selben Logik nun die heftigsten Reformer verleihe, so soll das auf einmal schreiendes Unrecht sein: Ja, glauben denn die Deutschsozialen, daß die Reformer sich jeden Hebelgriff gebührend gefallen lassen? Gern in diesem, das selber noch mit reformistischen Kandidaturen besetzt gewesen, hat die Reformpartei einen Beweis positiver Selbstüberwindung gegeben, indem sie zu gunsten Schöds als Führer der deutschnationalen Handlungsgehilfen kandidiert. Antwort und Dank vom Hause Lieberman war der Einfall in Warburg. In Reutzel gibt es heute noch Leute, die dem Abg. Lieberman vorhalten, er habe früher sein Wort gegeben, daß die Deutschsozialen nicht in Warburg gegen die Reformer vorgehen würden! Mit den Deutschsozialen besteht darüber sogar ein schriftlicher Vertrag. Zugabe ist die deutschsozialer Gegenkandidatur in Warburg „gemacht“ worden.“

Kul welcher Seite liegen also die Friedensführer?

Schon bei Frage Leute haben nun gemeint: ja, da hätte man den Kampf auf Warburg lokalisiert! Ja, in den Kreis Gieseler haben die Deutschsozialen ebenfalls den Gegenlag hineingebracht: Und von allem: Drei und Stunde des unermüdlichen Kampfes lassen wir uns nicht vom Gegner drehen. Wir glauben gern, daß den Deutschsozialen jetzt der Kampf in Reutzel-Vogelsheim recht unangenehm sein. Aber — sie denken nur, was sie gesagt haben!

Und wenn der wohlgemeinte Vorstoß, Warburg gegen Winteln durch gegenseitigen Vergleich auszusöhnen, heute kaum noch erörterbar ist, so liegt dies in erster Linie an dem verzeigenden Kampfspektakel, den die Deutschsozialen dem Publikum angeschlossen haben.“

Zum Schluß wird noch einmal dem Beobachtern Ausdruck gegeben, „daß die reinliche Erscheinung in Reutzel“ nicht schon früher vorkommen worden ist:

„Deshalb stehen wir in Treue zu den kampfsreudigen Männern des Helfenlandes, die die schwere Verantwortung nicht scheuen, eine Sache nimmer zum Kasstrag zu bringen, die nach der Auffassung der Theoretiker schon nach der Wahlgänger Trennung die heftigsten Wähler sofort vor neue Entscheidungen hätte stellen müssen.“

Die Wahlgabebürger „Sachschau“ selbsterklärt der Reformpartei; sie weiß auf das Letztgemacht der Deutschsozialen mit dem Bund der Landwirte hin, durch das die Reformpartei aus allen heftigsten Wahlkreisen, ehe sie sich's verfaßt, verdrängt werden sollte:

„Den Wärenführer für den Bund machte Lieberman von Sonnenberg. Die Deutschsozialen geben die Klage der Bund der Landwirte nicht im Grunde zu, die selbständigen Gewerbetreibenden in den Städten und Dörfern an seine Spitze zu stellen. Der Bund der Landwirte ruiniert durch sein landwirtschaftliches Genossenschaftswesen das gesamte selbständige Gewerbe. Deshalb polt der Bund der Landwirte zu den Deutschsozialen, welche mit ihrem Programm nicht in die heftigsten Bauernkreise, sondern in großstädtische und großgewerbliche Kreise gehen. Das deutschsozialer Programm polt auf die heftigsten Verhältnisse, wie die Stadt ausläge. Deshalb brauchen die Reformer in Reutzel den Mut nicht finden zu lassen. Wenn sie erst den Heften die fundamentalen Unterschiede zwischen dem reformistischen und dem Zukunftsstaat mit vorberitzendem deutschsozialer Programm richtig klar gemacht haben werden, kommt die Sache dort auch anders. Lieber ist dieser Unterschied nicht vielen deutschsozialen Wandlungen nicht klar.“

Der Abg. Zimmermann hat bisher, obwohl er schon angekündigt war, noch nicht in den Wahlkampf zugunsten des reformistischen Kandidaten eingegriffen; vielmehr trägt er auch Bedenken wegen der unangünstigen Wirkwirkung der unvermeidlichen persönlichen Zusammenstöße mit den Deutschsozialen auf die nächsten Wahlen in Sachsen. Er muß sich darauf gefaßt machen, daß die Deutschsozialen, die in Leipzig noch immer über eine starke Ortgruppe verfügen, alsdann in sämtliche von der Reformpartei mit Kandidaten besetzte sächsischen Wahlkreise eindringen und auch ihm selbst einen Gegenkandidaten gegenüberstellen. Der deutsch-

sozialer Verein Leipzig macht schon für den 4. d. Mts. eine Versammlung bekannt mit der Tagesordnung: „Die reformistische Sembertankandidatur in Reutzel-Vogelsheim und welche Notwendigkeit ergibt sich daraus für uns und für die kommenden Wahlen.“

Ob Herr Oswald Zimmermann diese Warnung beachten wird? Der reformistische „Arizona Rider“, wie das „Deutsche Blatt“ die „Sächsische Rundschau“öhnlich apostrophiert, läßt sich freilich durch derartige Drohungen nicht irritieren; er bemerkt weiter:

„Eine geheimtatsferbe, regierungsstamme und parteisinnliche Klippe, gefaßt von einer kleinen Schar teilsilberer Mäntler, das sind die Deutschsozialen, um nichts weiter!“

Und so weiter, wenn auch nicht mit Begeisterung, so doch jedenfalls mit einer ehrlichen gegenseitigen Verachtung, die umso mehr zu loben ist, als beide Parteien Recht haben.

Die Antisemiten als Zensoren des Münchener Lehrertages.

Ein Lehrer schreibt uns:

„Jetzt ist es um den mehr als 100 000 Mitglieder zählenden deutschen Lehrerverein geschehen, nachdem ihn Herr Monheim in der „Staatsbürgerzeitg.“ und in der Zeitung „Das Reich“ gränlich vernichtet hat. Der genannte Verfasser, von dessen pädagogischer Befähigung die deutsche Lehrerschaft bisher keine däßige Meinung hatte, leistet sich unter der Ueberchrift: „Ein Volkserfährer“ ein gradezu unhörbares Pamphlet gegen den einen Münchener Zeitredner, den Universitätsprofessor Theobald Ziegler in Straßburg. Herr Monheim schreibt u. a.:

„Erm! soziale Sympathie, teiltige Antipathie gegen die Kirche und reformische Wöte machen diesen liberalen Sturmgeister recht geeignet, radikale Reden vor wütenden Oppositionen gegen Obrigkeit und Landesregierung zu reigen. Als die zwifsmalige Zeitung der deutschen Lehrerschaft durch die Wirklichkeiten leidend wurde, wußte aber über neben dem Vertreter der Simultanschule auch einen Vertreter der Konfessionsschule in München das Wort zu vernehmen, indem die Freunde der Konfessionsschule im Deutschen Lehrerverein nicht vernutzen können, daß die Zeitung schon gleich im Anfang durch einen Vortrag Zieglers ein Durcheinander erregt werde, die einer ernst-sachlichen Verhandlung völlig überflüssig ist.“

„Weil ermit noch ist der Häß, der aus Ziegler's Worten gegen Wittenberg und Rom herit, und die zugehörige Behandlung der Obrigkeit als „Bureaucratie“. Aller dieser Lehrer Berufssicht ist es, den Willkürherrscher Herr Konfession zu erziehen und Gehörten gegen die Vorlesungen zu erziehen. Die Konfessionisten, ohne die der Reichsstand nicht bestehen kann, beschimpft Ziegler. Wir verstehen die südbüchliche Behörden nicht recht, daß sie ihre Delegierten solchen Verleumdungen aussetzen, und können es begreifen, wenn das preussische Kultusministerium nach der Hegeide Ziegler's die Frage erwidert, ob es künftig den ihm unterstellten Lehrern noch gestatten darf, zu einer Tagung zu fahren, auf der sie unendlich zu ihrem Beruf gemacht werden.“

Für die antisemitische Ethik ist die Demagogik und die Aufforderung zur Schamlosigkeit politisch interessant.

Das Unbedeutende über den Ziegler'schen Vortrag lautet:

„Professor Ziegler's Vortrag zeigt, was es hinaus will: man will die Simultanschule nicht aus landwirtschaftlichen Gründen, sondern aus dem Sturzgrund gegen den Konfessionismus, gegen Wittenberg und Rom.“ Das teilsilberer Verstehtum soll dem Reize aus dem Herzen gerissen werden — das ist das Ziel der Verleumdungen, die am Dienstag in München den Demagogikern Ziegler's zulieben. Rame es so weit, wie schnell würden dann Zögler'schulen wie Ziegler durch die Entzweiflung hinweggerafft werden; die Sozialdemokratie würde das Feld frei zur Seite. Es gibt noch einen letzten Kampf gegen die antisemitischen Verleumdungen, die in der Lehrerschaft unserer Großstädte dominieren.“

Herr Monheim ist ein gelehrter Mann, das muß man ihm lassen; denn er hat sich mit Fleiß die Vorarbeiten angewöhnt, mit denen man gegen die Leitung des deutschen Lehrervereins geht. Da wir in der Tonart unseres Kampfes

nicht bis zum antisemitischen Straßenorgan herabsinken können, werden wir nicht in die Lage kommen, solchen Kampfzettel gleiche entgegenzusetzen. Die Lehrerchaft betrachtet Herrn Monheim und seine Gläubigen mit dem Regimen des Mittels, das die „Pädagogische Zeitung“, das Hauptorgan des deutschen Lehrervereins, für Leute dieses Schlages hat. Sie schreibt:

„Professor Ziegler wird mit gewissem Humor das Konkrete betrachten, das politische und religiöse Zeltismus, ja, vielfach Fanatismus, von ihm und nebenbei auch von seinem Münchener Hörsaal geschaffen haben“.

Wiener Brief.

XIV.

(Gegen Ungarn. — Thronfolger und Kaiser. — Auf nach Rumänien. — Die freie Schule.)

Wien, den 24. Juni 1906.

Wenn Politik nur die Kunst wäre, von sich reden zu machen, dann hätten die Christlichsozialen in der letzten Zeit kolossale Erfolge aufzuweisen. Schon lange hat man von ihnen nicht so viel gesprochen, wie in den jüngst verfloßenen 14 Tagen. Zuerst beschuldigte die antimagyarische Demonstration die Demittitalken. Dr. Zueger ist ein gar seiner Taktiker, der recht gut weiß, wann die Zeit zu reden und wann zu schweigen gebietet. Anfangs der neunziger Jahre verging kein Tag, ohne einen Rederzerg gegen die Juddo-Magyarern. Die politischen Kinder Wiens hörten es gerne und Dr. Zueger war nicht der Mann, ihnen ein so billiges Vergnügen zu versorgen. Als dann eine Ermattung und Abkühlung eintrat, nahm das Oberhaupt der Christlichsozialen Partei die alle Wale aus dem Reichstagen. Jetzt haben sich die Verhältnisse wieder geändert, in Oesterreich herrscht eine allgemeine Gereiztheit gegen Ungarn und Dr. Zueger, der den glänzligen Augenblick nicht gerne verläßt, sucht die Führung der Los-von-Ungarn-Bewegung an sich zu reißen. Für Sonntag, den 10. Juni war eine große Protestversammlung der Antisemiten in die Hofkapelle des Rathauses einberufen worden, die zu einer mächtigen Kundgebung werden sollte. Die Christlichsozialen machten die größten Anstrengungen, um einen Massenbesuch herbeizuführen; in der Presse wurde eifrig agitiert, große Plakate prangten an allen Straßenecken, kurz: Was geschehen konnte, geschah. Die Anstrengungen waren nicht vergebens unternommen worden, denn es dürften sich immerhin 20—25 000 Menschen eingefunden haben, die den großen Platz vor dem Rathaus besetzt hielten. Die Christlichsozialen konnten sich also einer Massenkundgebung freuen, aber der Schlag, der Ungarn bestimmt war, wurde Oesterreich versetzt. Die Antisemiten wollten den Sozialdemokraten die Massenmeetings nachmachen, allein sie vergaßen einen Faktor: Die Disziplin. Was den sozialdemokratischen Aufmärschen der letzten Monate einen besonderen Charakter verlieh, war die stramme Ordnung, die unbedingte Befolgung aller Anordnungen. Dr. Zueger hat aber seine Leute nicht in der Hand. Selbst seine Führer machen ihm böse Streiche. Schon auf dem Rathausplatz kam es unter der Patronanz des Reichsausschusses und des Antisemitismus bereits ein schönes Landgut in die Hände eingetragen hat, wie man vor kurzem ersah — zu einer weißen Scene. Der ungarische Handelsminister wurde in eifrig „gegrüßt“, indem man eine Puppe an einem Laternenpfahl befestigte. Dieser „Spott“ war selbst Dr. Zueger zu hart und er ermahnte die Entfernung des Spielzeuges an. Nach der Versammlung kam es zu einer höchst beklagenswerten Demonstration. Die Polizeibehörde hatte vom Bürgermeister die Zusage erhalten, daß die Kundgebung würdig verlaufen werde und sie unterließ deshalb die primitivsten Vorsichtsmaßregeln. Als ein etwa

3000 köpfiger Zug den Weg in die Bankgasse nahm, wo im ungarischen Ministerium die ungarische Delegation tagte, und lautlose Stenbalken aufführte, war die Polizei so übertraf, daß die Manifestation eine Viertelstunde dauern konnte. StraßenDemonstrationen sind in Oesterreich ein sehr beliebtes, sehr wirksames und leider auch sehr notwendiges politisches Kampfmittel. Doch „ein Jegliches hat seine Zeit — ein Jegliches sein Ziel — wer sich der Liebe erweist — der treibt mit ihr kein Spiel“ singt Mirza Schafis, und wenn man das beselze tun, ist es nicht immer daselbe, sagt ein altes Wort. Die Demonstration vor dem „Reichsparlament“ — und das sind die Delegationen ja tatsächlich, wenn auch nicht staatsrechtlich — war tatlos, weil die ungarischen Delegierten als Gäste in Wien weilten. Durch die Befehlsgewalt wurde das Gastecht schände verletzt. Sie war außerordentlich tatlos, weil sie von einer Partei ausging, in der der Stadt die Kleinherrschaft inne hat und an deren Spitze der Bürgermeister steht. Die Demonstration verfehlte natürlich ihren Zweck, da sie den österreichischen Ministerpräsidenten und Minister des Innern zwang, den Herren aus Ungarn, die sich mit Recht erboht und erregt hatten, Abbitte zu leisten. Dr. Zueger selbst suchte seine Hände in Unschuld zu waschen. Er habe von dem Rummel erst aus der Zeitung erfahren, erklärte er einem Berichterstatter und in der ersten Gemeinderatsitzung, die nachher stattfand, mißbilligte er das Vorgehen seiner Parteifreunde. Es war dies eine echt Zueger'sche Entschuldigung.

Eine Einzelheit des Demonstrationsantrags darf nicht vergessen werden. Knapp vor Eröffnung des Meetings sah der Thronfolger Erzherzog Franz Ferdinand mit seiner Gemahlin in einem offenen Wagen an der Versammlungsränge vorbei, selbstredend wurden ihm sämtliche Ovationen bereitet. Ebenso sang ein Trupp christlichsozialer Versammlungsteilnehmer vor dem Bedachter — der Residenz des Thronfolgers — das Kaiserlied, vor der Hofburg aber waren die Herrschaften müssig. Dieses Intermezzo wurde viel bemerkt. Die Antisemiten wenden sich mehrfach vor allen Kaiser ad und dem Thronfolger zu, den sie wie einen Mann aus ihrer Mitte ansehen. Im Zusammenhang damit dürfte wohl der Umstand stehen, daß der Bürgermeister von Wien Dr. Zueger, bei der Ankunft des deutschen Kaisers in Wien vom greisen Habsburger ostentativ gemieden wurde. Allerdings lassen sich die Antisemiten solche Nabelstiche, die oft empfindlicher als Kolbenschläge sind, nicht ohne Gegenwehr versetzen. Sie sind Patrioten, soweit es sich lohnt, nicht weiter. Sie opfern „Gut und Blut für unseren Kaiser“, doch sie verlangen dafür mangelnde Erntemittel. Bleibt der Lohn aus, dann pfeifen sie andere Saiten an. So nahmen die christlichsozialen Delegierten diesmal an dem Delegationsempfang in der Hofburg nicht teil. Sie blieben zuhause, weil sie angeblich „dringende Geschäfte“ zu verrichten hatten. Der alte Kaiser aber wußte schon, warum die Herren plötzlich so fleißig geworden sind.

Wie Alexander, dem Ragedonien zu klein wurde, ein neues Reich zu erobern auszog, so unternahm Dr. Zueger vor einigen Tagen einen Siebzug nach Rumänien. Mit großem Gefolge — der unvermeidliche Schneider war natürlich auch dabei — fuhr der Herr von Wien nach Bukarest. Der direkte Weg hätte durch Ungarn geführt, aber Dr. Zueger ist lieber feig als dumm und wählte deshalb die Route über Galizien. In Rumänien wurden die Wiener Gäste wie Souveräne empfangen. Wer die Berichte der antisemitischen Blätter las, der war höchlich über den sonst an dieser Stelle ganz ungewohnten Sprachganz überrascht. In den höchsten Perioden wurde geschrieen, wie der König, die Königin, die Minister, wie Land, Stadt und Volk miteinander meisterten, um den Gästen das Leben zu verschönern. Welchen Taten aber verbandte der Wiener

Cabatz in Thüringen.
 Glemser. Die Fraueninsel.
 Guxhaven. Kaiserhof und Seepavillon.
 Gind. Luft- und Wasserkurort bei Peisach in Obersteiermark.
 Ebbs und Eel am Inn.
 Eilingenweiler (Schwarzwald).
 Finkenberg bei Friedrichroda. Kurhaus Pfaffenstein.
 Freudenstein (Schwarzwald). Pension Palmenwald.
 Füssenbild bei Lambach in Thüringen.
 Gaisstein.
 Garmisch. Gasthof zum Lamm.
 Gohlberger Mühle bei Oberhof in Thüringen.
 Gaimenlee. Pension Berggilde.
 Gartzburg. Villa Badhuje.
 Gasterode bei Wernigerode. Kurhaus der Frau Dr. Rubel.
 Heiligenhafen.
 Herzberg am Harz.
 Innsbruck. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz“ und „zum roten Adler“.
 St. Johann bei Heiden in Appenzell.
 Juhl.
 Karlsbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel de Russie. Pension-Hotel. Haus Grillparzer. Alte Wiese. Haus Römischer Feldherr. Neue Wiese. Haus Delgweg. Marienbaderstr. Haus Italia. Schlossberg. Haus Florenz. Schlossberg. Haus Stadt Markschau. Kaiserstr. Haus Italia. Kaiserstr. Haus Rosenstock. Kaiserstr. Haus Brandenburger Thor. Krugstr. Haus Germania. Schlossberg. Haus Preussische Krone. Egerstr. Haus Egeria. Egerstr. Haus Diamant. Egerstr. Haus Engl. Krone. Egerstr.
 Riesenfelden a. Inn. Gasthof zur Grün von Ruffstein.
 Rühlschl (Tirol).
 Königsfeld im Schwarzwald.
 Raulen. Gasthof zur Post.
 Ruffstein. Gasthaus zur Schanz bei R. Sandwirth zum Spargen bei R.
 Ratoll a. Rhod.
 Randed in Schl. Logierhaus Geylum.
 Ranghampfen.
 Reba in Rommern.
 Riga bei Dresden.
 Reilsalp. (Berner Oberland).
 Regolembardo. Rest. Gubner.
 Remason. Inner Bartholomä und Bandaus (Voralberg).
 Rühlenthal. (Ferienheim bei Wernigerode).
 Rühlgraben bei Oberaudorf (Tirol).
 Rühlheim in Baden. Hotel zum Löwen.
 Rühnweller. Rest. Rühnweller.
 Rühn.
 Neuenahr. Villa Flora.
 St. Nicolai bei Ebbs.
 Oberaudorf a. Inn.
 Oberhofen.
 Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwald.
 Oetkenberg. Pensionat am Frauenkloster.
 Pyramont. Mehrere Pension.
 Prag. Althab. Katholisches Kasino.
 Reisch bei Bogen.
 Ruppolding in Oberhofen.
 Salzbrunn i. Schl. Dachroedens Hof, christliches Logierhaus.
 Seilecke (Gatz). Hotel Hoppe und Haus Tonnenheim.
 Schärding am Inn. Kurhaus Dr. Ebenfeld.
 Schwarzach bei Weigenstein.
 Schreberhaus. Landhaus Maria Elisabeth.
 Sellin.
 Sermona a. Gardasee. Hotel promessi sposi.
 Seibach bei Ulkei. Hotel und Pension Kasersee.
 Spindelmaße. Hotel Wiesenhause und Villa Hercynia.

Swinemünde. Veders Strandhotel (Bes. Wm. Veder).
 Villa Seefisch (Bes. Gieschmidt Schnitz). Villa Seiderhof (Bes. F. Hübner). Villa Hedwig (Pensionat und Logierhaus, Bes. Wm. Hübner).
 Tabarz (Großharitz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel Seefischhaus.

Thiersee.
 Trautheim i. Obenwald.
 Travemünde. Villa „Mira Mare“, Kaiser-Allee.
 Unterz (Bayern). Forsthaus.
 Wilm, Insel im Rügenischen Bodden.
 Wolterbad bei Hall in Tirol.
 Walchensee.
 Warmenunde. Villa Seebild.
 Wenningstedt auf Sylt.
 Westerland auf Sylt. Pension Lamberd (Bes. Krome und Frau geb. Lamberd).
 Wilbhad im Schwarzwald. Villa Montebello. Pension Neuf u. Walder.
 Wilbisch (Tirol).
 Zellertal im Harz. Johanneiser Kurhaus.
 Zinnwisch.

Die obengenannten Hotels in Spindelmaße haben wir auf die Liste gesetzt, weil die „Deutsche Hochwacht“ schreibt, daß ihre Besitzer „keine Hebräer annehmen. Die Bedienten sind eigens angewiesen, für Hebräer kein Zimmer freizuhalten oder dazwischen Preise zu fordern, daß keiner anbeißt.“

Von unserem Frankfurter Bureau wird uns kurz vor Redaktionsschluss telephonisch mitgeteilt:

Der von dem Abg. Direktor Schröder in der Berliner Rundgebung gegen die russischen Manifeste ausgesprochene Wunsch, daß dieser Protest auch an anderen Orten Deutschlands einen lebhaften Widerhall finden möge, ist rasch in Erfüllung gegangen. Am Dienstag, den 3. d. M. ist Frankfurt a. M. dem Beispiel Berlins gefolgt. Ein vorbereitendes Komitee, das aus Mitgliedern der verschiedenen Parteien und Konfessionen zusammengesetzt war, hatte die Einladung zu dieser Versammlung ergehen lassen, der die freiwirtschaftliche Bevölkerung in Scharen gefolgt war. Viele Hunderte suchten infolge Ueberfüllung des Versammlungsortes vergeblich Einlaß. Nach einer Begrüßungsansprache durch Herrn Reichsrat Zilinsch, der die imposante Versammlung leitete, hielten, oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, Ansprachen die Herren Pfarrer D. Rabe-Warburg, R.-A. Schönbauer, Mostan und Prof. Quibbe-Wünigen; in der Diskussion nahm auch der sozialdemokratische Frankfurter Reichstagsabgeordnete Schmidt das Wort. Die wirtungsvolle Rundgebung schloß mit der einstimmigen Annahme der Resolution, die auch die Berliner Versammlung beschlossen hat. Wir kommen auf die Ausführungen der Redner der Frankfurter Versammlung in nächster Nummer noch zurück.

Von der Nummer der „Mitteilungen“, die den ausführlichen Bericht über den eindrucksvollen Protest der Berliner und Frankfurter Versammlungen gegen die russischen Manifeste enthält, können unsere Leser Exemplare in beliebiger Anzahl zur Weiterverbreitung erhalten; wir bitten, Bestellungen bis spätestens den 15. d. M. an unsere Expedition zu richten, da alsdann der Satz abgelegt wird.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mh.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: West 6 Nr. 3078.

Alle Zeichnungen an die Expedition und Expeditionen sind zu senden an Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und alle an den Geschäft des Generalen Berlin annehmen Geld, Waren und Geldsendungen an den Geschäftsleiter, Herrn Dr. Rosenau, D. Genselt, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Dialysoh.

Die entgeglichen Wecheln in Dialysoh und mehr wohl noch die enttäuschten Ansprüchen in den verschiedenen Parlamenten, Protestversammlungen und Zeitungen aller Parteien scheinen doch schließlich auch den Antisemiten einigermaßen auf die Nerven gefallen zu sein. Sie versuchen, da Vertrauen und gar Vertrauen nicht mehr möglich ist, zu erklären, zu mildern. Es werden angeblich von angesehenen deutschen Einwohnern Dialysohs „objektive“ Berichte über die dortigen Zustände veröffentlicht; so z. B. in der deutschen „St. Petersburger Zeitung“, in der „Duna-Zeitung“, in der Berliner „Staatsbürgerzeitg.“ u. a. m. Um von dem Gemütszustand der „Staatsbürgerzeitg.“ zu sprechen, verraten einige Wendungen und Worte auch in dem Berichte der Petersburger Zeitung, daß der Schreiber, er mag ein hochangesehener Mann sein, nicht ganz frei von antisemitischen Regungen ist. Indessen wollen wir seine Darstellung, die unseren deutschen antisemitischen Blättern, die wir dem Abdruck bewilligt, so gefallen hat, als einen objektiven Versuch einmal gelten lassen, wenn er auch in vielen Punkten anderen Darstellungen widerspricht. Aber was beweist diese Darstellung? Sehen wir sie uns einmal an und berücksichtigen wir dabei auch andere antisemitische Berichte und urteilen wir dann.

Das geben wir ohne weiteres zu, daß die volle Wahrheit über das Entstehen des Pogroms nicht bekannt ist. Es sei die Möglichkeit zugegeben, wenn wir auch die Wahrscheinlichkeit als nahezu Null bezeichnen, daß, wie der Gemütszustand des Petersburger Blattes meint, ein „Judenjunge“ aus „Freude am Tumult, aus kindischem Lichte mit Pulver zu spielen und Menschen zu erschrecken, aus Haß gegen jede Religion, aus einem Genuß von solchen Taten eine Explosion veranstaltete und damit das Unglück über die Juden Dialysohs heraufbeschwor.“ Wie gesagt, wir halten diese Annahme für höchst unwahrscheinlich aus allerlei Gründen, auf die wir aber hier und jetzt nicht weiter eingehen wollen. Jedenfalls hat die Menge nicht wirklich gemerkt, daß ein Jude die Explosion verursacht hat, wie man es ja auch jetzt noch nicht weiß. Dennoch stürzte sie sich sofort auf die Juden. Um das zu erklären, muß der hochangesehene deutsche Journalist die revolutionäre junge Judenheit Dialysohs ins Feld führen, ein Anderer die offizielle, nicht gouvernementale offizielle Behauptung, daß in Dialysoh zwischen jüdischer und christlicher Bevölkerung jeder Haß fehlte, rundweg leugnet. Nach dem erstgenannten Gedankengange nun ist aber die revolutionäre jüdische Jugend bei Christen und Juden gleich verhasst, ja es haben die Juden sich vielleicht noch mehr von ihr gefallen

lassen müssen als die Christen.“ Trotzdem fürzt sich auf eine vielleicht von einem jungen jüdischen Revolutionär verursachte Explosion die mit den nötigen Zerstörungen in Instrumenten bei einer kirchlichen Prozession versetzte Menge auf die Läden derjenigen Juden, die von den revolutionären jungen Juden mehr zu leiden hatten als die Christen.

Um dies einleuchtend zu machen, muß nun weiter ausgeholt werden. Die alten Juden haben ihre Sprößlinge nicht in Ordnung und Zucht gehalten, entziehen teilweise aus dem „Gefühl der absoluten Solidarität des ganzen Volkes Israel“, zweitens aus „Furcht vor der Macht der eigenen Sprößlinge“ diese der Bestrafung und darum hüll das Volk die Juden überhaupt für schuldig. Die angeblich absolute Solidarität würde unseres Erachtens eher den Juden, die unter der Tyrannei ihrer fünfzehn- bis achtzigjährigen Sprößlinge zu leiden hatten, die Möglichkeit gegeben haben, sich mit Hilfe der Christen und der Polizei dieser Tyrannei zu erwehren, und die „Rache der Sprößlinge“ widerspricht dem jüdischen Familiengefühl, das viel beglaubigter ist als die „absolute Solidarität“ der Juden gegenüber Jünglingen, die ihnen Geld abnehmen und sie tyrannisieren. Wahr ist allerdings, daß in Dialysoh zuerst der jüdische Selbsthaß begründet worden ist, der aber doch erst durch die Pogrome in Rishineu und in anderen Orten sich als mehr oder minder zweckmäßig herausgestellt und der auch so manche Wecheln verhindert hat. Das Karmidel, das angefangen hat, sind also nicht die „Judenbengel“ des Gemütszustandes der „St. Petersburger Zeitung“, nicht die „schwarzen Böden“ derjenigen der „Staatsbürgerzeitg.“, sondern diejenigen, die seit mehr als einem Vierteljahrhundert Pogrome in Szene gesetzt haben.

Wie das geschieht, hat ja Fürst Urussov zum Entsetzen der Welt in der Reichsduma erzählt. Nur war es ein Verium anzunehmen, daß die verbrecherische Organisation zu eventueller Mieberregelung von zehn bis zehntausend Menschen, einmal entbitt, auch aufgehört hat. Nein, sie bestand noch weiter, und erst jetzt hat der Minister des Innern die sofortige Schließung der Geheimdruckerei und die Entloftung der Pogrom-Beamteten angeordnet. Freilich hat auch Wite schon einmal die Schließung angeordnet, und trotzdem bestand die Organisation weiter; eine Garantie, daß die Anordnung der jetzigen Regierung befolgt werden wird, hat man in Rußland nicht, wo die schlimmsten Anordnungen die Beamten händ.

Doch zurück nach Dialysoh. Glaubt man, daß in irgend einem anderen Lande der jüdischen Welt selbst bei einer Panik die Menge sich gleich aus Hauben und Worten

machen würde? daß in irgend einem nur halbjustifizierten Lande ein Volk glauben wird, daß der Monarch befohlen habe, „drei Tage die Juden zu schlagen“, und daß irgend ein Vöbel der Welt außer in ganz barbarischen Ländern selbst solch einem Befehle in der Weise, wie es in Wlasytsch geschah, nachkommen wird?

Nein! wie viel auch absichtlich oder unabsichtlich über die Vorgänge in Wlasytsch gelogen worden sein mag, fest steht, daß der Pogrom erzwungen wurde, ferner daß die Polizei sich an dem Morden beteiligt, die Führung sogar übernommen und auch das Tatflaggen mitbesorgt hat. Ist nicht, daß das Militär mindestens nicht geholfen hat, den Pogrom sofort zu erstickern, sondern durch absichtlich verkehrte Maßregeln ihn unterstützt hat. Selbst der Gewährungsmann der „Staatsbürgerlg.“ bezeugt, daß die Schutzeins, abgesehen davon, daß sie erst sehr spät zur Stelle waren, „mit dem Revolver in der Hand zusehen, das die jüdischen Wohnungen ausgeräumt waren, so daß die leeren Räume nachblieben.“ Was irgend brauchbar war — streift der in diesem Falle gewiß zuverlässige Berichtshalter des Berliner Antisemitensblattes — wurde in die Taschen gesteckt. Zur Schmach und Schande des russischen Beamtenstandes muß er bezeugen, „daß die in Beamtenuniform am raffiniertesten zu Werke gingen.“

Was noch nicht öffentlich festgestellt worden ist, das ist, daß die Polizei nicht nur den Pogrom begünstigt und an ihm aktiv teilgenommen, sondern auch ihn überhaupt in Szene gesetzt hat. Dafür gibt es aber so viele Indizien und Anhaltspunkte, daß ein preussischer Staatsanwalt ohne weiteres die Beurteilung der Wlasytscher Polizei beantragen würde. In der Tat hat ja sogar die russische Regierung sich veranlaßt gesehen, den wegen seines Verhaltens während der Wlasytscher Judenmorde in dem Berichte der Dumadeputation scharf angegriffenen Gouverneur von Grodno, Küster von seinem Posten abzurufen. Als Beweis dafür, daß die Verschuldung, die Orisepolizei organisiert an vielen Orten die Judenmorde und nehme an den Ausschreitungen teil, selbst von der Regierung als nicht unbegründet anerkannt wird, kann die Meldung dienen, daß der frühere Polizeimeister von Twer wegen Teilnahme an den Ausschreitungen vom 30. Oktober 1905 dem Kriminalgericht übergeben worden ist. Auch gegen den Polizeimeister von Jaroslaw und dessen Geiseln ist das gerichtliche Verfahren eingeleitet worden, da behauptet wurde für ihre Teilnahme an der Organisation der dortigen Programme und ihrer Unfähigkeit während der Ausschreitungen sowie dafür vorliegen, daß sie zu diesen angereizt haben. Da haben doch die „Judenengel“ die „schwarzen Vögel“ von Wlasytsch nicht provoziert.

Das Schlimme ist nur, daß diese Maßregeln reichlich spät kommen und doch nur halbe Maßregeln sind. Die Pogrome und der jüdische Übergriff sowie die Einweisung der jüdischen Jugend auswärts zur revolutionären Partei werden mit vielen anderen an dem russischen Volkstörper nagenden Wunden nicht eher aufhören, als bis die russische Regierung sich zur radikalen Lösung der Judenfrage entschließt, die in der Annahme der von der Duma in der Adresse an den Zaren in Erinnerung auf die Thronrede ausgehenden Forderung der Gleichheit aller russischen Untertanen besteht.

Da einem gleichfalls von der deutschen „St. Peterburger Zeitung“ gebracht, „Die Juden“ überschriebenen Artikel, von dem die deutsche antisemitische Presse insofern nicht so Notiz nimmt, wie von dem oben erwähnten zwei Tage früher, am 20. Juni alten Stils erschienenen, wird die schnelle und zweckmäßige Lösung der russischen Judenfrage als unausweichliche Notwendigkeit“ bezeichnet.

Es wird die Gleichberechtigung der Juden gefordert in dem Artikel, welcher wie folgt schließt:

„Am Ziele zweifeln hier aber an der vitalen Kraft des eigenen Volkes zweifeln, das ebenso gut Juden hat, die es verdient, wie die Nachbarn. Es heißt sie verbannen und vertreiben, und gerade dem etwas weidlich indolenten Charakter des Russen kann aus der Parität mit dem Juden mancher Nutzen und Wert ziehen.“

Die Parole muß aber unser tiefsten Umstände lauten, ein so schwieriges Experiment es bei der eben noch entsetzlichen kulturellen Schwäche und Unreife des Russenvolkes scheint, — möglichst schnelle und vollkommene Gleichberechtigung des Juden! Es ist der einzige Weg, und je rückhaltloser, je früher er beschritten wird, um so rascher wird der junge Volksorganismus mit dem Fremdkörper, den er nicht entfernen oder ausstoßen kann, fertig.“

Bei der „Kreuztg.“ bämmert's. Vor kurzem noch plapperte die „Kreuztg.“ gläubig den russischen Dichtern nach, daß die Juden die Urheberin in Wlasytsch verschuldet haben. Sie plapperte alles nach; auch sie und ihr Obrer, Herr Professor Schiemann, glaubten oder gaben vor zu glauben, daß die Juden wie den japanischen Krieg, so auch die russische Revolution verschuldet haben. Es fiel selbst dem Professor Schiemann nicht ein darüber nachzudenken, woher die russischen, überhaupt alle Juden die Macht hernehmen sollten, ein solches Riesentat in allen Ecken in Brand zu setzen, und was fast noch wunderbarer wäre, die verschiedenartigen Gesellschaftskreise, die ihnen so ganz und gar in jeder Beziehung fernliegen, gegen Wäldchen aufzumiegeln. Kon bebente. Die Duma hat mit überwältigenden Majoritäten, zum Teil sogar einstimmig Resolutionen angenommen, die vom Standpunkte des Jaren, der Sozialisten und — der „Kreuztg.“ — erzrevolutionäre sind. In dieser Duma aber sitzen 161 Adelige, 14 Geistliche, 12 Kosaken, 204 Bauern usw. Unter den „Radetken“ sind 60 Prozent Adelige und 23 Prozent Bauern. . . Wie können die Juden, die in der Duma nur durch zwölf Mitglieder vertreten sind, diese alle beeinflussen? Aber jetzt bämmert es selbst dem Professor Schiemann, daß, was sogar offiziell über die Beeinflussung durch die Juden gemeldet wird, nur noch naiven Genütern glaubwürdig sein kann. Vor kurzem war bekanntlich gemeldet worden, und zwar offiziell, daß die jüdischen Spielleute bei der Meuterei des Probovorschenschen Regiments die Hauptrolle gespielt haben. Nicht nur jeder vernünftige Mensch lachte über die Idee, daß jüdische Spielleute die hohen Offiziere und den Flügeladjutanten des Jaren zur Meuterei bewegen könnten, auch Professor Schiemann schreibt jetzt und unterzeichnet mit seinem Namen in der „Kreuztg.“, daß „diese ansehnliche Verschönerungsnachricht außerhalb Russlands nur ein Aufgebläses hervorgerufen werde“. Nicht nur ein Aufgebläses, wertgeschätzter Herr Professor, sondern ein unauflösliches Gelächter. Aber immerhin ist's ein Fortschritt in der „Kreuztg.“ Sie wird vielleicht bald noch mehr russische offizielle Nachrichten bezweifeln, und dann wird man in Russland, sobald man sieht, daß man im Ausland keine Karren mehr findet, denen man russische Jaren ausfinden kann, und daß selbst die „Kreuztg.“ nicht mehr glaubt, ausdauern zu lägen und sogar die Ursachen, die zum Lügen zeigen, zu befehlen suchen.

Protektionsgebungen gegen die russischen Grenz.

Aus der in der letzten Nr. der „Mitteilungen“ erwähnten Versammlung in Frankfurt a. M. geben wir die Ansprachen der Herren Pfarrer D. Rabe Warburg und Prof. Luidbe-Windien in möglicher Ausführlichkeit wieder.

Pfarrer D. Rabe:

Ich war zuerst entschlossen, zu begnügen der Redner, wegen bringender Berufspflichten abzusagen, weil ich aber der vortrefflichen Überzeugung für meine Pflicht, hier zu erscheinen. Ich würde dem Rufe dringendes als erfüllt sein, wenn er nur von einem Seite an mich ergangen wäre. Ich will hier kein Pathos der Überbundenheit in die Waagschale werfen. Ich komme und spreche von dem Gefühl befreit, daß gerade einer in solcher Lage befehlen und berechtigt ist, seine Stimme zu erheben. Die da erschlagen wurden, das sind Juden, die sie erschlagen, das sind Christen! So haben die Juden gedacht, aber keiner von ihnen wird das hier sagen. Das muß einer von uns. Was so fragt ich: Daß denn der Herr und Welcher umsonst die Seinen geteilt in der Erläuterung des höchsten Gebots? Was ist die russische Christenheit nicht die Welt, kennt sie nicht die Bergpredigt? (Bewegung.) Die Welt mußten die Juden über und dem, was dort gelehrt und gelehrt, ist nichts allzu groß. (Sehr wahr.) Die Juden werden fragen über die Gesetzmäßigkeit ihres Hasses. Darüber aber werden wir fragen? Wir fragen über die jüdische Kammer unter jüdischen Wägen, über die entsetzliche Blutschuld, welche die Christenheit auf sich lastet. Man wendet ein: Das waren Einzelne, die diese That verübten. Aber der russische Staat, das russische Volk, die russische Kirche sind Einses. Das ist eine wunderbare Kirche, von der wir meinen, sie sei tot und — siehe da! — sie lebt. Sie bringt Gutes und Schönes: einen Teilzeit und das schwarze Hundert, Duma und Bogrom. Nun wird uns vielleicht weiter gesagt, es seien in Rußland nicht die Juden allein, die unter diesen Verfolgungen litten. Gewiß nicht. In unseren Bergen sitzt immer noch die Trauer um unsere baltischen Brüder, und wir hören mit Entsetzen von den Missethätigen polnischen Armenien und Tatarien in Kaukasus. Das waren furchtbare Dinge, in jenen Fälle entrufen wir uns aber namentlich über die Schuld der Obrigkeit. Tausende Tausende wie die dem Warden der Armenien und der Tataren, das zu einer bestimmten Stunde begann und zu einer bestimmten Stunde endete, haben wir jetzt bei einem christlichen Volk, angewandt auf den jüdischen Teil. Das macht uns Herz und Gewissen erschauern. Weiter wird von unserer Seite darauf hingewiesen, daß bei den russischen Juden Schuld vorhanden ist. Sie wag sich gehäuft haben in den Jahrhunderten; die Juden mögen revolutionär gekostet sein. Aber dieser Einwand hat auf mich keine Spur den Eindruck gemacht. Wenn wir unter solchen Redebeschlüssen leben würden, wie die Juden in Rußland, so wären wir alle oder mindestens Träger der Revolution. (Stürmische Zustimmung.) Die den Juden auferlegte Schuld entlastet und Christi das Gewissen nicht, und wir müssen mit Bangigkeit fragen, was man werden soll. Die russische Kirche und der russische Staat, eine Einheit sind ins Kleinste, werden eine große Wandlung durchmachen müssen, wenn sie sich rechtfertigen wollen. Ist das ein europäischer Staat, der solche Verbrechen duldet oder in Sympathie tritt? Und ist es nicht der Wille der Deutschen, wenn das deutsche Volk die Jünger der Konferenz einberufen will? (Sehr lebhaft Beifall.) Das sind innere Widersprüche, die ein christlicher Mensch kaum so lassen würde. Hundert in Hefigkeit Gemachte scheuten viel mehr, als 1000 durch das Erbrechen in San Francisco Geduldet. Wo bleibt die Menschlichkeit, vor der ein Staat sich beugt, der seine Wohnung von zwei Dingen beleuchtet: von dem geklärten Himmel aber und dem moralischen Gesetz in uns? Wie furchtbar, wenn der Glaube an Menschenwürde und Menschenwürde in uns und besonders gerade hier! So vereinigten wir uns dem angeschuldigten jüdischen Volk zu einem lauten Schrei des Schmerzes und der Entrüstung. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Prof. Luidbe:

Es gibt supranationale Wesen, die fragen, welchen Zweck soll eine Versammlung haben, ob wir die Ereignisse in Rußland dadurch erklären können. Das glauben wir nicht so ohne weiteres, aber wir glauben trotz alledem an die Macht der öffentlichen Meinung, wenn sie sich heutzutage und fortgesetzt nach ein und derselben Richtung geltend macht. Diese Stimmung soll aber vor allem uns selbst genug tun, in dem Sinne, daß wir die Empfindung haben und zum Ausdruck bringen, daß es unangenehm (solcher Grenz) nicht stumm bleibt in unserem Kreise. (Allgemeine Zustimmung.) Was man viel weiter fragen: haben wir denn das Recht, in die Angelegenheiten anderer Völker denkwürdigen? Gewiß, wir beanspruchen ein solches Recht, weil wir eine große Kultur-

gemeinschaft der Menschheit anerkennen. Dort, in Rußland, wird aber gekämpft um Menschenrechte, um Menschenrechte und Menschenwürde. Wie aber dieser Kampf in Rußland entzündet wird, das ist nicht ohne Bedeutung für unser eigenes Vaterland. (Sehr wahr!) Wir werden von diesem Recht endlich einen vorläufigen Gebrauch machen, wir werden nicht bei den Einzelheiten verweilen, aber bei gewissen Gesichtspunkten sind wir glücklich herausgegriffen, unsere Stimme zu erheben. Der tiefste und wahrste Grund dieser Kundgebungen ist aber eine Humanität in dieser ganzen Bewegung, in diesem Kampf zwischen Freiheit und Autorität, dem Absolutismus, der in Rußland in den letzten Tagen zu liegen scheint und alle Gesetze der Menschlichkeit mißachtet. Es gibt einen patriarchalischen Absolutismus, der keine Verengung der Völker bedeutet, aber diese Zeit ist für Rußland längst dahin, seit einem Menschenalter und länger wird dort gekämpft. Dieser Kampf wird von den Christen mit allen Mitteln gewöhnlicher Unterdrückung geführt. Wir wissen, wie man die Verengung Christi mit politischer Einstellung behandelt, wie man das Leben der Freiheitskämpfer vernichtet, und wir hoffen, daß gegen dieses Regiment eine gewalttätige Aufhebung erfolgen mußte, gegen ein Regiment, das sich gegen den Geist der Zeit, gegen die elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit und Freiheit richtet. Denn: eine Grenze das Dummheitstum. (Beifall.) Gleichwohl haben wir uns gedrückt, durch Volkskundgebungen dort einzugreifen. Erst aus Rußland das „Mitteln Europa“ in Verbindung wurde öffentlich sagen wollen, was wir in Rußland zu tun haben. Heute handelt es sich noch um etwas anderes. Wenn jene privilegierten Klassen nach weiter hergehen wollen, so müssen sie die Waffen verlegen. Das ist jetzt ihr letztes Mittel. (Sehr richtig.) Etwas Ähnliches, was in jüdischsten Formen, spielt sich in unserer Nachbarland Österreich-Ungarn ab, wo man, am freischüttele Forderungen Vianauwaben, den Nationalitätenkampf gefördert hat und fördert. Wenn erst die Nationen sich einigen, dann ist es auch mit der Herrschaft der privilegierten. So werden im Völkern die Götter und Ketten gegen das Dummheitum aufgehoben. Diese nationale Bewegung war ein Mittel, um die russische Herrschaft in jenen Provinzen zu stabilisieren. Von der letzten Kämpfe: die russische Regierung bereit sich gegenüber der Duma auf das russische Volk, die Volksmacht. Die Duma wird aber unter einem System gestellt, das nur darauf berechnet ist, die freigesetzten Parteien einzuschließen und zu verengeln. (Zustimmung.) Und trotzdem diese Duma, in der keine Wirkung ist, der auf der Regierung fußt. Keine Seele kennt sie hier eigen in dieser ersten russischen Volksvertretung. Die russische Regierung kann sich nur dann auf das Volk berufen, wenn sie in der nächsten Sitzung greift, wenn sie künftige Gegenbewegungen hervorruft, die sich nicht in Schwächen äußern, sondern die zur Tat führen, das heißt zu Kampf und Tod. Aber dem Volk, das sich angeblich erhebt, Unbill an den Juden zu zeigen, unter dem Volk, das Christen, Rechte zu machen, läßt die Kirche, die Selbstverständlichkeit eskalieren. Das geschieht aber nicht nur in Rußland, das findet man auch bei Völkern, die in der Kulturentwicklung weiter vorangeführt sind. (Beifall. Zustimmung.) Wir scheitern nun bei uns nicht gleich zum Mute; aber auch bei uns wird man jede unbedingte Bewegung zu diskreditieren, indem man einfach sagt: da steht das Judentum dahinter. (Stürmischer Beifall.) Nun wieder zu Rußland. Die Polizei hand dabei, das Militär konnte zu. (Sehr lebhaft.) Sehr großen erst dann ein, als die Gegenwehr kam, aber sie schufen auf die Leute, die sich verteidigten. Bei einem Regiment in Hefigkeit wurde eine Proklamation verteilt — sie ist in der Staatsdruckerei hergestellt und trägt den Stempel des Zensur — in der gegen die Juden in abwechselnder Weise geht und in der es heißt: „Abendst. Brüder in Christi Hauptstadt! Aufgeben dem jüdischen Feind!“ So warb die Salawatska für das Eingreifen in solchen Bogen vorberichtet. Wenn wir nun denkwürdigen unsern Zusammen mit den Geschädigten und Verfolgten denken wollen, so müssen wir vor allem mit Bekämpfung davon denken, daß man jenen Land durch Beteiligung an Nationalen Selbstmitleid bewilligt, ohne die Forderung zu erheben: Werde erst ein Nationalist! Wenn bei dieser Gelegenheit die deutsche Regierung vorfindet und das deutsche Kapital zurückgehalten hat, so wollen wir ihr das danken, aber auch jenen in Kulturverhältnissen ist das sicherlich nicht geschehen. (Sehr wahr.) Wir haben auch nicht immer neutral stehen können. Bei den Völkern und Völkern (Beifall. Zustimmung.) Das war aber kein Leben so, daß man der reaktionären russischen Regierung Selbstmitleid in Deutschland geleistet hat. Unmöglich müssen wir im Gegenwart zu den offiziiellen Handlungen der Regierung die Zustimmung des großen Teils des Volkes binden. Damit decken wir nicht nationale Interessen, nicht die Interessen des Volkes. Wie wollen Frieden mit Rußland? Aber das ist nicht das Rußland der Vergangenheit, das Rußland, das Rußland, der Freiheit, der Freiheit, der Freiheit der Duma. Was auch die Nationen auch einmal triumphieren die Freiheit wird und muß in Rußland kommen. (Stürmischer langanhaltender Beifall.)

Eine in Stuttgart am 5. Juli stattgehabte Versammlung war von etwa 1500 Personen besucht. Nach den tief wirkenden Vorträgen des Stabpfarers Umsried-Stuttgart, des Rechtsanwalts Sghonow-Woskau, des Landgerichtsrats Lutz-Tübingen und des Professors Quilbe-Wünnen wurde die bereits in Berlin und Frankfurt angenommene Protesterklärung angenommen.

Herr Stabpfarer Umsried hob hervor, über die entsetzlichen und himmelschreienden Ereignisse von Kischeneu und Bialystok sollte man auch bei uns nicht teilnahmslos hinweggehen. Der Baum der Freiheit, der dort mit so viel Blut verbrüht worden sei, werde sich jetzt emporrichten über die dumpfen Gewölbe der Knechtschaft. Die russische Regierung dulde, wie einst Nero, alle diese Greuelthaten, weil sie den Boden unter ihren Füßen wanken sehe und die Volkswut abzulenken möchte. Gegen die immer mehr anwachsende Volksbewegung gebe es aber ein anderes Rezept, das heiße: Verzicht dem Unterdrückten zu seinem Recht. Teilnahme sei das wenigste, was die russischen Opfer verlangen können und auch vom deutschen Volk verlangt, obwohl das letztere in der jüngsten Zeit vielfach nach dem Grundhieb erzogen worden sei, daß es sich nicht darum zu kümmern habe, wenn des Nachbars Haus brenne. Wir verlangen keine Intervention mit Feuer und Schwert, wir wollen aber eine solche ausüben mit der ganzen Wucht der öffentlichen Meinung; im Namen der Menschlichkeit wollen wir protestieren gegen die Unarmutigkeit, im Namen der Freiheit gegen die Tyrannei. Deshalb rufen wir denen, die ihr Leben einlegen in den russischen Freiheitskampf, ein herzlich Glück auf zu! (Beifall.)

In der am 5. Juli in Wien abgehaltenen großen Protestversammlung wurde beschloffen, folgende Resolution an die Duma zu senden: „Die Versammlung spricht ihr tiefes Mitgefühl mit den Opfern der unmenschlichen Mordthaten und ihre Empörung über deren Urheber aus. Es ist ihre Überzeugung, daß die Knechtschaft und der erbliche Feindschaft, der sich in diesen Greuelthaten kundgibt, mit der politischen Unterdrückung des Volkes im engsten Zusammenhang steht und daß nur von einer kräftigen Volksorganisation eine Besserung zu erwarten ist. Die Versammlung begrüßt das Auftreten der Duma, wendet sich aber zugleich an die süßelnde Menschheit aller Länder, sich im flammenden Protest gegen derartige Freveltaten zu vereinigen“. Den Aufruf zur Versammlung hatten unter anderen der Präsident der Akademie der Wissenschaften Professor Such, Professor Wach und viele andere hervorragende Persönlichkeiten ergehen lassen.

Präsident Roosevelt hat sich damit einverstanden erklärt, daß eine von beiden Häusern des Kongresses der Vereinigten Staaten gefasste Resolution, in welcher dem Mordhieb des Volkes der Vereinigten Staaten über die Judenmordeleien in Rußland, Ausdruck gegeben wird, dem Staatsdepartement übermittelt und amtlich bekannt gegeben werde.

Aus Sydney, 6. Juli wird der „Frankf. Zig.“ telegraphiert: Das Bundes-Repräsentantenhaus nahm eine die russischen Greuel bedauernden Antrag des Abgeordneten Storor an. Der Premierminister Deakin beströmte den Antrag, wobei er die russischen Behörden zu schonen versuchte.

Von der kryptoantisemitischen Mittelstandsvereinigung.

Der frühere Vorstand der Mittelstandsvereinigung in München hat seinen Mitgliedern einen solchen Streich gespielt. Wie erinnerlich, ist es vor einiger Zeit in der Vereinigung zu Differenzen gekommen, in deren

Verfolg der bisherige Vorstand abgesetzt wurde. Der neue Vorstand hat aber eigentlich nur noch die Funktionen einer Liquidations-Kommission zu erfüllen. Der alte Vorstand dieser kryptoantisemitischen Vereinigung hat nämlich — was für weis niemand — solche Schulden gemacht, daß er jetzt sämtliche Mitglieder verlastet und zwar auf Zahlung von je 40 M., obwohl in den Zirkularen, mit denen einzelner die Mitglieder geworden worden waren, ausdrücklich vermerkt war, daß ihnen außer der Zahlung eines monatlichen Organisationsbeitrages von 40 Pfennig keinerlei Verpflichtung erwachse. Die Schuldenslast beträgt insgesamt 48000 M., die von den 1200 Mitgliedern durch Zahlung von je 40 M. getilgt werden sollen. Das Schicksal dabei aber ist, daß der alte Vorstand den neuen als gar nicht berechtigt zur Führung der Geschäfte bezeichnet. Der neue Vorstand, wie überhaupt sämtliche Mitglieder der Vereinigung werden indes dem Terrorismus des alten Vorstandes gegenüber, indem ein konfessionierter Schuldentreiber die Hauptrolle spielt, einen schweren Stand haben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Schuldenaufkäufer des alten Vorstandes zu Schuldensammlern der ganzen Mittelstandsvereinigung geworden sind. Der neue Vorstand kauft sich nun mit einem beweglichen Mittelschreiben an die Öffentlichkeit.

Diese patentierten Mittelstandspolitiker wollen den Mittelstand vor der angeblichen „Unklammerung“ durch das Großkapital retten, und können sich selber vor der Ausbeutung ihrer eigenen Freunde nicht schützen.

Die kryptoantisemitische Mittelstandsvereinigung hatte die Naivität besessen, den politischen Charakter der Vereinigung grundsätzlich in Abrede zu stellen. Die Magdeburger „Sachsentau“ höfnt darüber:

„Ob die Herrschaften wirklich an den Wert ihrer Erklärung glauben? Bei wunden Dankverweirern und Ausfällen, welche nicht wissen, was das Wort „Politik“ besagt, üben solche Erklärungen wohl versagen, oder nicht bei heilen Leuten. Wer ein Programm aufstellt und durch Wort und Schrift, durch Sammlung von Redigieren durchsetzen vermag, gründet eine Partei und treibt auch Parteipolitik. Die Mittelständler sollen den deutschen Reich nicht für naiver halten, als er wirklich ist. Reichlich interessiert die Führer der Mittelständler, daß man ihre Parteipolitik im Volksmund hin und wieder als „halbjudeisch“ bezeichnet. Der Volksinstinkt hätte damit allerdings wieder das Richtige getroffen.“

Die Mittelstandsvereinigung hat dieser Tage auch in Stettin nach einem Vortrage ihres Vorsitzenden Obermeisters Kahardt eine Ortsgruppe gegründet. Interessant war das Auftreten des konfessionellen Abg. Wolkewitz, der für seine Partei bei der Mittelstandsvereinigung ein gutes Wort einzulegen suchte. Wenn Kahardt gefragt habe, daß die sämtlichen politischen Parteien nicht das rechte Interesse gezeigt haben, so sei das nicht ganz richtig; auf der rechten Seite des Hauses hätten sich die mittelstandsfreundlichen Elemente zusammengefunden, und darum müsse der Mittelstand konfessionell stimmen. Kahardt forderte denn auch zum Schluß auf, vom Stettiner Wahlkreise die „Schande“ zu nehmen, durch einen Sozialdemokraten vertreten zu sein und ihn durch einen Mann zu ersetzen, der das Vertrauen des Mittelstandes genießt. Nach dem ganzen Gange der Verhandlung und den Parteihörschülern in Stettin kann das natürlich nur ein Konfessioneller oder ein ihm gleichwertiger Antisemit sein. Wer noch Zweifel hegt, ob es sich um etwas anderes als um Gründung eines antisemitischen Wahlvereins handle, dem wurden die Augen geöffnet, als Herr Kaufmann Seyle bei der Vorstandswahl die meisten, nämlich 104 Stimmen auf sich vereinigte. Wenn übrigens Herr Kahardt so bewegt von der „Schande“ rebei, die Stettin dadurch betroffen habe, daß es durch einen Sozialdemokraten vertreten sei, so hätte er nur zugleich der Wahrheit die Ehre geben

und hinzufügen sollen, daß seine engeren Freunde, die hauptsächlich die Mittelstandspolitik machenden Antisemiten an dieser „Schande“ schuld sind. Denn im Jahre 1903 wäre der zur Preussischen Vereinigung gehörende Landtagsabgeordnete Bödelm unbedingt gewählt worden, wenn nicht die Antisemiten zum größten Teile für den „Sozialdemokraten“ Herbert Reismann hätten. Dieses „schändliche“ Verhalten der Reformpartei rügte Herr Rabhor, der gesagt, mit keinem einzigen Wort. Dagegen suchten er und der Abg. Wallewisch in der Verformung des Glaubens zu erwecken, als könnte es gelingen, einem Vertrauensmann der Mittelstandsvereinigung das Stettiner Mandat zu gewinnen. Dabei war das Stimmverhältnis im Jahre 1903 folgendes: Preussische Vereinigung 9472, Zentrum 270, Reformpartei 4939, Sozialdemokraten 13111! Diese Zahlen sprechen für sich allein.

Auf dem Lüderer Verbandstage der Deutschen Gastwirte war aus irgend einer Weise der Beschluß zuhandgekommen, daß die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der Mittelstandsvereinigung vertreten sollten, damit sie ersuchen könnten, was diese eigentlich wollen und wie sie sich gebären. Der Essener Gastwirtstag dieses Jahres verhandelte wieder über dieselbe Frage. Voss-Berlin teilte mit, daß nach dem Beschlusse des Lüderer Tages einige Herren des Ausschusses sich der Mittelstandsvereinigung angeschlossen hätten. Sie seien aber von dem, was sie ersuchen hätten, durchaus nicht zufrieden. Von dieser Vereinigung sei jetzt und auch in der Zukunft nichts zu erwarten. Braun-Berlin äußerte dieselbe Ansicht und forderte die Ausschlußmitglieder auf, wieder aus der Mittelstandsvereinigung auszutreten. Jünger-Berlin äußerte sich in ähnlicher Weise. Nur der antisemitische Abgeordnete Frölich-Potsdam und der Gastwirt Deglow-Küsterdorf traten für die Mittelstandsvereinigung ein und empfahlen nähere Beziehungen. Sie hatten wenig Glück mit ihren Worten. Auf Antrag von Voss-Berlin wurden die Mitglieder des Ausschusses aufgefordert, aus der Mittelstandsvereinigung wieder auszutreten.

Man kann den Gastwirten zu diesem Beschlusse nur Glück wünschen.

„Der Sport der Prohen und Juden.“

Unter dieser Ueberschrift bringt das „Vöngerische Vaterland“ vom 28. Juni einen nicht mehr in dem unwürdigen Signale, aber in einem immer noch recht grobkörnigen Tone einen Artikel gegen den Automobilport. Das seltsame ist nur, daß in dem ganzen Artikel nicht mit einem Worte von Juden die Rede ist. Man findet zwar Ueberschriften wie Nuchstittel mit immer leicht zu finden. Man ergibt sich von einem Romanistischer, der vergeblich nach einem passenden Titel für seinen Roman suchte und sich in seiner Verzweiflung an Freunde um Rat wandte, von einem Kollegen gefragt wurde, ob in dem Romane Lauten vorkommen. „Nein“, antwortete der titelstuchende Schriftsteller. Und Trompeten, kommen die von? „Auch nicht“, lautete die Antwort. „Nun dann“ nennen Sie doch den Roman: „Ohne Pauken und Trompeten.“ Nach diesem Rezept hätte aber die Ueberschrift wenigstens lauten müssen: Der Sport der Prohen ohne Juden. Wie in aller Welt die Juden in die Ueberschrift hineingeraten sind, das ist Geheimnis für Weise wie für Toren. Wir können nämlich nicht annehmen, daß der Artikelschreiber unter den „so vielen hohen Herren“, die sich unter den „Einkl- und Geldprohen“ befinden sollen, Juden gemeint habe.

Oder sollte noch ein zweiter Artikel folgen, in dem die Juden nachgeliefert werden? Da wollen wir dem Schreiber des Zukunftstittels gern einiges Material geben.

Es ist nämlich offenkundige Tatsache, daß auch Juden Automobile besitzen und benutzen. Ja, es soll ein jüdischer Automobilist sogar schon einen Unfall verschuldet haben. Grund genug für das „Vöngerische Vaterland“ zu behaupten, Juden hätten das Automobil erfunden, seien die Haupt-Automobil-Zubehörlern, trügen die Verantwortung für die Verbreitung des Automobilports seien die schlimmsten Autofahrer und hätten sich verschrieben, alle Germanen niederzuknien. Das „Vöngerische Vaterland“ hat schon mit weniger Grund noch schlimmere Behauptungen und Lügen gegen die Juden verbreitet. Also los!

Doch halt, da fällt uns doch eine Erklärung ein für die Juden in der Ueberschrift eines Artikels, in dem mit keinem Worte von Juden die Rede ist. Der Artikelschreiber ist so gewohnt, den Juden etwas anzuhängen, sie für alles Unheil verantwortlich zu machen, daß sie ihm gewissermaßen gewohnheitsmäßig in die Feder schlüpfen, wenn er gegen irgend ein Unheil loszieht. Die Juden sind schuld an den Kriegen, Revolutionen, Warenaufstößen, natürlich also auch an der Automobilkrise. Es ist aber dem Autor beim Schreiben nichts, abseits nichts eingefallen was er gegen die Juden in seiner Automobilkrise hätte verwerten können. Die Juden ans der Ueberschrift anzuhängen hat er aber vergessen. Solche Vergesslichkeit können schon einem vielbeschäftigten Schimpfprechtheater passieren.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der antisemitische Bruderkampf im Deutschen, speziell im Wahlkreise Mitten-Lotharismat nimmt seinen Fortgang. Die „Deutsche Reform“ schreibt:

„Lauter Nachrichten über die Stellungnahme zur Kandidatur Heinrich im Kreise Mitten-Lotharismat werden gelfentlich in der den Deutschsozialen maßgebenden Presse verbreitet. So wird u. a. behauptet, daß in den letzten Kreisen der Reformpartei eine Einklinkung in Bezug auf das Vorgehen herrsche, daß von den Abgeordneten der Partei nur Herr Zimmermann sich auf die Seite der „Freideutschen“ stelle, daß Reaktionen und Quälereien der einzelnen Abgeordneten ein gleichmäßiges Bild ergeben würden usw. Gegenüber diesen Falschmeldungen stellen wir in aller Kürze fest, daß sämtliche Abgeordnete der Deutschen Reformpartei sich einmütig für das selbständige Vorgehen der Partei und eine eigene Kandidatur erklärt haben. Man möge die Herren Märgenreiter eine neue Geschichte für die Pressegläubigen erfinden!“

Auch Abg. Zimmermann konsolidiert in einer Zuschrift an die „Deutsche Hochwacht“, daß sämtliche Abgeordnete der Reformpartei sich für das Vorgehen der Reform gegen die Deutschsozialen erklärt haben. Worauf die „Hochwacht“ repliziert, der Abg. Frölich sei nicht damit einverstanden. Das Blatt weist zugleich entkräftend den Vorwurf Zimmermanns zurück, daß es sich „zur Abklagerungsfälle für Angriffe auf die Reformpartei herbeige und damit die Geschäfte von Reuten betriebe, denen der Deutsche Volksbund früher unabhängig gegenüberstanden habe“. Die „Hochwacht“ habe selbständig Stellung genommen; auch handele es sich nicht um Angriffe, sondern um Abwehr in Form einer Erklärung.

Über die Kampfesweise der Reformer beklagt sich das „Deutsche Blatt“, welches sich aus Bedenken schreiben läßt: „Was von den Reformern zu erwarten ist, sieht man recht deutlich u. a. auch daraus, daß am Sonntag in einer hier abgehaltenen Versammlung, in der Herr Abg. Rottmann sprach, der Vertreter der Reformpartei erklärte: Im Falle der Stichwahl zwischen deutschsozial und sozialdemokratisch würde er sich der Stimme enthalten. Er begründete es mit der großen Unwahrscheinlichkeit, daß die Deutschsozialen Gegner des Reichstagswahlrechts seien.“

Im Wahlkreise Marburg sind die Deutschsozialen ganz außer sich vor Freude darüber, daß für ihre Kandidatur

W d h m e zwei Reformer und zwar der frühere parlamentarische Vertreter des Wahlkreises Dr. W d e l l, derselbe, der seinerzeit gemeldet war, das Mandat zu verweigern, und der Abg. Bruhn sich ins Zeug legen. Rühmlich, zwei Helfersbester, auf welche die Deutschsozialen stolz sein können! Das „Deutsche Volk“ meint, die Erkenntnis, daß mit dem Eintreten Bodels für Böhme die Ausichten einer einmaligen Gegenkandidatur unter den Nullpunkt gefallen sind, dürfte zugleich die Ursache des wäutenden Desperadotreibens der Enttaugten sein.

Für die ihnen zu Teil werdende schändliche Behandlung wollen die Reformer sich durch einen Einbruch in den Wahlkreis E s c h w e g e - S c h m a l l a d e n, der bekanntlich den Deutschsozialen in einer Nachwahl zugefallen ist, revanchieren. Wie der „Freisinnigen Ztg.“ mitgeteilt wird, beabsichtigen sie in der Person eines Kaufmanns Bräuninger einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Der Oberlandesgerichtsrat von Nidhosen, nominierter antisemitischer Reichstagskandidat für Wahlbezirk Pyrmonst, richtet an die in Arnheim erscheinende „Waldeckische Rundschau“ folgende Zuschrift:

„In der am Abend des 10. Juni in Kobach von mir abgehaltenen Wählerversammlung habe ich nicht, wie in Nr. 5775 Ihrer Zeitung behauptet wird, die Forderung aufgestellt, daß die Juden von allen öffentlichen Ämtern ausgeschlossen werden sollten. Vielmehr habe ich in Uebereinstimmung mit dem deutschsozialen Parteiprogramm lediglich die Ansicht ausgesprochen, daß die Juden von solchen Ämtern, in denen ihre Eigenart für unsere Kultur schädlich ist, ferngehalten seien. Als derartige Ämter habe ich den Richterstand, den Offiziersstand, den Beruf eines Lehrers an Schulen, die von Kindern deutschen Stammes besucht werden, sowie die Mitgliedschaft in gelehrtenbenden Körperlichkeiten bezeichnet. Ferner habe ich mich dafür erklärt, daß die Zulassung der Juden zur Rechtsanwaltschaft nach dem Votensatz der jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich beschränkt werde.“

Welche öffentlichen Ämter der Herr Oberlandesgerichtsrat für die Juden offen halten will, sagt er nicht. Vermutlich die Oberprüfenden- und Ministerposten.

Herr Krösch, die Reichstagsdeputierter der Antisemiten des Wahlkreises Pyritz-Saagitz, hat sich bei seinen fortgesetzten Versuchen, die Politik auch in den privaten und gesellschaftlichen Verkehr hineinzutragen, bei einem Teil seiner Wähler eine gehörige Abscheu geholt. Die Pyritzer Maurer- und Zimmererinnung, die am 30. v. M. ihre Quartallversammlung beging, hat, durch Befragung gemittelt, sich dem Wunsch dieser Feind durch Herrn Krösch in folgendem Schreiben höflich verbeugen: „Da Sie bei derartigen Veranlassungen bisher fast immer Gelegenheit genommen haben, solche Feinde mit Ihrer Gegenwart auszuzeichnen und diese auch politisch auszunutzen pflegen, so teile ich Ihnen im voraus mit, daß sowohl Sie, als auch die Vertreter Ihres Blattes zu dieser Jahresversammlung keinen Zutritt erhalten, andererseits Sie uns zwingen würden, von dem uns zustehenden Hausrecht Gebrauch zu machen.“

Das ist eine bittere Pille für Herrn Krösch; gerade aus dem Handwerkerstande, den er mit seinem aufspringenden Liebeswerben fortgesetzt verfolgt, wird er solchen „Unhaß“ am allerwenigsten erwartet haben.

Stettin, 7. Juli. Heute vormittag sollte vor dem hiesigen Landgerichte als Verurteilungssitzung über die Revision verhandelt werden, die der Redakteur-Weber des in Pyritz erscheinenden Antisemitenblättchens „Der Mittelrand“ gegen das Urteil des Schöffengerichts vom 18. Mai d. J. eingelegt hatte. Bekanntlich war er damals wegen

Beleidigung des hligen Runkmalers Herrn Georg Lemm, begangen durch den Abdruck eines von den unglaublichsten Erfindungen strebenden Artikels der hiesigen „Deutschen Hochmacht“, zu einem Monat Gefängnis verurteilt worden. Beim heutigen Termine war der Privatkläger Herr Lemm durch Herrn Rechtsanwalt Schläpfer vertreten. Der Vorsitzende, Herr Landgerichtsdirektor Busche brachte ein Schreiben des verurteilten Weber zur Verlesung, in dem dieser mit ein paar kurzen Worten eröffnete, er sei am Erscheinen verhindert! Das Gericht fand, daß dies keine genügende Entschuldigung sei, daß jede Verschleppung und Verzagtheit keine Verurteilung veranlassen könne, daß Angestellter Gelegenheit gehabt habe, sich durch einen Rechtsanwalt mit schriftlicher Vollmacht vertreten zu lassen; demgemäß wurde die Verurteilung abgewiesen und es bleibt bei der Verurteilung.

Im Anschluß an den vorstehenden Bericht bemerkt das „Pyritzer Kreisblatt“, daß der Verurteilte, Herr Weber, bis zum Freitag früh sich in Pyritz aufgehalten hat und an diesem Tage, wie verlautet, nach Wien, seinem Geburtsort, gefahren ist. Am Dienstag, den 10. Juli, sollte übrigens gegen denselben Herrn Weber auch in einer weiteren Privatklage vor dem Pyritzer Schöffengerichte verhandelt werden, und ein weiteres Strafverfahren wegen Beleidigung der Rabbinen in Bromberg und Breslau schwebt noch gegen den Herrn Weber vor der Strafkammer in Stargard.

Vom Grafen Pückler. Der Appell der Presse an die Behörden, dem Unfug zu steuern, den Graf Pückler trotz der an ihm zu verhängenden Freiheitsstrafe fortgesetzt antizipiert, scheint endlich Erfolg gehabt zu haben. Kurz vor seinem Auftreten in einer auf Montag abend in Berlin angelegten Versammlung wurde der Graf auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft aus seinem Hotel abgeholt und bei Gefängnis in seine Festungshaft zurückgebracht.

× × **Und der Turnerische.** Vielen überreichenlichen Turnern beginnt bereits der Zwist mit der großen deutschen Turnerschaft, zu dem sie durch antisemitische Heißspornen gedrängt wurden, leid zu werden. So erklärte letzthin bei dem Borsdorfer Ganturiersfest, das in Dortmund abgehalten wurde, der Gauvertreter August Feiler in seinen Begrüßungsworten: „Persönliche Feindschaft und die Macht der Verhältnisse zwingen uns, dieser größten und idealsten alldeutschen Verbindung den Rücken zu kehren. Wir gingen blutenden Herzen, und, so Gott will, ist der Tag nicht mehr ferne, an welchem unsere Mittereiche möglich gemacht wird.“

Bezeichnend bemerkt dazu der Vorsitzende der deutschen Turnerschaft, Dr. Koch-Weipig, in der „Deutschen Turnzeitung“: „So herzlich und treu die letzten Worte Klagen und Zeugnis von der alten Abhängigkeit abgeben, fragen muß man doch: Wo ist die persönliche Feindschaft putzge treten, die einem Deutsch-Deutscher zum Austritt aus der deutschen Turnerschaft hätte veranlassen können?“ — Man sänge beim Vorhingen an und höre beim jüngsten Turner auf — nie ist persönliche Feindschaft putzge treten. Nur der harte antisemitische Parteihandpunkt der früher Deutsch-Deutscher und die Weigerung, sich dem Turntagabschluß zu fügen, der dem einen Teil nicht verwehrt, judenrein zu machen, dem anderen Teil aber die langstehende Mitgliedschaft in der deutschen Turnerschaft bewahrt, hat die Trennung bewirkt.“

Vermischtes.

Die Ehrung eines jüdischen Dichters. Die „Hohenberger Zeitung“ vom 28. Juni berichtet:

Am letzten Sonntag erlief unter Sonst ein Fest, wie es wohl kaum jemals wiederholt und das allen Hohenbergern, die daran teilnahmen, in bester Erinnerung bleiben wird: Die Entschärfung einer Geheimsache für den Dichter Julius Koben-

berger (Julius) ist ihm (eigenlicher Name), die mittags 12 Uhr im Fleiß der Gassen des Dichters, zweier Schwärzer und eines Schnoßers und unter Beilegung des Wohlwills und der Stabilitätsbedürfnisse. Die Sonne strahlte von blauen Himmel und eine leuchtende Glühung überlief ihn, als aus dem verstaubten Hause die Gassen des Dichters mit den übrigen Angehörigen traten und auf der gegenüberliegenden Seite der Straße ihren Platz einnahmen: Nachdem die Wölfsche Kapelle die Feier durch das Lied: „Die Himmel rühmen des Erzeugers Ehre“ eingeleitet hatte, sprach Herr Dr. Wiese als Vorsitzender des Vereins die Gedächtnisworte: „Hochgeachteter Herr Julius! Im Gedächtnis der wahren Sinne des Volkes ist es, das wir mit heute vor diesem alten, ehrenwürdigen Familiengrab zusammengekommen haben, um dem größten Sohne unserer Zeit, dem Dichter Julius Rodenberg, an seinem Geburtstagsfest eine Ehrenfeier zu erteilen. Der Wunsch, dem wir uns anheben, daß das Leben des Dichters verfaßt und sich an seinen Werken erheben, längere Zeit, er soll heute in Erfüllung gehen: Die alte Gräfin, das Städtlein an des Berges Fuß“, will zeigen, daß sie ihren großen Sohn nicht vergesse, sondern voll Verehrung und Bewunderung zu ihm aufsteht und Holz ist, das ein solches Mann aus der Vergangenheit. Hier in dieser Stadt, in diesem Hause, vor dem wir jetzt sitzen, hat Julius Rodenberg seine erste Jugendzeit verbracht. Hier ist durch eine sorgfältige Erziehung, die besonders seine hochgeachtete, jähnelnde Mutter leitete, an der der ganze Mensch mit schmerzlicher Liebe hing, der erste Grund gelegt zu einem späteren glänzenden Schaffen. Hier war es, wo die Gasse, die ihm die Wunden in die junge Brust gielte, die ersten Früchte trug, die an seinen Gesinnungen und den übrigen Spielgefühlen ein begehrtet und ein anderes Publikum fanden. Aber hier sind auch Werte entstanden, die wir heute, besonders als er von seinen Vätern zurückgeführt, hier in der Stille der Einsamkeit, die mannigfachen Hindernisse, die er dort gewonnen, verarbeitet. Und nach 10 Monate liebe Erinnerung knüpft sich an den Aufenthalt des Dichters in unserer Stadt. Wieso könnten diese Stände erzählen, wie sie lebten, von der Jugendzeit und Lust, von so vielen Träumen, die nicht in Erfüllung gegangen, sagt er selbst in seinem „Erinnerungen aus der Jugendzeit“. Weil, das war weit liegt zurück die Zeit, die heute der unsere größten Tage wieder lebendig. Das ist ein Jahr sind verstrichen, seit die Eltern von hier fortgezogen und damit auch die Eltern aufhörten, wo der junge Dichter öfters im Jahr Einkehr hielt in seiner Vaterstadt, um in der Stille des Elternhauses die seiner beglückten Mutter auszusprechen von den Wunden und dem Glauben der großen Welt. Danks hat er eine neue Heimat gefunden, in dem geliebten Mittelmeer unter deutschem Vaterland, in der Reichheit an der Spree. Wieso hat er wohlbrach in dieser Zeit und auf ein reichgekauft Leben hinaus er verließ, das so glücklich gewesen, da es Wille und Arbeit gewesen. Die ganze geliebte Welt würdigt die großen Verdienste, die er sich erworben als lyrischer Dichter, als Romanist, als Geschichtsforscher und zuletzt nicht zuletzt als Herausgeber unserer angesehenen Zeitschrift, der „Deutschen Rundschau“, einem letzten Lebenswerk an dem er jetzt noch in ungeschwächter Jugendkraft arbeitet. Und wenn nach unseren besten zeitgenössischen Schriftstellern gefragt wird, dann wird auch der Name Julius Rodenberg genannt werden. Aber bei all den großen Leistungen, die ihm das Leben gebracht, trotzdem er glücklich in eine andere Welt versetzt wurde, die alle Anhänglichkeit an seine alte Heimat und an sein enges Vaterland, sein geliebtes Barchen, das sich der Dichter auch in seiner Wirkungsstätte nicht verlor. Seine Schmachd nach den höchsten Werken klingt wieder aus diesen seiner Kirche und auch aus seinen späteren Werken offenbar sich die warme Liebe zu seinen Heimatländern. Obwohl hat er in den 50 Jahren seiner Dichterei Leben gelebt, um alle Erinnerungen wieder wachzurufen, die Beziehungen zwischen dem Hause Rodenberg und seinem Geburtshaus haben niemals aufgegeben und als vor einigen Jahren der Verein zur Erhaltung des Fremdenverkehrs gegründet wurde und wir uns auch an auswärtige Rodenberger wandten, da war es so fast selbstverständlich, daß Julius Rodenberg als einer der ersten unsere Verein beizutun und uns mit reichen Werten unterstütze. So ist er der unsrige geblieben bis auf den heutigen Tag, wo ein neues Ereignis in seine Lebensgeschichte eintrat: der Dichter und seiner Vaterstadt. Wie die Hand halten für alle Eltern und die alte Heimat aus dem größten Sohne wieder näher bringen. Am kommenden Sonntag feiert der Dichter seinen 75. Geburtstag. Möge ihm noch ein langes und prächtiges Leben beschieden sein; möge er noch viele Jahre wandeln wie die heute an der Seite einer geliebten Gattin umgeben von der Liebe seiner Kinder und seiner Enkelkinder in seiner Heimatstadt. Möge sein jugendlicher Geist noch weitere Erträge erbringen in seiner Lebensarbeit und zur hohen Freude seiner Heimatländer. So alle die Hülle!“ Nach einem weiteren Musikvortrag schloß die feierliche, aber erhabene Feier. Die Ehrenfeier aus dem großen Ehrenamt trägt in dergefallenen Zeilen die Inschrift:

Geburtshaus
des Dichters

JULIUS RODENBERG
26. Juni 1831.

Am Abend vereinigten sich alle Teilnehmer in Saale des Stadthaus, wo Herr Hofrat Böbling aus Hannover über des Dichters Leben und Wirken einem interessanten Vortrag hielt, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. — Auf das Telegramm, das in Anbetracht an die Gedächtnisfeier dem Dichter gelangt wurde, lief folgende Antwort ein:

„In tiefer Wätzung erwidere ich den Gruß meiner Heimatgenossen und besten Grüßen und besten Herzen für die meinem Elternhaus erteilte Ehre.“

Julius Rodenberg.“

Rordhausen. Die „Nordhäuser Allgem. Zeitung“, hat als „liberale“ Organ auf nationaler Grundlage“ die ursprüngliche „liberale“ Tendenz gemäßigter Richtung“ nach und nach so gemäßig, daß jetzt mehr und mehr jene „nationale“ Grundfarbe durchschimmert, die für agrarische und antifeudische Bestrebungen weit günstiger ist als für liberale. Unverkennbar ist aber der Antisemitismus der Redaktion bisher noch nie zutage getreten, als in dem am 29. v. M. veröffentlichten Leitartikel „Zum neuen Schulgesetz“, dessen Spitze sich so scharf gegen das Judentum richtet, wie dies bisher wohl in Nordhäuser Blättern und agrarischen Blättern, aber kaum jemals in nationalliberalen Blättern geschehen ist. Unseres Wissens, bemerkt das „Israel. Familienbl.“, ist das Blatt von der jüdischen Bankfirma Kpel in Halle gegründet worden, deren jetziger Inhaber noch heute an diesem Zeitungsgeschäft beteiligt ist; der Verleger Herr Pöhlmann, ein Professor der genannten Firma, wird als Vertreter strenggläubiger Juden unumgänglich häufig rezent sein, in seinem Organ die Verbalhöhnung eines aus dem Zusammenhang gerissenen harmlosen Wommenschen Ausspruches zu finden, der in dieser Zeile eine der größten Beschimpfungen des Judentums darstellt. Daß aber solche Entgleisungen nationalliberaler Redakteure außerdem geeignet sind, die nationalliberale Sache nicht nur in den Augen ehrlicheren Juden, sondern auch in denen vorurteilsfreier Christen vollständig zu diskreditieren, dürfte eigentlich auch dem dortigen Vorstand der nationalliberalen Partei einleuchten.

Konfessionelle Sommerfeste. Unter dieser Epithete schreibt die „Köln. Volksztg.“:

„Alljährlich bei Beginn der Saison erscheint im Organ des Evangelischen Bundes, der Monatskorrespondenz für die Mitglieder des Evangelischen Bundes, ein Aufruf an die Protestanten, durch Freiausenthalt in dem Orte Ramsau den Protestantismus vorwärts zu treiben und fördern helfen. Dieses Jahr heißt es in Nr. 6 der genannten Monatskorrespondenz: „Sommerwohnungen in der evangelischen Gemeinde Ramsau Oberpfälzerland werden uns für die begünstigte Gelegenheit zur Empfehlung an erholungsbefähigte Leser acht bedeuten!“ (darauf folgen die Namen der protestantischen Quartiergeber). Dann heißt es weiter: „Wir haben bereits im vorigen Jahre (Nr. 4) über die starke römisch-katholische Invasion in das fast noch ganz evangelische Gebiet der Ramsau berichtet und die Notwendigkeit betont, das protestantische Element durch Zugang aus dem Reich, wenn auch nur während der Sommermonate, zu stärken.“ Wenn in dem ganz katholischen Bogen-Gries in Tirol die protestantischen Sommerfeste sich niederlassen und sogar eine Kirche bauen, oder deren Grundsteinlegung in derselben Nummer der Monatskorrespondenz lang und breit berichtet wird, so ist das höchstverwunderlich ganz in der Ordnung. Da heißt es: Die Protestanten müssen den katholischen Sommerwirten das Geld bringen. Aber wenn Katholiken an einen Erholungsort mit überwiegend protestantischer Bevölkerung gehen, dann ist sofort das „Evangelium“ in Gefahr. Eine solche Partizipat, wie die obige, sollte einmal ein katholisches Blatt verlassen, und mit der angegebenen Begründung — denn das ist an der ganzen

Notiz die Hauptsache — wie würde man sich über katholische Intoleranz und Absonderung entsetzen.“

Die Zuganwendung auf die antisemitischen Sommerfeste ergibt sich von selbst.

Aus der Rhön. Nicht weit vom Bochnhof Dornbach auf der Rhön befindet sich ein dichter, gutgepflegter lebendiger Baum, über den hinweg selten jemand die Brücke wirft. Und doch ist es ein heiliges Stüd Land, das dieser Baum umschließt; denn in dieser Erde ruhen 42 gefallene Bayern und Preußen, welche 1866 in den Gefechten bei Dornbach ihr Leben fürs Vaterland opferten; auch einige Offiziere fanden hier vor nunmehr 40 Jahren ihre letzte Ruhestätte. Außer dem einfachen, aber würdigen Denkmal rechts vom Eingang finden noch einige andere Grabdenkmäler und ein großer Stein mit den Namen der Gefallenen von dem Kampf und seinen Opfern, unter denen sich auch mehrere Juden befinden. Trauerreichen überfließen die Gedenksteine und blühende Blumen und Rosen zielen die seit gut gepflegten Grabstätten. Alljährlich am 3. Juli marschieren der Krieger- und Landwehrcorps des Ortes in eierfarnschachteliger Weise hinaus und schmückt die Gräber der Toten mit Kränzen und Blumenkranzen; eine kurze Ansprache und ein stilles Gebet beschließen die Feiert. Wie herrlich kommt da zum Ausdruck, was sonst wohl kaum nirgends wieder möglich scheint: Protestanten, Katholiken und Juden gedenken gemeinsam ihrer Toten, deren Name weiter durch Kränze und Rosenhain, noch durch Nationalität und Religionszugehörigkeiten getrennt wird. Die Ehrungen, die man in jedem dem Gedenken den im Kampf fürs Vaterland Gefallenen alljährlich erweist, geschehen sich in diesen Tagen, da gerade 40 Jahre verfloßen sind, seitdem die Tapferen, die fremde Erde bedr, noch herrlicher und feierlicher.

Juden im Österreichischen Heere. Delegierter Dr. Straucher besagte sich in der österreichischen Delegation über die Zurücklegung der Juden, namentlich im militärischen Dienst, und im Ministerialrat und verlangte die Pflege des religiösen Gefühls der Juden durch strenges Einhalten der Vorschriften des Dienstreglements. In der Sitzung vom 2. Juli antwortete Kriegsminister v. Pittelich auf die Bemerkungen. In Bezug auf den Wunsch, daß jüdische Militärpfleger angestellt werden, weil mohammedanische vorhanden sind, erwiderte der Minister: Meine Herren, da ist denn doch ein großer Unterschied. Die mohammedanischen Truppen sind im Österreich und Ungarn; dort sind keine mohammedanischen Geistlichen, aber jüdische Geistliche finden Sie ja überall, wo Truppen liegen, ohne dies im Jüdisch. Ich glaube nicht, daß diesen die Seelsorge gar zu viel Mühe macht. Die Mannschaft wird in dieser Beziehung auch so gehalten, daß sie ihre religiösen Pflichten nachkommen kann. Der Herr Delegierter Dr. Straucher hat sich auch über die Ketzerei und speziell über den hochverehrten Chef des militärischen Offizierskorps ausgeprochen nach der Richtung, daß er die Juden quasi verfolgte und dergleichen. Von dem ist gar keine Rede. Er achtet, so wie wir alle, den Mann ohne Rücksicht auf seine Religion oder Nationalität, und wir können auch sagen, daß wir ja ganz hervorragende Ketzerei in der Armee haben, die Juden sind und die nicht nur als Ketzerei anerkannt, sondern auch als Kameraden angesehen sind. Ich führe nur an, daß unter den Oberabschätzten erster Klasse zwei Juden sind; bei den Oberabschätzten zweiter sind von 68 22 Juden, das sind 32 Prozent, bei den Stabsärzten von 127 38 Juden, das sind 30 Prozent, bei den Regimentsärzten zweiter Klasse sind von 281 11 Juden, das sind 4,7 Prozent. Auch kann nicht behauptet werden, daß Stipendien an Juden nicht verliehen werden. Stipendien wurden auch an Juden verliehen, doch tritt die Entscheidung

zugute, daß der Jubrang des christlichen Elements zum militärischen Beruf in den letzten Jahren bedeutend zugenommen hat. Uebrigens muß auch auf den Studienerfolg und auf die volle physische Kriegsdiensttauglichkeit entsprechende Rücksicht genommen werden. Im ganzen wurden, seitdem Stipendien überhaupt erteilt werden, 104 Juden beteiligt. Das ist, glaube ich, auch gerecht.

Aus Alexandrowitz (Sibirien) wird der antisemitischen „Deutschen Hochwacht“ eine an den Inhaber der Richterischen Apotheke, Herrn Pethold, gerichtete Postkarte zugesandt. Da heißt es:

„Gerechter Herr! . . . Ich wäre geneigt, die Stelle bei Ihnen anzutreten, wenn Sie nicht die Verbindung erwählt hätten, daß Hebräer nicht angenommen werden. Ich bin deutscher Nationalist und Lutheraner, fühle mich aber gleich dem Verbannten Rigalischer Pharmazeuten über solch einen blöden Antisemitismus empört und werde dem Beschlusse des Verbandes festhalten, daß solche menschenfeindliche Stellen boykottiert werden müssen. Mit Achtung

Heinrich Georgy.“

Briefkasten.

Auf mehrere Anfragen. Bogrom ist ein russisches Wort und heißt im deutsch eine Ausbeutung (Greife und Plünderung). Seit dem Jahre 1880 werden mit großer Regelmäßigkeit von den russischen Behörden Ausbeutungen gegen die Juden hervorgerufen. Zugeworfen hat das Wort Bogrom allmählich die Bedeutung von „Greifen gegen die Juden“ erhalten. — Heutzutage ist der Name einer tiefen Verbrechenfamilie. Der Begriff gegen die Verbrechenfamilie erzeugt weit über Irland und England hinaus ungutes Aussehen. Seit dieser Zeit hat man begonnen, solche Art, Plünderung, Raub usw. den Namen Pogromen zu beilegen. Da die russische Sprache das „G“ nicht kennt, so wird im Russischen daraus Chogrom oder Koogrom gemacht. Die Schreibweise hat ein Berliner Blatt irre geführt. Es druckte vor einiger Zeit in einer Briefkastennotiz auf eine Anfrage die Antwort, Chogrom würde wohl von Kail herkommen, also eine niedrige Menschenklasse bedeuten, genau sei das aber nicht bekannt. Die Verbrechenfamilie Kailan ist viel bekannter, als z. B. Krings, nach dem die Leg Krings genannt wird.

Von dem Separatdruck aus den „Mitteln.“ betreffend die gegen die russischen Waffensachen gerichteten Protestversammlungen in Berlin und Frankfurt a. M. können unsere Leser Exemplare in beliebiger Anzahl zur Weiterverbreitung erhalten; wir bitten, Bestellungen bis spätestens den 15. d. M. an unsere Expedition zu richten, da ab dann der Satz abgelegt wird.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mittlungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgeschickte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benützung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

find an die Expedition,
Berlin W. 55,
Mogeburgstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse wünscht.
Telephon: Amt 6 Str. 2078.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W. Mogeburgstr. 14, auch alle in den Briefen nach Hermann Gertel bestimmte Briefe, Briefe und Geldsendungen an die Expedition, Herrn Gertel, Bernauerstr. 14, Berlin W. Mogeburgstr. 14.

Das Ende der Dreyfus-Affaire.

Der höchste französische Gerichtshof hat nach überaus eingehenden und sorgfältigen Verhandlungen sein Endurteil in der Dreyfus-Affaire gefällt. Es lautet auf Freisprechung des Kapitäns Dreyfus von jeder Schuld an dem Verbrechen, dessen er vor zwölf Jahren angeklagt worden war. Dieses Urteil hat die ganze gebildete Welt nicht nur Frankreichs bereits an dem Tage gefällt, an welchem das Kriegsgesetz in Rennes Dreyfus unter Anerkennung mildernder Umstände — mildernde Umstände für einen reichen Offizier, der sein Vaterland verrät! — zu zehn Jahren verurteilt hatte, so lange bevor der Strafenrat des Kassationshofs am 27. Oktober 1899 die Revision des vor dem Kriegsgesetz in Paris anhängenden Prozesses für zulässig erklärt hatte.

Dieses Urteil des Kassationshofs war also, zumal was nach den Ausführungen des Generalstaatsanwalts bekannt worden war, erwartet worden. Von besonderem Interesse aber ist, daß von den neunundvierzig höchsten Richtern ein stimmig die Aufhebung des Renner Urteils beschlossen worden ist. Die ausführliche Begründung führt als neue Tatsachen, die die Revision rechtfertigen, an, die Entdeckung des Buchstaben P. durch den Buchstaben D., die Zurückhaltung des Schriftstücks über die Organisation der Eisenbahnen durch den Hälscher Oberst Henry usw. und erklärt ferner, daß feststehe, daß das Vordersteuerelement der 3239 geführten worden ist.

Zweifelhaft war gewesen, ob die Angelegenheit zu neuer Verhandlung an ein drittes Kriegsgericht verwiesen werden würde. Die Jurisdiktion wurde gerade von vielen Freunden Dreyfus' gewünscht, um in offener kontradiktorischer Gerichtsverhandlung die volle Wahrheit an den Tag zu bringen. Der Kassationshof beschloß indessen mit 31 gegen 18 Stimmen, daß eine Verweisung der Angelegenheit an ein neues Kriegsgericht nicht statthaft sei. Der erste Vorsitzende Ballat-Baudouin betonte in seiner Rede bei der Verlesung des Gerichtsbeschlusses eindringlich, daß eine Rückverweisung „angeregt“ das vollständige Fehlen auch nur des kleinsten Verdachtsgrundes gegen Dreyfus“ eine Verurteilung der Rechtspflege wäre.

Wenn man bedenkt, wie sich die französischen Kriegsgerichte in den Prozessen gegen Offiziere, die sich bei der Aufnahme der Kircheneinweihung geweigert hatten, die Befehle ihrer Vorgesetzten auszuführen, über das strenge Recht hinweggesetzt haben, dann ist diese Entscheidung nur weisen, zumal der oberste Gerichtshof durchaus souverän ist, und die

endgültige Aufhebung des Renner Urteils nur im Interesse der öffentlichen Ordnung lag.

So hat denn die Wahrheit gesiegt, gesiegt im Interesse der Wahrheit und des Rechts all in; denn Dreyfus, der einmal begnadigt war, hätte doch nichts geschehen können; er war frei und mußte frei bleiben.

Aber es konnte nicht fehlen, daß dem ehemaligen Bewohner der Zerkowinsel nicht nur das formale, nackte Recht, sondern auch eine gewisse Genugthuung zu Teil wurde. Nicht genug, daß das Urteil des Kassationshofs im Amtsblatt und in fünfzig von Dreyfus ausgewählten Zeitungen veröffentlicht werden muß, hat die Regierung sofort Verlangen eingebracht, wonach Dreyfus wieder als Major und Picquart als General in das Heer eingestuft werden sollen, so daß sie genau die Stellungen in der Armee einnehmen, die sie eingenommen hätten, wenn die Zwischenfälle sich nicht ereignet hätten, und daß ferner beide Offiziere in die Ränge der Kommandeure auf den Orden der Ehrenlegion eingetragen werden sollen.

Die Deputiertenkammer nahm das Gesetz über die Rehabilitierung und das Rancement der beiden Offiziere mit 478 gegen 42, der Senat mit 183 gegen 80 Stimmen an. Bei der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses in der Deputiertenkammer erklärte der Präsident Brisson, daß diese Abstimmung einen Triumph der Wahrheit bedeute, dem die ganze Welt zustimme. In Erwiderung auf die Wünsche mehrerer Deputierter wurde regierungsgemäß erklärt, das Urteil des Kassationshofes solle in allen französischen Gemeinden zum öffentlichen Anschlag gebracht werden.

Ermahnt sei nach, daß auch den Männern, die für Dreyfus eingetreten waren, wenn auch nur posthume Ehren zu Teil geworden sind. Wegen die Generale, die das ganze Unglück der „Affaire“ nicht nur über Dreyfus, sondern auch über ganz Frankreich gebracht, kann zwar insolge des Amnestiegesetzes nicht mehr strafrechtlich vorgegangen werden, oder in den sehr ausgereizten Verhandlungen der Kammer hat sich bereits gezeigt, daß sie nicht ganz den Folgen ihres verbrecherischen Treibens entgehen werden.

Wir enthalten uns aller weiteren Betrachtungen über die eingetretene Wendung, zumal wir schon in Nr. 25 dem Gegenstande einen Artikel gewidmet haben, und wollen uns nur noch mit der Stellung unserer antisemitischen Presse zu dem Urteile des Kassationshofes etwas beschäftigen.

„Es werden so viele Rechtsirrtümer begangen, jammert die „Staatsbürgerg.“, und das Leben

flüet über sie hinweg, wenn es sich aber um einen gegen einen Juden begangenen Rechtsirrtum handelt, dann wird ein furchtbares Aufsehen gemacht, und nicht eher gerührt, bis Remedur geschaffen worden ist. „Wer — so schreibt die „Deutsche Hochmacht“ — den ganzen 12-jährigen Dreyfussummi überblickt und sich sagt, daß um die Frage, ob ein französischer Hauptmann einen Verrat begangen habe, die ganze Erde aufgerehrt worden ist (von Staatsräuption bis in die Verbrechenkassernen aller Welt) — und mer dann noch nicht erkennt, welche Niemacht das internationale verschworene Judentum unter den Völkern hat, dem ist nicht zu helfen, der ist mit Blindheit geschlagen.“

Nicht weil sie mit Blindheit geschlagen sind, sondern aus bösem Willen ignorieren die Antisemiten die Tatsache, daß es sich bei dem „Dreyfussummi“ denn doch um ganz andere Dinge gehandelt hat, als bloß um die Frage, „ob ein französischer Hauptmann einen Verrat begangen habe.“ Nicht auch um einen Rechtsirrtum nur handelte es sich, sondern um eine wissenschaftliche und mit den gemeinsten und raffiniertesten Verbrechen ausgeführte Erpressung des Rechts, und nicht um „einen französischen Hauptmann“ nur handelte es sich — obgleich auch das genug ist, alles mögliche daran zu sehen, ihm, wenn er unschuldig ist, der Teufelsinsel zu entreißen und ihn von der auf ihn mit unrecht gehäuften Schmach zu befreien —, sondern für die französischen Patrioten auch darum, ob eine Bande von Verbrechen unerkannt an der Spitze der Armee und des Staates stehen soll. Der Einbild, den die republikanischen Führer in Frankreich durch diesen „Dreyfussummi“ in die Rängewirtschaft hinter den Kullien gewonnen haben, hat ja denn auch zu den weitgehendsten Konsequenzen geführt, hat die Regierung veranlaßt, das Schulwesen zu reorganisieren, Staat und Kirche zu trennen ufm. Für die Juden, die sich mit größter Begeisterung für den französischen Hauptmann interessiert und zum Teil für ihn eingestrichen haben, lag dazu noch ein ganz besonderer Grund vor. Oder machen gerade die Antisemiten, die über das internationale verschworene Judentum jammern, etwa nicht alles die ganze Judentum für jeden jüdischen Verbrecher verantwortlich? Gaben sie etwa nicht aus dem „Ist Dreyfus“ den Schluss gezogen, daß Juden keinen verantwortlichen Posten im Staate erhalten dürfen?

Die Juden hatten es durchaus nicht für unmöglich, daß auch ein Jude, wie Dandere von Angehörigen aller Religionen, Konfessionen, Nationalitäten und Rassen es zu allen Zeiten getan haben, auch jüdische Deutsche, wie man aus der Geschichte und aus Presseverhandlungen weiß, oft genug getan haben und noch tun, Verrat üben könnte. Wenn sie aber jedesmal, da ein Jude irgend ein Verbrechen begangen zu haben angeklagt ist, verurteilt werden und ein Missethater sein, falls die Anklage unbegründet ist, es wenn irgend möglich zu beweisen, das ist ganz selbstverständlich und lediglich eine Folge der üblichen Generalisierung auf antisemitischer Seite, sobald es sich um einen Juden handelt, der etwas böses getan haben soll.

Wandte Antisemiten „Juden“ sich über den Sieg des Rechts mit noch größerer — Aufrichtigkeit, mit welcher sie die Judenmegeleien in Ausland „bekehrer“ haben. In den Augen anderer Antisemiten aber muß trotz aller Beweise des Gegenteilis Dreyfus der Schuldige bleiben, weil er ein Jude ist. Darum ist er nach ihren Presorganen nicht freigesprochen worden, weil die jüdischen Beweise für seine Unschuld beigebracht worden sind, sondern weil die angebliche Macht und das Geld der Juden den Schuldigen der gerechten Strafe entzogen haben. Nicht weniger als 30 Millionen, nach einem anderen künftigen Zehner unter den Antisemiten sogar 35 Millionen Frca. sollen von den Juden ausgebracht worden sein, um Dreyfus

rein zu waschen. Die braven Antisemiten vergessen nur, daß selbst diese Summe auch nicht entfernt hätte ausreichen können, um das zu Wege zu bringen, was die Wahrheit und das Recht zu Wege gebracht haben. Man gebe nur: Mit diesem Gelde sollte die Esterhazy abgeschoben, die Presse der ganzen Welt, soweit sie nicht antisemitisch ist, beschaffen, die 49 den Kassationshof bildenden höchsten Richter Frankreichs, die 478 Mitglieder der Deputiertenkammer, die 183 des Senats gekauft werden sein, ganz abgesehen von den hervorragenden Männern, die wie Fola, Scheurer-Kässner, Trarieux, Clemenceau, Picquart, und wie sie sonst noch heißen, die schon früher für Dreyfus eingetreten waren. Zur Verstärkung so vieler Personen in höchsten Stellungen und beiläufig zum großen Teil auch von anerkannter Ehrenhaftigkeit reichen nicht 30, nicht 35, nicht 100 Millionen und noch viel größere Summen aus, selbst wenn alle Welt für einen entsprechenden Preis käuflich wäre. Die Antisemiten beurteilen die Menschen und die Preise denn doch gar zu sehr nach sich. Wir unterstellen nichts es vor, an die Macht der Wahrheit und nicht an die Macht des Judentums und an die Kaufkraft jüdischen Geldes zu glauben.

Ganz überschau wissen die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ ihren Kerger über den einen Juden und den Juden zu Gute kommenden Sieg zu verbergen. Sie meinen, Dreyfus habe es seinem Vaterlande gegenüber nicht verantworten können, in seinem persönlichen Interesse es, wie geschähen, zu beunruhigen. Für einen Soldaten gebe es noch höhere Pflichten als die Entpfehlung seines persönlichen Rechts. Das Blatt führt als Beispiel den österreichischen Feldzeugmeister Benedek an, der, wie es schreibt, nach Königgrätz alle Schuld auf sich nahm, sich nicht in einen Mistel verlor, und dort als vergessener Mann starb. Er konnte unschuldig dastehen, aber er schwieg, denn er war Soldat, er war ein großer, vornehmer Charakter, was von Dreyfus niemand beaupten werde.

Wie doch Antisemiten unglücklich in der Wahl ihrer Gleichnisse sind, und wie großmütig sie sein können, wenn ein Jude die Kosten zahlen soll! Daß es ein Ding ist, ob jemand sich als Feldherr veranlaßt sieht, ob er den Vorwurf tragen muß, eine Schlacht nicht gewonnen zu haben, was auch dem größten Feldherren passieren kann und dem größten Feldherren zu allen Zeiten passiert ist, ein ganz anderes Ding aber, als Verräter, als Schuft für alle Zeiten seiner Familie, seinem Vaterlande gegenüber gerandmarkt zu sein, das übersehen die hellen, „Leipziger Neuesten Nachrichten“, aber wohl nur weil Dreyfus ein Jude ist. Uebrigens ist es noch sehr fraglich, ob Benedek wirklich weise und vornehm gehandelt hat, da er schwieg. Wenn wirklich, was wir ja nicht wissen, nicht Benedek, sondern wie es in dem Leipziger Blatt heißt die Korruption, die Unfähigkeit und die Schädigkeit in den hohen Rängen Schuld waren an dem Verlust des Feldzuges, dann war es sogar im höchsten Grade unpatristisch, daß er nicht gerade im Interesse des Vaterlandes statt zu schwiegen, sprach, statt sich zu verteidigen, hervortrat. Es wäre dann viel vornehmer gewesen, nicht vornehm zu sein. Daß es auch von höchsten Wichtigkeit für Frankreich war, die Schulte, die Räuger, die Weinschiden, die Fälscher, die Mörder und die Dummköpfe im Generalstabe bloßzustellen und sie unmöglich zu machen, das werden Antisemiten vielleicht einsehen, niemals aber zugeben, wenn der Entpfeiler ein Jude ist.

Doch wasu noch lange redeten mit Vätern, die den Aufenthalt auf der Teufelsinsel, wie die „Staatsbürgerzeitung“ es tut, als „einen vielleicht etwas warmen, aber im übrigen recht erträglichen Aufenthalt“ bezeichnen, die von einer „Judenmacht“ fabeln, an die sie selbst nicht

glauben, die mit jüdischen Millionen um sich werfen und alle möglichen Unmöglichkeiten eher als möglich hinstellen als den Sieg der Wahrheit und des Rechts. Mögen sie weiter fabulieren und ihre Unvernunft zu Märkte tragen so wie ihre heimlichen bösen Absichten verraten, wenn nur immer die Wahrheit siegt und das Recht triumphiert.

Nationale und internationale jüdische Organisationen.

Im dem Mai/Juniheft der illustrierten Monatschrift für modernes Judentum „Ost und West“ findet sich ein Vorwort gegen jüdische Organisationen, die keinen unterscheiden, internationalen jüdischen Charakter tragen. Die Ausfälle sind umso bedauerlicher, als sie, um die „Alliance Israélite Universelle“ zu empfehlen, einen Gegensatz zwischen dieser und den nationalen jüdischen Organisationen konstruieren, der nur dazu dienen kann, den Antisemiten in ihren Angriffen sowohl gegen internationale, wie nationale jüdische Organisationen Vorwand zu liefern. Der Angriff der Monatschrift „Ost und West“ befindet sich in einem Artikel „Volkswohlstand und Volkserziehung“ und knüpft an die Befreiungen zur Hebung der Juden im Orient an. Im Sperrdruck wird in diesem Zusammenhang nördlich hervorgehoben: „Mit besonderem Nachdruck muß hier nochmals auf die eminente Gefahr hingewiesen werden, die unseren Gesamtbevölkerungen zur Hebung der Juden im Orient von Seiten jener jüdischen Organisationen droht, die keinen unterscheiden, internationalen jüdischen Charakter tragen, sondern als Vereinigungen der Juden eines bestimmten Landes, einer bestimmten Nation auftreten. Wenn die Ruhe und die natürliche Entwicklung unserer Brüder speziell im Orient aufrecht am Herzen liegt, der muß es strengstens vermeiden, sie im Namen dieses oder jenes europäischen Staates in Schutz zu nehmen.“

Wenn man berücksichtigt, daß sich neben der „Alliance Israélite Universelle“ der „Hilfsverein deutscher Juden“, die „Anglo-Jewish Association“, die „Deutscherische Allianz“ und außerdem in den Vereinigten Staaten die „United Hebrew Charities“ als nationale jüdische Organisationen gebildet und speziell bei der Bänderung der wirtschaftlichen Folgen russischer Pogrome eine großartige Hilfsbereitschaft entwickelt haben, so kann dieser Vorwurf, die nationalen jüdischen Organisationen zu diskreditieren, um die Bestrebungen der an sich durchaus verdienstvollen „Alliance Israélite Universelle“ in hellerem Licht ersähen zu lassen, nur als höchst bedauerlich bezeichnet werden. Daß internationale und nationale Organisationen dieser Art sehr wohl erfolgreich wirken können, wird durch nichts klarer erwiesen als dadurch, daß einzelne hervorragende Juden, wie z. B. Charles E. Salgaron in Frankfurt a. M., sowohl dem Vorstande der „Alliance Israélite Universelle“ wie dem Zentralkomitee des „Hilfsvereins deutscher Juden“ angehören. Dem Antisemitismus ist nichts so erwünscht, wie Angriffe auf jüdische Organisationen, die er speziell jüdischen Selbstkritiken entnehmen kann. Es erscheint deshalb angezeigt, den Folgen der Entgeißelung der Monatschrift „Ost und West“ rechtzeitig zu begegnen.

Ein Antisemit über die Juden in der Provinz Posen.

Wie sind nicht verdroht durch antisemitische Wahheitsliebe. Wie aber jemand so, wie ein Freund des in München erscheinenden „Deutschen Volksblattes“, ohne jede äußere Veranlassung die Wahrheit auf den Kopf stellen kann, ist uns selbst bei einem Antisemiten auffallend.

Befagter Freund des Münchener Blattes, der den nicht gerade deutsch klingenden Namen Monty-Mawra führt, fühlt sich berufen für das „Sorgenkind des preussischen Staates, die Provinz Posen“ einzutreten, und glaubt wahrscheinlich das am besten durch eine eigenartige Berichtserstattung über die Lage und die Tätigkeit der Juden in der Provinz Posen tun zu können.

Nachdem er den Nationalitätenkampf zwischen Deutschen und Polen geschildert, behauptet er, daß die Kinder Israels den zwischen den beiden feindlichen Brüdern stehenden sich freundschaftlich und profitierenden Dritten blieben. Tatsache aber ist, wie Jeder weiß, daß die Juden, weit entfernt, sich über den in Posen bestehenden Nationalitätenkampf zu freuen, am meisten unter ihm leiden. Von einem Teil der Deutschen werden sie aus antisemitischen Gründen, von den Polen, weil sie deutsch sprechen und in den Wahlen für die deutschen Kandidaten stimmen, mehr oder weniger geschäftlich wie gesellschaftlich boykottiert.

Es ist nicht wahr, daß der Pole, wie der Gewährsmann des „Deutschen Volksblattes“ behauptet, den jüdischen Geschäftsmann nie boykottiert. Der Pole kauft, wenn er irgend kann, bei den Polen, und bei dem Juden nur, wenn er muß. Daß dem so ist, wird ja am besten durch die geradezu erstaunliche Zunahme der polnischen Geschäfte und die Abnahme der jüdischen bemerkt. Dazu bedarf es nicht einmal besonderer statistischer Tabellen. Jeder, der nur eine Viertelstunde durch die Straßen Posens wandert, sieht, wie zahlreich die polnischen Firmen sind, aber nur wie die Stadt von früher her kennt, wird wissen, wie zahlreich sie geworden sind, eben durch die Zurückdrängung und Verdrängung der Juden durch Germanen wie Polen.

Der Mann mit dem so wenig deutsch klingenden Namen scheint überhaupt seine Darstellung unbefähigt durch irgend welche Sachkenntnis, sich aus den Fingern gelogen, nach seiner durch seine Rücksicht auf die realen Verhältnisse getriebenen Phantasie sich ausgenutzt zu haben. Er scheint es den Juden im Polensgen im Vorwurf zu machen, daß sie „Lumpen und Knochen zu Handelsobjekten“ gemacht haben. Nachgerade selbst selbst in Teutone nicht so jüngerlich über die nützliche Verwertung von Abfällen sein. Gerade in der sonst nicht sonderlich gefragten Provinz sollte doch nichts unversertet bleiben, und wenn die Juden wirklich die einzigen sein sollten, die Lumpen und Knochen zu Handelsobjekten gemacht haben, dann sollten ihnen die Germanen wie die Slawen hierfür dankbar sein. Nur noch ein sehr zurückgebliebener oder jacobinisch oeranlagter Mensch kann heutzutage, da selbst die großartigen Firmen die Verwertung von Nebenprodukten nicht verschmähen, die Nase darüber rümpfen, daß es nichts gebe, was dem jüdischen Schachergewerbe entginge, und daß Lumpen und Knochen ihm Handelsobjekte seien.

Aber nicht nur nicht mit Lumpen und Knochen und anderen Artikeln Handel treiben, auch Ziegeleibitzer sollen die Juden nicht sein. Nun haben aber gerade auf die Anfertigung von Ziegeln die Juden eigentlich ein gewisses Prioritätsrecht; denn schon in Ägypten verfertigten sie Ziegel für den Pharao, also zu einer Zeit, da weder von Germanen noch von Polen die Rede war. Allerdings waren sie damals nicht Ziegeleibitzer. Daß sie es heute sind, das eben ist der Hammer des Herrn Monty-Mawra. Er ärgert sich darüber, daß die vielen allorts nötigen Neubauten in der Provinz Posen den jüdischen Ziegeleibitzern reichen Gewinn liefern. Nun, wir können dem Herrn mitteilen, daß, als noch in Posen nicht so viele Neubauten erforderlich waren, nämlich noch vor dem französischen Kriege, Juden bereits in Posen Ziegeleibitzer waren. Im übrigen wäre es kein Unrecht, wenn Juden die Konjunktur benützen und den Bedarf an Ziegeln befriedigten. Ein Gesetz, das Christen, Germanen oder Polen, die Anfertigung von Ziegeln verbietet, existiert

unseres Willens nicht. Vielleicht beruhigt sich der geschäftsfundige Herr, wenn wir ihm sagen, daß zur Zeit die Geschäftslage in der Pregel in Polen wie auch in einigen anderen Teilen des Reichs weniger günstig ist im Gegensatz zu dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet, wo sie sehr günstig ist. Da da auch die Juden sich besonders mit der Verflechtung von Pregeln befassen, wissen wir nicht.

Weiter weiß Herr Montwy Ramora aber die in jüdischen Händen befindlichen Brennereien und Brauereien zu kochen. Er schilbert, wie „das Höllewasser sich gleich einem verheerenden Strom über das Land ergießt und Wohlstand, Gesundheit und Familienglück vernichtet.“ Der von den christlichen Obedienten und Gutsbesitzern gedrückte Spiritus wirkt wahrscheinlich befruchtend und begünstigend, und ist kein Höllewasser, sondern ein paradiesisch Getränk.

Der tiefstänige Gewährungsmann des Münchener Blattes meint, der Lohn des christlichen Fleißes und die vom preussischen Staat bezogenen Millionen kämen nur den Juden zugute, deren „Tausende von diebes- und feuerscheueren Geldstrafen“ ihn bergen. Nun, wir glauben jene Werte eingehen zu können, daß in der ganzen Provinz Polen nicht e in tausend Geldstrafen im Besitz von Juden sind, geschweige denn Tausende.

Das Beste und für die Unwissenheit oder Unwahrhaftigkeit des Berichterstatters charakteristischste kommt aber noch. Nachdem er gerammelt, daß die Juden in Polen im Gegensatz zu den Germanen „müßlos reich“ werden, teilt er mit, daß, wenn sie es geworden, nach Berlin ziehen, wo „mit dem erworbenen Mammon müßlos die lukrativsten Geschäfte zu machen sind.“ Der häufige Fortzug der jüdischen Kapitalisten — heißt es dann weiter — aus den Ostprovinzen, in denen sie mit „Nichts“ angefangen, entlohnt diese Ostprovinzen von den frähesten Steuerzahlern und entführt der Provinz Millionen. Trotzdem vermindern diese Fortzüge durchaus nicht die Kopfszahl der Kinder Israels, junger Nachwuchs ihres Stammes übernimmt die Geschäfte der Fortziehenden, um wiederum nach einem oder zwei Jahrzehnten „mit Schätzen reich beladen“ Jenen zu folgen.

Sehen wir einmal zu, wie begründet die Behauptung ist, daß die Kopfszahl der Kinder Israels sich in der Provinz trotz der Abwanderung nicht vermindert.

Die folgende Liste zeigt den Zuwachs und die Abnahme der Bevölkerung in einer Reihe von Pösemern Kleinstädten und Flecken von der Volkszählung von 1900 bis zu der von 1905. Sie ist keine tendenziöse Kumwahl, sondern ist dadurch nur ein Bruchstück, daß es das Zählungsmaterial nur in diesen Grenzen zugänglich war:

	Evangelische	Katholiken	Juden
Kolmar	+ 848	+ 527	— 50
Breslau	+ 821	+ 727	— 180
Stadt Schimm	+ 567	+ 378	— 73
Stadt Schimm	+ 829	+ 1109	— 168
Barnik	48	+ 47	— 57
Janowitz	+ 78	+ 277	— 31
Sztomow	+ 270	+ 1105	— 46
Sztroda	+ 67	+ 603	— 10
Lissa	+ 992	+ 936	— 168
Kreis Womgromy	+ 8551	+ 277	— 130
Kreis Strelino	— 139	+ 8848	— 148
Posogien	— 7	+ 895	— 87

Man beachte: die Abnahme der jüdischen Einwohnerzahl ist eine durchgängige. Ebenso durchgängig ist die der traktische Zunahme der polnischen Bevölkerung. Auch die Zahl der Evangelischen vermehrt sich, wenn auch nicht ganz durchweg, so doch meist und teilweise recht beträchtlich. Was aber schreibt Herr Montwy Ramora? Man lese und staune:

„Nein dieser Enskaltung des jüdischen, leicht erworbenen Reichtums arbeitet der Deutsche und Christ im Schweiße seines An-

gesichts. Es ist, als güt der Huch Gottes: „Am Schwerte Deines Angehtes sollst Du Dein Brod essen“ nur ihm, nicht den Andern Genaß. Er arbeitet und arbeitet und bringt es zu Nichts. Man muß unwillkürlich wieder an den deutschen Mittel denken, dem es oft die Schlafmüge über die schließlichen, träumerischen Augen fällt. Will er denn nicht noch, nicht schlafmüge werden? O ja; er wird es fast immer, die traurige Wirklichkeit rüttelt ihn wach. Dann verläßt er empört Pflug und Spaten und sucht sich in der Knechtschleife der Politen den Fluch, am meisten er die besten Höre seines Lebens in unfruchtbarer Arbeit sich abgekauft. Arm geht er aus der Provinz.“

Ob der Herr mit dem wenig germanisch klingenden Namen, abgesehen davon, daß er der Wahrheit geradezu ins Gesicht schlägt, glaubt mit seiner Stridelei für die Germanisierung der Dsmart Propaganda zu machen? Wer soll denn von germanischen Bauern nach Polen gehen, wenn man sie so jurächtet? Aber offensichtlich wissen die Bauern im Reiche die Wahrheitstheorie und Zuverlässigkeit der Antisemiten richtig einzuschätzen. Offensichtlich wissen sie, daß es einem antisemischen Gewährungsmann nicht etwa nur vor allem, sondern einzig und allein darauf ankommt gegen die Juden zu gehen; ob die Wahrheit dabei Selbstbetrug ist, ob die ganze kostspielige Dsmartpropaganda sich in die Brüche gehen kann, das ist ihm gleichgültig. Sein Geschäft ist, gegen die Juden zu gehen, und darüber vergißt er, was der preussische Minister v. Rheinbaben in seiner Rede auf dem Schiller-Kongress in Posen im vorigen Jahre gesagt hat, und was sehr beherztigt zu werden verdient.

„An uns selber, sagte damals der Minister, sollen wir Kritik üben, nicht aber zuerst an den anderen. Sie ist ja eigentlich ein Grundzug unseres deutschen Wesens, die unsere Einigkeit gefährdende, zersetzende Kritikierung der anderen. Aber ein jeder soll an seine Brust schlagen und daran arbeiten, daß dieser bedauerliche Grundzug deutschen Wesens jurächtet und das tut doppelt not hier in den Dsmarten. Hier darf es sich nicht darum handeln, ob Bürger oder Bauer, ob Protestant, Katholik oder Jude, ob Beamter oder nicht, hier muß es uns darum zu tun sein, daß das Bewußtsein einer nationalen Pflicht in uns brennt.“

Wir glauben, es wird keinem vernünftigen Menschen schwer fallen, zu entscheiden zwischen Herrn Montwy Ramora und dem preussischen Minister Freiherrn v. Rheinbaben.

Antisemiten und Christentum.

Gegen Juden und Jesuiten! Diese neueste Ahlwardtische Parole wird auch von dem „Deutschen Volksbund“ ausgegeben. Wir entnehmen dies dem nachfolgenden Bericht der „Deutschen Hochwacht“ vom 14. Juli:

„Die am Mittwoch abgehaltene Monatsversammlung der Bezirksgruppe Norden, Nordost und Zentrum des Deutschen Volksbundes hatte einen sehr politischen Verlauf aufzuweisen. Ob. Redakteur Schäfer, der in einer Vortragsrede die Stellung des deutschen Volkes zur heutigen „Religion“ besonders wuß, behandelte als Fortsetzung des ersten Vortrages das Thema „Christentum und germanische Weltanschauung.“ Scharf ging der Redner mit den Vertretern des Dogmas ins Gericht. Es ist eine Zeit zu leben in einer Zeit der großartigen Revolution auf geistigen und wirtschaftlichem Gebiete, die in ihrer Tragweite keinen Vergleich aushalten kann mit der Reformationszeit usw. Diesen Kampf mitzukämpfen ist unsere Pflicht. Die Religion und ihre bezuften Vertreter haben einen unheimlichen Einfluß auf unsere Verhältnisse gewonnen. Wir haben kein Recht, das innerlich gekämpft, sondern das getuschelt am Boden liegt. Die Religion der „Machtentwürde“ hat sich nur durch die rücksichtslose Gewaltübermacht zu ungeheurer Ausbreitung können. Nicht

die wahre Menschheit prägt das heutige Christentum aus, sondern eine falsche Menschheit, durch das alttestamentliche Element in unsere germanische Auffassung hineingebracht, die das unsägliche Elend hat groß werden lassen und das Gegenteil von dem ist, was wir darunter verstehen wissen wollen. Aber es ist schon Bedenke geschaffen; es geht verheerend auf der ganzen Welt. Mit dem neuen Volkstum liegt ein Verfall am deutschen Volke, der uns, wie er schäumer nicht gedacht werden kann. Das internationale Judentum einerseits und andererseits die modernisierte noch einmündige Art, die Jesuiten, sie befeuern das Erdbeben. Sie sind es, die Amerika in Händen haben und ihre Hand ausstrecken auf unser Vaterland. Demgegenüber müssen wir unsere germanischen Gedankensätze verbreiten, um dadurch das fremde Gift aus unserm Volkstörper herauszugiehen. Wir wollen unsere Kinder nicht mehr vergiften lassen mit fremder Art. Wir müssen uns bemühen sein, daß wir die Pflicht haben der Reinigung und Säuberung unserm Volkstümpfer von unaufrichtiger Art. Und das dies geschieht, dafür haben wir den „Deutschen Volkstümpfer“. Der unerbittliche Glaube an die Zukunft deutscher Art und des deutschen Volkes ist unser Urmotiv und unser Dogma und an Stelle dessen zu setzen, was man bisher ausgegessen hat. (Ständemittel Beifall.)

Hierzu sprach Hans von Wosch, der die Ausführungen des Vortrags in trefflicher Form erging und ebenfalls reichem Beifall erntete.

Einen ähnlichen Standpunkt gegenüber dem Christentum, wie es hier entwickelt wird, occuriert eine ganze Reihe antisemitischer Autoritäten, wörtlich der „Antisemitismus-Beilage“ eine interessante Blütenlese bringt. So schreibt Paul de Lagarde (Deutsche Schriften I, 238):

„Ein Sohn Gottes, welcher mit der Art in der Hand am ersten Januar des Jahres 600, fünftausend oder viertausend Jahre nach der Schöpfung in Bethlehem oder Nazareth das Licht der Welt erblickt, hält Niemandem etwas, der 1878 Jahre nach diesem Zeitpunkt sich mit Gott und der Kreatur abgefunden hat.“

Und Eugen Dühring, ein Bahndiriger unter den Aposteln des Antisemitismus, kündigt offen und frei für die Befestigung des Christentums, als der letzten welthistorischen Schöpfung der vererblichen, grundsätzlich fremden semitischen Rasse. Um dem semitischen Geist aus dem europäischen Leben zu bannen, will er das Christentum durch eine höhere Religionsform ersetzen. Er sagt in seiner Abhandlung „Die Völker und die Judenfrage“:

„Das Christentum hat überhaupt keine praktische Moral, die unabweisbar, brauchbar und gesund wäre. Mit dem semitischen Geist werden daher die Völker erst fertig werden, wenn sie auch diese zweite jenseitige Gestalt des Hebraismus, der ihre nationale Einheit durch Unerblichkeit angeht, wieder aus ihrem besseren Geiste ausgeschieden haben.“

Und an einer anderen Stelle:

„Der Standpunkt des Christentums, und wäre es auch nur von besserer Moral aus, heute gegen den Judentum aufzutreten, heißt, das Schicksal mit einem seiner eigenen Künftler, also wesentlich durch sich selbst unschädlich machen wollen.“

„Ablegen, welche an der heidnischen Ueberlieferung festhalten wollen, sind nicht im Stande, sich als Nachbarnschaft gegen das Judentum zu wenden.“

Und S. 92 der „Judenfrage“:

„Ein Christ, wenn er sich selbst versteht, kann kein ernsthafter Antisemit sein. Die nordischen Götter und der nordische Gott sind etwas, was einem Naturkultus und was dem seiner tausendjährigen Abwendung aus der Welt geschickt wird. ... Hier hat eine Phantasie gemeldet, die unerbittlich über die jüdische Anekdote nachdenken werden.“

Die antisemitischen Schüler E. Dührings eisen ihrem Meister in der Beschimpfung der christlichen Lehre nach. E. Dühring's Wort: „Das Christentum ist die Schmach des Jahrtausends“, seinen Haß gegen

die „fugenlose und verderbliche Jesuslehre“ variieren sie in allen Tonarten.

Im „Moderne Volksergeist“ (Septbr. 1896, S. 140) heißt es:

„Wenn jemals ein Schwert im Zusammenhange mit dem Christentum gezogen wurde, so hätte das immer nur zum Zweck der Verschärfung des Kreuzes geschieden sollen: denn dann wäre nicht diese tiefgehende Versuchung des Geistes der modernen Völker vor sich gegangen, und an der Oberfläche unsern Planeten würden die Menschen unter Weisung ihrer mißgelenkten Geister ein freies und besseres Dasein führen, als es bisher unter der drückenden Last jenes Kreuzes geschehen konnte.“

Prof. Dr. Paul Förster „Freiheitskämpfer“ (2. Juni 1896) sagt:

„Geschichtlich ist unstrittig, daß die altgermanische Kraft des Erdensolles der Weltgeschichte völlig edel nur vor der Verhöhnung mit dem Christentum da war, seitdem im Laufe der Jahrhunderte kein mehr gebracht wurde, bis wir endlich zu dem Jammerwohle von heute wurden, immer unter dem Einfluß des — Christentums! Aber diese kurze geschichtliche Lapse gibt keine dem Christentum nach so feindselige Stellung hinweg. Mit ihr muß erst das abfinden, wer in der Frage „deutsch oder christlich“ mitreden will.“

Im Dr. Böckels „Deutscher Volkswacht“ (16. März 1895) ist zu lesen:

„Deutschheit und Hebräertum verhalten sich wie Feuer und Wasser; man merke wohl, auch das geistige Hebräertum, auch wo letzteres in christlicher Solche gesunken ist mit deutscher „Judenmission“ aufsteht.“

Wilschelm Marx nennt das Christentum „einen Baum, welcher bis jetzt nur Früchte des Todes getragen hat.“

Prof. W. B. W. und B. sagt (Babylonien, Judentum und Christentum, S. 194): „Die christliche Idee... trägt noch heute das semitische Gewand.“

Wir wollen uns heute auf diese Zitate beschränken, die wir Herrn Exzellenzminister Stöcker, dem Vater des Antisemitismus, zur geneigten Beachtung empfehlen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Emil Bodet, ein ehemals vielgenannter antisemitischer Agitator in Berlin und Begründer mehrerer „deutscher Wirtschaften“, ist dieser Tage gestorben. In dem ihm gewidmeten Nachruf der „Deutschen Hochwacht“ heißt es:

„Bodet hat sich auch um einpne antisemitische Führer mächtige Verdienste erworben und wohl seine persönlichen Interessen dabei arg vernachlässigt, so daß er trotz hoher Einnahmen aus dem Geschäft stets in Geldbesorgen war. Daher mußte er es erleben, daß seine erste Frau ihn verließ; sie wollte die Sorgen nicht mit ihm teilen. Seine zweite Gattin wurde die älteste Tochter des Reichsarschivars. Fast schien es, als solle dem braven Manne nun ein sonnigeres Geschick beschicken sein — da erkrankte er, und zwar so heftig, daß sein Schwiegervater glaubte, ihn in einer Verewenheitankalt unterbringen zu müssen. Hier ist er denn begraben geblieben, obwohl unter seinen zahlreichen Freunden niemand daran glauben wollte, daß seine Absonderung nötig sei. Er ist gestorben als ein Opfer seiner Vaterlandstreue.“

Das klingt ja recht mystisch!

Zur Reichstagswahl in Mitten-Hochheim. Je mehr man sich dem Tage der Entscheidung nähert, desto heftiger wird der Kampf zwischen den antisemitischen Gruppen. So lesen wir in der „Deutschen Hochwacht“ (15. Juli):

... Nur vor dieser einen Frage stehen die Wähler bei dieser Wahl: Soll die bürgerliche **Cliquenpartei der Deutschsozialen**, verkörpert durch den **reaktionären Junker Liebermann von Sonnenberg**, den Freund Oldenburg von Januschau's einem heftigen Wahlkreis im Reichstage Junacke veranlassen, oder soll die freiheitliche nationale und unabhängige deutsche Reformpartei, verkörpert durch den schlichten Volksmann Ludwig Werner, den immer hilfsbereiten Freund der Bedrückten und Unterdrückten, den Sieg erringen? ... Die Frage — die Helmerich, so lautet die Parole; die politisch abhängigen werden einem Herzog, die freien dessen unfrem Helmerich die Stimme geben, und die Anzahl der für Dietrich Helmerich abgegebenen Stimmen werden der Welt zeigen, wieviel freiheitlich nationale Männer der erste Reichstagswahlkreis aufzuweisen hat."

Vermischtes.

Bei der Schlussberatung des Schulgesetzes im Herrenhause hat der bekannte Herr v. Durant im § 40, der von der Verwendung jüdischer Lehrer handelt, die Verwendung jüdischer Lehrer sehr einzuschränken. Ebenso wie das deutsche Volk sich nicht von jüdischen Richtern Recht sprechen lassen wolle, ebensowenig dürften die christlichen Kinder von jüdischen Lehrern erzogen werden. Und Ministerialdirektor Schwarzkopff beistete sich zu erklären, die Anstellung solcher Lehrer solle, wie bisher nur in Fällen dringender Notwendigkeit erfolgen. Diese Forderung griff ab, als Herr Schwarzkopff wusste, daß die Vorlage nicht mehr an das Abgeordnetenhaus zurückgelangen würde; vorher, solange er die Kritik des Landtages zu fürchten hatte, waren seine Erklärungen auf einen anderen Ton gestimmt. Wie die Bemerkung des Herrn v. Durant bezüglich der Anstellung jüdischer Richter in öffentlichem Mitleidenschaft mit Verfassung und Gesetz steht, so auch die Erklärung des Herrn Schwarzkopff. Denn die Zugänglichkeit zu den Römern ist allen Völkern ohne Rücksicht auf ihre Konfession überlassen. Nun ist allerdings diese Verheißung, soweit die Juden in Betracht kommen, bisher gänzlich unerfüllt geblieben; aber mit gleich rückhaltloser Offenheit ist diese Uebertretung von Verfassung und Gesetz unseres Wissens noch nie vom Regierungsoffizier aus wie eine völlig einwandfreie Selbstverurteilung angeklagt worden.

Der bekannte Schriftsteller Otto Ernst in Hamburg wird durch eine öffentliche Erklärung jüdischer Freunde gegen den Verdacht antisemitischer Gesinnung und Handlungsweise in Schutz genommen. Hamburger Blätter geben folgende Erklärung zu: „Wir unterzeichneten jüdischen Freunde Otto Ernsts erklären aus langjähriger und intimster Kenntnis seines Charakters und seiner Gesinnungen für ausgeschlossen, daß er einen Menschen „als Juden denunzierte.“ Seine allerdings auf irrthümlichen Voraussetzungen beruhende — Behauptung, „es sei bezeichnend für Herrn Binder, daß er als Jude für antisemitische Blätter schreibe“, ist ihrem innersten Wesen nach eher jüdenfreundlich als jüdenfeindlich. Otto Ernst ist einer der wenigen namhaften modernen Schriftsteller, vielleicht sogar der einzige, der unausgesetzt mit leidenschaftlicher Gerechtigkeitssiebe und Unerschrockenheit für das Recht der Juden eingetreten ist; wir vermessen u. a. auf die Ehre, „über den Judenhass.“ Noch in allerjüngster Zeit hat er seine Gesinnungen auf dem Godeschtag in Stuttgart energisch und unabweisbar bekundet. — Hochachtungsvoll Dr. W. Caro; Leon Goldschmidt; Dr. W. Lenor; Dr. J. Loewenberg; Dr. W. Spanier."

Hamburg, 12. Juli. Für den raschen Wiederaufbau der Michaelskirche zeigt sich in den hiesigen Bürgervereinen große Opferfreudigkeit. Gestern bewilligten dafür zwei Bürgervereine 500 und 1000 Mark. Der Kaufmann Lessahn erklärte dabei, daß die alte Michaelskirche ein Wahrzeichen der Toleranz gewesen sei, denn in früherer Zeit sei die Anwesenheit von Juden um die Kirche geduldet worden; deshalb trügen die Israeliten gern zum Wiederaufbau der Kirche bei.

Stolberg (Rheinl.). Ein gutes Einvernehmen herrscht in unfern Orte zwischen der jüdischen und christlichen Bevölkerung. Dieser Tage fand im hiesigen Hotel Scheufen ein Festessen von 160 Gedecken zu Ehren der Anwesenheit des Herrn Kardinals Erzbischofs Fischer aus Köln statt. Als Ehrengast war u. a. der Vorsitzende der hiesigen jüdischen Synagogengemeinde, Herr Leop. Wepl seitens des Festkomittees, an dessen Spitze Herr Bürgermeister Fleischer und Herr Dr. Kaufmann stehen, eingeladen. Vor Beginn des Festes wurde Herr Wepl dem Herrn Kardinal, der sein Interesse für die jüdische Gemeinde durch eine Reihe von Fragen bekundete, vorgestellt. Der hohe geistliche Würdenträger gab zugleich seinen herzlichen Ausdruck, daß ein so gutes Einvernehmen zwischen den Konfessionen hier herrsche. In seiner Festrede auf Kaiser und Papst sagte er, daß es stets seine Aufgabe sein werde, Frieden zwischen den einzelnen Konfessionen herzustellen, und daß er sich besonders freue, daß viele Abergläubige ihn durch ihre heutige Anwesenheit gehrt hätten. Nach den offiziellen Toasten, u. a. sprach auch der Regierungspräsident Herr von Hottmann aus Aachen, dankte Herr Wepl dem Festkomitee für die der kleinen jüdischen Gemeinde von jetzt 60 Seelen bewiesene Ehre, nahm Bezug auf die schönen Worte des Psalmisten: „Wie schön und lieblich ist es, wenn Völker friedlich neben einander wohnen.“ Der Redner hob besonders hervor, daß die Stadtverwaltung bisher der Gemeinde bereitwillig entgegengekommen sei bei ihren Wünschen, und daß das Verhältnis zu der gesamten christlichen Bevölkerung ein ungetrübt wäre. Die Rede fand den lebhaftesten Beifall.

Hamburg, 17. Juli. In stark überfüllter Saale fand eine Protestversammlung statt, in welcher Herr Naumann unter höchstem Beifall in ähnlichem Sinne wie in Berlin und Bremen über die russische Volksbewegung sprach. Zu der Debatte sprach das Bürgerchaftsmittglied Dr. Petersen, sozialdemokratischer Frau Strindock. Die Berliner Protestresolution fand einstimmige Annahme.

Amsterdam, 10. Juli. Da die ursprünglich für den Juli in Aussicht genommene Friedenskonferenz erst im folgenden Jahre stattfinden wird, hat die Regierung die Kreditförderung zur Bekämpfung der damit zusammenhängenden Ausgaben vorläufig zurückgezogen und wird sie erst bei der Beratung des außerordentlichen Budgets für das Jahr 1907 wieder vordringen. Ein von den hervorragenden liberalen Mitgliedern der zweiten Kammer unterzeichneter Antrag, der bei dieser Kreditförderung behandelt werden sollte, hatte folgenden Wortlaut: „Die Kammer hat mit Bedauern und Entrüstung von den blutigen Verfolgungen Kenntnis genommen, denen in einem besetzten Staat ein Teil der Bevölkerung ausgesetzt ist, der mit vielen unserer Mitbürger durch innige Bande vereinigt ist, und sie ersucht die Regierung, in Erwägung, daß der weitere Ausbau von Theorien über Völkerrückständigkeit und Recht dem gefunden Völkerverständnis widerspricht, so lange in dem Staat, den den Auswurf zu den sogenannten Friedenkonferenzen verlassen hat, fortwährend Gewalt verübt werden, die die ganze ge-

bildete Welt mit Entsetzen erschallen, die Uebermittlung russischer Einladungen zu einer Zusammenkunft von Friedensgelehrten auf unserem Boden so lange zu unterlassen, bis man Bürgschaften dafür erhalten hat, daß derartige traurige Ereignisse dort nicht mehr vorkommen. Damit geht die Kammer zur Tagesordnung über.“ — „Es ist“, sagt einer der führenden liberalen Blätter, „in hohem Grade zu bedauern, daß die Gelegenheit für die Behandlung dieses Antrages verschoben worden ist, sie wird indessen bei der Beratung des Budgets für 1907 sicher wiederkehren. Denn es ist hohe Zeit, daß auf irgend welche Weise ein offizieller Protest gegen dieses elende Komödientpiel der russischen Regierung ausgesprochen werde, die sich trotz der Schändung der beschworenen Rechte Finnlands, trotz des Herausbeiwärens des Krieges mit Japan, trotz der wiederholten abscheulichen Judenbeschuldigungen, die noch dem offenen Zeugnis eines früheren Vizepräsidenten durch die Polizei angeordnet worden sind, zur Beschädigung von Recht und Frieden aufwirft. Die Niederlande dürfen sich der Teilnahme an einem solchen Geschäft nicht schuldig machen.“ Da der Staatshaushalt für 1907 noch in diesem Jahre von der Vollversammlung erledigt werden muß, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß der erwähnte Antrag nicht im Archiv der Kammer der zweiten Kammer verschwinden wird.

Ein Kreuzzug gegen die Duma und die Juden.

Die „Wost. Wied.“ veröffentlicht einen Aufruf an das russische Volk, welcher zwar mit einer Unterschrift nicht versehen ist, der aber dennoch durch die Wut gegenüber den freisinnlichen Ideen und durch die Auslootung neuen Hasses gegen die Juden als eine neue, allgemeine, ungeheuerliche Provokation seitens der durch die sogenannte Sternepartei unter Trepows Leitung zur Vertreibung der alten bürokratischen Willkürherrschaft betriebenen Reaktion aus dem ersten Blick sich kennzeichnet. Aus der ganzen Provokation, welche gegenwärtig in Form gedruckter Aufzettel unter das Volk im ganzen Reiche in hunderten Tausenden Exemplaren verstreut wird, klingt die wohlbedachte Absicht einer Erneuerung Pogroms nur allzu deutlich heraus. Die russischen reaktionären Blätter bringen diesen Aufruf auf der Hauptseite, von einem Trauerkreuz umgeben, gleich einem Metekel, mit einem schwarzen, orthodoxen Kreuz an der Spitze und der Ueberschrift darunter:

„Враговыя Русские Вуд!“ („Rechtgläubiges russisches Volk!“)

Dann folgt das Motto:

„Große Versprechungen macht Euch die Reichsduma, und viele Dinge erwartet Ihr von derselben, — aber wißt Ihr auch, was sie mit Euch vorhat?“

Nach einer Befragung der beiden Wege, auf denen die Agrarfrage gelöst werden könnte, nämlich durch Landverteilung zum diebstahlenden Besitz oder in Pacht, bricht es dann weiter:

„Seht, so kümmert sich die Duma um Euch. Aber das ist noch nicht alles! Sie hat noch beschloffen, Euch durch Ausgleichung Eurer Sonderrechte mit den Rechten der anderen Stände zu beglücken. Dies bedeutet, daß Ihr von nun an keine Gemeindefürsorgen mehr merdet fest wählen dürfen, daß Ihr keine Starosten, noch ein eigenes Gemeindericht mehr haben werdet, noch überhaupt alles das, was Ihr jetzt von den anderen Ständen besitzt. Dafür aber werdet Ihr freie Bürger sein, in der Welt, das es keine Standesunterschiede mehr geben wird, weder Adel, noch Stadt, noch Landleute, sondern alle werden vor dem Zaren und dem Gesetz gleich sein, gleiches vor Gott. Und was es schließliche auch so sein, aber das ganze Unglück liegt darin, daß, wenn alle Standesunterschiede unter den Untertanen aufgehört haben, die Duma alsdann auch nicht einen Unterschied in der Rationalität und Religion mehr haben

wollen. Sie wird verlangen, daß alle, der Edelmann, Kaufmann, Bauer, der Rechtgläubige, Katholik, Mohammedaner und sogar — der Jude gleich sein sollen, daß alle als russische Bürger mit gleichen Rechten angesehen werden.

Und dann wird die Duma sagen: „So, jetzt gibt es bei uns weder Herren noch Knechte, weder Russen noch Totasen, weder Christen noch Juden, sondern alle sind nur russische Bürger, gleich vor dem Zaren und Gesetz. Und nun vorwärts an die Verteilung des Landes, auch unter die adellosen Juden, einem jeden vier Dessjotinen, so daß allein für die Juden auf diese Weise zwanzig Millionen Dessjotinen Land zur Austeilung kommen! Was ist es, was unsere Duma beabsichtigt, was ihre heutigen Mitglieder wollen, welche durch die Juden aber die durch sie erlantenen Verräter, die russischen Demokraten, dort hineingebracht worden sind.“

Glaubt dieser Duma nicht Etwas Gutes wird für Euch dabei nicht herauskommen. Wollt Ihr Euer eigenes Land vermindern, dann seht zu, wie daselbst in Judenhande gerät, vier Dessjotinen auf jede ungetaufte Seele! Da habt Ihr die Gleichheit, da habt Ihr auch die Agrarfrage!

Tödet Euch also, Rechtgläubige, vor jener Duma! Sie verspricht, reich zu werden, aber hart wird Euch dies Lager sein. Sie verspricht viel, aber der Gewinn wird nicht Euch, Ihr rechtgläubigen Bauern, sondern nur das Judenmas erweisen, welches sich auch bereichern wird auf dem der Regierung und den Grundbesitzern abgenommenen Land. Dorthin auch nur führt Euch der ganze heutige Verlauf der Dinge.“

Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.

Geheim-Zirkular eines Gouverneurs der Polognien. Die „Nietzsch“, das Hauptorgan der konstitutionellen Demokraten, erzählt aus der großen Juden-Radt Wlinsk:

In Wlinsk herrschte Pogrompanik. Die Juden gingen zum fliehenden Gouverneur Arlow (dem Schilling Durnosow) und baten um Schutzmaßregeln. Er antwortete: „Drei Dinge habe ich: Revolutionäre, Polognien und Pogrome.“ — Die Deputation ging beruhigt nach Hause. Gleichzeitig aber erließ jener nochlebende Geheim-Zirkular an die Beamten seines Gouvernements, in dessen Befehl eben die „Nietzsch“ gelangt ist:

Rr. 3819. An alle unsere Polizeikommissäre, Landgemeinden, Stadtgemeinden und Stadtverwaltungen.

Betreffend die Meldung der Wlinsker Abteilung des Vereins des russischen Volkes (das sind die Polognien) vom 8. Juni 1906 Nummer 176 schreibe ich den Provinzkommissären, Polizeikommissären, den Landgemeinden, Stadtgemeinden und Verwaltungen vor: sie sollen die Mitglieder und Vorstehenden der Bezirks- und örtlichen Abteilungen des Vereins in ihrer Arbeit, unter der Bevölkerung die Ideen des Vereins zu verbreiten, nicht hören, da sein festes Prinzip ist, durch gesetzliche Mittel dem orthodoxen Glauben, dem russischen Kaiser und dem Vaterlande zu dienen, was zum Ausbruch kommt durch die Freischaren und Flugblätter, die das Zentralkomitee herausgibt, und durch die Auszüge aus patriotischen Zeitungen, die die örtlichen Abteilungen abdrucken.

Der Stellvertretende Gouverneur F. Arlow.
Statt des Vizegouverneurs der älteste Rat Jusefowitsch.

Aus Odessa wird geschrieben: „In der Stadt und im Bezirk wird eine große Proklamation des „Schwarzen Hunderts“ verbreitet, die an die Soldaten und Matrosen gerichtet ist. Die Armee wird darin aufgefordert, möglichst bald, so lange wir noch Räder sind, mit den Juden ein Ende zu machen; sonst

wirds zu spät werden, denn die Juden werden unseren Jaren niederwerfen und ihren eigenen auf den Thron setzen. Ueber Blaskof wird in der Proklamation gesagt: die Juden schossen die Soldaten wie die Spagen nieder und daselbe Schicksal erwartet die Dörscher Soldaten und Matrosen. Die Proklamation endet mit der Aufforderung: „Steh auf, ermach', nimm die Arbeit auf!“ Das Dörscher Semino tat die notwendigen Schritte, um die maßgebenden Stellen zu bewegen, zeitgemäße Maßnahmen zu treffen und einen eventuellen Pogrom zu verhindern. Ob das helfen wird, wird uns die nächste Zukunft zeigen.

Budapest. Der ehemalige Antisemitenfürher Julius Verbavay ist gestorben. Er war von 1871 bis 1887 Reichstagsabgeordneter und nahm während der Zeit des Tisza-Exzesses Ritualmordprozesse an der Seite Maczys als Antisemitenfürher an der damaligen Bewegung teil.

Ueber ein Ritualmord-Märchen wird aus Nagymarton berichtet:

Ritzlich erschien eine Anzahl aufgeregter Bauernleute beim hiesigen jährlchen Restaurateur Tiz und forderte die Herausgabe eines Knaben, der von Daheim verschwunden und wahrscheinlich nun schon durch die Juden abgeschlachtet sei. Es wurde eine förmliche Hausdurchsuchung abgehalten, bei welcher man den Knaben nicht fand. Die Aufregung stieg immer mehr, bis man andern Tags den Knaben auf der Straße herumtappend auffand. Dadurch glätteten sich wieder die Wogen der Erregung. Wahrscheinlich wird die Sache noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Dr. G. Josephy. Vor kurzem wurde auf dem israelitischen Friedhofe in Friedenberg ein Mann, Dr. Carl Josephy, begraben, der eigentlich in Deutschland hätte wirken müssen, und, wenn selbst in der Schweiz seine Religion einer früheren Anstellung nicht im Wege gestanden hätte und er infolge dessen nicht gezwungen gewesen wäre, ein Uebermaß von Arbeit zu bewältigen, das ihn schließlich, nach länger hätte wirken können. Erst im Alter von zweiundvierzig Jahren erhielt er eine Anstellung als Lehrer der deutschen Sprache an der höheren Töchterschule zu Zürich. Schnell gewann Josephy sich die Verehrung der Schölerinnen, die Achtung der Kollegen, das Vertrauen der Behörden. Selbst poetisch veranlagt und Verfasser mehrerer dichterischer Werke verstand Josephy, ein geborener Meßener, die Schölerinnen in das Verständnis der großen deutschen Dichter einzuführen und auch weitere Kreise in seinem Adoptivvaterlande für die Dichtergroßen seines deutschen Geburtslandes durch Vorträge zu interessieren. Der Mann, der nach antisemitischer Ansicht sich wegen seiner Zugehörigkeit zum Judentum nicht zum Unterricht in deutscher Literatur eignet, war berufen, am 9. Mai 1906 vor tausend Schölerinnen der Gewerbeschule in der Trauungshalle zu Zürich den deutschen Dichter, Schöler, zu feiern. „Schön und unbestritten war, wie Hans Bodmer in der „Neuen Zürcher Zeitung“ schreibt, sein Lehrerergänz.“ „unvergessen wird seine schöne Schölerrede bleiben.“ „Josephy verfügte über eine außergewöhnliche, oft hinreißende Beredsamkeit. Er war eine ideale Natur, ein freilebender Mensch, ein offener und grader Charakter, mit einem Worte eine Persönlichkeit.“

Solche Männer sind in Deutschland nicht so zahlreich, daß man sie ins Ausland jagen lassen mußte, aber er war ja ein — Jude.

Sie transit gloria antisemitica. Wir haben schon manche antisemitische „Berühmtheit“ hinter Kerkermauern, ins Ausland oder sonst in eine Verbanung verschwinden sehen. So Schömm wie dem General und Senator Mercier, der ausgezogen war, dem Drachen Dreyfus

zu töten, ist es noch selten einem ergangen. Nicht genug, daß Dreyfus nicht getötet worden ist, sondern jetzt wieder mit höherem Rang der Arme angehört, nicht genug daß der Monsieur Mercier hat erfahren müssen, wie man in den Verhandlungen des Ratifikationshofes und in der Deputiertenkammer seiner gedacht, im Senat hat anhören müssen, was ihm unangenehm genug war, geben ihm die Antisemiten in Frankreich jetzt noch den Eskortritt. Sie fordern ihn auf, zu offenbaren, was er bisher verschwiegen zu müssen behauptet hat, zu sagen, welches die unanschuldigen Beweise für Dreyfus' Schuld sind. Wenn er nicht rede, sondern schweige, dann müßte man annehmen, daß er auch sich von den — Juden habe bestechen lassen. Und dabei wissen die Herren von der „Libre Parole“, in der diese fürchterliche Drohung ausgesprochen wird, recht gut, daß General Mercier aus dem demüthig tröstlichen Grunde schweigt, nämlich weil er nicht zu sagen hat, keine Schuld demselbe befragt. Also wird es dabei bleiben, daß nach antisemitischer Behauptung auch Mercier im Solde des Dreyfus-Syndikats steht. Und das ist der Gumar davon.

Briefkasten.

E. M.—m. Sie schreiben, daß ein bei einer reisenden Antisemitischen lebender jüdischer Einjähriger, dessen Namen Sie angeben, am 1. April zum Gefreiten und am 1. Juli zum Unteroffizier mit Schirmdienst ernannt wurde. Damit wird aber doch die von uns gedachte Straßburger Ketz nicht widerlegt. Oder bezieht sich Ihre Mitteilung auf einen Straßburger Truppendienst?

Der Antisemitenpiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenpiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerordentlich als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a. M. 0,40.

2. Die Antisemiten und das Christentum a. M. 0,30 erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24.1.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Hause beziehen
wünscht.
Telephon: Amt 4 Nr. 2078.

Alle Zeichnungen an die Expedition und Abbestellungen sind zu richten nach: Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und alle in dem Hefen des Vereins des Antisemitismus an den Hauptbüro, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Der Reichstagswahlkreis Rinteln-Hofgeismar,

der sich seit 1890 in antisemitischen Händen befindet, bleibt der deutschsozialen Partei erhalten. Das ist das Ergebnis der am 20. Juli stattgehabten Wahl. Die endgültige Entscheidung ist zwar noch nicht gefallen; es unterliegt aber keinem Zweifel, daß aus der Stichwahl der deutschsoziale Kandidat als Sieger hervorgeht.

Es haben erhalten der Antisemit Liebermannscher Richtung Herzog 6318, der Sozialdemokrat Wetterlein 3993, der reformerische Antisemit Helmerich 1707, der Nationalliberale Noke 1186, der Freisinnige Volksparteier Abieg 1007 Stimmen. Bei der Wahl von 1903 gestaltete sich das Stimmenverhältnis folgendermaßen: Graf Reventlow 6426, Wetterlein 3488, Noke 2154, Volkseigen (Freisinnige Volkspartei) 748, Müller-Fulda (Zentrum) 542 Stimmen. In der Stichwahl wurde dann Graf Reventlow mit 9543 gegen 4080 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Hieraus ergibt sich für die Deutschsozialen ein Verlust von 109, für die Nationalliberalen ein solcher von 968 Stimmen, während der Sozialdemokrat 507, die Freisinnigen 359 Stimmen mehr aufgebracht haben.

Das hervorsteckendste Merkmal der diesmaligen Wahl war die Sonderkandidatur der antisemitischen „Reformer“, welche der „Reichspartei“ einen gewissen Abbruch getan hat, der aber dadurch weit gemacht worden ist, daß die Zentrumskandidaten in Ermangelung eines eigenen Kandidaten für Herzog getrimmt haben dürften. Die Reformer erhielten dadurch, daß sie sich ein „freibewilligtes“ Mäntelchen umgehängt hatten, wohl auch Zugang aus den liberalen Kreisen. Freilich hatten sie ihre Ermordungen viel zu hoch gepumpt. Ihr Plan, die Partei des „Junters“ Liebermann von Sonnenberg wenn möglich aus der Stichwahl zu verdrängen und so für den Einbruch in „ihren“ Wahlkreis Warburg zu rasen, scheiterte glänzend. Da der in den denkbar größten Formen, wozu wir in den „Mitte“ ergiebige Proben zum Besten gegeben haben, unter den antisemitischen Gruppen gefährliche Kampf weitere Folgen genereller Natur nach sich ziehen wird, das zeigt vielleicht schon die nächste Zukunft.

Wenn es den Deutschsozialen, trotzdem sie in Herzog einen im Vergleich zum Grafen Reventlow recht obskuren Kandidaten besaßen und trotzdem sie es mit einer unbedingten antisemitischen Konkurrenz zu tun hatten, möglich war, den Wahlkreis zu behaupten, so lag dies in der Hauptsache daran, daß ihnen in einem Umfange wie nie zuvor die Unterstützung der Konservativen, des

Bundes der Landwirte und der Regierung zu teil geworden ist. Der behörbliche Apparat stand ganz und gar zu ihrer Verfügung, die Kandidat v. Dürst, zugleich konservativer Landtagsabgeordneter, und v. Aulast waren die Wahlmacher der Deutschsozialen. Die Art der Agitation, die für Herzog getrieben worden ist, wird in der „Köln. Zig.“ wie folgt geschildert:

„Man stelle sich vor, welchen Eindruck es in einem vorwiegend ländlichen Wahlkreise machen mußte, wenn zwei Tage vor der Wahl der Landrat des wichtigsten Verwaltungsbezirks im Kreise in einer antisemitischen Versammlung erklärte, die konservatieve Partei halte den Antisemit für den geeignetsten Kandidaten im Wahlkreise, oder wenn in einem Bauernbörse der Ortsparter in einer Wahlversammlung die Rede verlegte, der Antisemitismus sei etwas Unbedeutendes, Berechtigtes und besonders im Wahlkreise hiesiger Reichenbörse! Die Agitation für den deutschsozial-antisemitischen Kandidaten ist aber noch weitergegangen. In einem Ort verweigerten sämtliche Gastwirte dem antisemitischen Gegenkandidaten Helmerich ihre Gaststuben für eine Wahlversammlung. Ja, noch mehr, in einem im Wesertal gelegenen Orte verbot der Bürgermeister dem freisinnigen Kandidaten eine Wahlversammlung und zwar auf Grund einer Verfügung des Landrats, des konservativen Landtagsabgeordneten v. Dürst. Nach der Erklärung des Bürgermeisters ging diese Verfügung dahin, der Landrat wünsche von jeder Wahlversammlung so rechtzeitig benachrichtigt zu werden, daß er in der Lage sei, womöglich einzuschreiten. Als die freisinnige Versammlung nun 24 Stunden vorher angemeldet wurde, verbot der Bürgermeister ihre Abhaltung, da er nicht in der Lage sei, in so kurzer Frist den Landrat wie befohlen zu benachrichtigen!“

Den besten Beweis für die Schwierigkeiten, mit denen die nicht deutschsozialen Kandidaten im Wahlkreise zu kämpfen hatten, stellt aber eine andere Verfügung des Landrats dar, welche den liberalen Wahlkomitees die Herstellung von Abschriften der Wahllisten erschwerte bzw. unmöglich machte. Eine Beschwerde beim Minister des Innern gegen diese landräthliche Verfügung schaffte Abhilfe und befreite einigen Bürgermeistern Strafmandate, aber der Respekt vor der Verfügung war so groß, daß ein Bürgermeister gleichwohl die Einsichtnahme in die Wahllisten verweigerte.

Ferner wird berichtet, daß der Verwalter eines abliegen Großgrundbesitzes seine Knechte wie eine Sammelherde zum Wahllokal führte, ihnen dort die gegnerischen Stimmzettel aus der Hand nahm und Stimmzettel für den Antisemiten

Herrzog mit dem Befehl reichste: „Den wählt Ihr, sonst keinen!“

Bedeutend für die ganze Situation ist auch, daß am Abend des Wahltages ein Mitglied der freisinnigen Vereins „Walder“ in Berlin, das sich im Interesse der Wahl des freisinnigen Kandidaten im Wahlkreis aufhielt, in Wollfagen vom Landrat v. Bultlar mit Schießschränken bedroht und darauf in seiner Gegenwart durch einen Landratsboten mißhandelt wurde.

Nur, für die antisemitische Kandidatur Herrzog setzen Landräte, Junker und Händler alle Hebel in Bewegung. Der Bund der Landwirte insbesondere machte ganz besonders große Anstrengungen, um seinen Schülern das Reichstagsmandat zu erhalten.

Seit Jahren schon ist die deutschsoziale Partei nicht als ein Anhängel des Bundes, ihre Führer stehen an der Bundeskette. Und so bedeutet der Sieg der Nidermänner im Rinteln-Hogelmar recht eigentlich einen Sieg des unter dem Patronat der Landräte stehenden Bündertums.

Es liegt uns fern, die Tatsache des Vorhandenseins einer antisemitischen Strömung, wie sie auch in dem Festhalten des Rinteler Mandats sich kundgibt, beschönigen zu wollen. Unser Hinweis auf die Mächte, welchen der Antisemitismus seine Förderung vorzugsweise zu verdanken hat, enthält eine Warnung an alle freisinnigen politischen Parteien den Kampf gegen den Bund der Landwirte und alles Rückwärtsdrängen in systematischer harter Arbeit fortzusetzen. Nur so wird es gelingen, die heftigen Wählerkreise allmählich vom Antisemitismus zu säubern.

Von einem Teilnehmer am Wahlkampf wird uns geschrieben:

Das antisemitische Spektakelstück „Der Wahlkampf um Rinteln-Hogelmar-Wollfagen“ ist zu Ende und erledigt werden die Wähler dieses schwer heimgesuchten Kreises aufstehen. Was an Schmutz und Schimpereien von den sich rufenden antisemitischen „Brüdern“ in diesem Kampfe zu Tage gefördert wurde, davon kann man auch nicht annähernd eine Beschreibung liefern. In Wort und Schrift wurde Gift, Galle, Bosheit, Lüge und Niedertracht gegen einander verspreizt, was allerdings nur den Uberschlag hat, der dem wahren Wesen des Antisemitismus kennzeichnend gegenübersteht. Womit man bisher unsere jüdischen Mitbürger und die liberalen Parteien traktierte, das mußte zur Abweisung einmal die eine Bruderpartei sich von der anderen an den Kopf werfen lassen. Das unglaublich Komische dabei war, daß jede der streitenden Parteien der anderen den Dreißiggrafen Wälder und den Rektor Schwarzbart anzuhängen suchte, ohne daß beide merkten, wie erfolgreich jede in Schwarzbart und vor allem in Wälders Spuren wandelte. Denn es blieb nicht bei der bitterreichen antisemitischen Sprache, sondern man glaubte als kräftigste Ueberzeugungsmitel der Prägung ein Entbehren zu können. Die Deutschsozialen warfen reformistischer Diffusionsredner vom Tempel hinaus und der Reformkandidat Heimerich ohrfeigte im Eisenbahntempel den deutschsozialen Parteiführer Wulfs.

Aber „man“ schlägt sich und man ver-trägt sich!

Das Wahlergebnis hat den Reformern eine fürchterliche Niederlage gebracht. Trotzdem Herr Zimmermann, der Vorsitzende der Reformpartei und die Hlga. Drägen, Bödler, Berner und Dugende anderer Leute im Wahlkreise wählten, haben die sogenannten Reformen knapp 1800 Stimmen aufgebracht, während Herr Herrzog dank der unerhörten antisemitischen Beeinflussungen und der Organisation des Bundes der Landwirte rund 5000 aufgebracht hat.

Die „Reformer“ sind aber jetzt um einen Ausweg nicht verlegen. Sie suchen wieder Anstoß an die Deutschsozialen, die sie als schlimmste Reaktionskräfte schon erst gebrandmarkt haben. Der Reformkandidat bezogerte zwar in einer Erklärung zu Beginn des Wahlkampfes die deutschsoziale Kandidatur als eine „Komödie tonterwäutiger Dunkelmannen“, mit der der Wähler „getäuscht“ werden sollten. Jetzt aber fordert er auf — für den deutschsozialen Kandidaten zu stimmen. Seine Entscheidungsparele verknüpft er mit einer Darlegung der „Obseignemasse“. Es genügt, die „Erklärung“ der reformistischen Kandidaten kommentarlos niederzulegen. Sie spricht Bände antisemitischer Charakterlosigkeit und gibt dem fernestehenden Leser eine kleine Ahnung von dem Niveau des berlebten Wahlkampfes. Hier ihr Wortlaut:

Erklärung.

Herr Wulfs, der berüchtigte Agitator der deutschsozialen-antisemitischen Propaganda, hat durch den Nidermänner Generalstreik Hemmingen die hart erhaltene Erklärung von einem Material befreit, dem er zum Überdies großen ist.

Wulfs und Hemmingen sind in der bekannten Nidermänner'schen Hochschule für Verleumdungskünste ausgebildet, und diese beiden elien Seiten sind einander würdig.

Während meiner Abwesenheit im Reich Rinteln hat man die Nidermänner'sche Meute mit diesem teils eigenen, teils überlieferten Märchen einen unkontrollierten Stimmengang betrieben und zur Steuer der Wahrheit ist daher meinerseits eine Widerlegung erforderlich.

Wulfs, den ich zuerst nicht kannte, hörte ungern mein, daß Wogengetriebe halber mit 2 Kanonen laut geführter Geschütz und ich davor ich energisch zur Ruhe. Daraufhin erwiderte ich dieser, was bereits dem Herrn Dr. Mode öffentlich an den Fremder gelehrt. Herr Wulfs, den Kundstuf beredete, stieg in dem öffentlichen Ringplatz zu mir gegenüber zu eigen zu machen. — Da ich nun trotz dieser Verleumdung immer noch jählingstüchtig und kein Freund von Schuldenmachern bin, so habe ich ihn in Auge dem Nidermänner'schen Wulfs die verdiente Ohrfeige mit kräftigen Knäueln gegeben. — Er steckte diese Ohrfeige ruhig und barlos ein, ich sah in der anderen Seite mit der Deutschen Tageszeitung, unterteilt mich weiter, bemerkte, daß Herr Nidermänner von Sonnenberg die erste Erklärung von mir erhalten hat. Das brachte nun endlich das Wulfsche Gegenstück zum Leben, und hinterhergerweise verlor ich dann, durch die 2 Schaffner zurückgehalten, mich zu insulieren.

Es war der Wiederholung halber ein Dienstbillet, in dem wir uns bekanden, und auf der nächsten Station Hilsdorf dankte mich die Schaffner, in das nächste Stube zu gehen, damit ich von der Geschäftszeit des Nidermänner'schen Wulfs befreit würde.

Sofortlich ist nunmehr dieser sojourn derbeist geordnete Mann nicht zu sehen, um seine von mir bezeugte Heftigkeit sich gerichtlich bezeugen zu lassen.

Einen Wahlkampf mit solchem Schmutz und solch maßloser persönlicher Schädlichkeit hervorgerufen zu haben, dieses Verbrechen gehört den politischen Verunreinigten Nidermänner'scher Richtung. Wälder und Wulfs haben in diesem Wahlkampf die Schaffner geizten, und so sind bis heute mit all dem Lärm und Trug, durch die widerwärtigen Vergehungen und teils mit dem antisemitischen Unterstufungsapparat, verurteilt ein nachdrücklicher Wortbruch des antisemitischen Rinteler Arbeitsblattes (Schauener Zeitung), die Wählerkreise beinflusst und eingeengt worden.

Ein unklarer Wanderer sagt das andere, Erstgenen, die sein Mensch sein, darunter ein Mann namens Eder in Hofgeimern, aus der Schreibweise der Deutschsozialen, derstet Entstellungen der Wahrheit nach Hemmingen'scher Art. Dann kommt in Rinteln der garmisch verurteilten Nationalisten in Frankfurt ein Jettenschiff und vergleicht widerlicher Unfug mehr. — Dieser Mensch, der alle Tatsachen in trivialer Weise hält und von Hemmingen, der sich ja selbst der Unvorsichtigkeit gegenüber in meiner Versammlung schuldig erklärte, geküßt wird, hat inmitten der Nidermänner'schen Schillinge eine gute Zukunft vor sich. —

So hat diesmal die Lüge und Verleumdung den Sieg errangen.

Allen meinen treuen Wählern, die sich nicht durch diese groben Fälschungen beeindrucken lassen, spreche ich aufrichtigen Dank für das mir bezeugte Vertrauen aus. Getreu meinem alten eingetragenen Standpunkt, um mich die Personen von der Seite trennen, und das Vertrauen selbst und über allem Vorurteil, spreche ich nunmehr meine Freunde auf, in der Zukunft einmütig für den Bürgermeister Herrzog, Obermänner, einzutreten.

Gasse, den 21. Juli 1906.

Dieterich Heimerich.

Das Heindenkmal des Herrn Adolf Bartels.

(Nachdruck verboten.)

I.

Herr Adolf Bartels, Professor, hat ein besonderes Bedürfnis bestiegt und Heinrich Heine, dem Dichter, ein Denkmal gesetzt. Man kann es auch so machen, aber man muß darnach gerichtet sein. Es gibt Menschen, die müssen überall nur den Schmutz sehen. Sie können nicht anders. Es gibt Menschen, die ihn überall aufsuchen müssen. Es ist nicht etwa ihre Schuld, es ist ihr Schicksal. Niemand kann für seine physische und psychische Beschaffenheit. Schlimm wird die Sache nur, wenn ein Prinzip daraus gemacht wird. Mehr als schlimm, unerträglich wird sie, wenn eine Weltanschauung daraus gemacht wird.

Herr Adolf Bartels, Professor, sagt: ich bin ein Teutomane, so muß ich vermöge meiner höheren und besonderen teutonischen Rasseeigenschaften, — die, unsere Gottähnlichkeit ist evident, alle übrigen Rasseeigenschaften aller Völker der Welt übertreffen und die allein gütigen und wertvollen sind, — den Schmutz der Juden riechen. Den Schmutz der Juden suchen und den Schmutz der Juden riechen, das ist germanisch. Und so wird Herr Professor Bartels germanischer Literaturschulmeister, teutonischer Rundschmiedwächter, literarischer Groß Häcker und Erzieher eines Heindenkmals in Schlamm. Widerwärtiger Anblick, höchst verächtlicher Beruf. Jeder hat einmal eine Aristokratische Schrift als „eine Schüssel voll Schlamm“ charakterisiert. Bartels der Judenfeind, würde Dörne prägen. (Aber da Dörne Jude ist und also keine menschliche Verechtigung hat nach Bartels, so gilt er ja auch literarisch nichts.) Goethe würde es mit ihm machen, wie mit den Käsen, die nachträglich über sein Haus räsonniert haben. Und der und jener wird ein gutes deutsches Wort aus dem Sprachschale Doktor Martin Luthers gebrauchen. Alle aber werden sich die Hände waschen. Man muß sich wirklich die Hände waschen, wenn man dies Heindenkmal von Herrn Adolf Bartels nur angestippt hat. Es ist ein document humanum von ihm selbst, selbsteigen.

Man kann es auch so machen, man muß nur den entsprechenden Schnüffelfinken dazu haben. Und wer den auch hat, wird sich an dieser Arbeit freuen. Es wird die vasse de nuit unterm Bett vorgeholt und mit Belegen ausgeleert, man wühlt in der schmutzigen Masse und hängt sie mit Nadelgefäßen vor aller Welt auf und sagt den Leuten: seht, siehe dumme Leute, saubere Masse hätte der gute Mann überhaupt keine! Man durchstöbert alle Schulbänke und Bücher, sucht, wo man nur etwas Unreines findet, zertrümmert, betastet und beschmilt mit erregten Fingern und dann schickt man's zu einem Kaufen. So erhält man dann ein Bild von einem Menschen, — das ein Bild von einem selber ist — und wolle kein Ganzes werden, so hat man den Ritz seiner sauberen Auslegung bereit. Es muß auch jeder auslegen, wie er muß. Hat dann einer noch den Bruckon seiner geistlichen Lieberzeugung und das Pathos der Ritzergeweihten, so macht er aus seiner Ritz ein Prinzip und eine Tugend und eine Moralität — denn kein Ding ist so schlecht, daß man es nicht moralisch verteidigen könnte und erklärt: ich habe einen Juden vor mir, ein Jude, der infolge seiner Bedeutung uns Nationalisten und Zeugnisschülern nicht gleichgültig sein kann, und der Jude muß verdammt, d. h. er muß verurteilt werden. Es schließt sich darin der Zirkel, es kommt das Bild beiseites heraus, der so etwas unternimmt, der es unternehmen muß. Denn das Werk soll seinen Reiz nicht nur loben, sondern auch befehlen. Herr Bartels kann beruhigt sein, es tut's, es tut's in der ekelhaftesten und widerwärtigsten Weise.

Man kann auch Literaturgeschichte schreiben, die ein Pogrom infingiert wird. Und Herr Bartels, Literaturprofessor in Weimar, hat hier einen literarischen Pogrom

infingiert. Das Heindenkmal soll „in die Luft fliegen“, falls es zu Stande kommt. Er spricht natürlich „nur biblisch.“ Alles ist natürlich nur biblisch. Dazu ist die Bиблischeit da, daß man sich hinter sie versteckt, wenn man zu deutlich gemordet ist. Man weiß ja auch, trotz der Bиблischeit, wo man verstanden werden will, wird man doch verstanden. Es sucht jeder seine Ehren da, wo er sie finden will, es sucht jeder die Ehren, die er finden kann.

Aus dem kleinen Kritiker Adolf Bartels ist plötzlich ein großer Literaturkritiker geworden, der das deutsche Volk demoralisiert und seine Rasseinheit rettet. Nebenbei bemerkt, den Slavismus in Preußen und im Preussentum s. B., den sieht er dabei nicht. Wie kräftig hat Heine gerade darauf hingewiesen! Das Judentum hat ihn gereizt. Jude, das ist das rote Tuch für ihn. Zu komisch, das Bild, wie er seine Feder kräutet und drauzugibt. Christlich-deutscher Kulturverteidiger. Kulturlosigkeit in Reinigung, in ihrem abstoßenden, blamabelsten Gebahren. In ihrer ganzen menschlichen Häßlichkeit. Zu faulheit, um richtig gefahrlich zu sein — jeder Diktatplan ist sophistisch besser gefahrlich, als Herr Bartels — aber doch widerwärtig in ihrem Wissen und verworrensten Barbarismus. Vandakismus ohne Kraft. Ohne die gewisse Verechtigung ihrer ungebändigten Savagiererei und Aderlichkeit, ohne die Unmittelbarkeit der Intuition, also ohne Anschuldigungsgründe.

Ferdinand Avenarius, dessen Name in dem Buche wiederholt gemißbraucht wird, hat diesen Pudel in den „Runkman“ eingelassen, wie Faust den Pudel in seine Stube schlaffen ließ. Auf der Schwelle der Literatur stand dann freilich das offene Pentagramm, das hinderlich war, hier ins Freie der Literatur hinauszukommen. In einen Teufel konnte sich das Pudels Kern nicht verwandeln, dazu reichte es nicht aus, so wurde ein teuflischer Professor aus ihm, der flugs mit dem Jauerspruch des Antifemismus über den offenen Draußenzug hinwegsprang. Und nun gerärdert er sich als den maßgebenden Dichterdeutender. Nun wurde jenseit und detriert, und die kleinen Bähklammer bähden dem größeren Bähklamm hammerschloß nach. Er hat nun seine „Gemeinde“, aber sie ist auch darnach. Aber wenn sich einer wohl fühlt in so einer Rolle, was will man dagegen sagen. Auch die Kanalisationsarbeiten der Literatur müssen gemacht werden. Man muß nur nicht sagen, das sei Literatur und nur da unten in den Abzugsanalen könne man die wahren Dichter erkennen.

Natürlich wird sich Herr Bartels in die attisch-göttliche Hochbrust werfen und verkünden, daß er eine große Sache vollbracht habe. Er hat den Mut seiner traurigen Sache. Sie soll ein großer Beweis sein. Ein saubrer, grober, plumper Beweis. Eine ganz saule abelscheitende Sache. Sie fällt ganz und gar auf den Herrn Großinquisitor zurück. Neues wird gar nicht herbeigebredet. Die tausendmal wiederholten alten Rameellen. Auch die jählichen Literaten und Literaturkritiker, die Heines Ritzum künstlich erhalten haben — nach diesem Peter Arbus zu urteilen —, wußten das alles schon. Heine hat viel zu wenig verdächtig, viel zu wenig seine Natur geäußert, viel zu wenig abgemogen und den Moment beherzigt, viel zu wenig schließlich sich geniert und immer all seine Schwächen gezeigt, sogar mit ihnen renommieren, also daß da etwas zu verdächtigem gewesen wäre. Rarpeles hat nach dem Gesandnis des Herrn Bartels selbst, hauptsächlich das Material geliefert. Gibt es nicht zu denken, daß dieses der vollsten Offenlichkeit übergebene Material, das durch die verdächtigsten, und nicht nur jähliche, Hände gegangen, nicht Heines Namen ganz von selbst vernichtet und seinen Rufum untergraben hat? Nein, es mußte erst einer wie Herr Bartels kommen, der den richtigen Gesichtspunkt dafür hatte, der mit der nötigen Ausschließlichkeit begabt war, die Sünden und Fehler zum Ausschlaggeben für einen Menschen zu machen. Und

darin hat sich Herr Bartels ein Denkmal gesetzt. Ein Ehren-denkmal. Man kann es auch anders bezeichnen. Aber Herr Bartels dachte, er läme doch wohl nie anders zu einem Denkmal. Er war sich wohl seiner quantität mögliche abemüht. So wollte er lieber so einen, als gar keinen. Er habe es! Es reicht einem scharf in die Nase. Und das Germanische macht den Geruch nicht besser.

Es ist wohl anzunehmen, daß sich die Deutschen, selbst die, an die Herr Bartels sich wendet, nicht mit Herrn Bartels von Herrn Bartels werden identifizieren lassen. Unreinheitsbedürfnis betätigt sich hier zum erstenmale als deutsche Tugend. Schon den anderen Völkern gegenüber mußte Herr Bartels unter uns aussehend und Ausnahme bleiben, die die Regel bekräftigt. Es ist eine mißbräuchliche Anwendung und Betonung des Deutschen. Denn an sich ist es gar keine Frage, daß Reinlichkeit unser Stolz ist. Und nur um einen Juden zu sein, auch wenn dieser Jude ein deutscher Dichter ist, — immerhin etwas, wenn auch Dichter in Deutschland nicht allzuweit gelten für gewöhnlich, — wird das deutsche Volk seine Reinlichkeit nicht hingeben wollen. Es ist nicht schön von Herrn Bartels, von unserem Volke schlechter zu denken als es ist. Das beste Deutschum ist da, wo sich sein bester Geist betätigt. Denn da ist das Beste eines jeden Volkes. Jeder Volk noch einzelne Menschen darf man nach ihren Fehlern und Schwächen beurteilen. Das wäre ganz und gar destruktiv. Der destruktive Geist ist aber nach Herrn Bartels einzig und allein der jüdische. Der germanische ist die einzige Vollkommenheit, also auch rein positiv. Aber wenn man nur einen Augenblick lang das anerkant, erzieht man vor Scham. Sind wir Deutschen so eitel, so borniert und uns überhebend? Gott sei Dank, daß wir es nicht sind! Wir lehnen Herrn Bartels ab. Es wäre eigentlich gar nicht der Mühe wert, seinen laubenen Pfaden nachzugehen. Das find wir uns selbst schuldig, daß wir sein Nachwerk ablehnen. Es ist eine Verunglimpfung des Deutschums, wie sie im 20. Jahrhundert nicht mehr möglich sein sollte. Allerdings, ein Schelm macht immer zwei. Ein Fingerring macht gleich zwei Fingerringe. Hier hat die Phrase der Nationalität, des Vaterländischen, des Patriotismus eine besondere Wirkung. Hier springt der erstarrte und erstarrende Geist des Dogmatischen ein und verleiht die Begriffe und rechtfertigt die Verwerflichkeit. Wenn jemand das Bedürfnis fühlt, im Rote zu waten, so tue er es für sich und lasse die Öffentlichkeit ungeschoren. Wir haben nichts gegen Privatfachen und mischen uns nicht in sie hinein. Aber wenn einer kommt und tut, als erfülle er damit eine öffentliche, eine literarische, gar eine kulturelle Mission, dann muß er entsprechend behandelt und in sein Privatleben zurückgewiesen werden. Bestimmte Dinge und ein gewisser Ort im Saale entziehen sich der Öffentlichkeit. Persönlich, in einem Schmutz angezogen, so muß man sich von ihm reinigen. Eine angenehme Arbeit ist das nicht. Man fühlt sich zu gut dazu. Aber sie muß gemacht sein. Und es gibt ja Seife! Deutsche Seife zu deutscher Reinlichkeit.

Vom deutschen und vom französischen Dreyfus.

Vom deutschen Dreyfus? Ein deutscher Dreyfus? Ja, ja, die antisemitischen Hauswurfe haben auch einen deutschen Dreyfus herausgeschmiffelt. Es sollte dies der angebliche Anarchist Rosenbergs sein.

Als die Kunde per Kabel zu uns kam, daß ein gewisser Rosenberg von Seattle in den Vereinigten Staaten nach Hamburg abgereist sei, um den Deutschen Kaiser zu ermorden, da war es für die Antisemiten alsobald selbstverständlich, daß ein Mann, der Rosenberg heiße, Jude sein müsse. Ob er es ist, wissen wir noch heute nicht, aber Antisemiten genügt ein bloßer Name, um eine ganze antisemitische

Legende zu bilden. Man jubelte im antisemitischen Lager über den vermeintlich jüdischen Verbrecher, den man der ganzen Judenchaft würde aufhaken können. Als gar ein sogenanntes Judenblatt einige Zeit nach der Verhaftung des Rosenbergs zu melden in der Lage war, der Mann sei gar kein Anarchist, es stelle sich im Verlaufe der Untersuchung immer mehr seine Unschuld heraus, und er werde wohl bald aus der Haft entlassen werden müssen, da habe es die phantasievolle „Staatsbürgerzeit.“ gleich heraus, daß die Juden ihren Rosenberg der Strafe entziehen wollen, und sie tausie den amerikanischen Anarchisten Rosenberg in einen — „deutschen Dreyfus“ um. Vielleicht wollte sie bereits ganz genau, wie viele Millionen die Juden aufgebracht haben, um den „deutschen Dreyfus“ zu befreien, wie sie nach antisemitischen Maßstäben den französischen befreit haben sollen.

Und jetzt ist Rosenberg wirklich als unverdächtig aus der Haft entlassen worden. Aber noch haben die Antisemiten seine Brandstiftung losgelassen über die Mordt der Juden und ihres Gelbes, der die deutsche Justiz wieder einen schweren Verbrecher, einen deutschen Dreyfus ausgeliefert habe. Aber was nicht ist, kann noch werden. Vielleicht haben sich die Antisemiten erst einmal Defektiv engagiert, die in Altona alle richterlichen und polizeilichen Beamten, die mit dem vermeintlichen Anarchisten Rosenberg zu tun gehabt haben, beobachtet sollen, ob sie sich nicht die Zigaretten mit Lausendmarkschekinen aneignen, die von dem Sünden gelde herkommen, mit welchem sie von dem „Deutschen Dreyfus-Syndikat“ bestochen worden sind.

Denn daß ein Jude zu Unrecht verdächtigt und mit Recht befreit werden kann, das glauben die Antisemiten noch immer nicht, d. h. sie geben vor, es nicht zu glauben. Die „Staatsbürgerzeit.“ meint noch immer, d. h. sie tut so, als meinte sie noch immer, daß „eine begründete Überzeugung, ob Dreyfus schuldig oder unschuldig sei, sich bei der furchtbaren Korruption in Frankreich und bei der Rolle, die das Bestechungsgeßel in dieser Sache gespielt habe, absolut nicht gewinnen lasse.“ Wenn — schreibt sie — General Mercier öffentlich behauptet, daß im Ministerium Affären, deren Dickschopf Dreyfus zur Zeit gezeugt wurde, damals gefehlt hätten, während sie heute wieder an ihrem Platz liegen, und andererseits die „Dreyfusards“ behaupten, die Affären seien auch früher dagewesen, Mercier habe sie nur nicht gesucht, so hört jede sachliche Meinung so lange auf, bis man weiß, wer von beiden der Lügner ist.“

Erstens handelt es sich nicht um General Mercier und „einen“ Anderen, sondern den General Mercier stehen Andere gegenüber. Sodann hat ein Mann, der, wie General Mercier erwiebsenmaßen getan, einen Gerichtshof wider Recht und Gesetz zu verurteilen getrachtet hat, schon deshalb jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren. Endlich liegt auch ein Beweis vor, daß Mercier es keineswegs mit der Wahrheit genau nimmt.

Nach dem Renner Prozeß hat der frühere Präsident der französischen Republik, Casimir Perrier vor dem Kassationshofe eine jetzt im Wortlaut vorliegende Erklärung abgegeben, worin er Merciers Angabe, daß im Winter 1894/95 Frankreich von einer deutschen Kriegserklärung bedroht gewesen sei, als hohles Geschwätz bezeichnet. Das einzige bezügliche Gespräch Casimir Perriers mit dem deutschen Botschafter Graf Münster, dessen Untergrund die Forderung, des Reichskanzlers Fürsten Bismarcks nach einem ungewissen Dokument der in Paris geküßentlich verbreiteten, Deutschland und den Deutschen Kaiser verlegenden Äußerungen war, wurde d-rhans öffentlich geführt und endete zur vollen Befriedigung der deutschen Regierung. Die sogenannte „Österreichische Radik.“ war demnach eine Erfindung Merciers, um jenen Ministerkollegen, welche Dreyfus'

Schuld beweisen, sagen zu können, für nichts und wieder nichts hätte man sich in Berlin doch nicht so aufgeregt.

Das Berliner Antisemitentblatt stellt sich naiv und schreibend, zugunsten der früheren Richter sprechend, daß man nicht versteht, welches Interesse sie gehabt haben sollten, einen Mann zum Verräter zu stempeln, dessen sie sich auf tausend andere Weise entledigen konnten.* Als ob die „Staatsbürgerzeitg.“ nicht ganz genau wüßte, daß, wenn Dreyfus einfach nach einer fernem, selbst mörderischen Kolonie abgeschoben worden wäre, es seinen Selbstag gegen „die Juden“ gegeben hätte, auf den es doch den Generalsstäben und den Hintermännern der „Libre Parole“ ganz besonders ankam. Um einen bloßen verräterischen französischen Hauptmann hätte die antisemitische Presse in Deutschland sich nicht gekümmert; dieser genannt erst Interesse für sie durch seine Jugendhöflichkeit zum Judentum. Einen verräterischen jüdischen Offizier brauchte man in Paris, und über einen solchen freute man sich in den antisemitischen Kreisen Deutschlands. Wenn Dreyfus nicht Jude wäre, dann hätte die antisemitische Presse in Deutschland, falls er trotzdem Opfer eines solchen Justizmordes geworden wäre, genau so über die Generalschreiber Frankreichs gebroht wie die Dreyfuspresse, wahrscheinlich sogar noch mit ihr so wohl ansehender nationalistischer und sozialistischer Verschärfung.

Wir haben so eine leise Ahnung, daß die deutschen Antisemiten unangenehm enttäuscht sind, daß der „deutsche Dreyfus“ ihnen durch die Lappen gegangen, daß es mit dem Rosenbergs nichts ist, daß er kein Anarchist, daß er keine Attentatspläne gehabt hat, daß man ihn nicht gegen die Juden ausnehmen kann. Denn wie wenig hat die antisemitische Presse auf die Justiz, die nicht einmal an Ritualmorde glaubt, zu sprechen ist, wirklich glaubt wohl selbst die „Staatsbürgerzeitg.“ nicht daran, daß ein jüdisches Symbol den Rosenbergs den Fängen der deutschen Justiz hätte entreißen können oder selbst wollen. Aber „der deutsche Dreyfus“ ist so recht aus ihrem Dergez ihr in die Feder geschlüpft.

Schließen wir nun — und hoffentlich für immer — mit dem französischen Dreyfus ab. Er ist nun auch mit aller Freierlichkeit vor den Truppen rehabilitiert worden. Unter den üblichen Zeremonien wurde er in Gegenwart der Truppen in Paradeuniform zum Mitter der Ehrenlegion geschlagen. Dem armen Mann flürzten Tränen aus den Augen, als ihm diese Genußung zu Teil wurde: Freudentränen und wohl auch Tränen des Schmerzes bei der Erinnerung an die furchtbare Schmach, die ihm vor einem Dutzend Jahren von den Truppen angetan worden ist. Und die Menge, die einst „Steinigt ihn!“ gerufen, sie rief jetzt: „Gott die Gerechtigkeit!“ In diesen Ruf stimmte in Gedanken die ganze zivilisierte Welt freudig mit ein.

Der Einfluß des Antisemitismus auf die Gestaltung der Kriminalstatistik.*)

Von Dr. jur. Bruno Hau, Berlin.

Ein Umstand, der bisher bei der Betrachtung der Kriminalität der Juden zu wenig Beachtung gefunden hat, ist die Stellung der Juden als einer Bevölkerungsminorität, die vielfachen Anfeindungen ausgesetzt ist.

Die soziale Lage der Juden, wie sie sich allmählich herausgebildet hat, bringt es mit sich, daß die Juden im Leben der Völker, in deren Mitte sie wohnen, eine ganz eigenartige exponierte Stellung einnehmen, welche hervorgerufen wird einmal durch ihre geringe Zahl im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung und dann durch die Stellungnahme

der nichtjüdischen Bevölkerung den Juden gegenüber. Welcher Art diese Stellungnahme ist, kann als bekannt vorausgesetzt werden. Man bezeichnet sie mit dem Ausdruck „Antisemitismus“.

Welche Faktoren den Antisemitismus zur Entstehung gebracht und in seiner Entwicklung gefördert haben, mag dahiergestellt bleiben. Wir müssen uns mit der nicht neglegenden Tatsache abfinden, daß der Antisemitismus heute vorhanden ist und in vielen Schichten der Bevölkerung eine Abneigung gegen die Juden erzeugt, welche sich je nach dem Bildungsgrade und der Berufsstellung der betreffenden Kreise in verschiedenen Formen äußert.

Diese Antipathie gegen die Juden hat auf deren Kriminalitätsziffer möglicherweise oder wahrscheinlichweise eine recht ungünstige Wirkung, wenn sich dies auch nicht durch Zahlen erklären läßt.

Die Kriminalitätsziffer nämlich bestimmt sich durch die Anzahl der erfolgten Verurteilungen; die Verurteilungen aber haben ein Strafverfahren und dieses wiederum in der Regel eine Strafjanzeige bzw. einen Strafantrag zur Voraussetzung.

Allerdings hat nach deutschem Rechte die Staatsanwaltschaft — abgesehen von den nur auf Antrag verfolgten Straftaten — die Pflicht alle strafbaren Handlungen, welche zu ihrer Kenntnis gelangen, von Amts wegen zu verfolgen. In ihrer Kenntnis gelangen aber nur diejenigen Straftaten, welche entweder von dem durch sie Verletzten oder einem Dritten zur Anzeige gebracht werden. Eine Ausnahme machen die verhältnismäßig wenigen Verbrechen, welche so offensichtlich ausgeführt werden oder von so allgemeinem Interesse sind, daß sie ohne Weiteres zur Kenntnis des großen Publikums gelangen.

Es treten also nur diejenigen strafbaren Handlungen in der Kriminalstatistik auf, welche den Strafverfolgungsbehörden bekannt geworden sind. In welchem Verhältnis die abgeurteilten Straftaten zu der Zahl der wirklich begangenen, aber nicht zur Kenntnis der Staatsanwaltschaft gelangten, läßt sich auch nicht annähernd bestimmen. Die Meldung, Straftaten zur Anzeige zu bringen, ist natürlich an verschiedenen Orten, zu verschiedenen Zeiten und innerhalb verschiedener Personalklassen verschieden, und ist überdies abhängig von der individuellen Veranlassung und augenblicklichen Seelenstimmung des durch die Straftat in Mitleidenschaft Gezogenen sowie von dessen Verhältnis zum Täter; schließlich ist die Bewertung der Person des Täters von Bedeutung. Jedenfalls aber dürfte der Prozentsatz der nicht abgeurteilten strafbaren Handlungen ein recht erheblicher sein, und es muß daher bei einer jeden Betrachtung der Kriminalstatistik berücksichtigt werden, daß dieselbe das Bild nur eines Teils aller begangenen Straftaten wiederbildet. Dies ist um so mehr zu beachten bei jenen Straftaten, welche nur dann verfolgt werden, wenn der erforderliche Antrag seitens der dazu berechtigten Person gestellt worden ist; zu diesen Delikten gehören nach deutschem Recht insbesondere die Beleidigung, die einfache Körperverletzung, der Gebrauch, die Verführung, die Sachbeschädigung usw.

Der hier gerügte Mangel der Kriminalstatistik ist weniger schwerwiegend, wenn es sich um die Betrachtung der Kriminalität nur einer einzelnen Personengattung handelt. Denn es kann angenommen werden, daß sich bezüglich der Ermittlung von Straftaten und Strafanträgen mit der Zeit eine wenig wechselnde Übung herausgebildet hat, so daß sich das Verhältnis der zur Anzeige gebrachten strafbaren Handlungen zu den übrigen kaum ändert und jener Fehler einigermaßen ausgeglichen wird.

Ganz anders ist es aber, wenn man die Kriminalitätsziffern mehrerer Volksteile miteinander vergleichen will, zumal wenn dieselben durch Abstammung und Religion verschieden und durch politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche

*) Aus der Zeitschrift für Demographie und Statistik der Juden.

Gegenstände getrennt sind. In einem solchen Falle wird man in Betracht ziehen müssen, daß die Neigung zum Denunzieren von der Zugehörigkeit des Täters zu der einen oder anderen Klasse in hohem Maße beeinflusst wird.

Dies dürfte namentlich dann zutreffen, wenn der Täter eine Jude ist. Ohne sich besonders als Antisemit auszuzeichnen und ohne besonders hochhaft und gefällig zu sein, wird der Nichtjude, der sich von einem Juden bedrängt oder betrogen glaubt, viel eher dessen Verletzung herbeizuführen suchen als dann, wenn der Täter ein Christ ist.

Im letzteren Falle ist das Rachegefühl, welches in dem von einer strafbaren Handlung betroffenen Christen hervorgerufen wird, zweifellos weniger stark und wird in vielen Fällen entweder von anderen Neigungen und Ueberlegungen zurückgebrängt werden oder an sich so schwach sein, daß von einer Strafverfolgung Abstand genommen wird.

Trifft dies zu — ein ziffermäßiger Beweis kann, wie bereits hervorgehoben, nicht erbracht werden, — so stellt sich die Kriminalstatistik der Juden in der Kriminalstatistik als zu hoch dar, und zwar darf füglich behauptet werden, daß es sich hier um einen Fehler zu Ungunsten der Juden handelt, der erheblich mehr ins Gewicht fällt als andere in der Literatur hervorgehobene Unrichtigkeiten, die auf Mängeln der statistischen Technik beruhen.

In erhöhtem Maße gilt dies für die Delikte, welche nur auf Antrag verfolgt werden. Es dürfte daher die größte Beteiligung der Juden an der Verleumdung, der Verführung und dem Ehebruch zum guten Teile auf das hier behandelte Moment zurückzuführen sein.

Aus dem antisemitischen Lager.

Herr. v. Durant. In der Schlussfugung des Herrenhauses am 7. Juli d. J., in welcher das Schulunterrichtsgesetz emigral verabschiedet wurde, glaubte das Mitglied des Herrenhauses Herr. v. Durant, wie wir bereits erwähnt haben, seinen jüdischen Gemüthsfindungen Ausdruck geben zu sollen, indem er bei der Beratung des § 40 die möglichste Einschränkung der Verwendung jüdischer Lehrkräfte zur Erteilung in anderen Unterrichtsfächern als im Religionsunterricht verlangte und zur Begründung dieser Forderung bemerkte: „Wie wir es auf Grund der verschiedenen Grundanschauungen, welche die christliche und die jüdische Religion trennen, schon nicht für wünschenswert erachten, daß die christliche Bevölkerung von jüdischen Richtern abgewartet werde, so können wir es noch viel weniger wünschen, daß christliche Kinder durch jüdische Lehrer in gewissen anderen Schulfächern unterrichtet werden.“

Zu diesem Auftreten des Herrn. v. Durant wird der „Voss. Ztg.“ geschrieben:

Herr. v. Durant ist ein Nachkomme der ihres Glaubens wegen aus Frankreich vertriebenen Juden; er hätte, im Anbeken hieran am wenigsten sich zum Randstand von uns Religionen diktieren Geschäftsinteressen gegen die jüdische Religionsgemeinschaft hergehen sollen. Dergleichen war auch früher in der Familie des Herrn v. Durant nicht Brauch. Im Jahre 1848 hatte die jüdische Gemeinde in Ahdnitz, Oberösterreich, den Bau einer Synagoge unternommen, sie konnte ihn aber mangels genügender eigener Mittel und weil in jenem unruhigen Jahre Darlehen schwer erhältlich waren, nicht zu Ende führen. Da war es der Vater des jetzigen Herrenhausmitgliedes v. Durant, der damalige Landrat des Ahdnitzer Kreises, Baron v. Durant auf Baranowitz, welcher durch gütliche Gergabe von 3000 Talern zum Zwecke der Fortführung des unterbrochenen Synagogenbaues die Fertigstellung des jüdischen Gotteshauses ermöglichte. Das Darlehen ist später dem Herrn v. Durant Vater mit Dank und Anerkennung zurückgezahlt worden, und dieser hat das

betreffende Dankschreiben des Synagogenvorstandes wie folgt beantwortet:

„Das anerkenne Dankschreiben vom 20. d. M. habe ich mit lebhafter Freude empfangen, weil es mit einem wohlwollenden Beweis einer Gesinnung gibt, welche nicht an den zeitgültigen Gesinnungen der Gegenwart gebunden ist. Mein langes Leben ist reich an trüben Erfahrungen in dieser Beziehung, deshalb grüße ich mit dem besten, die mir Gott der Herr zuwenden befehlen. Lassen Sie, meine Herren, mich die Erinnerung an Ihre freundliche Gesinnung gegen mich für die kurzen Lebensjahre bewahren, welche mir noch beschicken sind, und solche dann auf meine Söhne übergehen zum Gedächtnis eines guten Fingerschreibes. Einige von Ihnen, meine Herren, wissen es sehr wohl, daß Eigenen mich niemals beherrschte, am wenigsten, wenn es sich um eine Hilfe in der Not handelte. Habe ich der jüdischen Gemeinde zum Nutzen ihres Gotteshauses helfen können, so habe ich solches gern und ohne jede Nebenrücksticht getan, es freut mich, daß ich, wenn ich auch zu einer andern Anstalt gehöre, der Gemeinde die dem Nutzen eines Hauses habe beizutragen sein können, in welchem Sie würdig zu dem Gott Ihrer Väter stehen. Der Gott: Abraham, Isaac und Jakob ist auch mein Gott, zu dem ich bete, und Sie wissen es, ich bin nicht anders davon, Völkergläubigen wegen ihres Glaubens zu verdammen. Lassen Sie uns immer an Gott und dem Glauben festhalten, es sei, unter welcher Form es wolle.“

So der Vater, der dabei ein streng konservativer Mann war, so konservativ, daß er beim Einlegen einer liberalen Richtung in der Regierung aus seinem Amte schied. Und der Sohn? Er ist auch konservativ, aber wie himmelweit unterscheidet sich seine Gesinnung von der des Vaters. Ob der Sohn, auf den doch „die Erinnerung der freundlichen Gesinnung“ zum Gedächtnis eines guten Fingerschreibes mit den Juden Abzins übergehen sollte, angesichts dieses Briefes sehr stolz auf seine Herrenhausrede sein wird? Wir wagen es zu bezweifeln. Er hätte das Vermächtnis des Vaters höher halten sollen.

Im Anschluß hieran bringen wir zwei vom 4. September 1898 datierte, aus von grüßter Seite zur Verfügung gestellte Telegramme zum Abdruck. Sie haben folgenden Wortlaut:

Baron v. Durant auf Baranowitz.

Dem Sohne des edlen Mannes, der vor 50 Jahren der heiligen Synagogen-Gemeinde in ungenügender Weise als Helfer in der Not beigegeben, spricht bei Gelegenheit der Jubelfeier der Erbauung ihres Gotteshauses die jüdische Gemeinde ihre Ehrerbietung aus.

Der Vorstand der Synagogen-Gemeinde.

Vorstand der jüdischen Gemeinde Ahdnitz.

Baranowitz.

Dank für das Gedenken der Unparteilichkeit meines seligen Vaters und für freundliche Begrüßung sagt

Baron v. Durant.

Die „Deutsche Postzeitung“ ist eines der vornehmsten antisemitischen Blätter. Unter dem 14. Juli brachte sie folgende Notiz:

Was Auenburg (Rheinland). Wir haben die zahlreichen jüdischen Praxen, die die Freiheit gehabt, von der Wobderstellung zu veranlassen, sie solle den Choral, mit dem die Synagoge wegen des Renzert beginnt (Ein feste Burg) fortlassen lassen. Die Direktion hat aber geantwortet, die „Gerechtheit“ könnten in während des Choralen den Fortsetz veranlassen.

In jener erstarrten Gegend, wo man so viele bunte doch noch nicht sieht, die dünner werden wollen, hätten diese doch noch der Gnade des Antisemit zu danken; sie tun es aber nicht. Der Antisemit ist aber fertig, und mit Juden ist das Renzert gelohnt, sogar mit zahlreichen russischen Juden — also ganz modern.

Wir wollten uns um Aufklärung an einen angesehenen Herrn in Remmshaus und erhielten von ihm folgenden Bescheid: „Die Mitteilung der „Deutschen Hochschule“ ist frei erfunden. Ich lege dieselbe dem Herrn Kurdirektor Rütten vor. Derselbe erklärte mir, daß niemals, weder jetzt, noch jemals früher — der Herr ist seit 1893 hier — ein beratendes Komitee an ihn gestellt worden sei, noch daß man sich mit etwas Ähnlichem jemals an die Direktion gewandt habe.“

Vom Pastor Jekrant. Der in der evangelischen Kirchengemeinde Kröfshul bei Weisefels a. S. tätige Pastor Jekrant, der ehemalige antisemitische Reichstagsabgeordnete, befindet sich mit seiner Gemeinde in Konflikt. Aus Weisefels wird dem „Verl. Tgl.“ darüber geschrieben:

Am 28. November 1905, nach vielen vorangegangenen Besprechungen, nahm die Gemeindevertretung zu Kröfshul Veranlassung, zum Zwecke der Vertagung des Pfarrers Jekrant Schritte zu unternehmen und beschloß einstimmig, ein Bittgesuch an den Synodalsvorstand des Inhalts: 1. Einen anderen Geistlichen zu senden, um das heilige Abendmahl auszuweihen; 2. Herrn Pfarrer Jekrant baldigst zu versetzen, da die Gemeindevertretung nur von der Vertagung des Herrn Pfarrers Jekrant völlige Ruhe und Frieden in der kirchlichen sowie auch in der politischen Gemeinde erwartet. — Der Synodalsvorsitzende Superintendent Wietens in Hohenhausen riet in einer an den Gemeindevorsteher Rabbin in Kröfshul gerichteten Zuschrift zu einer Versöhnung, die aber unmöglich scheint. Die Gemeindevertretung beschloß wiederum, dasselbe Bittgesuch an den Evangelischen Oberkirchenrat in Berlin zu überreichen. Die Gemeindevertretung spricht zugleich ihr lebhaftes Bedauern aus, daß Superintendent Wietens eine Vertagung der Synodalsvorstandsmitglieder nicht für nötig erachtete. Am 22. März 1906 kam nun der Bescheid vom Oberkirchenrat mit der Begründung, daß er keinen Anlaß finden konnte, dem Bescheid des königlichen Konsistoriums zu Nachgebung vom 26. Oktober v. J. von Aufschlagswegen zu deankunden. Damit wollte sich die Gemeindevertretung nebst den Kirchenältesten nicht beruhigen, und sie beschloß am 11. April einstimmig ein Gesuch an den Kaiser mit der Bitte um Zustimmung eines anderen Geistlichen.

XX **Studentenkreis.** Der „Verband Deutscher Hochschulen“, der in den Tagen des Kampfes um die „akademische Freiheit“ geboren wurde und der, wie seine Leiter vom Verein Deutscher Studenten und der Burschenschaft aus ganz einheitlichem kryptoisemantischen Standpunkt steht, scheint seine Rolle in der Studentenhostie so ziemlich ausgepielt zu haben. Jüngst hielt er zwar noch einen Verbandstag in Hamburg ab, der mit hochbedeuten Phrasen angekündigt war, auf dem man aber der Öffentlichkeit nichts zu sagen wollte; denn man verhandelte hinter verschlossenen Türen. Die Beratungen sollen sich hauptsächlich um die finanzielle Sicherstellung des von Herrn Heile vom B. D. St. in Hannover so schnell ins Leben gerufenen Verbandsorgans, der „Deutschen Hochschule“ gedreht haben.

Die Schär, die sich immer noch um das Banner des konfessionellen Kampfes sammelt, schämt sich von Tag zu Tag mehr zusammen. Die große Gruppe der linkselastischen hat auf ihrer Tagung in Weimar dem Verbanne eine entschiedene Abgabe gegeben, die Kölner Korps sind gleichfalls nicht von der Partie und sogar die Vereine Deutscher Studenten weigern sich aus „tatsächlichen“ Gründen ab. Was bleibt da noch übrig von dem famosen Verbande? Ein Paar Korporationen haben sich und dort, die sich schon zu sehr in die Sache verstrickt haben, die zu stark angegriffen sind, als daß sie ohne weiteres — wie sie es wohl gern möchten — den ver-

fahrenen Karren stehen lassen könnten. Mehrere Universitäten und Hochschulen haben sich sogar geschlossen gegen den Verband ausgesprochen, vor allem die süddeutschen. Und gerade dort blüht doch studentisches Wesen. Selt man also hört den Verband für unnützig und sogar schädlich, dann kann wirklich nicht viel Gutes an ihm sein.

Mittelstandsbes. Auch in Augsburg war vor einigen Monaten eine Mittelstandsvereinigung gegründet worden. Mit tausend Wahlen feuerte man in die Zukunft und gründete auch eine „Mittelstandszeitung“. Jetzt hat sich die Vereinigung aufgelöst und auch die „Mittelstandszeitung“ hat ihr Erscheinen eingestellt.

Vermishtes.

Um den Nobelpreis. Wie schon in Nr. 21 und 22/23 der „Wtt.“ erwähnt, steigt der antisemitische Sänger Max Dömer lebhaft Ambitionen für den nächsten literarischen Nobelpreis. Um sicherer zum Ziele zu kommen, hatte er sich an Geheimrat Thobbe in Weimar gewandt und ihn um eine Empfehlung gebeten. Thobbe hatte sich dazu verstanden und den Bewerbers Witten einige Worte des Lobes gesagt. Wegen dieses Thobbe'schen Lob und überhaupt gegen eine eventuelle Verleihung des Nobelpreises an Dömer erhob Ferdinand Avenarius, der bekannte Herausgeber des „Kunstwart“ energischen Einspruch. Er erklärte, aus einer solchen Vergütung Dömer müsse das Ausmaß den Schluss ziehen, daß dieser der erste deutsche Dichter sei. Und dies sei durchaus nicht der Fall. Avenarius wandte sich in dieser Frage um Aufklärung an Thobbe, und dieser äußerte sich dahin, daß es ihm fern gelegen habe, Dömer durch seine auserkennenden Worte als ersten deutschen Dichter hinzustellen, er habe nur ein einfaches Lob ohne irgend welche Messung an anderen literarischen Produkten erteilen wollen. Avenarius bringt ein diesbezügliches längeres Schreiben Thobbes in der letzten Kunstwartnummer zum Abdruck und erhebt nochmals schärfsten Widerspruch gegen eine etwaige Verleihung des Preises an Dömer.

Breslau, 19. Juli. Ueber einen antisemitischen Exzeß berichtet die „Verl. Bz.“: „In einer sehr ärgerlichen Szene kam es in der vergangenen Nacht am Tauentzienplatz. In einem großen bekannten Restaurant wurden drei Gäste, auswärtige Reisende, von einem lebentische bekümmerten „Geren“ belästigt und mit antisemitischen Lebensmaximen traktiert. Die Komvies, von denen einer Leutnant der Reserve sein soll, während der andere, wie es heißt, früher dem Offiziersstande angehört, verlangten von dem Rechner, er solle den „Juden“ kein Bier mehr einschicken. Es kam insolge dessen, da andere Gäste intervenierten, zu einem großen Hallo und Lärm. Diese setzten sich, als die ständehaltenden Gäste das Restaurant gezwungen verlassen hatten, in verstärkter Weise auf dem Tauentzienplatz noch weiter fort, und einer der Reisenden erhielt von seinem antisemitischen Gegner einen Stochfuß über den Kopf. Aus dem erneuten Zusammenstoß entwickelte sich, da der Rechner zahlreich Gäste aus dem am Plage gelegenen, am Witternacht noch vollbesetzten Café Residenz herbeigezogen hatte, dann ein größerer Aufruhr, bei dem die Schenkleute eingreifen mußten.“

Ein Achtundvierziger. In der interessanten Schrift „Erinnerungen aus meinem Leben“, von Corvin, Leipzig 1880, befindet sich eine Stelle, die für uns von besonderem Interesse ist. Otto von Corvin wurde am 12. Oktober 1812 als Sohn eines früheren preussischen Offiziers und späteren Postdirektors in Gumbinnen geboren. Zur Offiziers-

Laufbahn bestimmt, schätzte sich Otto von Corvin im Sturmjahre 1848 veranlaßt, sich auf die Seite der Volksarmee zu schlagen, und wurde schließlich Kommandant der Festung Rastatt, deren Kapitulation am 23. Juli 1849 erfolgte. Daraufhin in ein kriegsgerichtliches Verfahren verwickelt, nahm er den Advokat Ruffel zu Bruchsal zum Verteidiger. Ueber seinen Kavalier spricht sich Corvin in seinen Erinnerungen aus: „Ruffel sprach ganz ausgezeichnet, und der Einbruch, den seine Rede hervorbrachte, war ein sehr glücklicher.“ Trotzdem wurde Corvin damals mit fünf Stimmen gegen eine zum Tode durch Erschießen und in die Kasse verurteilt, bald darauf aber zu 6 Jahren Zellenstrafe begnadigt, welche Strafe er in Bruchsal verbüßte. Nach seiner Entlassung fand eine Begegnung Corvins mit seinem früheren Verteidiger Ruffel statt. Ueber dieses Wiedersehen schreibt Corvin: „Der gute Dr. Ruffel besuchte mich. Ich dankte dem braven Ruffel nochmals herzlich für die uninteressante menschenfreundliche Teilnahme, welche er mir und meiner Frau während dieser Jahre erzeigte, konnte aber nicht halb ausdrücken, was ich wirklich fühlte. Ruffel ist ein Juraist, wie die meisten derjenigen Personen, welche mir und meiner Frau die weisse und herzhafte Teilnahme und Hilfe erwiesen. Es ist dies kein Wunder. Die Juden haben so lange unter ungerechtem Druck gelitten, und das hat ihre Herzen besonders teilnehmend für Unglückliche und Verfolgte gemacht. Teilnehmend und hilfreich fand ich sie überall in Baden, Frankfurt, in Berlin, in Hamburg, in Amsterdam und in London.“

Am Vorabend neuer Pogroms. Die „Russische Korrespondenz“ schreibt:

In dem Manifest über die Dumaauflösung werden die Vertreter des Volkes u. a. beauftragt, daß sie sich „aus dem Bereiche ihrer Zuständigkeit“ entfernen und „sich mit Untersuchungen über die Handlungen der auf unsere Anweisung eingesetzten Lokalbehörden beschäftigen.“ Es ist zweifellos, daß hier auf die Untersuchungsarbeiten der Duma-Kommission über die Ereignisse in Blahyitz angespielt wird, die der Regierung sehr un bequem waren. Es scheint, als ob der Zar selbst auf fernere der Pogromhaftigkeit nicht und die verbrecherischen Lokalbehörden, die die Hauptrolle an den Pogroms tragen, durch eigene Autorität zu schützen sucht. Zweifellos aber ist es, daß die Regierung die Pogromtätigkeit der schwarzen Bande nicht mißbilligt, sondern im Gegenteil sie fördert und unterstützt. Ohne die Beihilfe der Regierung wäre es ihr nicht möglich, eine solche Tätigkeit zu entfalten, über deren Umfang man sich eine Vorstellung machen kann, wenn man betrachtet, daß die „Kesseltäter“ des „Verbandes russischer Leute“ während nur eines der letzten Monate mehr als 2 000 000 (2 Millionen!) Broschüren und ebensoviel Flugblätter verteilt haben. Aber außer dieser Literatur, die von einer Zentralstelle aus verbreitet wird, entfalten auch noch eine ganze Reihe Lokalorganisationen eine nicht unbedeutende literarische Tätigkeit. Es gibt außerdem eine Anzahl Tageszeitungen, die direkt verbrecherische Artikel gegen die Duma und die Juden abdrucken.

Diese Tätigkeit wird nicht nur gebuldet seitens der Zentral- und Lokalbehörden, sondern direkt unterstützt. Zur Charakteristik kann das nachfolgende Schreiben des Gouverneurs von Wladiwostok dienen, das besagt: „Infolge des Erscheins der Wladiwostoker Abteilung des Verbandes der russischen Leute vom 23. Mai 1906, N. 176, schreibe ich den Bezirks-Polizey-Ausschüssen, den Stanowoi Prishods, den Wolskoi-Verwaltungen und den Kleinbürgerbehörden vor, der Verbreitung der Ideen des Verbandes durch die Mitglieder und Vorstände des Verbandes unter der lässlichen Bevölkerung keine Schwierigkeiten zu bereiten.“ Wie noch erinnerlich ist, hat der Fürst Uruslow in der Duma auch Enthüllungen gemacht, die das nahe Verhältnis der Regierung zu

den Pogromschritts bewiesen haben. Danach ist es nicht verwunderlich, wenn das Zarenmanifest mit den Unternehmungen der Duma unzufrieden ist. Man möchte nicht gern sehen, wie die eigenen Verbrechen aufgedeckt werden. Andererseits läßt diese Stelle des Manifestes in Verbindung mit den mitgeteilten Tatsachen befürchten, daß die ganze Organisation der schwarzen Bande jetzt von der Regierung zu ihren Zwecken gegen die fortschrittliche Bevölkerung mobilisiert wird. Man kann sich leicht eine Vorstellung machen davon, was unter solchen Umständen in den nächsten Tagen oder Wochen in Rußland sich abspielen kann.

Der heutigen Nr. der „Mitteilungen“ ist ein von beteiligter Seite herausgegebenes Flugblatt „Das Schächten“ beigelegt, auf das wir unsere Leser aufmerksam machen.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und
unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erscheinenden Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a. M. 0,40.
 2. Die Antisemiten und das Christentum a. M. 0,30
- erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Heilbergstr. 24 l.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893- bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgeschickte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen an dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mughebergstr. 14,
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Humb. 6 212. 2073.

Die Zusendungen an die Expedition und Expedition sind zu richten nach Berlin W. Mughebergstr. 14, und alle Briefe gleich bei glanzlosem Briefe hellbraune Briefe, Briefe aus Briefschreibmaschinen an das Hauptbureau, Herrn Geh. Rat Dr. H. Gumbel, Berlin W. Mughebergstr. 14.

Die Lehren der Reichstagsersatzwahl in Rinteln-Hofgeismar.

Aus dem Wahlkreise wird uns geschrieben:

Trotzdem die „Reformer“ wenige Tage vor der Wahl in Rinteln-Hofgeismar-Hofgeismar in ihren Flugblättern die Frage aufwarfen: „Soll die bössische Altkamerpartei der Deutschsozialen, verkörpert durch den reaktionären Junker Liebermann von Sonnenberg, den Freund Oldenburg von Jannuska, einem heftigen Wahlkreise in Reichstags Zuwachs verankern?“ bringt es der Reformkandidat Helmerich fertig, durch diese Aufforderung an seine Wähler, in der Stichwahl den Deutschsozialen Herzog zu wählen, der „bössischen Altkamerpartei“, „Zuwachs“ im Reichstags zu verschaffen. Nun handelt es sich in der Stichwahl allerdings um eine Entscheidung zwischen einem Deutschsozialen und einem Sozialdemokraten, und man könnte denken, daß der Haß zwischen den antisemitischen „Brüdern“ derartig gestiegen sei, daß, wenn irgend ein bürgerlicher Kandidat mit Herrn Herzog zur Stichwahl käme, die Reformpartei eine Parole für den ersten gegen den deutschsozialen „Bruder“ ausgeben würde. Der Schreiber dieses Artikels hat den verschiedenen Wahlkampf von Anfang an mitgemacht und ist — auch aufgrund seiner sonstigen Kenntnisse der antisemitischen „Pöbel“ — der Meinung, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Parole „für Herzog“ seitens der Reformer unter allen Umständen erfolgen würde. Die für die Niederlage der „Reformer“ zwingt diese, wieder Rücksicht an die Deutschsozialen oder wenigstens Frieden mit ihnen zu suchen. Dieser Notwendigkeit entspringt die jetzige Stichwahlparole. Denn anfangs dachte man selbst in einer Stichwahl zwischen Deutschsozialen und Sozialdemokraten bei den Reformaten an eine andere Möglichkeit. Die „Deutschsozialen Wähler“ teilten mit, daß in zwei deutschsozialen Versammlungen der Deutschsozialreformer der Reformer sich für Stimmenenthaltung im Falle einer Stichwahl zwischen Herzog (deutschsozial) und Wetterlein (Sozialdemokrat) erklärt habe. Nach ihrem Debäts mußten die Reformer Frieden um jeden Preis suchen. Die Episode des Bruderkrieges dürfte vorüber sein, wenn auch die Reformer ihren Rückzug noch eine Weile durch Stimmverträge zu beschleunigen werden. Man wird sich wieder vertragen (d. h. sich nicht mehr gegenseitig ins Gehege kommen), weil man sich vertragen muß. Das gilt wenigstens von den Reformaten, die bisher die Freilichgänger

waren. Mit Ausnahme vielleicht des Kreises Marburg dürfte es bei den nächsten Wahlen nirgend zu antisemitischen Doppeltkandidaturen kommen. Die Reformpartei ist nicht imstande auch nur noch in einem anderen Kreise eine Kandidatur gegen die Deutschsozialen zu unternehmen, und wenn es ihr jetzt möglich war, so verbanke sie das ausschließlich den reichlichen Geldern ihres Kandidaten, der aber zum zweiten Male auf das kostspielige Vergnügen, durchzufallen, verzichten dürfte und so gleicher Zeit auf alle ähnlichen Ambitionen reformerischer Couleure abscheidend wirken würde.

Stolz sollte das Reformblatt zu Beginn des Wahlkampfes gemerkt: „Wir wollen nicht Marburg oder Rinteln, sondern helbes und bei den nächsten Wahlen noch Eines mehr.“ Diese Hoffnungen müssen die großspurigen Herren jetzt endgültig begraben. Natürlich werden die Deutschsozialen an den Befestigen auch noch eine Weile ihr Rücken fühlen. Das besorgt schon ausreichend in seinen letzten Nummern das Organ des Herrn Liebermann von Sonnenberg. Aber schließlich wird auch er nichts gegen

*) Die „Deutschsozialen Wähler“ (25. Juli) verhöhnen die „lieben Brüder von der anderen Falschheit, die Reformer“, diese politischen Schwärmer und widmen ihnen folgende Lebenswahrheiten: „Der Krieg gegen solche „Brüder“ war groß für Freude. Aber nun ist es doch gut, daß er gekommen. Die Welt weiß jetzt, weshalb es mit der Reformer und wie viel es brennt ging. Sie werden natürlich auch jetzt die Wachen noch voll nehmen. Sie können mal nicht anders. Unser Sieg ist in ihrer Vorstellung sicher nur durch Lüge und Betrug, durch Verleumdung und Anredeung des freien Volkswillens entstanden — und eigentlich war es gar kein Sieg, vielmehr haben die Reformer gesiegt. Wie sie sich aber dahin gegenwärtig in die Haare geraten werden, einer dem anderen die Schuld an der Niederlage zuschieben, das anzusehen, möchte ein Götterfluß sein.“

Die Reformer sind noch Lebenswahrer. Ihr Organ, die „Christliche Wahrheit“ (31. Juli) wirft Herrn v. Liebermann und dem Generalsekretär Henninghausen vor, in der verheerenden Gleichschneider gegen Helmerich hervorzuheben zu haben. Was alles an Lügen und Verleumdungen von deutschsozialen Intendanten zusammengeschoben wurde, das spaltet jeder Verleumdung — sagt Helmerich in einem Interview, und er fährt fort: „Es geht die Sage, daß Henninghausen, der ehemalige Zoologiedirektor, sich jetzt zur Strafe für seine unrichtigen Wähleränderungen selbst ins Exil, indem er zu seiner Verurteilung das 9. Gebot, Das sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten, täglich zehnmal abliest. Nach unverbürgten Nachrichten soll auch Liebermann v. Sonnenberg daselbst verurteilt, es aber bald wieder aufgesucht haben, da er mehr als 3 Menschenalter brauchen würde, um alle auf diese Weise von den deutschen Verleumdungen reinigen.“

Und in einem offenen Brief an den deutschsozialen Kandidaten Herzog sagt Helmerich u. a.:

... Deshalb kann ich Ihnen aus den härtesten Worten nicht ersparen, daß Sie das hinterlistige Geschloß Ihrer Kalligrafie,

einen Frieden haben. Denn hätte er den Bund der Landwirte und den amtlichen Apparat nicht auf seiner Seite, dann könnte die reformerische Konkurrenz am Ende doch gefährlich werden.

Ich meine also: Auf keinen Fall dürfen die Gegner der Antisemiten für die nächsten allgemeinen Wahlen mit der antisemitischen Uneinigkeit rechnen.

Denn wenn man auf diese Uneinigkeit hofft und sich noch mehr in Sicherheit wiegt als es jetzt in Rinteln der Fall war, dann dürfte man auf liberaler Seite in allen antisemitischen Kreisen noch schwerer enttäuscht werden als jetzt in Rinteln. Es muß offen gesagt werden, daß nächst den Reformern die liberalen Parteien eine empfindliche Schlappe erlitten haben. Schon die Auffstellung eines Preissinnigen und eines National-liberalen war liberaler Selbstverleumdung. Es soll an dieser Stelle nicht untersucht werden, wie die Schuld an der Zersplitterung trifft. Nur die Mittelung sei vorgezeichnet, daß von freimüthiger Seite den Nationalliberalen Kompensationen angeboten wurden, wenn sie nicht noch einen eigenen Kandidaten brächten. Dann aber war von liberaler Seite seit den letzten Wahlen gar nichts geschehen, während die Deutsch-sozialen seit 1903 ständig im Wahlkreise Versammlungen abhielten. Dabei ist, wie ich aus genauer eigener Kenntnis sagen kann, die Bevölkerung des Wahlkreises absolut nicht antisemitisch. In den weit über 300 Versammlungen, die die beiden antisemitischen Richtungen zusammengenommen abgehalten haben, ist man sogar meistens um die Judenfrage gänzlich herumgegangen. Lediglich der in dem Kreise vorhandenem ausgezeichneten Organisation des Bundes der Landwirte und dem Wirken des amtlichen Apparates verdanken die Deutschsozialen ihren Erfolg. (Nebenbei bemerkt ist es charakteristisch für unsere Zustände, daß der Reglerungs-kandidat jener antisemitischen Richtung angehört, deren Parteiorgan in seiner neuesten Nummer zu schreiben magt: „Die Juden, besonders die in Rußland, haben es ehrlich verdient, wenn ihnen eine flammende Wesper bereitet wird.“)

Bei guter Vorarbeit und eifriger Agitation hätte bei geschlossenem Vorgehen sehr wohl ein liberaler Kandidat in Stichwahl gelangen können. Auch an der Opferfreudigkeit der Antisemiten können die Liberalen lernen. Eine Reihe antisemitischer Mitglieder hatte ihre Stimmen so gelegt, daß sie Wahlhelfer leisten konnten. An eingegangenen Geldbeiträgen lediglich für diese Wahl haben die „Deutschsoz. Blätter“ bereits über 4000 Mark quittiert. Und die reformerischen Wahlkosten werden von diesem Blatte auf 18—27000 Mark (10—15 Mark pro Stimme) angegeben. Alles das kann sehr wohl für die Liberalen vorbildlich sein. Aber — und das haben namentlich die Nationalliberalen erfahren müssen — man macht Wahlen nicht mit Geld allein: Eine lange vor der Wahl beginnende systematische Auffklärungsarbeit, gute Organisation, eifrige Wahlagitation möglichst des Kandidaten selbst und vor allem geöffneter Vorgespräch der Liberalen ist in allen antisemitischen Kreisen bringend notwendig. Und wenn diese Voraussetzungen für die nächsten Wahlen nicht erfüllt sind, ist es auch schade

das Aussehen gemeinden und immer nur persönlichen Schmuckes, die gewöhnlichen Hühnerchen dieser dunklen Herrenmänner nicht wol kräftig abzusäuen. Hier lag gerade ein Pflicht für Sie vor, mit allem Nachdruck diesen Hühnermännern den Mund recht gründlich zu waschen. Statt dessen lassen Sie es aber zu, daß berüchtigte Parlamentarier, wie unsere Wohlgeordneten Werner und Bruns, den Wenden, die diesen witzigen und verblenden Volksmännern nicht die Köpfe lösen können, in verdammerlicher Weise beschuldigen. Nun, Herrscher wird eine Flage gegen den Rutenführer Henningens demnach die Auffklärung schaffen und dieses Vergehen ist bereits eingetrigt.“

um jedes Geld, was in die Agitation gesteckt wird. Öffentlich lassen die liberalen Parteien den jähigen Wahlauflauf in diesem Sinne als ernstes Discute moniti auf.

Das Grindenkenmal von Herrn Adolf Bartels.

II.

Der Jude muß verbrannt werden. Heine als Dichter muß aus der Literatur heraus. Ich befinne mich, ob ich, die Absicht von Herrn Bartels genau auszubilden, nicht richtiger sagen sollte, als „deutscher“ Dichter. Aber das würde nicht stimmen, obgleich Herr Bartels auch so tut. Heine wird marionett gemacht. Er muß als Dichter „zu Boden“, wie der geschmackvolle Ausdruck dieses geschmackvollen Automanen heißt. Er versteht es, die deutsche Rasse zu distinktionieren, der Herr Professor. Er distinktioniert ihren Geist, ihre Bildung, ihre Kultur. Er tut es in einer rüden Sprache, mit plumpen Gedanken, einseitigen Argumenten, Enge der Anschauung, Unkultur und Verstandeslosigkeit. Es fehlt ihm das psychologische Verständnis. Er hat die Psychologie des Bandenmeisters. Für ihn ist Heine zu früh gewesen. Seine Kompliziertheit, seine Differenziertheit, das Widerspruchsvolle, Keröse und Delabrate seines Wesens, das Schließen seines Geistes, das Raisonement seiner Poesie, das Bewegliche seines Eklektizismus, das Eptische seiner Modernität, das Patriotische und das Laotie in ihm, Eigenschaften, die unermittelt nebeneinanderliegen, das wird von diesen Fäustern zerhackt und massakriert. Nur sehr vorläufige seine Finger dürfen daran rühren. Nur sehr weicher Geist darf hier zerlegen. Und auch einem solchen bliebe noch ungelänglich genug. Weil auch der Weisheit und psychologische Tiefblicken noch nicht genug vom Menschen weiß. Niemals aber haben die à tout prix-Verdammer Menschenkenntnis bewiesen. Und Bartels ist ein solcher. — Der Jude muß verbrannt werden, das ist sein Meßstein. Die deutsche Ehre soll gereinigt werden, indem jede Kritik des Deutschums, jeder, auch der noch so sehr durch die momentanen Umstände und Verhältnisse bedingte und notwendig gemachte Kampf und Widerspruch falsch ausgelegt werden. Und sind gar Grenzen überschritten worden — gewiss hat Heine Grenzen überschritten — so wird nicht etwa eine Erklärung dafür gesucht, es wird nur schamlos verurteilt. Pardon wird nicht gegeben. Mutiger Kampf! Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt. Aber eines sollten wir doch fürchten: uns bis auf die Knochen zu blamieren. Es gibt geistige Blamagen, die zu vernichtenden Rückschlüssen auf die Allgemeinheit zwingen. Wird die Allgemeinheit die geistige Blamage, die sich Herr Professor Adolf Bartels hier geholt, verantworten wollen? Sie wird es nicht wollen! Denn außer dem Stolz auf sein Deutschum hat der Deutsche doch auch noch einen Stolz auf seine Kultur. Zur Kultur gehört aber ein freiesin, das unfähig wäre, sich auf die Unbildsamkeit zu bormieren. Dazu gehört, daß Deutschsein nicht ein dogmatischer Begriff, nicht der ausschließliche und unbedingte Begriff des Politismus werde, nur um durch eine solche Begriffskonstruktion eine andere Rasse, die längst Bürgerrecht in Deutschland erhalten, ihr Bürgertum vollständig beraubt und an der geistigen Arbeit der Nation und der nationalen Arbeit im engeren Sinne vollwertigen und positiven Anteil nimmt, um sie einfach zu vernichten, ihr Recht und Wert abzuwürgen, und ihr, wie der Schluß des Buches zeigt, die Menschwürde zu nehmen. Selbst wenn der Jude Heine als Mensch und Dichter die unbedingte Kanaille, das unbedingte mauvais sujet wäre, in unbefragter Vereinnahmung seiner Art auf die ganze Artung des Judentums liegt schon an sich eine solche rohe und finstere Unbuddsamkeit und Kulturlösigkeit, daß sich Herr Bartels des Rechtes ergehen

hat, über Menschen zu urteilen, literarische Urteile zu fällen und sich zum Verteidiger und Reinger des Deutschthums aufzuwerfen. Er hat an der Bildung unserer Zeit nicht teil, so hat er auch kein Recht, ihr Richter und Herrsch zu sein. Er faßt nicht nur nicht, er ist schädlich. Freilich gefährlich scheint er mir nicht. Um gefährlich zu sein, muß doch ein Mensch eine gewisse Bedeutung haben. Die fehlt Herrn Bartels. Herr Bartels ist ganz unbedeutend. Er wies sich zum Führer auf. Zum Führer der Blinden und Dummen. Und als solcher auch in einem tyrannischen, rücksichtslosen, toben Autoritativus. Er schafft ein gefährliches Ausland. Da kann er wirken. Unter wahrhaft Hebeln wird seine Auswirkung nicht wirken, wird ihn niemand folgen, den Pogrom zu inszenieren, den er inszenieren möchte im Namen des Deutschthums.

Am Pfingsttag 1906 kam ihm der Geist zur Leitung seines Buches. Er kannte die Kastrater zu einem Heidentum ab. Juden und Judenmache. Anna Ritter wird dabei als Dichterin hervorgehoben. Das ist der literarische Maßstab dieses Literaturpapieres. Alle größeren Werke über Heine sind „Judenfreundlich“. So die von Adolf Strodtmann, Robert Pröll und Hermann Hüffer — und „ohne eine Ahnung des im Fall Heine vorliegenden Problems“. Des Problems des Antisemitismus. Warum ist auch der Antisemitismus noch nicht zu einem literarischen Dogma erhoben worden? Der biedere Schwabe Gustav Pfleger muß als Junge und Elderspäter für die Anklage des Herrn Bartels herhalten. Man würde den Stand der Staatsanwälte beleidigen, wenn man sagen würde, Herr Bartels eigene sich zum Staatsanwalt. „Schon 1838 hat Gustav Pfleger in seinem großen Aufsatz „Heines Schrift und Tendenz“ für jeden Einsichtigen das Rätsel Heines gelöst und den Dichter und Schriftsteller im Grunde vernichtet.“ Nun, das hat er eben nicht, das bled Herrn Bartels vorbehalten. Pfleger und Bartels, würde diese Linie die Entwicklungslinie der deutschen literarischen Kritik markieren, so wäre diese Linie eine beschämend absteigende. Freilich sagt Herr Bartels, da es Pfleger trotz seiner Angriffe doch nicht eingestiegen ist, Heine ganz und gar zu vernichten, zum Schluß seines Buches, daß Pfleger Heine jeilich noch zu nahe gestanden habe. Aber nun sei die jeiliche Entfernung gekommen, nur könne er sein Amt vernichten, der Herr Bartels. Statt daß durch die größere jeiliche Entfernung ein nur gerechtes, objektives Urteil Platz greifen könnte, statt daß alles Kleinliche, vom Tageskampf und -hoff Diktate, alles Gedank und alles Persönliche und AllzuPersönliche auf ihren richtigen Wert hin geprüft, verhanden und in ruhiger Weise erörtert und beurteilt werden könnten, wird es hier besonders und ausschließlich hervorgeholt, in eine traffe Beleuchtung gerückt und im Hörspiel einer subjektiven Auffassung, in der Subjektivität des Antisemitismus verzerrt. Wozu arbeitet jeder, dem die geistige Gebung des Volkes und die Förderung der Kultur am Herzen liegt, an einem vernünftigen und gesunden Ausgleich der Gegensätze, wenn so einer kommen kann und alle Pflanzung wieder kurz und klein treten, wie ein unvernünftiges Geschöpf, das die Bedeutung und den Wert der Pflanzung nicht zu schätzen weiß? Die Kultur erhält einen Schlag ins Gesicht, die Entwicklung wird zurückgeworfen, das geistige Niveau wird herabgedrückt, die Eintracht wird zerstört. Verwüstung, Unvernunft, Weiß- und Kulturlosigkeit sind die Folgen.

„Karl Goethe gab in der 1. Abteilung des 2. Bandes seines „Grimm'schen zur Geschichte der deutschen Dichtung“ seine Monumente (1) Charakteristik des Menschen und Dichters Heine.“ Und das Gewicht des Goetheschen Namens — Herr Bartels kann Goethe doch nicht das Wasser reichen — hat trotz der Monumentalität seiner Charakteristik Heine nicht vernichten können. Da muß doch etwas nicht stimmen. Freilich, Herr Bartels weiß gleich eine Erklärung: Judenmache.

Die Juden können stolz sein, wenn sie so viel fertig bringen können. Es ist aber nicht zu glauben, daß sie so viel fertig bringen, und die Erklärung des Herrn Bartels ist eine sehr platte, eine Erklärung für die Dummen. Treifliche Spekulation! Herrgott, wenn Herr Bartels gar einen Tropfen jüdischen Blutes hätte! Denn nach ihm können doch nur Juden so gut spekulieren. Volkstümliche spekulieren gar nicht. Kennen so was gar nicht. Uebrigens bei der Erwähnung des Schicksals Heines vergißt Herr Bartels nicht als meinistischer Professor vor dem meinistischer Hofe seine Reverenz zu machen. „Nebenbei! und in Klammern bemerkt er, daß diese Arbeit „dem Großherzog Karl Alexander von Weimar gewidmet ist!“ Herrgott, möchte es diese Arbeit von Herrn Professor Bartels nicht auch sein, nebenbei bemerkt? Ein entscheidender Lapsus vom Herrn Professor. Treifliches Angriffe sind nach Herrn Bartels „grandios!“ Herr Bartels kennt sich in den Abjektionen aus wie ein Fisch im Sande. Nach Goethes Treifliche, Sandboß — man merkte sich die Linie — Bartels. „Nur wenn wir die ästhetisch-literarische Position Heines endgültig erschüttern — und sie ist jetzt eine durchaus künstliche (!) — ist Aussicht, daß ihn das deutsche Volk endlich gründlich überwindet.“ Dann entnimmt er Karpeles sein Zafasschmaterial. Man muß es zu lesen verstehen, meint er. Das ist gerade, — daß so viele, auch Nichtjuden — dieses Zafasschmaterial auch gelesen haben und doch nicht zu der unbedingten Verdammung Heines gekommen sind. Hier wird der Rückschluß auf den Auffassenden notwendig. Uebrigens ist es bezeichnend, daß Ernst Oster, der die beste Ausgabe von Heines Werken besorgt hat, nur sehr wenig herangezogen und angegriffen wird. Ist er Jude? Allerdings ist er Heine freundlich, b. h. objektiv und verständlich. Karpeles hat viel Material herbeigeschafft, Osters Reinigung seiner Werte und seine Ausfassung haben doch auch ihre Geltung. Man müßte sogar in einer neueren Heinebiographie hervorragen mit ihnen rechnen. Freilich, wenn er das Unglück haben sollte, Jude zu sein, dann ist er von vornherein für die große Sache des Herrn Bartels verloren.)

Damit Bartels auch seine fittliche Stütze habe — für ihn ist es ja fittlich an sich, den Juden zu vernichten — geht er von dem richtigen Sage aus, daß nur ein großer Mensch auch ein großer Dichter sein kann. Das ist die höhere ethische Prämisse seiner Beweisführung, mit der er Sand in die Augen streut. Denn in Wirklichkeit kommt es ihm darauf gar nicht so sehr an. Die eigentliche Prämisse ist, ein Jude als Dichter an einem hervorragenden Werke, das lassen wir Deutschthümer uns nicht bieten. Der Satz vom großen Menschen und großen Dichter ist eine Wahrheit, aber eine gefährliche. Denn jede Wahrheit ist gefährlich, wenn sie in die unrichtigen Hände gerät. Jede Wahrheit ist an sich weit, sie hat die Weite der Bedingtheit. Sie ist nicht unbedingt und positiv in ihrer Anwendung. Darum, gerät sie in die falschen Hände, so wird sie zur Dummheit, zur Enge, zum Hochmut, zur Unwahrheit. Auch der Mensch ist nichts Unbedingtes, abgesehen davon, daß in der Forderung nicht enthalten ist, daß er gleich ein Herrgott und Heiliger sein soll. Aus der Abhängigkeit des Menschen von den Schwächen und Gebrechen seiner Natur, seiner Vererbung und seiner Rasse, und ganz besonders von den Umständen seines Lebenslaufes, läßt sich das tiefer Menschliche mit einer gewissen Absoolutheit heraus, wenn die Persönlichkeit fern von uns gerückt ist, wenn wir eine gewisse Entfernung zu ihr gewonnen haben, und wenn das Beste seines inneren Wesens von den Schlägen des Momentanen im Besten seines Wertes getrennt erscheint. Die Zeit nimmt hier immer eine gewisse Abstraktion vor. Aller Klatsch und alle Kleinlichkeit, die übertriebene Liebe der Fremdschätz und die übertriebene Kampfesweise des Hasses verlieren ihre Geltung und ihr Recht. Wer dafür keinen Sinn hat, dem

ist es nicht beizubringen. Wer nur einen Sinn für die Schwächen und Fehler eines Volkes hat, dem ist der Sinn für sein Gutes nicht einzupflanzen. Das da fünfzig und hundert Jahre nicht gewirkt haben, das wirkt die beste Lektion nicht. Das wirkt nicht einmal die Scham. Von allem, was einem nicht zu lehren ist, ist es am wenigsten die Scham. Das Konzepte selbst ist in die pathetische Phrase der höchsten Zivilität, der nationalen Aufgabe. Jegliche Psychologie wird vernichtet. Nichts gelernt und nichts vergessen. Und ja keine Kultur: Unfreies, plummes Partikularität, unendlich farnisch und unendlich traurig zugleich. Es brandmarkt sich selbst, stellt sich selbst an den Pranger. Wir kennen auch des Olympiers Fehler und Schwächen, wir schenken auch bei ihm nicht die Auswahl, aber wir nehmen ihm damit gar nichts von seiner Bedeutung und Bedeutendheit, im Gegenteil, wir werden durch das Menschliche nur zu einem tieferen Verständnis zu ihm selbst geführt, er bleibt uns Goethe, in der besten und höchsten Bedeutung, die wir mit diesem Namen verbinden. Man kann abergeugt sein, wäre er kein Arter, Herr Bartels hätte ihn schon längst unter seine Erde gebracht. Es ist der Versuch des Bananen, zu vernichten, das Erreichte zu schänden, das Heile zu trüben und die Trübe als das allein gültige Kriterium zu argumentieren. Das heißt man dann Positivismus. Man rümpelt und räfelt sich in der deutschen Sprache herum und macht sie zu einem Dreifüßler. Dazu ist keine Spur von Geist nötig. Man müßte dem Buche ein Buch entgegensetzen und es würde doch nichts helfen. Es ist nicht zu sehr das Was, es ist das Wie, was den Kampf dagegen so unmöglich macht. Dieses Wie ist Haß und Vorniertheit, Enge und Voreingenommenheit, Einseitigkeit und germanische — falschgermanische — Selbstüberhebung. Diese Art bleibt immer bei ihrer Meinung. Diese Vorniertheit hat immer das letzte Wort. Das ist ihre Stärke, gegen die Götter selbst vergeblich kämpfen. Der Jude muß verbrannt werden. Herr Bartels, der das Gemüt so sehr betont und auf der Erde darnach ist, ist höchst gemütslos. Höchst gemütslos und feinsinnig ist seine Sprache. Er ist wirklich der geeignete Mann, den Juden und Dichter seine zu vernichten. Er schlägt mit Knüppeln tot. Aber er hat sich in der Zeit geirrt. Was will er heute noch unter uns? Wir leben am Anfang des 20. Jahrhunderts. Das stellt Forderungen an uns. Die Forderung einer Würde vor allen Dingen, die seiner Kulturhöhe entsprechend ist. Die Forderung, einen jeden von oben herab zu verachten, der unter dieser Würde steht. Heute dürfte Goethe nicht mehr sagen: „Wir Deutschen sind von gestern. Wir haben zwar seit einem Jahrhundert ganz tüchtig kultiviert, allein es können noch ein paar Jahrhunderte hingehen, ehe bei unseren Landeskulturen so viel Geist und höhere Kultur eindringen allgemal werde, daß sie gleich den Griechen der Schönheit halbtigen, daß sie sich für ein hübsches Lied begeistern, und daß man von ihnen nur sagen können, es sei lange her, daß sie Barbaren gewesen.“ Er dürfte es nicht mehr sagen, denn es ist ein weiteres Jahrhundert nach ihm verfloßen, und sein Geist und seine Kultur sind überherrschend geworden. Es darf aber auch keiner mehr kommen, um vor der gesamten Kulturwelt zu diskreditieren und uns vor ihr zu Barbaren zu humpeln. Wir dürfen es nicht mehr sein, und darum dürfen wir es nicht dulden!

Antisemitische Randglossen im Hoforgan.

Mit deutscher Selb- und deutscher Brudlichkeit ist in No. 30 der „Mitteilungen“ die beste Sache, das Projekt des Hindenkmal von dem Schmuck zu reinigen, mit dem es der Judenreißer Adolf Bartels bemalen hatte, unternommen worden. In Thüringen haben wir

uns über die Abfuhr des teutonischen Literaten ehrlich gefreut. Umso erstaunter waren wir über das Unterfangen des in diesen Spalten schon sattem charakterisierten Weimarer Regierungsgorgans, der „Weimarschen Zeitung“, die es in dieser unheimlichen Angelegenheit nicht unterlassen kann Herrn Bartels die Kaskaden aus dem Feuer zu holen. Da die Veröffentlichung an hervorragender Stelle geschieht und leicht den Eindruck erwecken könnte, die Stimmung der maßgebenden Weimarer Kreise widerzuspiegeln, erachten wir es als unsere Pflicht, diese aufdringliche Meinungsäußerung des antisemitischen Regierungsgorgans als solche zu charakterisieren. Der offiziösen Weimarerin geht offenbar der Antisemitismus Bartels nicht weit genug und so versucht sie das zoologische Garten-Milieu in freier naturalistischer Wildheit zu überflügeln. Gleich eingangs versucht der ungenannte Redaktionsantsemit den Veranlasser der Feine-Schächtschneiseien zu lautere Note unterzulegen. Das Blatt erinnert an seinen ersten Schmachtschlag gegen seine, der Anfang Februar an leitender Stelle erschien und nicht nur in Thüringen peinliches Aufsehen erregte, dann fährt das Blatt also fort:

„Der kleine Aufseher hat damals in der jüdischen Presse mehr Beachtung gefunden, als wir hätten voraussetzen können, und wir erlauben uns gütliche Entschuldigung, daß jene Presse sich voll zu sehr und mit darauf fürchte (!) und im Zusammenhang damit sogar die Stadt Goethes und Schillers“ schmälere, natürlich weil die betreffenden Mächtigkeiten (!) hier naturgemäß keinen Boden finden wollten.“

Soweit wir feinergest die Angelegenheit verfolgt haben, war in allen Kommentaren, die in der Presse über den betr. Artikel Nr. 1 erschienen, übereinstimmend die Ansicht ausgesprochen, daß die Stadt Schillers und Goethes über solchen widerlichen Antisemitismus erhaben sei, und es gänzlich verkehrt wäre, wollte man einen, wenn auch nur kleinen Reiz Weimarer mit solchen verhassten Elaboraten identifizieren.

Der Schmuckartikel Nr. 2 enthält dann weiter Bartelsche Antisemipropaganda, vermischt mit platten, hüßigen antisemitischen Wädeln über jüdische Dichter und Schriftsteller. So wird von Luise Fulda und Oskar Blumenthal als den „Lieblingen“ gesprochen etc. Zu diesem erneuten Artikel leistet sich die „Weimarsche Zeitung“ nun einige Randglossen. Daß dieselben in der Hauptsache aus Reflexen für den Nationalhelden der Weimar. Rtg., Herrn Adolf Bartels bestehen, mit dessen Werken das Blatt sich nicht nur einverstanden erklärt, dessen Schmuckchriften sie sogar als „außerordentlich treffend und schlagend“ bezeichnet, ist eine Sache für sich; daß aber das amtliche Organ in veränderter Form mit hüßigen Beispielen aus Weimars Bauern droht, übersteigt denn doch das Maß, das man von einem Organ, das der Großherzog von Weimar Ernst und das weimarsche Ministerium zu offiziellen Verkündigungen benutzen und von sämtlichen Behörden des Großherzogtums gehalten werden muß, dulden kann. Der Geist, der unter den Redakteuren dieses Blattes herrscht, wird ja schon lange in leichten antisemitischen Kreisen anerkannt. Vor nicht allzulanger Zeit holte sich z. B. die „Staatsbürgerzeitung“ aus dem Redaktionsstab des weimarschen Regierungsgorgans ihren Bedarf an Redakteuren. Auch die Freundlichkeit Adolf Bartels mit der Leitung des Blattes ist bekannt und das Eintreten der „Weimarschen Zeitung“ für die sogen. Bartelsche Nationalbühne in Weimar ist noch zu frisch in der Erinnerung. So dürfte es das offiziöse Hoforgan interessieren, daß man nach seinen letzten antisemitischen Privatitäten bei der Regierung vorstellig geworden ist. Die Proteste gegen die Tendenz dieses staatlich durch große Aufträge unterstützten Blattes scheinen unerwartet schnell gewirkt zu haben.

In gut unterrichteten Buchdrucker-Buchblättern finden wir folgende Notiz:

„Ein schmerzlicher Schlag (!) soll gegen die Intelligenz des Weimarer Landes geführt werden, — das Regierung- und Hoforgan soll voraussichtlich eines recht unwillkürlichen Todes sterben. Wenn das Reichswunder dieses Hoforgans mit dem Hinweis behauptet wird, daß es von Goethe während seiner Unmündigkeit als Sprachrohr benutzt wurde, so dürfte dem entgegen zu halten sein, daß es damals im Weimarer Landen auch ganz andere ausrief und daß das Amtsgesandte der Weimarer Staatsregierung auch noch nicht nötig hatte, die von ihm gemachten Fehler zu beschönigen oder zu verteidigen, weil eben keine in solcher Ergiebigkeit gemacht wurden wie heute.“

Bei dieser Gelegenheit erfährt man auch, daß sich der Landtag des Großherzogtums demnachst mit der Angelegenheit befassen wird. Der Leiter begn. die Redakteure des Blattes werden nämlich, wie sich jetzt herausgestellt hat, direkt von der Regierung angeleitet. Unter diesem Gesichtspunkte gewinnen die antisemitischen Aeugnungen von dieser Stelle eine wesentlich andere Bedeutung, und es kann nur als sehr ermüdet bezeichnet werden, wenn mit diesen Väncen schümeig aufgeräumt wird. Die Mandatlosen und verurteilten Verdungen der Parteiführer im Hoforgan Weimars haben jedenfalls auch auf die Regierung als Prinzipal ein unangenehmes Schattens geworfen. Der Weimarer Landtag hat jetzt in dieser Sache das Wort.

Die Stimme von der Wartburg.

Wer ist international?

Zu den antisemitischen Dogmen gehört auch die Behauptung von der Internationalität des Judentums, und es ist traurig, daß es noch immer Leute gibt, die diesen Unsinn nachsprechen und in deren Phantasie die Juden als mythische Wesen mit uralten Attributen erscheinen. International ist, logisch gedacht, eine Person, deren Interessen in der Gegenwart und deren Hoffnungen in der Zukunft außerhalb des nationalen Kreises liegen. Von welchen Juden in Deutschland darf man dies behaupten? Die Juden wurzeln mit ihren Interessen und ihren Hoffnungen ebenso in Deutschland wie die anderen Bürger. Selbst die Zionisten in Deutschland betonen bei jeder Gelegenheit ihr warmes Interesse für alle öffentlichen Vorgänge des Vaterlandes. Die Juden sind wie alle Menschen in erster Reihe Menschen, mit Neigungen, Idealen, Interessen, und erst dann Juden. Daß psychologische Eigentümlichkeiten, die auf geschichtlichen und sozialen Verhältnissen basieren, vorhanden sind, ist wohl wahr. Aber im Staateleben, wo nur konkrete Faktoren mitwirken, spielt das gar keine Rolle. Diese realistischen Eigentümlichkeiten mögen wohl ein Gegenstand für psychologische Studien sein, politische Konsequenzen kann und darf man daraus nicht ziehen. Und gewiß wird diese psychologische Differenzierung durch Liebe vermindert, durch Haß aber gesteigert. Je weniger man in den Juden den Juden sucht, desto mehr fühlen sie sich als Menschen und Glieder der Völker, unter denen sie leben. Je mehr aber man in ihnen lediglich und ausschließlich den Juden sieht, desto mehr drängt man sie auch innerlich aus der großen Gemeinschaft und zwingt sie dazu, sich zurückzuziehen und eine Art unsichtbaren Ghettos zu bilden.

Man hat immer wieder zur Sanktionierung dieses antisemitischen Dogmas die Alliance Israélite Universelle als Schreckensgepenkt heraufbeschworen. International aber ist an dieser Institution nur der Name. Die Statuten und Beschlüsse, die Sitzungen, Protokolle und Abredungen dieses Vereines liegen der Öffentlichkeit vor, und wer wirklich glaubt, daß daneben noch geheime Sitzungen stattfinden, mit dem

läßt sich nicht streiten. Die Alliance ist ein Verein mit ausschließlich humanitären Bestrebungen. Sie fördert die Armen, sozial und sittlich, erzieht ihre Kinder zur Arbeit und zur Kultur, und damit nützt sie der Judenheit und der Kulturwelt zugleich, ohne irgend jemand zu schaden. Damit fördert sie auch die kommerziellen Beziehungen der Länder zu einander, und das kommt einem Exportland ersten Ranges wie Deutschland gewiß zu statten. Wo sie im Orient ihren Einfluß geltend macht, den Juden, die unter Ausnahmegerichten schmacheten, ihre Lage zu erleichtern, das geschieht es im Lichte der Menschlichkeit. Dieses Wirken ist ebensowenig international wie das Eintreten der Deutschen für die Armenier in der Türkei.

Das alles sind bekannte Dinge, die freilich angesichts der immer wiederkehrenden antisemitischen Verdächtigungen stets wiederholt werden müssen. Die deutschen Juden sind nicht um ein Haar internationaler als die deutschen Christen und ihre humanitäre Tätigkeit für die Juden des Orients hindert sie nicht daran, alles, was in Deutschland schön und gut ist, warmen Bergens zu fördern. Wenn freilich unsere Antisemiten jedes Bergehen, das irgend ein Jude in der Welt begeht, getreulich registrieren, um es als typisch-jüdisches Verbrechen zu bezeichnen, so wird man die Juden für diese komische Wache nicht verantwortlich machen können.

Dagegen trägt der Antisemitismus in seiner theoretischen Begründung und in seinem praktischen Wirken, also als Idee und als Bewegung, alle Zeichen der Internationalität an sich. Und all sein Punkten mit nationalem Selbstmord und mit germanischem Überkierlichkeit, all sein Brüllen mit feurigem Patriotismus und urmenschlichem Deutschum dient nur dazu, um die dahinter stehende Internationalität zu verbergen. Und während die angebliche Internationalität der Vereinigung der Juden darauf gerichtet ist, Leid zu mildern, Kultur zu verbreiten und die Idee der Menschlichkeit zu fördern, zielt die antisemitische Internationale überall dahin, jeden Fortschritt zu bekämpfen und die Humanität durch Bestialität zu ersetzen. Ob dieser Antisemitismus unter der Führung eines Sönder, eines Drumont oder eines Gobineau stehe, ob er sich religiös oder atheistisch gebärde, ob er rassistisch oder sanfte Töne anschlägt, — es ist nur ein Unterschied des Grades und der Form, das Wesen bleibt dasselbe.

Der Antisemitismus soll nach der Behauptung seiner hervorragenden Theoretiker auf der Erkenntnis der Schädlichkeit der Juden für die Völker beruhen. Er bedeutet in seinem Ziele den Kampf der arischen Völker gegen die Judenheit. Dieser Kampf kann doch nur so gedacht werden, daß alle arischen Völker sich vereinigen, um die Juden zu verdrängen, ihre Erziehung zu verflummern und ihren Einfluß zu vermindern. Das ist eine internationale Idee mit einem internationalen Ziele in optima forma. Fast man die Judenfrage als Rassenfrage auf, dann ist es ja klar, daß die Begriffe Volk und Rasse sich heute nirgends beden. Einerseits ist der Begriff Volk enger, weil er doch nur den Teil einer Rasse verkörpert, andererseits aber ist er weiter, weil er auch Teile anderer Rassen enthält. Also kämpft die eine Rasse, wo sie auch sein möge, losgerissen von der engeren nationalen Bedeutung, gegen die andere Rasse. Nicht die deutschen Antisemiten kämpfen im Grunde die deutschen Juden, sondern ein Teil der Antisemiten, der zufällig in Deutschland lebt, kämpft gegen einen Teil der Judenheit, der in Deutschland lebt. Eine solche Aufgabe wird man nur als internationale betrachten dürfen. Tatsächlich ist der verzerrte Vater der Rassentheorie der französische Graf Gobineau und der populärste Vertreter in der Gegenwart ist der aus England stammende Chamberlain. Es ist schon mehr als merkwürdig, daß unsere Uebergeordneten sich Nationalbezüge aussuchen, deren Namen die alten Germanen kaum hätten aussprechen können.

Faßt man die Judenfrage als religiöse Frage auf, so kann es logischerweise nur den Sinn haben, daß man Judentum und Christentum als unversöhnliche Feinde betrachtet und daher vom Standpunkte des Christentums das gefährliche Judentum bekämpft. Da aber das Christentum nicht das Gut einer einzelnen Nation ist und bei uns in Deutschland auch in der äußeren Form einer Nationalkirche nicht existiert, so kann dieser Kampf wiederum nur als ein internationaler abgesehen werden. Das höchste Ziel wäre die Vereinigung aller christlichen Völker im Namen des Christentums gegen das Judentum. Diese Aufgabe wäre ebensofremd national wie etwa die Kreuzzüge im Mittelalter es waren. Von welcher Seite also man die Sache angehen mag, sie ist und bleibt, wenn sie überhaupt konsequent erscheint, international.

Und wie in der Jode, so zeigt sich auch in der praktischen Bewegung überall der internationale Zug. Die christlichsoziale Partei in Deutschland und Österreich hat so viel Ähnlichkeit mit der keristapolnischen Partei in Galizien und mit der nationalchristlichen Partei in Frankreich, daß man ihre innere Verwandtschaft sofort merkt. Ja, sogar die Kontinuität zum Antisemitismus in Rußland ist nicht schwer nachzuweisen, und manchmal scheint die „Staatsbürgerzeitung“ einem nur als deutsche Ausgabe der „Jahrbuch der Antisemitischen Kampfes sind, von lokalen Variationen abgesehen, in allen Ländern so ziemlich dieselben. Der Antisemitismus schließt wohl in allen Farben, der Grundton aber läßt sich nirgends erkennen.

Die Sympathien und Antipathien kennzeichnen das Einzelindividuum und die Gesamtheit am besten. Und nach der Richtung hin kann man bei den Antisemiten jeden Tag seine Beobachtungen machen. Unsere deutschen Antisemiten sympathisieren mit allen reaktionären Mächten im Ausland und verfolgen dagegen jede freiheitliche Bewegung in der ganzen Welt mit ihrem Haß. Ihr geliebtes Land ist Rußland und ihre verhasste Nation ist England, trotzdem sie sicherlich, von der Abstammung ganz abgesehen, doch viel mehr kommerzielle und kulturelle Beziehungen zu England als zu Rußland haben. Im Mittelpunkt ihres Denkens und Fühlens steht eben der Antisemitismus, der zum Ausgangspunkt aller Meinungen und Betrachtungen wird.

Es ist bezeichnend, daß die deutschen Antisemiten den Intriganten und Schwindlern in Frankreich, die die ganze Dreyfus-Affäre zu chauvinistischen Zünden inszeniert haben, stets zujubeln, trotzdem sie wohl wußten, daß jene die grimmigsten Deutschenfeinde sind und daß ihre höchste Sehnsucht der Vergeltungskrieg gegen Deutschland ist. Wegen ihres Antisemitismus vergeben sie ihnen alle Sünden. Ebenso sympathisieren unsere deutschen Antisemiten heute mit den blutdürstigen Hooligans in Rußland, trotzdem sie wohl wissen, daß die Bestien im Menschengestalt auf einen Wink von oben und gegen Schnaps und Bezahlung sich mit derselben kanibalischen Lust auf die „ungläubigen Protestanten“ und „fremden deutschen Truften“ stürzen würden. Daß sie aber Juden gemordet und geplündert haben, ist ein so großes Verbrechen, daß alle andern Betrachtungen zurücktreten müssen. Unsere Antisemiten würden zu jeder Zeit auch mit Chinesen und Negern fraternisieren, wenn diese sich durch einen „selbstbewußten Antisemitismus“ legitimieren könnten. Es ist dieselbe Erscheinung überall: die Judenfeinde sind zugleich bewußt aber unbewußt die schlimmsten Feinde der Kultur, die größten Gegner der modernen Zivilisation. Das ist das unheilbare internationale Band, das diese edlen Sorten überall verbindet. F. S.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der sächsischen Mittelstands-Vereinigung in ihren Räten kommt jetzt das konservative Parteiorgan „Das Vaterland“ in einem langen Artikel „Sächsischen politischen Parteien und die wirtschaftlichen Interessen-Vereinigungen“ zu Hilfe. Man erfährt aus diesem Artikel, daß die außerordentlich tugendhafte konservative Partei es ganz selbstlos beabsichtigt, daß der Mittelstand sich eine Organisation schafft, die befähigt ist, seine wirtschaftlichen Interessen im Staatesleben zur Geltung zu bringen. Die Vorschläge, die Mittelstands-Vereinigung könne durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden, den neutralen wirtschaftlichen Boden zu verlassen und stattdessen in den politischen Kampf als Mittelstands-partei eingreifen, teilt das konservative Parteiorgan nicht — Natürlich nicht, denn die Mittelstands-Vereinigung ist ja nur als große Schutzbewegung gedacht, die von ihren Leitern für die konservative Partei an die Wählerurne geführt wird. Es lohnt sich nicht, die Wiederum-Satzbarkeit des konservativen Organs weiter zu erläutern, auch auf die nichtigen Verhöhnungen, daß die Bauernvereine Vereinigungen und großkapitalistischen Verbände von Liberalismus gefördert werden, wollen wir heute nicht eingehen, sondern nur folgende Stelle aus dem Artikel herausschreiben:

„Das kleine Wachstum der Mittelstands-Vereinigung (auf dem Papier!) hat die kleine Freisinnige Volkspartei beinahe um den Verstand gebracht. Die Führer dieser politischen Interessengruppe (i), in ihrer Eile der große Wortwechsel schlichter, legen eine Hand an den Kopf, die sie zum Verstand, alle freisinnigen Grundsätze zu verlegen und die Hülfe des Staates gegen die Mittelstands-Bewegung anzufragen. (2) Wähler und Wählerinnen, die das Wort „Freiheit“ bei jeder Gelegenheit außerordentlich im Munde führen, fordern die Regierung auf, den Annahmen den Rückschlag an die Mittelstands-Vereinigung zu verleiern.“

Dazu bemerkt die „Zittauer Morgenzeitung“:

Kann man die Enthüllung der Wahrheit weiter treiben, als in diesem Zitat aus dem „Vaterland“-Artikel geschieht? Schwierig! Demgegenüber sei doch nochmals festgestellt, daß die Organisatoren der Mittelstands-Vereinigung konservative und antisemitische Parteimänner sind, die sich unter dem unmaßvollen Vorgehen, eine unpolitische Vereinigung der Mittelstandsgruppen zu organisieren, an die Regierung mit dem Ersuchen gewandt haben, den Annahmen, also gesellschaftlichen Handwerker-Organisationen, zu gestatten, sich korporativ der Mittelstands-Vereinigung anschließen zu dürfen. Der Rückschlag aber an eine politische Vereinigung ist geradezu abstrus. Weiter haben denn dieselben konservative-antisemitischen Agitatoren durch ihren konservativen Generalsekretär die Annahmen durch nichtöffentliche Mandatsverträge aufgefordert, der Vereinigung sich anzuschließen und es ist auch gleich ein Schema für eine Erklärung mitgeschickt worden, welche die Annahmen der Regierung gegenüber dahin abgeben sollen, daß die Mittelstands-Vereinigung keinen politischen Charakter trage. Wir haben nachgewiesen, daß diese Worte auf eine Täuschung der gutgläubigen Annahmemitglieder und der Regierung, auf eine Verführung zur Ungleichheit hinauslaufen, weil es für eine solche Vereinigung unmöglich ist, einen Einfluß auf die Gesetzgebung ohne Beteiligung an den Wahlen zu erlangen, also unpolitisch zu sein. Die Annahmen haben ihre gesetzliche Vertretung in den Gewerbesammern, sie bilden überdies Verbände und halten Handwerkerstage ab, auf denen sie ihre Berufsinteressen erörtern und Beschlüsse fassen, die der Regierung unterbreitet werden können. Die Handwerker können überdies Wirtschaftsgesellschaften bilden, so viel sie wollen und diese Wirtschaftsgesellschaften können sich wiederum zu Verbänden zusammenschließen. Das sind Standes- und Wirtschafts-Vereinigungen, die ohne korporative Eingreifen in die Wahlen auskommen. Aber jene Mittelstands-Vereinigung ist eben etwas ganz anderes. Sie kann die

wirtschaftlichen Interessen der Berufsgruppen, die gemeinhin als Mittelstandsgruppen bezeichnet werden, nicht wahrnehmen, weil es ihr lediglich darauf ankommt, einen großen Haufen von Leuten zusammenzuwerfen, in dem sich die verschiedensten Interessen gegenseitig widersprechen. Die Gründung der Mittelstands-Vereinigung kann daher nur den Zweck haben, Stimmung für die Partei der Arbeiter, die konservativ-antifeminitische Partei, zu sammeln.

Vermischtes.

Nothfchilb und Ballin. Herr Harden, der Herausgeber der „Zukunft“, wird von den Antifemiten bei jeder Gelegenheit daran erinnert, daß er Jude gewesen ist. Wenn er aber etwas schreibt, was ihnen in den Kram paßt oder zu passen scheint, dann vergessen sie seine frühere Zugehörigkeit zum Judentum, vergessen sie, daß er „Rassjude“ ist, und sie verwerten seine Auslassungen, als wären es klassische Aussprüche, sogar als Motto.

(Gubertuskod. Kaiser und Kangler haben Herrn Ballin von der Ballin abgeholt und, nach einem Spaziergang, in sein Justizministerium geleitet, wo wir ein Tischlied. Der Kaiser schenkte sich auf die Kommode. Der Kangler setzte sich auf den Beistand. Justizien haben Ballin auf dem Tisch. Schöbatsch bescheid. Nach einer Weile sagte der Kangler: „Wenn ein einer von der Presse so läßt, würde es genügt heißen, Herr Ballin solle Minister werden.“ Der Kaiser: „Der Kangler, lieber Kaiser!“ Harden.)

Dies ist einem „Zeit und ein“ überschriebenen Artikel in der „Staatsbürgerzeitung“ als Motto vorangestellt. Ob alles, was in den Harden'schen Sätzen gesagt ist, auf Wahrheit beruht, wissen wir nicht. Vermutlich weiß es Herr Harden selbst nicht, da er ja nicht im „Zustimmung“ anwesend gewesen ist und gehört hat, was Kaiser und Kangler gesagt haben, und er, so viel wir wissen, weder ein Vertrauensmann des Kaisers noch des Kangers noch selbst des Herrn Ballin ist. Nichts desto weniger begreift die Schwermützigkeit und sicher nicht auf eisendende Bosheit des Herrn Harden die „Staatsbürgerzeitung“ zu allerlei Exzerpten, aus welchen hervorgeht, daß Justiz Bismarck um die Mitte des vorigen Jahrhunderts nicht auf den Frankfurter Nothfchilb zu sprechen war. Einen vernünftigen Zusammenhang zwischen den Exzerpten und der Keinen Harden'schen Erzählung können wir absolut nicht herausfinden. Soll damit gesagt sein, daß, wie einmal Fürst Bismarck, damals noch einfach Herr v. Bismarck, schlicht auf Nothfchilb zu sprechen war, so auch heute der Kaiser und der Kangler schlicht auf Herrn Ballin zu sprechen sein müßten? Aber solche logische Buzelbäume trauen wir nicht einmal gern einem Antifemiten-Blatte zu, zumal dieses ganz gut weiß, daß seine frühere Behandlung des Herrn v. Nothfchilb den Grafen v. Bismarck nicht verhindert hat, auf sehr gutem Fuß mit dem jüdischen Herrn Grafen v. Bismarck zu stehen und ihn noch als Fürst v. Bismarck sehr liebenswürdig zu behandeln. Das tertium comparationis ist aber jedenfalls die Zugehörigkeit sowohl des Herrn v. Nothfchilb als auch des Herrn Ballin zum Judentum und die daraus zu gebende Lehre, daß man mit einem Juden so umgehen müsse wie Fürst bzw. Herr v. Bismarck einst mit Herrn v. Nothfchilb umgegangen ist. Das ist aber schlechte Logik und ebenso schlechte Lehre.

Uebrigens ist auch die Spitze der Harden'schen Erzählung, gleichviel ob sie Wahrheit oder Dichtung oder beides zusammen ist — denn einen Teil der Mittelstellung kann Herr Harden ja von einem besessenen Laien erhalten haben — sehr stumpf und so gar nicht einmal Harden'sch. Denn wie in Fuldas Talsamen der König König ist „auch in Unterhofen“, so ist gewiss Kaiser Wilhelm Kaiser, auch wenn er auf einer Kommode, und der deutsche Reichskangler

Kangler, auch wenn er auf einem Beistand sitzt. Herr Ballin dürfte, auch wenn allein er sich auf einem Stuhl bequem gemacht haben sollte, wahrscheinlich der letzte, das zu beweisen. Im Uebrigen ist Herrn Harden die Bosheit, die der „Staatsbürgerzeitung“ so gut gefallen hat, daß sie sogar ihren feminitischen Ursprung verzeihen konnte, vollständig vorbehalten. Er hat, wie der Wilem der Bibel, fluchen wollen und hat gelehrt. Er wollte boshaft sein und er hat vortrefflich geschickt, wie gemüthlich und umgezungen Kaiser und Kangler sein können. Diese vornehme Ungezungenheit hoher Herren ist freilich Freunden von Laialen ebenso wenig verständlich, wie Antifemiten, die sich nur auf die Manieren der Herren Althardt, Pücker und Konfarten verstehen.

Ehrenrettung der deutschen Justiz. Man soll wirklich Keinen für verloren halten, selbst eine antifeminitische Zeitungsredaktion nicht. Wir wissen alle, wie schlecht die antifeminitische Presse von der deutschen Justiz gedacht und geschrieben hat in den Tagen des Königer „Altarmord-prozesses“. Da sollten jüdisches Geld und jüdischer Einfluß die vermeintlich jüdischen Männer von wohlverordneten Funktionen gerettet haben, und das gleiche wurde bei Gelegenheit anderer angeblicher Altarmorde, von welchen die Antifemiten nun einmal nicht lassen können, mehr oder weniger verblümt gesagt. Wie bekannt, können die Antifemiten die Tatsache, daß die deutsche Justiz noch Keinen jüdischen Altarmord außerordentlich gemacht hat, sich nicht damit erlauben, daß es Keinen jüdischen Altarmord gibt, weil es eben Keinen jüdischen Altarmord gibt, sondern nur damit, daß die deutsche Justiz den Juden pulver, b. d. unter dem Druck der „Judenmacht“ und unter dem Einfluß jüdischen Geldes, die Herren Altarmord entlassen läßt. Jetzt finden wir in einer Briefstrecke der „Staatsbürgerzeitung“ folgenden in seinem ersten Teile durch Sperreindruck hervorgehobenen Satz:

„Über den Vorwurf der Parteilichkeit und Vorentscheidung ist ein deutscher Richter erhaben, auch wenn ein jüdischer Oberlandesrichter und Inhaber des roten Adlerordens 4. Klasse „bedürftig ist.“

Wenn also schon ein jüdischer Sankelbreiter und Richter des roten Adlerordens 4. Klasse nicht einmal einen vermeintlich mehrdeutigen „Bedürftig“ der deutschen Justiz entziehen kann, werden die Feinde der „Staatsbürgerzeitung“ in Zukunft hoffentlich überzeugt sein, daß ein jüdischer Altarmord in Deutschland erst recht nicht der wohlverordneten Strafe infolge von „Parteilichkeit und Vorentscheidung“ entgehen kann. Wir werden die antifeminitische Presse an die jetzt sogar von antifeminitischer Seite bedrückte Unbeugsamkeit der deutschen Justiz erinnern, wenn sie es wieder einmal für gut findet, ihr alles Altarmordmordmache zu erspähen und wenn sie, falls es zur gerichtlichen Verhandlung eines vermeintlichen Altarmord kommt, klagen, daß der jüdische Herr Altarmord freigesprochen wird.

Die Mischchen in Deutschland. Unter den 477 822 Ehen, die 1904 im Deutschen Reich geschlossen wurden, befanden sich 434 530 Fälle, in denen Personen gleichen Religionsbekenntnisses sich die Hand zum Bunde fürs Leben reichten. Von diesen Ehen waren 283 980 rein evangelisch, 145 696 rein katholisch und 4001 rein jüdisch. Auf die rein konfessionellen Ehen — wenn man sie so nennen darf — kamen also 90,9 Prozent aller Eheschließungen, so daß 9,1 Prozent der Ehen Mischchen waren. Im Allgemeinen zeigt sich, daß bei den Angehörigen der evangelischen Kirche das weibliche, bei denen der katholischen Kirche das männliche Geschlecht eine härtere Religion zum Eingehen einer Mischehe hat. Wenn 1904 im ganzen sich 21 283 katholische Männer mit evangelischen Frauen verbanden, wurde der umgekehrte Fall, also die Ehen zwischen

einem evangelischen Manne und einer katholischen Frau, nur 1843 mal beobachtet. Die Mischehen zwischen Juden und Christen waren im Berichtsjahre besonders häufig. Während 1902 nur 599 derartige Eheschlüsse geschlossen wurden, wuchs ihre Zahl 1903 auf 630 und im folgenden Jahre gar auf 720. Der weitaus häufigste Fall war die Eheschließung zwischen einem Juden und einer evangelischen Christin, der 316 mal vorkam. Dann folgen die Ehen zwischen evangelischen Männern und jüdischen Frauen (256). Die 497 jüdisch-protestantischen Mischehen des vorigen Jahres waren somit auf 572 im Jahre 1904 gestiegen und betragen annähernd viermal soviel, als die jüdisch-katholischen Verbindungen, deren 148 Fälle sich je zur Hälfte auf die beiden hier möglichen Kombinationen verteilen. Die Abneigung gegen eine ehehafte Verbindung mit Juden ist also auf katholischer Seite ganz bedeutend stärker ausgeprägt, als auf evangelischer.

Von Interesse ist jedenfalls die Tatsache, daß die Häufigkeit der Mischehen in den letzten Jahren in unerwarteter Zunahme begriffen ist. Während ihr Anteil 1902 8,7 Prozent der Gesamtzahl ausmachte, stieg er 1903 auf 8,8 und im folgenden Jahre auf 9,1 Prozent. Man wird im ersten Momente wohl geneigt sein, diese Entwidlung der Dinge auf Rechnung der zunehmenden religiösen Gleichgültigkeit oder der fortschreitenden Toleranz in religiösen Dingen zu setzen. Diese Ursache mag da und dort mit ins Gewicht fallen; richtiger ist es aber wohl, in der immer mehr zunehmenden konfessionellen Mischung der Bevölkerung auch den Grund für die Zunahme der Mischehen zu suchen.

Beuthen D.-Schl. In einer der letzten Stadtverordnetenversammlungen gab Reichsanwalt Freudenberg namens der liberalen Partei des Stadtverordnetenkollegiums die Erklärung ab, daß von dieser Partei die Einleitung des Strafverfahrens gegen die antisemitische „Deutsche Zeitung“ in Beuthen wegen eines in der letzten Sonntag-Nummer enthaltenen Artikels betreffend die letzte Stadtwahl, in welchem gegen die jüdisch-liberale Partei der Vorwurf des Vertretersbruchs, der Verleumdung und der Verhöhnung aus Grund des angeblichen Verfallsens dieser Partei bei der Wahl erhoben wird, beantragt werden soll.

Eine antisemitische Geschäftsrekame. Im „Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker“ (26. Juli) lesen wir:

Ein großer Buchdruckerstreik wird aller Wahrscheinlichkeit am Ende dieses Jahres ausbrechen — also ist in einem großen Interesse in der „Buchschmied“, einem in Magdeburg erscheinenden antisemitischen Organ, zu lesen. Nachdem den Lesern gemäß gemacht worden ist mit einem durch die Forderungen der Beihilfen herauszubekommenden „Bankrott der Buchdrucker“, heißt es in dieser Publikation der Buchdrucker der „Schächel“ (Jahres). Der Bericht lautet: „Man richtet auf beiden Seiten mit einem Streik. Dagegen gehen wir unserer wertvollen Beihilfen den wohlmeinenden Mal, einmal jetzt ihre Bestehen am Druckmaschinen einer Prüfung zu unterziehen und sich nötigenfalls bis Mitte des nächsten Jahres durch sofortige Befestigung zu versorgen. Ein Streikjahr würde der Streik mindestens wahren. Manches Geschäft kann durch den Mangel an den richtigen Geschäftsmaterialien in große Verlegenheit kommen. Wir nehmen schon jetzt Befestigungen entgegen und bitten deren baldige und billige Anlieferung an.“ — Das Ganze entspringt als also als ein echt antisemitische, geistliche Geschäftsrekame, die jeden Jahrestag eines Ausschusses weithin möglich macht. Wir glauben kaum, daß dieser letzte Jahrestag die erhofften Aufträge bringen wird und wünschen es natürlich nicht, auch im Interesse jener Firmen, die sich einem Massenaufrufen zum Streik gegen den Buchdrucker verweigern.

Die Judenfrage in Rußland. Der russische Ministerpräsident Stolypin sagte in einer Unterredung mit dem Petersburger Korrespondenten der „Voss. Zig.“, in der Judenfrage wolle er nicht übermäßige Hoffnungen entfachen; die Tatsache aber, daß der größte

Teil der russischen Juden zu den Unzufriedenen gehört, beweise ihm, daß die Judenfragestellung Mißstände zeige, welche der Abänderung bedürfen.

Graf Witte, der zur Zeit in Aix-les-Bains weilt, hat sich dort in einer Unterredung mit Dr. Wilson, dem Petersburger Vertreter des „Daily Telegraph“, ausführlich über die Lage in Rußland geäußert. U. a. sagte er: „Ich habe nie ein Geheimnis aus meiner Überzeugung gemacht, daß eine gegen die Juden gerichtete russische Politik, milde ausgedrückt, ein fernerer Schritt ist. Ich bin der Ansicht, daß, falls es unter den russischen Juden zahlreiche Revolutionäre gibt, billigerweise nicht allein die Juden dafür verantwortlich gemacht werden können. Ich bin natürlich gegen die revolutionären Juden, aber nicht deswegen befürworte ich entschieden eine liberale Politik gegen dieses Volk, das, wenn es auch einige unsympathische Eigenschaften haben mag, doch sicher hochbegabt und ausgezehrt ist. Eine humane Lösung der Judenfrage verlangt gebieterisch nicht sowohl das jüdische Interesse als Ermüdungen der Staatsraison, denn keine Staatspolitik, die sich auf Ungerechtigkeit gründet, kann zu einem ersehnten Resultat Ziel führen.“

Graf Tyschewitsch für die Gleichberechtigung der Juden. Der Abgeordnete Graf Tyschewitsch veröffentlicht in der „Retsch“ einen Artikel, in dem er sich, wie wir dem „Berold“ entnehmen, folgendermaßen für die Gleichstellung der Juden mit den übrigen Staatsbürgern ausspricht:

Seit Jahrhunderten leben die Juden in Polen, seit Jahrhunderten wohnt zwischen ihnen und der deutschen Bevölkerung der Reichsgrenze, in welchem einzelne dem Grund des Antisemitismus zwischen Juden und Polen setzen wollen. Bekanntheit hat Polen nur Juden wegen gekannt. Ja, es läßt sich noch mehr sagen: In Polen gibt es „Polen jüdischen Glaubens“, also Juden, die Polen so sehr als ihr Vaterland betrachten, daß sie sich in den Freiheitskämpfen ebenso wie die Vertreter der echt polnischen Familien opferten. Womit läßt sich dieses friedliche Zusammenleben des Polen und Juden erklären? Das nicht etwas oberflächlich, daß heute 70 Jahren in gleicher Weise geschah? Warum auch zu den Zeiten, wo Polen noch unabhängig war, kam es zu seinen solchen Vorgängen, daß eine Bevölkerungsfraße gegen die andere geführt wurde. Man erhebt in der Völkerverhältnisse des Vordrums, daß die jüdischen politischen Organisationen sich verstreut und zusammengefallen hätten, aber nun das nicht auch die christlichen Organisationen in den Ostprovinzen oder anderen Teilen des Reiches? Wenn Juden erheben diese Zusammenhänge seiner rechtlichen Lage wegen schon eine ungerechte Verletzung, soll ein Verbrechen. Darin liegt aber auch der Schmerzpunkt der Frage. Weil einzelne das schändliche Kastrieren der Juden im politischen Kampf für ein Verbrechen halten, wird zu solchen Mitteln, wie Judenlegen gegriffen. Hierbei gibt es nur einen Ausweg und eine Abhilfe: das ist die volle Gleichberechtigung der Juden. Die rechtliche Stellung der Juden ist die Quelle aller Unfriedens und Schanden; sie muß daher aufgehoben werden. Nur die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden kann der unheilvollen Lage der Dinge ein Ende machen. Der Gleichberechtigung fordert ebenso das Volksgewissen wie der öffentliche Mangel, denn mit der Gleichberechtigung schwindet jedes Ungleich in Rußland, welches man die Judenfrage nennt.

Briefkasten.

L. Sp. in Haden. Bitten Sie doch für die Überlieferung der „Reichlichen Volksstimme“ an die „Tagesschau“ für die „Reichlichen Volksstimme“, das Organ des Reichlichen Volksvereins, ein Kreisblatt der arbeitslosen Arbeiter ist, war und bleibt.

B. in Vremenskiel. Würden Sie Ihren Brief nicht besser durch die Veröffentlichung der „Warnung für die israelitischen Geschäftsreisenden“ in der baltischen Lokal- und Provinzialpresse ersetzen?

Dr. V. Das italienische Parlament zählt 13 jüdische Mitglieder.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch
einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten,
auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mogelburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Drei 6 Ds. 2836.

Alle Zusendungen an die Ex-
pedition sind zu
richten nach Berlin W., Mogel-
burgerstr. 14, und die Ihnen
gehörig dem Bureau Berlin
bestimmten Geld-, Wert-
und Gegenwertungen an den
Einsammler, Herrn Dr. Han-
sen in D. 36011, Berlin W.,
Mogelburgerstr. 14.

Wieder der jüdische Sündenbock.

Nicht rund heraus gesagt, aber sehr deutlich zu ver-
stehen gegeben wird in dem Artikel „Opfer des Mammon“
in den „Zeitsfragen“, Sonntagsbeilage der „Deutschen Tages-
zeitung“ vom 5. August, daß die Juden auch an dem
jüngsten Kolonialskandal schuld seien. Dem
Verfasser jenes Aufsatzes drängt sich nämlich die Gewissheit
auf, daß „auch hier wieder die Wirkungen jener Welt-
anschauung zu Tage treten, die heute die Weltbeherrschung
führt“. Nachdem fährt der Verfasser fort:

„Und vielleicht sieht man auch hier wieder auf jene jenseitigen
Folgen, die durch die allzu enge Verbindung, durch das Zusammen-
gehen des Altrenteniums und jener Kreise hervorgerufen werden,
die mehr und mehr sich bereiten machen, die Herrschaft des jüdischen
Altrenteniums anzutreten und den Altar der Ehre und der Würde
durch einen neuen Altar zu ersetzen, vor dem die Menschen im Kultus
des goldenen Kalbes sich beugen. Ist erst der Stamm verwestet,
der bisher die Pforte verperrt hat, dann bricht er umso leichter zu-
sammen, dann ist auch der Weg frei für ein neues Geschlecht, das
über die Schwelle dringt und die Schranken köstlich mit Füßen
tritt, wie einst die Juden von Kanaan aus dem Heil Kanaan.“

Man weiß aus den Jernreden über die jüngsten
Rohdiktierungen und über die Persönlichkeiten, die der Kaiser
biawellen mit Einladungen beehrt, wohin diese Pfeile ge-
richtet sind. Aber so stumpf und schwarz sind diese Pfeile,
daß es kaum lohnt, einen Schild hinzuhalten, um sie abzu-
wehren. Die ganze Abhandlung liest sich, wie wenn etwa
Empfehlung des Vorgesetzten und Breiten auseinanderlegen,
begründen und mit Beispielen belegen wollte den Satz, daß
die Armut von der Pauwerheit herkomme. Und den guten,
gemäßigten merkenburgischen Empfinden könnte man noch
gebührend anführen. Aber dieses Geschwader darüber, daß
Vandergaard in München in Beuthen, das Professor
Wierseke Ehepaar, die Majore Janber und Fischer zu
Grunde gegangen sind, weil sie das Bedürfnis gefühlt
haben, „über die Verhältnisse hinaus ein luxuriöses Leben
zu führen und trotz der Beschränktheit ihrer Mittel es denen
gleich zu tun, die einen stunden Goldstrom in ihre Kassen
lenken“, das fällt denn doch einem auf die Nerven!

Es ist dies alles nämlich unbestreitbar wahr, so wahr,
wie daß die Armut von der Pauwerheit kommt. Aber solche
Zeile, die über ihre Mittel hinaus gelebt haben, hat es
immer gegeben; dafür braucht man nicht „den modernen
Mammonismus“ und noch weniger die Juden als Sünden-
bock hinzuplenken, mit einem wenig tuernden Ernst, als hätte
man eine funkelneigene Weisheit entdeckt, das Grundübel
in dem gesellschaftlichen Gefüge herausgefunden. Das
Epitheton: „Schulden wie ein Major haben“ stammt
wohl aus einer Zeit, da Juden noch nicht dem wohl nur

Antisemiten beunruhigenden heutigen Einfluß hatten, und
da es noch ein „Altrentenium“ gab. Wenn der Deutsche,
der unter dem Namen „Der arme Jorid“ in der „Deutschen
Tageszeitung“ klagt, nur ein wenig die Geschichte des
deutschen Volkes studiert hätte, würde er wissen, wie die
Kleider- und Speiseordnungen schon vor alten, alten Zeiten
in Deutschland dem Uebel zu Heilern bestimmt waren, das
der arme Jorid dem modernen Mammonismus und
zwischen den Zeilen den Juden in die Schuhe schiebt. Er
wird wahrheitsgemäß auch etwas von dem Luxus im alten
Rom gehört haben, da es sogar schon eine von Dichtern
besagte auri sacra fames gab, die aber jene Dichter gerecht
genug waren, nicht besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen
oder den Juden zuschreiben.

Wir würden des armen Jorid Klagen gar nicht
beachten haben, wenn er nicht einige Wahrheiten auch sagte,
die wir am wenigsten in der stark antisemitischen „Deutschen
Tageszeitung“ zu finden geglaubt hätten, und die wir den
Herren Antisemiten gar nicht dringend genug zur Beachtung
empfehlen können. Er weist mit Recht darauf hin, daß die
Rasse, bei der „billiges Empfinden und ein sachlicher
Sinn nicht vereinbar“, „von dem einzelnen Fall auf die Al-
gemeinheit, von der einzelnen Frucht auf den Boden schließt,
auf dem sie entsprossen ist“. Gerade die Antisemiten sind
es gewesen, die ohne „klare sachlichen Sinn“ die Ver-
schlungen einzelner Juden der jüdischen Gesamtheit zur Last
legten, jeden Schritt den Gläubigen als einen Beweis
der völligen Verworfenheit hinstellten.

„Der billige Sinn“ — fährt der arme Jorid fort —
der wird auch zugeben müssen, daß in einem so gewaltigen
Organismus, wie ihn das Offizierskorps darstellt, auch wunder
Helden sein müssen.“ Unzweifelhaft richtig. Aber zöglreicher
als das Offizierskorps sind die Juden in Deutschland. Und
die Mitglieder des Offizierskorps werden besonders ausge-
wählt, mit besonderen Privilegien ausgestattet, nehmen eine
ganz besonders bevorzugte Stellung ein. Wenn also selbst
da „wunder Helden vorhanden sein müssen“, wie sollten sie
dann nicht vorhanden sein bei einer vielleicht dreißigmal so
großen Gemeinschaft, in die man nicht hinein ge- w ä h l t,
sondern in die man hinein ge- b o r e n wird, deren Mit-
glieder nichts weniger als eine bevorzugte Stellung im
Land genießen, nichts weniger als mit besonderen Vor-
rechten, sondern im Gegenteil mit Minderrechten ausgestattet
sind? Aber jeder Feind, jedes Vergehen eines jüdischen
Träblers, jedes Unmarnen eines jüdischen Landelmannes,
eines jüdischen Parvenu werden gerade von den Feinden des
Volkes, in welchem obige Wahrheit gesagt wird, der ganzen
Judenheit zur Last gelegt und darauf hin sogar weitere

politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche und noch andere Benachteiligungen der Juden überhaupt verlangt.

Nachdem wir nun uns fomit mit des armen David Klagen beschäftigt haben, möchten wir doch noch im allgemeinen Interesse auf seine Gegenüberstellung des Altpreußentums mit der nach seiner Meinung die Welt Herrschaft stehenden mamonnischen Weltanschauung zurückkommen. Für diese letztere macht man häufig nicht bloß in antisemitischen Kreisen die Juden verantwortlich. Wohin der arme David zielt, erhebt man ja auch aus folgenden Sätzen:

„Da ich tiefer eingehen nicht nur die Jagd noch dem Geruch als oberstes und wichtigstes Gesetz des Lebens, sondern sie nehmen auch wahr, wie man gewaltige Gewinne ohne Mühe und Schwere und ohne reibliche Arbeit erreichen kann, wie der Spekulant an einem glücklichen Tage Hunderttausende erzielt, wie die glückliche Vermittlung eines Geschäftes, bei dem das eigene Risiko völlig fehlt, aus schweren Verlegenheiten zu reiten vermag.“

Wir wollen zugeben, daß die wirtschaftlichen Anschauungen, die bei uns herrschen, wesentlich auch von Juden beeinflusst worden sind. Aber diese Anschauungen herrschen, nicht weil sie jüdisch sind, sondern weil sie als richtig sich haben erweisen haben. Nehmen wir einige Beispiele. Vor mehreren Jahrzehnten noch wurden in Preußen Juden bestraft, die mehr als sechs oder wenn wir nicht irren, gar nur fünf Prozent für die Vergabe von Geld genommen hatten. Heute müssen nach denselben altpreußischen Anschauungen die Direktoren der Deutschen Reichsbank mitunter in Gefängnis gesteckt werden, weil sie auch einen höheren Zins nehmen, im Interesse ihres Instituts, ja im Interesse des Landes nehmen müssen.

Warum ein glücklicher Spekulant nicht an einem Tage Hunderttausende erwerben, für eine glückliche Vermittlung eines Geschäftes nicht eine schöne Provision erhalten soll, das werden heute nur noch sehr rückständige Altkameraden nicht einsehen. Gewiß können heute von Glückseligen gewaltige Gewinne ohne Mühe und Schwere und reibliche Arbeit erreicht werden, so zum Beispiel in der preussischen Lotterie, auf dem Rennplatz, an der Börse, oder auch nur eine glückliche Idee hat und sie sich durch das Kaiserliche Patentamt schützen läßt. Aber das alles hat mit dem Judentum so wenig wie mit dem Sirkus zu tun. Ja, wir können dem armen David und seinen Gefinnungsgenossen verraten, daß es sogar Juden gibt, die das beklagen, die selbst mit dem borniertesten Agrarier in der Geringschätzung des Börsengeschäftes wettschlagen können. In einer Obbetonovelle — wir wissen selber nur nicht, in welcher — läßt der Verfasser eine alte Jüdin klagen, daß man heute sich nicht genug zu „quälen“ habe.

Und nun zum Schluß noch eine Gegenüberstellung aus dem wirklichen Leben, die uns zufällig bekannt geworden ist, und in der zwei Prädigergermanen, Vater und Sohn, eine Rolle spielen.

Der Vater, der Offizier und später Domänenverwalter noch vor den Freiheitskriegen war, und der von dem Sohne als das Muster ehrenhafter und streng redlicher Gesinnung in jeder Beziehung gepöhlert wird, hatte durch seine persönlichen Beziehungen zu preussischen Ministern und anderen hochgestellten Persönlichkeiten Gelegenheit, auf durchaus ehrliche und anhängige Weise „für ein Butterbrot“ große Güterkomplexe zu kaufen. Er tat dies aber nicht, weil er sie nicht bar bezahlen konnte, obwohl man mit den fünfzehnhundert Thalern, die er anzuhien konnte, sich zu freuden geben wollte. Sollte er das Geschäft gemacht, dann wäre er vielsacher Millionär geworden. Aber seine altpreußische Ehrenhaftigkeit gestattete ihm nicht zu kaufen, was er nicht bar aus eigenen Mitteln bezahlen konnte. Gewiß sehr schön. Ein ähnliches Beispiel nur in ganz kleinen Dimensionen ist uns bekannt von einer — Jüdin, einer jüdischen Geschäftsfrau, deren peinliche Altruistesse

in Selbangelegenheiten noch bis auf den heutigen Tag den Sohn zu seinem großen wirtschaftlichen Nachteil beeinflusst.

Nun zurück zu dem Sohne jenes altpreußischen braven Herrn. Dieser Sohn lebt noch heute, und es ist eine ganz besondere Freude, den natürlich sehr alten Herrn, eine ugermanische Kraftnatur, körperlich wie geistig, zu sehen und sich mit ihm zu unterhalten. Bei den Gesinnungen seines Vaters war von einer großen Hinterlassenschaft natürlich nicht die Rede, zumal die Familie groß war. Auch er war Offizier und er hatte, als ihm Gelegenheit zu einem günstigen Gutsverkauf geboten war, dazu alles, nur seinen Pensionsgeld. „Wagst du dich da?“ sagte ihm ein Jude. „Kaufen Sie das Gut, schlagen Sie die Bücher ab, ich kaufe sie Ihnen für bares Geld ab. Da haben Sie etwas Anzählung, etwas Betriebskapital, und da Sie ein tüchtiger Landwirt sind, wird es schon gehen“. Der Sohn befolgte den Rat des Juden, bewirtschaftete dreißigjährling Jahre das Gut, erzeugte eine große Kinderfahrg und lieferte dem deutschen Vaterlande eine hohe Beamte.

Wir überlassen Jedem zu urteilen, was für die betreffenden Individuen, die Familien und für das Land das richtigere war, das Altpreußentum des Vaters oder die von einem Juden beeinflusste modernere Handlungsweise des Sohnes. Daß wir es ja nicht vergessen: der Jude hatte seinen Vorteil bei dem Geschäft gehabt, und der Germane dankt ihm trotzdem noch heute dafür.

Man sollte doch endlich aufhören, sich chinesischem und russischem Beispiel für die eigenen Sünden einen Prügelknaben hinzuhellen, einen Sündenbock zu suchen. Nach dem Vorgebild, das die Franzosen mit ihrer „Affaire“ und die Russen mit ihren Pogroms haben zahlen müssen, wäre es wirklich höchste Zeit dazu. Kräftigungsmittel verhindern mindestens die rechtzeitige Anwendung richtiger Mittel und sind beliebt nur bei denen, die nicht alle werden. Also weg mit ihnen, und höre man endlich auf, für germanische oder allgemein menschliche Fehler einen jüdischen Sündenbock zu suchen.

Das Grunderkmal von Herrn Adolf Bartels.

III.

Es ist, wie gesagt, in diesem Elaborat alles der Gesichtspunkt, die antisemitische Voreingenommenheit, die klägliche geistige und menschliche Enge des Verfassers. Es muß nun alles herhalten, wie es gerade fällt, wie es dem Herrn Verfasser gelegen kommt. Präzise, der Biograph, ist erst „durchaus gläubig“, dann wird er „naiv“, je nachdem sein Urteil klingt. Hier der Grundton für diese Bartelsche Literaturverfälschung: „Seine, der seinen Rachenjammer, je länger, desto besser, zu überwinden lernte, lebte ganz vernünftig in Paris seinen Lügen und war selbst durch seine Krankheit nicht umgubringen, ein Beweis, um wie viel zäher und materialistischer die jüdische Rasse ist. Nach Raspeles freilich hatte seine den „Zustand des Ethos“, und der äußerte ihn immer wieder auf den rechten Weg. So viel ist jedenfalls sicher, daß er sich aufs Essen verlegte und nicht aufs Trinken“. Taktvoller und gemäßigter Herr! Der Schluß soll jedenfalls ein Miß sein. Die Raspelesche Auffassung ist nicht widerlegt, seine ist nur verhöht. Aber der Stil wird noch besser, die Auffassung noch plumper und pietätloser. Als seine in London seinen Kreditbrief von 400 Pfund Sterling bei Rothschild umlegte, „betrog er direkt um eine große Summe“. Später wird dieser „Betrag“ der „Londoner Raub“ genannt. Nur ein Wort konnte ihm nicht nachgewiesen werden, sonst alle Schicksalsteil, obgleich er natürlich auch „kein reines Säußel“ war. Gotta wird gehörig abgekanzelt, daß er die Juden seine und Börsen in seinen Dienst zog, nachdem er Schiller und Goethe

„Nicht dauert Deutschland. Wie wird das Ungesieher frech und unerschrocken auf allen Tischen herumtriefen, wenn ich tot sein werde, ich, der große Vernichter!“ Bartels, der sich offenbar getroffen fühlt, bemerkt dazu: „Der Stenbe hatte also nicht einmal eine Ahnung davon, daß er sich bei jedem Angriff, den er unternommen, nur selbst beschmutzt hatte.“ Es ist die Tatsache zu konstatieren, daß Bartels wenigstens einmal aus einer gewissen Selbstkenntnis heraus urteilte. Wenn „der harmlose Bräutigam“ immer ruhig weiter von dem großen Dulder und Märtirer“ redet, so meint Herr Bartels tiefsinnig als Menschenkenner und gesättigter Altheutischer, „als ob es nicht genug wäre, von einem jähren Juden zu reden!“ Es ist zum Erbrechen, beiläufig eine solche Komodienprache anzuhören. Dann wird im kräftigsten Jargon gehandelt: „Nun, wie Deutschen richten nicht gern, sind jedenfalls keine Denker, wie Heinrich Heine selber einer war.“ Heilige Einsicht der biedereren Seele! In seinem eigenen Hinterhandwerk ist Herr Bartels doch nur ein Puschler. Spricht am Ende wieder der Reiz aus ihm? Das muß man sagen, wenn Heine Herrn Bartels hingerichtet gehabt hätte, so wäre er hingerichtet, mit Grazie und allen scharfgeschliffenen Messern des freitragenden Geistes. Herr Bartels kann das nicht. Er erwägt und ersticht. Er sucht Heine dadurch zu vernichten, daß er ihn mit Schlamm übergießt. Und dann wird die Lutherrose kopiert, hier steht ich . . . denn die Dressur der Passivität war neben dem Korporalstod am Ende doch das einzige, was solchen Leuten ein bißchen etwas von einem gewissen Schicksal beigebracht hat: „Wenn der Einbruch für Heine wenig günstig ist, so ist das nicht meine Schuld — Heines Leben ist fast weiter nichts als eine Selbstbefriedigung.“ O Sohn von Teuf! Ist das Panathos, so ist er ehrlich, aber ansatzbar dumm. Ist es Charakter, so ist er die abstoßendste Heugalei. Sind solche Leute die Freunde des Deutschums? Nun, dann schäme sie Gott vor ihnen! Sie schämen ihm Tartüfferien und einen unerträglichen Sympathismus in die Schuhe. Darin müssen sich seine charakteristischen Rasstigenschaften betätigen. Wie jetzt ist, wenigstens im großen und ganzen, leidlich erreicht worden, daß Raffensack von Kunst und Wissenschaft ferngehalten wurde. Nun sollen sie mit ugermanischer Hornruf auch hier einschlagen. Die Örenze der Kulturschöpfung soll noch tiefer herabgedrückt werden, als das schon genugsam durch andere Kräfte geschieht. Will sich das deutsche Volk das bieten lassen? Wenn ihm nicht die Augen auf, daß dieser Prozeß zu einer Kulturblamage führen muß, die uns dauernd um unser Kulturansehen bringt? Man denke, ein Franzose ließe es sich einfallen, so aber Rußland heranzufallen! Er wäre vor seinem Volke geliebt, obgleich niemand es sich einfallen läßt, irgend etwas von Rußlands Sünden zu verbergen! Seine war ein Sünden! Das mußten wir alle! Ein Sünden anderer Art, wie z. B. Goethe einer war! Wollte uns das Herr Bartels zum Ueberflusse noch einmal beweisen und zeigen, so hätte er es wenigstens mit einem Funken Geist, mit einer Spur von Grazie tun sollen. Nicht von ihm zu verlangen, daß er Menschliches und Unmenschliches verleihe, gar nicht von seinem Engherg zu fordern, daß er auch den Einschlag der Rasse erfasse und eine psychologische Studie darauf gründe, die uns das Problem aufhellte und in der Erkenntnis seiner feinen Kräfte, die im Künstler zusammenwirken, einen Schritt weiter brächte! Wir wissen so wenig vom Menschen, wir wissen noch weniger vom Künstler, obgleich er am meisten von sich findet, weil sich in ihm so diffuse und wechselnde Zustände herausbilden und in momentane Wirksamkeit treten, daß gerade seine Abhängigkeit noch interessanter und schwieriger ist als die Beherrschung, die sich in seinem Werte doch vorzüglich dokumentiert.

Herr Bartels hat das Denkmal Heines, das noch nicht errichtet ist, (er sagt in seiner geschmackvollen Art, daß sich

schon ein paar deutsche Dichter darauf gesetzt hätten) stützen wollen. Es steht aber auf einem sicheren Felsen, auf dem Plaque der Literatur. Und will man da ein Denkmal stützen, muß man schon mit anderen Werkzeugen kommen. Die des Herrn Bartels sind zu plump dazu. Die Arbeit, die er verrichtet, stößt nur ab. Sie überzeugt nicht. Aber auch Vernichtung muß überzeugen, gerade wie der Aufbau. Davon versteht aber Herr Bartels nichts. Das ist spastisch für ihn. Er spielt nur den stützlich und deutschstämmig Enttäuschten und knuppelt drauf zu. Aber er spielt selbst diese Enttäuschung schlecht. Er versteht kein Handwerk nicht. Es reicht ihm weder zu Verstand noch zu Tatkraft, er ist ohne jegliches psychologische Interesse, ohne Bedeutung. Er ist unermüdet und ablässig. Man kann darum ganz sicher sein, er ist unfähig. Es bedarf nicht einmal der Ueberwindung. Man schiebt ihn nur beiseite. Das wird sehr rasch geschehen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die „Deutsche Reichswacht“ verfuhrte, unter Dementi bezüglich ihrer Eigenart über Neuenahr durch folgende Bemerkung zu diskreditieren:

„An viele Leser. Wir bitten Sie zu beachten, daß die „Mitteilungen“ sich nicht an die Redaktionen in Bremen, sondern an einen „angelegenen Herrn“ bezieht, gewesen haben. Von diesem namenlosen Gesellen kommt die Kunde, daß unter Verleumdung nicht hüme. — Wer kann denn mit solchen verborgenen Quellen etwas anfangen? Gut ja, so wird — semitische Politik gemacht.“

Wir möchten uns nunmehr direkt an die Kur- dition, welche uns nachstehenden Beisatz zu- gehen ließ:

Das Remscheid, den 3. August 1906.

Auf Ihre gr. Anfrage vom 1. cr. teile ich Ihnen er- geben mit, daß von israelitischen Kandidaten das Kinnchen, beim Vortragskongress unserer Synagoge den Monat fortfallen zu lassen, niemals an uns gestellt worden ist.

Guchachtungswort

Die Kuraktion.

A. Künz.

Frech lügen und mit eiserner Stirn die Lüge aufrecht erhalten, so wird — antisemitische Politik gemacht.

Die Reichstagsstichwahl in Mülten- Hof- geismar hat, wie zu erwarten war, mit dem Siege des deutschsozialen Kandidaten Herzog gemit, der 8098 Stimmen erhielt, während auf den Sozialdemokraten Wetterlein 4498 Stimmen fielen. In der Hauptwahl waren abgegeben 6818 deutschsoziale, 3985 sozialdemokratische, 1882 reformistische, 1289 nationalliberale, 937 freimaurer Stimmen. Nationalliberale, Reformisten und ein Teil der Freimaurer haben in der Stichwahl den Antisemiten Herzog gewählt.

Deshalb die Antisemiten beider Richtungen in der Stichwahlwahl sich wieder zusammenfanden, dauert der Bruderkampf mit unverminderter Heftigkeit fort. So bringt die „Heftige Rundschau“ vom 8. August einen gepfeiften Artikel mit der Ueberschrift: „Der Dank des Bundes an seine Trabant“. In demselben heißt es:

„Das offizielle Organ des Bundes der Landwirte, die „Korrespondenz“ nimmt in No. 48 in einem Artikel über die Stichwahl in Mülten-Hof-geismar-Bezirk seinen deutschsozialen Kandidaten folgende Zitate: „Während der deutschsoziale Kandidat die weitaus größte Stimmzahl von allen Parteien auf sich vereinigt hat, unterliegt es keinem Zweifel, daß dieser Erfolg im Wesentlichen der Unterstützung des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei zu verdanken ist. Eine relative starke Minorität, wie die reformistischen Kandidaten Heimerich, die zunächst dem Deutschsozialen von allen bürgerlichen Parteien die meisten Stimmen an sich vereinigte, könnte in anderen Wahlkreisen genügen, um den Antisemitismus überhaupt

auszuhalten". Damit empfangen die deutschsozialen Rechte von ihren ergötzen Herren den verdienten Lohn. Wer sich in das Sklavengeld drückt, muß sich auch gefallen lassen, daß er als Sklave behandelt wird. Deutlicher ist die völlige Abhängigkeit der deutschsozialen Partei vom Geld noch nicht offenbart worden. Diese Verhältnisse haben die „Deutschsozialen Blätter" in ihren Siegesartikeln aus leichtfertigen Gründen nicht gedruckt. Der gute Wille dieser „mühsal ausstehenden Partei", wie es in einem Inserat der „Staatsbürgerzeitung" heißt, hätte demnach auch zu sehr gelitten. Ihren Anhängern aber rufen dadurch die Augen auf und die vollständige Ohnmacht und Abhängigkeit der deutschsozialen Partei offen dargelegt worden. Aber Alles wäre dann fast geworden, daß diese Partei aus „eigener Kraft", wie es in verschiedenen von dem „General" Genninghen selbstverfaßten Briefen einiger widerwärtigen Zeitungen prahlend hier überaus nachdrücklich kommt. Nur solange sie ein mühselig und gefäßiges Werkzeug des Bundes der Vorrechte und der Hochgeboten und antisozialistischen konservativen Parteien sind, werden ihnen diese Parteien in solchen Maßstellen, wo sie selbst wenig Ausichten auf Erfolg haben, gnädig ein Votum zu. Wenn man ein solcher Kampfabhängigkeit mit Hilfe allerlei unautentischer Mittel folgt, nehmen die händlerischen und konservativen Herren das Verbleib für sich in Anspruch, und die deutschsozialen Rechte müssen sich demüthig beugen. Aber sie sind an eine solche Abhängigkeit längst gewöhnt und legen sich daher gern aben ungen in die ihnen ausgesetzene Fessel. Als sie die Fessel nehmen, ist die Fessel nicht weniger, wie sie liegen die Beschaffer noch ganze Arbeit verrichten. Von der deutschsozialen Partei kann man sagen: „Wer sich in Abhängigkeit bezieht, kommt darin um". Das werden die Wahlen 1908 beweisen. Zu Köln, Schwerte und Oldenburg genügen die reformerischen Stimmen, um den deutschsozialen Kandidaten auszuwählen, in Marburg, Münster und Alsbach, um ihn den Sieg zu entreißen. Dann kann der Zerstörung als letzter Mörtel der „mühsal ausstehenden Partei" mit wehmüthigem Blick auf sein Treiben zurückzusehen und als gerechter Strafe zu den Füssen der Konservativen sich niederlegen. Sie transit gloria mundi.

Dem antisemitischen Bruderkrieg beabsichtigen die Deutschsozialen eine noch breitere Basis zu geben, indem sie auch das zweite ureigste Operationsfeld der Reformen, das Königsreich Sachsen, mit einem Angriff beabsichtigen. Die „Deutschsozialen Blätter" des Abg. Liebermann v. Sonnenberg sind nämlich sehr ungenügend damit, daß die Reformpartei bei der Reichstagsersatzwahl in Döbeln auf eine eigene Kandidatur verzichtet, und knüpfen daran die Folgerung:

„Wir werden sicher, sofern die Reformen keinen Kandidaten aufstellen, die Frage erörtern, ob nicht mit der Sache unserer politischen Willensschwäche führen müssen und wollen. Wir werden jedenfalls nicht leichten Herzens einer Abwendung zustimmen, die dem gesamten Antisemitismus eine große Wunde geben könnte. Führen sich die Reformen zu schwach, und möchten sie deshalb verschüttet im Kompromißschlupfen, so gibt es noch andere, die anders denken und unter Umständen das tun werden, was hier in erster Linie und mit Recht von den Reformen erwartet werden darf".

Die Christlichsozialen haben im Rupprecht große Pläne vor. Auf einer Konferenz von Christlichsozialen Delegierten für die Ruhrprovinz am 5. August glaubte man feststellen zu können, daß die Partei stetige Fortschritte mache. Die Aussprüche über die Situation der Christlichsozialen Partei wurde nicht zu Ende geführt; auf einer Herbstkonferenz soll darüber weiter beraten und Beschluß gefaßt werden. In der Besprechung wurde von allen Rednern gefordert: Die Christlichsozialen sollten bei den allgemeinen Wahlen 1908 in den Industriewahlkreisen mit eigenen Kandidaturen vorgehen, falls es nicht zu einer ehrenvollen Verständigung mit anderen Parteien komme.

Aus der bayerischen Abgeordnetenversammlung.

In einigen Blättern sind Angriffe gegen das Verleumdungsministerium gemacht worden, weil es das Nichtanhalten des Dr. Juges 39 in Fürth verurteilt hat. Minister v. Frauendorfer wird in der Abgeordnetenversammlung diese Angriffe zurück und begrüßt hierbei die vom Sozialdemokratischen Abg. Seigler gemachte Versicherung, wonach der Minister des Verleumdungsministeriums in dieser Sache gesagt haben sollte, in Fürth wird für das Anhalten kein Bedürfnis, wer heiße dort ein, höchstens ein paar Judenweiber! (Abg. Memminger ruft: Sehr richtig!) „Eine derartige Versicherung" — fuhr der Minister fort — wäre höchst beklagenswert; sie ist aber

so nicht gefallen. Ich war selbst Zeuge dieser Äußerung. Der betr. Beamte sagte: „Ich kenne die Verhältnisse persönlich aus meiner früheren Tätigkeit in Bamberg; wer benutzt denn den Zug, höchstens ein paar Damburger Juden", daraus sind dann, wie die Sache durch mehrere Zungen hindurchging, wie es ja häufig geht, die „paar Judenweiber" geworden, und das klingt allerdings häßlicher. (Gelächter. Abg. Memminger: Aber gleich ist's!) Ich billige diese Äußerung nicht und habe auch dem betr. Beamten die erforderlichen Bemerkungen zugehen lassen."

Mittelständisches. Die deutsche Mittelstandsvereinigung, die von Hammer aus geleitet wird, will es nun einmal mit einem eigenen Organ versuchen. Das Blatt soll „Deutsche Volkspost" heißen; es wird vom Generalsekretär Eilenträger geleitet und erscheint in Berlin und zwar wöchentlich. Mit dem Erscheinen dieses Blattes ist, so hofft der Herausgeber des „Hammer", das äußere Band zwischen den einzelnen Ortsgruppen geschaffen und eine Waffe gegeben, um Angriffen und Verleumdungen mittelstandeseigener Elemente entgegenzutreten zu können. Dieses Wochenblatt soll das einzige Band sein, das die „Mittelstände" — Herren zusammenfassen — no, für die Scheidende Seelen genügt.

Fermisches.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete Geh.

Baurat Renoit, langjähriges Vorstandsmitglied und Schatzmeister des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, begibt am 12. August in körperlicher und geistiger Frische in Karlsruhe seinen 80. Geburtstag, zu dem wir ihm unsere herzlichsten Glückwünsche darbringen. Möge dem verdienten Veteranen im Dienste der Freiheit ein froher Lebensabend beschieden sein.

Gottfried Keller und der Antisemitismus.

Am 20. Dezember 1881 schrieb der Schweizer Dichter Gottfried Keller an Prof. Moriz Lazarus: „Seeben erhalte ich den dritten Band Deines Seelenwerkes und, da ich bei diesem Anlasse zugleich ein Anzeile Deines aktuellen Aufenthalts habhaft geworden bin, so daß ich bestimmt zu wissen glaube, wo mein Brief Dich erreicht,äume ich nicht länger Dir für diese neueste Gabe, wie für alle früheren, meinen so herzlichsten aus ehrlichen Dank darzubringen. . . Das Vorwort erinnert mich freilich an die dünne Kulturbede, welche uns von den wahren und heiligen Tieren des Kosmos noch notwendig zu trennen scheint und bei jeder gelegentlichen Erschlüftung einbrochen kann. Ich hätte Dir feinerer auch gern für die Vorträge in der Judenverfolgungsgeschichte gebankt, war aber damals ungenügend hinsichtlich Deines Aufenthalts. Allerdings bleibt die Idealität in der Welt bestehen, wenn die Kultur infolge periodischer Gebärtnisalterung der Menschen auch morgen einbricht, und so wollen wir uns unsere Tage, die uns gegönnt sind, nicht zu sehr verbittern lassen, und ich wünsche Dir einen heiteren und glücklichen Jahreswechsel."

Genral Wergeland, ein bauerlicher Vorkämpfer der Judenemanzipation. Norwegen, das jüngste Königreich, ist das einzige Land der Erde, das bisher einem bauerlichen Vorkämpfer der Judenemanzipation ein Denkmal errichtet hat. Das in Norwegen die Stadt Konserod, das Land aber demokratisch ist, so kämpfte Wergeland, der Vertrauensmann des Bauernstandes, dort für die Durchführung jener liberalen Grundzüge, welche in anderen Ländern energisch nur von den Städten aus vordringen zu werden pflegen: so namentlich für die Emanzipation

der Juden, deren bloße Zulassung in Norwegen noch bis zum Jahre 1851 unterlag war. Ueber die damals das norwegische Parlament beschäftigende Judenfrage schrieb Henrik Wergeland, nachdem er sein Leben lang für die Emanzipation gekämpft, noch von seinem Totenbette an den politisch ihm zur Seite stehenden Störtingsmann Sørensen: „Ich brauche Dir, dem warmen Kämpfer für dich, nichts zu sagen. Wenn aber der Tag (der Juden-Debatte) im Störting kommt, dann kämpfe, rufe, weine, und wenn auch das nichts hilft, dann reiße dem Egoismus und der Hebel die Wackel mit der ruhigen Kälte eines Chirurgen. Es gilt die Ehre unseres Volkes vor der Welt! Die Freunde unserer Sache, welche bei dieser Gelegenheit sprechen werden, sollten sich zusammensetzen, die Parteifolien verteilen, wie es die Picadores vor einem Stierkampf machen.“ ...

Wergeland starb leider sehr jung, im Alter von 37 Jahren, am 12. Juli 1845. Dem Kämpfer für menschliche und bürgerliche Freiheit errichteten dankbare Juden außerhalb Norwegens Grenzen (wie die vorhandene Inschrift lautet) in Christiania das hier besprochene Denkmal. Die Anregung dazu gab der dänische Dichter Meyer Aron Goldschmidt, welcher namentlich die Juden in den Hanfsäcken hierfür lebhaft interessierte und wenige Tage vor Wergelands Tode dem Dichter und Kämpfer noch durch einen warm anerkennenden Brief ermunterte. Das Monument in Norwegens Hauptstadt ist sehr wertvoll; der Königsberger Oberlandesgerichtsrat Ludwig Passant, der bekannte Jüden-Biograph, hat es in seinen Briefen über Norwegen eingehend beschrieben.

Der letzte Kurfürst von Hessen und der jüdische Soldat. In der „Frankf. Ztg.“ lesen wir folgende Geschichte:

In Karlsruhe, welches auch ein „Garderegiment“ hatte, bestand die Regel, daß ein Jersaalit nicht die Ehre haben konnte, in diesem Regiment seine zwei Jahre abzudienen. Nun war ein jüdischer, schlanker Bursche aus Sontra wehrpflichtig geworden und da er auch nicht im geringsten „jüdisch“ aussah, wurde er kurzer Hand für die „Garde“ ausgehoben. Lassen wir den Betreffenden jetzt selbst weiter erzählen:

„Bei der Beschäftigung durch den Kurfürsten lief alles glatt ab. Unsere Kompagnie hatte gut abgeschnitten und der Kurfürst sagte: „Sehr gut; so weitermachen!“ Ich war der zweite Mann vom rechten Flügel. Der Kurfürst sprach mich an:

„Woher?“

„Von Sontra, Königliche Hebel.“

„Im: Vater auch Soldat gewesen?“

„Zu Befehl, Königliche Hebel, hat in Sontra gedient.“

„So, bei den „Mainfranzosen“, Wie heißen?“

„Dimenthal.“

„Dach kein Jude?“

„Zu Befehl, Königliche Hebel, Jude.“ erwiderte ich, ihn stumm anblickend.

„Hauptmann von —“ sagte der Kurfürst, „wie kommt der Mann in meine Garde?“

Dem Hauptmann ging es wie dem Pfarrer in Seumes „Kamrad“ er flammte vermehrt Entschuldigungen.

„Morgen geht Er nach Sontra, kann dort dienen, wie sein Vater auch.“ schaute der Kurfürst mich an.

Und so kam es. Von der Garde zur Linie versetzt und der vollen Ehre beraubt, zog ich nach Sontra, wo mich das dortige Infanterie-Regiment in seinen Schoß aufnahm.

Die Bedrohung der Juden in Odessa. In Befolg eines Besuchs, das vom Zentral-Komitee der Alliance Israélite Universelle im Interesse der

vom Kerglen bedrohten Odessaer Juden an den französischen Minister des Auswärtigen gerichtet worden ist, hatte der Präsident der Alliance, Marcie Leroy, — da der Minister auf Urlaub ist — mit dem Direktor der politischen Angelegenheiten eine längere Unterredung. Der Direktor erklärte, daß die Regierung Informationen erhalten hätte, die bezüglich der Mitteilungen der französischen und englischen Konsuln beruhten und die darin übereinstimmten, daß die Bewegung, die in Odessa eingelegt habe, augenblicklich zum Stillstand gekommen sei. Infolgedessen liege für die Entsendung von Schiffen zur Ausfuhr von Flüchtlingen kein unmittelbarer Anlaß vor. Ueberdies sei diese Maßnahme nicht leicht zu nehmen. Ohne Präjudizfall, könne sie leicht als eine Einschüchterung in die inneren Angelegenheiten des Landes gedeutet werden. Jedenfalls werde der Minister den angelegten Schritt im Auge behalten und werde wohlwollend prüfen, wie weit der Anregung Folge zu geben sei.

Hierzu bemerkt das Deutsche Bureau der Alliance Israélite, daß der Grund für das außergewöhnliche Ansinnen derselben nicht unbedeutend gewesen sei. Wenn man sich erinnert, welche entsetzlichen und verheerenden Gräueltaten vor wenigen Monaten an der jüdischen Bevölkerung von Odessa verübt worden seien, so werde man die Unruhe begreifen, die durch die ersten Anzeichen eines neuen Programms in Odessa hervorgerufen werden mußte. Neueren Nachrichten zufolge sind durch die beklagten Verbrechen vom 24. und 25. Juli nicht nur eine größere Zahl Leben und Wohnungen demoliert und ausgeraubt worden, sondern nicht weniger als sechs blühende Menschenleben, alles junge Arbeiter, sind den Pogrombeschützern zum Opfer gefallen. Zwei, Genert und Trebelew wurden auf der Stelle getötet, die anderen starben in den darauffolgenden Tagen im Krankenhaus. Die höchsten Beamten des Odessaer Militärbezirks machten ihnen im Krankenhaus Besuche und sorgten sie aus. Alle in Verdacht griff das Militär ein, sobald sich die Juden der Ausplünderung widersetzen. Daß ein Haufe „schlauer Männer“ armen Unarmen, Strampfwirren, Wäldern und Färbern das letzte Gut und Gut raubte, ließ das Militär gleichgültig. Das sollte vielmehr eine gerechte Rache dafür sein, daß zufällig einmal ein einzelner Kosak seine Riebetraut mit dem Leben gebüßt hatte. Es sieht sehr, daß der Kosak Wassili Schrawilew in ein Handgemenge geriet, als er mit dem Rufe: Nieder mit den Juden! durch die dichtbesetzten Gassen ritt. Nicht erwiesen ist, daß Juden es waren, die ihn erschlugen. Wenn diesmal das weitere Ungeheuer des Pogroms verhindert wurde, so ist das wohl jenseit dem einschüchternden Eingreifen des Stadigouverneurs Generalmajor Gri-goriew zuzuschreiben, der nicht milde wurde, in den bedrohten Stadtteilen persönlich die Volkswachen zu beruhigen. Das Kulturelle des Oberbefehlshabers Baron Kautzbar, der an die in das jüdische Krankenhaus Geflüchteten eine Besichtigungsanfrage hielt, hätte kaum Eindruck gemacht, auch die Versicherungen des zeitweiligen Generalgouverneurs Generalmajor Karagoso w hätten kaum irgendwo Glauben gefunden. Wichtig ist, daß, solange es diese obersten Epiken nicht wünschen, ein Pogrom nicht in die Erscheinung treten wird.

Antisemitische Bade-, Kur- u. Erholungsorte.

Separatabdruck der Liste stehen auf Wunsch kostenlos zur Verfügung.

Ausflugsbade- und Kurorte.

Bad. Hotel Regie (Nieder und Raumann). Concordia (Raumann). Familien-Pension Strandhaus (Nieder) nebst zugehörigen Villen, Pensionen und Gartenhaus.

Eng. Villa „Gladspitz“. Villa „Cutilana“. Villa „See-
bild“. Potenberg's Hotel. Villa „Sennensheim“.
Restaurant „Imperial“.
St. Blasien (bad. Schwarzwaldb.). Pension „Reise wieder“.
Rothum.

Bogen. „Zur weißen Aose“, „zum Neußen“.

Braunlage (Braunschweig).

Bruckhausen (Schwarzwaldb.).

Cabarz in Thüringen.

Chemnitz. Die Fraueninsel.

Carthagen. Kaiserhof und Seepavillon.

Einöd. Lust- und Wasserkurort bei Pfiesch in Obersteiermark.

Ebbs und Erl am Inn.

Ettingenweiler (Schwarzwaldb.).

Finstherbergen bei Friedrichroda. Kurhaus Josenstein.

Freudenheim (Schwarzwaldb.). Pension Hasenmühl.

Fürstentum bei Lambach in Thüringen.

Gaisenstein.

Garmisch. Gasthof zum Lamm.

Gehrbacher Mühle bei Oberhof in Thüringen.

Göhringen. Pension Bergfriede.

Grazburg. Villa Lachwitz.

Großereb. bei Bernigerode. Kurhaus der Frau Dr. Kadel.

Heiligenhafen.

Hertzberg am Harz.

Jannbrunn. Die Gasthöfe „zum weißen Kreuz“ und „zum
roten Adler“.

St. Johann bei Heiden in Appenzell.

Jülich.

Karlbad. Hotel Morgenstern. Hotel National. Hotel
de Russie. Residenz-Hotel. Haus Gelparzer, Alte Wiese.
Haus Römischer Feldherr, Neue Wiese. Haus Delwig,
Marienbaderstr. Haus Italia, Schloßberg. Haus
Florenz, Schloßberg. Haus Stabi Warshaw, Kaiserstr.
Haus Malta, Kaiserstr. Haus Rosenhof, Kaiserstr.
Haus Brandenburger Thor, Kreuzstr. Haus Germania,
Schloßberg. Haus Preussische Krone, Egerstr. Haus
Gueria, Egerstr. Haus Diamant, Egerstr. Haus Ungl.
Krone, Egerstr.

Kiesfelden a. Inn. Gasthof zur Gräfin von Kuffstein.

Kühbühl (Tirol).

Königsfeld im Schwarzwaldb.

Klausen. Gasthof zur Post.

Kuffstein. Gasthaus zur Schanz bei R. Sandwirth zum
Speichern bei R.

Lafolt a. Rhod.

Landed in Schl. Logierhaus Elysium.

Langhampton.

Leba in Pommern.

Ligau bei Dresden.

Mellishap. (Berner Oberland).

Myzolembardo. Rest. Gröbner.

Montavon. Zimmer Bartholomä und Bandas (Boralberg).

Mühlental. (Ferienheim bei Bernigerode).

Mühlgraben bei Oberndorf (Tirol).

Müllheim in Baden. Hotel zum Löwen.

Münchweiler, Des Pirmasens.

Müsch.

Neuenahr. Villa Flora.

St. Nicolai bei Ebbs.

Oberndorf a. Inn.

Oberbögen.

Oberweiler. Kurhaus im Schwarzwaldb.

Ottlingen. Pensionat am Frauenkloster.

Pyrmont. Nichters Pension.

Prag. Altschloß, Kaiserliches Kasino.

Reuß bei Bogen.

Rupolding in Oberbayern.

Salzbrunn i. Schl. Dachsteins Hof, christliches Logierhaus.
Schierke (Harz). Hotel Hoppe und Haus Tannenheim.
Schärding am Inn. Kuranstalt Dr. Oberhecht.

Schwarzach bei Weigandthal.

Schreibershan. Landhaus Maria Elisabeth.

Sellin.

Sermione a. Gardasee. Hotel promessi sposi.

Sielbeck bei Ulft. Hotel und Pension Kellersce.

Spindelmaße. Hotel Wiesenhaus und Villa Hercynia.

Swinemünde. Veders Stranchofel (Bes. Wm. Weder).

Villa Seefisch (Bes. Geschwister Schmitt). Villa
Seiderose (Bes. J. Stöcker). Villa Hedwig (Pensionat
und Logierhaus, Bes. Wm. Hubner).

Tabarz (Großtabarz und Kleintabarz) in Thüringen. Hotel
Schichhaus.

Thierke.

Trauthelm i. Obenwald.

Travemünde. Villa „Mira Mare“, Kaiser-Wilhe.

Unterried (Bayern). Forsthaus.

Wilm, Insel im Hagenschen Bodden.

Wolterbad bei Hall in Tirol.

Waldenau.

Warnemünde. Villa Seefisch.

Wenningstedt auf Sylt.

Westerland auf Sylt. Pension Lamberd (Bes. Krome und
Frau geb. Lamberd).

Wildebad im Schwarzwaldb. Villa Montebello. Pension
Neuß u. Waldd.

Widungen. Villa Wald-Ed.

Widdihl (Tirol).

Wiesfeld im Harz. Johanneker Kurhaus.

Zinnowitz.

Aus S a h n i g auf Klagen wird uns geschrieben:
„Vor einigen Tagen las ich hier, wo im obigen von Anti-
semitismus nichts zu spüren ist, an der Tür der Geschäfte von
J o h a n n H e r r, Edel Weidlingstraße und Pringen-Wiese,
einen großen Anschlag folgenden Wortlaut: „Israeliten,
die dies Geschäft betreten, werden wegen Hausfriedensbruch
behaftet“. Darüber fand noch auf einem kleineren Zettel:
„Israeliten draußen bleiben“. Sollte es nicht möglich sein,
gegen diesen Unfug einzuschreiten?“

W i n g auf Klagen. Ueber eine antisemitische
Ausfchreitung, die im hiesigen Restaurant „Imperial“
passiert ist, berichtet die „Freiburger Verkehrs-Ztg.“: Der
Kommerzienrat J. aus Berlin gab in diesem Restaurant ein
Fischgericht mit dem Bemerkten zurück, es schade ihm nicht
und da er magenkrank sei, wolle er sich nicht der Gefahr
aussetzen, sich den Magen zu verderben. Der Wirt hörte
das, fuhr den Gast an und traktierte ihn mit Kräftausbrüchen
wie „verfluchter Jude!“ Als der Gast erregt aufsteht, wird
er aufgelodert, sofort das Lokal zu verlassen. Beim Hinaus-
gehen bekommt er noch Liebenswürdigkeiten folgenden Stils
zu hören: „Das verdamnte Judenpach, das hat man davon,
dass man solche Hunde reinläßt.“ Dabei sucht der Wirt
mit einem Stuhl in der Luft herum, wobei eine Scheibe in
Trümmer geht. Ein anderer Gast, der sich weigert, zu be-
zeugen, dass „der Jude“ angefangen habe, wird ebenfalls an
die Lust befeuert. „Der Jude“ hat der Staatsanwaltschaft
Anzeige erstattet.

B a d W i l d u n g e n. Zu den „streng christlichen“
Sommerresidenzen zählt, wie wir einem Schreiben des Stabes-
lements entnehmen, die Pension W i l l a W a l d - E d. Die
Inhaberin desselben, eine Frau Dr. T h i l e n i u s, erwidert
einem jüdischen Herrn auf seine Anfrage die folgende
Antwort: „Weider ist es mir nicht möglich, Ihnen
das Zimmer zu überlassen, da ich nur mit voller Pension
vermietet und mein Haus streng christlich ist.“

Heimkehr.

(Nach dem Russischen.)

Zwei kleinrussische Gänge schleppen den altersschwachen Kofferrücken auf dem ebenen Landwege hin. Die letzten Sonnenstrahlen verdrängen hinter den Bäumen des nahen Kiefernwaldes; eine kahle graue Färbung liegt über der ganzen Gegend. Mit liebevollen Worten treibt der Bauer seine müden Tiere an; seine „Läuchchen“ und „Wiedchen“ kreischen zwischen den harten Erbschollen nur mühsam vorwärts, selbst die Aussicht auf ein Bündel Heu und der Stall zieht sie nicht zu rascherem Laufe an.

Im Hinterteil des Wagens auf einem Bund Stroh liegt, halb gegen die eine Seitenwand gelehnt, ein noch junger Mann in einen verschliffenen Soldatenmantel gehüllt. Bei jedem Knick, den der Wagen macht, zuckt er stöhnend zusammen. Ein jüdischer Soldat ist, der vor vier Jahren in Jugendkraft herauszog gen Osten, den der Befehl des Zaren rief zum blutigen Gefecht gegen die schurkischen „Japs“, die Rußland unterwerfen wollten, wie man den Rekruten sagte.

Es war ein wilder Kampf gegen die gelben Teufel. Schandernd glichen blutige Wüden an der Seele des Heimkehrenden vorüber. Er gedachte der furchtbaren Kämpfe, des Vorwands und Wägens, der Schlacht bei Turenstschan, die ihm den linken Arm kostete.

Jetzt leht er heim ein Krüppel, ein Jüngling und ein Krüppel. Was werden die Eltern sagen, was das Schwefelgeschick? Tränen verbunkeln dem Blick des Invaliden. Wochenlang ist er schon unterwegs. Lange war der Krieg zu Ende. Mit nützigen Grübeln hielt man die Truppen zurück. Verworrene Gerüchte aus der Heimat drangen ihnen zu Ohren. Sie fordernten drohend die Heimkehr. Da gab man dem Drängen nach und ließ zuerst die Kranken und zum weiteren Dienst Untauglichen die Reise antreten.

Die Reise war eine furchtbare Qual, schlechte Nahrung, elende Wohnstätten. Doch jetzt sollte es bald anders sein. Jetzt war er daheim, nur wenige Minuten noch, dann grüßte ihn das elterliche Haus. Er hatte lange nichts gehört von Eltern und Schwester. Ihr Viehle machten verloren gegangen sein im kriegerischen Trudel. Er fragte den Bauer nach ihnen, der ihm gegen geringes Entgelt den Platz auf dem Strohhaub überlassen hatte. Der wußte nichts, und brummte nur mürrisch etwas zwischen den Zähnen.

Der Wagen rasselte über die Straßen der kleinen Stadt. Am Marktplatz trennte sich der Soldat von seinem Fußgänger. Gestaut blühte er umher. Es kam ihm alles so fremd vor. Überall kiennte sich Gerümpel auf in den engen Straßen. Die Fensterbühnen gähnten ihm leer an. Die Hausstür waren verschmerrzt. Seiten ließ sich jemand auf der Straße erblicken.

Dem Invaliden wurde unheimlich zu Mute. Er schritt die Gasse herunter zum elterlichen Hause. Überall dieselbe Zerstörung und ängstliche Stille. Jetzt stand er vor dem altbekannten lieben Hause. Er schaute hart hin. Die Fenster waren herausgerissen, ihm wohlbekannte Möbelstücke lagen auf der Straße, die Haustür war halb verbohrt. Von Entsetzen erfaßt trat er ins Innere. Die Zeichen wilder Zerstörung an allen Orten, Trümmer und Schutt überall, keine lebende Seele. Er wollte und griff nach einem Türpfosten. Dumpfes Gemurre soll aus einer Ecke des Flures an sein Ohr.

Er tappte dahin. Ein halbblinde alter Anwermbier kauerte dort und murmelte Gebeile. Er beachtete den Herantretenden kaum. „Wo ist der Vater?“ flammte der Soldat „Tot“ erhielt er zur Antwort — „Die Mutter, die Schwester!“ — „Tot, tot — alles tot!“ murmelte der Alte. „Tot?“, schrie der Heimgekehrte auf, „tot? warum — tot?“ — „Weiß nicht“, kauerte der Greis weiltend:

— „Bäternchen hats befohlen — Rosalen — Soldaten tomen — und jetzt ist alles tot — alles tot.“

Ein Keuchen hallte durch den Raum, dann brach der Heimgekehrte zusammen. Schwer schlug sein Haupt gegen den Türpfosten.

Der Alte detete weiter.

3.

Briefkasten.

W. in Delfisch. Besten Dank für Ihre interessanten Informationen.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu **70 Pfg.** bzw. **1,25 M.** inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a M. 0,40.
 2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,30
- erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Heilbergstr. 241.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgeschickte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlich und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

sprach, ist er schuldig, und sind seine und seiner Freunde Bemühungen, seine Unschuld zu beweisen, Versuche, die Justiz zu beschämen.

In Rumänien wird ein jüdischer Gutepächter beschuldigt, vierzehn rumänische Bauernmädchen vergewaltigt zu haben. Eine gerichtliche Verhandlung hat noch nicht stattgefunden. Der Beschuldigte hat die Justiz ergriffen. Ob er sich schuldig fühlte, oder ob er der rumänischen Justiz mißtraute, wissen wir nicht. Und nun höre man, wie die „Staatsbürgerzeit.“ weiter über den Fall berichtet. „Das ganze Zudentum — so schreibt sie — ist auf den Beinen, um durch Aufstellung falscher Zeugen, durch Bestechung von Polizei- und Justizpersonen, durch Drohungen und Einschüchterungen gegenüber den Beschädigten und ähnliche Mittel die Sache zu vertuschen und aus dem Verbrecher einen „Martyrer“ zu machen. . . Das Verbrechen ist notorisch und erwiesen, und trotzdem haben sich alle Juden zusammengeschloß, um den Verbrecher reinzuwaschen.“

Man bedenke! Vorläufig hat nur der Staatsanwalt gesprochen, es hat keine Gerichtsverhandlung stattgefunden. Die „Staatsbürgerzeit.“ hat aufnehmend noch nie davon gehört, daß sehr viele Jüdinnen gegen einen sprechen können, daß ein Staatsanwalt sich irren kann, sich schon öfter getrrt hat. Dennoch spricht sie von einem bereits erwiesenen Verbrechen, dennoch wirft sie den Juden, nein dem ganzen Zudentum vor, was oben zu lesen. Das Antisemitentum sollte doch einmal den Rabbi von Bacherach lesen, und es wird dann wissen, daß Juden, wenn auch nur der entfernteste Verdacht auf sie gemoren worden ist, als einziges Mittel die Justiz tannnen. Das war allerdings im Mittelalter. Aber in Rumänien und überall, wo Antisemiten das Wort führen, herrschen eben mittelalterliche Zustände. Wir sehen ja, wie in Rußland nur das Wort hingeworfen zu werden braucht, daß Juden auf eine Prozession geschossen haben, und die Menge ist schon bereit, auf nicht einmal verdächtige Juden sich zu stürzen und sie scharenweise hinzuschlachten. Wenn die Antisemiten es für möglich halten, daß Juden die rumänische Justiz beschämen können, wie sollten dann nicht Juden, die gar wohl wissen, daß die Juden kein Geld, am allerwenigsten ungefüllte Millionen, für Verbrecher übrig haben, der rumänischen Justiz vertrauen, daß sie sich durch die im Lande herrschende antisemitische Strömung beeinflussen lassen möchte?

Zu Salabins Zeiten brauchte nur der Jude zu führen, der der Gewalt eines wenig patriarchalischen Patriarchen anheimfiel. Im zwanzigsten Jahrhundert soll nach antisemitischer Uebersichtlichkeit die Judenheit auf dem ganzen Erdball zittern, wenn ein irgend einem Antisemiten einfallt, eine Beschuldigung gegen einen Juden auch nur auszusprechen. Und das ist doch, wie man schon aus den Ritualmordbeschuldigungen, die sich bald als leere Hirngespinnste erwiesen haben, oft genug vorgekommen.

Und da sage man noch, es gebe keinen Fortschritt! Von dem Patriarchen zur Zeit der Kreuzzüge bis zu dem modernsten Antisemitismus welcher Fortschritt auf dem Wege — rückwärts. Die Dummheit und die Bosheit waren eben ewiglich und kennen keine Grenzen.

Man darf inbeffen nicht annehmen, daß die so bequem zu handhabende und vortrefflich funktionierende antisemitische Zwischmühle im Falle von Verbrechen in Betrieb gesetzt wird. O nein! Sie wird bei jeder möglichen Gelegenheit angewendet. Wenn ein Graf Hohenbroch in einer Stichwahl die Parole auswirft: lieber rot als schwarz, dann wird es niemandem einfallen, seinem Charakter einen Makel anzuhängen, noch weniger seine Glaubensgenossen zu verdächtigen. Wollen aber auch in einer Stichwahl zwischen einem Antisemiten und einem Sozialdemokraten nicht als die größten Räuber ihre Wegger selber wählen, dann sind sie das jetz-

tehende Element, die Umschützer, die vaterlandslosen Gesellen, und zwar nicht bloß die Juden in dem betreffenden Wahlkreise, sondern die Juden im ganzen Reiche. Sind sie aber wirklich die größten Räuber und können für den Antisemitismus, dann sind sie die ehrsüchtigen, feigen Kriecher, die heuchlerisch ihre wahre Meinung verbergen. Streichen die Juden aus Seiten der Regierung, dann sind sie die lästigen Egoisten, die es gern mit der Macht halten. Sind sie, was insolge ihrer gefühligen oder doch tatsächlichen Rechtlosigkeit in vielen Ländern nur natürlich ist, auf Seiten der Opposition, dann sind sie die ewig unzufriedenen Räuber, die Wähler, Agitatoren usw. Treten sie mit vollem Eifer in dem Lande, in welchem sie wohnen, für die Nationalität ein, dann werden sie verpöthet, sind sie nicht eifrige Nationalisten, dann macht man ihnen zum Vorwurf, daß sie kein Interesse nehmen an dem Schicksal des Volkes, in dessen Mitte sie leben, dann sind sie Parasiten und was dergleichen mehr ist. In dem russischen Kaiserreiche waltete und braunt und siebte und jicht es. Bauern und Edelknechte, alle Intelligenzen, Soldaten, Matrosen, Offiziere, alle Nationalitäten sind in Aufruhr, und die ganze Welt sympathisiert, wenn auch nicht mit den rebellischen Handlungen immer, so doch mit der geistigen Bewegung, genau so wie die ganze Welt seinerzeit mit der großen französischen Revolution sympathisiert hat. Würden Juden in Rußland nicht auch an dieser Bewegung teilnehmen, dann gäbe es keine Schwärzung, die man nicht für die elende, feige, niedrig denkende Judenheit als Auslands zur Verfügung hätte. Nun nehmen sie als die am meisten Unterdrückten, als diejenigen, die am meisten zu gewinnen und am wenigsten zu verlieren haben, an der Bewegung teil, sofort heißt es, sie seien die eigentlichen Antisisten der das ganze große russische Reich erschütternden Revolution. Eine Zeit lang warf man ihnen vor, daß sie zwar die Hauptleiter der Bewegung seien, daß sie aber von allen Mut und persönliche Aufopferung erfordernden Taten sich feige fernhalten. Nachdem angeführt der Tatsache dieser Vorwurfs nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, da mehrere Juden als Attentäter auf Kaiser Zar ergriffen und dann hingerichtet worden sind, so heißt es jetzt, die Juden seien die Hauptbombenwerfer und so weiter.

Kurz, die antisemitische Zwischmühle ist überaus leistungsfähig. Die Juden können machen, was sie wollen, der antisemitische Weichsel liegt der Schluss ist: Die Juden werden verkannt, die Juden hier, da, überall. Die bornierte Waffe, die man keineswegs nur oder hauptsächlich unter den Massen zu finden hat, folgt wie die Schafherde dem Zeitstamm und stimmt mehr oder weniger fast ein in den Ruf: Die Juden werden verkannt! Es kommt eben nichts über eine praktische Zwischmühle, besonders wenn es viele gibt, die sich nicht die Mühe geben, die zu beschämen oder zu denken sind, die Verwerflichkeit eines solchen Zwischmappartus einzusehen.

Nachklänge zur Wahl in Hoffeismar-Kinteln.

In den Stöckerblättern, der „Staats. Ztg.“ und dem „Reich“ veröffentlicht Liebermann von Sonnenberg einen Artikel auf die Wahlbewegung und ihre Ergebnisse, der mit spizen Pfeilen gegen die Reformpartei reichlich gespickt ist. Was inbeffen die anderen bürgerlichen Parteien am meisten interessiert, ist die Mitteilung, daß ein antisemitisch - bündlerisch - konservatives Bündnis in Hessen bereits jetzt für die nächsten allgemeinen Wahlen perfert ist; der deutschsoziale Parteiführer schreibt nämlich:

„Mit besonderer Genugnung erfüllt es mich, daß ein Teil dem Reichstagen mit der Vorankündigung der Berücksichtigung entgegensteht, nämlich ein Bündnis zwischen den konservativen und den Deutschsozialen in Hessen zur Wahrung des gegenseitigen Besitztums im Landtage und Reichstage. Der

Reichstagswahlkreis Marburg fällt dabei aus. In Zukunft wird bei allgemeinen Wahlen ein größerer Teil unserer Arbeitskraft zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und gegebenen Falles zur Unterdrückung der Kandidaturen vornehmender Kräftegen verfügbar sein."

Die antisemitische Bewegung in Hessen, die sich früher gegen ein freisinniges Bündnis umgänglich hatte, ist also nunmehr ebenfalls ins konservativ-agrarische Fahrwasser hinübergeführt worden. Das führende Organ der Freisinnigen in Hessen begrüßt das Bündnis als eine sehr erfreuliche Klärung. Immer noch hatte der hundertliche Antisemitismus des Herrn von Liebermann ab und zu die volkstumsfreundliche Maske aufgesetzt. Jetzt aber wissen die Wähler, woran sie sind. Die Bahn ist frei. Bürger, Bauer und Arbeiter sehen klar den Feind: die hundertliche-konservativ-antisemitische Reaktion. Diese Schlacht wird den nächsten Wahlkampf wesentlich vereinfachen. Es wird heißen: die Freiheit und Fortschritt — dort Junkergeist und Rückschritt.

Im Lager des befreundeten Deutschen Volksbundes, der eben erst bei der Nachwahl in Hinterpommern ein offenkundiges Zeugnis seiner Sympathie für die Deutschsozialen abgelegt hat, ist man von jeder Erklärung sehr unangenehm überführt. Die „Deutsche Hochwacht“ schreibt:

„Es ist unmöglich zu glauben, daß dieser Plan in weiteren deutschsozialen Kreisen beliebt werde. Wir besitzen nicht die gute Absicht des Herrn v. Liebermann; wir wissen wohl, was er damit bezieht. Aber wie sehen darin doch nur ein Zugeständnis an die eigene Schwäche unserer antisemitischen und antijüdischen Bewegung. Herr v. Liebermann ist ein kühner und gewisstrauender Vertreter der alten Schule; dieser Plan aber ist ein Geistes nach dem Stichalm, wo wir doch schimmeln sollen. Wir wollen und wünschen, daß Herr v. Liebermann aus den eigenen Kräften und aus Selbstvertrauen weiterzukommen möge, wie es zweifellos auch der Befehl. Ein Einverständnis mit ihm möge ihn unterstützen und ihm die frohe Gewissheit geben, daß wir keine „Kompromisse“ nicht nötig haben, mit denen unser volkstümlicher Gesank sich nur „kompromittieren“ würde!"

Die „Deutsche Reform“, das offizielle Organ der Reformpartei, antwortet auf die Liebermannschen Angriffe verhältnismäßig schwachlich:

„Wenn er (Liebermann) die Reformen in Hessen als „politische Hausrecht“ bezeichnen, die „größere und unsaubere Bastardarbeit“ bezeichnen, so ist das solch Schimpfereien von selbst. Zum Glück bleiben ja noch einem Volkskampfe die Jungwüter als dauernde Werkzeuge dafür, wie die Parteien agitiert haben. Die der deutschsozialen Partei, u. a. ein solches, das eigenhändigere mit altem Willen gekämpft ist, können gewis nicht als Wüter vornehmenden Tones angesehen werden. Von den „Reformern“ (in Aufstrebungsstimmung) heißt es da u. a.: „Solch Schlichter, die unter dem schönen Namen des „Reformers“ bisher nur der Schlingenspieler in Lage gewesen, die durch Leute wie Klimowitz und Pöhlner den berechtigten Antisemitismus aus schmerzlichen ... unfairen Absichten ... die mit ihrem demotischen Realgefühl ... lediglich ein trügerisches Vorurteil der vorwiegenden ...“ Ja, Herr v. Liebermann hat Recht. Der Volkskampf in Hinterpommern, den die Deutschsozialen mit solchen Kräften führen, war ein schmerzliches Schauspiel zur Bekämpfung der glorreichen Junkerpartei. Nur wer Herr v. Liebermann nicht, daß er selbst und seine Freunde es sind, die, wenn auch unheimlich, die Junkerpartei bekämpfen. Und auch hier wieder bestätigt ihn sein Gedächtnis. Was das Verhältnis mit der Reformpartei zu tun? Wohl mehr als mit Herrn v. Liebermann selbst. Klimowitz war kurze Zeit Mitglied der Deutschsozialen Reformpartei, zur selben Zeit als Herr v. Liebermann einer der beiden Vorsitzenden der Partei war. Und nur in dieser Zeit hat Klimowitz mit der heutigen Reformpartei einer Organisation angehört. Hat Herr v. Liebermann auch das vergessen? Umhüllt er sich auch nicht mehr, wer den Großen Wähler ausgegossen hat? Herr v. Liebermann selbst! Wissen wir sein Gedächtnis überall aufstellen? Wenn man die Reformen gleiches mit gleichem verfahren hätten, schließlich mit mehr Recht, die konservativ-deutschsozialen Reformpartei als die Partei Hammerstein-Kauf verfahren hätten? Aber weiß, daß man nicht doch mehrer beste Kompromisse finden wird, die solche geschlagen hätte. Die Reformen verfahren solche Kompromisse und erhalten zum Dank von den Gläubigern nun ebenfalls wie „Hausrecht“, „Arbeiter“ uhm.

Der deutschsozial Reichstagsabgeordnete Kaas wird in dem Organ der Reformpartei hart angefaßt, da er

gelegentlich einer Quittung über bei dem deutschsozialen Wahlfonds eingegangene Beiträge geschrieben hatte:

„Und eine besondere Freude bei dieser Wohl ist es gewis für uns alle Deutschsozialen, daß wir schon vertrieben und trotz ansehnliche Beiträge von ehemaligen Reformern eingegangen waren, die durch das parteiellistische Treiben der „Reformer“ erzählt, man zu uns gekommen sind. Daraus dürfen wir die Hoffnung schöpfen, daß bald die letzten verhängnisvollen Männer aus den Reihen der Reformen ausgeschieden sind und dann die uns das finden, was sie auf der anderen Seite vergeblich suchten, nämlich ein Feld für gemeinsame, bessere oder laudable Arbeit im Sinne unserer deutschsozialen Partei.“

Die „Deutsche Reform“ erwidert hierauf:

„Herr Kaas kann zwar in seinen Quittungen keinen uns bekannten „ehemaligen Reformern“ nachvollziehen, der vor dem ersten Wahltag einen Beitrag in seine Kasse geschickt hätte; doch zeigt der Gehalt aus einige Reformen, die es hat und haben, auf die behändigen bringenden Wüten des „Deutschen Volkes“ hin, trotz der schreibenden Hubsch der Hamburger, halten wir für denkbar, so schwer immer dies durch das Verhalten der Kaas und Genossen als gemacht wird. Sind doch von Seiten, auf die wir Wert legen, von solchen Gehaltsgenossen, die wieder eine vermittelnde Stellung zwischen Reformern und Deutschsozialen einnehmen und eine notwendige „Gemeinsame Vereinigung“ für notwendig halten, Aufrechten der uns eingegangen, in denen sie gerade infolge der hundertlichen Angriffe der hundertlichen Deutschsozialen bereit sind, sich zu einem solchen Möglichkeit eines Zusammengehens als ebenfalls ausgedrückt erklären. Besonders die „Jungwüter“ des Herrn Kaas, nach allem mit ihm „ein Feld für bessere Arbeit“ gemeinsam zu beenden, erscheint ihnen ein starkes Geld, und sie fragen: Wie würde dies Feld wohl aussehen?“

Das heftige Organ der mit der Reformpartei im allgemeinen identischen sogenannten „Freideutschen“, die „Deutsche Rundschau“ schließt ihren Nachruf an die verlorene Schlacht mit einem „Geldbunt“:

„Wie wird die internationale Reaktion, die Sozialdemokratie, den 1. hessischen Wahlkreis erregen, aber auch die nationale Reaktion, die konservativ Partei und ihre gefügigen Anhänger, soll sich nicht lange eines Befehls freuen. — Das grüben wir unsern derzeitigen Wählern und unserer zahlreichen Anhängerzahl im Lande! Was hat der deutsche Reformpartei Unfähigkeit ausgelegt, man hat sich da und dort unwillig von ihr abgewandt, und man hat dabei beregnet, daß wir lange Jahre in unsern besten Kräfte hätten gelegt werden durch ihren großen Zerfall im Hinterpommern, durch die Einigung mit den verkappten konservativen Liebermannschen Zernung im Jahre 1894. Befreit von ihnen, können wir und endlich wieder unangefallen emstehen und unsere Kräfte an den reaktionären Widerständen erproben. Nicht hin nach dem Königlich Sozialen! ... Darum Was geschieht, ihr Freunde, und nicht an der Reformpartei verlag! Denn ihr vor allem erdri begeben die fundamentalen Unterschiede zwischen freien Reformern und konservativen Deutschsozialen. Hier die unabhängige reaktionäre Sozialpartei oder schließlich hundertlichen Wüter, dort das gefügige Werkzeug des reaktionären Großgrundbesitzes und des feudalen Großkapitals, vorgehoben und demütigt zur Einklangung möglichst vieler Handwerker- und Bauernfamilien. Reiner laute mehr aus Angst vor dem roten Geheiß diesem reaktionären Nationalismus in die Arme! In der deutschen Reformpartei findet jeder freie Deutsche seinen Platz und seine rechte Vertretung. Wir können nicht immer liegen, aber das ist möglich, das ist die Haupt-! Wohl kann die Sozialdemokratie von der roten Propaganda bedrückt, aber hier eigener Sinn ist und nicht doch grobger!“

Diese „Selbst“ à la Don Quixote bezaubern sich an ihrem eigenen Pfaffenquack.

Das Heinedenkmal des Herrn Bartels.

IV.

Für Herrn Professor Bartels gibt es nicht Probleme, gibt es nichts Wirklich-Problematikches, nichts Künstlerisch-Problematikches. Er wißt sich in seine Hochkraft, schreibt und unterzeichnet. Hier die Schafe, da die Böcke. Hier Germanen und da Juden. Das ist kurzbar einfach. Das schaltet jede Kompliziertheit aus. Dazu gehört keine Psychologie. Die Arbeit wird ungemein erleichtert. Warum hat sie sich nur so lange mit so verwickelten und unnützen Dingen herumgeschlagen? Nun ist ihr Alexander gekommen. Nun hat Adolf der Germane den Knoten durchgeschnitten.

Den Menschen keine meint Bartels bis dahin genugsam erwägt zu haben. Nun muß er den Dichter umbringen. Der berühmte Satz: „Der Mensch ist der Dichter“ — „Was einer als Mensch ist, ist er auch als Dichter, und umgekehrt, des Dichters Vorzüge und Schwächen finden sich im Menschen wieder“. Hier wird freilich Herrn Bartels ein wenig vor seiner Gottähnlichkeit dange: „Wenn darum auch noch nicht alles, was in den Werken des Dichters steht, in seinem Leben gesucht zu werden braucht — künstlerisches und menschliches Erlebnis sind oft nur Analogien, denen sich nicht jederzeit ohne weiteres.“ Aber näher zulehzt, erkennt hier aber leicht den Jesuitismus. Was eine Einschränkung erscheint, ist nichts anderes als eine Erweiterung, die nämlich, dem Klatz, der Schnäuseli und der Vereinerzierung alles Persönlichen und Persönlichen in das Werk des Dichters und den Schlussfolgerungen daraus ein Mäntelchen umzuhängen. Das Mäntelchen eines höheren Gesichtspunktes, einer belebteren Auffassung. Herr Bartels meint sich falsieren zu müssen. Aber er fällt sogleich wieder in seine Unbedingtheit und Plumpheit. „Seine der Dichter und Wagner seines Rufes“. Wenn Heine Zimmermann gegenüber Verwahrung gegen das Hineinschnäuseln in das Gedicht, Persönliches darin zu suchen, einlegt, so war das doch wohl mehr und ein anderes, als „die Furcht, als Jude erkannt und hingerichtet zu werden“. Wüßte er denn den Juden verderben und hat er ihn verdorren? Hat er nicht gerade vom „großen Judenthums“ gefungen? „Später schied dann Heine den Zusammenhang zwischen Leben und Gedicht gänzlich getrennt zu haben“. Herr Bartels ist nun schnell fertig mit dem Wort und sucht darin den Grundunterschied des Deutismus und Judentums. Klartext ist in der Kunstschreiberei kaum noch geübt worden. Hat nicht G. F. Meyer von Suttner gesagt, daß er „sein ausgefallenes Buch“ sei, daß er „ein Mensch mit seinem Wortspruch“ sei? Hat er damit nicht das deutsche Wesen kritisch geurteilt? Herr Bartels wäre fähig, das Deutsche einfach als das Harmonische zu erklären. Heine ist aber noch von seinem Menschen als eine harmonische Natur hingestellt worden. Oder wäre Herr Bartels sogar fähig, die Konsequenz zu ziehen und zu sagen, eine unharmonische Natur kann kein Dichter sein? Er würde es so ausdrücken, daß eine unharmonische Natur nicht der größte Dichter nach Goethe sein könne, was die Dummheit nicht besser macht. Aber, mit dem größten Lyriker nach Goethe, das ist überhaupt so ein Spöken. Wann darauf so viel anlässe, und wenn sich das nur nach Bartelschen Argumenten abschätzen ließe, so bliebe immer noch dies eine Enge, daß der größte Dichter nach Goethe in seiner Richtung liegen müsse. Er kann doch kein direktes Gegenteil, ja er kann sogar, mit Gegenteilem Goethe direkt fortsetzen. Herr Bartels wird das aber nicht verstehen. Man muß ihn seiner Unvernunft überlassen.

Heine schnitt manche Grimasse, die Herrn Bartels nie verständlich sein wird, trug manche Maske — (un faux nez, wie er zu Weill sagte) hinter die Herr Bartels nie wird sehen können. Von Auslösung der Gegensätze weiß dieser Seelenkinder nichts. Er hat die klipp und klare Formel: deutsch, jüdisch. Daß es noch andere Dinge zwischen Himmel und Erde geben könnte, als diese beiden, das wäre seinem kleinen Gehirn zu viel zugemutet. Außerdem würde ihn das von seinem Ziele entfernen: der Jude muß verdorrt werden. So darf er ihn sich nicht entschlafen lassen. Und also rüdt er dem Dichter, dem Lyriker, zu Leibe. Gleich wieder Vereinfachung, gleich ein einziges Kriterium: Gemüt. Was er Gemüt nennt, in seinem allergeringsten Sinne. Da schaltet er nun Heine aus. Er hatte kein Gemüt wie Goethe und — Moritz! (Es wird ihm doch noch glücklich gelingen, und den seinen und liebenswürdigen Moritz zu verstehen!) Erstens ist das nicht

richtig, Heine das Gemüt schlanke abzusprechen, zweitens setzt sich darin wieder die Bartelsche Unfähigkeit, den Unterschied einer Sache abzusprechen. Er kann nur auf einen Punkt starren.

Herr Bartels zieht nach dem Referat von Goethe die Kritik von Willibald Alexis an. Aber wer die liest, muß doch sehen, wenn er nicht die gleiche Kritik der Voreingenommenheit wie Herr Bartels trägt, daß hier versucht ist, verständnisvoll nachzugehen. Herr Bartels versteht unter verständnisvoll nachgehen freilich: das Persönliche erschöpfen und hereingehen und unbedingt und in Bausch und Bogen verdammen. Kritiker sein heißt Totschläger sein. Dann hätte freilich Goethe recht, wenn er den Rezensenten, „den Hund“ todschlagen haben will. Herr Bartels dürfte Willibald Alexis nicht verständnislos nennen, er hat in diesem Falle auch den Autoritätsglauben seines kleinen Geistes, so hält er sich an das Absprechende, das Alexis vorbringt und zieht das Fazit: „so enthält Alexis vornehm (so eine Kritik vornehm ist, dürfte Herr Bartels nicht Kompetenz genug haben zu beurteilen) und grübelnde Kritik im Grunde (!) schon die Verdammung der Heineischen Lyrik, soweit eine solche berechtigt (also ist seine, des Herrn Bartels Verdammung, zugekandenermaßen und unbedingte!): Laune und Reflexion statt Gefühl, epigrammatischer Charakter statt des eigentlichen Lyrischen, die Originalität (also doch!) nur in der Form (ich möchte, die sei auch gefühllos!) Sinnentauel, Hineinspielern in den krankhaften Zustand (also die höchstheutige Auslegung gibt es nicht, und wo sie's gibt, macht sie die Lyrik tot!) Schwärmerei, der Wechsel zwischen dem Katholischen und Römischen, besser die Auswechslung beider Dinge, (Frage: hat nicht auch das Volkstheater selbst diesen Kardinalfehler? Ist also keine Lyrik!) die Prostitution, der Materialismus in der Liebe“ (daß es für Herrn Bartels nur einen Immaterialismus der Liebe, oder nur eine immaterielle Liebe gibt, begreift man gerne.) Nun sehe man sich das alles an. Lauter einzelne Merkmale, lauter Merkmale des Einzelnen. Kein einziges allgemeines, das die Möglichkeit des Dichters oder des Lyrischen ausschließt. Im Gegenteil, lauter Möglichkeiten im Kreis des Lyrischen, und sogar eine Anzahl Möglichkeiten mehr zu seiner Erweiterung. Seine hat gewiß auch Scheinwerte. Aber nicht auf den Kopf gefallen ist und über die erste Pubertät hinaus ist, sieht sie sofort. Herr Bartels ist da ganz überflüssig, falls er nicht denkt, ein Literarchritiker für Analphabeten zu sein. Heine hat gewiß einen starken, manchmal überhebenden, nicht selten flörenden Einschlag der Kopfarbeit. Er setzt damit oft Gegenstandsmittheilbarkeit. Wer weiß das nicht? Ist ist das glänzend, wie er den Mangel ausgleicht, oft geringlich ihn nicht. Aber mo er Wirtuose ist, ist es vollendet. So wenig gerecht und kritisch es wäre, das seugnen zu wollen, so falsch, unkritisch und ungerecht ist es, darin das Anschließliche zu sehen und die anderen Werte, sagen wir die im Bartelschen Sinne eigentlich Lyrischen, zu leugnen und herabzusetzen. Der sich hier in das Überlebende des lyrischen Schaffens einzufügen weiß, wer mit einem feinen Empfinden die zu den äußersten Grenzen folgen kann, wo das Künstlerische ins Dichterische, das Können in die Kunst übergeht, wird zu ganz anderen Resultaten kommen als Herr Bartels. Heine ist ein komplizierter und misersfähiger Geist, ein Schema trägt ihn nicht aus, und es soll gar nicht gelungen werden, daß die Mischung des Deutschen und Jüdischen in ihm noch ein wesentlich Teil dazu beigetragen hat, die Mischung nur noch komplizierter zu machen.

Herr Bartels gefüllt es nun, Heine die Originalität abzusprechen. Er lernt nicht von seinen Vorgängern, er übernimmt von seinen Mitredenden und richtet das, was es bereits geschaffen, auf seine Weise zu“. Der plumpe Sophismus des Lernens von seinen Mitredenden läßt sich

gar nicht halten. Wollte man diese habnuckische Theorie einmal auf Goethe anwenden. Einmal feststellen, wo er von seinen Mitstreibern gelernt, um ihm die Originalität abzusprechen. Die Dummheit erscheint sofort in Schapitkonvergenz. Wieder das Rätselchen der abjektsten Vertragsgemeinschaft. Auch er mußte natürlich lernen, (wie wäre es würde der Satz aufgestellt, wer etwas lernt, ist überhaupt kein Dichter? Er würde vieles vereinfachen!) aber da er als Jude aus fremder Dichtung zu lernen hatte, so kann man auch ihm kaum von Entwidlung einer latenten Begabung durch das Lernen reden, es war bei ihm vielmehr eine Nutzung fremden Gutes gemäß seiner Natur. So ahmt er denn in weit höherem Grade nach als seine deutschen Dichtergenerationen, sein Dichten ist, mögen auch die subjektiven Antriebe nicht ganz fehlen, doch eher ein „Einschlingern“ wie Alexis sagt in fremde Stimmungen, ein bewußtes Nachahmen bestimmter Wirkungen als ein jugendlich-unreifes Dichten mit erborgten Mitteln. Dieser scheinbar geschickteste Satz spricht Bände. So viel darin gesagt ist, so viel wäre zu widerlegen. Heine ist deutsch erzogen, also lernt er nicht aus fremder Dichtung. Aber selbst wenn er aus fremder Dichtung gelernt hätte, schloß das nicht die Entwicklung einer latenten Begabung aus. Und schließlich schloß die Entwicklung selbst nicht die Aneignung fremden Gutes aus, weil diese Aneignung ihr Publikum kein kann. Herr Bartels stellt wirklich das Philosophieren lassen. Es ist ja schließlich, daß man den Wettbewerb davon kriegen kann. Alexis, das nach zu sagen, hat das „Einschlingern“ selbst gar nicht im Hinblick auf fremde Stimmungen, sondern auf die eigene geübt gebraucht, die er als krankhafte bezeichnet, krankhaft als Gesundheitszustand. Und zuguterlet bekannt Alexis gerade das eigene Gut Heines: „wunderbare Ausdruck der Sprache“, „fröhliche Widerspruch der Aspirationen“, „Tiefe des augenblicklichen Gefühls“, „argzählig aber seine festerbare Gestaltung“. Also nicht nur Negationen, wie Herr Bartels gefällt. Daß Alexis den Heinschen Gedichten den eigentlich lyrischen Charakter abspricht, liegt eben daran, daß er das darunter versteht, was Bartels etwa ausdrückt „wilde Ergüsse einer wütenden Leidenschaft“, „sanfte Klänge eines lebenden Gemütes“, „nicht der Ausdruck der Freude, nicht der des Schmerzes“, also gerade eine Charakterisierung der Neu- und Eigenart der Heinschen Gedichte, ihrer, wie wir heute sagen, modernen Erweiterung des lyrischen Gebietes.

Man sieht, Herr Bartels schreibt für Leser, die nicht denken, und gar nicht für solche, die von solchen Dingen etwas verstehen. Er hat nun sein Beweisstücklein begonnen. Er hat ihm durch geistige Annuit den nötigen Stempel gegeben. Das Tüneln läuft auf die Virtuosität hinaus. „Man mißverstehe mich nicht, als ob ich Heine die dichterischen Qualitäten absprechen wollte; (trotz dieser Versicherung tut er es doch. Das bekannte Rätselchen seiner Objektivität!) nein, er ist ein Dichter (aha!) aber er ist ein Dichter anderer Art als unsere großen deutschen Dichter, er ist eben ein Dichter-Virtuose, wie er der gegenwärtigen jüdischen Natur entspricht.“ In der Dichter-Virtuose wirklich ein Dichter? In dem Sinne des Schöpfers, wie Herr Bartels das Wort Dichter doch wohl verstanden haben möchte? Erkenne wir nun einmal Schöpfer und Virtuoso, um sie, wie Herr Bartels, indog auf die Schöpfung zu beziehen, so hat man den Pleonasmus in nuce. Das Demeistängeln tappt weiter. Auf's Vollstetum muß es hinaus. „Er ist ein geborener Dichter“, aber er blickt nicht aus dem Vollstetum heraus. Und „damit“ (und mit der notwendigen Manier der Form) — die Klammer ist von ihm — „hängt es dann weiter zusammen, daß die Heinschen Gedichte der Naturfrische und Innigkeit der Vorleser, ihrer Traumwelt, wie Kuh (der Jude!!!) so schön sagt, und ebenso der harten Reflexion der Geisteslichen

vollkommen entbehren.“ Grazie haben si. „Salongrazie“ Herr Bartels spricht von Grazie und gar vom Salon, man denke! — „um den ausgeprägten Kulturpoetischen Charakter ganz deutlich zu bezeichnen.“ Heine also, um jetzt deutlich zu werden, übernimmt mehr als andere (bedeutendere) Dichter (bis dahin rangiert er also noch mit denen Logistischer Herr!) er übernimmt die äußere Form, den sprachlichen Ausdruck, die Anschauung, im besonderen die Naturanschauung (die er freilich oft mißbraucht). — Klammer am Herrn Bartels — ja ganze Anschauungskomplexe mit den zugehörigen Gefühlskomplexen, fertige dichterische Motive, selbst ganze Gedichte, die er dann nur in seine Manier überträgt. Nun brach einer einen Stach! So arg auf die Dummheit seiner Leser zu spekulieren, das ist denn doch pöligemäßig. Heine ist also tat. Der tapfende Demeistang tritt ins Stadium der Demonstration. Die „Larelei“ muß, natürlich als der eigentliche Darn im Auge, hoch gehalten. Hören wir die Demonstration des tapfenden Demeistangs: Man hält sie aus immer „als Zeugnis für das deutsche Dichten Heinrich Heines „entgegen.“ Deute hört man sie nicht mehr so häufig.“ So? Kein Wunder, sie hat „auch gute Deutsche über ihren wahren Wert getäuscht.“ Köstlich: gute Deutsche! „Von ihr — der „Larelei“ — gerät Heine wirklich nur die Rede, und die taugt nicht einmal viel.“ Hören wir den Mann sich weiter beweistangtapfend blamieren. In der Strophe:

Zu Bacharach am Rheine
Wohnt eine Jauderin,
Die war so schön und seine
Und ich viel Herzen hin

„hab von den Mätiern des Heinschen Gedichtes nur zwei enthalten, die Schönheit der Jauderin und der Fels im Rhein.“ Man denke nur! „Aber den Schiffer oder Fischer im kleinen Rahne kannte Heine in einem anderen Brentanischen Gedichte finden, dessen Anfang lautet:

Ein Fischer saß im Rahne,
Ihm war das Derg ja schwer,
Sein Lieb war ihm gekrank,
Das glaubt er nimmermehr.“

Ja das nicht zum Kapstehen? Wer weiß zu vermelden, wo noch ein Rahne und ein Fischer drin vorkommen, damit sie Heine daher gestohlen haben könnte? Das geschickte Schiffelein, konstatiert Herr Bartels, findet sich irgendwo, das Stenemotiv auch. Die wäre es, Herr Bartels untersucht einmal, ob Goethe den Floss des Pfahlfloßes aus Frankfurt oder aus Weimar hatte? Der Antikemismus hat ihm einen Floss ins Ohr gesteckt, noch größer als der, von dem Branden Krag, davon ist der arme Herr Professor ganz rabiat geworden und spielt nun den dummen Teufel. Es ist aber gar nicht zu fürchten, daß er sich ertre in die Rolle „einschlingert“ habe. Der Herr Professor konstatiert einmal, daß Heine, der alle schlechten Eigenschaften hatte, ein Faulenzer war. Nun stellt man sich den Floss ar, den er ausgemacht haben muß, das Gedicht zusammenzusetzen! Denn man hört nur, er muß noch weiter suchen. Ein schlechtes Gedicht des Grafen Otto Heinrich von Raben erfüllt, das hat „Ich den ganzen Gehalt“. Eigenbarff hat dann die Stimmung herausgebracht — (also hat Eidenbarff auch erst gestohlen, um dann die Stimmung herauszubringen!) Das reine Diebstahlsdelikt, diese deutschen Dichter! In einem anderen Gedichte von Eigenbarff ist das Daarlämmen enthalten. Einen wunderlichen Einbild ins Dichterschaften hat der Herr Professor. Wie naiv er sich vorstellt, wie ein Gedicht zustande kommt, als hätte er gestern noch in Bozelen die Schweine gebüht. Zerknagel daß dieser Mann im „Kunstmarkt“ Lyrik und Dichtung kritisiert. „Jedenfalls ist das Heinsche Gedicht abschließend, aber ein lyrischer Krostall, wie die meisten Deutschen nach immer meinen, ist es keineswegs. Wie allgemein und trivial, wie breit und

im Grunde überflüssig ist zunächst die Einleitung". Er meint die erste Konklusion. Wollte einer sagen, wie trivial und allgemein ist die Einleitung des deutschen Märchens: es war einmal, wir würden ihn keineswegs auslachen. Man ließe ihn stehen. Neben hilft da doch nichts. Es wäre, wie wenn man einem Ochsen ins Horn pegt. Er fährt fort: "Das paßt mit seiner verschwimmenden Sentimentalität als Einleitung für alle möglichen Gedichte". Ist es wirklich nur Verschwimmtheit, daß hier die etw. entlichen lyrischen Qualitäten in Mängel verkehrt werden? Darf man eine solche Verschwimmtheit nur einem halbwegs gebildeten und unterrichteten Menschen zutrauen? Wäre der Barbarismus des Herrn Bartels nicht, daß in der Baggett der Strophen und ihrer verschwimmenden Sentimentalität poetische, lyrische Reize liegen, die übrigens auch zudem, wenn Herr Bartels, woraus er sich einmal was zugute tut, halbwegs "kulturfähig" lesen könnte, noch eine zeitliche Bedingtheit haben? In dieser zeitlichen Bedingtheit löst sich übrigens, wenn man überhaupt auf den Unsinn eingehen will, vieles aus den anderen "Diebstählen". Die zweite Strophe hat "etwas Abendschwärmung". Man lese sie. Sie hat eine sonstige Abendschwärmung und ist ein sonstiges Bild. "Nicht ungewöhnlich, aber ausweichend", nennt Herr Bartels das. War der Mann einmal am Rhein? Kann der Mann überhaupt eine Abendschwärmung und ein Abendbild erleben? "Auch die Schilderung der Jungfrau mag angehen (!), wenn man auch sagen muß, daß die Attribute („schönste" Jungfrau, „goldenes" Haar) bei einem Mädel wahrscheinlich etwas besonderer ausgefallen wären." Nur die Mädelattribute gelten also. Herr Bartels drückt seine Karren noch heuchlerisch auf. Er läßt dem armen Reine nun mal was durchgehen, das "wilde Weib" — "dannet der scharfe Verstand lacheln, aber der ist bei der Lyrik nicht ausfallsagend (der Herr Schulmeister kennt seinen scharfen Verstand und hat zugleich Empfindung) und so lasse ich die Werbung durchgehen." Man hörmal aus! Nicht. Man halte weiter das göttliche Schampiel aus. Eine Güte ist gleich zwei Götze wert. Reine wird nun anders Knie geküßt, bekümmert die Höden angepannt, und bekommt nun mit einem echt deutschen Hässlichkeit, ein spanisches Noßwort zu elegant und ist auch was fremdes, seine Pörmern ausgehört: „Geradezu grenzlich ist aber die letzte Strophe:

Ich glaube, die Wellen verflängen
Am Ende noch Schiffer und Kahn.
Und das hat mit ihrem Singen
Die Lorelei getan!

Die Unterbrechungen sind von Herrn Bartels. Also blamiert er sich: „Ich glaube! Ein allwissender Dichter, der glaubt!" Und dann der Pleonasmus Ich glaube — am Ende. Wo ist der Pleonasmus? Der Herr Professor philosophiert wieder: Nur durch den allwissenden Dichter, nur durch Einführung des Bartelschen Unsinns kann ein Pleonasmus konstruiert werden. Wie gerade auch das „Ich glaube" der ganze Vorgang ins Bage, Sagen- oder Märchenhafte wieder zurückführt, aus dem es gefungen in der ersten Strophe, und daraus es durch die tatsächliche Schilderung des Vorganges zu deutlich, gegenwärtig und wirklich sich gehoben, das empfiehlt dieser professionierte Griffeltastler nicht. Wie sich über den Ausgang ein ungewisser Fehler breitet, wie ein Vorhang vor dem Ende schwebt, dafür hat dieser stumpfe Organismus keine Aufnahmefähigkeit. „Am Ende," die Falschheit, daß hier ein laubläufiger Ausdruck am Rhein aufgegriffen und direkt zu einer poetischen Wirkung erköpft wird, die zu erwischen, kann man von Herrn Bartels nicht fordern. „Und dann zum Schluß der auch in der Form geradezu marxistischer Hinweis auf die Schuld der Lorelei — Kamuffschur würde unser Freund Kantippos sagen." Der moralisierende Professor Bartels-Engberg sieht hier banaufschmerzwoll eine

Schuld. Das geht doch wirklich über die Quatschnur. Die Zaubergewalt des Singens, die hier ausgedrückt ist, wird in einen Schuldverweis umgewandelt. So liegt dieser Mann Gebichte. Und schließlich hat seine tapfere Voreingenommenheit auch wieder das Züßliche aufgetrieben — für weniger von ihren Klassenwerten verlebende Sterbliche nicht zu sagen wo, aber Herr Bartels, der Professor, hat's gefunden. Er hat's gefunden. Um es zu finden, hat er von der Kunst geredet, wie ein Maulwurf vom Licht. Schild- und Schmerthalter des Deutschtums! Aber Collisions- und Kulturprotektoren bogen. Und seine letzten und höchsten Werte hat doch schließlich das Deutschtum in ihnen. „Es ist aber auch sicher, daß unbefremdet deutschen Empfinden (ach der Mißbräuchlichkeit mit diesem Worte!) diese wie so viele andere heimliche Pointen (wir haben gesehen, daß es Bartelsche Unterbrechungen und Falschdeutungen heißen möchte) durchaus widerstehen, daß der Unterschied zwischen deutscher und jüdischer Poesie nirgends deutlicher als hier zutage tritt." Was zu beweisen war. Aber der Beweis ist mißglückt. Wenn es nirgends deutlicher zutage tritt als hier, tritt es nirgends deutlicher zutage. Herr Bartels und seine Schmähchrift zur Heineischen Denkmalschänkung werden vergehen, die Lorelei wird bleiben. Sie hat alles nicht, was Herr Bartels von ihr sagt, und sie hat etwas, was ihm so fremd ist, wie der Womb dem Mopse: Poesie. Und es gibt sogar noch bessere Gedichte von Heine. Würde sie Herr Bartels auch kleintrampeln, sie würden nur schöner wieder ausfließen.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der Leipziger Verband deutscher Handlungsgehilfen hat, wie unseren Lesern bekannt ist, in mehreren Veröffentlichungen sehr entschieden bestritten, daß er sich antisemitischen Vorurteilen zugänglich erweise. In einer Zuschrift hieß es, der Verband besitze eine Reihe sehr tätiger jüdischer Vertrauensmänner, und eine solche Reihe jüdischer Firmen seien außerordentliche und stützende Mitglieder. — Diese Tatsache bestritt das Organ des antisemitischen Handlungsgehilfenverbandes keineswegs, behauptet aber gleichzeitig in seiner letzten Nummer, die Tatsache lasse sich nicht aus der Welt schaffen, daß der Leipziger Verband in seiner Zeitung Juden nicht duldet und daß Herr Reif in einer öffentlichen Versammlung, die vor einiger Zeit in Posen stattfand, dergleichen Vereinigungen des Leipziger Verbandes, die seine Juden aufnehmen, verteilte, indem er erklärte, diese Vereinigungen seien nicht antisemitisch, die Leute wollten nur unter sich sein! Diese merkwürdige Erklärung haben wir schon vor 1½ Jahren in der Handels-Wacht festgenommen. Der Leipziger Verband hat sich wohl gehütet, darauf zu antworten, denn unsere Mitteilungen beruhen auf Kotzen, die an Ort und Stelle bei jener Versammlung in Posen aufgenommen wurden. Der Leipziger Verband hängt eben auch in der Judenfrage den Mantel nach dem Wind. Als stützende, außerordentliche und ordentliche Mitglieder sind ihm die jüdischen Kaufleute willkommen, aber in der Verbandseileitung duldet man dem verfluchten Antisemitismus, da duldet man Juden nicht!

Der Leipziger Verband wird, wie wir hoffen, in der Lage sein, auch diese Behauptungen zu entkräften.

Juden und Preußen. Das „Bayerische Vaterland" mag über die Rosinsegerer der Sommerfriseur in Oberbayern. Das ist sein gutes Recht, und wenn das Blatt die Klage in Witz und Spott gekleidet hätte, wäre gewiß nichts dagegen zu sagen, denn die Salonbesucher sind ebenso lächerlich wie die Salomillitoler. Aber das „Bayerische Vaterland" führt größtes Geschick aus zur

Verteidigung des bayerischen Referatsrechts auf die bayerische Gebietsverträge. Es schimpft in echt Ehren-Eiglichen Tone auf die Juden und Preußen, die es zuwege gebracht haben sollen, daß „die Gebietsverträge sich ihrer Tracht schämen“, und immer weniger die wunderschöne und kleinsame Gebietsverträge tragen. Wir verzichten auf eine Untersuchung, ob die bayerischen Gebietsverträge ein Referatsrecht wie auch so manches andere auch auf ihre Tracht haben, und ob sie in der Tat sich ihrer Tracht schämen. Wir wissen nur, daß überall in Deutschland, nicht bloß in Bayern, sondern in der ganzen kulturbelebten Welt die Nationaltracht der niederen Klassen allenthalben Platz zu machen die Neigung verrät. Was uns interessiert, das ist, daß die Berliner „Staatsbürgerzeitung“ es übel nimmt, daß das „Bayerische Vaterland“, „Juden und Preußen auf einer Gabel verpfählt“. Gegen das Verzeihen nur von Juden hätte das Berliner Antisemitenblatt nichts einzuwenden. Ihm ist nur schmerzhaft auch und obenstehend zusammen mit Juden „verpfählt“ zuwerden. Die „Staatsbürgerzeitung“ hätte lieber daraus lernen sollen, daß, was sie nicht will, daß man den Preußen tue, sie auch nicht wollen sollte, daß es anderen zugestimmt werde. Wenn es einmal gestattet ist, andere zu verpfählen, dann gibt es keine Grenze; dann hat der eine ein Schläge, Juden, der andere ein Schläge Preußen, Russen, Deutsche, Franzosen zu verpfählen. Das Gustibus ist bekanntlich nicht zu streiten. Und wenn die „Staatsbürgerzeitung“ meint, daß „oberbayerische Gebietsverträge und orientalische Abkammerung sich unter allen Umständen sehr schlecht vertragen“, dann meint das „Bayerische Vaterland“ eben, daß oberbayerische Gebietsverträge von Preußen, vielleicht sogar von Antisemiten und Berlinern den Gebietsverträgen verpfählt werden kann.

Judenreiner Schützenverein. In Darfeld bei Münster wurde am 16. und 17. Juli allgemeines Bürger-Schützenfest gefeiert. Die „Wend. Rundschau“ meldet nun darüber: „Ungefähr 60 Schützen beteiligten sich daran. Am ersten Tage ging um 1 Uhr mit klingendem Spiel hinaus nach der „Vogelstange“ zum Königsbüschen. Der Königsschütz hat J. S., jedoch wurde ihm die Königswürde nicht zugesprochen, weil Herr J. S. — Jersalit ist. Nach den alten oder richtiger gesagt, „veralteten Statuten darf der König nicht waischisch sein, sondern angehören. Nun war guter Rat teuer. Es blieb kein anderer Ausweg, als den persönlichen Vogel so gut wie möglich zusammenzufinden und ihn wieder auf die Stange zu setzen, damit er künstgerecht zum zweiten Mal heruntergeschossen werde. Aber seiner hatte Neigung, Wieselkönig zu werden, vielmehr schossen alle der Reihe nach Höcker in die Luft. Auf diese Weise konnte man also unmöglich zum Ziele gelangen. Den Wieselkönig auszufinden oder das Los entscheiden zu lassen, erschien denn doch allen zu komisch, und so griff man zu dem Ausfallsmittel, einen Wieselkönig zu kaufen. Für Geld kann man ja alles haben. Dreißig Schützen trafen die Vereinbarung, demjenigen, der Wieselkönig werden wollte, je 5 Mk. in Summa also 150 Mk., zur Verfügung zu stellen. Dieses Mittel half; nicht lange dauerte es, da konnte man Herrn Kupferhämmermeister B. als Wieselkönig proklamieren. — Nun war die Welt wieder gerettet. — Warum Herr J. S. als Jersalit wohl einem solchen Verein als Mitglied angehört?

Unhöfliche Antwort eines bayerischen Eisenbahnbeamten. Von einem Herrn aus Würzburg ist an den Bahnhofvorstand in Nürnberg folgende Beschwärde gerichtet worden:

Würzburg, 4. August 1906.

An den Bahnhofvorstand der Station Nürnberg.

Ich bitte Sie, höflich nachzusehen lassen zu wollen, welcher Fehler es ist, der am vorigen Montag 30. Juli a. c. zwischen 11 1/2, die

11.45 morgens, am Schaller-Bamberg-Brückchen, folgende Antwort auf eine Frage meiner Gemahlin gegeben hat: Frage: „Bitte, könnten Sie mir vielleicht sagen, welches ist ungefähr der Fahrpreis von Nürnberg bis Würzburg?“ — Antwort: „Das kann Ihnen hier niemand sagen, gehen Sie zur jüdischen Gemeinde.“

Ich kann nicht annehmen, daß die bayer. Bahnverwaltung eine derartig unverschämte und unverschämte Antwort gestatten kann, und diese Sie daher, mir mitteilen zu wollen, welche Strafe diesem groben Beleidiger auferlegt werden soll, damit ich urteilen kann, ob ich von weiteren Reklamationen absehen soll.

Ich befinde nebenbei, daß ich Franzose bin und daß weder meine Frau noch ich jüdischen Abstammung sind, und wenn es auch der Fall wäre, glaube ich nicht, daß Sie die Handlungsweise des betreffenden Beamten billigen können.

Hierzu bemerkt der „Frank. Kurier“:

„Es erscheint doch kaum glaublich, daß ein Beamter auf eine höfliche Anfrage diese Antwort erteilt haben sollte. Auf jeden Fall ist es aber angedroht, zur Erhaltung des guten Rufes der bayerischen Eisenbahnbeamten schicklich, als wirklich eine betrogene Kasse eine von einem hohen Beamten gemacht werden ist, und wenn das geschehen sein sollte, einzuführen. Die Eisenbahnen können ja bei den ins einzelne gehenden Angaben des Beschwärfteten nicht schmer sein.“

Vermischtes.

Ueber die staatsbürgerliche Zurücksetzung der Juden in Lippe klagt eine Zufahrt an die „Lippische Landeszeitg.“, der wir das Folgende entnehmen:

„Als die Ausnahmegesetze in den anderen Staaten fielen, war auch der Jude in Lippe der bürgerlichen Gleichheit und Freiheit teilhaftig. Leider hat in den letzten Jahrzehnten der reaktionäre antisemitische Kurs des ehemaligen preussischen Justizministers Schöndörfer auch in Lippe Schule gemacht. Wir wollen heute nicht untersuchen, ob der geringe Aufschwung zur Unterhaltung der jüdischen Religions- und Elementarschulen seitens des lippischen Staates in dem richtigen Verhältnis steht zu den Steuerlasten der lippischen Staatsbürger jüdischen Glaubens. Darüber ein anderes Mal. Heute sei nur die Rede von der selbst in Preußen nicht in dem Maße geübten Ungerechtigkeit der lippischen Justizbehörden. Seit einer langen, langen Reihe von Jahren ist ein Jude weder für das Amt eines Schöffens noch eines Geschworenen für würdig befunden worden. Da das lippische Staatsgesetz Juden die Befreiung dieser Ehrenämter durchaus nicht absperrt, liegt hier eine arge Verletzung bürgerlicher Staatsrechte der Lipper jüdischen Glaubens vor. Es würden sich mit Rechtigkeit mehrere Dutzend in ihrer moralischen Qualifikation einwandfreie jüdische Herren finden lassen, die sehr wohl für einen Schöffen oder Geschworenen sich eignen würden. Das schon seit Jahrzehnten gerade die Juden nicht ausgelöst werden, kann u. a. n. d. g. l. i. c. h. Zufall sein. Und wodurch kann eine solche Ignorierung der Gesetze speziell in Lippe verteidigt oder besser, zu recht fertigen versucht werden? Einzig und allein muß der Grund in der Passivität der lippischen Justiz liegen. Und da kann nicht laut genug die Stimme des Protestes erhoben werden gegen solche mittelalterliche, jeglichem Humanitätsgefühl widersprechende Behandlung der Juden in Lippe.“

Daher ist es falsche Bescheidenheit, wenn die maßgebenden, vielleicht auch einflussreichen Kreise der Juden in Lippe schweigen und diese sie tief kränkende Verletzung der Gesetze aber sich ergehen lassen. Schweigen an falscher Stelle ist in diesem Falle entweder ein Zeichen unerschütterlicher Gleichgültigkeit oder feiger Selbsthinaussetzung. Und wenn es die Herren am grünen Tisch nicht ein, daß hier der Vaterland gar innig liebenden Staatsbürgern bitter Unrecht geschieht, dann gibt es noch einen Fürsten in Lippe, der zehn Jahre lang einen Kampf um Recht geführt hat, damit Recht auch Recht bleibe, dessen hochachtbarer Vater mit den Worten „Gott und mein Recht“ seinen Geist ausgegeben hat. Die Lipper jüdischen Glaubens sollen sich aber auch nach

Mitteilungen

aus dem

Nerein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 2036.

Alle Sendungen an die Expedition und Expedition sind zu richten an Herrin W. Magdeburgerstr. 14, und alle Briefe gegen die Expedition Herrin W. Magdeburgerstr. 14, und alle Briefe gegen die Expedition Herrin W. Magdeburgerstr. 14.

Die alte Schilda-Herrlichkeit!

Die alte Dürschherrlichkeit entschwimmt wohl, nicht bloß den Individuen, sondern, wie wir leider aus so vielen Vorgängen im Studentenleben sehen können, überhaupt. Ob sie, die dem Einzelnen nie wiederkehrt, jemals der Dürsch Jugend wieder blüht? Aber wenn auch die Dürsch entschwunden sind, die alten deutschen Schülbürger leben und gedeihen. Zwei deutsche Städte streiten gleichzeitig um die Ehre, mit Schilda und Schöppensfeld der Welt und Nachwelt bekannt zu werden: Darsfeld und Salzbrunn.

Die Leser wissen aus der vorigen Nummer der „Mitteilungen“, daß die wackeren germanischen Schützen in Darsfeld, obgleich sie nur Löcher in die Natur zu schießen verstanden, doch so viel Selbstgefühl bewahrten, einen Juden, wenn er auch den Vogel abgeschossen hatte, nicht als Schützenkönig über sich zu dulden. Zwar haben die Juden zwei der berühmtesten Könige der Welt, David und Salomo, geküßt, zwar sind Juden Minister großer Mächte gewesen und sind es hier und da noch, aber Schützenkönig, und gar Schützenkönig in Darsfeld zu sein, das ist denn doch zu viel Ehre für einen Juden. Wenn die draven Darsfelder Schützen auch nicht den Vogel getroffen hatten, darin hatten sie als teutonische Männer das Richtige getroffen, daß sie einem Juden die Schützen-Ehrenrechte aberkannten. Nur wundert uns, daß derartig germanisch geküßte Männer auf ein so „jemitisches“ Auskunftsmitel gefallen sind, sich einen König zu kaufen. Den Mammonismus hätten die Darsfelder nicht in ihre alt-ehrwürdige Schützengilde eindringen lassen sollen. Am Ende sagt man nun doch, daß die Darsfelder Schützen mit ihrem für bare 150 Mark gekauften Vögelkönig — verjudet seien. Nicht wundern soll es uns, wenn der jüdische Schützen-Kronpräsident jetzt Schützen-Republikaner wird und — die Juden sind ja einmal das zerlegende Element — auf Abschaffung der Schützenmonarchie hinarbeiten. In jedem Falle sieht Darsfeld in Deutschland voran und rivalisiert mit Schilda und Schöppensfeld, nur daß sein Ruhm in neuem Glanze strahlt und um eine Königskrone sich schlingt.

Wenn nur die Konkurrenz nicht wäre! Diese wird den Darsfeldern, und das obenbrein von Amts wegen von Salzbrunn gemacht. Dort wurde, wie wir lesen, eine Veranstaltung der herzoglichen Brunnen-Direktion angeschlossen, daß vom nächsten Jahre ab das Tragen von Kasikan auf den Promenaden nicht mehr gebührend werden soll. Dieses mittelalterliche Kleiderregulativ ist gegen die russischen Juden gerichtet, die sich in Kasikan — das sind lange Röcke — zu kleiden

lieben. Ob die herzogliche Brunnen-Direktion sich auch herausgenommen haben würde, die desolatierten Randbain und Demimondbain, falls diese überhaupt sich nach Salzbrunn verirren, aus den Promenadenwegen zu graulen? Der Kasikan ist unser Gesichtsmask, aber es ist so manche Kleidertracht nicht nach unserem Gesichtsmask. Will die herzogliche Brunnen-Direktion gegen alle ihr nicht zugehörigen Röcke zu Felde ziehen? Will sie eine gewisse, vielleicht vom herzoglichen Hofschneiderersonnen Toilette lenzieren, patrouillieren und monopolisieren? Ist Sibota Duncan die Egeria, der Naturmenschen Nagel der Urheber der Antikastan-lampagne? Es kann uns ebenso wenig einfallen, die verborgene Weisheit des Salzbrunnischen Meises ergründen zu wollen, als uns es einfallen, uns den Kopf zu zerbrechen über die in Kibera, Schilda und Schöppensfeld gefassten Ratsbeschlüsse. Nur das wollen wir der herzoglichen Brunnen-Direktion aufschreiben, daß sie gnädiger Erwägung empfehlen. Derselbes Beschlüsse kann weder von antisemitischem noch von philosemitischem Standpunkt uneingeschränkte Zustimmung erheben. In dem heute mit Recht wieder zu Ehren kommenden Mittelalter machte man die Juden gerade durch außerordentliche Tracht allen ehrsüchtigen Christen kenntlich. Warum will die herzogliche Brunnen-Direktion abweisen und die polnischen Juden zwingen, sobald sie die Schönheiten der Salzbrunner Promenade genießen wollen, sich in germanische Tracht zu werfen? Man könnte nun die herzogliche Brunnen-Direktion im Verdacht haben — uns liegt ja, wir schänden es bei allen Göttern Walsballe, solcher Verdacht meilenweit fern — aus philosemitischen Gründen den Kasikan den Krieg erklärt zu haben, etwa in der Absicht, die Juden zu verschönern und der germanischen Menschheit im allgemeinen und der Salzbrunner Elite im besonderen angenehmer zu machen. Aber es wäre u. U., zumal für eine herzogliche Brunnen-Direktion, zu bedenken, daß die polnischen Juden ihren Kasikan teils aus konfessioneller Reizung, teils auch aus Frömmigkeit tragen, und daß es nicht gut aussieht, wenn eine herzogliche Direktion konfessioneller Reizungen und Frömmigkeit bekämpft.

Diese werden sagen, die hochwohlwollende Brunnen-Direktion habe weder einen anti-, noch einen philosemitischen, noch überhaupt einen Standpunkt bei ihrer Anordnung, sondern lediglich den — Signpunkt im Auge gehabt. Das scheint uns aber am allergeringsten einer herzoglichen Behörde würdig zu sein. Ob und wie der Kasikan den Ausgästen steht, ist Privatangelegenheit. Darum hätte die Brunnen-Direktion lieber auch den Signpunkt bei den polnischen Juden nicht ins Auge lassen sollen. Wir fürchten, dieses Kasikanregulativ wird dem Bab Salzbrunn keinen Nutzen, aber vielleicht den

Raum einbringen, mit Schilda und Schöppenstedt, dem alten Adersa und dem neuen Darfeld in Wettbewerf getreten zu sein. Ob die Darfelder oder die Salzbrunner den Preis verdienen, ist schwer zu entscheiden. Die Darfelder Schützen haben den Vogel nicht abgeschossen, die Salzbrunner Brummenbrüktion aber auch nicht.

Liebermann von Sonnenberg.

Eine Charakterstudie nach antikenntnisslichen Zeugnissen.

In der „Geistlichen Rundschau“ finden wir folgende allerliebste Indiscretionen „aus dem Leben eines deutschsozialen Parteilähmers“:

Das Börtchen „von“.

Einer der glühendsten Verehrer des Herrn Liebermann von Sonnenberg war vor Jahren ein Kunstgärtner in Osterfeld. Weil er für die antikenntnissliche Verengung des Herrn v. Liebermann viel Geld bezahlt, so hielt es der „oblig“ Schöner nicht unter seiner Würde, sich mit dem „gemeinen“ Bürgerlichen eng zu befreunden. Einmal, bei solchem Anlaß nach vollendetem Besuche, brachte nun der Kunstgärtner voller Begeisterung einen Leinwandstuck aus Herrn Liebermann v. Sonnenberg aus, der in die Worte auslief: „Wir wollen hierzu Liebermann höchsten lassen! Braum! mag sich der also Geheile und sagte: Ich heiße nicht Liebermann, sondern von Liebermann. — Seit dieser Zeit soll sich die Begeisterung des Kunstgärtners für die Liebermannsche Sache wertlos abgekühlt haben, indem er seine Wonenen dafür übrig hatte. Sehr zum Bedauern des ebenso abgekühlten wie geldbedürftigen „Freundes“.

Der „Mitter ohne Art und Heim.“

„Meine Herren“, sagte Herr Liebermann v. Sonnenberg eines Tages zu einigen paradiesischen Parlamentariern, „ich würde Sie gern zu einer Jagd auf meine anhangende Einladung, aber es liegt leider zu weit.“ — Seine Freunde, die auch leicht verzeihlicher Reueger seiner Einladung — trotz weicher Entfernung — gern Folge leisten würden, waren aber bis zum heutigen Tage vergeblich auf Angabe des Ortes und der Einladungsart durch Herrn v. Liebermann. Man sollte doch meinen, so weit kommt das Landgut von v. Liebermann gerichtet liegen, als daß es nicht mit der Einweisung und Anweisung erreicht wäre. Oder sollte es für den Reichthum überhaupt unerschaffbar sein? Dank allerdings hätten diejenigen Rechte, die das Landgut des Liebermannschen Landgutes auf den Mond und verlegen, demgemäß in Herrn Liebermann v. Sonnenberg einen Mondbesucher erlauben und hierauf seine politischen Ritterreisen auf schwebelndem Weg in kosmopolitischen Mondbesuchen zurückführen. Ein leidenschaftlicher Mondfaher von ihm hat übrigens in Hamburg und ist doppelt sehrwunderswerth, weil es wie ein Rabe trübt.

Wie Herr v. Liebermann die Wähler einschätzt.

In einem „Landesgenossen“ Coups II. Klasse, zwischen Staffel und Treysa, soll ein Herr Liebermann v. Sonnenberg über die getreuen seiner höchsten Wähler folgende kläffische Beurteilung gelassen haben: „Meine Schmälerer Bauern sind freu wie die Hunde, aber brädig wie die Schweine.“ — Kommentator vollkommen überflüssig!

Der sterbende Löwe.

Doch Schluß mit den alten Räumen. Der, dem sie galten, gehört ja eigentlich schon der Vergangenheit an. Und der sie schied, ist einer von dem „einzelnen Tugenden politischer Hassfische“ des Herrn Liebermann v. Sonnenberg unumgekehrter Meinung... Doch um auf das Börtchen zurück zu kommen: Den letzten Wunden mag die Welt mit Gürteln traktieren; ich habe es mit dem lebenden Liebermann zu tun, dessen Politik zwar im Sterben liegt, der aber noch manchen Wunden glücklich werden kann. Allerdings, im Reichstage ist er jetzt vollkommen ungehörig. Das kommt von seiner leidigen Gedächtniswache, welche neuerdings so bedeutend ist, daß er auch die kleinen Reden sorgfältig memoriert und von Wankstufen ausliest. Wird ihm so das freie Denken und Sprechen länger schwer, so läßt ihn doch das Leben sehr leicht. Denn das Leben schält immer einen gerechten Ausgleich, und wenn ein Organ verfallt, so geht es dem anderen zu. Der Herr v. Liebermann ist es also das Schwärzen, das ausgeglichen funktioniert, sein Auge läßt ihn nie im Stich. Lieber kann er seinen Basiliastischen...
Auch der antikenntnissliche Abg. Werner bringt in seiner Erwiderung auf die Liebermannschen Angriffe in der „Staatsbürgerzeitg.“ einen niedlichen Beitrag zur Verwoll-

rändigung des Charakterbildes des deutschsozialen Parteilähmers, mit dem wir diese kleine Blätterlese schließen wollen:

„Herr von Liebermann spricht vom Ernaden des Antikenntnissmus in Hessen, wobei er erwähnt, daß er, neben Dr. Denzel und Hofprediger Stöder, alljährlich in den drei Jahren mehrere Versammlungen in Halle abgehalten habe. Raum aber hatte der Antikenntnissmus seinen Dagegenstand angetreten, da verabschiedete sich Herr v. L. von seinem Sitzraum in Berlin auf der „Kochstraße“. Er wollte, weil in Deutschland alles verloren sei, nach einem fremden Erbteil auswandern. Er führte indes diesen Aufsatze nicht aus, sondern verlag von Berlin nach Leipzig...“

Das Gedenkenmal des Herrn Adolf Bartels.

(Schluß)

Der Deutsche hat auch in seinem Rationalitätsgefühl das „kurze Gedächtnis“, wie sich Goethe ausgedrückt hat. Darum fällt er leicht in Nodomanitaden. Besonders im Auslande fällt seine Nodomanitaden und sein Progenium unangenehm auf. Im Grunde solcher Leute kommt kein Volk der Welt dem deutschen an Qualitäten nur entfernt nahe. Herr Bartels ist einer der ärgsten und unerträglichsten Schreier unter diesen Leuten. Er liest ein schlechtes Kulturbewußtsein hinter den überlauten Worten, die meist eine Kulturlosigkeit verraten, deren man sich schämen muß. Das ganze Buch über Seine ist eine solche beschämende Nodomanitade des Deutschthums, die hier gegen die Juden und das Judentum, gegen die „Ausländer“ losgelassen wird. Was man von diesem Deutschthumskommissar als Kunstkritiker zu halten hat, das hat die Voreileitigkeit zur Evidenz bewiesen, das hat der ganze Verlauf seines Beweis-Eierzeugens mit all seinen Widersprüchen, seiner Mogel, seiner Verwundelbarkeit, seinem Basiliastum gezeigt. Die Voreileitigkeit war der Gipfel. Sehen wir nun noch diesen nachschlagenden Kulturträger in der ganzen Kulturfähigkeit seines Japses auf der Höhe seiner Blamage und Unbildung.

Das Seine von Müller gelernt hat, daß er von Goethe gelernt hat, (nur machen Herrn Bartels darauf aufmerksam, daß er Goethes „Nachgelang“ und „Vergilfalsch“ hätte ausführen können!), daß Seine vom Volkstische, von Herders „Stimmen der Völker“, von Byron gelernt hat, braucht man dazu Herrn Bartels, daß er es und sagt? Er kommt sehr post festum damit. Er trägt Eulen nach Athen. Und selbst hier, wo die Dinge so einfach liegen, geht nicht ohne Widersprüche ab. J. V. den „Stimmen der Völker“ hat er „die beruhigten Strophenformen und im ganzen auch den Ton seiner Balladen und Romanzen entnommen, wie ja übrigens die meisten neueren Dichter“. Später heißt es dann freilich, daß Seine in den Balladen von Umland abhängig sei. Wenn es hier also keinen Unterschied zwischen Umland und den „Stimmen der Völker“ gibt, so kann sich der Widerspruch nur dadurch lösen, daß eben Umland einfach abhängig und ungenügend ist. Will der Herr Professor das sagen? Chamisso's Bonhomie hat Seine übernommen und — in Bostel verkehrt. Also ist für den Herrn Professor Bonhomie gleich Bostel, oder, allgemein gesagt, ein Ding gleich seinem Gegenteil! Es ist ja dumm. Wie Herr Bartels literarisch nur in den Ecken leben kann, so leidet er auch philosophisch und menschlich nur in den Ecken. Ein reiner Boden ist ihm etwas unerträglich. Er hat die angenehme Gewohnheit, überall hinzuspähen — das nennt er Charakter haben — und das läßt sich besser auf einem schmuggigen Boden beforgen als auf einem glänzenden Parteil. Abgesehen davon, daß er auf dem Parteil unbedingt ausgeleitet und einfach hinfällt.

Seine ist der „Rächer seines Ruhms“. Will ein paar Freundschaften, Briefen, Kritiken, Verordnungen hat er seinen Ruhm gemacht. Das soll möglich sein? Ist Deutschland wirklich das Land der Dummköpfe, als welches Herr Bartels hinfällt? Wenn Dagegen und Selbst

angehen. Außen — Außen von Dauer — machen könnten, so wimmelte es in Deutschland von Berühmtheiten. Schließlich haben wir doch gesehen, wie wenig die Anforderungen an Glorien und Reizen, einen Namen berühmt zu machen, auf die Dauer genügt haben. Ja selbst große Wuchersfolge, — fünf Jahre gehen ins Land, und ein Name ist wieder in Vergessenheit zurückgefallen. Bei Heine, der es weit besser verstanden hat, sich Freunde, als sich Freunde zu machen — Herr Bartels weiß das wohl darauf hin, wie es nur wenige Freundschaftsverhältnisse waren, die eine unzerbrechliche Dauer hatten —, hat es fünfzig und mehr Jahre gehalten, trotz aller Angriffe, trotz geistvoller und mächtiger Angriffe, als dieses platte Pamphlet des Herrn Bartels. Aber für Herr Bartels gelten solche Observationen nichts, er hat ein Baubrot, das alles läßt, ein Schlüssel für die verschlossenen Türen der Beweisführung, ein Schlüssel, den doch dich, wenn er vor leeren Tischen liegt — davor er ja eigentlich immer liegt — dies Baubrot heißt: Jude!

Wenn die Juden wirklich eine solche Allmacht im geistigen Deutschland besitzen, warum lassen sie nur germanische Berühmtheiten gelten, begreifen sie sogar für sie? Und sie haben doch, nach Herrn Bartels, keine Spur an Positivismus, warum unternehmen sie nicht auch einmal Massagen wie die Bartelsche hier? Herr Bartels wird sagen, weil sie dazu doch nicht mächtig genug sind und die Blamage würden. Also einmal mächtig und ein andermal nicht. Die Blamage würden sie wohl fürchten, es liegt einzig nur an der Bartelschen Unbildung, daß er sie nicht fürchtet.

Es ist auch noch keinem Menschen eingefallen, Heines Dichtertum auf seine beiden Tragödien aufzubauen, so viel er selbst auch von „Reichthum“ gehalten haben mag. Es sind sehr oft die mikrausen Kinder, die die Mütter am liebsten haben. Herr Bartels konstatiert nun wieder alles Mögliche. Ein „nicht canvinnes Bild“, eine „Abkehrung, Parabolik“, ohne gerade bei der Steigerung zu vermerken. Er verdammt „Einnichtigkeit“. Dann jenseit die die Lieber. „Im wunderbaren Monat Mai“ ist „ein Lied, das nicht weiter geht“. Herr Bartels möchte es weitergehend haben. Er ist gegen die Kürze. Das Lied geht „natürlich aus Raffinement nicht weiter. Die Kürze darf nicht „Klingen hauchen“. Du sollst mich liebend umschließen“ besteht aus zwei Bruchstücken, die wegen ihrer nackten Sinnlichkeit auf uns Deutsche abzusaugen wirken“. So geht es weiter in Jenseiten. Von 69 Gerichten konstatiert er reichlich ein Dugend als „wertvoll“. Alle doch ein Dugend, „reichlich ein Dugend“. Bei solcher Jenseitigkeit! Aber es genügt ihm nicht. „Ein heussiger Lyriker mittlerer Begabung übersteigt den großen Virtuosen Heine in der Regel“. Diese Lyriker mittlerer Begabung möchten wir doch kennen lernen. Uebrigens, die besten Dichter Heines werden mit den Bartelschen Jenseiten nichts anfangen können. Sie sind zu platt. Die Abicht ist deutlich. Zugleich ist die ganze Jenseitigkeit und Einstellung zu harmlos, man wird nicht einmal verstimmt. Sie belästigt einen auch nicht einmal. Man gähnt. Während Gleichgültigkeit, das ist die Wirkung.

Die Prosaschriften Heines, um sie besser vertreiben zu können, behandelt er als Dichtungen. Er weist Heines dichterische Ohnmacht in ihnen nach. Heines dichterische Macht hat aber bis jetzt noch jeder in seiner Dichtung gesucht. Den Begriff des „Feuilletons“ erklärt er so, daß es „für uns geradezu im Gegensatz zu Poesie steht, etwa geistreiches und poetisierendes Getöse zu Zwecken persönlicher Aufspielerei“. Gerade daraufhin, wie der Dichter in den Röhrl. Man weiß sofort, wo, wie und warum aufgespielt werden soll. Und ein Verständnis! Werden, Zusammenhang, Entwicklung des Feuilletons kulturhistorisch zu sehen, seine Bedeutung und seinen Anteil an der Bildung und dem

geistigen Leben der Gegenwart, die Entwicklung, die es geradezu gefordert, schließlich noch in formaler Hinsicht seine Beziehungen zum Poesie, nicht zu ihrem Zwecke, sondern zum Zwecke der eigenen Wirkung und geistigen Ausbreitung, das hängt Herrn Bartels zu hoch, das geht ihm aber den Horizont. Da er als feinstenontliche Leistungen die prosaisch-poetischen Arbeiten Heines als bedeutend anerkennen müßte, da sie als solche so hoch stehen, daß tatsächlich ein paar poetische Gestalten in ihnen geschaffen sind, so stellt Herr Bartels sturpellos eine Prämisse auf, um Schlussfolgerungen der Verunglimpfung daran knüpfen zu können. Die „Rechtseiligkeit“ werden herabgelagt. Die Originalität muß ihnen genommen werden. „Außer Goethe, bei dem die Anfänge sind („Meeresküste“, „Gedächtnis“, besonders „Seefahrt“) und Wilhelm Müller ist auch noch Herr Stiffens zu nennen, der in den mit Heines „Reisebildern“ gleichzeitig hervortretenden nordischen Romanen charakteristische Meeresbilderungen hat“. Man greift sich an den Kopf. Einen solchen Pleonasmus zu verzapfen! Wenn der Herr Stiffens seine nordischen Romane noch von Heine verstimmt hätte, wäre vielleicht eher ein Sinn in der Einführung zu finden. Aber so! Man fragt: hat nicht gleichzeitig alleinlich auch in Grönland ein Eskimo charakteristische Meeresbilderungen angeschlossen? Und so ein Bleichsicht präventiert ernst genommen zu werden.

Die Sozialdemokratie erhält ihre Fußritze. Jenseiten wird heringekerrt. Auf wie schwachen Beinen muß eine solche Debatte stehen, die sich mit solchen Mitteln stützen muß! Heine hat, wie den Uhlend, ja auch Eichenborst, Kerner, Wilhelm Müller, Brentano, Chamisso „ausgeschlagen“. „Wohlerstanden, ich weiß, daß Heine kein bloßer Nachahmer ist, aber von fremdem Gut lebt er zuletzt denn doch“. Die alte Frage: wo ist die Logik? Und dann, sollte nicht am Ende Herr Bartels nicht doch so etwas wie ein literarisches Gewissen haben, und sollte das ihm nicht sagen, daß in seinen ganzen Beweisführungen etwas nicht ganz richtig ist? Jeddell ist von Heine „unbeschmutzt gelassen“, weil „Jeddell, der Dramatiker“, „kein Konkurrent“ war. Nun, und Jeddell, der Lyriker? Erklärt der auf einmal für Herrn Bartels nicht? Er stellt doch an anderer Stelle gerade seine Eigenart in der Ballade fest und stellt ihn überhaupt lyrisch fest, doch, mögegen ja nichts zu sagen ist. Dann soll sich Herr Bartels aber wenigstens trenn bleiben! Das tut er aber nicht, sonst würden die Lächer seiner Beweisführung auch hier deutlich. Daß es eine ungeheuer bedeutende und schöpferische Zeit war, in der Heine auftrat, hält ihm Herr Bartels einmal besonders entgegen, um ihn zu widerlegen und zu treffen, dann läßt er aber den Schluss des Jenseitigen Aufsatzes gelten, daß Heines Dichtung „in einer poetisch ziemlich lauen und erschlafften Zeit zunächst anregend gewirkt habe, aber dann ein Rückschlag gegen Heine eingetreten sei“. Könnte nun Herr Bartels ein klein wenig kulturhistorisch lesen, so käme er nicht in eine solche Jenseitigkeit hinein, er könnte gerade die neue, die andere Kraft Heines aus den Worten Jenseits herausmerken, der in diesem Falle das als Zeitgenosse gelten muß. Denn Herr Bartels könnte wissen, daß es für eine Zeit nicht so sehr darauf ankommt, was Rumpelstilchens in ihr erhebt, als darauf, was Rumpelstilchens in ihr wirkt. Aber wir wollen Herrn Bartels nicht goldene Bräuen dauen.

Die Drogen-Affäre, und der Ausdruck „die Intellektuellen“, den Heines ausgelesen zur Zeit der Drogen-Auslegung geschaffen haben — das ist doch schon Winkeljournalistik. Man muß es unter seiner Würde halten, darauf einzugehen. Höchst vollkommen ist Herr Bartels natürlich das Buch über Börne. Er nimmt Gelegenheit, beide, Heine und Börne zu vernichten. Aber auch welch ein Hochgenuss, zwei Juden gleich auf einmal unter Messer zu haben! Und nun wieder eine kulturpsychologische Tief-

gründlichkeit: die Erklärung, weshalb Heine in seiner mittleren Periode weniger Dichter war. (Aber dichterische Maßstäbe werden beständig, wie schon gesagt, angelegt, und dichterische Forderungen gestellt.) Herr Bartels sagt: „Zwischen war nämlich in Deutschland eine neue bedeutsame dichterische Entwicklung hervorgerufen, und Heine erhielt von ihr neue poetische Elemente zugeführt, die er benutzen konnte“. Er meint die Entwicklung der sogenannten „politischen“ Poesie. Vermehre es zu lachen, mein Freund! Bei Herwegh, Freiligrath — in Ehren sei er genannt! — Dingelstedt, Hoffmann von Fallersleben sollte er sich Anregung holen? Und nicht einmal kindliche Naivität kann Bartels zugestehen werden, daß man ihn entschuldigen könnte. Er betont sogar ernstlich einmal, daß man wahre politische Poesie bei Herwegh, Freiligrath suchen müsse. Herwegh nennt er mit Freiligrath zusammen: Maßstäbe hat der Herrsche. Er stellt auch dem Dichter Körner sehr hoch.

Das Ermügenswird nun immer plumper gelobt. „Das Nationalment Alto Trolls ist demokratisches oder sagen wir lieber sozialdemokratisches Gerede gegen die Aristokratie der Menschheit.“ Herr Bartels stellt sich selbst an den Dranger. Er fordert das Mittelst heraus. Auch am „Wintermärchen“ haben die „sozialdemokratischen Rindstöpfe“ immer noch ihr Vergnügen. „Von nationalen Standpunkt freuen wir uns jetzt, daß diese Dichtung da ist, sie allein genügt, um jeden Anspruch Heines, ein deutscher Dichter zu sein, rundweg abzuweisen.“ Es ist erreicht! Wie soll so man so etwas widerlegen? Man kann doch nicht bei Adam und Eva anfangen? Und Poesie beweisen! Poetikverständnis hat eine untere Grenze, unter der man die Diskussion nicht aufnehmen kann. „Zweifels ersten Ranges finden wir gar nicht im „Romanyero“, bei Heine vielleicht überhaupt nicht“. In diesem kostbaren Vielleicht so gelangen, schwärzt der Mann ein ganzes Buch. Gefehites findet man bei Herrn Bartels vielleicht überhaupt nicht? Nein, findet man überhaupt nicht! Späterstehen aber den Humor folgen. Der „Dichter“ Wolfgang Richter als Eideschwörer! Maßstäbe!

Selbst für die Feile muß Heine büßen. Die Feile, das ist für Herrn Bartels die Maße. Er beweist das eine durch das andere, indem er sie zugleich gleichsetzt. Lauter geistiges Randerwisch. Verschände der Mann nun etwas, so hätte er bei Karl Gillebrand, Heines Sekretär, nicht nur angeführt, sondern auch gelesen: „Das Gedicht war jedesmal ganz fertig am Morgen“. Es ist also nicht mehr von der Maße zu sprechen. Aber selbst wenn es noch nicht „ganz fertig“ gewesen wäre, was beweist das? Herr Bartels hat auch wohl nie im Ausland gelebt, um zu wissen, was es bedeutet, die eigene Sprache, ich möchte sagen ganz naturgemäß wieder zu hören, wenn man nur eine fremde Sprache um sich hört. Darum könnte die Mitteilung erst recht für den Deutschen in Heine gelten. Er wollte sich durch den jungen Mann in unmittelbarer Nähe der Muttersprache halten. Aber gegen Mißdeutung ist keine Handlung geschützt. Aber mißbrauten will, tut es beim Sammelstein nicht nur, sondern auch beim Besten und Besten.

Die schlechten Früchte sind es nicht, an denen Wespen nagen. Herr Bartels wollte alles demessen, und er hat gar nichts bewiesen. Er wollte Heine den Dichtertitel nehmen, den er ihm doch lassen mußte. Er humpelt ihn zu einem jüdischen Dichter, der aber immerhin vielleicht Erstklassiges als deutscher Lyriker geleistet hat. Nein, nein, in dem Heine ist etwas, das können selbst so plumpe Börsenräuber nicht kleintampeln, und das ist eben Heinrich Heine, der Dichter, wie ihn sein literarisches Denkmäl, das er sich selbst gesetzt hat, vereinnigt. Wenn unter den verschiedensten Dingen, über die Herr Bartels Streik erhebt, wirklich eines wäre, darüber diskutiert werden könnte, so wäre das sicher keines, was den Dichternamen Heines umbringen könnte. Im übrigen muß wiederholt werden: kritisch steht kein

Mensch Heine gegenüber, dem Menschen und dem Dichter nicht, ohne daß jemand die Auffassung des Herrn Bartels beileben möchte. Mangel an Verständnis, Mangel des Geschmacks, Enge der Anschauung und Auffassung entschuldigen den blinden Haß nicht. Auch so man haßt, möchte man sich bemühen, erst zu verstehen und zu erfassen, nicht bloß so man liebt. Blindes Haß und blinde Liebe sind gleich — ungebildet.

Festgenagelt muß noch die Insinuation werden, daß Heine in seiner Anfangsperiode von neuen Dichtungen eines Herrn * * * Wörtele gemeint habe. Herr Bartels ist den Beweis schuldig geblieben. Er hat sich „einen Biß der Weltgeschichte“ geleistet, der ihm aber gänzlich vorbeigeht. Wörtele, sein Idol — (armer Wörtele! muß der Herr von Herwegh auch noch das Schicksal haben, in solche Hände zu fallen!), Wörteles Nachfolger nach der Auffassung des Herrn Bartels, von Heine als solcher vorausgesetzt und anonym beschmutzt. Kommentator überflüssig.

„Das Mittel Heinrich Heines“ ist die richtige Pflückerre. Eine seine Sprache! Eine altsächsische Sprache. Geschichtsauffassung unter alter Ranne! Der Herr Professor möchte unbedingt ein Kreisblattchen reblogieren. Es kann weiter mit den Gründen noch mit der Überzeugung sehr weit bei jemand her sein, wenn er so groß werden muß. „Seute, wo man dank der verübten Presse den Respekt vor Vaterland und Deutschum, um von Liebe gar nicht zu reden, in den „unflaren Volkswaffen“ so ziemlich ausgerottet hat, möchte man die Vorkämpfer der Nationalität (zu denen ich Frauen wie den von den Juden selbst großgepöppelten Großen Pflücker (!) selbstkritisch nicht rechne) (na!) lieber ins Jenseits führen: ich für meinen Teil würde die Guillotine vorgehen.“ Nun zeigt selbst der Mameluk, wie vielmehr also ein deutscher Nationalist! Aber die Pose des Feldes steht Herrn Bartels schlecht, sie ist komisch. Er ist ja so klein, ein Feld zu sein! Aber er leiht sich noch schönere Blüten: „mit Respekt zu sagen, es gibt auch ein verfluchtes Völkergesindel, das unsere gute Rasse nur verderben möchte“, oder: „wir lassen uns den bodmütigen Juden Heinrich Heine gefallen; denn der ist edel. Die Maße ist gefallen, und von dem großen deutschen Dichter ist nur ein eiserer Jude, der es gern sein wollte — (blute, was sein wollte!) — übrig geblieben.“ Es genügt, daß man einfach solche Gedanken und solche Worte nebeneinander stellt. Wer auf ein solches Geschimpfe, auf ein solches Ueberehrl-Gemäusgehen noch hereinläßt, dem ist nicht zu helfen. Der läßt sich ein Ä für ein U vormachen und zählt nicht. Deutsche Heiligkeit, deutsche Gerechtigkeit und deutsche Freiheit in einem weiteren und wahreren Sinne müssen sich aber dagegen empören. Der deutsche Geist protestiert dagegen. Er läßt sich nicht auf ein so niedriges Kulturniveau herabdrücken, wie es Herrn Bartels beliebt. Hat wirklich in unseren Tagen „die gesamte Judenthümlichkeit gegen die Heimatkunst mobil gemacht“? Eine Wahrheit steht in dem Buche. Herr Bartels gibt sie der launenden Witwale als von ihm ganz neu gefunden. Er ist aber nicht neu. Aber es ist wenigstens eine Wahrheit. Er behauptet der Ansicht zu sein daß es „ebenfalls gebildete wie ungebildete Edl gibt!“ Er hätte noch sagen sollen, daß die gebildeten Edel die schlimmsten sind, aber so weit hat seine — Erkenntnis nicht gereicht. Was ein Dichter wert ist, eben weiß Herr Bartels der Beweis mitschuldig ist, das wird schließlich nach der Quantität eingeschätzt. Wenn wir erst einmal anfangen mit der Ede zu messen, dann wird uns ein ganz neuer Reichtum an Größen besetzt werden. Das gibt eine erfreuliche Ernte.

Ein Verständnis des Herrn Bartels statt weiterer solcher Einzelheiten, von denen das Kapitel wimmelt. Aber man kann sich nicht weiter damit abgeben. Ein Rart richtet mehr Wirrwarr an, als zehn Weise zu lösen vermögen.

Und das Geständnis des Herrn Bartels überhebt jeder Diskussion, es ist überzeugend, es schaltet ihn gänzlich aus. Hier ist es: „mein, ich sehe doch nicht die Notwendigkeit, daß die Menschheit, die für mich natürlich ein ararisches Geschlecht hat, an die Matrazengruft Heinrich Heines herantritt.“ Also die Menschheit hat für ihn ein ararisches Geschlecht! Und das findet er natürlich. Ein Jederstich des Herrn Bartels, und Völker und Rassen verschwinden vom Erdboden! Er banert einen Rahn, er braucht seine Angst zu haben, die Willkürliche befehlen zu müssen. Der Geistesgenuß allerdinge, da müßte man schon eine psychiatrieischen Rat einholen.

Es ist einem Trogolythen wie Herrn Bartels wirklich zu viel Ehre angetan, sich so viel mit ihm zu beschäftigen. Die Kulturmenschenheit, so weit sie ein ararisches und soweit sie ein nichtararisches Geschlecht hat, hat sich nichts um ihn zu kümmern. Er nimmt an ihrer Sprache nicht teil, er hat von ihren Gedanken keinen Gewinn, er sammelt in unmöglichen Danten und bemerkt vorwärtliche, unaufrichtige Gedanken. Er meint, seine Höhle ist die Welt, und die Welt dort nicht weiter sein und nicht höher als seine Höhle. Es gibt für ihn keine Entwicklung, es gibt für ihn keine Kultur und keine Kulturmenschenheit. Es gibt nur sein Trogolythentum für ihn. Und so lies Herr Bartels gelangen, sich ein Denkmal zu setzen. Dieses traurige Denkmal seines Trogolythentums. Die Literatur hätte ihn nie zu überwinden gehabt, dazu fehlt ihm die Bedeutung. Die öffentliche Meinung muß es nun aber tun. Das ist das Gute an seinem Buche, daß er dazu zwingt. Und noch ein Gutes mag es haben: es wird durch die Unart und Ueberreizung, mit der es seines Schmähens und Fehler hervorgerufen und einseitig dargestellt hat, nur dazu beitragen, daß wir klarer zu dem kommen, was des Dichters ist, daß wir gewisser das Vergänglichste an ihm überwinden und vergehen und das Dauernde brutaler herauskiffen. Aber dazu kommt die Entwicklung von selbst auf einem reineren Wege, als der, auf den Herr Bartels in seinem Hooligansübermut zu treiben versucht hat. Wilh. Holzamer.

Wiener Brief.

XV.

(Was das „Deutsche Volksblatt“ von der deutschen Politik meiß. — Ein antisemitischer Gelehrter über Rußland; seine Methode. — Die antisemitische Selbstvergeßlichkeit.)

Wien, den 18. August 1906.

Das Wiener „Deutsche Volksblatt“ hat mit seinen externen Mitarbeitern entschieden Rech. Schon so manchem brachte es Holz eine eindringende, wissenschaftliche Kritik, die aber, wie sich dann herausstellte, darauf berechnet war, der geachteten Redaktion eine Falle zu legen und die Unwissenheit der geistigen Führer des Antisemitismus zur Schau zu stellen. Ueble Erfahrungen machen vorsichtig und die Redakteure des vergessenen Blattes haben die anonymen Einblendungen wie das Feuer fürchten gelernt. Dennoch sind die Herren im „Antisemitentempel“ wieder aufgelesen und zwar diesmal ihren eigenen Berliner Korrespondenten. Das hat der arme Bergami wirklich nicht verdient! Dieser machte es den Holz des „Deutschen Volksblatt“ aus, in der Hauptstadt des Deutschen Reiches einen Berichterhalter zu haben und so der Scherensarbeit der anderen antisemitischen Blätter entgehen zu sein; die Berliner Korrespondenten erhielten deshalb immer den großgedruckten Vermerk: „Von unserem Korrespondenten“, die Angabe des Herkunftsortes und eine eventuelle Signatur allein genügt nicht. Trotz dieser schmückendsten Wertschätzung hat der Berliner Korrespondent des Herrn Bergami den unüblichen Einfall gehabt, sein Blatt zum besten zu halten. Um Morgenblatt erschien vor einigen Tagen an leitender Stelle ein Berliner Brief, der den „Kolonialis-

stand“ behandelte und dem Vorfall eine originelle Seite abzugeben wollte. Zur Freude der Wiener Redaktion wurde der Nachweis erbracht, daß die ganze Angelegenheit eine Wachsamschaft der Juden sei. Natürlich! Wie hätte es „Israel“ auch erwinden sollen, daß eine „arische“ Firma die einträglichen Geschäfte mit dem Staate machte? Doch man höre die weise Stimme aus Berlin selbst. Am Schlusse des Artikels heißt es töricht:

„Von dem „Panama“ in der deutschen Kolonialabteilung steht nach allem alles nicht viel übrig. ... Nicht geklärt wäre es aber, warum die Reichsverwaltung sich durch den Lärm der jüdischen Presse einschüchtern ließe und die Beziehungen für die Kolonialtruppen dem jüdischen Geschäft übertragen würde, daß die ganze Kampagne in jenem hat, um eben diese Beziehungen an sich zu reißen. Wäre die Firma Tippelskirch jüdisch, dann könnte man sicher sein, daß die jüdische Presse auch nicht ein Wort der Enttäuschung finden würde, selbst wenn alles das, was heute über die Geschäftsführung dieser Firma gesagt wird, wahr wäre; auch Major Richter würde dann wohl gerade vor den Augen der jüdischen Journalisten. Allein Herr Tippelskirch ist nicht Jude und darum ist an ihm unmoralisch und verwerflich, was die jüdische Presse an einem ihrer Stammesgenossen demontrieren will und sich jedenfalls verdingen und decken würde. Wir wollen damit keinesfalls die Unmöglichkeit bekämpfen, in der deutschen Kolonialabteilung, soweit solche wirklich vorliegen, beschließen, sondern nur darauf hinweisen, daß wiederum die jüdische Presse nicht das mindeste Recht hat, sich in dem Falle Tippelskirch-Richter auf das Holz zu legen und den Antisemitismus zu pfeifen, denn das Recht ihrer Verurteilung ist für sie anders als der Recht auf den Unternehmerrückgewinn. Das sollte aber für den weiteren Verlauf der Fragestellung unbedingt festgehalten werden; verdienen will und will jede Firma, die die Beziehungen für die deutsche Kolonialverwaltung übernimmt; es wäre aber sehr bedauerlich, wenn die jüdische Presse recht behielte, die jeden erfolgreichen nichtjüdischen Unternehmer als eine Art Einbrecher in ihre Domäne betrachtet und Staatsknecht, Völlerei und öffentliche Moral gegen ihn zu Hülfe ruf.“

Was sagt der Abgeordnete Erbberger dazu, was die Berliner „Germania“, die sonst das Wiener Antisemitentblatt wie ein Orakel beaufschlagt und seine Kränkchen demontiert? Die „Original-Korrespondenz“ des „Deutschen Volksblattes“ ist ein wertvolles Dokument für die antisemitische Kampfwelt. Es wird verdrückt, emittiert, totgeschwiegen, erwidert, und dies alles nur zu dem Zweck, den Juden etwas aufs Kerbholz schreiben zu können. Die leichtgläubigen Leser der Schmutzpresse glauben dann die Offenbarungen ihrer Propheten. Aber wenn auch Herr Bergami nichts weiß, so gibt es in Wien doch genug Leute, die die Vorgänge im verbandelten Reich verfolgen und die Lügen, die sich in „Korrespondenzen“ verbergen, aufdecken können.

Nach dem Berliner Korrespondenten des „Deutschen Volksblattes“ verdient Herr Rubowitsch sofort genannt zu werden. In ihm ist der antisemitische Sozialist ein geistiger Mitkämpfer erkannt, der letzten ein zweifelndes Wort: „Die Revolution in Rußland“, statische und sozialpolitische Studien — erscheinen ließ. Die Arbeit hat das Entzünden des „Deutschen Volksblattes“ hervorgerufen und die parteiisynale Wiener „Deutsche Zeitung“ ist nicht weniger begeistert. In einem Heftchen führt das Organ der Parteipartei einige Proben aus dem „reichen Inhalt“ des Wertes an, die jedem Antisemiten das Wasser in den Mund treiben müssen:

„Weiß — heißt es an einer Stelle — vergleicht die Vorgänge, im russischen Reich mit jenen, die sich vor hundert Jahren in Frankreich vor dem Ausbruch der sogenannten großen Revolution zugezogen er weiß darauf hin, daß wie die Erdbeben der Dammesplah der französischen Revolutionäre war, so auch die Schamlosigkeit, aller Berrat gegen den Jaren und das neue russische Volk, alle gewissen Agenten der Judenrechte an den Unverschieden zu suchen seien. Diese Schwach sind die „Wissenschaften“ tragen. Die Heilmittelreigen in Wäskan mit den Trugbildern an der Spitze bezeugen sich zu finden als die Unwissenheit aller Revolution in Rußland. Und ebenso richtig ist, wenn er mit Berufung auf eine Schrift Bogdanoffs sagt, daß in und ausländische Juden mit Geld wirken und in Rußland wie überall Revolution, Kosmopolitismus und Irreligiosität predigen, denn auf diesem Wege hoffen sie die Welt zu erobern. Wenn die Juden Frankreich, wo sie bald erledigt sein, schon zehn Jahre außer ihren Juden und unermesslich schädigen wegen des kranken Antisemitismus, um wieviel mehr werden sie Rußland zu ruinieren. Welche Rechte genügen. Die russischen Studenten sind ganz in Dämnen des

Judentum. Die Heiden der westeuropäischen Judenpresse, die noch Gekränktheit der Juden rufen, arrogieren blutige Ehrenkranze mit der Forderung, wenn sie erlaubt, daß in Russland in irgend einem Staatsstreich Stille eingebracht werden, welche jüdische Anstaltschancen sichern, während die russischen Heiden ganz ruhig die Kronungsfeier kritisch russischer Jüdische und Geschichtsblätter betragen, welche in Theaterkritiken aber sogar in Verträgen vorkommen. Diese Aufopferung der russischen Studenten zu Gunsten ihrer jüdischen Lieblinge fällt tief nieder.

In einer anderen Stelle wird gesagt:

„Kauzerei interessant sind die Blätter des Werkes, welche davon handeln, wie die Väter, besonders das russische, immer mehr in die Schaulustigkeit des Judentums fielen. Er führt zur Begründung seiner Behauptungen eine Fülle von ziffermäßigen Belegen aus Texten. Was die Juden damit erreichen wollen, daß sie über die Weltöffentlichkeit in finanzielle Abhängigkeit vom Judentum bringen wollen, darüber läßt die Rede eines Talanbühnen über den jüdischen Sozialismus Zweifel. Es heißt in ihr u. a.: „Früher hunderttausend Jüdische kämpften die Juden um die Welt Herrschaft, die den Abraham verheiratet worden ist, aber das Kreuz hat die Juden zu Boden geworfen. Erstreckt in alle Länder der Welt, waren die Juden überall unterdrückt. Weil sie auf der ganzen Welt zerstreut sind, folgt daraus, daß die ganze Erde den Juden gegeben sei. Das jüdische Volk wird nicht mäßig. Und den Juden gehört das Welt, vor dem die ganze Welt sich beugt. Das Welt ist die Zukunft der Juden.“ Auch die Juden müßten also in ihre Gewalt bekommen, in die einflussreichsten Stellen im Staat, die Absoluten, die Kaiserthronen, ganz besonders aber die Anstellung der Agenten.“

So geht es fort mit Graze.

Ich habe das neueste Heft Verbas nicht gelesen und möchte vorläufig nicht versprechen, das Verlaufsamt mitzumachen. Ich habe frühere Nummern, mich mit Herrn Verba zu beschäftigen, noch in schlimmer Erinnerung. Der betriebsame Autor ist kein Neuling. Er veröffentlicht bereits eine Broschüre: „Sünden der Gesellschaft“, ein Buch: „Der Nationalitäten- und Verfassungssystems in Österreich“ und ein dickes Buch: „Österreichs Bedenken“. Sieht man die Arbeiten dieses Mannes — der seinem Geheden nach ein in Prag lebender: scheidlich-katholischer Geistlicher zu sein scheint — flüchtig durch, so ist man von der Fülle des „Materials“, der Zahlen, Exzerpte um, überrascht und geneigt, eine gelehrte Behandlung des Stoffes zu vermuten. Doch wie anders wird das Urteil, wenn man das Schreckliche vorbringt und die Werte gewissenhaft durchgeht. Die Methode Verbas, die sich bald offenbart, ist höchst einfach: Der Autor sammelt Stöße von Zeitungs- und Broschürenauschnitten, die mit dem Thema irgendwie zusammenhängen und setzt sie maßlos zusammen. Man gewinnt den Eindruck, als hätte irgend ein Zeitungsauschnittsbureau den Hauptanteil an dem Entstehen der Werte. Von einer ordnenden Hand, von einem geistigen Erassen ist keine Spur zu entdecken. Nur ein Umhang fällt auf: Gilt es beispielsweise die Christlichsozialen zu loben, so wird irgend eine Anekdote der — „Deutschen Zeitung“, des „Deutschen Volksblatt“, des „berühmten Bazarischen Volksblatt“, das von Dr. Sigl gegründet wurde, oder spezifisch antisemitischer Autoren angeführt. Man kann aus dem Gefallen schon entnehmen, welchen wissenschaftlichen Wert die Nachwerke Verbas haben. Auf die Methode des Verfassers mußte aufmerksam gemacht werden, da anzunehmen ist, daß auch die reichsdeutschen Antisemitendblätter ihrem Gefinnungstreuen von Wolbanstrand Belbrauch streuen werden. Deshalb ist rechtzeitig vor den Arbeiten des neuesten Kronzeugen derer gewarnt, die in dem gewöhnlichen jüdischen Drama ein Werk geliebter Juden sehen.

Weil wir schon von den Ergebnissen der Druckpresse sprechen, möge eines Artikels, der am 7. Eintrags, die erste Seite des „Alldeutschen Tagblatt“ierte, gedacht werden. Der Kaiser und die Journalisten“ lautet die Überschrift der Ausführungen, die sich mit den letzten vielbesprochenen Äußerungen Kaiser Wilhelms II. über die Presse beschäftigen. Ueber die allgemeine Logik des alldeutschen, sehr schicklich geschriebenen Blattes ein Wort zu verlieren, wäre unergiebige Zeit und Raumverschwendung. Aber es gibt

Ausnahmefälle, von denen Notig genommen werden muß. Ueber drei Spalten, — eine ganze Seite — ergießt sich in dem erwähnten Artikel ein fürchterliches Geschimpfe über die „Judenpresse“, die des Kaisers hartes Urteil vollumfänglich verdient. Der Stand der deutschen Journalisten — meint der Leitartikel des Schönerer Blattes — sei von einem fremden Kaffentum korruptiert worden, der Journalismus, der sich unter dem Einflusse des Judentums entwickele, sei eines der mächtigsten Elemente zur Zerstörung der germanischen Kultur. Et! Et! Sonst sagt man, wer im Klassenkampf liegt, immer nicht mit Steinen werfen. Dieser gut deutsche Befehl scheint aber der Schriftleitung des „Alldeutschen Tagblatt“ nicht geläufig zu sein. Ich meine nicht, daß die führende Zeitung der Siderianer v. runde sei, das wäre nicht gut möglich, denn das Blättchen hat überhaupt nur einen Redakteur und der wird wohl das Axiom seiner Familie nachweisen können, was seinem Herrn und Götter, dem Abgeordneten Schönerer, der bekanntlich ein „Lothar Judas“ geschäftet hat, nicht gelingen würde. Ich denke auch nicht daran, daß die alldeutsche Zeitung dinsten sein könnte; wer würde denn für den Materialpapierhändler gedruckten Blatt einen Heller opfern wollen? Zudem sieht das Organ den oislagenden Mittelteil „Alldeutsche Zeitung“; doch gerade das muß flugig machen. Der Nichteingeweihte könnte glauben, diese Bemerkung sei als Unterstufungsbegriff von der angeblich durch und durch korruptierten Judenpresse gedacht. Allein die Dinge verhalten sich anders. Das Alldeutsche Tagblatt“ folgte der antisemitischen „Ostdeutschen Rundschau“, deren Verbands für den Wert des schönen Geldes, einerlei aus wessen Hände es komme, durch den Prozeß Berger-Wolf fund und offenbar wurde. Herr Schönerer, beziehungsweise Herr Gaud, wollte manifestieren, daß die Sünden des ostdeutschen Organes dem alldeutschen Blatte fern bleiben werden. Eine Zeitung, die durch ihre eigene Kassepette an die Entartung gewisser „arischer“ Blätter erinnert wird, handelt nun unersch, indem sie das Judentum als einzigen Träger der Korruption hinstellt. Oder derer das „Alldeutsche Tagblatt“, das die Kritik mit vielen Fortsetzungen liebt, einen zweiten Auslass, der — um bei der Terminologie des unverfälschten deutschen Blattes zu bleiben — etwa: „Die Verbanung der Alldeutschen, oder die Korruption im arischen Lager“ heißen wird, vor?

171.

Aus dem antisemitischen Lager.

Den Verlust des Reichstagswahlkreises Warburg an den freisinnigen Abg. von Gerlach können die Antisemiten noch immer nicht verschmerzen. Seit Jahren machen sich die verdächtigsten „Nichtungen“ gegenseitig die heftigsten Vorwürfe; einer läßt die Schuld auf den anderen. Bekanntlich hatte der frühere langjährige antisemitische Vertreter des Kreises, der einjährige „Heftige Bannernöte“, Dr. Bödel zur Verwirrung im antisemitischen Lager dadurch nicht unwesentlich beigetragen, daß er seine Parteigenossen monatlang im Ungewissen ließ, ob er wieder kandidieren werde. Jetzt erklärt die „Deutsche Hochwacht“ in einer Polemik gegen Liebermann v. Sonnenberg:

„Es ist nicht richtig, daß Herr Zimmermann daran schuld sei, daß der kleine Gerlach in den Warburger Wahlkreis hineingerathen ist. In dieser Sache gehen wir einzig und allein die Schuld Herrn Dr. Bödel, dem früheren Vertreter dieses Kreises. Wir glauben das beurteilen zu können. Denn wir, die lediglich auf unserer Schriftleitung mit unseren damaligen Hauptstiftlichen Dr. Bödel zusammenkamen, haben Tag für Tag, Woche für Woche nicht aus ihm herausgerissen können, daß er nun wieder kandidieren werde oder nicht. Das ging solange, bis es zu einer vernünftigen Wahlfrist zu spät war. Wir ersparen es uns und unsern Lesern, die Neugierigen weiterzugeben, mit denen Dr. Bödel sich gegenseitig Begehnen beglückte; wir wollen die schmerzlichen Gedanken, die wir ihm damals zweifellos beglückte, für uns behalten.“

Tasche ist, daß Wadburg niemals geübt wäre, wenn Dr. Bödel rechtzeitig erklärt hätte: „Nein, ich kandidiere nicht wieder, schlage aber den andern den Vor.“

Die Deutschsozialen, die jetzt den Wahlkreis mit Vorschlag belegen wollen und schon im Verein mit den Konfessionslosen und dem Bunde der Landwirte den früheren Vorkandidaten Dr. Böhm als Kandidaten nominieren haben, berufen sich für die Rechtmäßigkeit ihres Anspruches immer darauf, daß Dr. Bödel, der frühere Besitzer des Mandats, ihnen den Wahlkreis „vererbt“ habe. Unter Bezugnahme auf obige Mitteilung der „Deutschen Hochwacht“ macht nun die „Deutsche Reform“, das offizielle Organ der Reformpartei, nicht mit Unrecht darauf aufmerksam, wie „lächerlich es ist, wenn die Deutschsozialen darauf pochen, Dr. Bödel habe ihnen sein Wadburger Erbe hinterlassen. Wer so mit dem Parteieigentum gewirtschaftet hat wie Dr. Bödel, der hat nichts zu vererben, zumal ja niemand weiß, ob Dr. Bödel heute wirtschaftlich so unabhängig dasteht, daß er seiner Ueberzeugung freien Ausdruck geben darf.“

Im Nilsch-Bauerbach-Wahlkreis wird das Mandat des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Reichert Wallau, der als liberaler Kompromisskandidat mit Hilfe des Zentrums den langjährigen antisemitischen Mandatsinhaber Bindewald bei der letzten Wahl — allerdings nur mit ganz geringer Mehrheit — verdrängt, allem Anschein nach wegen antisemitischer Wahlbeeinflussungen verloren werden. Die Zentrumspreste — „Germania“ und „Rhein. Volksztg.“ — bereiten hierauf schon vor und erklären gleichzeitig, daß bei der Neuwahl Herr Wallau unter keinen Umständen mehr auf die Unterstützung der den Ausschlag gebenden katholischen Stimmen rechnen dürfe, da er in einer oberpfälzischen Versammlung des Evangelischen Bundes einer Resolution zugestimmt haben soll, durch die er sich verpflichtete, „für alle Zeiten“ den Intoleranzantrag“ des Zentrums, so oft er auch wieder eingebracht werde, abzulehnen“. Die „Rhein. Volksztg.“ bemerkt hierzu:

„Wenn sich diese Vorurteile behaupten sollte, daß Herr Wallau „für alle Zeiten“ den Abstand auf die Unterstützung des Zentrums verwerfe. Sein Gegner Bindewald hat in keiner seiner bisherigen parlamentarischen Tätigkeiten sich nicht toleranz gezeigt.“

Auch die „Germania“ erklärt:

„Sollte sich die Mitteilung über die Freundschaft des Herrn Wallau bestätigen, so kann sich derselbe für alle Zukunft die Unterstützung der Zentrumswähler im Wande suchen. Im übrigen werden die Zentrumswähler im Kreise Bauerbach voraussichtlich schon sich abgemeldet haben, Herrn Wallau die Zustimmung zu erteilen, da seine Wahl wohl für unmöglich erklärt werden wird.“

Die Liberalen des Kreises sollten unter diesen Umständen schon jetzt sich über die Person eines geeigneten Kandidaten an Stelle des Herrn Wallau verständigen. Eine nochmalige Auffassung Wallau's als Kandidat aller liberalen Parteien ist schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil der etwas vielseitige Herr, der 1903 im härtesten Kampfe gegen den Bund der Landwirte gekämpft worden ist, es fertig gebracht hat, einige Wochen nach der Wahl demselben antisemitischen Bund der Landwirte als Mitglied beizutreten.

Im Reichstagswahlkreis Waldeck-Pyrmont, den der freimännliche Abg. Dr. Vothoff bei den letzten Wahlen im heißen Kampfe den Antisemiten abgerungen hat, wird es bei den nächsten Wahlen wahrscheinlich ebenfalls zu einer antisemitischen Doppeltkandidatur kommen. Die Verehrten haben bekanntlich schon vor Monaten im Verein mit den Konfessionslosen und dem Bund der Landwirte den Oberlandesgerichtsrat v. Richtigshofen, den Sohn des verstorbenen Staatssekretärs des Auswärtigen, aufgestellt, der sich auch schon in einer großen Anzahl von Versammlungen den Wählern vorgestellt hat. Die Nationalliberalen, die das letzte Mal ihre ausschließliche

Kandidatur einige Wochen vor der Wahl zurückgezogen und den freimännlichen Kandidaten unterstützt hatten, wollen diesmal wieder den früheren Abgeordneten des Kreises Dr. Vothoff unterstützen. Man entnehmen wir dem Parteiprogramm der Deutschsozialen, daß auch die Reformen auf dem Plan erschienen sind. Das „Deutsche Blatt“ meldet nämlich:

„Es haben sich auch die Reformen eingeladen, und ihr Herr Vothoff wird der herrlichen „Gell. Rundschau“, der auch dem Jungdeutschen Bunde herbeigekommen ist, bei sich bereits bereitgestellt und Herrn v. Richtigshofen ein schwerm und heißen Kampf versprochen; schon heute freuen wir uns besonders auf das Gesicht dieses Herrn, wenn er die hundert Gläser seiner Lieben trinken wird.“

Prophetien in Wahlkämpfen sind immer eine nützliche Sache; es ist indessen gar nicht ausgeschlossen, daß die Freunde der Parteifreunde des Herrn Vothoffmann von Sonnenberg, wenn sie sich am Wahltag die Beförderung ansehen, sich in das gerade Gegenteil verandelt.

Wie die Antisemiten sich ihre Wahlkreise zu erhalten suchen. Auf der dieser Tage abgehaltenen sozialdemokratischen Parteikonferenz für Ost- und Westfalen wurde mitgeteilt, daß der antisemitische Vertreter des Kreises, der Abg. Frölich, es meisterhaft versteht, für sich Klänge zu machen, indem kaum eine Klänge ober ein Schlingen verkehrt, wo er nicht einen Pöbel listet mit der Widmung: „Frölich, Reichstagsabgeordneter.“

Das dritte Dugend Straßlagen gegen den antisemitischen Abg. Krösel ist bald voll. In der Pyritzer Stadtverordnetenversammlung vom 14. d. M. machte der Vorsitzende Rechtsanwalt Casse Mitteilung, daß ihm nach der letzten Sitzung ein Brief vom Stadtverordneten Krösel zugegangen sei, in ihm in seiner Eigenschaft als Stadtverordneten-Vorsitzer gerichtet; diesen Brief habe Steiner der Staatsanwaltschaft eingereicht mit dem Antrage auf gerichtliche Verfolgung des Stadtverordneten Krösel wegen Beleidigung. U. a. weist Herr Krösel in diesem Briefe dem Vorsteher „ausgezeichnete Fliegerei“ vor.

Im Zusammenhang hiermit schreibt das „Pyritzer Kreisblatt“:

„Der Abg. Krösel, der in den letzten beiden Monaten als Redakteur des „Mittelhand“ sich etwas ein Dugend Klagen wegen Beleidigung und Verleumdung zugezogen hat, das an dieser seiner journalistischen und redaktionellen „Tätigkeit“ anschauen noch nicht genug. Auch in den letzten Tagen hat er die redaktionelle Verantwortung des „Mittelhand“, trotzdem seit dem 1. August ein neuer Redakteur am „Mittelhand“ tätig ist, wieder selbst übernommen und sündigt nun fort darauf los. Ob es schon ein verdammt großer Wunsch direkt für unmöglich, wie man eine derartige reine Privat-Angelegenheit zum Gegenstand des Zeitungskreislaufes unter den unzähligen „Fortsetzung“ machen kann, ohne nicht anzunehmen, daß das Papier und vor allem auch die Leser eine Heiligung haben müssen, so muß man noch mehr an dem Verstande des Verfassers zweifeln, wenn man sieht, wie er mit Rücksicht auf einen gewissen Wahrscheinlichkeit Verleumdungen und Verleumdungen an massen auspricht, ohne sich anscheinend der Folgen solcher betrieblichen Handlungsweise bewußt zu sein! Glaubt denn Herr Krösel, der Reichstag würde überhaupt nicht mehr geschlossen werden, — das würde ihm allerdings das angenehmste — glaubt er denn, er wird sein Lebenlang Abgeordneter bleiben? Zweifellos würde Herr Krösel besser handeln, auch im Interesse der antisemitischen Partei, wenn er endlich, daß sein Name im Dezember vorigen Jahres angehängte Plakat antreten und einige Zeit wenigstens seine Tätigkeit am „Mittelhand“ einstellen würde, damit er neugebärtet und neugebärtet an den kommenden Arbeiten des Reichstags sich beteiligen und dann nach dem Schluß des Reichstags mit der nötigen Hilfe und Hilfe seine Straßlagen betreiben kann, den denen das dritte Dugend bald voll ist. Denn daß ihm nach dem Schluß des Reichstags wiederum Zeit zur Abreise nach Schweden gestehen wird, glaubt doch wohl Herr Krösel selbst nicht!“

Die Laugmant der Behörden gegenüber dem antisemitischen Demagogen Grafen Pückler, der den ihm gewährten Festungsurlass dazu benutzte, um seine

effektive Propaganda in Berlin mit frischen Kräften fortzusetzen, hat mit Recht allenfalls in der Bevölkerung lebhaften Beifall hervorgerufen. Im Anschluß an die Beschwerden der Presse hatte sich der Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens mit einer entsetzenden Eingabe an den Justizminister gewandt und hierauf unterm 4. Juli durch den Oberstaatsanwalt Jfenbiel folgenden Bescheid erhalten:

Auf Ihre an den Herrn Justizminister gerichtete, von diesem an den Herrn Oberstaatsanwalt am Rommergericht zur Prüfung und weiteren Veranlassung abgesandte und den letzteren mit den gleichen Anträgen wie postalische Eingabe vom 21. Juni 1906 erwiderte ich ergehen, daß dem Grafen v. Pückler-Klein-Schöne aus gewichtigen Gründen zur Abwendung wirtschaftlichen Untergangs Straflaß vom 2. Mai bis 25. Juni 1906 gerichtet worden war. Da Graf Pückler nach Ablauf dieses Urteils keine Strafe freiwillig in sich ziehen angetreten hat, habe ich seine zwangsweise Einlieferung in die Festungshausgefängnisse anstatt zu Beschleunigung veranlaßt. Die gegen das Aufreten des Grafen v. Pückler während des ihm gewährten Straflaßes gerichteten Vorstellungen sind damit erledigt.

Wenn von dem Grafen Pückler Angehörigen Strafbarer Inhaft ausgehen, so ist es ohne weiteres meine Pflicht, dagegen mit den mir zu Gebote stehenden Mitteln einzuschreiten."

Der letzte Satz des oberstaatsanwaltlichen Bescheides befaßt nur etwas Selbstverständliches. Sehr seltsam muß es aber, wie die *Ab. Cor.* hervorhebt, berühren, daß die Justizbehörde Pückler einen verhältnismäßig so langen Urlaub gewährt hat zur Erläuterung einer Kapazität. Die "gewichtigen Gründe zur Abwendung wirtschaftlichen Untergangs" beziehen nämlich, wie i. Z. in der Presse mitgeteilt wurde, darin, daß dem Schloßherrn von Klein-Schöne — eine Scheune abgebrannt war. Was soll es ferner heißen, wenn der Herr Oberstaatsanwalt erklärt, daß durch die zwangsweise Einlieferung "die gegen das Aufreten des Grafen Pückler während des ihm gewährten Straflaßes gerichteten Vorstellungen fruchtlos sind"? Der Gehrgang hat in diesen Versammlungen, abgesehen von vielen anderen, noch weit schlimmeren Beschimpfungen der Behörden, u. a. auch erklärt, er gehe nach "der Saubere Weisheit, mündlich" auf seinen Fall mehr juristisch. Wollen die Justizbehörden diese berechnete Schmähung einer staatlichen Institution dem Grafen Pückler ebenfalls ruhig hingehen lassen?

Damit bet der ersten Angelegenheit auch der Humor zu seinem Rechte komme, sei hier angefügt, was "Gottlieb" im "Tag" zur Sache zu sagen hat:

Graf Pückler.

Eine Betrachtung in notgedruckten Verdrüßlichen.

Nach Klein-Schöne trug Verlangen er
Wird Weisheitsmündiger Festungshausgefängnis,
Und zur Abwendung seines hohen wirtschaftlichen Untergangs
Wurde er reichlich Urlaub nach Vorbericht des Festungs-Regiments.
Aber er wurde, weil er während dessen noch wohl zuviel gekloppt-
heupt,
Von den Schergen nach der Festungshausgefängnishaft zurück-
geschickt.
Ob er dort mit Kalbsbraten empfangen wurde wie der Herrliche
Sohn,
Kannst du erfahren von der Festungshausgefängnisverwaltung."

Vermischtes.

In Italien ist ein Jude, Herr Nisa, Unterrichtsminister geworden, ohne daß deswegen von jüdenfeindlicher Seite auch nur ein schwächerer Protest laut geworden wäre. Wie herrlich weit haben wir es bagegen in Preußen-Deutschland gebracht, wo erst noch vor wenigen Wochen bei Verabschiedung des Volksschulgesetzes Herr Ministerialdirektor Dr. Schönlank die "schweren Bedenken" des Frh. von Dürant durch die Zustimmung be-

schwichtigte, daß jüdische Volksschullehrer nur in den dringenden Fällen an christlichen Schulen beschäftigt werden sollen. Der gleichfalls jüdische italienische Schatzminister Luigi Luzzatti ist kürzlich von dem deutschen Kaiser durch das Großkreuz des Roten Adlerordens ausgezeichnet worden, und der Reichskanzler Fürst Bismarck hat ihm ein höchst schmeichelfolles Schreiben überliefert, in dem er seine Bewunderung "für die genialen, überaus verdienstvollen Finanztransaktionen" Luzzattis Ausdruck gibt. Merkwürdig nur, daß unsere amtlichen Stellen immer nur an ausländischen Juden hervorragende Verdienste entdecken, die doch nach antisemitischer Hauptung moralisch und intellektuell noch unter den deutschen Juden rangieren.

Die Gerichtsvollzieher und die Antisemiten.

Au einzelne Beamtenkategorien sich heranzubringen ist ein seit Jahren schon von den Antisemiten beliebtes Manöver. Selbstverständlich kommt es den Antisemiten dabei weniger auf eine Besserung der Lage der betreffenden Beamten an, als darauf, diese Herren für die Wahlen einzulangen. Rücksicht den unteren und mittleren Beamten der Polizeiverwaltung sind es namentlich die Gerichtsvollzieher, denen sich die antisemitische Fürsorge besonders eifrig zugewendet. So brinat denn aus Anlaß des soeben in Berlin eröffneten Gerichtsvollzieherkongresses die *Süddeutsche* auch wieder einen Begrüßungsartikel, in dem sie unter anderem besapnet, daß der antisemitische Geist unter den Gerichtsvollziehern weit verbreitet ist. Das sei die Reaktion des Gegens gegen die Ausübung des formellen Rechts durch die Judenchaft. "Wer kennt nie die Hartnäckigkeit des jüdischen Geschäftsmannes?" — Wir überlassen es den Gerichtsvollziehern selbst, sich gegen die Beilegung zu verwahren, als ob sie zum größten Teil antisemitisch gesinnt seien.

Donston Stewart Chamberlain und die Jesuiten.

In seinen "Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts" (herbert Chamberlain) oft die sonderbarsten Ideen zu Tage. Seine Rassen-theorien sind reichlich ab absurdum geführt worden. Gegen seine Rassenforschung wendet sich auch D. Boehmer-Romundt in einer historischen Skizze "Die Jesuiten", die in einer Sammlung bei Teubner erschienen ist. Es handelt sich um die Erklärung der Größe der Persönlichkeit des Stiefsohns des Jesuitenordens, Ignatius von Loyola, und es heißt da: "In allerneuester Zeit hält man die Rasse und die Rassenmischung für den wesentlichsten Bildungsfaktor. So ist für Donston Stewart Chamberlain das Urteil über die Person wie das Lebenswerk Ignacios (die spanische Form des Namens Ignatius) damit gegeben, daß Ignacio kein "Germane" sondern Rasse von Germanen war und sich nicht entblödete, bei Semiten, nämlich bei muhammedanischen Dervischen in die Schule zu gehen. Denn dieser Akapode der Rasse hat sich von dem Franzosen Waller den ungeheuren Rären aufbinden lassen, daß der Jesuitenorden ein Produkt islamistischen Einflusses auf dem Boden des Christentums ist!"

Turnerisches. Der Ausschlag der deutschen Turnerschaft ist unter dem Vorst. von Dr. Grop-Belzig in Hildesheim zu einer Tagung zusammengetreten. Man dachte in diesen Tagen auch der österreichischen Turner, die seit zwei Jahren der großen deutschen Turnerschaft nicht mehr angehören. Man dachte ihrer ohne Groll, weil man weiß, daß nur die Treibereien einiger antisemitischer Großsprecher die Trennung zu Werke gebracht haben, und daß schon jetzt viele Vereine es ernstlich betreten, den Lockungen antisemitischer Propaganda gefolgt zu sein. Man darf also sich vielleicht der Hoffnung hingeben, daß über kurz oder lang die österreichischen antisemitischen Eigenbrötler ihre Rolle ausgespielt haben werden.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Voraus wünscht.
Konten: Post 4 Nr. 3075.

Alle Abonnenten an die Expedition und an Herrn W. Magdeburgerstr. 14, wo alle in dem Sinne des Vereins gesendeten Briefe, Karten und Geldbeiträge an den Schriftführer, Herrn Dr. Kantor, D. Gesselt, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Die feindlichen Brüder.

Eine antisemitische Komödie.

Seit der Wahl von Hinteln-Hofgeismar sind die Deutschsozialen und die Reformen sehr schlecht auf einander zu sprechen und sie paßen gegenseitig mit allerlei jämmerlichen Klatsch und persönlichen „Entstellungen“ aus. In der „Staatsbürgerzeit.“ wird vom Abg. Raab hier, vom Abg. Werner dort der entsprechende witzvolle Dutz abgelesen in einer Reihe von „Erklärungen“.

Das es beiden Seiten aber nicht Ernst ist, wenn sie sich gegenseitig moralische Vorwürfe machen, daß sie hier vor ihren Anhängern eine große Komödie aufführen und sich, nachdem sie sich gehörig ausgeschimpft haben, mit verständnisvollem Augenzwinkeln zurückgehen, — dafür zeugt die wieder in die Debatte geworfene Behandlung des Falles Werner in Hamburg.

Im Jahre 1898, also zu einer Zeit, als Werner, Raab und Liebermann von Sonnenberg in einer Partei zusammenfaßen, behauptete der Redakteur Erdmannsdorffer, daß Werner dem jüdischen Parlamentsjournalisten Dr. Hamburger gegen Engelst Kommissionsberichte aus dem Reichstag liefere. 1901, nach jahrelangem Singen der Angelegenheit seitens Werners, erbrachte Erdmannsdorffer für diese seine Behauptung in einem Prozeß zu Cassel den vollen Wahrheitsbeweis und wurde dieserhalb freigesprochen (nur wegen einer nebenstehenden Briefkasten-Affäre erfolgte Verurteilung zu 50 Mk. Geldstrafe). Das Urteil erkannte gleichzeitig an, daß Werner, als er den Verleger in Hamburg ablegnete, eine bewußte Unwahrheit, „auf gut deutsch“ eine Lüge ausgesprochen habe.

Werner war demnach als „Judenknecht“ und als Vagner gerichtlich gebrandmarkt. Eine antisemitische Partei, die von einem ihrer eigenen Gewinnsgenossen so schmächtig hintergangen war, hätte nun doch die Konsequenz ziehen müssen. Sie hätte den so Gesegneten cum infamia aus ihren Reihen ausschließen müssen. Und den Antisemiten diesen Entschluß zu erleichtern, sandte Erdmannsdorffer damals an alle antisemitischen Abgeordneten eine Abschrift des Casseler Urteils. Kein Mensch reagierte darauf. Im Gegenteil: Werner wurde bald darauf in alle Parteipremianter der Reformpartei wieder hineingeworfen, und 1903 ward er aufs neue Reichs- und Landtagsabgeordneter. Nur das Hamburger „Deutsche Blatt“ des Herrn Raab leistete sich unter Anspielung auf Werner folgenden Satz:

„Wenn unter den Kandidaten einer Idee oder Bewegung einige persönlich rüddelige Schafe mitlaufen, so kann das auf die

übrigen, welche sich von dem großen Daulen noch dazu geistlich abgelehnt haben, doch keinerlei Schaden wirken.“

Aus einem (in der Nr. 2 des Jahrgangs 1902 von uns veröffentlichten) Briefwechsel zwischen Erdmannsdorffer und Raab ging aber zur Genüge hervor, daß es seitens der Deutschsozialen bei diesem Schimpfwort vom „rüddiligen Schaf“ kein Bedenken haben würde. Zu mehr reichte das feilliche Pathos der Herren nicht aus. — Erdmannsdorffer hatte damals an Raab geschrieben:

„Der einzig korrekte und überzeugendste antisemitische Weg für Sie wäre zu sagen: Wir als Antisemiten verlangen, daß Du, der Du zwar einer anderen Richtung, aber doch dem Gesamtantisemitismus angehörst, und der Du geschickt benutzt gekennnt worden bist, den Knecht und Vagner als Antisemiten und Volksverleumdern niederlegst, da Du dich dieser Knecht unwürdig erweisen hast. — Erst wenn Ihre Partei so spricht, dann kann sie von Mitschuld freigesprochen werden. Erst wenn sie rüddilhaft und unwürdig bleibt, ist sie frei von dem Vorwurf, einem Schurken mit ihrem Schilde gedient zu haben.“

Die Deutschsozialen, wie gesagt, sprachen nicht so und machten sich dadurch zum Mitschuldigen Werners. Seitdem sind 4 1/2 Jahre verflossen. Diese ganze Zeit lang hat Werner im Reichstage Seite an Seite mit den Deutschsozialen gesessen, nie ist er von ihnen besauntet oder auch nur persönlich „gegrüßt“ worden. Sämtliche Antisemiten verließen im Parlamente mit dem Manne in der feindlichen Reihe.

Und nun mit einem Mal erwacht bei Herrn Raab die Erinnerung daran, daß Werner doch eigentlich vom antisemitischen Standpunkt aus eine sehr zweifelhafte Persönlichkeit ist! Aber lediglich die jetzige Partei-Kampfberei ist die Ursache der Ausgrabung der alten Sünden Werners, nicht etwa ein plötzlicher Ausbruch höchster moralischer Entrüstung. Nachdem sich Werner am 19. August in der „Staatsbürgerzeit.“ mit dem ihm zu Gebote stehenden geschwollenen Pathos gegen den Vorwurf des „Hintelner Ang.“, er habe Kommissionsberichte gegen Engelst geliefert, entrüstet hatte, erwiderte Raab am 21. August:

Herrn Werner ist... meines Wissens von uns niemals daraus ein Vorwurf gemacht worden, daß er Berichte gegen Engelst liefere, sondern nur daraus, daß er siek Berichte selber für einen Juden, namens Hamburger, liefere, welchen, der höher wegen eines kühnsten Abenteuers höchstlich verfolgt wurde, aber selber untan. Bei unserer grundsätzlichen Stellung zur Judenpresse konnten wir es nicht aushalten, daß ein antisemitischer Abgeordneter einem jüdischen Unternehmer den Inhalt zu seiner Korrespondenz lieferte.“

Jetzt also, nach fast 5 Jahren, befinden sich die Deutschsozialen auf ihre „Grundstücke“ Herrn Werner gegenüber, die sie damals schon geltend gemacht haben wollen.

In der Öffentlichkeit ist davon nichts bekannt geworden. Und das hätte gesehen müssen, wenn die Entrückung der Deutschjuden erst gewesen wäre. Sie hätte Werner abschütteln müssen, der vom antisemitischen Standpunkt aus ein todeswürdiges Verbrechen begangen hätte. Jetzt langt die ganze antisemitische Ueberzeugung von der Verurtheit der Geschäftsleute mit einem Juden nur zu einem „nicht aufheben.“ Urb Berner, dieser Viedermann? Nachdem er sich derartig gestellt sah, konnte er nicht mehr anweisen, und derselbe Mann, der 1900 mit fester Stirn gelungen hatte, mit Hamburger Geschäftsbegehungen gebüht zu haben, der 1901 gegen seinen Gegner Erdmannsdorfer mit gut gespielter fittlicher Entrückung Gefängnisstrafe wegen dieser Affäre beantragt hatte, er schiedt jetzt ganz harmlos (26. August, „Staatsbürgerztg.“):

„Dahin für den Juden Hamburger objektive Kommisfionsberichte geliefert habe, mag ein Fehler gewesen sein. Und der erste Schritt zur Besserung ist der, wenn man einen begangenen Fehler offen bekennt. Das will ich hiermit tun. Wie sagte doch der Regent: „Wer unter euch ohne Sünde ist...“

Wenn man Herr Raab lernt anführt, daß Herr Hamburger später wegen seiner jüdischen Affäre bestraft — es handelt sich um die Affäre der Jüdischen Kommission — schließlich verurteilt worden ist, so ist das richtig. Ich habe aber mit Herrn Raab, daß Hamburger leider nicht schuldig war, ist. Aber meine Kommisfionsberichte sind wirklich unrichtig an dem Affärebeispiel des Herrn Hamburger und an dem Bericht der damaligen Zeit, und genau ebenso unrichtig, wie es Herr Raab z. B. an dem damaligen Verordnungsfall bei Spremberg ist. Da ich keinerlei Einfluß auf den Affärebeispiel hatte, auch im Jahre 1901, in welchem Jahre ich meine Geschäftsbeziehung mit Herrn Hamburger löste, (weil ich damals der Partei mit Erdmannsdorfer aus dem Wege brante!) D. H., unangeführt allein kamte, daß Hamburger im Jahre 1900 Affäre bestraft wurde, mit also von dieser unrichtigen Affäre abgesehen nichts vorher bekannt war, ja, wie ich wirklich nicht, welchen Wert es haben soll, diesen Affärebeispiel fälschlich zu meinen Kommisfionsberichten in Verbindung zu bringen.

Diese Ängstlichkeit konnte ich z. B. die Kommisfionsberichte nicht liefern, weil ich — es handelt sich hauptsächlich um die Zeit der 1908 — auf die Genußnahme bringen konnten war: auch bin ich der Ansicht: „Jeder Arbeiter ist ein Mensch.“ Sollte mich der Herr Raab etwas bezüglich aus dem Grunde an jene Zeit der Verurteilung erinnern, damit ich nicht beschuldigt werden soll, in wäre dies bei mir überflüssig. Diejenigen Leute, die zu hoch mit mir gehen, und die, ihre Herkunft und Vergangenheit dergestalt, sich auf das Recht, was man sie gar zu leicht herunterfallen lassen, schmeißen, und mich nicht die widerwärtigen und unangenehmen Weise zu gehen. Auch hat man mich schon in der Schule ungeliebt, daß „Dankung vor dem Fall kommt.“ Ich besitze weder Reichtum noch Vermögen, (kann ich nicht zu werden“.

Wir haben diese ganze Stelle wiedergegeben, weil sie unendlich charakteristisch ist für die moralischen Auffassungen dieses Herrn Berner. Eine seine politische Ehre als Antisemit aufs schwerste belastende Tätigkeit, die er jahrelang ausgeübt und die ihm zum Teil die Möglichkeit seiner Mandatsausübung ermöglicht hat, nennt er jetzt belläufig einen „Fehler“, den er „offen bekennen“ — nachdem er wegen Nichterkenntens dieses „Fehlers“ 1901 vom Gericht zu Rasse als Lügner gekennzeichnet worden war. Und dieser Mann, der jüdisches Geld genommen hat, um antisemitischer Abgeordneter bleiben zu können, erinnert in widerlicher, blasphemischer Weise an das herrliche Wort des Regentens! Er empfindet sich fälschlich aber das — ganz nebenbei — Wort Raab von dem dem Affärebeispiel Hamburger und ergibt sich, immer um von der Hauptföde abzulassen, in einer sich selbst beweisenden Entrückung über den Hochmut, den er nicht hat. Dieses Gemisch von schändlicher Aufrichtigkeit, von ausgelassener Frechheit, den unangenehmen Dingen an dem Wege zu gehen und die Debatte auf ein anderes Gebiet zu ziehen, von Frömmel und Biedermelerei — das ist die Antisemit-Propaganda in Reinkultur.

Und was wird nun werden aus dem Streit zwischen Raab und Berner? Richtig! Die Deutschjuden werden sich mit der Erklärung Berners zufrieden geben, weil sie

selbst keine reine Bestie in der Affäre haben, und Berner nebst seiner gesamten Reformpartei werden erst recht schweigen, damit wieder Gras darüber wächst. Beide Richtungen aber werden auch in Zukunft mit deutscher Treue die antisemitischen „Ideale“ pflegen.

Wir aber möchten, wie Dr. Kelling in der „Welt-ente“ dem Gregor Werle, so den Antisemiten die Worte zufließen: „A propos, vertrauen Sie doch nicht das Fremdwort „Ideale“, wir haben ja das schöne deutsche Wort „Zügen“.

Ein neues Programm des Deutschen Volksbundes.

Die Herren vom Deutschen Volksbund haben wieder einmal das Bedürfnis, ihr Programm zu revidieren. Zum wievielten Male wohl? Ihr offizielles Organ, die „Stettiner „Deutsche Wochenzeitung“ veröffentlicht aus den „Hochmeistern“ des Bundes ausgearbeiteten Entwurf, aus dem wir den Abschnitt 4 hier wiedergeben, der die Forderungen in der „Zukunftfrage“ wie folgt formuliert:

„Die Ausbreitung des Judentums aus dem deutschen Staats- und Gesellschaftsleben durch ein Auswanderungsgebot und andere gesetzlich Maßnahmen. (Als Auswanderer des Judentums ist nicht die „Religion“, sondern, naturwissenschaftlich die Rasse zu betrachten. Alle Juden haben alle die gleichen, in deren Abwanderung innerhalb der letzten drei Generationen auch nur eine Person jüdisches Blut nachgewiesen ist.)

Vorläufig sind folgende Maßnahmen zu ergreifen: Ausbreitung der Juden aus allen öffentlichen Ämtern, aus dem Richter-, Rechtsanwalts- und Lehrstand und aus den Lehrer-Studenten deutscher Schulen, sowie aus der deutschen Presse.

Ausbreitung der Juden und dem Offizier-, Reserve-Offizier und Sanitäts-Offiziersposten.

(Diese Ausbreitungen gelten auch für Deutsche, die jüdischen gebürtig haben.)

Verbot der Jüdischen Auswanderung.

Verbot, Grund und Boden zu besitzen.

Ausschluss der Juden von der Rasse, um aus dieser wieder ein dem deutschen Volks-Unternehmen deutsches landwirtschaftliches Institut zu machen.

Verbot, welches Verbot des Judentums zu halten.

Unterricht in besonderen Jüdischen Schulen.

Verbot der Führung deutscher Namen und Firmen.

Einschränkung einer Judenzeitung.

Überlegung der auf die Stellen der jüdischen Stellen des Lohns, namentlich des Sanitäts Arns, in die deutsche Sprache.

Ausschluss der Juden von der direkten und indirekten Beteiligung an öffentlichen Unternehmungen, Verordnungen und Subventionen.

Verbot des Schächters.“

Auf religiösem Gebiete wird die „Duldung jeder mit germanischer Rechte- und Sittenanschauung nicht im Widerspruch stehenden Ueberzeugung“ und „an Stelle der Verpersönlichung des deutschen Volkes in vielerlei Konfessionen Zusammenfassung auf dem Boden der gemeinsamen, verschönernden Uebersicht Christi in deutscher Auffassung“ gefordert. Das soll wahrheitsgemäß heißen: das Christentum auf dem Boden des Bodanschlusses aufgedaut! Andererseits enthält das Programm als nächsten Punkt die Forderung: „Bekämpfung des unser deutsches Volkstum gefährdenden Ultramontanismus und Jesuitismus“.

Da es sich vorläufig nur um einen Entwurf handelt, der durch Kritiken aus den Kreisen der Mitglieder vorantreibt sich noch Änderungen und Ergänzungen erfordern wird, behalten wir uns eine eingehende Kritik dieses sommers „Programms“ für später vor.

Die Gastwirte und die Mittelstandsvereinigung.

Der krypte antisemitische, Mittelstandsvereinigung haben die deutschen Gastwirte, die sich, wie erinnerlich, im vorigen Jahre hatten vereinen lassen, drei ihrer Vorstandsmitglieder in die Vereinigung zu delegieren,

in diesem Jahre wieder den Laufpaß gegeben, da sie mit diesem realistischen politischen Geblüt denn doch zu traurige Erfahrungen gemacht haben. Auf dem diesjährigen Essener Verbandstage der Gastwirte berichteten die drei Delegierten über ihre Ausnahme in die Mittelhandvereinsung. Lasse-Berlin erzählte, daß die Mittelhandvereinsung die drei Vorstandsmitglieder mit offenen Armen aufgenommen und sie sofort in den Vorstand gewählt haben, in der Hoffnung, den ganzen Gastwirtsstand für ihre Zwecke einzufangen zu können. Es wären ihnen aber überall nur hohle Versprechungen gegeben worden, so daß er vorschlug, der Vereinigung gegenüber u. Z. noch eine abwartende Haltung einzunehmen. Seine Kollegen waren aber mit dieser abwartenden Stellung nicht einverstanden. Braun-Berlin erklärte: Ich kann mich der Mittelhandbewegung gegenüber nicht so günstig stellen, wie es der Kollege Lasse getan hat. Die Kollegen Ringel, Vogel und Lasse sind der Mittelhandvereinsung beigetreten, um sich über die Ziele und Zwecke derselben zu informieren. Aber nach den Verhandlungen über die Brauereivorlage werden Sie wohl able wissen, wo unsere Freunde im Reichstags sitzen und wo nicht, und meine Herren, wenn Sie das begreifen haben, dann wird wohl kein Wirt im Zweifel darüber sein, was er zu tun hat. Weiter erklärte Fischer-Berlin: Als diese Frage im vergangenen Jahre in Lübeck verhandelt wurde, ließen sich auch einige warnende Stimmen vernehmen, und es wurde vor allen Dingen gesagt, wir sollten nicht in corpore der Mittelhandvereinsung beitreten, sondern nur als Einzelmitglieder, überhaupt eine abwartende Stellung einnehmen und bloß Fühlung mit der Vereinigung halten. Wie richtig dieser damalige Standpunkt war, das möchte ich Ihnen an einem kleinen Beispiel illustrieren. Im letzten Winter besuchte ein Kollege eine Versammlung der Mittelhandvereinsung, die in Schöneberg bei Berlin stattfand. Dort referierte der konfessions-antireligiöse Landtagsabgeordnete Hammer. Der Kollege sprach nach Herrn Hammer, und dieser war so liebenswürdig, ihn auszufordern, ihm Material zugehen zu lassen. Der Kollege hat das auch getan, aber bis zum heutigen Tage von Herrn Hammer noch keine Antwort erhalten. Meine Herren, das ist sehr bezeichnend für das Verhalten dieser Herren, die sich wohl in einer Volkversammlung hinstellen und dort Propaganda für die Mittelhandvereinsung machen, auf der anderen Seite aber, wenn ein berufener Vertreter eines Gewerbes sich erdient, Material zu liefern, und es auch wirklich einfindet, ihn nachher links liegen lassen. — Der Rehner erlosb den gleichen Vorwurf noch gegen den konservativ-antireligiösen Abgeordneten Pauli-Potsdam, der dem geschäftsführenden Ausschuss sogar versprochen hatte, er werde alles tun, was in seinen Kräften stehe, um die Brauereien zu Halle zu bringen. „Was geschah aber?“ — fuhr der Rehner fort — der Abgeordnete Pauli hat zwei Tage später für die Brauereifrage gestimmt. (Zehlfaste Höri! Höri!) Meine Herren, eine solche Haltung eines Reichstagsabgeordneten, der auch zu der Mittelhandvereinsung Beziehungen hat, verdient doch, hier von der Tribüne des deutschen Gastwirtsstandes für spätere Zeiten festgenagelt zu werden. (Zehlfaste Zustimmung.) —

Der antireligiöse Reichstagsabgeordnete Fröhllich suchte für die Mittelhandvereinsung noch zu retten, was zu retten war. Er entschuldigte sie damit, daß sie noch in den Kinderschuhen stehe, und rühmte die Vertreter der „Wirtschaftlichen Vereinigung“ im Reichstags als wahre Mittelhandbrenner. Er schloß mit der bringenden Bitte, die Brücke zwischen Gastwirtsstand und Mittelhandvereinsung nicht abbrechen. Er hatte jedoch mit seinem Liebeswerben wenig Glück. — Lasse-Berlin

präferierte noch einmal den Standpunkt des geschäftsführenden Ausschusses dahin, daß sich jeder der Mittelhandvereinsung gegenüber verhalten könne, wie er wolle, der Verband nehme zu ihre keine Stellung — und die drei Vorkonferanzmitglieder, die ihr auf kurze Zeit angehört haben, scheiden wieder aus.

Damit ist sich also wieder ein großer Bestandteil des Mittelhandes im wesentlichen gegen die Mittelhandvereinsung erklärt.

Aus dem Leben von Karl Schurz.

Der vor wenigen Monaten verstorbene hervorragende deutsch-amerikanische Staatsmann, auf den seine alte wie neue Heimat in gleicher Weise stolz sein können, hat noch kurz vor seinem Tode „Lebenserinnerungen“) abgeschrieben können, die nicht nur wertvolles historisches Quellenmaterial über eine der interessantesten Perioden der deutschen Freiheitsbewegung liefern, sondern auch in schlichter ungemeinerner Darstellung das Selbstbildnis eines freien edlen Geistes enthalten. Für unsere Leser dürfte insbesondere folgendes Glaubensbekenntnis aus seiner Jugendzeit von festem religiösem Glauben sein:

„Im Religionsunterricht wie auf der Kanzel habe ich den Pastor wiederholt sagen hören, die katholische sei die allein seligmachende Religion und alle Andersgläubigen, Protestanten, Juden und Heiden, seien unrettbar dem ewigen Höllenfeuer verfallen. Protestanten gab es nun in unserem Dorfe und der Umgebung keinen einzigen. In der Tat konnten wir Kinder mit einem „Goldener“, wie hieß die Protestanten gewöhnlich genannt werden, kaum vorstellen; und als einmal ein durchreisender Prediger, ein protestantischer Pfarrer, mit als Protestant bezeichnet wurde, betrachtete ich ihn zuerst mit halb furchtsamer, halb mitleidiger Scheu, und war dann leicht erheitert, in ihm einen sehr würdigen und angenehm aussehenden Mann zu finden. Einen Juden hatten wir im Dorfe, der das Metzgerhandwerk betrieb, und von dem wir und unsere Nachbarn einen großen Teil unserer Fleischbedarfs bezogen. Aber sonst kam man nicht mit ihm in Verbindung. Dagegen sah ich einen anderen Juden namens Aaron, der in einem benachbarten Dorfe wohnte, nicht selten in unserem Hause, und ich bemerkte daß mein Vater sich bei jedem seiner Besuche in freundschaftlicher Weise mit ihm über allerlei Dinge unterhielt. Das wunderte mich. Aber mein Vater sagte mir, der alte Aaron, dessen Gesicht mir in der Tat immer besonders ernst und würdevoll vorgekommen war, sei nicht allein ein guiter und rechtschaffener, sondern auch ein sehr finger und aufgestrichter, ja, ein weiser Mann — rechtlicher, tugendhafter und weiser als mancher Christ. — Die Frage, ob um auch ein so guter Mann wie Aaron durchaus zum ewigen Höllenfeuer verdammt sein werde, gab mir viel zu denken. Ich konnte mir doch mit der Ungerechtigkeit Gottes nicht zusammenreimen. Bald machte mich mein Vater mit Bessing „Reichen der Welt“ bekannt, und die Lehre der Duldsamkeit, welche diese Dichtung so anziehend darstellte, und die mein Vater mir passend erläuterte, gediehete mir Befriedigung, ohne daß ich mir draus getraut hätte, wie bezeichnend für einen der Glaubensprediger des allein seligmachenden Glaubens erschiene.“

„Ich habe bereits erzählt, wie in früher Kindheit mein Glaube an die ewige Vergeltung der Andersgläubigen und an die Unseligkeit und hüllende Größe des Verfallens so bezeichnend erfüllt worden war. Ich hatte selbst über diese und verwandte Gegenstände viel und ernstlich nachgedacht. Endlich kam die Zeit, da ich konfirmiert werden, oder, wie wir es nannten, „zur ersten Kommunion gehen“ sollte. Ich überlegte wurde und ein bedeutender Unterricht in der katholischen Glaubenslehre durch den Religionslehrer des Gymnasiums erteilt. Ich gab mich diesem Unterricht hin mit dem ausdrücklichen und wahrhaft frommen Wunsch, meine Zweifel zu überwinden. Ich biethete mir sogar ein, daß dies gelingen lie, und so ging ich durch den Akt der ersten Kommunion in einer Art von religiöser Schwärmerei

*) Berlin, Georg Reimer.

Literatur sich richten sollen, um an ein neues, unbekanntes, aber notwendiges Ziel zu gelangen. Aber von unserm jungen Volk eine Freier zur Hand nimmt: gut oder schlecht, bewußt oder unbewußt, sucht er es seine nachzumachen, denn wie hat eine so plüschig und mit Büchschinken herabgerufen, plüschig untermetete Verehrung ihre Wirkung so unvollständig gemacht, als die Dämonie die letzte. Nicht genug aber, daß wir nachher gar dumm wurden, wie unsere Vorgänger, die ihr herrliches Talent von ihrem vaterländischen Boden verjagt, daß wir mit schnell erschöpfter Spannkraft übersehen, wie seine ärmliche Wurzel aus der Erde gerissen wird, die ihr allein Nahrung geben konnte, daß wir demselben mit schmerzlichen Sämen bemerken, Freund Deine hätte in Paris das Reichthum-Schreiben verlernt, daß wir durch unsere Unwissenheit ihn endlich gegen sich selbst härteren, daß wir ihn gewinnen, aufzugeben, Kallist, so sein, während er doch immer mehr Fortschritt werden kann, — nicht genug, daß wir ihm das Terrain so weit abräumten, daß seiner steigenden Hitze nichts weiter abkömmt, als an dem Lächerlichen, was man ihm, ohne es vielleicht zu wollen, abgibt, seinen Will zu üben, — nicht genug, daß wir gleichgültig und fleischlich dieser Verwundung eines Talents zusehen, das der glücklicheren Pflanze an die größten Namen unsehr Literatur gereicht haben würde: — nein! wir trennen und auch und flüchten in die Dämonie, wenn diesen Dämon, auch wenn die Bekundung widersteht, wie wir für die uns gegen Schicksal-Gewissen-Mengen anwenden die praktische Genossenschaft haben! Was ist das aber im Deutschen Land mit einer so ungeschickten und unglücklichen, daß man nicht einmal die Fährten, den Talbestand jenes traurigen Kallist, den man so gern als eine verdiente Abhängigkeit betrachten, zu ergründen. Der unersäuliche Reichthümer in der „Vespärgir Allgemeinen Zeitung“ hat, wie ich vernehmen kann, die Illusionen sowie die ganze Ergründung des Kallist, nur aus der Aufgabe der Angewandten entnommen, welche Berücksichtigung er geradezu durch die eben verlassenen als postum moralischen Lehren, die er seine gibt, zu verfertigen sucht. Nach seinem ist es eingeleitet, die Aufgabe Deines über einen Vorfall, der sich ereignete ohne kompetente Zeugen stattzufinden, ebenfalls zu bezeichnen. Ich werde mich daher an das Rechtgefühl meiner Landleute und Frage, ob es nicht möglich ist, nach der Aufgabe der einen Partei die andere schonungslos zu verdammen? . . .

So viel ist gewiß: die Prosopien, die allerdings ihren Dichter auch besser gemacht haben würden, hätten die ganz gleichen Illusionen sich besser zu bezeichnen genügt, trotzdem sie genug wichtige Gründe hätten, die aus einem solchen Stande einen höchsten Schritt zu Sätzen zu ziehen sich gebühren gefühlt haben würden; geküßt und geliebt sie ihren Dichter nicht, zumal, ohne ihn selbst nicht zu haben. Ich habe keinen Grund, für die Prosopien positioniert zu sein; hier aber nehme ich sie mir zum Vorbild.

In der „Silke“, dem Organ Dr. Friedrich Rammann's, wird Herr Bartels von dem evangelischen Pastor F. A. Hebbesen in Neubüll also gefeiert:

Es war ein Mensch, der hieß Adolf Bartels.
Sein Reichthum hatte einst eine deutsche Literaturgeschichte geschrieben und hielt sich selbst dem deutschen Volk zu Ehren und Insulten Germanien in allen literarischen Angelegenheiten.

Nun wollte er einmal ein bescheidenes herrliches Kallist-Schreiben vornehmen und erst sah dann einen gewissen Heinrich Reine, wobei er unter anderen auch weitestgehend Kallist herauszog, dessen literarische geschickliche Größe nur noch von der literarischen höchsten Großmächtigkeit Bartels' übertrifft wird.

Herrschendbedienste mußte ihm hierzu ein anderer gewisser Mensch leisten.

Dieser schmerzhaft an den Herzen herbeigeklappte Reine würde höchstwahrscheinlich, wenn er noch lebte und seine eigene Hände nicht für zu gut dazu hätte, nimmer behagte Bartels an den Reinen mit einer eigenen Würde, die allseitig sich bis in die rechte, voram populo germano herumkam.

Was Reine selbst, wenn er lebte, ihm antwortete, ist leicht zu erröthen und geeignet, mißliebigen Grausen für die immerhin herrliche Literaturgeschichte des Herrn Adolf Bartels einzuführen.

So hat denn merkwürdiger Bartels, der den Dichter Reine ein Schanddenkmal errichten wollte, sich selber eins gesetzt.

Er wird einst nicht mehr mit Ehren genannt werden da, wo man die „Welten nennt“.

Wir aber rufen: Fort endlich einmal und für immer mit dieser ebenso anmaßenden wie häßlichen, schamlos herrlich aufgelaufenen Weichhülle unserer Dichter!

Damit aber Herr Bartels sich nicht etwa darüber beklagt, daß wir „einfach“ seien, daß wir nur Christen und unverständliche Reine, bzw. geachtete Antisemit gegen ihn ins Feld führen, soll zum Schluß noch ein Stammen-genosse des verstorbenen Dichters zum Wort kommen. Defar Alimenthal gehst in einem wichtigen Poem

das seine Sprachgefühl des Weimarer Patentdeutschen; als Motto ist folgende Stillblüte aus seinem Feine-Pamphlet vorgelegt:

Motto: „Es ist, soviel ich weiß, bisher noch niemals herangezogen worden, welche beachtliche Rolle der Baron Gatin, der Herrgott Götter und Schiller, in der deutschen Literatur spielt, in dem er, nachdem er zuerst unsere Dämon verließ, dann auch Dämon und Dämon in seinen Dienst zog.“

Herr Adolf Bartels in Weimar ist kein Krier von wackelnder Reine.

Herr Adolf Bartels ist aus Sillit von unergiebiger Freiheit, indem er, nachdem er das Reinebuch fand, Verdacht selbst Karigen Reinebuch hat.

Herr Adolf Bartels in Weimar singt Seit Jahren die nämliche Reine. Ein Völkervertrag des Wortes, verhängt er gewöhnlich Ephe.

Indem er, nachdem er sich mit' gebast, nach diesen Reinen das darschne macht.

Herr Adolf Bartels wußte innigst einen Reine unter den Reinen. Ein früherer Reinebuch hat er sich, Götter den jenen Reinen, indem er, nachdem er getobt und gebrüllt, sich in den reaktionären Reine hüllt.

Herr Adolf Bartels erzählt sich jenseit dem Schlimmen aus Reine Dämon. Da weiß er die Reine wie und dreißt zu Reinen Dämon zu schreien, indem er, nachdem er dem Reine ein Reine ist, für Reine und Reine Reine ist.

Der Dichter oder im Reine, Den vordem ein . . . Reine beleidigt, Er führt Reine: „O leht ihr Reine! Ind das mit Reine Reine! Indem er, nachdem er sich ausgekühlt, Im Reine Reine zu Grunde geht.“

Die zukünftige und die alte Dama.

Die kommenden Dama-Wahlen in Rußland werden mit großer Erregung durchgesehen werden und die konservativen Blätter wollen diesmal rechtzeitig auf dem Plan sein; sie scheinen eine besondere Taktik verfolgen zu wollen und zunächst weniger die liberalen Parteien aus Ruß zu nehmen, als vielmehr sich mit ganzer Kraft auf die Entfaltung des Antisemitismus in Ruß zu werfen. Die Richtung ist mit der „Wesl. Zn.“

Hierzu geschrieben wird sehr einfach. Da die liberalen Parteien alle in ihr Programm die Gleichberechtigung der Juden aufnehmen, so ist viel gewonnen, wenn den Wahlen des Volkes diese Forderung vorkommt. Typisch ist für diese Kategorie von Blättern das Vorgehen des „Solo Pradw“ (Stimme der Wahrheit) gegen die Partei der friedlichen Erneuerung Rußlands, welche von dem Herren Graf Orдын, Kowow und Stachowitsch gebildet ist. Das genannte Blatt sagt, daß die Partei des Grafen Orдын in ihr Programm das Element der Zersetzung Rußlands aufgenommen hat, indem sie die Gleichberechtigung der Juden fordert, und schreibt wörtlich:

„Graf Orдын und seine Gefinnungslosen schlagen Rußland vor, einen gefährlichen Schritt zu tun. Es wäre aber weit einfacher, wenn viele Herren in die Geschichte blickten wollten. Die Frage der jüdischen Gleichberechtigung ist entstehen durch nichts herbeigeführt. (7) Wenn wir viele Frage von jüdischen Geschichtsbüchern betrachten, so ist natürlich die jüdische Gleichberechtigung eine unaussprechbare Notwendigkeit, aber wenn wir und auf den nationalen Geschichtsbüchern sehen, welcher allein den Namen eines Rußlands verdient, so ist für diese Frage kein Bedürfnis vorhanden. Diese Frage wird niemals die Zersetzung des Landes fördern, weil dem russischen Volke die Juden aus vielen Gründen immer zuzufrieden sein werden, und Kaufleute zur Verbesserung mit denselben das russische Volk im besten Falle nur in Erbarmen denken können. Wenn politische Parteien es ganz

und gar nicht nötig finden, mit den Ansichten und Gefühlen des Volkes zu rechnen, so ist die solche Partei trotzdem. Das scheint, daß eine Partei für das Volk da sein muß, aber nicht das Volk für die Partei.

Dem „Golos Pravdy“ sekundierten in Petersburg verschiedentlich die „Kowoje Wrenja“ und offen die „Sorka“ Jarmoskine, ein kleines Blättchen, welches täglich in etwa 12 000 Exemplaren in die russischen Dörfer versandt wird, in Moskau die „Moskowskaja Wschomolki“ und dann noch verschiedene Blättchen in der Provinz, besonders in Odesa, Kiew, Kischinew. Bei dieser Art der Presskampagne wird die Regierung viel zu tun haben, daß während der Wahlen nicht wieder P o r o z n o, wie der von Dielschke, entstehen. Begreiflich ist es jedenfalls, daß sich der jüdischen Bevölkerung eine sehr nervöse Stimmung bemächtigt und die diskreditierten Juden nach Möglichkeit ganz oder zeitweise aus Rußland fortzukommen suchen.

In mehreren Sitzungen mit den in einer der letzten Nummern der „Mit.“ wiedergegebenen Informationen des Petersburger Korrespondenten der „Vost. Zig.“ über den wahren Grund der Auflösung der Duma schreibt jetzt auch ein ehemaliges Dummaglieb in der „Nenen Treten Perske“, daß die Sozialisten, um die Entlassung zu beschleunigen, den ersten besten Vorwand benutzte:

„Diesen wollte man in den Enthaltungen der Duma über das beispiellos barbarische Verhalten der Regierung und Militärschörden in Bielostok erblicken. Da aber die Debatte über Bielostok noch nicht zu Ende war, so wollte man die Zustimmung annehmen, um wenigstens für einige Zeit einen Grund zu schaffen, der der Zustimmung der Regierung den Schein von Recht und Gerechtigkeit verleihe sollte. Man ließ ein Regierungscommuniqué über die Agrarfrage veröffentlichen, das einen Inhalt und einen Ton nach geeignet war, die Schuld der Duma zum Heilen zu bringen. Man erwartete, die Duma werde sich in irgend eine gegenwärtigen Handlung verwickeln lassen. Dies blieb indes für die Dummaglieber kein Geheimnis.“

In geschlossenen Sitzungen wurde eingehend die Frage erörtert, wie man sich bei Protesten gegenüber zu verhalten habe. Es herrscht die Ansicht, daß man diesem der Regierung entgegenzutreten solle. Manne würden einen solchen Schritt als das Volk an sichen mit der Aufforderung, sein Schicksal in eigene Hände zu nehmen. Viel wurde darüber diskutiert, daß, da die Auflösung der Duma einmal eine unumkehrbare beschlossene Sache ist, es eine große Gefahr wäre, wenn als Grund Bielostok angegeben wäre. Es würde unter den Bauern große Erbitterung gegen die Juden hervorufen, das übertrieben alle Hoffnungen, die sie auf die Duma setzen, vernichtet werden. Das „Schwarze Hundert“, die erbittertesten Feinde der „Judenbuben“, würden jetzt das Volk für die Duma halten, und die Juden würden spöttisch Spiechützen heißen, während dem Schwarzen Hundert und den Bauern. Das Schicksal, das da angedacht werden könnte, wäre ein so ungeheures, daß Rikosen und Bielostok nur als unbedeutende Beispiele erscheinen würden. Bei diesem Mithode würden sich die Regierungsmänner vergräßen die Hände reiben und den Bauern sagen, sie mögen nur seine solchen Vertreter wählen (wenn es überhaupt zu einer Wahl kommt), die sich von Juden benehmen lassen, und ihre Stimmen nur realistischen Kandidaten geben.

Anderrerseits war es durchaus im Interesse der Freireiung, daß der Druck mit dem Ministerium aus Grund der Agrarfrage haltmache. Es soll in einer hohen Beamtenkürze klar sein, daß die Regierung die Lage der Bauern nicht erleichtern wollte und die Duma deshalb auflöste, weil diese ihrem Zweck zu schaffen sich bestrebt. Das russische Volk, namentlich aber die Bauern, werden nicht mit Hinweis in einem Schritt der Gerechtigkeit an ihre Wähler ein Dilemma erblicken.

Denn es wollte man den Sozialistinnen und legalen Boden nicht verlieren. Man eingeht sich auf ein schwaches, aber doch nicht unbedeutendes Communiqué, welches zwar der Regierung in so wunderbarer Beziehung sehr unangenehm, aber absolut unerschütterlich, als Grund zu einem so verhängnisvollen Schritte zu dienen. Die Regierung hat den Schritt dennoch getan.

Zu letzterem Momente ist zwar die nach Bielostok entlassene Dummagliebe angegeben und die Hülle der Geheimnisse angegeben, aber so unklar, daß es ganz in den Hintergrund tritt. Das Volk wird aus dem Mithode nur wenig herausfinden: die Duma wollte die Agrarfrage zu Gunsten der Bauern lösen und ist daher selbst aufgelöst worden.“

Die Juden wurden diesmal also nicht getroffen, und einen Grund, der geeigneter wäre, die

großen Massen gegen die Regierung und für die Freiheitsbewegung zu stimmen, als der im Manifest angeführte — so ist die Auffassung im laibetischen Lager — war möglich nicht ausfindig zu machen. So hat sich das russische Sprichwort bewahrheitet: „Der Sklave prüft sich selbst, wenn er Schicksal magt.“

Inzwischen wächst infolge der Erbitterung der Bevölkerung über die Auflösung der Duma die revolutionäre Bewegung laminarartig. Ein Attentat auf hohe Würdenträger, aus dem Militär oder der Verwaltung, die sich besonders mißlieblich gemacht haben, jagt das andere. Selbst der Ministerpräsident Stolypin ist nur wie durch ein Wunder einer Bombenexplosion, der über 40 Menschen, darunter drei der Ältesten, zum Opfer gefallen sind, entronnen. Wenige Tage vorher hatte Herr Dr. Paul Nathan aus Berlin, der sich in humanitären Angelegenheiten in Petersburg aufhielt, eine Unterredung mit Stolypin; er schilderte dem Petersburger Vertreter der „Vost. Zig.“ die dabei gewonnenen Eindrücke wie folgt:

„Er läßt sich erstlichsgemeinlich durch die schreibbare Aufre, die gegenwärtig in Petersburg herrscht, nicht täuschen, daß er zu auch ein einschüchterndes Bild der augenblicklichen Lage. Er weist darauf hin, daß die Minister selbst den außerordentlichen Druck der Situation durchaus spüren und mit der Zeit abrechnen, daß eine tiefgehende Erschlumpung in der Provinz Mitte September, Oktober oder November eintreten könnte. Aber der Premierminister Stolypin ist der Ansicht, daß die Regierung neuen, noch gefährlicheren Unruhen gleichwohl gewachsen bleiben werde. Dr. Nathan meinte, diese Unterredung sei bei den Ministerpräsidenten selbstschädlich.“

Dr. Nathan ging allmählich zur Erörterung der Frage über, welche Hoffnungen man auf organische Reformen zur Beseitigung des Landes setzen könnte. Das müßte unterstellt werden; denn die Forderung der Minister ist, mit harter Hand alle Unruhen zu unterdrücken, aber allmählich durch eine parallele Aktion die Bevölkerung mittels reformatorischer Maßregeln langsam zu gewinnen. Dr. Nathan meinte, selbst wenn man die besten Ansichten bei den Ministern voraussetzen wollte (Stolypin war sehr entgegenkommend bei Befragung seiner Schwierigkeiten in Bezug auf die jüdischen Kolonisten, die der russisch-jüdischen Kolonisten in Rußland hervorgerufen hätte. Ein weltanschaulicher Gesichtspunkt lagte er selbst), so wäre es doch durchaus unumkehrbar, auf solche Weise zu einem neuen Ergebnis zu gelangen. Als politisch treue Kräfte seien in Rußland die folgenden zu betrachten: die harte revolutionäre Bewegung in ihren verschiedenen Äußerungen, die nach weit härtere bäuerlich-agrarische Bewegung, die heute noch nicht mehr allein agrarisch ist, da neben dem „Ruf nach“ immer Anhänger der „Vost. Land und Freiheit“ existiert, ferner sei eine sehr reale Wunde die konstitutionelle Opposition, welche die letzte Duma hervorrief. Diese Kräfte können angeregt: die vorhandene Bureaucratie, welche in den Traditionen der Vergangenheit groß gewachsen ist, und das Militär, das zwar dem Wozak zu Wozak immer an Festigkeit verliert, aber im Augenblick noch eine respektable Macht darstellt. Bureaucratie und Militär blieben auf Peterhof und auf jene bekannten Elemente, die als Interpreten des Willens des Zarenhofes gelten. Das Militär, die Farmer und gehen, bilden zwei Bureaucratie nach Wladimir. Er habe diese Erfahrung immer erneut gemacht. So verhält denn das Ministerium über selbst keine reale Stärke. Es findet weder eine Stütze in der Bevölkerung noch in der Bureaucratie und im Herr. Es ist also ein gewissermaßen auf den Faden und auf die Gasse, die sich das Jaren zu benachteiligen wollen. Das Ministerium, das alle tatsächlich in der Welt schwach, wird schließlich in der Lage sein, eine konsequente und durchgreifende Reformpolitik zur Ausführung zu bringen, dafür fehlen auch die Voraussetzungen in Peterhof selbst, wo Dr. Dubrowin, der Führer der „Schwarzen Hunderte“ als wichtigster Element war.

So wichtig ist ihm selbst mal aus und einschüchternd diesen Umständen ist anzunehmen, daß, was sich Jaren einmal ereignet hat, sich wieder ereignen kann. Auf das Oltomannsche, das Wille der Ultrareaktionären in schweren Kampf abgerufen hat, folgten Wladimir in ganz Rußland und zwar nicht nur gegen die Juden, sondern auch gegen die Intelligenz, und sollen neue liberalisierende Maßregeln im Zaren treten. Je weiter dieselben Elemente, die heute, wie ausdrücklich selbst, noch besser erfährt sein werden als früher, den Herrschaft wieder in Wahl zu erheben, desto, Der Woz von Oltomann ist ein Symptom und es ist zu betonen, daß das „Schwarze Hundert“ weitere 5 Todesurteile gegen angeführte Abgeordnete erhalten hat; ihm seien die weiteren fünf Namen genannt worden. Und wenn selbst der Wille, Betreffenden zu unterliegen, der bestimmten Minister nicht vorzuziehen ist, so haben doch die Laitschen er-

wiesen, daß die Zentralregierung nicht die Kraft hat, den Standpunkt absoluter Gerechtigkeit gegenüber den Rücksichtungen zu behaupten.

Dr. Kaschub meint, nach seiner Ansicht bei feststehender jüdischer mündelrechtlicher Reformpolitik ein Ding der Unmöglichkeit, als nicht das Ministerium innerhalb der öffentlichen Meinung und vor allem in der Duma selbst einen Stützpunkt finden könne. Das Ministerium habe sich selber aber auch durch die Aufhebung der Duma die Hände für jede entscheidende Reformtätigkeit gebunden. Das zum Weiterkommen der Duma fühne es sich nur im Willkürlichen zu betreiben. Er hat den Eindruck gewonnen, daß man diesen Zustand auch in der Judenfrage nicht als gewisse Basis innerhalb des Ministeriums habe. Man könne zur Zeit aber nur von Bedingungen sprechen. Es erscheine nach den ministeriellen Äußerungen, die Dr. Kaschub geworden, nicht einmal sicher, ob diese Bedingungen sich würden an Tatsachen verknüpfen können, obgleich der Ministerpräsident ihm gesagt hat, daß zunächst zu den wichtigen politischen Fragen, die in Anbetracht der Verfassung kommen müssen, die Frage der 6 Millionen Juden gehöre, und daß man zunächst müsse, die Verengung der Hand in Bezug auf die Judenfrage immer gelockert, aber wie bald diese Schwierigkeiten zu beseitigen seien — wer könne dafür eine Garantie übernehmen?

Aus dem antisemitischen Lager.

Der langjährige heftigste antisemitische Reichstagsabgeordnete Köhler hat kürzlich wieder einen seiner berühmten „Aufrufe“ erlassen, mit dem er seine Gegner, die ihm bei der Wahl zum Bürgermeister in Langsdorf aus dem Sattel heben wollten, zu „erschüttern“ hoffte. Der Aufruf lautet:

Rache!

Langsdorfer!

Vor 9 Jahren hat man mich erschlagen — —

aus Rache!!! gegen das andere Dums Köhler!!!

Genie will man mich erschlagen — —

aus Rache!!! für die tausendfachen Wohlthaten die ich Euch erzeigt habe!

Und der gute alte Heinrich Schiel soll Euer Wächter sein!

Rache, rache, als Köhler!!!

Kollisionspunkt gegen Volkur!

Koll, der hehrschalt Köhler und Heyer,

Schür, der blinde König der Rache,

Volkur, der Gatt des Lichts, des Frühlings und des Lebens —

kennt ihr die Sage vom Nibelungen,

mit dem, auf Koll's Geheiß,

Schür den Volkur erschlag!

Christliches Langsdorf!

Das Du allomnibüchlich in Scharen Deine Rache süß, — —

Christliche „Brüder“! — —

Wie ist doch die heilige Rache so süß!!!

Köhler-Langsdorf.

Die Wirkung dieses lauten Aufrufs war, daß Herr Köhler mit Glanz — unterlag. Er erhielt nur 55 sein Gegenüber Schiel 128 Stimmen. Die „Freie Ztg.“ bemerkt mit gutem Humor hierzu:

Also hat die Prophezei, daß Schiel den Volkur Köhler erschlagen werde, wirklich sich erfüllt, und der Glaube des unterlegenen Bürgermeisters, daß sein Feind der allgermanischen Göttergötze die Nibelungen wieder auf seine Erde bringen werde, diesmal als wirklicher Köhlerglaube sich erwies.

Gegen den früheren Redakteur des „Mittelstand“, Theodor Weber, sollte am 20. d. M. vor dem Pörlitzer Schöffengericht wiederum wegen Verleumdung des Redakteurs des „Pyritzer Kreisblatt“ Dr. Kaufhold verhandelt werden. Der Beklagte war jedoch auch zu diesem Termine nicht erschienen. Die im vorigen Termine beschlossene Verurteilung konnte nicht ausgeführt werden, da der Beklagte spurlos verschwunden ist bezw. sich nach Angabe seiner Verwandten in Wien aufhält. Das Gericht beschloß nunmehr den Erlass eines Haftbefehls. Weber war, wie die Leser der „Mitt.“ wissen, vor einiger Zeit vom Stettiner Schöffengericht wegen Verleumdung des Kunstmalers Lewin zu einem Monat Gefängnis verur-

teilt worden; er hat es jedoch als echter Antisemit vorgezogen, sich der Strafe durch Flucht zu entziehen.

Antisemitismus in Badecorten. Der in der letzten Nummer der „Mittelungen“ bereits entsprechend gewarnter Ukas der kaiserlichen kaiserlichen Brandendirektion in Salzburg gegen den Kasten erhält durch die Tatsache noch einen besonderen pikanten Beleg, daß in diesen Tagen in allen Zeitungen die Reproduktion eines Bildes zu sehen war, auf dem König Eduard von England in Marienbad neben einem Kasten-träger sein Glas Brunnen trinkt. Was einem Könige nichts verschlägt daran wohl auch die kaiserliche Badeleitung von Salzburg keinen Anstoß zu nehmen.

In Vorkum steht das antisemitische Komodum wieder in appropäer Blüte. Der „Volkst.“ wird hierüber berichtet: Im Licht- und Lustbad wurde kürzlich ein Badegast, der zufällig schwarzes krauses Haar hatte, von mehreren Badegästen als Jude bezeichnet. Man versuchte alsbald, ihn „hinauszugleiten“. Es wurde das bekannte antisemitische Vorkumlied gesungen und von dem gut gekleideten Janagel geschungen, wobei am Schluß mit dem Refrain: „Der muß hinaus! die Badegastnummer des betreffenden Badegastes gebrüllt und auf diesen mit Fingern gezeigt wurde. Der also Verhüllte, ein Kaufmann aus Dortmund, konnte durch Besuche beim Badewärter nichts erreichen: erst der zu Hilfe gesellte Bednarz, dem der Kaufmann nachwies, daß er kein Jozacit sei, konnte ihm seinen Schuh angeben lassen und die Kufe einhergehen wiederherstellen. — In Köhlers „Kaiserhof“ am Strande wurde eines Abends, abweichend von der sonstigen Gepflogenheit, jenes Vorkumlied von der konzentrierenden Kapelle nicht im Anschluß an die letzte Programmnummer gespielt. Eine unbeschreibliche Ärmstzene war die Folge. Wie aus Kommando begann der Badegast ein Pfeifen, Josten, Schreien, Rufen, Fußstampfen, auf die Tische Schlagen usw., so daß die Musik innehalten mußte. Der Standal nahm kein Ende, und als die Musik schließlich das verlangte Vorkumlied intonierte, wurde laut: „Musik hinaus! geschrien, daß die Kapelle das Konzert einstellte. Nur mit äußerster Mühe konnten sich die Künstler aus dem Lokal entfernen. Am nächsten Abend war das Lokal von innen und außen durch den antisemitischen Janagel förmlich belagert; man wollte sehen, ob der Wirt, der mit Rücksicht auf gewisse Gäste jene Programmänderung veranlaßt hatte, die „Rühreheit“ haben würde, das Wagnis zu wiederholen. Aber der Wirt hatte sich gesagt. Der badende Pöbel hatte seinen Willen durchgesetzt. Das Vorkumlied wurde wieder gespielt.

Die Intrigen gegen den österreichischen Ministerpräsidenten Frh. von Beck gehen hauptsächlich von hochpöhlischen Kreisen aus, welche daran Anstoß nehmen, daß die Gemahlin des Ministerpräsidenten — eine Jüdin ist, die Tochter des Chefs der Großhandlungsfirma W. Mayer und Söhne in Guntersdorf, die in erster Ehe mit dem Baron Ludwig Dörny vermahlet gewesen war. Dem „Neuen Budapest“ Wien b. l. 11. wird hierüber von „mosliminformierter“ Seite u. a. berichtet: „... Als Freiherr von Beck im Arbeitszimmer des Monarchen erschien und von Sr. Majestät zur Unternehmung der Nachfolgerenschaft des Fürsten Golownko aufgefordert wurde, erklärte derselbe, es fällt ihm aus Familienrücksichten schwer, diesen Auftrag zu übernehmen. Freiherr von Beck verweigerte auf die Tatsache, daß seine Frau Jüdin sei, und gab seiner Befürchtung Ausdruck, dieser Umstand könne seine Mission gefährden. Sr. Majestät erklärte hierauf in ganz bestimmtem Tone, er könne dieses Motiv nicht akzeptieren. In der Monarch soll bei dieser Gelegenheit

gesagt haben: „Ich kenne Ihre Frau, ich sehe und achte Sie, und ich glaube, dies genügt!“ Diese gewaltigste Erklärung Sr. Majestät versteht nicht ihre Wirkung: Herr Herr von Bed übernimmt die Mission und führt sie auch mit Erfolg durch. Die Gegner des Herrern von Bed geben nun die Parole zum Vorkommen seiner Gattin aus, die „Sobdamen“ schürten und wählten — die ganze „Amarilla“ wurde mobilisiert — und das Resultat ist: die Waisenkinderarbeit hat tatsächlich die Stellung des österreichischen Ministerpräsidenten eingenommen.

Germisches.

XXX **Studentisches.** Man schreibt uns: Der größte Teil der an den deutschen Universitäten bestehenden Landmannschaften hatte sich seinerzeit zu dem Landmannschaftskongress zusammengeschlossen (L. C.). Dieser L. C. bestand aber nicht allzulange. Es machten sich zwischen den einzelnen Landmannschaften tiefgehende Meinungsverschiedenheiten geltend, die schließlich zu einer Spaltung im L. C. führten. Vornehmlich war es auch die „Judenfrage“ gewesen, die diese Trennung herbeiführte. So entstand ein vorurteilsfreier liberaler Kreis der L. C. und ein antisemitischer radikaler L. C. — Aber beide Gruppen erstreben sich keines Beieinander. Die meisten Landmannschaften zählen nur noch zwei bis vier aktive Mitglieder. Der Gedanke eines Zusammenschlusses lag daher nahe und nach den einleitenden Schritten ist er jetzt tatsächlich erfolgt. Die Behandlung der „Judenfrage“ hat man ad acta gelegt, man will einzig sein. Ob aber diese Verschmelzung den langjährigen Abwehrprozeß der Landmannschaften aufhalten wird, darf man ruhig bezweifeln.

Die im A. D. C. vereinigten deutschen Burschenschaften, die bekanntlich antisemitischen Tendenzen hegen, nennen sich jetzt „Deutsche Burschenschaft“. Sie erweisen damit der liberalen alten deutschen Burschenschaft keinen Gefallen, denn die Korporationen, die jetzt die sogenannte „Deutsche Burschenschaft“ bilden, haben mit den deutschen Burschen der Altzeit nichts gemein. Sie sind mit wenigen Ausnahmen erst Gründungen der letzten Jahreshüte. Oft sind es sogar Korporationen, die alle möglichen Wandlungen durchgemacht haben, die wissenschaftliche, Turn- und Sportvereine gewesen sind, ehe sie ihr altburschenschaftliches Herz erwidert haben. Diese Burschenschaften haben jetzt insgesamt 2765 Mitglieder und zwar 1251 Aktive, 486 Inaktive, 1015 auswärtige Mitglieder. Dem Vernehmen nach sind 2484 Protestanten und 271 Katholiken. Sonderbarerweise gehören zu der Burschenschaft noch einige jüdische Alte Herren, die ihr Band noch nicht zurückgegeben haben. — Die liberalen Burschenschaften, die im A. D. B. (Allgemeinen Deutschen Burschenband) vereinigt sind und die längst das Heiß des fünfzigjährigen Bestehens des A. D. B. Gebahrens feiern, zählen 333 Mitglieder, die 19 Burschenschaften angehören.

In Charlottenburg wurde die Burschenschaft Gothia von der Technischen Hochschule, die dem streng antisemitischen Radesheimer Deputiertenkongress angehört, wegen Verletzung der Disziplin von Rektor und Senat aufgelöst. Am Tage nach der Auflösung meldete sich beim Rektor eine neue Burschenschaft Teutonia an, die ohne weiteres genehmigt wurde. Ob es dem Syndikus der Technischen Hochschule, Herrn Daube, der doch sonst in studentischen Angelegenheiten gut Bescheid weiß, nicht aufgefallen ist, daß die Herren von der neuen Teutonia alle früher der Gothia angehört? Was hat die Auflösung einer Korporation, die doch eine Disziplinar-Strafe für die Mitglieder sein soll, für einen Zweck, wenn ihre Wirkung auf diese Weise sofort illusorisch gemacht werden kann?

Herzog und Warenhaus. So muß es kommen. In einer Notiz des „Reichsanzeigers“ heißt es: „In unser Handelsregister ist heute unter Nr. 394: Warenhaus des Herzogs von Mecklenburg, Hans Heinrich XI., und als dessen Inhaber Sr. Durchlaucht der Herzog von Mecklenburg, Hans Heinrich XI. in Mecklenburg, die Errichtung der Professur an den Generalbevollmächtigten, Königlich Preussischen General a. D. Gustav Reindorf zu Schloss Waldenburg eingetragen.“

Man wird den Kummer der Antisemiten, die nicht müde wurden, über die Warenhäuser als eine Erfindung des jüdischen Geistes zu jenen, degreifen, daß nun ein veritabler preussischer Herzog auch unter die Warenhäuser gegangen ist. Bisher konnten sie so tun, als seien nur Juden verworfen genug, ein Warenhaus zu besitzen. Daß der Herzog von Mecklenburg kein Jude ist, müssen selbst die Antisemiten zugeben, die sich sonst nicht gern, ihnen unbecommene Personen den Rostschäben der Juden angucken. Das geht nun hier nicht. Aber ein süßer Trost ist ihnen geblieben; sie können Klageklagen antworten über die fortwährende Verjüngung des deutschen Volkes, der sich selbst die Geanden des Reiches nicht mehr entziehen, über die zunehmende Judenverschärfung, und was der alternen Klagen mehr sind.

Professor Abichs (Tübingen) über Souffon
Stewart Chamberlain. Wir haben in unserer letzten Nummer eine Abhandlung mitgeteilt, die Dr. Vorhies-Romant Herr Chamberlain kritisch hat. Aber noch weit allgemeiner zugleich und radikaler ist die Abfertigung, die der bekannte Tübinger Gelehrte Professor Abichs Herrn Chamberlain zu Teil werden läßt. Wir zitieren sie um so lieber, als sie vielfach übereinstimmt mit zu widergibtenden Werten in diesem Blatte von verschiedenen Mitarbeitern abgegebenen Urteilen. In der letzten Nummer der „Deutschen Monatschrift“ für das gesamte Leben der Gegenwart“ nennt Professor Dr. Abichs Herrn Chamberlain einen „blutigen Dilettanten“, d. h. einen Mann, der, wie der Professor hinzusetzt, sich an wissenschaftliche Aufgaben heranwagt, ohne die nötige allgemeine und fachwissenschaftliche Schulung und Durchbildung zu besitzen. Der Dilettant übersehe und beherrsche seinen Stoff nicht, sei nicht vertraut genug mit den Leistungen Anderer und mit den früheren Versuchen, Probleme zu lösen. Daher rühre seine Selbstgefälligkeit her und die Ueberschätzung der eigenen Gedanken und Anderen gegenüber der Mangel an Kritik. Als Dilettant kennt Chamberlain nur Engel und Teufel, ist er oberflächlich, unsäglich, gewissen Tatsachen und Deutung von Tatsachen, zwischen Wirklichem und bloß Möglichem streng zu unterscheiden und die Dinge selbst ungetrüb durch das Medium der Subjektivität zu sehen. Chamberlain zeigt „einen Unfehlbarkeitsbündel und eine Selbstüberhebung, wie sie einem in dieser Größe nicht oft entgegenzutreten.“

Und eines solchen Mannes Werke sind das Evangelium unserer Antisemiten! Gewiß steht Chamberlain turnisch über den gewöhnlichen antisemitischen Führer, aber eben daraus kann man erkennen, was an diesen und ihren Lehren ist. Mit Recht ist schon einmal als begründend hervorgehoben worden für die mit ihrem Nationalismus und ihrem Teutonismus sich behandelnden Herrschaften, daß ihre Hauptgeheimnisse und Autoritäten zwei Ausländer sind: Gobineau, der in seiner französischen Heimat so gut wie keine Beachtung gefunden hat, und Houston Stewart Chamberlain, dem es in England nicht besser geht. Beide sind erst durch die deutschen Antisemiten bekannt geworden, denen die politischen Theorien dieser Rassenfuge in den Traum paßten, und die darum „blutige Dilettanten“ zu Forschergrößen emporschwebelten.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14,
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: West 6 Str. 3028.

Die Abonnenten an die Expedition und Agenten sind zu richten nach Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und alle Briefe gleich dem Bureau Berlin zu senden. Brief, West und Elektrizitätswegen an den Schenkmeister, Herrn Sch. Rosenfeld, Berlin W. 55, Magdeburgerstr. 14.

Der jüdische Sünderbuch.

Die Antisemiten können von ihrer für das ganze deutsche Volk gefährlichen Untugend nicht lassen, für alles, was im Lande faul und unangenehm ist, die Juden verantwortlich zu machen. Was in dem von uns in dem Artikel „Wieder der jüdische Sünderbuch“ in Nr. 32 der „Mitteilungen“ behandelten Aufsatz „Opfer des Mammon“ der Sonntagsbeilage der „Deutschen Tageszeitung“ nur indirekt gesagt, das hat jetzt der Vorsitzende des deutschen Mittelstandsverbands, Döhl, im deutschen Reformverein Bankrott-Vereinsführer und heraus gesagt: Hinter allen Verfehlungen der durchweg dem besseren Ständen angehörenden Angehörigen der Ständeproteste in der letzten Zeit „steht als Grundursache die ungemanische Genußsucht, die dem bei uns wachsenden jüdischen Geist entspringt.“

Wir können nur unsern Hinweis wiederholen, daß die Kleider- und Speiseordnungen im alten Deutschland zu einer Zeit, da von einem jüdischen Einfluß überhaupt keine Rede sein konnte, das für sprechen, daß die Germanen die Genußsucht aus kannten. Aber man braucht sich ja nur heute umzusehen, und es wird nicht schwer fallen festzustellen, wie sein Geld in die Kneipen trägt, wie seine Mittel in Genuß verschwendet. Genuß gibt es auch genußwürdige Juden, und wir sind die allerersten sie zu verteidigen. Aber meist gesehen Juden, wenn sie es dazu haben. Insbesondere gegeben selbst, die Genußsucht ist den Juden eigenständig, so folgt doch daraus noch lange nicht, daß die durchweg den besseren Ständen Angehörigen dem schlechten jüdischen Beispiel folgen müßten und obendrein, um ihre Genußsucht zu befriedigen, sich Verfehlungen zu Schulden kommen lassen dürfen. Es ist aber ein solcher jüdischer Einfluß auf die Herren, an die der Vorsitzende des deutschen Mittelstandsverbands anspielt, um so weniger anzunehmen, als ja die Herren Offiziere sich über Juden erhaben vornehmen und also nicht deren Beispiel annehmen werden.

Aber es liegt so angenehm kleine Seelen, sich selbst als Musterkneben hinzustellen, alle Schuld auf andere zu schieben. Nur das das ein sehr gefährliches Treiben ist. Man hört so gern die Schwärzereien, hält sie für wahr, weil sie angenehm berühren, und vergißt darüber, in sich zu gehen und sich zu bessern. Wir wollen Herrn Döhl und seinen antisemitischen Gefinnungsgeossen einen planmäßigen Grund für die zunehmende Genußsucht geben. Es ist der rapide gestiegene Wohlstand des deutschen Volkes, der leider die unerfreuliche Folge hat. Es gesehen heute mehr

Germanen als früher, weil sie es können, und ihnen folgen Viele, die es nicht können.

Im Uebrigen wollen wir nur bemerken, daß Major Jan der sowohl wie Major Fischer nachgewiesenermaßen die Opfer ihrer Frauen gewesen sind und nicht des jüdischen Weibes, und daß Frau Major Jan der in krankhafter Veranlagung als Hofdame a. D. glaupte, weil über ihre Verhältnisse leben zu müssen. Die Hofdame hat doch wohl nicht von den Juden gelernt.

Ein ander Bild.

Da wird in mehreren antisemitischen Blättern unter Hinweis auf zwei Fälle, in welchen zwei jüdische Kaufleute einer in ihren Geschäften Angestellten nachgestellt haben, es als Pflicht der Eltern und Vormünder bezeichnet, ihre Söhne feststellen von vornherein vor der Gefahr zu warnen, die ihnen in jüdischen Geschäften drohe, dadurch, daß sie ihnen aufs strengste verbieten, Stellung in jüdischen Geschäften oder in solchen Geschäften zu nehmen, in denen jüdische Kollegen mit angestellt sind.

Es wird dann darauf hingewiesen, daß „in Berlin und in anderen Großstädten tatsächlich die Bezeichnung „Konfessionslose“ fast schon gleichbedeutend ist mit „demi-vierge“, wie der aus Frankreich herübergenommene Ausdruck für Mädchen lautet, die ihre jugendliche Sarmlosigkeit verloren haben. Da nun die Juden in der Konfession ganz besonders zahlreich vertreten sind, so“ usw.

Wir wollen zunächst einmal fragen, ob nicht schon oft genug nachgewiesen worden ist, daß auch auf dem Lande, wo es keine jüdischen Konfessionäre gibt, Mädchen genug „ihre jugendliche Sarmlosigkeit“ verlieren. Viele behaupten sogar, in dieser Beziehung werde auf dem Lande noch weit mehr gefürchtet als in den Großstädten. Wo kommen denn die Spremalderinnen und die anderen Ammen her? Wissen denn die Herren Antisemiten nicht, daß beispielsweise die Reinerinnen, die Theaterdamen besonders geringeren Grades und noch andere weibliche Berufe, in Amerika beispielsweise der der Maschinenschreiberinnen, mit unsern Konfessionslosen ganz gut zu den Untugendpreis konkurrieren können? Und fällt den antisemitischen Herrschaften gar so schwer, einen vernünftigeren Grund für die Untugend der Konfessionslosen zu finden als die Zugehörigkeit sehr vieler Juden zur Konfession?

Wir wollen den Herrschaften ein wenig zu Hilfe kommen. „Konfessionslosen“ müssen in der Regel sehr schön und wohlgehaltert sein. Die Schönheit aber ist für viele Frauen, die sich im Kampf ums Dasein ihr Brot erwerben müssen, — belästigend leider auch für besser situierte — oft eine sehr

verhängnisvolle Missetat, geradezu ein Danaergeschenk der Natur. Sie sind besondern Verjudungen infolge ihrer Schönheit sowohl wie vielfach auch durch den Beruf, gleichviel welcher Konfession und Stellung der Arbeitgeber sein mag, angezogen und unterliegen nur zu oft. Wenn höhere, von besseren Ständen Angehörnde, Offiziere, Beamte usw. durch die Genußsucht zu strafbaren Verfehlungen sich hinreichend lassen, sollten minder hochstehende junge Frauen nicht bei in der Konfessionsbranche so verlodenden Puhlsucht unterliegen und Verfehlungen begehen, die das Gesetz nicht bestraft, zu deren Jugend, Temperament, Gelegenheit fast natürlich, jedenfalls leicht verleitet?

Aber es macht sich so schön, sich selbst als Ausbund aller Tugenden hinzustellen und alle eigenen Verfehlungen einem Sündenbock aufzuladen. Nur ist das weder vornehm, noch gerecht, noch auch von Nutzen, sondern ganz im Gegenteil ungerecht, niedrig und namentlich auch geringfügig.

„Ultramontanisierung“ und „Verjudung“.

Der katholische Albertus Magnus-Verein hat sich die Unterstützung katolischer Studenten zur Aufgabe gemacht und im Jahre 1905 an Studienhilfen 67 970 Mark verteilt. Die „*Rhein. Zig.*“ bezeichnet als Endziel dieser systematischen Arbeit, auch in die akademischen Stände „möglichst viel Ultramontane hineinzubringen“, die aus Dankbarkeit für die genossene Unterstützung später in ultramontanem Sinne wirken würden. Dieser Plan sei äußerst klug, er fäße gerade in dem wichtigsten Mittelstande, im eigentlichen Bürgertum, den Ultramontanismus. Dazu bemerkt die „*Konf. Corr.*“, sie könne in den Beförderungen, bedürftige Studierende der eigenen Konfession zu unterstützen, noch längst keine Gefahr erblicken. So weit können wir dem offiziellen Organe der konservativen Partei durchaus zustimmen. Die Zunahme der Bildung könnte höchstens eine Gefahr für den sogenannten Ultramontanismus, überhaupt für jede konfessionelle Beschränktheit sein, als welche sie sich bisher noch nicht erwiesen hat.

Kebann richtet aber das konfessionelle Organ an die „*Rhein. Zig.*“, die Frage, was sie dem zu der „offenen Verjudung der akademischen Stände“ und unserer Hochschulen sage. „Die Zahl der studierenden Juden, heißt es dann weiter, übersteigt in geradezu enormer Weise den Prozentsatz der jüdischen Bevölkerung, und es kann gar nicht bestritten werden, daß das Judentum die Studierenden seines Glaubens systematisch fördert und deren Zahl auf jede Weise erhöht. Will die „*Rhein. Zig.*“ nicht auch hierüber sich einmal aussprechen? In der tatsächlichen Verjudung der Universitäten liegt doch unzweifelhaft eine größere Gefahr als in der angeblichen Ultramontanisierung derselben.“

Kritisch ist allerdings, daß die Zahl der studierenden Juden eine unershältnismäßig große ist, und auch daß viele studierende Juden von ihren Glaubensgenossen unterstützt werden. Aber das erklärt sich doch wohl hinlänglich durch den notorisch großen Bildungsdrang der Juden, der sich überall und zu allen Zeiten geltend gemacht hat. Eine weitere Erklärung findet sich in der Weisheit unserer Verwaltung, die in all den jährlichen Aufnahmehin, die allen nicht jüdischen Abiturienten offen stehen, keinen Juden ansteilt. Wie ihre christlichen Kollegen würden wahrscheinlich viele jüdische Gymnasien eine dieser Aufnahmehin einschlagen, wenn es ihnen gestattet würde, und sie würden nicht die Universitäten besuchen. Da ihnen aber, nachdem sie das Gymnasium oder eine andere höhere Schule absolviert haben, nur die Wahl bleibt, entweder zu studieren oder Kaufmann zu werden, viele Juden aber nicht Neigung und Begabung zu dem kaufmännischen Gewerbe haben, begeben sie eben die Universitäten.

Ganz und garnicht kann zugegeben werden, daß in der angeblichen Verjudung der Universitäten eine größere Gefahr liege als in der beschränkten Ultramontanisierung. Absolut wird die Zahl der akademisch gebildeten Juden, die einen der akademischen Berufe ergreifen, notwendig sehr gering sein müssen, wie groß sie auch relativ sein mag. Abdann können katholische Akademiker unendlich viel sicherer auf eine Stellung im Staatsdienste rechnen als jüdische. Im schlimmsten Falle sorgt schon die herrschende Partei, das Zentrum, für die Verdrängung. Die Juden können auf solche Protektion nicht rechnen. Endlich steht hinter den sogenannten Ultramontanen eine immer noch zu unterschätzende Macht, der Papst. Die angeführte Bemerkung der „*Konf. Corr.*“ jeugt nur von ihrer antisemitischen Gesinnung, nicht aber von ihrer Einsicht und Urteilskraft.

Antisemitismus in der Armee — „Mode, Brauch und Ueberlieferung.“

Man schreibt uns: Der Militärschriftsteller Freiherr von Schlicht hat in diesen Tagen im Verlage für Kunst und Literatur, Albert Langen in München, ein Buch: „Die Romanantenne“ beisteilt, erscheinen lassen. Eine in diesem Buch enthaltene Novelle: „Der Leutnant Schaub“ entwickelt ganz merkwürdige antisemitische Tendenzen. Der betr. Passus in der Novelle lautet wörtlich:

„Reinmontanische sind wie ihre Herren Antisemiten — sein Reutnantensind nicht das schönste Futter an, wenn man sagt: „Das ist von einem Juden. Wie vielen Worten der Verjudung, zu lesen, zu widerstehen, ist das erste Kunststück, das dem Reutnantensind beigebracht wird. Herr und Hund denken sich aber nicht dabei, der Herr vielleicht noch weniger als sein Roter — beide sind Antisemiten, weil es in der Armee „Mode, Brauch und Ueberlieferung ist.“

Das sind ja recht erbauliche Ansichten, die der ehemalige Offizier und Militärschriftsteller Freiherr von Schlicht hier zum Vorschein gibt. Der Antisemitismus in der Armee, der aus „Mode, Brauch und Ueberlieferung“ resultiert, wäre eine der schändlichsten Arten des Massenwahns. Die Juden haben in allen Kriegen, die Preußen und später das geeinte Deutschland geführt hat gekämpft und Blut und Leben wie die anderen nichtjüdischen Soldaten für ihr Vaterland in die Schanze geschlagen. 1870/71 haben sich viele Juden ausgezeichnet, wofür sie dekoriert wurden. Im Ghinsefeldung und an den Kämpfen in Sudbroschlafsa haben jüdische Soldaten teilgenommen. Die sprichwörtliche altpreußische Redlichkeit, in der Tradition begründet, gab den jüdischen Soldaten das Vertrauen, daß sie — wenn auch vom Ansehung aus geschlossen — gerecht behandelt und genau so gehalten werden, wie ihre christlichen Kameraden. Dieses Vertrauen wird durch das Faktum, das der ehemalige Offizier Freiherr v. Schlicht anführt und als feststehende Maxime in der Armee hinstellt, ins Wanken gebracht. Der Antisemitismus in der Armee ist weniger Ueberlieferung, als es Freiherr v. Schlicht denkt — nemad wäre er, wenn man den Worten dieses ehemaligen Offiziers glauben darf, Mode und Brauch. Eine rassenhafte Mode aber ist ein Unbding, noch dazu in der deutschen Armee. Gegen einen solchen „*Mod. Brauch*“, wenn er vorhanden ist, sollten alle Staatsbürger gleichmäßig Front machen, damit die Säme der Juden in dem Maße, wie die der anderen Konfessionen die Gewissheit haben, als geachtete Männer dem deutschen Vaterlande zu dienen und zu nützen. Wichtigst richtet beim Kapitel „Militäretat“ in der nächsten Reichstagsession einer der Herren Reichstagsabgeordneten an den preussischen Kriegsminister die Frage,

ob die Behauptung des Antisemitischen Freiheiters u. Schlacht auf Wahrheit beruht.

Der Verein zur Abwehr des Antisemitismus* hat in besonderer Interesse an dieser Frage, und es dürfte ihm nur erwünscht sein, wenn in der Angelegenheit bald eine authentische und prinzipielle Entscheidung bezu. Ausrückung herbeigeführt wird. Gegen die Auffassung des Freiheiters u. Schlacht muß aber schon jetzt im Namen aller human und gerecht Urteilenden entschieden Verwahrung eingelegt werden.

Juden in der deutschen Burschenschaft.

Im vorigen Jahre veröffentlichte ich in den „Mitteilungen“ eine Anzahl Aufsätze, die unter obigem Titel die Geschichte der Juden in der deutschen Burschenschaft von der Gründung bis zur Resolution des Jahres 1896, die Juden den Beitritt zur Burschenschaft unmöglich macht, schilderten. Diese Aufsätze habe ich gesammelt, erweitert, in Beziehung zu dem Kampf gegen die konfessionellen Studentenverbindungen gesetzt und als Broschüre veröffentlicht.* Es lag mir vor allem daran, nachzuweisen, daß die Burschenschaft, die den Kampf gegen die konfessionellen Verbindungen leitet, zu diesem Kampf nicht legitimiert ist; denn die Tatsache, daß sie Juden ausschließt, nimmt ihr den parteilichen Charakter und macht sie konfessionell. Wenn ich den Stimmen aus liberalen, demokratischen, klaren Lager sowie der beträchtlichen Anzahl Besseren in unpolitischen Zeitungen glauben darf, so ist dieser Nachweis gelungen; und an die Burschenschaft ist das Gebot ergangen, ihre Grundsätze zu revidieren und im Gedanken der alten Burschenschaft zur Interkonfessionalität zurückzukehren. Nur die Burschenschaft selbst und die ihr nahe stehenden Studentenverbände haben die Beweisführung nicht anerkannt. Die Burschenschaft hat in ihrem Organ den „Burschenschaftlichen Blättern“, die Behauptung aufgestellt, daß der dargelegte Konfessionalismus bei ihr nicht vorhanden sei. Es heißt dort u. a.:

„Die Burschenschaft hat auch niemals den Antisemitismus zu einem Grundsatz ihrer geistigen und politischen Lebens gemacht. Alle darauf abzielenden Angriffe sind abgewiesen worden... Die Sache steht so, daß es in dieser Frage die Burschenschaft halten kann wie sie will und es auch tatsächlich so hält... Sind also Weiss Baronskungen falsch, d. h. steht der Burschenschaft der bei den katholischen Verbindungen vorhandene Konfessionalismus, so sind auch keine Schlussfolgerungen daraus, daß die Burschenschaft und andere Verbände kein Recht gehabt hätten, den Kampf gegen die konfessionellen Verbindungen zu führen. Ja, die Schlussfolgerungen würden sogar falsch sein, wenn die Voraussetzungen beträfen, denn die Stellungnahme zur Judenfrage ist ganz anders gelegen, als die zu den katholisch-konfessionellen Verbindungen.“

Wir lassen die zweite Behauptung beiseite und beschäftigen uns kurz mit der Frage des Konfessionalismus der Burschenschaft. Eins kann unmöglich bestritten werden: in der gesamten Burschenschaft (A. D. C.) befindet sich zur Zeit kein Jude, weder als aktives noch als inaktives Mitglied. Das deutet dem Kundigen eigentlich schon genug, und wenn „Die burschenschaftlichen Blätter“ behaupten, jede Burschenschaft könne in dieser Frage handeln, wie sie wolle, so ist offenbar doch der Antisemitismus in der Burschenschaft bereits so sehr eingekehrt geworden, daß keine einzige andere wie antisemitisch handelt.

Eine interessante Beleuchtung erfährt die Frage durch ein Schreiben, das die vereinigten Prager Burschenschaften im Frühjahr 1906 an den „Deutschen Burschenschaftler“ gerichtet haben. Der „Deutsche Burschenschaftler“ ist das Organ der Burschenschaften an den technischen Hochschulen, die im A. D. C. (Wädeheimer D. C.) vereinigt

sind; Grundsätze und Prinzipien sind hier genau dieselben wie bei der Universitätsburschenschaft. Das Schreiben ist interessant genug, wenigstens teilweise niedergegeben zu werden. Die Prager Burschenschaften schreiben:

Wir erlauben Sie im Namen der im Prager A. D. C. vereinigten Burschenschaften: Albia, Arminia, Carolina, Schidolonia, Teutonia, Teutonia am Ausnahmestück folgenden Juden in Ihr geschätztes Blatt:

Als Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts eine jüdischenbische Bewegung als natürliche Reaktion der Völker gegen die zunehmende Verdrängung durch das Osteuropa ging, da war es auch die deutsche Burschenschaft, die gar bald die Forderung ethnischer Reinheit unserer deutschen Völker auf ihre Fahnen schrieb. Und in der Tat war dies nicht Neues, hatte doch schon die erste deutsche Burschenschaft neben der Betonung des Germanismus auch eine gewisse Richtung gezeigt. Denn jetzt die deutschen Burschenschaftler im Einklang mit Volksgenossen und eben den religiösen Standpunkt, der ja auch wenig zur Sache tut, fallen ließen, dafür aber umso mehr, umso fester und tiefer auf dem Nationalstandpunkt beharren, und den Juden die Aufnahme in ihre Reihen verweigerten, ja war dies schließlich und endlich nichts anderes als ein folgerichtiges Anknüpfen jener Ideen, welche schon Vater Jahn aufgestellt hatte, daß „die deutsche Burschenschaft nicht und nimmer gegen deutsche Feindschaften bestehen dürfe und es bei deutschen Feindschaften stehen müsse“, damit ein deutscher Mann zu werden. Wenn aber auch bei deutschen Feindschaften, wenn reich-tümliche Burschenschaft, sei es in Beziehung der Tatsachen, sei es in einer überlegenen deutschen Gültigkeit jene mit den deutschen Burschenschaften, welche den Nationalismus bereits angenommen haben, gleich erachtet, so ist es weiter brüderliche Pflicht, unsere Brüder im Reich auf jene Tatsachen aufmerksam zu machen und sie aufzuklären. Auch am Ältesten Elze einer deutschen Hochschule, im Zusammenhang der Prager, finden sich neben den deutschen, nämlich Burschenschaften: Albia, Arminia, Carolina, Schidolonia, Teutonia, Teutonia, drei Burschenschaften, die Juden zu ihren aktiven Mitgliedern zählen, und überhaupt Juden aufgenommen bereits sind; nämlich die Burschenschaften: Altkammern, Dismar, Bogosia. Dies die meisten deutschen Burschenschaften!

Was es der A. D. C. in Zukunft halten, wie er will, wir haben unsere Schuldigkeit getan; und was der Nationalismus ethnischer Reinheit unserer deutschen Völker aus möglich ist in allen deutschen Kreisen zur Geltung und Anerkennung kommen, wir glauben sehr an ihn und seinen Sieg, denn

Eine Jude, ohne Nam
Wird gebaut Germania Deut!

Die im Prager A. D. C. vereinigten Burschenschaften: Albia, Arminia, Carolina, Schidolonia, Teutonia, Teutonia.

Wir gehen auf die tatsächlichen Vertreter der Zukunft gar nicht ein; an ihr ist vor allem bemerkenwert, daß sie ausschließlich an den Wädeheimer Verband gerichtet ist; in den Kreisen der österreichischen Burschenschaft ist man sich also darüber einig, daß der A. D. C., das sind die Burschenschaften an den Universitäten, vollständig taktlos, d. h. jüdenrein ist; nur in die „Reinheit“ der technischen Burschenschaften legt man Zweifel; aber auch diese sind unbedeutend; denn der „Deutsche Burschenschaftler“ wirt sich in die Brust und erklärt in seiner Antwort:

Aus der Redeordnung: Was es der Albia, Bred. in Zukunft halten wir es will, kann der Schluss gezogen werden, daß man in der Prager wie auch vielleicht in anderen burschenschaftlichen Kreisen der Dismar der Meinung ist, der Wädeheimer Verband deutscher Burschenschaften sei in dieser Hinsicht nicht ganz taktlos. Das wäre ein neuer Beweis dafür, wie wenig zureichend man in den österreichischen burschenschaftlichen Kreisen über unsere reichlichen Bedürfnisse unterrichtet ist. Wir finden daher hier einfach die Tatsache, daß der A. D. C. h. e. i. c. r. Verband deutscher Burschenschaften, der auf streng politischen Boden steht, Juden als Mitglieder nicht aufnimmt!

Nun haben wir dreierlei: 1. Die Tatsache, daß auch die Universitätsburschenschaft keinen Juden als Mitglied hat; 2. daß die österreichische Burschenschaften, die es doch wissen müssen, an dem Antisemitismus der Universitätsburschenschaft nicht zweifeln und 3. daß die technische Burschenschaft, die das getreue Ebenbild der anderen ist, klar und einfach erklärt, daß sie auf streng politischen Boden steht, Juden als Mitglieder nicht aufnimmt. Damit dürfte wohl der Nachweis des Antisemitismus der Burschenschaft von neuem geliefert sein; damit ist auch der Konfessionalismus, der sich im Ausschluß der jüdischen Studenten befindet, erneut dargelegt. Es fehlt der deutschen Burschenschaft also das moralische

*) Bruno Weil, Juden in der deutschen Burschenschaft. Ein Beitrag zum Streit um die konfessionelle Studentenverbindungen. Straßburg i. E. Josef Singer 64 S.

und logische Recht zum Kampf gegen konfessionelle Verbindungen.

Die Feststellung solcher Dinge ist von Wert; immer noch nicht klar genug werden die Zusammenhänge erkannt, die sich vom Hochschulantisemitismus zu dem des täglichen Lebens ziehen, und wenn der Gesellschaftsantifemitismus immer toller ins Kraut schießt: hier sind die Wurzeln seiner Kraft. Legt uns also die Art an die Wurzeln legen. Dr. Bruno Weil, Reg.

Toleranz in der Schule.

Vor zwei Jahren starb der verdiente Schulmann Schuldirektor Albrecht Goerth, der von 1876—1896 das höhere und mittlere Mädchenschulwesen in Krefeld leitete. Albrecht Goerth war, wie sein Vorgesetzter Dittes, Volksschullehrer und ist auch nach seiner Versetzung zum Volksschullehrerstande stets treu geblieben. Der Charakter war nach dem Ausdruck seines anonymen Biographen „eine äußerst streitbare Natur und hat dies manchmal auf politischen, pädagogischen und religiösen Gebieten nur zu eifrig bewiesen. Auch in Verwaltungssachen hat er nie sein gutes Recht preisgegeben, selbst wenn ihm persönlicher Nachteil vor Augen stand“.

Trotz dieser markanten Derbheit zeichnete Albrecht Goerth in religiösen Dingen eine außerordentliche Feinheit des Empfindens aus, die sich besonders Anderen klärend gegenüber zeigte. Ueber diese seine Ansichten hat sich der Verstorbenen selber mit folgenden Worten geäußert:

„Ich habe treu nach meinem Grundsatze unterrichtet, daß die Schule gegen die Minder in keiner Weise treten darf, sondern nur die besten Kräfte der Nation zu erziehen vermag. Ich folgte dem christlichen Grundsatze: Ich werde den Minderen nicht Böses sagen, noch ich denke; aber noch ich ihnen sage, daß denke und glaube ich auch wirklich. Dadurch gelang es mir, sogar die Kinder der orthodoxen polnischen Judenfamilien so zu gewinnen, daß sie an meinem Religionsunterricht teilnahmen, weil ich liberaler Toleranz, das heißt in meinem Sinne alle Gleichberechtigung aller Religionen, predigte und lehrte“.

Toleranz ist der Ausdruck vornehmer Gesinnung. Man kann auch bei starkem konfessionellen Empfinden tolerant sein. Nichts ist verkehrter, als wenn Toleranz mit Gleichgültigkeit in religiösen Dingen identifiziert wird. Der tolerante Mensch ist zu beschämen, um sein eigenes Ich als Norm hinzustellen. Aus der Betonung des Rechts der eigenen Personlichkeit ergibt sich für ihn mit zwingender Logik die Anerkennung des persönlichen Rechts Anderen gleichgültig. Albrecht Goerth als Religionslehrer ist auf denjenigen Standpunkt gottsehnlich seine Selbsteinheit. Es ist eine wahre Freude, jetzt zu sehen, mit welchem Ernst und in welcher toleranten Gesinnung das Problem des Religionsunterrichts in pädagogischen Fachblättern diskutiert wird. Toleranz gegen Andersgläubige gebet zur Tradition des deutschen Lehrerstandes. Ein Altschwarz findet kaum eine Widerholung in ihm. Es ist begreiflich, daß ein solcher Stand bei den Liebhabern der antisemitischen Partien gebot hat. Auf diesen traurigen Ruhm vergleicht er auch gern. O. P.

Der Präsident wider Willen.

Eine russische Geschichte.

In einem kleinen russischen Landstädtchen, nicht allzufern der deutschen Grenze, wohnte bis vor wenigen Wochen noch der Rabbiner W., mit seiner Familie. Er war ein bescheidener, geachteter Mann, der mit den Bewohnern des kleinen Städtchens in größtem Frieden lebte.

Wie nach A. waren die Stürme der Revolution noch nicht gedungen. Hier wickelte sich alles noch im alten

Gleise ab. Der Präskam, der Gewaltige des Ortes, war ein jovialer Herr, der ein paar Liter Schnaps stets dankbar annahm und dann verständlichem Jureben gern zugänglich war.

Der Rabbiner W. hatte mit ihm nichts zu tun, denn W. lebte sehr zurückgezogen und kümmerte sich nicht um Politik. Er wartete geduldig auf bessere Zeiten. Das Manifest des Jaren, das Pressefreiheit und sogar eine Volksvertretung ankündigte, rief freilich auch in A. eine große Freude hervor.

Das Manifest änderte sich aber, als bald darauf einige Soldaten Kosaken in A. anlangten, um zu dem Erlasse des Jaren die nötigen Kommentare zu geben. Die Krute fügte bald ein scharfes Regiment. Der Präskam mußte seine Gewalt einem Militärgouverneur abtreten, der wie die Gewalthaber in den andern Städten so auch in A. hauste.

Man nahm zahlreiche Verhaftungen vor. W. war einer der ersten, den man gefangen setzte. Man behandelte ihn besonders aufmerksam, d. h. man ließ ihn seinen Augenblick ohne Aufsicht, und wies ihm eine Einzelzelle an. W. hatte nicht die geringste Ahnung, warum man ihn gefangen nahm, und er war höchst erstaunt, als er erfuhr, daß — er der Präsident des „russischen Republik“ sei. W. erfuhr mit Stutzen, daß man eine weitgehende Verschönerung entdeckt habe, die daraus ausgegangen sei, eine „russische Republik“ zu schaffen, und daß man sich bei ihm, den Rabbiner W., den in Aussicht genommenen „Präsidenten“ der neuen Republik erwählt zu haben.

W. lehnte ebenso höflich wie entschieden die ihm zugedachte Präsidentenwürde ab. Es half alles nichts, man legte ihm sogar „schriftliche Demisse“ vor, ja man zeigte ihm sogar Schreiben, die er, W., an revolutionäre Gruppen gerichtet haben sollte. W. kam aus dem Staunen nicht heraus, die ganze Geschichte kam ihm furchtbar lächerlich vor. Bald beschloß er ihn aber andere Gefühle, als er merkte, daß man furchtbaren Ernst machte.

Man verurteilte ihn zum Tode, begrabte ihn aber schließlich zur Verbanung nach Sibirien. Da kam die Zeit der Einberufung der Duma. W.s Freunde wandten sich an einige Abgeordnete, die seine Unschuldslosigkeit kannten, und man erreichte wirklich, daß der Verbanungsbescheid nicht nach Sibirien laute, sondern nach dem Auslande.

W. lebt jetzt in Deutschland. F.

Aus dem antisemitischen Lager.

Stöcker und Dreyfus. In einem von Adolf Stöcker unterzeichneten Sedanartikel vergleicht der ehemalige Holsprenger — man weiß wirklich nicht, ob man hier von Redheit oder Naivität sprechen soll — sein Schicksal mit dem des französischen Majors Dreyfus. Anerkannt muß werden, daß Herr Stöcker im Gegenfall zu den übrigen Antisemiten, die belächelt immer noch zu glauben vorgeben, die Juden hätten dreißig Millionen aufgebracht, um Dreyfus freizuschaffen, erklärt, „er zweifle nicht, daß dieser französische jüdische Offizier unschuldig ist.“ „Als ich, so sagt er, in der Wälschen Sache zuerst unredlich verurteilt war — was doch verständliche Menschen, die der Sache nahe standen, wissen mußten — jauchte die gesamte schlechte Presse laut auf; ja zwei freisinnigste Landtagsabgeordnete erklärten einen Aufruf zu Selbstmord in dem vermeintlich Beleidigten. Als ich aber zuletzt in dem Prozeß siegte, brachten viele Zeitungen nicht einmal eine Notiz darüber. So geht es einem deutschen Christen. Aber über einen französischen Juden wiederholt die ganze europäische Presse Jahre hindurch von unheimlichem Lärm. Solche Träpse sind die liberalen Hebelwerke unter dem Einfluß des Judentums geworden“.

Ob es wohl auf dem ganzen weiten Erdencrunde einen viertelwegs vernünftigen Menschen gibt, der glaubt, die

Presse der ganzen Welt hätte sich um Herrn Stöder wegen seines simplen Beleidigungsprozesses so aufregen sollen als um Dreyfus, selbst wenn man darauf Rücksicht nahm, daß Herr Stöder „deutscher Christ“ und Dreyfus „französischer Jude“ ist? Und will es scheinen, daß die liberalen Reakteure durchaus keine „Exzesse“ waren, als sie über Dreyfus mehr schreiben als über Herrn Stöder. Im Gegenteil hat Herr Stöder durch den bloßen Vergleich seines armenlichen Prozesses mit dem Verfahren gegen Dreyfus, das mit Recht als die größte Schandthat des Jahrhunderts bezeichnet worden ist, dargelegt, daß er mit den liberalen Reakteuren, die er für Exzesse erklärt, einen Vergleich auch nicht entfernt aushalten kann. Redlichkeit, Naivität oder Größenwahn?

Freiherr v. Durant, der schlesische Magnat, der in der letzten Sitzung des Herrenhauses bei Beratung der Schulvorlage aus seiner antisemitischen Stimmung kein Hehl machte, findet jetzt einen Verteidiger in dem „Deutschen Adelsblatt“, dem Organ der deutschen Adelsgesellschaft. Freiherr v. Durant hatte sich bekanntlich dagegen gewandt, daß jüdische Lehrer christliche Volksschüler unterrichten, und der Ministerialdirektor Schwarzkopf hatte bereitwillig versprochen, daß „möglichst wenig jüdische Lehrer angestellt werden sollen.“ Das Adelsblatt singt dafür das Lob des Ministerialdirektors und spricht dem Freiherrn v. Durant seine freundliche Uebereinstimmung aus. Es schimpft dabei weder über die jüdische Anmaßung, die überall „Parteilich“ verlange. Also schon das Verlangen nach Parteilichkeit ist eine Anmaßung. Das Adelsblatt erinnert dann daran, daß im deutschen Reichstag die Ernennung von jüdischen Referatsmitgliedern verlangt worden sei und daß im Anschluß daran freisinnige Zeitungen sogar (!) das Anfechten gestellt haben, jüdische Aspiranten auch unter die aktiven Offiziere aufzunehmen.

Das Adelsblatt dankt der Herrscherverwaltung, daß sie es auf solche „Versuche“ nicht ankommen läßt. Es findet es aber schon ganz unerhört, daß solche Vorschläge überhaupt in der Öffentlichkeit erörtert werden. Das zeige eben, daß das Judentum jetzt schon zur Offensive gegen die bestehende Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung übergegangen sei. (!) Sehr logisch. Das bestehende Verlangen der Juden nach Verwirklichung der ihnen gesetzlich gewährleisteten Gleichberechtigung wird hier zur „Offensive gegen die bestehende Staatsordnung“ gekempelt. Ja, die Welt malt sich sonderbar in einem solchen „aristokratischen Schadel.“

Herr Köhler, der entthronte Bürgermeister von Langsdorf in Hessen und frühere langjährige antisemitische Reichstags- und Landtagsabgeordneter, ist bei der jüngsten Wahl der Empörung der Gemeindeglieder über seine Finanzschwermühe zum Opfer gefallen. Unter seiner Herrschaft sind seit 1897 die Kommunalvermögen von 1500 auf 9000 M. angestiegen und außerdem 30000 Mark Gemeindevermögen verpulvert worden. Trotzdem will Herr Köhler sich bei der nächsten Reichstagswahl wiederum um das Reichstagsmandat bewerben. Die „Deutsche Reform“, das offizielle Organ der Reformpartei, bemerkt hierzu hochfahrig:

„Allerdings dürfte dieser Wohlstand (die Bürgermeistereiwohl in Langsdorf. D. M.) kein gutes Zeugnis für ihn sein. Will nicht können die Steuergläubiger zuhause: von den eigenen Gemeindegliedern so glatt abgelehnt wie, tut nicht gut, sich um einen Reichstagszug zu bewerben.“

Flottenverein und Antisemitismus. Ein Mitglied des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens hatte an den Redakteur der Zeitschrift „Die Flotte“, des Organs des Deutschen Flottenvereins, ein Schreiben gerichtet, in dem dagegen protestiert wird, daß in

einem Artikel der „Flotte“ zu dem Beschluß des Seebades Vorkum aufgefordert wird mit der Behauptung: „Selten der Bevölkerung ist alles getan, um den Fremden den Aufenthalt auf der Insel so angenehm zu gestalten“, und „Vorkum ist eine Insel des Friedens“. Das Schreiben bezieht diese Angaben als unrichtig. Es müßte nach den jährlichen Berichten auf Vorkum vielmehr heißen: „Jüdischen Mitgliedern des Flottenvereins (und deren sind es nicht wenige) ist von einem Besuch abgeraten, da bauraten, da sie in Vorkum nicht gebildet sind“. Zum Schluß verlangte das jüdische Mitglied des Deutschen Flottenvereins, daß sein Schreiben in der „Flotte“ veröffentlicht werde. Dieses Verlangen hat den Redakteur der „Flotte“, Korvettenkapitän a. D. Jacobs in große Verlegenheit gesetzt, und er erwiderte dem Briefschreiber:

„Die von Ihnen erwiderten Ungehörigkeiten sind auch mir bekannt; oft geschanden, hatte ich bei Annahme des Artikels gar nicht daran gedacht, ebensowenig wie der Verfasser sicher auch. Von der Annahme Jüdischer Proteste in der „Flotte“ möchte ich aber doch absehen, weil ich fürchte, daß gerade dadurch Unfriede entstehen könnte. Selbstverständlich macht der Flottenverein weder irgendwelche Ständen noch Rassenfragen irgendwelchen Unterschied, da aus jedes Mitglied, welches es mit der Sache des Deutschen Flottenvereins gut meint, sehr willkommen ist. Wäre es nicht vielleicht besser, wenn den deutschen Mitgliedern auf andere Weise — etwa durch Jüdischen — von dem König, der vorzüglich auf Vorkum noch besteht, Kenntnis gegeben würde?“

Also Geld nimmt der Deutsche Flottenverein mit Vergnügen auch von den jüdischen Mitbürgern entgegen, bemerkt auch die „Fr. Zg.“, aber in dem Organ des Vereins darf beileide nichts stehen, was die Antisemiten irgendwie verschlingen könnte. Wenn die Juden Grund zur Beschwerde haben, dann sollen sie sich in jüdischen Blättern darüber beklagen! „Die Flotte“ ist zu schade dazu. An die Selbstschönung der jüdischen Mitglieder des Deutschen Flottenvereins stellt ein solches Anfechten wirklich recht sonderbare Anforderungen.

Antisemitische Inanspruchnahme der Kaiserin.

Die Antisemiten denken jetzt schon die Unverfrorenheit, die Kaiserin selbst für ihre Agitationen mit Beschlag zu legen. Wir haben vor einiger Zeit mitgeteilt, daß ein Uhrmacher Herr in Sankt an der Latentür ein Plakat angebracht hat, auf dem geschrieben steht: „Verboten ist der Eintritt verboten; Zuwiderhandlung werden wegen Hausfriedensbrüche belangt.“ Großkönd teilt nun ein Antisemit in den „Deutschen Blättern“ mit, daß die Kaiserin Ende Juli d. J. bei ihrem Aufenthalt in Sankt ihre Einkäufe bei dem Uhrmacher Herr persönlich besorgt hat. Vorzüglich wird allerdings hinzugefügt: „Ob die hohe Frau Kenntnis von der echt deutschen Stimmung des Geschäftsinhabers hatte, ist mir nicht bekannt.“ Aber trotz dieses Vorbehalts erfüllt diese Notiz doch den gewollten Zweck, bei den Lesern der „Deutschen Blätter“ die Vorstellung zu erwecken, als wenn die Kaiserin mit Vorliebe in antisemitischen Geschäften einkaufe. Wer freilich weiß, bemerkt die „Fr. Zg.“ hierzu, aus welchen Berliner Geschäften die Kaiserin dergleichen ihre Garderobe kauft, kann aber das Geschreibsel des Liebermannschen Blattes nur lächeln.

Mittelständisches. Der Berliner Obermeister der Tischler Rahardt ist eine der Hauptstützen der Mittelhandvereinsung. Er hat jetzt eine neue treffliche Mittelhandvereinsung in seiner Frau Obermeisterin gefunden. Allerdings will sie zunächst nur die Tischler „retten“ und zwar vor der Nichtbeachtung von seiten des Publikums bei Spalierbildungen usw. infolge fehlender Schärpen, Bänder und Hähnen. Dem unwürdigen Zustande, daß andere Gewerke durch ihren prächtigen Aufzug vor den Tischlern

brillieren, will Frau Rabarbt ein Ende machen. Sie wendet sich darum mit einem Aufsat auf alle Berliner Tischlergattinnen und schlägt eine Sammlung zur Beschaffung dieser unentbehrlichen Requisiten vor. Frau Rabarbt hat das Richtige erfasst. Hier bietet sich ein reiches Feld für die Mittelstandsvereinsung. Wenn die verschiedenen Gewerke darauf ausgehen, sich in der Pracht des Kaufmanns bei Spalierbalkonen, bei Pringensinnen-Einbaltungen ufm. den Rang abzulassen, dann werden auch die fehlenden „führenden Männer“ Beschreibung ihres Ergegnisses finden. Auf politischem Gebiete zu reifern, haben sie wohl schon so wie so aufgegeben.

Zum Fall Pobjelski-Tippelskirch macht die „Barmer Zig.“ getrennt auf folgendes aufmerksam:

„Mit welchem Edele traktieren die Rabarbt den Handel? Nun ist allerdings der ganze Streit wieder um eine Handelsfirma hergekommen. Aber wie sehr diese Handelsfirma auch bezeugt, sie eine aus eigentlichen Ausländern, „Bolscharen“, ausländischen Profiteuren, aber gar aus Juden? Aus make-money-Leuten bekannt ist, aber diese kamen aus dem konfessionsagrarischen Lager. Die ganze Firma hatte keine eigentlich konfessionsmäßig, sondern eine aristokratisch-agrarische Philosophie, und dieser Firma ist nun gerade der Zusammenstoß mit den guten alten preussischen Traditionen passiert. Vielleicht verhasst die Rabarbt durch verdorrene Ehrlichkeit in ihren Ausländern den Eindruck weit zu machen. Man wird ihnen darauf zu denken müssen. Der Name Tippelskirch wird der Dämpfung ihres Stolzums immer zu Hatten kommen.“

Vermischtes.

„Die Unternehmungen der Brüder Siemens.“

Unter diesem Titel hat Prof. Schrenberg, Moskau unter Benutzung des Familien-Archivs eine Studie über das Lebenswerk der hervorragenden Männer dieser Familie herausgegeben, das insbesondere den wertvollen Briefwechsel Werner Siemens' mit seinem Bruder enthält.

Aus einem Briefe von Carl Siemens in Petersburg, der die ersten telegraphischen Linien für Rußland im Auftrage von Siemens & Halske hergestellt hat, lesen wir folgende Briefstelle an seinen Bruder Werner über die Schwierigkeit der Stangenbeschaffung im eigentlichen Rußland hierbei, da sie gerade jetzt doppelt interessiert. Carl Siemens schreibt am 2. Februar 1854 nach Berlin: „Es ist sehr übel, daß es keine Juden im Gouvernement Petersburg gibt; die hiesigen großen Hölzlhändler wollen gar nichts mit solchen Beziehungen zu tun haben. Wenn ich hier nur bis Nischkita abwärts könnte; denn nachher gibt es Juden.“ Obwohl die russische Regierung damals wegen des Krimkrieges bringen Telegraphen brauchte, entzogen uns die russischen Briefe des „Prusky Ingenieur Siemens“ im übrigen das bekannte Bild russischer Korruption bis an die leitenden Kreise hinaus. Eine Unterredung mit dem obersten Chef des russischen Telegraphenwesens, als die Firma nach der bereits begonnenen Belagerung von Sebastopol im Herbst 1854 den Telegraphen für Kiew liefern sollte, gibt Carl Siemens wie folgt wieder: „Ich: Diesen Kontrakt unterschreibe ich nur, weil Sie es überhaupt so haben wollen. Graf: Dann hänge ich Sie auf. Ich: Dann können Sie mich gleich als einen Gehängten ansehen, denn Sie tragen die Schuld, weil Sie mich zwingen, den Kontrakt so zu unterschreiben. Graf: Ich werde Sie nicht am Halse aufhängen, sondern — (der Rest dieses anmutigen Gesprächs mit einem der höchsten Vorkämpfer des russischen Staates läßt sich leider nicht wiedergeben.)“

Immerhin zeigt dieser Dialog, was die Tschinowitsch wohl erst einem Juden gegenüber illustriert hätten und sicher getan haben würden, wenn das nun unmittelbar mit dem Jarenhose in Verbindung stehenden Siemens passierte.

Die Linie nach dem Süden Rußlands wurde mit Hilfe eines Ingenieurs Morgenstern trotz des Preisbrades durch den Grafen R. rechtzeitig fertiggestellt, obwohl Werner Siemens in Berlin ironisch meinte, die Russen würden den Fall von Sebastopol wohl noch zeitig genug ohne Telegraphen erfahren. Aus Werner's Briefen erhebt man übrigens, daß die Freundschaft Preußens für Rußland damals keineswegs „turbid“, wie später Bismarck sich ausdrückte, feststand. Obwohl die Brüder Siemens jahrelang in Rußland, namentlich in Polen, mit Juden zu tun hatten, sind sie für diese nur ein Lob, Am schlußmüßig sind die Klagen des Weltmüdes über Korruption in Persien, wo Siemens die indo-europäische Linie viel Sorge machte. Von Juden ist hier keine Rede. Es sind die persischen Beamten, vom Türhüter bis zum Minister hinaus, welche beschönigen werden müssen. Vertreter der englischen Regierung in Persien war damals Mr. Golblum, der mit Georg von Siemens direkt an Ort und Stelle in Teheran unterhandelte. Kurz bei zum Schluß noch erwähnen, daß es jüdische Finanziers wie Magnus, Oppenheimer, Leo u. a. waren, die der ohne direkten Staatsbankrott in allen Weltteilen unter wechselnden Auskünften arbeitenden Firma Siemens den anfangs schwierigen und großen Kredit gewährten.

Goethe und die Juden. Das vierte Heft des II. Bandes der bekannten W. Bobschen periodischen Publikationen „Stunden mit Goethe“ enthält einen kleinen Aufsatz: Der jüdische Gymnasialist, in dem Kunde gegeben wird von einem 1811 geführten Gespräche, das in der großen Bismarck'schen Sammlung von Goethe's Gesprächen fehlt. Es fand ursprünglich in Joseph Wolff's (1796—1862) großem englischen Werke, der Selbstbiographie eines bekannten, hauptsächlich in England wirkenden Judenmissionars. Dieses Werk muß in Deutschland gänzlich unbekannt sein, denn die sonst so gewissenhafte Biographie Wolff's in der Allgemeinen Deutschen Biographie, Band 44, erwähnt sie nicht und weiß demgemäß auch nichts von dem kurzen Aufenthalt Wolff's in Weimar. Wolff kam, so schreibt L. Martens in dem angeführten Aufsatz von Bobschens Zeitschrift, 16-jährig nach Weimar, um das Gymnasium zu besuchen, und wurde von Johannes Falk, dem bekannten Schriftsteller, einem sehr verdienten Philantropen, der sich hauptsächlich um Waisenspflege und Rettung verwaelter Kinder bewährte, freundlich aufgenommen und gefördert. Und nun erzählt Wolff selbst, von sich in dritter Person lebend.

„Eines Tages machte er mit Falk einen Spaziergang. Da kam ihnen ein Mann entgegen, der durch sein statisches und imponierendes Äußeres auffiel. Wolff sagte, das ist gewiß Goethe, und auf die Frage, woher er das wisse, antwortete er: „Ich habe seinen Egomot gelesen, danach urteile ich. Denn nur ein Mann, der so ansieht, kann Egomot geschrieben haben.“ Goethe kam auf Falk zu und umarmte ihn freudig nach deutscher Sitte. Falk sagte: „Denken Sie sich, dieser Knabe erkannte Sie, weil er Ihren Egomot gelesen hat.“ Goethe fühlte sich dadurch sehr geehrt und freute sich ihm die Hand. Dann erzählte Falk: „Er will Christ werden und ein Mann wie Franz Xaver. Aber ich rate ihm, Jude zu bleiben. Denn als Jude wird er gewiß ein berühmter Mann werden. Tüchtige Christen aber gibt es zu viele in der Welt.“ Da sagte Goethe zu Wolff: „Junger Mann, folgen Sie dem Tode Ihres eigenen Vaters und hören Sie nicht auf Falk.“

Obwohl zwischen diesem Ereignisse und dem Tode 50 Jahre liegen, hält Prof. Ludwig Geiger, der diese Reminiscenzen in der „Allg. Zig. des Judentums“ mit einigen kritischen Randbemerkungen versieht, eine solche Äußerung Goethe's wohl für möglich und fügt hinzu:

„Sie ist für ihn ungemein charakteristisch, ohne daß sie erlaubt, große Folgerungen für Goethes Gesinnung daraus zu ziehen. Am wenigsten darf man hier ein Verdammungsurteil über das Judentum fällen. Vielmehr kann man in ihr, wenn sie wirklich richtig und dem Sinne nach ganz zutreffend überliefert ist, woran ja der Zeit wegen ein kleiner Zweifel erlaubt ist, nur die echt Goethische, auch sonst häufig vorgetragene Mahnung sehen, der inneren Stimme zu folgen und sich in seinen Entschlüssen nicht von anderen wankend machen zu lassen. Auch darf man nicht sagen, daß Goethes Jüden ein Jude in seinem Entschlusse, die väterliche Religion zu verlassen, bekräftigt wurde, denn Wolff war schon als dreizehnjähriger Knabe aus dem Elternhause entflohen, weil er innerlich mit dem Judentum gebrochen hatte und entschlossen war, dem Christentum sich zuzuwenden. In jedem Falle ist das kleine Begegnis, von dem man bisher nichts wußte, interessant genug und ein nicht unwürdiger Beitrag zu dem vielbesprochenen Thema; Goethe und die Juden“.

Auf dem Essener Katholikentage ist von verschiedenen Rednern sehr energisch gegen jeden Rassismus und Klassenhass protestiert worden. Der Abg. d. Witt-Röhl sagte:

„Wir betonen den Geist des 17. und 18. Jahrhunderts mit seinem humanistischen und seinen Gesinnungsgehalt. Wir betonen den universalistischen Grundgedanken „Cuius regio, ejus religio“. Wir verlangen den vollständigen Abschluß und dessen volle Konsequenzen. (Ständiger Beifall). Wir verlangen den Abschluß, wir verlangen, daß der religiösen Betätigung keine geschäftlichen Schranken gesetzt werden. Wir betonen den konfessionellen Kampf. Wir wollen mit allen Bundesgläubigen in Frieden leben. Wir heißen den Grundgedanken: Jeder kann nach seiner Façon selig werden“.

Der Jesuitenpater Professor Dr. Seiler Feldkirch erklärte:

„Die katholische Kirche verfolgt den Missionen und Missionen. Wir betonen den Kampf der Nationalitäten, sowie der Nationen und Klassen. Es kann nur dann besser werden, wenn Gott der Herr zwei Engel auf die Erde schickt: die Justitia und die Caritas. Wenn alle Länder dem Gerechtigkeit und Wahrheit nach handeln durchdrungen sein und nicht bloß im Auge haben werden, was uns trennt, sondern was uns einigt, dann wird mit Gottes Hilfe die soziale Frage eine friedliche und für alle glückliche Lösung erfahren“.

Professor Dr. Einig, Trier fügte hinzu: Der heilige Basilius sagt: Wenn Gott in Gefahr ist, dann müssen Protestanten, Juden und Katholiken wie ein Mann zusammenstehen. Und der Kardinal Erzbischof Dr. Fischer-Köln forderte darauf ebenfalls zum konfessionellen Frieden auf.

Die Privatposten werden fast an allen Orten, wo solche vor der Einführung des ermäßigten Tarifs der Reichspost bestanden haben, wieder eingeführt, nachdem der ermäßigte Portotarif dem Reichsfinanzgesetz zum Opfer gefallen ist. In Magdeburg hatte früher die Privatpost ein Herr Herzberg, ein Jude, der auch jetzt wieder drabstichtigt, eine solche Institution ins Leben zu rufen. Die antisemitische Magdeburger „Sachschau“ bemerkt hierzu, nachdem sie die Willkürhaftigkeit der Finanzreform scharf gegeißelt hat:

„Nach beschämender Unbilligkeit die Tarife für das deutsche Volk, daß wieder Juden die schwache Stelle in der Gesetzgebung finden und auch sofort mit dem ihnen eigenen Unternehmungsgeist an die Sache herantreten. In Magdeburg haben viele wohlhabende Herren nach einer Verwertung ihres geschäftlichen Einkommens und ihres Kapitals, Herr Herzberg nimmt ihnen die Sache vor der Nase weg. Auf anderen Gebieten ist es nicht anders.“

Wir konstatieren diese Tarife nicht als Götz gegen die Juden oder gar gegen Herrn Herzberg. Denn das Unternehmen ist durchaus recht und kommt auch einem berechtigten Bedürfnis entgegen. Und Herr Herzberg hat sich als Jäger der alten Privatpost ins gegenüber durchaus als konstanten Geschäftsmann gezeigt.

Aber wir halten es durchaus für geboten, manchem Magdeburger zu sagen, daß man die Juden auf wirtschaftlichem Gebiete nicht durch Schlimpen niederringt, sondern durch Fröhen aufstehen und gleich große Mächtigkeiten“.

Was sich gef. die „Staatsbürgerg.“ und die gesamte übrige antisemitische Presse ad notam nehmen möchten!

Carl Blind, der bekannte deutsche Publizist, der nun schon über ein halbes Jahrhundert in England lebt, für sein Heimatland aber, wie seine vielseitige literarische Tätigkeit in der deutschen Presse zeigt, nach wie vor das lebendigste Interesse bekundet, deging am 4. d. M. in London in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Blind war schon in seinen Jugendjahren energisch für die Judenemanzipation eingetreten. Aus seinen Erinnerungen „Aus südmittleren und bewegten Tagen“ sei zu seinem Ehrentage folgende Reminiscenz angeführt:

Wären in jener Zeit der Aufregung hätte die reaktionäre Partei eine Judenliga in Karlsruhe organisiert, um das Volk von anderen politischen Interessen abulenken. Ein Hoffbrand, in den ein jüdischer Fabrikant (Haber) verwickelt war, bot dazu eine willkommene Gelegenheit. Ein nächstlicher Angriff wurde auf das Haus der Fabrikanten unternommen, Fenster wurden eingeschlagen, Steine gegen das Portal geworfen, und jeden Augenblick konnte es dazu kommen, daß der Pöbel in das Haus des Bedrohten einbringe.

Da kam Carl Blind, aufgereizt vom Tumult, der sich durch die ganze Stadt schnell verbreitete, im rechten Augenblick dazu. Er drängte sich durch die schreiende Menge, kam bis zur Tür und rief den Tumultanten zu, sie sollten gegen ihn ihre Wutgüsse richten. Er selbst aber war in Arbeitstreffen zu befinnen und beliebt, als daß man dies gewagt haben würde. Dann aber forderte er die Menge auf, ihre Kräfte zu besseren Tugenden aufzuheben, als zur Verfolgung eines Einzelnen. So gelang es ihm schließlich, die Leute von ihrem ebenso verwerflichen wie tödlichen Zan abzuhalten. Sie zerstreuten sich langsam und gingen nach Hause. Der gefährdete jüdische Fabrikant aber schrieb ihm am anderen Tage einen rührenden Dankbrief und forderte ihn auf, ihn zu besuchen, da er selbst nicht wagte, das Haus zu verlassen.

Auch in England ist Blind dem Antisemitismus entgegengesetzt. Als Stöder mit der Absicht nach London kam, den Pöbel gegen die jüdischen Einwohner Englands aufzuregen, wurde diese Absicht nur durch das schnelle und energische Eingreifen Blinds vereitelt. Blind rief sofort in der „Times“ einen Aufruf an die Deutschen in London, daß sie Stöders Absichten zu nichts machen sollten. Er erklärte denen, welchen die deutschen Verhältnisse fremd geworden waren, was für einen Ruf Stöder habe, und dieser fand in London nicht den geringen Widerstand, den seine Hegeheim.

Herr von Rodzielski und Grine. Der bekannte frühere polnische Reichstagsabgeordnete von Rodzielski hat in Heringsdorf sich mit der Lektüre des fast zum bekannten Variationsbuch über seine beschäftigt. Seine Kritik dieses Machwerkes besteht in einer Reihe satirischer Zitate, von denen die treffendste hier wiedergegeben sei:

Neuer dringt und kaum den Fuß,
Neu sind dein nur die Grinassen —
Seine ist das rote Blut
Für die Oeffen aller Nasen.

Die „Staatsbürgerg.“ hält sich darüber auf, daß „ausgerechnet der ehle Pole von Rodzielski, dessen „Nation“ seine in seinem Geiste von den Strapaziden und Wälschlappen eine so schmiedelichste Denkmal gesetzt hat“, sich zum Verteidiger seines aufgeworfen habe. Wir meinen,

es ihre Herrn von Roscielski und, wenn er es überhaupt noch bedachte, seine mehr, daß Ersterer trotz des bekannten Heineschen Gedichtes die Vorzüge des Dichters Heine anerkennt. Herr Bartels kann über die Heine, die Heine seinen deutschen Landesleuten ausgestellt hat, die großen Verdienste Heines nicht anerkennen und nur sich zu dem Versuch hinreissen lassen, selbst dessen beste poetische Leistungen zu bezweifeln. Denn daß es einem Bartels gelingen könnte, Heinesche Werte wertlos auch nur zu bezweifeln, ist ganz und gar ausgeschlossen. Bei der Gelegenheit sei uns zu bemerken gestattet, daß ein wirklicher Dichter nicht nur das Recht, sondern sogar die Pflicht hat, Schwächen und Fehler seiner Landesleute zu heilen. Das haben die Propheten und die Dichter aller Zeiten und Völker zu tun nicht unterlassen und damit sich ein unendlich größeres Verdienst um die eigene Nation erworben, als die Lobhühler und Speichellecker, die stets nur von den Tugenden des eigenen Volkes viel Rühmens machen können. Auch wer sein Volk lieb hat, pflügt es blutet. Weiter weiß das Antisemitenblatt darauf hin, daß Herr von Roscielski mit einer Jüdin verheiratet sei. Nun kann kennt er die Juden jedenfalls auch besser als die Antisemiten. Frau v. Roscielski ist eine Tochter des russischen Staatsrats Bloch, des eigentlichen Urhebers des Haager Friedenskonferenzgedankens.

Eine Turnerrede. Auf dem kürzlich stattgefundenen Minden-Ravensberger Goutournest in Enger, an welchem sich 1200 Turner beteiligten, hielt der Postmeister A. K. Enger eine Rede, welche in unserer Zeit antisemitischer Verleumdung namentlich in Turner- und Sportkreisen besonderer Beachtung würdig erscheint. „Als die Sänger der Freiheitstriebe“, so führte Redner aus, „in allen Tonarten fragten: Was ist des Deutschen Vaterland?“, bis sich die Antwort fand, da stempelte der alte Vater Jahn die Turnerei zur Nationalhobby. Viele verstanden ihn nicht, aber seine Turngenossen wußten, was er wollte, und haben die zur Gründung des Reiches mitgetan an Wüstenlands Einöde und Nacht. Und noch heute ist des Reiches Herrlichkeit zu fördern durch Veranbahnung eines an Leib und Seele gesunden Volkes, das einzige Ziel wahrhaft deutscher Turner. Jetzt bedauerlich ist es daher, wenn man sich in Minden-Platz in gewissen Kreisen bemüht, sogenannte „Christliche“, d. h. konfessionelle Turnvereine zu gründen. Der deutsche Turner soll nicht fragen: „Ist mein Nebenmann katholisch, evangelisch oder jüdisch?“ (Stärkischer Beifall.) Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, dann sind wir wahrhaft deutsch, und so wollen wir dienen unserem Volk und unserem Kaiser, dem wir in diesem Sinne auch heute Treue geloben“.

Der Besuch der französischen Ärzte in Berlin wird von den antisemitischen „Zeitsagen“, der literarischen Beilage der „Deutschen Tageszeitung“ häßlich glossiert. Gegen den Besuch an sich sei nichts einzuwenden, aber man habe ihn politisch „auszuschließen“ gesucht; alsdann heißt es weiter:

Tatsächlich aber ist die „Ketzerschaft Groß-Berlins“ in dringlicher Weise aufgerufen, sich zu einer Veranbahnung großen Eides zusammenzusetzen; Welcher sind zu einer Forderung gekommen: kurz, es ist alles so geschahet worden, selbst das in seinen Hauptbestandteilen selbstverständlich jüdischen Krankenhaus, daß jedermann den Eindruck haben mußte, daß hier ein „großes Ereignis“ vor sich gehen sollte. Auch daß man neben „Deutschland, Deutschland über alles“ die Marschälle hat spielen lassen, gehört ebenso zum Wüde, als die deutschen Herren französisch sprechen, während es keinen Franzosen in Berlin zu erwidern. Sei es denn der Veranbahnung, sei es damit der diesmal gültigsten Verordnungen Veranbahnungsfähigkeit der Veranbahnenden Mitglieder der Ärzte Berlins, ist das geplante „Ereignis“ ein erstklassiger Reinfall geworden, da kaum 3—4 v. H. der Ketzerschaft Groß-Berlins dem Rufe der Führer gefolgt ist. Vor

allem gänze so ziemlich alles, was auf wirkliche Bedeutung Anspruch machen kann, durch völlige Unwissenheit, abgesehen natürlich von Erziehung u. Bergmann, der als Überspitztheit sich zur Annahme ist verpfligt fühlen muß. Tatsächlich soll es um Haarebreite so gewesen sein, daß Israel unter sich war. Wie konnte es auch anders sein! International war ja Trumpf und „Vive la France“ der Ketzerschaft.

Glezu bemerkt die „Köln. Volkszeitg.“, daß angegebene Zentrumsvororgan:

„Wenn viele Juden unter den anwesenden Berliner Ketzern waren, so erklärt sich das größtenteils daraus, daß die Mehrheit der Berliner Ketzerei dem Judentum angehört. Allerdings diesen die „Zeitsagen“ selbst wissen, daß seine Schwergewichte in die Juden feindlichen Beziehungen gegenüber Frankreich gerichtet sind; das geht aus ihrer weiteren Bemerkung hervor, an sehr hoher Stelle habe der Besuch Anerkennung gefunden, unter dem Namen „Continental“ eine Zeitschrift zu gründen, welche diesen Zwecken ausschließlich dienen soll.“

Der neue Kolonialdirektor und die Antisemiten.

Sie können sich nicht verlegen! Während alle Welt überrascht war, daß der Erdring zu Höhensteig-Langenburg die leitende Stellung in der Kolonial-Abteilung ausgab und der politisch, parlamentarisch und bürokratisch gänzlich ungekulte Vandalen direktor Bernhard Dernburg, Sohn eines Journalisten, obenberein eines an einem freilebigen Blatte angestellten Journalisten, des bekannten Feuilletonisten Friedrich Dernburg, zu seinem Nachfolger als Vizepräsident Geheimen Rat mit dem Prädikat Excellenz ernannt worden ist, haben die Antisemiten flugs anscheinend gemacht, daß in seinen Adern jüdisches Blut fließt. Ob es mit dieser Entdeckung seine Wichtigkeit hat, wissen wir nicht, ist und auch ganz gleichgültig. Natürlich soll durch diese Entdeckung kein Glanz der neuen Exzellenz zugeführt werden. Im Gegenteil! Wenn aber das, wir wissen nicht, wie spärlich oder wie reichlich, fließende jüdische Blut einen Tadel involvieren soll, müßte doch anerkannt werden, daß dieses angeblich jüdische Blut Herrn Bernhard Dernburg nicht abgelenkt hat, einen mit etwa 200 000 Mk. jährlich dotierten Vizepräsidentenposten und über ein Duzend Aufsichtsratsstellen auszugeben, um für eine Entschädigung, die nur als eine Kapitalie angesehen werden kann, sich einer der schwersten Aufgaben im Interesse unserer sehr heruntergegriffenen Kolonien und des Reiches zu unterziehen. Geldgier, die als untrennbar von noch so verhäutetem jüdischen Blut in den Augen der Antisemiten gilt, ist in diesem Falle sogar nicht ausgeschlaggebend gewesen. Sicher ist Herrn Dernburg nur der pekuniäre Verlust. Ob idealer Gewinn ihn entschädigen wird, bleibt abzuwarten. Im Interesse des Vaterlandes und des trotz in seinen Adern angeblich fließenden jüdischen Blutes opferwilligen patriotischen Herrn Dernburg wollen wir es von Herzen wünschen. Daß aber die Antisemiten ihrer Auffassung vom jüdischen Blute mobilisieren werden glauben wir nicht.

Bei der Gelegenheit sei daran erinnert, daß der erste Kolonialdirektor, Rayer, wirklich und ungemächselig ungemischt jüdisches Blut in seinen Adern fließen hatte, und daß er — gerade auch nach konservativem Urteil — trotzdem der immer noch beste unter allen bisherigen Kolonialdirektoren war, abgesehen er keinen Vorgänger hatte und also Pfadfinder sein mußte.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse bet. wünscht.
Telegraph. Amt 6 212. 1906.

Alle Zusendungen an die Expedition und Abbestellungen sind zu richten nach Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14, und alle für den Inhalt des Journals gerichteten Briefe, sowie auch Einzahlungsbeiträge an den Schriftführer, Herrn Geh. Rat Dr. D. Engel, Berlin W. 35, Magdeburgerstr. 14.

Bartels wider den Antisemitismus.

Auch eine Reminiscenz.

„Der Kampf ist da, als dessen Siegespreis die Antisemiten den herrlichen Götterstein aus dem unantastbaren Schrein der Germania zu gewinnen hoffen, der Kampf um die wertvollste Errungenschaft des modernen Staatslebens, der heisse Kampf um die dem deutschen Volke verfassungsmäßig gewährte Gleichberechtigung!“

„In jedem Krieg entscheidet aber vor allem die geistige Bedeutung der Führer, denn das Vertrauen zu diesen weckt und nährt kampfesfreudige Begeisterung und trägt im selben Maß zur Erhöhung der Siegesgewissheit bei, wie es lähmend wirken muß auf die gegnerischen Scharen, die wahrhaft Obdesseken einer großen Nation in geschlossenen Reihen feindsich sich gegenüber zu sehen!“

„Solche Führer unter einer Fahne zu vereinigen im Kampfe wider den Antisemitismus, das war der leitende Gedanke des vorliegenden Werkes“ usw.

Mit diesen Sätzen hebt das Geleitwort eines 1893 im Verlag von J. von Gröninge & Co. in Berlin erschienenen Brochures an, dessen Titel lautet: „Freiheit, Liebe, Menschlichkeit! Ein Manifest des Geistes von hervortragenden Zeitgenossen.“ Ein freundlicher — oder sollen wir sagen dochsehrer! — Zufall spielt uns dieses Buch gerade heute zu sehr geeigneter Zeit in die Hände; denn unter den „hervortragenden Zeitgenossen“, die dies Manifest unterschrieben, unter den „Führern im Kampfe wider den Antisemitismus“, die sich hier unter einer Fahne vereinigen, findet sich neben Männern wie Dahm, Ebers, Edle, Greif, Hopfen, Jensen, Noquette, Rosenger, Graf Schad, Wichter u. a. auch kein geringerer als — mirabile visu! — Herr Adolf Bartels, damals Redakteur des „Hindenburg Boten“ in Lahe, heute Professor der Literaturgeschichte und Inhaber eines Laboratoriums für Juden-Verleitung in Weimar.

Der literarische Beitrag des Herrn Bartels ist ein neuwertigste Gedicht des Titels „Epinosa“, in dem nach der Art jener halbhistorischen Balladen, wie sie neuerdings besonders Heinrich Heine kultiviert hat, eine Episode aus dem Leben des großen jüdischen Philosophen und Ethikers geschildert wird. An einem Frühlingsmorgen sitzt er bei der Arbeit in seiner Dachkammer. Ohne ihn zu stören, finden sich ein paar Nachbarkinder bei ihm ein, die gewohnt sind, sich bei dem alten Mann Bilder zu beschauen. Da saßen draußen an die Gloden zu schwingen. „Wer istst, der starb, um dem man also klagt?“ fragt Epinoza aus seinem Denken aufgeschreckt, und der Knabe flücht ihm auf, daß heute Char-

freitag sei, an dem die bösen Juden den Heiland ans Kreuz geschlagen haben. Nachdem die Kinder gegangen sind, sinnt der Weise gedankenvoll ihren Worten nach und vergleicht sein Schicksal mit dem des Zimmermannssohns von Nazareth:

„Jeschuah, großer Rabbi, Rat und Tod
Nahmst Du auf Dich noch innerlich's Göt.
Ich will Dich nicht befragen, nicht denien —
Gut ist es auch: In Frieden sollst du scheiden,
Du lebst, dich die höchste Form des Seins,
Man schätz dich auf dich in das ew'ge Sein.
So sprach er — doch zusammenfassend steht
Er noch im Geist, wie Christi Leben steht,
Den letzten Blick des Auges. Tief beklammern
Hat er darauf ein Buch hervorgezogen,
Ein Buch, das noch kein Menschenauge sah,
Doch herbezu hinterläßt es: Ethica.“

Also sprach Adolf Bartels noch vor einem Duzend Jahren, d. h. zu einer Zeit, wo er schon ein gereifter Mann in den Dreißigern, also bereits Herr seiner Überzeugungen war. Damals sah auch er — das beweist seine Beteiligung an dem erwähnten Manifest — in dem Antisemitismus einen Schandfleck, ein Attentat auf „Freiheit, Liebe, Menschlichkeit.“ Heute ist er selbst der klassische Repräsentant jener Bewegung, ein Renegat seiner damaligen Überzeugung. Warum? Was hat aus dem Paulus einen Saulus gemacht? Niemand weiß es. Aber von der hier angeführten lehrreichen Episode aus seiner publizistischen Vergangenheit darf man wohl mindestens sagen: et hoc meminitse juvabit!

Das Bartelsche Heinepamphlet hat inzwischen auch in der äbrigen deutschen Presse, soweit sie nicht antisemitisch infiziert ist, beide Zurückweisung erfahren. Wir reden für heute nur von Auslassungen, die der der Münchener „Allg. Ztg.“ und der „Halle“ wieder:

„In dem ersten, dem Antisemitismus sonst ziemlich nachstehenden Blatt, rechnet Dr. Adolf Bull mit dem antisemitischen Theorien geblüht ab; er gliedert in der Einleitung des Artikels Bartels Worte: „Für uns Deutsche wäre das Heine-Denkmal, im Namen des deutschen Volkes errichtet, die größte Beschimpfung, die man uns antun kann, Schmach und weiter nichts als Schmach! Das leugne ein ethischer Mensch, wenn er dies mein Buch gelesen hat!“ — und antwortet darauf:

„Man ist aber das Buch gelesen; ich bin ein ethischer Mensch, und ich leugne es. Ich leugne es vor allem, weil das Bartelsche Buch in seiner ganzen Anlage wie in

laufen Einzelheiten der Ausführung den Charakter eines Pamphlets an sich trägt, weil der Betreff, den der Verfasser zu geben verspricht, mehr literarischer als eigentlich mit der geistigen Welt in Beziehung gesetzt ist, weil in seiner leidenschaftlichen Darstellung eine Vermengung von ganzem und halben Wahreitem, durchsoll willkürlichen Annahmen und vorurteiligen Schlussfolgerungen durchsetzt, die geradezu unwirksam ist. Ja, ich frage als echter Kenner, der nicht minder warm für das Wohl des deutschen Volkes steht als Adolf Bartels, daß durch dieses Buch überhaupt eine Klärung in der allgemeinen Beurteilung des Reichens und des Völkers Deutschlands herbeigeführt werden kann, und ich protestiere dabei aus dem einfachsten Grunde gegen die Annahme des Verfassers, die ein so höchst selten, einseitig und durchsoll ungenügend Vorgehen in der Abhandlung einer nationalen Völkerverurteilung bildet. Auch ist ein tiefer Grund der zum großen Teil fälschlich gemachten Behauptung zugunsten des Reichens-Verfalls, auch ich finde die Ursache, die in jüngerer Zeit an das germanische „deutsche Volk“, an alle „deutschen Völker“ und „deutschen Frauen“ zu diesem Zweck übertrieben und ungenügend. Aber trotzdem trübt sich mein Völkergelübde gegen die Anerkennung einer Abkehr dieser Völkerverurteilung, die überdies selbst wieder zum mindesten eine wichtige Völkerverurteilung nach der anderen Seite hin darstellt. Ich erkenne sehr wohl, daß mein völkergelübde verlegt durch den schmerzlichen Ton, in dem der literaturkritische Völkerverfall kritisiert und Klagen über das Werk eines Völkers ausstrahlt, als hätte es, die deutschen Völkernamen eines Völkernamens zu forcieren.“

Dr. Balle sagt am Schluß des, ohne jede Vorliebe für Heinrich Heine, völlig objektiv gehaltenen Artikels:

„Ein Völkerverfall, der an sich selbständiges Leben genötigt und dabei genügend in seinen schriftlichen Werken bewahrt ist, wird gewahrt werden, daß diese Darstellung höchst einseitig ist, daß in ihr gerade das Wertvolle und Wesentliche der Heine'schen Werke mit Nichts verdrängt wird. Von dem seinen Reiz der Heine'schen Gedichte, seiner unüberwindlichen Grazie und dem herrlichen Witz dieses Geistes, der über literaturkritische Vorurteile nur einen Hauch verpöht, oder er hält es für lang und seinem Zwecke entsprechend, haben wir uns zu enthalten. Mit dem wichtigsten Gedächtnis: jüdischer Völkerverfall“ glaubt er einen ungenügenden Völkerverfall aus dem Gebiete der deutschen Literatur hinausweisen zu dürfen, nachdem er vorher seine Persönlichkeit mit dem ganzen Völkerverfall oder Völkerverfall eines wahren Heine'schen Völkerverfalls in der Zeit gepöht hat. Und das nennt die heutige Literaturgeschichtsschreibung. Mein, gegen eine solche Kampfbühne müssen sich jene protestieren, die in Heine nur einen Völkerverfall sehen, wie ihn die „Kultur“ für sein Völkerverfall hält. Vor allem aber müssen die „nationalgelehrten“ Völkerverfall gegen Heine. Widerspruch einlegen, daß mit der nationalen Genugung ein so schwach literaturkritischer Völkerverfall getrieben wird, wie es in diesem Werke des Adolf Bartels geschieht. Nichts ist häßlicher, als ein derartiger Antikritikismus in der Literaturgeschichte; nichts ist auch unwohler. Schon der kleine Herrmann Höpfer, auf dessen beiden gesammelt erschienenen Aufsätze über Heinrich Heine ich stütze, hat betont, daß der Völkerverfall dieser aus der Reihe der Schriftsteller auszuweisen, ein dummer Verbrechen eines Völkerverfalls unserer nationalen literarischen Völkerverfalls bedeuten würde, ganz abgesehen von der inneren Unmöglichkeit, eine literarische Unmöglichkeit, die solche Völkerverfall auf das Volk von jeder ausübt, einfach verpöht zu wollen. Adolf Bartels unternimmt jenen Versuch; er stellt als „nationalgelehrter“ Literaturkritiker nicht ein, daß er damit einen Völkerverfall in der Zeit verpöht, und dadurch, daß er dem Völkerverfall den Völkerverfall ein Völkerverfall verpöht, daß er von der wahren nationalen Genugung, die auf Erhaltung unserer Völkerverfall besteht ist, sehr wenig in sich trägt.“

Die „Silber“, das Organ Dr. Friedrich Naumanns, steht dem Dichter und Menschen Heine gegenüber ungefähr auf demselben Standpunkt wie Dr. Balle; mit dem Kritiker Bartels geht es indes schonungslos ins Gericht; wir jüttern aus den Auslassungen des Rebalteurs der „Silber“, Theodor Geuß, die Schlußsätze:

„Einmal Völkerverfall mag man sich schwer denken als diese einmalige Völkerverfall, diese literaturkritische Völkerverfall. Diese — bei Bartels wiederholt — Völkerverfall in der Zeit aus niederen Völkerverfällen, als das dargelegt in einem Ton — so geistig, solche müßige Völkerverfall ist mit nicht hinreichend als die Heine's, die sie sich nun in Völkerverfall oder mit einer erbornen Völkerverfall geistig.

Wird als das Völkerverfall ist notwendig durch den Völkerverfall gegen den Völkerverfall, die deutsche Literaturkritik zum Völkerverfall persönlicher Völkerverfall. Obwohl es wäre ganz leicht, Bartels als literaturkritische Völkerverfall das Völkerverfall zu verpöht, denn er ist Völkerverfall geistig, in der Zeit wie in der eigenen Produktion; aber er steht nicht so hoch, daß er ohne Widerspruch sich erklären dürfte,

den niedrigen und gemeinen Ton in die Literaturkritik einfließen. Er mag Heine ablesen, das tun auch andere, und die literaturkritische Völkerverfall der Zeit sein. Aber er weiß: Das mortalis mihi bono habet nihil; man soll über die Taten nur Gutes oder das Gute sagen, sondern, wenn man etwas sagt, soll man es in anständiger Ton tun. Wenn das nach seiner persönlichen Veranlagung nicht geschehen ist, der soll dann einfach schweigen. Das hätte Herr Bartels tun müssen, als er glaubte, eine nationale Zeit wahr zu sein, und ein Völkerverfall darin fand, eitelste Völkerverfall, politische Völkerverfall und die Völkerverfall der Völkerverfall der Völkerverfall. Antikritikismus mag möglich sein, aber nicht Völkerverfall. Völkerverfall werden wir uns mit aller Schärfe, ohne jetzt an Heine überhaupt zu denken, daß das Völkerverfall Völkerverfall — ich habe keinen milderen Ausdruck — in der antikeitlichen Völkerverfall der Völkerverfall in der Völkerverfall erhält. Er kann sein Völkerverfall in antikeitlichen Völkerverfall antikeit, dort wird er Völkerverfall finden. Wir andern werden wir dagegen, daß diese Völkerverfall, daß dieser ganze völkergelübde Will der Völkerverfall in die Völkerverfall und Völkerverfall antikeit. Solche Völkerverfall sind sehr leicht. Man gebraucht sie in der Völkerverfall wider einen Gegner, dessen Völkerverfall man nicht mag.“

Der Rastan-Rummel.

Gott sei Dank! Wir haben einen neuen Rummel. Gottlos! Braue Deutsche können einen funktionsfähigen Rummel bilden, haben ihn in echt deutschem Vereinsmessen Eifer bereits begründet. Nachdem die Herzogliche Kurverwaltung in Salzhorn den Festzug gegen den Rummel eröffnet hat, haben sich in Bad Nauheim deutsche Männer zusammen getan und im Restaurant „Schützenhof“ bei noch unverweirtem Bier einen Verein ins Leben gerufen, der sich zur Aufgabe macht, dem Anbruch der nach Bad Nauheim kommenden Rastanträger entgegenzuwarten. Die Nachricht von diesem dankwürdigen Ereignis, der Bildung eines „Antirastanvereins“, ist, wie die „Kreuzzeitung“ mit richtiger und verständlicher Genugung hervorhebt, in dem Amts- und Anzeigebblatt für den Amtsgerichtsbezirk Bad Nauheim zu lesen.

Der Verein hat bereits seine Tätigkeit begonnen. Wie uns durch den drahtlosen Telegraph gemeldet wird, hat der Verein eine Deputation an den berühmten Theologen und Universitätsprofessor Dr. Rastan in Berlin entsandt, um ihn zu bitten, seinen anrührenden und deutschen Männern unangenehmen Namen abzugeben. Der Professor erwiederte darauf, er sei als Theologe zur Hilfe und als Universitätsprofessor zur Unfähigkeit genugend; die Abordnung möchte die Güte haben, von selbst zu „fliegen“, damit er nicht genötigt sei sie „fliegen“ zu machen.

Um aber auf die würdige Erzeugerin des ganzen Rastanrummels, die Herzogliche Kurverwaltung in Salzhorn, zurückzukommen, so erklärt sie amtlich, den Rastanträgern den Zutritt zu den Rastanbällen verweigern zu müssen, „weil diese Tracht von der in Salzhorn landesüblichen stark abweicht“.

Welches, möchten wir fragen, ist die in Salzhorn landesübliche Tracht? So viel wir wissen, weicht auch die Tracht der bayerischen Gehilgen, der fränkischen Bauern, der Altbürgerinnen und auch der Spreewälder Frauen von der in Salzhorn landesüblichen ab. Die Kleidung manches Gögels weicht mehr von dieser Tracht ab als der Rastan, der dem Gögels das in Salzhorn ja auch zu findenden katholischen Geistes ist. Der Rastan ist tatsächlich der alte deutsche Rod, den die Juden mit ihren konservativen Gewohnheiten länger in Ehren gehalten haben als viele Deutsche, wie sie auch alte deutsche Worte und Wendungen, ja Namen treuer behalten haben wie die Germanen selbst.

Da man nun nicht wissen kann, welche der unpassigen Trachten nicht von der in Salzhorn landesüblichen stark abweicht, da möglicherweise die chinesische Gefandtschaft sich

herausnehmen könnte, in ihrer gewiß stark von der landesüblichen abweichenden Tracht in Salzbrunn zu erscheinen, so wie, wie wir schon, in Salzbrunn an einer Badeordnung gearbeitet, die eine gewisse Uniformität aller Badegäste in jeder Beziehung sichern soll. Einige Artikel dieser Badeordnung sind uns bereits bekannt geworden. Sie lauten:

„Jeder Badegast, der nach Salzbrunn kommt, hat die von der Direktion angekauften Rückwandstühle anzulegen; nur Militärpersonen ist noch Männern zu tragen gestattet. Für Damen ist die selbige Tracht der Hellschärze vorgeschrieben.“

„Alle gewisse gleichmäßige Größe der Badegäste zu erziel, ist die Brosche dreieckig anzusetzen worden, in welchem zu große Personen dekliniert, zu kleine begnadigt werden.“

„Um das Auge nicht durch zu stark von den landesüblichen abweichende Figuren und Physiognomien zu betören sind solche Wäffchen, Damen, die geschiedt in der Blauschur sind, Verschönerungskünstlerinnen verfahren, die für einen mäßigen Preis die nötige Prozedur mit dem Gähnen dochthun werden.“

„Kommt in Salzbrunn nicht ein böhmisches Sprachengemisch herüber, darf in den Zusammen nur der so gemeinliche böhmische Dialekt gesprochen werden. Sprachführer sind im Rückauf zu kaufen.“

Ob freilich bei solcher Badeordnung noch viele Patienten nach Salzbrunn kommen werden, das ist eine andere Frage. Viele Raftenträger dürften lieber nach Bormum und anderen antisemitischen Badeorten gehen wollen, wo man wenigstens Kurage genug hat, offen gegen die Gäste vorzugehen, als nach solchen Bädern, wo man den Raften schlägt und den Juden meint.

Wenn es nicht nach ganz anders kommt! Es bringt nämlich ein ziemlich sicheres Gerücht zu uns, die Alliance israelite habe siebzehn und eine halbe Million Mark angewiesen, um der ganzen männlichen Bevölkerung Österreichs Raftens zu schenken unter der Bedingung, daß sie diese auch trage. Der Zweck ist, der Salzbrunner Badeordnung den Vorwand zu nehmen, daß die Kleidung der Raftenträger von der landesüblichen Tracht abweicht. Ja ein, allerdings nicht ganz so sicher auftretendes Gerücht besagt, die Alliance israelite trage sich mit dem diabolischen Plan, eine Million zur gänzlichen Verübung der Männertracht in ganz Preußen herzugeben und den Raften in Wade zu bringen. So viel steht fest, die verstaubten Juden wollen ihren Raften nicht leichten Kaufs hergeben und es sich ein gut Stüd Geld kosten lassen, ihn allen Antikraftenträgern zum Tragen zu erhalten. So kann es ja mit dem Raftenrappel nach nett werden und die Antikraftenträgervereine können nach viel zu tun bekommen.

Zur Geschichte der Juden in Wien.

Wien, den 10. September 1896.

(Eine alte Streitschrift — Derrnax und der Antisemitismus — Die Judenverehrung Friedrich II. — Die Judenverehrungen. — Die Juden unter Leopold I. — Kaiser Joseph II. Judenverordnungen. — Das Jüdenrecht Kaiser Franz II. — Ein und zwei. Bisher haben ihre eigenartigen Schicksale. Sie gehören der Dessenlichkeit an, und nichts schäht sie vor einer mißbräuchlichen Vernehmung. Nur so ist es erklärlich, daß ein Verbrechen, das vor sechs Jahrzehnten in der guten Absicht geschrieben wurde, die Gleichberechtigung der Juden durch die erschütternde Schilderung ihrer materiellen Geschichte in Wien herbeizuführen, zu antisemitischen Propagandawerken ausgenützt wurde. Noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts haben die „Unverfälschten deutschen Warte“ Schönerer in vielen Nummern aus dem höchsten Kapital geschlagen und ihren Lesern die Parabel einer „schönen“ Zeit gepredigt, die den Juden nicht bloß versagte, sondern auch verbannte. Ein freundlicher Zufall spielte mir die verschollene Schrift vor kurzem in die Hand und ich möchte sie nicht zur Seite legen, ohne des annagmen Verfassers gräßlich zu gedenken.

Das Buchlein heißt: „Die Juden und die Judenraht in Wien“ und erschien im Jahre 1846. Der unbekannte Autor verlegt sich unter dem Pseudonym Realis. Er sagt im Vorwort, daß er die Juden weder loben noch tadeln wolle und deshalb am besten zu verfahren vermeint, indem er einige Fragmente aus ihrer Geschichte gebe. „Wie jedes Ding in der Welt haben die Israeliten ihre Licht- und Schattenseiten und zu erlernen gehören einige Charakterzüge, die in moralischer Hinsicht zu einem nicht geringen Verdienste gereichen.“ So gebe es unter den Bekannten des alten Testaments selten Schlemmer und Trunkenbolde, kein Jude besuchte sich — soweit dem Verfasser bekannt — „mit dem schändlichen Gewerbe des (unbegalteten) Wäckerabdrucks.“ Kein Sachkundiger werde in Abrede stellen, daß Europa den Juden seine moralisch-religiöse Bildung verdanke, wie es den Griechen für seine wissenschaftlich-künstlerische Erziehung Dank schulde. Zu positiven Vorurteilen kommt der Verfasser in der Einleitung nicht, aber aus dem Schlußkapitel spricht die Unwissenheit, daß die unerkennliche Kumanahandlung der Israeliten durch die Einführung der Rechtlosigkeit beilegt werden wird. Das Buch ist zweifellos die erste Streitschrift, die im nicht-jüdischen Lager in der nachjosephinischen und vorerulandischen Zeit für die Gleichstellung der Juden pläbierte. Was das anno 1846 bedeutete, ist nicht leicht zu sagen. Obwohl selber weit erspöckendere Abhandlungen über die Geschichte der Juden in Österreich erschienen sind — ich erinnere nur an die Forschungen Wais — wirkt die Schrift aus dem Vorwort doch mit eigenwilliger Gewalt; ihre klare eindringliche Tatsachensprache kann einen tiefen Eindruck nicht verschleien. Wie konnte nun ein solches Verbrechen von den antisemitischen Moralorganierten ausgebrochen werden? Ganz einfach: der anonyme Verfasser hat — wie dem Kenner sofort klar wird — für einzelne Partien des Buches das große Quellenwerk Hartmann benützt und sich — selbst redend ohne schäme Absicht — auch die Darstellung des bekannten Historikers zu eigen gemacht. Hartmann hat aber stellenweise eine sanftere Weisheit, die Schicksale der Juden zu schildern. Er übernimmt aus alten Chroniken die herkömmlichen Beleuchtungen, ohne die einzelnen Fälle zu untersuchen oder gar Beweise zu erbringen. Ja im IV Band seines Quellenwerks für die Geschichte Wiens bemerkt er naiv, daß nach den leopoldinischen Judenverordnungen die Jüden der Berrates usw. verdächtigt wurden, weil man die Israeliten eben nicht mehr beschuldigen konnte. Uebrigens hat Hartmann unbewußt die antisemitische Terminalogie geschaffen; er spricht beispielsweise vom „unrichtbaren ungerichtbaren Reide Israel“), was unsere Antisemiten freilich nicht wissen; da sie größere Werke überhaupt nicht lesen.

Folgen wir nun dem Verfasser, der sich Realis nennt, im Fluge durch sechs Jahrhunderte. Friedrich der Streitbare, Österreichs Herr, erwirkte beim deutschen Kaiser Friedrich II eine Judenordnung, die weitgehende Toleranz übte und die kaiserliche Entwicklung der Israeliten schätzte. Niemand durfte bei einer Strafe von fünfzehn Pfund Gold die Judenlinder mit Gewalt entführen oder heimlich fangen und kaufen. Der Jude, der den Glauben seiner Väter freiwillig verläßt, sollte aus der Erde verlieren. Israeliten durften weder zur Feuer- noch Wasserprobe verurteilt, noch geprügelt oder eingesperrt werden; ihr Schmutz mußte an Stelle der Gottesurteile genügen. Allerdings wurde den Juden später in der Freiheitbriefe, durch den Wien 1237 zur freien Reichsstadt erhoben ward, die allgemeine Knechtschaft abgeprochen, doch hatten sie ihren eigenen, aus ihrer Mitte gewählten Judenrichter. Nicht lange dauerte die Herrlichkeit. Im Jahre 1267 trat in Wien eine Praunial-Exzesse zusammen. Die Kirchenversammlung erließ folgende Ver-

*) Wien, seine Geschichte und seine Denkwürdigkeiten. Wien 1823, IV. Band, 3. Hft. Seite 223.

fügungen für die Juden, die fortals als Unterscheidungszeichen einen „gehörnten Hut“ tragen und dem Pfarrer, in dessen Bezirk sie wohnten, den Zehnt und die Stolzgebühren entrichten sollten. Sie durften in die Bäder und Wirtschaftshäuser der Christen nicht zugelassen werden, ebenso wie von ihnen auch nicht „einig. s Fleisch und andere Schenken“ gekauft werden sollten. Der Bau neuer Synagogen wurde verboten und noch mancherlei Beschränkung auferlegt. Kaiser Rudolf milbete später dieses Gesetz und bestimmte, daß nicht einmal der Stadtrichter (sondern bloß der König über die Juden zu richten habe. Unter Herzog Albrecht II entstand eine Exaltation gegen sie; die ausgehete Menge warf ihnen Wucher, Entführung von Christenkindern, Entwehung heiliger Gefäße, kurz alle erdenkliche Kaiserthatigkeiten vor. Auf Veranlassung des Herzogs verpflichteten sich die Israeliten, Geld nur zu einem bestimmten Zinssatz zu verleihen. Der in hebräischer Sprache abgefaßte Revers wurde in das Stenbuch der Stadt Wien eingetragen.

Im dem Mißtrauen der erregten Bürger gestellte sich aber bald der größte Feind der Juden, der Scharaden der Menschheit: die Pest. „Wie in ganz Europa — führt Realis aus — so legte Unwissenheit und Fanatismus auch in Wien die Sterblichkeit den Juden zur Last, die als Erstgeborenen die Brunnen vergiftet haben sollten.“ In verschiedenen niederösterreichischen Städten wurden fast alle Juden erschlagen, in Wien jedoch ließ ihnen Herzog Albert der Weise seinen mächtigen Schutz angedeihen. Auch gegen Judenverfolger außerhalb der Stadt ging der Fürst mit rücksichtsloser Strenge vor, doch konnte er erst eingreifen, als der Pestmord bereits vollzogen war. Allein Wiens Bevölkerung wollte nicht zur Ruhe kommen und Herzog Leopold verbannte daher die Israeliten im Jahre 1371 ganz aus der Hauptstadt. Bald kehrten sie zurück, doch der Pest verfolgte sie auf Schritt und Tritt. Im Jahre 1406 brach in der Judengasse unglücklicherweise Feuer aus. „Darüber entstand in Wien ein großer Aufruhr und es verbreitete sich das tolle Gerücht, die Juden wollten die ganze Stadt in Asche legen. Das Resultat davon war, daß sich der Pöbel aller Judenhäuser bemächtigte, selbst jener, die nicht vom Feuer ergriffen waren, und daraus alles Gold und Silber, alle Kleider und Geräte raubte, wodurch mancher arme Nicht wohlhabend wurde.“ Dieser Vorfall war nur ein Vorspiel der großen Judenverfolgung von 1420. Die Veranlassung dazu war folgende: Ein reicher Jude in Genuß soll — die Beweise wurden natürlich niemals erbracht — mehrere geweihte Kostien gekauft und zum Gespötte der christlichen Osterfeier verteilt haben. Deshalb zog man am achten Tage nach Christi Himmelfahrt die Juden in ganz Oesterreich ein und tötete sie, soweit sie sich nicht bekehren ließen. In Wien allein wurden — wie einige meinen — 110, wie andere sagen gar 1300 Juden heiderlei Geschlechts verbrannt. Herzog Albrecht V. ordnete hierauf an, daß alle Häuser, welche den Juden gehört hatten, in das Eigentum der Stadt übergehen sollen.

Kaiser Maximilian beobachtete gegen sie die größte Strenge und zwar nach seinen Erklärungen — „wie es gleichsam zur Noth geworden war“ bemerkt Realis — wegen Entführung und Ermordung von Christenkindern, wegen Wucher und Betrug und Fälschung von Urkunden. Dennoch vermochten sich die Israeliten in Wien wieder festzusetzen. Maximilians Nachfolger, Ferdinand and II., beauftragte formell die Abschaffung der Juden, doch konnten sie in der Hauptstadt ungestört leben, ja sie gingen sogar ohne das vorgeschriebene Unterscheidungszeichen herum. Nach der Ankunft der Jesuiten in Wien eifloß jedoch der Befehl, daß die Juden einen runden Fied von gelbem Tuche an dem

Oberleibe auf der linken Seite der Brust tragen müssen,“) und am 2. Januar 1554 ließ sich Ferdinand herbei, sie gänzlich zu vertreiben. Diese Verbannungsbescheide wurden dann mehrmals wiederholt, jedoch niemals buchstäblich beobachtet.

Gatten die Juden anfänglich in der Stadt selbst, im sogenannten Judenviertel, ihre Ansiedlung gehabt, so schufen sie sich nach den zahlreichen Vertreibungen außerhalb der Stadtmauern eine neue Judenstadt, die neben dem „unteren Werth“ hingelagert war und einen Teil des heutigen II. Wiener Gemeindebezirktes bildete. Weil nun der Frömmste nicht in Frieden leben kann, wenn er dem bösen Nachbarn nicht gefällt, und die Juden den Studenten nicht angenehm waren, drangen sehr oft Unruhen aus. Da trat ein verhängnisvolles Ereignis ein. Am 23. Februar 1668 fand die in der Stadt gelegene kaiserliche Burg in Flammen. Das Volk schrieb die Urheberschaft des Brandes selbstverständlich den Juden zu, obgleich derselbe offensichtlich durch Unvorsichtigkeit eines Tischlers entstanden war. Gleichzeitig wurden all die landläufigen Beschuldigungen wiederholt. Der Stadtrat ließ sich dadurch bewegen, an Kaiser Leopold I die Bitte zu richten, die Juden von Wien wegzuschaffen. Zuerst jagerte der Monarch, schließlich gab er aber dem Drängen seiner Gemahlin und den Vorstellungen des Bischofs Kolonitz nach. Am 30. Juni 1669 wurden alle nicht mit „Haus- oder Rausschlag“ angelegenen Juden aus Wien und ganz Oesterreich ausgewiesen; ein Jahr später wurde der Befehl auf alle Juden ohne Ausnahme erlassen. Ein Decennium nachher waren sie indes bereits zurückgekehrt und von Kaiser Leopold I, dem sie mittlerweile mehrere Dienste geleistet hatten, gebuhrt. Um das Jahr 1700 kam es jedoch schon wieder zu blutigen Auftritten, die einige ausgelassene Festenjugen provozierten. „Diese Begebenheit — meint Realis — biliet glücklicherweise den Endpunkt der Verfolgungen, welche die jüdische Nation in Wien erduldet hat, und die Regierungserben des eben erstenschten Joseph I, Karls VI und der in jeder Hinsicht großen Maria Theresia können die Ueberzeugtheit zum glänzenden Zeitalter Joseph II, des Vaters der erhabenen und erhabenden Toleranz, genannt werden.“

Als hätten die Juden gehnt, was ihnen die Geburt Josef II bedeuten würde, feierten sie den Tag, an dem der geniale Reformkaiser das Licht der Welt erblickte, mit rauschenden Festen. Die Erlasse „wegen der Juden“ deholnten sie nach Jahrzehnten. Bevor diese publiziert wurden, erlang eine halbamtliche Erklärung, die — wie Realis ausführt — bestimmt war, „den öffentlichen Geist auf diese nicht nur in den Geboten der Humanität und Gerechtigkeit wurzelnden, sondern auch die Erhöhung der inneren Stärke der Monarchie als Frucht tragenden Maßregeln“ vorzubereiten. Ich kam mir nicht verfallen, hier einige Stellen aus dem zweiten Judendecret vom 2. Januar 1782 in Erinnerung zu bringen:

§r. 8 lautet: So erlauben und befehlen wir gnädig den tolerierten Juden in jenen Orten, wo sie keine eigene deutsche Schule haben, ihre Kinder in die christlichen Normal- und Realschulen zu schicken, um in diesen wenigstens das Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen...

§r. 10 besagt: Zur Erleichterung ihres künftigen Unterhalts und Vorbereitung der nötigen Erwerbsmühe, gestatten wir gnädig, daß sie von nun an alle Gattungen von Handwerken und Gewerben erlernen und in dieser Absicht sich bei christlichen Meistern verbinden können.

*) Es wird zu wenig beachtet, daß die Wahl des gelben Kreides nicht nur eine Zurücksetzung, sondern auch eine schmerz moralische Kränkung bedeutet, denn ein ähnliches Kennzeichen wurde damals die Frauenmützen tragen. Siehe Karl Weiß Geschichte der Stadt Wien, I. Band, Seite 133.

Nr. 16 lautet: „Um den tolerierten Juden in ihren Erwerbszweigen auch von Seiten des Dienstvolks eine Erleichterung zu verschaffen, so wird ihnen gestattet, so viele jüdische oder christliche Diensthoten zu halten, als ihre Geschäfte erfordern.“ (Zuletzt war Jahrhunderte lang verboten gewesen.)

Nr. 18 ordnet an: „Durch gegenwärtige Verordnung lassen wir es von der bisherigen Beschränkung auf bestimmte Juden h a u s e r abkommen und erlauben den tolerierten Juden, eigene Wohnungen sowohl in der Stadt als in den Vorstädten nach Willkür zu mieten.“ (Das galt allerdings bloß für die anständigen und nicht für die erst zumandernden Juden.)

Nr. 24 endlich lautet: „Uebershaupt werden alle bisher ansehnlichen Merkmale und Unterscheidungen, als das Tragen der Bärte, das Verbot, an Sonn- und Feiertagen vor zwölf Uhr auszugehen, öffentliche Versammlungsdekret zu besuchen u. dgl. aufgehoben; im Gegenteil wird den Großhändlern und ihren Söhnen sowie den Honoratioren auch Degen zu tragen erlaubt.“

„Nach gleichen Grundsätzen der weisen Gerechtigkeit und Ordnung und nach dem System, die israelitischen Glaubensgenossen zu ihrem und des Staates Besten der staatsbürgerlichen Bestimmung (Gleichheit) immer näher zu bringen, — legt Kealis dar — beschloß Kaiser Franz I., daß aus allen bisher erlassenen Erhebungen ein eigenes System geordnet werde, „damit (so lautet die inhaltschweren Worte der Judenverordnung vom Jahre 1807) die Gesetzgebung den Unterschied, welchen sie bisher zwischen den christlichen und jüdischen Unterthanen zu beobachten genötigt war, endlich ganz aufzuheben in den Stand gesetzt werde.“ Das sind edle Worte und Kealis sei Dank, daß er vor sechs Jahrzehnten darauf verwies. Ach — wird mancher einwenden — wozu diese Reminiscenzen, wozu die Erinnerung an Wünsche, die längst zur Tatsache geworden sind? Dürftreich hat doch Staatsgrundgesetz, die jeden Staatsbürger vor dem Gesetze gleich erscheinen lassen. Wozu also die Rücksicht? Fast möchte ich mich schon einer Schuld zeihen, da fällt mein Blick auf das allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, dessen § 64 beispielsweise vor schreibt, daß „Ehewörter zwischen Christen und Christen, welche sich nicht zur christlichen Konfession bekennen (Juden) nicht gültig eingegangen werden können“. Und andere Bestimmungen tauchen in der Erinnerung auf, Bilder aus dem täglichen Leben treten vor's Auge und ich fühle, wie notwendig die Rücksicht sind. Wir müssen erfahren, wie sehr wir einst von der Humanität abgewichen waren, wie tief wir standen und — wie viel wir noch gut zu machen haben. Ein.

Amerikanischer Brief.

Der Entwurf des neuen amerikanischen Einwanderungsgesetzes ist in diesem Jahre vom Kongreß nicht angenommen worden, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß er im nächsten Jahre mit den vorgeschlagenen Erleichterungen angenommen wird. Jedenfalls wird er von neuem zur Beratung gelangen, und eine Anzahl von Gemeinwesen und anderen Arbeiterverbindungen bekümmern schon jetzt den Kongreß, das bisherige Einwanderungsgesetz erbedlich zu verschärfen. Man weiß ganz genau, daß dieses Gesetz in einer Reihe gegen die jüdischen Juden gerichtet ist. Es ist ein seltsames Schicksal, das die Juden verfolgt. Dort steht man über sie her, weil sie angeblich nicht arbeliten und als Parasiten sich von dem Fetz ihrer Wirtswölter nützen, hier sachtet man in allen Arbeitskreisen ihre Arbeitskraft, ihren Arbeitswillen und ihren Fleiß.

Aber während die amerikanischen Arbeiter alle Hebel in Bewegung setzen, den Zustrom von Einwanderern zu hemmen,

legen diejenigen ihre Hände in den Schooß, die nicht nur aus menschenfreundlichen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen die Einwanderung als einen Segen, ja, als ein Bedürfnis des unermesslichen und nur in einzelnen Teilen gut, in sehr vielen Teilen aber nur spärlich bewässerten Unionsgebiets ansehen.

Mit Recht, schreibt „Die Nation“, die angesehenste und einflussreichste politische Wochenschrift in den vereinigten Staaten: „Wenn nehmen einige unserer Einwanderer auf den ersten Blick nicht sonderlich für sich ein, aber jede europäische Rasse hat sich immer noch als ein nützlicher Zug zu unserer Bevölkerung erwiesen. . . Die protestantischen Landwirte von New-England und New-York pflügten auf die trübsamen Katholiken, unsere Holzhaeker und Wasserträger, als den wahren Stütz der Zivilisation hinzuweisen; aber niemand klagt jetzt, daß die Iren der zweiten und dritten Generation nicht ihren Anteil beitrugen zur Förderung des Handels und der Gewerbe bei uns. Der jüdisch-deutsche Hausierer war einst für uns der Typus vornehmerlosigen Gesellen; aber seine Kinder und Enkel sind Kapitäne unserer Armee, Leiter unserer Finanzwelt, Gelehrte, Lehrer, Prediger des Rechts und Guten, Gründer und Erhalter großartiger Wohltätigkeitsanstalten. In noch weniger Zeit haben die Italiener solchen Fleiß und solche Beschäftigung entfaltet, daß der Süden mit dem Norden, der Westen mit dem Osten wetteifern, sie zur Anhebelung der ihnen zu gewinnen. Die trübsamen Vorhergesagungen bleiben fortgesetzt unerfüllt. Wenn wirklich die Rasse oben absinkt, dann sind viele fleißige und treuefräftige Schöpfung da, den Verfall zu erregen.“

Im „Outlook“ vom 18. August schreibt Dr. J. E. Kobdins: . . . „Gleichviel wie sonderbar die bärigen Gestalten im Osten New-Yorks aus vorkommen mögen, wir dürfen nicht vergessen, daß viele von ihnen Recht und Gerechtigkeit lieben und schwer ringen, damit ihre Kinder als kluge, ehrliche und gute Menschen aufwachsen. . . Ein geborener Italiener, der Amerikaner geworden ist, hat gesagt: „Wenn das Blut des Volkes, das einen Kappel und Riegel Angelo hervorgebracht, des verstanden hat, die Santi Petruskirche zu erbauen, thätigst in den Aedern des amerikanischen Volkes stehen wird, dann wird dieses Volk mit dem höchsten Leben und den religiösen Idealen der Puritaner, mit der Bähigkeit der Deutschen, mit der geschäftlichen Tüchtigkeit der Juden, mit dem Ruchstinn der Italiener, bereit und imstande sein in der Welt die menschlichen und göttlichen Ideale zu verwirklichen, für welche Gott es durch Jahrhunderte der Arbeit, Hoffnung und des Kampfes vorbereitet hat.“

Gegen die russischen Juden ist speziell die von der einwanderungseinschließenden Liga befürwortete Bestimmung gerichtet, daß Einwanderer nicht landen dürfen sollen, die nach dem Zeugnis des beauftragenden Wohninhabanten „geringe Lebenskraft“ oder „eine schwache Konstitution“ haben. Mit Recht wird dagegen eingewandt, daß die in Angst und Not nach wochenlanger Seeglad aus Rußland geküchelten Juden ganz natürlich nicht sonderlich räftig ausfallen können, daß sie aber, wenn sie erst einige Wochen in Amerika frei und sicher atmen können, wieder Lebenskraft und gutes Aussehen gewinnen werden. Solche Einwanderer aber würden nach jener Bestimmung am Landen verghindert werden müssen.

Gegen die oft gehöste und von dem bekannten antise-Proffessor Goldwin Smith von neuem aufgeschleppte Behauptung, die Juden assimilierten sich nicht mit dem Volke, wird mit Recht geltend gemacht, daß graue Juden und gar ihre Nachkommen als vollständig assimiliert gelten. Die Brüder Belmont in New-York, schreibt Dr. Gottschold Deutsch, sind die Söhne eines jüdischen Vaters und einer nicht-jüdischen Mutter, oder jemand hält sie noch für Juden.

Andererseits sind wieder Kinder einer gleichen Mischehe als Juden erzogen worden. Warum sollten die letzteren weniger Amerikaner sein als die ersten? Warum sollte das in Amerika geborene Kind eines deutschen Juden weniger amerikanisch sein als das Kind eines deutschen Kaufmanns? Oder warum sollte der Urenkel eines eingewanderten Juden weniger Amerikaner sein als William Mc. Kinty, der Sohn eines jüdischen Einwanderers? Gibt es in unseren Zeiten ein angeborenes Nationalitätsgefühl selbst in solchen Ländern, die seit Jahren eine heilige Bevölkerung haben? In England sind Wundella und Labouchere ausländischen Ursprungs; unter den französischen Staatsmännern sind Wilson, Waddington und Thompson von englischer Herkunft. Unter den deutschen Ministern und Staatssekretären sind Posadowsky, Bobbielt und Tschirsky von slavischer Abstammung, und der frühere Reichsfänger Caprivi leitete von Italienern seine Abstammung her. Unter den russischen Staatsmännern befinden sich zahlreiche Deutsche. Der König von England ist der Sohn eines deutschen Vaters, und in seinen Adern fließt wenig, wenn überhaupt noch englisches Blut. Alexander Dumas, der Sohn eines Mulatten und einer Jüdin, ist ein richtiger Franzose geworden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Die Seelenharmonie zwischen den Antisemiten und dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband hat sich auf dem in voriger Woche in Berlin abgehaltenen 13. Verbandskongress wieder gezeigt. Alle politische Vereinigungen, die den Antisemitismus in ihr Programm aufgenommen haben, oder in der Haltung mit dem antisemitischen Rathe schlugen, waren offiziell vertreten: die Christlichen Christlichsozialen durch Lic Wumm, die Mittelstands-Vereinigung durch ihren Vorsitzenden Obermeister Rahardt, der deutsch-konservative Wahlverein Berlin durch Herrn Morgen, Johmarx, Strumys überdrachte, wie wir dem Bericht der „Staatsb.“ entnehmen, die Größe der deutsch-sozialen Parteileitung, die sich als Paten des D. S. V. betrachten dürfen.“ Das ist uns ein sehr wertvolles Eingeständnis des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands, der, wie die Leser der „Mittelungen“ aus früheren Jahren wissen, uns gegenüber dieses Patenverhältnis immer mit beifester Stirn abzuwehren versuchte.

Der Versuch des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schoch, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands die Denkschrift des Reichs, Statistischen Amtes, die sich mit den Stellenlosen-Unterstützungskassen der Handlungsgehilfen beschäftigt, zur Verherrlichung des von ihm geleiteten Verbandes zu benutzen, ist in dem Augenblicke der „Kaufmännischen Rundschau“ kräftig zurückgewiesen worden. In dem Organ des Vereins der Deutschen Kaufleute wurde darauf hingewiesen, daß Schoch bei der Begründung der betreffenden Kasse seines Verbandes im Jahre 1898 sich die Erfahrungen der 13 Jahre vorher begründeten Kasse des Vereins der Deutschen Kaufleute zu nütze machte, aber doch selbst es niemals dahin brachte, ähnliche Leistungen zu erzielen. Die Leistungen der Kasse des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbands mußten sogar während der kurzen Zeit ihres Bestehens schon einmal herabgesetzt werden, während die Kasse des Vereins der Deutschen Kaufleute die Leistungen erhöhte. Zum Beweise für die Überlegenheit dieser Kasse veröffentlicht die „Kaufmännische Rundschau“ die nachstehenden, in dem Werk des Reichstags Statistischen Amtes niedergelegten Zahlen:

Mitglieder 1904	Ausgaben für Stellenlosen- versicherung	
	Jahresbeitrag	auf 1 Kopf berechn.
D. S. V.	56 215	32 313
B. d. D. K.	13 031	20 313
a) obligatorisch	1 163	8 427
b) fakultativ		7,15

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband hätte nach obiger Statistik allein für die obligatorische Versicherung 32 326 Mfr. mehr als 80 000 Mfr. ausgeben müssen, wollte er dieselben Leistungen vollbringen wie der Verein der Deutschen Kaufleute. Mit den weniger geleisteten rund 50 000 Mfr. in einem Jahr allein füllt man dann die Kassen, um mit großen Zahlen renommieren zu können. Der Prozentsatz der unterstützten Mitglieder ist:

	1899	1900	1901	1902	1903	1904
D. S. V.	0,9	1,2	1,7	2,0	2,2	1,1
B. d. D. K. obligator.	2,6	2,4	2,8	3,9	3,3	2,7
fakultativ	10,1	5,1	7,8	9,1	9,7	8,9

Aus vorstehender Statistik geht hervor, daß der D. S. V. in keinem einzigen Jahrgang auch nur annähernd die Leistungen aufzuweisen hat, wie der B. d. D. K. Die Veröffentlichung dieser wenigen Zahlen genügt, um allen Handlungsgehilfen zu zeigen, welche Rolle im D. S. V. die Selbstverherrlichung spielt, der Leuten, die stets von Standbesitzer und Standbesessenen sprechen.

Studentisches. Wir haben bereits mitgeteilt, daß die „Deutsche Burschenschaft“ neben 2464 eoangestrichenen Angehörigen auch 271 katolische zählt und keinen einzigen jüdischen. Zu diesem Resultat macht das offizielle Organ der Deutschen Burschenschaft, „Die burschenschaftlichen Blätter“, die bezeichnende Bemerkung: „Demnach sind 11% der studierenden Burschenschaftler katolisch, was als ein Beweis dafür gelten kann, daß die Burschenschaft tolerant ist.“ — Die Herren haben einen sonderbaren Begriff von Toleranz. — Der antisemitische „Mittelmeische Turnbund“ zählt jetzt 1200 studierende Mitglieder und 3000 alte Herren.

„Ein Hohenzoller im Judenhanse.“ Unter dieser Epithete macht die Stettiner „Deutsche Hochwacht“ ihrem bekümmerten Herzen wie folgt Lust: „An den Kaisertagen in Breslau wird Prinz Eitel Friedrich nebst Gemahlin bei dem Fabrikbesitzer Sternberg Wohnung nehmen. Es wird nicht gemeldet, ob er dort auch (stets) belästigt werden soll. Aber könnte Herr Sternberg nicht wenigstens vorher „geadelt“ werden?“

Fermisches.

Das „jüdische Blut.“ Das „jüdische Blut“, das die Antisemiten in dem neuen Kolonialdirektor entdeckt haben, hat diesen, wie wir schon neulich mitgeteilt haben, nicht abgehalten, einen mit einem Gehalt von 200 000 Mfr. jährlich dotierten Bankdirektorenposten aufzugeben. Er hat außerdem über drei Duzend einträgliche Aufsichtsstellen niedergelegt und alle seine Inhaberpapiere verkauft. Das „jüdische Blut“ hat sonach unendlich viel korrekter gehandelt als das aristokratische des preussischen Landwirtschaftsministers von Bobbielt. Und während der Kaufmann mit dem „jüdischen Blut“ in den Ädern aus dem gut bezahlten Privatdienst in den kärglich besoldeten, aberaus schwierigen und präfaben Staatsdienst übergeht,

haben Krier genau das Gegenteil getan. Der Ministerialdirektor Wiede hat die Direktion der großen Berliner Straßenbahn, Ministerialdirektor Höter die Direktion der Diskontobank übernommen; der frühere Präsident des Reichsversicherungsamtes Dr. Vöbller ist zu Siemens und Halske, der Geheimrecheningenieur Rende zu Krupp, der Geheimrecheningenieur Dr. Schüller zur Diskontogesellschaft, der Geheimrecheningenieur Professor Hülsser zur Waggonfabrik und noch viele Andere artistische Staatsbeamte sind in den „monomilligen“ Dienst übergegangen. Es liegt uns fern, den Krier daraus einen Vorwurf zu machen, aber man sollte doch ausführen, dem „jüdischen Blut“ Mamonadendienst vorzuwerfen, indem man ihm von Staats und von der Gesellschaft fast jeder andere Dienst unmöglich gemacht ist.

Den Spieß komischer Entrüstung über die Ernennung des „Judenkämmlings“ Dernburg eröffnet wiederum das Organ des „Deutschen Volksbundes“, das also phantasiert: „Wenn die „Staatsbürgerzeitung“ lebenswürdig genug ist anzuschauen, daß sie Herrn Dernburg nicht den vornehmsten mit Vertrauen begreifen sollte, so gehören wir offen, das Mißtrauen, das uns befiel, durch nichts mehr überdauern werden kann. Sind dieses Mißtrauen wird auch dadurch nicht befestigt, daß Herr Dernburg von militärischer Seite ein Quantum evangelischen Placardredens innezuhaben soll. Solche „Quanten“ mögen den „Reichsboten“ verstellbar stimmen — und nicht. Vielleicht auch hat das „Pörrerblatt“ es dem Kaiser angetan; wir verstehen das, ohne es bezweifeln zu können. Denn eine Mischung von Placard und Juden, die ist — na, unsere Leser wissen ja, was wir sagen wollen.“

Jüdische Offiziere. Das preussische Kriegsministerium scheint in dem bisherigen Mobus der Offizierswahlen ein Haar gefunden zu haben. Es hat die Truppenstellen und Bezirkskommandos zu qualitativer Beurteilung angefordert über die Frage, inwieweit die bisher bei den Bezirkskommandos stattfindenden Wahlen der Reserveoffiziere anderweitig stattfinden sollen. Wie jüdische Offiziersaspiranten behandelt werden sind, haben wir des öfteren zu sehen Gelegenheit gehabt. Wie gefährlich es aber werden kann, wenn dem Offizierskorps gehalten wird, sich über Verfassung und die Anordnungen der höchsten Vorgesetzten hinwegzusetzen, das lehrt die jüngste Geschichte des französischen Offizierskorps. Die Dreyfussaffäre erwähnen wir als zu bekannt erst gar nicht näher. In der Denkwürdigkeiten des früheren französischen Kriegsministers André, die eben veröffentlicht werden, heißt es:

„Was Israeliten gegenüber geschieht, das läßt alles hinter sich. Schanden ist das wenigste, was man ihnen antut. In manchen Regimenten unterwirft man die Offiziere einer Prügelung. Man fragt sie noch ihrer Religion. Einer, der einen schmarbz jüdischen Ringen trug, wurde in Verhaftung erklärt, so lange er nicht seinen Trauring vorzeigen konnte. Mit der Zulassung in die Offizierskassen ist es noch schlimmer. Ein Offizier erklärt, er leide keinen Juden in seiner Schule. Ich verurteile ihn. Der Kommandant der Schule erhebt Einspruch und verlangt seine Amtsenthebung. In einem anderen Schule gibt ein Lehrer einen israelitischen Kandidaten die Note 1. Der vornehmste Offizier erklärt, er lasse keinen Juden zu, und drückt die Note 10 lächelnd auf 2 hinab.“

Nach und nach hatte sich das Offizierskorps so gewöhnt, die Gesetze des Landes und die Anordnungen der vorgesetzten Behörden zu mißachten, daß Offiziere kognitort wurden, die geschiedene Frauen geheiratet hatten, die in freundschaftlichen Verbindungen zu konstanten Beamten standen usw. Nur vor den Gesetzen des Landes gehorcht, sollte auch befohlen dürfen.

Die Gastwirte und die Presse. Man wundert sich oft, wenn man hin und wieder in den Gasthöfen kleiner Städte mehr oder weniger antisemitisch angehauchte Berliner

Tagesorgane findet, während führende Berliner Blätter nicht vertreten sind. Des Mißverständnisses ist die, daß die besten Besieger der Sanktionen ganz erhebliche Preisermäßigung zugelassen. Und da die meisten Gastwirte aus Geschäftsrücksichten sich politisch neutral halten, nehmen sie das Billige, wenn es auch nicht das Beste ist, um eben eine Berliner Zeitung zu haben. Die „Tägliche Rundschau“ gewährt den Gastwirten je 50 Prozent Preisnachlaß, die „Deutsche Zeitung“ gibt pro Exemplar 1 Mark Preisermäßigung, die „Kreuzzeitung“ gibt den Wirtin gar 60% Prozent Ermäßigung — und die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das sei des Kuriosums halber erwähnt, wird ganz umsonst geliefert gegen Erhaltung des Botenlohns. So berichtet man auf dem Essener Gastwirtstag. Ob es wirklich zutreffen mag?

Lourdes und die Juden. Die von der katholischen „Germania“ einem Londoner Blatt entnommene und in einer Polemik gegen die „Frl. Jg.“ verwertete Behauptung, in Lourdes gehe der ganze Handel mit Rosenkränzen, Statuen, Medaillen und Gott wohl mögen Sachen durch die Hände der Juden, die mit diesen Gegenständen heidnische Frömmigkeit einen „Ring“ gebildet haben, ist von der Antisemitenpresse weiter verbreitet worden. Dies hat den Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens veranlaßt, veranlaßt, an die Mairie de Lourdes, Hautes Pyrénées, die Anfrage zu richten, ob dieser Behauptung irgend etwas Tatsächliches zu Grunde liegt. Hierauf ist folgende amtliche Erklärung der Mairie ergangen:

„Die meisten Verkäufer von Rosenkränzen, Statuen, Medaillen usw. sind aus Lourdes.“ (In Lourdes wohnt beinahe kein einziger Jude). „Diese Händler beziehen die von ihnen an Pilger und Touristen verkauften Waren aus Engros-Geschäften und Großhändlern, die ihren Sitz in Paris, Lyon, Saumur und Montauban haben. Ich habe noch nie davon Kenntnis erlangt, daß Juden die gewöhnlichen Lieferanten der gedachten Kaufleute sind.“

Damit ist also auch die Juden vorliegende Behauptung der „Germania“, in Lourdes wie in Jerusalem hat jüdisches Talent für Gewerbe seinen Hauptortortortort, in überzeugender Weise widerlegt.

Ein jüdischer Maler-Obermeister. In Dortmund ist der Maler- und Aufreißermeister Anton Mombacher, Mitglied der israelitischen Gemeinde, der bereits seit ca. 20 Jahren als Vorstandsmitglied der Malerunion angehört, jetzt zum Obermeister gewählt worden. Herr Mombacher gehört auch als Mitglied der Handwerkskammer an, ist Besitzer für Meister- und Gesellenprüfungen für den Stadt- und Landkreis Dortmund.

Angebliche jüdische Nationalhelden. Unmittelbar unter einem von Adolf Stöcker unterzeichneten Artikel nennt die „Staatszeitung“ Noritz Scharf, den angelegten und freigesprochenen „Selden“ des Metzger-Ritualmordprozesses, Dreyfus und den Baron Hirsch zu jüdischen Nationalhelden und behauptet, sie seien in hohem Grade charakteristisch für das jüdische Volk, auf dem das moderne Judentum ruhe.

Ran ist es noch nie den Juden eingefallen, Dreyfus und gar Scharf als Helden, geschweige Nationalhelden anzusehen. Die Insinuation, daß diese Weiden mit jüdischem Gelde losgekauft seien, brauchen wir wohl kaum noch zurückzuweisen, nachdem in demselben Blatt seiner Zeit auch der deutschen Justiz bei verschiedenen Gelegenheiten gleichfalls Vorwürfe der Betrüchtigkeit gemacht worden sind. Was den Baron Hirsch betrifft, so sind wir über die Quellen seines Reichtums nicht informiert. Es ist aber jedenfalls nichts weiter als eine antisemitische fable convenue, daß er die

viele Millionen „durch einen Türkenlooschwindel den guldgläubigen Sporen in Deutschland und Oesterreich aus der Tasche gelockt“ habe. Wir wissen nur, daß er in hochbegabter Weise sein ganzes großes Vermögen zu diesen Zwecken hingegeben hat. Er hat mindestens ebensoviel das Recht für einen Wohlthäter gehalten zu werden, wie die Kaiserin, Morgan, Carnegie, deren Reichtümer durch den Ruin unzähliger Existenzen ermöglicht worden sind, und die ihr Geld zu lange nicht so edlen Zwecken hergegeben haben. Die Juden haben genug Geldern aufzuweisen, Geldern, die zum Teil von der christlichen Welt auch verehrt werden, so daß ein Antisemitendilett nicht noch weiche zu finden und den Juden auszueroptropieren nötig hat.

Zu dem antisemitischen Vorkommnis bei dem Schühensfest in Darfeld wird uns noch geschrieben: Vor ca. 25 Jahren war Herr Simon S., dem Vater des erwähnten J. S. das selbe passiert, auch er tat den Königshof und konnte ebenfalls nicht der Königswürde teilhaftig werden. Da man in größter Verlegenheit wegen einer Bischofskrone war und sich einen solchen ausgezeichneten erbetteln mußte, wandte man sich auch an den Mann von Darfeld um S. M. Beitrag. (In Westfalen führen die Bürgermeister der Landgemeinden diesen Titel.) Nun kam man aber aus dem Regen in die Traufe, der Amtmann wies die Betrüger ganz emischoben ab, er zahlte keinen Beitrag für einen erbettelten Bischofskron, und lehnte es auch ab, wie sonst an dem Feste teilzunehmen. Er ließ dabei auch mitteilen, Herrn S. gebühre unbedingt die Königswürde. Dieser sei ein Ehrenmann, dessen Familie als altsächsischer Bewohner von Darfeld sich überall größter Achtung und Beliebtheit erfreuen. Zufälligerweise blieb der Amtmann auch dem Feste fern, das einen sehr trübseligen Verlauf nahm. Während es sonst der Sekt und Champagner gefeiert wurde — der König bewirtete seine gesamte Umgebung in der herrlichsten Weise, so mußte ihn dies Vergnügen wohl 2—300 Mk. kostete — wurde man dies diesmal mit der Not begnügt, es war auch die ganze Stimmung eine sehr lagenämmerliche. Die meisten Bürger von Darfeld, wo das Schühensfest ein wahres Volksfest ist, an dem sich alle daran beteiligen, arm und reich, hoch und niedrig, waren empört über solche mittelalterlichen Zustände.

Konfessionelle Häuser. Am Hause Mänsbergasse Nr. 3 in Aisfeld war dieser Tage, wie wir einem heftigen Blatte entnehmen, folgendes merkwürdige Plakat zu lesen:

Nur — — — Nur
einen
sitzen, ehrenhaften und rechten
Protestanten
vermiete haben will Wohnung.

Während sonst die Herren Hausbesitzer allgemein für möglichst hohe Mieten schwärmen, scheint dieser doch eine Ausnahme zu machen und das Hauptgewicht auf die Kirchengemeinschaft des Badenneters zu legen.

Ein überraschendes Urteil über die jüdischen Revolutionäre in Rußland fällt ein gelegentlicher Korrespondent in der „Times“ vom 26. August. Er sagt von sich selbst, er sei bisher voreingenommen gewesen gegen die Juden überhaupt, die er in der Kaspionie, in Indien, in den britischen Inseln, in Rußland habe beobachten können. Er sagt ferner, daß er sein Vorurteil noch jetzt immer ganz überwinden könne. Bei den geheimen Quellen der russischen Revolution sei er

wieder auf Juden gestoßen; er habe erwartet dort Juden zu finden und in Anbetracht der ungeheuerlichen Lügen von der russischen Regierung zugesagten Leben angenommen, sie würden diese Quellen noch vergiften. Aber er habe im Gegenteil gerade das Gegenteil vor den jüdischen Revolutionären gemooten. Er habe bei diesen größere Intelligenz, weitgehenderen Idealismus, bereitwilligere Eingabe im Dienste der Ideale und Personen als unter den auf gleicher Stufe stehenden christlichen Revolutionären gefunden.

Ich habe gesehen, — so etwa schreibt der Gewährsmann der „Times“ —, wie die Lebenskatheten einer „orkhosen“ Verarmung gebührend wurden durch die gemüthliche Liebe eines Juden. Ich werde lange unter dem Eindruck einer Szene leben, deren Zeuge ich auf einem Meeting in der letzten Woche gewesen bin. In der Wohnung eines Edelherz stand nicht gedrängt Männer und Frauen, alle Feuer und Flamme in revolutionären Rausch, und ein kreischend aufsteigender Jubel, der unter unzähligen Angeredeten gelitten habe, die kein Wort jedoch nur in geringem Maße beifällig zu haben schien, ermahnte sie zu Liebe und zu Abstinenz, so wie zu einem Leben für jedes Land am.

In Petersburg hatten wir Brant geploß, ich würde mein Interesse an der Revolution verlieren, sobald ich erfuhr, daß es wahr, die zu weichen Umlänge sie von Juden beirührt werde. Nun ich habe die Entdeckung gemacht. Die Reichen überleben nicht den Einfluß der Juden. Diese haben nicht nur ihren eigenen „Bund“, sondern auch die Oskobiten, die Kadetten, die Sozialdemokraten, die Sozialrevolutionäre werden zum Teil geleitet und kontrolliert, und während es wahr ist, bald weniger beifällig, als dem Jubel, die eine Erklärung gewonnen haben, die in keinem Verhältnis zu ihrer Anzahl steht, alles dank der Intelligenz, Energie und Solidität, durch welche die Wolfe sich auszeichnet. Die russische Sprache hat nur eine Schuld, die Rußland niemals ganz weichen können, unerachtet, als sie in ihren Reden den Fortschritt der Juden den Fortschritt selbst vor denen der Bauern einräume.

Aber meine Entdeckung hat mein Interesse an der Revolution und meine Hoffnung für sie nicht nur nicht vermindert, sondern ganz im Gegenteil beiderseits vermehrt. Trotz meiner Vorurteile, die noch immer das Vertrauen zeigen sich gelügend zu machen, ist mir durch die Erklärung, die nicht eingeladen worden kann, klar geworden und wird mir mit jedem Tage klarer, daß die Juden in Rußland sich der Revolution zu geben, was sie selbst: unerschütterliche Aufrichtigkeit, stillen und begünstigen Empfinden, sowie ein bestes Ziel. Das will die Regierung nicht glauben, und sie trifft mit beiderseits harten Strohen alle Juden, denen nachgewiesen ist oder die nur im Verdacht stehen, an der revolutionären Bewegung teilgenommen zu haben. Einige meiner Bekanntschaften der letzten Woche sind auf geheimnisvolle Weise verschwunden, und das weiß ich, daß sie auf die Revolutionen, an denen sie gehörten, einen maßigen Einfluß ausgeübt haben. Es herrscht gerade die Regierung, die doch wissen muß, daß das zu verpöhlenden Latein berichte Hoff nicht mehr durch Zaubermittel eingeschleift werden kann, die Revolution ihrer deuten Elemente und überliefert sie der Kontrolle von jenen den Männern, die sie am meisten zu fürchten Ursache hätte und die ihrerseits den geringsten Grund haben die Regierung zu fürchten, den Terroristen; Männern also von vollkommener Geduldhaftigkeit und Ehrsamkeit, deren erste Erwahnung ist, daß Gewalt mit Gewalt bekämpft werden muß, die die Stützen bekämpfen, welche die jüdische Welt mit Engländern und mit Russen stützen; die in den Dörfern die Bauern durch Agenten betrügen, daß nicht ein grausames Geschick, wie sie bisher geglaubt, sondern ein erbarungsloser Feind, der widergeschieden werden mußte, ihr Leben zu einer Qual gemacht hat; die Dynamit zum Töten und Mörtern und Branden zur Verhängung haben, die bereit sind mordend zu stehen, und deren Töten keine Unterbrechung erleben kann, weil sie ihren eigenen Genuß und Agenten unkenntlich sind, die also auch von Gelehrten nicht der Solist normal werden können. Durch ihre Verreckensmaßregeln treibt die Regierung die Revolutionäre diesen Männern zu. Wen die Güter verderben wollen, den verderben sie zuvor.

Nach dieser Darstellung würden also die Juden, die die meiste Veranlassung zur Revolution aus Rußland hätten und die am meisten wegen ihrer Teilnahme an der revolutionären Bewegung zu leiden haben, gewissermaßen feurige Rohlen auf die Häupter der russischen Nachtgeber sammeln sogar noch als — Rebellen.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch
einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten,
auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1.19 Mb.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 19
zu senden, wenn man die
„Mittelungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Erlauben: Hart & Dr. 3375.

Alle Anfragen an die Redaktion und Expedition sind zu richten an: Berlin W., Magdeburgerstr. 14, und alle für den Erfolg des Journals Berlin bestimmten Geld-, Wert- und Einsendebestellungen an den Schatzmeister, Herrn Geh. Rat, Hans v. D. Gnehl, Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Ein antisemitischer Kampffonds.

Man schreibt uns: Der Deutsche nationale Handlungsgehilfenverband macht aus seinem Antisemitismus jetzt nicht nur keinen Hehl mehr, sondern er destilliert sich sogar sich als treuen Exponenten und Helfers-helfer der antisemitischen deutschnationalen Partei möglichst offenkundig zu erweisen. Der Verbandsvorsitzende des D. G. H. ist ja der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Schäd, dessen blamable Wahlkündigungsfristige Selbsterzierung in den „Mitteilungen“ gedehnt bedauert wurde. Durch die Erfahrungen bei der ungemein kostspieligen Wahl in Ethenach genötigt — nach Angaben eines Thüringer Blattes sollen sogar reflektierende Gelder und drängende Gläubiger von 1905 die direkte Veranlassung gewesen sein — wollen sich die deutschnationalen Antisemiten jetzt eine Kriegsstaffe schaffen, damit ihre Abgeordneten nicht wieder, wie bei den letzten Wahlen, in unangenehme finanzielle Nöte geraten. Der kluge Mann baut vor und der Wahlbalken ist eine weinliche Sache.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, will man nun einen Fonds durch Sammlungen aufbringen. Dies wäre ja nun nicht gerade etwas außerordentliches, obwohl Sammlungen für Wohlthätigkeit eigentlich unter den politischen Parteien nur ja Meistgenutzte gebräuchlich sind. Aber die Antisemiten haben von jeder die geraden Wege verflucht und so weichen sie auch diesmal nicht von ihrer Regel ab und zeigen sich als die politischen Wacker, als welche man ihnen längst den moralischen Kredit entzogen hat.

Selbst die Warburgstadt durch außerdem in der Presse und im Reichstag satfam erbrachte unaufrichtige Manipulationen in den Besitz der Antikemiten übergang, wird von diesem mit dem Namen „Warburg“ ein Kult geschrieben, der nicht nur in Thüringen Estt erregen dürfte. Auch für die neueste Gründung hat der alte ehrliche Name der Burg von Eschmag herhalten müssen. Unter dem Namen „Warburg-Vereinigung“ hat sich gegen im geheimen im Deutschenationalen -Zombungsgeheissenverband eine Gruppe gebildet, deren Zweck es ist ein gross für politisches Zweck zu schnornen. Man beachte nur die näheren Sägungen und man wird finden, daß diese Angabe des Vereinigungsgeheisses nicht mißdeutet werden kann. Mitglieder können zunächst nur Angehörige des D. S. H. sein werden. Das Aufheben aus dem D. S. H. ist gleichbedeutend mit dem Aufheben aus der Selbstsammler-Vereinigung. Der Beitrag zur Warburg-Vereinigung beträgt 6 Mark, zahlbar in zwei halbjährlichen Raten. Die armenen Donabungsgeheissen, die bei den Schnornmandanten der Antikemiten

femten schon oft die geschätzten Beibragenden waren, sollen auch bei dieser neuen Gründung einzig und allein die Wertschätze sein. Da nun bei früheren ähnlichen Experimenten stets die „Mitteilungen“ von der Sache Wmb defamien und die Magnationen richtungslos an den Pranger stellten, wollte man diesmal besonders schlem verfahren und den neuesten Trid als „strenges Geheimnis“, so lautete die geheime Rabinetsorder der Antzweimien, bereiten; nur schade, daß dies auch diesmal vorbehalten wurde.

Die neue Sammelliga soll nicht in der Öffentlichkeit wirken, deshalb ist auch das von Hamburg ergangene Rundschreiben, mit dem die Gründung vollzogen worden ist, nur an eine ganz beschränkte Anzahl als zuverlässig bekannte „Vertrauente Leute“ gefandt worden, so zuverlässige sogar, — das wir sehr in der Lage sind das ganze Rundschreiben zu veröffentlichen. Das interessante geheime Dokument lautet folgendermaßen:

Es hat den Anschein, als ob wir (?) damit, daß wir Herrn Sch. als Vertreter der Handlungsgehilfenkreise in den Reichstags gelangt haben, einen sehr guten Ausgang gemacht hätten. Aber haben Sie sich zu glauben, daß der fernberühmte Aufkäufer des Reichthums durch das Reichstagsmandat Schatz sehr weitensinnig beeinträchtigt wird. Das ist außerdem für das Zusammenkommen von Schatzgehilfen von höchster Bedeutung, ist, daß Sch. im Reichstags ist, bezieht an dieser Stelle nur der Erwähnung, oder seiner Vergründung.

Schad muß (!) also wiedergeköhlt werden, mit anderen Worten: Wir müssen den direkten Einfluß (!) auf das Parlament erhalten und schämen.

Das wird uns aber nicht leicht werden. Unsere Gegner
von der roten und gelbenen Internationals sind raffen-
los (V), um Geld zu Ball zu bringen. Sie wollen die
Arbeit ohne Gehälter machen. Die haben ich
zu sehen. So wie der nächste Kampf in Ghent ein Kampf
um Leben und Tod werden. Wir müssen auf dieser Stelle nicht
näher auf die Vorbereitungen unserer Gegner zu sprechen kommen.
Jeder, der die Stimmung unter unseren Geistes kennt, kann sich
schonhin vorstellen, daß man zur gegebenen Zeit mit Strömen
von Arbeitern aus Spanien und anderen wird.

To geben uns die gewöhnliche Darstellung, aus welcher wir unsere Aufgaben zu ergötzen. Eschl wissen wir, wenn das Eschl- fahrer unsere Kollegen im Lande paßt, daß dann ein Eschl- gemüth wird, um einige Tausend Rand für die kümmernde Eschl- zusammen zu bekommen. Eschl ist aber, wenn eschl, einen solchen Eschl- vermehren. Einmal ist es kann möglich, einen Eschl- gemüth großzu- machen. Eschl ist aber, wenn eschl, einen Eschl- gemüth großzu- seine Ehre hat, wie viel Eschl- zusammenkommen wird. Eschl- aber- oder möden wir überhoben, wenn es anständig ist, das mehr oder minder öffentliche Eschl- umgeben. Eschl- möden, das in aller Stille zu viel Eschl- zusammengebracht wird, das selbst 1000 ist und im letzten Eschl- schon ein Eschl- gemüth ist, um einige Tausend Rand zu bekommen. Eschl- gemüth, das in aller Stille zu viel Eschl- zusammengebracht wird, das selbst 1000 ist und im letzten Eschl- schon ein Eschl- gemüth ist, um einige Tausend Rand zu bekommen.

Das ist ungefähr das Wesentliche des geheimen antisemitischen Rundschreibens. Die beabsichtigte „Stille“ ist ja leider durch die Indiskretion eines „zuverlässigen“ Vertrauensmannes etwas gehört worden, aber der Mann hat dafür auch die Öffentlichkeit zur Kenntnis eines Dokuments von förmlicher Richtigkeit verschaffen. Zunächst wird den Handlungsgeschehnissen erzählt, daß „wir“, also die Hamburger deutschnationalen Handlungsgeschehnisse den Herrn Schach in den Reichstag gewählt haben. „Schach muß“ weitergemeldet werden, so heißt es dann weiter, damit der „direkte Einfluß“ auf das Parlament erhalten bleibt. Einen solchen Einfluß kann man allerdings nur politisch ausgeübten verblendeten Jünglingen vorreden.

Die Pracherei von dem einen Aufruf, der genügt, um ein paar Tausend Mark zusammen zu bekommen, poht in dieses Eigenragout. Uebrigens desavouieren sich die Brandbrieftabrikanten selbst, denn ein paar Zeilen weiter sieht man sich zu lesen, „wenn man zu Beginn des Kampfes keine Ahnung hat, wieviel Geld zusammenkommen wird“. Blöher haben die Antisemiten übrigens nicht viel danach gefragt, ob zu Beginn eines Wahlkampfes Geld da war oder nicht. In Erfurt hat der Antisemit Hans von Rosp bis heute seine Wahlgebühren von 1903 nicht beglichen.

Die „Eisenacher Tagespost“ widmet dem geheimen Briefwechsel u. a. folgende Zeilen:

„Schließlich läßt sich die Verfechter des Schreibens in der Annahme, daß die Gegner Schach nicht haben. Ein Mann, der so operiert, mit Sonderberedungen handelt, die Volksgesunden betritt verlegt und indirekt die Schuld an dem Karlsruhplatzverfall trägt, ist kein Gegner, den man haben kann. Wir wollen den Antisemiten den schiefen Blick zeigen, daß Herr Schach weitergemeldet wird, nicht rauben, jedenfalls wird dieses Wiedergeräusch nicht werden ihm nicht in Eisenach passieren. Dafür sind allerdings Verleumdungen getroffen worden, aber weder von seinen Gegnern, noch von der reinen oder gebildeten Internationalität“, mit sich die Freunde dieses Herrn so getuschelt anzuhören, sondern von Herrn Schach selbst. Eisenach bekennt sich für einen Betrüger, der bei den wichtigsten Abkümmlingen über die neuen Steuern fehlt und die Finanzreformabstimmung schwängt, also mitschuldig an den neuen Maßbelastungen ist.“

Eine antisemitische Nationalbühne für die Deutsche Jugend.

Adolf Bartels, der Generallektor, ist der Verfasser einer eigenartigen Idee, die im Grunde genommen nicht anderes beabsichtigt, als die Juden aus der dramatischen Literatur auszuwischen. Ostern 1905 trat Bartels zum ersten Mal mit dem Plan an die Öffentlichkeit, eine Nationalbühne für die Deutsche Jugend zu gründen. Der Plan sollte in Weimar, der klassischen Wunderschätze, verwirklicht werden. Bartels fand auch in der Tat Gutschlüssige, unter diesen dramatischen Autoren von Beltrus, Professoren, Gelehrte, die sich bereit fühlten für die Idee begeisterten. Nun ist im Juli 1906 im Verlage von Hermann Woblaus Nachfolger in Weimar eine Broschüre erschienen: „Das Weimariische Hoftheater als Nationalbühne für die Deutsche Jugend“ von Adolf Bartels. Aus der Tatsache, daß die Broschüre im Verlage der Bartels nachstehenden antisemitischen „Weimariischen Zeitung“, des amtlichen Hoforgans des Großherzogtums Sachsen-Weimar, erschienen ist, haben Kenner der Verhältnisse sofort die richtigen Schlüsse gezogen. Aus der Bartelschen Schrift geht denn auch — wenn man sie ihres literarischen Mittelschleims entkleidet — klipp und klar hervor, daß Adolf Bartels unter „Nationalbühne für die Deutsche Jugend“ eine „Judenreinne Bühne“ versteht.

Bartels erklärt in seiner Schrift zunächst, daß heute weder ein Hof- oder Stadttheater, noch ein Privattheater

größerem oder verdienten Auf erlangt habe. Dann heißt es weiter:

„Nach 1870, in dem berühmten Gründungsheft der Völkerei der deutschen Völkerei seinen Höhepunkt und brennt bis in die heutige Zeit hinein — Namen wie Lindau, Blumenthal haben die: alle. — In jenen jenen Zeiten warfen die heiligen Schwächen unserer Theaterwelt.“

Die Schuld an dem Verfall tragen nach Adolf Bartels „die schlechtesten Instinkte gewisser Völker aus Polen, Galizien oder Ungarn, die oft nicht einmal richtiges Deutsch sprechen, kurz das Norwigen des nichtdeutschen Elementes.“ In diesen tendenziösen Zeilen fährt Herr Bartels dann fort: „Da es mit Lindau, Blumenthal nicht mehr ging usw.“ Bartels will also seinen Freunden klar machen, daß die Juden — als Kronzeugen fährt er immer wieder Lindau und Blumenthal an — seiner Meinung nach keine dramatischen Schriftsteller für das deutsche Volk sind. Er beschuldigt die Juden weiter, das Theater monopolisiert zu haben. Dann kommt er zu der grotesken Behauptung: „Die deutschen Stadttheater bedeuten im allgemeinen für unsere nationale Kunstentwicklung gar nichts — sie schwanken zwischen Sensation und dem ablichen Schlenker aus und her; zuletzt sind sie mit Leib und Seele Ostarr Blumenthal und Gustav Kadelburg verfallen.“

Damit hat sich der Verfasser der „Nationalbühne“ recht häufig selbst charakterisiert. Auf solche Gedanken kann nur ein blinder Tor kommen, der aus Prinzip negiert oder aber aus Neid. Wir haben bereitwilligen Grund anzunehmen, daß Adolf Bartels den deutschen Theaterdirektoren nicht sehr gewogen ist. Bartels ist nämlich aus je niedriger dramatischer Autor. So hat er denn seinen Schimpfstein auf die Stadttheater, die Kassenauteure, Kassensätze und Kassenzettel, den Dilettanten, den aus künstlerischen und literarisch-literarischen Interessen weit entfernt ist. Die sogenannte „Nationalbühne“ erhält durch diese Tatsache eine ganz neue Bedeutung und Adolf Bartels, der in der Broschüre gleichzeitig seine dramatischen Dichtungen (man beachte: nur seine) annimmt, brüht sich dadurch selbst den Stempel der Besonnenheit auf. So prägt Bartels humoristische Worte, wenn er die Theateragenten „Unterhändler mit schmutzigen Winkelzügen“ nennt. Damit aber dem Satzspiel die Tragödie nicht fehle, entwickelt Bartels ein Projekt, das an Großwahn seinem „Heimedeutsch“ nicht nachsteht. Er erklärt, schämbar ganz ernsthaft, das von Richard Wagner begründete Festspielhaus in Bayreuth „hat jetzt selber seine nationale Bedeutung.“ Dafür, so folgert Bartels, wird er ein dramatisches Bayreuth schaffen, natürlich in Weimar. Es soll dies ein Nationaltheater sein, das — deutsche Theaterdirektoren hört es! — „im Sommer das reisende Publikum anziehend — durch die Wahl seiner Stände (der Bartelschen selbstredend inbegriffen) einen erhellenden Einfluß abt.“ Nachdem Bartels die Konkurrenz der vom Kaiser protegierten Festspiele in Wiesbaden und Düsseldorf heruntergerissen hat, über Berliner Musteraufführungen „stillschweigend hinweggeht“, (das sind seine eigenen Worte), entwirft er (er sagt das selbst) ein hübsches Fantasiegemälde, indem er als die erste zu lösende Aufgabe mit Ausschluß aller jüdischen Elemente „möglichste Nationalisierung des Spielplans“ bezeichnet.

Über die Jugend hat, der hat die Zukunft,“ das ist allerdings eine nicht mehr ganz neue Wahrheit, aber Bartels bemerkt nicht ohne Pathos, daß er der wahre Jugendweiser ist, er motiviert dies etwas komisch, aber etwas mehr oder weniger Komik ist man bei dem neuen Theaterpropheten zu gewöhnt. Er sagt höchst geistreich: „Ich gehöre nicht zu den Leuten des Glaubens à la David.“

Das Pensionat auf dem im Jahr hat nun Bartels zum Dorado seiner kühnen Pläne erforschen. Er trägt sich mit der

Hoffnung, daß der Großherzog sein Theater im Sommer an die „Gesellschaft Bartels G. m. b. H.“ abgibt. Die Darsteller des Hoftheaters sollen die Ausführenden sein. Der Spielplan enthält nichts „Semitisches.“ Bartels erklärt nämlich: „Die aus einem bestimmten Grunde (?) so viel gespielte Fäbri von Tolstoi von Grillparzer kann fehlen“, weiter dann: „Auf Schells Jüdisch kann man verzichten“, „Spektakel Kaufmann von Venedig (der heute wegen des mit Unrecht zu einer tragischen Gestalt erhabenen Schloß fast zu viel gegeben wird), läme wohl nicht in Betracht.“ Hauptmann und die neuen Südschreiber können nach Bartels, „für die deutsche Jugend nichts bedeuten.“ Neuer Stücke besserer Art müßten erst „auf ihre nationale Wirkung erprobt sein.“

Wer nun noch an der „antisemitischen Nationalbühne“ zweifelt, lasse sich von dem Begründer persönlich instruieren. Der Jugend will man planmäßig das Gift des Rassenhasses einkräusen. Jüdische Autoren in Kost und Mann tun, aber auch jüdische Schauspieler will man ausschalten. In der neuesten Nummer der „Zühörner Barte“, in der Herr Herrmann Scherbemantel das von Bartels zur Nationalbühne Deutschlands erordnete „Weimarer Hoftheater“ als eine durchaus unakünstlerische Bühne schilbert, heißt es am Schluss:

„Nicht anders stand es im Schauspiel — eine ganze Reihe auf Engagement spielender Gäste, doch alle unzureichend, was aber die Leitung nicht hinderte, aus ihnen die Rollen zu ergänzen. Offensichtlich ist dabei das jüdische Elementes, das sich seit einigen Jahren am Weimarer Hoftheater ganz unverhältnismäßig und zwar, was zu betonen ist, bei ganz unzulänglichen Leistungen, vergrößert hat, nicht noch mehr geworden. Dieser Wunsch soll... den ohne Frage gefunden Grundsatze vertreten, daß ein mittelmächtiger jüdischer Schauspieler ohne Frage viel weniger in ein Ensemble paßt, als ein eben solcher Nichtjude. Und am Ende ist das Weimarer Hoftheater nicht gerade als eine Domäne für die jüdische Massenproduktion im Schauspiel derben zu bezeichnen.“

Bartels und seine Clique wollen Ende September dieses Jahres ihre „Nationalbühne“ ins Leben rufen. 8000 Schüler höherer (!) Lehranstalten will Herr Bartels alljährlich in Weimar dramatisch beschäftigen, was nach seiner Berechnung 80 000 Mark kostet. Ein ähnlicher Aufschwung soll in Weimar organisiert werden, der einen Aufschwung an das Deutsche Volk richten und unterstützen aller in Deutschland maßgebenden Personen, vom Reichskanzler und Ernst von Hilbenbrand an, sammeln soll. Dem Unternehmen will man das „Protokoll sämtlicher Deutscher Fürsten“ verschaffen. Ein „Schülerbund“ wird als das nächste Ziel bezeichnet. Bartels fantasiert dann in höchster Eile: „Ich sehe die Eisenbahnzüge mit den Schülern vom Westen, Osten, Norden und Süden ankommen — und dann fin alle in Weimar. Das Weimar geben kann, gibt Berlin, geben auch München, Dresden nicht.“

Herrn Bartels ist dies alles blutiger Ernst, denn er sagt selbst: „Ich gebe mich keinen besonderen Illusionen hin, aber daß 100 000 Mark in Deutschland für einen solchen Zweck zusammenzubringen sind, das glaube ich doch. Ich bleibe natürlich das Zusammenbringen eines Grundkapitals von zwei Millionen.“

Dies zur Charakteristik des Antisemiten Bartels und seiner Pläne. Tief bedauerlich ist es, daß an einer Beratung, die bereits in Weimar stattgefunden hat, der erste Weimarer Staatsminister, der gleichzeitig Kultusminister

ist, Dr. Rothe, und der Generalintendant des Weimarer Hoftheaters v. Rignau teilgenommen und erklärt haben, Großherzog Wilhelm Ernst stehe dem Projekt freundlich gegenüber.

Die deutschen Stadttheater, die Bartels in unerhöhrter Weise beschimpft, die dramatischen Autoren der Zeitgenossen, die Bartels verleugnet, werden es offensichtlich an energischem Protest nicht fehlen lassen, daß ein Antisemit quasi unter hoher Protektion das klassische Weimar zu einer schmachvollen Konkurrenzbühne für die strebsamen deutschen Theater umwandeln will.

Wiener Brief.

XVL

(Die Toten und die Lebenden. — Der kaiserliche Rat. — Professor Sachs und der „Heine Führer.“ — Dr. Burger und der Kaiser. — Sein Kommen.)

Wien, den 15. September 1906

Vor einigen Tagen starb in Wien ein jüdischer Bankier, der unter dem Namen „Tramway-Reises“ eine gewisse Rolle gespielt hatte. Herr Reises war seinerzeit der Hauptaktionär der Wiener Pferdebahn, die in den Besitz der Gemeinde überging und in eine elektrische Straßenbahn umgewandelt wurde. Die Antisemiten haben immer einen rassistischen Kampf gegen Herrn Reises geführt und wenn sie um eine jüdische Hypothek verlegen waren, dann machten sie der liberalen Partei den Vorwurf, daß sie die jüdische Tramway-Gesellschaft die Bewohner der Stadt bewachen lasse. Seit fast einem Jahrzehnt fährt man nun mit der kommunalen „Elektrischen“ und die Vergleiche zwischen der beschriebenen Privatwirtschaft und der städtischen Verwaltung sind leicht anzustellen. Es war daher vom „Deutschen Volksblatt“ zumindestens einflugs, am offenen Grabe die ältlichen Schmähsungen zu wiederholen und so förmlich zu einer Kritik herauszufordern. Diese wurde auch pünktlich von einem — antisemitischen (Deutschvölkischen) Blatt besorgt, das wahrlich nicht im Verdachte steht, vom dem „Einquersinn“ angekränkt zu sein. Das „Wiener Deutsche Tageblatt“ ließ sich also folgendermaßen vernehmen:

„Der Tod des Bankiers Siegmund Reises, des seinerzeitigen Großaktionärs der Wiener Tramwaygesellschaft, wird vom „Deutschen Volksblatt“ in einer Weise zu Nutze gemacht für die antisemitische Partei hervorgehoben, die geradezu abstoßend wirkt. Wer die Geschichte der Wiener Straßenbahnen seit deren Verstaatlichung verfolgt, der wird nicht einen Augenblick darüber im Zweifel sein, daß die ganze Volkst, welche Siegmund Reises seinerzeit als Großaktionär der Tramway verfolgte, um möglichst hohe Gewinne aus dem Unternehmen zu ziehen, den der herrschenden antisemitischen Gemeindevorstellung aus dem gleichen Grunde getreulich nachgegangen wird. Reises wollte sich gegen den Wutsturm des Reises rüstig stellen, er wußte, daß er sich nicht dem Wutsturm des Reises widersetzen konnte, Reises wurde ununterbrochen nach Forderungen, Dr. Burger und sein Anhang tun desgleichen, Reises konnte kein Lebensfähigkeitsverbot. Dr. Burger und sein Anhang lassen sich an allen Wurzeln und furchtgemäß subvertierten Forderungen vom Lebensfähigkeitsverbot dispensieren und an sonstigen Tagen wird es ohne Notwendigkeit nicht eingehalten.“

Diese Tatsachen, die so offenkundig sind, daß sie allgemein die Unruhe eines neuen Wiener Verfallsstadiums gewinnen, sollen wohl dem journalistischen Vorläufer der antisemitischen Partei einige Zurückhaltung aufzulegen.

Das ist bezeichnend!

Herrn Berganis Treiben findet nicht überall eine gleich treffende Abfertigung. Die österreichische Regierung scheint zum Beispiel der Anschauung zu sein, daß sich der gute Mann um Kaiser und Reich bedeutende Verdienste erworben habe, denn die amtliche „Wiener Zeitung“ drachte vor kurzem die Mitteilung, daß dem „Realitätenbesitzer Ernst Bergani“ der Titel eines kaiserlichen Rates verliehen wurde. Der Befehl des „Antisemitenhofes“ dürfte kaum der Grund der Ehrgung gewesen sein, desgleichen kann die allerhöchste Auszeichnung auch nicht dem Ehrenbürger von Rügla

dorf gegolten haben. Es bleibt mithin nur eine Tat übrig: Die Gründung des „Deutschen Volksblattes“, von der die Rundbriefe allerdings manches zu erzählen wissen. Vor mir liegt eine alte Broschüre, die reiches Aktenmaterial enthält und die ich dem Ministerpräsidenten Herrn von Wed gerne zur Einsicht überlasse. Ursprünglich war das „Deutsche Volksblatt“ als deutschnationales Parteiorgan gedacht, doch der Wüthborfer Ehrenbürger wollte das Unternehmen anders zu gestalten. Er hat es nicht zu bereuen, da die Zeitung ein Willkommensmagnat und noch dazu eine hohe Ehreung seitens des Monarchen eintrug. Daß Herr Bergami seine ehrenwürdige Verpflichtung vom 1. Januar 1887 Herrn Schönerer gegenüber brach, schadet seiner Ehre nicht. Wie erst der kaiserliche Rat Bergami überigens Grundzüge und Besprechungen nimmt, geht aus einem Brief hervor, den er im Jahre 1889 an Schönerer richtete. Darin heißt es: „... es leidet die antisemitische Sache durch das Hervortreten der sogenannten „Vereinigten Christen“, oder „Christlich Sozialen“. Leute wie Lueger, Gregorich, Pfister, Schneider machen sich breit...“ Damals war Herr Bergami eben noch ein Anhänger des Willkommers Schönerer, aus dessen Rücken er Gesandte machen wollte. Als dies nicht ging, schlug er sich zu den Getreuen Luegers, unter deren Agitation die dem Wüthborfer Ehrenbürger heilige Sache des Antisemitismus angeblich „litt“. Ach, es gibt nichts Beräuschlicheres als die Moral unter Eitennichtern, die den Spahn im Auge des andern sehen, von dem Baute in eigenen Auge jedoch nichts wissen.

Der Wiener Gemeinderat hat seine Beratungen wieder aufgenommen, die Erholungszeit für die Stadtoberen ist abgelaufen. In der ersten Sitzung wurde Dr. Lueger gefragt, warum der hochverehrte Professor Suchs anlässlich seines 75. Geburtstages keine Gratulation von der Gemeindevorstellung erhielt, da doch dem „kleinen Fischer“, einem „Gefangenenführer“, ein sehr schönes Gratulations-schreiben ins Haus geschickt warb. Man muß wissen, daß Professor Suchs ein weltbekannter Gelehrter ist, daß er die Stadt Wien lange Jahre im Parlamente, zu besten geleisteten Reden er gehörte, vereint und schließlich als Mitglied des Gemeinderats die Wiener Doctorenkammerleitung leitet. Was diese für das Gemeinwesen bedeutet, sagt das „Jahrbuch der Stadt Wien“, wo die stete progeniurale Vererbung der Stiefelbälle ausgewiesen wird. Dr. Lueger war die Anfrage ziemlich peinlich. Offen mußte er nicht einbekennen, daß die stillverehrenden Siegbürgermeister eine Lastlosigkeit begangen hatten, inengen konnte er es aber auch nicht. Er versprach nun, Herrn Professor Suchs zu seinem 80. Geburtstag zu gratulieren. Es hätte keinen Zweck, über die Beschränktheit der Stadthäupter zu schreiben — Professor Suchs vermag an Herrn Dr. Porger oder Dr. Rumkowski Anerkennung zu verdienen, ohne dadurch zu verlieren — wenn diese kleinen Bosheiten oder großen Dummheiten nicht typisch wären.

Uebrigens hat Professor Suchs einen hohen Lebensgenossen; er kann sein Volk mit ihm teilen und nach dem Sprichwort auf die Häute bezugieren. Die Wiener Rathhauspartei ist bekanntlich mit dem Kaiser Franz Josef unzufrieden, seitdem sie sich dem Thronfolger mit Haut und Haaren verkauft hat. Die schwarzgelben Patrioten machen keine Geschichten; sie sprechen von der Leber weg, wenn sie sich entsprechend gebekt wissen. So hielt der Bürgermeister Dr. Lueger am 10. September beim Empfang des „Feuerwärters“ im Rathaus eine Rede, die — man verzeihe das unparlamentarische Wort — an Unverständlichkeit nicht mehr zu überbieten ist. Nach den Zeitungsberichten führte er aus:

„Der Kaiser (Kaiser Wilhelm II.) ist ein lebendiger Mann, ich drückte Herrn Kaiser, er ist ein lebender. Unser Kaiser kann nicht jeden Tag Reben heilen, das geht nicht mehr und man muß sich mit dem zufrieden sein, was er macht und er mag

immer etwas Gutes. Unser Kaiser hat schließlich durch die Gründung der Reichsliste für Feuerwehren bewiesen, daß er im Feuerwehreneinzel nicht etwas Bedeutendes bewirkt.“

Selbst die sozialdemokratische „Arbeiter-Zeitung“ nagelte die freche Wendung „man muß halt zufrieden sein“ an und sie fragte mit Recht, ob der Monarch in der Schaffung einer Reichsliste sein höchstes Verbleiben suchen müsse, da Österreich dem Kaiser doch das allgemeine gleiche Wahlrecht danken wird? Ja, einstens konnte der Bürgermeister anders reden. Damals waren ihm noch keine Denkmäler geläufig. Jetzt allerdings — da in Laing sein Monument in die Riste rät — läßt er zu den ganz Großen und ganz Wenigen, die vor ihrem eigenen Denkmal stehen können und die Wiener Bürgerreue weicht zeitweilig einem Gassenrennen nach.

Die Stuttgarter Protestversammlung gegen die russischen Judenmordheizen.

Mehrtausend Ersuchen aus Süddeutschland entsprechend geben wir hiermit die in der Stuttgarter Versammlung vom 4. Juli gehaltenen Ansprachen der Herren Stadtparter U m r i b - Stuttgart und Landgerichtsrat U s t - Tübingen ausführlich nach dem Bericht der „Friedensblätter“, des Organs der deutschen Friedensgesellschaft, wieder: Herr Stadtparter U m r i b - Stuttgart:

„Gesellschaft und brennende Dinge sind in Rußland geschehen. Männer sind verbrannt, Frauen geküßelt, Kinder gemartert worden. Menschen werden verbrannt, andere verprügelt, andere mit Nägeln durchbohrt; ein Mädchen wurde bei lebendigem Leibe vor den Augen der Mutter in der schändlichsten Weise gestochen. Man hat doch alles in der Zeitung gelesen und hat darüber entsetzt; doch hat man die Zeitung wieder weggeworfen mit dem Gefühl: „Die Deutschen sind doch bessere Menschen“, und ich wieder keinen Gedank an meine Brüder nachgegangen. Ich möchte wünschen, daß die Erinnerung an die Gräueltaten der Russen nicht wieder nicht vergessen wird. Doch dort wo es nicht möglich ist, nicht zu tun, bis der Baum der Freiheit, der unter so vielen Opfern gepflanzt wurde, das dumpfe Gewölbe der Anarchisten, das ihn niederbrücken soll, gesprengt haben wird. Es soll auch der und nicht ruhen, bis die Gedanken der Menschlichkeit unter und wieder mehr, als es bisher der Fall ist, zum Gemeingut der Völkerwelt geworden sein werden.“

Ich möchte aber einige Fragen stellen. Zunächst was hat es getan? Man sagt: Die Sozialisten, die schwarzen Hundert. Im Wirklichen hat es die russische Bräuterei nicht getan. Das geht ihnen zur Genüge aus der einfachen Tatsache hervor, daß den Soldaten verboten wurde, den Häusern gegenüber, in denen geprügelt wurde, Recht zu machen und auf die gegenüberliegenden Häuser zu schießen.

Warum hat es die russische Bräuterei für notwendig gehalten, solche Gräueltaten begangen zu lassen? Es ist möglich, daß die Leute von Anarchisten und Sozialisten die Hilfe wurden durch die Kugeln, mit denen sie die Gräueltaten beschämten. Man könnte fragen: Ist zu werden, gibt es bei dem Russen Muth? Wenn der Anarchist seinen einanderes Mittel, das ist einfach totzuschlagen. Es ist aber auch möglich, daß sich die russischen Gräueltaten sagen: Das Volk hängt an unruhig zu werden, das Volk mit der roten Flagge auf dem Rücken das Freiheit durch die Straßen, die Revolution erhebt ihr Haupt. Um der Volkswelt eine für die Regierung unangenehme Richtung zu geben, werden die Leute von Anarchisten und von Sozialisten als Opfer vorgeworfen — das ist die alte Geschichte, wie sie schon Stero in Rom anführte. Er führte die Gräueltat an; damit sich aber die Welt des Volkes nicht gegen ihn wende, ließ er ihm die Gräueltaten vorsetzen, die schenkt der Gegenstand des Hasses bei dem ganzen menschlichen Geschichte waren. Es ist aber nicht naturgemäß, solche Gräueltaten zu begangen; es ist nicht naturgemäß, Kinder zu morden und Frauen zu schänden und Männer zu verführen oder zu Tode zu prägen. Es gibt auch einen andern Weg, revolutionären Bewegungen die Spitze abzubreaken, das ist der Weg, der in den Kerkern der Gräueltaten liegt. „Wird den Unterdrückten kein Recht, ich weiß, welche da mit Innezu gebunden hat.“ Wenn Sie hat der Kaiser Oskar von Schweden befehligen, als die Vorworte sich von ihm leichten wölken, und die Gräueltaten wird ihm dafür einen Ehrenlosh antworten. Aber auch die russischen Mordtäter werden einmal entsetzt müssen, daß die Mordtäter nicht als ein geistiges Elend.

An dem aber sind die das Volk erheben machenden Gräueltaten begangen worden? Nicht haben Deutsche in den Kerkern, Polen in Warschau und Armenier in Kaukasus getötet. Wenn das wahr ist, dann ist es aber das, was die Juden misgepflegt worden. Und selber gibt es Menschen, die sich

man dabei beruhigen, daß es doch in der Gampfsache nur Juden waren. Wie konnten aber wissen, daß Juden Missethäter sind von Fleisch und Blut wie wir, daß sie lachen und weinen, denken und handeln, sich ängstigen und entsetzen wie wir, daß den jüdischen Willkür der Eiferer so lieb sind wie uns die unsrigen, und daß den jüdischen Männern ihre Strafen so wert sind, wie uns die unsrigen. Oder gilt nicht heute noch die Frage Lehmings: Ist Christ und Jude über Geist und Tod als Nichts? Deswegen aber, die mit der heiligen annerkennung des Nationalismus nicht fertig werden, möchten wir anrufen: Der Jude kann für sein Judentum so wenig als Du für Dein Christenthum oder als der Chinese für sein Chineseitum. Wenn man aus aber mit den jüdischen Nationalisten kommt und besetzt mit der jüdischen Weltanschauung und auf die Gefahr hinweist, daß das Volk von den Juden ausgekostet werde, so erwidern wir dreierlei: zum ersten gibt es auch christliche Missethäter, die daraus nicht maffortiert werden; zum andern: die ja Tod gemarterten Eiferer haben sicher nicht getödtet; zum dritten: aber: die Juden mögen getödtet haben, was sie wollten: jedenfalls darf man sie nicht zu Tode solten.

Das erste, was man gegenüber den christlichen Leben dieses Volkes aus menschlich bedenkend Bedenken erweisen kann, ist die Behauptung aufrechter Zeitungen und Lärmreden in jüdischen. Das wird auch von den unsren deutschen Volk bestritten. Aber hat ein großer Teil unserer Volkes es bestritten, mit fremden Willen zu führen. Der Grundloß scheint zu gelten: „Es brennt im Haus des Nachbarn, was geht mich an?“ Und dabei merkt unser Volk gar nicht, wie sehr es damit seiner eigenen Ehre zu nahe tritt. Es ist aber unsere Ehre und unser Name, daß wir international oder, wenn Sie wollen, weltbürgisch denken können. Deutsch sein heißt gerecht sein; Deutsch sein heißt menschlich sein; Deutsch sein heißt sich verständigend auch in die Lage der andern hineinzuempfinden können. Denken wir und doch einmal in die Situation hinein. Stellen wir uns vor: unsere Eiferer würden gemartert, unsere Jünger würden gefoltert, unser eigen Fleisch würde mit Nägeln durchbohrt. Nun wie wir in furchtbarem Zorn aufstehen würden unter solchen Umständen, so sollen wir, wenn das andere begehrt, wenigstens nicht zurückhalten mit dem Schrei des Aussetzens oder des Unrechts.

Aber was ist denn mit uns? Es gibt ein Wort, das in internationalen Beziehungen und der Mode gekommen ist: das Wort Intervention. Es ist aber in Wirklichkeit gar nicht, was der heiligen Willen zu Gunsten der Rechtlichkeit und der Reaktion angewendet wurde. Das Prinzip war falsch; die Methode nicht; sie hat vielmehr den europäischen Staaten einen 40 jährigen Frieden erhalten. Wie nun, wenn die Intervention im Namen des geschätzten Europas, im Namen der Freiheit und des Rechts angewendet würde? Es ist doch eigentlich leicht zu sagen: Das, was im Haus des Nachbarn vorgeht, geht mich nichts an. Je weniger in einer unserer Straßen eine Vollkommenheit erreicht würde, so würden wohl die Nachbarn zum rechten sehen, wenn es die Folge nicht zu tun wollte. Wir verlangen ja aber gar nicht eine Intervention mit Schwertern und Kanonen, wohl aber wollen wir intervenieren mit der ganzen Macht der öffentlichen Meinung, mit der Bollmacht, welche das Bewußtsein des Rechts zu verleiht pflegt. Interventionen aber, wenn ihnen das besser gefällt, proklamieren wollen wir im Namen der Menschlichkeit gegen die Grausamkeit, im Namen der Freiheit gegen die Tyrannei; im Namen der Fortschritt gegen Reaction und Reactionismus; im Namen des zivilisierten Europas gegen die Gräuelt thaten barbarischen Europas. Den russischen Freiheitskämpfern aber reichen wir die Brüderhand und rufen ihnen freudig zu: Wacht auf zu eurem Kampf. Geht früh daran mit Gott dem Herrn zu. Und wenn durch euch in eurem Land die Freiheit liegt, — wir werden selbst den größten Augen dank haben!

Herr Landesgerichtsrath Rust in Tübingen:

„Wie leben, o Reich, mit Deinem Vaternamen
Siehst Du an den Jahrhunderten Reize
In jeder stolzen Menschlichkeit,
Frei, aufgeschlossen Sinn's, mit Geisteskräfte,
Voll milden Ernsts, in taumelnder Eile
Der reiche Sohn der Zeit!“

Man sieht man Millionen Ketten fallen,
Und über Stetten spricht sich Menschenrecht.
Die Brüder freudig mit einander wollen,
So mild als bei erwacht das jüngere Geschlecht“.

Das waren prächtige Worte, Reich, mit welchen der edelste Mann, den je deutsche Erde getragen hat, Jahrhunderte begrüßt hat. Ein Gedanke hat ein Gedächtnis, jeder Zeit in der herrlichen Eternität, welche je ein irdisches Ohr entzückt haben, besungen, als er die Strofen:

„In diesen helligen Hallen,
Kann man die Nacht nicht,
Nicht nur gedächte, sondern auch in Tage gelebt hat.
Von diesen Hellen befehl ich die Männer und Frauen —
Sie, welche heute diese Räume füllen, sage ich die ganze imposante
Waffe der heutigen und arbeitsamen Zeile der Beschäftigung, sehr ich

die Männer, welche demüthigt in Ost und West die Riegel der Regierung ihres Landes ergreifen werden. Von diesem Geiste erfüllt sehr ich jenseits des Rheins die Männer, deren ihre Hände in einem letzten Anlauf von Blut und Schwitzen die herrliche Palme aus der Hand reißt und an denen sie sich blühtig noch ein letztes Mal vergreifen.“

Schade der Freund, der den Freund nicht schätzte, nicht hoch hält. Er ist Freiheit und Freundlichkeit nicht wert. Mit allen Feinden rind lebenden, aufrechter Freude Sprüche hängen wir ihnen an. Das rufe ich laut und unsern Feinden Eddonoff und allen unsern Hülfsen Freiheitskämpfern an! Ihnen sind wir so innig, so herzlich zugehen, wie es nur ist der ganzen Welt die Befreiungsgeschichte, auch die unsere. Können wir aber unsere Feinde vergreifen, so sollen, darüber stehen wir jede Beobachtung, welche sie immer auch kommen möchte, ab.

Sollte es — so frage ich nun — möglich — denkbar sein, daß ein getreuer Nachbar, ein Freund, selbstmordend, hunn, hart, bergig, aus armerlicher Menschlichkeit in sich abgeschlossen bleibt, wenn er sich, das rufende haben sich selbst nachsich auszuweisen, ihn und die Seinen werden, den gegenüberstehenden Feind der Feinde werden der rufenden Luthers seiner unaufrichtigen Laster in welcher Verhältnisse getrieben, schaden, wie viele Tote unter Blutbad stülzen und mit der Verkommenheit und dem Wahnsinn des Wahnsinns an den Qualen der Leben in Stille Gerichten, der vom Feind Gerungen — Die Erde weigert sich alle die Menschlichkeit zu vernehmen — weichen.

Sagen Sie nicht: Das ist ja nur die menschliche Rasse, das selbst generis humani, deren Beschaffenheit niemand bekennt. Dem! Die Erde ist nicht die gegen die gesamte Weltgegend, sondern nur ein aus gegen einen Randstein.

Alle armen Israeliten hat doch auch Menschen. Wie sind alle Kinder eines Gottes. Jetzt haben sich die menschliche Kultur, für Gerechtigkeit und Religion Grotes vollbracht, und vor unter uns die christlichen Leben des Selbst unserer Religion, der auch durch ein Jude war, noch hoch hält, weil, daß dieses Volk die anderen Äußer, auch aus überlassen wird.

Ein Volk wie das deutsche muß seine Ehre darin legen, gerecht und menschlich zu sein.

Sollte wirklich einer unter uns sein, der nicht zahlreiche Israeliten grüßte hat, welche in nicht, aber auch in gar nicht und nachsehen?

Wer will es auch vertragen, wenn wir heute mit unseren Freunden das Reich der Tränen anlegen, unseren armenen Reich und Vergelt, unserer Gewissensberuhigung Zucht machen, lauten schreien den Freiheit einigen und unsere Feinden lebend anrufen: Wir leben mit uns und wollen uns und wollen uns die Feinde.

Schon einmal ist der Ruf über den Grenzstrom hindergelangen worden: „Anstalts Trauer ist Deutschlands Trauer“, und damals war die Trauer durch eigene Leiden veräußert. Sollte uns das gleiche kann nicht vergangen sein, wenn die Trauer einmal wirkliche Mitleid verdient? Sollte es an der Zeit sein, daß wir einen Bannwort hätten, den wir drängen möchten, es das wir auch tun dürfen, was unser Gewissen uns heißt? Nein! Wir leben über die Feinde einer solchen Handlung hinaus. Aufstehen wollen wir bei in die tiefsten Tiefen der Menschheit Mitleid und Erbarmen! Aufstehen soll in den Herzen überall ein Flammener der Entzückung, der Empörung, des Protestes! Eine ganze Welt soll sich aufwachen und empören, heute noch in den Morgen, die Sie sehen, morgen höher und übermorgen noch ande! Kommen soll, kommen wird der Sturm! „Sich hinaus, Knaben, zum Berg und Lamm zum Meer zu!“ — Es geht eine kleine Welle auf aus dem kleinen Schwarze durch Wasser Land!“ Und die man sieht, was der Sturm schwarze von Wolken und Wind. Überdauern soll in Hinterland und her einflachen Flammenglut England bis an die Gränzen des Polarmerks, und weiterhallen soll der Donner des Gewitters in der Brandung des stillen Ozeans, daß auch dem letzten im entlegenen Winkel dieser Appell nach uns Dröhst.

Kranz um Kranz wird heute niedergelegt an diesem Altar menschlicher Trnen. Der Geistes der Menschheit verhält sich und läßt sein Kopf. Die Erde treten davon an den Altar. Das Land soll nach. Es will nicht zurückweichen. In das zu weichen, bin ich, sind andere übergegriffen. Ja lege Blume hier zu Blume. Es ist freilich nur ein lässlicher Strauß einfacher Blumen! —

Sonnette Männer beschließen mich doch an dieser einfachen Gabe: Wie den der große Ihr Gabe kleine hören? Schmeichelt Ihr alle Gabe, daß man Gabe nicht? Ja sage: Ja und abermals: Ja. Nichts Schmeicheln können wir unsere Trnen anzu, als daß die Gabe, daß die Volkstümlichkeit sich dem ihm wendet, und daß die Empörung über die Reaktion und Widerstand gegen ganzen Volk über alle Bande wie eine Brandmarke befeuert, und zuletzt bei uns der Ruf erkallt: Alle für einen! Gabe für alle!

Dann werden unsere Spitzer alle da, nur zu hoch, die sich das Blut der Volkstümlichkeit nach recht gebend hat, die ersten sein, die das alle gemacht haben wollen. Also steht unsere Warnung: Der Sturmwind, der ande, könnte auch noch anders mit hinneigen. Die Segner fragen: Was gebet Ihr mit diesem Reich? Woht der Erde? Ja gebe die Antwort vor selbst: Gabe um

Vermischtes.

Zur Feier des achtzigsten Geburtstages des Großherzogs von Baden feiern die jüdischen Blätter mit Recht das hohe Gerechtigkeitsegefühl und die Güte des Fürsten, seine Vorurteillosigkeit, die ihn keinen Unterschied machen läßt zwischen seinen Standesbrüdern, welchem Glaubensbekenntnis sie auch angehören, die Menschenfreundlichkeit, mit der er das Leid der Unterdrückten nachzufühlen versteht. Um nur eines zu erwähnen, sei daran erinnert, daß bei den Sammlungen für die russischen Juden im letzten Winter auch Großherzog Friedrich und die Großherzogin einen oeffentlichen Beitrag gesendet haben.

Es mag auch daran erinnert werden, daß 25 Jahre hindurch ein Jude Finanzminister Badens gewesen ist, Reichs Elftatter.

Die Badeverwaltung des Offnerbades Kranz wendet sich in einer Erklärung in der „Kranzer Wochens.“ gegen die Vorwürfe des Antisemitismus; es heißt darin:

„In keinem einzigen Falle ist es der Badeverwaltung beige kommen, ihren jüdischen Gästen gegenüber den Boden der Toleranz zu verlassen; umsoher ist es auch, daß Besuche der Gemeinde Kranz das Wort „Jude“ als Schimpfwort gegenüber den Wobgästen idyllischen Bekanntheit in Baden geniesst. Für die angeblichen Ausstellungen eines einzelnen Jüdischen Elementes gegenüber ihrem Lagerstätten ist die Badeverwaltung natürlich nicht verantwortlich, daß sie ausdrücklich betont, daß bei antilichen Stellen bezüglich eines solchen Vorganges nichts zur Kenntnis gekommen ist. Günstig aus der Zahl gezogen ist die Behauptung, daß in dem Jüdischen Abonnement eine Veränderung in tendenziöser Absicht erfolgt ist. Aber die auflegenden Festungen durchsicht, wird nach wie vor Blätter aller Parteien verurteilt. Was die Behauptung anbelangt, daß den russischen Wobgästen mit langen Wägen der Aufenthalt auf der Badeverwaltung und sogar das Baden im öffentlichen Bade unterlag ist, so handelt es sich um eine Veränderung der Zustände. Die christlichen Gerichten der russischen Wobgäster im langen Reisen genießen dieselben Rechte wie jeder andere Wobgast. Nur jenen russischen Juden, die in eileerzogenen Aufzügen den Wobgästen auch das anständigen jüdischen Publikum hervorheben, ist, wie jeder anderen Berlin in überzogenen Zustand, der Zutritt verweigert. Es ist wohl nicht in der weiteren Deutlichkeit bekannt, daß die Badeverwaltung mit dem israelitischen Hilfskomitee in Kranz in Verbindung steht und dem Komitee auch in diesem Jahre in westlichen Sinne entgegenkommt. Eine große Zahl berufstätiger Juden genießt durch dieses Entgegenkommen freie Kur und freie Bäder in Kranz, und zwar nicht nur freie Gerbäder, sondern mit äußerster Verachtung auch die teuren Zimmerbäder, von denen ein Moorbad allein 10 Mark kostet.“

Mit Prof. Hermann Cohn, dem am 11. d. M. in Breslau verstorbenen hervorragenden Ophthalmologen ist eine Flotze der deutschen Wissenschaft dahingegangen. Nicht nur ein Helfer für viele Tausende von Leidenden, er war auch ein bahnbrechender Forscher, ein Genie im Auffinden neuer Wege für die Wissenschaft und ihrer Anwendung in der Praxis. Neben der Ophthalmologie war die Schul-Hygiene seine Hauptdomäne. Bekannt sind seine Massen-Untersuchungen von Schulkindern. Die Insaturation der Schulkinder ist sein Werk, das ist erst in jüngster Zeit in der Breslauer Stabtoerordneten-Versammlung von Prof. Tietze u. A. anerkannt worden. Zu ihm haben die Breslauer Ärzte, welche sich in der hygienischen Sektion der Vaterländischen Gesellschaft vereinigten, als ihrem Führer auf. Dem Humboldtverein für Volksbildung hat er lange Jahre unerschütterliche Dienste geleistet. Hermann Cohn ist einer der wenigen Juden, der es in Breslau zu einem ordentlichen Professor gebracht haben. Unter den jüdischen Auszeichnungen, die ihm zuteil geworden, sei die Goldene Staatsmedaille für Hygiene erwähnt, die ihm im Jahre 1883 der Kronprinz Friedrich Wilhelm persönlich überreichte.

Der jüdische Kaufmann Weil in Hern sollte nach der Behauptung antisemitischer Blätter sich bei dem Besuch der französischen Vergleiche aus Courtois in Hern durch Eintrittsgelder „bereichern“ haben. In der amtlichen „Semer Bl.“ lesen wir nun:

„In der ausserordentlichen, namentlich belgischen und französischen Presse tauchen Gerüchte auf, die besagen, daß bei dem Besuche der Gerechten in Hern nicht weniger als 8000 M. an Eintrittsgeldern

vereinnahmt worden seien. Dazu kommt dann noch der Erlös aus den Volkstagen und Meiboden. Diese beträchtliche Summe sei in die Tasche des „Juden“ Weil geflossen. Wir, die wir die Verhaltung der eingeangenen Gelder übernommen haben, halten es für unsere Pflicht, zu erklären, daß insgesamt nur 233 M. eingenommen und bei uns abgerechnet worden sind. Diese Summe ist gegen Zustimmung des Gemeindefreiwillichen worden. Herr Weil hat auch nicht einen Pfennig erhalten, es sind ihm vielmehr in der Verfolgung seiner Zedern beträchtliche Ausgaben entstanden.“

Die erdichtete Großrabbiner-Rebe in Rußland. Das antisemitische Demagogentum bleibt sich überall gleich, es ist international. In Hunderttausenden von Exemplaren wird von der russischen Gesellschaft ein Flugblatt gegen die Juden verbreitet, das zum größten Teil der wörtliche Abdruck jener plumpen Fälschung ist, mit der die Webermann v. Sonnenberg'sche „Antif. Kor.“ im Februar 1901 in Deutschland ihr antisemitisches Gift auszustreuen versucht hat. Das Blatt hatte damals sogar den traurigen Mut, die Nummer, welche die „sensationalle Enttöpfung“ enthielt, den Vorstandemitegliedern des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus „als Angebinde“ zu widmen. Man forscht nach: Wer ist denn dieser Großrabbiner? Wie heißt er? Wo hat er gelebt? Wo und wann hat er diese niederträchtige Rebe gehalten? Ja er wirklich ein lebendiger Mensch von Fleisch und Blut gewesen? Nichts von alledem! Diese Rebe, die nach der „Antif. Kor.“ ein Großrabbiner in einer geheimen Versammlung „gehalten hat“ (!!), ist nichts als eine widerliche, aus der Luft gegriffene Erfindung, aus einem Roman niedriger Gattung, der unter den Titel: „Gneta, Barfchau, Dipp“ in Berlin im Jahre 1868 erschienen ist. Der Verfasser dieses Romans ist der aus dem Prosch Waldd wohlbekannte Jüge Rechnungsrat Hermann Goebbel, welcher als Romanhistrioneller den Namen John Retzsch führte. In diesem Roman im 1. Bande befindet sich ein Kapitel „Auf dem Judenkirchhof in Prag“. Es wird dort der Verlauf eines erdichteten Sündenbitt geschildert, welches aus 100 Jahre einmal an dem Grabe des Rabbi Simon Ben Jehuda in der Nacht stattfinden „soll“.

Das jetzt in Rußland in Massen verbreitete aufreizende Flugblatt enthält genau denselben blödsinnigen Text der Rebe, die nach dem Roman der Großrabbiner auf dem Judenkirchhof gehalten hat. Die „Ant. Kor.“, der alsbald ihre niederträchtige Fälschung nachgewiesen worden war, erklärte alsdann auch kleinlaut: „Nun, es ist ein Roman“. Es handelte sich aber schließlich nicht darum, „ob diese Rebe auf dem Prager Judenkirchhof oder anderswo gehalten wurde, ob sie überhaupt als Rebe mit diesen Worten zum Ausdruck kam (!); die Ideen und Behauptungen, die danach offensichtlich sind, haben bestanden und bestehen noch heute — das lehren tausend Tatsachen.“ — Noch demselben Rezept werden wahrheitsfalsch die russischen Spiegelscheiter der „Ant. Kor.“ jetzt verfahren, sobald sie die Fälschung nicht länger aufrecht erhalten können. Empört über diese Schändlichkeit schrieb damals ein kirchliche Blatt in Deutschland:

„Man denke, wie entsetzlich groß die Gefahr ist, solche Lügenhafte und hochbetrügerliche Pamphlete in die netzlose Menge zu werfen, und vor allem in landliche Wahlkreise, in denen gar zu leicht alles Gedröckel für bare Münze genommen wird.“

Diese Gefahr ist in Rußland natürlich eine noch weit größere, wo das Volk auf einer ungleich niedrigeren Kulturstufe steht und blindlings auf das Wort des Popen schwört. Wenn insolge dieses gemeinen aufreizenden Flugblattes an den bevorstehenden jüdischen Feiertagen neue Juden-fälschungen in Rußland stattfinden sollten, so tragen die indirekte Verantwortung hierfür die deutschen Antisemiten, welche die Urheberfalsch dieses traurigen Nachwerks für sich in Anspruch nehmen können.

Briefkasten.

Dr. L. Der in den Blättern veröffentlichte Artikel über die Beteiligung der erdichteten Großrabbiner-Rebe in Rußland ist der „Bücherei Korrespondenz“ entnommen, welche sich auf das in den „Wittlungen“ enthaltene Material gründet hat.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 4. Dr. 3075.

Alle Zusendungen an die Redaktion und Expedition sind zu richten nach Berlin W. Magdeburgerstr. 14, und alle für den Reich des kaiserlichen Reiches bestimmten Gelder, Wert- und Sendungsbefreiungen an den Schatzmeister, Herrn Dr. Baumgarten, Berlin W. Magdeburgerstr. 14.

Harmloser offener Brief an den ehemaligen Hofprediger Herrn Adolf Stöcker.

In dem von Ihnen unterzeichneten Sedan-Artikel der „Staatsbürgerzeit.“ rühmen Sie sich des Sieges, den die von Ihnen geteilte christlichsozialen Agitation, wenigstens in der Gesellschaft und in den Parlamenten über den jüdischen Einfluß errungen hat. Ihr Anspruch hat, wie Sie selbst zugeben, nicht zum Siege geführt, in der Presse und Kunst, nicht im Handel und an der Börse, d. h. da nicht, wo es auf Können und Reizen ankommt, wozu aber da, wo man mit vagen Anschuldigungen, Vorurteilen, Hetzen die Gesellschaft und die großen Massen beeinflussen kann. Ob der Sieg, dessen Sie sich über den jüdischen Einfluß in den Parlamenten rühmen, und der nach Ihren eigenen Worten darin besteht, daß im Reichstag nur der Sozialdemokratie jüdische Mitglieder sind, nicht nur ein Pyrrhussieg ist? Wissen Sie, ob nicht nur deshalb so viele jüdische Mitglieder bei der Sozialdemokratie sitzen, weil sie, wie Sie selbst glauben, durch Ihre Agitation bei den anderen unmöglich geworden sind? Wissen Sie, ob nicht die sozialdemokratische Fraktion um eine ganze Anzahl Mitglieder geringer wäre, wenn Sie nicht so viele Juden und Gerechtigkeits liebende Nichtjuden in die sozialdemokratischen Reihen gewinnen hätten?

Indessen möchte ich mich heute nur mit dem gesellschaftlichen Antisemitismus beschäftigen, dessen Förderung Sie sich als Sieg anrechnen. Was heißt „Gesellschaftlicher Antisemitismus“? Es heißt, die Gesellschaft, die hier ja nicht bloß als „die Gesellschaft“ im engeren Sinne, sondern als die die weiteren bürgerlichen Schichten umfassende zu betrachten ist, in nach dem Sage: „Einer Tropfen höhlt den Stein“ dahin bearbeitet und schließlich gebracht worden, daß sie sich möglichst von Juden fernhält, diese bei jeder Gelegenheit schmeißt, zurückstößt und zwar ohne jede Rücksicht auf deren Würdigkeit und Tüchtigkeit. Daß das gerecht, human, in einem der Eingetragenen besonders bedürftigen Maße, dessen Bevölkerung noch völliger Abstammung, durch konfessionelle Spaltung, geschäftliche Entwicklung usw. so sehr zersplittert ist, für das politische Gedeihen besonders nützlich sein sollte, werden wenige Unbefangene zugeben. Aber eine solche willkürliche Boykottierung hat auch auf die Charakterentwicklung der Boykottierten und auch noch vieler anderen, obwohl sie zu den Nichtboykottierten gehören, eine ganz eigenartige, weder dem Germanentum noch — was Ihnen, Herr Pastor, besonders bedenklich erscheinen dürfte — dem Christentum sonderlich zur Ehre gereichende, im höchsten Grade ungesunde Wirkung.

Gestatten Sie mir, diese Wirkung durch einige an sich verhältnismäßig harmlose Gesichtspunkte zu illustrieren.

Eine christliche Dame, die ungewöhnlich christlich und germanisch ist, die es liebt, reicher zu scheinen als sie ist, und darum gern, wenn sie reist, auf alle mögliche Weise verpackt, mit ihrem Willen einer niedrigeren Fährtafel sich in eine höhere einzuschmuggeln, nimmt während der Fahrt trotz ihres Willens dritter Klasse — was ja in den durchgehenden Wägen sehr leicht geschehen kann — in einem Abteil erster Klasse Platz, in welchem zwei „feine Jüdinnen“ — ich brauche diese mir unsympathische Bezeichnung der historischen Irene wegen nach dem Bericht der christlichen Dame — sich befinden. Die beiden Jüdinnen, die nach den in letzter Zeit vorgekommenen Eisenbahnverfällen auch einen Ueberfall befürchten mochten, sehen die so plötzlich hinzugekommene Dame, die sich gar nicht weichen entfernen zu wollen schien, wiederholt bestaunt an, worauf dem Eindringling die gestammelten Worte entfallen: „Was sehen Sie mich denn so an? Chuzpe!“ Das letzte „Unerschämtheit“ bedeutende Wort sollte die Jüdinnen gewissermaßen niedererschmettern, ihnen sagen, daß sie als Jüdinnen erkannt seien und darum ganz ruhig sein sollten. Das Vorkommnis an der Gesellschaft aber ist, daß die christliche Dame dem ganzen Vorfall einem ihrer bekannten Juden, dem Schreiber dieser Zeilen, erzählt, ohne auch nur einen Augenblick daran zu denken, daß dieser die „Chuzpe“ ganz auf ihrer Seite finden könnte. Dieses dem beiden „feinen“ Jüdinnen und mir gegenüber gezeigte abgestumpfte Gefühl bei einer sonst intelligenten und durchaus nichtantisemitischen Frau ist nur möglich in einem Lande, in welchem der gesellschaftliche Antisemitismus gepflegt wird. Und was, Herr Pastor, denken Sie wohl, daß der Schreiber dieser Zeilen auf die Erzählung erwidert hat? Nicht ein einziges Wort. Er lächelte selbst nur — innerlich und dachte: o simplicitas! Das sancta konnte er nicht über's Herz bringen.

Nun ein zweites Gesichtspunkt. Die Frau eines jüdischen Arztes erzählt einer christlichen Bekannten, gleichfalls Frau eines Arztes, in Gegenwart ihrer zwanzigjährigen Tochter etwas und erwähnt in der Erzählung einer Einbindung. Nachdem das zwanzigjährige Fräulein entfernt war, macht die christliche Frau der Jüdin Bismarck, daß sie in Gegenwart eines jungen Mädchens von einer Einbindung spricht. Die Jüdin erwidert, dabei sei doch absolut nichts. Selbst bevor man auch nur auf den Gedanken gekommen sei, daß man die Kinder über gesellschaftliche Dinge vorzüglich aufklären habe, habe man in durchaus anständigen Familien, besonders in Gegenwart erwachsener Mädchen von zwanzig Jahren das

Wort Entbindung zu erwähnen keinen Anstand genommen. Voraus dem Gehege der Jüden der Christin die geklagten Worte entfielen: „In unseren germanischen Reichen weht eine reinere Luft“.

Die Jüdin war wie niedergeschmettert. Nicht sowohl wegen dieser Worte an sich, sondern weil ihr ebenso wie dem Schreiber dieser Zeilen die „Vergangenheit“ der Christin bekannt ist. Sie, Herr Pastor Stöder, hätten ihr zum Beispiel zur Trauung nicht den Wertentzug gestattet. Sie lebte außerhalb über ein Jahrzehnt in wilder Ehe, und dem jüdischen Gatten der hier in Rede stehenden Jüdin sowie einem anderen jüdischen Freunde des wilden Ehemannes und zum nicht geringen Teile dem Einflusse meiner Benignität ist es nicht ohne große Mühe, da allerlei Schwierigkeiten im Wege standen, gelungen, durchzuführen, daß die wilde Ehe der Frau, in deren germanischen Reichen die reinere Luft weht, leg. ist und die Kinder legitimiert wurden. Ich selbst war Zeuge bei dem standesamtlichen Akt. Was glauben Sie wohl, Herr Pastor, daß ich über die reinere Luft in den germanischen Reichen dachte? Da die betreffende Christin, die im Lebigen eine tüchtige und besorgte Gattin und Mutter ist, nicht zugegen war, erlaube ich mir kurzdar zu laßen. Dann aber wurde ich nachdenklich und kam zu dem Schluß, daß der Ausspruch von der „reineren Luft“ aus solchen unberufenen Munde nicht möglich gewesen wäre, wenn nicht der gesellschaftliche Antisemitismus, aus den Sie, Herr Pastor, sich so viel zugute tun, die christliche Bevölkerung, selbst wenn sie nicht schon antisemitisch durchfressen ist — die hier in Rede stehende Christin ist nicht eine Spure antisemitisch — Juden gegenüber sich so manches zu gestatten genöthigt hätte, genau so wie die russische Selbstgeschafft und die Sklaverei in den Vereinigten Staaten selbst bei sehr gebildeten Russinnen und Amerikanerinnen die Gewohnheit erzeugt hätte, den Selbstgegnen und Regern gegenüber jedeswelche Schamgefühl abzulegen.

Wenden wir uns jetzt aber Männern zu und höheren Gesellschaftskreisen.

Es war einmal. — So muß ich nämlich anfangen, nicht weil das Geschichtliche, das ich jetzt erzählen will, ein Märchen ist, sondern weil der Anfang der Geschichte einige Jahrzehnte zurückliegt. Also es war einmal ein christlich-germanischer Jüngling, der zu einem jüdischen Bankier in die Lehre ging. Es war dies zu einer Zeit, als Sie, Herr Pastor, es noch nicht mit Ihrer christlichen und priestertlichen Pflicht vereinigt hatten, den gesellschaftlichen Antisemitismus zu predigen. Jener Jüngling war ein und ein Vierteljäger in dem Geschäft bei dem jüdischen Bankier und in diesen fünf Vierteljahren gelang es ihm, hunderttausend Thaler — es war noch vor der neuen Reichswährung — zu unterschieben. Der Bankier, der nicht durch eine Anzeige die Kaufbahn eines jungen Menschen aus anständiger Familie erhellen wollte, begnügte sich ihn zu entlassen, nachdem er sich einen Schein hatte ausstellen lassen, in welchem der junge Mann seine Unterschlagung eingesteht und sich zur Zurückzahlung des unterschlagenen Geldes verpflichtet. Jahre vergingen. Der junge Mensch hatte sich der militärischen Kaufbahn zugewendet und hatte großen Erfolg. Er klag von Stufe zu Stufe, war Preigenießer, und als er starb, hatte er nur noch zwei Sprossen zu erklimmen, um auf der allerhöchsten sich zu befinden. Der jüdische Bankier begnugte öfter dem bereits hohen Offizier und forderte ihn auf, den bedenklichen Schein einzulösen. Unter allerlei Ausflüchten wurde dies immer abgelehnt und als der Bankier ihn warnte, daß er, der Bankier, ja sterben und die Erben nicht so nachsichtig sein könnten, antwortete der Offizier: „Sie sind ja gesund und werden am Ende noch länger leben als ich.“ Wie aber das Schicksal es manchmal so will, starb der Bankier wirklich ziemlich plötzlich nach ganz kurzem Kranklager. Der älteste Erbe, ein Schwiegersohn des Ver-

storbenen, übernahm die Regulierung des Nachlasses und mußte nun im Interesse der übrigen Erben auch für die Einlösung des Scheines Sorge tragen. Er wie die übrigen Erben hatten zum ersten Mal von der heißen Angelegenheit Kenntnis erhalten. Er begab sich zu dem hohen Offizier, verhandelte lange mit diesem und es kam zu einem Vergleich, nach welchem der Offizier die betreffende Summe ohne Zinsberechnung in monatlichen Raten zurückzahlen sich verpflichtete, selbstverständlich gegen Auskündigung des versäuglichen Dokuments. Und das erste, was der Offizier tat, als er den ursprünglichen Schein vernichtet hatte, war, daß er dem nachlässigen Herrn erklärte: „Nicht wahr, ich kenne mich mit uns nicht weiter.“ Ob dem jüdischen Herrn an der Bekanntschaft dieses Offiziers mit so seltsamen Charakteranlagen viel gelegen war, weiß ich nicht. Aber es kommt noch besser. Als die 15 000 Mk. bis auf 600 abbezahlt waren, starb auch der Offizier, damals schon ein sehr hoher Offizier. Der jüdische Herr, seines Zeichens ein Arzt, begab sich zu der Witwe wegen der Restsumme. Die Dame ließ ihm gegenüber durchblicken, es handle sich ja wohl um eine Wuchererschuld. Er möchte doch für das Geld einige alte Sachen übernehmen, die er als Jude ja sicher gut zu verwerten wissen werde. Welche Gefühle dem Betreiter der Erben gegenüber dieser Offiziersdame damals befielen, kann ich wohl sehr leicht ausmalen. Er erwiderte indessen nur, seine Familie sei zwar nie reich gewesen, habe aber immer ihre alten Sachen verwahrt, und so wisse er nicht recht Bescheid im Vermerken aller Sachen. Der Name des betreffenden Offiziers ist trotzdem dem jüdischen Arzt, der dies allerdings versprochen haben mag, einem Fremden gegenüber niemals über die Lippen gekommen, obwohl diese trasse Unantastbarkeit und der Gedanke, daß sein Schwiegersohn für seine seltene Gümmigkeit noch nach dem Tode als Wucherer hingerichtet werde, Verunsachung genug gewesen wären.

Wie, Herr Pastor, denken Sie sich, daß Juden sich solchen gesellschaftlichen Antisemitismus gegenüber fühlen mögen? Und was zum Beispiel denken Sie über jenen Berliner Universitätsprofessor, der, obwohl er nicht zur theologischen Fakultät gehört, gern den frommen Christen herausdröhelt und Antisemit ist, weil die Juden den Christen die brühen (!) Stullen und köstlichen (!!) Duden wegnehmen, und der eine Familie, die er nie gesehen und die ihm nichts getan hat, jubelnde Huzulen, um wenige Wochen später an dieselben Leute sich persönlich mit einer Bitte zu wenden?

Glauben Sie, Herr Pastor, daß Sie mit solchen Christen Erben einlegen bei Juden und bei nur halbwegs anständig denkenden Christen, daß solche Männer und Frauen vielmehr das Christentum Andersgläubige gegenüber einigermaßen blamieren? Erken Sie, während der jetzigen jüdischen hohen Feiertage blüht jeder Jude während des Gottesdienstes Gott, er möge ihm vergehen, wenn er etwa irgend jemand grumblos feind gewesen ist. Und Sie sind Priester einer Religion, die die Feinde zu Lieben vorschreibt, und dennoch lehnen Sie und räumen sich des Erfolges dieser Ihrer Lehre, daß Christen Leuten, die ihnen nichts zu leid getan haben, die sie nicht einmal kennen, nicht nur feindlich gesinnt seien, sondern auch sie feindlich zu behandeln, ihnen das Leben vergällen, die Erbsünde erschweren sollen usw.? Kommt Ihnen niemals der Gedanke, daß nicht nur jene oben geschilderten Leute und erst recht die Welt-antisemiten, ja daß Sie selbst das Christentum in den Augen der Andersgläubigen herabziehen?

Sie werden wahrscheinlich sagen: die Juden blamieren sich ja auch durch ihre Betrüger, Wucherer &c. Aber Sie vergessen, daß es Betrüger und Wucherer und sonstige Verbrecher bei allen Konfessionen, Nationen und Rassen gibt. Ich habe den christlichen Heiden der oben erzählten Geschichte nicht zum Vorwurf gemacht, daß die eine den Babusismus betrogen, die andere in wilder Ehe gelebt, der

britte unterschlagen hat usw. Diese Sünden sind interkonfessionell. Der jüdische Betrüger betrügt nicht unüber Juden wie Christen, und er handelt nicht unrecht gegen den Christen, sondern gegen den Dummen, Unerschrockenen, Reichhaltigen etc. Die obigen Gesellschaften sind erzählt worden, weil es sich um Geldentate handelt, die man sich nur Juden gegenüber zu schulden kommen läßt, weil es Juden sind, und weil sie richtiger als der Betrug, der Wucher Juden, diejenigen Christen charakterisieren, die dem gesellschaftlichen Antisemitismus huldben, mandmal selbst, ohne es zu wissen, gemissermaßen leicht infiziert durch die in der Luft umherfliegenden Miasmata.

Wie werden vielleicht ferner sagen: Was sollen ein paar Einzelfälle groß bedeuten! Darauf erwidere ich, daß es sich um einige der zu meiner Kenntnis gelangten Fälle handelt, der ich von allem Treiben mich fern halte und Wert darauf lege, auch einen ganz kleinen Bekanntheitskreis zu haben. Ich weiß aber, daß andere sehr viel mehr solcher Gesellschaften erzählen können. Und operieren nicht gerade die Antisemiten mit Einzelfällen, die sie aufbauschen und für die sie dann die ganze Judenwelt verantwortlich machen? Ich bedauere die hier erzählten Fälle durchaus als Einzelfälle und behaupte nur, daß die Lehre vom gesellschaftlichen Antisemitismus die nicht taktischen Christen leicht zu solchen Häßlichkeiten verleitet, die sie keinem andern gegenüber sich zu schulden kommen lassen würden, und wegen deren sie vielleicht sich selbst schämen.

Ein Jude.

Die Krankenkassen der Deutschnationalen Handlungsgehilfen.

Die Diskussionen, die immer wieder in die Öffentlichkeit über die Leistungen der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg im Vergleich zu denjenigen der Christenkrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg geführt werden, sowie der Wunsch, Klarheit zu schaffen über die Wichtigkeit der Behauptung der Deutschnationalen Kranken- und Begräbnis-Kasse in Hamburg, sie sei nicht nur der Christenkrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg überlegen, sondern auch „die leistungsfähigste kaufmännische Hilfskasse“, haben unbedeutende Interessenten des Krankenkassenwesens, die teuer der in Frage stehenden Kassen näher stehen, veranlaßt, den bekannten Statistiker und Soziopolitiker H. E. Kay zu eruchen, die Leistungen derselben einer Prüfung zu unterziehen und deren Resultat zu veröffentlichen.

Die Ergebnisse dieser Untersuchung liegen nunmehr in einem Heften bei E. Vogten, Hamburg erscheinenden Werkchen vor; es sei gleich vorweg bemerkt, daß die Feststellungen des Verfassers geradezu vernichtend für die Krankenkasse des antisemitischen Verbandes sind, an dessen Spitze der antisemitische Reichstagsabgeordnete Schaal steht.

Die Vergleiche werden mit der Christenkrankenkasse für kaufmännische Geschäfte in Hamburg und den freien Hilfskassen des Verbandes deutscher Handlungsgehilfen, des Vereins der deutschen Kaufleute (Berlin), des Handlungsgehilfenvereins zu Breslau, des Vereins für Handlungsgehilfen von 1858, und des kaufmännischen Vereins zu Frankfurt angestellt und haben folgende Resultate ergeben:

Die Deutschnationalen Krankenkasse ist die leistungsfähigste aller gentraalitäten kaufmännischen freien Hilfskassen, die gleiche Leistung ist den „mittleren Mitgliedern“ der Deutschnationalen zwischen 17 Proz. (eigentlich zwischen 26 Proz.) und 55 Proz. teurer zu stehen gekommen, als bei den übrigen kaufmännischen freien Hilfskassen (im Vergleich zu den größten derselben um 40,5 Proz. resp. 38,2 Proz. teurer), bei denen die Verwaltungskosten zwischen 5,7 Proz. und 13 Proz. der Gesamtausgaben betragen,

gegen 29 Proz. bei der Deutschnationalen. (Bei der Christenkrankenkasse betragen sie 10 Proz.)

Im Durchschnitt sämtlicher gentraalitäten kaufmännischen freien Hilfskassen und der Christenkrankenkasse, aber ohne die Deutschnationalen, betragen die Verwaltungskosten 11 Proz. der Gesamtausgaben, gegen 12 Prozent bei der Deutschnationalen. (Pro Mitglied Mk. 281, gegen Mk. 511.) Der Verwaltungsapparat der Deutschnationalen arbeitet also gerade noch mal so teuer als durchschnittlich der Verwaltungsapparat sämtlicher von uns untersuchten Kassen, — also auch sämtlicher gentraalitäten kaufmännischen freien Hilfskassen.

Ferner hat die Untersuchung ergeben, daß der Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband darum neuerdings die Erhöhung einer gentraalitäten staatlichen Krankenkasse für Handlungsgehilfen betreibt und damit selbst einer so außerordentlich angereizten und zu Werbungsaktionen demotischen Klasse das Todesurteil spricht, weil er sieht, daß keine Kasse mit ihren bisherigen Beiträgen trotz ihrer geringeren Leistungen nicht in der Lage sein wird, ihre in der Zukunft liegenden Verpflichtungen zu erfüllen. Bereits Ende 1909 wird der fünfjährige Ausgabenüberschuß um (mindestens) über 50 Proz. größer sein als das Kassenerlösbudget, — wenn nicht eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in solchem Umfang eintritt, wie er schon aus Konkurrenzverhältnissen als ausgeschlossen gelten muß.

Die Deutschnationalen machen besonderes Aufsehen von ihrem Referendonsfonds. Wie wenig Berechtigung das hat, zeigt der Verfasser. Im den Jahren 1903, 1904, 1905 hatte die Kasse 9050, 11 501, 13 423 Mitglieder. Ein gleiches Wachstum zu Grunde gelegt, ergibt für 1909 einen Mitgliederbestand von 21 000, also für 1905-1909 eine durchschnittliche Zahl von 16 000 Mitgliedern. Das würde bei einer Ausgabe von 29,19 Mk. pro Mitglied, 467 000 Mk. Gesamt-Jahresausgabe im Mittel des Jahres 1908-1909 ergeben, und in dieser Höhe müßte der Referendonsfonds vorhanden sein; noch Einnahmen und Ausgaben damit sich aber nur ein Bestand von 310 000 Mk. und ergibt ein Fehlbetrag von 51 Proz. Der jetzt mit so viel Wichtigkeit betonte Ueberfluß des Vermögens über den fünfjährigen Durchschnitt wird sich also in wenigen Jahren in ein bedeutendes Manko vermanbeln haben. Aber vorantstichlich wird die Kasse weit ungünstiger abkommen, ba die Voraussetzung, daß die Ausgabe pro Mitglied in den nächsten der Jahren nicht steigt, unerfüllbar ist. Diese Lage der Kasse muß natürlich zur äußersten Sparsamkeit anporren und somit auch die Behandlung der Mitglieder beeinflussen. Erfahrungsgemäß hat solche Reduktion der Leistungen aber wieder eine entsprechende Fahrenslinkung der Mitglieder zur Folge. Schon bisher ist der Prozentsatz der Mitglieder, die aus irgend welchen Gründen aus der Kasse aussteigen, größer als bei den anderen Kassen.

In zwei Fällen ist die Deutschnationalen Kasse allen anderen überlegen, das sind erstens die Verwaltungskosten, die bei ihr durchschnittlich doppelt so hoch sind als bei den anderen freien Hilfskassen und zweitens die Strafen; für nicht rechtzeitige Zahlung der Beiträge nimmt die Kasse Verganzgebühr. Bei 11 501 Mitgliedern in 1904 vereinnahmte sie hierfür allein 6250,70 Mk., ferner Ordnungsgeldstrafen 280,15 Mk., zusammen 6530,85 Mark. Die Kasse des Verbandes der Handlungsgehilfen mit 33 500 Mitgliedern vereinnahmte in demselben Jahre 1340,95 Mk. Strafgebelter, die Kasse des Vereins der deutschen Kaufleute mit 6403 Mitgliedern hatte 119,40 Mk. Strafgebelter. Um diese Leistungsfähigkeit der Deutschnationalen Krankenkasse in Verwaltungskosten und Strafgebelter wird aber niemand die Mitglieder dieser Kasse beneiden.

Stellt man diesen Feststellungen gegenüber, daß es in den Flugblättern der deutschnationalen Presse die: Dieser Envidiosität hat keine andere kaufmännische Hilfskasse etwas Ähnliches gegenüberzustellen und „Sie hat sich finanziell so günstig entwickelt, daß sie vor kurzem ohne

Beitragsverböschung den Geschlechtskranken dieselbe Krankenfürsorge eingeräumt hat, wie sie alle übrigen Kranken genießen", so scheint es fast, als habe man damit die Kreise vergrößern wollen, an die man sich wandte. Nebenbei ist die Entschlüsselung, Geschlechtskranken wie alle anderen Kranken zu behandeln, eine Notwendigkeit geworden, denn sonst wäre die Deutschnationalen Rasse nicht mehr den Anforderungen des § 75 des R.-A.-G. gerecht worden. Sie hätte dann nicht mehr den Ostkranken als gleichwertig gegenübergestanden.

Das Kapitel „Geschlechtskrankheiten“ in dem Geschäftsbericht der Deutschnationalen ist überhaupt ein ganz besonders interessantes durch die Feststellung der abnormen Höhe der Geschlechtskranken unter den Deutschnationalen. Die Geschlechtskrankheiten machten im Durchschnitt der Jahre 1901–1904 9,3 Proz. aller Erkrankungen aus; es litten von ihnen daran im Durchschnitt dieser Jahre jährlich 8,1 Proz. der Mitglieder. In einzelnen Bermalungsteilen lag der Prozentsatz der Geschlechtskrankheiten zu unglaublicher Höhe: 1903 in Hannover auf 62,8 Proz., in Königsberg gar auf 76,7 Proz., 1904 betrug er in Tilsit 22,5 Proz., in Danzig 26,6 Proz., in Bromberg 27,2 Proz. Wenn dieser Prozentsatz im Westen im allgemeinen sinkt — Bodum 1904 auf 1,5 Proz. —, so müssen hier wohl auch örtliche Verhältnisse eine Rolle spielen. Es ist daher auch hierdurch als unzutreffend erwiesen, wenn die Deutschnationalen in ihrem „Vorzüge“ betrieblen Propagandablatt unter II. 1. sagt: „Die Deutschnationalen Krankenkasse wird nicht beeinflusst von ungünstigen örtlichen Gesundheitsverhältnissen.“

In der Hauptsache allerdings dürften den durchschüttelt hohen Prozentsatz der Geschlechtskrankheiten nicht örtliche, sondern andere Verhältnisse zugrunde liegen.

Nachdem die neuere Forschung den Zusammenhang der Geschlechtskrankheiten mit dem Alkoholgenuss festgestellt hat*, liegt der Gedanke nahe, daß der hohe Prozentsatz nicht nur der Geschlechtskrankheiten, sondern die hohe Krankheitsrate der Deutschnationalen überhaupt — jedenfalls nicht in letzter Linie — auf denselben zurückzuführen ist, und zwar wird der Gedanke noch dadurch besonders nahe gelegt, daß besagter „Geschäftsbericht“ (vom Juni 1905) mit einem Hinweis auf den übermäßigen Alkoholgenuss schließt, den er in unermesslichster Breite behandelt. Da wird nach der Verwertung, daß der Alkoholgenuss „einen besonders großen Anteil“ an der Schwächung der Widerstandskraft des Körpers und daher an allen Krankheiten, namentlich den chronischen, habe, als typisch berichtet: „Schrieb uns doch noch in den letzten Tagen ein Kollege, der schon deutlich wahrnehmbare Spuren von Herzmuskelschwäche und Leberschwelung hatte, daß er täglich etwas Wein und drei Krüge Bier trinke und dieses zum Leben notwendig sei!“ Wenn in einem knapp gehaltenen Geschäftsbericht über 2 Jahre, der ininfluor „Rassen- und Vermögensrechnung“ nur drei und eine halbe Seite umfaßt, und manche wichtige Mitteilung nicht enthält, Platz für solche Geschwätz ist, dann dürfte in dem Satz bestehen: „Wie zweckmäßig gerade die Auffklärung über die Gefahren des Alkoholgenusses ist,

haben wir häufig erfahren“, das Wort häufig mehrfach zu unterstreichen sein. Darauf weist auch § 8 Ziffer 3 der Satzungen der Deutschnationalen, — dessen Analogien man in denjenigen der Ostkrankenlassen vergeblich sucht —: „Jeder Mitglied der Krankheit vorzuziehen oder durch schärfste Beteiligung an Schlägereien oder Kaufhändeln, oder durch Trunk zugezogen haben, erkalten sie kein Krankengeld.“ Darauf weist ferner auch der ganz abnorm hohe Prozentsatz der Selbstmorde unter den Todesfällen hin. Die Selbstmorde bilden bei den Deutschen der Deutschnationalen Rasse 12 Proz., im Jahre 1904 allein gar 16 Proz. der Todesfälle (5 von 32), gegen nur 3,73 Proz. Selbstmorde unter den Todesfällen der männlichen Mitglieder der Ostkrankenliste (6 von 161). Der Prozentsatz der Selbstmorde ist also bei der Deutschnationalen mehr als 4 mal so groß als bei der Ostkrankenliste. Von der mittleren Zahl der männlichen Mitglieder betrug der Prozentsatz im Jahre 1904 bei der Ostkrankenliste 0,284 Proz., bei der Deutschnationalen 0,505 Proz. (6 von 21 125 resp. 5 von 9902), also rund das Doppelte.

Gerade zu rechter Zeit kommt das Buch von May, denn in diesen Monat wird die Veretrommlung gehalten, nur Mitglieder anderer Rassen zur Ründigung der Mitgliedschaft in diesen in ersonnen und der Deutschnationalen Rasse beigetreten. Auch an die Prinzipale orientieren die Deutschnationalen ihre Arbeitsbriefe, damit diese ihrem Personal den Beitritt empfehlen sollen. Nach der Aufklärung, die ein Unparteilicher in dem genannten Buche gibt, wird bestimmt niemand mehr die Torheit begehen, der Deutschnationalen Rasse den Vorzug zu geben. Aber diejenigen, die da einsehen, daß sie getäuscht worden, als sie den Fingerring in der Deutschnationalen Rasse Glauben schenken, haben (worauf die „Zeit. Bzg.“ mit Recht hinweist) im September allein die Möglichkeit ihrer Mitgliedschaft bei der Krankenkasse und dem antisemitischen Verbands zu fändigen unter Einwirkung ihrer Beitragszahlung für das zweite Halbjahr an die Verwaltung in Hamburg. Die Wirkung des oben genannten Buches auf alle denkenden Mitglieder der Rasse wird die sein, daß sie schließlich den Antisemiten den Rücken kehren. Die Auswahl an guten kaufmännischen Krankenkassen ist groß genug, niemand hat nötig, die Geschäfte des Antisemiten Schopf und seiner Jünger zu unterstützen.

Aus dem antisemitischen Lager.

□ Aus dem Reichstagswahlkreis Weimar wird uns geschrieben: Die Antisemiten denken sich 1908 in unserem Reichstagswahlkreis einzunisten. Dieser Plan wurde schon kurz nach der Reichstagswahlwahl in Eisenach, die für die Antisemiten glänzend verlief, gefaßt. Wie wir nunmehr aus guter Quelle erfahren, schneiden jetzt zwischen den Konfessionen, dem Bunde der Landwirte und der Deutschsozialen Partei Verbindungen, die daran denken, bei der nächsten Reichstagswahl mit einer Sonderkandidatur auf dem Plan zu erscheinen. Schon jetzt geben sich diese unter antisemitischer Führung Aktivitäten die denkbar größte Mühe, den gewerblichen Mittelstand zu umschmeicheln und für sich zu gewinnen. Ganz so hat es ja auch in Eisenach angefallen. Das führende nationalliberale Blatt des Wahlkreises, die Zeitung „Deutschland“, fühlt sich daher zu folgender, nicht unbedeutender Warnung veranlaßt:

„Der antisemitische Reichstagskandidat Lattmann hat es übernommen, den Reben für ein Komposthaufen heranzubereiten. Vor sich ist hier am Wege, besonders auch für die Nationalliberalen. Diejenigen Parteien, die man sich gewöhnt hat, unter dem Sammelnamen der Antisemiten zusammenzufassen, sind jetzt schon für die nächste Reichstagswahl fertig an der Arbeit.“

*) Nach dem zweiten internationalen Kongress zur Bekämpfung des Alkoholismus, der Mitte September 1905 in Budapest tagte, hielt Jozef einen Vortrag über „Alkohol und Geschlechtsleben“, in dem er statistisch darlegte, daß die Weibzahl der verschiedenen Infektionen unter Alkoholwirkung ansteigt. Nach dem Geschäftsbericht der Deutschnationalen aus dem Jahresbericht der A. S. S. (S. 67) erhält jeder von Mitglied der Deutschnationalen das „Recht“ der Deutschen Geschlechts zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, dessen Punkt 3 lautet: „Eine außerordentlich große Anzahl von denjenigen Anhängern kommt im Laufe der Jahre; viele werden durch Alkoholgenuss verführert. Auch dadurch richtet der Alkoholismus viel Unheil an.“

Vor einigen Tagen hatte dieser Abgeordnete Ratmann eine der mit Recht so berühmten Versammlungen aller „nationalen“ Wähler in Weimar einberufen. Man segelt also auch in Weimar unter falscher Flagge. In dieser Wählerversammlung teilte der Abg. Ratmann zunächst mit, daß der angeführte Redner, der antisemitische Oberleutnant v. Kisthufen am Erscheinen verhindert sei, da er an einer Vorstandssitzung der Deutschsozialen Partei in Hamburg teilnehme. Der Antisemit v. Kisthufen soll im Jahre 1908 in Walden gegen den Freisinnigen Postfach landbildeten. Ratmann sprach dann über das beliebte Reizthema: „Grundlagen und Forderungen einer gesunden Wirtschaft- und Sozialpolitik.“ Mit mittelstandsfeindlichen Phrasen lockt man auf antisemitischer Seite die Wähler auf den Leim. Heßigenagelt zu werden verdient die Ausrufung des Herrn Ratmann: Volksfeindlich sei nur eine agrarische Politik. Dabei humpeln die Antisemiten meist auf agrarischen Kräden in den Reichstag. Die Handelskammern bezeichnen er als Vertreter der Großindustrie und des Bankwesens. Seine Stellung in der Judenfrage erörterte Ratmann ausführlich. Den Einfluß des Judentums, namentlich auf dem Gebiete des öffentlichen Lebens, halte er für schädlich auf sittlichen und wirtschaftlichen Gängen. Den Beweis hierfür blieb er, wie immer, schuldig. Das Bildchen von Ahlwardt und Pücker schint jetzt deutschsoziale Parteiparole zu sein. Ratmann erklärte: Der widerwärtige Rabau-Antisemitismus der Pücker und Ahlwardt sei fälschlich unterdrückt.

Rur fittlich? — Der Rabau-Antisemitismus ist eine so spezifische Reinkultur aller antisemitischen Gruppen, daß ihnen das Abhängen der Antisemitengedanken nicht viel nützen dürfte. Geradezu Borniertheit zeigt der Antisemit Ratmann bei seinen Versammlungsvorbereitungen voraus, wenn er mit der unschuldigen Miene erzählt, weil die Sozialdemokraten gegen die Börsen- und Champagnerkurier gekümmert haben, sei zu erkennen, daß zwischen der roten und gelben Internationale vielfache Beziehungen bestehen. Solche Kammernärmen dokumentieren zu deutlich, daß die Verhetzung der einzelnen Volksgruppen nach wie vor antisemitisches Grundprinzip ist und bleiben wird. Man wird dem Einbringen der Antisemiten in unseren Wahlkreis auch weiterhin ein wachsam Auge schenken müssen.

Die deutsche Presse bezeichnen als „elende Judenmacher“, wie man und schreibt, antisemitische Flugblätter, die in Thüringen verteilt werden. In diesem neuesten Heftblatt heißt es u. a.:

„Als gekannte Judenpresse (und andere Preise) ist es fast durchwegs ein rein gewöhnliches Geschick. Da — die Judenpresse in unserm Vaterlande — was hat sie alles mit dazu beigetragen, unter Volk Unmuth zu säuen — auf jedem Gebiet. Oder wer sollte behaupten, daß es andersherum geht? Auf dem Gebiet der nationalen Politik hat es die Judenpresse verstanden, die öffentliche Meinung über die vom Judentum bedrohenen nationalen Interessen „einzumalen“, hat es so verstanden, der jüdischen Kritik freie Zeit zur Beschäftigung und Wiederholung zu gewähren, hat die Bauerntageblätter der Rur“ durch ihre Schreyerbiene unterstützt, hat alle politischen, religiösen, sozialen Verwirrungen, welche dem jüdischen Interesse diese Völkereinklang nicht gewährt, bekämpft, bis aus dem, der gestützt, welche Unruhen auf jedem anderen Gebiet ist es so noch ein Beispiel: Die Rur“ — Jeder Jude, welcher auf künftigen Gebiete als Kleriker (i) oder Dramatiker nur „etwas“ klinkt, erfährt sich einer umgebenen, wohin immer der Rur“ will, ist es kein Wunder, wenn man es so auch so erst seinen Ruf zu befragen oder zu gründen? Elende Judenmacher“, genug davon.“

An diese störenden Unterstellungen schließt sich ein an Gehässigkeiten reicher, von Schmähungen gegen den Besitzer der „Frankfurter Jg.“ Leopold Sonnemann treffender Artikel, der das Jubiläum der „Frankfurter Jg.“ kritisiert. Es heißt, den Verfassern dieses Heftblattes zu viel Ehre antun, wollte man auf diese Pauschalverurteilungen näher

eingehen; wie registriert es auch nur als Dokument für die Art und Weise, mit der im antisemitischen Lager aus Prinzip mit der Unwahrheit operiert wird.

Das Krefeld'sche Organ und das „Pyrker Kreisblatt“, die sich Jahre hindurch auf das heftigste bekämpft, hatten den Versuch gemacht, sich wieder zu versöhnen. Im Verlauf einer Privatbesprechung des Redakteurs Dr. Kauffhold vom „Kreisblatt“ gegen den Redakteur Kemper vom „Mittelhand“ war im Schlußtermin eine Einigung erzielt worden; in dem Protokoll heißt es: „Dr. Kauffhold verspricht dem Redakteur Friedrich Kemper die für ihn in obigen Artikeln ausgesprochenen Beleibigungen. Der Redakteur Kemper erklärt, daß ihm die Absicht der Beleibigung in dem angeführten Artikel fern gelegen hat, und daß er die nach Ansicht des Dr. Kauffhold beleidigenden Worte und Ausdrücke zurücknimmt, und daß er den Tenor dieser Sätze in der Verhandlung im redaktionellen Teil des „Mittelhand“ unter der Rubrik „Lokales und Provinziales“ innerhalb drei Tagen auszuweichen sich verpflichtet. Beide Teile verpflichten sich, in Zukunft den parteipolitischen Kampf rein sachlich und ohne Verrechnung von privaten und persönlichen Angelegenheiten der Redakteure, beziehungsweise Beileger beider Blätter zu führen.“ — Der Friede zwischen den beiden Kampfblättern hat jedoch nicht lange gedauert. Das Krefeld'sche Blatt machte zu dem Vergleich einige Randbemerkungen, die das „Kreisblatt“ zu folgendem Proteste veranlaßten:

„Der „Mittelhand“ bezeichnet die Rur“ (den Vergleich) selbst wieder als einen Kommentar, der an sich unersetzlich vollkommen überflüssig war, gegen den wir aber nicht polemisieren wollen, da sonst der alte Fehler leicht wieder eintreten könnte. Wir stellen nur kurz fest, daß das „Kreisblatt“ bisher den persönlichen Kampf nicht geführt hat, was am besten wohl daraus hervorgeht, daß bisher weder der Abg. Krefeld noch irgend einer seiner Redakteure oder der sonstigen ihm nachstehenden Personen das „Kreisblatt“-Redakteur wegen Beleibigung von den Schiedsrichter zu haben gezwungen waren. Daß wir die Fähigkeit des Abg. Krefeld fälschlich kritisieren, ist unser ganzes Recht. Privat- und persönliche Dinge des Abg. Krefeld beginnender Anhänger sind aber bisher weder von uns erörtert worden und werden dies auch in alle Zukunft nicht. Doch wir auch dem politischen Gegner vergeben, wenn er sich Unrecht einleitet und die beleidigenden Worte und Ausdrücke zurücknimmt, ist nur der richtige Gebrauch und dieses Verhältnissen darf man auch im parteipolitischen Kampf nicht außer acht lassen.“

Die Verletzung des Thüriger Gymnasialdirektors Dr. Wedemann, des konfessionellen Hauptgegners Krefelds, nach Kolberg, hat dem „Mittelhand“ Anlaß zu einem malitösen Vorüberdarg gegeben, auf den das „Kreisblatt“ also repliziert:

„Wir müssen vor allem dem „Mittelhand“ beziehungsweise Herrn Krefeld das Recht absprechen, in dieser Beziehung (in der Mittelhandbeziehung) irgend ein sachverständiges Urteil abzugeben. Herr Abg. Krefeld ist als Vertreter des Deutschen Volksbundes gewählt, hat er noch der Niederlegung seines Parlamentes das Mittelhandsmündel ausgegeben und irgend einen Erfolg für den Mittelhand bisher nicht erreicht. Wie sagte doch der Abg. Dr. Förster, Vertreter des Deutschen Volksbundes für Westfalen, als er 1897 aus der antisemitischen Fraktion austrat: Mittelhand und Krefeld — darauf liegt mir sehr, daß sich nicht erfüllt wird, was wir wollen und was wir nicht wollen.“ Dieser Satz sagt auch auf den Abg. Krefeld. Von irgend einer „gehenden, künftigen, die denen und treueren Volkskreise in sich schließenden Mittelhand-Bewegung“ haben wir bei ihm noch nichts gehört.“

Und so weiter mit wenig Grazie!

Pücker's Kriegsfälle verschwinden. In nächster Woche steht Graf Pücker-Klein-Dehnen von der Festung Bielefeld im Jura, wo er unheimlich Sommerwohnung genommen hatte. Seine Berliner Anhänger planten eine große Demonstration für ihn. Ihre Freude ist jetzt zu Wasser geworden: die rote Pücker-Flagge hat der frühere Leiter der Vereinigung, ein Kaufmann in der Brenzlauer-Allee, in Verwahrung und gibt sie nicht eher heraus, als die ihm seine Anlagen für die Versammlungen zurück-

erstattet werden. Das kann aber nicht geschehen, denn — was das Schlimmste ist — auch die Kriegesflotte, die Einnahme aus den Eintrittsgeldern der Versammlungen, ist verfallen. Zwei junge Leute, die die Gelder im Betrage von zusammen 275 Mark verwahren sollten, sind mit dem Gelde angeblich spurlos verschwunden.

XX. Turnereis. Die Herren Antisemiten können die gründliche Abfuhr, die ihnen seinerseits von der Deutschen Turnerschaft bereitet wurde, noch immer nicht verschmerzen und sie benutzen jede Gelegenheit, sich an den freischützig gesinnten deutschen Turnern zu reiben.

Der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft, die über 100 000 Mitglieder zählt, Dr. Goeck in Leipzig, fertigt in der letzten Nummer der „Deutschen Turnzeitung“, des amtlichen Organs der Turnerschaft, diese Angriffe in folgender Weise ab, indem er schreibt:

„Durch Unheil zur Unheil! Wie sich dieser Ruf der im Turnverein vereinten antisemitischen Turner in der Provinz zeigt, geht wieder einmal aus einem Sommerfeste kindischer Ranzette gegen unsere Geschwisterlichen „Turnvater Wilt!“ in der Steiermark „Zeitschen Schand in der“ hervor — Angreifer, so unwohl, lächerlich und einem so überkommenen Bestreben entwürdigend, daß sie weder Widerlegung noch Verichtigung bedürfen und verdienen.“

In noch weniger anständiger und mannswürdiger Weise geht das antisemitische Blatt, der „Turnerzeitung“, gegen den Kreis Deutschösterreich vor, der doch, weil er keine Juden in den Turnvereinen haben wollte, aus der Deutschen Turnerschaft ausgeschieden ist. Der „Turnerzeitung“ denüchert den Turnverein Hohenems in Borsberg, indem er meldet, daß er zwar sein ausübendes jüdisches Mitglied habe, jedoch seien die jüdischen Juden in S. fast insamant unterhöcker Mitglieder des Turnvereins, und in den Turnvereinen tummeln sich Jährlingen, Fräulein Handwerker und Heilmann Bromberg. — Es ersieht weiter der Mat an den Kreis Deutschösterreich, Linsbach zu halten, — es befinden sich gar viele Turnvereine in seiner Mitte, die sich trotz ihrer jüdischen Angehörigen in antisemitischen Kreise sehr wohl befinden, der Mat ferner, das Kriegsdienst noch einmal ausgedrückt mit dem Rufe: „Gnuss mit den Juden aus dem Turnkreis Deutschösterreich!“

Dr. Goeck schließt sein Blatt mit der Frage: „Ob die Herren Dr. Schmarba und Wesselsen wohl hübsch folgen werden?“ — Eine werden sich wohl hüben, denn mit der Herrschaft der Antisemiten im Turnkreise Deutschösterreich scheint es schnell bergab zu gehen.

Vermischtes.

Die Juden und die Sonntagseruhe. Die „Kreuzzeitung“ behauptete kürzlich, daß die jüdischen Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenversammlung die jüdischen Gegner jeder Erweiterung der „christlichen Sonntagseruhe“ gemessen seien. Dies ist natürlich ein grober Schwindel, der sich aber allernächst aus dem einfachen Grunde nicht nachweisen läßt, weil bei den letzten Verhandlungen der Stadtverordnetenversammlung über die Ausdehnung der Sonntagseruhe namentlich die Bestimmungen nicht festgestellt haben. Von einem Mitglied der Stadtverordnetenversammlung, an das wir uns diesbezüglich um Auskunft gewandt haben, ist der folgende Sachverhalt festgestelt worden:

Bei der ersten Lesung des Ortsstatuts vom 27. Oktober 1904 nahmen für den Entwurf des Magistrats, also die Ausdehnung der Sonntagseruhe, außer dem Vertreter des Magistrats, Stadtrat Weigert, die Stadtverordneten Berlin, Rammann, Dohse, Hingor und Bergmann das Wort, also 6 christliche Mitglieder, darunter die beiden letzten Sozialdemokraten, dagegen die Stadtverordneten Hümpel und Wellach, also 1 Christ, 1 Jude. In dem Ausschusse saßen 11 christliche und 4 jüdische Mitglieder; letztere waren die Herren Rosenberg, Wellach, Hingor und Singer. Der Ausschuss nahm das Statut mit 10 gegen 2 Stimmen an.

Bei der zweiten Lesung wurde ein prinzipieller Widerspruch gegen den Magistratsvorschlag überhaupt nicht laut.

Was die Vorgänge der früheren Jahre anlangt, so wurde im

Jahre 1894 eine Petition, im Jahre 1899 ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Sonntagseruhe mit allen gegen die sozialdemokratischen Stimmen abgelehnt.

Von einer beabsichtigten Gegenkraft jüdischer Mitglieder gegen die Ausdehnung der Sonntagseruhe kann also nicht die Rede sein.

Der Jude als Kulturträger in der Ostmark.

Die Akademie in Posen ist als Zentralstätte deutscher Kultur gedacht. Ihre Höre sollen Pioniere des Deutschtums sein. Das ist eine Aufgabe, für die gewisse Kreise unsere jüdischen Mitbürger nicht für fähig halten. Zuerstfallt uns nun in dieser Hinsicht das Höreergebnis der Akademie zu Posen. Nach den Angaben des Kultusministeriums ergab sich folgende Statistik:

Hörer.					
u.	m.	ch.	luth.	jüd.	zusammen
616	523	644	196	299	1189

26,2 Prozent aller Höre gehören also dem jüdischen Bekenntnis an. Die Akademie in Posen ist nicht die Vorstufe für Beruf, Stellung und Verdienst. Mit dem jüdischen Materialismus ist es also wieder einmal nicht.

Bescheidene Anfrage. Nach der in Bromberg erschienenen „Eisdeutschen Rundschau“ hat ein Herr v. Riesen das Rittergut zu Schönwerder im Kreise Bittlich gekauft unter der Bedingung, es an seinen Polen zu verkaufen, und nach Verpflanzung seines Ehrenworte, daß er es an seinen Polen verkaufen werde, dann aber dieses Gut alsbald doch an einen Polen verkauft. Wir erlauben uns die bescheidene Anfrage, was die antisemitische Presse wohl sagen würde, wenn ein jüdischer Geschäftsmann, der nicht Edelmann ist, der auch nicht sein Ehrenwort verpflanzte, da nicht einmal das Versprechen gegeben hätte, nicht an einen Polen zu verkaufen, dies doch getan hätte. Man würde ihn für einen gefälschten Landesverräter verurteilen und der Verachtung der ganzen Nation preisgegeben haben. Ja, die ganze jüdische Bevölkerung würde man für diesen Geschäftsmann verantwortlich gemacht haben und befeuern: so sind diese Juden; für Geld ist ihnen alles feil. Dagegen fällt es keinem einzigen Juden ein, weil ein Herr v. Riesen so gehandelt, wie er nicht hätte handeln sollen und dürfen, die Edelstein der Nation, die Nation selber und gar die Christenheit verantwortlich zu machen. Sollten die antisemitischen Herrschaften aus diesem Vorfall nicht lernen, für die höchste Tat eines Einzelnen nicht eine ganze Religionsgemeinschaft zur Rechenschaft zu ziehen, sondern eben nur den betreffenden Einzelnen?

Der Landwirtschaftsminister v. Podbielski wird jetzt von dem antisemitischen Reichstagsabgeordneten Raab in einer Flugzettel als „Wucherer“ geschildert.

In dem Laborat heißt es u. a. wörtlich:

„Ich möchte anstreichen, daß wir der Minister Podbielski, was ich auch nur bedauern kann, immer auf's Beste gefallen hat. Diese frische Unterlage! (1) Mir lagte mir so zu. Und ein „Kluger Herr“ ist Pod, obgleich ich nicht den Eindruck ergabender Billigkeit machte! — Ich habe oft gewünscht, daß doch alle Minister so sein möchten, wie er war. Volksworte und Volksweise waren und sind mit ihm zufrieden. Bloß die „fortreken“ (2) Leute, von denen es zur Zeit unglaublich viele geben muß, sind es nicht.“

Herr Raab gehört jedenfalls nicht zu den „fortreken“, d. h. in diesem Falle normal denkenden Menschen.

Zeitschriften und Juden. Mit der Ueberlieferung Saana cuique erhalt die „Süddeutsche Volkszeitung“ aus jüdischen Kreisen eine längere Zuschrift, welcher wir die folgenden Ausführungen entnehmen:

der Verfolger schließlich alles Gefühl der Verantwortung vor Gott und Menschen. Gottes Rächten mahlen langsam, aber sie mahlen klein! Andererseits schaden die Verfolgungen dem unterdrückten Volke nicht immer. Dieses hat am besten das jüdische Volk bezeugt, das trotz 2000-jähriger Verfolgung große und seltene Tugenden aufweist und den gesamten Handel und das ganze Finanzwesen monopolisiert hat. Daß das jüdische Volk, trotz gewalttätiger Fernhaltung von allen schweren körperlichen Arbeiten, die landwirtschaftlichen Traditionen aus den Tagen Davids und Salomons nicht ganz vergessen hat, beweisen mit eie Befürwungen der J. L. D. nach einem großen jüdischen Gedenkwesen auf landwirtschaftlicher Grundlage. Nehner schloß unter draufendem Beifall mit der Hoffnung, daß die Verleumdungen der J. L. D. in absehbarer Zeit vermindert werden mögen.

Deutschenbasser und Antisemit. Aus Bukarest.

12. September, wird der „Frankf. Zig.“ geschrieben:

Seit einigen Tagen haben wir hier Rumänen und rumänische Gesangsvereine aus den Königreiche Serbien, aus Ungarn und Österreich, zu Besuch. Große Festlichkeiten wurden zu Ehren dieser Gäste in der Ausstellung veranstaltet. Die Gesangsvereine produzierten sich in prächtiger Weise, wachte der anwesenden fremdbildenden Rumänen führten ihre Volkstrachten an, und der allgemeine Eindrucksdruck, der sich in fremden Räumlichkeiten zeigte, war um so verstärkter, als zum ersten Male sich Vertreter des rumänischen Volkstums aus allen Ländern zusammengekommen hatten. Die Gäste maßen auch verschiedene Rundzüge; ein Teil von ihnen ging nach Sibiu und konnte vor dem Königspaar beifallen. Weiter fand man überall eine Gesangsproduktion in der rumänischen Arena der Ausstellung statt, zu der auch der hierige deutsche Gesangsverein „Transilvania“ eingeladen war. Inerz produziert sich hierige ausländische rumänische Gesangsvereine; dann traten die deutschen Sänger auf. Sie

himmeln erst ein Huldigungslied mit rumänischem Text an, dann sangen sie aber ein deutsches Lied. Nachdem der letzte Ton verhallt war, erhob sich von seinem Sitz der Professor der Geschichte an der hiesigen Universität Nikolai Torga und rebte die Menge mit den Worten an: „Wir haben nicht gebauet, daß Französisch gesprochen wird, und sollen jetzt das Deutsche intonieren.“ Ein truchbarer Lärm entstand bei diesen Worten. Ein Teil der Anwesenden protestierte gegen Torga, ein anderer applaudierte dem antisemitischen Professor, während die Veranstalter der Feste sich bei den deutschen Sängern wegen der ihnen angetanen Beleidigung entschuldigten. Nach dem Fest wurden nach Torga große Huldigungen dargebracht. Dieses Ereignis bildete natürlich den Gesprächsstoff der ganzen Stadt. Das Benehmen des Professors Torga muß aus schärfer mißbilligt werden. Der Verein Transilvania wurde zum Fest eingeladen; er kam, um den rumänischen Gästen und Sängern zu hulden. Der Vergleich mit den antisemitischen Musikanten, die hier im vorigen Winter aufgetreten haben, ist falsch. Bei diesen handelte es sich um Anhangen gegen Mitglieder der besseren rumänischen Gesellschaft, also gegen Rumänen, die für eine Wohlklingende Musikstellung, die im Nationaltheater stattfinden sollte, französische Stücke gewählt hatten. Weiter handelte es sich um einen aus Deutschen bestehenden Verein, der den rumänischen Sängern hulden wollte und dies dadurch bewerkstelligte, daß er ein Lied in der rumänischen Sprache sang, die den meisten seiner Mitglieder gänzlich fremd ist. Ob Herr Torga aber seinen Fehler einsehen wird, ist schwer zu sagen, denn er, der als Historiker ein feinfühler Sammler und ganz tüchtiger Gelehrter, nach Aussehen kompetenter Persönlichkeiten, sein soll — ist als Politiker gänzlich unzulänglich. Er, der deutsche Universitätsrat hat bezeugen müssen, prebigt doch gegen fremde Völker, in erster Reihe gegen die Juden, denn in seiner Zeitschrift „Norma romane“ (Der rumänische Staat) gibt er sich dem brutalen Antisemitismus hin. Er hängt ihn nicht einmal das wissenschaftliche Material an, das bei manchen Antisemiten, die Anspruch auf Bildung erheben, jetzt üblich ist. Man muß aber mit Verwunderung feststellen, daß alle maßgebenden Personen die letzte Umgebung des Herrn Torga mißbilligen.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ rechtzeitig zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

plehen, daß nur dem Disauswurf in Weimar genehme Persönlichkeiten zu Wort kommen. Schließlich hat eine solche Aufmachung von Versammlungen ziemlich Ähnlichkeit mit der von den Antisemiten geübten und bei ihnen so erprobten Methode der geheimen Konventikel, ist also auch nicht danach angehen, den Rimbuss der antisemitischen Nationalbühne zu verläßern. Ueber die Weimarer Beratungen wird noch einiges zu sagen sein. Die Presse aber sollte der Nationalbühne Barriere und deren Propaganda mit der nötigen Vorsicht gegenüberstellen.

Antisemitismus in den deutschen Kolonien.

Gewöhnlich herrscht in neuerschlossenen Kolonien größere Duldung als in alten dichtbevölkerten Ländern. Die Gründe liegen auf der Hand. Der Wettbewerbs ist nicht so scharf und dem entsprechend ist auch der Egoismus, wohl das Hauptmotiv bei den meisten Antisemiten, geringer. Auch lehrt wohl die größere Abhängigkeit von einander, nachschützer zu sein mit den Nachbarn, und die Menschen, die auf Arbeit angewiesen sind und alle Anderen arbeiten sehen, haben nicht Zeit Grollen zu säugen, faulerbüßig zu werden und sind darum besser, zugänglicher und ungeschlossener. Aber unsere deutschen Kolonien scheinen, wenn anders die „Deutsch-Südwestafrikan. Ztg.“ wirklich deren Ansichten vertritt, leider eine Ausnahme bilden zu wollen; es droht dann die Gefahr, daß die Kolonisation in Südwestafrika durch den Antisemitismus ebenso erschwert wird wie die Germanisierung in den ehemals polnischen Provinzen.

Das genannte Blatt schreibt — und die antisemitische Presse des Vaterlandes druckt es natürlich mit Vorfreude nach — was folgt:

„Unserm Schulgebiet drohen ernste Gefahren durch die Einwanderung russischer Juden und sonstiger bischul-unfähiger Elemente aller Rassen. Sie machen den alten angesehnen Handel konfuzieren, drängen Schandbären herein und verschleudern sie zu billigen Preisen. Hier in Westafrika hat fast unter jedem Baum ein betrogener „Schwartz“ seinen fliegenden „Store“ aufgeschlagen. Einer von ihnen hat neulich den ersten „Rudbeck“ eröffnet. Was hat das gemeint? So wie das bisher gegangen ist, kann es auf keinen Fall weitergehen. — Es war so natürlich, daß mit dem steigenden Handel aus Kapland und Britisch-Südwestafrika während der letzten Jahren eine Menge Juden hierher gezogen hätten; denn wo ein Geschäft zu machen ist, da sammeln sich die Hebräer! Also zeigt sich auch in dieser Beziehung die Anwesenheit des Hebräers, der uns die Eisenbahn des Diamantshafts nicht bewilligt, als verhängnisvoll für unser Land. Der Handel nach Kapland nämlich bringt uns russisch-polnische Juden, diese Leute, die von in ganz Südafrika unter dem Namen „Bantier“ kennt, deren Handel in den Wangengenen Tobaksmilch, Silberstein und sonst wo durch unzähligen Schandgeschäften mit Eingeborenen, durch Kuffen aus entmenschten Gold und gefälschten Diamanten möglichst wohl ein Vermögen zusammenzubringen sucht. Man sollte diese Leute nicht herein in unser Land, wenn ihre Bantier nicht in Ordnung sind. Denjenigen aber, die schon hier sind, lege man die Papiere dar. Bei den allermeisten werden die nicht in Ordnung sein, und dann raus mit diesem unheimlichen Verbrechungsbande! Man gebe ihnen keine Handels- und Geschäftslizenzen.“ Bei allen Dingen aber darf die Regierung nicht zulassen, daß solche Leute hier Land kaufen. Unser Land soll doch eine „Gedung des Deutschthums“ werden. Die Juden wissen aber „polisch freigesend“. Darum lasse man sie nicht herein! *Videant consules!*“

Hören wir dagegen eine andere unendlich kompetentere Stimme über die Juden in Südafrika. In Kapstadt hat am 1. Juli eine Versammlung der Ito satzungsgemäßen, an der auch eine große Anzahl besonders hervorragender Christen teilnahm, die sich ausnahmslos für den Plan der Ito aussprachen, in Afrika eine jüdische Kolonie unter britischer Oberhoheit zu gründen. Auf dieser Versammlung wurde auch ein Brief von Olive Schreiner, der berühmten afrikanischen Romanautorin, die infolge ihrer afrikanischen Geburt

und ihrer Abstammung von einem der hervorragenden südafrikanischen Staatsmänner die Verhältnisse und Bedürfnisse Südafrikas besser kennen dürfte, als der vielleicht erst vor einem Jahre aus der Mission eines deutschen Antisemitendankes aus irgend welchen Gründen nach Südafrika verbannte Schreiber, der noch keine Gelegenheit gehabt hat, seinen engen Gesichtskreis drüben zu erweitern.

In dem Briefe zollt Olive Schreiner zunächst den Verdiensten des alten Judentums um die Kultur uneingeschränkte Anerkennung, alsdann den Verdiensten der Juden der neueren Zeit, und dieser Teil schließt: „Wenn ich bedenke, welche glänzende Luft entstehen würde, wenn der geistige Einfluß der Juden aus der Welt entfernt würde, dann erfüllt mich Erstaunen darüber, daß nicht die ganze zivilisierte Welt beherrscht wird von dem Bewußtsein der großen Schuld, die sie dem jüdischen Volke gegenüber hat.“

„Und — fährt sie fort — noch mehr bin ich erstaunt, wenn man mir sagt, daß die Juden fern gehalten werden sollten, weil sie heute der Welt noch nichts mehr zu bieten haben, als heillose Finanzoperationen, und weil sie kein anderes Ziel kennen, als sich selbst zu bereichern.“

Nachdem Olive Schreiner des Judentums ausführlich, wie es gekommen, daß die Juden sich hauptsächlich dem Gewerbe gewidmet haben, sagt sie:

„Wenn gar behauptet wird, daß die Juden ausgeschlossen werden sollten, weil sie unsere so strengen Geschäftssitten korumpieren, dann bin ich verblüfft über die Kühnheit einer solchen Behauptung. Wenn ich die umgebenen und düsteren lobenden Ergebnisse studiere, die in diesem Lande oder Amerika oder auch Europa unzähligen Geschäftstreibern zuzuschreiben sind, dann bin ich geradezu überreist, daß die Juden in Südafrika oder sonstwo eine so geringe Rolle dabei gespielt haben. Wäre ich die Romanistin der Männer durch, die an der Spitze der Standard Oil Company, der Chicagoer Fleischhaus und der großen Lebensversicherungsgesellschaften stehen, die heute mit ihrer Schmach die ganze Welt erfüllen, dann finde ich, daß die Juden nur durch ihre Abwesenheit glücken. Und wenn ich in meiner Nähe oder in Amerika oder Europa die finanziellen Gläubiger studiere, die das öffentliche Leben beiräumen oder gar Kräfte“ hervorgerufen haben, dann finde ich wieder, daß die Rolle der Juden dabei hinter der der Nichtjuden zurücksteht.“

Noch mehr ist man erstaunt, wenn mit ungläubiger Unkenntnis gesagt wird, daß der Jude, gleichviel, was er in der Vergangenheit geleistet sein und getan haben mag, doch heute kein höheres Ideal zu setzen vermag, als den Gewinn des Reichthums für sich.

„... Wenn ich an die ersten Juden und Jüdinnen denke, die ich persönlich gekannt habe, dann finde ich, daß ihre außergewöhnliche Eigenschaft ein vorzügliches Jüdisches war, das sie befähigte, große physische Ideen zu fassen, ihnen mit größter Fähigkeit treu zu stehen und für ihre praktische Durchführung zu leben. Das sind auch die Eigenschaften, die zu allen Zeiten die Juden zu ersten Führern gemacht haben, und die heute ihren Ausdrucks finden auf dem Gebiete sozialer und politischer Reformen.“

Olive Schreiner schließt ihre Beurteilung des jüdischen Charakters mit folgender bemerkenswerten Erklärung:

„Unter der kleinen Zahl von Männern und Frauen, die zu jeder Zeit ihrer großen Geistesgaben nicht zu ihrem eigenen Vorteil, sondern im Dienste höher Ideale und zum Nutzen des ganzen Menschengeschlechts verwendet haben und verwenden, nehmen die Juden

*) Diese auf den Krieg bezügliche Bemerkung der Tochter eines Staatsmannes, der unter dem Krieg mit seinem Vaterlande besonders gelitten, verdient besondere Beachtung, da die Antisemiten mit der ihnen eigenen Unkenntnis der Dinge und Unverständlichkeit behaupten, die Juden hätten den Ruin des Reichthums verschuldet. Rom. d. Ad.

heute, wie sie es zu allen Zeiten getan haben, in der allerersten Reihe Platz."

Öffentlich wird der neue Kolonialdirektor, nicht weil jüdisches Blut in seinen Adern fließt, sondern weil er ein weltbildender und vorurteilsloser praktischer Geschäftsmann ist, nicht auf den bösen Rat des antisemitischen kolonialen Kleinbilders, der seine Tätigkeit zum Gaubium der Antisemiten im Mutterlande in der Deutsch-Südwestafrikanischen Zeitung" abgelagert hat, hören, sondern auf erfahrene Südafrikaner und mehr Gewicht legen auf seine eigene Erfahrung und Vermunft. Rat hat wohl schon viel über unsere Kolonialpolitik wie über unsere Kolonisten Klagen gehört, aber daß über die Juden in den Schutzgebieten besonders oder überhaupt gesagt worden sein sollte, hat man nicht gehört. Sollten unsere südwesafrikanischen Anlieher wirklich über die jüdische Konkurrenz Klagen, dann fürchten wir, daß von ihnen nur gesagt werden kann, was in den meisten Fällen von den Antisemiten hierzulande gesagt werden muß: sie verstehen es, mit dem Antisemitismus Geschäfte zu machen.

Die Antisemiten und die Äußerung des Kaisers über die Presse.

Die angebliche mißfällige Äußerung des Kaisers über die deutsche Presse bereizt Herrn Dr. Frisch, den bekannten antisemitischen Publizisten zu dem in Nr. 101 des „Hammer“ begründeten Vorstoß, der Kaiser möge „den Augiasfall der Presse ausfügen lassen und sich so einen Namen machen für alle Zeiten. Ein dankbares Volk würde ihm als Bestenbester allezeit verehren."

Wir fürchten, der Kaiser würde, wenn er ganz den Intentionen des Herrn Frisch entsprechen sollte und könnte, nicht ein Gefallenbester, sondern ein Bestreuer vom Gefallen sein. Denn wenn die Germanen — es wäre nach Herrn Frisch „ein Gebot der nationalen Selbsterhaltung und Selbstachtung, daß im Deutschen Reich nur deutsche Männer deutsche Zeitungen schreiben dürfen" — wirklich so spottischlechte Journalisten wären, wie sie nach der von Herrn Frisch im „Hammer" gegebenen, natürlich wohlmeinenden Schilderung sind, dann gäbe es im Deutschen Reich überhaupt keine moderne Zeitung, und die Deutschen müßten sich ihre Zeitungslust aus dem Ausland beschaffen, was allerdings Herr Frisch durch ein Verbot des Bezuges ausländischer Zeitungen zu verhindern vorschlagen würde. Aber die Germanen denken garnicht daran, so schlechte Journalisten zu sein, wie Herr Frisch sie schildert, sondern sie sind im Gegenteil ganz viele und tüchtige Journalisten.

Aber ist es nicht für einen Vertreter der antisemitischen Presse besonders leichtsinnig, den Kaiser aufzufordern, daß er den Augiasfall der Presse reinigen soll? Wie, wenn der Kaiser den eisernen Befehl oder den von Monsieur Zerkles angewandten Wasserstrahl zuerst und ausschließlich gegen die antisemitische Presse richtet? Der Kaiser hat ein Interesse daran, darauf zu sehen, daß all seine Untertanen möglichst in Frieden leben, und die antisemitische Presse hat keinen anderen Zweck, als unaufhörlich gegen einen Teil der Bürger die ganze übrige Bevölkerung durch Verbreitung von Lügen, falsche Auslegungen, Uebertreibungen und Entstellungen z. z. aufzuheizen.

Der Kaiser weiß, daß *Justitia fundamentum regni* rum. Er hat aber erfahren müssen, daß, wenn die Justiz sich einmal weigert, einen Juden zu verbrennen, bloß weil die Antisemiten aus Grund phantastischer Märgen und leichtfertiger Gerüchte ihn zu beschuldigen liebten, die antisemitischen Journalisten die ganze deutsche Justiz mit Rot be-

werfen und ihr in der Sprache der Ahlwardt und Büdler das allerhöchste nachsagen, was sich der Justiz nachsagen läßt.

Der Kaiser hat schon ein rein menschliches Interesse daran, Männer von Geist, Wissen, Können und Mitleid in seine Nähe zu ziehen, mit ihnen sich zu unterhalten und selbst mit ihnen sich zu besprechen. Will aber die Wahl des Kaisers auf jüdische Männer dieser Art, dann mag ihm zu allererst und nachdrücklich die antisemitische Presse diese Wahl zum Vorwurf und gibt sich alle Mühe, diese Männer, die nicht einmal im eigentlichen öffentlichen Leben stehen, sondern nur Tüchtiges geleistet und Gutes getan und eben dadurch die Aufmerksamkeit des Monarchen auf sich gelenkt haben, auf die allgeringste Weise zu beschimpfen. Die antisemitische Presse gönnt dem Kaiser nicht das aller-einfachste Recht jedes Menschen, sich seine Privatfreunde unter den ihm zugehörigen Menschen auszuwählen.

Der Kaiser hat als Monarch das lebhafteste Interesse daran, begabte, leistungsfähige und leistungswillige Männer im Staatsdienst zu verwenden. Ist aber der Uregropater eines solchen leistungsgedächtnigen und opferwilligen Mannes ein Jude, dann, Kaiser, ist das ganz was anderes. Dann ist in der antisemitischen Presse ein Zammern und Klagen darüber, daß der Kaiser das Reich an den Rand des Abgrundes führe und es hinabzustößen im Begriff stehe.

Der Kaiser fordert in Breslau und in der Ostmark die Bevölkerung auf, ohne Rücksicht auf konfessionelle Unterschiede gemeinsam das Interesse des Reiches zu fördern und die antisemitische Presse bereitet nur die Konfessionsbege. Der Kaiser will die Religion dem Volke erhalten wissen, und in demselben Organ, in welchem Herr Frisch ihm vorschlägt, den Augiasfall der Presse ausfügen, im „Hammer" haben wir schon die unchristlichsten Gedanken und Vorurteile gelesen. Ja, noch mehr! ein einem Pastor, einem früheren Hofprediger, Herrn Sieder gebührendes Blatt, die Staatsbürgerzeitung", traut der Heilwirkung der Taufe so wenig zu, daß es den Urtel eines Juden, der sich getauft hat, noch als einen Juden betrachtet und sich vor ihm gewissermaßen beugt.

Wie nun, wenn der Kaiser nach all diesen Erfahrungen es für seine erste Pflicht hielte, die antisemitischen Journalisten auszuwischen? Wir könnten das sehr wohl begreifen, wenn wir es auch keineswegs vorschlagen würden. Jedemfalls ist es seitens der Herren antisemitischen Journalisten sehr leichtsinnig, dem Kaiser den eingangs erwähnten Vorschlag zu machen. Bei den Journalisten soll es nach Herrn Frisch weniger auf Schulkenntnis ankommen, als „auf den rechten Geist und den starken lauternden Willen und auf etwas, das sich nicht beschreiben läßt". Den Antisemiten in der Presse fehlt aber gerade der rechte Geist. Einen starken Willen haben sie allerdings, aber nur den starken Willen zu schaden.

Wiener Brief.

XVII.

(Ein Urteil über die Journalisten und Dr. Kueger. — Die Wiener Heiligsage. — Der christlichsozialer Gemeinderat Stiller sagt über Dr. Kueger.)

Wien, den 30. September 1906.

Ich weiß nicht, welche Rolle der Geheimre Archivar Dr. Paul Baer in der reichsdeutschen Gelehrtenwelt spielt, ich kann nur sagen, daß er in Wien mit wenig Glück austrat. Als Vorsitzender des Schlichterorgans hatte er die unerfreuliche Mission, dem Bürgermeister Dr. Kueger für die Gastfreundschaft, die den im Rathaus gebeten Gelehrten erwiesen wurde, Dankesworte zu widmen. Wären bei dieser Gelegenheit einige höfliche Bemerkungen mehr als zu

billigen ist, aufgewendet worden, hätte die Öffentlichkeit sicherlich Gnade für Recht ergötzen lassen. So aber hat der Geheimne Archivar das Beharrnis gefaßt, seinem bedrückten Herzen Luft zu machen und das Bild des Bürgermeisters der Haupt- und Residenzstadt Oesterreichs von dem „Schmutz“ zu befreien, mit dem es die bösen Journalisten besudelt haben sollen. Dr. Zueger bat sich in seiner Begründungsrede aber das Thema „Geschichtslügen“ ausgelassen und in der humorvollen nachlässigen Wiener Sprechweise über die Wagners gewiß, die die Errettung der abendländischen Kultur von der Tüchtigkeit für sich in Anspruch nehmen, während man doch sonst meine, daß dies Wiener Verdienst gewesen sei. Und was antwortete der Vorsitzende des Historikertages, der Schüler Rantke? Man höre und laune:

„Dr. Zueger hat eine kleine Wohnung an die Historiker gerichtet, er hat den Geschichtslügen gesprochen; aber es sind nicht die Historiker, die die Lügen verbreiten, das sind die Zeitgenossen, das sind die Journalisten, die solche Dinge in die Welt legen. Es ist eine ärgere Geschichtslüge, als jene, die man uns im Rechte erzählt von diesem Manne, der da vor uns sitzt, von diesem „schwarzen“ Manne, der hier Platen den Licht über die Stadt ausgebreitet hat, von diesem „schwarzen“ Manne, der die Stadt Wien zu einem Glanze erhoben hat, die wir bis der 50 Jahren nie geahnt hätten? Wie sollen die Geschichtslügen zu dem, was dieser Mann für den Schmutz, die Verleumdungslüge, Verleumdungen, für die Großthatigkeit, für alles das, was einer Großthat gilt und was sie schändlich zu tun verstoßen? Alles das erfüllt uns mit Freude und Begeisterung und die Historiker, wir werden uns nicht beeindrucken lassen durch das, was die Journalisten uns erzählen.“

Ich gestehe, die rasche Auffassungsgabe des Herrn Ballen ist bewundernswert. Der Geschichtswelt drei oder vier Tage in Wien und schon glaubt er befähigt zu sein, die Leute scharf abzuputzen, die ihr Urteil auf jahrelange Beobachtungen stützen. Ich persönlich habe Dr. Zuegers Erwählung größtentheils mitreißt, ich kenne alle Phasen seines Werdeganges. Aber als ich vor zwei Jahren daran ging, die Geschichte dieses Mannes zusammenzufassen darzustellen, da besaßte ich mich viele Monate mit mühevollen Protokollen und Zeitungsausschnitten, ehe ich es wagte, mein Urteil definitiv festzulegen. Und ich bin einer von den Journalisten, die der Geheimne Archivar der Lüge selbst. Allein das schönste ist ja: Der Mann, der eine so schwere Aufgabe erhebt, hat gar keine Ahnung davon, wie über Dr. Zueger geurteilt wird. Er macht ins Blaue hinein Vorwürfe. Hat irgend jemand zu leugnen versucht, daß Wien heute besser beleuchtet sei, als vor zwanzig Jahren; gibt es irgend einen Menschen, der jemals behauptet hätte, die Stadt werde nicht von Jahr zu Jahr schöner, haben nicht alle immer ohne Einschränkung zugegeben, daß Dr. Zueger sich durch die Wege der Gärten und durch die Anlage neuer Alleenflächen ein Verdienst erworbe? Allerdings hätte auch ein anderer Bürgermeister nicht anders verfahren können, denn Wien verliert durch die Verbauung des Praters — wofür Dr. Zueger selbstverständlich nichts kann — so große Wiesenflächen, daß irgendwie für die Beschaffung neuer Zufahrtswege gesorgt werden muß. Alles was Herr Dr. Ballen zum Lobe des Bürgermeisters sagte, wird aber von jedem Wiener bestätigt. Wo bleiben aber die Geschichtslügen der Journalisten? Diese argen Wahrheitverderber haben ja noch mehr getan, als der Geheimne Archivar. Wer hat nicht — die Lage des heftigen Kampfes, die Wahlgatten ausgenommen — immer bestätigt, daß Dr. Zueger ungewöhnlich ein Talent sei. Mit seinem Charakter steht es allerdings anders. Doch der Bürgermeister von Wien ist keine Privatperson, die einzig und allein nach ihren individuellen Fähigkeiten beurteilt wird; er hat die Verantwortung für seine Partei, die sein Geschöpf ist, zu tragen,

er muß für den Ritualmordpeyalisten Schneider, für den Schulvererber Geymann, für den Pfaffen-Schneider, für den Hauswurst Viehoflamel o tutti quanti einstehen. Ging denn dem Herrn Geheimnen Archivar in dem „großen Wien“ kein Licht auf, als sich der jüngste kaiserliche Rat Bergant, der Herausgeber des „Deutschen Volksblatt“ erhob, um den Journalistenhand zu verteilen? Hat der Schüler Rantke jemals einen Blick in dieses Blatt geworfen, dann mußte er sich doch sagen: Du lieber Himmel, wie schlecht sieht es mit einem Gemeinwesen aus, in dem die Bergantis in erster Reihe stehen! Sollte Herr Dr. Ballen aber nicht wissen, wer der Besitzer des größten christlichsozialen Parteiblattes ist, dann empfehle ich ihm das Protokoll des Projectes Bergant-Schönerer zur nachträglichen Durchsicht.

Um nun zu zeigen, wie die gegnerischen Journalisten über Dr. Zueger urteilen, möchte ich mir ausnahmsweise erlauben, mich selbst zu zitieren. Ich kann dies umso berechtigter tun, weil die folgenden Schlüsse meiner bereits erwähnten Arbeit keineswegs von verschiedenen liberalen Blättern Oesterreichs übernommen wurden.

„Dr. Axel Zueger — herzlich ich — brock die Unmöglichkeit einer Partei, die sich ihr unterbewußtlich stellt. Wen muß der Beurteilung der Sozialen in Betracht ziehen, der österreichische Mittelstandsmann, der schwere Berge auf sein Haupt geladen hatte, mit den Bedürfnissen der Zeit in Konflikt geraten war, jedoch schließlich sein Ziel herbeigeführt wurde. Doch was der Führer der Christlichsozialen an seine Stelle setzt, ist in nichts besser und in allem schlechter. Dori politische Verhältnisse aus Rücksicht, hier politische Reaktion aus Überzeugung, dort wenigstens teilweise Freisinnigkeit, hier auch diese durch förmliche Maskerei ersetzt, das ist der Unterschied von einst und jetzt. . . . So habe ich die vielen Fähigkeiten dieses Politikers. So habe ich, daß er gerade in einer Periode heranzutreten mußte, in der der kleine Mann sich ärmend in Szene setzte, während die Aristokratie, die Stadt der Zukunft noch redlich und darum politisch weniger bedeutungsvoll war. Unter anderen Umständen, bei etwas härteren moralischen Bedingungen hätte er zu einer Reihe seines Vaterlandes, seiner Vaterstadt werden können. . .“

Wien steht gegenwärtig im Zeichen der Fleischfrage. Die Gemeindeverwaltung hat vor zwei Jahren der Wilsch der Fleischhauer durch zwei Mittel zu begegnen gesucht und leider in beiden Fällen negative Resultate erzielt. Zuerst wurde ein städtisches „Uebernahtsamt“ gegründet, das die „jüdischen Viehhändler“ beseitigen und den Produzenten, also den Viehhäuter in direkte Verbindung mit den Fleischhauern setzen hätte wollen. Aber das kommunale Amt konnte im vorigen Jahre bloß 1333 Stück Rindvieh nach der Hauptstadt bringen, indes insgesamt 282266 Stück zugeführt wurden. Gegenwärtig jedoch ist im „Uebernahtsamt“ ein vollständiger Stillstand in der Zusendung von Rindern eingetreten“, heißt der letzte Magistratsbericht über die Fleischfrage ein. Das Amt löst sich selbst auf. Die zweite Gründung richtete sich gegen die Fleischhauer. Die Gemeinde Wien schuf im Vereine mit der Länderbank und einigen Privaten eine „Großschlachtere“ mit einem Aktienkapital von vier Millionen Kronen, wozu die Stadt eine Million beisteuerte. Diese Großschlachtere sollte zur Verbilligung der Fleischpreise auf zweierlei Weise beitragen. Sie suchte mit den Viehproduzenten in unmittelbarem Verkehr zu treten (anfanglich durch das Uebernahtsamt, später direkt) und wollte das zugeführte Fleisch mit einem minimalen Aufgen an die Detailfleischhauer Wiens abgeben. Gleichzeitig aber bezieht sie sich vor, eigene Detailverschleißstellen zu errichten, wenn die kleinen Fleischhauer sich nicht mit einem angemessenen Gewinne begnügen und die Preissteigerung weiter fortsetzen würden. Die Genossenschaft der Fleischhauer war von der Gründung des Instituts selbstredend nicht entzückt; im Gegenteil, sie wollte sich nicht auf die Finger setzen

loffen und eröffne den Kampf mit einem Bogott. Die „Großschlachtere“ aber begannen mit der Einrichtung eigener Filialen, in denen das Fleisch wirklich um einige Heller billiger feilgeboten ward. Doch auch die Großschlachterei (laborierte an dem Uebel, daß sie sich das Vieh nicht direkt beschaffen konnte und am Ende auf die Zwischenhändler angewiesen war. Zudem scheint der Krieg mit den Fleischbauern Herrn Dr. Euzger nicht sehr angenehm zu sein und es verlautet nun — offiziell wird es vorläufig noch geleugnet — daß die Großschlachterei in den Besitz der Fleischbauergemeinschaft übergehen soll. Öffentlich rauft sich der Bürgermeier noch im letzten Augenblicke auf und verteidigt die Transaktion. Die Großschlachterei hat an sich eine Exklusivberechtigung, nur braucht sie Zeit, um sich bei den Produzenten einleben zu können. Der christlichsoziale Gemeinderat Hütter, der Vorstand der Fleischbauergemeinschaft, darf nicht über den christlichsozialen Großfleischhauer Dr. Euzger stehen denn das wäre eine Niederlage für die Bevölkerung.

rm.

Rußland.

Die antisemitische Presse aller Länder behauptet, daß die Juden die Hauptträger der Revolution sind. Die Sprache der russischen Höfen trakt diese Behauptung indessen Lügen. Von den Anschlägen der 369 politischen Prozesse, welche im Jahre 1905 in Petersburg verhandelt wurden, gehörten 62½ pSt. dem Bauern-, 27½ pSt. dem Mittelstand, der Rest anderen Berufsständen an. Der Mittelstand, der in Rußland kaum 12 pSt. der Gesamtbevölkerung ausmacht, hat also mehr als 27 pSt. aller Revolutionäre gestellt. Wie eink in allen anderen Ländern, geht die Revolution in Rußland von den Städten aus und nicht vorwiegend von dem Mittelstand geleitet. Man müßte demnach erwarten, daß die Juden, die ja von der Regierung seit fünfundsiebenzig Jahren genauso in den Städten zusammengepfercht werden, ein unerschöpflich reiches Kontingent — sagen wir 10 pSt. — aller Revolutionäre gestellt haben. In Wirklichkeit verhält sich die Sache ganz anders. Während der zehn Monate vom 23. November 1905 — 23. August 1906 sind in Rußland nicht weniger als 12 694 politische Verdächtige meist nach Ostsibirien verbannt worden. Unter ihnen befanden sich nur 9/2, d. h. kaum 7,65 pSt. Juden. So steht die antisemitische Fabel von der überwiegenden Anteilnahme der russischen Juden an der Revolution in statistischer Belenkung aus. Man muß dabei ferner noch berücksichtigen, daß eine große Anzahl jener jüdischen „Revolutionäre“ tatsächlich mit der Revolution nicht das Geringste zu schaffen hatten, sondern von erpresserischen Beamten, deren Dabig sie nicht befriedigen konnten, dessen bedrängt wurden, oder dafür büßen mußten, daß sie während der Pogrome ihren bedrohten Glaubensgenossen beistanden.

„Zum Verständnis der jüdischen Frage in Rußland“ schreibt der Peterburger Mitarbeiter der nationalliberalen „Königsb. Allg. Ztg.“:

„Wenn das Einzelne, das die Regierung im Auge hatten, nämlich die Bekämpfung des jüdischen Einflusses, seinerseits erreicht worden ist, so überhaupt nur nicht zu erreichen war, so haben diese Ausnahmsregeln zu einem Resultat geführt, das für die Regierung und das ganze Land geradezu verhängnisvoll ist. Ich meine hier die allgemeine, bis ans äußerste grenzende Erbitterung der jüdischen Bevölkerung. Wer niemals Gelegenheit hatte, die Städtchen und Marktflecken des Ankerbundesgebietes zu besuchen, der hat keinen Begriff von dem grenzenlosen Groll, der befehlenden Stimmung der jüdischen Bevölkerung.

Doch lassen wir Zahlen reden. Nach den statistischen Angaben des Jahres 1896 (Materialien zu der ökonomischen Lage der Juden in Rußland, Band II, Seite 286) lebten 18,8 pSt. der jüdischen Bevölkerung des Ankerbundesgebietes auf Kosten der öffentlichen Wohltätigkeit. Um dieses Verhältnis mit westeuropäischen Zuständen zu vergleichen, siehe die folgende Daten für Westeuropa, wo der Prozentsatz der auf Gemeindefürsorge versorgten Armen beträgt in Frankreich 4,7 pSt., in Deutschland 3,4 pSt., in Großbritannien 2,9 pSt., in den Vereinigten Staaten 0,14 pSt. In der Stadt Wilna steigt dieser Satz bis zu der ungeheuerlichen Norm von 37,7 pSt. (Siedemann, die rechtliche Stellung der Juden in Rußland p. 22). Leute, die unter solchen Umständen ihre Dolein fristen oder auf solchen Verhältnissen herabgegangenen sind, haben nicht viel zu verlieren, wenn sie den verblüfftesten Kampf gegen die bedrohenden Zustände führen, und man kann es dann oft begreifen finden, daß zahlreiche junge Männer in die Reihen der Regierungskräfte traten. Damit wäre auch insofern die Frage wenigstens teilweise beantwortet, ob sich inwiefern die ganze Bewegung eine jüdische ist. Die Juden streben nach Befreiung aus ihrer gegenwärtigen Lage, und sie haben wohlhabend Grund genug, um nach der Gleichberechtigung mit den übrigen Staatsbürgern zu ringen... Im Interesse des allgemeinen Friedens im Lande wäre es — abgesehen vom höheren, humanen Gesichtspunkte — durchaus wünschenswert, daß die Gleichberechtigung der Juden zustande käme. Es ist auch hier zu betonen, daß die Regierung, die unter dem teiligen Bruch des tschibigen „zu spät“ steht, die Judenfrage nicht früher gelöst hat, als sie noch in der Diskonanz ihrer Material stand und von den Ministern weniger zu befürchten hatte. Doch auch jetzt ist der Zeitpunkt nicht verloren, denn mit der Aufhebung der jüdischen Ausnahmsregeln würden alle konstitutiven Elemente unter den Ankerbunden der Regierung als Verbündete gewonnen werden und eine dringende Frage aus der Welt geschafft sein.“

In dem gleichen Sinne sprach sich der ehemalige Dumaabgeordnete Graf Tyszkewitsch in dem Kabelettsorgan aus:

„Seit Jahrhunderten leben die Juden in Polen, seit Jahrhunderten brüht zwischen ihnen und der tschibigen Bevölkerung der Wirtschaftskampf, in welchem einzelne den Grund des Zwischaltens zwischen Russen und Juden sehen moßen. Derenungeachtet hat Polen nie Judenbegegnung genannt. Ja, es läßt sich noch mehr sagen: In Polen gibt es „Polen jüdischen Glaubens“, also Juden, die Polen so sehr als ihr Vaterland betrachten, daß sie sich in den Freiheitskämpfen ebenso wie die Vertreter der tschibigen polnischen Familien opferien. Damit läßt sich dieses tschibige Zusammenleben von Polen und Juden erklären? Doch nicht etwa dadurch, daß beide seit 70 Jahren in gleicher Weise geduldet werden? Allein auch zu den Zeiten, wo Polen noch unabhängig war, kam es zu keinen solchen Vorgängen, daß eine Bevölkerungsklasse gegen die andere gehet wurde. Man erhebt in der Wohlthäter Klause den Vorwurf, daß die jüdischen politischen Organisationen sich verteidigt und zusammengeschlossen hätten, aber tun das nicht auch die tschibigen Organisationen in den Oberprovinzen oder anderen Teilen des Reiches? Wenn Juden erheben dieses Zusammenwachsen seiner rechtlosen Lage wegen als schon eine ungeheure Ungerechtigkeit, so ist das ein Verbrechen. Darin liegt aber auch der Schmerzpunkt der Frage. Weil einzelne das tschibige Kriterium der Juden in politischen Kämpfen für ein Verbrechen halten, wird zu solchen Mitteln wie Judenbegegnung gegriffen. Hierbei gibt es nur einen Kund und eine Abhilfe: das ist die volle Gleichberechtigung der Juden. Die rechtliche Stellung der Juden ist die Quelle aller Erniedrigung und Schande, sie muß daher aufgehoben werden. Nur die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Juden kann der unheilbaren Lage der Dinge ein Ende machen. Diese Gleichberechtigung fordert ebenso das Volksgewissen wie der öffentliche Augen, denn mit der Gleichberechtigung schwindet jenes Unglück aus Rußland, welches man die Judenfrage nennt.“

Man sollte annehmen, daß diese Notwendigkeit auch den beschränktesten Köpfen einleuchten müßte. In Rußland

herrischen aber leider, was die elementarste Auffassungs-
gabe anlangt, in den leitenden Kreisen anormale Zu-
stände.

Aus dem antisemitischen Lager.

Auf die erdichtete Großrabbinerrede, welche die ruffische Genußgesellschaft der deutschen Antisemiten jetzt als wirksame Vorbereitung für Pogrome verbreiten, ist das Organ Liebermann v. Sonnenberg's, das bekanntlich den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen kann, diese Lüge zuerst in Umlauf gebracht zu haben, noch besonders folg. Die „Deutsch-soz. Blätter“ schreiben nämlich:

„Ganz besonders gute Aufführungswaffen hat unsere deutsche antisemitische Bewegung den Nachzuarande geliefert. So ist „die Großrabbiner-Rede“ Seite 385 bis 392 des Antisemiten-Ratichismus, in ungezählten Millionen Exemplaren durch die Regierung im ganzen Lande verbreitet worden.“

Und zum Schluß heißt es:

„Den Rufen nehmen wir allerdings mit Verriedigung entgegen, daß mit dem Wachen aus unseren Aufführungsbüroal das ruffische Volk aus den Töbischen befreien kann, wenn es den Willen dazu hat.“

Damit übernimmt also das Hauptorgan der deutsch-sozialen Antisemiten in frechem Zynismus auch die Verantwortung für die Folgen etwaiger neuer durch das lügnerrische Flugblatt hervorgerufenen Zusammenstöße!

Die antisemitische Reformpartei hält vom 20. bis 22. Oktober d. J. in Kassel ihren diesjährigen Parteitag ab. Außer den regelmäßig wiederkehrenden Berichten der Parteileitung der Reichstagsfraktion, der Abgeordneten der Einzelanträge, der Kommissionen usw. stehen auf der Tagesordnung des Parteitags folgende Vorträge: „Stellungnahme zu unserer inneren und äußeren Politik“ (Abg. Zimmermann), „Die Bedeutung der Rassenfrage für unser Volkstum“ (Justizrat Schnaack-Weipig), „Die Lage in Hessen“ (Rechtsanwalt Harmony Kassel).

Außerdem soll eine Revision des Parteiprogramms erörtert werden.

Die Zeitung des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes läßt jetzt durch die ihr nahestehende antisemitische Presse verbreiten, daß sie gegen den Hamburger Stadthalter H. C. May wegen der in seiner Broschüre über die Kaufmännischen Krankenkassen enthaltene scharfe Kritik der Deutschnationalen Rasse Strafantrag wegen Verleumdung gestellt habe, ebenso gegen diejenigen Blätter, die von dem Inhalt der May'schen Kritik ihren Lesern Kenntnis gegeben haben. Zu den letzteren gehört u. a. die „Frei. Stg.“, die hierzu bemerkt, daß sie zwar einen „ruppigen Brief“ von der deutschnationalen Leitung erhalten habe, daß ihr aber eine Klage bisher nicht zugelegt sei. In dem „Sam. b. Fremdenbl.“ steht sich Herr May selber mit den Deutschnationalen wegen seiner Broschüre aneinander und bemerkt in der Einleitung:

„In Art. 228 des „Frankfurter Fremdenblattes“ richtet der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband (D.-N. G.-V.) Angriffe gegen mich in Bezug auf meine im Verlage des E. Wahlen, kürz. erschienene Schrift „Kaufmännische Krankenkassen“, die er mit der Erklärung einleitet, daß er sowohl mit, als meinen Verleger verklagt habe, aber verschweigt, woran er mich verklagt haben will. Daß er mich verklagt habe, höre ich aus den Wahlen, und habe gleich damals meiner Überzeugung Ausdruck gegeben, daß er, in der Unmöglichkeit die Ergebnisse meiner Arbeit zu widerlegen, diese Racheakt nur deshalb, um in Ermutigung kühnerer Eiferlinge, auf Basis meiner Arbeit erfolgende Angriffe einfach damit erwidern zu

können, daß er sagt, er habe mich verklagt und man solle das Urteil abwarten. Und so ist es denn auch gekommen! Aber weder mein Verleger noch ich haben bis jetzt eine Klage gestellt erhalten, obgleich meine Arbeit schon vor zwei Monaten erschienen ist. Sollte die Behauptung der angeklagten Klage aber auf Wahrheit beruhen, so wird das „Fremdenblatt“ lange warten können, bis der D.-N. G.-V. ihm das Ergebnis derselben berichtet, und wagt so freundschaftlich, daselbe auch dann zu veröffentlichen, wenn dies von meiner Seite geschieht.

Wenn es wahr ist, daß Zeitungen, welche über die Ergebnisse meiner Untersuchungen berichteten, sich weigerten, eine Entgegnung des D.-N. G.-V. aufzunehmen, so behaupte ich das schon deshalb, weil es mir die Möglichkeit nimmt, den Lesern derselben zu zeigen, zu welchen Mitteln derselbe seine Zuflucht nimmt. Wenn der D.-N. G.-V. mich mißachtet will, welche Blätter das waren, will ich meinen Einfluß dahin geltend machen, daß seine Verurteilung aufgenommen wird. Was dahin aber glaube ich, daß er seine Behauptung nur aufstellt, um daran die Mitteilung von der eingeleiteten Klage zu knüpfen, und dadurch bliesenden Blätter, die nach nicht über meine Arbeit berichtet haben, davon abguzusehen, es noch zu tun. Wie sehr der D.-N. G.-V. meine Arbeit mißachtet, geht am besten daraus hervor, daß er in einem fest Spalten langen Artikel seines Organs, der „Deutsch. Handels-Blatt“, der einer direkten „Larzelur“ seiner eigenen, im „Jahresbericht“, und „Verrechnung“ gegebenen Statistik nicht zurückgeht, den Titel meiner Arbeit und den Verleger derselben verschweigt und den Namen ihres Verfassers falsch angibt, auf daß es demjenigen, der die Behauptung der „Deutsch. Handels-Blatt“ auf ihre Richtigkeit prüfen wollte, nur so recht erschwert werde, in einer Buchhandlung ausfindig zu machen, um welches Wort es sich handelt. Wahlen von den 15 000 Mitgliedern doch nur etwa 1000 in Hamburg. Von einer gegen mich angeklagten aber auch nur beschuldigten Klage schwärzt dieser erst am 15. September erschienene Artikel oder gänzlich. Dabei daß die Leser der „Deutsch. Handels-Blatt“ ein viel zu großes Interesse am Ausgang solcher Klage, als daß man damit rechnen könnte, daß sie solche Mitteilung, ebenso wie die Leser der Tagespresse, mit der Zeit weiter vergessen werden. — Weiter habe ich von diesem Artikel erst eben zufällig Kenntnis erhalten, und wird die „Deutsch. Handels-Blatt“ den mir zugehenden, eine Verleumdung ihrer unrichtigen Behauptungen aufzunehmen, die, neubeil bemerkt, so sehr ich bedaure, daß ich in meiner nach unserer Veränderung schon bei Widerlegung der widersprüchlichen Behauptung angeht, war, als ich den Angriff im „Fremdenblatt“ zu Gesicht bekam, in dem ebenfalls mit solchen Behauptungen operiert wird.

Auf die Ergebnisse dieses Prozesses, wenn es überhaupt zu einer materiellen Verbindung und Entschädigung gelangt, wird man in der Zeit gespannt sein dürfen.

Aus dem Reichstagswahlkreise Weimar wird uns geschrieben: Hier wird es als eine Beilegung der von den „Mitteilungen“ getragenen Nachricht, daß die Antisemiten bei den nächsten allgemeinen Wahlen mit den Wählern und Konservativen gemeinsam eine Sondertandabarte aufstellen wollen, angesehen, daß der 10. Parteitag der Christlichsozialen Partei unter Sadlers Regie in diesem Jahre vom 30. September bis 1. Oktober im Weimarer Rathsaal stattfinden wird. Die Zahl der Christlichsozialen in Weimar, wie überhaupt im ganzen Großherzogtum Sachsen-Weimar ist aber so verschwindend gering, daß die Wahl Weimars zum Reichstagsparlament allgemein frapieren mußte und selbst die nationalliberale Presse zu allerhand Vermutungen anregte; besonders da Sadler noch nie in Weimar öffentlich aufgetreten ist. Daß das Wählertum angebracht war, beweist eine an die Vorsteher der Nationalliberalen mit großer Geschäftigkeit gerichtete Erklärung eines Christlichsozialen Parteiführers, in der hervorgehoben wird, daß die Wahl Weimars für den diesjährigen Parteitag harmlos und ohne jede Nebenabsicht geschehen sei, sowie die ausdrückliche Versicherung,

daß die Partei keine speziellen Wahlzwecke verfolgt. Wer Stöcker kennt, weiß, was er von solchen Versicherungen zu halten hat. Jedenfalls wird man aus der antisemitischen Bewegung in Weimar bald erkennen, wem der jüngste Frischling gilt.

Die antisemitische „Deutsche Hochwacht“ fagt in einer Polemik gegen ein nationalliberales Blatt, das den Titel „Deutschland“ sähet und dessen politischer Redakteur Kopl heißt:

„Es gibt Verwirreteres, so sich Deutschland nennt, eisereis ist es ein Land mit Wäldern, Flüssen und Feldern und Bergen; dieses nennen wir unser Vaterland, das Erbe unser Väter, man weiß kaum noch, ob es sich verlohnt, die Erbklaffschaft anzutreten. (Sehr komisch für Erb-pächter nationaler Gesinnung. D. Red. d. „Mit.“) Andererseits ist es ein stolzer Panzer — der Salut schreit, wenn der König von England Geburtstag hat; dies nennen wir „E. M. S. Deutschland.“ Endlich gibt es noch drei der Deutschen Schatzkammern. Jähder Geiz eine Zeitung „Deutschland“. Ihr Schriftleiter ist ein Herr Georg Kopl. Diese „Deutschland“ tollt seit einiger Zeit die Antisemiten an. Wie wollen uns den „neuen Kopl“ etwas näher betrachten.“

Ein feiner Ton!

Von dem oberbayerischen Schwurgericht ist dieser Tag der „Hosfiesentag“ Zeller wegen Wuchers und Kleindeckelung zu 3 Jahren Zuchthaus, ferner wegen Betrugs zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Der frühere Kornmacher und jetzige „Kommissionär“ Zeller war ein bekannter Bauantifemist in München, der stets gegen die „wunderliche Ausbreitung durch die Juden“ agitiert hat. Er wird sich außerdem Anfangs Oktober in einem neuen Wucherprozeß als Angeklagter zu verantworten haben. Es ist recht bedauernd, an diese Weise von Zeit zu Zeit einen Wild hinter die Kulissen des antisemitischen Kalpertheaters werfen zu können.

Vermischtes.

In dem „Offenen Brief an den ehemaligen Vosprediger Herrn Adols Stöcker“, den wir in der vorigen Nummer der „Mit.“ veröffentlicht haben, sendet uns der Verfasser noch folgenden kleinen Nachtrag:

„Die Witwe eines getauften Juden, der die höchsten Aemter und Ehren erlangt hat, die Kaiser, Reich, Staat, Volk, Gesellschaft und Wissenschaft vereinen können, dem von berufener Seite das Zeugnis reinster Vaterlandsliebe und nationaler Gesinnung ausgehelt worden ist, dessen Namen genannt wird, nennt man die besten Namen, eine geschichtliche Bedürfnisheit ersten Ranges, der in der Geschichte des deutschen Volkes leben wird, so lange das Deutsche Reich bestehen wird, sucht Aufnahme in ein Berliner Pensionat. Die Vorleberin weist sie zurück, weil sie keine Juden aufnehme. Der Vater der Pensionatsinhaberin, ein vorurteilsfreier früherer Oubelbesitzer, stellt die Tochter deswegen zur Rede und fragt sie, ob sie denn auch antisemitisch geworden sei. „Mich im geringsten, Papa, emigretet sie, oder wenn ich die Dame aufgenommen hätte, dann hätten so und so viele mein Pensionat verlassen.“

Nun, Herr Pastor, was sagen Sie zu dieser Beistimmung des gesellschaftlichen Antisemitismus, den gefördert zu haben Sie sich mit so viel Selbstbewußtsein rühmen? Aus meinem Briefe in der letzten Nummer haben Sie ersähen können,

wie Juden über grundlosen Haß denken. Nun, ich will Ihnen heute noch etwas aus der jüdischen Ethik mitteilen. Wenn ein Jude eine hervorragende Persönlichkeit, gleichviel welchen Glaubens, zu Gesicht bekommt, dann spricht er ein Danksgebet, daß Gott ihn gemüßigt habe einen Abganz von seiner Verleumdung schon zu lassen. Welche Ethik, denken Sie, Herr Pastor, ist die schöner und empfehlenswertere, diese jüdische oder die Ihrige, die ich nicht ungerecht genug bin, die christliche zu nennen?

Am Ende kommt noch einmal Ihr Tag von Damaskus, an dem Ihnen vor dem von Ihnen gefährdeten gesellschaftlichen Antisemitismus selbst bange wird. Ich wage das zwar kaum zu hoffen, aber es geschieht manchmal doch Zeichen und Wunder. Und so ein gar großes Wunder wäre es eigentlich nicht, wenn ein Pastor, ein Herr, der ein frommer Mann sein will, zu der Erkenntnis gelangte, daß eine Lehre, die solche Früchte hervorbringt, wie ich sie gesehe, in der Augen weber der Juden, noch der Moslems, noch selbst halbjudifizierter Heiden und dann doch gewiß in den Augen Aller, die von dem Geist des Christentums auch nur einen Hauch verspürt haben, schon sein können.“

Die Wahl der Referatsoffiziere. Die zur Zeit im Kriegsministerium erderrte Änderung in dem Wahlverfahren der Offiziere des Beurlaubtenstandes soll, wie übereinstimmend von verschiedenen Seiten mitgeteilt wird, darin bestehen, daß in Zukunft allein das aktive Offizierskorps die Wahl vorzunehmen hat, während zur Zeit die Wahl von dem Offizierskorps des Landwehrkommandos vollzogen wird. Man verspricht sich von dieser Aenderung einen Wegfall der politischen und konfessionellen Einflüsse, die bisher zweifellos vielfach auf die Richtwahl von sonst durchaus geeigneten Offizierskandidaten wesentlich bestimmend gewesen sind.

Im Zentrum klagt man schon seit langer Zeit darüber, daß Katholiken oft nur wegen ihres religiösen Bekenntnisses die Befähigung zum Referatsoffizier abgesprochen worden ist. Dabei ist das Zentrum doch heute die eigentlich regierende Partei. Männer, die sich offen zu freisinnigen politischen Anschauungen bekennen, haben aber bei dem zur Zeit bestehenden Wahlmodus, wo im Offizierskorps des Landwehrkommandos die agrarischen Rittersgutsbesitzer und Oberamt-männer usw. in den meisten Fällen die erdrückende Majorität besitzen, noch weit geringere Chancen gehabt. Juden wurden, wie die „Vd. Rorr.“ mit Recht hervorhebt, grundsätzlich von der Beförderung ausgeschlossen, und zwar, wie in diesem Falle unvorbedeutend feststeht, ausschließlich wegen ihrer Religion. Es hat sich nämlich allenfalls die merkwürdige Erscheinung gezeigt, daß Juden, denen, wie gesagt, grundsätzlich die Befähigung zum aktiven und Referatsoffizier ab-erkannt wird, in dem Augenblick für qualifiziert erachtet wurden, wo sie sich lausen ließen. Ob das jetzt anders werden wird, und ob politische Parteilichkeiten ausfallen werden, wenn ausschließlich das aktive Offizierskorps die Entscheidung zu treffen haben wird, wagen wir allerdings bei dem ausgeprägten politisch-konfessionellen Charakter des Offizierskorps kaum zu hoffen.

Frankfurt a. M., 27. September. In der „Frankfurter Zeitung“ vom 16. August vorigen Jahres erschien eine Korrespondenz aus Schlesien, die sich mit der Verhandlung gegen den Grafen Büdler-Klein-Idine wegen Mordung und Beteiligung vor der Ologauer Strafkammer befaßte. Wegen dieser Korrespondenz war Anfrage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, Albert Büdler, wegen Verleumdung des Ologauer Gerichts gestellt worden.

In der heutigen Verhandlung heißt der Angeklagte, daß der Artikel, der von einem sonst zuverlässigen Berichterstatter herrührt,

den daraus hergeleiteten Vorwurf der Parteilichkeit gegen die Richter einzufile. In dem Bericht war hervorgehoben, daß von Ausübung des ersten Termins gegen Völkner nicht als sechs Monate verstrichen wären, daß schließlich nach Erneuerung in der Person ein neuer Termin angelegt worden sei. Ferner wurde erwähnt, daß Völkner bei der Verhandlung nicht die Anklagebank betreten habe, daß er durch die Thoren der Kirche besonders höflich behandelt sei, daß der Vorsitzende eine herausfordernde Ausrufung Völkners, wie „das verfluchte Sie nicht“, ruhig habe hingehen lassen. Schließlich sollte die Gegenüberstellung der niedrigen Strafe Völkners zu der schweren Bestrafung eines Diensthändlers wegen Verwundung von 35 Wunden (Mißhandlung) eine Vergleichung enthalten. Der kommissarisch benannte Landgerichtsdirektor Roth-Slegau hat die frühere Terminsänderung damit erklärt, daß ein Verstoß gegen die geistige Zurechnungsfähigkeit des Gelehrten und vorläufige Unterbringung in der Irrenanstalt zur Beobachtung geführt, aber von der höheren Instanz wieder aufgehoben worden sei, und die Angabe über die höhere Verhandlung Völkners bestritten. Wenn es auf die Benennung Völkners: „Das verfluchte Sie nicht“ nicht eingebracht sei, so liegt das daran, daß man den Angeklagten habe ausreden lassen wollen, um sich ein Bild von seinem Geistesstand zu machen.

Staatsanwalt Dr. Hoffmann liest aus dem Bericht den Vorwurf der Parteilichkeit heraus. Er meint, daß man hier den Verfasser hätte nennen können, da er einen unvoreingenommenen Bericht gefaßt habe. Völkners der Sache sei zu beschuldigen, daß der „Frankfurter Zeitung“ sonst nicht der Vorwurf zu machen sei, daß sie Artikel in einschlägiger Weise aufnehme, im Gegenteil. Er beantragt 100 Mk. Geldstrafe.

Der Vorsitzende H.-H. Dr. Berg erwiderte, daß der Angeklagte gegen die Willkür seines Standes und gegen die allgemeinen Grundsätze verstoßen habe, wenn er den Verfasser anstandslos freigesprochen hätte. Im übrigen bestritt er, daß der Artikel, auch soweit seine Wichtigkeit nicht bewiesen sei, belästigend sei. Die Wünsche, aus denen in einem Gerichtshof ungewöhnliche Ausweisungen Südländers gegenüber dem Vorsitzenden nicht gerügt werden feien, seien den Jüdischen nicht erkennbar gewesen. In der Gegenüberstellung der beiden unmittelbar hintereinander gesprochenen Irrtümer liegt nur die Konstatierung von Tadeln, nicht aber der Vorwurf der Parteilichkeit. Die „Frankfurter Zeitung“ erwähne schon früh, in welcher Weise der geringfügigen Ausweisung wegen Völkner auf Zuchthausstrafe erkannt wurde, da sie seit Jahren für Gefährdung der Reichsicherheit eintrete. Wie sehr es dem Artikel ferngelegen habe, dem Völkner Gericht eine Parteilichkeit bezuzuschreiben, beweise der Umstand, daß der Artikel die ungerade Ausrufung Völkners als einen unverständigen Vorwurf der Parteilichkeit brandmarkte.

Das Gericht hielt eine Verurteilung für notwendig, da der Vorwurf der Parteilichkeit und der Verleumdung sich aus dem Bericht ergabe. Bei der Strafzumessung sei zu berücksichtigen, daß die „Frankfurter Zeitung“ im großen und ganzen sehr vorsichtig bei der Aufnahme ihrer Berichte verfahren. Es wurde auf 100 Mk. Geldstrafe erkannt.

Friedrich Wilhelm IV. und der jüdische Gasthofbesitzer. Als Friedrich Wilhelm IV. im Jahre 1840 auf seiner Reise nach Königsberg i. P. durch Landsberg kam, dessen erster Gasthausbesitzer jüdischen Glaubens war, äußerte ein Mitglied des Magistrats dem Monarchen gegenüber, daß man Anordnung getroffen habe, Sr. Majestät eine andere Wohnung einzuräumen; aber der König entgegnete: „Es ist mein Will, da zu wohnen, wo auch mein seliger Vater gewohnt hat. Ich denke zwar nicht daran, den jüdischen Gasthofbesitzer zum Christen zu machen, fürchte aber auch nicht, von ihm zum Juden gemacht zu werden.“

Ein Postmeister jüdischer Konfession. Herr Joseph Michaelson in Koppenhagen, hat dieser Tage seinen 80. Geburtstag gefeiert. Ein Sohn armer jüdischer Eltern, beschäftigte er sich eine Zeit lang mit journalistischen Arbeiten und wurde dann, nachdem er die Universitätsabsolviert hatte, in der Postverwaltung angestellt. Als praktischer Mann fand er die damalige Postordnung zwischen den Staaten zu kompliziert, aber erst im Jahre 1866 glaubte er eine praktische Lösung gefunden zu haben: ein gleiches Porto für Briefe nach allen Ländern. Im April 1868 wurde vom dänischen Auswärtigen Amt eine von Michaelson in französischer Sprache verfaßte und seinen Vorschlag enthaltende Schrift allen ausländischen Regierungen und Postverwaltungen zugestellt und im Dezember 1868 wurde Stephens bekannte „Dent-

schrist“ veröffentlicht, der Michaelsons Vorschlag zu Grunde lag. Von allen Seiten, auch von ausländischen Postverwaltungen, wurde Michaelson aus Anlaß seines 80-jährigen Geburtstages geehrt. Der König ließ ihm die goldene Verdienstmedaille überreichen, eine Medaille ist zu seiner Ehre geprägt worden und seine Wüste in Marmor gehauen, mit im Nationalmuseum im Schloss Frederiksberg aufgestellt worden, während seine Bronzestatue im neuen Zentralpostgebäude Platz finden wird.

Briefkasten.

N. N. in Berlin. Sie haben vollkommen Recht. Der „Berliner Beobachter“, der ein freiwilliges Organ sein will und mit Nebenartikeln wie: „Ketzereien, die unvernünftig“ herumwirft, hat am allerwenigsten ein Recht, sich über Politiker zu äußern, die dem Verein deutscher Studenten angehört haben, ohne jeht jemals sich öffentlich oder privat antijüdisch betätigt zu haben.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und
unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a. m. 0,40.
 2. Die Antisemiten und das Christentum a. m. 0,30
- erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Heibergstr. 241.

Die älteren Jahrgänge

der „Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 laßen gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgelegte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

schüttern zu können. Und nun sollen sie die Dynastien Englands und Preußens, der Kaiser von Indien und Deutsch-land gefährden. Und König Edward und Kaiser Wilhelm sollen es glauben, sollen sich — fürchten vor den Juden.

Die „unpolitische“ Mittelhandvereingung.

Die nach der Behauptung ihrer Freunde unpolitische Mittelhandvereingung ist in Wirklichkeit nur eine Filiale des politischen Antisemitismus. Das geht ganz deutlich aus der Rede des Vorstands in den Tagen in Berlin abgehaltenen Generalversammlung und der politischen Parteilichkeit der Personen hervor, die der Vereingung telegraphisch ihre Sympathien bekundeten.

Nach dem offiziellen Bericht — es war nur ein der Stöckerischen Richtung angehöriger Berichtshatter zugelassen, der seinen Bericht nach dem Genus des Vorstands unterbreiten mußte — haben u. a. gesprochen: Th. Friß, der langjährige Leiter der „Antif. Korresp.“, der Redakteur der „Staats. Sig.“, K. A. M. M., Lehrer Berg, antisemitischer Reichstagskandidat für Deutsch-Krone, Schriftsteller Wegner, ein bekannter antisemitischer Versammlungsredner. Der antisemitische „Deutsche Volksbund“ war durch seinen „Großmeister“ Prof. Paul Höcker offiziell vertreten. Die gleichzeitig in Weimar tagenden Stöckerischen Christlich-sozialen sandten ein Begrüßungstelegramm.

Diese kleine Zusammenstellung der Hauptwortführer der Mittelhandvereingung zeigt recht anschaulich den innigen Zusammenhang der Vereingung mit dem politischen Antisemitismus.

Ueber eine höchst interessant verlaufene Versammlung der Ortsgruppe Kienitz des „Niederösterreichischen Handwerkerbundes“, der sich im Laufe des vorigen Winter korporativ der Mittelhandvereingung angeschlossen hat, entnehmen wir dem „Kien. Anz.“ das folgende:

Der Anschluß des Niederösterreichischen Handwerkerbundes war nicht ohne kräftigen Widerspruch einer zahlreichen Minderheit der Mitglieder erfolgt. Der Widerspruch ging im wesentlichen von denjenigen Mitgliedern des Handwerkerbundes aus, die nur im Vertrauen auf die Zusicherung, daß der Bund ein gänzlich unpolitischer Verein für Standesinteressen sei, überhaupt beigetreten waren. Daß der korporative Beitritt zur Mittelhandvereingung sich nicht gut mit dem angeblich unpolitischen Charakter des Handwerkerbundes verträgt, das ahnten doch viele Mitglieder, und daher erklärte sich der starke Widerspruch. Man hatte doch schon allerlei von der Mittelhandvereingung gehört; man hatte gelesen, daß diese neue Vereingung bei verschiedenen Nachwahlen eigene Reichstagskandidaten aufgestellt, ein förmliches Programm veröffentlicht und auch mit anderen politischen Parteien — merkwürdigerweise nur mit Konservativen, Agrariern und Antisemiten — Wahlbündnisse abgeschlossen hatte. Das lag nicht nach unpolitischer Tätigkeit aus, und es war klar, daß auch der Kienitzer Handwerkerbund durch seinen korporativen Beitritt in das Getriebe der neuen Parteigründung hineingezogen werden würde. Freilich hatte es eigentlich nicht erst des Anschlusses an die Mittelhandvereingung bedurft, um mißtrauische und klärende Rente erkennen zu lassen, daß der Handwerkerbund nach dem Willen seiner Gründer nicht der unpolitische Verein bleiben würde, für den man ihn zur Gewinnung von Mitgliedern ausgab. Mißtrauf mußte zunächst schon die Person des Gründers des gesamten Niederösterreichischen Handwerkerbundes, Schlossermeister Siefert in Greiffenberg machen. Herr Siefert war schon wiederholt politisch hervorgetreten und zwar stets im Sinne einer grimmigen Bekämpfung der freisinnigen Volkspartei in Schlesien. Es war ferner durch einen Streit zwischen den Führern des verschiedenen „Deutschen Handwerkerbundes“ bekannt geworden, daß Herr Siefert das

nötigste Geld, 1000 Mk. zur Gründung des Bundes von dem Vorsitzenden des Bundes der Handwerker, Dr. Kossick, vorgestreckt erhalten hatte — „sage mir, bei wem du Geld borgst, und ich sage dir, wer du bist.“ Es kam dazu, daß sehr bald in der Kienitzer Ortsgruppe selbst keine Rolle zu spielen angingen, die gar nicht einmal Handwerker waren und nur durch ihre intensive Feindschaft gegen die freisinnige Volkspartei und grimmigen Judentum bis dato von sich reden gemacht hatten. Das alles machte viele stutzig, aber den ständigen Versicherungen der Nachbarn, die im Wiederwahnstume immer wieder ihre unpolitischen Sprüche ausstießen, gelang es, die Mißtrauischen vom Austritt abzuhalten. Inzwischen waren innerhalb des Handwerkerbundes vielfache Unstimmigkeiten unter den Führern ausgebrochen, der Vorstand wechelte, nicht ohne daß man sich gegenseitig Schmeicheleien sagte, der Niederösterreichische Verband forderte sich immer mehr. Alles das ließ den Vorstand des Bundes dringend notwendig erscheinen, etwas zur Aufrechterhaltung des schon bestehenden Vereins zu tun. Eine große „Volksversammlung“ mit einem tüchtigen auswärtigen Redner schien das geeignetste Hebelungsmittel.

Als Redner war der Lehrer Berg aus Berlin gewonnen. Leider unterließ es der Vorsitzende, der Versammlung die für sie gewöhnlich uninteressante Aufgabe mitzutheilen, daß Herr Berg im politischen Leben kein Neuling ist, daß er sich um die Berliner antisemitische Bewegung unbestreitbare Verdienste erworben hat, ja daß er sogar gewürdigt war, im Jahre 1903 bei den Reichstagswahlen im Wahlkreis Deutsch-Krone als antisemitischer Durchfallskandidat aufzutreten. — Das Verzeichnende in der nun folgenden anderthalbstündigen Rede lag nicht in dem, was gesagt, sondern in dem, was verschwiegen wurde. Von dem, was der Mittelhand drückt, wollte der Redner sprechen; als aber fertig war, da hatte er auch nicht mit einem einzigen Worte gesprochen von der immer größer werdenden Steuerlast, der Teuerung des Fleisches, der Wälsch, des Bieres und fast sämtlicher Lebensmittel, der Belästigung des Personals wie des Warnenverkehrs, der Preissteigerung sämtlicher Rohmaterialien für den Handwerker, mit keinem Worte hatte er diese wahren „Mittelhandfragen“ der politischen Mittelhandvereingung berührt.

Es half aber alles nichts. Das Märchen wurde doch zerstreut, und der Redner des Abends sowie der Vorsitzende hielten wider ihren Willen wacker dabei. Als Anhänger der freisinnigen Volkspartei unternahm es Redakteur Brachmann vom „Kienitzer Anzeiger“ in der Debatte einiges von dem zu sagen, was der Berliner Redner vergessen hatte. Freilich, die Neigung, so bittere Dinge anzuhören, war bei den Nachbarn der Versammlung und ihrem Anfang sehr gering. Redakteur Brachmann versuchte zunächst, eine sachliche Kritik an verschiedenen Ausführungen des Hauptredners zu üben. Als er bei der Frage des Submissionswesens die beiden Submissionsaffären des Herrn Küster in Hannover, des 1. Vorsitzenden der Mittelhandvereingung, anführte, um den Unterschied zwischen Theorie und Praxis zu zeigen, da zeigte sich sofort, wie Geistes Kinder ein Teil der Versammelten sei. Das Schreien und die planmäßigen Unterbrechungen begannen; bald beteiligte sich der Vorsitzende an dem Vergnügen; sowie der Redner etwas sagte, was ihm nicht paßte, rief er ihn mit stolzen Pathos „zur Sache!“.

Als der Redner feststellte, daß der Vorsitzende der unpolitischen Mittelhandvereingung, Obermeister Nagardt in Berlin, in einem Briefe an die „Breslauer Zeitung“ angekündigt hat, die Mittelhandvereingung würde bei den nächsten Wahlen der freisinnigen Volkspartei ihre sieben Reichstagsmandate in Schlesien abnehmen, da war der

Schleier, den die „Unpolitischen“ vor ihr Gesicht gezogen hatten, mit einem Ruck zerrissen, jedermann mußte, woran er mit den Herrschaften war, und die Unpolitischen gaben sich selber gar keine Mühe mehr, ihr wahres Gesicht zu zeigen. Das Loben und Schreien, wie es eben nur in antilemischen Versammlungen Mode ist, erreichte seinen Höhepunkt. Der wichtigste Herr Vorstehende rief den Redner natürlich „zur Sache“, einmal mit der Begründung, daß Herr Mahardt hier viel zu unbekannt sei, als daß von ihm gesprochen werden dürfte, und zum andern, daß der Brief Mahardts nach Breslau gerichtet sei und deshalb hier nicht erwähnt werden dürfte! Der eine Teil der Versammlung war außer sich vor Freude über solch einen schneidigen Vorstoß, und der andere Teil freute sich nicht minder.

Nun kam wieder Herr Berg. Er legte nun seinen Gefühlen weiter keinen Zwang an und tat ganz so, wie wenn er zu Hause in einer Khlwardi- oder Pädlerversammlung wäre. Daß er sofort die Ausführungen des freistimmigen Redners ein „Gemäch“ nannte, ihm „Unwahrscheinlichkeit“ vorwarf, entsprach eben so sehr den Gespögenheiten antilemischer Jähzeyer, wie der albernen Eitelkeit, den Gegner des Mangels an „Deutschtum“ und „Christentum“ zu verächtlichen. Wenn man's jetzt nicht schon gewußt hätte, dann hätte man es daran merken müssen, woher er kam der Jähzeyer.

Unter solchen Umständen gehörte wirklich die ganze „Gesellschaftlichkeit“ des Vorstehenden dazu, um noch einmal aufzustehen und mit dem Drustion der Uebersetzung in den Saal zu rufen: „Das ist eine Verleumdung, wir haben nichts mit Antilemisten zu tun, und wir sind auch selbst keine Antilemisten!“ Man stelle sich das Bild vor: Oben auf dem Podium am Vorstandstische bündeln sich drei Personen. In der Mitte der Vorstehende, rechts von ihm der antilemische Reichstagskandidat Berg, links von ihm Herr Herzog, den jedes politische Kind in Kleganz als Antilemisten kennt, und aus der Mitte ertönt eine Stimme: Wir sind keine Antilemisten!

Das ist die Geschichte von der „unpolitischen“ Versammlung der unpolitischen Mittelstandsvereinsung in Wiegau. Die Geschichte von einem verführten Märchen, einer weggerissenen Maske, einer aufgedeckten Intrigue.

Wolken und Morgenrot.

Es ist eine Unbilligkeit, die persönliche Verfehlung des Einzelnen zu Grund- und Gesundheitsfehlern der Gemeinschaft zu verallgemeinern. Aber just diese Unbilligkeit bildet von je her das kümmerliche Vermögen, aus dem der Antilemismus seine Parteienternungen ausstaltet und unterhält. Die Gegner des Antilemismus lebten es ob, ihn mit derselben Waffe zu schlagen, so nahe die Versuchung läge. Sie verlassen sich auf die Güte der eigenen Weltanschauung und sozialen Denkmuster gegenüber der verderbten und verderbenden Gedankenrichtung von Zeitgenossen, in denen gefühlvolle Verdroffenheit, gefühlvoller Ueberdruß und allerlei unausrottbare Triebe der Bestie im Menschen sich zu dem Krankheitsbilde des Antilemismus zusammenfassen.

Wären die Betroffenen zu logischem Erfassen und gerichtigtem Erkennen fähig, dann würden sie sich sagen müssen, daß man überall mit Wasser wusch und daß man doch nicht mit dem Ansprüche auf eine Vorrangstellung in sittlicher Beziehung in die Sonne gehen darf, wenn man gar so viele Wüter auf dem Kopfe hat. Es ist doch beinahe ein Dogma geworden, daß eine gewisse Bemerkung unentbehrlich ist von vorragendem Verdienste um die antilemische Groß- und Kleinarbeit. Und auch da, wo eine Bemerkung in schwererem Sinne noch gar nicht einmal besteht oder nach-

gewiesen ist, bieten die persönlichen und sachlichen Ereignisse des Gesellschaftsantilemismus Gelegenheit genug zu Betrachtungen, die in der Genußnahme darüber gipfeln, daß es recht geringwertige Elemente sind, die dem Volke das bringen wollen, was sie die Erlösung aus der Judennot nennen, was aber andere — andere bezeichnen.

Das Vorherrschen des Werdeganges beständiger innerer Selbstverleumdung des Antilemismus ist ununterbrochen. Die antilemische Bewegung an sich „zieht“ längst nicht mehr. Bald finden's die Kräden einer von den Gebäuden gesellschaftlicher Solidität wenig angeführten Handlungsgesellschaftsorganisation, bald die Stützplättchen der mit Agrarierhilfe und auf dem feinsten Boden rüchsbündiger Jähzeyerbetriebe sogenannten Mittelstandsvereinsung, auf denen die Antilemistenpartei in ihren verschiedenen Sortierungen noch einigermaßen sich fortbewegt. Ihre größten Kundgebungen sind dermalen Kleingeflügel, die in ihrer Weise Geschäfte zu machen suchen, mit denen in keiner Weise der gewinnstiftende Prähistoriker der antilemischen Kraftentfaltung zu vereinbaren ist: „Es wird am deutschen Wesen bereits die Welt gemessen.“

Der eine in Berlin nächst dem Grafen Pädler am häufigsten zu hörende Jähzeyer trägt sich von dem Betriebe eines Standalblattes, dessen Forsche darin besteht, daß ein in den bestimmten Kreisen an Beziehungen reicher Manager alles Mögliche zusammenspielt, das auf dem großen Markte der nicht ganz öffentlichen Prostitution sich am sensationellem, am pikant ausschlagbarem Leben und Weben zusammenfindet. Die ganze Aufmerksamkeit dieses angeblich der Wahrheit dienenden Wochenblattes läßt erkennen, daß es auf das niedrigste Aufregungsbedürfnis spekuliert. Der Herausgeber, der auf diese Weise seine Nahrung findet, geht dann aber in den nächsten Reichstagswahlkampf weit im stillen Hinterlande wieder hinein als Schützer teurerer Lust und Sitten, und er, der aus naheliegenden Geschäftsrücksichten in seinem Blatte es sorgsam vermeidet, den Sozialdemokraten zu nahe zu kommen, wird im Wahlkampfe sich und seine Konjunkten als die beste Schutzwehr der Staatserhaltung eben diesen Sozialdemokraten gegenüber ausgeben, deren Gels für ihn kein Bloß ist. In Berlin ist denn auch der Antilemismus politisch so heruntergekommen, daß alle Galsanierungsversuche, die in gewissen Zeitabschnitten immer wieder unternommen werden, ihn nicht wieder hochbringen.

In Wien kann der Antilemismus sich noch einigermaßen auf die wertvolle Bundesgenossenschaft der Gesellschaft verlassen. Dort ist es noch möglich, daß ein Mann in hervorragender Stellung im antilemischen Gemeinderatsfraktion bleibt, von dem ein bekanntes Blatt unter dem 1. Oktober schreibt, er sei aus seinem sensationellen Proseß „fürchtbar banalisiert“ hervorgegangen, zeige aber gleichwohl keine Neigung, sich in ein beiseitegesetztes Dunkel zurückzuziehen. In Dresden, wo einst die Antilemistenherrschaft in hoher Blüte gestanden, haben mancherlei Vorkommnisse die Antilemisten bewegen, sich jetzt nur noch als sogenannte Reformer der Fortschritt einer gewissen Nacht zu versuchen; doch kündigt sich der nahende Zusammenbruch so deutlich an, daß sie alle Hebel in Bewegung setzen, um wenigstens im letzten Kapitel ihres Herrscherbafes noch so viele Stabierordnungen ihrer Art als möglich in das Stadtratkollegium hineinzureutern.

In München hat der bekannte Antilemistenführer Ludwig Wenig, der bayrische Vertreter des Bundes der Wandwirte, bei dem zur Zentrumpartei gehörenden „Bayrischen Kurier“ Unterschlupf gefunden. Seine Gesinnungsgenossen machen ihm besonders zum Vorwurfe, daß er „auf einen Obolus reflektiert, der seinen Ursprung den fetten Warenhaus- und anderen süßigen Schwundelieferanten verdankt.“ So fällt Zweig auf Zweig. „Nicht ist die Seele von's Buttergeschicht“, das gilt auch für die Herren Antilemisten

deren Berliner Staatsbürgerorgan so lange gegen den „M a m o n i s m u s“ gewüthet, bis ihm der eigene Kammor in die Wunden gegangen, also daß es nur noch notdürftig im Schlepptau des Stillerstehens Zeitungsunternehmern sahren kann. Das Blättchen, das in München den Antisemitismus geschäftlich nach der Schwierigkeit ausnimmt, nennt sich „Grobian“ und treibt zur Verbesserung des Abfages mit Räubergeschichten über die Vorgänge vor zwanzig Jahren bei Königs Ludwig Thron- und Lebensende, weil damit der allerletzte Hinterhubertupfen noch etliches zu verdienen ist. Für den Ton dieser leuchtend antisemitischen Volksverleumdung nur ein Beispiel aus Hunderten. In der letzten Nummer findet sich ein Gedicht „Den Hebräern ins Versalbuch“ mit folgenden fünf Strophen-Schlusssätzen: „Das ist das eilige Judenpad! Das sind die schädigen Judenhund! Das ist das schwindele Judegeschlecht! Das ist die stinkende Judendrut! Das ist die verfluchte Judenfasch.“ Das genügt wohl.

Die also aufschäumende Pohheit ist kein Zeugnis für die Stärke der Sache. Die Sache ist, wie wir weiter oben ausgeführt, längst keine starke Sache mehr. Es mag den feinsinnigen Menschen ja ansehn und schmerzen, daß das ausgehende neunzehnte Jahrhundert um ein lieben Vaterlande diese antisemitische Bewegung gebracht hat; aber wir dürfen uns doch auch der Gewalt der eideren Kräfte im Menschentum verdrößen! Und es scheint, als wäre aus den Stand und die Zukunft der antisemitischen Bewegung amenable Hans Sachsens deutsches Auserkennungslieb: „Was auff, es nahtet gen dem Tag! . . . Di nahtet liegt sich gen occident, der Tag geht auff von orient, die vörpantige morgenröt her durch die trüben Wolken göt.“

Der brave germanische und der schlechte hebräische Mann von der Feder.

Herr Th. Fritsch weiß in Nr. 101 des „Hammer“ eine gar rührende Geschichte zu erzählen, die er vermutlich, nicht sonderlich geschickt, ersunden hat, um zu zeigen, daß der Germane „Gott sei Dank!“ nicht solche journalistische Fähigkeiten besitze wie der böse Hebräer. Wenn ein „Hammer“-Mann, wie Herr Th. Fritsch, Gott dankt, daß er nicht ist wie die anderen, dann ist er kein Pharisäer. Bedauer! Also, ein braver Germane und ein böser Hebräer, beides junge Männer von der Feder, leinen sich im Nacht-Gast kennen und hören auf dem Nachhauseweg Feuerlärm. Sofort wirft der brave Germane seinen Mantel ab, hilft Leitern anlegen, um die in den oberen Stockwerken Eingeschlossenen zu befreien, hilft noch der Feuerweh, bringt einen schwerverletzten Mann nach dem Krankenhause und zieht dann heim, um sich auszurufen. Beim Frühstück fällt ihm ein, daß er die Feuergegeschichte doch in die Zeitung bringen könnte. Aber ja wohl doch! Sein neuer Freund, der böse Hebräer, hatte schon einen umfassenden Bericht in die Morgenzeitung gebracht. Dem bösen Hebräer war nämlich, wie Herr Fritsch berichtet, offenbar doch nach der Erzählung des braven Germanen — woher der nur alles bei seinen eiligen Rettungsarbeiten gesehen haben mag — nicht eingefallen, „bei der Rettung mit Hand anzulegen; er wußte, was seines Amtes war. Unter der nächsten Laterne hatte er Posto gefaßt und auf die losen Blätter seiner Kotz-Wappe den Bericht geschrieben. Er ließ sich durch das verzweifelte Schreien aus dem drennenden Hause nicht einen Augenblick beirren; mit kaltem Blute schüttelte er das Unfluthgeissen des Feuers, den wachsenden Menschenauflauf, das Ansehen der Feuerweh und deren Tätigkeit. Er zählte, wieviel todt und verwundete Leute aus dem Hause getragen wurden, er beschrieb ausführlich die Gestalt der halbverbrannten Frau, die mit zwei schreienden Kindern in den Armen ratlos, verzweifelt auf der Straße umher irrte und über ihr verwestete Leim jammete; und

beide Dinge mehr. In helfen kam ihm nicht in den Sinn; dazu waren Andere da. Und ehe unser junger deutscher Freund noch die Brandstätte verließ, trug der Hebräer seinen fertigen Bericht schon in die Druckerei — und verdiente ein schönes Honorar damit. Welcher Deutsche will mit solchem „journalistischem Talent“ in Wettbewerb treten?“

Herr Th. Fritsch weiß nicht die näheren Umstände anzugeben, welche den Hebräer verhindern mochten mit zu retten. Er konnte schwach oder krank sein. Jedenfalls sieht Herr Th. Fritsch aus diesem Spezialfall folgende Moral:

„Der Mann aus Juda wird von dem Schicksal der Menschen um ihn her nicht innerlich berührt — (wenn es sich nicht gerade um jüdische Menschen handelt). Für ihn sind alle Geschehnisse nur Schaupiele, die er mit dem Auge des untheilhaftigen Beobachters nicht erwägt und auf ihre Muthbarkeit hin prüft. Der Deutsche lebt das Leben um sich her mit; er nimmt Anteil an den Freuden und Schmerzen seines Volkes; er sorgt sich mit den anderen und leidet mit unter dem Drucke der allgemeinen Noth. Da ist das Herz beklommen und der Blick getrübt; da ist kein Raum für kaltblütige und leichtfertige Schilderung der Geschehnisse, da ist kein Beruf zum Tagesgeschreiber.“

Als Gegenstück zu dieser bei Germanen demweh-räuchernden Ausfährung möchten wir hier eine kleine Satire aus den „fliegenden Blättern“ veröffentlichen. Sie lautet:

„Ja, aber wie hat denn der Mann an einer so bedienten Stelle im Paradies ertrinken können! Mein Gott! Leute waren allerdings genug da; aber wie! schon gest: der eine hat ihn schon photographirt — der andere hat ein Gedicht darauf gemacht — der dritte hat ihn seinen Auserkennungslieb mit dem eine Gedicht gehalten, daß man aus Wasser aufstehen müßt! — viele andere haben die Stelle weniger so umdrängt, daß überhaupt kaum noch wer zu gekommen drit! — der Polkist und der Paradieshüter haben geknappst, wie er sich umsehen kann, in den Stadtsitz zu setzen . . . und so hat der arme Teufel kalt unteressen ertrinken müssen!“

Die „fliegenden Blätter“ haben mit dieser Satire jedenfalls nicht gerade die Hebräer treffen wollen. Man darf doch nicht annehmen, daß um den Paradies herum nur Juden gehanden haben. Also können Germanen auch tatenlos einer Katastrophe beizukommen, selbst wenn sie nicht ein Morgenblatt zu bedienen haben. Sie nehmen also nach den „fliegenden Blättern“ nicht immer Anteil an den Schmerzen, for en sich nicht immer mit die anderen usw. Die „fliegenden Blätter“ haben jedenfalls Zutreffendes geschildert und wüßten dem deutschen Volke mit ihrer Satire weit mehr als der „Hammer“-Herr mit seinem Loblied auf den Germanen und seiner Schmähung des Hebräers.

Die „Verjudung“ Ungarns.

Nachdem die Antisemiten das große Deutsche Reich mit seinen mehr als 60 Millionen Einwohnern wegen der halben Million Juden unter ihnen für verjudet erklärt haben, nachdem selbst Frankreich, das damals wohl kaum 100 000 Juden zählte, um Ehren-Dramont als durch und durch verjudet bezeichnet worden ist, darf man sich kaum wundern, daß jetzt von den Antisemiten Ungarn mit seiner Million Juden, die alle politischen und bürgerlichen Rechte genießen, als von den Juden unterjocht bejammert wird. Antisemitischer Statistil ist zwar nicht zu trauen. Aber lassen wir sie einmal gelten. Da klagt ein angeblich den Kaiser Universitätskellereisen angehöriger Antisemit in dem „Wesungarischen Grenzboten“, daß das Schulermaterial der höheren Anstalten zu 80 pSt. jüdisch sei. „In die Realschulen, klagt er weiter, die höheren Handelsschulen drängen sich fast ausschließlich Juden. Die Handelslehrstühle für Frauen und die höheren Mädchenschulen — alles verjudet. Nicht genug, daß jeder Jude eine höhere Bildung anstrebt als sein christlicher Konkurrent, jetzt marschieren sie in

Doppelkreuzen an, jetzt schärfen auch die jüdischen Frauen und Mädchen ihre geistigen Waffen für den Kampf wider uns."

Für einen Universitätslehrer ist dieses Zusammen über den Bildungsdrang eigentlich sehr befremdlich. Er müßte von Rechtswegen diesen Eifer loben, die Juden als Muster hinstellen und alle anderen anspornen, ihnen nachzuahmen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß es sich um einen Antisemiten handelt, und bei einem solchen darf man sich über seinen Hochsprung wundern. Doch hören wir seine Klagen weiter. Es besuchten nach dem Universitätsalmanach die Oesterreicher Hochschule im Jahre 1905/06 2744 katholische Studenten, 2266 jüdische und etwa 1000 evangelische. „Wenn, schließt er daraus, eine einzige, sich fortwährend vermehrende Million genau so viel Bildungsmenschen produziert als die anderen 18 Millionen, dann muß das Mißverhältnis schließlich ein so ungeheuerliches werden, daß aller Beiz, alle Erwerbsquellen und auch alle geistige und politische Macht schließlich an die Nachkommen dieser einen Million fallen müßten."

„Genau so viele Bildungsmenschen," ist das nur noch antisemitische Rechnen, denn 3744 christliche Studenten sind ganz und garnicht „genau so viel" wie 2266 jüdische. Aber wir geben zu, daß das Verhältnis ein abnormes ist. Und wir geben daselbe zu von der weiteren Klage, die da lautet: „Unsere 18 Millionen Christen haben nur 1661 Juristen an der Universität, die eine Million Juden hat 1669! Wir 18 Millionen Christen haben nur 299 Studenten, die sich der Medizin widmen, die eine Million Juden hat 566 medizinische Studenten!"

Aber indem wir das zugeben, brauchen wir noch nicht übereinzustimmen mit den Folgerungen, daß „die Rechtsgeschäfte der Nationen ausschließlich von Juden werden gemacht werden und für ihre Gesundheit ausschließlich Israel sorgen werde." Das ist hart Willkürmeinung. Es kommt nämlich immer anders und ganz naturgemäß anders. In Ungarn so wenig wie in anderen Ländern werden die Leute sich Kerze und Rechtsanwalte aussuchen, weil sie Juden sind. Man nimmt diese, weil sie ihnen als tüchtig erscheinen. Und so lange sie wohl sind, ist es ein Glück für das Volk, daß sie solche Leute haben, an die sie sich wenden können. Bei den Juden ist die Wertschätzung des Lebens, der Gesundheit viel älter als bei den meisten andern. Aber man lernt in allen Kulturvölkern rapide den Wert des Lebens und der Gesundheit sehr schätzen, und deshalb werden die christlichen Kerzte, die in wissenschaftlicher Hinsicht ohnehin den jüdischen nicht nachstehen, später ebenso gesucht sein wie die jüdischen Kollegen. Den jüdischen Juristen kommt noch zu Hatten, daß sie fast ausschließlich aus einer geschäftsumgeben Umgebung stammen und darum für die meisten Zivilprozeß und sonstige geschäftliche Angelegenheiten sich vorzüglich besser eignen. So lange das der Fall ist, wäre es eine Torheit auf Seiten des Volkes, sich der geschäftsumgeben Juristen nicht zu bedienen, und eine Schicksaligkeit, wollte man das Volk durch diese oder jene antisemitische Maßregel, wie z. B. die von dem Gemehrmanne des „Westungarischen Grenzboten" vorgeschlagene Einschränkung der jüdischen Schüler- und Studentenzahl daran verhindern.

Solche Beschränkungen, wie sie die Antisemiten hegen begyn, zu hegen vorgeben, sind um so törichter, als man ja bereits auf verschiedenen anderen Gebieten Gelegenheit gehabt hat, zu sehen, wie sich mit der Zeit die Dinge ganz von selbst ausgleichen. Die Juden sind lange nicht mehr wie früher die fast ausschließlichen oder doch hauptsächlichsten Besorger der Bankgeschäfte, der Börsengeschäfte, des Großhandels, des Kleinhandels und selbst der Hauswirtschaft. Die schnell sich dergleichen ausgleicht, das kann man in der Provinz Posen sehen, wo vor

drei bis vier Jahrzehnten es in den größeren wie in den kleineren Städten fast nur jüdische und fast gar keine polnische Geschäfte gab, und wo jetzt die Zahl der polnischen Geschäfte eine für das Deutschum in jener Provinz geradezu beachtenswerte große geworden ist. Wasregeln, wie sie die Antisemiten zu aufzulegen lieben, sind nicht nur ungerichtet und gesälsig, sondern auch dumm. Durch eine Einschränkung der jüdischen Schüler- und Studentenzahl würde nur der massenhafte Wettbewerb gedämpft, das Bildungsniveau und die Leistungsfähigkeit Ungarns herabgebracht werden. Das Volk soll, um nur seine jüdischen Kerzte zu nehmen, lieber hinsinken und sterben. Das ist antisemitische Weichheit, das ist antisemitische Volkstlebe. Das ist unseres Erachtens an Blindheit grenzende Kurzsichtigkeit, an Idiotismus grenzende Dummheit.

Rasse und Kultur.

Die Theorien der Rassenfrage, insbesondere des Herrn Houston St. Chamberlain, führt Max Reinisch nicht in einem feindseligen geschriebenen Essay im „Tag" recht hübsch ad absurdum. Wir entnehmen ihm das Folgende:

Herr Houston St. Chamberlain hat durch seine „Grundlagen" viele Deutsche für das Problem interessiert, zugleich aber auch durch seine allzu kavaliermässige Definition „es Begriffe Rasse die Definition sehr erschwert. Sieht man genau zu, so merkt man, daß er sich im Kreise dreht! „Die moderne Kultur ist die Schöpfung der germanischen Rasse." Schon gut, aber wer ist diese germanische Rasse? „Ihn eben die Rasse, die die moderne Kultur geschaffen hat." Herrn Chamberlain fehlt es gerade an dem, was er vor anderen Lesern voraus zu haben meint: an dem Blick für die Wirklichkeit.

Herr Chamberlain behauptet, seinen Rassebegriff der Beobachtung zu verdanken; tatsächlich jedoch hat er nichts weiter getan, als die alten Schulbegriffe modern auszugestatten, die immer noch in den Köpfen ruhen und jede Verknüpfung über Rassenprobleme unmöglich machen. Ein solcher Schulbegriff ist die inbegriffene Rasse, die ihre Existenz lediglich sprachvergleichenden Beobachtungen verdankt, Beobachtungen also, die mit Rasse in gar keinem Zusammenhang stehen. Zu welch absurden Konsequenzen es führen würde, wenn man aus gleicher Sprache auf gleiche Rasse folgern wollte, können wir doch an der englischen Sprache sehen, die die Sprache von einem halben Duzend Rassen geworden ist...

Einen gemeinsamen deutschen Typus gibt es nicht, und wer es behauptet, ist blind gegen die Wirklichkeit. Es lassen sich, von den Juden ganz abgesehen, drei völlig verschiedene Rassen in Deutschland nachweisen, von denen nur eine den Germanen des Tacitus ähnlich sieht, und diese ist den beiden anderen gegenüber stark in der Minderzahl. Die tacitischen Germanen waren schlank, hellhaarig und helläugig; solche Menschen findet man auch in Deutschland noch, und in einigen Gegenden sogar in beträchtlicher Anzahl; in anderen wieder verschwunden ist vollständig. Daß diese germanisches Blut in den Adern haben, wird niemand bezweifeln; daß man auch die anderen dazurechnet, kommt nur daher, daß man von der Sprache nicht abstrahieren kann...

Dabei fällt mir eine kleine Geschichte ein. Ein Zeiländer, dessen Frau einen Negerknaben zur Welt gebracht hatte, verlangte entrüstet Erklärungen, bezweigte sich aber, als seine Frau sagte: „Das kommt nur davon, daß du auf dem Kolonial arbeitest, Rik." Ich fürchte, Chamberlain ist ebenso leichtgläubig wie der arme Rik. Wir sind es nicht und vermuten andere Gründe. Der Deutsche ist ebenförmig ein Germane, wie der nordamerikanische Neger ein Angelsache ist, obwohl dieser auf sein Angelsachentum genau

so hoch ist wie der Deutsche auf sein Germanentum. Er ist nicht nur kein Germane, er ist auch kein Arier; höchstens kann man sagen, daß viele Deutsche arisches Blut in den Adern haben.

Unter Ariern versteht ich die schlanke, langgesichtige, hellhaarige und hellhäutige Rasse, die vom Norden Europas aus erobert in die süßlicheren Länder einbrang. Die süßliche Einstellung in Germanen, Grätkomanen, Slaven, Kelten usw. beruht nur auf sprachlichen Unterschieden, geht uns hier also nichts an.

Chamberlain behauptet nun, daß die arische Rasse die Kulturschöpferin in all diesen Ländern gewesen ist. Wer aber mit Stammbäumen und Namenskunde Einzeluntersuchungen über diesen oder jenen Künstler anstellen wollte, der würde die Punkte grauam totteten. Wenn namhafte Künstler auftraten, haben sich beide Rassen schon so vermischelt, daß die Forschung sich ins Bodenlose verlieren muß. Aber eins kann man doch vielleicht festhalten: arische Kunst ist Darstellung des Hörs, subjektive Kunst; die objektiven Künste sind nicht arischen Ursprungs. Steht es mit der Wissenschaft ebenso? Dann würden wir die Philosophie, die das Verhältnis des Järs zum Objekt darstellt, den Arien zuschreiben; die Einzelwissenschaften, die sich nur für das Objekt interessieren, den anderen Rassen.

Das vornehmste Merkmal unserer Zivilisation ist die Kunstvermehrung der Naturkräfte durch die Technik. Die dazu erforderliche Begabung wird leicht überschätzt. Wo das Bedürfnis vorhanden ist und die Natur das nötige Material hergibt, fließen die Erfindungen aus dem Boden. Die Befähigung dazu scheint mir an keine besondere Rasse gebunden zu sein. Jedenfalls haben wir nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür, die Fähigkeit den Arien, speziell den Germanen, mehr zuschreiben als irgend einer anderen Rasse.

Nicht noch die Religion. Wir bekennen uns zum Christentum, handeln aber benutzt nach Grundfragen, die der christlichen Moral direkt widersprechen. Die durch diesen Zwiespalt hervorgerufene Verwirrung unseres moralischen Gefühls ist charakteristisch für unsere Kultur. Chamberlain will auch für das Christentum die Arier verantwortlich machen; er macht es sehr wahrscheinlich, daß Christus und Paulus arisches Blut in den Adern gehabt hätten. Da diese Behauptung aber für alle Juden zutrifft, so hätte der Beweis für zwei einzelne Juden garnicht erst geführt werden brauchen.

Ich vermag im Christentum keine arischen Elemente zu finden. Christlich-germanisch ist ein Widerspruch, wie er schärfer garnicht formuliert werden kann; es ist der unaussöhnliche Widerspruch, an dem unsere ganze Kultur krankt. Der Arier sucht Einheit mit Gott im Schaffen, der Christ Einheit mit Gott in der absoluten Ruhe, im Nichtsein. Der christliche Himmel würde für den Arier die Hölle bedeuten.

Die Kunst gilt Herrn Chamberlain als die spezifisch germanische Kunst; trotzdem heißt es von alters her: Frisia non cantat. Die Bevölkerung Nordwestdeutschlands, die den größten Prozentsatz an germanischen Elementen aufzuweisen hat, tritt an musikalischer Begabung hinter Thüringer und Bayern weit zurück. Der Kopf Beethovens ist ganz und gar nicht germanisch. Die musikalische Begabung der Eigenen ist mit der der Deutschen garnicht zu vergleichen; und dabei sind auch die Eigenen keine Arier.

Die Sache ist völlig unburchig und jedenfalls viel komplizierter, als Herr Chamberlain angenommen hat.

Ich möchte seine Behauptung umkehren und sagen: Kultur in unserem Sinne ist mit reiner Rasse unvereinbar.

Aus dem antisemitischen Lager.

Aus dem 18. Hannoverschen Wahlkreise wird uns geschrieben: Am 23. Oktober findet in Stade-Bremersörbe die Wahlkampf für den verstorbenen nationalliberalen Abgeordneten Dr. Sattler statt. So hat sich ein Wahlkampf entsponnen, wie er bisher in dem Kreise in gleicher Heftigkeit unbekannt war. Der Aufmarsch der Parteien ist deendel und nicht weniger als 6 Kandidaten suchen das Mandat zu erringen. Der Ausgang des Wahlkampfes ist als ganz ungewiss zu bezeichnen und nur das kann wohl mit Sicherheit behauptet werden, daß es zu einer Stichwahl kommt und daß der sozialdemokratische Kandidat, Arbeitersekretär Ebert, mit in sie eintritt. Sein Gegner wird entweder der nationalliberale Kandidat, Senator Keeser-Stade, oder der freisinnige, Lehrer Otto Charlottenburg sein. Die Welsen versagen aber zu wenig Anhang, um ernstlich damit rechnen zu können, in die Stichwahl zu gelangen, und ebenso wird es dem Bund der Landwirte ergehen, dessen Auftreten im 18. Kreise aber immerhin charakteristisch ist und mit Aufmerksamkeit verfolgt werden sollte. Der Kandidat der Nationalliberalen war dem Bunde nicht landwirtschafts- und mittellandbesiedelnd genug, trotzdem er selbst mitten im Gewerbetreiben steht und immer betont hat, daß er alle irgendwie berechtigten Wünsche der Landwirte energisch vertrete, und so haben die Bändler denn ihren Kandidaten aus 1908, den Gutbesitzer Kläve mann wieder auf den Schild erhoben. Eigentlich hat der Bund der Landwirte im 18. Kreise wenig Boden. Aber vom 19. Kreise her, dessen Elbe und Wesermarschen ihn um drei Seiten umgeben, ist die Agitation für ihn in den 18. Kreis hineingetragen und hat auch gewisse Erfolge gehabt, da 1898 für den agrarischen Kandidaten Anterichter Hottendorf 1306 Stimmen, 1903 aber für Hauptmann v. R. Kiese mann 1918 Stimmen abgegeben wurden. Das bedeutet immertin ein gewisses Wachstum, wenn es an sich auch noch keine Gefahr bedeutet. Selbstman darf man darauf sein, ob sich auch diesmal wieder ein so erheblicher Bruchteil der Wählerkraft für den Bundeskandidaten entscheiden wird. Die anderen Parteien und namentlich die Freisinnigen lassen es an auffällender Arbeit nicht fehlen und suchen der Reihe nach auch die kleinsten Dörfer, die bisher niemals Wahlversammlungen gehabt haben, auf, um die Landbevölkerung über die Bestrebungen der Agrarier aufzuklären und ihnen zu beweisen, wie wenig sich die Interessen der kleinen Geseft- und Moorbauern in Stade-Bremersörbe mit den Interessen der Großgrundbesitzer im Osten und auch mit denen der viel Korn bauenden Hofbesitzer der Marschbezirke decken, und sie finden damit, wie der Verlauf eigentlich aller dieser Versammlungen zeigt, auch soziales Verständnis. Der Antisemitismus der Bändler spielt im Wahlkampf nur eine untergeordnete Rolle. Die Wähler zwischen Elbe und Weser sind liberal und haben für Rassenhass und Konfessionshass keine Sympathie und ein Prediger dieser würde bei ihnen, deren Blick sich auf die großen Ströme, auf denen der Verkehr flutet und weiterhin auf das freie Meer, das die Menschen auch frei macht von Vorurteilen, lenkt, keinen Boden finden. Das müssen die Antisemiten selbst im 19. Wahlkreise erleben, in denen die Verhältnisse doch in mancher Hinsicht anders liegen, als im 18. Wahlkreise. Selbst da haben sich die Wähler wieder mehr auf ihre liberale Tradition besonnen und die Ortsgruppen, die oor einigen Jahren überall aus den Deutsch-sozialen ins Leben gerufen wurden und die Widerwahl des 1903 abgesetzten Bundesdirektors Dr. Zahn vorbereiten sollten, haben sich nirgends ordentlich entwickeln können und sind wohl zum größten Teil mit ihrer Gründung auch selig wieder entschlafen. Der echt niederländische Stamm, der den 18. Wahlkreis bewohnt, hat für konfessionellen Haß und völkischen Haß aber wohl erst recht keinen Sinn und

so wird denn die Arbeit des Bundes in dieser ferndeutschen Gegend auch schwerlich besondere Früchte tragen und sicher nicht zu dem erhofften Erfolge führen.

□ **Aus dem Reichstagswahlkreise Weimar.** Die Stöckerpartei in Weimar hat als einziges praktisches Ergebnis die Gefinnungsvereinbarung der Christlich-sozialen mit der sog. Deutschen Mittelstandsvereinigung bewiesen. Das von Weimar aus an die Mittelstandsvereine in Berlin gesandte Telegramm hat folgenden Wortlaut:

„Der Christlichsoziale Parteitag, überzeugt von der Solidität aller schaffenden Stände gegenüber Mammongeist und revolutionärer Zerkleinerung, grüßt in solcher Gefinnungsgemeinschaft die gleichzeitige Generalsoammlung der ausblühenden Deutschen Mittelstandsvereine.“

Von Berlin aus erfolgte natürlich eine entsprechende Antwort. Die beiden antisemitischen Reichstagsabgeordneten Dr. Buchardt und Stöcker erzählten Wunderdinge von ihrer Tätigkeit im Reichstag; von der Gesamtanerkennung über die Finanzreform sprachen sie kein Wort. Ein Stöcker's Rede felen wenige Sätze erwähnt, die an „Gatartigkeit“ Gefühlsfülle nichts zu wünschen übrig lassen. Stöcker sagte:

Die Reichsregierung trage eine schwere Schuld an der Entwertung der Sozialdemokratie, die von einem gottlosen, vaterlandslosen Zuhentum angeführt werde. Ein Gott, der da seine Wunder tue, sei ein emulierter Gott, ein Gott a. D.

Der Vörsprecher a. D. scheint die Begriffe zu verwechseln und zu glauben, weil seine politische Rolle längst ausgepielt ist, könne er auch die ethischen Werte nach gusto utempfen. Die „Jüdische“ Presse ist Herrn Stöcker schon längst ein Dorn im Auge, diese Bitteln betet er in jeder Versammlung, so auch in Weimar:

„Wer den deutschen Geist retten will, muß die Juden bekämpfen, die Schmutzpresse der Juden und die jüdischen Liberalen“, und so fort ad infinitum.

Männer von Stöcker's Seelengröße beugen an ihren Taten gemessen nicht mehr den politischen Kredit zur Gefühlsheilung des deutschen Volkes, dessen Kampfzeit übrigens nur als Jährlings in antisemitischen Versammlungen spukt. Nun ist in antisemitischen Blättern sehr viel von der einbruchsollen bedeutenden Tagung in Weimar geschrieben worden. Im kraffen Widerspruch hierzu heißt es in einem Bericht der rechtsnationalen „Deutschen Zeitung“:

„Ich muß sagen, daß ich noch nie einer Versammlung beigewohnt habe, deren Zuhörerzahl einen so unwürdigen Eindruck machte. Als sich die Zuhörer- und Hörerinnen versammelten, saßen die Herren noch bei Tisch in demselben Saale; man bedachte sich herum, bis nach einiger Zeit die Zuhörer sich gemächlich erhoben. „Ein feste Burg“, dieses herrliche Lied, in dieser Umgebung hören zu müssen, war ein Schlag ins Gesicht. Dann rauchten und tranken die Herren weiter, am Vorhandeltisch, — von Stimmung keine Rede.“

Ueber Stöcker's Kalauer schreibt das Blatt:

„Die Lächer hatte er damit gewonnen — ich mußte mir gehen, daß ich eine arge Enttäuschung erlitten, ich hatte einen interessanten Inhalt erwartet — der Vortrag hatte mich nicht erwidert und ich konnte keinen neuen Gedanken mit nach Hause nehmen.“

Charakteristisch ist diese Kritik, zumal sich der Verfasser anfangs seines Artikels selbst zur Christlichsozialen Partei bekannt, somit gewiß als ein klassischer Zeuge gelten kann.

Wahlrecht und Erzberger. Das Hauptthema der Liebermann von Sonnenberg'schen Antisemiten besitzt die Unversöhnlichkeit, die aufklärenden Publikationen des Zentrums

abgeordneten Erzberger, der im einzelnen vielleicht mit seinen Ansichten über Ziel getroffen hat, im großen und ganzen aber sich durch die Aufdeckung der unersparbar vorhandenen kolonialen Mißstände ein nationales Verdienst erworben hat, auf eine Stufe zu stellen mit der verkommenen Tätigkeit Ehren-Wahlrechts. Die „Deutschsozialen Blätter“ schreiben nämlich:

„Als der Jahres-Kongress mit seinen Entstellungen gegen jüdische Umtriebe vorging, da fiel alle Arbeit für ihn, weil er dabei Überredungen bedurfte. Ein Teil seiner Behauptungen wurde aber erwiesen, trotzdem blieb er der Betschwärzer, nur aus dem Grunde, weil er dem gebührenden Zuhentum auf die Gütertrauen trat. Wegen seiner verhältnismäßig harmlosen Verfehlungen ging ihm die ganze Presse mit einem gütigen Aufgebot von stiller Entrüstung vor. Ganz anders handelt man aber gegen den „neuen Schwarz“, den Zentrum'sabgeordneten Erzberger. Dieser „Klatsch von Dingen“ hat“ handelt genau in seinen Wünschen wie sein Vorgänger. Nur ist der potentierte Fußstapfel aus dem „hunten Süden“ schauer, er hat nicht die Juden, sondern die Kolonialabteilung zum Ziel seiner Angriffe gewählt. Ihm verbandt die freihändige und rase Presse den Stach zu all dem Liebermann'schen Kolonialskandal, Tölpelstich und Vordröckel; den letzteren möchte das Zentrum anscheinend gerne durch einen seiner Anhänger ersetzt sehen.“

Das antisemitische Blatt gibt dann eine Aeußerung der „Damb. Nachr.“ wieder, welche Herrn Erzberger aufzuerfordern, in der Wüste der angeblich von der Rongor-Rogierung beschlagnahmten jüdischen Blätter zu reden und bemerkt hierzu:

„Ja, vielleicht wird er jetzt weiter reden, aber nur nicht von dem, was nahe liegen sollte, von Reichstagsfähigkeit, Kammer- und Klatscherei, sondern von weiteren Träumen, mit denen er der Beweis erbringt, daß er mindestens nicht zurücksteht hinter Schwarz.“

Wie man im allgemeinen aber die Tätigkeit des Herrn Erzberger denkt, haben wir oben schon zum Ausdruck gebracht. An den parlamentarischen Funktionen des Zentrums hatte er bisher einen starken Rückhalt; worden diese die freie Beschimpfung einer ihrer hervorragendsten parlamentarischen Kräfte durch die Partei des Herrn Liebermann von Sonnenberg ruhig eintreten? Die Anpöbelung Erzbergers durch die „Deutschsozialen Blätter“ ist wahrscheinlich der Dank dafür, daß das Zentrum dem Parteigenossen des Herrn Liebermann von Sonnenberg, Herrn Schad, im vorigen Jahre in Eisenach zu einem Reichstagsmandat verholfen hat!

Ein Zentrum'sblatt über die russische Revolution. Der „Vorwärts“ schreibt:

„Der Antisemitismus ist im Zentrum verbreiteter, als die kirchliche Presse aus Rücksicht auf den Angehörtum ihrer Blätter zugeben will. Man weiß, welche Rolle der Antisemitismus in der bayerischen Bauernbewegung, bei den Christlichsozialen Dekretissen, bei dem Zentrum nahe verwandte Strömungen, spielt; auch in dem kleinbürgerlichen Anhang des Zentrums erschöpft sich der politische Sinn vielfach im dunklen Drange des Antisemitismus. Das zeigt sich in der Art, wie die für diese Kreise schreibende Zentrum'spresse die russische Revolution betrachtet. Vor kurzem brachte die „Trierische Landeszeitung“ einen Artikel, worin die ganze russische Volksbewegung als ein Werk der Juden hingestellt wurde. Die Verleumdung der Bauern — das Werk jüdischer Wucherer; die Unzufriedenheit der Bevölkerung — das Werk jüdischer Geier; die Grenzleuten der schwarzen Banden — die Schuld jüdischer Revolutionäre und so fort. Dann schreibt das Blatt:

„Man kann genau zu erkennen, in welchen Punkten das Zentrum seinen jüdischen Versuch in Rußland andeutet und was deshalb der Hebel angreifen werden muß, ist gründliche, ruhig-abjektive Beobachtung nötig. Der Jude als Verleumder seiner Religion muß selbstverständlich vollkommen unberührt bleiben. Es ist eine weitere Klar, daß Ausnahmestellen zumachen des russischen Zuhentums kein diskretes Moment bilden, von blutigen Verfolgungen fern zu bleiben. Doch müßte die russische Regierung der jüdischen Bekehrungspolitik viel mehr auf die Finger legen, erwidern, daß die Juden sich politisch mit der Sozial-

demokratie verdrängt haben und in der drückend zu viel
 Anteil jüdischen Blutes das Christentum Tag für
 Tag mit Sahn und Spott übergießen; hier schließt
 sich in die Wälder, daher die Glaubensverfolgung und Ver-
 drängung des Volkes."

In einem andern Artikel des Dachsbadblattes wird
 dieser haben weiter gesponnen und auf die revolutionäre
 Rolle des Judentums auch in anderen Ländern hingewiesen.
 Den jüdischen Sozialisten Auslands wird vorgeworfen, daß
 sie den Pöbel aufzuregen und die Bauern arm zu machen
 versuchen, um sie für die Revolution zu gewinnen. Aber:

"Früher oder später werden die Führer gekraft
 werden dort, wo sie gefählig, sie werden ihren Ein-
 fluß verlieren, das Scheitern, in das sie sich zu stützen wußten,
 blendet schließlich noch das betrogene Volk; aber lange wird
 es nicht mehr dauern, die Augen der streitenden Bauern
 und Arbeiter werden geöffnet werden und sie werden schreck-
 liche Mache nehmen. Das Judentum, das in dem letzten
 Augen berichtet wurde, ist nur erst der Anfang."

Das ist die Art, wie die Partei für "Wahrheit,
 Freiheit und Recht" ihr Gefolge über die gewalttätige Be-
 wegung im Osten unterrichtet, die einem Hundertmillionen-
 volke Befreiung aus dem Eend und der Unterdrückung
 bringen soll. Nichts von den Sünden und Verbrechen des
 Judentums, nichts von den Leiden der Masse, nichts von
 Mitleid für die Kämpfer um Gerechtigkeit und Freiheit
 — nur blöde und gemeiner Haß gegen die Männer und
 Frauen, die zwar keinen Tauscheln aufweisen können, aber
 doch genügend Mut und Rechtsinn haben, um ihr Leben
 für die Sache der Freiheit und Wahrheit in die Waage
 zu schlagen."

Hugo Röhl, der frühere Redakteur des "Bütower Anz.",
 der durch seine maßlosen antileitischen Ausfälle nicht wenig
 zur konfessionellen Verhetzung in Pommern beigetragen hat,
 ist in Bismarck, wo er zuletzt tätig war, plötzlich gestorben. Er
 hinterläßt seine Frau und vier Kinder in dürftigen
 Verhältnissen. Erst kämpfte er gegen alles, was jüdisch war,
 er schrieb in Posa und Werken, namentlich in plattdeutschen
 Knüttelversen Beleidigungen über Beleidigungen seiner
 jüdischen Mitbürger. Röhl verfolgte die jüdischen "Kritik-
 mord in Rom", und als er mit antileitischen Wärdchen
 nicht mehr viel Anhang fand, wand er gegen den Pöbel
 Pöbel aus, den er verschiedener Verheerungen glich. Diesmal
 war er glücklicher, denn seine Gewohnheiten — die von
 Pöbel hinterhandgegriffen Lehrer — hatten ihm unanfechtbare
 Tatsachen berichtet. Aber bei seinen früheren agrarischen
 Freunden verlor er sich durch seine Pöbel-Entstellungen.
 Er, der technische Leiter des von ihm hochgeachteten Bütower
 und Stadtverordneten in Bütow, mußte schließlich sein Amt
 niederlegen, denn sonst hätten die Gönner und Freunde des
 Blattes sich zurückgezogen. Auf dem Markte in Bütow
 wurde dem Wanne ein Teil seiner Habe verkauft. Das
 mag für Röhl der schwerste Schlag gewesen sein. Er, der
 so lange Zeit die Volksgunst in Bütow besessen hatte und
 sich sicher unerschütterlich hielt, mußte in die Fremde ziehen!
 Wahrscheinlich seine früheren Feinde hätten ihm diese
 Erfahrung nicht gewünscht. Bei all seiner rüchsellosen
 Kampferart — er beleidigte gern und sagte dann vor Gericht
 "Es war nicht so gemeint" — war er weise und breit im
 Bütower Lande beliebt, namentlich bei den Kleinbauern, die
 seine plattdeutschen antileitischen Aufschreie gern sahen.
 Der "Bütower Anzeiger" ist seit seinem Weggange jedenfalls
 in ein stilleres Jahrtausend gefahren.

Flugblätter des Dachsbadgrafen. Wegen Ueber-
 tretung verpöbeliger Vorlesungen hatten sich dieser Tage
 der Buchdruckerbesitzer Paul Richter und Graf Pädler-
 Klein-Tschirne vor der Berliner Straßammer zu verant-
 worten. Es handelte sich um eines der vielen Flugblätter
 des Grafen Pädler, das die Ueberschrift trug: "Die deutsche
 Frau im Leben der Gegenwart." Das Flugblatt war bei

Richter gedruckt worden, trug aber den unzutreffenden Ver-
 merk: "Für Druck und Verlag verantwortlich Graf v. Pädler-
 Klein-Tschirne." Richter erklärte, daß er keineswegs Antisemit
 sei, den Auftrag des Grafen Pädler vielmehr nur ange-
 nommen habe, weil er gerade wenig zu tun hatte und seine
 Leute gern beschäftigen wollte. Er habe aber in jeder
 Weise es abgelehnt, daß sein Name auf das Flugblatt
 komme, denn er habe viele jüdische Leute als Kunden, und
 Graf Pädler habe sogar das Verlangen gestellt, daß nur
 er, der Graf, allein als für alles verantwortlich unterzeichne.
 — Graf Pädler konnte sich auf irgendwelche persönliche
 Unterredungen mit Herrn Richter bei der Länge der Zeit
 überhaupt nicht mehr besinnen. Er sage stets dem
 Drucker, daß er für den Inhalt der Flugblätter, "der ja
 manchmal ein bißchen aufreizend sei", verant-
 wortlich sei, entfinne sich aber nicht, die Verantwortlichkeit
 für den Druck übernommen zu haben. Der Staatsanwalt
 beantragte gegen beide Angeklagte je 20 Mark Geldstrafe,
 da die Vorschriften der §§ 6 und 18 des Preßgesetzes ver-
 letzt seien. Der Gerichtshof sprach den Grafen Pädler
 frei und verurteilte Herrn Richter zu 10 Mark Geldstrafe.

Vermischtes.

Das endgültige Ergebnis der Volkszählung
 vom 1. Dezember 1905 für den preussischen Staat
 liegt jetzt bereits vor.

Dem Religionsbekenntnis nach hat im preussischen Staats-
 gebiete seit dem 1. Dezember 1900 zugenommen

die Zahl der	um	absolut	prozentlich
Evangelischen . . .	1,523,935	69,85	13,8
Ratholiken . . .	1,298,774	102,26	19,7
anderen Christen . .	43,408	311,99	55,8
Juden . . .	17,179	43,79	8,6

Es betrug während des Jahres 1895/1900 die
 jährliche Zunahme vom Tausend der Evangelischen 14,0, der
 Katholiken 19,5, der Juden 6,5. Der auf die Juden
 entfallende Anteil hat sich also im Verhältnis zur Gesamt-
 bevölkerung beträchtlich vermindert; er betrug 1880
 13,33 v. T., 1885 12,94, 1890 12,42, 1895 11,92, 1900
 11,38 und 1905 nur 10,98 v. T. Die Juden sind nicht
 der Reichshauptstadt (48,37 v. T.) am häufigsten in Hessen-
 Nassau (33,16 v. T.), Posen 15,92 v. T.) und Branden-
 burg (11,45 v. T.). Die Zahl der Juden ist aber in allen
 Landesteilen verhältnismäßig geringer geworden, mit Aus-
 nahme der Provinz Brandenburg, wo sie von 6,52 v. T.
 am 2. Dezember 1895 auf 11,45 v. T. der ortsmässigen
 Bevölkerung am 1. Dezember 1905 gestiegen ist, entsprechend
 der stärkeren Zunahme der in den Vororten und der weiteren
 Umgebung Berlins wohnenden Juden.

Die älteren Jahrgänge

der

"Mitteilungen" sind noch vorrätig und durch die Expe-
 dition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten
 gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905
 gebunden je 4 Mark. Das vorgelegte Inhaltsverzeichnis
 macht den Stoff übersichtlich und erleichtert die Benutzung
 der Bände ungemein.

**Expedition der Mitteilungen an dem Verein
 zur Abwehr des Antisemitismus.**

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch
einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten,
auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Send an die Expedition,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 4 Nr. 2075.

Alle Zusendungen an die Ex-
pedition und Expeditionen sind zu
richten nach Berlin W. Magde-
burgerstr. 14, und alle für den
Besitz des „Antisemitismus“
bestimmten Geld, Wert- und
Einkaufsscheine an den
Schatzmeister, Herrn Geh. Rat
Dr. D. Gensel, Berlin W.
Magdeburgerstr. 14.

Der § 166 des Strafgesetzbuchs und die Antisemiten.

Die antisemitische Presse niedrigerer Ordnung allerdings
nur ist es, welche den von ihnen bekämpften Juden nicht
einmal das unbedeutendste, was ihnen stets am teuersten und
bestiglichen blieb, ihre Religion. Was man über Rassen- und
Stammesgegensätze immerhin denken wie unsere Gegner;
eins muß man doch auch seinem Feinde lassen, woran er
sich in guten und bösen Tagen erheben und aufstellen kann,
und das sollte die Religion sein. Unsere Leser wissen aber,
daß eine gewisse Sorte von Presse, welche sich früher um
die Namen Altmord und Krödel gruppierte, unter dem
Mantel von „Wissenschaftlichkeit“ den Nachweis versucht,
daß ebenso verwerfen wie alles an den Juden auch ihre
Religion sei. Zum Beweise sollten ihnen die von ihnen er-
fundenen Blutmord- oder Ritualmord-Märchen dienen; aus
der Bibel und den späteren Religionschriften bemähten sich
Krödel, Koch und Genossen nach dem Vorbilde Kahlings
festzustellen, daß eine geheime Lehre den Juden ein Blut-
opfer auferlege, daß der Genuß des Blutes dieses Opfers
Vorschrift der Religion sei, und was dergleichen Irrsinn
mehr erzählt wurde. Mehrfache Strafen, so diejenigen,
welche dem „Deutschen Generallanzeier“ in Berlin auferlegt
wurde (abgedruckt in den Entscheidungen des Reichsgerichts
Bd. 28 S. 403), haben diese Richtung zur Vorsicht gemahnt.
Das Reichsgericht sagt, der § 166 St.-G.-B. bezweckt den
Schutz des religiösen Gefühls; dieses Gefühl werde verletzt,
die Störung der Ordnung, welche damit verbunden, sei
gleich schwer, ob sich der Störende in gutem oder schlechtem
Glauben befinde. Beschimpfung sei es, wenn man Gott,
auch dem „Jugendgott“, nachsage, er fordere Morde zu
gottedienlichen Zwecken.

Seit dieser Zeit tritt die Legende nur in der Fassung
auf, es sei nicht mehr den Juden als solchen von Religions-
wegen der Mord vorgeschrieben, aber eine „Sekte“ meine
aus Aberglauben ein gottswiderständliches Werk durch solche
Morde zu vollbringen. Die „Deutsche Sozialistische“
in Stuttgart hat sich für diese Version entschieden, indem sie
am 11. März 1906 den Gesandten besaß, an den Jahrestag
des Königer Verbrechens zu erinnern und unbekannte jüdische
Täter der Tat zu bezeichnen. Sie schrieb: „Unter uns
leben Menschen, die da glauben, sie brauchen Blut, um
„Gott“ zu versöhnen.“ Sie wies darauf hin, daß „das
ganze jüdische Volk“ dadurch, daß es dies bestreitet, sich
mitschuldig mache an dem Verbrechen. Sie sprach von
„Verbrechenssolidarität“ und versagte sich zu der Infamie,

„Juden“ wollen nicht die Schandtat aufdecken und die
„Verschworenen“ von König lassen.

Der Staatsanwalt fand hierin eine Religions-
beschimpfung. Die Strafkammer in Stuttgart glaubte aber
der Versicherung des angeklagten Redakteurs Habbe, daß
er hiernach nicht die Religion der Juden, nicht ihren Gott,
habe beschimpfen wollen, sondern daß sich seine Kritik nur
auf jene, niemals ermittelte Sekte oder auf einzelne Juden
beziehe, welche nach seiner Meinung Verbrechen aus Aberg-
glauben begangen hätten. Habbe wurde daher außer Ver-
folgung gesetzt.

Man wird sich über diese Mißdeutung wundern müssen;
denn die vergifteten Pfeile, die der getrennsetzte Artikel
auf die Religion der Juden abwarf, waren doch nur sehr
schwach verfaßt. Der Staatsanwalt hatte nicht ohne Grund
angenommen, daß durch die Behauptung einer Solidität
des Judentums mit den angeblich abergläubischen Ver-
brechern das ganze Judentum dieses Aberglaubens und zwar
dieses religiösen Aberglaubens beschimpft werde. Den Freunden
einer Abschaffung des § 166 St.-G.-B. wird dieser neue
Ausdruck antisemitischer Rohheit den Beweis liefern, daß es
in Deutschland noch eine Presse gibt, der gegenüber auf
diesen Strohhaufen nicht verzichtet werden kann.

Die Juden der Antisemiten.

Die bona fide-Antisemiten bekämpfen nicht nur wie
der seltsame Don Quixote Windmühlen, sondern ein leeres
Gespinnst, ein Produkt ihrer eigenen Phantasie, d. h. Juden,
die überhaupt nicht existieren haben, noch weniger jetzt bei
uns existieren, sondern die sie selbst geschaffen und bis zur
Unkenntlichkeit vergrößert haben.

Die Juden der Antisemiten sind erstens einmal Ueber-
bleibsel aus den allgemeinen Vorstellungen der christlichen
Welt vergangener Jahrhunderte, da man sich ohne weitere
Prüfung die Juden so vorstellte, wie die christliche Kirche,
nicht die christliche Religion es wünschte und vorstellte.
Man wollte und sollte die Juden hassen und verabscheuen
als Ungläubige, als Gottesleugner, als die Mörder Christi.
Inzwischen hat sich aber die runde Erde merklich gedreht.
Heute kennt man noch andere Ungläubige, und wenn man
alle verfolgen und für schlecht erklären wollte, dann würden
nicht gar zu viele übrig. Heute beurteilt man nicht mehr
so absollig diejenigen, welche nicht in allen Punkten den
christlichen Anforderungen entsprechen. Heute denkt man
anders über den Jesu gemachten Prozeß, so sehr man auch
seine Verurteilung beklagen mag. Heute ist man auch mehr
unterrichtet über den wahren Vorgang, und was von de

sonderer Wichtigkeit ist, heute ist man humaner und denkt kein viertelmals vernünftiger Mensch im Ernst daran, nach zweitausend Jahren Millionen Menschen verantwortlich zu machen für das was eine ganz unbedeutende Minorität in einer einzigen Stadt Palästinas, gefündigt hat. Aber etwas von dem aus diesen Gründen gegen die Juden geübtem Mißtrauen ist der Welten, namentlich bei den großen Volksmassen zurückgeblieben, die darum immer wieder so leicht gegen die Juden aufgehetzt werden können, besonders in solchen Ländern und Gegenden, wo politische Einfluß auf das Volk haben und diesen aus irgend welchen Gründen gegen die Juden zu mißbrauchen für gut finden.

Wadann haben ab und zu Manche mit jüdischen Geschäftsleuten, Geldgebern, vielleicht gar Wucherern schlechte Erfahrungen gemacht. Selbst wenn diese Leute nicht schlecht sind und aus gemeiner Nachsucht nach wenig christlichen Grundfätzen sich nicht nur an den betreffenden Unselbstären, sondern gleich an deren ganzen Sippe täglich rächen wollen, sind sie doch meist so naiv wie jene Globetrotter, die ein ganzes Volk aus den wenigen Exemplaren beschreiben und beurteilen, mit welchen sie vorübergehend oberflächlich bekannt worden sind. Jeder weiß, wie leicht diese geneigt sind auf Grund so geringfügiger Erfahrungen sogar ganze Völker über Ausland, England, Frankreich, die Vereinigten Staaten zu verurteilen, von den gewöhnlichen nicht gleich zur Feder greifenden, aber desto rehseliger am Stammtisch das große Wort führenden Herrschaften nicht eiz zu reden. Die Leute, die mit zwei, drei Juden schlechte Geschäfte gemacht haben, von ihnen überverteilt oder gar betrogen worden sind, sonst aber Juden nur von weitem gesehen haben, urteilen nun mit dem vollen Brästen der Ueberzeugung aber die auf dem ganzen Erdball wohnenden Millionen Juden als Mißfänger, während sie in Wirklichkeit nicht einmal Hundertstel-Mißfänger sind. Dieses minimale Bruchwissen aber ist noch gefährlicher, als das vollendete Nichtwissen, auf Grund dessen auch nicht wenig gegen die Juden gefündigt wird. Sei man sich ja früher, da die Juden noch abgesperrt lebten und zumal in Ländern, in welchen sie überhaupt nicht wohnen durften, die absonderlichen Vorstellungen schon von der physischen Beschaffenheit der Juden gemacht, geglaubt, daß sie Höheren haben oder sich durch andere Admonitionen von den übrigen Menschen unterscheiden. In einem vor längerer Zeit in den „Viertelungen“ veröffentlichten amerikanischen Brief wurde erzählt, daß, als die ersten jüdischen Ansiedler in Cincinnati eintrafen, Leute von weit her kamen, um sich einmal einen Juden anzusehen.

Es kommt aber noch eine andere Art Unwissenheit in Betracht, die bei der Beurteilung der Juden seitens vieler bona fide-Antisemitisten eine nicht unbedeutende Rolle spielt. Da die Juden ein im Vergleich zu den europäischen Völkern sehr altes Volk sind, da sie fernher durch ihre Schicksale und ihre Zerstreuung über den ganzen Erdball manche, namentlich auch wirtschaftliche Geese früher empirisch kennen gelernt und angewandt haben, haben die minder erfahrenen Rölker ihnen gegenüber oft in dem Verhältnis Unwissenheit zu Wissenenden, Neuer zu Erfahrenen, Ungebildeter zu Gebildeten gestanden und dies zu ihrem Nachteil verurteilt. Nicht gerade durch geistige Ueberlegenheit, sondern durch ihren Aufenthalt in der Wille bereits vorgeschrittener See- und Handelsvölker haben die Juden, beispielsweise viel früher als die Germanen, Wissen und Wert des Wechsels, der Börse und vieler anderer für den Handel wichtiger Dinge erkannt. Viel früher wußten sie, daß Geld nicht bloß ein Zahlungsmittel, sondern auch eine Ware ist, deren Preis wechselt je nach Angebot und Nachfrage, nach dem Risiko usw., und die in der Erkenntnis des Geldwesens viel länger zurückgebliebenen Germanen ver-

dammten die Juden, weil diese das Hergeben von Geld etwa ebenso behandelten wie das Hergeben von Bäten, Zinsen nahmen in Höhe, die abhängig waren von Geldmangel oder Geldüberfluß, von den allgemeinen politischen und anderen Verhältnissen, von der wirtschaftlichen Lage, dem Charakter, den Familienverhältnissen des Geldnehmers usw. Der einfache durchwegs ehrliche Geldgeber wurde auf eine Stufe gestellt mit dem infamsten Wucherer, und da die Juden infolge der aus wirtschaftlicher Unkenntnis hervor-gegangenen Vergebung die hauptsächlichsten, ja alleinigen Geldgeber waren, galten alle Juden auch für Wucherer. Und daß die Juden früher mitunter auch höhere Finsätze nahmen, als nach Lage des Geldnehmers notwendig gewesen wäre, hatte wiederum seinen Grund in den unsicheren Verhältnissen der Juden selbst, die niemals wissen konnten, wie lange sie in der Stadt oder gar im Lande gebuldet werden würden, wieviel Abfindung für weitere Duldung sie den verschiedenen Nachhabern würden geben müssen. Früher als die meisten christlichen Völker Europas haben die Juden erkannt, nicht nur, daß man für das Hergeben von Geld Zinsen nehmen darf, ja auch, daß das Zinsnehmen geradezu im Interesse des Geldbedürftigen liegt, der sonst in neunundneunzig von hundert Fällen überhaupt kein bekommen würde, sondern auch, daß man zu verschiedenen Zeiten und von verschiedenen Leuten einen verschiedenen Finsatz nehmen muß, kurz, sie erkannten früher und handelten dem entsprechend, daß man beim Hergeben von Geld so verfahren muß wie jetzt alle Welt, einschließlich der germanischen, tagtäglich verfährt. Die Juden hatten den Vorteil, aber auch das Odium dieser früheren Erkenntnis, zu welcher die heutigen bona fide-Antisemitisten noch nicht durchweg gelangt sind, und die daher noch längst veraltet und gar nicht mehr den Juden gegenüber angebrachte Schlagworte im Munde führen und Anklang mit diesen finden bei Leuten, die noch — blümmer sind.

Viele Antisemitisten werfen Juden als besonders abstoßend und speziell jüdisch lautes Sprechen, lebhafteste Gekühnungen, Agieren mit den Händen vor. Sie bedeuten nicht, daß es sehr viele Juden gibt, die sich mit der Zeit all dies abgewöhnt haben, daß es viele Germanen gibt, die auch laut sprechen und lebhaft gestikulieren, und vor allem wissen sie nicht, daß namentlich sabbäische Völker noch weit lebhafter als die Juden gestikulieren und lauter sprechen. Sie haben wahrscheinlich nie gesehen, daß der Italiener beispielsweise mit den Händen nicht nur spricht, sondern gradezu gewissermaßen schreibt, daß es in einem Pariser Lokal ohne Juden viel lauter zugeht als wenn nur Juden drin wären. Weil ihre Erfahrung so gering, ihre Gesichtskreis so eng, urteilen sie eng und kleinlich über die Juden, die sie auch nicht kennen.

Die Antisemitisten berufen sich gewöhnlich darauf, daß die Juden überall, nicht nur bei den christlichen Völkern, sondern auch bei den mohammedanischen, bei den Heiden, und auch im Altertum bei den Römern, kurz immer und überall verhaßt gewesen seien. Das läßt sich allerdings nicht ganz in Abrede stellen, aber die Herrschaften vergehen dabei so mangelnd. Bei den christlichen Völkern ist ja wohl die früher allen gemeinsame kirchliche Erziehung und Anschauung in erster Reihe schuldig. Die mohammedanischen Rölker sind im Vergleich mit den Juden meist rückständig oder sie haßen Juden nicht mehr als Christen. Die alten Römer betrachteten alle Nichttrömer als Barbaren, machten sich, als sie mit den Juden in Berührung kamen, nicht mehr viel aus ihren eigenen Sitten und konnten sich doch keine rechte Vorstellung davon machen, wie man mit einem unsittlichen, einen einzigen Gott fertig werden könne. Juden hatte die Widererkennung der Guten den Römern besonders viel zu schaffen gemacht, viel Gut und Blut, Zeit und Mühe gekostet, und auch daher der Haß.

Die deutschen Antisemiten vergessen dabei das sonst so gern zitierte deutsche Sprichwort: Viel Feinde, viel Ehre. Es ist ja ganz natürlich, daß die Juden überall mehr als alle anderen Völker verhaßt sind, weil bis vor nicht gar zu langer Zeit sie allein mit allen Völkern in Berührung gekommen sind, und weil die meisten Völker, ja fast alle auf andere Völker nicht gut zu sprechen sind. Die Appaländer, die Eskimos, selbst die Schweden, Dänen, Norweger, Finen usw., usw., sind nicht allgemein verhaßt, aus dem einfachen Grunde, weil sie nicht allgemein bekannt sind. Am meisten verhaßt werden gerade die größten Völker, die mit allen Völkern unter der Sonne in Berührung kommen. Der Engländer wird gehaßt, der Spanier wird gehaßt und vielleicht am allermeisten der — Deutsche. Sie alle werden gehaßt, einmal wegen gewisser Mängel und bestrebender Gewohnheiten, hauptsächlich aber wegen ihrer — *Vorzüge*, wegen ihrer Tüchtigkeit. Daß die Deutschen überall am gehäßigsten sind, spricht nur dafür, daß sie im Vergleich zu Anderen mehr gelernt haben, mehr arbeiten, solider, wirtschaftlicher, ordentlicher sind. Und am allermeisten verhaßt sind sie den Russen, denen sie am meisten genügt haben, denen sie am meisten als Vorbild dienen müßten, und zwar eben deshalb. Die Juden sind auch nicht am wenigsten gewisser Vorzüge wegen verhaßt: sie sind regsam, sparsam, nüchtern, wollen alles praktisch zu verwenden und zu verwerten, versehen sich mit den geringsten Mitteln halbwegs durchzuschlagen, und selbst vorwärts zu kommen, legen Wert auf die eigene und die Ausbildung der Kinder, unterstützen die Angehörigen usw., usw., und das können Viele nicht vertragen und sind darum — Antisemiten.

Wie man es also auch drehen und wenden mag, die Juden der Antisemiten, die Juden, wie sie die Antisemiten sich und anderen ausmalen, sind nicht vorhanden, sind nie vorhanden gewesen. Es sind Ausgeburt einer wilden, fruchtlosen, einseitigen Phantasie, die man auskömmlich mit den eigenen Fesseln und Kästern, denen man huldigt, zu huldigen sich versucht fühlt, vielleicht auch zu huldigen sich fürchtet, und die man darum abschreckend sich ausmalte. Die Juden der Antisemiten sind Ausbildungen des eigenen Innern des Antisemiten. Sage mir, wie ein Antisemit sich die Juden denkt, und ich sage Dir, welche Erfahrungen er im Leben gemacht hat, wie wenig Erfahrung er in Wirklichkeit hat, und, last not least, wie es in seinem Innern aussieht. In seinem Bufen trägt er keine Juden.

Die Juden, denen man alle Schlechtigkeiten anbildet, und die man für alles Böse in der Welt verantwortlich macht, müssen doch recht früh schon eine bedeutende sittliche Höhe erreicht haben, wenn sie wie kein anderes Volk des Altertums zu Gotteserkenntnis gelangt sind, und sie müssen zu einer außerordentlichen geistigen Höhe gelangt sein, daß in ihrer Literatur Gebilde und Gebete wie die Psalmen, Psalmen wie die der Propheten bereits in uralten Zeiten zu finden sind. Der Gläubige, der an Inspiration der Heiligen Schrift, des Alten wie des Neuen Testaments, glaubt, kann unmöglich an die sittliche und geistige Minderwertigkeit der Juden glauben, weil er nicht erklären könnte, warum die Gottheit sich gerade das minderwertige Volk zur Inspiration auserwählt hat. Der Rationalist wiederum, der alles auf natürliche Weise erklärt, könnte nicht erklären, wie ein minderwertiges Volk sich literarischer Leistungen sollte rühmen können, die noch heutigen Tages unübertroffen in der Weltliteratur dastehen.

„Das war einmal!“, wird man vielleicht darauf erwidern. In Palästina, so lange sie noch ein selbständiges Volk waren, mögen die Juden selbständig gewesen sein. Seitdem sie aber ihre Unabhängigkeit verloren haben, sind sie entartet und unheilbar.

Die Rassenantisemiten dürften allerdings so nicht sprechen, ohne sich selbst zu widersprechen. Aber lassen wir

diese und halten wir uns nur an die bona fide-Antisemiten. Nun gilt allgemein als Erfahrungssatz, daß Reiben verminert und veredelt. Wenn aber ein Volk Reiben durchgemacht hat, länger und schrecklicher als je ein Volk, dann ist es doch möglich das Volk der Juden. In der Tat kann man eine wirklich ideale Gesinnung, ein intensives religiöses Fühlen eine Erklärung dafür finden, daß die Juden nicht länger ihre Religion prelegegeben haben, um sich das Wohlwollen der Völker und Frieden auf Erden zu erkaufen.

Von welcher Seite also auch man es betrachten will, man muß immer zu dem Resultat gelangen, die Juden der Antisemiten sind keine Juden von Fleisch und Blut, sind Phantasiegebilde, die weit weniger den Juden gleichen als den Antisemiten selbst.

Selbst können auch Phantasiegehaltn Unheil anrichten, und das tun auch die imaginären Juden der Antisemiten. Sie sind in vielen Ländern der schwarze Mann, mit welchem man Kinder schreit und traut macht. Sie sind der Sündenbock, auf den man die eigene Schuld abwälzt und dadurch veräußert in sich zu gehen und sich zu bessern. Freilich trägt sich das zuletzt bitter genug an Individuen wie an Völkern. Schuld und Sühne im großen Maßstab kann man jetzt zur Genüge in Rußland verfolgen, wo die Juden, allerdings in anderem Sinne als die Antisemiten meinen, nämlich weit mehr passiv als aktiv schuld sind, daß die Revolution das Müßigen und Worten so vorzüglich versteht, daß der Kredit Rußlands so darniederliegt, und daß so vieles faul und morsch im russischen Reiche ist.

Antisemitische Verarbeitung.

In den „Wittelingen“ ist schon oft über die antisemitische Agitationsmethode berichtet worden. Der Reichsverband der deutschsozialen Partei operiert nun neuerdings skrupellos mit Mitteln, die jeder anständig geübte Politiker verwerten muß. Die Antisemiten verwohnen sich hagen, mit den russischen Pogromveranstaltungen in Parallele gestellt zu werden. Wenn man aber die unter dem Deckmantel „Aufklärung“ betriebene Verhetzung durch die deutschen Antisemiten betrachtet, findet man in der Tat Berührungspunkte mit den russischen Antisemiten. Wichtig ist zunächst festzustellen, daß die deutschsozialen Antisemiten wider besseres Wissen über die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit Unwahrheiten verbreiten, die geeignet sind, in politisch unerfahrenen Volksgenossen Mißtrauen zu tragen und sie gegen die Juden zu beeinflussen. Da es sich nun in der Hauptsache um „olde Kamellen“ handelt, antisemitische Erfindungen, die von kompetenter Seite längst widerlegt sind, es also darauf abgesehen zu sein scheint, mit Gewalt Rassenunfrieden zu stiften, muß man nachgerade seine Verwunderung darüber ausdrücken, daß diese antisemitischen Schamlosigkeit in Deutschland so ostentativ betrieben werden dürfen. Spiegel in die deutschsozialen, die Mitteldeutschland zu ihrer Hauptagitationsstätte auswerten haben, leisten in der geistigen Verunglimpfung der Juden das denkbar Mögliche.

„Zur Verlebung der Verarbeitung“, so gibt die Geschäftsstelle der deutschsozialen Partei an, werden aus Hamburg an die Parteimitglieder und Freunde neuerdings stufenweise Büher verandt, die als Prämien für Ramboftmachung von Förderern und Freunden des Antisemitismus gelten sollen. Zum Zwecke dieser Ramboftmachung wurden vor einiger Zeit Büher verandt, auf denen der Empfänger ca. 30 Adressen aufschreiben sollte. Der Büher einer derartigen Adressenliste brauchte nur die einzelnen selber mit x beliebigen Namen auszufüllen und das Schriftstück nach Hamburg zu senden. Prompi erhält er für diese Arbeit einen halben Büher zur Beteiligung an seine Freunde und zum Selbststudium. Die derart Ramboftgemachten müssen es sich nun

gefallen lassen, wenn sie von antisemitischer Seite mit Anträgen übersättigt werden, als Mühselig, d. h. als Jücherey sich der deutschsozialen Partei anzugliedern, was 4 resp. 2 Mark kostet. In den meisten Fällen wird der so um Geld oder Beiträge Angegangene gar nicht wissen, wie er zu der „Ehre“ kommt, als Antisemit angesehen zu werden. Auch die mythische Wendung am Kopfe der Aufforderung: „Sie werden uns von beiderseits Seite begehrt — wir werden auf Sie aufmerksam gemacht.“ wird dem Empfänger meist spassig vorkommen. Nicht zu bestritten ist, daß auf diese wohl dem polizeiwidrigen Schneeballensystem nachgebildete Agitationsart einzelne politisch unreflexive Menschen hereinfallen. Ein steter Tropfen höhlt den Stein.

In diesem Lichte betrachtet, erscheinen die vom deutschsozialen Reichsverband veranlaßten mit ungeheuren Mittglieberzahlungen probenden Reklamen recht mythisch. Was beweist dies z. B. wenn es in einer Reklameschrift heißt: „In vier Monaten konnten wir 1892 8 Yuanmeldungen verzeichnen?“ Bächerlich wirkt es nur, wenn dann die Reklameschrift also fortfährt:

„Es geht vorwärts mit unserer Organisationsarbeit, d. h. für alle Freunde, es geht vorwärts mit der Ausbreitung deutschsozialer Anschauungen überhaupt. Je größer unser Reichsverband ist, desto größer ist auch unser Einfluß, weil die größere Zahl der freigestellten Mitarbeiter (siehe oben z. B. Nr. 2) immer wirksamer in die Förderung tritt und weil die Einsamkeit (antisemitische Einsamkeit) einer großen Organisation es ermöglicht, daß immer mehr Arbeiter, unterstützt durch Flugschriften und andere, eine wirksame Aufklärungsarbeit in vielen Teilen unseres deutschen Vaterlandes betreiben können. Darüber, daß jeder unserer Freunde mindestens eine Anmerkung machen kann, besteht kein Zweifel. Viele erheben wir uns nach in diesem Monat usw.“

Abgelesen von dem gelinden Zwang aus die Adressenverzeichner, der in den letzten Worten liegt, kennzeichnet sich eine derartige Werbearbeit von selbst als unreflexive Waise.

Zum Beweise der eingangs des Artikels aufgestellten Behauptung über die wider besseres Wissen verbreiteten Gefährlichkeiten der Deutschsozialen, sei hier einiges über den in dem antisemitischen Schreiben erwähnten „Flugschriftenverfasser“ gesagt.

Folgende Bücher antisemitischer Tendenz werden zur Zeit allgemein in die antisemitischen Reichssozialenwahlkreise verandt: 1. Urteile berühmter Männer über das Judentum, 87 Seiten; 2. Fragen und Antworten über das Judentum, 28 Seiten; 3. Die Juden in England, Polen, Ungarn, 35 Seiten; 4. Sittenlehre des Judentums 40 Seiten; 5. Jüdische Selbstbildnisse, 60 Seiten; 6. Statistik des Judentums, 75 Seiten. Diese Schriften sind ausnahmslos von Theodor Frisch und enthalten in der Hauptsache jeder Begründung entbehrende Unwahrheiten und antisemitische Verleumdungen, die schon vor Jahren in Wort und Schrift als Verleumdungen gekennzeichnet wurden. Unter dem Titel: „Israel und die Götter“ wird eine Antisemitik über die Judenfrage verbreitet, die vor 26 Jahren in den „Grenzboten“ erschienen ist.

Das Buch kommt dann in 316 Seiten zu dem Schluss: „Vereinigung aller politischen Parteien gegen die Juden, Ausschluß der Juden von den Reichs-, Land- und Kreisräten sowie Gemeindevorständen, Abschaffung jüdischer Zeitungen, Verbot jüdischer Redakteure, Ausschluß der Juden aus Vereinen und Versammlungen, Befristung der Freizügigkeit, Ausschluß von juristischen Berufen.“

Die antisemitische Werbearbeit besteht im wesentlichen in der Reproduktion fänglicher abgeleiteter Schwindeln und der Aufforderung zum Verfassungsbruch und zur Verwerfung der staatsbürgerlichen Stellung der Juden.

Ahlem. *)

Wer mit Antisemiten in Versammlungen zu kämpfen hat, weiß, daß ihm immer derselbe Gedankengang entgegentritt: „Die Juden sind das Handels- und Schädervolk par excellence; von „wahrhaft“ produktiv, insbesondere von körperlicher Arbeit halten sie sich fern; sie suchen nur mäßigen Gewinn aus Kosten ihrer christlichen Mitmenschen; wo hat man je einen Juden hinter dem Pfluge hergehen oder an der Hobelbank sehen sehen?“

Wemselbst man demgegenüber darauf, daß es zwar in Deutschland nur vereinzelte jüdische Landwirte und Handwerker gebe, daß aber andere Länder jüdische Ackerbaukolonien, Massen von jüdischen Handwerkern, jüdische Arbeiter in den fürchterlich anstrengendsten Berufen kennen, so heißt es spöttisch: „Lassen Sie uns doch mit dem fernem Ausland zuwieben: Solche Behauptungen kann niemand kontrollieren! Wir haben es nicht mit irgendwelchen anderen, sondern eben mit den deutschen Juden zu tun, und auf sie trifft die Behauptung zu, daß sie körperliche Arbeit scheuen.“

Man ist dann geneigt, auf die Gefährlichkeit des jüdischen Volkes einzugehen. Wie kann man sich wundern, daß ein Volk sich zum Handelsvolk entwickelt hat, wenn es all die Jahrhunderte hindurch von den Nationen, unter denen es als kleine Minderheit lebte, gemieden wurde, sich aus den Handel zu beschränken? Wie kann man von Leuten Ackerbau und Handwerk verlangen, denen seit unvorstelligen Zeiten der Erwerb vom Grund und Boden und der Eintritt in die Zünfte unterlag war?

Ja, so heißt es dann, seit 1869 spätestens seien aber die Juden doch „gleichberechtigt“. Warum hürten sie sich denn nun nicht in Masse auf die Erwerbszweige, die ihnen früher verschlossen waren, sondern blieben fast sämtlich dem Handel treu? Nun, Gewohnheiten, die einem Volksbestandteil Jahrhunderte hindurch aufgegeben worden sind, lassen sich natürlich nicht in wenigen Jahrzehnten mit Stumpf und Stiel austrotzen. Das liegt so auf der Hand, daß man unbeehebbar sein muß wie das Gros der Antisemiten, um es nicht sofort einzusehen. Immerhin hätten es die Gegner der Antisemiten leichter, wenn sie auf etwas mehr Fälle des Uebergangs zur Landwirtschaft und zum Handwerk verweisen könnten, als es bis jetzt in Deutschland möglich ist. Es liegt auch, von diesem politischen Moment ganz abgesehen, im Interesse der Juden selbst, wenn sie jetzt, da ihnen die Gelegenheit — wenn auch oft unter außerordentlich erschwerenden Umständen! — geboten ist, sich mehr auch den ihnen früher verpöndeten Berufszweigen zuzuwenden. Es ist physisch nie psychisch für einen Volksbestandteil kein Segen, wenn er sich ausschließlich einer Beschäftigung widmet und dabei die Berührung mit der „Mutter Erde“ allsehr verliert. Es ergibt sich daraus eine Einseitigkeit, die ihre Vorzüge, aber doch noch größere Schattenseiten aufweist. Insbesondere die ärmsten Schichten des Volkes, das Proletariat, leiden darunter. Es ist ein Aberglaube, die Juden für durchweg oder auch nur überwiegend wohlhabend zu halten. Ich kenne z. B. manches arme jüdische Dorf, so ein Duzend jüdischer Familien in geradezu brennender Armut dahinsiebt. Beim Handel, den sie fast durchweg treiben, können sie nie auf einen grünen Zweig kommen. Es gibt eben in jenen ärmlichen Gegenden so wenig zu handeln, daß der Handel vielleicht zwei, aber sicher nicht zwölf Familien anständig ernähren kann. Gelänge es, einen Teil dieses jüdischen Handelsproletariats dem Landwerk und der Landwirtschaft zuzuführen, so wäre das ein wahrer Segen.

Nun hat man ja den Juden gemacht, einen Teil des jüdischen Proletariats aus Osteuropa in Ackerbaukolonien, namentlich in Amerika, unterzubringen. Diese Versuche haben aberniedrigend ein wenig ermutigendes Resultat gehabt, soweit

*) Aus der „Nation“.

ich wenigstens unterrichtet bin. Es ist eben verzwiefelt schwer, Personen in rasen Lebensjahren aus ihrem Milieu herauszureißen und sie unter ganz anderen Verhältnissen in eine völlig andere Tätigkeit unvermittelt hineinzustellen. Das sieht man schon an den verglichenen Bemühungen, deutsche Industriearbeiter in den Zeiten industrieller Krisen als Landarbeiter zu beschäftigen. Das Anpassungsvermögen erwachsener Menschen ist in den meisten Fällen für einen solchen Berufswechsel nicht ausreichend. Et fehlt es einfach an der körperlichen Eignung.

Will man Aussicht auf Erfolg haben, so muß man bei der Jugend ansetzen.

Das war der Gedanke, der den Leiter im vorigen Jahr veranlaßte, den israelitischen Erziehungsanstalt Ahlem vor nunmehr vierzehn Jahren ins Leben zu rufen. Vor den Toren von Hannover lagerte er ein Gelände von etwa sechzig Morgen, das den Kindern des jüdischen Proletariats Gelegenheit geben soll, systematisch im Gartenbau ausgebildet zu werden. Vom Jahr zu Jahr ist das Unternehmen gewachsen. Heute besteht es aus drei getrennten und doch innerlich zusammenhängenden Anstalten. Der Kern ist die Lehrlingsabteilung. Sie bildet schulentlassene israelitische Knaben — 1905 waren es vierundvierzig — theoretisch und praktisch im Gartenbau aus und sucht ihnen nach beendeter Ausbildung Stellen als Gärtner zu verschaffen. Gewissermaßen eine Vorkule für die Lehrlingsabteilung ist die Schülereinstellung. Sie umfaßte 1905 zweiundvierzig Knaben vom sechsten bis vierzehnten Lebensjahre. Die Knaben empfangen genüsslichen Volksschulunterricht in der Anstalt, haben aber nachmittags Gelegenheit, durch Beschäftigung im Schulgarten Liebe zum Gartenbau zu gewinnen. Jedes Jahr tritt eine Anzahl von ihnen in die Lehrlingsabteilung über. Die dritte Anstalt ist das Mädchenhaus. Es zählte 1905 einunddreißig schulpflichtige Mädchen und zwanzig Haushaltungsehrknechte. Die Mädchen sollen durch die Tätigkeit in Garten- und Hauswirtschaft zu gesunden und erfahrenen künftigen Hausfrauen ausgebildet werden.

Ich hatte im September Gelegenheit, zum zweitenmal unter fachverständiger Führung die Ahlemer Anstalten zu besichtigen, und habe wieder den allergütigsten Eindruck mit nach Hause genommen. Gleich die Introduktion war sehr vorteilhaft: wir besuchten eine Gartenbauausstellung, die zufällig in Hannover stattfand, und fanden dort, daß Ahlem sich mit keinem ausgezeichneten Gemüse und Obst sehr gut sehen lassen konnte. Kürbisse, Kopfsöpfe, Bienen und mancherlei anderes waren vorzüglich. Die Anstalt hat ja auch schon auf früheren Ausstellungen ehrenvolle Preise davongetragen.

Ueber den technisch-gärtnerischen Wert der Ahlemer Obst- und Gemüsekulturen habe ich allerdings kein fachverständiges Urteil. Doch ist das in diesem Fall auch Nebensache. Die Hauptsache ist, daß das ganze Unternehmen außerordentlich praktisch dem Zweck angepaßt zu sein scheint, dem es dienen soll. Die Kinder und jungen Leute sind trefflich untergebracht. Die Schlafräume sind zwar nicht „mit allem Komfort der Reize“, sondern im Gegenteil mit größter Einfachheit ausgestattet, aber hygienisch musterhaft. Man sieht ihnen an, daß sie in erster Linie dazu dienen sollen, ein kräftiges Gesicht zu heranzubilden. Die Sauberkeit hier wie in der Küche, den Bade-, Wasch- und sonstigen Räumen springt in die Augen. Die Unterrichtsräume gefallen in Folge für den Schul- und den Handwerkslehreunterricht. Daß der Schulunterricht für Knaben und Mädchen mit dem besten Erfolg gemeinsam erteilt wird, sei nur nebenbei erwähnt. Der letzte Schulverweilbericht führt die guten Erfolge gerade auch auf die Gemeinschaft zurück. Dieser Revisionsbericht stellt ferner fest, daß die Schwierigkeiten, mit denen die Schule wegen der aus den verschiedensten Gegenden kommenden Elemente zu kämpfen

hatte, glücklich überwunden wurden, und erklärt: „Sucht und Ordnung sind musterhaft.“

Neben der Gärtnererei besteht eine Schusterwerkstatt und eine Bäckerei. Schüler, die weniger Neigung für die Gärtnererei haben, können also nach ihrer Entlassung aus der Schule aus anderen Zweigen des Handwerks sich widmen, ohne die gesunde, ländliche Umgebung verlassen zu müssen. Schuhmacher und Bäckerei arbeiten nicht bloß für die Anstalt, sondern auch für den Verkauf. Man soll mit ihren Leistungen sehr zufrieden sein.

Der stärkste Eindruck, den man empfängt, ist der von den Kindern und jungen Leuten. An sich ist es vielfach sprödes Material, das in die Anstalt kommt. Die Hände zumal sind zumächst meist ungelibt und ungewandt. Die meisten Jüngsten der Anstalt stammen aus Deutschland. Aber einzeln: Kinder aus Osteuropa werden auch angenommen. Kurz vor meinem Besuch hatte man verschiedene Weisen aufgenommen, deren Eltern bei dem Programm in Bielefeld ermordet worden waren. Manche dieser Elemente aus dem Osten bieten ihre besonderen Schwierigkeiten. Sie sprechen nur „Jiddisch“. Ihnen fehlen die Elemente der Körperpflege. Wüster Charakter ist unerbäulich. Aber die Disziplin der Anstalt wird dieser Schwierigkeiten sehr ausnahmslos Herr. Und die Ausweglichkeiten des neuen Lebens in gesunder Umgebung und gesicherten Verhältnissen rufen in den Kindern eine ganz ungewöhnliche Lebensfreude hervor. Sie blähen sich auf. Es ist eine Lust, diese zufriedenen und meist intelligenten Gesichter zu sehen. Dabei kann man eine merkwürdige Beobachtung machen: die Wassermerkmale schwächen sich anscheinend bei der ländlichen Arbeit ab. Ich sah so ausgesprochen germanische Typen, daß ich scherzend fragte, ob hier nicht am Ende eine *pia fraus* vorliege. Doch Inspektor Silberberg, der langjährige Leiter der Anstalt, bestritt mir nur meine Beobachtung, daß das neue Milieu tatsächlich starke Veränderungen in dem Aussehen der Kinder hervorzubringen pflegt.

Die wichtigste Frage ist natürlich die: führt die Ausbildung in dem Gartenbau die Lehrlinge dauernd zur Beschäftigung mit dem Boden, oder handelt es sich dabei nur um einen vorübergehenden Zustand? Es wäre vielleicht gewagt, schon jetzt, nach dem verhältnismäßig kurzen Erfahrungsraum, ein abschließendes Urteil abzugeben. Doch kann man von Jahr zu Jahr mit größerer Sicherheit erklären, daß das Experiment geglückt sei. Es sind bisher 123 Lehrlinge in der Gärtnererei ausgebildet. Davon haben nur vierzehn den Versuch gewechselt. Die große Mehrzahl befindet sich in gärtnerischen Stellungen, fünfzehn allein in Amerika, vierundfünfzig in Deutschland. Eine ganze Anzahl sind selbständig geworden. Wie man aus den Berichten des Vereins ehemaliger Ahlemer ersehen kann, haben viele eine nicht nur personell günstige, sondern sie auch sonst sehr befriedigende Position gefunden.

Auf alle Fälle ist Ahlem ein interessantes Fiedchen Erde. Von selbstloser Nächstenliebe in den Dienst ihrer neuen Idee gestellt, bietet es vor allem auch dem Politiker und Pädagogen viel Stoff zum Nachdenken.

D. v. Werlich.

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom Abg. Krösel. Anlaßlich der Forderung des Gymnasialdirektors Dr. Wehrmann in Pösch nach Reduzierung war in der amtlichen Bekanntmachung der Posten gebraucht worden, die Verlegung erfolge „im Interesse des Dienstes“. Daran war von verschiedenen Seiten die Behauptung geknüpft worden, dieser Zusatz sei „nur dann üblich, wenn die Regierung es für besser befunden hat, irgendeinen Beamten von einer Stelle fortzunehmen, wo amtliche Interessen in Widerspruch mit anderen Interessen geraten sind.“ Insbesondere hatte

das Blatt des Abgeordneten Kröfchel, der in Prag erscheinende „Mittelstand“, daran Bemerkungen geknüpft, die an Verunglimpfung des politischen Gegners — Dr. Wehrmann ist konfessionell — das Nützliche leisteten. Daraufhin sandte der Oberpräsident von Pommern, Freiherr v. Walzahn namens des königlichen Provinzialschulcollegiums eine Begrüßung, die, im „Mittelstand“ Kreisblatt veröffentlicht, in der Erklärung gipfelt, die Ausführungen des „Mittelstandes“ seien tatsächlich unrichtig, und mit den Worten schließt: „Der Gymnasialdirektor Dr. Wehrmann ist nicht verlegt worden, weil durch seine Amtsführung die Interessen des Dienstes geschädigt worden wären; sondern lediglich in der Absicht, die Interessen des Dienstes dadurch zu fördern, daß seine Arbeitskraft in einem größeren Wirkungsbereich verwertet wird.“ Nun hatte das Antisemitenblatt die Wahl: die Beteiligung einfach unbeachtet zu lassen oder sich selbst ins Unrecht zu setzen. Da fand der als verantwortlich geltende, immunde Abgeordnete ein ausgezeichnetes Mittel: er brachte die Beteiligung, soweit sie seine Behauptungen einfach negierte, verschwieg aber den wichtigsten Schlussatz von „anderen lediglich“ bis „vermerkt wird“ und setzte unter die so gedärberte Beteiligung den — Namen des Oberpräsidenten, eine Lösung, die auf alle Fälle ein eigentliches Licht auf die Prekambior antisemitische Säuplinge zu werfen geeignet ist.

Aus dem Reichstagswahlkreis Schwedisch-Niemands wird uns geschrieben: Gegen die Wahl des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Raab ist bekanntlich von der Preussischen Volkspartei Protest eingelegt worden. Jetzt, nachdem bald volle drei Jahre ins Land gegangen sind, scheint der Protest endlich spruchreif zu werden. Zunächst hat die Wahlprüfungskommission des Reichstags von dem Regierungspräsidenten von Rassel eine Erklärung eingefordert, ob die dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hugo für seine Angehörigen gewährte Krankenhaus-Unterstützung an Armen-Unterstützung im Sinne des Wahlgesetzes sei. Diese Antwort dürfte wahrscheinlich bis zum Wiederzusammentritt des Reichstags im November vorliegen und als Hauptmoment des Prozesses entscheidend sein, sobald sich die Wahlprüfungskommission sehr schnell über die Gültigkeit des Raabischen Mandates schlüssig werden kann. Man vermutet in unterrichteten Kreisen, daß die Entscheidung noch vor Ende dieses Jahres erfolgt und daß sie nicht zugunsten des Herrn Raab lautet. So macht man sich im Wahlkreis mit einer im Frühjahr 1907 stattfindenden Ersatzwahl vertraut. Auch der Antisemit Raab und seine politischen Freunde scheinen hiermit zu rechnen, denn sie haben für die nächste Zeit eine Anzahl Wählerversammlungen im Wahlkreis angesetzt. Es heißt also auch für die übrigen Parteien, speziell für die Preussische Volkspartei gerüht zu sein und die Vorarbeiten für eine Ersatzwahl schon jetzt zu beginnen, da die Antisemiten alles daran setzen werden das Mandat zu behaupten.

Die Vorgänge in Eisenach und anderen Orten haben den Antisemiten außerordentlich geschadet. Das mußten sie am Montag, den 8. Oktober in Schmalkalden erleben. Eine öffentliche Versammlung, von Deutschsozialen Parteiverein einberufen, fand einen so miserablen Besuch, wie nie zuvor. Die Antisemiten nehmen jetzt auch in den Wählerversammlungen Entree, machen aber hier schlechte Geschäfte mit dieser Rekrutierung. Eine vernünftige Taktik befolgen die Sozialdemokraten, appearing auf Befehl vom Berliner Parteivorstand, jetzt gegen die Antisemiten. Sie geben die Parole aus, den antisemitischen Versammlungen gänzlich fern zu bleiben und sie nicht mehr zu füllen, damit Provokationen a la Eisenach in Wegfall kommen. Es ist anzunehmen, daß auch die anderen Parteien in antisemitischen Wahlkreisen die Antisemiten immer häufiger „unter sich“ lassen, dann dürfte ihnen das Manipulieren mit in Erregung gebrachten Wahlen nicht mehr so leicht gelingen.

Kassel, 12. Oktober. Der „Eisenacher Rundschau“, dem Organ der „reformistischen“ Antisemiten, wird von hier geschrieben: „Einen gründlichen Reinsfall erlebten die deutschsozialen Abgeordneten Rattmann und Raab mit ihrer „großen“ Staatsaktion gegen die Kasseler Sozialdemokratie am vergangenen Sonntag. Der große Stadtparksaal wies gähnende Leiden auf. Im ganzen waren etwa 200 Personen erschienen, davon die Hälfte Bänker aus den umliegenden Ortschaften, weiter eine größere Anzahl deutschnationaler Handlungsgesellen aus Kassel, Münden usw., zum größten Teil noch nicht wahlberechtigt. Von den eigentlichen Kasseler Wählern hatten etwa 50 der Einladung des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zur deutschsozialen Versammlung Folge geleistet, darunter wohl die größere Hälfte politische Gegner des Abg. Rattmann. Gewerbetreibende waren fast garnicht zu erblicken. Herr Raab nahm mitunter den Mund recht voll und wohl nur der Umstand, daß keiner der anwesenden nationalen Wähler den ohnehin matten Eindruck der Raabischen Ausführungen gegen das unehrliche Verhalten der Sozialdemokratie noch mehr abschwächen wollte, bewahrte ihn vor einer bösen Niederlage. Am lautesten ertönte seine dumpfe Stimme, wenn er von Rüge, Schwindel, bewusster Unaufrichtigkeit, Niedertracht, Gemeinheit und wie diese schönen Schimpfwörter alle heißen, sprach. Daß ihm selbst in der Hitze der Rede schärfste einige Ungenauigkeiten, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, entfielen, wird ihm wohl erst bei dem Lesen des Berichtes über seine Rede zum Bewußtsein gekommen sein. Die „Deutschsozialen Blätter“ geben auch wohlwollend auf diese Entgleisung nicht ein. Nur zwei seien hier angeführt. Herr Raab sagte, das sog. Parteigezetz sei nur eine „Art Protokoll“ gewesen und nur „Mischlinge Ostens“ und „politische Kinder“ hätten daher gegen dieses „Protokoll“ gestimmt. Selbstamerweise besaßen sich aber unter diesen „Kindern“ Parlamentarier, denen die Herren Raab und Rattmann nicht das Wasser reichen können. Auch im Rechnen zeigte sich Herr Raab sehr schwach, als er die sämtlichen Ausgaben für Beer und Beate auf 660 Millionen angab. Zu Wirklichkeit sind sie nämlich doppelt so groß. Reichste Prüferin erntete dieser „vollständigen“ Abgeordnete auch auf seinen rohen Witz: Die sozialdemokratischen Abgeordneten hätten sich 5 Minuten später ihren Bankrott vollziehen können, soweit es die Festschneidung gelaute. In diesem „feinen“ Ton bewegten sich noch manche seiner Ausdrücke. Die ganze Rede war überhaupt nur eine klägliche Entschuldigung auf die Angriffe der Sozialdemokratie. Rott und ganz unterschreiben wir dagegen folgende Ausführungen Raabs: „Der selbst im Glaspaß sitzt, soll auf andere seine Steine werfen“ und: „Eine Partei, die mit so niedrigen, erbärmlichen Mitteln, mit Lügen und Schwindel arbeitet, müsse und werde zu Grunde gehen“. Beide Sätze finden auch auf die deutschsoziale Partei volle Anwendung. Unsere Refer werden sich noch zu erinnern wissen, mit welcher verwerflichen Mitteln die deutschsoziale Parteileitung im verflochtenen Wahlkampf die deutsche Reformpartei delämpi hat, sie werden ferner gehört haben, mit welchen niederträchtigen Verleumdungen diese Partei und ihre gewissenlosen Trabanten seit der Wahl die Führer der Reformen in Kassel aus ihren Stellungen zu verdrängen suchten, nur weil sie das „verruhrte Verbrechen“ begangen haben, eine andere politische Unternehmung zu haben, als die Herren Rattmann, Seibel und Weidmann. Diese Leute wettern gegen Terrorismus, Lüge und Schwindel der Sozialdemokratie und mühen doch wissen, daß alle diese Eigenschaften auch in ihrer eigenen Partei vorhanden sind. Wirklich naive Deutschen. Herr Rattmann aber ist mit dieser Versammlung seiner Verpflichtung, über sein Tun und Lassen den Wählern Rechenschaft abzugeben, nicht nachgekommen. Öffentlich hat er dies in einer Abendversammlung bald nach. Wir empfehlen ihm aber, hierzu den ganzen Generalstab der deutschsozialen Partei mitzubringen, damit er dann

wenigstens ein Duzend Anhänger zu seinem Schutze um sich hat, denn die Abrechnung wird voraussichtlich recht „nett“ werden.

Die antisemitischen Handlungsgehilfen suchen mit den klüglichen Mitteln Geschäfte zu machen. Vor einigen Tagen prangten an den Anschlagssäulen in Berlin, Zettel, die zu einer Versammlung einluden, auf der folgendes Thema behandelt werden sollte: „Die Wahrheit über den Verein der Deutschen Kaufleute. Referent Herr Walz.“ Nun wird ja kaum jemand zu den Antisemiten gehen, der die Wahrheit hören will, aber der Vorgang ist noch infolge anderer Umstände lehrreich. Mit keinem Worte wurde vorher dem Verein der Deutschen Kaufleute eine Mitteilung gemacht. Ja, noch mehr. Am Dienstagabend sprach derselbe Herr Walz in einer Versammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute; er hatte unbefristete Abreise, aber nach 8–10 Minuten war er zu Ende. Auch in dieser Versammlung, also am Vorabend der angeordneten Versammlung ließ er kein Sterbenswörtchen verlauten, daß er am nächsten Abend eine Versammlung vor habe, in der er sich mit dem Verein der Deutschen Kaufleute beschäftigen wollte. Aber die Absicht ist ja durchsichtig, schreibt die „Berliner Volkszeitung“ dazu. Die Herren Antisemiten im deutschen nationalen Handlungsgehilfenverband nehmen nach Völkischer und Abwärtschier Manier 20 Pfennig Eintrittsgeld, sie rechnen auf die Kugler einer rabaukischen Menge aus ihren Reihen. Wenn sie aber darauf rechnen, daß der Verein der Deutschen Kaufleute die Wahlhelfen des Herrn Schad bezahlen helfen soll oder für seine spätere Wahl beistehen soll, so haben sie die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

×× „Turnerbündel.“ Unter dieser Epithete nimmt Dr. Gorch-Schipp, der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft in seiner „Deutschen Turnzeitung“ wieder einmal Gelegenheit, den antisemitischen Turnerbündeln ein wenig den Kopf zu waschen. Er schreibt dort u. a.: „Welche Blüten der Antisemitismus und in ihm der Parteigeist treibt, geht aus einem „Recht Gerechtfertigung“ überschriebenen Artikel von Willi Buch im „Turnerboten“ (der antisemitischen Turnzeitung) hervor, der sich durch die Verfassung des Ministers Staudt gegenüber der Turnunternichtseinstellung an jugendliche Personen durch Sozialdemokraten sehr erweist und bedroht füllt. Der Deutschen Turnerschaft weist die Turnerbotenschaft, weil sie deutsche Juden in ihrer Mitte duldet, Verhütung vor. Den Sozial aber, zu denen doch viele jüdische Literaten gehören, klagt der Verfasser des Artikels ein Loblied.“ Gorch weiß dann den Vorwurf zurück, daß die Turnerschaft die Arbeiter „nur dulde“. Herr Buch begreift sich dann, wie Gorch anfängt, für ein Geistes- und Kampfbündnis der antisemitischen und der roten sozialdemokratischen Turner. Man sieht, die antisemitischen Turner schlagen in ihrem blinden Haß sonderbare Wege ein. Sie werden sicherlich aber mit ihrer geistigen Verschärfung auch bei der Sozialdemokratie keine Gegenstände finden.

München, 15. Oktober. In einer Zentrumsversammlung im kaiserlichen Kasino der Hofstadt Neuhausen machte sich große Erregung darüber geltend, daß das führende Zentrumsorgan, der „Bayerische Kurier“, durch den für die Bearbeitung der Katholikenarbeiten neuernannten antisemitischen Agitator Weng das Verhalten der Zentrumsmitglieder in den gemeinlichen Rollen sehr angreifen wolle. Es wurde auch eine Resolution gegen dieses Vorgehen und gegen den „Bayerischen Kurier“ angenommen und mit Gegenmaßnahmen bedroht. In der Resolution heißt es: „Es wird die Vorstandschaft des Rasinos beauftragt, dem „Bayerischen Kurier“ das Missfallen der gutenwilligen Zentrumsmitglieder auszusprechen darüber, daß derselbe ein Mitglied (Weng) in die Redaktion aufgenommen hat, das geeignet ist, Zwiespalt

in die Zentrumsparität zu bringen, was in Anbetracht der gegenwärtigen politischen Lage sehr zu bedauern ist.“

Der Gesundheitszustand der Wiener Oberbürgermeisters Dr. Lueger. Das antisemitische deutschnationale „Wiener Deutsche Tageblatt“ schreibt: „Neben die Krankheit populärer Persönlichkeiten zu schreiben, ist eine schwierige Aufgabe, weil allerhand Klüßchen ihren Einfluß dabei üben. Ein Musterbeispiel dafür liefert die Erkrankung Dr. Luegers. Mit diesem ohne Zweifel bedeutenden Manne steht und fällt die Macht der christlichsozialen Partei in Wien. An einen Erlass für ihn ist derzeit nicht zu denken. Entsprechend vermeiden die Berichte aus dem Wiener Rathaus, daß es sich gegenwärtig nur um bedeutungslose Unpäßlichkeiten handelt. In Wirklichkeit soll die Sache anders sich verhalten. Es ist bekannt, daß der Bürgermeister schon seit Jahren an hochgradiger Diabetes und an einem alten Nierenleiden krank ist. Durch zweimaligen Urlaub im Jahre und durch eine jährliche energische Karlsbader Kur gelang es ihm endlich, diese lästige Krankheit von Zeit zu Zeit zurückzudrängen und sich sowohl bei Kräfte zu halten, um sein schweres Amt weiter versehen zu können. Dieser Zustand hat sich in den letzten zwei Jahren auffallend verschlechtert. Der letzte Aufenthalt in Monte Carlo brachte wenig Erholung und die heutige Karlsbader Kur nur sehr geringe Besserung der stark vorgeschrittenen Krankheit. Die Ursache dieser Tatsache, die gewiß die menschliche Teilnahme aller erregt, liegt in der sonderbaren Art der Lebensführung des Bürgermeisters. Der Bürgermeister hat sich eine eigentümliche Diät zurechtgelegt, die darin besteht, daß er sich prinzipiell nicht an die ärztlichen Diätvorschriften hält, sondern in der Weise lebt, wie es ihm jeweils persönlich am bequemsten erscheint. Er trinkt sehr Spirituosen ohne Auswahl und trinkt Bier und alle Weine durcheinander; er besucht Bankette und setzt sich gleichzeitig den aufreibendsten Arbeiten seines schwierigen Amtes aus. Das Schreckens aus der letzten Fahrt nach Marzago und die Schüttelfröße stehen im offenkundigen Zusammenhang mit den zwei Fehlbewertungen, die der Bürgermeister anläßlich des Deutschmeisterfestes am Vorabend der Reise befuhrte. So hat bisher noch kein Diabetiker gelebt. Selbst der herkulische Röderbauer des aufsehenden unermüdeten Dr. Lueger konnte diesem System aus die Dauer nicht stand halten; er mußte mit der Zeit zerfallen werden. Es ist klar, daß die kleinen Erschütterungen, welche gegenwärtig den Bürgermeister an das Krankenlager fesseln, nur Symptome der großen schweren Krankheit sind. Die wunderbaren Stellen an den Füßen, welche selbstverständlich nicht vom Fußmarsche entstanden sind, da ja der Bürgermeister schon seit vielen Jahren keinen einzigen Schritt mehr geht, sind noch immer nicht geheilt. Der Bürgermeister ließ sich in seinem Krankenzimmer ein eigenes Pult konstruieren, auf welches geleht er im Bette arbeitet; dabei leidet er beständig an Herzschwäche und Erschöpfung. Es ist begreiflich, daß unter seinen Parteigenossen große Besorgnis herrscht.“

Vermischtes.

Aus Breslau schreibt man der „Allg. Ztg. b. Indem.“: Die Ereignisse der letzten Tage blicken hier noch immer das Bild eines Trauerspiels. Ein Vorgang dürfte Ihre Leser besonders interessieren, da er authentisch. Zu einem hiesigen jüdischen Konflikt kamen die Quarantänemänner des Hofkrankenhauses, um seine Vollstreckung zu erbitten. Selbstverständlich stellte er sein Haus zur Verfügung. Infolgedessen wurde auch er zur Salatlafel in den Zwinger geladen, er aber letzte bestimmt und höflich ab. Die Begründung war: der Zwinger ist eine absolut christliche Gesellschaft, in die sonst Juden keinen Zutritt haben, er würde es als Beleidigung und Selbstverleumdung betrachten, sich dort bei dieser Gelegenheit gewissermaßen einzufügen. Wer die Zwinger-Ressource kennt und den Geist, der dort herrscht

(Oberbürgermeister Bender soll die Ehrenmitgliedschaft abgelehnt haben, weil eine große, einkaufende Gemeinschaft ausgeschlossen ist) wird wissen, daß dies eine Ehrenrettung des jüdischen Charakters war.

Eine Broschüre des Gemeinvertrages des Rabbinats Dr. Wilhelm Rüch: „Die Judenmehrschichten in Rußland“. Ein offener Brief an die regierenden Fürsten und Staatschefs der Kulturwelt (Breslau, Rabbiners Verlag) ist einer Anzahl von gekrönten Häuptern und leitenden Staatsmännern zugefunden worden. Von den bei dem Verfasser eingegangenen Kundgebungen erwecken zwei besonderes Interesse, und zwar die des Großherzogs von Baden und des Großherzogs von Hessen, des Schwagers des russischen Kaisers.

Das Schriftstück aus Baden lautet:

Schloß Mainau, 8. September 1906.

Euer Hochwürden bezieht sich das großherzogliche Geheimere Kabinett den Empfang des gefälligen Schreibens vom 26. v. M. mit dem Befügen ergeben zu bekräftigen, daß die damit überlieferte Broschüre seiner königlichen Hoheit dem Großherzog unterbreitet worden ist. Hochschätzend lassen Ihnen für diese Vorlage bestens danken. v. Bado.

Das Schreiben aus Hessen hat folgenden Wortlaut: Darmstadt, Altes Palais, 3. September 1906.

Euer Hochwürden

beehrt ich mich im höchsten Auftrage den Dank Seiner königlichen Hoheit des Großherzogs für die unterm 26. v. M. erfolgte Einreichung Ihrer Broschüre „Die Judenmehrheiten in Rußland“ hierdurch ergeben zu übermitteln. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung R. M. H. d.

Russisches. Die „Russische Korrespondenz“ stellt uns die nachstehenden Ausführungen der „Ankloso Samaja“, des Organs der schwarzen Bande, zur Verfügung:

„Wage nur die Regierung abzutun, daß die Juden und Revolutionäre dieser Tage aus dem Auslande kolossale Summen für revolutionäre Zwecke erhalten haben. Das kann die Regierung nicht, denn das Geld ist zugesandt worden und angekommen. Wir wissen das und haben Beweise dafür; und sollte der Fall eintreten, daß die Forderungen von Slesberg und Gängburg erfüllt werden und die Siedler Juden vom Feldgericht befreit werden, dann wird die beleidigte russische Armee das Recht haben, zu glauben, daß revolutionäre Gelder nicht nur für Propaganda unter russischen Kastraten, sondern auch zur Befreiung von höheren Beamten Rußlands verwendet werden. Es wird ein jeder im Recht sein zu sagen, daß die Juden die Revirer der Regierung besetzen haben. So bedeutet denn, Ihr Herren Minister, in welche Lage Ihr schließlich geratet, wenn Ihr halt mit den frechen Juden Slesberg und Gängburg mit den beleidigten russischen Offizieren zu tun haben werdet.“

Der Zweck dieser Ausführungen, bemerkt die „Russ. Korr.“, ist vollständig klar. Da es allemal feststeht, daß in Siedler Revolutionäre nicht vorhanden gewesen sind, und da somit der Pogrom sich ganz unerschützt als eine barbarische Rassenjagd darstellt, muß etwas geschehen, um die künftigen Offiziere zu rechtfertigen. Der Weg, den die schwarze Bande eingeschlagen, ist der, daß die Verhafteten von Siedler, die tatsächlich unschuldig sind, durch die Feldkriegsgerichte als schuldig verurteilt werden sollen. Dann ist der Beweis geliefert, daß die Offiziere in Siedler so handeln mußten, wie sie gehandelt haben, und um dieses herbeizuführen, droht die schwarze Bande den Ministern mit dem Jörn der russischen Armee, und sie sucht die Minister als Beschützer der Juden hinkuffeln. Ausführungen dieser Art sind trotz der Zensur gestattet. Die Zensur existiert nur noch für die liberalen Blätter, nachdem alle weiter links stehenden Blätter bereits unterdrückt sind.

Vom Ritualmord-Märchen. Aus Kaschau wird unter dem 10. Oktober berichtet: Unter den hiesigen Juden herrscht infolge einer böswilligen Verleumdung furchtbare Aufregung. Zwei Arbeiterinnen erstatteten verhafteten Sonnenabend, dem jüdischen Versöhnungstage, bei der hiesigen Stadthauptmannschaft die Anzeige, daß die Juden gewaltsam einen Christenknaben in ein orthodoxes Bethaus der Vorstadt gekidnappt und dort abgepflegt hätten. Um zu eruierten, was an der Anzeige Wahres sei, entsandte der diensthabende Polizeikommissar zwei Polizisten und zwei Detektiven an den von den Angeklagten bezeichneten Ort. Während die Juden in dem Gotteshaus dem feierlichen Gottesdienste beizuwohnen, wurde der ganze Tempel und die in der Umgebung befindlichen jüdischen Wohnungen durchsucht, ohne daß auch nur die geringste Spur eines angeblichen Verbrechens gefunden worden wäre. Die Durchsuchung des Tempels hat selbstverständlich die denkbar größte Aufregung hervorgerufen. Die Empörung der jüdischen Gemeindeglieder steigerte sich ins Ungemessene, als die beiden Angeklagten in einer Ecke auf der Straße spielender Kinder den vernünftigen, angeblich ermordeten Knaben erkannten. Die hiesige Kultusgemeinde beschäftigt, gegen die Polizeibehörde, welche in das Bethaus eingedrungen waren, die Strafanzeige wegen Religionsstörung zu erstatten.

Jüdische Minister. Verschiedene Blätter brachten kürzlich die folgende Liste jetzt amtierender jüdischer Minister aller Länder:

Argentinien: Finanzminister Baran von Monasse.

Argentinien: Justizminister Herberto Berro.

Argentinien: Minister des Innern Josef Haas.

Bosnien: Minister des Innern Juan Berro.

Canada: Kriegsminister Louis de Torrez.

China: Justizminister Levi Hart.

Dänemark: Zoll- und Steuermminister Løv.

Frankreich: Unterstaatssekretär des Innern Herbert Samuel.

Holland: Justizminister G. van der Maat.

Marokko: Minister G. L. Cohen.

Minister des Innern Jakob Tobias.

Norwegen: Justizminister G. S. S.

Österreich: Minister des Innern (vorher der Jude August).

Finanzminister M. S. S.

Unterstaatsminister S. S.

Polen: Minister des Innern S. S.

Rumänien: Minister der Landesverteidigung S. S.

Sachsen: Minister des Innern S. S.

Schweden: Minister des Innern S. S.

Spanien: Präsident der Republik S. S.

In dieser Liste, bemerkt hierzu die „Allg. Ztg. d. Juden“, ist nur das richtige, daß in Holland ein jüdischer Minister und in England (nicht in Frankreich) ein jüdischer Unterstaatssekretär ist sowie daß Mr. J. S. Haas Auswärtiger hat, Minister in Australien zu werden. Alles übrige ist falsch! Es handelt sich entweder um Christen, oder um Nachkommen von Maranensfamilien, die bereits seit Jahrhunderten getauft sind, oder um Männer, die eben nicht Minister sind, wenn sie auch sonst hohe Ehrenstellungen in ihren Heimatländern innehaben. Man darf nun gespannt darauf sein, ob die ganz- oder halbantijüdischen Blätter, die an die Liste bereits ihre hässlichen Bemerkungen über die Weltmacht des Judentums geknüpft haben, von dieser Berichtigung in gefährlicher Weise Notiz nehmen werden. Wir glauben's bis auf weiteres nicht.

Der heutige Nr. des „Mitteilungsblattes“ ist ein Flugblatt „Eine antijüdische Fälschung“ beigelegt. Wie stellen unseren Verehrern und Abhängern unsere Verehrungen von diesem Flugblatt jedes gewünschte Quantum kostenlos zur Verfügung und bitten, und in der Verbreitung des Flugblattes, insbesondere auch durch Ausgabe von Adressen nach Stellen zu unterstützen.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 36,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Karl & Co. 2029.

Die Abonnenten an die Ex-
pedition und Expedition sind zu
richten nach Berlin W. 36, Magde-
burgerstr. 14, aus dem letzten
Heft des Jahres gratis
besuchen Köln, West- und
Ostpreußenbesucher an den
Schmiedstr. 14, Berlin W. 36,
Magdeburgerstr. 14.

Wiener Brief.

XVIII.

(Dr. Luegers Erkrankung. — Zukunftsfragen. — Ein Pogrom im
Lichte des „Deutschen Volksblatt.“ — Christlichsozial und Christl.)

Wien, den 20. Oktober 1906.

Dr. Karl Lueger war längere Zeit an einem Fuß-
blasenleiden erkrankt und muß sich auch jetzt noch Schonung
auferlegen. Das Wiener antisemitische Volksblatt: „Der
Ritter!“ — dessen Gründer, der lustige Postenbester
O. F. Berg, diesem Blatte eine ganz andere politische
Richtung vorgezeichnet hatte — glaubte seinen Lesern einen
besonders fetten Bissen vorsetzen zu müssen und er brachte
daher ein Doppelbild, das auf der einen Seite einen mit
Chiloden geschmückten Juden zeigte, der freudensfüllt die
Nachricht von dem Leiden des Bürgermeisters empfängt, auf
der anderen Seite aber darstellte, wie derselbe Jude nieder-
geschmettert von der Beförderung des Befindens Kunde erhält.
Ich führe diese rohe Sache nur deshalb an, weil sie die
Sittenverwilderung in der antisemitischen Partei deutlich
zum Ausdruck bringt. Der Schelm denkt wie er spricht und
wie er zeichnet; wer im eigenen Innern noch einen Funken
von Menschlichkeit hat, wird in dem anderen mehr als eine
Bestie erblicken.

Doch selbst wenn die österreichische Politik wirklich jedes
Gefühl der Menschlichkeit erlosch hätte, was glücklicherweise
nicht der Fall ist, so drängen rein politische Erwägungen
die Gegner des Antisemitismus zu einer wesentlichen anderen
Haltung. Dr. Karl Lueger kann sicherlich kein idealer
Bürgermeister genannt werden und seine Macht ist ein
trauriges Zeichen der geistigen Entwicklung Wiens. Aber
der derzeitige Bürgermeister hat seine Sturm- und Drang-
periode hinter sich; die ergebenen Anstifter, die in einem
früheren Stadium auf jedem Tagesprogramme seiner Agi-
tation standen, gehören der Vergangenheit an. Der sechzig-
jährige Mann ist besonnen, ruhiger, überlegter als es der
„schöne Carl“ in den Zeiten war, da sein Scheitel noch
seiner grauen Haarsträhne zeigte. Dr. Lueger steht am Ziel
seiner Wünsche — Minister zu werden wird er heute wohl
nicht mehr hoffen — und die Erkenntnis, daß die „Noten
von unten“ auf den Höhen der Erfolge zu „Blauen“
werden, gehört zu den alten Erfahrungen. Der Bürger-
meister besitzt auch die nötige Autorität in seinen Reihen,
um die meuternden, standlosjähigen Elemente im Zaume zu
halten; er hat dem Wiener Epheer in den Neunzigerjahren
sowohl an Judenbergen geboten, daß er heute mildere Töne
anschlagen kann. So kommt es, daß Dr. Lueger, der aller-
dings ein schlimmes Parteiregime führt, diese doch durch die

Ruße des Alters und die ihm innewohnende Klugheit einiger-
maßen mäßigt. Allen der Bürgermeister ist ein Diabetiker,
also mit einem schweren Uebel behaftet und Krankheitsfälle
wie das letzte Leiden zwingen zur Frage, was geschehen soll,
wenn das gegenwärtige Stadtoberhaupt nicht mehr in der
Lage sein wird, die von ihm gegründete Partei zu führen?
Das ist eine ungründliche ernste Frage, und die Persönlichen,
die sich bei der Beschäftigung mit ihr ergeben, sind höchst
beunruhigend.

Mit dem raschen Verschwinden der Christlichsozialen
darf man nicht rechnen; in Wien und Niederösterreich zählt
sie das Gemeinde- und Landtagsmaßrecht zu sehr und die
Dummen werden leider nicht so rasch alle. Wer wird also
einstens den Kommandostab aus der Hand Dr. Luegers
übernehmen, wenn wird die goldene Bürgermeisterkette zu-
fallen? Denn das eine ist klar: In einer Gruppe, deren
Hauptanhang aus der Wiener Bevölkerung stammt, muß
das Oberhaupt der Haupt- und Residenzstadt Österreichs
notwendigerweise eine dominierende Stellung einnehmen.
Von den gegenwärtigen Vizebürgermeistern scheint keiner
berufen, eine Stufe höher hinauf zu steigen. Dr. Reumayer
ist ein unbedeutender Mensch, der nicht einmal zur Leitung
einer Gemeindevorstellung taugt; Dr. Forger und Dierhammer
können Dr. Lueger schon gar nicht ersetzen. Es wird dem-
nach ein anderer auf den Schild erhoben werden müssen,
trotzdem einer von den lauten Volkstribunen, die sich im
Lager der Antisemiten zu Tugenden herumtreiben. Das
nun ist der Punkt, wo die schwere Zukunftsfrage beginnt.
Reiner um Dr. Lueger hat besten Einfluss und dieser ist auch
nicht mit den äußeren Nachzögern der Führerschaft zu ver-
erben. Wer immer zum ersten Parteiposten emporsteigen
mag, er wird gegenüber der radikalen Strömung in der
Partei wehlos sein, soferne er selbst — was ja keineswegs
ausgemacht ist — der gemäßigten Tonart den Vorzug
gibt. Die Antisemiten sind keine Gruppe, die sich von einem
Programme leiten läßt, sie werden von ihren Empfindungen
geleitet. Heute dämpft diese Dr. Lueger ab, sein Nachfolger
wird dies nicht tun können oder wollen. Fast scheint es,
als wären die Tumulte der Neunzigerjahre noch nicht der
letzte Ausbruch brutaler Instinkte gewesen.

Diese Verhältnisse muß man nur richtig durchdenken,
um zu erkennen, daß Dr. Lueger heute nicht mehr die
„antisemitische Gefahr“ in ihrer ganzen Größe veran-
schaulicht; ihm sind die Giftstoffe bereits ausgezogen oder
richtiger: Er brach sich sie selbst aus. Der Antisemitismus,
der angeblich für Österreich in politischer Hinsicht
und ganz abgesehen von seinen kulturellen
Bedrücknissen eine schwere Plage, eine harte Strafe

ist, wird erst wieder zur politischen Gefahr, wenn Dr. Luegers Einfluß ausreicht. Daß die Rückfälle zum alten, wahren Demagogentum in der Zukunft erfolgen wird, scheint mir leider ausgemacht. Und deshalb sollte man beizeiten mit der Gegenwehr beginnen; wer weiß, wie lange noch die Freizüchigkeit ist, die zur Abkühlung übrig bleibt?

Nach dem „Kikeriki“ kommt folglich das „Deutsche Volksblatt“ als antikemistisches Blättchen an die Reihe, nur daß das erstere aufrichtiger scheint, weil es sich offen für das gibt, was es ist, während das Organ des Herrn Bergani ernst genommen werden will. Spät, sehr spät — in der Nummer vom 18. d. M. — hat sich das „Deutsche Volksblatt“ zur „Steuer der Wahrheit“ aufgerufen und nachgewiesen, daß alle bisherigen Verträge über den „angeblichen“ Pogrom in Südrußland erlogen seien. Die russischen Konsul- und Militärbehörden sind von jedem Raskel frei; Herr Bergani muß es wissen, denn er wollte vor Jahresfrist eine Wache in St. Petersburg. Die Behörden in Rußland verbieten die harten Vorwürfe der „Judenpresse“ wahrlich nicht — sie gefallen dem „Deutschen Volksblatt“ so sehr, daß diese sie am liebsten nach Oesterreich versenden möchte — und wenn sie gegenüber den Beschuldigungen, die auf der ganzen Welt erhoben und mit Daten belegt wurden, schwiegen, so täten sie nach Herrn Berganis Ansicht recht; sie sanden es eben „unter ihrer Würde“, Rede zu stehen. Für sie ergreift nun der Markthauer Korrespondent des „Deutschen Volksblatt“ das Wort und zwar nach der Einsicht in die Akten, die ihm gestattete worden sein soll. Wie gesagt, Herr Bergani ist ein verkommenes Weibchen, er macht sich den Zug, seinen Lesern einzureden, daß die russischen Behörden jaß das „Deutsche Volksblatt“, das außer in Niederösterreich überall unbekannt ist, zu ihrem Sprachrohr machen. Sonst finden sich allerdings gleichwertige Seelen, aber die Donau und die Weichsel liegen einander zu fern. Glaubt man dem „Deutschen Volksblatt“, dann haben den Pogrom die Revolutionäre arrangiert und damit der Regierung einen bösen Streich gespielt. Da jedoch in jeder Ausgabe des Blattes versichert wird, daß die Juden und Revolutionäre identisch seien, so sieht man, daß die Juden die Juden niedergemetzelt haben. Dabei schwebt mit der Frage auf der Zunge, wo denn dies jüdische „Zusammengedrängtheitsgefühl“ geblieben sein mag, von dem das „Deutsche Volksblatt“ sonst viel erzählt.

In der gestrigen Wiener Gemeinderatsitzung fiel ein interessantes Sitzungsstück auf das Verhältnis der Christlichsozialen zu den Arierkisten. In den Witzigjahren, als die Arierkisten in Oesterreich die parlamentarische Herrschaft erlangten, nannten sich diese Konfessionen und in unglücklichen Artikeln wurde die „Verleumdung“ der Liberalen, die dennoch von Arierkisten sprachen, bekämpft. Als in den Neunzigerjahren die Christlichsozialen zum Machtfaktor wurden, da leugneten sie unausgesetzt, irgendwelche Arierkisten Annahmen zu haben oder gar Diener der Arierkisten zu sein. Nun besteht es einem der letzten Unterrichtsminister, der freilich trotz seiner liberalen Vergangenheit mehr Kulturmännchen war, eine neue Schul- und Unterrichtsordnung herauszugeben, die sich besonders über die Staatsgrundgesetze hinwegsetzt. Diese besagen, daß niemand zur Teilnahme an religiösen Übungen gezwungen werden könne, die Schulordnung aber besteht den Kindern daran teilzunehmen. Deshalb wurde eine Aktion eingeleitet, die darauf abzielte, die Eltern zu veranlassen, bei der Schulleitung die Erklärung abzugeben, daß ihre Kinder den kirchlichen Übungen außerhalb der Schule nicht zugezogen werden dürfen. In der Gemeinderatsitzung erklärte daraufhin Freitag der Abgeordnete Dr. Neumayer, daß der Wiener Bezirksrat — der unter dem Einfluß der Rathschaffenen steht — als vorgelegte Schulbehörde für Wien die zum Ausscheiden in der Verlesung dieser Eltern gehen wolle, ja er werde nicht zögern, „den Präsidium des Präsidialgerichtes“ anzurufen. Ob das

zur Wahrung der vielgepriesenen Heiligkeit der Familie viel beitragen wird, möge sich der kluge Abgeordnete selbst beantworten. Der Öffentlichkeit jedoch sollte er erklären, ob es nicht lieblich die Bediensteten für die Arierkisten ist, die den Vorfall der Schul- und Unterrichtsordnung gegen die Staatsgrundgesetze mit ihrem Einfluß bei dem schwachen Herrn von Partei durchzusetzen vermöchten, was dem Bezirkspräsidium sein Verhalten diktiert. rm.

Ein Pücker-Prozess.

Vor der 9. Strafkammer des Landgerichtes Berlin I gelangte am 18. Oktober eine umfangreiche Anklage wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten gegen den Grafen Pücker u. Gen. zur Verhandlung. Es sind 17 Neben des Grafen Pücker, die auch als Flugblätter verbreitet worden sind, unter Anklage gestellt. Druckerbesitzer Hermann Wilsing, Druckerbesitzer Paul Schmidt und Geschäftsführer Kurt Wigand mußten neben dem Grafen auf der Anklagebank Platz nehmen. Sie waren beschuldigt, dem Grafen wissentlich durch den Druck der Flugblätter usw. Beihilfe geleistet zu haben. Den Gerichtshof bildeten Landgerichtsdirektor Rosenburg (Vor.), Landgerichtsrat Bübner, Landgerichtsrat Simonson, Landgerichtsrat Kempe und Gerichtsassessor Rübke (Beisitzer). Die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Dr. Noell. Die Verteidigung für Graf Pücker führte Rechtsanwalt Simons. Es war eine große Anzahl Polizeioffiziere, mehrere Schriftsetzer und der Beobachter der „Staatsbürgerzeitg.“, Ernst Kammer als Zeugen geladen. Als psychiatrischer Sachverständiger wohnte Geheimrat Hoffmann der Verhandlung bei.

Abkündigung eines Richters wegen Befangenheit. Vor Verlesung des Anklagebefehles stellt Graf Pücker die Frage, ob einer der Richter Jude oder jüdischer Abkunft sei. In diesem Falle müsse er den Richter wegen Befangenheit der Befangenheit ablehnen. Der Vor. erteilt die Namen der Richter. Graf Pücker: Ich lehne Herrn Landgerichtsrat Simonson ab. Nach kurzer Beratung des Gerichtshofes bemerkt der Vor.: Herr Landgerichtsrat Simonson hat bereits erklärt, er sei nicht jüdischer Abkunft, seine Eltern seien aber schon vor seiner Geburt zum Christentum übergetreten. Er sei also als Christ geboren und bleibe sich nicht ändern. Der Gerichtshof hat demnach den Abkündigungsantrag des Grafen Pücker als unbegründet abgelehnt. Graf Pücker: Ich kann mich mit diesem Verdict nicht zufrieden geben. Der Landgerichtsrat Simonson sagt ja selbst, er sei jüdischer Abkunft, wie kann er abdann in einer so ersten Sache als Richter fungieren? Der: Herr Graf, es steht Ihnen gegen den Gerichtshof das Recht der Beschwerde zu, der Beschluß ist aber nur in Verbindung mit der erneuten Beurteilung anzuführen. Ich bemerke außerdem, daß alle übrigen Richter weder Juden noch jüdischer Abkunft sind.

Berechnung des Angeklagten.

Nach Verlesung des Anklagebefehles bemerkt Graf Pücker auf Verlangen des Vor.: Ich bin nun 51 Jahre alt. Ich habe mich in den vergangenen Monaten viel Mühe gegeben, das Verdict, das die Richter eines antisemitischen Kavaliers so mit sich. Ich werde vor Tausenden von Bankrottisten, Arbeitern usw. Wenn ich gelebte Ausfahrungen machen wollte, dann würde ich sehr bald vor leeren Händen. Ich muß hierfür Aufrechter gebrauchen, das anwächst die Leute, das ist der Verlust. (Gelächter im Audienzraum.) Solche Bewegung ist mit Gleichbedeutungen nicht zu führen. Die Ausbeute sind durchaus nicht verboten und zu nehmen. Es ist aber und ganz besonders nicht verboten, sie zu nehmen. Ich habe mich auch nicht anders zu machen. Der: Wilsing ist auch mehrfach bestraft worden. — Graf Pücker: Wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten ist Wilsing noch weniger bestraft worden. — Der: Sie sind aber jedenfalls schon mehrfach wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten bestraft worden. — Graf Pücker: Allerdings, ich habe eben acht Monate auf der Stellung Weichselmünde verbracht. Das deutsche Volk wundert sich, daß ich jetzt schon wieder angeklagt werde. — Es wird mich immer zum Verurteil gemacht, ich will die Juden verurteilen, das liegt mir vollständig fern. Die Juden sind auch unsere Nächsten. Ich will bloß, daß die Juden hinausgeschafft werden aus der Jurisprudenz, aus der Weichsel, aus dem Schicksal, den Unfällen usw. — Der: Das wäre ein Standpunkt, den man verließen könnte. Wenn Sie in dieser Weise vorgegangen wären, dann wären Sie mit den Weichen nicht in Konflikt gekommen. Die Neben und Flugblätter widerlegen aber

Ihren heiligen Ausstellungen. Sie scheinen sich auf den Boden des Christenthums zu stellen, indem Sie die Juden als Räuber bezeichnen. In Ihren Reden haben Sie aber ganz ausdrücklich auf den Räderei zu achten, den kleinen Hain, den roten Baum, den roten Felsen zu bezeichnen, die alle Sargstätten zum Feste hinaufzuführen. So Sie sagen sogar, wenn ich Sollei-geheim den Berlin wende, würde ich folgende Verfassung erhalten: 1. Die Juden sind keine Menschen, die gehören zum Reich. 2. Wenn ein Christ mit einem Juden in Streit gerät, dann hat immer der Christ recht. 3. Wenn ein Jude bei bedroht, dann bekommt er Dofor, auch mit dem Sabel. — Angell: Ich habe niemals unmittelbar zu Gemüthgekommen aufgeführt. Wenn ich etwas in einem Flugblatt über den herzoglichen Verfassungen der Volkselemente über in der Presse steht, dann ist es eben falsch. In den Flugblättern können Fiktionen dargelegt werden. Die Volkselemente herzoglichen nur die Schlagworte. Im übrigen muß man die Reden vollständig lesen und endlich muß man das Milieu einer solchen Volksversammlung berücksichtigen. Ich spreche bloßweise vor 1500 Sozialdemokraten. Wenn man bei diesen Reden nicht eine solche Sprache spricht, und mit der Faust auf den Tisch schlägt, dann kommt man bei der Rede gar nicht zum Vortritt, da wird man einfach ausgelacht. Ich habe als Student oftmals die Versammlungen Siders besucht. In diesen hat Siders ebenfalls sehr scharfe Ausdrücke gebraucht, einfach weil es anders gerichtet zu machen ist. Wenn die Herren Redner in eine meiner Versammlungen kämen, dann würde ihnen gerichtet der Gedanke kommen, es werde zu Gemüthgekommen aufgeführt. — Bor: Sie fordern doch aber ganz direkt auf, sich Appellationen anzuschaffen und die Juden niederzuschlagen, ihnen mit Feinden die Feste einzunehmen. — Angell: Das ist einfach ein Witz, weil es ist doch ganz selbstverständlich, daß niemand das wirklich nehmen wird. Es amüsiert aber die Leute. — Bor: Es gibt doch aber Parteien, die in noch schärferem Gegenstand zur Regierung und zu anderen Klassen stehen, sie verstehen es aber doch, Unschicklichkeiten zu vermeiden, es muß doch also möglich sein, ein System zu entwickeln, ohne gegen die Straßensitten zu verstoßen. Graf Wüller (regt): Die Sozialdemokraten mögen es hier erklären, wie ich Sie jagen ganz einfach. Wir wollen die Revolution und den unvollständigen Umsturz der gesamten bürgerlichen Staat- und Gesellschaftsordnung. Ich will keine Revolution, im Gegentheil, ich will doch die Juden aus Deutschland herausführen, weil ich der Heiligung der Nation, wenn das noch zehn Jahre so weiter geht, dann geht Deutschland unter. Die Sozialdemokraten werden vollständig von den Juden kommunist. Christen, wie Weber, sind nur dargeführte Versuchskaninchen. Wenn die jüdische Sozialdemokratie die Welt für genommen erklärt, dann werden die Revolutionen kommen. Wenn die Sozialdemokraten in Deutschland losgeschlagen, dann gibt es ein Blutbad, wie es noch niemals begangen ist. Dagegen wäre die Revolution in Russland nur ein Kinderpiel. Diese Judenhande und ganz besonders die Freijugend, die jedes Nationalgefühl der Deutschen beseitigt haben, will ich aus Deutschland herausführen. Wenn ich einige Jahre Ausdrücke gebraucht habe, so sind das einfach Schläge, Volksversammlungen, ohne die man nicht auskommen kann.

Er will nicht Reichstagsabgeordneter werden.

Graf Wüller hat in mehreren Reden gesagt, die Sozialdemokratie wäre am besten zu sein, wenn prügliche Kavalierien die Polinnen bestrafen. Diese: Deutschland sollte nur eine harte Feste erhalten, man werde die Feste ohne Reichstags regieren würde. — Graf Wüller: Ich würde es für das größte Glück halten, wenn der Reichstag zum Teufel gejagt würde. Der Reichstag ist nach den Juden das größte Unheil des deutschen Volkes. Ohne Reichstag hätten wir eine starke Feste. Wenn es heute zum Krieg käme, dann bekämen wir die schönste Siege, denn mit unserer Feste ist doch immer nichts zu machen. — Bor: Haben Sie einmal den Versuch gemacht, ein Kammer als Reichstagsabgeordneter zu erhalten? — Graf Wüller: Im Gegentheil, ich habe die mir angebotenen Mandate fast abgelehnt. Ich bin Reichstagsabgeordneter, aber kein Reichstagsabgeordneter. Was soll ich im Reichstag? Mein Feind ist die Volksversammlung. Wenn es im Reichstags eine antisemitische Predigt von 100 Mann gäbe, dann würde ich mich in den Reichstag wählen lassen. Das Siders und Altmann sich in den Reichstag wählen lassen, war die Ursache, daß sie in den Versammlungen keine Erfolge mehr hatten. — Bor: Sie sind in jeder Zeit an der Revolution beinahe gewesen. Sondern Sie Ihre Regierungen wieder aufzugeben? — Graf Wüller: Das weiß ich nicht. Meine Regierungen ist von Gott gegeben. Wenn der gültige Gott das deutsche Volk aus den Händen der Judenhande befreien wird, dann ist nicht möglich.

Der Angell. Wilsing bemerkt, er sei aus vollem Herzen antisemit, das Flugblatt sei aber nicht seinen Willen in seiner Drucker gedruckt worden. Er habe es erst gelesen, nachdem es gedruckt war. Er habe alsdann die Verteilung zu verhindern gesucht und es erst vorausgegeben, nachdem Graf Wüller erklärte, daß er die volle Verantwortung übernehme. Er werde jedenfalls antisemitische Flugblätter niemals wieder drucken. Die Angellanten

Schmidt und Wilsingow erklären ebenfalls, daß der Drucker den Inhalt der Reden nicht gekannt zu haben. Sie haben aus geschäftlichen Gründen den Druckerfassung angenommen.

Es wird alsdann eine

Rede des Grafen Wüller,

die dieser in Potsdam gehalten hat, vortreten. In dieser Rede hat die Einrede der den Berlin und Potsdam auf, nicht der Christen, sondern der Juden einzuweisen. Es werden die viel Gutes und schmerzlichen. Wenn ich ein Arbeiter wäre, ich würde nur immer der Juden einreden. — Bor: Sie werden doch zu gehen, Herr Graf, daß der Einbruch im Bedenken ist. Und wenn Sie zum Einbrechen auffordern, dann machen Sie sich der Anklage zu einem Verbrechen schuldig. — Angell: Das ist doch nur ein Witz, auszuführen. Einbrecher kommen doch überhaupt nicht in Volksversammlungen. — Bor: Das kann man nicht wissen, die Rede wurde doch auch als Flugblatt verbreitet. — Angell: Es ist doch insoweit dieser Rede nichts einzuwenden worden. — Bor: Ein solcher Beweis ist weder positiv noch negativ zu führen. Wenn aber ein Einbruch bei Juden erfolgt wäre, würden Sie dies gebilligt haben? Graf Wüller: Das kann ich nicht sagen, ein Volksführer kümmert sich nicht darum. Das, was ich in Potsdam gesagt habe, sind einfache Volksversammlungen, und als solche werden sie auch von den Versammlungsabgeordneten aufgeführt. — In einer anderen Rede hat Wüller gesagt: Bei den Judenmissetaten in Ausland hat mir besonders imponiert, wie die Frauen der Juden die Schilde wie Wölfe gehalten haben. Angell: Dieses Argument habe ich nur zum Gegentheil benutzte. — Bor: Sie haben aber doch zur Abschätzung aufgeführt. Angell: Wenn die besessene Wuth auf die Juden eintritt, dann kann mir das allerdings nur recht sein. — Bor: Sie wünschen also ein gewalttätiges Vorgehen? Graf Wüller: Wenn S. M. der Kaiser den Befehl gibt, auf die Juden loszuschlagen, dann kann man das nicht dagegen haben. Im weiteren Verlauf der Verhandlung gibt Graf Wüller zu, daß der Ton, den er angefangen habe, ein etwas härterer gewesen ist. Wilsing hat aber bereits Siders eingeworfen. Eine anderen solchen Ton würde man in Volksversammlungen keinen Eindruck. In einer Versammlung soll Graf Wüller nach herzoglichen Aufzeichnungen gesagt haben: Trinkt Rum oder Sekt, aber, wenn ihr dazu kein Geld habt, trinkt Schnaps, damit ihr Gahrung bekommt und der Furor kontonien losbrechen kann. Dann gibt in die Gales und Behauptung, mich schlagt die Judenmissetat ist. — Graf Wüller: Ich befinde mich in dieser Rede, allerdings zu haben. Volkselemente: Es ist nicht möglich, die Juden nicht zu erinnern, er habe sich aber genau herzogliche Aufzeichnungen gemacht. — Volkselemente Schütz I: Er wolle sich heute auch nicht mehr der Rede zu erinnern, er wisse aber, daß die herzoglichen Aufzeichnungen genau waren. — Graf Wüller: Ich befinde mich einfinden, zum Teiligen der Juden aufgeführt zu haben. Ich habe nur gesagt: Sekt in die Gales und verbrut die Juden. Der Herr bebraut hat auch an dieser Stelle nicht aufgeführt. — Kaufmann Wilsing: Es wäre sich der Rede nicht mehr erinnern, er wisse aber, daß der Zeitpunkt die Veranstaltung der eine ganz harmlosen Stelle aufgeführt habe. Staatsbank: Der Umstand, daß der Zeitpunkt nicht logisch aufgeführt hat, spricht keineswegs gegen die behauptete Anekdote. Der Volkselemente kann es sich doch erst überlegen, es würde die Bemerkung zur Aufklärung benützt. Heute Robert befindet sich fern, er habe niemals den Eindruck gehabt, daß Graf Wüller unmittelbar zur Vergeltung den Gewalttätigkeiten aufgeführt habe. — Bor: Sie fordern ab, daß ganz direkt auf, die Juden einzuweisen. — Jense: Das war nur natürlich gemeint. — Bor: Wenn Arbeiter so etwas finden, dann könnten sie doch auf den Gedanken kommen, es auch einmal mit einem jüdischen Einbruch zu versuchen. — Jense: Das glaube ich nicht. Volkselemente: Solist hat eine Versammlung übermocht, in der Graf Wüller den roten Felsen zum Baum, den roten Schilke zum Christenthum und den roten Felsen zum Generalismus ernannte. Die Antisemiten werden wissen, in welcher Weise man sie angreifen werden. Wenn die militärische Propaganda bereit ist, müssen die Kommissen kauen und unter diesem Hundem muß es losgehen. Er habe zu Hause ein Trompeterkorps, dieses werde er zum Festzuge gegen die Juden nach Berlin bringen. Der Jense bemerkt, er habe diese Anekdote nur scherzhaft aufgeführt.

In einer weiteren Rede des Grafen Wüller ist: Wenn der Reichstag die Geber zu einer großen Feste nicht benötigt, dann jagt man die Feste einfach zum Teufel und regiert eine Zeitlang ohne Reichstag, das würde einen Jubel in der ganzen deutschen Bevölkerung hervorrufen. Ferner hat er: Es man sagt, daß die Juden nicht mehr, die Menschen haben eine Feste. Die Juden haben niemals die Feste, daß eben ein zu höchstes Gemüth. Deutsche Männer sind, daß sie nicht Köhn die Kräfte zeigen, der rote Felsen und der rote Felsen der Angst in Ohnmacht fallen und die alle Sargstätten aus dem Fenster fällt. — Volkselemente: Das bekommt ab Jense: In einer Versammlung habe Graf Wüller gesagt, er habe von einem Geheimen gehört, die Wölfer und Wehrkräfte seien fast verbrut, das beste wird, sie einfach an dem nächsten Katernstahl zu hängen. In diesem Augenblick habe er die Versammlung aufgelöst. Auf

weiteren Befragen befindet der Zeuge, der Angeklagte habe ferner gesagt, die Studenten schienen, ansatz daß sie die jüdischen Professoren verurtheilen und ihnen die Fenster einwerfen. Im derselben Rede befiel es weiter: Wenn ich Volksgesandter von Berlin wäre, dann würde ich die Verfügung erlassen: Juden sind keine Menschen, sondern gehen zum Teufel hin! — Wort: Herr Zeuzner, wie haben Sie diese Ausfertigung aufgestellt? — Zeuge: Ich habe den Eindruck, als ob ich mich in einem Parodie-Theater (laut allgemeine Heiterkeit, in die auch Graf Wälder und ein Teil der Richter einmischten). Warum Sie: Ich habe die Aufforderung zum Einbringen bei den Juden nur als eine Förderung unserer guten patriotischen Sache aufgefaßt. (Heiterkeit im Auditorium.) Wort: Eine Aufforderung zum Einbringen bei den Juden kann doch nicht die gute patriotische Sache fördern. Zeuge: Ich habe die Aufforderung nur billig angesehen. Wort: Wenn man hinfür auffordert, man solle bei den Juden einkehren, die haben das meiste Geld, so ist das doch nicht billig. Zeuge: Ich habe es so aufgefaßt.

Bericht auf Vernehmung des psychiatrischen Sachverständigen.

Der Gerichtshof befragt danach, unter Zustimmung des Staatsanwalts, der Richter und der Angeklagten, auf die Vernehmung des psychiatrischen Sachverständigen Weizmann Dr. Hermann zu verzichten.

Die Verweissungnahme ist demnach beendet.

Eintrag des Staatsanwalts.

Staatsanwaltschaftlicher Dr. Kneeling: Die Strafen haben auf den Angeklagten keinen Eindruck gemacht. Der Angeklagte fühlt die Wille in sich, einen Teilung gegen die Juden zu führen. Daß der Staat ihm dafür nicht dankbar ist, wird der Angeklagte aus dem Umstände entnehmen haben, daß ihm eine Teilung das Vertrauen in öffentlichen Versammlungen unterlagert worden ist. Der Staatsanwalt führt das weitere an, daß, wenn es in einer Rede heißt: Also immer noch, Schande, immer noch die Einkehr, handelt bei den Juden ein Uebel, so lassen man sich nicht billig anstellen. Es werde dem Angeklagten aus seiner antijüdischen Stimmung ein Beweis gemacht werden, daß er die Lieberung habe, aus patriotischen Gründen gehandelt zu haben. Der Angeklagte hat aber stets die Grenzen des patriotischen Urtheils überschritten. Der Angeklagte sagt, es ist in jeder der Reden nicht möglich. Das mag sein. Wäre es geschehen, dann wäre die Anklage aus einem viel schärferen Verstande erhoben worden. Wühlig kann die Frage aufsteigen: Sollen Antisemiten fassen aufsteigen. Wenn einer der Volksgesandten sagt, es sei ihm vorgekommen, als befände er sich in einem Parodie-Theater, so mag das sein. Die Volksgesandten mögen die Sache schärflich aufgestellt haben, dem Grafen Wälder und seinen Gefolgsgelehrten ist es doch aber mit seiner Wälder'schen bitterer Ernst. Ich bin überzeugt, Graf Wälder würde es sich sehr beruhen, wenn man seine Veranlassungen mit einem Cerebralkreislauf befragt. Geisteskrank ist es, daß der Angeklagte die Frage aufsteigt: Sollen Sie denn nicht schon einmal in Jünglingen gefehen, daß jüdische Wörter ungeschickliche Christenfinden in finsternen Panoramabild hineingeschoben haben. Diese Frage in solcher Veranlassung aufzukommen, ist ihm gewissensleider, da bisher nach kein Beweis für eine solche Tat geführt worden ist. Der Angeklagte scheint es mit seinem Christentum wenig Ernst zu nehmen, da er sagte, die Juden seien keine Menschen, sondern gehen zum Teufel hin. Bei der Strafabmessung soll dem Angeklagten zu Gute gehalten werden, daß er von einem patriotischen Gefühl geleitet wurde. Weiterer ist hätte der Angeklagte einsehen müssen, daß er bei Staatsabermächtung nur Verbrechen einsehen berechtigt. Da alle Verbrechen nicht fruchteten, habe er eine Gefängnisstrafe für geboten. Er beantragt sechs Monate Gefängnis. Gegen Mithing beantragte er 50, gegen Schmidt 10 Mark Geldstrafe, gegen Wäldmann die Freisprechung.

Graf Wälder: Ich möchte mich gegen die Vernehmung des Herrn Staatsanwalts wenden, daß ich gewissensleider gehalten habe. Ich handle auf göttlichen Befehl, der das nicht erlaubt, ich zu bezaubern. In England wäre ein Gerichtshof unmöglich, der einen Kerk wegen antijüdischer Stimmung fassen auf die Antisemiten bestraft. In Deutschland mag man selber keinen Antisemiten bestrafen dem Sohne einer alten Grafenfamilie, dessen Angehörige ich aus das Material der Jahrhundertlang die größten Verbrechen erworben haben und dem ersten besten begreiflichen Menschen. Ein solches Gemeinwesen habe der Döbel. Gleichzeit vor dem Gesetz ist ebenso ein Uebel wie die Gleichheit der Vermögenden. Ich bin im übrigen geneigt zu verzeihen, denn die Antisemiten sind auf die Antisemiten. Ich möchte mich nicht entscheiden, dann haben Sie sich für eigenes Geht. Mit der Volksgesandten müssen alle Richter und die Regierung erkennen. Um sie es nicht, dann handeln sie gegen die Interessen des Vaterlands. Ich habe ich selbst meine Pflicht als Christ und deutscher Staatsbürger erfüllt. Ich habe im Interesse des deutschen Volkes und Vaterlands gehandelt und bitte um meine Freisprechung. (Hohes Gelächter im Auditorium.)

Der Staatsanwalt Simon sagt aus: Es dürfte nicht außer

acht gelassen werden, daß der Angeklagte Graf Wälder mehrfach wegen ganz ähnlicher Reden freigesprochen worden sei, weil der Gerichtshof der Anschauung war, daß die Aussprüche nicht biblisch gemacht seien, und daß eine unmittelbare Aufforderung zu Gewaltthaten nicht vorliege. Der Angeklagte Schmidt habe ebenso unter dem Eindruck des Grafen Wälder gehandelt wie Schmidt unter dem Eindruck des Weizmann'schen. Der Senat teilt, auch die beiden anderen Angeklagten freisprechen.

Nach dreizehnstündiger Beratung des Gerichtshofes verhandelte der Vorsitzende: Der Gerichtshof hat beschlossen, da über die letzte Vorstrafe des Angeklagten noch noch höhere Erhebungen angehängt werden sollen, die Verhandlung auf den 20. Oktober zu vertagen.

Nach fast zweistündiger Beratung verhandelte der Vorsitzende des Gerichtshofes das Urteil mit folgender Begründung:

Der Gerichtshof ist zu der Lieberung gekommen, daß in sechs Fällen teils in Hingabern, teils in Reden des Angeklagten Grafen Wälder zu strafbaren Handlungen aufgeleitet worden ist und auch Aufforderungen beschriebener Artisten der Hebräer zu Gewalttaten vorhanden sind. Es kann hier Zweifel obwalten, daß in diesen Fällen eine große Reihe von Aufforderungen zu strafbaren Handlungen hineingeht, die wie Körperverletzung, Sachbeschädigung, Diebstahl, Mord und Tödtung. Da die Reden öffentlich gehalten sind, so ist das Resultat der öffentlichen Feindschaft gegeben. Der Gerichtshof nimmt auch an, daß der Angeklagte das Bewusstsein gehabt hat, daß durch Verbreitung der Hingabern der Mord hervorgerufen werden sollte, unter Umständen die von ihm empfohlenen strafbaren Handlungen zu begangen. Nach eine Verletzung des § 130 St.G.B. liegt vor, denn die Aufforderungen zu strafbaren Handlungen stellen ausgleich Aufforderungen zu Gewaltthaten dar, ebenso eine Verletzung des öffentlichen Friedens. Die Staatsanwaltschaften müssen das Bewusstsein haben, daß sie in ihren öffentlichen Reden gefahren sind. Der Gegenstand des öffentlichen Friedens ist der gewaltsame Isolat Konflikt. Eine Verletzung des öffentlichen Friedens liegt vor, wenn überhaupt die Möglichkeit gegeben wird, daß gewisse Bevölkerungsklassen sich gegen andere Klassen gewaltsam wenden können, wenn eine Stimmung geschaffen wird, aus der heraus gewisse Bevölkerungsklassen gereizt werden, gegen andere vorzugehen. Wenn in den Versammlungen auch — nach der Verbreitung der Hingabern — die Jüdische der Antisemiten des Grafen Wälder immer nicht erst nehmen und die Sache schließlich aufsteigen, so muß das erzwungen werden, daß sich die Reden nicht auf den Kreis der unmittelbaren Zuhörer beschränken, sondern auch weiter verbreitet werden, in die Presse übergehen usw. Es genügt also schon, wenn die Juden selbst sich in ihrem Rechtsbewusstsein, in dem Gefühl ihrer Rechtsverletzung bedroht fühlen. Wenn auch die Aufforderungen keine erkennbaren Erfolge erzielt haben, so genügt es eben, wenn die bedrohten Kreise sich beunruhigt fühlen müssen. Das ist aber der Fall, wenn in solcher Artigen Weise gegen die Juden gehandelt wird, da in gewisse Spannungen zwischen der jüdischen und der christlichen Bevölkerung begehren, die bald härter, bald schwächer hervortreten. In sechs Fällen hat der Gerichtshof als eine einheitliche Tat angesehen. Der Angeklagte steht auf dem Standpunkt, daß er seine Agitation gegen die Juden betreiben mag, und ihm ist es vollständig gleichgültig, ob er dabei die vom Gesetz gesagten Schranken respektiert oder nicht. Der Gerichtshof hat, wie bemerkt sein mag, geglaubt, daß es der Bestimmung des § 130 St.G.B. entspricht, daß die Verurteilung nicht bewußte. Nach dem Eindruck, den der Gerichtshof auf der Verhandlung gewonnen hat, daß er nicht den geringsten Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit und vollen Verantwortlichkeit des Angeklagten. Es konnte zu auffällig erscheinen, daß ein Mann in höherer sozialer Stellung solche Aufforderungen und solche über alle Grenzen hinaus Stellung und somit zu verhängenden Schandmarken in die Welt schleudert. Aber das erklärt sich daraus, daß der Angeklagte von der überaus starken Idee beseelt wurde, in dieser Weise gegen die Juden vorzugehen zu sollen. Nach der Grundsatz seiner Aufforderungen ist nicht zu zweifeln. Wenn auch über seine Worte gelacht worden ist, so schließt das nicht aus, daß in seinen Reden ein ernstes und bedeutendes Streben zurückbleibt, bezüglich dessen man gar keinen anderen Zweck als die Aufrechterhaltung kann. Die Bekehrung des Angeklagten, daß er nur in Bildern gesprochen, trifft durchaus nicht zu. Die Reden des Angeklagten sind die Verurteilungen in Rede und Taten, daß der Angeklagte es darauf abgesehen hat und wünscht, daß auch ihre höchste Brautzeit entstehen. Solche Verurteilungen zur Lösung der Judenfrage macht er in seinen Hingabern niemals, seine ganze Polemik beruht nur in dem Hinweis auf den Anknüpf, auf die Gewalt. Deshalb ist es dem Angeklagten nach Ansicht des Gerichtshofes in den meisten Fällen vollständig erst mit seinen Worten. In den sechs

Hallen hat, wie wiederholt wird, der Gerichtshof die Schuld des Angeklagten für erwiesen erachtet, in den übrigen Fällen hat er auf Freisprechung erkannt. Was die Strafbewehrung betrifft, so kam es in Betracht, daß der Angeklagte doch die erlaubten Grenzen in ganz außerordentlicher Weise überschritten hat. Er erkennt nicht an, daß die Juden gleichberechtigte Staatsbürger sind; diese Ansicht mag er ja für seine Person haben; so lange aber die bestehenden Gesetze in Kraft sind, muß er sie doch achten und darf sich nicht außerhalb der Gesetze stellen. Die Neben sind von den allergrößten Entwürfungen gegen die Juden durchsetzt, er kennt keinerlei ihre Richtigkeit, allerdings in der Überzeugung von der Schädlichkeit der Juden. Dies mußte freilich während im Gerichtsaal, andererseits auch die Tatsache, daß derlei Gerichtshof den Angeklagten am 19. Januar 1905 schon zu einer sehr hohen Strafe verurteilt hat, diese aber auf ihn gar keinen Eindruck gemacht hat, er beweist immer wieder in denselben scharfen und klaren Worte und mit bescheidenen Redensarten gegen die Juden vorgegangen ist. Unter diesen Umständen konnte der Gerichtshof nicht eine Geldstrafe wahren, sondern hat es für notwendig erachtet, dem Angeklagten durch eine Gefängnisstrafe klar zu machen, daß die Gerichtsbefehle, vor denen alle Staatsbürger gleich zu erachten sind, sich Bezogen gegen die Juden für unzulässig und durchaus strengen erachtet. Der Gerichtshof hat daher, unter Berücksichtigung daß in einer Reihe von Fällen auf Freisprechung zu erkennen war, den Grafen Wüller zu drei Monaten Gefängnis verurteilt und auch auf Lebensdauerbedingung der 4 Flügelstrafe erkannt. Von den mitangelegten Bundesbüchern wurde Mitteilung zu 10 Mk., Schmidt zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt, Wollmann wurde freigesprochen.

Das Berliner Gericht ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß Graf Wüller zurechnungsfähig und daher für die ihm zur Last gelegten Vergehen verantwortlich zu machen sei. Wie sind der Meinung, daß Wüller geistig abnormal ist und in seinen Taten unter dem Einfluß krankhafter Störungen steht. Ist aber das Gericht anderer Ansicht, dann hat der „Vormünder“ recht — und selbst die antisemitisch angehauchte „Germania“ stimmt dem zu —, wenn er die Strafe außerordentlich niedrig findet. Ein anderes sozialdemokratisches Blatt schreibt:

„Hätte ein Sozialdemokrat nur den bankeinsten Teil dessen gesagt oder geschrieben, was die Neben und Flügelblätter des Grafen Wüller enthalten, so wäre er nicht zu der Wankstange, sondern mitreißend zu drei Jahren Gefängnis verurteilt worden. Hätte er den Gerichtshof während der Verhandlung auch nur ausweichend antworten zu sagen gewagt, wie Graf Wüller ein schmerzhafter Ingeburtskranke ist, hätte er auch, während Graf Wüller jagen durfte, was er wollte, ohne auch nur unterbrochen zu werden. Einem Sozialdemokraten wäre auch niemals zugute gehalten worden, daß eine große Idee ihn beerrichte und ihn zu seinen Taten zwinge. Es gibt eben immer noch für die deutsche Reichsregierung der Satz des alten römischen Senekens, den einst der berühmte Reichsgesandtschaftsminister Schönlank als Vertreter über sein antisemitisches Wesen sagte: „da das facinus ist, non est idem — wenn jetzt daselbst nur, ist es nicht daselbst!“

Interessant ist, wie sich der bekannte Antisemitenhauptling Prof. Paul Höpfer in der „Deutschen Wochenzeitung“ (23. Oktober) mit dem Herrn Grafen auseinandersetzt. Es heißt da:

„Graf, 3 Monate sind eine schwere Strafe, und wir würden aus allgemeinen menschlichen Rücksichten, wie aus politischen Gründen für ihn eintritten, wenn es in unsere Sache gedragte. Es ist wahr, daß aber eben ist nicht anzufragen. Unsere Sache kann durch eine Verteilung, wie die des Grafen Wüller, nur verlieren.“

Er will durch sein Aussetzen zum Risikofaktor u. dergl. aufgereizt haben. Das ist sicher nicht in Abrede zu stellen. Wüller mußte, auch wenn Gesamtschuldigkeit die Folge seiner Taten nachweislich nicht gewesen sind, vom dem Richter, als dem Hüter des geschriebenen Gesetzes, verurteilt werden; denn zweifellos konnte solche sehr leicht die Folge sein; und es ist selbst, wenn er sich damit herauszubringen sucht, seine Worte seien nur schuldig, aber nicht in genau in vollem Maße politischer Agitation gewesen. Gerade das aber würden wir nicht als Politik im Auge fassen, sondern in seinem Gewissen und Urteile an das Strafgesetz nicht gebunden ist.

Wir dagegen machen ihm Vorwürfe wegen Betrug, die zwar nach dem Strafgesetze frei ausgehen, die wir aber, wenn wir zu richten hätten, abweisen würden und wäre es auch nur mit einem Urteile, wie wir es hier fällen.

Wir werfen dem Grafen endlich eine bedenkliche Drückeerei vor. Aber den Mund ja voll nimmt, wie er es zu uns pflegt, ist nachher doch noch Wort haben und laßt und frei bestimmen, daß mit anderen

Mitteln, als den seinen, die Judenfrage nicht zu lösen sei, daß der Verfallgeiz u. dergl. in der Tat das letzte Mittel des Raubes sei.

Ob er darin recht hat, darüber ließe sich ja reden. Aber nicht hat er recht, wenn er sich bemüht um den klaren Sinn herausbrückt, daß er nicht ernst genommen sein will, mit anderen Worten, daß er eine konsequente Person sei und als solche freispielt.

Weiter legen wir ihm ästhetische Geschmacklosigkeit zur Last; und diese wird die dererlichkeit bringen auch in Zukunft das eine gute Ende anzuhaben herant. Weitere Ende ist viel zu ernst, als daß aus einer Volksversammlung ein „Vorrecht“ und eine „Spezialabteilung-Vorstellung“ gemacht werden dürfte.

Nach allen diesen ist es am besten, was wir dem Grafen vorwerfen, daß er eine große, ernste Person ist in Wirklichkeit bringt, furchtbar den denen, die wohl gewonnen werden könnten, die aber durch dergleichen Verteilung abgelehrt werden müssen.

Die Schranken, die eine göttliche Sendung haben, er als deutscher „Vorb“ eigentlich eine Annahmestellung einnehme, daß ihn, den „bedachteten“ Geistes, doch ein Schatzmann nicht nur wußte, der nicht dorthin dürfe; feuer hat die Juden „am Ende der Dinge“ doch noch eine große Sendung haben — hier begnügt er sich mit 10 Mark und mit den Bäumen —, mögen wir noch gestrichelt werden. Einem nur „Ehrgeizigen“ kann eigentlich in solcher Weise nicht ganz wohl werden, er müßte denn den Grafen für ein geeignetes Mittel, seine Taten, ist seine die Taten irgendeiner „antisemitischen“ Bereich, zu fassen ansetzen. Dem Gerichte selbst ist es nicht zu verdenken, wenn es meint: „Nun denn Grafen ein Tüchtigen gefällig, mag er's nur sagen, wir werden ihm auf.“

Was aber die göttliche Sendung, die eigene und die der Juden, betrifft, so sind wir nicht annahmehaft, und was als Geheimrat des lieben Gottes anzufragen.

Wir können unsere Rolle, wie wir es für recht halten; das genügt uns. Der Graf Wüller dient ihm schlecht, auch ohne schlechte Absicht. Und da er ihm schabel und weitere Bewegung herabbringt, müssen wir uns wieder einmal ausdrücken, wie gefahren.“

Von wem behauptet Herr Prof. Wüller wohl, daß er den Grafen Wüller für ein geeignetes Mittel, seine Taten zu fassen, ansetzt? Vielleicht kann der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Bruhn darüber Auskunft geben.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die antisemitische Reformpartei hat am 20. Oktober in Kassel, wie es heißt, unter sehr schwacher Beteiligung, ihren diesjährigen Parteitag abgehalten. Man erzählte sich dabei in der üblichen Rodomontaden über die „Erfolge“ der Partei. Herr Dewald Zimmermann kennzeichnete nach dem Bericht des „Reich“ die Stellung des Antisemitismus beim Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. und behauptete, daß heute die Juden im Reichthum durchaus in Deutschland eine besondere Stellung zu, aber nur dann, wenn er sich abseits befindet in Gefinnung und Charakter. Leider hätte aber auch hier schon die Korruption eingegriffen, und Redner erinnerte zum Beweise dafür an die sogenannten Namenstheorien, die letzten in der Presse eidernt worden sind. Zu dem Punkt und Großbald kamme noch der Aktienadel. Mehr und mehr sei das Judentum zum Einfluß gelangt, und in verschiedenen Staaten wären Juden bereits leitende Minister. Als Beispiel über den zunehmenden jüdischen Einfluß führte Redner die beabsichtigte Änderung des Wahlrechts der Referatsoffiziere und die Behandlung der Ehefrage in Nürnberg beim Tierkucheneinstieg an. Als weitere Beispiele führte Redner die Tatsache an, daß die Postuniformen-Direktoren hauptsächlich jüdische Großhandlungen sind und die vielgepriesenen Handelshochschulen Tummelplätze für Ausländer und Juden wären.

Rechtsanwalt Harmony-Kassel sprach über die Aufgaben der Reformpartei in Hessen. Er legte eingehend die Unterschiede zwischen Reformern und Deutschsozialen dar und betonte, es sei keine Politik der Duldung oder reinen Schikane, wenn die Reformen in den Kampf zögen. Es täten das nur dann, wenn Aussicht auf Erfolg vorhanden sei. Der Redner forderte, daß bald in die Wahl-

agitation für 1908 eingetreten werde und die freideutsche Vereinigung in Kassel als Agitationsverband für die Reformpartei weiter ausgebaut werden solle. Die Ausfahrten seien im Wahlkreise Lauterbach-Alsfeld gänzlich für die Reformen, etwas schwieriger sei die Sache in Marburg-Kirchhain. Aber unheilbar wären die Verhältnisse auch dort nicht. Er verspricht sich von der Erziehung eines Parteisekretariats für den Mitteldeutsches Land, speziell zur Bearbeitung der drei oberbessischen Wahlkreise Marburg, Gießen, Lauterbach großen Erfolg.

Eine lebhafteste Debatte folgte, in der sich die Abgeordneten Berner und Gräfe in zunehmendem Sinne äußerten. Abg. Dr. u. n. beleuchtete die Lage im Reich überhaupt und bezeichnete seine Widerwahl sowie die des Abg. Böttler als „tollfugig.“ Die Reformen würden aber bestimmt noch in den Kreisen Deutschkron und Neustettin Kandidaten aufstellen. Abg. „Dr.“ Böttler — so schreibt das „Reich“ — suchte sich dann noch durch die Erzählung wichtig zu machen, daß ihm bei seiner Anwesenheit in Schloß aus von einem Polen die Landtagskandidatur in König angetragen worden sei; er habe es aber „als deutscher Mann überhaupt entschrieben abgelehnt, mit einem Polen zu verhandeln.“ — Wahrscheinlich hängen ihm die Trauben noch zu hoch.

Aus den ganzen Verhandlungen gewinnt man den Eindruck, daß die Reformpartei in der Agitation gegenüber dem deutschsozialen Bruder, der sich allenthalben der Unterstützung des Bundes der Landwirte erfreut, etwas ins Hintertreffen geraten ist.

Im Reichstagswahlkreise Weimar ist das Kartell der deutschsozialen Antisemiten, Christlichsozialen, Konservationen, der Mittelstandsvereingung und des Bundes der Landwirte perfekt geworden. Eine Vertrauensmännerversammlung dieser Parteien hat den deutschsozialen Oberamtsrichter Gräfe als Reichstagskandidaten proklamiert. Im Falle seiner Wahl wird sich Gräfe der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen.

Im Jahre 1903 erhielten der reichsparteiliche Regierungsrat Dr. Heydenreich 3771, der fränkische Verlagsbuchhändler Dr. de Gruyter 2924, der sozialdemokratische Gastwirt Boudert 10 865 und der händlerische Gastwirt Biehn 5787 Stimmen. In der Stichwahl wurde der sozialdemokratische Kandidat mit 12 826 Stimmen gewählt gegen den Kandidaten des Bundes der Landwirte, auf den 11 995 Stimmen fielen.

Vom Reichstagsabgeordneten Kröfzell. Was die Politiker machen werden, wenn der Reichstagsabgeordnete Kröfzell sich die Hörner abgelaufen haben und wieder einmal ein anderer geworden sein wird? Herr Kröfzell war nämlich nicht immer der Judenstreifer, der er heute ist. In seiner Jugend Waisenblute schien er sie sogar besonders in sein Netz geflochten zu haben. Er verteidigte ritterlich so manchen jüdischen Schulkameraden gegen die häßliche christlicher Mitschüler und verteidigte gern und häufig in jüdischen Familien. Das war einmal. Seitdem er aber zum Antisemitismus übergetreten ist, spielt er in seiner Vaterstadt eine größere, nicht eine schönere Rolle. Er gibt den guten Bürgern immer Stoff zur Unterhaltung, und damit ist einmal den Reichsfürstern gebient und er hat seine Befriedigung davon, in der Leute Mund zu sein. Freilich verdunkelt sich mehr und mehr sein Ansehen. Wie er im Reichstage nicht entfernt den Erwartungen seiner Wähler entspricht, so verliert er auch als Stadtverordneter immer mehr von seinem Nimbus. Hier kann er nicht wie in den Kreisen sich und die verteilten Bauern mit oberflächlichen Redensarten bescheiden. Da tritt jeder feiner in der Regel solchen Ausführungen Rechtsanwalt E. ruhig, sachlich entgegen und hat die Lächer auf seiner Seite. Und was in

solch einer Kleinstadt unter den Stadtvätern vorgeht, bringt in die Bürgerkreise und schließlich auch in die bauerlichen Kreise.

Auch für pikanten Unterhaltungsstoff sorgt der Herr Abgeordnete noch immer. Vor kurzem tauchte in Wyrth wieder die Frau auf, die nach dem Kröfzell-Mittelbessischen Prozeß (orgen des von Dr. Wittenberg aus dem früheren Kaiser gebrauchten Ausdrucks „Schweinestifter“) von ihrem Manne geschieden wurde.

Im letzten Sommer bemerkte der Nachtwächter einen Mann auf einer Leiter, die an dem Hause angelehnt war, in welchem eine Dame wohnte, die nach dem in der Stadt verbreiteten Ratsch dem liebebedürftigen Dergen des Herrn Abgeordneten nahe stehen soll. Der Wächter der Nacht, der den Ratsch auch kennen, von dem aus den zahlreichen Prozessen des Herrn Kröfzell bekannt gewordenen Akzenten besitzen gehört haben mochte, mußte wohl auf den Verdacht gekommen sein, daß der Herr Reichstagsabgeordnete die bei den süddeutschen Bauern übliche Sitte des Fensterhins in Wyrth einführen wollte, und fragte den Abgeordneten, was er denn da oben zu suchen habe? Herr Reichstagsabgeordnete Kröfzell antwortete, er plädiere sich Windeln ins zum Tee. Die böhmische Wyrthler sagten aber an den Windelnblättern nicht recht zu glauben, denn man braucht nur kurze Zeit in Wyrth zu sein, um zahlreiche Anspielungen auf diesen Windelnblättern des Reichstagsmitglieds zu vernehmen.

Man wird zugeben, daß die kleine Stadt alle Ursache hat, ihrem Abgeordneten dankbar zu sein, wenn auch nicht gerade für seine Äußerungen im Reichstage, so doch für den mannigfachen, auch pikanten Unterhaltungsstoff, den er ihnen seit Jahren liefert.

Im 19. Hannoverschen Wahlkreise, Otterndorf-Neubaus, empor den deutschsozialen Antisemiten neuerdings eine lebhafteste Agitation. Sie beschäftigt, wie uns aus dem Wahlkreise geschrieben wird, den Generalsekretär ihrer Partei, Hennigsen, als Kandidaten aufzustellen.

Der Fall Hirschel sollte am Freitag voriger Woche vor der Strafkammer in Gießen verhandelt werden. Da jedoch sowohl der Anklage wie dessen Verteidiger nicht erschienen waren, mußte die Verhandlung ausgesetzt werden. In einem Telegramm des Verteidigers versicherte dieser, daß ihm wie auch dem Angeklagten eine Verschleppung fern liege. Der antisemitische hessische Landtagsabgeordnete Otto Hirschel steht bekanntlich unter der Anklage, *Öffentlichkeitsgeheißer* unterzogen zu haben. — Der Vorsitzende teilte mit, wie es kam, daß die Verhandlung bis jetzt noch nicht abgehalten werden konnte. Am 12. Juli sei die Anklage bei der Strafkammer eingelaufen; diese sei dem Angeklagten am 16. oder 17. desselben Monats zugestellt worden. Ein vom 18. Juli datierter Beweisantrag der Verteidigung sei am 28. Juli eingelaufen, inzwischen sei aber das Hauptverfahren eröffnet und Termin anberaumt worden. Der Angeklagte hat am 1. August um Verschleppung des Termins auf mindestens 4 Wochen, indem er bemerkte, die Staatsanwaltschaft habe reichlich 3 Monate zur Anklageerhebung gebraucht, falls der Termin nicht abgelehnt werde, so würde er, gestützt auf die Verschleppungsurteile, nicht erscheinen. Der Termin wurde abgelehnt, und unter dem 8. August lief ein Antrag der Verteidigung ein, in dem gebeten wurde, die Sache auf Ende Oktober anuberäumen, damit ihr Zeit genug zur Orientierung zur Verfügung stehe. Anfang September erhielt die Strafkammer von der Verteidigung Nachricht, daß sie von dem Angeklagten trotz dringlicher Anfrage keine Nachricht erhalte. Später hat H. wieder, den Termin zu oertagen, da er noch keine Gelegenheit gehabt hätte, mit seinem Verteidiger zu sprechen, indem er versicherte, es sei nicht seine Absicht, die Sache zu verschleppen. Eine spätere mündliche Bitte um Absetzung

des Termins wurde vom Vorsitzenden ebenfalls abgelehnt. Auch die Verteidigung stellt in den letzten Tagen einen Verlagsantrag, der dahin ging, Beweis zu erheben, daß der Angeklagte nicht in schlechten Vermögensverhältnissen sei und daß er trotz Warnung fortgesetzt größere Geldsummen nachtrage, er auch Freunde genug gehabt hätte, die ihm aus der Not geholfen hätten. Auch stellte er den Antrag, die Sache bis zur Beendigung der Untersuchung der gegen Defonometrar Schlenke, der der Demagog sein, eingelaufenen Angeklagten, die Schlenke der nämlichen Taten beschuldigt, auszuweisen. — Das Gericht verbandete nach vorgängiger Beratung folgenden Beschluß: Da der Angeklagte trotz ordnungsmäßiger Lobung und unter Androhung der Vorführung nicht erschienen ist, wird seine *R e t r o s p e k t i v e* mit der Maßgabe angeordnet, daß die Staatsanwaltschaft vorher die erforderliche Genehmigung der Landstände einzuholen habe.

Der „*Frankf. Ztg.*“ wird aber die dem Prozeß zu Grunde liegenden Vorgänge noch Folgendes mitgeteilt:

„Es sieht sehr, daß Girsfel eine Reihe von Bölen, die ihm zur Förderung an die Kasse antraten waren, erst bedeutend später abgeliefert hat. Nach den gewissen Bestimmungen ist die Kasse der Hauptgenossenschaft Friedrich überhaupt nicht belastet. Seiner von den Kassen einzuführen. Alle Zahlungen sind von den Kassen nicht mehr als die landwirtschaftliche Genossenschaftsbank zu Darmstadt zu leisten. Nun ist es oft vorgekommen, daß Girsfel aus seinen Agitationsreisen von dem oder jenem — das sind die unter Anklage gestellten Bölen — Gelder bekommen hat mit dem Auftrag, sie in Darmstadt abzuliefern. Hier nur zwei Beispiele. Am 1. September 1904 erhielt er von einem Gutsbesitzer 31 Mark zur Kollektion, die Girsfel aber erst am 17. Januar 1905, also fast 1 1/2 Jahre später, abgeliefert hat. Am 11. November 1904 erhielt er einen Bölen von 124.98, der ihm erst am 8. August 1905, 114 Mark abgeliefert. Den Rest hatte er bestritten. Es entspricht sich damit, daß er im Bränge der Girsfel die Kollektion verfallen habe. Allerdings muß auch die mehr als eigenartigen Verhältnisse im Betrieb der Hauptgenossenschaft Friedrich in Betracht gezogen werden. Nach dem Statut betreffend die Dienstverteilung und Geschäftsbearbeitung für landwirtschaftliche Bezug- und Abgabegenossenschaften muß ein Direktor und ein Kassier vorhanden sein. Aber nun bei der Friedberger Genossenschaft, die von dem Kassier nicht ist, läßt sich aus den Geschäftsbüchern nicht erklären. Nach § 17 des Statuts untersteht dem Direktor die regelmäßige Kontrolle der Bücher und der Kasseneinträge, doch ist unter Girsfel's Regie kein Protokoll über die Ausübung einer derartigen Kontrolle aufgenommen worden. Ferner ist laut Statut mindestens einmal monatlich das Ergebnis mit dem Kassabuch zu vergleichen und eine Prüfung sämtlicher Kasseneinträge vorzunehmen. Auch diese Bestimmung soll nach den Büchern in der letzten Zeit nicht eingehalten worden sein. Girsfel behauptet, daß er sich in guten Verhältnissen gesehen sei und andererseits nicht zu machen braucht, während ihm die Anklage das Gegenteil nachweisen will. Wie der Prozeß auch ausgeht, auf die eigentliche Geschäftsleitung in der Genossenschaft wirkt schon allein die Tatsache, daß vereinmählte Gelder ruhig 1 1/2 Jahre in fremder Tasche bleiben können, ohne daß Bemerkungen erfolgen, die zu Aufklärung führen, ein ungünstiges Merkmal.“

Vermischtes.

Der „Hauptmann“ von Rönkiden. Der geriebene „Hauptmann“ von Rönkiden wäre längst in den Händen der Polizei, wenn diese sich nur der antisemitischen Eitelkeit Helmes hätte bedienen wollen. Diese wissen sehr wohl, daß die Juden an allem schuld sind und haben zuerst und sofort die jüdischen Spuren herausgefunden. So hat die „Staatsbürgerztg.“ gleich bei der ersten Nachricht von dem Rönkiden-Raffentrunk in festem Druck darauf hingewiesen, daß der vermögende Käufer eine „a u s s a n d e r u n g s k a s s e“ habe. Jeder weiß, was das Silberblatt damit hat sagen wollen. Zwar hat sich alsbald herausgestellt, daß der Herr Hauptmann eine e i n g e f i n d e t e Kasse hat, also eigentlich das Gegenteil einer trümmigen Kasse. Aber wer wollte leugnen, daß mathematisch die Linie einer eingefundenen Kasse trumm ist? Ferner hat das genannte Blatt mit echt antisemitischem Spießhörn herausgefunden, daß der Käufer nach vollbrachter Tat sich den Vollzug in einem „jüdischen Konse-
tionsgeschäft“ gekauft hat. Wir wollen der „Staats-

bürgerztg.“ bei ihrer Jagd nach jüdischen Spuren zu Hilfe kommen. Die Offizierskassette, die sich der strecke Patron an-
gemacht hat, weiß auf die Suche der Juden hin, in das Offizierskassett hineinzuwürgen. Weiter erinnert die Art, wie der falsche Offizier sich der verärrlichen Uniformstücke nach und nach entledigt und sie an verschiedenen Orten niedergelegt hat, an die Art, wie die Rönkiden Juden die Leichenteile des unglücklichen Winters ausgehört haben. Das ist echt jüdisches Raffinement, wie denn überhaupt kein Arter, geschweige denn ein Teuton, die Frechheit gehabt hätte, einen solchen Hondbüchlein zu unternehmen, gemein genug gewesen wäre, das deutsche Vaterland so vor aller Welt zu blamieren, lächerlich zu machen. Das konnte einzig und allein ein Jude fertig bringen, der keine Vaterlandsliebe kennt, kein Vaterland hat. Unter solchen Umständen ist es ganz unfahbar, daß die Polizei nicht schon längst nur Juden auf Korn genommen hat. Wir müßten sehr lernen, wenn wir hierin nicht wieder einen Beweis von der Macht der Juden zu sehen haben, die es immer noch durchsieht, daß die Justiz vor jüdischen Verbrechern Rotau macht und sie hilflos durchschlagen läßt. Armes deutsches Volk! Armes Vaterland!

Eine Mahnung zur Beseitigung des Rassenhasses in Turnvereinen. Aus Stettin wird berichtet: Rappich sollte hier die Gründung eines Zentralverbandes für Leibespflege stattfinden. In der konstituierenden Versammlung sprach der Referent Stadtschulrat Prof. Dr. Rappich, Schriftführer des deutschen Turnverbandes, es offen aus, was die Turnvereine oft zu befehligen suchen. Rassen- und Klassenhass seien es, die gerade innerhalb der Vereine für Leibespflegearbeit eine ungeheure Rolle spielen und dadurch diesen allen Vorsehrungen den Boden zu unterwühlen drohen. Gegen die Geschlossenheit der deutschen Turnerschaft, wie auch der Radfahrervereine, kämpften besonders die Antisemiten, vornehmlich die Oesterreicher, unter Führung der Schönererpartei. Wenn wir aber auf das Gebiet der Leibespflege wirklich gegenständig wirken wollten, müßten wir *K l a s s e n* und *K a s s e n* ganz beiseite lassen und jeden, der ein gutes deutsches Herz im Leibe hat, anrufen, für sich und seines Volkes Zukunft zu arbeiten.

Graf Derinbur. Die „Staatsbürgerztg.“ appelliert an den vielgelesenen Grafen Derinbur, daß er ihr erklären solle, wie es komme, daß die „Judenpresse“ anlässlich des Rönkiden-Raffentrunk „so verächtlich zu schmähen wisse über den bunten Rod“, andererseits aber Juden gern in dieselbe Armerie, in dasselbe Offizierskorps hineinbringen möchte, dessen Uniform man mit so wenig Achtung behandelt. Nun, wie wollen an Stelle des Grafen Derinbur „den Zwiespalt der Natur“ erklären. Es ist das sehr leicht. Der vermeintliche Zwiespalt existiert nämlich nur in den Köpfen der Antisemiten. Es fällt den liberalen Blättern nicht ein, den bunten Rod zu schmähen, sondern sie bekämpfen nur den Fettschleim mit der Offiziersuniform, der nicht nur wie jeder Fettschleim lächerlich wirkt, sondern auch, wie gerade der Rönkiden-Raffentrunk lehrt, lehnen sollte, gefährlich ist. Man verwirrt nicht den Gut, wenn man nicht vor ihm, wie vor Schlers Hut, Neuerung machen will und verlangt, daß ihm keine übertriebene Neuerung gemacht werden soll.

„Es muß doch — meint das Organ des Hofers Söder — hinter all diesen Mänschen der geheime Gedanke schlummern, die Juden ebenfalls mit der Macht und dem Reichtum auszurüsten zu lassen, daß die liberalen Blätter bei dem deutschen Offizier zu jedem meint. Auch für seine Schlingens möchte man die Güte, die der deutsche Offizier genießt.“

Die Insinuationen wie die Schlüsse sind falsch, wenn sie auch vielleicht bei diesem und jenem zutreffen mögen. Die Juden wünschen den Eintritt in das Offizierskorps, weil das ihr gutes verfassungsmäßiges Recht ist, und sie glauben, daß sie im eigenen Interesse wie im Interesse der Gesamtheit

auf Verwirklichung ihrer Rechte dringen und bestehen müssen. Wenn man an diesen versorgungsmäßigen Rechten dreht und dreht und sie hinwegdeutet, dann ist nicht abzusehen, ob nicht auch an anderen Rechten des Volkes gedreht und gedreht wird, bis sie auch hinweggebeutet worden sind. In diesem Sinne haben alle versorgungstreuen Deutschen das Recht, ja die Pflicht zu verlangen, daß die den Juden gewährten Rechte auch gewahrt werden. Nicht der Wacht und des Ansehens wegen verlangen die Juden den Eintritt in das Disziplinarcorps, sondern weil manche ihrer Söhne auf militärischem Gebiete dem Vaterlande vielleicht ebenso große Dienste leisten könnten, wie viele ihrer Glaubensgenossen in anderen Ländern. Es ist ein dem Vaterlande zugefügtes Unrecht, wenn ihm möglicherweise sehr wertvolle Kräfte entzogen werden.

Aber freilich solche Gedanken und Ermahnungen liegen Antisemiten zu fern; diese Leute vermuten, weil sie selbst überall nur Geschäfte machen wollen, denselben Geschäftssinn bei allen anderen.

Söder und Moses. In No. 42 (21. Oktober 1906) der Sonntagsbeilage des „Söder'schen Volk“ heißt es am Schluß einer den Herrn und Meister direkt verbindenden Besprechung, die einen von Söder im apologetischen Rufus vom Zentral-Ausschuß für Innere Mission gehaltenen Vortrag zum Gegenstand hat:

„Die Moses noch langer Röhrenwanderung ins heilige Land hineinsehen dürfte, so sehr der begüterte Prophet deutscher sozialer Wohlfahrt in der christlichen Gewerkschaftsbewegung den Hoffnungsstahl der Deutschlands Zukunft im herrlichen Klang erschallen läßt.“

Ob der Herr Hofprediger a. D. nunmehr auf seine Visitenkarte neben dem bisherigen Adressat „von seinen Verehrern auch Moses Söder genannt“ setzen läßt! ...

Aus Reichelsheim I. D., 13. Okt., wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben: Folgender Vorfall, der für weitere Kreise von Interesse sein dürfte, hat sich hier zugegetragen. Die hiesigen Zirkel wollten dieser Tage einen Ball abhalten. Der Bürgermeister erteilte die hierfür nachgesuchte Genehmigung, auch mit dem Zusatz: „Nur für Juden.“ Eine wegen der Einschränkung beim Freisamt Erbach erhobene Vorstellung hatte keinen Erfolg. Als abends der Ball beginnen sollte, erschien die Gendarmerie, die Aushängelübigen den Eintritt verwehrt. Der Wunsch der Juden, isoliert zu bleiben, bestand durchaus nicht; es waren sogar schriftliche Einladungen an eine Reihe christlicher Mitbürger ergangen. In früheren Jahren kamte man hier beratige Einschränkungen nicht. Auf welche gesellschaftlichen Bestimmungen gründet sich das beschriebene Vorgehen? Das Gesetz enthält doch keine Vorschrift des Inhalts, daß gesellschaftliche Veranstaltungen in konfessionellem Rahmen stattfinden haben? (D. Red.)

Die jüdische Frage in Rußland. Die russische Regierung hat sich schnell und ängstlich dagegen verwahrt, daß die in einem kaiserlichen Ukas verordnete Gleichberechtigung Aller sich auch auf die Juden beziehen solle. Nein, man will die Judenfrage teilsweise lösen, den Juden einige kleine Vergünstigungen gewähren, so daß es ausreicht, als hätte man etwas für sie getan, während in Wirklichkeit und in der Hauptsache alles beim alten gelassen wird. Man läßt mehr Juden zu den höheren Unterrichtsanstalten zu und gestattet den jüdischen Hebammen, ihr Gewerbe im ganzen Reiche auszuüben. Es soll der Ansehensgraden für jüdische Kaufleute und Fabrikanten erweitert, getauften Juden der Rücktritt zum jüdischen Glauben gestattet und den Juden das Recht zum Erwerb von Grund und Boden in den Reichsfehländern eingeräumt werden. Und das wird es nicht vergessen, man will jüdischen Eltern, die im Kagon wohnen müssen, gnädigst erlauben, den ihren Kindern zu leben, die außerhalb desselben wohnen dürfen.

Es soll nun nicht geleugnet werden, daß diese Benachteiligungen gegen früher einem minimalen Bruchteil der jüdischen Bevölkerung Rußlands sehr angenehm sein werden, wenn die Benachteiligungen erst wirklich einmal beseitigt und auch durchgeführt werden. Aber eben nur einem ganz unbedeutenden, verschwindend kleinen Bruchteil der jüdischen Bevölkerung. Das sind geringfügige Brocken, aber die sich für den Augenblick freut, wer einen davon zu erschöpfen in der Lage ist. Von einer Lösung der Judenfrage ist nicht die Rede; denn die Lösung liegt einzig und allein in der vollständigen Gleichberechtigung, von der aber die Regierung noch immer nichts wissen will. Ob die Reichsduma, falls diese überhaupt zusammentritt und etwas ausgerichtet in der Lage ist, ein Weiter zustande bringt, bleibt abzuwarten. Vorläufig aber ist durch den direkten Hinweis der offiziellen Telegraphenagentur, daß die im letzten Ukas ausgesprochene Gleichberechtigung nur auf die Bauern Bezug habe, den Juden die Hoffnung auf baldiges Erscheinen der Morgenröte wieder ganz genommen worden.

Ein jüdischer General. Wie aus Paris gemeldet wird, ist durch Erlass des Kriegsministeriums vom 27. v. M. der bisherige Oberst des 128. Infanterieregiments Dewery, zum Brigadegeneral befördert. Damit ist die Zahl der französischen Generale jüdischen Glaubens auf drei gestiegen.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Prels: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu **70 Pf.** bzw. **1,25 M.** inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erscheinenden Broschüren

1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a M. 0,40.
 2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,80
- erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Felsbergstr. 241.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 lösten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgedruckte Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen und dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: Amt 6 276, 2026.

Alle Zusendungen an die Redak-
tion und Expedition sind zu
richten nach Berlin W. Magde-
burgerstr. 14, wo alle in den
Dienst des Vereins Herrn
besonderen Adels, Druck-
und Einlieferungsbedingungen an
den Herausgeber, Herrn Geh. Rat-
zeil Dr. Schmidt, Berlin W.,
Magdeburgerstr. 14.

Der große Hiß.

Wenn der Name Adolf Bartels mit zunehmender Häufigkeit in diesen Blättern genannt werden muß, so liegt das daran, daß dieser Literarhistoriker gegenwärtig ohne Frage derjenige Publizist ist, der im antisemitischen Lager den größten Kredit und die größte Resonanz genießt und daß er — wir wollen so unparteiisch sein, das feststellen — zur Zeit überhaupt die größte Intelligenz ist, die ihre Kraft und ihre Feder in den Dienst der antisemitischen Sache stellt, was allerdings bei dem überhaupt vorhandenen Vorrat von Intelligenzen auf jener Seite nicht allzu viel sagen will. So wenig wir denn auch die Bedeutung des Antisemiten Adolf Bartels zu überschätzen geneigt sind, so wenig dürfen wir und wollen wir seine Gegnerschaft unterschätzen, vor allem deshalb, weil er sich durch seine Tätigkeit als emigrierter Literarhistoriker und sein Geschick, für eine urteilslose Menge mündgerecht, gemeinvernehmlich und schnellbar überzeugend zu schreiben, einen nicht unbeträchtlichen Leserkreis zu schaffen verstanden hat.

Was diese Tätigkeit des Weimarer Professors gefährlich macht, ist nicht die antisemitische Tendenz an und für sich, sondern die Taktik, mit der er seinen Gedanken Eingang zu verschaffen sucht. Man wird bei ihm niemals den furor teutonius etwa eines Treitschke finden, den man bei aller offenen Gegnerschaft als hartes und vornehmeres Temperament hochschätzen konnte. Niemals wird man finden, daß Herr Bartels etwa irgend einen Eingriff in die bürgerliche Gleichberechtigung der Juden direkt verlangt oder empfiehlt, daß er eine gesetzliche Einschränkung ihrer Rechte wünscht oder ihnen gar durch Gewalttätigkeiten ein Haar gekrümmt sehen möchte. O, nein! Herr Bartels ist durchaus nur für den unblutigen Pogrom, nur für den Kampf mit geistigen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen Waffen. Sein Äußeres und Vorbild ist, das tritt von Jahr zu Jahr mehr zutage, jener Leffing'sche Patriarch von Jerusalem, der sanft lächelnd und händeringend für alle Fälle den Juden verdammt zu wissen wünscht, nur mit dem Unterschied, daß der Patriarch Bartels seinen jüdischen Mißbürger lediglich nicht auf einem weltlichen Iordenen Golgstoß brennen sehen will, sondern — da dieser schöne Brauch leider im Laufe der Jahrhunderte aus falscher Sentimentalität abgeschafft worden ist — sie langsam auf dem Scheiterhaufen des Hasses und der Verachtung zu Tode rösten und sämern lassen möchte.

Das neueste Prononciamento des Herrn Bartels, in der „Deutschen Welt“ vom 14. Oktober erschienen, ist vielleicht das bezeichnendste, das sein Urheber bisher in die Welt gesetzt hat, und da es in einen Teil der antisemitischen

Provingspreß übergegangen ist,*) bedarf es wohl einer näheren Betrachtung. Der Artikel nennt sich „Der große Hiß“ und geht davon aus, daß zwischen den „konsernativen und dem radikalen Teile“ des deutschen Volkes ein unüberbrückbarer Hiß klaffe, der unausgleichbar scheine, weil er auf der absoluten Verschiedenheit der Weltanschauungen beruhe. Dieser Satz ließe sich ohne Zweifel verteidigen, wir sind sogar sehr geneigt, ihm durchaus beizustimmen, aber freilich nicht in dem Sinne, der Herrn Professor Bartels verheißt. Denn dieser von sich selbst gewählte Vertreter der allein unzerfälligen deutschen Volksecke klappt an die Feststellung jenes „Hisses“ zwischen konsernativer und radikaler Weltanschauung die folgenden Bemerkungen:

„Wie aber ist es nur möglich, daß der Hiß zwischen den Gliedern eines Volkes so furchtbar fließt, geradezu unausgleichbar werden konnte? Nun, das ist im wesentlichen das „Verdient“ des Judentums, das ja als Fremdkörper geriet in nationalen Leben wirkt immer und überall. Natürlich, die deutschen Adelskinder werden es, sie sind durch die ewige Verfallung der öffentlichen Meinung, die Unnahbarkeit in der Scharfheit der deutschen Sprache, die Verengung der Volkstümlichkeit gegeneinander allmählich hind und urteillos gewachsen, oder was ihnen doch eine Abnung vom wirklichen Stand der Dinge aufsteht, übersehen sie, der schärfsten Neigung der menschlichen Natur gemäß, ihr böses Gewissen durch vermehrte Wut gegen ihre Gegner. Hier dürfte es, auch nur in diesem Umfang mit der Wahrheit, heute noch bestritten, daß die Verfallung des Konseratismus, die Hise gegen den Offiziersstand, der Kampf gegen das sogenannte Agrarierium, d. h. die millionen eingebunden die Verdrängung des Mittelstandes, die Verdrängung des deutschen Kunst und Wissenschaft, die Verderbnis der Sozialreform, die großstädtische Dekadenz im letzten Grunde auf jüdische Einflüsse zurückzuführen sind — und wie fämllos mühen, mit reich begünstigten und gemeinen Waffen werden von radikaler Seite alle die bekämpft, welche an diese Dinge nur zu rühren wagen, und ob sie es auch in ehrlicher Ueberezeugung und aus bester Liebe zu ihrem Volke tun! Das perfidisch Versteht liegt einem ja immer am nächsten, und so erinnert ich an die famos-hölle Erge, die man zur Zeit meines Grinevass gegen mich in Szene setzte. Es fand nicht die eigentlichen Judenbildner, die da das ärgste tun, Gott verhohe, die haben es gar nicht nötig, es sind die Blätter der deutschen Jüdengefeßten, die mich am schärfsten angreifen oder am ärgsten beschimpfen, Blätter wie die Münchner Allgem. Zeitung, die Köln. Zeitung, das Weimarer Tageblatt und Naumanns Welt, es sind deutsche Gelehrte und Autoren, die mich ihrem Volksgenossen, zum Gedenken der Juden an den Brauer zu lesen führen, weil ich einen der ersten Jahrhunderte verdrängen in jüdischen Blätter, der ein naturlicher Lump, von einer französischen Regierung bekocht war, als das eingestrichelt habe, was er war, maßverstand, ohne ihm die historisch Bedingung an und für sich anzusprechen. Ja, wie ist das nur möglich, fragt man sich, die perfidische Verengung tritt ganz zurück hinter dem Schwere der und unheilvolle Verfallung des deutschen Volkes. Ja habe oben bereits auch dem Konseratismus und Sozialismus sein Verdienst zugesprochen, es so und muß keine Zeiten haben so gut wie der Konseratismus, ist er

*) Auch in die „Reinhardt“, die Wochenbeilage der „Deutschen Tageszeitung“ vom 27. Oktober.

kenne sogar, wie die Leser dieses Blattes aus einem früheren Auslage wissen, einen deutschen Demokratismus als vollberechtigt an... Aber was hat der moderne Demokratismus, der die eigenen Volksgenossen, wenn sie etwa von Ideal sind aber durch Bildung und Reife empörten, befehlungs- und mit dem Juden Arm in Arm geht, mit dem natürlichen deutschen Demokratismus zu tun? Es ist jüdischer Destruktivismus und weiter nichts. Die Befreiung, die seine Zerstörung ist, beruht auf dem Miß zwischen den deutschen Volksgenossen."

Also weil eine ganze Anzahl gut nationaler Zeitungen, die nach seinem eigenen Zugeständnis keineswegs "Judenblätter" sind, das großbüßige, gefährliche Gelbes-Pamphlet des Herrn Bartels zum Gebühre zurückgewiesen haben, sind sie "Jubengenosser" und ihre Weltanschauung jüdischer Destruktivismus! Der Herr Adolf Bartels müßte ihnen, so meint er selbst, als "Volksgenosser" unter allen Umständen näher stehen, als der Jude Heinrich Heine, und während es ein Verdienst sein soll, das Andenken dieses nach langem qualvollem Martyrium in seiner Waisentragezeit verstorbenen Dichters mit allem möglichem neu aufzuwecken! Ist es befremdend, gilt es gleichzeitig als Gefährlichkeit und Preisel auf eigenen Volkstum, den Veräter solcher literarischer Großschandung durch die entsprechende scharfe Kritik zu züchtigen! So sieht die Logik und Gerechtigkeit in einem vom Daß verfallenen Professorenhirn aus.

Herr Bartels spricht ferner die Versicherung aus, daß jener große Miß schon jetzt zu tief und lassend sei, um noch eine Ueberbrückung und Verständigung zu ermöglichen. Ein Mann wie Friedrich Naumann, ein "nationaler Schädling", stehe schon jenseits dieser Rüst, überhaupt jeder, der Staat und Kirche bekämpfe. "Manchmal steht man", sagt Bartels, "wenn man auf den Realismus bei deutschen Bildhauern trifft, geradezu vor einem Rätsel. Ich selber habe einen Bekannten, einen ungewöhnlich tätigen Arzt, der die Abstammung nach Riebersache wie ich und ungewissheit ein klarer Kopf ist, um doch steht er auf der anderen Seite." Für Herrn Bartels mag dieser klare Kopf allerdings ein Rätsel sein, ungefähr wie es für den Ruchstichtigen ein Rätsel ist, daß ein Normalstichtiger auf einer entfernten Turnruhr die Stunde ablesen kann...

Bemerkend, heißt es später weiter, hat vor allem die Presse gewirkt, natürlich nur "die Judenpresse und was benutzt und unbewußt mit ihr Hand in Hand geht." Zwar die Pressefreiheit dürfe man nicht ohne weiteres aufheben (warum denn nicht, da doch auch Rußland ohne sie auskommt!), aber "nationale Parteien" müßten auf diesem Gebiete geschaffen werden (ein sehr sein gewähltes Wort, unter dem man nach Belieben alles und gar nichts verstehen kann!) denn — "ich sehe absolut nicht ein, weshalb jeder gelbbestehende Jude das Recht haben soll, eine Zeitung zu gründen und ein jeder Schmach, eine zu schreiben." Das Persönliche in diesem eckigen Bartels'schen Satz und zugleich das, was die oben erwähnte Taktik seiner polemischen Fechterkämpfe charakterisiert, tritt in jenerlei Satzung: In der Scheinheiligkeit, mit der hier die Pressefreiheit — eines der mit Blut und Wunden erlängten unüberwindlichen Volkrechte — als unausführbar behandelt und doch gleichzeitig zwischen den Zeilen verlangt wird, daß man jüdischen Verlegern das Gründen von Zeitungen und jüdischen Journalisten das Schreiben öffentlich verbieten solle; ferner in die von und Herrn Bartels schon häufig nachgewiesene Leichtfertigkeit, mit der er unbewiesene, sogar mit Tatsachen widerlegte Behauptungen als feststehende Voraussetzungen annimmt, wie in diesem Falle die sinn- und maßlose Ueberbrückung, als ob "jeder gelbbestehende Jude" sich befreie, als Zeitungsgründer ein Pächter der öffentlichen Meinung zu werden. Wir haben Herrn Bartels hier schon zu wiederholten Malen den Nachweis geführt, daß sein mit Vorrede vorgetragenes Paradox-Argument von der "Verfälschung" der Zeitungspresse eine nichtwahrnehmbare Wahrheitsverfälschung ist, insofern nur der kleinste Proporzatz der deutschen Zeitungsvorleger, ganz besonders der

gesamten Provinzpresse, jüdischer Abstammung ist. Herr Bartels aber monotonisiert dreißig und gottesfürchtig mit diesem schon von Herrn Stöcker erfolgreich benutzten Spottatz weiter, und weil er nicht ganz an der ihm unbequemen Wahrheit vorbeikommt, hat er sich der Bequemlichkeit halber eine Presse der "Jubengenossern", also einer jüdisch beeinflussten Presse antiker Herkunft konstruiert, zu der für ihn natürlich alles gehört, was nicht antisemitisch heißt und denkt, wie er, und alles, was ihm als Publizisten, Literarhistoriker oder Dichter besänftigt.

Angesichts also des "großen Mißes", den er beweisen, aber nicht zueignen kann, wirft Herr Bartels die Frage auf: "Was tun?" An der Verbreitung des Mißes werde noch fortwährend gearbeitet. Die beiden großen deutschen Parteien gehören schon jetzt verschiedenen Mächten an, und es ist kaum zu erwarten, daß sie wieder in eine verschmelzen werden, zumal die alte Trennung zwischen Katholiken und Protestanten das ja auch noch erschwert, der Katholizismus ruhig proklamiert, daß er Klassenkämpfe so wenig wie Klassenkämpfe anerkenne. Und in einem Klassenkampfe stehen wir doch wohl zuletzt, es ist die fremde Rasse unter uns, die die Scheidung der beiden Parteien so scharf gehalten hat. Da haben wir wieder noch eine für den Polemiker Bartels typische Beweismanöver. Nämlich, weil zwischen konfessioneller Weltanschauung einerseits und liberaler bzw. sozialistischer Weltanschauung andererseits die Kluft immer größer geworden ist, beschuldigen müssen und können es nur die Juden gewesen sein, die diese Scheidung oder Entfremdung bewirkt haben. Was zu beweisen war! Man zeige uns den tatsächlichen Unterschied, der zwischen dieser Art der Logik und Argumentation und jener roheren und gröberen besteht, auf die sich all die Jahrhunderte hindurch die Ritualmordwahngebäude gebaut haben, und wir werden für den Nachweis dieses Unterschiedes dankbar sein. Wir finden ihn nicht mehr.

Und schließlich kommt dann Herr Bartels mit seiner bekümmerten Frage "was also tun?" auf des Pudels Kern. Daß die jetzige Generation der Realisten noch "belehrt" werden könnte, hält er pessimistischer Weise für ausgeschlossen. "Aber vielleicht kann man die Jugend gewinnen." Die Sozialdemokratie habe dies bereits begriffen und richte schon lange ihr Augenmerk auf eine zukunftsprechende Erziehung unter dem Stempel der Partei. Hier vor allem gelte es aufzupassen und unermüdetlich zu arbeiten.

Die Jugend gehört sonstigen dem ganzen Volk und nicht einer Partei — sorgen wir nach Kräften dafür, daß der große Miß nicht schon in ihre zur Erziehung kommt, daß sie alles überliefert erhält, was uns Deutschen gemeinheitsmäßig ist, alles Graue und Graue und Schöne, alle Größe unseres Volkstums, daß sie in ihnen brünstig wird, und damit zugleich würdevoll, hart und kräftig, denn nicht widerstehen, als was in einem Weltteil würgt, nicht ist, obwohl gebunden, auch freier. Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich meinen Plan einer Nationalbewegung für die deutsche Jugend entworfen, die gemäß seiner Partei dienen soll, aber einem Geist prägen kann, der für alle alle Parteiweisen ist, von diesem Gesichtspunkte aus läßt sich auch auf dem Boden der deutschen Heimat noch unendliches schaffen. Ganz gewiß, wir Deutschen müssen und werden uns wieder zusammenfinden — können's die Mäler nicht mehr, dann die Schöner —, wir müssen's und werden's in nationaler nationalen und sozialen Geist, der in jedem christlichen Deutschen der Bruder liegt, der den höchsten Nationalgeist enthält, aber freilich auch den eben so tiefsten internationalen Herabdrückungsgeist, der alles Besondere enthält und die schärfsten Elemente oberhalb bringt. Nicht alle gleich, aber alle etwas, jeder das, wozu er berufen, jeder Stand eine Herbe unseres Volkstums, in diesem die größte Anteilnahme und daher die größte Mannigfaltigkeit, das sind die Jüden, die uns Nationalen vorführen, und beschließen, die deutsche Volkstugend stehen auf unserer Seite. Wir müssen werden wir, wenn auch erst nach schweren Kämpfen und viel irdischen Schicksalen, zuletzt doch den großen Miß jüdischen. Oder ist uns noch einmal etwas wie ein beängstigender Krieg nötig?

Wahrlich, wenn man's so hört, möcht's lieblich scheinen. So klingt so ehrlich und treuherzig, das man selber jedoch

Wort dieses Erziehungsprogramms unbedingt unterschreiben könnte, denn wer wollte nicht eine Jugendbildung in vorzüglichem, zugleich nationalem und sozialem Geiste, ohne Klassenunterschiede und mit Wahrung des Individualitätsprinzips? Das aber, was wiederholen es, ist das Gefährliche und Bösartige an diesen gedruckten Vorträgen des Herrn Bartels, daß er seinen Bessern in Ton und Gehärde des Biedermanns und Volksbeglückers zwar den Scheinbar edlen Schwatz, das hohe Ziel zeigt und es mit dem effektvollen Schreier der nationalen Phrase befeuert, die dunkeln und häßlichen Mittel aber geschickt verschleiert, mit denen er dies Ziel für erreichbar hält. Denn was anderes soll ein solcher Rufus zu einer angeblich nationalen Erziehung der Jugend in dem ganzen Zusammenhang dieser Ausführungen bedeuten, als eine Aneignung, die Jugend zum Haß gegen ihre jüdischen Altersgenossen zu erziehen, das Gift der Unbuhlsamkeit in ihre jungen Seelen zu pflanzen, sie so früh als möglich dazu anzuweisen, in ihren jüdischen Vorgesetzten nicht die Vätermenschen zu sehen, die ebenso leben und fühlen wie sie, sondern die flammesfeindlichen Einbrüderlinge, denen man, wenn nicht mit Hohn, Spott und Täuschungen, so doch mit kalter Verachtung und der Verneinung jedes Verstandes am besten begegnet. Worin anders können die Erziehungsintentionen gipfeln, die Herr Bartels im Sinne hat, wenn er tatsächlich die Anschauung vertritt, daß das Judentum der Keil sei, der den „großen Miß“ zwischen das „Deutschum“ getrieben habe! — Es mag genügen, diese wahrhaft christliche und menschenfreundliche Idee eines antisemitischen Volkserziehers zu entziffern: zum Glück ist Herr Bartels kein Rattenfänger von Hameln, der mit seiner Pfeife die deutsche Jugend in den „Berg des Wergerrisses“, in den Irrgarten des Antisemitismus zu locken die Macht hätte, und unsere deutsche Begeisterung denkt in ihrer überwiegenden Mehrheit viel zu aufgeräumt, gerecht und besonnen, um für ein solches Erziehungsprogramm der Geschäftigkeit zu geben zu sein. Wir sind deshalb außer Sorge darüber, daß die Draußenstaa, die Herr Bartels in die Herzen der heranwachsenden Generation gesät wissen möchte, aufgehen könnte, auch nicht, wenn die Weimarer Jugendbühne zu Hande kommen sollte, da an diesem Unternehmen zum Glück genügend Leute beteiligt sind, die etwaige antisemitische Tendenzen zu paralysieren vermögen. Aber es ist schon schlimm genug, daß von dem Urheber dieser Rationalbühnen - Idee eine solche Tendenz als eigentlicher Zweck des Unternehmens überhaupt öffentlich proklamiert werden darf.

Der „große Miß“ aber, so fragen wir nun unerserzichts, besteht er denn wirklich? Ja, er besteht, und er ist in der Tat unüberbrückbar, das zeigen folche Schelterhausen-Artikel mehr und mehr. Er besteht zwischen allen denen, die wie Herr Bartels in der freiesten Unbuhlsamkeit gegen einen andersgläubigen Teil des deutschen Volkes ihr Evangelium sehen, und denen, die das Evangelium für die sittliche Erziehung des Menschengeschlechts in der Verkömmerung der Gegensätze, dem Fehlen von Rachbar zu Nachbar, dem Streben nach Güte, dem gegenseitigen Sichvertrauen finden; die da wissen und begreifen, daß wir Menschen alle unvollkommen sind, daß dieselben und jenseits der Rauern Trojos geschäftig wird, daß der Deutsche jüdischer Herkunft ebenso gut seine Schwächen und Fehler hat, die in der historischen Entwicklung der Dinge begründet sind, wie der eingeseiffene Teutone oder Niederländer, daß aber menschelstetiger guter Wille und Verträglichkeit die durch Jahrtausende künstlich fortgesetzten Stammesunterschiede mehr und mehr zum Schwinden bringen können, wenn nur der Mensch den Menschen begreift. Herr Bartels und die Seinen aber wollen von einer solchen Entwicklung der Dinge nichts wissen. Sie verschließen sich mit oder ohne Willen der Erkenntnis, daß ein Volksteil, der erst seit einem Menschenalter die volle bürgerliche Gleichberechtigung (wenigstens dem Gesetze nach)

genießt, nachdem er ein Jahrtausend lang gehetzt, gedemütigt, rechtlos und jurell auf Handels- und Geldgeschäfte beschränkt war, Anspruch auf gerechte Beurteilung hat; daß es nicht seine Schuld ist, wenn ihm der Staatsdienst, die Beamtenlaufbahn, der Offiziersberuf und a. m. verweigert bleiben und dadurch ein entsprechend größerer Prozentsatz jüdischer Staatsbürger in die sogenannten freien Berufe, in Industrie und Gewerbe, in den ärztlichen, den journalistischen, den Anwaltsstand gedrängt wird, daß das gesellschaftliche Vorurteil weiter Kreise eine gewisse Isolierung der jüdischen Bevölkerungsschichten und damit ein Schicksalshängen und Fremdblenden noch an vielen Orten zur notwendigen Folge hat. Ihnen fehlt auch das Verständnis dafür, daß in einem Staate, in dem nur dem Wortlaut des Gesetzes nach, nicht aber in der Wirklichkeit alle Bürger gleiche Rechte besitzen, so mancher Derjenigen, die unter solcher Zurücksetzung zu leiden haben, in die Reihen der politischen Opposition und wohl auch einer Partei geführt wird, die den bestehenden Klassenprivilegien offen den Krieg erklärt. Sie sehen ihrerseits nur die paar Duzend jüdische Sozialdemokraten in den deutschen Parlamenten, nicht aber die vielen Tausende floate- und königstreuer Juden, die am öffentlichen politischen Leben garnicht teilnehmen; sie machen aus einem Duzend Tagesblätter, die einen jüdischen Verleger oder vorwiegend jüdische Redakteure haben, eine „allmächtige Judenpresse“; sie übersehen geistlich über einzelnen unympathischen Erscheinungen des künstlerischen oder wissenschaftlichen Lebens: die zahllosen tüchtigen und wertvollen Leistungen jüdischer Künstler und Gelehrten oder Pädag; sie machen grundlos für einzelne häßliche Vorgänge oder Taten, wie sie in jedem Stand und Beruf, jeder Partei und Konfession vorkommen, stets die jüdische Gesamtheit verantwortlich. Und endlich: sie greifen niemals an die eigene Brust und fragen sich, ob dies und jenes, was ihnen mißfällt oder bekümmert erscheint, nicht am Ende die natürliche Folge von Unterlassungsgelübden oder Fehlern ist, die auf ihrer eigenen Seite gemacht worden sind. . . .

Solchen Gefelles Kinder sind die „Volksgegossen“, die von dem menschenfreundlich und gerecht empfindenden Teile der Nation der „große Miß“ scheidet und immer scheiden wird. Ihr lautstär und unverföhnlicher Vorkämpfer zu sein, ist des Verdienstes des Herrn Wessiers Adolf Bartels, das ihm kein anständig denkender Mensch schmälern wollen wird. Auch wir nicht. Ihm bleibe es auch weiterhin vorbehalten, das Wort Antigones zu variieren und von sich zu sagen:

„Nicht mitzulieben, mitzuhasse dich ich da.“

Der Kasseler Parteitag der Reformpartei.

Ueber den Parteitag, den die antisemitische Reformpartei vom 20.—22. Oktober in Kassel abgehalten, berichtet das offizielle Parteiorgan die „Deutsche Reform“ ausführlicher als die übrigen Blätter. Es ist aus diesem parteiökologischen Bericht noch einiges Bemerkenswerte nachzutragen.

In seiner Uebersicht über die organisatorische Arbeit der Partei kam der Abgeordnete Werner auch auf die Ra d w a h l in J e r i c h o w zu sprechen. Wenn dort kein Erfolg erzielt sei, so habe das in erster Linie an der Person des Ra n d b i d o t e n (es kandidierte, wie einmütig, der Rechtsanwalt W o h l f a h r t in G e n s h i n, der unmittelbar nach diesem Wahlmiserfolge aus der Reformpartei ausschied, D. R. u. R.) gelegen. Bei näherer Kenntnis der Verhältnisse würde man aberhaupt nicht in den Wahlpost eingetreten sein. Und wenn trotzdem das Ergebnis keineswegs so sehr ungünstig gewesen sei, so werde man doch künftig in jenem Arrondissement wieder mit einem Kandidaten hervortreten. Won merbe die Mittel und Kräfte der Partei in Zukunft nur

nach für Kreise verwenden, in denen Aussicht auf Erfolg vorhanden sei.

Aus dem parlamentarischen Rechenschaftsbericht des Abgeordneten Bruhn interessiert die Mitteilung, daß die Partei dem Antrag auf Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zu den Einzelmandatlagen aus dem Grunde nicht zugestimmt habe, um die Bewegungsfreiheit der Einzelstaaten, in denen die Verhältnisse ganz verschieden liegen, nicht einzuschränken. In der öffentlichen Agitation spielt sich aber gerade die Reformpartei immer als Hauptgegnerin des reaktionären preussischen Dreiklassenwahlsystems auf; mit welchem Recht, zeigt diese hinterhältige Stellungnahme auf dem Parteitag.

Bei der Programmrevision wurde die Stellung zur Judenfrage in einigen nebensächlichen Punkten abgeändert. Die zu diesem Zweck eingesetzte Kommission hatte beantragt, die ersten Worte „Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden“ als in absehbarer Zeit unerreicht zu erklären und dafür das Fernhalten derselben von gewissen Berufsarten zu betonen. Es wurde jedoch von verschiedenen Seiten erklärt, als letztes Ziel müsse die Aufhebung der Gleichberechtigung immer im Auge behalten werden. Nach längerer Debatte wurde folgender Wortlaut des § 19 angenommen:

„Aufhebung der Gleichberechtigung der in Deutschland lebenden Juden: Fernhaltung der Juden von solchen Berufen, in denen ihre Beschäftigung wegen ihrer eigenen für unsere Kulturentwicklung schädlich ist, insbesondere Abschlüsse von den gegenseitigen Körperkassen, vom Richterstande, vom Offiziersstande und vom Besuche eines Lehrers an öffentlichen Schulen, die von Kindern germanischen Stammes besucht werden. Fernhaltung jüdischer Kinder aus den öffentlichen Schulen für Kinder germanischen Stammes, Zulassung der Juden zu den Berufen des Rechtsanwalts, des Notars, des Arztes nur nach der Möglichkeit ihrer in Deutschland tätigen Angehörigen, Fernhaltung der Ausübung jüdischer Familiennamen. Forderung einer Einstufung über die in Deutschland lebenden Personen jüdischen Stammes, Erlass eines Schiedsverbois, nissenhaftliche Prüfung der jüdischen Religionsvorstellungen.“

Außerdem wurde in einem besonderen Programmpunkte die „Reinhaltung des Blutes unseres Volkes durch Schließung der Grenzen gegen Angehörige nicht-germanischer Völker, insbesondere durch Verbot der Einwanderung von Juden und von slawischen wie italienischen Arbeitern“ gefordert.

Eine interessante Debatte entwickelte sich noch zum Schluß über die Frage der staatlichen Uebersetzung jüdischer Religionsvorschriften; die „Deutsche Reform“ berichtet darüber:

„Edelmann-Berlin empfahl einen darauf abzielenden Antrag, da man mit der Uebersetzung solcher Vorschriften nach seinen Erfahrungen gute Wirkungen erziele. Abg. Wädler rief dringend ab. Man solle sich lieber auf Uebersetzungen von Vätern verlassen, die man selbst für gerechtfertigt und wahrheitsliebend halte. Eine staatliche Uebersetzung bedeute nicht die Gewähr der Zuverlässigkeit, da die staatlich auf diesem Gebiete als Sachverständigen geltenden Juden und Rabbinen nicht dazu willig oder nicht bemüht die fraglichen Stellen ganz hernahe deuten würden. Diese staatliche Uebersetzung, die dann nach unserer Ansicht Fälschungen enthalte, werde offenbar als Waage gegen uns mißbraucht werden. Die eigentliche Befriedigung der christlichen Schrift gelte eine andere Sprache und unbekannter Wertigkeit. Er habe es im Gerichte erlebt, daß eine Urkunde über die Urtheile gar nicht möglich gewesen sei. Edelmann-Berlin stimmt dem zu. Es wurde insoweit eine Beschränkung der staatlichen Uebersetzung verhängt und § 19 in der obigen Fassung angenommen.“

Mit andern Worten: Die Antisemiten wollen keine staatliche Uebersetzung, weil sie befürchten müssen, daß ihre höchsten Behauptungen über den angeblichen Rassen- und gesellschaftsgefährlichen Inhalt der jüdischen Religionsbücher von der Wissenschaft ungeweiht widerlegt werden; deswegen soll nur gerichtsamtliche Uebersetzung übertragen werden, auf die man sich verlassen kann, daß sie ihre Arbeit im Sinne ihrer Mandanten „gewissenhaft“ verrichten. Eine feine Moral!

Minister Strauß.

(Aus einem amerikanischen Briefe.)

Seit einigen Tagen spricht man davon, daß das Kaiserliche Handelsministerium werden solle. (Die Ernennung ist inzwischen erfolgt.) Strauß ist somit der erste Jude in den Vereinigten Staaten, der ein so hohes Amt erhält. Es ist sowohl anlässlich seiner Ernennung als auch wegen seiner für einen Juden interessanten Laufbahn der Mühe wert, etwas über ihn und seine Ansichten mitzutheilen. Die Familie Strauß stammt aus Bayern, wo seine Vorfahren Wandarbeiter waren und noch sein Vater ein Gut besaß. Dieser Lazarus Strauß nahm an der Revolution im Jahre 1848 teil, wurde mit Karl Schurz bekannt und fand zu diesem in freundschaftlichen Beziehungen bis zu dessen Tode. Lazarus Strauß mußte aus Deutschland flüchten und ging nach Philadelphia. Es wurde ihm aber geraten nach dem Süden zu gehen, und im Jahre 1854 eröffnete er in Talboton im Staate Georgia einen Laden. Er hatte damals drei Söhne: Jakob, der 9, Nathan, der 6, und Daskar, der noch nicht 4 Jahre alt war. Die Familie war arm, so daß die Mutter beispielsweise die Kleider für die Kinder anfertigen und ihre Strümpfe stricken mußte. Vater Strauß nahm entschiedene Stellung gegen die Sklaverei und zum Teil aus diesem Grunde zog er nach dem viel größeren Columbus in demselben Staate.

Infolge der trügerischen Ereignisse kam Lazarus Strauß in Geldverlegenheit. Obwohl ihm ein Chef der Firma, der er 3000 Dollar schuldet, riet, sich nicht alle Mittel zu entblößen und mit 10 pCt. zu akkordieren, wie es die andern Kaufleute im Süden thaten, erklärte Lazarus Strauß: Ich will meine ganze Schuld bezahlen. Ich erwarte nicht, meinen Kindern viel Vermögen zu hinterlassen, aber ich will ihnen einen christlichen Namen vererben. Mit dem geringen Hefte seines Barockvermögens begründete Strauß ein Porzellan-geschäft.

Alle drei Söhne dieses Mannes haben es zu Einfluß und Ansehen gebracht. Nathan Strauß, der in der armen Stadt New-York mit sterilisierter Milch, ihre Eltern mit Kohlen im Winter und die Obdachlosen mit Äpfeln versorgt hat, war beispielsweise als Kandidat für den New Yorker Bürgermeistersposten aufgestellt. Jakob Strauß wurde Kongressmitglied und war mitbeteiligt an der Herstellung des Wilsonstafes. Der bedeutendste aber ist Daskar Strauß, der Kaufmann, Verleger mehrerer staatswissenschaftlicher Werke, Mitglied des permanenten Hoager Schiedsgerichtshofs ist und zweimal amerikanischer Gesandter in Konstantinopel war.

Was waren nun die hauptsächlichsten Taten des jüdischen Gesandten in Konstantinopel? Damals war christlichen Kolporturen verboten worden Bilden und Traktaturen in der Türkei zu vertreiben. Es schien unmöglich das Wahlsiege zu schaffen. Aber Strauß, der jüdische Gesandte, fand doch ein Mittel, dem christlichen Missionswesen zu helfen. Er stellte nämlich auf der Pforte vor, daß die Kolporture aus Bilden verkauft, und daß eine Vergrößerung dieses Geschäftes eine Befreiung des Handelsvertrages bedeute. So setzte er durch, daß die christlichen Schriften wieder verteilt werden durften und daß auch 50 gemaltene geschlossene christliche Schulen wieder eröffnet wurden. Präsident Cleveland dankte dem Gesandten für diesen Erfolg und auch der Evangelische Bund in England ließ ihm die Vermittlung Lord Salisbury eine Anerkennung zukommen. Das zweite Mal gelang es Strauß, mit dem Sultan in einem ernstlichen Konflikt fertig zu werden. Armenische Christen waren massakriert und für 90 000 Dollar Lösegeld bezahlt worden. Strauß erklärte dem Sultan, der Konflikt könne durch einen Krieg oder durch friedliche Mittel schnell erledigt werden. Er schlug ein Schiedsgericht vor, demerte jedoch, daß dieses dann auch eine Untersuchung wegen der Mordtaten

einen dort gebrauchten Aufsat in die Redakteur in Händen, den Mitarbeiter gegen die Redaktionsleitung zu erregen suchte durch die Behauptung, daß die Führer Redaktionsleitung betrauten. Die dem Redaktionsleiter abgenommene Druckpresse erwies sich bald als ungenügend, und es wurde aus Mitteln des Polizeidepartements eine neue Maschine angeschafft. Sie war im Polizeidepartement untergebracht und befand sich unter der Aufsicht des Generalmeisterritterleits Kommissar. Auf ihr wurde im Dezember 1905 und im Januar 1906 eine große Anzahl Aufsätze gedruckt, in denen Antisemitismus, jüdische Juden, revolutionäre Organisationen, Sozialismus und zum Kampf gegen sie aufgerufen wurde. In meinen Händen waren diese Aufsätze, von denen einer besonders verdorben war, der sich an die Soldaten wandte und sie gegen Polen, Armenier, Juden anstachelte. Solcher Aufsätze wurden Tausende gedruckt. 5000 Stück an Soldaten wurden durch Beamte zum Minister Generalgouverneur Schasoi nach Wilna geschickt, der sie teils selbst verbreitete, teils dem Polizeimeister übergab. Gegen den 24. Januar telegraphierte der Polizeimeister an das Polizeidepartement und erhielt eine neue Partie Aufsätze, die sie Ursprung hätten. Derselbe Aufsatz wurde in Tausenden von Exemplaren dem nach Rußland abkommandierten Regiment der Geheimpolizei Wladislaw geschickt, der später gleichfalls eine große Partie forschte. Im Polizeidepartement befand sich das Polizeidepartement wurde durch Dobrowin und den Verband des russischen Volkes. In Moskau durch den Redakteur der „Wost. Wsch.“, Geringmuth. In anderen Städten durch die Polizei und die Gewerkschaften. Alle diese Aufsätze und die Exemplare des Aufsatzes übertrug ich dem General Wille, der Kommissar zu sich berief. Dieser hat mir bestätigt, daß mir die Aufsätze und erklärte: Er habe auf Befehl Kaiser Nikolaus II. gedruckt und die Aufsätze nur dann in Druck gegeben, wenn sie dem Direktor des Polizeidepartements Witschitsch selbst bestätigt gewesen seien. Abgesehen von alledem, hat man früher festgestellt, daß die Aufsätze an die Spitze der Geheimpolizei geschickt und benutzt wurden, im Regenerationsinteresse die konterrevolutionären Organisationen auszunutzen. Dieser Vorgang wurde früher schriftlich mitgeteilt, daß Kommissar Dubogorsky, der Vorgesetzte der Kommissar in Kiew, nach Petersburg berufen wurde und zwar sofort nach Untersuchung seiner Vorgesetzten, und daß ihm ein Vermerk erteilt worden sei. Dieser wurde schriftlich bezeugt, daß das Polizeidepartement sofort nach Untersuchung der Vorgesetzten auf eigenen Antrieb an die Vorgesetzten telegraphiert und die Regeln gegen die Vorgesetzten gebrochen habe. Dies alles bezeugte wurde gegen die Dame-Belle. Dubogorsky ist aber nach Petersburg nicht im Dezember berufen worden, als er dem General seiner Vorgesetzten an das Polizeidepartement beriefte, sondern erst im Februar oder im März und zwar auf die ausdrückliche Forderung des General Wille hin, daß die Tätigkeit solcher offizieller Vorgesetzten einzustellen sei. Dieser führt an, daß es befanden sich angesichts der bestehenden Organisationen der Geheimpolizei die Minister und die Generalgouverneure vollständig in den Händen von Politikern, Gewerkschaften und Geheimagenten, die damit unkontrollierbare Herren über das Schicksal des ganzen Landes werden und offen ihre eigene Politik treiben, gegen die das Ministerium machtlos sei. Trepsow, zum Vorkommandanten erhoben, habe besondere Mittel zur Unterdrückung einer Eingekerkerten erhalten; man habe ihn auf den Polizeidepartement nicht nur einzuweisen, sondern auch auszuweisen, möglichen Dokumenten bei vollständiger Beibrückung des Ministeriums des Innern ausgeliefert. Kopanski schreiben schließt mit den Worten: „Nach allgemeiner Überzeugung ist diese zweite geheime Regierung viel mächtiger als das Ministerium.“

Die „Wost. Wsch.“ macht hierzu die Bemerkung: Nach dem Tode Trepsows sind andere Persönlichkeiten in der unmittelbaren Umgebung des Zaren vorhanden, die genau in der früheren Weise die Schwarzen Banden gegen alle oppositionellen Elemente benutzten. Ob die Minister Bitte oder Stolypin heißen, sie sind, selbst wenn sie wollten, unermöglich, diese geheime Politik der beschützten Kamarilla zu verhindern.

Aus dem antisemitischen Lager.

Vom antisemitischen Klingbeutel. „Schadspende“, „Wartburgspende“, „Genningspende“ — die Sache macht sich! — Es wird immer weiter geschoben — wenn eins nicht mehr geht, kommt das andere heran. Drum lautet der neueste antisemitische Beteiligungsaufruf auf den Namen „Genningsen“. Wer ist

Genningsen? Eine antisemitische Zeitschrift: Redakteur, Verleger, Generalsekretär, Organisator und Wanderredner sowie last not least Reichstagskandidat. Sein Spezialfach ist der Wanderredner. Wie der Klugschmuck Zettel zieht er durch die Lande und wirft Schläfen für den antisemitischen Himmel; Stück für Stück einen Zettel Mitgliedsgehalt. Dieser Zeitschrift sollte ein Denkmal erhalten, nicht aus Stein, denn das kostet Geld und bringt nichts ein. Und so wurde fangs ein Aufsatz erlassen, ein Aufsatz um schändes Geld; in religiöser Form eingekleidet — Ehre dem Ehre gebührt — schnorrt man also für die „Genningsenpende“:

Eine Genningsenpende!

„Was wir ihm spenden sollen, unsern „General“, dem unermüdbaren Werber im Süden, im Norden, in der Weichsel und im Elb-Schlesien! 10 000 Reichsmark zum Verteilung 1907! Ich und unzählige andere um unsere Tische schreit! — Freilich klappt der Antisemitismus nicht mehr so leicht zusammen, denn die Saat ist reich zum Ernten!“

Die Schläfen sind reich zur Ehre — und sobald das Geld im Kassen klingt, die Seele aus dem Körper in den Himmel springt, das sagt der Aufsatz nicht wörtlich, aber man kann es aus der Fortsetzung gut verstehen, wie man sich bemüht hat, das Vorhaben zu erreichen. Es heißt dann wörtlich weiter im Aufsatz:

„Im Kreis der goldenen Linien, das wußte man schon der Wankewelt. Wie demnach bu zu liegen, wenn nicht die Tische springen. (Zettel redirektur, D. W.)“

Ja — die Antisemiten haben sogar einen Leitenden zum Schnorren dazu, an dem sich die geistlichen Parteiführerfabrikanten und Schnorren ein Beispiel nehmen können. Man merke sich das Konzept:

„Wie geminne ich neue Männer? — Da heißt es eben nicht locker lassen, da darf man sich nicht geminne lassen, wenn der beabsichtigte Mann sagt: „Du sag, ich will gelegentlich.“ „Ich „gelegentlich“, das heißt nichts „alt“, sondern sofort 3 Mark als Beitrag für ein halbes Jahr oder 2 Mark als Förderbeitrag für ein ganzes Jahr, daß einer immer schon bei sich. Ist es nicht so, dann legt man sie für ihn aus, oder „spende“ sie gar. Es mag schon noch andere und bessere Wege (!) geben. Der Erfolg ist die Wankewelt. Das heißt: Ich liegt voller Geld. Wer hilft mir, das Millionen von Bergen im heiligen Feuer entbrennen?“

Wenn das nicht geht, zieht gar nichts mehr!

— Aus dem Reichstagswahlkreise Schwabach.

Schmalzkalben wird uns geschrieben: Von der freiwirtschaftlichen Volkspartei war, wie berichtet wurde, Protest gegen die Wahl des antisemitischen Abgeordneten Raab eingelegt worden. Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hatte vom Regierungspräsidenten von Kassel Auskunft eingeholt, ob die dem sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Hugo für seine Angehörigen gedachte Krankenversicherung unter der Armenunterstützung im Sinne des Wahlgesetzes sei. Der Regierungspräsident von Kassel hat nun beiden in Betracht kommenden Stellen Information eingeholt und die Antwort wird der Wahlprüfungskommission bei der Eröffnung des Reichstages im November vorliegen. Dem „Schwabacher Tageblatt“ wird von unterrichteter Seite mitgeteilt, daß die Antwort besagt lautet, daß die Voraussetzung für die Ungültigkeitserklärung des Raabschen Wands nicht vorliegt. Die Festlegung dieser Regelung bleibt abzuwarten. Drei Jahre hat es bereits gedauert, die man in Sachen der angelegten Raabschen Wahl etwas unternommen hat. Im vierten wird hoffentlich die Angelegenheit geklärt werden.

— Aus dem Reichstagswahlkreise Weimar wird uns geschrieben: Die in Nr. 43 der „Mitteilungen“ gebrachte Nachricht, daß eine Vertrauensmännerversammlung der Vertreter der Christlichsozialen, Konservativen, Mittelstandsvereinigungen und des Bundes der Landwirte den deutsch-sozialen Oberamtsrichter Graf von Gies zu Reichstagskandidaten proklamiert haben, bedarf noch der

Erläuterung. Die Einberufung der Beisammmlung kam von der deutsch-sozialen Partei, die ja bekanntlich in Thüringen den Antisemitismus allein gepachtet hat und, wie schon vor einiger Zeit an dieser Stelle berichtet wurde, im Großherzogtum Sachsen-Weimar neben Gerlach den zweiten Wahlkreis für den Reichstag erobern möchte. An die oben-erwähnten Parteien waren von dem Reichstagsabgeordneten Rattmann Einladungen ergangen. Anwesend waren 50 Personen. Nun wurde, und zwar in ansehnlicher antisemitischer Seite inspirierten Versöhnungsbewegung, das Kartell unter antisemitischer Regie fast perfekt gemacht. Das entspricht nicht ganz den Tatsachen. Zunächst haben sich nur die Mitglieder der deutsch-sozialen Partei und die antisemitischen Mittelstandsdereiner mit der Kandidatur Graf einverstanden erklärt, während sowohl die Bauernparteien, als auch der Bund der Landwirte sich ihre Entschlüsse vorbehalten haben. Beschlossen wurde von diesen Parteien nur, demnachst zu der antisemitischen Kandidatur Stellung zu nehmen. Somit kann man auch noch nicht von einem Kartell sprechen und behaupten, daß Graf als Kandidat proklamiert worden ist. Vielmehr ist diese Nachricht ein antisemitischer Fälscher gewesen, der dann von Weimar aus weiter lanciert wurde.

Bemerkenswert an der Kandidatur ist, daß wieder ein Richter aus dem Großherzogtum sich als Antisemit aufstellen läßt. Noch vor wenigen Monaten erregte die Kandidatur des Oberlandesgerichtsrats v. Richter aus Jena, der in Weimar kandidiert, Aufsehen. Dieses Umfängere des Antisemitismus in Richterkreisen ist doppelt bedauerlich. Vor wenigen Tagen hat der Antisemit Wülfel in einer Weise von den deutschen Richtern öffentlich gesprochen, daß man meinen sollte, ein Praktizieren mit derartigen Elementen wäre den politisch anständigen Richtern eigentlich unmöglich.

Antisemitismus und Zentrum. In der „Augsb. Postz.“ lesen wir:

„Der Führer der Antisemiten in München, Ludwig Wenz, ist zugleich Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, und war seit einem Monat dem „Bayerischen Kurier“ attached als Mitarbeiter für Münchener Gemeindepolitik. Die letztere Funktion hat Hr. Wenz jetzt niedergelegt, da sich in Zentralstreifen allgemeine Unruhe gegen die Tätigkeit Wenzes geltend gemacht hat. Der Vorgang beansprucht ein allgemeines politisches Interesse; deshalb muß er hier behandelt werden. Bei den letzten Gemeindevahlen im Dezember 1905 hatte das Zentrum in München leibhaftig einen Romproux mit den Antisemiten geschlossen. Er ist schlimm ausgegangen. Der „Augsb. Postz.“ hat den Romproux entzweielt mitteilt und hält noch jetzt an ihrem Urteil fest. . . . Es ist dann so gegangen wie 1899 bei den Reichstagswahlen, wo die Zentrumspartei in München eine Nation mit den Antisemiten hatte und viel schlechter abschnitt als je zuvor.“

Die Verschmelzung des heffischen Bauernbundes mit dem Bund der Landwirte, dem „Lügenbeutelbund“, wie ihn der einflussreiche „Bauernkönig“ und antisemitische Reichstagsabg. Dr. Bödel f. H. charakterisierte, hat dem Bunde der Landwirte die erfolglosen parteipolitischen Vorteile bisher nicht gebracht. Es wird nämlich jetzt unabweislich festgestellt, daß an den großen Erfolgen, die der Bund der Landwirte nach den Behauptungen seiner Presseorgane bei den jüngsten Wahlen zur heffischen Landwirtschaftskammer erzielt haben sollte, kein wahres Wort ist. Die Geschäftsführer des Bundes in Frankfurt a. M. war so unvorsichtig gewesen, einem anderen agrarischen Blatt gegenüber zu behaupten, eine „Schattierung“ zwischen dem Bauernbunde und dem Bunde der Landwirte gebe es jetzt in Hessen nicht mehr. Vielmehr sei der Bauernbund völlig im Landbunde aufgegangen; es seien auch der Hauptfache nach nur Mitglieder des Bundes der Landwirte gewählt worden. Daraufhin wird jetzt von der Gegenseite festgestellt, daß die ehemaligen Mitglieder des Bauernbundes den wahren ihnen bestehenden näheren Zusammenhang nicht aufgeben haben, und fast sämtliche Gewählte seien Anhänger des ehemaligen

Bauernbundes, während die Herren, die von jeher nur dem Bunde der Landwirte angehörten, entweder gar nicht aufgestellt, oder bei der Wahl unterlegen seien.

Bücker - Versammlungen. Unglaubliche Schmachungen hat Graf Bücker in der von ihm am 24. Oktober in einem Lokal der Vertriebsstraße in Berlin veranstalteten Versammlung gegen die preussischen Richter, die Polizeileutnants und den Deutschen Kaiser gerichtet. Zur Kennzeichnung der Tonart, deren sich der „vornehme“ Herr Graf bediente, geben wir aus einem ausfälligen Berichte, der der „Postz.“ über die Versammlung zugegangen ist, folgendes wieder: „Drei Monate Gefängnis, die sie mir am Samstag wieder aufgebremst haben“, so polterte der Dreifährige, „sind der Dank für meine aufopfernde und hingebende Tätigkeit. Ist das nicht großartig? Die deutschen Behörden sind auf dem besten Wege, die letzten Vorkämpfer des Deutschthums zu ruinieren. Um das letzte gegen mich ergangene dumme und alberne Urteil (!) zu verurteilen, haben die Kammer in Moabit aus fünf Stunden warten lassen. Diese Leute haben keine Manieren und wissen nicht, wie man anständige Bürger zu behandeln hat. Drei Monate — das ist eine Robete. Niedertracht, Mißwürdigkeit, Gemeinheit, eine ganz verfluchte Unverschämtheit; das können nur Leute fertig bringen, die keinen Ernst und Charakter haben. Warum wird denn der Hauptmann von Köpenick nicht angeklagt? Weil sie ihn nicht kriegen, denn dazu sind die Herren in Moabit viel zu borniert, viel zu blödsinnig! Wenn es gilt, anständige Leute ins Unglück zu stürzen, dann werden diese Kammer am Landgericht munter. Der Vorsitzende des Gerichts, Rosenbergs, hatte eine Waise, die keineswegs einwandfrei war. Von einem Staatsanwalt läßt man sich etwas Recht wohl schon gefallen, aber gar zu viel, wie es mir dort geboten wurde, ist doch ungesund.“ (Hier erobte sich der überwiegende Polizeileutnant und drohte mit der Auflösung, wenn in dieser beleidigenden Weise fortgesetzt werde.) . . . „Nun gut“, fuhr der Graf fort, „jetzt werde ich mich mit dem Polizeileutnant beschäftigen. Die Polizeileutnants, die vor Gericht gehört wurden, stellten teilweise meine Versammlungen hin, als seien es reine Parodie-theater. Ist das nicht eine Beleidigung? Einige Polizeileutnants sind ja allerdings bei ihrer Betheiligung für mich eingetreten, aber die Wechsung schreit von der Natur her wenig Verstand mitbekommen zu haben. Aus der einen „Saubade“ bin ich erst kürzlich herausgekommen, um nun demnachst wieder in eine andere „Saubade“ zu wandern. In Weichselmaße hoffte ich auf meine Begnadigung, zumal gerade in jener Zeit der Kaiser bei meinem Bruder in Schlesien auf Besuch war. Was wollte er denn eigentlich dort? Wenn der Kaiser Stellung nehmen will zu unserer Familie, dann muß auch ich unter allen Umständen bei diesem Besuche zugegen sein. Ich bin dreizehnte Riter, der jetzt im politischen Leben am meisten hervortritt. Zu mir muß der Kaiser Stellung nehmen, wenn er etwas erreichen will. Er hätte seinen Adjutanten zu mir auf die Festung schicken und mich bitten lassen müssen, zu ihm zu kommen. Ich würde ihm sagen, wie das Staats-Geschäft am besten geleitet werden könne. Mir Bücker erlauben daher den Kaiser, seine Besuche bei uns zu unterlassen. Besuche kosten Geld. Dieser letzte Spott hat meinem Bruder mindestens 20 000 Mark gekostet. Die Politik des Kaisers ist mir überhaupt vollkommen rätselhaft. Die Hofsozialen müssen konstant regieren, aber sie werden in einigen Jahren nicht mehr sein. Lucanus, der „Schreiber“, ist ein höchst liberaler Mann, der die Begnadigung des Herzog durchgesetzt hat. Und nun der famose Dernburg! Wie konnte man einen so traurigen und schäbigen Juden nun zum Kolonialdirektor machen?“ Bei dieser

Wendung löste der überwachende Polizeioffizier die Versammlung auf.

Zu der Versammlung, die am 29. Oktober in Kellers Festhallen, Koppentstraße, tagte, erschien Graf Wälder ziemlich spät; er hätte nämlich — wie er berichtete — einen bösen Automobilunfall erlitten. Die von ihm und seinen Begleitern benutzte Automobilbeschriftung war mit einem Straßenbahnwagen zusammengestoßen, und zwar mit solcher Gewalt, daß der frühere samstige Versammlungsleiter Weidenborn aus dem Koffer gefchleudert wurde und schwere Kopfwunden erlitt, so daß er zur Unfallstation gekostet werden mußte. Wälder selbst wurde gegen seinen Nachbar geworfen und erlitt nur leichte Hautabschürfungen. Er benutzte dies Vorkommnis in seiner Rede, um im schwülzigen Phrasen darauf hinzuweisen, daß er als Retter Deutschlands unter dem ganz besonderen Schutz des Himmels stehe. Seine ganze Rede war wohl als Nachwirkung der ausgehenden Angst recht jähm gehalten und triefte von widerlicher Frömmerei.

× × Der antisemitische Turnerbund zählt noch seiner eigenen letzten Aufstellung im Ganzen 143 Vereine mit 12 924 Vereinsangehörigen. Von diesen fast 13 000 Vereinsangehörigen sind aber nur 5482 ausübende Turner. Dem Bunde gehören neun Gauen an und zwar 1. Der niederösterreichische Turngau mit 96 Vereinen. 2. Der deutsche Turngau „Jahn“ für Nordböhmen mit 10 Vereinen. 3. Der Alpenturngau mit 26 Vereinen. 4. Der Gau Brandenburg mit 20 Vereinen und 1261 Mitglieder, wovon 727 Turner sind. Der größte Verein dieses Gauses ist der „Deutsche Verein“ in Berlin, der 216 Vereinsangehörige, aber nur 64 Turner zählt. In Berlin besitzt dieser Gau allein neun Vereine. 5. Der Gau Niederösterreich mit drei Vereinen. 6. Der Obgau mit vier Vereinen. 7. Der ostbairische Turngau mit 15 Vereinen. 8. Der Salzburg-Oberösterreichische Turngau mit 21 Vereinen und zum Schluß noch der Deutschtiroler Turngau mit acht Vereinen. Die drei größten Turnvereine sind: Der Turnverein Salzburg, der 656, der Turnverein Wfz, der 644 und der Erste Wiener Turnverein, der 541 Mitglieder zählt.

Man sieht, die Antisemiten wissen durch Herbeiziehung sogenannter unterstützender Mitglieder die Zahl ihrer Turnbrüder etwas höher zu schrauben. Aber was macht dieses Häuflein von kaum 5500 Turnern oder sage man selbst 13000 Turnern antisemitischer Oberwang gegenüber der großen deutschen Turnerschaft aus, die 100 000 Mitglieder zählt!

× × Der „unpolitische“ Verein Deutscher Studenten. In Brandenburg an der Havel fand unlängst ein antisemitischer Handlungsbefehlenskongreß statt, zu dem stolz als zum „I. Brandenburgischen Handlungsbefehlenskongreß“ eingeladen hatte, obgleich es natürlich keiner anderen kaufmännischen Organisation im geringsten einsehl, daran teilzunehmen. Statt dessen hatten sich zahlreiche politische antisemitische Vereine und Körperchaften vertreten lassen, so verschiedene Berliner sozialistische Gruppen, der Deutsche Volksbund, mehrere antisemitische Turnvereine usw. und auch der — „Verein Deutscher Studenten“. Der B. D. St., der es stets leugnet, politische Ziele zu verfolgen, der sogar hin und wieder noch widerpricht, wenn man ihn antisemitisch nennt, sendet also unverfroren Delegierte zu einer Tagung der antisemitischen Handlungsbefehlens. Was sagt Herr Daube, der Universitätslehrer, der sonst so eifersüchtig darüber wacht, daß keiner „seiner“ Studenten über den Rahmen der Universität hinaus sich öffentlich bemerkbar macht, zu dieser neuen Tätigkeit des von ihm verpöhlten B. D. St.? Als feierlicher der „Sozialwissenschaftliche Studentenverein“ bei einem Vortragsabend einer Dame in der Diskussions zu einigen politischen Erklärungen das Wort verleiht, da suspendierte Herr Daube diesen gefährlichen

Verein. Als im vorigen Jahre achtzig von den 90 Korporationen der Universität sich zu einem Ausschuß zusamenschlossen und als solcher der einer studentischen Freier austraten, da geriet Herr Daube ganz mächtig in den Harnisch und drohte mit der Exsufflation. Jetzt sieht derselbe Herr, der sonst so feinsinnig ist, wenn sich ein paar Studenten mal angeliche Liebesgrüße erlauben, gelassen zu, wie der B. D. St. mit anderen antisemitischen politischen Organisationen zur höheren Weisheit der Tagungen Delegierte austauscht. Wenn der B. D. St. auf dieser Bahn weiter fortschreitet, so ist nächstens auch zu erwarten, daß er zu den Wälder-Versammlungen seine Exsufflation in Wälder entfendet.

Vermischtes.

Antisemitische Danks für jüdische Zwecke.

Man schreibt uns: „Wiederholt schon haben Antisemiten ihre Danks für Beleidigungen durch Geldumwendungen für jüdische Zwecke beweisen müssen, wenn sie von Juden zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wurden. Dies wiederholte sich in jener drastischer Weise vor einigen Tagen im Bureau des Rechtsanwalts Willy Prossauer, Münchener 30. Gatte da ein Berliner Anklageartenkämpfer eine Forderung von 22 M. an einen Spandauer Runden und wurde, als er beschuldigt um Zahlung bat, mit den in antisemitischen Kreisen üblichen Liebeswürdigkeiten überhäuft. Schließlich warf ihm der diebische Spandauer das Geld vor die Nase, was der Verleumdung nicht annahm. Einer Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wurde ohne weiteres Folge gegeben. Vor dem Verhandlungstermin erschien bei dem Kläger ein Abgesandter des Angeklagten, wurde aber an den Rechtsbeistand gemiesen. Dieser stellte als Bedingung zur Rücknahme der Klage: „Erschattung sämtlicher Kosten und Zahlung von 100 M. an die jüdischen Fremdenkolonien“. Das schen dem Vermittler zu hart und da mußte der Inkassant selbst antreten. Der machte nun den Vorschlag, er wolle dem Beleidigten ein großes Quantum Raten abkaufen, doch Herr Prossauer sprach seine Zweifel aus, ob sein Klient überhaupt noch mit derartigen Reuten Gefälligkeiten machen wolle und bestand auf seiner Forderung, welcher prompt entsprochen wurde. Vivat sequens!“

Christentum und Judentum. Im Oktoberheft der „Deutschen Schule“, dem wissenschaftlichen Organ des deutschen Lehrvereins, beipflichtet Dr. Götzmann in Hamburg die Schrift des Privatdozenten Bruno Bauß über „Euthy und Kant“. Dr. G. stellt sich mit B. auf den Standpunkt, „daß in Kant Euthy stillschweigend fühlen auf den Standpunkt der Renukt gelangt ist“, fährt dann aber fort, die Grenzfrage zwischen Juden- und Christentum folgenbereinigen zu kritisieren:

„Wie dieses das Verhältniß, das an unserer Schätzung des Hauptziels der Schrift nicht ändert, nicht unterdrückt, daß und die Danksche Darstellung des Verhältnisses des Judentums zum Christentum als höchst fatal anzuwei. Wenn etwas es gewesen ist, daß das Christentum reformationsfähig gehalten hat, wenn etwas die antichristlichen Götter einer Ethik aus dem Christentum entziehen ist, so war es das Judentum im Christentum als besser guter Geist, der gewaltige stilles Mächtigkeits des Geistes (auch der prophetischen Heiligkeit), die unüberwindlichen Grundlagen der Autonomie Summen Südtätigkeit. Das sollte vor allem ein Kantianer nicht vergessen.“

Die älteren Jahrgänge

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorzögliche Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlich und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen an dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 25,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kasse wünscht.
Telephon: Amt 4 274, 2878.

Alle Bestellungen an die Expeditionen sind zu richten an: Berlin W. 25, Magdeburgerstr. 14, oder an die Expedition des Deutschen Reichs an den Reichstag, Berlin W. 25, Magdeburgerstr. 14.

Der Antisemitismus in Oesterreich.

Wien, den 4. November 1906.

Die Wahlreformvorlage hat den Wahlreformschub glänzend passiert und das österreichische Parlament wird schon in den nächsten Tagen mit der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfes beginnen. An dem Zustandekommen des wichtigsten legislatorischen Werkes kann nicht mehr gezweifelt werden; der Feudalismus Oesterreichs gehört der Vergangenheit an, der Volks- oder Völkerrat tritt in die Erscheinung. Dieser einschneidende Umwandlungsprozeß zwingt zur Ueberlegung der verschiedenen politischen Probleme und es ist an der Zeit, sich auch einmal mit dem Antisemitismus eingehend zu beschäftigen. Vor allem muß ein scharfer Unterschied zwischen dem Alerikalismus, der die Alpengebiete beherrscht und dem Antisemitismus schlechthin gemacht werden. Der Alerikalismus ist unbedingte Gegen jedes anders Glaubensbekenntnis, er eifert wider die Juden nicht mehr als gegen die Protestanten; die Protestantenvertreibungen aus Tirol besaßen ja die Gesichtsbilder des vorigen Jahrhunderts. Daß der Antisemitismus in den sterilen Provinzen Oesterreichs keine übermäßige Rolle spielen kann, geht schon aus der Statistik hervor, die einen verschwindend geringen Prozentsatz von Juden ausweist. In Oesterreich leben im ganzen 1200, in Salzburg 199, in Tirol und Vorarlberg 1100, in Steiermark 2280, in Kärnten 212 und in Krain 145 Israeliten. Diese Ziffern sagen klar und deutlich, daß die „Judenfrage“ in diesen Ländern keine politische Bedeutung erlangen kann. Das politische Leben befaßt sich eigentlich nur in Niederösterreich mit 157 000, in Böhmen mit 92 000, in Mähren mit 44 000, in Galizien mit 811 000 und in der Bukowina mit 96 000 Israeliten. Allein der Antisemitismus tritt in diesen Königreichen und Ländern in der mannigfaltigsten Form hervor, wie ja auch die allgemeinen Verhältnisse in jedem Kronlande grundverschieden sind. In Niederösterreich haben die Christlichsozialen die „Judenliberalen“ erdrückt. In Mähren nahmen die Juden bis in die letzte Zeit eine eigenartige Stellung ein. Das Kronland ist „gemischtpeinig“, das heißt: die Deutschen und Tschechen wohnen nicht abgesondert, sondern in einem Durcheinander. Der politische Kampf war deshalb im ganzen Lande ein nationaler und die Juden wurden von beiden Nationen umgeben. Der parteipolitische Antisemitismus erfährt eine auffallende Dämpfung: die Deutsche Volkspartei und auch die Freischaubischen stellen ihren Judenhaß bescheiden unter den Scheffel. Allerdings nur vor und in den Wahlzeiten. Nach den Wahlen wurden dann gewöhnlich von der unterlegenen Nation kleine Judenbejagungen

inszeniert, die ganz anders aussehen. Für Mähren wurde ein ganz eigenartiges System der Wahlfreieinteilung geschaffen: Die beiden Volksschämme werden künftig gesondert wählen und nicht mehr auf die Unterstützung der Juden angewiesen sein. Die Juden selbst sind gezwungen, sich entweder in den deutschen oder tschechischen Klustern einschreiben zu lassen und sich ein für allemal zu binden. In Böhmen, wo Tschechen und Deutschnationalen getrennt leben, sorgt die neue Wahlfreieinteilung für national einheitliche Wahlkreise, soweit das möglich ist; jedenfalls wurde die Abgrenzung so vorgenommen, daß der nationale Charakter des Wahlbezirktes festhielt und nicht erst in heißen Kämpfen entschieden werden muß. Es entsteht nun die Frage, welche Auswirkungen diese Veränderungen in Böhmen und Mähren auf die Parteipolitik ausüben werden? Die Antwort läßt sich heute noch nicht geben. Ich glaube, daß der parteipolitische Antisemitismus in Oesterreich eher im Rückgang als im Aufstiege begriffen ist. Er zog seinerzeit seine stehende Kraft nicht so sehr aus dem Kampfe gegen die Juden, als aus seinem Sturm gegen den verhassten Alerikalismus. In Niederösterreich und Wien wurzelt die christlichsoziale Spielart fest, aber es ist nicht wahrscheinlich, daß sich der Antisemitismus neue Gebiete erschließen wird. (Wenn die Christlichsozialen in Tirol eine Anzahl von Mandaten gewinnen sollten, so wäre das nicht ein Sieg des Antisemitismus, sondern ein Erfolg der „Jungsklerikale“ gegenüber den „Altersklerikalen“, denn wir haben bereits, daß die „Judenfrage“ für das Alpengebiet keine Bedeutung habe.)

In Galizien und in der Bukowina, wo 11 beziehungsweise 13 Prozent der Bevölkerung Juden sind, gebietet die „Judenfrage“ zu den wichtigsten Problemen. Bisher hatten sich die Verhältnisse in Galizien folgendermaßen entwickelt: Der Polenklub respektive das polnische Zentralwahlkomitee fand in den Juden geringere Anhänger und Stützen. Von den vielen Parteigruppen, die im Polenklub zusammengelassen sind, operieren bloß zwei und zwar die (schwachsten), mit antisemitischen Schlagworten. Immerhin: der Antisemitismus — selbstredend im politischen Gewande — spielte in Galizien schon jetzt eine Rolle. Die Gestaltung der Dinge in der Zukunft ist schwer vorherzusagen. Die Juden Galiziens führen ein ganz anderes Kulturleben als die in Mitteleuropa, sie haben sich nur zum geringsten Teile assimiliert und halten im übrigen an ihren traditionellen Lebensgewohnheiten fest. Da in Galizien fünf oder sechs Mandate des allgemeinen Wahlkreises den Israeliten sicher sind, wird die jüdischnationale Parteipolitik mächtig in die Palme schießen. Sonst hängt alles

dahen ab, wie sich die Juden in Westgalizien zur Polenfrage, in Ostgalizien zur Ruthenenfrage und in beiden Landesteilen zu den Kulturfragen stellen werden. Bisher sie weiterhin an dem Schlepptau der Feudalen, dann werden die demokratischen Polen zu ihnen kaum ein freundliches Verhältnis gewinnen. Der galizische Bauer ist heute schon zum Teile von antisemitischen Anschauungen benetzt, denn er kommt vornehmlich mit dem jüdischen Bäcker, Schnapschender und Krämer in Berührung und ahnt nicht, daß diese Menschen selbst nur Werkzeuge der Schlachzigen sind, die in ihren Abhängigen in Krakau und Lemberg ihren aristokratischen Luxus entsaften. In den Städten aber (die allerdings in Galizien recht spärlich vorkommen) würden die Juden durch die Unterstützung der freikirchlichen polnischen (beziehungsweise ruthenischen) Parteien ihre Lage ungemein verbessern und ihr Ansehen heben. In der Bukowina bilden die Juden einen wichtigen politischen Faktor. In diesem kleinen Land, das nicht mehr als 730 000 Einwohner hat, sind sowohl die Deutschen als die Rumänen und Ruthenen stark und die Polen schwach vertreten. Vier Nationen ringen miteinander und die Juden — die von den rein deutschen Gebieten abgesehen, heute noch national schwachen und, da sie die verschiedenen Landessprachen sprechen, gleichsam über den Streitenden stehen — werden von allen zur Hilfe gerufen. Daraus ergeben sich natürlich vielerlei Verbindlichkeiten, denn jedes national verlorene Mandat wird den Israeliten, einerlei ob nun die Deutschen, Rumänen oder Ruthenen unterliegen sind, angekreidet. Andererseits kann der Antisemitismus in der Bukowina parteipolitisch doch nicht stark zum Ausdruck kommen.

Wir haben aus unseren flüchtigen Wanderungen durch die Königreiche und Länder Böhmenlands den Eindruck, daß der Antisemitismus in der Provinzialen Siedlungsverhältnisse auf die parteipolitische Einordnung des Antisemitismus nehmend. Zur Abrundung des Bildes wäre noch die Betrachtung der sozialen und wirtschaftlichen Erscheinungen notwendig. Allein die ins Detail gehenden Untersuchungen würden heute zu weit führen und Gesamterstellungen könnten den Zweck nicht erreichen. Vielleicht kommen wir ein andermal darauf zurück. Jetzt wollen wir nur noch einen raschen Blick auf die Gestaltung des gesellschaftlichen Antisemitismus werfen. Wir haben gesehen, daß für den Judenahß als Bestandteil der Parteipolitik von vornherein ein großer Komplex besteht. Für den gesellschaftlichen Antisemitismus gilt das nicht. Bei ihm kommt nicht bloß die Masse, sondern auch das Individuum in Betracht. Der gesellschaftliche Antisemitismus ist im Österreich leider ziemlich weit verbreitet, aber er gelangt im allgemeinen keineswegs so scharf zur Geltung, wie etwa in Deutschland. Der extreme Nationalismus — beispielsweise diejenigezeitige Hochflut der deutsch-nationalen Bewegung — ebenso wie der sortierte Partei-antisemitismus — zum Beispiel der Aufstieg der Wiener Christlichsozialen — fördert und vertieft immer den Juden-ahß und bewirkt eine schärfste konfessionelle Scheidung im gesellschaftlichen Treiben. Glücklichweise ist nun diese Hochkonjunktur der Unvernunft überwunden und die Gräben und Abgründe werden etwas enger. An ein Ausfüllen derselben ist leider vorüberhand nicht zu denken.

rm.

Die Antisemiten in Hessen.

In dem antisemitischen Geistesleben gährt und brodet es wieder einmal, daß die Anhänger der verschiedenen antisemitischen Richtungen bald selber nicht mehr wissen werden, welcher Partei sie eigentlich angehören. Deutsch-soziale, Reformen, Bauernbündler, Bund der Landwirte und antisemitische Nationalverbände, alles wirbelt bunt durcheinander. Der Ausfall der letzten Landwirtschafts-

kammervahlen wirkt in ländlichen Kreisen noch immer viel Staub auf. Die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte in Frankfurt a. M. hatte es, wie erwähnt, in Absicht gestellt, daß es im Bunde der Landwirte eine besondere Richtung des alten heidnischen Bauernbundes, eine „Scharierung Bähr-Häsel-Ahler“ gebe, vielmehr sei der Bauernbund rechtmäßig aufgelöst und völlig im Bunde der Landwirte aufgegangen. Diese Darstellung des Sachverhalts hat die Frankfurter Geschäftsstelle für nötig befunden, nochmals in einem besonderen Rundschreiben an die Bundesvertreterinnenmänner zu betonen. Da sie in demselben nun auch vor einem gewissen Reiter warnen, der in Oberhessen die Landwirte vertritt und „mittraulich mache“, erläßt der den Reiter der „Mitteilungen“ aus früheren Jahrgängen wohlbekannte Herr Th. Reuther zu Offenbach a. M. in einem Flugblatt eine Gegenerklärung. In dieser stellt er zunächst fest, daß nach § 10 der Statuten des „Hessischen Bauernbundes“, dessen Auflösung nur erfolgen kann, „durch einen in zwei Hauptversammlungen, zwischen denen ein Zeitraum von vier Wochen liegt, mit zwei Drittel Mehrheit gefassten Beschluß“. Dann fährt das Flugblatt fort:

„Es ist nun zwar in einer Vertretungsmannschaft des hessischen Bauernbundes im März 1904 in Friedberg mit 11 gegen 7 Stimmen beschlossen worden, der Generalversammlung die Auflösung des Bauernbundes zu empfehlen. Die betreffenden Generalversammlungen haben aber bis jetzt noch nicht stattgefunden. Es kam daher von einer kantonischen Auflösung des hessischen Bauernbundes keine Rede sein, wofür schon daraus herabgesetzt, daß noch zahlreiche Ortsgruppen bestehen, die nicht zum Bund der Landwirte übergetreten sind.“

Daß diese Behauptungen Reuthers nicht unbegründet sind, hat anscheinend der Ausgang der Landwirtschaftskammervahlen bewiesen. Die „Scharierung Bähr“, also die alten Bauernbündler, stiegen auf der ganzen Linie, und zwar, wie die „Deutsche Reform“ nochmals mit Genehmigung feststellt, zum Teil gegen die offiziellen Kandidaten des Bundes der Landwirte. Ueber letztere schreibt das Flugblatt folgendes:

„Dem Hauptziel war, daß es eine Scharierung Bähr-Häsel-Ahler im Bunde der Landwirte nicht gebe, so ist es aber Tatsache, daß eine Scharierung Ostalduke im Bunde besteht, und daß diese Scharierung demütigt ist, die Böhnen die früheren nationalidealen Gegner des hessischen Bauernbundes zu begünstigen und die alten Anhänger des hessischen Bauernbundes immer mehr zu verdrängen. Auch für die kommenden Reichstagswahlen wurde schon die Mühe getan, die früheren reformistischen oder bauerfreundlichen Abgeordneten durch „schwache Kandidaten der Landwirte-Ahler“ zu ersetzen, und selbst wenn die Kandidaten hierzu aus Offizien geholt werden müssen.“

Mit der „Wahlschheit“ dieser dem Bunde der Landwirte angehörigen Nationalliberalen scheint es allerdings nicht weit her zu sein. Das Organ des Bundes der Landwirte für Süddeutschland bringt nämlich allerlei nette Enthüllungen über die Wahl begleitenden Umstände, indem es schreibt:

„Nach Vernehmung hat an zahlreichen Stellen die Art und Weise hervorgehoben, wie Herr Th. Reuther selbst es hat für seine Kandidatur zur Landwirtschaftskammer dem zum Präsidenten der hessischen Propaganda machen ließ. — Erst! Dem es steht weit bei im Hintergrunde und kam nicht aus seinem Bewußtsein hervor. Dagegen spielte auf dem Sammelnde der ganz hessische Genossenschaftsapparat. Selbstmitleid wurden, wie es heißt, zu Wahlplakatschreibern von den Genossenschaftlichen aufgebracht. Genossenschaftliche reifen landbau und landbau und anderen. Kurz, es sollte den Wählern, die ab Herr Reuther und seine Getreuen die Genossenschaften als politische Organisationen beschützen und gegen den Bund der Landwirte auszuspielen versuchen.“

Wenn diese Darstellung vielleicht auch einige Uebertreibungen enthält, so wird die Tatsache, daß die Genossenschaften politisch gemischtbraut worden sind, doch wohl kaum hinwegzudisputieren sein. Ferner entwirft das bündlerische Blatt von der oben erwähnten antisemitischen Agitation Reuthers folgende nette Charakteristik:

In der Agitation tauchte im Saarbrücken Lager eine aus früheren Zeiten her bekannte Erscheinung wieder auf, über die wir nach einem Worte verweisen müssen. Ein gewisser Thomas Neuber, seines Zeichens ehemaliger Schriftfeger und antisemitischer Mannstreiber, ein Mann von wenig einnehmendem Aussehen, machte sich in der Volksbewegung zu schaffen. Sein Agitationsmaterial war, die Ketten gegen die Strafen zu brechen und den bestialischen Verfallsarten herauszugeben. Ein weiteres Agitationsmittelchen liegt auf dem Gebiete der Rücksichtlosigkeit. Neuber versucht sich nämlich als Vorkämpfer der Damenkreise anzupreisen, als einen Mann, der seine beste Liebe zum bestialischen Frauenhand im Gefängnis haben wolle. Ja, er versagte schon in jeder Hinsicht Tränen darüber, daß die Leute, für die er so schwer gelitten, nun nichts mehr von ihm wissen wollten. Kretschmar ist ein sehr Neuber. Er ist nicht im Interesse der bestialischen Frauen im Gefängnis gewesen, sondern weil er politische Gegner beleidigte. Es ist besorgniserregend, daß man seinen Namen genommen, Neuber als Agitator im Frauenhand zu verwenden. Ein Mann von seiner Qualität kann auch die beste Sache in ein schlechtes Kleid rücken — Neuber wollte sich als Agitator Taten verdienen; beim Bunde glaubte er hierzu seine Zeitgenossen zu haben, als wird gegen den Bund sofort gemerkt.

Wozu allerdings zu bemerken ist, daß dasselbe bündlerische Blatt, das jetzt an Ehren-Neuber kein gutes Haar läßt, weil er gegen den Bund arbeitet, ihn, wenn er für die gute Sache des Bundes der Landwehr eingetreten wäre, wahrscheinlich mit Lobesbescheinigungen überschüttet hätte.

Im März wird der antisemitische Bruderkrieg lustig fortgesetzt. Die reformistische Wabgeburger Sachschonung macht ihrem darob bedrängten Herzen in folgendem Stoffauswurf Luft:

Ein solches Schauspiel ereignet unsere Zeit jetzt im Waburger Kreise. Der radikale Dr. Bödel, früher einer der härtesten Gegner der Konfessionen, reißt jetzt im Waburger Kreise umher, um den unter Aufschrei der Menge segelnden konfessionellen Randalen des Bundes der Landwehr, Dr. Böhm, bei den Hosen einzuklinken. Die politisch gereizten Leute schreien ob dieses Trauerspiels die Köpfe. Die Waburger Wälder sind heute ebenfalls für Dr. Böhm im Waburger Kreise.

Von der Vielseitigkeit und Strampellosigkeit der deutsch-sozialen Agitatoren im Waburger Kreise gibt eine Zuschrift an die „Deutsche Landeszeitung“ ein anschauliches Bild:

In den Städten blühen die „deutschnationalen“ Versammlungen auf, auf dem Lande lassen sie sich in antisemitischen Volksversammlungen bekannt machen. In der Stadt handelt man die Adressen und Blätter ab und beredet die „Rabaukantisemitismus“, um bei den Bürgern nicht anzustoßen; in ländlichen Versammlungen spekuliert man auf die niedrigen Volksbedürfnisse, indem die Herren Deutschsozialen ihr konfessionelles Agieren hinter antisemitischen Wägen und Kreieren zu verhehlen suchen. Brauche es doch im organisierten Frühjahr Herr Lieberman von Sonnenberg gesagt sein, in Versammlungen im Kreise Waburg offen zu verkünden: Im Falle einer Revolution würde es bei uns heißen: Wer einen Juden totschlägt, der ist ein Held! Das soll der Führer einer Partei, die um die Stimmen auch der Geisteslosen buhlt. Es ist an der Zeit, die Agitationsmanieren dieser Herren einmal öffentlich zu beleuchten.

Eine Gerichtsverhandlung wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft.

Unter der Anklage des Vergehens gegen § 166 des Strafgesetzbuchs (Beschimpfung einer Religionsgesellschaft) hatte sich der früher verantwortliche Redakteur der antisemitischen Zeitung „Deutsches Volk“, Herr Joseph Alois Siering, am 1. d. Mts. vor dem Hamburger Landgericht zu verantworten. Den Vorsitz führte Direktor Dr. Schulze, die Staatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt Dr. Schön. — In der Nummer 88 des „Deutschen Volk“ vom 4. November 1905 befand sich ein Leitartikel mit der Überschrift „Der Juden tag in Berlin“. Der Artikel enthält eine Beschreibung einer im Oktober 1905 in Berlin stattgefundenen, vom Justizrat Fuchs als Vorsitzenden geleiteten Versammlung des Verbandes deutscher Juden. In dem Artikel war anknüpfend an die Worte

des Justizrats Fuchs in der Berliner Versammlung: „Wir wollen gute Deutsche sein und doch Juden bleiben!“ u. a. gesagt worden:

Mit dieser verlogenen Phrase soll man den deutschen Juden der aufzukommen beghnt, wieder einschleichen, um ihn auch fernerhin das Fell über die Ohren zu ziehen. Es ist eine demütigende Frage, die notwendig stellt, wenn gesagt wird, ein guter Jude könne auch ein guter Deutscher sein. — Der Behauptung des Vorstehenden, das Judentum ist die Quelle des Christenlaubens und der Menschlichkeit, wurde die Bemerkung entgegengebracht: „Und doch besteht diese launige jüdische Religion aus Egoismus und Eitelkeit gegenüber den Nichtjuden, wenn damit den jüdischen Menschen genügt werden kann. Ich sehe, Herr Justizrat, Fuchs befolgt die Vorschriften seiner Religion — wir meinen nämlich den Zalmud und den Schulchum Aruch — sehr genau. War somit den ganzen Verhandlungen der Zempel der reinen Verlogenheit aufgedrückt, so können Sie an sich anhängige Leute wenig interessieren, da wir uns indessen selber im Interesse unseres Volkes mit dieser internationalen Freigedankengesellschaft, wie Theodor Fritsch die jüdische Religionsgesellschaft nennt, befaßen müssen, so zu erklären wie hier nach die Hauptfunktion dieses Judentums ist.“

Auf Veranlassung des Ausschusses des Verbandes der deutschen Juden wurde daraufhin Anklage wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft erhoben, des ferneren hatte Herr Justizrat Fuchs Strafamt wegen Beleidigung geküßt; er wurde vom Gericht als Nebenkläger zugelassen.

Von psychologischen Interesse und auch bezeichnend für die Verhältnisse im antisemitischen Lager war gleich das Verbot des Angeklagten.

Er lebt im 36. Lebensjahre und ist katholischen Glaubens. Vor der Untersuchungsbehörde hat er sich als Verfasser des Artikels bekannt, den er nicht als antisemitisch in Abrede, er habe den Artikel einfinden erhalten, fertigt und in Satz gegeben; den Autor wenne er nicht. Dann erklärte sich folgende Verleumdung: Der: Sie haben bei Ihrer früheren Vernehmung erklärt, daß Sie den Aufsatz verfaßt haben, jetzt bekennen Sie das; man darf doch einer Behauptung gegenüber nicht solche Angaben machen. Angeklagter: Ja, ist es, um nicht dem Verbot ausgesetzt zu werden, Siegratung gewesen zu sein. Der: Waren Sie sich denn nicht bewußt, daß der Aufsatz fort befehlenden Inhalts ist; glauben Sie, daß sich nicht der Verleumdung, wie es im Aufsatz gesagt ist, Angeklagter: Ja, ich bin davon überzeugt. Der: Was ist denn der Artikel? Der: Ich habe auch von anderen schon gesagt und gedruckt worden, ohne daß deswegen eine Verleumdung entsteht oder die Staatsanwaltschaft eingeschritten wäre. Ich beweise mich auf Zalmud und Schulchum Aruch und die Schriften, die ich eingereicht habe. (Wablung, Wablung, Färker, Fritsch, Wablung, Wablung u. a.) Der: Können Sie denn überhaupt Angeklagter: Nein. Der: Ja, wobei wissen Sie denn, was im Zalmud und Schulchum Aruch steht. Angeklagter: Was ich verstehen kann.

Der: Wollen Sie denn, was der Zalmud ist? Angeklagter: Schwierig. Der: Der Zalmud ist ein Kleines, um dessen Studium ein Menschenleben benötigen, die ich damit ausschließlich befaßt, nicht Judentum, und ich Ihnen da nicht der Gedanke gekommen, daß man aus einem solchen Werke, das im Laufe von Jahrhunderten entstanden ist, und nicht nur Religionen, sondern auch philosophische Gedanken und Lebensregeln enthält, nicht einiges aus dem Zusammenhang herausheben dürfte, um es dann zum Eindeutschen zu verwenden oder mißzuverstehen? Angeklagter: Schwierig wiederum. Der: Nun berufen Sie sich auf Schriften von Rabbinen u. a. Nennen Sie Rabbinen? Angeklagter: Nein. Der: Was ist es denn, ist es noch Angeklagter: Ja. Der: Dann beziehen Sie sich auf Rabbinen Angeklagter: Ja, er hat sehr viel über die Juden geschrieben. Der: Wer, Rabbinen? Ich kenne ihn, bevor ich großen Bedauern, aber das antisemitische Schriftstück sein soll, ist mir neu. Der Beschimpfung traut dem Angeklagten dann nach Paul Färker, nach Karl Wablung u. a., über deren Verhältnisse der frühere Redakteur des Antisemitischen seine Ansicht zu geben vermag, er erklärt nur, daß er deren Schriften liest, aber, nachdem er die Reaktion des „Deutschen Volkes“ übernommen habe. Auf die Frage des Vorstehenden, ob ihm nicht bekannt sei, daß eine Anzahl Rabbinen der Wissenschaft in anderen Sprachen schreiben und die angeführten Zalmudstellen anders überlegen und interpretieren, erklärt der Angeklagte durch andauern, daß ihm ein anderer Standpunkt unbekannt sei. Von Prof. Wablung, Straß u. a. will er nichts gehört haben; schließlich aber gibt er doch zu, daß er wisse, daß es Leute gibt, die die Gegenansicht seiner Gedankensätze vertreten. Auf die Anfrage eines der Herren beständigen Richter

gibt der Angeklagte über seine Vergangenheit Auskunft, daß er Philosophie studiert habe, im Zusammenhang sei er mit den Antisemiten bekannt geworden und obwohl er der Bewegung bisher fern geblieben, — Erklärung sei er Antisemit geworden — in die Reaktion des „Deutschen Volks“ eingetreten. Dagegen habe er die antisemitischen Schriften nicht gelesen, sehr gerne er in Ruß Privatunterricht, was er früher, aber jetzt nicht mehr, zur Hilfe am dortigen Antisemitenblatt mitgeteilt habe.

Damit war die Vernehmung des Angeklagten beendet. Der Staatsanwalt führte in seinem Plaidoyer etwa Folgendes aus:

In dem Ausdruck internationale verschworene Verbrüderung ist fraglos eine Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft enthalten. Der Umstand, daß ein antisemitischer Schriftsteller den gleichen trostlosen Ausdruck benutzt haben sollte, noch wohl in anderer Form gegeben sein dürfte, berechtigt den Angeklagten nicht, nun fernerseits die trostlose Bezeichnung zu benutzen. In dem Satze aber, „die jüdische Religion ist die Lüge und Meinelie“ könne eine Beschimpfung nicht erblickt werden, da sich aus dem Zusammenhang ohne weiteres ergibt, daß der Verfasser hier mit dem Ständekrieg Religionen, Talmud und Schulden Krieg im Sinne gehabt habe. Das habe er im nachfolgenden einschneidenden Satz auch zum klaren Ausdruck gebracht. Talmud und Schulden Krieg aber seien noch der Erklärung aus dem jüdischen Satze nicht als Einrichtungen der jüdischen Religionsgesellschaft zu betrachten. Was die Bezeichnung des Herrn Justizrats Fuchs betrifft, so liege eine solche gewiß vor, allein sie stehe weder in Ideal- noch Realform mit dem Vergehen gegen § 166 und müsse daher dem Beleidigten den Vorbehalt der Privatklage überlassen bleiben. Er beantrage daher, den Angeklagten nur wegen Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft mit einem Monat Gefängnis zu bestrafen. Der Saal des § 193 könne dem Angeklagten nicht zugewiesen werden, (Rechtsgerichtsausschreibungen lagen hierin ja vor) während aber möge seine Unschuld und sein Parteiprincip in Betracht kommen.

Der Vertreter des Nebenklagers, Rechtsanwalt Dr. Lipmann, erklärte, daß in dem Urteil auch nach mehrere Beleidigungen seines Klienten enthalten seien. Im übrigen stelle er sich auf den Standpunkt des Staatsanwalts.

Der Beleidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt K. R. Jacobson, führte aus, eine Beleidigung des Justizrats Dr. Fuchs läge nicht vor, jedenfalls sei sich der Angeklagte nicht bewußt gewesen, zusammenhang mit den Kustungen gegen das Judentum, aus diesen zu befehlen. Während müßte dem Angeklagten seine Unschuld in der Leistung eines solchen Wortes angedrungen werden. Nach dem Standpunkt des Angeklagten sei es ersichtlich, wenn er der Meinung Ausdruck leide, daß in der Behauptung, man könne guter Deutscher und zugleich Jude sein, eine Herausforderung liege. Selbst verständlich jüdische Kreise stellen diese Ansicht, die besonders in der politischen Bewegung zutage trete und verbreitet werde. Er habe alle Achtung vor dieser Bewegung, die ihm sehr sympathisch sei und die Absonderungsabsichten, wie sie in den jüdischen Zumberneuten, jüdischen Studentenvereinen u. s. w. sich manifestierten, tippten die gleiche Auffassung wieder, daß man kein guter Deutscher und Jude zugleich sein könne. Die Fähigkeit und Würde des Zusammenhalts der Juden sei denunzierungsunwürdig, aber das hindere nicht, daß man antisemitisch sich keine gewissen Umfuss von ihnen verpönde. Auch der Gedanke der deutschen Juden habe nur die Absicht, auch noch Jude nach Asien, Religion aber Abkündigung zu vernehmen und so eine Absonderung vom Volkskörper herbeizuführen; darin findeten selbst sehr viele Juden mit ihm überein. Aus diesen Gedanken gingen die intimierten Artikel entstanden. Er gebe gerne zu, daß er einige gesonderte Würdungen und Entgegnungen enthält, die man der Unschuld des Angeklagten zugute halten müsse, zumal er journalistisch ungenau sei und daher auch bald seinen Wortschatz genommen. Im übrigen habe der Angeklagte immer nur Talmud und Schulden Krieg im Sinne gehabt.

Der Gerichtshof beurteilt den Angeklagten wegen Vergehens gegen § 166 des St.-G.-B. im Zusammenhang mit Beleidigung des Justizrats Fuchs zu zwei Wochen Gefängnis. Bei der Strafzumessung sei die Schwere der Beschimpfung der jüdischen Religionsgesellschaft und der Beleidigung des Justizrats Fuchs berücksichtigt worden.

Aus dem antisemitischen Lager.

Ueber das Hineintragen des Antisemitismus in die Breslauer Stadtverordnetenwahlen wird der „Freiwilligen Zeitung“ geschrieben:

„In einer Besprechung heute früh der der freien Vereinigung angehörige Stadtverordnete Körner II. nicht, an die antisemitischen Innungen gewisser Wähler zu appellieren. Unter Zugrundelegung auf den liberalen Wahlkreis, in dem auch die Kreise der Liberalen für Raiser und Reich gestimmt waren, fragte er höflich, wo denn da die sechs jüdischen Reichsanwälte der Stadtverordnetenversammlung geblieben seien, als die Stadt nur einen einzigen Boden den Raiser empfing. Obwohl ich der überragende Justizrat Freund der dem Vorgehen des Rainers zugewogen gewesen, es haben nicht nur mehrere jüdische, sondern zahlreiche christliche Stadtverordnete bei der Begrüßung gefehlt. Aber darauf kommt es Herrn Körner nicht an, er meinte vielmehr, wenn vielleicht Rebel oder Singer gekommen wären, hätten jene Herren sicher auf der Tribüne gestanden. Solch schändlicher Antisemitismus würde bei einem Konfessionsrat nicht aufkommen; aber Herr Körner ist Konfessionsmann, und so ist es begreifbar, wenn er diesen Vorwurf, die schon im eigenen Interesse die konfessionelle Gleichberechtigung aller Parteien verlangen muß und auch — wenn nichts anderes da schiefgeht — verlangt, in einer derartig geschäftigen Weise antisemitische Leute betreibt.“

Die Breslauer Zeitung bemerkt hierzu:

„Die Angaben sind unrichtig, da der konfessionelle Charakter des Stadtverordneten Dr. Körner II. einziges Gesichtspunkt zur Justifikation beizugehen. Die Breslauer Stadtverordnetenversammlung jüdische Rechtskörpers. Davon war der eine längst gestorben, ehe der Raiser nach Breslau kam, ein zweiter war bei dem Empfang anwesend, ein dritter und vierter waren — es war die zweite Hälfte der Verabschiedeten — auf Reisen und über 100 Stellen von Breslau entfernt, ein fünfter hält sich, seit ihm der nicht langer Zeit ein tragisches Geschick ereignete, seinen Wohnort entfernt, von sechs antisemitischen Vereinen fern. Wer wollte also bezweifeln, daß es sich geradezu um eine Verschönerung von sechs jüdischen Rechtsanwalts zu einer antisemitischen Demonstration handelt? — Im übrigen ist es uns interessant, daß man den hart antisemitischen Charakter, den bei uns das Zentrum zur Schau trägt, auch außerhalb zu bemerken anfängt.“

□ Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Die Antisemiten beteiligten sich fast im ganzen Lande an den allgemeinen Wahlen zum Landtage. In allen Wahlkreisen, in denen die Männer des Bundes der Landwirte und der konservativen Partei aufgestellt waren, legten sich die Antisemiten ins Zeug. In Weimar, wo Nationalliberale und Freisinnige gemeinsam vorgingen, versuchten die Antisemiten eine Zersplitterung dadurch herbeizuführen, daß sie den antisemitisch-konservativen Rittmeister Kießling aufstellten. Während der freisinnige Lehrer Volz 60 Wahlmänner mit 524 Stimmen erhielt, verschwand Kießling mit 9 Wahlmännern in der Versenkung.

Die Konservativen und Wähler hatten bisher im weimarischen Landtage mit 19 Abgeordneten die Mehrheit. Jetzt, nachdem sich ihnen die Antisemiten beigefügt haben, verlieren sie vier Mandate an die Nationalliberalen und geraten ins Hintergebot, wofür sie sich bei ihren antisemitischen Bundesgenossen bedanken können.

Thomas Gütke, der Redakteur der „Stettiner antisemitischen „Deutschen Schwach“, hatte sich vorige Woche vor dem Stettiner Schöffengericht wegen Verleumdung zu verantworten. Er hatte in seinem Blatt am 16. März d. J. einen Artikel veröffentlicht, in welchem der Stettiner Kunstmaler Georg Ledin unter Ausfällen gegen seine jüdische Abkündigung beschuldigt wurde, drei Jahre lang mit einem Fräulein Freese ein intimes Verhältnis unterhalten und dann plötzlich abgebrochen zu haben, als er sich verheiraten wollte. Fräulein Freese, die inzwischen von ihm Mutter geworden sei, sei darüber sehr unglücklich gewesen, habe sich vergiftet u. s. w. Unsere Leser werden sich erinnern, daß bereits im Sommer der Re-

Redakteur Weber vom „*Arbeiter*“ in Berlin wegen Abdrucks dieses Artikels zu einem Monat Gefängnis rechtskräftig verurteilt worden ist. In der Privatklage gegen Häbke, der bereits dreimal wegen Verstoßes verurteilt ist, war wiederholt Termin angesetzt, dessen Veranlassung der Angeklagte jedoch stets herbeizuführen gemocht hatte. In der Verhandlung ergab sich nach dem Bericht der „*Offiz.-Ztg.*“ durch die eideschwurige Aussage des Zeugen Freise, daß der Inhalt des Artikels vollständig unrichtig ist. Die Zeugin hat sich damals in durchaus freundschaftlicher Weise von Herrn Levin getrennt, kein Kind geboren, auch niemals an einen Selbstmordversuch oder ähnliches gedacht usw. Der Angeklagte erklärte, daß er von der Aufnahme des Artikels keinerlei Kenntnis gehabt habe, weil er im März d. J. infolge schwerer Krankheit die Redaktionsgeschäfte nicht habe führen können. Daß sein Name als verantwortlicher Redakteur unter der betreffenden Rubrik der „*Deutschen Sozialmacht*“ gelanden habe, sei vom Kollegen Enell ohne sein Zutun veranlaßt worden. Durch Vernehmung des Zeugen Enell werden diese Aussagen bestätigt. Der Vertreter des Privatklägers, Herr Rechtsanwalt Dr. Delbrück, wies in seinem Widerspruch auf den Widerspruch hin, daß der Angeklagte einerseits nachweisen muß, daß er in der fraglichen Zeit keinerlei Verantwortung für den Inhalt der Zeitung habe tragen können, andererseits aber doch nachweislich trotz seiner Krankheit sich ansgänglich um das Blatt gekümmert habe, sogar selbst trotz ärztlichen Verbotes Artikel geschrieben habe. Charakteristisch sei aber das Vorgehen des Angeklagten, bis über den 18. September, den Verjährungs-termin der Klage nach § 22 des Strafgesetzes, den Termin hinausgeschoben und nun nachträglich die Persönlichkeit des Redakteurs Enell als benachteiligt vorzutragen, der den infirmierten Artikel damals aufgenommen habe, der nun jetzt aber nicht mehr unter Aufhebung gestellt werden könne. Weber wies dann auf den verlassenen und verlesenen Inhalt des Artikels hin, den sich irgendjemand ausgedacht habe, und den ein Blatt wie die „*Deutsche Sozialmacht*“ natürlich begierig aufgesaugt habe, um damit gegen die jüdischen Witzbürger zu gehen. Weber wies dann auf die Beurteilung des Redakteurs Weber hin, der doch den Artikel im guten Vertrauen auf das befriedende Blatt nur abgedruckt habe, und beantragte schon mit Rücksicht darauf den Redakteur Häbke schuldig zu erkennen und entsprechend zu mehr als einem Monat Gefängnis zu verurteilen. Bei der Verhandlung des Urteils führte der Vorsitzende, Herr Professor v. Barenhorst, aus, der Artikel enthalte zweifellos eine schwere Verleumdung des Privatklägers. Jenseit habe der Angeklagte, wie glaubhaft gemacht sei, den Artikel nicht geschrieben, auch keinerlei Kenntnis von ihm gehabt, doch habe er es an der nötigen Vorsicht fehlen lassen, um einen geeigneten Vertreter während seiner Krankheit zu bestellen. Der § 21 des Strafgesetzes verlangt aber einen verantwortlichen Redakteur, um jemand in der Redaktion zu haben, der mit Sicherheit gefaßt werden könne; sonst könne man überall einfach einen kranken Mann einsetzen, der dann hinterher jede Verantwortlichkeit ablehne. Bei der Beurteilung sei noch darauf Rücksicht zu nehmen, daß bei der Tendenz der „*Deutschen Sozialmacht*“ bezügliche Artikel öfter in diese Zeitung gelangen könnten, und daß es sich hierbei um eine schwere Gefahr gegen unsere jüdischen Witzbürger handele. Infolgedessen erlene das Gericht den Angeklagten für schuldig wegen Verstoßes gegen § 21 des Strafgesetzes und verurteile ihn zu 200 Mark Geldstrafe, Ertragung der Kosten und Publikation des Urteils in der „*Deutschen Sozialmacht*“, der „*Offiz.-Zeitung*“ und dem „*Generationszeiger*“.

Auch der liebe Gott ist Antisemit. Als neulich Graf Bülck auf dem Wege zu einer seiner famosen Ver-

sammlungen einen Automobilunfall hatte und nur sein antisemitischer Begleiter, nicht er, zu Schaden kam, erklärte er der Versammlung, seine Rettung sei ein Beweis, daß Gott sein Tun gutheißt. In einer späteren Versammlung bezeichnete er sich bereits als „vom lieben Gott geschildet und auf seinen göttlichen Befehl handele“. So ist denn der liebe Gott zum Antisemiten geteilt. Es betrübte schon stets unangenehm, wenn die Wölfer in ihren strengen Gott anriefen. Der Nationalgott ist ein längst überwundener Begriff, und nun gar der politische Partei-gott, das ist geradezu widerlich, wie denn überhaupt die christlichen Prozen im Grunde des zu Einbrüchen, zum Totschlag usw. auffordernden Freischaren noch abstoßender sind als selbst sein antisemitisches Gebelfere.

Aber dem Verdienste seine Krone! Der edle Graf hat von den russischen Totschlägern einen Ruf erhalten, da er in Deutschland doch nicht die rechte Anerkennung finde, in Rußland aber sich wie der Fisch im Wasser wohl fühlen würde, nach Rußland zu kommen, wo er „eine hervorragende Stelle in der Administration einnehmen könnte“.

In diesen produktiven Zeiten — nämlich in Rußland — heißt es in dem offenen Brief an den Grafen Bülck u. a. —, daß man nicht nur an allen Ecken und Straßen streifte, daß ein jeder unabhängige Antisemit in der Tat die edelste Stelle haben muß, sondern man kam ohne weiteres die Steine auf die Juden werfen, ohne dabei irgend etwas zu riskieren. Im Gegenteil! In der Perspektive werden Sie das Vergnügen haben, daß die zu Schaden gekommenen Juden noch auf die Klagebank gelangten. In dem neuen Vaterlande geriet man bei beständigem Wechsel nicht mit der Kette der noch alten Verurteilungen, sondern mit Gewehrthagen und Keulen. Groll! Die unbekannte Heimat befiel Sie mit Strafen, sperrt Sie ins Gefängnis ein, in dem neuen Vaterlande finden Sie eine einflußreiche Partei, die der Regierung Befehle diktiert. Diese Partei wird Sie nicht nur mit Freuden in ihren Schoß aufnehmen, sondern wird Sie zu ihrem ersten Bohrenmacher machen. Alle Juden gibt es aber in diesem Lande nicht Tausende und sogar Hunderttausende, sondern ganze Millionen. Denken Sie nur daran, was für ein weites Feld sich für Ihre Energie eröffnet und welchen unermesslichen Ruhm Sie für Ihren Namen erwerben werden, wenn Sie diesen Rat befolgen.

Diese Einladung ist natürlich nur eine Verhöhnung sowohl des prokuralen Landes als auch des von antisemitischen Gott erkorenen deutschen Freischaren. Es sollte uns aber gar nicht wundern, wenn dieser die Einladung ernst nimmt.

×× **Turnerisches.** Ein Druckfehler in der vorigen Nummer sei dahin richtig gestellt, daß die „*Deutsche Turnerische*“ nicht rund 100 000 Mitglieder zählt, sondern 800 000, genau 807 240, die in 7538 Vereinen organisiert sind.

×× **Freistudentisches.** Bedauerlicherweise hat das moderne freistudentische Wesen, das auf der breitesten liberalen Grundfläche aufgebaut ist und dem sich besonders viele jüdische Kommilitonen angeschlossen haben, im letzten Sommer einen Wadgang in seiner Ausdehnung erfahren müssen, obgleich sich die großen antisemitischen Organisationen in Berlin, Charlottenburg, Leipzig usw. die größte Mühe gegeben haben, für den studentischen Gleichberechtigungsgedanken weitgehende Propaganda zu machen. In Berlin und Charlottenburg stehen an Universitäts- und Hochschule die antisemitischen Organisationen in höchster Blüte. Christen und Juden sind in schöner Form in wissenschaftlichen und sportlichen Abteilungen tätig. Große Bartragsabende, an denen Universitätsprofessoren und Männer des öffentlichen Lebens über studentische und allgemein interessierende Fragen zu Worte kommen, geben den antisemitischen Einrichtungen einen allgemeinstudentischen Charakter. An der Landwirtschastlichen Hochschule zu Berlin ist leider von einer disziplinierten Finkenzeit, die selbstbewußt „feudalen“ Korporationen gegenüber ihren eigenen Wert in die Waagschale wirft, nur noch wenig zu

spüren. In München haben innere Hostilitäten antisemitischen Charakters der freisüdentischen Sache arg geschadet. In Gießen, Greifswald, Heidelberg ist das Feuer der ersten Begeisterung für freisüdentische Ideen verbräutet. An der Tierärztlichen Hochschule zu Berlin, an der Universität Bonn und an der Technischen Hochschule zu Braunschweig liegt aber der Eifer für die freisüdentische Sache in unverkennbarer Weise. An anderen Universitäten und Hochschulen entwickelte sich das widerstandsfähige System in normaler Art.

Vermittles.

Dem Prof. Dr. Emanuel Mendel wurde aus Anlaß der Einweihung des Krankenhauses in Pantow, um dessen Bau und Einrichtung er sich in hervorragender Weise verdient gemacht hat, der Charakter eines *Seheimens* *Re dignitäts* verliehen. Pantow kann man Mendels zweite Vaterstadt nennen. Denn dort ließ er sich, nachdem er im Alter von zwanzigundzwanzig Jahren — er ist 1839 in Bunsau geboren — das medizinische Staatsexamen bestanden, als praktischer Arzt nieder, dort errichtete er eine Privatheilanstalt, die zu den allerersten ihrer Gattung überhaupt gehöre, und von Pantow aus verbreitete sich sein Ruf weit über Deutschlands Grenzen. Die praktische Tätigkeit, die er in diesem Ort und seiner Umgebung ausübte, war eine ungemein ausgedehnte und deshalb mit Anstrengungen und Schwierigkeiten verbunden, die heute die jüngeren Kertze gar nicht mehr kennen lernen. Trotzdem fand seine nie ermüdende Arbeitskraft Zeit zu reicher wissenschaftlicher Beschäftigung, die ihn in das Gebiet der Innenheilkunde leitete. Er habilitierte sich deshalb auch für *Physiologie* und *Neurologie* 1873 an der Berliner Universität und wurde 1884 zum außerordentlichen Professor ernannt. Als solcher hält er Vorlesungen, von denen das Kolleg für Mediziner und Juristen über *Zurechnungsfähigkeit* zu den besuchtesten an unserer Hochschule gehört, aber nicht nur von denen, für die es bestimmt ist, frequentiert wird. Dort finden sich alle Fakultäten ein. Literarisch ist Mendel in fast allen Zweigen seiner Wissenschaft hervorgetreten; von ihm rühren Beiträge in der *Eulenburgschen Encyclopädie*, in dem *Chirurgischen Handbuch* her, er redigiert das *Neurologische Zentralblatt* und den „*Jahresbericht über Neurologie und Psychiatrie*“, und als Gutachter in Unfallsachen und als Sachverständiger vor Gericht ist er demart geschäftig, daß wohl nur sehr selten ein einschlägiger wichtiger Prozeß ohne sein Wortum geführt wird. Er leitet eine Poliklinik für Nervenerkrankungen, die von Tausenden von Kranken jährlich aufgesucht wird, und erstreckt sich einer internationalen Privatklinik, in der namentlich das russische Element, in deren Pflege einzubringen ihm vorzüglich gelingt, vertreten ist. Bei allen ist er in seiner Liebenswürdigkeit, die seinen Unterschied kennt, und seiner persönlichen hohen Anspruchsfähigkeit gleich geschäftig. Mendel gehört zum Vorschein der Medizinischen Gesellschaft und ist Mitglied der Brandenburgerischen Kertzelammer. Zum ordentlichen Professor hat er es nicht gebracht, weil er — Jude ist.

□ „**Germanisches Erwaschen.**“ Man schreibt un: Der Herausgeber des „*Hammer*“, der antisemitische Herr Theodor Frisch, macht sich in Gemeinschaft mit der antisemitischen Mittelstandsvereinigung in Thüringen wichtig. Man will scheinbar für die antisemitischen Mittelstandsvereine in Thüringen den Boden vorbereiten. In Jena hat sich der Professor Lehmann-Hohenberg mit der Hammer-Gemeinde verbunden, um unter Zusammenfassung aller „*deutschnationalen Reformvereinigungen*“ zu einem allgemeinen

deutschen Kulturbund ein dringendes Erfordernis der Zeit zu befriedigen. Die Mitwirkung der Hammer-Gemeinde und einige in der Debatte zur Sprache gekommenen Nebenstände, die als „*germanisches Erwaschen*“ ziemlich schleierhaft bezeichnet wurden, verließen den Verdacht, daß hier antisemitische Bestrebungen unter falscher Flagge vertrieben werden sollen. Herr Theodor Frisch ist jetzt auf einer Tournee durch Thüringen begriffen. Am 6. November spricht er in Gera über den Mittelstand und die politischen Parteien. Die Versammlungen gehen meist von der antisemitischen Mittelstandsvereinigung aus.

Die Juden in Ungarn. Es ist eine bekannte Sache, daß die Juden, sie mögen tun was sie wollen, es den Antisemiten niemals recht machen können. Daß die Juden in Ungarn, wo sie noch vor sechzig Jahren in den magyarschen Dörfern ein Gegenstand der allgemeinen Verachtung und oft der Mißhandlung waren, sich jetzt zu einer angenehmen Stellung emporgearbeitet haben, wird ihnen zum Vorwurf gemacht. Wir begreifen, daß den Antisemiten der status quo am liebsten wäre, aber sie sollten doch ebenso begreifen, daß die Juden nicht nur keinen Vorwurf, sondern die höchste Anerkennung für ihre Fortschritte verdienen.

Daß sie in Ungarn ungarisch sprechen, wird ihnen gleichfalls zum Vorwurf gemacht. Spricht in Deutschland ein jüdischer Emigrant nicht das tollste Deutsch, dann wird ihm das gleichfalls zum Vorwurf gemacht. Die Germanen, die so schnell im Auslande ihre Muttersprache verlieren, hätten am liebsten das Recht, die ungarischen Juden zu tadeln, daß sie die bis dahin gesprochene deutsche Sprache für die Landessprache aufgegeben haben. In der Regel halten die Juden gar an der einmal gewohnten Sprache fest. Die vor vierhundert Jahren von dem undankbaren Spanien vertriebenen Juden sprechen noch heute in Nordafrika und in der Türkei das alte, inzwischen natürlich auch veraltete Spanisch. Die feineren aus Deutschland vertriebenen oder geschickten Juden haben in Polen, Rußland, in der habsburgischen Monarchie, in Rumänien usw. an der deutschen Muttersprache mit bewundernswürdiger Fähigkeit festgehalten. Natürlich ist diese deutsche Sprache zum großen Teil veraltet und mit hebräischen und landessprachlichen Worten und Wendungen stark durchsetzt. Wo ihnen aber in dem Lande ihres Aufenthalts Menschenrechte eingeräumt worden sind, da haben die Juden gewissermaßen aus Dankbarkeit auch die Landessprache angenommen. Das ist der Fall in Frankreich, England, Amerika, Deutschland usw. Daß sie jetzt in Ungarn nicht mehr wie vor sechzig Jahren noch „*Gegenstand der Verachtung und der Mißhandlung*“ sind, hat sie veranlaßt, die ungarische Sprache zu adoptieren. Das ist begründlich, natürlich, was aber die Antisemiten nicht abhält, es ihnen zum Vorwurf zu machen. Aber die Juden haben sich nachher daran gewöhnt, daß sie es den Antisemiten doch niemals zu Dank machen können.

Dem Ministerium Clemenceau bringen die republikanischen und sozialistischen Zeitungen im allgemeinen ihre Sympathien entgegen, während die nationalisierenden, antisemitischen Blätter mit ihren heftigen Angriffen nicht zurückhalten. Am schwersten fällt sich Ernst Jüdel, der Direktor des „*Clair*“, durch den Triumph Clemenceaus getroffen, weil er im Jahre 1893 als Chefredakteur des „*Petit Journal*“ die jüdische Hege gegen Clemenceau mit Erfolg geleitet hatte und jetzt die für ihn niederschmetternde Wahrnehmung machen muß, daß General Picquart als Chef in das Kriegsministerium einzog, indes die letzten Trümmer des einsigen jüdischen Generalstabs sich in die Redaktion und die Administration des „*Clair*“ zurückziehen mußten. Eine solche Wandlung

der Dinge ist selbst für die ehemaligen Beschüßer und Mitschuldigen der Eherhag und Genex eine harte Prüfung, die sie sich offenbar nicht gewachsen zeigen. Aus ihren Angriffen klingt etwas wie Furcht vor dem „Diktator“ Clemenceau durch, und es hat in der Tat alles Anschein, als wollte Clemenceau im Vereine mit Piquart auch noch die letzten Spuren der Herrschaft der einstigen Generalstähler aus den Bureaus des Kriegsministeriums vertreiben. Die ganze gemessene Presse erklärt es für einen Skandal, daß Georges Piquart, der beim Beginn der Dreifarb-Affäre Oberst war, jetzt in rascher Folge erst zum Brigadegeneral, dann zum Divisionsgeneral und nun zum Kriegsminister gemacht wurde.

Minister Strauß. Zu der in der vorigen Nummer der „Mitteilungen“ behandelten Ernennung des Herrn Doktor Strauß zum Handelsminister der Vereinigten Staaten wird uns noch geschrieben: Die einige der jetzigen französischen Minister hat auch Strauß in früherer Jugend sich durch journalistische Arbeiten seinen Unterhalt verdient. Es ist natürlich, daß die Juden in Amerika besonders stolz auf die Ernennung sind. Denn Strauß ist keineswegs nur ein Aach-Jude, sondern er hat sich stets seiner jüdischen Abstammung gerühmt und hat mit größtem Eifer für seiner Glaubensgenossen angestrengt. Daß dies nicht seinen amtlichen und bürgerlichen Pflichten irgendwie im Wege stand, hat bereits aus dem in der vorigen Nummer veröffentlichten Ausspruch entnehmen werden können. Es ist auch bezeichnend dafür, daß die Beamten der Amerikanischen Bibelgesellschaft in einem Gratulationschreiben, welches sie anlässlich seiner Ernennung an Herrn Strauß richteten, bemerkten, sie beglückwünschten sich zum Besitze eines ja geachteten Freundes im Kabinett. Jakob Schiff bemerkte, die Ernennung des Herrn Strauß sei nicht bloß eine wohlverdiente Anerkennung des Mannes und seiner Verdienste, sondern sei auch ein Zeichen für den Wunsch des Präsidenten Roosevelt, die Vortugenden der amerikanischen Juden anzuerkennen.

Strauß ist der erste jüdische Minister der Vereinigten Staaten. Juda b Benjamin war nur Kriegsminister und dann Staatssekretär unter Jefferson Davis, dem Präsidenten der Konföderierten Staaten. Sonst haben Juden schon wiederholt bedeutende Posten im amerikanischen Staatsdienste ausgefüllt. Strauß selbst war zweimal Gesandter. Mordecai Raab war bereits im ersten Viertel des vorigen Jahrhunderts Konsul in Tunis. Edwin de Leon und Simon Wolf waren Generalkonsulen in Ägypten, Salaman Hirsch Gesandter in der Türkei, Benjamin Peirato Konsul in Bukarest, Max Judd Generalconsul in Wien und Lewis Einstein Geschäftsführer in Paris und London. Fünf Juden sind Senatoren gewesen, dem Vizepräsidentenhaus haben im Laufe der Jahre vierzig Juden angehört und gehören jetzt vier Juden an. Deutsche Antisemiten würden wahrscheinlich Krämpfe bekommen, wenn ein deutscher Konsul auch nur Hirsch, Wolf, Mordecai oder Benjamin ufo. heißen würde. Die amerikanischen Juden finden es durchaus nicht nötig, ihre jüdischen Namen zu vertuschen und zu verlauschen.

Eine interessante Indenstelle der mittelenglischen Literatur. Herr Gymnasiallehrer J. Frenkner in Otterbach schreibt uns: In welchem Grade die englische Geistlichkeit des Jahres 1308 und ihr Anfang in dem Juden schließlich das Belchungsabjekt erbildeten, geht aus einer Stelle der nach Handschriften des Britischen Museums 1901 von Frederick Journal neu herausgegebenen Handlung Summe (Sündenrat) an Robert of Burne klar heraa. Dieser Schriftsteller lebte nicht als ordiniert Geistlicher, sondern als Laienbeuber, bezw. Kanonikus im Kloster Bourne bei

Lincoln in der Grafschaft Lincolnshire und hatte vor der damaligen Reichlichkeit und deren Aufschauenden den tiefsten Respekt. Nachdem Robert auf S. 181 der Handlung Summe ausgeführt, daß Bucherer und Geldheiser ja gailas wie Saracenen und keine Christen sind, heißt es auf S. 213 beselben Wertes in sinngemäßer Uebersetzung folgendermaßen:

Du sollst um kleinem Preis
Willt einen Juden essen oder trinken,
Aber es sei denn, daß er das Christentum annehmen will,
So sollst Du keine Gesellschaft verfahren.
Und das sei einen wichtigen Grund,
Denn der Jude ist Arle Feind!
Der Jude liebt kein Kreuz
Jesus noch seine heure Mutter.
Deshalb, wenn anders Du ihn wirklich siehst,
Verlaß den Juden mit aller Deiner Kraft
Es sei denn Du höstest, daß er
Seinen Glauben aufgeben und das Christentum annehmen will.

Die dieser Stelle zu Grunde liegende, rechts daneben auf der selben Seite abgedruckte anglanormannische Stelle aus William of Wabingtons Manuel des Pöbel lautet in sinngemäßer Uebersetzung folgendermaßen:

Nicht darf Gesellschaft pflegen mit einem Juden
Aber den König Jesu nicht.
Weder im Trinken noch im Essen,
Wenn er nicht Christ werden will;
Denn natürlich ist gut die Anfernung,
Ihm die Seele des Juden zu retten;
Wenn er das nicht will, laßt nichts
Der Umgang des Juden mit dem Christen,
Sondern es ist Schand, weil es, eine sehr große,
Dem Heinde Gottes sehr zu tun.
Es ist kein Zeichen, daß gereizt wird
Aber sich mit dem Juden zu sehr eingelassen hat.
Ueberließ der Gelter zu vergeben hat,
Kann genug andere Gesellschaft haben.

Die mittelalterlich angehauchten Herrschaften halten eben den Verkehr der Christen mit den Juden zu anderen als zu Belchungsgeworden für eine Tadeln. Ueberaus charakteristisch sind auch die beiden letzten Zeilen der anglanormannischen Stelle, nach welcher besagte Herrschaften dem Verkehr der Christen mit Juden ein Hindernis sehen, wenn Geldnot dies dringend erfordert. Im Uebrigen ist jeder Kommentar zu den beiden für oder gegen die jüdische Selbst sprechen Stellen überflüssig.

Eine schreckliche Entdeckung.

gemacht von Karl Ettinger (Wänden).*)

Hochverehrter Herr Bartels!

Ein furchtbarer Verdacht, den ich schon lange hegte, hat sich bestätigt: Goethe hatte jüdisches Blut in den Adern. Entzaren Sie mir die Beweisführung — sie ist zu traurig —, schon sein Geburtsort Frankfurt a. M. sagt genug.

Nun wird allerdings verschiedenes klar, was bisher den Philologen so viel Kopfschmerzen bereitet hat. Die sexuellen Auschweifungen, die nicht einmal bei einem Pfarrhause Halt machten, erhalten nun plötzlich eine natürliche Erklärung: was ging den Juden Goethe ein christliches Pfarrhaus an? Kam da nicht vielleicht der alte semitische Haß gegen alles Germanische zum Ausdruck? Hat doch Goethe sonst immer Geliebte mit jüdisch klingenden Namen bevorzugt: Annette Schindler, Frau v. Stein (vergl. Silberstein, Rosenstein, Goldstein ufw.), Willemine, Herzlieb? Und erinnert es nicht an die alttestamentarische Sara, wenn der fast nebjährige alte Hebräer noch Liebesgeheimnisse an ein junges Mädchen macht? Doch ich will mich nicht mit den unverständlichen Personalien dieser „heutigen Dichter“ (sic!) aufhalten. Jüdische Literarhistoriker haben es sich ja angelegen sein lassen, all' den Schmutz gewissenhaft zu registrieren, sogar

*) Aus den „Wändener Neuesten Nachrichten“.

ihnen die Autobiographie ihres Stammesgenossen, die dieser selbst als *Dichtung* und — *Wahrheit* bezeichnete, eine bequeme Handhabe bot. Ich will nur kurz die „unsterblichen Werke“ des trauumatischen Platzhähners etwas näher beleuchten.

Daß seine „Beichte“ Schund sind, ist eine alte Sache. Schon das Motto seiner Lieber: „Spät erklingt, was früh erklang“ ist eine unerträgliche Nauschelei. Verloren ist fast alles in diesen wertlosen Reimereien. Wer glaubt es dem Juden Goethe, daß er im Walde so für sich hin ging, „um nichts zu suchen“? Ausgerechnet im Walde sucht er — nichts! Und wie gemein ist es, dann im Walde ein Blümchen auszugraben und es zu Hause „am stillen Ort“ (!!) lieber zu pflanzen. Ist diese Handlungsweise nicht geradezu symbolisch?

Wenn Goethe in seinem „Tischlied“ singt:

Wunderst auch, ihr Freunde, nicht,
Wie ich mich gebeude,

so können wir ihm antworten: Nein, Herr von Goetheleben, jetzt, da wir wissen, welchen Stammes Sie sind, wundern wir uns durchaus nicht mehr! Kann man sich überhaupt noch wundern über einen Menschen, der sich die echt semitische Weise gewählt hat:

Mit Mädchen sich betragen,
Mit Männern rumgeschlagen,
Und mehr Kredit als Gelf: (!!)
So kommt man durch die Welt.

Freilich, Herr Wolfganges, so kommt man durch die Welt, so wird man sogar Geheimrath! Damals, wie heute!

Ganz jammerhaft sind die kümmerlichen Versuche, den Ton des Volksliedes zu treffen. Sein „König in Thule“, der alte Nikolai, dessen Vorbild zweifellosche der Harenz-balter Salomo ist, sein „Tilgung“ — mit „Kron“ und „Schwiel“ —, sein „Lebensbelen“ weisen unheimliche tal-muthische Einflüsse auf, die sich manchmal bis zur direkten Jüdelerei steigern. So in dem Gedicht „Mit einem gemalten Band“, wo es heißt:

Einen Bild, geliebtes Leben!
Ich will mich kurz fassen.

Daß der „Faust“ ein schamloses Plagiat an Einword ist, weiß heute so ziemlich jeder Gebildete. Aber was hat der Jude Goethe aus dem herrlichen Stoff gemacht! Aus Faust ist ein langweiliger, fast- und trostloser „Schlecht-schneider“ (wie man in Frankfurt sagt) geworden, der von seinem eigenen Erzeuger sagt: „Mein Vater war ein dunkler Ehrenmann.“ Wenn er damit seinen geistigen Vater meint, mag er nicht unrecht haben! Daß Mephistopheles (vergl. Zetzels, Welches) jüdischen Ursprungs ist, liegt klar zutage, nennt er sich doch selbst den „Herrn der Motten und der Mäuse, der Fliegen, Fleder, Wangen, Räuse“.

Sapientia sat. Wollte ich alles Material verarbeiten, ich müßte solch' ein dickes Buch schreiben, wie Sie, Herr Bartels, über Heine, mit dem Sie diesem Hebräer endgültig den Saraus gemacht haben.

Nur eine Frage möchte ich noch beantworten: Wie kommt es, daß dieser Jude Goethe als deutscher Dichter gelten konnte?

Die Frage ist leicht beantwortet. Dreiviertel aller Literaturschreiber sind Juden. Sie erkannten in Goethe den ihnen verwandten Geist und trieben mit ihm jenen Kultus, den sie noch von Kopten her geerbt haben. Unzählige jüdische Komponisten — Schubert und Schumann haben die Gedichtchen Goethes nie recht gelesen — vertonten die „Lieder“ ihres Vassallen, eine Anzahl begeisterungs-

fähiger commis voyageurs jüdischen Blutes laßen sich zu einem „Goethebund“ zusammen, jüdische Bankiers sammelten Gelder zu „Goethe-Denkmalen“ usw. usw.

Und so will ich zum Schluß in anbetacht der Goethefische noch einen positiven Vorschlag machen: man zertrümmere alle Goethe-Denkmal und schmelze sie zu Wohlwird-Denkmalen um! Ehre, dem Ehre gebührt!

Ich bin, hochgeehrter Herr Bartels,

Ihr dankbarer Schüler

Rudi Eitlinger.

Briefkasten.

Dr. M. Der Rassenarzt des Prof. v. Bergmann, Dr. Richard Bier, der ihn nach Konstantinopel begleitet hält, ist Jude.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Ein-sendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erscheinenden Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeischuldigung a M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,80
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 241.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgesehene Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen und dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Carl Heßner, Magdeburgerstr. 14. — H. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Steglitzerstr. 21. Expedition: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

nehmen, Frau Riehl samt ihren „Tömen“ ausgenutzt haben. Für die antisemitische Presse indessen kommt zuerst in Betracht, daß Frau Riehl eine Jüdin gewesen ist, vielleicht auch nur Jüdin von antisemitischen Gnadens ist. Aber der Jued ist erreicht, die verbläbten Leser und namentlich auch die Frauen, die ja nicht so genau wissen, wie es in den großstädtischen Kaffertöhlen zugeht, müssen glauben, daß die Borellianität besonders von Juden betrieben wird.

Da ist vor einiger Zeit der Wunderrabbi in der Autowina gestorben und die jüdische wie die nichtjüdische Welt nahm von dem mit allerlei Sensationsseiten verbundenen Ereignis der Karioität haßer Notiz. Die antisemitische Presse tat hierauf so, als wenn alle Juden dem Wunderrabbi huldigten und den Überglauben seiner Anhänger teilten. In Wirklichkeit machen sich aber nicht nur alle fortgeschrittenen, sondern auch orthodoxe und selbst orthodoxe Juden über das Treiben der Wunderrabbi lustig, und mit beiderem Spott können selbst Antisemiten den christlichen Lufst nicht geigen, als es auch Juden und gerade Juden getan haben. Unzählige Anekdoten, die die Wundertätigkeit dieses Rabbits verpöten, werden in jüdischen Kreisen erzählt. Man lacht so über die Wunderrabbi, wie man über die vermeintlichen Wunder der Spiritisten, Christen, Scientisten usw., lacht. Daß aber eine jüdische Sekte stark abergläubisch ist, ist doch ebensowenig wunderbar, wie es wunderbar ist, daß es Sekten in allen anderen Religionen gibt, die gleichfalls abergläubisch sind. Was die angeblichen Wunder der Wunderrabbi betrifft, so spielt bei ihnen sehr oft die Suggestion eine ebenso große Rolle wie bei allen anderen extraordinären Wundern in allen Konfessionen. Wir kennen z. B. einen Fall, daß ein jüdischer Gelehrter sobaldische Amulette, an deren Heilskraft er selbst nicht einen Augenblick glaubte, zu verteilte pflegte, aus deren wunderbare Heilskraft auch christliche Empfänger schworen. Der jüdische Gelehrte hatte nicht den geringsten perfiden Vorteil von seinen Amuletten, da er sie, und zwar auch nur auf dringende Bitten, umsonst hergab. Auch um den Ruf eines Wunderträgers war es ihm nicht zu tun. Er wies jeden Dank auch nur in Worten zurück und war der letzte, der für seine Amulette irgendeine Propaganda machte. Die Suggestion half den Empfängern über ihre wahren oder eingebildeten Leiden hinweg und der jüdische Gelehrte wollte auch den christlichen Wundergläubigen die Hilfe nicht verweigern, die sie von seinen Amuletten erhofften und — fanden. Es ist wirklich nicht einzusehen, warum Juden auf der unteren Kulturstufe im finsternen Kalliole, in der gleichfalls nicht hellen Autowina und andern halbbarbarischen Ländern verdinglicher sein sollen, als die gebildete vornehme Welt in den zivilisiertesten Ländern, die nach Wallfahrtsorten pilgert, um Wunder zu erleben. Daß aber die liberale Presse oder auch nur die jüdische Fachpresse, wie ihr von den Antisemiten vorgeworfen wird, den Wunderrabbi, dessen Krankheit und Tod vor kurzem seine Anhänger allerdings sehr aufgeregt hatten, irgendeine mehr verächtliche hätte als andere Personen, die durch irgend eine Karioität oder dergleichen größere Aufmerksamkeit erregen, ist eine echt antisemitische Verdrehung. Der Wunderrabbi von Sadogora hat auch nicht anmerkend, „die streifenden Judenblätter“ so beschätigt wie der Hauptmann von Köpenick die gesamte Presse. Auch war von „Ehrfurcht, Ernst und Rührung“ in den Berichten keine Rede, und die „Bewunderung vom Leben und von den Taten des Wunderrabbi von Sadogora“ stand bei weitem der Bewunderung nach, die in der gesamten Presse dem im Zirkuskauf zum Hauptmann entfalteten Schuhmacher Volgt gewidmet wurde. Aber dem antisemitischen Blatte ist es nur darum zu tun, seine Leser glauben zu machen, daß die Presse, die natürlich „verjährt“ ist, wohl christliche Kulte und Bekenner schärfst beurteilt, vor einem Wunderrabbi aber sich ehrsüchtig verneigt.

Wir möchten hier ein Beispiel anführen, wie die Antisemiten mit ungleichem Maasze messen. Es ist bekannt, daß die Antisemiten es sich besonders anliegen sein lassen, „judenteine“ Gasthäuser und Hotels zu begründen, sie tun auch alles erdenkliche, um den Juden den Besuch gewisser Heilbäder zu erschweren und selbst unmöglich zu machen. Wenn aber, wie dies jüngst in Frankfurt a. M. geschehen ist, der Saal der Bäder, in welcher die Juden die Mehrheit bilden, den Antisemiten nicht zu einer Versammlung überlassen wird, in welcher doch die Juden bekämpft werden sollen, dann ist das eine fürchterliche Ausnutzung des jüdischen Einflusses und der jüdischen Übermacht. Baderbesucher werden doch nicht agitieren, die Juden, die in einem Bade Heilung oder Erfrischung suchen, denken an nichts weniger als an eine Bekämpfung der christlichen Badergäste; dennoch werden sie ausgeschlossen. Ein Badort ist nicht so leicht zu errögen wie ein Saal. Dennoch soll der Ausschluss aus solch einem Badorte berechtigt, die Versagung des Bäderbesuchs zu einer antisemitischen Versammlung seitens der Handelskammer ein Ulsag, ein Sieg der Bäderjuden sein.

Das ist so ein kleiner Strauß antisemitischer Blüten aus allerjüngster Zeit. Allerdings haben die Antisemiten in letzter Zeit auch reichlich Ursache gehabt zu Mergern und Missgunnung, und sie neigten vielleicht nur deshalb zu gereizter Beurteilung. Ihr Bild Graf Pöller-Ritzhagen ist zu längerer Gefängnisstrafe verurteilt; ihr Freund Graf Boni Castellane verliert seine millionenreiche Frau in einem Scheidungsprozeß, in welchem der antisemitische Graf wahrlich nicht schon abscheidet, und in welchem er nebenbei auch als ein enthußiastischer Verehrer des schönen Mammons figurirt; ihr Gönner, Dr. Zueger, der Oberbürgermeister von Wien ist sterbenskrank; Oberst Picquart, der ihnen den tiefen Schmerz verursacht hat, Dreyfus zu befreien und die antisemitischen Verbrecher im Generalstabe bloßzustellen, ist französischer Kriegsminister, der Jude Desor Straus, den die „Staatsbürgerzeitung“ in ihrer obdachlosen Wut zu einem David Straus stempelt, ist Minister der großen transatlantischen Republik geworden. Die „Kreuzzeitung“ gibt ihrem Mergern über diese letzte Ernennung noch rührender Ausdruck. Sie meint, Straus scheine „ein außerordentlich smarter Geschäftsmann“ zu sein; einmal „ma c a e“ er demokratische, das andere Mal republikanische Wahlen, ganz wie es ins Geschäft passe. „Weilkeil“, fährt sie fort, trägt ihm diese Geschäftsgemandschaft auch noch einmal den Präsidentenstuhl und damit dem freien Amerika den Ruhm ein, der Welt das erste jüdische Staatsoberhaupt geliefert zu haben.“ — In seinem Grimme hat das fromme christliche Blatt ganz vergessen, daß es eine ganze Reihe jüdischer Staatsoberhäupter schon gegeben hat, und daß auf einen sogar der Stammbaum des christlichen Heilands zurückgeführt wird. Was wird Stöder dazu sagen, der einmal im Parlamente Auf und Weg geschrien hat, daß man vom König Hiesig nichts wisse, wenn er nun sieht, daß das kirchenfromme Organ sogar David und Salomon vergißt? Und daß auch andere Leute schon aus politischen Einflüssen politische Paulusse geworden sind, weiß die alle, eckliche „Kreuzzeitung“ auch nicht mehr. Ein Jude oder ist gleich „imart“, wenn er seinen politischen Standpunkt vertritt.

Den allerjüngsten Nummer aber dürfte den Antisemiten in letzter Zeit bereitet haben, daß Träger erster aristokratischer Namen und hohe Staatsbeamte im Verein mit Juden ein Warenhaus begründet haben. Das Warenhaus, diese angeblich von Juden erkumene und von Juden gesehte und gepflegte Institution, eigens von ihnen ernennen das deutsche Volk zu verderben, ist jetzt durch viele „Eckste der Nation“ und Stützen des Staates gewissermaßen hoffähig geworden. — Das ist bitter, sehr bitter. Jetzt wird man nicht mehr

auch nur mit einem Anschein von Recht die Juden für die Warenhändler verantwortlich machen dürfen, im Gegenteil von ihnen anerkennen müssen, daß sie, wenn auch nicht als die einzigen, so doch mit unter den ersten die Berechtigung der Warenhändler eingelesen und den Fortschritt sich zu Ruhe gemacht haben.

Die Juden in Preußen nach der letzten Volkszählung.*)

Das Königl. Statistische Landesamt in Berlin veröffentlicht in einer Sondernummer der Statistischen Korrespondenz vom 26. September die hauptsächlichsten endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905. Die wichtigsten Resultate daraus seien hier wiedergegeben.

Die Zahl der Juden hat sich seit der letzten Volkszählung vom 2./12. 1900, wo sie 392 322 betrug, um 17 179 auf 409 501 vermehrt. Diese Zunahme ist schwächer als bei allen anderen Konfessionen; denn sie betrug nur 43,79 %.

gegen die bei den	
Evangelischen	69,85 %
Katholischen	102,26 "
anderen Christen und Dissidenten	311,99 "
Personen nicht christlicher Konfession (ohne Juden)	456,02 "
Personen mit anderer unbestimmter Angabe der Religion	186,86 "
Personen ohne Angabe der Religion	395,69 "

Die Folge ist, daß der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung wiederum wie schon seit Jahrzehnten zurückgegangen ist; er betrug

1871	1,32 %	1895	1,19 %
1880	1,33 "	1900	1,14 "
1885	1,29 "	1905	1,10 "
1890	1,24 "		

Der amtliche Text bemerkt zu der geringen Zunahme der Juden, daß sie „wohl hauptsächlich auf Auswanderung und den zahlreichen Uebertritten zu anderen Bekenntnissen beruht.“ Diese beiden Faktoren mögen auch in Betracht zu ziehen sein, sie bleiben jedoch an Bedeutung hinter einem anderen Umstande, der geringen Geburtenzahl der Juden, weit zurück.

Dem Geschlechte nach waren von den Juden 202 109 männlich und 207 392 weiblich. Es entsamen damit auf 100 Männer 102,61 Frauen; bei der Gesamtbevölkerung ist dasselbe Verhältnis 100 : 102,70, also fast genau gleich.

Die Verteilung der Juden auf die einzelnen Provinzen seit der Volkszählung von 1871 zeigt Tabelle I. Es ergibt

Gebiet	Zahl der Juden bei der Volkszählung von				
	1871	1880	1890	1900	1905
Provinz Ostpreußen	14425	18218	14411	13877	13553
Westpreußen	26632	26547	21750	18226	16139
Stadt Berlin	36045	53949	79288	92208	98993
Provinz Brandenburg	11469	12596	13775	35708	40427
„ Posen	13007	12896	12246	10880	9660
„ Schlesien	61982	56909	44346	35327	30433
„ Ostfalen	46619	52622	48003	47592	46845
„ Schleswig-Holstein	3729	3522	3571	3486	3270
„ Hannover	12790	14790	15112	15393	15581
„ Westfalen	17245	18810	19172	20640	20737
„ Rhein-Raflau	36390	41346	44548	49103	50016
„ Rheinland	38424	43694	47264	52821	55408
„ Hohenzollern	721	771	661	532	469
Königreich Preußen zusammen	325436	363790	373054	392922	409501

*) Aus dem Nebenerbteil der „Beilage für Demographie und Statistik der Juden.“

sich daraus, daß die etwa mit dem Jahre 1880 einsetzende Wanderbewegung, welche die Juden aus den östlichen Provinzen der Monarchie nach Berlin nebst Vortoren und den westlichen Provinzen führt, auch im Jahresfünft von 1901 bis 1905 ihren Fortgang genommen hat. Die Zahl der Juden hat sich

vermindert in Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Posen, Schlesien und Schleswig-Holstein, vermehrt in Berlin, Brandenburg, Hessen-Raflau und Rheinland, ist ungefähr

gleich geblieben in Sachsen, Hannover und Westfalen.	
Am stärksten ist der Rückgang in Westpreußen (— 2087), Pommern (— 1220) und Posen (— 4894); diese 3 Provinzen hatten am 2./12. 1900 noch 64 433, am 1./12. 1905 dagegen nur noch 56 232 Juden, so daß sich ihre jährliche Vermehrung in 5 Jahren um 8201=12,73% vermindert hat.	
Die Vermehrung beträgt demgegenüber in	
Berlin	6887=7,25%
Prov. Brandenburg	14661=56,90
Hessen-Raflau	1911=6,97
Rheinland	3157=6,04

Exorbitant groß ist die Zunahme um 56,90% in der Provinz Brandenburg; von der gesamten Zunahme der Juden in Preußen um 17 179 Personen entfallen 14 661, also 85,32%, auf diese Provinz. Diese Zunahme ist fast ganz auf die Zunahme der Juden in den zur Provinz Brandenburg gehörigen Vortoren und Nachbarrorten von Berlin zurückzuführen. So hat sich die Zahl der Juden seit 1900

in Charlottenburg von 9701 auf 15604	
in Schöneberg von 2994 auf 6929	
in Nikolsb. von 450 auf 1176	

vermehrt. Zu dieser Steigerung dürfte neben den allgemeinen Einflüssen, welche in neuerer Zeit den Abfluß der Einwohner aus den Stadtbezirken an die Stadterweiterungen bewirken, der Umstand beigetragen haben, daß sich zur Zeit der letzten Volkszählung die russischen Juden, die sich wegen der Unruhen in Rußland nach Deutschland gewendet hatten, in erheblicher Zahl gerade in Berliner Vortoren aufhielten.

In Berlin selbst ist die prozentuale Zunahme der Juden mit 7,25% schwächer gewesen als bei der Gesamtbevölkerung, wo sie 8,01% betrug. In der Provinz Hessen-Raflau ist die Zunahme um 1911 Juden größtenteils der Stadt Frankfurt a. M. zu gute gekommen, wo die Zahl der Juden von 21 974 auf 23 476 stieg. In der Rheinprovinz haben

Rhein m. einer Vermehrung v. 9745 auf 11 035 Juden	
Essen „ „ „ 1884 „ 2 411 „	
Düsseldorf „ „ „ 2181 „ 2 877 „	
Dortmund „ „ „ 786 „ 1 287 „	

fast die ganze Zunahme der Rheinprovinz (3157) an sich gezogen.

In den einzelnen Regierungsbezirken sind die Veränderungen in der Zahl der Juden die folgenden:

Regierungs-Bezirk	1900	1905
Rheinberg	9 187	7 293
Worms	4 690	3 430
Worms	2 800	2 800
Darmstadt	5 504	5 247
Marienthal	12 722	10 892
Stadtkreis Berlin	92 806	98 893
Waldau	20 780	36 107
Frankfurt	4 886	4 320
Essen	6 292	5 792
Düsseldorf	4 300	3 641
Stadtkreis	288	267
Posen	22 308	19 392
Berlin	13 024	11 041
Weslau	23 285	23 546

Regierungs-Bezirk	1900	1906
Bayern	4 031	3 880
Östpreußen	20 370	19 439
Brandenburg	3 999	3 924
Mecklenburg	2 070	2 205
Oldenburg	1 978	1 921
Sachsen	3 486	3 270
Sachsen-Altenburg	6 575	6 854
Sachsen-Meiningen	2 697	2 582
Sachsen-Weimar	992	1 020
Schlesien	4 628	4 485
Stettin	2 755	2 766
Magdeburg	3 743	3 816
Wittenberg	5 095	4 895
Frankfurt	11 802	12 064
Kassel	17 483	17 495
Wiesbaden	30 662	32 521
Frankfurt	8 539	8 348
Frankfurt	17 994	18 444
Frankfurt	14 250	16 260
Frankfurt	6 773	6 948
Frankfurt	4 525	4 408
Frankfurt	532	468

Wie groß die Verschiebungen in der örtlichen Verteilung der Juden in Preußen seit dem Jahre 1871 gewesen sind, ergibt sich daraus, daß prozentualer von allen Juden in Preußen wohnten:

	1871	1906
in Ostpreußen	4,44	3,31
„ Westpreußen	8,18	3,94
„ Ostbaltisches Berlin	11,07	24,15
„ Brandenburg	9,52	9,87
„ Pommern	4,01	2,36
„ Posen	19,04	7,43
„ Schlesien	14,33	11,44
„ Sachsen	1,82	1,97
„ Schlesien-Hollstein	1,15	0,80
„ Hannover	3,93	3,81
„ Westfalen	5,30	5,07
„ Ost- und Westfalen	11,18	12,31
„ Rheinland	11,81	13,53
„ Hohenzollern	0,22	0,11
	100,00	100,00

Im Jahre 1871 wohnten noch 50,00 % aller Juden in den älteren Provinzen Ost- und Westpreußen, Pommern, Posen und Schlesien, 1906 dagegen nur noch 28,48 %; bei Posen allein beträgt der Rückgang 11,61 %. Dafür wohnen jetzt 34,02 % aller Juden in Berlin und Brandenburg gegenüber nur 14,59 % im Jahre 1871.

Von Interesse ist es, festzustellen, inwieweit die Zunahme der Juden seit 1900 um 17 179 Köpfe auf Geburtenüberschuss und auf Ein- und Auswanderung zurückzuführen ist. Nimmt man an, daß das Jahr 1906, für welches Angaben über Geburten und Sterbefälle noch nicht vorliegen, dieselben Ziffern aufweist wie das Jahr 1904, so würde der Uebererschuss aus rein jüdischen Eltern und der von jüdischen Müttern unehelich lebend geborenen Kinder über die Sterbefälle in den 5 Jahren 1901 bis 1905 7398 Personen betragen. Hierzu kommen noch 3081 lebendgeborene Kinder aus Mischehen zwischen Christen und Juden. Auf Grund früherer statistischer Erhebungen ist anzunehmen, daß der oterte Teil der Kinder aus Mischehen dem Judentum zuzurechnen ist, so daß der Gesamtüberschuss der Lebendgeborenen über die Gestorbenen 8168 Personen beträgt. Der jährliche Verlust, den das Judentum durch Tausen an seinem Bestand erleidet, dürfte auf 4000 zu veranschlagen sein. Unter Berücksichtigung dieser Verminderung ergibt sich, daß die Vermehrung der Juden in Preußen um 17 179 Personen in Höhe von 6168 Köpfen das Resultat des Geburtenüberschusses unter Abzug der Tausen, in Höhe von 12011 Köpfen dagegen das Resultat des Uebererschusses der Einwanderung (aus anderen deutschen Gebieten und dem Auslande) über die Auswanderung ist.

Aus dem antisemitischen Lager.

Der deutsche Volksbund der Herren Professor Förster und von Wosch hat am vergangenen Sonntag in Berlin seinen Bundestag abgehalten; es wurde beschlossen, schon jetzt für die nächste Reichstagswahl einen Wahlfonds zu bilden und als „Ersatzkandidaten“ folgende Kandidaten zu nominieren: In Ost- und West-Sachsenberg den bisherigen antisemitischen Abgeordneten Frölich, in Randow-Greifenhagen den früheren antisemitischen Abgeordneten Professor Förster und in der Stadt Stettin den Vorsitzenden der dortigen Ortsgruppe des Volksbundes, Oskar Seppie, der dort schon bei der letzten Wahl kandidiert und es auf nahezu 5000 Stimmen gebracht hat.

In Ost- und West-Sachsenberg haben übrigens die Konservativen dem Antisemiten Frölich, der ihnen das Mandat 1903 in der Stichwahl mit sozialdemokratischer Unterstützung abgenommen hat, jetzt den Interzessentlicher von Kappenberg gegenübergestellt; der Bund der Landwirte wird erst in nächster Zeit zu dieser Kandidatur Stellung nehmen. Offenlich überlassen die Liberalen, die das letzte Mal in dem Wahlkreise die Hände in den Schoß gelegt haben, den reaktionären Parteien nicht wieder kampflös das Feld. So sicher, wie die antisemitische Presse vorgibt, ist das Mandat für Herrn Frölich keineswegs.

Die Briefkasten-Zettelchen zwischen den Drangen der Reformpartei und der deutschsozialen Antisemiten werden munter fortgesetzt. In einer der letzten Nummern der Magdeburger „Sachse nach u“ finden sich folgende boshafte Bemerkungen, die sich nur gegen Deutschsozialisten richten können:

„O. W. Es existiert aber bei Herrn die Version, daß er jeden zum Reichstagskandidaten aufstehe, der mit ihm eine Flasche Sekt trinke.“

„Drs. S. Den drei Herren wird nachgefragt, daß sie im Dienste der Freimaurer arbeiten und den Judentum, jede gesunde Bewegung zu zerstören. Wie glauben an viele Herrschaften nicht, können indes nicht leugnen, daß ihre Tüchtigkeit bisher als Stützungen wieder gerichtet hat.“

Nach dem Frankfurter Hotelier Laack, dem Besitzer des antisemitischen Hotels „Möller Hof“, der kürzlich in seinen Räumen eine deutschsozialen Mitgliederversammlung beherbergt und den Vorzug geführt hat, wird besprochen von der „Sachse nach u“ der Kopf gewaschen; das Blatt schreibt vorwiegend: Da Herr Laack auch den Parteilager der Reformen in Kassel besucht hat, so erscheint und dessen augenblickliche Stellung nicht klar. Wir wären ihm dankbar, wenn er unsere Ungewißheit behebe.“

Zu dem antisemitischen „Bruderkampf“ in Ossen liefert die Magdeburger „Sachse nach u“ ebenfalls einen kleinen Beitrag in folgenden Worten gegen den mit den Deutschsozialen verbündeten Bund der Landwirte: „Der Kampf hat jetzt eine Schärfe ohne gleichen erreicht. Die Geschäftsstelle des Bundes der Landwirte zu Frankfurt a. M. verjagt die Zirkulare, in denen sie dem Schriftsteller Reuther die Strafen vorwirft, die er als Redakteur erlitten hat, und in dem sie ihm unterstellt, er wolle sich durch seine Agitation nur eine Proteststelle verschaffen. Die Beamten des Bundes der Landwirte und die Landwirte selbst treiben ihre Agitation natürlich nur aus reinem Idealismus, nicht etwa aus des Protektornes willen. Wenn man nun gar einem geeigneten Redakteur, dessen berufliche Stellung vorzuziehen, so entspricht das der idealen und frommen Denkungsart, welche eben nur in der reinen unerbundenen Gottesnatur, zwischen unschuldigen Schafen und frommen Olden gegeben kann. Das ist ein Thema, das die „Deutsche Tageszeitung“ einmal von ihrem frommen Leitartikel verurteilen lassen sollte.“

Wir kennen weder Herrn Reuther noch die Beamten des Bundes der Landwirte, aber diese Proben von der Kampfmethode des Bundes der Landwirte genügen, um uns mit größter Hochachtung vor der sittigen und erziehlischen Kraft des landwirtschaftlichen Berufes zu erfüllen!

Wenn nun erst die fütterigen Bode des heftigsten Bauernbundes auch noch in die konservativen Schafställe gerieben sein werden, dann muß ihnen auch klar werden, wie töricht sie gehandelt haben, als sie das Beste und Schönste nicht schon im Verein mit Kirchel, Köhler und Wolf erwählten."

Eine Schwindelnote der „Deutschsozialen Blätter“ über die früheren Nationalsozialisten. Das offizielle Parteiorgan der deutschsozialen Antisemiten schämt sich nicht — so lesen wir in der „Deut. Landes-Zeitung“ — die schwindelhafte Behauptung in die Welt zu setzen, die Nationalsozialisten hätten die bei der letzten Wahl 100 000 Mark vom Handelsvertragsverein — allein 45 000 für Werbung — bekommen. Jeder Mensch mit seinen fünf gesunden Sinnen, der unsere Agitation auch nur oberflächlich beobachtet hat, erkennt ja diese Schwarende im vollen Umfange. Unsere ganze Agitation bei der letzten Wahl hat überhaupt nur ungefähr den zehnten Teil der Summe, einschließlich der Stichwahl, gekostet. Davon kommen — 500 Mark vom Handelsvertragsverein, die dieser nachträglich ohne jeden Antrag von unserer Seite gewährte. In dem Verhältnis von 1 zu 90 schwindeln also die Antisemiten. Und diesen 45 000 Markschwindel embleidet sich ein hier im Kreise ständiger Agitatoren der Deutschsozialen namens Wulfs nicht, weiterzuschreiben. Die Herren arbeiten scheinbar nach dem Grundsatz: Verleumdung nur immer drauf los, etwas bleibt doch hängen!

Heber eine antisemitische Versammlung in Darmstadt. In der Herr Liebermann von Sonnenberg und der Herr der „Mittelungen“ ebenfalls bekannte Amtsrichter W a h r sprach, schreibt die „Darmstädter Veretzungs“ u. a.:

„Als Beweis der geraden kindlichen Naivität des alten Reaktionärs Liebermann von Sonnenberg mag aber die immerzu wiederholte Beschönigung der Darmstädter Freisinnigen dienen, ihre wahrere Gesinnung nicht unterdrücken zu lassen und den Führern die Geselgschaft zu versagen. Abfällig war auch die Versicherung, daß den zum Antisemitismus sich bekennenden Nationalsozialisten alles verziehen werden sollte. Sollte diese erste Rede teils einschüßend, teils erheitend gewirkt, so wirkte das darauffolgende Auftreten des Amtsrichters W a h r direkt provozierend. Er bediente sich gegenüber Andersgläubigen der verletzenden Ausdrücke und befaßte sich dann noch über das sogen. Anlagemonopol der Juden in Hessen. Wenn der Rassenhaß in solch gemeingefährlicher Weise vorgetragen wird, und noch dazu von „Gütern des Geistes“, dann ist es nicht an der Zeit, daß beiseite der Wahregeln des außerordentlichen Schupens eines Teiles der Bevölkerung außer Wirkung gesetzt werden. Weiterhin produzierte sich der Amtsrichter W a h r in einem juristischen Vortrage, um die freisinnig-sozialdemokratische „Lage“ der Regierung bei der Befassung des Offenbacher Abgeordneten anzugreifen. Zum Schluß versiel er dann in stiltliche Entrüstung über die Anknüpfung des Herrn von Liebermann in der „Veretzungs“, dabei ganz vergehend, in wozu schwachhafter Weise erst vor kurzem in einer Truchtschrift von ihm und seinen Freunden die Anhänger Raumanns beschimpft worden waren.“

Herr Krdell, der antisemitische Reichstagsabgeordnete für Preussisch-Gotha, sucht sich jetzt wieder an den Bund der Landwirte anzubiedern und die Agrarier

gegen die „hochkonservative Allee“ im Kreise auszuspielen. Sein Blatt, der „Mittelstand“, übernimmt den Nachruf, den Herr von Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte und früherer konservativer Reichstagsabgeordneter des Reiches, dem verstorbenen märkischen Agrarierführer Kling in der „Deutschen Tagesztg.“ widmet, und sagt daran folgende spekulative Lobhudelei:

„Wir gehen unseren Herrn diesen Artikel wieder, mit der nächsten Erweiterung, daß wir im Inhalt dieses Artikels den allen, ehrenhaften Vorkämpfer Wangerings wiedererkennen, den bei den letzten Wahlen nur hochkonservative Wähler, und hauptsächlich nur überbergende, vom Wader christlicher nationaler Politik abziehen konnten. Wir grüßen in diesem Artikel mit Freuden den alten Wangering. Möge dieser Artikel der Anfang der Güte und Umkehr sein.“

Wenn Herr Krdell etwas glauben sollte, durch dieses aufdringliche Liebeswerben den Bund der Landwirte von den Konservativen zu trennen und bei den nächsten Wahlen für sich zu gewinnen, so dürfte er sich gewaltig täuschen.

Graf Bückler, der erst am 20. Oktober vor der neunten Strafkammer des Berliner Landgerichtes I zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden ist, stand am 7. November wieder unter der Anklage der Anreizung verschiedener Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten vor der dritten Strafkammer.

Antisemitismus waren zwei Reden, die der Angeklagte während seines im Weisheitsamte erteilten Urteils am 12. Juni der Zugewogenen und am 3. Juli d. J. in den Kriminalsitzen gehalten hat. Lieber den Inhalt der beiden Reden, die auf den letzten gemeinsamen Bückler-Ten gestimmt waren und gegen die Juden hegen, legen wir die Berichte der beiden Polizeianstalten dar, die die beiden in Rede stehenden Bückler-Versammlungen ausgedrückt hatten. Der Angeklagte bezieht die Kuchenzucht solcher Polizeiberichte, die Polizeianstalten geben immer nur einzelne Stellen aus seinen Reden wieder und kürzen „so gewaltig“, daß sie nicht mehr als „Schwachsinn“ zu bezeichnen. Nach den vorliegenden Berichten hat der Angeklagte in beiden Fällen die russischen Sozialisten glorifiziert und seine Jüdwürer u. a. ausgefordert, es den russischen Völkern, welche dort trübe Kriegsbeute der Juden gemacht, nachzumachen. Bei uns würde die Kriegsbeute nach Verhinderung der Juden drei Milliarden betragen; für diese Kriegsbeute könnten die Teilnehmer an der letzten, schändlichen Kuchenzucht recht viel Schatz auf dem Kampffeld der Heile finden. „Schwachsinn“, nämlich, nachdem wir gesehen und die Schandvoll geproselt.“ Er habe eine Wille gehabt und sei von Gott zum Kampfe gegen die Juden aufgerufen worden, er erhalte eine heilige Mission u. c. Auch diesmal bezeugte der Angeklagte, daß seine Strafsprüche gar keine Aufregungen erweilen oder als solche von seinen Jüdwürern bemerkt worden seien. Das seien Volksschammlungen, die von den Massen verlangt wurden. Der Eintritt in die Vernehmungsphase wurde im Kollegium die rechtliche Frage auf, ob nicht die jetzt antisemitischen beiden Reden aus dem Jahre 1906 schon durch das Urteil vom 20. Oktober, das eine fortgesetzte Handlung angenommen habe, erledigt seien. Der Staatsanwalt widersprach einer solchen Auffassung in längerer Darlegung. Am 20. Oktober sei der Angeklagte wegen einer Anzahl Reden, die er im Jahre 1905 gehalten, verurteilt worden, jetzt aber sei er angeklagt wegen zweier im Jahre 1906 gehaltenen Reden. Der Angeklagte habe, im Jahre 1906 antisemitische Reden, mit der Zeit hat das Urteil vom 20. Oktober zu bestimmten längere Zeit unterbrochen, weil er seine Stellung in Weisheitsamte amtrat. Er ist dann beurlaubt worden, weil sein Schicksal im Al-Zirkeln abgeordnet und wenn er dann nach Berlin gehe und wieder solche Reden halte, so könne dies unmöglich unter den Begriff der fortgesetzten Handlung fallen, stelle vielmehr neue, auf einen neuen Anschluß beruhende selbständige Handlungen dar.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes verurteilte der Vorsitzende: Der Angeklagte ist am 20. Oktober wegen einer fortgesetzten Handlung verurteilt worden. Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß auch die beiden hier in Frage stehenden Reden unter diesen Begriff der fortgesetzten Handlung fallen. Sie haben denselben Inhalt und sind denselben einheitlichen Entschluß zurückzuführen. Die Unterbrechung der agitatorischen Tätigkeit des Angeklagten war keine freiwillige, sondern eine unfreiwillige infolge der Beurlaubung seiner Stellung und er hat seine Agitation sofort bei Beginn seines Urlaubs wieder aufgenommen. Der

Gerichtshof hat daher beschlossen, die Sache bis zum Eintritt der Rechtskraft der Entscheidung der 9. Strafkammer zu verlagern.

In unflätigen Schimpfereien erging sich der Beschimpfte wiederum in einer der letzten von ihm abgehaltenen Versammlungen. Er sprach über „Feinde des Antisemitismus“ und bezeichnete als solche auch alle diejenigen Antisemiten, die sein Auftreten nicht billigen. Hierbei nannte er einen Abgeordneten „gemeines Kack“. Von dem verstorbenen antisemitischen Abgeordneten Grafen Reventlow sagte er: „Dann hat mich auch der verlorene Graf Reventlow seinerzeit angegriffen: Der Hund ist ja nun betrunken!“ Das war selbst dem rabaulstigen antisemitischen Stammpublikum seiner Versammlung zu viel, das die Äußerung mit entsetzten Pfirschen aufnahm. Graf Bähler erklärte noch in dieser Versammlung, daß er eine Audienz beim Kaiser nachgesucht hätte, daß diese ihm aber verweigert worden sei. Auch der König von Württemberg habe es abgelehnt, ihn zu empfangen, weil Baron Salfer Schlässe gezogen worden könnten. Zeitweilen wollte er, so erklärte der Graf Bähler, von den Fürsten nichts mehr wissen.

In Übereinstimmung mit früheren sehr abfälligen Bemerkungen über Bähler schreibt neuerdings das Magdeburger Antisemitblatt:

„Wir haben unsere Ansicht über das Auftreten des Grafen Bähler vom Beginn seiner „politischen“ Tätigkeit ausgesprochen. Er ist lebhaft pathologisch zu nehmen. Das zeigen uns seine Ausprüche über seine göttliche Sendung, über seine Parrethe als prüfungsreicher Edelmann und Korb, über seine Agitationsformen lehtin vor Gericht. Graf Bählers Agitation konnte auch nur in dem Berliner Milieu gedeihen. Alle andern Großstädte haben ihn sofort abgelehnt, nachdem er nur einmal dort gesprochen hatte. Auch hier in Magdeburg hat er keine Gegenseite gefunden. Die „Berliner Post“ macht aus das Unmöglichste möglich. Wenn man nun endlich sein Auftreten verboten hat, so hätte das schon vor Jahren geschehen sollen. Man hätte damit dem Grafen selbst und auch der Stadt Berlin eine Wohltat erwiesen. Diejenigen Zeitungen, welche den Grafen anders begnadigen, sind selbst nicht ernsthaft zu nehmen.“

Ueber das Eingreifen der Hamburger Antisemiten in die Wahlen zur Bürgererschaft wird der „Wef. Zig.“ geschrieben: „Der Antisemitismus hat in unserer Bürgererschaft einmal eine Rolle gespielt, indem er es auf drei Vertreter brachte. Das war zu einer Zeit, als das kleine Meinentum zuerst durch die Einführung der Unentgeltlichkeit des Bürgerrechts das Wahlerrecht erlangte und im antisemitischen Fahrwasser schwamm. Das hat sich inzwischen geändert. Seit dem Jahre 1904 ist als letzter Rest der antisemitischen Herrschaft nach Herr Schöck in der Bürgererschaft, der inzwischen von Eilenach in den Reichstag gelangt ist. Jetzt aber glauben die Antisemiten, daß sich die Zeiten für sie geböhrt haben. Unter dem Propagationsmaßdruck haben sie einige Mandate zu erlangen. Deshalb sind sie jetzt ebenfalls mit einem Wahlaufruf auf der Bildfläche erschienen, in welchem sie sich „Wirtschaftliche Vereinigung Hamburgs“ nennen. Da ihre Mittel offenbar nicht dazu reichen, gleich den übrigen Parteien ihren Aufruf im Anzeigenteil der Blätter erscheinen zu lassen, so haben nur die ihnen nahestehenden „Hamburger Nachrichten“ den Aufruf ausführlich veröffentlicht. Derselbe ersondet auf die Aufforderung einzelner Förderer, die an der Spitze stehenden Namen, Raab, Schöck, Jacobson, bewiesen genug. Die Antisemiten wissen auch ganz genau, weshalb sie keine Einzelheiten angeben. Denn es ist für die Herren Raab und Schöck nicht leicht, ihre agrarische Politik gerade in dieser Zeit der Felschmot dem Volke muthetgerecht zu machen. Daran sind die Antisemiten hier schon früher gescheitert und werden sie

auch dieses Mal scheitern. Sie werden zufrieden sein können, wenn sie das jetzt zur Entscheidung kommende Mandat des Herrn Schöck sich erhalten. Zu den unteren Stamentkreisen ist man jetzt nichts weniger als geneigt, die Antisemiten, deren Politik die Lebensmittel so sehr verneuert hat, zu unterstützen. Damit aber wird den Antisemiten diejenige Hoffnung genommen, welche ihnen einige Aussicht auf einen Wahlsieg gab.“

XX Vom „Verband deutscher Hochschulen“. Die „Akademischen Monatsblätter“, das Organ der katholischen Studentenvereine Deutschlands, beschästigten sich in ihrer letzten Nummer mit dem unter antisemitischen Einflüsse stehenden „Verbande deutscher Hochschulen“, der ein eigenes Organ herausgibt, die „Deutsche Hochschule“.

Nachdem der Verfasser von den konfessionellen Kämpfen des letzten Semesters kurz berichtet hat, fährt er fort: „Nun ist aber zu dem konfessionellen Kampf für den Verband deutscher Hochschulen ein anderer hinzugekommen, der „Rassenkampf“. Es wird ein längerer Auszug aus einem Artikel von Bartels über die Rassenfrage mitgeteilt, dessen Ansichten ja unseren Lesern zur Genüge bekannt sind. Wegen des von Bartels proklamirten Rassenkampfes erhebt nun Professor Dr. Hilde aus Magdeburg in einer der nächsten Nummern der „Deutsche Hochschule“ einige „freundschaftliche Bedenken“. Er weist diejenigen Studierende an, die vielleicht vor lauter Begeisterung gar nicht wissen, wozu die Reise geht, darauf hin, daß die „Deutsche Hochschule“ im Begriff sei, das Rassenproblem als das eigentliche Problem der Zukunft in Bildung und Politik neu zu proklamieren und dann auch die Hochschulebewegung vom Rassenstandpunkt aus neu zu formieren und zu organisieren. Das sei ein Bruchschuß, wie man sich ihm stellen nicht leicht denken könne. Darin liege aber auch eine Gefahr für Zeitschrift und Verband. Wenn es sich bloß darum handele, das Rassenproblem in allen Wissenschaftsbereichen zu studieren und es zunächst einmal wissenschaftlich fleißig zu erörtern, dann sei das eine Aufgabe des Schwaches der Eblen wert. Aber wenn man meine, nun plötzlich im Rassengebanen den Schlüssel zur Weltgeschichte zu besitzen, nicht nur zum Verständnis der alten, sondern zum Nachden der neuen Weltgeschichte — so würde man rasch in neue Finsternis geraten. Man werde dadurch die Hochschulebewegung in eine Sackgasse, auf ein totes Gleise führen.“

Vermischtes.

Bismarck und Reichsdröcker. Die Antisemiten haben es immer kämmerlich behauptet, daß der erste Reichskanzler zu seinem Bankier einen Juden ausgewählt habe, und dem „höfischen Banier“ alle erbliche Schlichtigkeiten nachgesehen. Aber auch andere nicht direkt antisemitische Reize haben an dem intimen Verkehr des Reichskanzlers mit Reichsdröcker Anstoß genommen. Da ist es denn von Interesse — so wird hierzu der agrarisch-antisemitischen „Deutschen Tageszeitung“, die selbst erst in wenigen Tagen noch im Anschluß an die bekannten Persönlichkeiten aus dem Tagebuch des Fürsten Bismarck die bismarckischen Stoffe über Reichsdröcker gemacht hat, geschrieben — zu erfahren, was der verlorene Reichsdröcker nach Robert v. Reubell, ein die zu seinem Tode ehlischer und treuer Freund des Bismarckischen Hauses, der volle neun Jahre lang, von 1863 bis 1872, als Chef der Reichskanzlei in der unmittelbaren Umgebung des Fürsten weilte, über das gedachte Verhältnis berichtet. In seinem Buch: „Fürst und Fürstin Bismarck“ erzählt er aus dem Anfange des Jahres 1865:

„Das Bismarck schloß sich unerschrocken, daß niemand außer ihm in dem dunklen Labyrinth der bismarckischen auswärtigen

innern Politik die ganzbarende Hand zu finden vermocht hätte, haben waren alle übergrüß, die ihm widerstanden. In diesen Personen gehörte ihm demnach Herr Grafen Bleichröder, Ober des Reichsbankes E. Bleichröder, ein Mann von ungewöhnlichen Fähigkeiten. Sein Verstand war so lebendig wie durchdringend, sein Gedächtnis unerschöpflich, sein Herz feil und fromm. Daß die ihm deponierte Kapitalvermögen des Ministers gab ihm fast nichts zu tun, weil Espezialisten irgend welcher Art mit diesen Beträgen befaßt waren; aber seine Stellung zu dem Kaiserlichen Reichsminister führte ihn mitunter einen politischen Rathschlag zu. Die Reichsminister Reichsminister ist bekanntlich in Wien, Paris und London vertrieben (das Frankfurter Stammhaus ist inzwischen eingegangen); ihr Vertreter in Berlin aber war Bleichröder. Nun hatte der damalige Ober des Reichs Bankes, Baron James Reichsminister, jenseit seinen Zutritt zum Kaiser Napoleon, der ihm nicht nur über Finanzfragen, sondern auch über Politik ein freies Wort zu gestatten pflegte. Daß die die Möglichkeit, durch Bleichröder und Reichsminister an den Kaiserlichen Ministerien gelangen zu lassen, für welche der amtliche Weg nicht geeignet schien. In jenen Jahren hat Bismarck für geboten, die Beziehungen zu dem mächtigen Monarchen mit allen verfügbaren Mitteln sorgfältig zu pflegen und legte daher Wert darauf, auch diesen Weg vertraulicher Mitteilungen nutzbar zu machen. Durch mich sind bereits Aufträge nie vermittelt worden; doch erhielt ich die Anweisung, Herrn Bleichröder über die Lage der auswärtigen Politik, soweit sie nicht geheim zu halten war, auf Befragen verständlich zu unterrichten, damit er Erklärungen der Reichsminister für die Reichsminister selbst vorbringen, selbst und richtig ausführen könnte. Herr Bleichröder pflegte daher mehrmals in der Woche am frühen Morgen zu mir zu kommen und einige Minuten zu verweilen, an warmen Tagen im Garten, sonst in meinem Wohnzimmer. Ich lernte ihn auf diese Weise kennen und aufrecht schätzen.

Die gelegentlichen Aufträge des Ministers an Bleichröder hatten zur Folge, daß dieser sich als Hülfshandwerker des Reichsministers Reichsminister fühlte und benutzte, denn er von Bismarck sprach, ihn „unten herbeizurufen“ zu nennen pflegte. Weiteren Reichsminister der politische Grund seiner Reichsminister im Reichsminister Reichsminister natürlich nicht bekannt werden. Es erhebt sich daher manchmal das Gerücht, daß Bismarck durch Bleichröder für sich Reichsminister machen ließe, was tatsächlich niemals geschehen ist. Er hat oft genug ausgedrückt, es sei völlig unerlaubt, seine Kenntnis der politischen Lage zu Espezialisten zu denugen; ein Minister, der sich demselben bezieht, müsse in Verfassung kommen, seine politischen Reichsminister auf persönliche Reichsminister oder Reichsminister Reichsminister zu lassen und konnte daher seine gute Politik machen.

Es ist bekannt, bemerkt der Gewährungsmann des Organs des Bundes der Landwirte, hierzu, daß im Jahre 1866, den Preußen, unter Einsetzung seiner Großmachtstellung ohne Anleihe durchsetzen mußte, Bleichröder an der Bereitstellung der finanziellen Mittel hervorgerufen beteiligt war. Dies sicherte ihm mit Recht die dankbare Anerkennung seines Königs und dessen ersten Ministers. Daher erscheint es auch natürlich und begründet, daß die Vertrauensstellung, die Bleichröder bei dem Fürsten Bismarck einnahm, sich unvermindert bis zur Entlassung des letzteren erhalten hat; und die dankenswerten Mitteilungen des Herrn v. Reichsminister erklären es zur Genüge, weshalb in den spannungsreichen Wärgen des Jahres 1890 Herr Reichsminister gerade die Vermittlung Bleichröders in Anknüpfung nahm, um Zutritt zum Fürsten Bismarck zu erlangen.

— **Ein ungültiges Schächterverbot.** Eine interessante Entscheidung berichtet die „Kölnische Allgemeine Ztg.“ Gegen den Schächter Nathan in Warburg war ein polizeilicher Strafbefehl ergangen, weil er sich gegen eine Polizeiverordnung des Regierungspräsidenten von Aachen, vom 2. Februar 1903 vergangen haben sollte. Die erwähnte Verordnung bestimmt im § 4.

„Das Schlachten sämtlichen Viehes, einschließlich des Federviehes darf nur in geschlossenen, dem Publikum nicht zugänglichen Räumen vorgenommen werden.“

Der § 6 besagt:

„Das Schlachten darf nur durch erprobte Schächter, deren Befähigung von dem zuständigen Rabbinder festgestellt ist, ausgeführt werden.“

Nathan hatte auf einem Plage, dicht neben einer Dorfstraße ein Huhn geschlachtet und hierbei auch gegen § 6 verstoßen. Das Landgericht Warburg sprach

Nathan von der Anklage des § 6 frei, verurteilte ihn dagegen wegen Verstoßes gegen § 4. Der § 6 wurde vom Landgericht Warburg als nicht rechtsgültig bezeichnet. Das Kammergericht wies die Revision des Angeklagten gegen die Verurteilung zurück. Der Senat des Kammergerichts begründete seine Entscheidung wie folgt: Der § 6 ist ungültig, denn, möge man seinen Zweck in der oder jener Bestimmung suchen, eine Vorchrift des Paragraphen wird nicht gestiftet durch die Brochurung vom 20. September 1867 bzgl. 11. März 1850. Die Verordnung kann entweder demgegen das Vieh zu schälen, (Tierschutz), oder das religiöse Interesse der Juden. Beides bildet keinen Gegenstand des polizeilichen Verwaltungsrechtes nach Maßgabe des Gesetzes vom 11. März 1850. Der § 4 hingegen wurde als rechtsgültig bezeichnet.

Stettin, 5. November. Der Kaufmann Emil Aron, der Führer der Freisinnigen Volkspartei in Stettin, feierte heute in völliger Körperlicher und geistiger Frische seinen 75. Geburtstag. Seit 1836 im öffentlichen Leben tätig, bestreite er das Amt eines Stadtorbitorne von 1868–68, in welchem Jahre er sich, um jüngeren Kräften Platz zu machen, nicht wieder zur Wahl stellen ließ. Aron war schon als „Altumbvoriger“ an der politischen Bewegung seiner Tage tätig; er war beteiligt an der gelungenen Flucht Reichsministers. Als der verstorbene Dr. Annelung in Stettin einen Zweigverband des Nationalvereins gründete, war er einer der ersten, die sich demselben anschlossen. Auch um das Ausbleiben des Stettiner Turnvereins, dessen Ehrenmitglied er noch heute ist, hat er sich als eifriges Mitglied verdient gemacht.

Weinheim. Ein Verleumdungsprozeß des hiesigen jüdischen Arztes Dr. Hausmann gegen einen antisemitischen Kollegen ist jetzt nach mehreren Verhandlungen zugunsten des Klägers entschieden worden. Denselben lag folgendes zugrunde. Das Dienstwächchen des Kaufmanns O. in Remsbach bei Weinheim erkrankte an Diphtherie, und der Hausarzt ersuchte den behandelnden Arzt, Dr. Ebner, über nach demselben zu sehen und wenn er auch außer der Christenlehre aus sei seiner Tasche besorgen müßte. Dieses Angebot aber schlug Dr. Ebner aus und im Laufe der Unterhaltung und Auseinandersetzung ließ er die Worte fallen: „Sie haben mich bestechen wollen, da müssen Sie zum Juden Hausmann gehen, der nimmt Geld an.“ Diese Äußerung bildete nun den Gegenstand der Klage seitens des Herrn Dr. Hausmann, der in dem vorliegenden Krankheitsfalle überhaupt nicht zugezogen war und daher von Dr. Ebner vollständig unbekannt wurde. Letzterer gibt die Äußerung zu, will aber dazu bestimmt worden sein durch die Annahme, Dr. Hausmann habe sich als früherer Hausarzt des O. schon derartige Vergütungen geben lassen, sonst hätte wohl Herr O. ein derartiges Anerbieten nicht gemacht. Dies habe er um so eher annehmen können, als Herr Dr. Hausmann, nach seinen Erfahrungen, den Geldverkehr in angeblich standesunwürdiger Weise bei Ausübung der Praxis in den Vordergrund stelle. Ueber die vom Beklagten angeführten Fälle wurde vom Gericht als Sachverständiger ein Mannheimer Arzt beigezogen, der nicht einmal ein inkorrektes Gebahren in den vorgebrachten Fällen erblicken konnte viel weniger ein standesunwürdiges Benehmen. Der antisemitische Arzt wurde vom Gericht zu 75 Mark Geldstrafe und sämtlichen nicht geringen Kosten verurteilt.

Prag. Bei der Einweihung der neuen Synagoge war unter anderen höheren Staatsbeamten auch der böhmisches Statthalter Coudenhove persönlich erschienen. Es ist ein in unserer Zeit doppelt erfreuliches Zeichen vorurteilsloser Gesinnung, daß der Herr Statthal-

ter bei dieser Gelegenheit erklärte: „Ich bitte, mein Erscheinen bei der Feier der Einweihung als Beweis der selbstverständlichen Anerkennung der vollen Gleichberechtigung aller Konfessionen und der hohen Achtung aufzunehmen, die wir Ihrem Bekenntnisse entgegenbringen.“

Die Pogrome gemacht werden. Man schreibt der „Russischen Korrespondenz“ aus Petersburg: Es bleibt noch immer die Frage zu beantworten: Ist Herr Stolypin ein Gegner oder ein Freund von Judenraufschüssen als Regierungsmaßnahme gegen unzuverlässige Gesinnung? Herr Stolypin versprach offiziell die Frage am 23. Juli in der Reichsduma anlässlich des Pogroms in Wladiwostok zu beantworten, zog es aber vor, am 21. Juli die Volkssammlung aufzulösen und die Antwort schuldig zu bleiben. Die Haltung des Ministeriums des Innern gegenüber ist auch eine höchst verdächtige. Jedenfalls ist sie solcher Art, daß der sogenannte „Verband des russischen Volkes“ in seiner Propaganda für neue Attentate sich offen auf die Zustimmung der Regierung beruft. Und die Ereignisse bestätigen, daß der Verband der schwarzen Hundert Grund dazu hat.

Einen sehr charakteristischen und höchst bedenklichen Vorfall, der jedoch am ersten Teil der Siedler-Tagung erinnert, meldet man aus Kelschja (Gouv. Wladiwostok). Der ziemlich harmlose und ganz alltägliche Zwischenfall ist folgender: einige jüdische Jünglinge im Alter von 17 bis 20 Jahren zankten sich mit einigen altgläubigen Russen. Es entstand ein Handgemenge, wobei einer der Altgläubigen eine geringe Verletzung am Kopf davon trug. Der ganze Vorfall war bedeutungslos, da dergleichen in Kelschja sehr oft vorkommt, selbst die Polizei sah keinen Grund zum Einschreiten. Zum Unglück gehörten aber die russischen Russen zum „Verbande echt russischer Leute“, und der Verband nahm sie unter seinen Schutz. Es entstand ein Briefwechsel zwischen dem Vorsitzenden der Verbandsfiliale Herrn Wladislaw und dem Vorsteher der lokalen „Strafexpedition“ Oberst Werchowostsky. Endlich am 20. Oktober lud Herr Werchowostsky den Rabbiner vor und hielt an ihm folgende Ansprache: Die hiesige Polizei teilte mir mit, daß die Juden am 30. Oktober eine Demonstration mit roten Bannern zu veranstalten beabsichtigen, daher sage ich Ihnen im voraus, daß, falls auch nur einzelne Juden mit einem roten Bannern hervortreten, so würde ich sie mit meinen Dragonern umzingeln und keinen einzigen am Leben lassen, ich würde ihnen die Siedler-Geschichte in verzerrender Weise wiederholen, so daß ihnen künftig zu demonstrieren die Lust vergeht. Mein Entschluß ist unwiderruflich, und ich besitze die notwendigen Vollmachten. In zehn bis fünfzehn Minuten kann es bis 300 Tote geben. Bringen Sie es, bitte zur Kenntnis der jüdischen Bevölkerung. Ich wiederhole — ich werde nicht unterliegen, es jemand schuldig ist oder nicht; ich schreibe jeden einfach nieder und damit basta. — Weiter, haben Sie wohl gehört, daß vor 14 Tagen in Kelschja die Juden drei Altgläubige mißhandelt haben. Die Schuldigen haben unerbittlich; es können daher die Ladenbesitzer, bei denen sich der Vorfall abspielte, leiden. Sagen Sie es Ihren Glaubensgenossen. Adeu! Am 27. Oktober kamen zum Rabbiner Dragoner und überreichten ihm folgendes Schreiben:

„In einer Dienstan gelegenheit haben Sie am 22. Oktober 9 Uhr morgens zu mir auf Gut Adamowo kommen. Sollten Sie sich weigern, so würden nach Ihnen Dragoner geschickt werden. Unterzeichnet Dragoner-Estabronchef Danilow. Datum und Nummer.“

Gleichlautende „Einladungen“ bekamen noch drei Juden, und so gingen die vier Montags früh nach Adamowo. Herr Danilow empfing die Deputation im Festsaal mit der Beileide

in der Hand und überhäufte sie mit den gemeinsten Schimpereien und mit der Drohung, die ganze Stadt zu demolieren und sämtliche Juden hinzuschlagen, falls im Laufe der nächsten 10 Tage die Schuldigen, die den Russen verletzten, nicht ausgeliefert seien. In ihrer Todesangst warnten sich die Juden wiederum am Danilows Vorsetzen — den erwiderten Oberst Werchowostsky; dieser aber beherrschte die Deputation folgendermaßen an:

„Falls die Juden die Missetäter nicht ausliefern, so werden die Altgläubigen sich selbst rächen, und ich würde die Juden wieder vertreiben noch meine Soldaten von Ausschreitungen abhalten können. Also falls die Juden im Laufe der nächsten zwei Tage die Missetäter nicht ausliefern, würde ich Dragoner-Patrouillen in der Stadt aufstellen und diese vertreiben es wohl, die Juden einzuschüchtern. Außerdem werden die Ladenbesitzer, bei denen die Schläger voram, mit Ragnallen durchgeprügelt werden. Die Ragnalla wird schon die Wahrheit erfahren; unlängst harb unter der Ragnalla ein Bauer, und meine Dragoner bekamen das für einen Dank der Ehre.“

Nach dieser Rede Werchowostskys entstand im Städtchen eine degreifliche Panik, und wie die Russen Snamja mit einer gewissen Verachtung siegesbewußt konstatieren, verließen die Juden eilig die Stadt und flüchten. Glücklicherweise verlief der 30. Oktober in Kelschja ruhig; aber das ändert an der Sache nichts, denn die dortigen Juden müssen noch jemanden „ausliefern“, und da die „Schuldigen“ unermittelt bleiben, so können sie natürlich nicht ausgeliefert werden; daher fühlen sich die Juden in Kelschja wie zum Tode verurteilt.

Briefkasten.

Dr. G. Vielen Dank für die glücklich gesendeten 100 RM., beglücklichen Herrn G. G. und Angenommen hier für je 20 RM.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und
unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pf. bzw. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Zusätzlich als Sonderausgaben erschienenen Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,80
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Friedbergstr. 241.

14. — J. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Engelstr. 81, Magdeburgerstr. 14.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: Kurt Hilger, Magdeburgerstr.

Spezial: Berlin W.,

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbüro in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 55,
Mogeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Ansatzt wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 3878.

Die Mitteilungen an die Expedition und Expedition sind zu richten an Herrn W. Mogeburgerstr. 14, und alle ihr den gleich das Hausnummer beizubehalten. Geb. Kreis- und Kreisverordnungen, des Schatzmeisters, Herrn St. Zorn u. Z. Gensel, Berlin W. Mogeburgerstr. 14.

Ein Janal.

„Ein Janal“, lautet die Überschrift eines Artikels in der letzten Sonntagsnummer der „Staatsbürgerzeitung“, der so charakteristisch ist für antisemitische Niedertracht, daß wir ihn am liebsten in seinem vollen Wortlaut hier wiedergehen hätten, um den Antisemitismus an dem Pranger zu stellen.

Ein jüdischer Privatdetektiv, von seiner Frau getrennt und mit einer anderen in Konkubinat lebt und diese mit seiner christlichen Maschinenreiberin betriegt, soll zu seiner Konkubine gesagt haben: „Was willst Du denn? Wenn sich ein Ehefräulein mir hingibt, dann kannst du doch bloß zuschreiben sein!“ Auf Grund dieser Aussage einer Konkubine und der angeblichen Äußerung einer so minderwertigen Person, wie der jüdische „Privatdetektiv“ Acher, wagt die „Staatsbürgerzeitung“ die empfindlichsten Anklagen gegen die ganze Judenheit zu erheben. Irene angebliche Äußerung sei „charakteristisch für die ganze Auffassung vieler Juden von der Ehre der deutschen Frau überhaupt.“ Aus solchen Worten soll der jüdische Geist sprechen. In etwa, wenn eine so ganz untergeordnete Person für den jüdischen Geist sprechen soll, nicht der mit achtzehn Ehebänden behaftete antisemitische Deputierte Graf Boni Casellane unendlich eher charakteristisch für den Antisemitismus? Einem gemeinen jüdischen Mädchenhändler wird vorgeworfen, daß er den Mädchenhandel dem Handel mit Ocht und mit Kleibern gleichgestellt habe? Und wie haben christliche Sklavenhändler in ganz anderer Stellung zum Sklavenshandel gesprochen? Galt ihnen nicht der Negers als „Ebenholz“? Und die Herren Kapitane und Reeder verführten mit den Sklaven doch noch ganz anders als die Mädchenhändler mit den Mädchen, die mäßig oder gezwungen ihnen folgen. Diese heuchlerische Entzückung, diese pharisäische Uebertreibung, daß „das deutsche Geistesbild sich fräube, begreifen zu wollen, daß jüdische Mädchenhändler in ihren Kontrakten schreiben: „Sollten wir, was Gott verhüten möge, bei dem Gefährte Verluste erleiden.“ Der Schreiber des Antisemitensblattes hat noch nie davon gehört, daß Christen hier und da zu Gott beten, daß er ihnen bei einem Einbruch, einem Werd u. dergl. Verbrechen helfen möge. Weshalb nicht ganz und gar verlogenen und verblödeten Menschen wird es einfallen, das Christentum über die Christenheit und nicht den kulturellen, geistigen und sittlichen Tiefstand solcher Subjekte verantwortlich zu machen?

Bei den Deutschen soll die geschlechtliche Korruption nur schimpfliche Ausnahme, bei den Juden die Regel

sein. Das ist wieder eine durch nichts bewiesene Beschuldigung. Wir denken, daß auf diesem Gebiete es überall Sünden in Hülle und Fülle gibt. Der verkehrteste Schreiber sollte, ehe er dergleichen zu Papier bringt, erst einmal die Sittengeschichte der verschiedenen Völker studieren, oder wenigstens der Deutschen: der Fürstenaufsteiger, des Adels, der Städte, der Landbevölkerung. Es ist eine speichelleckerische, gemeine und verderbliche Lüge, eine wider besseres Wissen — selbst wenn wir die Bildung des betreffenden antisemitischen Kriegers noch so niedrig einschätzen, müssen wir sagen, wider besseres Wissen — hingeschmirbelte Verleumdung, daß die Germanen gewissermaßen nur die Nachahmer der Juden in der geschlechtlichen Immoralität seien. Wir könnten ganz andere Klassen und Stände nennen, die auf diesem Gebiete verderblich wirken, wenn wir nicht wüßten, daß ohne dieses Wirken es auch sexuelle Immoralität überall geben würde und gebe. Man könne nur, wie wir es gehört haben, wie man in gewissen höheren Kreisen von „Bürgermädchen“ denkt, spricht und an ihnen handelt!

Das Stickerblatt glaubt mit heuchlerischem Augenaufschlag, angesichts solcher Verfälle seine warnende Stimme den deutschen Frauen gegenüber erheben zu müssen, von denen schon so viele durch ihre Zuneigung zum Judentum Blute- und Rassenhande über ihr Volk brachten.“ Der Striksfaz scheint nicht zu wissen, was Rassenhande, und daß sie Strafraz ist. Von Rassenhande aber sollte ein Blatt im Besitze eines christlichen Pastors doch aus religiösen Gründen, die in der Vergangenheit und in der Gegenwart liegen, lieber nicht sprechen. Ueber den Schluß des Artikels: „Die's mit den Juden hält, die deutsche Frau, nimmt mit Ehr und Anstand nicht genau“ soll mit dem Schreiber des Antisemitensblattes auseinanderzuweisen, überlassen wir den jahrelangen mit christlichen Frauen, mit deutschen Frauen lebenden Männern und den germanischen Verwandten der so heileibigen Frauen.

Einen „Janal“ wollte die „Staatsbürgerzeitung“ an-sündnen, um vor den Juden zu warnen; das von ihr ent-sündnete Brandfeuer wird aber hoffentlich eher dazu dienen, daß alle unabhängig denkenden Menschen sich voll Etel von der Borniertheit, der Heuchelei, dem Pharisäertum und der Ver-leumdungssucht der Antisemiten abwenden.

Konfessionelle Rinn.

In der vergangenen Woche ward von jüdischer (glottischer!) Seite ein Aufruf verbreitet, welcher sich an eine „beschränkte Anzahl jüdischer Konfessionsfreunde“ wandte und

zur Bildung eines Fonds für „jüdisch-künstlerische Veranstaltungen“ aufzoferte. Man plant, regelmäßige Vortragsabende und Aufführungen zu veranstalten, welche „der jüdischen Kunst gewidmet“ sind. Der Zweck dieses Unternehmens wird in erster Reihe dahin gedeutet: Die Reitation von Dichtungen, die Darstellung von Dramen, in denen die Juden als aufrechte, vornehme Naturen, als Vertreter des höchsten Menschentypus geschildert werden, muß den Antisemitismus zum Schweigen bringen“.

Mit diesem Programm ist der erste Schritt auf einem sehr gefährlichen Weg getan. Bisher war die Kunst ein Gebiet, welches sich gegenüber den allesbeherrschenden politischen Strömungen noch eine gewisse Neutralität gewahrt hatte. Bisher ward die Kunst nur in Ausnahmefällen zum Mittel eines politischen Endzweckes erniedrigt. Um ihrer selbst willen kultivte man sie bisher. *L'art pour l'art!*

Iener jüdische Aufruf wird den bürgerlichen Zuständen im Bereiche unserer Kunst ein jähes Ende bereiten — zum Schaden der Kunst, zum Schaden auch des konfessionellen Friedens.

Uns interessiert der Aufruf an dieser Stelle nur wegen seiner zersetzenden Wirkung in konfessioneller Hinsicht.

Schäm! Der Verfasser des Aufrufes meint, die neue jüdische Kunst werde den Antisemitismus zum Schweigen bringen. Dann braucht es also hinfür nicht mehr der mühevollen Arbeit eines Vereins zur Abwehr des Antisemitismus* und ähnlicher Organisationen, welche mit den nutzlosen Waffen der Vernunft kämpfen? Richt die Macht der Tatsachen, nicht die Wahrheit, sondern das täuschende Spiel der Kunst wird den Sieg über die finsternen Judenfeinde erringen? Wie einfach: man stellt jüdische Heldenfiguren auf die Bühne, und flugs wird der grimmigste Antisemit zum sanftmütigen Judenfreund gewandelt! ... Welch herrlich naiver Glaube! ... Ich muß an meine Kindheit denken. Da nahm ich alle die wunderlichen Vorgänge auf der Märchenbühne für bare Münze. Ich glaubte an das leuchtende Ewigen, an das ruhige Auserwählte. Doch man wird älter und skeptischer und kritischer: man erfährt, daß Kunst und Leben sich nicht beden. Was drohen auf der Bühne sofort erscheint, trägt im Leben gar oft tiefschwarze Couleure. Auch der seltsame Menschendruck kann von des Dichters Gnaden zum Helden gespielt werden. Dennoch wird ihn die Welt, wenn die lästige Stunde des Kunstgenusses vorüber ist, als einen Mörder betrachten. ... Traut der Verfasser jenes Aufrufes nun dem Antisemiten wirklich ein so kindlich-frommes Gemüt zu, daß sie den Judenhaß von sich werfen werden, sobald sie nur auf der Schaubühne einen Juden sehen, der „als aufrechte, vornehme Natur, als Vertreter des höchsten Menschentypus geschildert“ ist?

Nein — verschwinden wird der Antisemitismus durch jene neue jüdische Kunst nicht. Im Gegenteil: er wird eine Stärkung erfahren. Denn die professionellen Antisemiten werden sich die gute Gelegenheit zur neuartigen antisemitischen Propaganda sicherlich nicht entgehen lassen. Die jüdenfeindlichen Ebnen wird man mit einem jüdenfeindlichen Unternehmen beauftragen. Wenn die Juden jüdische Engel auf die Bretter stellen, so werden die Antisemiten zu jüdischen Teufeln greifen. Es gibt ja so manches dramatische Schauspiel, das sich bei gefährlicher Aus schmückung und Aufpompung auf den antisemitischen Ton hinausspielen läßt. Am Ende wird gar der alte Schatzkammer mit seinem Schylo hergeholt müssen! ... Und ich fürchte, die Antisemiten werden das, was den Juden nimmer gelingen kann, tatsächlich erringen: die Zuhörer werden der antisemitischen Schauspielungen die Vorgänge auf der Bühne tatsächlich als ein Spiegelbild der Wirklichkeit betrachten. Zu gern nur glaubt man ja

Schlechtes von seinem lieben Nachbarn. So wird das konfessionelle Theater für die Juden zwar wenig segensreich wirken, wohl aber wird es dem Antisemitismus neue Kräfte zuführen.

Und es kommt noch ein anderes hinzu. Wenn erst die konfessionelle Zukunftsbühne Wurzel geschlagen hat, dann wird neben den bereits vorhandenen konfessionell-schimmernden Traumen ein reiches Angebot von konfessionellen Reue-Dichtungen aufkochen. Der eine „Dichter“ wird mit jüdenfeindlichen, der andere mit jüdenfeindlichen Teubendramen aufwarten. Das wird ein lustiger konfessionell-politischer Kampf werden im stillen Bereiche der deutschen Kunst. ... Ich glaube, von antisemitischer Seite wird „Dr.“ Pöckler als erster am dramatischen Zukunftstheater erscheinen. Bei seiner glühenden Phantasie, bei seiner jargonreichen „Wilderprache“ ist er ja der geborene antisemitische Kabard-Dramatiker.

Wir stehen in Deutschland konfessionelle Schulen, konfessionelle Studentenverbindungen, bald werden wir auch ein konfessionelles Theater, eine konfessionelle Kunst haben — vorausgesetzt, daß jener getrennende jüdische Aufruf zu praktischen Ergebnissen führen sollte. Nach sieht die neue jüdische Kunst auf dem Papier, nach ist es Zeit, sich gegen die neue Tendenz zur Wehr zu setzen. Als vor einem Jahrzehnt jüdische Jünglinge daran gingen, konfessionelle Studentenverbindungen ins Leben zu rufen, da wurden sie mit Recht wegen ihrer unglücken Taktik (mehrfach auch in diesen Blättern) angegriffen. Damals war dieser konfessionell-jüdischen Studentenbewegung indes zugute zu halten, daß die Juden wenigstens nicht den konfessionellen Doppelpakt in der Studentenheit herabgerufen hatten. Das Karmel warren damals die Christen. Heute, auf dem Gebiete der Kunst, liegt es anders. Die Angreifenden, die Süder des konfessionellen Friedens sind die Juden. Wenn es daher ernst ist mit seinem Streben, den konfessionellen Frieden zu wahren, dem Antisemitismus zu wehren, der hat auch die Pflicht, energisch Protest zu erheben gegen die neue, von jüdischer Seite ausgegangene, konfessionelle Propaganda. Da sie letzten Endes auf eine Stärkung des Antisemitismus hinauslaufen wird, so bedeutet der Protest nichts anderes als eine präventive Antisemiten-Abwehr.

Dr. Bernhard Weiss.

Zeitgen Gebert.

Der Roman einer jüdischen Familie.

Auf die Zeiten eines rüben Gegenwartsrealismus ist für den deutschen Roman eine gewisse Reaktion gefolgt. Der Zeiger der literarischen Mode weist neuerdings um eine bis zwei Generationen zurück in jene Zeiten, da der Vater die Mutter oder der Großvater die Großmutter nahm; eine Erschöpfung, die der Kleider- und Möbelmode mit ihren Anklängen an die Wiederbelebung zu folgen scheint. Die einmal etablierte Herkömmlichkeit des künstlerischen Realismus verweigert sich freilich auch dabei nicht; d. h. man schweift nicht mehr so weit in entlegene Epochen oder gar frühere Jahrhunderte zurück, wie es der im Hinterreffen geordnete, ehemals dominierte historische Roman getan, sondern man magt sich gerade um so viel Jahrzehnte rückwärts, als mündliche Tradition dem lebenden Gedächtnis noch eine Kontrolle über Schickel und Treue des Details gestattet. Einen der ersten Schritte in dieser Richtung unternahm vor Jahren Clara Liebig mit ihrem Düsseldorf Roman „Die Nacht am Rhein“, der in den Dreißigerjahren einfiel und mit dem deutsch-französischen Kriege schließt. Ein paar Jahre später brachte Thomas Mann mit seinen vielgelesenen „Buddenbrooks“ die Wiederbelebung im Vaterlietwaise einer alten Konfession lebendig, und seitdem ist das mittlere Drittel des

vorigen Jahrhunderts, besonders die vormärzliche Zeit, ein bevorzugter Hintergrund neuer Erzählungen geworden, so in dem begabten Ottomar Esling jüngstem Roman „Die Darnetower“ (Dresden, Reimer), so in Hanns von Hobelt's Berliner Roman „Arbeit“ (Jena, Costenoble), in Otto Hauers „1848“ (Stuttgart, Bong & Co.) u. a. m. Auch die Bühnenbühnen wandten jener Zeit des politischen Reizens und Sägers ihre Aufmerksamkeit zu und brachten in Städten wie Subermanns „Sturmgefäße Sotrates“, Max Halbes „Tausendjährigem Reich“, E. von Kreyerlings kleiner Tragödie „Bemmens Erlebnis“ u. a. die Generation von Anno Achtundvierzig auf die Bühne. Einen Auschnitt aus der speziell berlinischen Vormärzatmosfera und zwar aus den jüdischen Bürgerkreisen, gab uns der junge Berliner Dramatiker Georg Hirschfeld schon 1897 in den ersten Teilen seines ein ganzes Frauenleben umspannenden Schauspiels „Agnes Jordan“. Und etwas später erschien der wenig beachtete, aber zweifellos interessante Roman Hedwig Dohms „Schicksale einer Seele“, dessen Verfasserin als alte Berlinerin jene Epoche noch aus eigenem Erleben schärfen konnte.

An die beiden zuletzt genannten Werke einerseits, andererseits an die „Buddenbrooks“ mit ihrem Reichtum an Charaktertypen fühlt man sich durch das neueste Werk dieser Art literarischer Daguerotypie, durch Georg Hermanns kürzlich erschienenen Roman „Jettchen & Robert“ (Berlin, Egon Fleischel & Co.) öfter erinnert. Nicht etwa in dem Sinne, daß man von einer Anlehnung oder Nachahmung auch nur in Einzelheiten sprechen dürfte; die ganze Atmosphäre jedoch ist der bei Hirschfeld und Dohm verwandt, und mit den „Buddenbrooks“ hat der Roman allerhand geistliche, sozialistische und künstlerische Berührungspunkte — allerdings auch so viel Gegenständliches dazu, daß es reizen könnte, diesen Roman aus dem Schöße einer alten, reichen jüdischen Kaufmannsfamilie in Berlin C. und jenen, der den Versuch eines väterlichen Parfumeriegeschäftes an den Schicksalen mehrerer Generationen illustriert, in genauere wechselseitige Beziehung zu setzen. Als Stilist und Erzählungskünstler würde dabei Mann ohne Frage den Vortag behaupten: er ist vor allem mit weit feineren Sprachorganen ausgestattet, als der Verfasser von „Jettchen & Robert“, dessen Stil mit seinen zahlreichen kleinen Schlägen und Flicken die sprachästhetische Kultur oft vermissen läßt. Dafür ist Mann die herzensfähigere Persönlichkeit, der das naive-intime Verhältnis Georg Hermanns zu seinen Menschen und vor allem auch zu der Natur abgeht. Kommt Mann von der Literatur, so kommt Hermann, der von Beruf Kunststiller ist, von der bildenden Kunst her, und hat jener die feineren Vorzeichen, so ist diesem die schärfere Schärfe eigen: gemeinsam aber ist beiden die Liebe zum kulturgeschichtlichen Detail, zur Schilderung von Interieurs, von Kostümen und allem, was dem Zeitbild seine Farbe gibt.

Ähnlich wie „Buddenbrooks“ setzt auch „Jettchen & Robert“ mit einem gemeinsamen Familienbündel ein, das die zwanglose Gelegenheit gibt, die sämtlichen vorkommenden Akteure gleich zu Anfang um eine Tasse zu versammeln und so dem Leser in Ruhe vorzustellen: die Brüder Salomon, Ferdinand und Jafon Obert, von denen die beiden Älteren mit zwei Schwestern Jakob in langjähriger Ehe leben, während Onkel Jafon unverheiratet und der Schöngelieb der Familie geblieben ist; ferner den achtjährigen Onkel Eli nebst der von ihm ungetrennlichen Tante Winchen; sodann das achtundzwanzigjährige Jettchen, eine verwaiste Waise der drei Brüder Obert und Pflegerin im Hause Onkel Salomons, dann die drei halberwachsenen Acker Onkel Ferdinands und endlich den von Onkel Jafon an diesem Abend als Freund eingeführten jungen Literaten Dr. Köhling, den einzigen dieses Kreises, dessen Vorfahren nicht trockenen Fußes das Rote Meer passiert haben. Zwischen Jettchen und Köhling hat sich schon am selben Frühlings-

vormittag bei ihrer ersten flüchtigen Bekanntschaft, die Onkel Jafon auf der menschenwimmelnden Königstrasse vermittelt, ein schleierartiger Band gewoben: der Abend entscheidet dann aber ihre Herzen und verdrängt sie in ein Netz von jüdischen und sehnstuchsvollen Gefühlen. Wie diese Gefühle sich bei ein paar weiteren Begegnungen sehr bald stärken und die Schwingen höher und höher regen, und wie die harte Pflicht der Danbarkeit, der Familienpflicht das arme Jettchen schließlich so mächtig macht, daß sie allem entsagt und zur Freude sämtlicher Ährigen dem ihr als Gatten bestimmten Vetter Julius Jakob aus Dentschen ohne Liebe die Hand reicht: dies ist alles an äußerer Handlung, was dem umfangreichen Roman als Unterlage dient, aber genug für den Autor, um einen Kreis von Menschen einer fernem Zeit in ihrer Umgebung, ihren Gewohnheiten, ihren Reden und Handeln erschaulich echt und treu zu verlebenigen.

Vom April bis zum Herbst 1899 spielt der Roman, und es ist nicht verflumt, die Atmosphäre jenes Jahres, das zwischen der Juli- und der Märzrevolution die Mitte bildete, in Farbe und Ton, Geist und Sitte genau zu schildern. Es ist die Zeit der Sigismund und Sonnenfelder, der schwesternreichen Güte und danksüßigen Hölle, der grauen geschwellten Zylinderhüte und farbigen Westen; die Zeit des seligen Bismarcks und der Demagogienprojekte gegen das Junge Deutschland; die Zeit der Gemietete Sonntag und der Hannu Eßler, des Generalpostmeisters von Nagel und der literarischen Witwenhochgesellschaft; die Zeit, da man noch schon Eisenbahn fuhr, aber noch ungern und ängstlich, und da Charlottenburg noch anderthalb Stunden vor dem Brandenburger Tor im Grünen lag und von den Berlinern als Sommerfrische aufgesucht wurde. In das Berlin jener Tage, in besonderen in das jüdische Berlin, das eine kleine Welt für sich allein bildet und hauptsächlich in dem Viertel rings um das Rathaus anfängt war, führt Georg Hermann dem Leser mit einer intimen Kunst der Anschaulichkeit und des liebevollen Einlebens, der man sich unmöglich entziehen kann. Er weiß ein Familienzimmer der Dreißigerjahre mit all seinem charakteristischem Sausatz, ein Straßenbild mit seinen typischen Ereignissen und Geräuschen mit der unmittelbaren Bildkraft eines Malers hinzustellen, ohne daß man je den Eindruck des Abstrakten, Arrangierten oder Studierten hätte. Und er wird zum vollendeten Künstler, wenn er uns etwa eine Landstraße, einen alten Obgart in all seinen prangenden sommerlichen Reizen, die Natur selbst in ihren hundertfältigen Licht- und Farberwirkungen vor das geistige Auge zaubert.

In dieser Kunst, eine entstehende Kulturphase wieder aufleben zu lassen und in der ungemainen Fährlichkeit des impressionistischen Sehens liegt Hermanns Stärke, nicht minder in der Gestaltungsgebe, mit der er jede einzelne Person des überreichen Familienkreises, so scheinbar ähnlich sich alle diese Onkels, Tanten und Vetterin find, darauf scharf zu charakterisieren und von einander abzuheben weiß, daß sie einem zu nahen Bekannten werden, ja daß man sie mit all ihren kleinen Schwächen und Eigenheiten betriebe lieb gewinnt, weil man sie aus ihren Verhältnissen heraus verstehen lernt. In diesen Familienkreis, ob sie sich an Onkel Salomons Tisch in der Königstrasse oder in der Charlottenburger Sommerwohnung oder sonstwo abspielen, lebt ein sehr Dickenscher Humor und eine fröhliche halter Beobachtungsweise. Ja, es findet sich in dem Reigen der Nebenpersonen sogar eine Figur, die der weiblichen Heldin des Buches das Interesse des Lesers erfolgreich abzieht, das ist Jafon Obert, Onkel Jafon, der einzige, der Jettchen versteht und von ihr verstanden wird, der sanftmütige-

*) Allerdings geht es gelegentlich nicht ganz ohne Anwandlungen ab: wenn Jettchen und Köhling (S. 125) für Jettchen und seine Eingabemerkungen klären, so legen sie Gespenster, denn Jettchen war damals schon mindestens 7 Jahre tot.

jährige Junggesele, dem eine Kugel bei Großbeeren die Hüfte lahmgeschossen hat, der Schöngest, der seltene Bücher, Etüde und Porzellane sammelt und als einziger Lebenskünstler der Familie seinen eigenen etwas „einsamen Weg“ geht. Dieser Jafon, der schon ein moderner Mensch mit modernem Gefühl ist, ohne doch sein Judentum und seine Zugehörigkeit zu der von ihm mit leiser Ironie behandelten Familie vor sich selbst verleugnen zu können, ist die einzige problematische Natur des Romans und der interessante Typus eines Menschen, der auf der Schwelle zwischen Heiltem und moderner Kultur, zwischen Spiekturm und Individualismus steht. Mit ihm verglichen, ist Köhling, der glücklich-unglückliche Funder von Jettchens Wäldchenbergen, eine farblose und konventionelle Erscheinung, und selbst Jettchen, mit so viel Liebe sie ihr Schöpfer und als ein außergewöhnlich schönes, gemütvoll und braves Mädchen immer wieder aus Herz legt, bleibt bei Lichte betrachtet doch nur eine gut ausgestattete Romanheldin, o. ne alle individuelle Besonderheiten. Diesen Qualitäten des Liebespaars entsprechend sind auch die Liebesjahren des Romanes vergleichsweise seine Schwächen und gerade bei ihnen hätte man weisen mögen, daß der Autor etwas von Fontanes tieferer Kunst der Anbeutung gelernt haben möchte: er hätte dann sicher nicht dieses ersten lange Kapitel von Jettchens und Köhling's Spaziergang im Charlottenburger Schlosspark mit seiner verschwenderischen Wiederholung ein und desselben Stimmungstones und noch viel weniger die bis zur Unpartheit hilflose und überheißte Liebesjense bei dem letzten Wiedersehen des Paares vor Jettchens Hochzeit geschrieben, die man ihm geradezu übernehmen möchte.

An Wiederholungen leidet der Roman übrigens auch sonst und sie erstrecken sich nicht nur auf einzelne Worte, Bilder, Vergleiche, sondern wohl auch auf ganze Sätze; so wenn es gegen den Schluß hin heißt: „Denn Jettchen war von Natur so, daß sie gern den Dingen das Gute abgemann und wenn sie das Glück nicht selbst haben konnte, auch jenen Schimmer von Wohlleben und Beglücktheit dafür nahm, den man meistens dafür gelten läßt.“ Und fünf Seiten später: „Denn Jettchen war ja von Natur so, daß sie gern den Dingen das Gute abgemann. Und wenn sie das Glück nicht haben konnte, begnügte sie sich auch mit jenem Schimmer von Beglücktheit, den wir gemeiniglich dafür gelten lassen.“ Solcher oder ähnlicher stilistischer Nachlässigkeiten weist das Buch leider noch ziemlich viele auf (daß es gehört es auch, wenn im letzten Viertel buchstäblich fast jeder zweite Satz mit „Und“ anfängt), und namentlich mit der deutschen Syntax steht sein Verfasser erstens auf dem Kriegsfuß: es wimmelt von falschen Satzuntersätzen und die Stilgeschwächen „würde“ und „wür“ feiern wahre Orgien. Besonders im ersten Teil flören eine ganze Reihe schmerzhafter oder salopper Sätze und Worte, Zeichen einer mangelnden Sprachkultur, denen dann wieder große Partien von überaus schöner Einbildungskraft und sprachlicher Plastik gegenüberstehen. Immerhin liegen diese Schwächen, die eine sorgfältige Revision in künftigen Auflagen leicht beseitigen könnte, nur auf der formalen Seite und berühren den inneren Wert des Romanes nicht.

Dieser Wert aber liegt nicht so sehr in der Wirklichkeitstreue des Kulturbildes, nicht so sehr in dem lebenswichtigen Humor seiner Menschheitsüberlegung, er liegt noch ganz besonders darin, daß das Buch so gänzlich frei von jeder Tendenz ist. Und dies ist recht eigentlich das Künstlerische daran, daß es die Dinge nur um ihrer selbst willen zeigt und ganz und gar nicht, um etwas zu beweisen, eine These zu erhärten, den Finger auf irgend eine soziale oder ethische Wunde am Gesellschaftskörper zu legen. Nichts von alledem, obwohl sich doch am Ende die ganze Geschichte darum dreht, daß eine Jüdin den christlichen Mann, den sie liebt, nicht heiraten darf. Genuß, die Stellung der Juden

im Staate wird gelegentlich betont, die Enge, in der sie leben, kommt da und dort zur Anschauung, aber weder Märtigkeit auf der einen, noch Feindseligkeit auf der andern treten irgendwie hervor. Es fehlt gänzlich jenes etwas wehleidige Pathos, das man in manchen jüdischen Tendenz- und Anlagerromanen oder -Dramen findet. Es fehlt aber auch jede Idealisierung dieser jüdischen Alltagsmenschen, die falsch und recht ihrer Familie und ihrem Geschlecht leben: es sind Geschöpfe von Fleisch und Blut mit der Enge oder der Breite des Horizontes, der Stärke oder Stumpfheit der Gefühle, die ihnen das Leben, ihr Leben gegeben hat. Selbst der von einem leisen Hauch kosmopolitischer Welt-schmerz umwollte Jafon entbehrt jeglicher Märtigkeit und jeder sentimentalen Verbeilung, und Jettchen vollends wird durchaus nicht zu einem Ausnahmefall jüdisch-antokratischer Prägung stilisiert, sondern bleibt eine einfache Sterbliche, die mit der Ergebenheit ihres anregenden Blicks-geföhls ihren kurzen Gluckstraum begräbt.

In dieser von keinerlei Beilichkeit angekränkelten Wahrheit der Darstellung, die weder mit Paragaphen haupieren geht, noch platonische Fanfare bläst, scheint mir die besondere Bedeutung des Buches für die Gegenwart zu liegen. Und schon allein um ihrerwillen darf man ihm wünschen, daß es seinen Weg zu vielen Augen und Herzen finden möchte, was ihm nicht schwer fallen dürfte, denn es hat nebenbei auch den für ein „literarisches“ Erstlingswerk heutzutage denmal schon beschämenden Vorzug, unterhalten zu sein.

J. E.

Wiener Brief.

XIX.

Wien, den 17. November 1906.

(Prinz Alois Liechtenstein. — Geschichtswagen.)

Die christlichsoziale Partei rüft zu einem Feste. Prinz Alois Liechtenstein feiert am 19. d. Mts. seinen sechzigsten Geburtstag. Das große Gewicht für den Jubilar ist bereits vorbereitet: Es ist die niederösterreichische Landmarchall-Stelle. Als Schmelz zieht sich geräuschlos zurück und der aristokratische Reichsrats- und Landtagsabgeordnete übernimmt die Würde, die ihm zum Vorkühnen des niederösterreichischen Landtags und zur obersten Spitze der autonomen Landesverwaltung macht. Prinz Alois Liechtenstein gehört sicherlich nicht zu den gewöhnlichen Erscheinungen. Für den Psychologen ist er eine interessante Figur und auch der Politiker kommt nicht zu kurz, wenn er sich in diese Gestalt vertieft. Als Sprößling einer der ersten und einflussreichsten Familien des Reiches wandte sich der Prinz vor drei Jahrzehnten der Politik zu. Lange gehörte er dem liberalen Hofemancipat im Abgeordnetenhaus an, dann trat er dem deutschliberalen Liechtenstein-Klub bei, den Fürst Alfred Liechtenstein gegründet hatte und dessen Führung er dann für kurze Zeit übernahm. Die Klerikalisierung der Schule, die anfangs der achtziger Jahre durch den Antrag Vindbacher in Fluß gebracht und später durch eine Regierungsvorlage durchgeführt wurde, genügte ihm nicht; er wollte der „freien Schule“ den Gnadenstoß verfehlen. Zu diesem Behufe brachte er im Parlament die nach ihm benannten Schulentwürfe ein, von denen seinerzeit viel gesprochen wurde. Prinz Liechtenstein setzte seinen ganzen Einfluß ein, um die Regierung Taaffe für seinen Gehrentwurf zu gewinnen und die reiche Erlebung im Parlament zu veranlassen. Ungeheuer war die Aufregung, die sich aller Kreise der Bevölkerung bemächtigte und da geschah das Wunderbare: Der „eiserne Ring“, die klerikal-konservative-slavishe Majorität ertönte einen harten Schlag. Die Klitschigen erlebten bei den dänischen Landtagsabwahlen eine unerwartete Niederlage. Auf jungstehender Seite

hatte man den Kampf für die freie Schule aufgenommen und die Bevölkerung Böhmens ließ die Alttschechen fallen, die als Bestandteil der parlamentarischen Mehrheit für den Liechtensteinischen Antrag eingetreten waren. Großend lehnte Prinz Liechtenstein der politischen Arena den Rücken.

Nicht für lange. Seine Zeit sollte bald kommen. Prinz Alois Liechtenstein gehörte zu jener Kreislaufgruppe, die sich um den Freiherrn von Bogossow gesammelt hatte und zu einem System des christlichen Sozialismus bekannte. Freiherr von Bogossow selbst war ein Antisemit; immerhin aber ist er ein eminenter Intellektueller gewesen und sein Einfluß auf die österreichische Politik wird heute noch nicht voll erkannt. Freiherr von Bogossow und Rudolf Meyrer waren die geistigen Väter der christlichsozialen Partei, die allerdings sehr rasch des wissenschaftlichen Parabels abstreifte und mit rohem Demagogismus Geschäfte machte. Dem Herrbarn von Quersow konnte nichts willkommener sein als die Mitarbeit des schwärzen Prinzen. Vor Dr. Quersow der ganze Agitator, so bildete Prinz Alois Liechtenstein den glänzenden Repräsentanten der Partei, den imponierenden Ausprägung für die Augen der Wölfe. Die schone, edle christliche Gestalt wurde in allen antisemitischen Versammlungen sichtbar. Der Prinz — die Wiener sagten stets der „Fürst“ — sprach nicht die Sprache des Volkes. Er liebte es, seinen Reden einen leichten Anflug von Wissenschaftlichkeit — Tolmischwissenschaft — zu geben und ein höheres Niveau zu markieren. Das Volk verstand ihn nicht, hörte ihm aber eintützig zu, wie ja auch einst Johann von Capistrano die Wiener hinstieß, obwohl er lateinisch redete. Vor allem stand ein leidenschaftlicher Prinz auf dem Podium: das schmeichelte. Dann sagte man sich, was der gelehrte Redner vorbrachte, müsse wahr sein, das Recht könne nur auf seiner Seite sein. Daß der „Fürst“ den Antisemitismus vertrat, fühlte die Menge instinktiv heraus; ergo dachte man, der Antisemitismus habe eine gute Grundlage. Fürs Volk sprach dann ein anderer, einer, der Wiener Summe hatte und der auf die Juden zu schimpfen verstand. Ein Redner, dem Prinz Liechtenstein die Hand drückte, der noch ihm sprach, dem er sogar Beifall zollte, hatte dann sicheren Erfolg. Man kann sich denken, wie sehr die Christlichsozialen dem Prinzen für ihre Siege zu Dank verpflichtet sind.

Doch der „schwarze Prinz“ tat noch mehr. Er stellte die guten Beziehungen nach oben her, er spannte die feinen Fäden, er machte die Christlichsozialen hoffähig, er brachte das Wunderwerk zustande, daß Papst Leo X. zur schärften Verdamnung des Antisemitismus nicht zu haben war und der Prager Kardinal Schönborn, der eigens nach Rom fuhr, um ein Vernichtungsurteil des Stuhlalters Christi zu erwirken, mit nur — sagen wir — einem halben Erfolg zurückkehrte. Das trug sich anno 1895 zu. Der Papst richtete an den Prinzen Liechtenstein ein Schreiben, aus dem ein leiser Tadel der Kaplanatrate, der unteren Geistlichkeit, die in einem Gegensatz zum Episkopat stand und das turbulente Treiben der Antisemiten mitmachte, herausklang; sonst jedoch lobte der Papst das „Programm“ (welches?) der Christlichsozialen. Prinz Alois Liechtenstein ist auch der Mann, der später die Annäherung der Antisemiten und Akeralen in die Wege leitete und die enge Wasserabstufung begründete, die heute im ganzen und großen besteht. In Anbetracht all dieser Tatsachen mußte die Partei endlich daran gehen, ihren Parabelkatalogen, der er treffliche Dienste zu leisten verstand, auf einen vorgefertigten Pfosten zu stellen. Das arme Stranland Niederösterreich hat es zu büßen. Denn auch jetzt wird das Land auch in seinen obersten Repräsentanten die christlichsoziale Couleur vertragen; Abt Schmalz war sein erklärter Antisemit und der Vorgänger desselben gehörte zum politisch indifferenten Adel.

Wenn ich vom Prinzen Liechtenstein zur „Deutschen Zeitung“, dem offiziellen Organ seiner Partei überspringe, so geschieht dies nicht, um den antisemitischen Salonantizipanten zu belehren. Schließlich: für die „Deutsche Zeitung“ ist er noch etwas so gut, so gebildet, obwohl er ihr, was zeitliche Beziehungen anbelangt — ich erinnere nur an seine letzten Reden gegen den Verein „Freie Schule“ und dessen Dominant, den mutigen, tüchtigen Hofrat Freiherrn God, sowie an die Beleuchtungen der Eberbach-Reformjurande — gleichkommt. Dieses Wort bringt mitunter „wissenschaftliche“ Artikel und historische Darlegungen. Jüngst druckte es aus einer antisemitischen Zeitung des Jahres 1848 eine Serie von Beschimpfungen der Juden ab, die eine Anzahl erstirter jüdischer Männer als Lumpen erscheinen läßt. Ich gehöre gewiß nicht zu den Bewunderern der „Deutschen Zeitung“ und habe nicht die Absicht, ihr ein Kompliment zu machen, wenn ich sage, daß sie noch lange nicht so verworren und verächtlich ist, wie der „Österreichische Volksfreund“, dem sie die Artikel entnimmt, es war. Natürlich werden alle jüdischen Journalisten des Jahres 1848 als Mitbeteiligte gemeine oder unsichere Kreise betrachtet, als Mitbeteiligte in den Ketten gezerrt, als falscher jüdischer Geist gebührend. Zusätzlichweise haben wir zwei ausführliche Werke über die österreichische Presse des Sturmjahres; in einem nun wird der Nachweis erbracht, daß die gemäßigten, zur Besonnenheit mahnenden Blätter zusätzlichweise von Juden redigiert wurden, während die ausgreifenden Organe zusätzlichweise von Nichtjuden geleitet worden sind. Das ist, wie gesagt, ein purer Quatsch. Allein die antisemitische Lüge ist stärker als es die Tatsachen sind. Sie erdichtet eine Geschichte, die so aussieht, wie es ihren Zwecken förderlich erscheint. rm.

Rassenfragen und Vorurteile.

Ueber dieses heute so vielfach die Gemüter bewegende Thema veröffentlicht im jüngsten Heft des „International Journal of Ethics“ der Professor an der Harvard-University (New Cambridge), Josiah Royce, einen ungemein gehaltenen Artikel, dessen Hauptgedanken wohl auch außerhalb der engeren Kreise, an die sie sich zunächst wenden, beachtet zu werden verdienen.

Professor Royce berührt zuerst die Frage, woher es kommt, daß heute in vielen Ländern die Rassenfrage wieder eine so große Rolle spielt, und stellt fest, daß dieses Wiederaufleben des Rassenmoments in der Politik la vieler Völker nicht daher rühre, daß die seelische Disposition der Völker eine Wendung gegen früher erlitten oder die unterschiedlichen Rassen der verschiedenen Völker sich starker herausgebildet hätten, sondern lediglich daher, weil mit der Steigerung der gegenseitigen Kultur- und Handelsbeziehungen die einzelnen Rassen in größeren Mengen einander nahe gebracht, miteinander gemischt und zum gemeinsamen Leben in einer und derselben gesellschaftlichen Ordnung gezwungen worden wären. Das Problem, ob und wie weit verschiedene Rassen sich miteinander in einer gemeinsamen Ordnung einigen und vertragen könnten, sei insoweit in vielen Ländern wie Ostindien, Westindien, Südafrika, Ozeanien und nicht zuletzt auch in Amerika eine Frage von so einschneidender Wichtigkeit, daß man nicht anders als die Frage des Verhältnisses einmal wieder grundständig zur Debatte stellen könne. Welche Rasse sei zur Herrschaft bestimmt? Welche von ihnen repräsentiert den besten, den eigentlichen menschlichen Typus? Oder seien, nach der Lehre des 18. Jahrhunderts, alle Menschen an sich schon gleich? Gibt es wirklich eine „schwarze“, eine „gelbe“ oder sogar, was vom Standpunkt der Franzosen so viel unmittelbare Bedeutung hat, eine „weiße“ Rasse?

Wenn man über diese Fragen bei einem der bekannten Rassenforscher Auskunft sucht, so lernt man in der Tat, so meint Royce, daß die Masse der Schlüssel zum Verständnis der ganzen Geschichte ist, und daß man bloß einen klaren Begriff von den typischen Eigenschaften der wichtigsten menschlichen Rassen zu haben braucht — z. B. der Germanen nach Chamberlains vielgelesenen „Grundlagen des neunzehnten Jahrhunderts“ — um genau angeben zu können, welche Rasse zu herrschen und welche zu weichen bestimmt ist, und daß man von dieser Erkenntnis aus alle Formen der Zivilisation, die Weltanschauungen und andere geistigen Erzeugnisse eines solchen menschlichen Typus für die ganze Dauer seines Bestandes vorherzusehen könne. Wenn man indessen bemerkt, daß ein solcher Rassen-theorieist gar häufig seine Wissenschaft dazu gebraucht, um damit seine ganz persönlichen Vorurteile zu stützen und zu begründen, und daß er von seinen Befundumständen fast ebenso sehr wegen der Entfaltung seines Temperaments als wegen seiner wissenschaftlichen Existenz gerührt wird, ja beginnt man zu zweifeln, ob eine Wissenschaft, die ihre Hauptaufgabe in der Erbregung des Nachweises sucht, daß wie als Angehörige einer bestimmten Rasse selbst das Salz der Erde sind, auch wirklich so gut begründet ist, wie sie sich den Anschein gibt. Es ist damit, meint Royce, wie mit den Regeln des Nachsporns: sobald man einmal dahinter gekommen ist, daß der internationale Nachsporn gerechtfertigt nur als diejenige Art der sportlichen Konkurrenz definiert werden kann, bei der der Ausländer allemal geschlagen wird, hört für den ernsthaften Betrachter das Interesse an den Regeln dieses Sports auf, und ebenso für die Wissenschaft, die lebendig dastehen soll, daß die Rassenurteile ihrer Vertreter wohlberechtigt und begründet sind. Man muß daher die ganze Fragestellung, die im Rassenproblem zum Ausdruck kommt, auf einen weiteren Horizont orientieren, wenn man wirklich zur Lösung der sehr mannigfaltigen theoretischen und praktischen Einzelfragen, die dieses Problem in sich birgt, etwas Zuverlässiges und Brauchbares beitragen will.

Der Ausdruck „Rasse“ wird, so führt Royce weiter aus, gewöhnlich in sehr vieldeutigem Sinn gebraucht. War nicht langer Zeit brachten die Zeitungen die Nachricht, daß während der jüngsten Unruhen in Rußisch-Polen die russischen Soldaten in ihrem Konflikt mit dem Volke sich von Rassenantipathien hätten leiten lassen. Und doch steht fest, daß der Haß zwischen Russen und Polen fast ausschließlich auf politischen und religiösen Gründen beruht. Franzosen aus den nördlichen Provinzen ihres Landes, die in anthropologischer Hinsicht von den Einwohnern zahlreicher Bezirke des westlichen Deutschland gar nicht unterschieden werden können, haben trotzdem eine sehr lebhafte „Rassenantipathie“ gegen die Leute jenseits der Grenze. Es kann fast jede nationale oder politische oder religiöse Grenze, wenn sie alt genug ist, zum Bewußtsein eines Rassengegensatzes führen, ohne daß ein solcher Gegensatz im physisch-anthropologischen Sinn notwendig dessen Grundlage bilden müßte. Andererseits gibt es natürlich zahlreiche ausgesprochene Rassenunterschiede und -merkmale und deutliche Gegensätze im physischen Habitus der Menschen, über deren richtige Klassifikation unter den Anthropologen freilich eine gradezu hoffnungslose Uneinigkeit herrscht. Doch kommt eine solche Klassifikation auch für die Lösung einer Erwägung dieses Problems vom praktischen Standpunkte aus wenig in Frage. Vier kommt es vor allem darauf an, was die verschiedenen anthropologischen Typen an geistigen und sittlichen Werten zu leisten vermögen und was sie für die soziale Gesamtheit, in der sie leben, bedeuten; die geistige und seelische Verfassung eines solchen Typus ist an ihm das Ausschlaggebende. Gerade hier aber verlagert die Unter-

suchung der physischen Eigenschaften der menschlichen Rassen, der Farbe, der Haare und der Augen, der Länge des Gesichts, der Form des Schädels u. s. f. nahezu völlig. Es ist natürlich leicht zu sehen, daß ein Australneger unter dem Niveau eines Angelsachsen steht; aber für die feineren Unterschiede und die inneren Verwandtschaften bei äußerer Gegensätzlichkeit fehlt es an jeder auch nur einigermaßen sicher begründeten Massenanthropologie.

Vieleicht wird man einwenden, daß uns doch ein außerordentlich wichtiges Kriterium, den Kulturstoff der Rassen zu erkennen, gegeben ist, nämlich ihre größere oder geringere Zivilisationsfähigkeit. Wenn man die Bewertung einer Rasse lediglich, wie es die Klassikerin mitunter tut, auf ihren Reichtum an allen möglichen Vorstellungen, Sagen und Gedächtnissen begründen will, so wird man allerdings zwischen Eskimos und Australnegern, Negern und schattischen Hochländern in alter Zeit, Japanern und Hindus, Palmyrenen und alten Griechen wohl mehr des Uebereinstimmenden als des Unterschiedenen finden; der eigentliche, spezifische Kulturstoff einer Rasse zeigt sich dagegen, so sagt man häufig, erst, wenn diese mit einer höheren Zivilisation in Berührung gekommen ist, in der Höherheit, sich diese höhere Kultur aneignen, sie auszugestalten und weiter zu bilden. Sicherlich liegt in der Tat in dem Vorhandensein oder Fehlen dieser Kulturfähigkeit eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale für den Wert der verschiedenen Rassen. So rechnet man es den alten Deutschen zum Ruhme an, daß sie die römische Kultur, alsbald nachdem sie mit ihr in Berührung gekommen waren, annahmen und in ihrer Weise weiterentwickelten. Allen ist es ja dabei in Betracht zu ziehen, daß die Germanen die römische Kultur unter Bedingungen kennen lernten, die für ihre allmähliche Aneignung von vornherein sehr günstig waren. Sie waren Jahrhunderte lang, ehe sie den Römern als Besiegte der Sieger entgegneten, von dieser Kultur schon berührt worden und hatten die Wege gefunden, sich mit dieser Kultur, deren Früchte zu genießen, ja auch das Ziel ihrer Kriegszüge war, mehr oder minder bekannt und vertraut zu machen. Man nehme aber an, daß Cäsar im ersten Jahrhundert v. Chr. schon die Möglichkeit gehabt hätte, die Erziehung der Germanen zur Zivilisation — mit denselben Mitteln vorzunehmen, die heute den unwillkürlichen Völkern gegenüber zur Anwendung gebracht zu werden pflegen, also mit, unbedenklichen Vordrängen von Rum, Gewehren und Maschinengepöhl: als da die Germanen auch nach Zeit gefunden hätten, sich allmählich die höhere Kultur aneignen und, ab da nicht vielmehr die Geschichte ohne germanische Kulturformen weiter gegangen wäre? Kurz, daß die Kulturfähigkeit einer Rasse einer der wichtigsten Maßstäbe zu ihrer Bewertung ist, kann durchaus nicht bestritten werden, aber es ist im einzelnen Fall nicht immer leicht zu entscheiden, ob der Mangel an Kulturerfahrungen in einer bestimmten Rasse nicht mindestens ebenso sehr in der Ungunst äußerer Umstände wie in ihrer vermeintlichen Unentwickeltheit liegt, und es wäre daher sehr gewagt, einer solchen Rasse mit aller Sicherheit die Kulturfähigkeit für ewige Zeiten abzuschreiben zu wollen.

Was sagt nun im Lichte dieser Erwägungen für die Bedeutung der heute in den verschiedenen Ländern aktuellen Rassengegensätze?

Wissenschaftlich betrachtet, so meint Royce, kennzeichnen sich von diesem Standpunkte aus die heutigen praktisch wichtigsten Rassengegensätze als herabgerufen weniger durch wichtige und für die Nation und ihr Dasein selbst bedeutungsvolle Belandheiten und Eigentümlichkeiten, als vielmehr durch bloße gefühlsmäßige Gegensätze, durch gegenseitige Antipathien. Solche Antipathien sind aber nicht nur unter Umständen weit verbreitet und elementar, sondern auch sehr launisch und veränderlich und vor allem sehr den Ein-

fließen der Massenjugend unterworfen. Man erziehe einen Menschen vor allem einmal dazu, daß er seiner Antipathie einen Namen gibt, und dann seine Antipathie als heilig betrachtet, eben weil sie von ihm einen Namen bekommen hat, und man hat alsbald das Problem des Rassenhasses, des Religionshasses, des Klassenhasses usw. in schöner Vollendung. Solch ein anergogener Satz ist besonders heilig und besonders gefährlich, weil er in einer sehr subtilen Weise die ursprüngliche Festigkeit des Hasses, den ein Kind für einen Fremden oder eine Katze für einen Hund empfinden mag, mit dem Anschein der Würde und des Ernstes und selbst der Pflichtmäßigkeit vereinigt, den ein Name so leicht von sich ausstrahlt. Solche Antipathien werden immer ihre Rolle in der menschlichen Geschichte spielen. Aber was wir in Bezug auf sie tun können, ist, daß wir versuchen, sie nicht über uns Herr werden zu lassen und sie nicht erst zu nehmen aus dem bloßen Grunde, weil sie einen Namen haben. Wir können eingestehen, daß diese Antipathien sinnliche Tatsachen unseres Lebens sind, Erscheinungen gleicher Art wie der Abscheu vor Schlangen oder Wäusen, Erscheinungen, die wir mit den Katzen und den Hunden teilen, nicht eble Erscheinungen, sondern Launenhaftigkeiten unserer komplizierten Natur. „Ich meine teils“, so schreibt Professor Kroeber seine Ausführungen, „bin ein Glied der menschlichen Rasse, und das ist eine Rasse, die als Ganzes erheblich unter den Engeln steht, so daß sie im Ganzen eine Rassenverbesserung sehr nötig hat. An diesem Bedürfnis meiner Rasse nehme auch ich persönlich und aus ganzem Herzen Teil. Und nur in diesem Geiste bin ich fähig an das Problem heranzutreten.“

Aus dem antisemitischen Lager.

Abg. Krösel und die Konservativen. Wie Herr Krösel und die Konservativen nach dem kürzlich erfolgten „Friedensschluß“ miteinander verkehren, ersieht man aus folgenden Auseinandersetzungen.

In dem „Mittelstand“ des Abg. Krösel vom 16. November finden wir nachstehende Briefkastennotiz:

Anständiger Bürger in P. Auch eine Ihr Ersuchen hätten wir auf den Kreditblattartikel von gestern nicht geantwortet. Diese Art Parteikampf ist uns zu schmerzhaft. Bisher hat irgend ein kleiner Teufel, weil der Abgeordnete dieselben einmal im Reichstage sessen, uns haderlich verdrängt, er ist, weil er nämlich zur Stelle ist. Und dann, es nur freuen, daß sich die Reichstagsblätter allmählich empfinden, wo „journalistische Blumensprache“ arbeiten. Genauso wie Sie, kennen auch andere Leute den Unterschied zwischen der gefunden oder der deutschen Mittelstandsbeziehung und ihren Abgeordneten, auf der einen Seite, und den Judenfeinden unter den konservativen Gegnern und ihrem vom Geldhof distanzierten Anstand- und Wohlgefühls der anderen Seite. Das Beste ist, man läßt die Weiser traktieren und kümmert sich nicht um sie, denn gleich man ihnen auch keine Verantwortung vor Gericht „Entschuldigung“ zu halten.

Das „Prüfer Kreditblatt“ vom gleichen Tage schreibt:

Der berechnete Abgeordnete für den Wahlkreis Preuss. Saargau, Krösel, liebt es, in Uebertreibungen zu machen. Die auftragen und nach bekannter Wohlwollender Manier immer bereit bezaubert, ohne je den Beweis auch nur anzutreten, daß ist seine Stärke. Proben von dieser seiner eigentlichen Begabung hat er noch in den letzten Tagen vor seiner Abreise nach Berlin gegeben.

Die Neuwahl zum deutschen Reichstage, die voraussichtlich im Juni 1908 stattfindet, macht nämlich Herrn Krösel schon jetzt große Sorgen, und wie er schon im letzten Winter im Kreise Preuss. ein Dutzend Versammlungen, um „seiner“ Wähler zu befragen, abgehalten hat, so

hat er auch die letzten Tage vor dem Beginn des Reichstags noch demütigt, um im Kreise Saargau in zwei Versammlungen zu „seiner“ Wähler zu sprechen.

An sich ist gegen das Abhalten von Versammlungen natürlich nichts einzuwenden. Das ist das Recht des Abg. Krösel ebenso wie das jeder anderen Partei, die ihr Programm und ihre politischen Forderungen und Pläne in Versammlungen erläutern kann. Zu energischer Kritik aber fordert die Art und Weise heraus, wie der Abg. Krösel über diese Versammlungen in seinem Organ, dem „Mittelstand“ berichtet.

Die Versammlungen haben am Donnerstag voriger Woche in TERNID und am Sonnabend in JAKOBHAGEN stattgefunden. In dem Dorfe TERNID hat der Abg. Krösel bei der Hauptwahl 1903 keine einzige Stimme erhalten, erst die Stichwahl ergab für ihn 18 Stimmen, die offenbar von freisinniger und sozialdemokratischer Seite herrühren. In diesem Orte also hält Herr Krösel nun eine Versammlung ab und berichtet darüber unter anderem:

„Werde Heiterkeit erregte die Kusproche über die Versammlungen berechneter Hochkonservativer, welche immer noch nicht begreifen können, daß es in Preuss. Saargau eine konservative Mittelstandspartei gibt, die wohl, was sie will, einzelner Hochkonservativer, die auf dem alternen Standpunkte verharren, doch man durch möglichst viel Schimpferei und herbe Reden Schikaniererei eine so gesunde Bewegung, wie die Mittelstandsbeziehung, irgendwie ausfallen könnte.“ „Man hat auch hier, wie überall im Wahlkreis, aus der letzten Wahlzeit die Erfahrung genommen, daß sich die Eifersucht einzelner radikaler Hochkonservativer bis zu lächerlichen Wutausbrüchen steigerte. Wie die Zukunft sich deshalb weniger Freundschaft in der Mittelstandskritik herkören.“

Der Bericht über die Versammlung in JAKOBHAGEN enthält u. a. folgende Krösellen:

„Sehr viele Bewohner, welche früher noch zur Hochkonservativen Seite neigten, sind inzwischen mit hoher Ueberzeugung auf Mittelstandsbeziehung übergetreten, denn die Bedrückungen und Seeligungen, welche die Hochkonservativen auf politischer Seite hervorgebracht haben, nicht minder als im Kreise Preuss. ausgeübt haben, haben eine solche allgemeine Enttäuschung hervorgerufen, daß ihre Anhängerkraft fast völlig verschwunden ist.“ „Sehr ernstlich wurde der Wunsch ausgesprochen, die gesamten Mittelstandsbeziehung möchten doch auf die Schimpfereien und Herbeereien der Hochkonservativen nicht die geringste Rücksicht mehr nehmen.“ „Das ist bei der vielen Arbeit, welche die Mittelstandspartei zu leisten habe, nur umsonst Zeitverschwendung.“ Die Hochkonservativen hätten sich nach den letzten Wahlen fast überall so benommen, daß ihnen kein vernünftiger Mensch mehr ein Wort glaube. Selbst diejenigen, welche aus Rücksicht auf Vorteile es mit den Hochkonservativen hielten, hätten dies nur äußerlich, in Wirklichkeit doch für ganz anders.“

Was soll man zu betätigen „Mittelstandspartei“ des Abg. Krösel sagen? Wahrscheinlich, die schärfsten Worte wären nicht stark genug, um eine betätigte fortgesetzte, niedrige Verächtlichung politischer Gegner entsprechend zu treffen. Darf überhaupt ein Mann, wie der Abgeordnete Krösel, der doch immerhin das Gymnasium besucht, Theologie studiert hat und somit doch eine bessere Bildung haben sollte, mit derartigen Verunglimpfungen politischer Gegner zur Verheerung beitragen, die nur das eine Vergehen begangen haben, daß sie nicht aus so wie der Abg. Krösel, der ja am 24. Januar 1903 noch konservativ bis auf die Knochen war, die Schwärzung von der konservativen Partei zum Antisemitismus mitgemacht haben? Wo sind Bedrückungen, wo Verächtlichungen aus politischer Schikane vorgekommen, wo hat sich Eifersucht einzelner radikaler Hochkonservativer bis zu lächerlichen Wutausbrüchen gezeigt, wer hat einen alternen Standpunkt, warum kann den Hochkonservativen kein vernünftiger Mensch mehr ein Wort glauben?

Wenn der Abg. Krösel mit derartigen, gelinde gesagt, lächerlichen Einbrüchen auf die Massen machen will, so ist er auch dazu verpflichtet, positive Beispiele für seine Be-

hauptungen zu erbringen, sonst könnte es ihm schließlich auch so gehen wie H. I. v. A. und dem Grafen P. d. L., die kein Mensch mehr für ernst nimmt.

Unsere Leser aber fragen wir, wo das enden und was für ein allgemeiner Zwiespalt unter den Bewohnern des Wahlkreises entstehen würde, wenn auch andere politische Parteien mit denartigen Vätern den politischen Kampf führen würden. Jetzt aber steht, daß eine derartige politische Kampfpact, wie sie der Abg. K. selbst betreibt, sich von selbst richtet und jeden abstoßen muß, der die sachliche Vertretung politischer Anschauungen für die einzig richtig gegebene hält."

Vermischtes.

Der Wilhelmorden. Von geschätzter Seite wird uns geschrieben: Der Kaiser hat anlässlich der 25jährigen Wiederkehr des Tages der berühmten Volksheld Kaiser Wilhelm I. betreffs der sozialen Vorzüge des Wilhelmorden, bekanntlich eine Zeit mit dem Schwarzen Adlerorden gleich rangierende Auszeichnung, an neun Personen verliehen, darunter an Frau Mathilde von Rothchild in Frankfurt am Main, eine Jüdin, und an den Professor Dr. Balthasar Simon in Rottensberg, der, wenn er nicht noch Jude ist, jedenfalls unzweifelhaft jüdischer Abstammung ist. Ob unter den anderen sieben mit dem Wilhelmorden Decorirten einer oder der andere semitisches Blut in seinen Adern hat, das überlassen wir den Antisemiten herauszuforschen. Aber zwei unter neun ist eine ganz respectable Beteiligung für einen kaum ein Prozent umfassenden Teil der Gesamtbevölkerung. Die Auszeichnung ist verliehen worden als Dank für die selbstlose und freiwillige Teilnahme an dem großen sozialen Werke, das der Kaiser in seinem am fünfundsiebzigsten Jahrestage der Kaiserthronbesteigung ersonnenen Erlaß als Erfüllung der „vornehmsten Christenpflicht“ bezeichnet. Wenn also die Zugehörigkeit zum Judentum und jedenfalls die jüdische Abstammung nicht die Erfüllung der „vornehmsten Christenpflicht“ erschwert, dann müßten wir wohllich nicht, welche andere nicht gerade kirchlichen Pflichten sie zu erfüllen hindern sollte. Wenn man als Jude den Wilhelmorden erhalten kann, dann ist nicht abzusehen, warum ein Jude, wenn er sonst die Befähigung dazu besitzt, nicht auch eine Anstellung als Hochschullehrer, sogar als — Leumant soll erreichen können.

Die Antisemiten können nun von neuem Weh und Ach schreien, zumal die jüdische Frau von Rothchild im „Reichsanzeiger" sogar als die erste der Ausgezeichneten aufgeführt wird. Indes, es ist dies wohl bloß eine Galanterie des „Reichsanzeigers", der der Dame den Vorrang einräumt. Aber dürfte einer Jüdin der Vorrang eingeräumt werden? Darüber mögen sich die Antisemiten den Kopf zerbrechen. Für sie ist die Frage ernst genug.

Bismarck über Heine. In der „Frankf. Stg." erzählt Alfred Kerr:

„Max v. Rottenburg, ehemals Bismarcks Mitarbeiter, jetzt Kurator der Universitäts-Bibliothek, war im vorigen Jahre so freundlich, mit auf eine Frage brieflich zu bejagen, was einst in Zeitungen eingelesen worden war; er bezeugt, daß Bismarck den Dichter Heinrich Heine gegen Vornahme von Angriffen in Schutz nahm; und daß Bismarck sich für ein deutsches Heine-Denkmal erklärt hat.

Verr. Dr. v. Rottenburg schreibt:

„Herr Bismarck fand es durchaus gerechtfertigt, daß Heine ein Denkmal in Deutschland errichte. So wenigstens hat er sich mir gegenüber ausgesprochen."

Rottenburg bezeugt zugleich die Wahrheit dessen, was früher als Bericht durch die Presse gegangen ist: Bismarck hat im Hinblick auf die Widerläge des Denkmals tatsächlich das Wort gesagt: „Und errichte die Herren denn ganz."

daß Heine ein Niederländer ist, neben dem nur noch Goethe genannt werden darf!"

Hamburg. Wegen die Leitung des Vereins für Handlungs-Kommission von 1888 war in einer in Hamburg abgehaltenen Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens der Verdacht konfessioneller Befangenheit geäußert worden, und zwar durch die Erklärung, daß bei der Stellenvermittlung des Vereins die jüdischen Mitglieder nicht oder nicht immer die gleiche Berücksichtigung erführen, wie die übrigen Mitglieder und ferner, daß in die Verwaltung Mitglieder jüdischen Glaubens nicht aufgenommen würden. Die Verwaltung des Vereins wehrte sich energig gegen einen solchen Vorwurf und tritt ihm u. a. durch folgende Erklärung entgegen: Träfen diese Anschuldigungen zu, so würden sie nicht nur Parteilichkeit der Organe unseres Vereins, sondern auch eine grobe Verletzung der Satzungen unseres Vereins betreffen. Das Glaubensbekenntnis seiner Mitglieder ist für unsern Verein in keiner Weise maßgebend und ist es auch nie gewesen, weder bei der Stellenvermittlung, noch bei irgend einer anderen Vereinsabteilung. Die Vorsteher unserer Stellenvermittlung wahren ihres Amtes in jeder Beziehung streng unparteiisch. Die ernsthafte Äußerung bedeutet für sie eine unbedeutende, durch nichts gerechtfertigte Kränkung. Die Ehrenämter in unserem Verein stehen den Mitgliedern jüdischen Glaubens so gut offen, wie den übrigen Mitgliedern. Politische oder religiöse Gesichtspunkte scheiden bei der Besetzung solcher Ehrenstellen, im Einklang mit unseren Satzungen, völlig aus. Wir kümmern uns nicht um das Glaubensbekenntnis der Ehrenamtsinhaber unseres Vereins, wieweil aber nicht, daß in unserem Verein eine Reihe von Ehrenämtern auch durch Mitglieder jüdischen Glaubens wahrgenommen werden. Was die Verwaltung im besondern betrifft, so ist der erste Schriftführer in ihrem Vorstande, Herr Gustav Jordan, jüdischen Glaubens. Gerade dieses Beispiel zeigt, daß in dem Vereine für die Ehrenamtsausübung lediglich die Befähigung und Arbeitsfreudigkeit maßgebend sind, unter Ausschluß jeglicher politischen und religiösen Gesichtspunkte."

Der Antisemitenpiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und

unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenpiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschirt 1,50 M., Gebunden 2 M.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu 70 Pfg. bezgl. 1,25 M. inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureau.

Außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a M. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a M. 0,30
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24.

Reclame und werbentechnischer Redakteur: Curt Böger, Magdeburgerstr. 14. — G. Sommer, Buchdruckerei u. Verlag, Berlin W., Sieglitzstr. 81.
Vertheiler: Berlin W., Magdeburgerstr. 14.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch
einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten,
auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Voraus wünscht.
Telephon West 4 171. 5078.

Alle Mitteilungen an die Redak-
tion und Expedienten sind zu
schicken nach Berlin W., Magde-
burgerstr. 14, und alle für den
Druck des Journals Berlin
bestimmten Texte, Druck-
anschreibungen, an den
Schreibeisen, Herrn Dr. Hans
v. D. Grottel, Berlin W.,
Magdeburgerstr. 14.

Deutsche Musik.

Unsere Herren Leutnanten sind manchmal recht wunder-
liche Geister. Dafür ist eine Betrachtung über „Deutsche
Musik“, mit der jüngst Herr Dr. Heinrich Pudor die
Leser des „Sommer“ (Nr. 106) beglückt hat, ein neuer er-
baulicher Beweis. Herr Pudor, ein Sackse im Schwaben-
alter, hat vor einer Reihe von Jahren durch allerhand
Essentialitäten mit Erfolg von sich zu reden machen gesucht:
beispielsweise schickte er der Heidelberger Universität eines
Tages sein Doktordiplom zurück, weil ihm ein solcher Titel
undeutsch dünkte (weßhalb er heute auch den kleinsten seiner
jährlichen Zeitungsartikel sorgfältig mit „Dr. Pudor“ zu
unterzeichnen pflegt); dann nannte er sich eine Zeitlang
mit Ueberzeugung seines Namens „Heinrich Schom“, erklärte
die menschliche Kleidung für ein Produkt sitzlicher und
hygienischer Verberbnis, machte für den „nackten Menschen“
und eine „Nackt-Kultur“ Propaganda usw. Später zog er
von diesen Parotten ins unvernünftige Leben zurück
und ist seitdem am dem Schiethe des Rungeverwes, der
Gesundheitspflege und der Volkswirtschaft publizistisch tätig.
Der Herr Pudor zu den Wissenschaften schmor, war
er Musiker gewesen und hatte als Cellist dem Leipziger
Gewandhausorchester angehört. Die musikalisch-theoretischen Kennt-
nisse, die er sich damals und vorher auf dem Dresdener
Konseratorium angeeignet hat, scheinen sich aber im Laufe
von bald zwanzig Jahren gründlichst verflüchtigt zu haben,
denn was der geschätzte Herr am angeführten Orte über
musikalische Fragen orakelt, ist von Sachkunde nicht mehr
als zu sehr getrübt und diese hand der schlichten und wohl-
tunenden Bestimmtheit, mit der darin mehrfach der pure Un-
sinn behauptet wird, viel eher auf einen gänglich „voraus-
setzungsgelosen“ Dilettanten schließen. Unter den deutschen
Meistern der Musik wird dabei fürchterliche Nüchternung ge-
halten. Deutsch ist nur die Musik von Bach, Haydn,
Beethoven, Schubert, Brahms. Dänkel ist als Komponist
halb Italiener, halb naturalisierter Engländer, erst spät im
„Meßias“ kam deutscher Geist bei ihm zum Ausdruck. Gluck
ist „nur zum geringen Teil deutsch“, steht vorwiegend unter
französischen und italienischen Einflüssen. Mozart steht „mit
einem Fuße auf dem italienischen Boden“ und kann seines
romantischen Defens wegen „nimmermehr ein deutscher
Nationalhose sein“. Schumann ist zwar deutsch, gibt sich
aber vielfach „Ausstattungen“ hin und zeigt das Deutschtum
nicht immer von dessen bester Seite. Auch Weber ist nur
„zum Teil“ deutsch, weil er „an sinnlichem Klangreiz und an
der Form mehr Gefallen fand, als sich mit deutschem
Geiste verträgt“. Richard Wagners Musik — ach du grund-
tätiger Schamderlein! — ist „gar nicht deutsch“, sondern —

teufisch. (Dieser Unsinn geht sogar dem Herausgeber des
„Sommer“ über die Hutknaur, der in einer langen Fußnote
zu Pudors Artikel den Vortrager Meißter gegen den Vor-
wurf des Undeutschseins verteidigt.) Wie demnach Mendels-
sohn, Werber und Goldmark klassifiziert werden, läßt sich
denken. Für Otto Nicolai, den Komponisten der „Lustigen
Weiber“, dieser Perle deutscher Opernmusik, lautet die
Pudorsche Sentenz: „rassiniert, dabei französisch kombulant-
haft (!)“. Ledrigens müssen es sich auch die als deutsch
geachteten Meister gefallen lassen, nicht Herrn Pudors strengen
Ansprüchen zu genügen, speziell Brahms ist (weil er ihn
nicht versteht) betrübend und „meistens etwas voreiligt trocken
und schallos“.

Es versteht sich von selbst, daß für einen Teil der
„undeutschen“ Zustände in der Musik das Judentum ver-
antwortlich zu machen ist. Die Art, wie dies demonstriert
wird, ist posserlich genug. Nachdem der unglückliche Mozart
beschuldigt worden ist, „der erste moderne Virtuose“ und
mit seinem „der Verfluchung leicht zugänglichen Tempera-
ment“ der Vater des modernen Virtuositentums geworden zu
sein, geht es Mendelssohn an den Kragen. „Er sprang mit
all seinen glühenden und brillierenden Fähigkeiten und Ge-
schicklichkeiten mitten hinein (!) in die Virtuosenwelt . . .
zum Überfließ (!) gründete er noch ein Konseratorium in
Leipzig.“ (Diese Bemerkung gewinnt an Scherzhaftigkeit
durch den Umstand, daß Herrn Pudor-Schom eigener Vater
im Jahre 1854 in Dresden ebenfalls ein Konseratorium
gründete, das sein Sohn nachher übernehmen sollte.) „Und
nun war es wieder einmal vorbei mit dem Deutschtum.“
Mendelssohn machte Schule, und lange genug zog sein Ab-
kömmling und Nachkömmling Meinke in eben jenem Konser-
atorium Nachkommlinge heran. Zudem (!) haben die
Hebräer Konserzbureau aufgeschlagen, und selbst Hans von
Bülow, der das Zeug hatte, einen Beethoven zu verstehen,
entblödete sich nicht (!), sich von Hermann Wolff als Schau-
stück durch die deutschen Lande ziehen zu lassen.“

Ist die letztere Bemerkung glattweg erlogen, denn
Bülow hat sich niemals „als Schaustück durch die Lande“
ziehen lassen, sondern lediglich die von dem Konserbirektor
Hermann Wolff ins Leben gerufenen philharmonischen Kon-
zerter in Berlin und Hamburg dirigiert, so muß die Be-
hauptung, daß Mendelssohn oder gar sein späterer Nach-
folger Karl Meinke, ein Komponist zweiten bis dritten
Rangs, „Schule gemacht“ und damit dem „Deutschtum“ in
unser Musik geschadet hätten, geradezu Gefährliches erregen.
Nicht ein einziger deutscher Komponist von irgend größerer
Bedeutung kann direkt oder indirekt als ein Schüler Mendels-
sohns bezeichnet werden, und Herr Pudor beliebt zu funkern,

wenn er seinen musikhistorisch ungebildeten Lesern etwas derartiges aufbietet. Schlechtweg täuscht ist es aber, wenn für den angeblichen Mangel an „deutschen“ Komponisten über den Überfluß an undeutschen die — Konzertagenturen verantwortlich gemacht werden, die mit der Beschränktheit unserer Musik ungefähr so viel zu tun haben, wie die Inhaber von Kunsthandlungen mit der Entwicklung der deutschen Malerei und Plastik. Mindestens ebenso erheiternd wirkt es, Sätze zu lesen, wie diesen: „Durch die ganze deutsche Musik geht ein Streben, sie zu verausländern, sei es, daß man sich niederländischen, sei es, daß man sich französischen Einflüssen ausweichen lieg.“ Wann und wo jemals deutsche Musik unter „niederländischem“ Einfluß gestanden haben soll, wäre wert, zum Gegenstand einer Preisfrage gemacht zu werden, und auch der angebliche französische Einfluß hat kaum jemals existiert, höchstens daß er bei Gluck zu spüren war. Wirklichem Einfluß hat überhaupt nur die italienische Musik auf die deutsche gehabt, sicher vorzugsweise auf Mozart, aber fällt es auch ein, Goethe, „Götter“, oder „Werther“ für undeutsch zu erklären, weil jener von Schopenhauer, dieser von Rousseau und Richardson beeinflusst war? Mit welcher engem Horizont muß ein Mann gestraft sein, der Mozart und Wagner nicht als deutsche Meister gelten lassen will, weil sie „sinnlichem Klangreiz“ kultigten. Als ob Musik selbst nicht eine eminent sinnliche Kunst wäre! Als ob Ernst und grüblerische Tiefe das alleinige Kriterium deutscher Musik sein dürften, nicht aber auch Heiterkeit, Grazie, Klangzauber! Als ob nur Dürer, Holbein, Richter, Thoma deutsche Künstler gewesen wären und nicht auch der leider „französisch beeinflusste“ Mengel oder Böcklin und Ringer!

Für die gründliche Sachkenntnis und Gewissenhaftigkeit Pudors spricht auch seine Bemerkung: „Die französische und italienische Gesangsweise hat sich vermaßen in Deutschland eingebürgert, daß derjenige, der nicht nach der Methode Camporis oder der Wardot Garcia gebildet ist, nicht salonfähig gilt.“ Herr Pudor muß sehr lange Jahre verschlafen haben, um solch faulstinken Unsinne reden zu können, sonst müßte er wissen, daß in Deutschland längst die Gesangsweisen von Julius Stodhowski, Julius Gen, Will Lehmann, u. a. die herrschenden sind. Daß er Sullivan's „Mikado“ eine „Singschule“ Oper nennt (bekanntlich regiert ja der Mikado in China!), mag ihm daneben noch als lapsus calami nachgesehen werden. Im übrigen ist es ein artiger Witz, daß ein halbes Jahrhundert nachdem Richard Wagner seine Schrift über das „Judentum in der Musik“ in die Welt sandte, derselbe Meister von einem rabiaten Deutschstümmler und engeren Landemann als „ungermanisch“ abgelehnt und verspottet wird. Was er eigentlich unter „deutsch“ auf musikalischem Gebiet versteht, verrät Herr Pudor allerdings so sagen, es dürfte ihm auch schwer genug fallen. Man kann der Musik eines Mendelssohn oder Meyerbeer antipathisch gegenüberstehen, aber worin das spezifisch „jüdische“ ihrer Musik bestehen soll, bleibt problematisch. Was für Meyerbeer — der z. B. dem Schreiber dieser Zeilen als Komponist vielleicht nicht weniger unsympathisch ist wie Herrn Pudor — charakteristisch ist, kann man mit dem gleichen Rechte spezifisch französisch finden, ganz wie bei Offenbach: beide waren ja auch tatsächlich nach Domizil und Milieu viel mehr Franzosen, wenn auch der Geburt nach Deutsche. Und worin das jüdische in Mendelssohns mondabeglühter Sommertraum-Musik, seiner Reformations-Einsönne, seinem „Eliás“, seinen Männerquartetten zu finden sein soll, das zu erfahren, wäre wirklich von Interesse. Ob es schon je einem französischen Gallomanen und Rationalisten eingefallen ist, des Juden Georges Bizet „Carmen“ als unfranzösische oder jüdische Musik zu bezeichnen? —

Welche Autorität auf dem Gebiete der von ihm kultivierten „völkischen“ Musiktheorie Herr Dr. Pudor bei Anspruch darauf, zeige auch noch der Umlauf, daß in seiner

Lehrreichen Kitterung zwar Komponisten zweiten und tieferen Grades wie Goldmark, Raff, Reinecke als typische Erscheinungen angeführt werden, daß er aber von so bedeutenden Meistern wie Heinrich Marschner, Robert Franz, Anton Bruckner, Hugo Wolf anscheinend überhaupt nichts weiß, ebensowenig wie von allen bedeutenden zeitgenössischen Komponisten, von Richard Strauß, Hans Pfitzner, Max Schillings um. Für diesen Mangel muß seine Fehler die unglaubliche Naivität entschuldigen, mit der dieser Prediger in der Wüste der deutschen Musik zum Schluß das Axiom zu ihrer Reform gibt: Verrückung aller Opernbühnen (denn auch die aus Italien eingeführte Oper ist ein gänzlich unheimliches Gemisch), Auspöckung der ausländischen Musik, Abschaffung der Konzert-Bureaus, Boykott aller „Virtuosen“. Dann werde auch im musikalischen Deutschland „die Unreinlichkeit der Reinlichkeit weichen“ und endlich wieder eine deutsche Musik ins Leben treten.

Meint Herr Pudor? Bis hierher ist es gerade auf musikalischem Gebiete: Deutschland in der Welt voran! Mit keiner anderen Rungstung haben die Deutschen so gewaltige Eroberungen gemacht, wie mit ihrer Musik, nirgendes sind sie an Reichthümern allen anderen Nationen so weit voraus, wie hier, auf keinem Felde behaupten sie so unbestritten die Vorherrschaft, wie auf diesem. Deutsche Musik hat sich gegen allen Nationalitätsstolz behauptet, hat selbst die verwandtschaftlichen Franzosen in ihren Bann geschlagen und wird von den Engländern weit höher geschätzt, als ihre eigene. Deutsche Kapellmeister dirigieren in Paris, London, Brüssel, Madrit, Petersburg, New York, die zahlreichsten großen deutschen Musikfeste ziehen alljährlich — gleichwie das Musik-Festa am oberen Main — die Ausländer in hellen Scharen an, von aller Musik, die in sämtlichen fünf Erdteilen gemacht wird, kommt mindestens zwei Drittel aus Deutschland. Das alles sind bekannte Dinge, und tatsächlich hat sich auf einem geistigen oder künstlerischen Gebiet Deutschland so hoch über alle anderen Nationen erhoben, so unbedingt die Zügel inne und sich so frei von fremden Einflüssen gehalten, wie auf dem der Tonkunst. Es gehört wirklich schon eine gute Portion Unkenntnis oder Selbstwuth dazu, anerkennen dessen noch über das „undeutsche“ Wesen unserer Musik zu jammern und solche winzliche Beschauptungen dem geduldbigen Pudorpopul zu überantworten, wie sie Herr Dr. Heinrich Pudor sich hier geleistet hat. Wirklich, anders als sonst in Menschentypen malt sich in diesem Kopf die Welt! —

Das antisemitische „Weihnachtsgeschenk“.

Aus Thüringen wird uns geschrieben: Kurz vor Weihnachten öffnen die Antisemiten alle Schwestern ihrer Agitation. Besonders die Deutschsozialen, deren Feldzugsplan für die Reichstagswahlen 1908 auf die Eroberung der thüringischen Wahlkreise zugeschnitten ist, entsaften eine Energie in Wort und Schrift, die jetzt, zwei Jahre vor der Wahl, geradezu lächerlich wirkt. Da nun, zum großen Leidwesen der Antisemiten, die Juden ihnen zurzeit absolut keinen Angriffs- bezw. Agitationsstoff bieten, sind die edlen Ritter vom Rasenfuß genötigt, ihre verzweifelte Geschosse aus der eisernen Reserve ihres Arsenal's zu entnehmen. Hierbei kommen dann in erneuter Auflage längst abgetane antisemitische Lügen zum Vorschein, die nur die ganze Erbärmlichkeit des antisemitischen Wühlstems aufs neue bekunden. Mit der beispiellosesten Frivolität bringen die antisemitischen Wühltrübsen in thüringische Wahlkreise ein, überall ihre Spinnwebverwandtschaft mit der agrarischen Partei als Resonanzboden benutzend.

In Weimar wurde der antisemitische Oberamtsrichter Graf aus dem Eisenacher Oberland als Kandidat für die Reichstagswahlen 1908 aufgestellt. Jetzt sitzt

es die Hamburger Kandidatenmacher, auch in Göttingen ihr Glück zu versuchen. Seit mehreren Jahren blieb Göttingen von den Antisemiten verstoßen, aber ein gewisser Kreis, an dessen Spitze der Gothaer Professor Langhans steht, möchte gar zu gern bei den Reichstagswahlen eine politische Rolle spielen. Dieser an sich verständlichen Eitelkeit lassen diese Herren aus antisemitischem Gebiet fröhnen zu können und haben sich daher mit Leib und Seele den Deutschsozialen verkauft. Der aus der Suche nach einem Reichstagszettel durch Thüringen ziehende Generaldirektor Henningsen aus Hamburg hat den Göttingern denn auch sehr leicht die gehörige Dosis Judentum eingeimpft und die antisemitischen Behauptungen im dortigen Reichstagswahlkreis als ungeheuer ausgiebig bezeichnet. In Reichstagswahlkreisen, in denen sich die Antisemiten nicht ganz sicher fühlen, greifen sie zu ihrer hinlänglich bekannten Taktik, in geheimen Konventen zu tagen. So wurden in Ilmenau, im Großherzogtum Sachsen-Weimar Einladungen an Personen versandt, von denen man annehmen konnte, daß sie der antisemitischen Sache nicht abhold seien. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurden in diesen kleinen Zirkeln die Stimmpel, nach dem Rezept Liebermann v. Sonnenberg, mit Sanderbesprechungen eingefangen und Ortsgruppen der Wirtschaftlichen Vereinigung gegründet. In Ilmenau z. B. fanden sich ganze 11 Mann, die den antisemitischen Fahnen die Schwärze wollten; wesentlich größere Erfolge haben die Agitatoren in Thüringen wohl nitgeteilt erzielt. Trotzdem sollten gerade die bürgerlichen Parteien in Thüringen die Augen offen behalten, damit es ihnen nicht ja geht wie in Bayern, wo die Jesuiten der bürgerlichen Parteien den Wählzettel eines Antisemiten herbeiführte. Die deutschsoziale Partei ist jetzt offenbar beiseite, allenthalben in Thüringen Ortsgruppen der Wirtschaftlichen Vereinigung zu organisieren. Diese Ortsgruppen sind an und für sich ja absolut harmlos, aber in Wahlzeiten bilden sie immerhin eine gewisse Gefahr, die nur durch Stärkung der bürgerlichen politischen Kolonnen weit gemacht werden kann.

Wichnungen steht vor der Tür und die Antisemiten hielten die Zeit für gekommen, ihren Anhängern im Lande einmal wieder Gelegenheit zu geben, an den antisemitischen Wählarbeit teilzunehmen. Das Weihnachtsgefecht für 1906 besteht in einem jener Flugblätter, das für jeden politisch gereizten Menschen ein Ordeal ist, weil es auf denselben Pampfenbroden gewachsen ist, wie jene Schandblätter, die über viele tausend russische Unterthanen Ordeal empfindlicher Art gebracht haben. Das Weihnachtsgefecht der Antisemiten ist ähnlichen Worten entworfen, wie die Flugblätter der Pogromherausrufer in Rußland; an Niedertracht der Gesinnung und Schädlichkeit gibt es den dortigen Ausrufern nichts nach.

Das Massenflugblatt der Antisemiten, das fast in allen Orten Thüringens in zahlreichen Exemplaren verbreitet wird, enthält u. a. folgende gisige Annotieren:

Ein Wort zum Weihnachtsfest! In unseren Tagen wird das Fest in deutschen Gauen gefeiert und ist allgemein verbreitet, als jemals. Ein gewöhnlicher Aufschwung in der Lebenshaltung unseres gesamten Volkes ist seit etwa 50 Jahren erfolgt; während vor 1813 fast alle europäischen Kriege auf deutschem Boden ausgefochten, deutsche Fluren verheert und Rat und Samen fast heilige Orte waren, hat jetzt ungezählte Tausende ein heiliges Recht der vaterländischen Boden betreten und das Land verwöhnen können. Aber durch diesen gelegentlichen Frieden ist uns im eigenen Lande ein Feind erwachsen. Es ist das blutstetsende Volk der Juden! — Seine Unvorsorgen sorgen nicht mit unseren Vätern um die Zukunft, seine Väter legen nicht mit unseren Vätern einen Samen, und sie selbst leben noch heute nach, unter, aber nicht mit uns. Sie essen nicht mit uns an einem Tische, sie leben nicht wie wir leben. Sie setzen unsere Felle nicht mit uns und werden auch nicht mit uns aus einem Friedhof begraben! Sie halten sich im Leben und im Tod fern von uns. Diese Fremdlinge beteiligen sich auch nicht mit uns an der christlichen Arbeit, sie

berachten körperliche Beschäftigung und erfüllen doch alle recht glänzend durch einen unersättlichen und meist überflüssigen Warenbedarf.

Wollt man darüber der Juden Eier noch unseren Göttern und Säulen heben, lassen sie nichts unterstehen, sich in den Reich der selben zu setzen, und immer mehr sammeln sich das Kapital in ihrem Besitz. Derjenige, der zum Weihnachtsfest, das sie gar nicht anstellt, fällen sie die Setzungen mit sich aufbringender schreierender Klage, die jeder anständige Mensch mit Ekel empfindet; in den glanzvollen Schaulustern prangen die Adoranten, die das lausende Publikum betrachten und in den Glauben versetzen sollen, daß man die dem eben menschlichen Juden alles an blühenden und besten kenne. Obwohl auch heute ein stilles Aussehen durch einwende Maren nicht verschonen kann, sollen doch immer wieder dem neuen jüdische betrauernde Klagen, mehr Frauen, dem gezeichneten Hebräergetz zum Opfer.

Aber in der Regel ließen jüdische Kauf- und Abzugsgeschäfte, Porten- und Warenhäuser billig und schick und schon mancher Menschen hat noch wenigen Tagen nur noch Verdruss an dem Plunder. Solch billige und hochinteressante sind selten zu finden bei dem blühenden Schimmer einer modernen Edelbauerei wo fast immer, nach einem islamischen Sprüche, goldenen Kauf und Verkauf sich die Hände bewegen in der Lust eines Kaufmanns. In den jüdischen Warenhäusern, die heute die Welt der Welt bezeugen, immer unverwundlich hart betreten bei allen, speziell den kaufsmännischen Etwas betreffenden Verkäufen und Vergessen, als unläuterer Weltverkehr, betrügerischer Bankrott, Schwindel, Ausverkauf, Falsch, Betrug und Ähnliches.

Man sollte doch endlich auch in diesen Dingen mit der eintägigen Beobachtungslosigkeit brechen und das oft sover genug verzeigte Geld nicht in jüdische Geschäfte tragen. Jeder, der das tut, verurteilt seinen Kaufmann die Zukunft und die Selbstlosigkeit, denn schließlich wird der Jude dieses Geld um umschichten begehren und die Deutschen können nur noch über die Diner sein. Der zunehmende jüdische Reichtum und Einfluss ist eine Gefahr für das Land und den. So gar das deutsch-antijüdische Weihnachtsfest benutzt der Jude dazu, um seine Rasse zu fällen. Er lacht über die harmlosen Götter, die ihm auch zum Geistes ihr Geld zutragen und gebietet dabei triumphierend seiner alten Verehrung: Du wirst alle Völker fressen und sollst ihre nicht können!

Diese Verehrung wird sich nicht erfüllen, wenn wir Deutschen, alle, hoch und niedrig, und es ein Volk es zu werden begehren und demgemäß werden, wenn auch so sehr zusammenhalten wie die unter und lebenden Fremdlinge und vor allem nicht beim Juden kaufen."

Der Weihnachtsabend der deutschsozialen Partei, der dieses von Geschäftigkeit und Entstellungen dümmelnde Pamphlet überall verbreitet, nennt die Kundgebung ein Weihnachtsgefecht an seine Freunde. Ein Weihnachtsgefecht an seine Freunde ist es allerdings, daß sei hiermit gebührend an den Bräutigam gestellt. Die ganze Machination charakterisiert sich als ein Kellernemittel für die natürlich an Interessenstand lebende Antisemitenpreise, deren geschäftliche Klage aus dem Flugblatt angebracht ist. Man sieht, den Antisemiten ist kein Mittel verwerflich genug, um es nicht, wenn es ihre Zwecke erreichen, anzuwenden.

Zur Beurteilung der Schädlichkeit.

In Heft 10 und 11 des Deutschen Tierfreund macht der Professor der Jurisprudenz an der Universität Würzburg, Albrecht Wendelsohn-Vorhald, in einem längeren Aufsatz über "Rätige" Tierquälereien eine Reihe kritischer Bemerkungen zu den Vorschlägen, die der bekannte Göttinger Kriminalist v. Hippel faßen für die in Aussicht stehende Strafrechtsreform veröffentlicht hat. Professor Wendelsohn-Vorhald kommt dabei auch auf die Frage der Vivisektion und des Schädigens zu sprechen, das nach v. Hippels Vorschlägen rechtsstraflich nicht unter die nachstehenden Ausführungen, von denen wir glauben, daß sie für unsere Leser von Interesse find, ohne uns im übrigen mit jedem einzelnen Wort identifizieren zu wollen;

Nach dem Anlaß und der äußeren Art seines Auftrages mußte v. Hippel an einer Erscheinung vorbeigehen, die ich als freier Kritiker nicht ignorieren kann, wenn ich nicht gerade den Vogel Strauß spielen will: nämlich dem Herculipfunde des Antisemitismus u. s. w. Bei der Schlichtung liegt es auf der Hand; aber auch in der Bewegung gegen das Tier-Experiment ist der antisemitische Zug oft zu erkennen: ich erinnere nur an die Protestation gegen einen öffentlichen Vortrag des Geheimrats Reiser. Die politischen Leidenschaften betören heute auch das Urteil in Dingen, die wirklich von aller Politik abliegen, so sehr, daß man bei jeder Gelegenheit warnend darauf hinweisen muß. Freisinnige Zeitungen und Vereine stellen sich feindselig oder spöttisch gleichgültig zum Tierquäl, weil sie Antisemiten unter seinen Vorwürfen sehen; Einzelfälle der Tierquälerei wie das Schächten oder Vivisizieren, gewinnen ungeheure Bedeutung, weil man annimmt, daß sie von den Juden verübt werden und die Verheerung des antisemitischen Gefühls für ihre Unterdrückung bedürfen will, (ohne zu bedenken, daß man doch vielleicht gerade durch das Hölzeren dieser Fälle den Maßstab für sie verliert). Beides ist gleich falsch und gefährlich, beides ist nicht zum wenigsten deshalb verwirrend, weil unter dem Wort „Antisemitismus“ so Grundverchiedenes sich denken läßt. Das läßt sich auch nicht mit einem Zug abtun, und schließlich empfindet und denkt kein Mensch genau wie der andere. Aber zwei typische Arten des Judenhasses gibt es doch, die hervorzuheben — schon deshalb, weil sie fast nie in einem Menschen vereint sind. Die eine Art meint mit dem Juden, den sie haßt, den allgütigsten, in seiner religiösen Kultur festgebliebenen mit keinem anderen Volk sich vermischenden Juden, den Juden, der neben der erzwungenen Sonntagsruhe seine Sabbatruhe freiwillig hält und den Leben zwei Tage schenkt, der wie der alte Hethitid Handhabe anzieht, eher er einem Christen die Hand gibt, der von allen Völkern das gemäßigteste und doch das stolteste ist, der das Gesetz hält und seinen Messias erwartet. Gegen diesen Juden wendet sich der Schächter. Die andere Art von Antisemiten versteht unter dem Juden, den sie haßt, den gottlosen Juden, den seiner Religion und damit seiner Kultur und Rationalität verlustig gegangenen, der ein tausendjähriges Erb gegen das Völkergesetz eines königlich preussischen Geheimrats und eines Christen- oder Erbschänders verschachtelt hat, der sein Warenhaus lieber acht Tage in der Woche offen hielt, wenn sie so viele Tage hätte, und der — last not least — als echter Negat mit dem alten strengen Glauben und Gesetz nun jeden Glauben und jedes Etzigengeheiß verhöhnt und mit jenem gütigen Hase haßt, den die Furcht einflößt. Gegen diesen „Juden“ — freilich durchaus nicht allein gegen ihn — haben die Vivisektionsgegner zu kämpfen. Weshalb ich das hier des langen und des breiten erörtere? Weshalb ich auch noch hinzufüge, daß ich den Antisemitismus der ersten Art ebenso verabscheue, wie ich den der zweiten Art begreife und selbst hege? Weil ich glaube, daß jeder, der über die rechtliche Gestaltung des Tierquälens mit sprechen will, sich über sein „Unterbewußtsein“ möglichst klar und genaue Rechenschaft geben sollte. Bei jedem wird das verstandesmäßige Urteil vom diesem Unterbewußtsein beeinflusst — man mag auch sagen: getrübt, oder von anderem Standpunkt aus: belebt. Soll das Urteil für andere maßgebend sein, so ist man ihnen die Wahrheit über sein Zustandekommen schuldig, soweit man sie zu geben vermag. Für mich und für diese Zeilen bedeutet das: daß ich meinem Gefühl nach weit eher gereimt röde, das Schächten strafflos zu lassen oder doch milde zu beurteilen, als das Tier-Experiment zu wissenschaftlichen Zwecken; ferner: daß ich für dieses Gefühlsurteil auch eine dem Verstand gemäße Formulierung finden könnte, nämlich, daß die göttliche, irdische, religiöse Freiheit mit ein höheres Gut zu

sein scheint, als die irdische Wohlfahrt, also ein von religiösem Gesetz gebotenes Delikt besser entschuldigbar ist als ein zur Förderung physischen Wohlbefindens unternommenes; endlich aber: daß ich eben wegen der Beeinflussung durch solche gefühlsmäßige Vorstellungen meinem Urteil misstrauen oder doch wenigstens niemand anderem zumuten kann, es anzunehmen, und daß ich demnach den einzigen Weg einschlage, auf dem ich gegen jede Beeinflussung sicher bin, und das ist die Behandlung der Einzelfragen — Schächten Vivisizieren, Schjagden, Nennen, Gefäßstopfen, Trophäentafel, Eichhorntrimmel, Hundevorposten usw. — unter einem gemeinsamen Gesichtspunkt. Das Opfer eigener Gefühle hat den Vorteil, daß man auch die Gefühle anderer nicht zu respektieren braucht. v. Hippel hat das ein Kriterium genannt, nach dem sich in allen Fällen die Strafberechtigkeit der Tierquälerei — oder ihre Straflosigkeit bestimmen, anrechnen ließe; es ist die Notwendigkeit.

Amerikanischer Brief.

Es ist begreiflich, daß die Juden in Amerika sehr stolz sind auf die Ernennung eines Glaubensgenossen zum Handelsminister und daß sie immer wieder auf diese zurückkommen. Sind ja auch die nichtjüdischen Zeitungen voll des Lobes für den Präsidenten, der die Ernennung vollzogen, für den zum Minister ernannten Oscar Strauss und auch für die Juden im allgemeinen, denen das Zeugnis ausgestellt wird, daß sie ihren Bürgerposten mit großem Eifer nachkommen. Ja, auf den Kanzeln christlicher Kirchen wird das Thema behandelt. Am 4. November räumte der Geistliche Centin Lloyd Jones in Cincinnati auf der Kanzel den Präsidenten Roosevelt, daß er durch diese Ernennung mit dem Verkommen gebrochen. Von allen Anmerkungen vom Vergeben, die dem Präsidenten nachgerühmt werden könnten, sei diese die rühmlichste. Dabei habe der Präsident auch eine gute Wahl getroffen, denn Strauss sei ein unerrichteter, furchtloser, weisungstüchtiger und freisinniger Mann, der des hohen Postens würdig sei. In der Tat muß in Betracht gezogen werden, daß ein Jude niemals auch in Amerika eine Anerkennung erhält, weil, sondern obwohl er Jude ist. Das heißt, er muß ganz besonders durch Tüchtigkeit und andere hervorragende Eigenschaften sich auszeichnen, wenn die Wahl auf ihn fallen soll. Die Annahme, der vielfach in demokratischen und auch namentlich in Kreisen der neuwandernden und mit den amerikanischen Verhältnissen noch nicht ganz vertrauten Juden Ausbruch gegeben wird, daß nämlich Präsident Roosevelt einen Juden zum Minister ernannt habe, um dadurch in den so wichtigen Wahlen im Staate New York, die bekanntlich von ausschlaggebender Bedeutung für die nächste Präsidentenwahl sind, den republikanischen Kandidaten den Sieg zu sichern, ist ganz und gar hinfällig. Es gibt kein einheitliches jüdisches Votum in politischen Wahlen. In der Tat hat zwar der republikanische Kandidat für den Gouverneurposten des Staates New York gestiftet, aber nicht in der Stadt New York, wo allein jüdische Wählermassen ins Gewicht fielen, sondern durch die Stimmen auf dem Lande.

Uebrigens verdient Präsident Roosevelt durchaus nicht den Ruhm, der erste zu sein, der einen Juden für einen Ministerposten ausersuchen hat. Er ist nur der erste Präsident, unter welchem ein Jude den Posten angenommen hat. In Wirklichkeit hat bereits Präsident Grant dem bekannten Bankier Joseph Seligman das Portefeuille des Schatzkretars angeboten, das dieser indessen

abgelehnt hat, und Präsident Cleveland wollte Sidor Straus zum Generalpostmeister ernennen, aber dieser hat gleichfalls abgelehnt.

Upton Sinclair ist durch seine Enthüllungen über die Ungeheuerlichkeiten in der Chicagoer Fleischindustrie weltbekannt geworden. In den Vereinigten Staaten macht er augenblicklich wieder von sich reden durch seine Begründung der Kolonie Helicon Hall, in welcher Gesinnungsangelegenheiten nach mehr oder weniger sozialistischen Grundbegriffen zusammenleben sollen. In jüdischen Kreisen ist jetzt ganz besonders von ihm die Rede, weil ein Jude, der mit ihm lange zusammen gearbeitet hatte, schließlich nicht zur Kolonie zugelassen wurde und dieser sich jetzt in der Presse beschwert, daß er wegen seiner jüdischen Abstammung ausgeschlossen worden sei. Dieses Motiv wird jedoch gleichfalls in der Presse von Herrn Sinclair entschieden in Abrede gestellt, und nun kommt das, was uns veranlaßt an dieser Stelle von dem Streit Ritzig zu nehmen. Die „New York Times“ veröffentlichen nämlich das Schreiben eines Mitgliedes der betreffenden Kolonie namens Edward Workman, in welchem es heißt: „Herr Serber (so heißt der ausgeschlossene Jude) ist ausgeschlossen worden, nicht weil er Jude ist, sondern gerade seine jüdische Abstammung ist der Grund, daß die Mitglieder, die entscheidende Gegner jeder Massenunterscheidung seien, lange zögerten, ihn hinzuzubehalten.“ Es wäre dies viel eher geistlich und einfacher gewesen, wenn Herr Serber ein Christ gewesen wäre. So groß war die Scham, antisemitisch zu scheinen, daß es eine Zeit lang schien, er hätte bei der Kolonie bleiben können, obgleich die einstimmig gegen ihn waren. Ich aber komme aus einem Lande, wo die Juden so lange alle bürgerlichen und sonstigen Rechte verloren haben, daß niemand daran denkt, sie als einen nicht zur Nation gehörigen Bestandteil zu betrachten. Wie in jedem anderen Lande, wo ihnen Gerechtigkeit, d. h. die Menschenrechte zuteil geworden sind, haben sie viel mehr gelernt als empfangen. Aber eben, weil es meiner Natur ganz und gar fern liegt, irgendwelche Massenunterschiede zu machen, schien es mir lächerlich, daß ich gegen meinen Willen, nur weil der Verstreifende zufällig ein Jude ist, sollte mit ihm als Fremdem und Gefährtem zusammenwohnen müssen. Dieses Gefühl veranlaßte mich, zu einem Schritt zu drängen, den die anderen zu tun Abstand nahmen. Ich kann hierin nichts Tadelnswertes finden, nichts, das im Widerspruch steht zu meiner Überzeugung, daß alle Menschen Brüder sind.“

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. Unser Bureau in Frankfurt schreibt uns: Der Wahltag der am 22. November stattfindenden Wahlen läßt sich, wenn auch von 22 erst 10 endgültig entschieden sind, als ein überaus erfreulicher bezeichnen. Von diesen 10 Stimmern sind nämlich neun durch einen glänzenden Sieg der vereinigten liberalen Parteien, denen sich auch die Nationalliberalen angeschlossen hatten, erledigt. Der zehnte Sitz fiel einem Sozialdemokraten zu. Nach der Erledigung der 12 Stimmern behalten wir uns eine Würdigung des Gesamtergebnisses vor. Trotz aller Wichtigkeit, allen Machinationen, aller eifrigen Agitation, die sich wohllich nicht immer der lauteften Mittel bediente, ist (sonst in der Hauptstadt der Reaktion, in der sich Zentrum, Mittelständler und Antisemiten schließlich zusammenfanden, leer ausgegangen.

Antisemitismus bei den Deutscher Stadtverordnetenwahlen. In dem sozialdemokratischen „Volkstakt für Anhalt“ war anlässlich der in oergangener Woche dort stattgefundenen Stadtverordnetenwahl ein Eingeladener erschienen

das eine antisemitische Spitze gegen den vorbildlichen Vorkämpfer des entmenschten Liberalismus in Dessau, den Landtagsabgeordneten Dr. Cohn enthielt; ein Handwerker schrieb darin u. a.:

„Und was noch eins: In Nr. 206 des „Volkstakt für Anhalt“ schreiben Sie, alle Hände soll zu tun zu haben, um keinen Antisemitismus aufkommen zu lassen. Schade um Ihre Mühe! Sie ist ganz zwecklos! Der Antisemitismus wird hier fast bald seinen Fuß heben und das ist im Abwärtstakt der Bewegung auch nur zu natürlich. Ich war niemals ein Judefreund, weil ich geglaubt habe, daß alle, die ich bisher kennen lernte, ohne jede Ausnahme hinsichtlich des moralischen Wertes auf ein und derselben Stufe stehen. Ich würde es also durchaus nicht für ein Unglück halten, wenn alle Semiten schon in den nächsten Tagen durch die rote Meer zurückgehen und bei dieser Gelegenheit wirklich so viel Wasser schlucken würden, wie angeblich vor Jahrtausenden die Ägypter! Daß wir keinen Schaden hätten, wenn damals das Meer anstatt der Ägypter die Kinder Israels samt ihren Eltern verschlang oder aber umgekehrt die Semiten jemals des Jordans überlebten, werden Sie schonfalls nicht beargwöhnen.“

Das „Volkstakt“ brachte daraufhin, als auch aus der Sozialdemokratie entsetzte Proteste erhoben wurden, folgende lenkelahe Entschuldigung:

„Das Eingeladene des Handwerkers, das wir am Freitag veröffentlichten, ist mit rein antisemitischen Ausführungen. Es war ja selbstverständlich, daß wir durch Abdruck des Eingeladens uns mit denselben nicht identifizierten. Wir haben es wiedergegeben, einmal, weil wir den betreffenden Handwerker zum Recht kommen lassen wollten, jedoch, um zu zeigen, wie wenig die „Antisemitischen“ bei allen Handwerkern anfangen, und kritisch, um klar in die Geschichte treten zu lassen, wie das Antisemitische eine Gefahr auf die antisemitischen Semiten auszuüben würde. Daß wir dem Antisemitismus nicht Gerechtigkeit im Jagdentscheid machen, ist selbstverständlich. Weil es selbstverständlich ist, wird auch kein Antrag zu dem Eingeladen gemacht. Um aber auch kein Widerstand auskommen zu lassen, wollen wir heute doch ausdrücklich, wie das Recht aus am Sonnabend getan hat, auch an dieser Stelle konstatieren, daß wir uns mit dem auch sonstige Schreiben in der öffentlichen Angelegenheit nicht identifizieren in keiner Weise identifizieren. Das beweisen wir übrigens durch die Zeit mit unserem Stimmzettel. Die Juden arbeiten mit Eingebunden und Gier in unseren Reihen für die Sache der Freiheit und Gerechtigkeit. Daß es auch verständlich. Aber wenn ein Jude sich zum Vorgesetzten der Reaktion gegen die Sozialdemokratie aufstellt, kann ich das ebenfalls verständlich, wie denn jüdische Vandalen dem russischen Judentum immer wieder neue Gelegenheiten zu Massenmorden verschaffen, damit er mit der Revolution fertig werde. Unser Stimmzettel geht mit den Juden, die bei den russischen Programmen abgestanden werden. Wir den Juden aber, die das Geld für ihre Judenabkündigungen liefern, haben wir allerdings keine Sympathie. Und ein Götze figuriert für uns heute in Reich und Glied mit dem letzten.“

Den Führer der Deutscher Freisinnigen, Dr. Cohn, den langjährigen politischen Freund des verstorbenen Sozialpolitikers Richard Krieger als „Führer der Reaktion“ hinzustellen, ist der Gipfel politischer Dummheit. Der „Vormund“ als Zentralorgan der Sozialdemokratie steht dann auch nicht an zu erklären, daß der Abdruck des Eingeladens und selbst durch die Erregung des Wohlstandes kaum entschuldigbar erscheint, daß weiter aber die Fortsetzung jeder Erwähnung zu diesem Eingeladen zum mindesten eine grobe Unterlassungslünde war.“

Das liberale „Anhaltische Tageblatt“ bemerkt mit Recht zu diesem antisemitischen Pamphlet in dem sozialdemokratischen Blatte:

„Was man wohl der Hg. Singer dazu sagen, wenn er hört, wie er hier in einem sozialdemokratischen Blatte widerstandlos nach dem roten Meer demüht wird? Und wie mag das Geschäftslenten jüdischen Glaubens, deren Namen man im Interesse des „Volkstakt“ so oft findet, zu Recht werden, wenn sie sehen, daß im „Volkstakt“ im Antisemit ohne Widerpruch erklären kann, es wäre besser gewesen, das rote Meer hätte j. J. statt der Ägypter die Kinder Israels samt ihren Eltern verschlungen? In warum hat denn das nicht gar den Dreißigsten Büllet als Adjunkt zu seinen Häuten gegen die liberalen verstoßen? Die Sozialdemokraten Büllet hätten zu denen des „Volkstakt“ das so trefflich gepost. Und was das Letzte ist: der Abdruck mag das „Volkstakt“ nach dem „großen Abscheu“ der sozialdemokratischen Semitenversteckung zu haben! Was doch das arme „Volkstakt“-Papier genötigt sein muß!“

Das Hjelstøter Gericht. Man schreibt der „Nuff. Post.“ aus Hjelstøt:

Noch dem bekannten Bericht, den die Dammagildebesitzer, Petten, Jacobson und Kristiansen über die Organisation des Hjelstøter Vagrants durch die Zivil- und Militärbehörden erhalten haben, hat das Ministerium Statuten, die Auflösung der Rechtsbünde betreffen, verfaßt, die Hjelstøter Trübsal vollständig mit Schwingen zu überdecken. Die einzigen Verhältnisse gegenüber der Ministerial Statuten, welche die Untersuchungen, die am Ort und Stelle von dem besonders dahin abstimmierten Untersuchungsrichter Schütz geführt werden, dazu beitragen werden, der öffentlichen Meinung die „volle Wahrheit“ über diesen Hjelstøter Vagrants zu entlocken. Nun erscheint die Wahrheit in folgender Gestalt:

Der Sekretär des Stadtrates von Hjelstøt Samvoldt sollte die einen gewissenhaften Untersuchungsrichter ein Junge von besonderer Wichtigkeit sein, das Samvoldt Augenzeuge des Ausbruchs des Vagrants war. Er stand am 1./14. Juni am dem Balkon des Rathausgebäudes, wußte also die sich auf der Straße vor ihm bewegende religiöse Prozession und sah, wie Volkslied und Soldaten mit dem Rufe, daß Revoluzzer und Juden in die Prozession schickten, das neben dem Rathaus befindliche Haus Nr. 10 des Hjelstøt. Samvoldt sah, daß kein einziger Soldat in die Prozession abgegangen wurde, er sah ebenfalls, daß eine Bombe geworfen wurde. Dieser der Hjelstøter Polizei, deren Verbrechen die Petersburger Behörden nicht wußten, gefährliche Junge, wurde vom Untersuchungsrichter Schütz drei Mal in der Verurteilung verurteilt, ergriff dreimal das Wort, er erhebe sich und habe drei Mal von Schütz den Vorwurf, daß seine Angaben nicht denen entsprächen, die er, Schütz, selbst erhalten habe, wobei nicht ein einziges Wort die Angaben Samvoldts von Schütz in das Protokoll eingetragen worden sind.

Der Kaufmann Esholm Lundt befand sich zur Zeit des Ausbruchs des Vagrants in seinem Luthers am der Kapuzenstraße, er sah, wie das Militär feilschte, seinen Widerstand leistende Bürger niederlag, während ihre Gärten von der Menge, unter der auch Volkslied waren, beschützt wurden. Lundt wurde von Schütz als Junge verurteilt; Schütz blieb dabei ungenügend mit seinen Angaben, trug sie nicht in das Protokoll ein und forderte Lundt auf, seinen Vor- und Familiennamen auf ein leeres Blatt zu schreiben und meinte, er werde späterhin dieses Blatt selbst mit den Angaben Lundts füllen. Lundt ließ diese Forderung energisch zurück, aber dessen angekündigt wurden seine Angaben doch nicht in das Protokoll eingetragen.

Am zweiten Tage des Vagrants kam der Heroldliche des in Hjelstøt einrückenden 11. Dragoner Bataillons Regiment Gersdorn Gustavich Gustavich, mit Erlaubnis seines Chefs in das Haus seines Vaters, das an der Ecke der Hjelstøter und Großen Straße gelegen ist. In diesem Moment umginge die Menge das Haus mit der Absicht, es zu zerstören. Der junge Gustavich lief vor das Haus, um die Menge aufzuhalten und seinem Vater, seine Familie und sein Eigentum zu retten; sein Erscheinen genügte, um die Menge zu zerstreuen, das Haus in Ruhe zu lassen und sich zu entfernen. Damit, schon es, sollte dieser Vorfall überhaupt erledigt sein; aber, als der junge Gustavich am 3. Juni in sein Regiment zurückkehrte, wurde er verhaftet und blieb drei Tage ohne Beschäftigung auf der Hauptstadt. Am 6. Juni erhielt der Untersuchungsrichter Schütz eine polizeiliche Angelegenheit Gersdorn Gustavich, daß er, zusammen mit noch einigen anderen Juden auf Straßen geschossen habe und unter anderem auch auf dem Garaboden Aufgehoben; diese Angelegenheit auf Angaben Rührbüchsen und eines Vaters Erlaubnis zurückzuführen, es ist selbsterklärend, daß diese nicht am Vagrants teilgenommen haben. Diese Beschuldigungen, die auf polizeiliche Angaben beruhen, zu untersuchen, trug Schütz den Gustavich in die Rufe des Beschuldigten ein und stellte ihn ins Gefängnis. Er wurde erst nach zwei Monaten befreit auf Befehl des Bezirksgerichtes, das seinen Anwalt geschickelt; fand. Das Gericht behält ebenfalls laut Gersdorn Gustavich die Statuten der Zeugenaussagen auszuheben; Schütz hat sie jedoch nicht ausgeteilt und hat auch die Zeugen, auf die in diesen Akten hingewiesen werden, nicht verhört.

Es sind, wie wir schon erwähnt haben, offiziellen „Wahrheiten“ in Bezug des Hjelstøter Vagrants beschaffen. Der Grad der Gutsförmigkeit, mit der diese „Wahrheiten“ aufzusammeln wurden, tritt nach deutlicher hervor, wenn wir uns über die zwei Fälle klar machen, die Schütz bei den Untersuchungen stellte.

Am 1. und 2. Juni (14. und 15. Juni) wurden in Hjelstøt einige Hundert Juden getötet und verwundet und allen ist es augenscheinlich, daß diese Untersuchungen eben wegen der Niedermetzung der Juden geführt werden. Aus den Untersuchungsakten des Herrn Schütz erfahren wir aber, daß das Objekt seiner Untersuchung ein ganz anderes ist. Er führt die Untersuchung gegen die „Volkslied“, die aus Hoffend und religiöser Feindschaft am 1. und 2. Juni dieses Jahres in Hjelstøt die religiösen Bünde unter dem Revolver beschossen haben und durch vereinigte Kräfte dem Militär,

das, das beauftragt war, die Ordnung herzustellen, einen bewaffneten Widerstand geleistet haben.“ (Was ist ein bewaffneter Widerstand den Untersuchungsakten?) Aus denselben Akten des Herrn Schütz erfahren wir, daß er festgestellt hat, daß die jüdischen Einwohner, hauptsächlich junge Juden, in ganzen Mengen auf Straßen und aus den Häusern, in verschiedenen Gegenden der Stadt aus Revolvern in die strahlende Bevölkerung geschossen haben, wobei sie einige getötet und verwundet haben, die sie auch aus Revolvern in das zur Beschäftigung der Unruhen herbeigekommene Militär geschossen haben und dabei einen Soldaten verwundet haben.“

Nach dem oben angeführten ist es höchst verständlich, warum Herr Schütz nicht einen einzigen gefunden hat, der die Ermordung von Juden während des Hjelstøter Vagrants beschuldigt werden könnte und es wird uns durchaus nicht überraschen, wenn die Untersuchungen des Vagrants in Hjelstøt „als offizielle Wahrheit“ feststellen werden, daß nicht der zeitweilige Generalgouverneur, sondern die Juden den Befehl erteilt haben die Stadt von den Aristokraten befreiten zu lassen.

Graf Büdler's Satisfaktionsunfähigkeit. Die „Tägliche Rundschau“ hat folgende Erklärung des Grafen veröffentlicht:

Graf Büdler-Rieten-Lahme hat in öffentlicher Versammlung sich in publizistischer Weise über meinen verstorbenen Vater, Graf Rudolph v. Rieten-Lahme, M. d. R., geäußert. Graf Büdler hat die Aufforderung, seine Beschimpfung mit dem Ausdruck des Bedauerns öffentlich zurückzunehmen, nicht entsprochen, sondern sich in einer öffentlichen Versammlung ausdrücklich als gerechtfertigt bezeichnet.

Da Graf Büdler auf die Aufforderung, seine publizistische Äußerung in einer öffentlichen Form persönlich zu widerrufen überhaupt nicht reagiert hat, so ist hiermit öffentlich festgestellt, daß ihm auch die zur Erlösung einer solchen öffentlichen Andienung nötigen Eigenschaften fehlen.

In einer neuerlichen Versammlung kam der Drehschiff auf die Sache zurück. Er meinte: „Wollen die Leute denn, daß ich mich mit der ganzen Familie schiefen soll? Wenn der Kapitänleutnant a. D. Graf v. Rieten-Lahme durchaus schiefen will, dann soll er sich mit dem kleinen Gohn schiefen und den dabei ordentlich füttern; dann würde ihm das ganze deutsche Volk dankbar sein. Ich kann mich doch nicht wegen jeder Kinderrei morgens, mittags und abends fortwährend mit der „Familie Reventlow schiefen.“ Im Jenseits werde der liebe Gott die Reventlows entgelten lassen, daß sie seinen Vorfahren, den Grafen Rieten, geärgert hätten.

Fermisites.

Kassel. Eine Dame der Gesellschaft, Frau General L., hatte die löbliche Idee, zusammen mit einigen Freundinnen hier einen Frauenklub zu gründen. Aber im Kreise der eigenen näheren Bekannten fand sich nicht die hinreichende Opferfreudigkeit, um dem Klub eine Existenzfähigkeit zu gewährleisten. Es wurde denn fleißig in der Gesellschaft um Mitglieder geworben, dabei aber vorsichtig darauf geachtet, daß nur ja nicht auch Jüdinnen eine Aufforderung erhielten. Alles war schön und gut, und eine stattliche Versammlung hatte sich zur Begründung des Klubs zusammengefunden. Eben sollte er mit schon gedachten Programmen, das Frauentheater und Frauenunternehmungen künden, ins Leben treten, als eine Teilnehmerin, ein Fräulein v. R., Leiterin einer höheren Mädchenschule, sich mit der unangenehmen Frage an die Vorsitzende, Frau General L., wandte, ob auch jüdische Damen dem Klub angehören dürften. Scharf und schneidend vernahmte die Vorsitzende diese Frage, die ihre höchste Enttäuschung enthielt; Jüdinnen würden nicht zugelassen! Die Folge dieser für viele Teilnehmerinnen verhängnisvollen Auskunft war, daß sie auf die Ehre verzichteten, dem Klub anzugehören. Im Besonderen legten sofort die Gattin des Oberbürgermeisters sowie Frä. v. R. und auch sämtliche Mitglieder des von ihr geleiteten Leserkreisvereins dem

Namen Gregor angenommen. Dagegen ist aber einzuwenden, daß, da er 1044 auf den Stuhl Petri gelangte, er nicht später als 1020 geboren sein kann. Demnach war der Stuhlholder Anastasius noch nicht geboren, und von einem älteren Bruder dieses wahrscheinlich noch als Jude geborenen Leo wissen wir nichts. Wir können also den sechsten Gregor als den letzten jüdischen Stuhlbesitzer seinen Christen annehmen.

Die jüdische Literatur des Mittelalters scheint sich für die zu guten Christen und Vätern geborenen Neopaganen nicht interessiert zu haben, und der Sage, deren sie kaum geeigneten Stoff. Diese erstau sich mit freiweltlicher Phantasie zwei Pöple, die auch auf dem Stuhle Petri im Bergen ihren Thronen zu genießen sind und ihre Glaubensgenossen zu schätzen suchen. Der eine dieser Pöple sitzt zwar in der Sage den Namen Simon Makdos, und es wird bemerkt, daß die Christen ihn Sohn Petrus nennen, aber er hat nicht die geringste Ähnlichkeit mit dem Apostel, wie überhaupt die ganze Sage, die mit ziemlich jung zu sein scheint, jedenfalls erst zu einer Zeit entstanden ist, als das Christentum schon zur herrschenden Religion geworden war.

Die Christen, erzählt sie, konnten die Argumente, welche der überaus gelehrte und fromme Rabbi Simon gegen ihre Religion vorbrachte, nicht widerlegen und beschloßen, er werde viele zum wesen, daß sein Vermögen geistlich und ihm zu Ehren als Pöple den Abfall begehen. Sie bemühten sich daher, ihn für sich zu gewinnen und da sie mit Güte und Ueberredung bei ihm nichts anrichten konnten, ergreifen sie eine große Zauberspergung: Juden wurden ermahnt, bewacht, zu Sklaven gemacht und verkauft, um drei (so soll es heißen heißen) Stückerling, um Jesus beizubringen. Zur Begehung für das Verbrechen der Zauberspergung sollten die drei Uebertritter Simons, und dieser, den seinen Glaubensgenossen davon geredet, erlernt sich für sie, wozu Ehre und Pöple, nachdem er sich Einführung der Zauberspergung und monderlei Anweisungen für die Juden, welche das Unterlassen gewolltemer Behauptungen auszuweisen hatte. Für ihn selbst mußte ein hoher Turm gebaut werden, in dem er allein wohnen und sich ungeachtet seiner Reichtümer und Reichtümern aufhalten konnte. Der Turm wurde gebaut, und Simon lebte dort, die jüdische Spitzfindigkeit streng beobachtend und hebräische Gebete verlesend, die von den Jüngern der jüdischen Hochschulen und Synagogen aufgenommen lief: „Eines derselben wird noch jetzt an jedem Sabbat recitiert.“*)

Einen Anfang am Sumat hat die zweite jüdische Pöple. Sie noch länger zu sein scheint, da der Reichthum im 10. Jahrhundert gekürzt hat. Sie noch wohl lange nach dessen Tode entstehen sein, aber man muß deshalb nicht annehmen, daß sie irgend welchen Bezug auf den biblischen Anselm hat. Dieser Nachname eines getauften Juden hat sich der Glaubensgenossen seiner Ämter eher gekleidet als angenommen.

Und die eine Säule der Sage kann leicht noch sein. Rindrecht denkt der Tour kommt es auch jetzt in Galatien nicht selten vor, und vor einigen Jahrhunderten hat der Rausch des kleinen Meritor die Kuffen in ganz Europa eregt. Pöple ist er nicht geworden, so ich glaube, nicht einmal Abfall.

Da ging es dem kleinen Elixan, Sohn des sehr angesehenen Rab Simon in Mainz, schon besser. Wie bekannt, dürfen die Juden am Sabbat kein Feuer anzünden, und fromme Leute lassen daher im Winter den Ofen bei ihnen brennen. Da geschah es nun einmal, daß eine solche Feigheit, eine sogenannte „Scholachschin“, während der fromme Simon und seine Frau sich in der Synagoge befanden, den kleinen Elixan hob, ihn zu einem Weichlichen brachte und tanzte ließ, „dann die Christen diesen damals solchen für eine sehr gattgewöhnliche Tat“, bemerkt der Erzähler. Als die Eltern nach Hause kamen und das Kind nicht fanden, gerieten sie in die größte Verzweiflung; aber alle ihre Nachforschungen und die besten Gebete, die sie zum Himmel anstifteten, blieben ohne Erfolg. Das Kind war verschwunden. Mitleidenschaft wurde der kleine Elixan von Weichlichen ertragen, besuchte mehrere und höhere Schulen, wegen seiner herverragenden „honi Vater geerdeten Anlagen“ mit dem größten Erfolg. Dann setzte er seine Studien in Rom fort, wo er bald berühmt wurde, zum Kardinal ernannt und endlich zum Pöple gewählt wurde. Woher gibt der jüdische Erzähler nicht an, welchen Namen er als Pöple führte.

Aber auf dem Thron Petri in allen Ehren und Herrlichkeiten des Pontifikats dergestalt Elixan, wobei seine Religion nach seine Eltern, und seine sich nach ihnen. Um ohne sich zu verraten, seinen Vater zu einer Reise nach Rom zu bewegen, verleiht er auf ein sonderbares Auskunftsmittel. Er schreibt an den Erz-

bischof den Brief und beleiht ihm, die allerhöchsten Befehle zur Verfolgung der Juden in Anwendung zu bringen.

Als der Erzbischof auf die Ausführung des päpstlichen Befehls ging und die Juden ihn um Schonung baten, antwortete er: Ich kann auch selber nicht helfen, ich muß den Befehl des Pöples befolgen, aber ich rate euch, eine Deputation nach Rom zu schicken. Die Juden befolgten den Rat und schickten eine Deputation unter Führung des Rab Simon nach der ewigen Stadt.

Das sollte kein Zorn voranbringen, und nur, um den Vater als Deputierten in Rom zu sehen, sollte er die Zuhörerleistung anordnen. Als die Deputierten in Rom eintrafen, bereiteten sie sich zuerst mit ihren dortigen Glaubensgenossen, und diesen kam die Sache unangenehm vor. „Der jeige Pöple“, sagten sie, „kann so nicht werden haben, er ist den Juden wegschickmt, bereitet gern mit Juden und Jüdeln mit ihnen Schach.“ Als man ihnen aber den Brief an den Erzbischof mit Unterfertigung und Siegel des Pöples zeigte, mußten sie davon glauben.

Durch Vermittelung eines ihnen wohlgekannten Kardinals wurde eine Audienz beim Pöple bewilligt; als sie aber in den Vatikan kamen, ließ der Pöple sagen, er wolle nur den Führer allein empfangen. Rab Simon wurde nun vorgelesen und triete vor dem Pöple nieder, den er nicht erkannte. Der Sohn aber erkannte ihn, beschloß ihm, aufzustehen und sich zu setzen, ließ sich aber in der Schachportie, die mit einem Kardinal besetzt, nicht sitzen.

Als das Spiel beendet war, fragte er den Simon nach seinem Begreifen, und nachdem dieser ihm Äußerungen entgegenholte, antwortete er ihm: „Es sind bei mir viele Rügen gegen die Römische Juden eingeladen, weshalb ich den Befehl erlassen habe.“ Dann ließ er sich mit ihm in eine mehrstündige Disputation ein, die dem Simon Gelegenheit gab, den Schoffsin des Pöples und seine genaue Kenntnis des Judentums zu bewundern. Endlich versprach er ihm günstige Erwiderung seiner Briefe und ließ ihn zu einer Partie Schach ein. Rab Simon war ein Meister des Schachspieles, aber gegen den Pöple droht er. Nach Beendigung der Partie beschloß dieser den Knoschen mit Ausnahme Simons, sich zu entfernen. Mit diesem allein gelassen, fiel er ihm um den Hals, gab sich zu erkennen, erklärte die Art, die er angewendet, um ihn nach Rom zu bringen, und daß er entschlossen sei, zum Judentum zurückzukehren. Seine Bekunden, ob er auch von Gott Begehung erlangen werde, weil er, von dem Angenehmen und Ehrenreichen seiner hohen Stellung gekost, so lange in Christentum verblieben sei, zerstreute der Vater mit dem Hinweis auf die große, Rom verdienstliche Thaten gegen Verurteilung. Dann ließ er Simon, mit einem den früheren aufstehenden Befehl des Pöples an den Erzbischof nach Mainz zurück, wo darüber große Freude unter den Juden herrschte. Einige Zeit hernach riefte der Pöple die Welt zusammen, erließ aus Rom und lebte seinen als frommer Jude in Mainz. Im Rom aber wählte sein Kreis, wozu aus dem Pöple geworden sei.

Das Annehmen des Geldes ist nicht bloß ein höchster Zug, sondern auch eigentlich die ganze Erzählung überflüssig, denn wenn der Pöple hieraus aus Rom verdammten kamte, so war ja, so oft ganze Völkern, um seinen Vater nach Rom kommen zu lassen, überflüssig. Wir wollen aber den unvollständigen jüdischen mittelalterlichen Novellen nicht kritisieren, obwohl es auch sonst an Veranlassung dazu nicht fehlt, bogen wir nur noch erwähnen, daß nach einer anderen Version der Vater den Sohn an einem anderen geschickten Schachgänger erkannte, den er ihn einst geteilt hatte.

Zum Schluss möchte ich noch bemerken, daß der Name Simon, die Zuhörerleistung und manche Nebenumstände in diesen Pöples zeigen mich auf die Vermutung bringen, daß beide eigentlich von eine sind.

Wien.

M. London.

Die älteren Jahrgänge

der

„Mitteilungen“ sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 sollen gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgezeichnete Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen und des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus.

*) Diese Sage oder Legende wurde zuerst vom Tugendstein in seiner *Acta Ignaciae* 1681 in Uebersetzung veröffentlicht, den bescheidenen Text hat Koblitzer Dr. W. Jellinek im letzten Bande seines *Recht-Wörterbuch* nach einem alten Manuskript abgedruckt. Im fünften Bande dieses Werkes (Wien 1873) ist die zweite jüdische Pöple abgedruckt.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mogelbaggerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kartell wünscht.
Telephon: Amt 6 Nr. 2875.

Alle Bezahlungen an die Ex-
pedition und Expeditionen sind zu
richten nach Berlin W. 35, Mo-
gelbaggerstr. 14, wo alle für den
Erschein der „Mitteilungen“ ge-
richteten Briefe, Druck- und
Schriftschröbenungen an den
Herausgeber, Herrn Dr. H. H. H.
H. H. H., Berlin W.,
Mogelbaggerstr. 14.

„Konservatorische Kunst.“

Auf die in Nr. 47 der „Mitteilungen“ veröffentlichten Artikel des Herrn Dr. Bernhard Weiß sind uns zwei Erwiderungen zugegangen, die eine von dem Schriftführer des Komitees für jüdisch-künstlerische Veranstaltungen Herrn Adolf Graupe-Berlin, die andere von Herrn Emil Waldheim-Breslau, die wir nachstehend folgen lassen zugleich mit einer Kopie des Verfassers des ersten Artikels.

Herr Emil Graupe schreibt:

„In Nr. 47 der „Mitteilungen“ läßt Dr. Bernhard Weiß Kritik an den Bestrebungen des Komitees für jüdisch-künstlerische Veranstaltungen“. Er beruft sich hierbei auf einen Brief, der, wie er selbst hervorhebt, an einen kleinen Kreis jüdischer Kunstfreunde ver-
schickt wurde. Zudem ist es dem Urteil der Leser überlassen, inwiefern es angemessen ist, ein Schreiben, das den Charakter eines Privaterebes trägt und jedenfalls von den ersten Bestimmungen für das Judentum distinkt war, in polemischer Weise an die Öffentlichkeit zu setzen, beschränke ich mich auf die Richtigstellung der wesentlichen Irrtümer, die die Ausführungen des Herrn Dr. Weiß in Bezug auf Tatsachen und Auffassungen enthalten.

Zunächst sei festgestellt, daß das erwähnte Komitee, ebenso wie der eben aus ihm hervorgegangene Verein zur Förderung jüdischer Kunst nicht zu den konservativen, sondern zu den allgemeinen jüdisch-kulturellen Vereinigungen zählen, in denen liberale und orthodoxe, national und assimilationistisch gesinnte Juden einträchtig nebeneinander wirken. Gegen die Einarbeitung dieses trübseligen Friedens durch Ausschließung einer Parteifraktion müssen wir uns nachdrücklich verwahren.

Was nun die Ansicht des Herrn Dr. Weiß anbelangt, daß durch die Vorführung von Werken, die den Juden Gerechtigkeit widerfahren lassen, keine auffällige Wirkung auf das große Publikum ausgeübt wird und daß man durch Förderung der neu-jüdischen Kunst den Antisemitismus nähre, so steht er mit der vereinzelten, die Tatsachen entsprechen der nicht und eine Reihe führender Persönlichkeiten der jüdischen Bevölkerung Berlins, deren Urteil maßgebend ist, denn anders über diese Fragen. Was den ersten Punkt betrifft, so sei hier nur auf den äußerlich wohlthätigen Einfluß hingewiesen, den jüdischfreundliche Dramen von Lessings „Rothschopf den Weisen“ an bis zu Ibsens „Juden“ ausüben haben. Würde man, wie Dr. Weiß meint, befürchten, daß eine jüdischfreundliche Bühne nur das Entsetzen einer jüdischfeindlichen Bevölkerung weise, so würde, nach derselben Logik, alle Abwehrkämpfe gegen den Antisemitismus aus Furcht vor Förderung des Antisemitismus auszuweichen.

Wie irrig diese ganze Auffassung ist, beweist der Umstand, daß die neu-jüdische Dichtung und Kunst, die auf dem durchsich-

bernen Boden des Massenbewußtseins steht, ebenso feinstenwegs, wie man befürchtete, aufsteigen würde, sondern im Gegenteil vom gesamten, nicht nur der liberalen Presse mit Achtung und Sympathie begrüßt wurde, weil sie den Kreis wiederholten Vorwurfs, daß das Judentum unfähig sei, Originelles hervorzubringen, widerlegt. Weder die vorjährigen Veranstaltungen unseres Komitees, noch die Tätigkeit des auf ähnlichem Gebiete arbeitenden Vereins für jüdische Geschichte und Literatur haben auf antisemitischer Seite irgend eine Erregung hervorgerufen. Es ist also eine Ironie der Geschichte, wenn behauptet wird, daß unsere im modernen Sinne kulturellen Bestrebungen eine Gefahr für das Judentum zeitigen könnten.

Man wird übrigens aus dem demnächst erscheinenden und für die Öffentlichkeit bestimmten Katalog des Vereins zur Förderung jüdischer Kunst sich überzeugen, daß namhafte jüdische Künstler und hervorragende Mitglieder der jüdischen Gemeinde die hier vertretenen Anschauungen so sehr teilen, daß sie bereits einen Gesamtkatalog für jüdisch-künstlerische Veranstaltungen gebildet haben. Wie zeitgemäß unsere Bestrebungen sind, beweist der Umstand, daß sie auch in verschiedenen anderen Städten und Ländern aufstauden. In London wurde eben eine große und überaus wertvolle jüdische Kunstausstellung eröffnet; eine ähnliche plant man im Haag und in Frankfurt; selbst in Moskau wurde mitten in den revolutionären Unruhen ein jüdischer Kunstverein „Soyuzim“ gegründet. Die Veranstaltungen unseres Vereins werden hoffentlich also gegen die Förderung jüdischer Kunst noch bestehenden Vorurteile besiegeln.

Herr Emil Waldheim-Breslau schreibt:

„Unter der Spitzmarke „Jüdische Kunst“ behauptet Herr Dr. Weiß einen von jüdischer Seite erlassenen Katalog.“

Ich kenne den Katalog nicht, denn die Katalogisierung des Herrn Dr. Weiß gilt, und ich werde mich nur diesen Ausführungen zu.

Die aufsteigende der Kunst, dessen Verfasser mit ihrem Vorhaben, den Antisemitismus zum Schweigen bringen wollen, stehen und die Gedanken des Herrn Dr. Weiß unter dem Zeichen der Überflutungen und Optimismus, unter dem Jelden allgemein ausgedehnt der Voraussetzung und Ermutigung.

Gegenüber den kulturpolitischen Grundfragen, die dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus ins Leben rufen und seine Arbeit bestimmen, mag es gewagt sein, gegen Herrn Dr. Weiß in Ihren Spalten sich zum Wort zu melden; aber Sie haben in früheren Hüllen selbst gegenüberlicher Widerstand Raum gegeben, und Sie sind nicht einmal Gegner des Herrn Dr. W., auch nicht Jüdisch. Ich schreibe es mir wiederum und darum dringend, darauf hinzuweisen: man soll doch eine tun, daß andere darum aber auch nicht lassen.

Die Strafkraft „Antimilitarismus“ erfordert in gleichem Maße vorbeugende und heilende Maßnahmen.

Zeile, welche neben anderen Gesellschaften und Einzelpersonen der D. z. K. d. K. in überaus anerkennenswerthem Maße propagiert, haben bisher nicht vermocht, dem Stande der Krankheit Halt zu tun.

Strom im weitesten Wort des Wortes ist die ganze Volkstheile, im engeren aber — Verzeigung für die Zusammenfassung — die Antisemitism und die Juden; jene, je nachdem, worauf ihr Gehörten zurückzuführen, geistig oder seelisch oder sittlich etc.; diese in ihrem ganzen Volkstheile, denn der „Jude“ leidet schwer in seinem Empfinden und an seinem Lebensbedingungen.

Darum darf die intensivste Gefundungsarbeit der Juden — im vorwiegendem Fall interessieren nur sie nicht in Gefahren sehen, vielmehr ist sie ein dringliches Bedürfnis. Ihrer höchst möglichen Verfestigung muß ihr ganzes Denken und Treiben gelten. Erreich wird sie auf dem Wege der Selbsterkenntnis. Was Wunder, daß die Juden da zunächst an die Ruhbermochung der in ihnen selbst, in ihrer Lebensäußerung begründeten Widerstandskraft denken?

Verelne für jüdische Geschichte und Literatur sind in den letzten drei Jahrhunderten in großer Zahl erschienen.

Nach ihrer Gründung konnte man kosmopolitisch-abstrahierend gegenüberstehen; Geschichte und Literatur sind in internationaler, interkonfessioneller Beziehung zu treiben. Wo aber gab's denn Raum und Rahmen für weltumfassende Verbreitung der Reminiszenz jüdischer Geschichte und Literatur? Und wer wird den Augen, dem Erfolg dieser Vereine beschreiten, obwohl ihre Arbeit meist nur der geschichtlichen Zeit der Juden gilt?

Wenn man die programmatische Erklärung jenes Auftrags befragt: „Die Regitation von Dichtungen, die Darstellung des Dromen, in denen die Juden sich aufreiste, vornehmste Naturen, als Vertreter des höchsten Menschentypsus gesehnet werden, aus dem Universalismus zum Schmeigen bringen“, so kann man in der Vollständigkeit der Schlussfolgerung auf Erleuchtung erglänzten Zweifel setzen; man könnte mehr noch vielleicht daran denken, daß in den Neuzeit Juden auch ganz hervorragend auf dem Gebiet aller exakten und abstrakten Wissenschaften und der anderen Künste wirkten.

Aber die geschilderten Mittel sind unbedingt auszuheben, weil keines unbenutzt bleiben darf, sofern es dazu beitragen kann, über Not und Sein der Juden zu unterrichten.

Die Gefahr, Dr. Biedler, Abwardt u. v. als Gegenstände auf die Bühne geschleppt zu sehen, erscheint bedeutungslos, wenn man bedenkt, daß Bartels' Zerlegungsgeist schon vor dem Wiedern der geplanten Vereinigungen nachhin zu hantieren bemüht blieb.

Nicht jüdische Kunst, aber aus, wie Herr Dr. Weis fragend
zufrüß, „neue jüdische Kunst“ werden das Antikristentum zum
Schwarzen bringen; denn es gibt keine „jüdische Kunst“, sondern
„Kunst“. Aber es gibt eine große Zahl von Menschen, welche meinten
und nichts davon wissen, daß Juden und Christen hier können und
sind, und es gibt sehr viele, welche es nicht hoffen wollen und
trotzdem es sich zum Gewerbe machen, den anderen für 20 Pfennig
per Person und Abend oder billiger ihre so wohlfeil eingehandelte
Demnitz aufzubringen.

Nolenti non fit injuria, oder die bedrückten Betroffenen und den mit ihnen zusammen und am fäthlichen Fühlenden erhebt zusammen die Kräfte, während sie dankbar der Mitarbeit der Herbeistellenden gedenken, auch ihre eigene Stimme mit der Kraft der Wahrheit zu erheben.

In dieser Richtung meine ich des mehrgenannten Auftrags
Hiel suchen und finden zu müssen; möge das Gelingen beider
seinen Segen bringen."

Herr Dr. Bernhard Weiss, dem wir von diesen beiden Einfendungen Kenntnis gegeben haben, antwortet hierauf wie folgt:

sich um einen Aufruf handelte, welcher, auf mechanischem Wege vervielfältigt, zu einer öffentlichen Bekanntmachung von Beiträgen aufzuarbeiten und in nichts den „Charakter eines Beitragsbriefes“ erkennen ließ.

2. Ich bleibe dabei, daß der Rufus nach jüdischen Gesetzen ausgegangen ist. Das untergeordnete Komitee ist ja fast ausschließlich aus führenden Persönlichkeiten der Berliner jüdischen Bewegung zusammen. — Was fein, daß der aus jenem Komitee hervorgegangene „Rein“ auch liberale und assimilierteste gemalte Juden zu seinen Mitgliedern zählt. Das beweist mir nur, daß mein Wohnort nicht feilgenug genug in die Öffentlichkeit gedrungen ist, daß sich eine Reihe gutgläubiger liberaler Juden den gleichen Worten des jüdischen Rufus bereits hat beugen lassen.

3. Herr Gruppe glaubt, mich geschmeiern zu können, indem er erklärt: Ich stehe mit meiner Ansicht vereinzelt da, eine Reihe führender Persönlichkeiten der jüdischen Bevölkerung Berlins bezieht die Frage anders ... Ich muß sagen ... hat die Fragestellung nicht, berechtigt Herr Gruppe? Wenden Sie nicht, ich lehne es ab, den jüdischen Bevölkerungssektoren Herz und Gewissen zu öffnen, wenn man ihnen in ähnlichen Lebensbedingungen von der „Erhörung des Volkswillens“ u. dgl. handelt?

4. Die vorjährigen Kaufvereinbarungen des Graupfachs
Nemites haben — nach Herrn Graup — auf antisemitischer Seite
keine Erregung hervorgerufen. Ich gebe es zu. Was dem Deutschen
gleich im Vorborgern hilft, kann weder auf antisemitische Zustimmung
noch auf antisemitischen Widerspruch rechnen. Die vorjährigen jüdi-
schen Anschuldigungen sollen ein öffentliches Lärmende Gebröle er-
heben — da will denn auch ich zu einem öffentlichen Brotele.

மீள வா ஜனநீக இயக்கம்!

Die Kernpunkte des Problems sind:

I. Wirb die jüdisch-konfessionelle Funktion des Antisemitismus zum Schweigen bringen? Der Rufus behauptete es, ich bestritt es.

Der Gruppe scheint mich hier vor den Standpunkt des Auftrufes zu vertreten. Die Begründung seiner Ansicht stützt er auf schriftl. Er glaubt mich hinlänglich unterrichtet durch den folgenden Hinweis auf einen höchst wichtigen Einfluß, den jüdenfeindliche Träumen den Völkern „Aethien“ an bei so Thätigkeit „Juden“ ausgeübt haben.“ Mit Befried. der Gruppe, das ist seine Begründung, sondern eine neue Begründung — eine Bezeichnung, deren Wahrheit ich ebenfalls bestrichte. Ich bezeichne, daß Sie mir auch nur einen einzigen Antikenten namhaft machen können, daß die Auffassung des „Aethien“ zum Judenfeindt gehonnet hätte. Günstigen Falles wird der Antikiten den Thantole-Juden Aethien bezeichnen, nicht aber die Judenfeindt.

Sieer Weltstein richtet mir bei: die jüdische Kunst wird den Kunstsinns nicht zum Schmetzen bringen. Trotzdem glaubt auch Herr Waldstein die neue jüdische Propaganda gutheißen zu sollen. Er meint, sie werde dazu beitragen „über Israel und Sein der Juden zu unterrichten“, werde dazum, „auch Juden zum Künstler sein können und sind“. Der gleiche Gehalte tritt auch bei Herrn Graupe zutage: die jüdische Kunst überzeuge den Vorurteil, daß das Judentum unfähig sei, Originalität hervorzuwringen.

Mit diesem Argument hielten die Herren Goldstein und Gruppe das mit uns aufgeworfene Problem auf eine andere Frage hinüber. Ich verwies auf den fast fassungslos jüdischen Kunst des Behne, aus unbegreiflichen Gründen jüdische Gelehrten auf die Bühne zu setzen, beschlößte mich also einzig mit dem Inhalt der aufzuführenden Dramen. Meine Gegner lobten die neue Aufführung, weil sie die schmerzliche Befreiung der Juden aus dem Gebiete der Kunst erwiesen werde, beschlößte ich also mit der Autorschaft der aufzuführenden Dramen. Diese beiden Fragen stehen nur in so fern Zusammenhänge miteinander. Selbst wenn man das Lob der Herren Goldstein und Gruppe für berechtigt ansehe, brauchte man sich meinen Gründen bezüglich der Echtheit der neuen Aufführung nicht zu verschließen.

Doch ich bestreite weiterhin auch, daß das Lob meiner Gegner am Platze ist. Man will dartun, daß die Juden tölpelische Fälschungen besitzen, Dromen dichten können. So, braucht es denn hierzu im Berlin einer neuen konfessionell jüdischen Bühne? Unsere

Theater — angefangen von den königlichen Schauspielen bis herab zu den unbedeutendsten Poffenbühnen — bringen beständig Dramen jüdischer Autoren zur Aufführung, in ja reichlichem Maße sogar, daß die Kritiker bereits von der Verhöhnung unseres Theaters sprechen. Was also soll die neue Bühne? Auch Herr Graupe wird denen, die nicht sehen zu sollen, die Augen nicht zu öffnen verheßen ...

Gänzlich verfehlt ist es, wenn die Herren Waltheim und Graupe die „Vereine für jüdische Geschichte und Literatur“ in die Debatte ziehen. Gewiß, Herr Waltheim, Weltgeschichte und Weltliteratur sind „in internationaler, interkonfessioneller Behandlung zu treiben“. Aber man kann sich aus dieser Weltgeschichte, aus dieser Weltliteratur eine bestimmte Epoche, für welche man ein besonderes Interesse hegt, herausheben und dieses bestimmte Stückchen Wissenschaft in besonderen Vereinen besonders eifrig kultivieren. Sofern hierbei dieses spezielle Wissensgebiet nicht in seinen Zusammenhängen, sondern in „Darstellungsweisen“ Weise behandelt wird — und so geschieht seitens der genannten jüdischen Organisationen — wird man den Bestrebungen dieser Vereine auch dem „sozialpolitischen“ Standpunkte aus keineswegs „abnehmend gegenüberstehen“ können. Es besteht ein gewaltiger Unterschied zwischen dem „Gesellschaftlichen Komitee für jüdisch-christliche Beziehungen“ und den „Vereinen für jüdische Geschichte und Literatur“. Jenes Komitee verfaßt unter dem Vorzeichen der Kunst den politischen Entwurf, den Antisemitismus zum Schweigen zu bringen; die Vereine hingegen stellen sich keineswegs politisch, sondern allein wissenschaftliche Aufgaben.

II. Wird die jüdisch-konfessionelle Kunst den Antisemitismus schaden? — Ich behaupte es, die Herren Graupe und Waltheim bestritten es. Zeitlich haben sie gegen meine Ausführungen nur wenig vorzubringen.

Herr Waltheim hält meine Behauptungen für „Bedeutungslos“ und verweist mich auf den Zerlegungsspekt des Herrn Wolff Bartels. Ihn jetzt doch aber gerade die Tätigkeit des Kunstprofessors Bartels, wie leicht es für die Judenfeinde ist, auf dem Gebiete der Kunst antisemitische Trümpfe aufzuspielen. Spricht also der Bartelsche Zerlegungsspekt nicht eher für als gegen meine Behauptung?

Herr Graupe widerlegt mich auch hier wieder „schlagend“. Er gibt ein einzelnes, kleines, wunderbar lauslich klingendes Beispiel zum besten: „nach derselben Regel wäre alle Abneigung gegen den Antisemitismus aus Furcht vor Stärkung des Antisemitismus aufzugeben“. Ich möchte ebenso kurz replizieren: Wäre denn Sie nicht einzufehen, Herr Graupe, daß es zweierlei Arten von „Abneigung“ gibt — die eine, welche den Gegner nicht, die Wägen liehet (in diese Kategorie gehört die Tätigkeit Ihres Samitees), und die andere, welche den gegnerischen Wägen das Wasser entzieht (in diese Kategorie fällt die vornehmlich die Bemühungen des „Vereins zur Abwehr des Antisemitismus“)?

Wies in allem: die Einmüßigkeit der Herren Waltheim und Graupe erscheinen mir hinsichtlich. Ich bleibe bei meinen Behauptungen, bei meinen Befürchtungen.“

Zusammenbruch in Dresden.

Von Dresden aus hat einst der Antisemitismus seinen Siegeszug durch das Königreich Sachsen angetreten. Die schöne Residenzstadt an der Elbe, in der ein Emil Leumann als ein leuchtender Führer der politischen Vorden und zugleich der geistig und sittlich besonders hochstehenden und besonders hochschätzenden Kreise der jüdischen Bürgerchaft wirkte und Freund und Feind herzliche Anerkennung erbrang, die Stadt Dresden ist am ehesten der Herrschaft der sogenannten Reformer erschallen, die mit wirtschaftlicher Unzuverlässigkeit und mit jener Rückständigkeit, die unsehbar, den Überhebungen der nationalökonomischen Entzweiung zu folgen, gewissenlos genug harmlose und minder harmlose Zeitgenossen in ihre Rege brachten.

Nach dem gewaltigen, immer gewaltiger aufsteigenden Einflusse der ja in Dresden ungewöhnlich tatkräftigen und von besonders günstigen Bedingungen des Tages unterstützten Antisemiten unterschiedlicher Schattierungen auf alles öffentliche Leben, besonders aber auf das Gemeinwesen war die Hauptstadt des Königreichs Sachsen gewissermaßen ein klassischer Versuchsboden geworden für den Gedankenreichtum und die Leistungsfähigkeit des praktischen Antisemitismus. In der Stadtoberordnetenversammlung war die sogenannte Reformpartei die Herrherrin. Auf engste überdrückt mit dem stiller wirkenden Klänge, der sich um Herrn Wegner, den Führer des Regierungskonservatismus, gruppierte, unterstützt durch die starke antisemitische Unterstimmung im Zeitungswesen und in den gesellschaftlichen Lagern der Stadt, konnten sie schalten und walten nach ihrem Willen und Begehren. Und was haben sie gewirkt? In ihre Herrschaft der Stadt zum Segen gewesen?

Nun, die längst abgeschlossenen Stadtoberordnetenwahlen haben das Urteil vollendet, das bei der vorigen Stadtoberordnetenwahl begonnen wurde. An den Wässern von Babylon saßen sie und weinen. Die Herrschaft der Antisemitenpartei in Dresden hat sich zu Ende. Die Bürger haben fürchterliche Mißstimmung gehalten. Sie haben die Schaumblase zerplatzen lassen, mit der man sie so lange genarrt, haben eingeschrien, daß Leute, die sich als die Vertreter der größten Tugendhaftigkeit aller Zeiten und Völker zur Reihung von Handel und Gewerbe aus den Wunden der Unethik und der tödlichen Konkurrenz andersabgeschlammter und andersgläubiger Mitbewerber aufspülten, ihren Beruf als Heilbringer vollständig verfehlt haben. Nach einem dieser Bürgerreiter, der nun in seines Nichts durchbohrendem Gesichte weithin vom künftigen Erfolg wider „Stein unter Steinen“ ist, was wohl in Stunden der Einkehr ein Gefühl aufsteigen gleich dem der Margarete am Brunnen: „Und brüsst mich und tat so groß und bin nun selbst der Erde bloß.“ Denn die Vorkämpfer der Antisemiten in der Stadt und Stadtoberwaltung Dresden ist nicht etwa durch die Plutokratie einer stärker gestärkten anderen Parteibewegung fortgeschwemmt worden, — sie ist zusammengebrochen unter ihrer Verfechtung übergroßer Fülle, unter dem Druck der furchtbaren Enttäuschung, die ihre Wirkksamkeit dem vollständig vertrauenden Bürgertum gebracht hat.

Sie zogen einst aus, die Herren Reformer und sonstigen Antisemiten in Dresden, um die Frage des Wohlstandes, der Reinlichkeit, der Erneuerung siegreich über Erfolge wehen zu lassen. Und jetzt muß ein parteiloses Blatt, das keineswegs auf besondere Schärfe nach der einen oder anderen Seite hin gerichtet, es aussprechen, daß dieser konservativer, reformerische, antisemitische Klänge mit seiner agrarisch-antisemitischen Kirchturnpolitik den Interessen der Stadt direkt ins Gesicht geschlagen, daß er es gewesen, der dem Erwerbsleben zu Dresden schwere Wunden geschlagen, Sanabel und Wandel in der Hauptstadt gelähmt hat all die langen Jahre hindurch. Das also war des Pubels Kern. Das, nämlich die Niederwerfung eines frischen, wenn auch selbstherrlich nicht immer ebenmäßig betriebenden Staatsbürgertums Wirtschaftsliebenden durch eine Gesellschaft von Leuten, die den Mund nicht so gut genug nehmen können, wenn sie sich als die Männer zu Rat und Tat wider die Wirtschaftskräfte und gegen die angeblich überbüßig am Volke schenkenden Mächte der nicht christlichen Gesellschaften empfehlen und die politischen Kinder in blassen Säusen in den Roppelberg lodern.

Sie sahen ja das Unheil für sich selber mäßig kommen. Sie wußten, daß die Zeit erscheinen müsse, da sie

Bürgerchaft die Berberber und großprahlstischen Charlatans von sich stoßen wird, weil ein auf Verschlimmung und unwahrscheinliche Volkserhebung aufgebauter Parteebetrieb nun einmal seine Dauer verkümmern kann, wenn die berechtigten Forderungen des mittelschichtlichen und gemeindlichen Mittagsrealismus getragen werden und Plunder nicht zu Gold gemünzt wird. Ihr schändliches Gewissen rief ihnen schon im letzten Jahre die Mahnung zu, der Stunde noch abzugewinnen, was ihr abzugewinnen möglich, ehe der volle Zusammenbruch erfolgen würde. So schoben sie noch schleunigst ihre Führer in das Stadtratskollegium hinein, ehe es für diese Unterbringung zu spät war. Wie recht, von ihrem Standpunkte aus, sie daran getan, das gelte die diesjährigen Stadterordnetenwahlen in Dresden. In der Stadterordnetenversammlung, deren 84 Mandate sie einst mit großer Mehrheit absolut beherrschte, werden die Antisemiten künftig nur noch eine Gruppe von 14 bis 16 Mann vorstellen, die zum Teil nur noch durch Unterschleusen bei anderen Gruppen ins Rathaus gelangen konnten.

Es ist gekommen, wie es kommen mußte, zu spät vielleicht für manches gewichtige Interesse der Stadt Dresden, der die Herrschaft der „Reformer“ schweren Schaden zugefügt hat, aber hoffentlich nicht zu spät, sicherlich nicht zu spät für die Erlauchung manch eines anklar hindämmenden Zeitgesprächs, nicht zu spät für die Belehrung im ganzen Lande Sachsen, dem einst aus Dresden die böse Frucht des politischen Antisemitismus zugebracht worden ist, und nicht zu spät zur Belehrung der Kraft und Entschlossenheit aller derer, die guten Geistes und guten Willens sind zum und im Kampfe gegen das Uebel, dem in Dresden jetzt eine böse Quittung ausgestellt worden ist.

— a p —

II. Wiener Brief.

XX.

(Dr. Zuegers Rollenwechsel. — Der bedrohte Antisemitismus. — Der schwarze Wolf. — Die Christen.)

Wien, den 2. Dezember 1906.

Dr. Zueger hat in der letzten Zeit viel von sich reden gemacht. Ihm ist die Gabe eigen, immer zu überraschen und ab und zu gebraucht er sie, um auch seinen Gegnern ein bewunderndes Wort abzulassen. Das sind dann Augenblicke, in denen der Antisemitenfürer verschwindet und die große Individualität, der eigenartige Mensch vor einem steht. Der Wiener Bürgermeister prägte einmal das geflügelte Wort: „Sozialdemokraten und Deutschnationalen werden nicht angeht!“ und er hörte sich und dachte die Zeter seines fechtigen Geburtstages, indem er die sozialdemokratischen Arbeiter „Pumpen“ nannte. Aber Dr. Zueger kann auch andere Töne anschlagen, er ist ein Meister im Verlegen eigener Bursche und es gelingt ihm oft, seine erbittertesten Feinde seine Sünden verpassen zu lassen. Starb da vor kurzem der Redakteur der sozialdemokratischen Wiener „Arbeiter-Zeitung“, „Genosse“ Kraus leitete die Publiz für Kommunalpolitik, in der der herrschenden Marktpartei die bittersten Wahrheiten gesagt wurden. Kraus, ein begabter, durchaus ehrenhafter Journalist, schrieb für die „Arbeiter-Zeitung“ auch die viel gelesenen Sonntagsplaudereien, die mit der Waffe des Witzes und des so wirkungsvollen Wiener Humors gegen die Christlichsozialen kämpften und manchen Mann aus dem Volk, der durch gewichtige Argumente sicherlich nicht zu überzeugen gewesen wäre, gleichsam lächelnd zur Erkenntnis der unehelichen Demagogie der Antisemiten brachten. Wie tat nun Dr. Zueger? Er schickte — selbst krank — an die Witwe ein warmes, herzlich edles Beileidschreiben, das die Ehrenhaftigkeit und Gesinnungsreue des Verstorbenen anerkannte und verkündete, daß der Bürgermeister den goldenen Humor der Sonntagsplaudereien oft bewundert habe. Eine andere Veranlassung, alle Welt für sich zu gewinnen, bot sich lui

Parlament. Bei der zweiten Lesung der Wahlreformvorlage war eine Schwierigkeit zu überwinden. Die Gegner der Demokratie wollten das Wort durch die Einschmuggelung des Pluralitätsprinzips zu Falle bringen und es konnte bei der entscheidenden Abstimmung auf jede einzelne Stimme ankommen. Der Bürgermeister wollte in diesem entscheidenden Moment im Parliamente nicht fehlen. Er erschien gegen den Willen seiner Ärzte im „hohen Hause“ und nahm an der Abstimmung teil. Diese Willkür — sie erinnert an den Antipoden Dr. Zuegers, an Grillparzer, der sich in das Herrenhaus tragen ließ, um gegen das Postulat votieren zu können — fand natürlich bei allen Parteien lebhaften Anerkennung. Dr. Zueger wurde von den Ministern und von vielen Abgeordneten beglückwünscht und selbst die „Judensozi“ schüttelten ihm die Hand.

Von all dem ist Herr Bergani, der Herausgeber des „Deutschen Volksblattes“ nicht sehr erbaud. Ja, er hält, daß unsere Zeit ihm ein bedeutungsvolles Amt anvertraut habe, daß er über die Zukunft des Antisemitismus zu wachen berufen sei. Die böse Wiener „Arbeiter-Zeitung“ hat in der Beschreibung der letzten Gemeinderats-Sitzung zum Verwurle des Herrn Bergani über einige Maßnahmen der Christlichsozialen gepochet und folgendes geschrieben:

„Die Sitzung erlebte auch einer antie mitischen Umkehr: der „Jude“ Kleinbinder referierte im Namen des Gemeinderatsausschusses für das Appositionierungswesen über die neue Markhoronung auf dem täglichen Fleischmarkt und die antie mitische Majorität stimmte für seine Anträge. Noch mehr: dem „jüdischen Reaktor“ der „jüdischen“ „Vaterländischen Volkstanz“ Herrn Friedrich Herrnsfeld wird auf Antrag des Judenratters außer Dienst, Gemeinderat Bleichlawitz, für seine schließliche und aufopfernde fünfundsiebenzigjährige Wirksamkeit“ die Anerkennung des Gemeinderates ausgesprochen. Herrnsfeld ist Gründer des Wärmekundenvereins, der sein fünfundsiebenzigjähriges Jubiläum feiert. Das Präsidium des Gemeinderates hatte noch die besondere Aufmerksamkeit, sowohl während des Referats des „Juden“ Kleinbinder als auch während der Würdigung des „Juden“ Herrnsfeld dem Herrn Bürgermeister Dr. Porger präsidieren zu lassen, von dem Renner jüdischer Stammdäume berichtet, daß er ein Judenkömmling ist. Und das alles an dem Tage, an dem sich das „Deutsche Volksblatt“ in fetten Lettern beklagte, daß der vom antisemitischen Gemeinderat Silberer durchgeführte Ausschluß des Raimund-Theaters einen Juden als Theaterdirektor deuten hat. Na, die antisemitische Welt kehrt nicht mehr lange! Wenn das noch eine Wille so fort geht, so werden die Antisemiten sogar noch vernünftig! Der gleichen nur die nahenden Wahlen den gräulichen Antisemitismus so gewaltig?“

Ich hatte diese Notiz mehr für sehr geschmackvoll noch für taktisch klug, aber schließlich müssen es sich die Antisemiten doch gefallen lassen, daß man sie gelegentlich an ihre Tarnkappe erinnert. Allerdings könnte dies in einer geschmackvolleren Form geschehen. Das „Deutsche Volksblatt“ erklärt nun, daß die „Anschuldigungen“ wirklich zum Teil wahr seien. Die „Affaire“ Herrnsfeld läßt es zwar nicht gelten, denn die Würdigung war nicht der Person, sondern der von ihr geschaffenen Einrichtung zugeordnet; aber der christlichsozialer Gemeinderat und Landtagsabgeordneter Silberer habe tatsächlich Schmach und Schande an seine Partei gehandelt. Das „Deutsche Volksblatt“ kann das gar nicht lassen; fast möchte man sagen, der Verstand bleibe ihm stehen, wenn nicht gerade dieser — der stets nur den wenigen zu teil wird — der dem Hauptorgane der Antisemiten fast nützlich sein würde. Da Herr Bergani das psychologische Rätsel nicht zu ergänzen vermag und für Herrn Silberers Gehaden keine Erklärung findet, rettet es sich zu heiligen Eiden. Nein! es ist nicht wahr, daß die antisemitische Welt nicht mehr lange stehen werde, es ist auch nicht wahr, daß

die Antisemiten am Ende vernünftig werden könnten. „Es ist keine leere Phrase — meint das „Deutsche Volksblatt“ — sondern das feierliche Gelöbniß, wenn wir heute erklären, daß, was immer auch kommen möge, das antisemitische Programm in unserem Blatte ein Bollwerk bleibt, das niemals kapitulieren wird.“ Die unversöhnlichen und grimmigen Zuhörer konnten nun beruhigt sein. Herr Bergami hält strenge Wacht.

In den verschiedensten Blättern wird jetzt die Frage eines „Rassial-antisemitischen Bloks“ erörtert. Werden sich die Deutschfiskalen und Antisemiten im neuen Parlamente des allgemeinen gleichen Wahlrechtes zusammenschließen und mit dieser deutsche Gruppe mit den Rassist-antisemitischen Fraktionen der anderen Nationen in Verbindung treten? Das offizielle Wiener Parlamentum Dr. Lugers, die „Deutsche Zeitung“, hat jüngst dazu Stellung genommen und sich dabei großer Heftigkeit bedient, um nicht zu sagen: ablehnend verhalten. Doch kommt Rat! Heute spricht die „Deutsche Zeitung“ noch von der „Verleumdung“, die darin liegt, der christlichsozialen Partei „den Gedanken zu unterstellen, in einem internationalen fiskalischen Blok ein Gegenmittel gegen den Blok der liberalen Gruppen zu suchen.“ Das macht sich vor den Wahlen ganz gut, denn die Wähler verlangen ein kräftiges nationales Glaubensbekenntnis. Nach den Wahlen werden dann die Zwischengitgengänge entscheiden. Es ist annehmlich, daß die Christlichsozialen die meisten Mandate in ländlichen Wahlbezirken erobern werden; schon die Wahlkreis-einteilung Niederösterreichs läßt darauf schließen. Auf dem Lande rücken die Christlichsozialen das Rassistische Moment in den Vordergrund, während sie in den Städten auf den Antisemitismus das Hauptgewicht legen. Von Seiten der Landbevölkerung aber wäre eine Auflehnung gegen den Rassist-antisemitischen Blok kaum zu erwarten. Die traurige Eventualität eines schwarzen Bloks, einer reaktionären Mehrheit, ist in der nächsten Zukunft leider nicht unwahrscheinlich.

Wie sehr die Christlichsozialen, die man fälschlich als Wiener Partei bezeichnet, schon jetzt auf das hohe Land Wäutert neigen und die dem überwiegenden Teile der Landbevölkerung unglückseliger Weise noch immer zugeträglichen Schlagworte der Agrarier respektieren, erkennt man an ihrer Stellung zur Fleischfrage. Eben jetzt, da ich diese Zeilen schreibe, findet im Wiener Rathaus eine Rassenversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft statt, in der die Fleischfrage besprochen werden wird. Sicherlich wird nicht bloß die Regierung, bei der die Worte der Agrarier schwerer in die Waagschale fallen als die Entbehrungen der Bevölkerung — mit harten Vorwürfen bedacht werden, denn auch die Zaltung der Christlichsozialen verdient eine scharfe Brandmarkung, denn die Majorität des Wiener Gemeinderats konnte sich noch immer nicht zu einer wirkungsvollen Rundgebung gegen den die Fleischnot erzeugenden Agrarismus aufschwingen. Die Furcht vor der Landbevölkerung ist bei den Parteiführern ausschlaggebend. rm.

Rassenwesen und Antisemitismus.

Die verhängnisvollen Folgen des Rassenwesens lassen sich durch das ganze Gebiet des privaten und des öffentlichen Lebens nachweisen. Im Privatsleben wirken die kleinsten und feinsten Rassenunterschiede, wie Fußfehlen, die jeden Schritt erschweren. . . . Auf wirtschaftlichem Gebiete hemmt die Rasse jeden gesunden Fortschritt, denn sie schränkt die verschiedenen Rassen auf bestimmte Gewerbe ein; sie nährt eine falsche Selbstgenügsamkeit, die davon abhält, von der westlichen Kultur zu lernen; sie verbietet die ausgiebige Vermischung tüchtiger Hülfskräfte, falls dieselben sich außerhalb der eigenen Rasse finden. Noch verhängnisvoller sind die Einwirkungen auf das Gesamtleben der Nation. Sie läßt dieselbe auf in zahllose getrennte, so sich feindlich

gegenüber stehende Gruppen und macht so eine gemeinsame Arbeit unmöglich. . . . Sie hindert die Nation, die Fähigkeiten der einzelnen Bevölkerungsklassen für das Ganze auszunutzen und fruchtbar zu machen. Das Rassenwesen verbirbt auch den sittlichen Charakter des Volkes. Es nimmt uns den Anspruch auf den Namen wahrer Humanität, indem es uns die Erleuchtung eines Teiles unserer Mitbürger, die von uns durch nichts anderes als den Zufall der Geburt unterscheiden, zur Pflicht macht. Es verhindert uns jene Impulse der Liebe die so viel viel getragen haben zur Erhebung und zum gegenseitigen Vorteil der europäischen Gesellschaft.

Seht man in den obigen Zeilen für „Rasse“ und „Rassenwesen“, „Antisemitismus“, dann bedarf es der Änderung kaum eines Wortes; so sehr drehn sich die Wirkungen des Antisemitismus mit den geschilderten des Rassenwesens. Der so scharf das Gesicht der indischen Rasse angegriffen, so offen es als den Grund der Rückständigkeit Indiens hingestellt hat, ist der Weltmar von Baroda, einer der angesehensten und gebildetsten Fürsten. Er tat dies auf dem Hindu-Nationalkongresse am 31. Dezember 1904. Eine ähnlich, fast noch lautierte Rede hatte im Anfang des Jahres 1906 der Maharadscha von Baroda gehalten.

Wir aber entnehmen all diese Daten mit samt der Charakterisierung des Weltmar von Baroda als eines der gebildetsten indischen Fürsten der . . . „Staatsbürgerlichkeit“. Spottet ihrer selbst und weiß nicht wie sehr. Sucht den uralten Spitzel im Auge des fernsten Anbler und nicht den Balken im eigenen Auge. Den Indern, die ohne Christentum, ohne moderne Kultur als Erbsitz des Jahrtausende aus Rassenwesen übernommen haben, ist dies doch weit weniger zu verzeihen als denjenigen Deutschen, die den Antisemitismus, der die gleichen Wirkungen hat, dem Volke einzuspinnen sich bemühen und ihn als eine große Kulturerrungenschaft hinzustellen sich bemühen. Der heimische Fürst im fernsten Morgenlande, der so sprach, ist doch klüger und christlicher als der christliche Pfarrer, der so handelt wie die bedrängtesten Brahminen, und das nicht einmal mehr, ja an ihnen zu tadeln sich herausnimmt.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Wahl des antisemitischen Reichstagsabgeordneten Raab (Schwege-Schmalzthalen) ist von der Wahlsprüngungskommission einstimmig für ungültig erklärt worden, da nach der vorgenommenen Demotischerhebung feststeht, daß die Familie des sozialdemokratischen Kandidaten Hugo öffentliche Unterstützung infolge Aufnahme seiner Frau und eines Kindes als Armer im Landfruchtenshaus in Anspruch genommen hat. Nach § 3 al. 3 nach dem Hugo wieder zum Wählen berechtigt, nach noch § 4 des Wahlgenges wählbar zum Abgeordneten. Hugo hatte von allem Kandidaten die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl erhalten und wurde mit dem Kandidaten Raab, der die nächstfolgende höchste Stimmenzahl erhalten hatte, zur engeren Wahl gestellt. Raab siegte in der Stichwahl. Da aber aus den erwähnten Gründen die für Hugo abgegebenen Stimmen ungültig waren, so hätte nicht Hugo, sondern der freimütige Kandidat zur Stichwahl kommen müssen. Diese Feststellung führte, wie gesagt, die Kommission zu dem Beschlusse, die Wahl Raabs einstimmig für ungültig zu erklären.

Im Großherzogtum Weimar ist es den Antisemiten leider gelungen, durch Ueberrumpelung der anderen Parteien bei der jetzigen Landtagswahl zwei Mandate zu erobern und dadurch auch in den Weimarschen Landtag Eingang zu gewinnen. Es sind dies Oberlandesgerichtsrat

von Richtshofen, der auch schon als deutschsozialer Reichstagskandidat für 1908 im Wahlkreis Waldeck-Pyrmont aufgeführt ist, und der gleichfalls der Wiederwahl von Sonnenberg'schen Gruppe angehörige Gastwirt Stein. Beide Kandidaten segelten unter der Flagge der deutschsozialen Vereinigung.

Der antisemitische „Vorderkampf“ hat jetzt auch auf Hessen-Nassau übergegriffen. Eine von der „Wirtschaftlichen Volkspartei für Nassau“ kürzlich in Wiesbaden abgehaltene Versammlung hat nämlich nach dem Bericht der „Deutschen Reform“ folgendes „wichtiges Ergebnis“ gehabt: „Vor einiger Zeit hatten Vertreter der deutschsozialen Partei den Versuch gemacht, die Wiesbadener Organisation für sich zu gewinnen, und die „Deutschsozialen Blätter“ verurteilten schon, die „Wirtschaftliche Volkspartei für Nassau“ sei ihrer Partei beigetreten. Nach kurzen Worten jedoch trat in Wiesbaden, Dieblich ufm. ein völliger Umschwung ein: Man sagte sich aus Gründen, die wir einstweilen nicht in die öffentliche Diskussion stellen wollen, mit aller Entschiedenheit von den deutschsozialen los. Nach diesem Vortrage des Hg. Dieblich wurde nun beschlossen, die „Wirtschaftliche Volkspartei für Nassau“ der Deutschen Reformpartei anzuschließen. Es soll nun in Verbindung mit den Reformern in Kassel, Marburg ufm. eine Provinzial-Organisation für das gesamte Hessen-Nassau geschaffen werden. Die Vorarbeiten dazu sind sofort in die Wege geleitet worden.“

Antisemitische Wahrheitsliebe. An die Redaktionen der „Staatsbürgerzeitung“ und der „nationalen“ Tageszeitung „Das Reich“ hat das Organ des „Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens“ am 24. Oktober d. J. gleichlautende Briefe folgenden Inhalts gerichtet: „In der Beilage zur Morgenausgabe Ihrer Zeitschrift vom 18. d. M. haben Sie nachdrücklich Notiz veröffentlicht: „Stuttgart. Das Schwurgericht verurteilt den neungehntjährigen jüdischen Gypser David Groß aus Weil im Dorf wegen Verweigerung einer achtzehnjährigen Frau zu zwei Jahren Gefängnis und den üblichen Zusatzstrafen.“

Von zuverlässiger Seite ist uns aus Stuttgart auf Grund von Informationen an amtlicher Stelle berichtet worden, daß der zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilte David Groß eoangeltischen Glaubensbekenntnisses ist und einer eoangeltischen Familie entstammt, deren lebende Mitglieder zurzeit im Armenhause zu Weil im Dorf untergebracht sind. Die Tatsache, daß alttestamentliche Namen in der protestantischen Bevölkerung Württembergs nichts Seltenes sind, ist Ihnen zweifellos bekannt.

Wenn in Ihrer Notiz trotzdem David Groß als „jüdischer“ Gypser bezeichnet ist, glauben wir dies darauf zurückführen zu können, daß in den Schwurgerichtsberichten des „Stuttgarter Neuen Tagblattes“ vom 16. d. M. und anderer Stuttgarter Blätter übereinstimmend der Verdacht als der „jüdische“ Gypser David Groß bezeichnet wird und in Ihrer Druckerlei das Wort „jüdisch“ irrtümlich durch „jüdische“ ersetzt worden ist.

Im Interesse unserer Glaubensoffenheit, die durch solche Irrtümer geschädigt werden, bitten wir an Sie das bösliche Gerede, das in Ihrer Stuttgarter Notiz enthaltene Angabe der Konfession des p. Groß, die Sie selbst durch Anfrage an zuständige Stelle als irrtümlich erkennen werden, baldmöglichst zu berichtigen.“

Die Redaktionen beider Zeitungen haben bis heute vollaus Zeit gehabt, sich in Stuttgart an amtlicher Stelle zu erkundigen, es aber offenbar nicht der Mühe wert ge-

halten, ihre falsche Angabe zu berichtigen, und obgleich ihr Verhalten sie leicht dem höchsten Verdacht einer absichtlichen Fälschung und Verleumdung aussetzen könnte. Wir enthalten uns jeder weiteren Bemerkung und überlassen die Beurteilung solcher Redaktionen allen Unparteiischen.

Der Kräfteische „Mittelstand“ und die Exzesse im Pyritzer Kreise. Nach dem Bericht des „Pyritzer Kreisblatt“ hat sich in einem dieser Tage vor der Strafkammer in Stargard verhandelter Prozeß gegen zwei Arbeitseute wegen Beleidigung und Bedrohung der Vorliegenden dahin geäußert, „daß die in letzter Zeit vorgekommenen Exzesse im Kreise Pyritz aufeinander einigen Gezartiteilen der „Mittelstands-Zeitung“ zuguschreiben seien.“

Wütend repliziert hierauf Herr Kräfteil in seinem Blatt:

„Die grobe Beschimpfung unseres Blattes durch den Vorstehenden der Strafkammerkammer in Stargard vom 29. November beschäftigt sich durch den Bericht des „Neuen Pommerischen Tagesblattes“ in Stargard. Wir versuchen bereits den Landgerichtspräsidenten um Feststellung des betr. Herrn Vorstehenden. Wir denken nicht entfernt daran, uns derartige Beleidigungen gefallen zu lassen, und werden unsere Schritte nach dem Bescheid des Landgerichtspräsidenten unternehmen.“

Vermischtes.

Jüdische Oberlehrer an den höheren Lehrauskulten Preußens. In dem Verstand der jüdischen Oberlehrer an den höheren (Akademischen) Lehranstalten Preußens ist, wie wir dem sechsten erschienenen „Runde-Kalender“ für das höhere Schulwesen Preußens ufm. (Erschienen 1906) entnehmen, in den verflochtenen Schulkreise kaum eine Veränderung eingetreten. Ein Oberlehrer einer jüdischen Realschule in Berlin ist an das neubegründete Mädchenrealgymnasium in Berlin übergetreten, dafür ist ein Realschullehrer, der bis dahin an einer jüdischen Lehranstalt (außerhalb Preußens) beschäftigt war, an der neuen (3) Oberrealschule als Oberlehrer angestellt worden, und zwar, was für Berliner Verhältnisse sehr bemerkenswert ist, unter Anerkennung seiner gesamten Dienstjahre. Somit waren, wie bei Beginn des Schuljahres 1905/06, am 1. Mai 1906 63 jüdische Oberlehrer an städtischen höheren Akademischen Vorhanden, und zwar 1 in Westpreußen (Danzig), 3 in Brandenburg (Charlottenburg), 46 in Berlin, 1 in Posen (Bromberg), 8 in Schlesien (5 in Breslau), 1 in Sachsen (Mogeburg), 3 in Hessen-Nassau (Frankfurt a. M.). Die Zahl der jüdischen Oberlehrer an staatlichen Anstalten hat sich um einen vermehrt. Nach einer Pause von 5 Jahren hat der Staat wieder einmal einen Juden angestellt und zwar an einem Gymnasium Schlesiens (Breslau). Die Zahl der künftigen Oberlehrer jüdischen Glaubens beträgt nun wieder 11, wie die zum 1. Mai 1904 (Schulpensen 1, Westpreußen 3, Brandenburg 2 darunter 1 in Berlin, Posen 4, Schlesien 1). Verhältnismäßig ist die Zahl der jüdischen Oberlehrer etwas zurückgegangen. Unter 1176 Oberlehrern, die am 1. Mai 1905 an preussischen höheren Akademischen Anstalten waren (die an den beiden jüdischen Lehranstalten in Frankfurt a. M. beschäftigten Oberlehrer sind dabei nicht mitgerechnet), waren 73 Juden (1,02 pGt.), unter 7481 am 1. Mai 1906 743 Juden (9,98 pGt.), darunter 33 Professoren. Am Philanthropin in Frankfurt a. M. sind seit dem 1. Mai 1905 nur noch jüdische Oberlehrer (10, darunter 7 Professoren), an der Realschule der israelitischen Religionsgesellschaft ebenfalls unter

11 Oberlehrern 8 Juden (darunter 3 Professoren). An der letzteren Anstalt sind zwei neue Oberlehrer angestellt worden; der eine von diesen hatte schon seit Jahren eine Oberlehrerstelle an dieser Schule kommissarisch verwaltet und ist trotzdem nur mit dem Anfangsgehalt angestellt worden. Der andere war vorübergehend an einer außerpreussischen höheren Mädchenschule als Oberlehrer beschäftigt.

Von den 8 anstellungsfähigen Kandidaten, die der vorjährige Kalender aufzählte, sind also 2 Oberlehrer geworden, 2 haben sich freizehen lassen, 3 sind in Frankfurt a. M. an privaten Anstalten beschäftigt, 1 an einer deutschen Auslandsschule (Konstantinopel). Zu den anstellungsfähigen Kandidaten hinzugezählt sind die 4 Probanden des vorigen Jahrgangs, von denen keiner zum Oberlehrer ernannt worden ist. Doch sind 3 von ihnen vollbeschäftigt (2 in Schölen, 1 in Brandenburg), der vierte ist in der Nähe von Berlin hundertweise beschäftigt. Von den 3 Seminar-kandidaten des vorigen Schuljahres sind 2 als Probanden in der Provinz Brandenburg (1 in Berlin) vollbeschäftigt, der dritte ist von der Provinz Posen nach der Provinz Sachsen übergegangen und war am 1. Mai 1906 nicht gegen eine Remuneration tätig. Neu hinzugezählt sind 5 Seminar-kandidaten (Gesamtzahl 591), 2 mit der Lehrbeschäftigung in neueren Sprachen, 3 in Mathematik und Physik; 3 sind in Berlin, 2 in Frankfurt a. M. 1 von ihnen, ein Neuphilologe, ist in Berlin fast vollbeschäftigt.

Wenig günstig sind also auch jetzt nicht die Aussichten der jüdischen Philologen auf Anstellung. Das sieht man schon aus der verhältnismäßig großen Anzahl der anstellungsfähigen Kandidaten, die zurückgeblieben sind. Unter 124 sind 8 Juden (6,46 pCt.). Auch die Katholiken sind unter diesen anstellungsfähigen Kandidaten verhältnismäßig stärker vertreten als unter den Oberlehrern. Während nämlich unter den 7481 Oberlehrern 5834 evangelisch (ca. 78 pCt.), 1647 katholisch waren (ca. 21 pCt.), bezogen sich unter den anstellungsfähigen Kandidaten 52 katholische (41,93 pCt.) und 64 evangelische (51,61 pCt.).

Dem verstorbenen Reichskanzler Fürsten Hohenlohe widmet der Abg. Professor Eichhoff im Anschluß an die kürzlich veröffentlichten Memoiren des Fürsten in der „Barmer Zig“ eine parlamentarische Erinnerung.

Es war am 12. Juni 1903. Die damalige Klotzenvorlage stand vor der dritten Beratung. Der Reichskanzler Fürst Hohenlohe hatte soeben eine offenbar wohl vorbereitete Rede gehalten und die Abgeordneten den Worten des greisen Redners mit der größten Aufmerksamkeit gelauscht:

„Ich war, fährt der Abgeordnete Eichhoff in seiner Schilderung fort, um ihn besser verstehen zu können, von der linken Seite des Hauses auf die rechte hinübergegangen und stand an der Treppe, die zur Rednertribüne hinauf führte, wenige Schritte unterhalb des Redners. Der Fürst hatte einige hübsche Bemerkungen gemacht; er sprach von der Zeit des Bundestages: „Damals lebten wir still und harmlos (Friedezeit); wir hatten materiell befriedigende Zustände, wenig Schulden, verhältnismäßig wenig Steuern, wir hatten keine Kagarier (Feindzeit), wenn es auch den Grundbesitzern, besonders in den jünger Jahren, herzlich schlecht erging. Wir hatten keine Sozialdemokraten, vor allem keine Sorgen der auswärtigen Politik“... So leitete er seine Betrachtungen allmählich zur Gegenwart hinüber. Wüßig fluchte der Redner. Ich sah, wie er häßlich, in seinen Papieren suchte und offenbar das Blatt nicht finden konnte, auf dem die weiteren Notizen standen, denn die Gabe der freien Rede war dem Fürsten nur in bescheidenem Maße verliehen. Im Saale herrschte plötzlich eine so peinliche Stille, wie ich sie nur noch einmal wieder erlebt habe. Keiner der sonst so geschäftigen Geheimräte

rührte sich, um dem alten Herrn behilflich zu sein. Ich selbst glaubte das vergeblich gesuchte Blatt zu sehen und war fast versucht, es dem Fürsten zu reichen. Da erschall plötzlich aus den Reihen der Antisemiten, die sich auch diesmal wieder nicht verlegten, der Ruf: „Lauter!“ — Eine allgemeine Entrüstung machte sich bemerkbar. Aber der Redner hatte sich inzwischen gefast; er warf einen milden Blick aus seinen klugen, schönen Augen nach der Seite hin, von der der Ruf gekommen war, und fuhr ruhig fort: „Ich glaube damit alles Wesentliche gesagt zu haben, was ich aus dem Herzen hatte.“ Der stenographische Bericht enthält diesen Satz natürlich nicht. Dann schloß Fürst Hohenlohe mit dem Ausdruck der Hoffnung, die er nach dem Gange der zweiten Lesung zu begen berechtigt sei, daß die große Majorität des hohen Hauses seine Auffassung teile und der Reichstag in gewohntem Patriotismus seine Wünsche zum Wohle des Vaterlandes seien werde.

Als er erndet, schien den Zuhörern ein Alp von der Brust zu fallen, und die Entrüstung über den unqualifizierten Zwischenruf machte sich in kräftigen Ausdrücken Luft. Der nachfolgende antisemitische Redner fand natürlich kein Geheiß: seine Worte gingen in der allgemeinen Unruhe völlig unter. Dann folgte noch ein kurzes Nachgebet, und die Klotzenvorlage wurde in namentlicher Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen.“

Ueber deutschen Nationalismus veröffentlicht D. Friedrich Raumann im Anschluß an die bekannten Auseinandersetzungen mit dem Verein deutscher Studenten einen Essay in der „Deutschen Hochschule“, in dem er zwischen drei Formen des deutschen Nationalismus, dem teutonischen, katholischen und protestantischen, unterscheidet und sich über den ersten folgendermaßen äußert:

„Der teutonische Nationalismus besteht wesentlich im Gefühl des Unterschiedes der deutschen Rasse von anderen Rassen. Doch er sich heute wesentlich als Antisemitismus äußert, ist darin begründet, daß die Fragen der auswärtigen Politik in Zeiten langen Friedens im Volksbewusstsein zurücktreten und daß die Kämpfe zwischen Deutschen und Polen, Tschechen, Südslaven, Romanen nur von den Bewohnern der gemäßigten Breiten stark empfunden werden. Wenn man das Rassenprinzip befreit, so führt es zur Absonderung der ungermanischen Bestandteile im deutschen Volk von den germanisierten Volksgenossen. Es verbindet sich in diesem Falle mit dem germanischen Nationalismus ein gewisses psychologisches Kulturideal, das seine Vorbilder im vorchristlichen und vorrömischen und vorlaulischen Germanentum findet. Die Germania des Tacitus ist die Urkunde und die Edda ist der Homer für diese reine Germanenkultur. Es liegt von Klopstock an bis zu Goethe, Richard Wagner und Nietzsche ein Strom dichterischer Verkörperung dieser Art von Nationalismus, und kein großes Volk wird auf einen Glauben an Rasse und Urzeit verzichten wollen. Dabei aber bleibt bestehen, daß die Absonderung nur ein Teil des Nationalitätsgebankes ist und daß bei steigenden Völkern die Angleichung stammesfremder Elemente und fremder Kulturwerte eine geschichtliche Notwendigkeit ist. Das Wachstum besteht aus Fortpflanzung und Assimilation. Wir haben römische, semitische, nordische, slavische Zuzüge und Einflüsse gebraucht, um überhaupt das heutige Volk zu werden, das in der Welt etwas bedeutet. Deshalb muß der teutonische Nationalismus mit geschichtlicher ergogener Vorsicht und Vermeidung und verwendet werden, wenn er nicht zur inneren und äußeren Verkleinerung der Nation beitragen soll. Ein großes Volk hat einen starken Willen für fremde Wesenheiten und bedarf ihrer, um seine eigenen Gaben und Fähigkeiten zu werden. Wir denken, indem wir dieses sagen, ebensoviel an die Einflüsse der christlich-römischen und der fran-

jüdischen Kultur, wie an die unter uns wohnenden Juden. Aus dem Antisemitismus spricht nicht der Stolz einer großen Nation, die sich ihrer umgefallenden und kulturschaffenden Kraft bewußt ist, sondern die Angstkraft einer kleinen und schwachen Nationalität, die sich ihres eigenen Wesens nicht sicher fühlt. Nach meiner persönlichen Überzeugung würden wir an nationaler Kraft nichts gewinnen, an notwendiger, moderner Kultur aber im Wettstreit der Nationen wesentliches verlieren, wenn ein angälischer Rationalist die unter uns wohnenden Juden zu — russischen Juden herabdrücken würde. Wir müssen es lernen, die Kräfte der germanischen Vorzeit positiv zu pflegen, ohne sie negativ als Rassenhaß sich ausleben zu lassen. Je ruhiger wir uns unserer wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Stärke bewußt bleiben, desto besser werden wir das können."

"Echt jüdisch." Nicht nur offene, sondern auch heimliche Antisemiten, ja selbst Juden sind gar zu leicht mit der Bezeichnung "echt jüdisch", natürlich im verächtlichen Sinne, bei der Hand. Gewöhnlich sind diese Leute, auch die Juden unter ihnen, herzlich wenig, mit dem, was jüdisch oder gar echt jüdisch ist, vertraut. Im allgemeinen sind wir überhaupt nicht geneigt, solche nationale Heimbilder als berechtigt anzuerkennen. Die Treue ist keineswegs eine nur deutsche, ja nur hauptsächlich deutsche Tugend. Andere Völker kennen die Treue ganz ebenso gut. Deutsches ist Völkerecht keine ausschließlich deutsche Nationaltugend. Demnach werden wir nicht leicht zugeben, daß etwas spezifisch jüdisch sei. Indessen hat das langandauernde eigenartige Schicksal der Juden doch zur Folge gehabt, daß bei ihnen gewisse gute oder böse Eigenschaften sich häufiger und prägnanter finden, die aber mit dem Judentum als solchem und mit der jüdischen "Rasse" nichts zu tun haben. Was wir jetzt erzählen werden, ist in der Tat "echt jüdisch". Nicht daß nicht Andere das gleiche tun könnten, oft auch tun, aber bei den Juden kommt es unendlich häufiger vor, weil ihre Lage eine anders geartete ist.

Vor fünf Jahren sieht ein 16jähriger Knabe in Libau in Rußland ein, daß den Juden in Rußland kein Heil bläßen könne. Trotzdem die Eltern und Geschwister ihn dringend bitten, dagegen zu bleiben, wandert Josef Kaplan nach Amerika aus. Bei seiner Landung besitzt er nicht einen Pfennig. Die jüdische Einwanderungsgesellschaft gibt ihm 8 Dollar, genügt, ihn eine Woche vor Hunger zu schützen. Der Knabe kauft für das ganze Geld Schuhwerk, Knöpfe und dergl. Er schläft in Lagern und lebt von Brotkrumen, obgleich er schminkehaftig ist. Er hat nur einen Gedanken, er will seine Familie vor den Verfolgungen, die er kommen sieht, retten. Zwei Jahre, die er unausgesetzt gearbeitet und gekungert hat, sind hin, und er ist imstande, für seine Eltern und seine drei Geschwister die Lebensfahrt zu bezahlen. Als es ihm jetzt besser geht, steht er anderen bei, und mit 21 Jahren stirbt er und hinterläßt ein Vermögen von 80.000 Mk. Man las ihn im Grabe trägt, stehen Männer und Frauen entblößten Hauptes auf der Straße, den jungen Menschen, von dessen Kämpfen, Leiden und wohlthätigem Wirken sie gehört, die letzte Ehre zu erweisen.

Oberrabbiner und Domherr. In London eröffnete vor kurzem Domherr Barnett die jüdische Kunstausstellung. Der Oberrabbiner leitete die Feiertagsfeier mit einer Ansprache ein, in welcher er die großen Verdienste des Domherrn Barnett um die gerechte Würdigung und Behandlung des Judentums in England pries. Wenn, sagte er, alle Nichtjuden die Juden so gut kennen würden, namentlich auch die Ärmsten, wie Domherr Barnett, dann gäbe es keine Judenverfolgungen mehr, die ja, wie schon oft bewiesen, im Aberglauben und in gänzlichem Unkenntnis des jüdischen Charakters ihre Quelle haben.

Wucher in Rußland. Die russischen Reaktionäre bestürmen die ohnehin nicht judenfeindliche Regierung, den russischen Juden ja keine Erleichterung zu gewähren, ihnen namentlich nicht zu gestatten, auch in den bisher judenfreien Distrikten zu wohnen, angeblich, weil sonst die Gefahr drohe, daß die Bauern, von den Juden ausgebeutet und durch Wucher ausgepöbel werden. Nun herrscht zur Zeit in etwa 27 russischen Provinzen, in welchen 80 Millionen Menschen wohnen, in welchen aber Juden nicht wohnen dürfen, die furchtbare Hungersnot. Die armen Menschen müssen ihr Vieh und ihr Ackergerät verkaufen, nähren sich von Gras, verkaufen selbst Frauen und Töchter, kurz, es ist eine himmelfreiende Not. Wer bewundert diese Kermessen der Armen? Gutsbesitzer und Papen. Sie lassen sich, wie ein Gewährsmann der sehr ersten New York Evening Post, namens Redaga Garland, der die Gegend bereist, berichtet, bis zu 300% gebrn. Sechs Bauern hat ein Paup 200 Mk. geliehen, wofür er sich 6 Morgen Landes auf 16 Jahre verpfänden ließ. Danach scheint es fast, als erkräften sich die Wirtshäuser gegen den Zug von Juden, weil sie deren Wettbewerb befürchten.

Briefkasten.

Dr. H. Die "Sozialbürgerlich" liigt; der sozialdemokratische Reichstags- und Landtagsabgeordnete Dr. David ist weder Jude noch jüdischer Abstammung.

Der Antisemitenspiegel.

Unentbehrlich zur Orientierung über die gesamte antisemitische Bewegung und
unentbehrlich für ihre Bekämpfung ist der

Antisemitenspiegel.

Neueste Auflage (500 Seiten).

Preis: Broschiert 1,50 Mk., Gebunden 2 Mk.

Mitglieder des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus erhalten das Werk zu **70 Pfg.** bzw. **1,25 Mk.** inklusive Porto gegen Einsendung des Betrages bei den unterzeichneten Bureaus.

Die außerdem als Sonderausgaben erschienenen Broschüren
1. Ritualmord, Blutbeschuldigung a. m. 0,40.
2. Die Antisemiten und das Christentum a. m. 0,80
erhalten die Mitglieder des Vereins zur Hälfte des Preises durch

Die Bureaus

des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus

Berlin, Magdeburgerstr. 14. Frankfurt a. M., Feldbergstr. 24.1.

Die älteren Jahrgänge

der

"Mitteilungen" sind noch vorrätig und durch die Expedition zu beziehen. Die Jahrgänge 1891/92 kosten gebunden 4,40 Mark, die Jahrgänge 1893 bis 1905 gebunden je 4 Mark. Das vorgesehene Inhaltsverzeichnis macht den Stoff übersichtlicher und erleichtert die Benutzung der Bände ungemein.

Expedition der Mitteilungen und dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,10 Mk.

sind an die **Expedition**,
Berlin W. 55,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telephon: 3002 u. 3070.

Alle Zusendungen an die Ex-
pedition sind zu
senden an **Berlin W. 55, Magde-
burgerstr. 14**, und alle an den
Verleger des **Bureau Berlin**
bestimmten Schrift, Druck und
Einzelbeilagen an den
Verleger, Herrn **Dr. Han-
sen u. D. Gensel**, Berlin W.
55, Magdeburgerstr. 14.

Eine antisemitische Niederlage bei den Lesehallenwahlen.

Um es vorweg zu nehmen: Der Herrschaft des antisemitischen Klüngels in der Lesehalle an der Berliner Universitätsstr. ist ein Ende bereitet worden! Der vernichtende Schlag kam den „nationalen“ Herren zu un-
erwartet, daß sie nach ganz vergeblich auf den karussellischen
Sesseln des Parlamentes sitzen blieben, während sich die
neue Generation der Direktoren sich ansahnte, die Bängel
zu ergreifen.

Fünf Tage lang hatten die Wahlen gewährt, aber
schon vom ersten Tage an ging ein neuer frischer Zug
durch die Klänge. Vier Parteien waren wieder auf dem
Plan erschienen, die „nationale“ Partei, die bei
den akademischen Versammlungen in der Lesehalle nicht
weniger als 17 Kandidaten präsentierte, die „freie
Verwaltungspartei“, die der antisemitischen
Parteiwirtschafte in der Lesehalle ein Ende zu machen
bestrebt war, die vereinigten national-jüdischen
Korporationen und der Verband der katoli-
schen Verbindungen.

Das Resultat des fünfjährigen Wahlkampfes war der
Sieg der „freien Verwaltungspartei“, die
749 Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigte. Es
erhielt ferner die „nationale“ Partei 664 Stimmen, die
Vereinigung jüdischer Korporationen 303 Stimmen und
die katholischen Korporationen 214 Stimmen. Da auf
ja 100 Stimmen ein Kandidat entfällt, hat also die freie
Verwaltungspartei die höchste Vertretung im Direktorium;
sie schloß sich in Prinzipienpunkten in dem abge-
legenen Direktorium die Kandidaten der jüdischen
Vereinigung mit drei Stimmen an, so daß 10 liberale
Stimmen 8 antisemitischen gegenüberstehen, denn den sechs
„nationalen“ sind zwei der katholischen Korporation, die mit
den Antisemiten durch Tod und Damm gehen, zuzuzählen.

Denn dem Wirken der „freien Verwaltungs-
partei“ ist also die antisemitische Herrschaft gebrochen.
Ein paar Worte darum über diese Partei, die nach in ihren
Anfängen steht, aber durch die Vernunftgemäßheit ihrer
Ideen schon jetzt einen solchen Erfolg zu erringen ver-
mochte. Denn es ist wirklich keine Kleinigkeit, eine mehr
als zwanzigjährige reaktionäre Wirtschafte, der kein Mittel
zur Aufrechterhaltung ihrer Macht zu schiedt war, zu
stürzen. Die Partei trat im vorigen Jahre zuerst auf den
Plan und erlangte bei Sige für sich, als sie betante, daß
eine Lesehalle nicht nach parteipolitischen, sondern allein
nach Verwaltungsgeschäftspunkten geleitet werden muß.

Die Herren vom V. D. St. entsafelten, vielleicht in

Vorahnung kommenden Unheils, eine wüste Agitation gegen
sie. In Versammlungen zog man in schärfster Art gegen
sie zu Felde, schimpfte sie „verjudet“ und „antinationa-
l“ und suchte sie in jeder Weise zu diskreditieren. Die wacker-
sten Kämpfer des V. D. St. marschierten gegen sie auf; die
Herren von den „Akademischen Klüngeln“ spien Feuer und
Galle gegen sie. Der Erfolg war der, daß sich der neuen
Partei zahlreiche neue Vereine anschloßen. Kurz vor Er-
öffnung der neuen Wahlen hatten sich etwa dreißig Kor-
porationen, wissenschaftliche und Collegenverbindungen offi-
ziell für diese Partei erklärt. Sie jetzt sich jetzt zusammen
vornehmlich aus der Fintenschaft, der freien
Wissenschaftlichen Vereinigung, dem neu-
philosophischen, dem mathematischen und anderen wissen-
schaftlichen Vereinen und zahlreichen Collegen-
tragenden Korporationen auf moderner Grundlage,
u. a. den liberalen V. D. St. -Vereinen.

Siegebedauft führte der V. D. St. dagegen seine
Schuldräger in die Schlachtlinie. Nur Schleppenträger des
V. D. St. sind ja die Vereine, die sich zur „nationalen
Partei“ zusammengeschlossen haben. Das wird am besten
dadurch charakterisiert, daß von den sechs Kandidaten,
die die „Nationalen“ im Direktorium haben, allein zwei dem
V. D. St. angehören. In diesen „Nationalen“ tragen sich
der antisemitische deutsche Verband
wissenschaftlicher Vereine, dem u. a. der
pharmatognostische Verein angehört, ferner die Turn-
vereine, die Ortsgruppen des Evangelischen
Bundes, der Arbeiterbund und einige sogenannte
„nationale Zentren“, die als Leckpfeifen für erste
nichtinformierte Gemeinderäte stess auf den Wahlpreissettel
des V. D. St. geklebt werden.

Infolge der heftigen Angriffe der Antisemiten ge-
staltete sich der Wahlkampf äußerst scharf. Von 2500 Mit-
gliedern nahmen fast 2000 an der Wahl teil, ein für Le-
sehallenwahlen fast unvorstellbarer Prozentsatz. Die Antisemiten
kargten mit Wahlzetteln und Aufrufen, die unter der Im-
munität der „alten Herren“ im Universitätsbezirk zur Ver-
teilung gelangen, freilich nicht. Am zweiten Tage, als
es Unheil zu ahnen begannen, bombardierten sie die
frühmigen Wähler sogar mit persönlichen Auforderungen.

Es half alles nichts, der Zusammenbruch des bis-
herigen Systems vollzog sich von Tag zu Tag offenkundig-
ger. Er war nicht mehr aufzuhalten. Die Herren hatten
durch ihr Tun und Treiben in den letzten Jahren den
Boden ausgehöhlet. Eine rücksichtslose Herrenwirtschafte
war eingerissen; die Minorität im Direktorium wurde
in rüberer Weise getrieben; man hielt es nicht einmal für

notwendig, sie sachgemäß zu den Vorstandssitzungen einzuladen. Sie hätten ja doch nichts an unseren Beschlüssen ändern können", sagte ein Vertreter des F. D. St., der bisherige Vorsitzende, zu entgegnen, als man ihm nach dem Sturze der bisherigen "Herren", darüber zur Rede stellte.

Interessant war die konstituierende Sitzung des Direktoriums, die nach den Wahlen stattfand. Am Vorstandssitzende saßen nach die vier Hauptleiter des bisherigen Direktoriums von 14 Mitgliedern. Und beziehungsweise waren alle diese vier Herren von der „nationalen“ Partei, auch die zwei übrigen des Vorstandspostens hatten die Herren — kraft ihrer Majorität — in Anspruch genommen. Die „Freie Verwaltungspartei“ deutete von vornherein, daß sie dem trüben Treiben der „nationalen“ Herren nicht folgen und ihre Macht nicht zur Verengung der Minderheit benutzen werde. Sie werde ganz nach parlamentarischen Regeln verfahren. Zunächst nehme sie als stärkste Partei den ersten Vorsitz in Anspruch. Die „nationalen“ Herren waren bereit genug, diesen Sitz für sich zu fordern. Man ging lächelnd über diese Unverschämtheit hinweg und wählte zum Vorsitzenden einen Vertreter des neuphilologischen Vereins von der F. B. P. Nun bot die F. B. P. in vornehmer Weise den „Nationalen“ den zweiten Vorsitz an. Diese erhoben darüber Rärm und verlangten einen Hauptposten, als den sie neben dem ersten Vorsitz das erste Kassenvorstandamt ansahen. Von der F. B. P. betonte man, daß auch der zweite Vorsitz ein immerhin wichtiges Amt sei. (Tatsächlich sind ja die Verhältnisse in der Leichhalle so, daß bei einem tüchtigen „Ersten“ der „Zweite“ nicht viel zu tun bekommt). Die „Nationalen“ hielten große Neben dagegen, was dem Vertreter der jüdischen Korporationen Gelegenheit gab, unter dem Beifall der Versammlung die unsäglichste Art des Treibens der antisemitischen Akademiker im Direktorium an den Pranger zu stellen. Er geistelte die unmoralische Handlungsweise dieser Herren in treffender Weise. Die „nationalen“ Herren suchten schwach abzuwehren, sie begnügten sich damit, zu betonen, daß sie ja selber die Macht und also das Recht so zu handeln gehabt hätten. Bei der Abstimmung stimmten aber die Herren unter großer Heiterkeit des Auditoriums jedoch trotzdem für den Jünger, den die F. B. P. in lokaler Weise vorgeschlagen hatte, obgleich sie das Amt vorher als zu geringwertig mit großer Entrüstung ausgeschlagen hatten. Auch alle anderen Remter verlangten sie in edler Ueberhebung für sich, freilich nur um Heiterkeit zu ernten. Zum ersten Schriftführer wählte man einen Vertreter der jüdischen Korporationen, zum zweiten einen der katholischen Vertreter. Das erste Kassenvorstandamt erhielt wieder die F. B. P., während man das bedeutungslos zweite Kassenvorstandamt wieder ganz nach parlamentarischem Brauch den Antisemiten gern überließ. Damit schloß die Sitzung, die zeigte, daß die zu Beginn noch sehr großmütigen Herren Antisemiten zum Schluß schon recht kleinlaut geworden waren und gern den kleinsten Willen annahmen, den man ihnen reichte.

An dem neuen Direktorium ist es nun, dafür zu sorgen, daß aus den alten Schändlingen ein neues frisches Geblüt in der Leichhalle folgt. Manche Geldsumme wird jetzt für reale Zwecke verfügbar sein, die früher aus dem Fenster geworfen wurde, damit die hierbürtigen Direktoriumsmitglieder an den Kommerzien des F. D. St. in Wids teilnehmen konnten.

Herr Daudé, der Universitätsdirektor, ist freilich durch die Aenderung der Dinge in eine solche Lage gekommen. Bisher hatte er, wenn die Studentenschaft an ihm mit der Bitte um einen Ausschuss für die Weimarer Universität, wie ihn alle anderen Hochschulen des Reiches haben, herantrat, nur ein abweisendes Aufgebot mit dem Hinweis, daß nach seiner Ansicht ja

die Leichhalle ein solcher Ausschuss sei. Denn er wußte ja, daß die dort dominierenden Herren Antisemiten ihm in allem gefällig waren. Ob er nun, da in dem Leichhallengebäude im Kaiserinnenhofen jetzt ein anderer, freier Geist herrscht, diese Meinung aufrecht erhalten wird, ist eine andere Frage. Qui vivra verro! XX

Die Wahlen zum Weimariischen Landtage.

□ Aus dem Großherzogtum Sachsen-Weimar wird uns geschrieben: Am Sonnabend, den 8. Dezember, fanden die letzten fünf Privilegiertenwahlen zum Weimariischen Landtage statt, aus denen fünf Großgrundbesitzer hervorgingen. Von diesen wird Rittergutsbesitzer v. Voynedburg und Großgrundbesitzer Almer zur Wirtschaftlichen Vereinigung geschickt, so daß die Antisemiten also vier Mandate bei den Wahlen erobert haben. Bisher war die Wirtschaftliche Vereinigung im Weimariischen Parlament unvertreten. Die Konserativen und Bündler waren dagegen im letzten Landtag stark vertreten und besaßen die Majorität. Nach der Eigenen Reichstagswahl gründeten die Antisemiten allenthalben im Lande Ortsvereine der Wirtschaftlichen Vereinigung und Konservative und Agrarier schlossen sich diesen antisemitischen Zirkelvereinen vielfach an. Der Lohn ist nicht ausgeblieben. Die Antisemiten haben ihnen drei Mandate abgenommen, während sich der Abgeordnete v. Voynedburg, der bereits dem letzten Landtage angehört, gutem Vernehmen nach, der neuen antisemitischen Fraktion anschließen wird. Im vierten Wahlbezirk für die Tausendlermännernwahlen konnte man das von den Reichstagswahlwahlen genaugen bekannte Schauspiel einer antisemitischen Doppellandkabatte erleben. Zwei antisemitische Oberamtsrichter — die Richter im Großherzogtum neigen, nie an dieser Stelle bereits ausgeführt wurde, sehr zum Antisemitismus — kandidierten gegeneinander, um schließlich gemeinsam durchzufallen. Der liberale Kartellkandidat behauptete sich ehrenvoll gegen die politisch einseitigen Gesandten des Herrn Schad. Oberamtsrichter Schwarz aus Stadtfeldschloß hatte sich zuerst von den Agrariern als Kandidat aufstellen lassen. Nach einer in Einnach getrossenen Vereinbarung vor der Wahl, wonach das freisinnig-nationalliberale Kartell auch auf die Tausendlermännernwahl im vierten Verwaltungsbezirk ausgedehnt werden sollte, hatte sich Herr Oberamtsrichter Schwarz als nationalliberaler Wahlmann in Vorschlag bringen lassen und auch einen Gesinnungsgenossen in gleicher Eigenschaft in Vorschlag gebracht. Als nun die Wahlmänner in Wacha zur Wahl zusammentraten, kam ihnen die Nachricht, Schwarz sei gleichzeitig antisemitischer Kandidat, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Agrarisch — nationalliberal — und antisemitisch zu gleicher Zeit zu sein, ist allerdings ein schillerndes Farbenmischgemisch, dessen sich nur die Antisemiten rühmen können. Man sieht aber daran, daß der antisemitische Jesuitismus der Herren Ledermann, Wand, Schad etc. im Lande Schule macht. Der Zweck heiligt auch hier die Mittel.

Trotzdem darf die Linke mit dem Aussall der Wahlen zufrieden sein. Es haben sich 17 Abgeordnete, also die Mehrheit (der Landtag zählt 33 Abgeordnete), für das direkte Wahlrecht verpflichtet. Der Wirtschaftlichen Vereinigung dürfte beim direkten Wahlverfahren im nächsten Landtag kein Mandat blühen. Nur ein so unregelmäßiges Verbandschaftsverfahren, wie es das indirekte Wahlrecht darstellt, konnte den Antisemiten, wider den Willen der Mehrheit des Volkes, den Eintritt ins Weimariische Parlament ermöglichen. Der konservative Gegenkandidat des antisemitischen Oberamtsrichters freilich

herrn v. Richthofen veröffentlicht jetzt in der Presse ein Schreiben, dessen Schlusssatz lautet: Welche Agitation mag zu solchem Ergebnis geführt haben? — Das ist ein vernünftiges Urteil, nach dazu von konservativer Seite, über die Umtriebe der Antisemiten, die Richthofen zum Maßstab verschaffen haben. Gleichzeitig ist es aber auch eine charakteristische Illustration des indirekten Wahlverfahrens. Die Wähler stimmen für den konservativen Knäpper und wählen Wahlmänner, die Knäpper wählen sollen. Die Wahlmänner aber, die für Knäpper stimmen sollen, wählen in ihrer Mehrheit die Antisemiten v. Richthofen. Wie kam das? Welche Vorgänge haben sich hinter den Kulissen abgespielt? Es ist überall die gleiche Masche, bei Reichstags- und Landtagswahlen. Die Antisemiten verschieben sich eben auf das Mandat Ergattern besser, als die anderen Parteien.

Lange dürfte aber die Freude nicht währen. Die Freisinnigen haben endlich eingesehen, daß die Organisation, die jetzt noch genügend zentralisiert ist, das Geheimnis des Erfolges darstellt. Angehörige politische Persönlichkeiten sind jetzt damit beschäftigt, eine seriösere Landesorganisation zu schaffen, die für Reichstags- und Landtagswahlen Zentralstelle werden soll. In Weimar fanden vor einigen Tagen zwei Parteitage statt, die über das liberale Zusammengehen berieten haben. Der Parteitag des Thüringer Verbandes der Freisinnigen Volkspartei beschloß befuhr gemeinsame Vorgehen bei den Reichstagswahlen 1908 mit den anderen liberalen Parteien in Verbindung zu treten. Der Thüringer Verband umfaßt 10 Reichstagswahlkreise. Die Landesversammlung des Volksvereins der Freisinnigen Vereinigung Thüringens beschloß den Vorstehenden zu autorisieren, mit den liberalen Parteien Thüringens Verhandlungen anzuknüpfen über eine liberale Einigung für die Reichstagswahlen 1908.

Es ist somit große Aussicht vorhanden, daß in Thüringen, ehe es vollständig antisemitisch durchdrungen ist, eine Umkehrung eintritt. Auch die antisemitischen Bäume wachsen schließlich nicht in den Himmel.

Die Petition um ein Verbot der Einwanderung russischer Juden.

Eine in Leipzig am 3. Februar 1906 tagende antisemitische Versammlung hatte nach Anhörung eines Vortrages, welcher lautete: „Die russische Revolution und die Juden, ein Bild hinter die Russen“, beschlossen, das hohe Präsidium des Deutschen Reichstags zu bitten, allen gesetzlichen Maßregeln, welche dahin gehen,

daß die deutsche Grenze umgeben gegen die Einwanderung russischer Juden, die infolge der dortigen Revolution bedeutend zugenommen habe, geserrt werde,

Wahlmännern und Bekräftigung antebehen zu lassen. Der Dank des schwer bedrückten deutschen Mittelstandes sei dem hohen Präsidium sicher! Denn jeder eingewanderte Jude werde ein neuer Bedrücker unseres Volkes!

Die Petitions-Kommission des Reichstages beschäftigte sich in der Sitzung am 23. November 1906 mit dieser Petition. Der jetzt erscheinende schriftliche Bericht der Kommission gibt diese Verhandlungen wie folgt wieder:

„Ein Mitglied befragte dieselbe. In nationalen Kreisen werde dieser Wunsch geteilt. Auch Professor Ostf. vom „Arbeitskreis Verband“ habe sich in ähnlichem Sinne ausgesprochen. Wenn der radikalsten Juden in Rußland der Juden unter den Juden zu sehr werde, wanderten sie nach Deutschland, Amerika u. a. nach England und Amerika nähmen die Leute wahrscheinlich nicht auf, sondern senken sie mit den Schiffen nach Deutschland zurück. In Hamburg würden sie von einem jüdischen Komitee versorgt und

weiter befehrt. Nach schändlicheren Umständen würden sie in Rußland nicht mehr aufgenommen und wir Deutschen hätten dann den zweifelhaften Vorzug, sie zu beherbergen. Referent bemerkte dann auf die Ausführungen des Herrn Reichstagslers H. Bälows betreffend „Wohlstand und Elend“ in der Sitzung des Reichstags vom 14. April 1904. Damals seien die Studenten ausgebeutet. Selbst diese Juden müßten die Unterwerfung ihrer russischen Stammesgenossen nicht.“

Der Regierungskommissar Legationsrat Webbing gab folgende Erklärung ab:

„Wie der Kommission erinnerlich sein dürfte, hat der Herr Staatssekretär des Innern sich bei Gelegenheit der Interpellation Ruzer und Sersoll in der Plenarsitzung des Reichstags vom 3. Mai d. J. im Namen des Herrn Reichstagslers über die Stellung der Reichsregierung zur Handhabung der Fremdenpolizei in den Einzelstaaten ausgesprochen. Mit Beziehung auf die Erklärung des Herrn Staatssekretärs glaube ich daher meinerseits mich einer Auswertung zur Sache enthalten zu dürfen.“

Der Staatssekretär des Innern äußerte demals folgendes aus:

„Nach Art. 4 Absatz 1 der Reichsverfassung unterliegen allerdings die Bestimmungen über die Fremdenpolizei der Bewilligung und Genehmigung des Reichs; diese Bestimmung ist feingetrig im Jahre 1897 in der Verfassung des Norddeutschen Bundes aufgenommen auf Antrag des Abgeordneten Reichels, um zu verhindern, daß durch die einzelstaatlichen Gesetzgebungen die Vorschriften der Reichsverfassung über Freizügigkeit und über gemeinsames Zuhilfenahme aller Deutschen beeinträchtigt werden könnten. Diese Verfassungsbestimmung hat aber, solange und soweit sie nicht durch Spezialgesetze ihre weitere Ausfüllung und Erfüllung erhalten hat, zunächst einen provisorischen Charakter. Solange also diese Verfassungsbestimmung nicht ausgefüllt ist durch Spezialgesetze für das ganze Reich, behalten die bestehenden einzelstaatlichen Vorschriften gesetzliche Kraft. Die Einzelstaaten bleiben hiernach auf diesem Gebiete als ihre Befugnisse und alle ihre Rechte, soweit sie nicht durch Reichsgesetze im einzelnen beschränkt oder garbündert sind; die Einzelstaaten bleiben infolgedessen selbständige Rechtskörpers mit eigener Gesetzgebung, mit besonderer Rechtsprechungsmacht, mit voller Willens- und Handlungsfreiheit, und die Einzelstaaten haben das Recht, zu verlangen, daß in diese ihre gesetzliche Handhabung nicht eingegriffen werde.“

Wenn jetzt auf die Vorschriften des russischen Handelsvertrags bei der Interpellation Bezug genommen ist, so war diese Bezugnahme eine irrige; denn in dem Handelsvertrag mit Rußland vom 10. Februar 1894

— Art. 1 Absatz 2, heißt es, nachdem die allgemeinen Bestimmungen über die gegenseitige Freizügigkeit von Handel und Gewerbe festgelegt sind, folgendermaßen:

„Es herrscht jedoch darüber Einverständnis, daß durch die vorstehenden Bestimmungen die besonderen Gesetze, Erlasse und Verordnungen auf dem Gebiete des Handels, der Gewerbe und der Polizei nicht berührt werden, welche in jedem der beiden vertragschließenden Länder gelten oder gelten werden und auf alle Ausländer Anwendung finden.“

Ferner: zwischen Rußland und Deutschland besteht ein besonderer Niederlassungsvertrag. Aber auch in den Verträgen mit den Staaten, mit denen wir Niederlassungsverträge geschlossen haben — ich beziehe mich da auf den Niederlassungsvertrag mit der Schweiz vom Jahre 1890 —, ist ausdrücklich gesagt, daß dadurch die Vorschriften der Ausübung der Fremdenpolizei in den einzelnen Staaten nicht berührt werden.

Nach das Freizügigkeitsgesetz bestimmt im § 12 ausdrücklich, daß ein allgemeines Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz lediglich die Reichsdeutschen haben, daß aber die Vorschriften der Fremdenpolizei für Ausländer durch das Reich nicht berührt werden.

Aus diesen formellen Gründen lehnt der Herr Reichstagsler die materielle Beantwortung der Interpellation ab, ganz abgesehen davon, daß es für die Reichsregierung unannehmbar ist, alle die einzelnen Ausnahmefälle in den Einzelstaaten nachsprühen.“

Von anderer Seite wurde wiederum zur Tagesordnung befragt. Der Petition sei nicht das mindeste Material beigelegt. Der nicht sich äußern nicht die gegen die revolutionären russischen Juden, die der Bevormundung der Petition das eigentlich zu wünschen scheint, sondern gegen künftige russische Juden. Es müsse prinzipiell gegen jede derartige Maßregel Stellung genommen werden. Warum schlage man Maßregeln gegen Ausländer gerade einer bestimmten Rasse vor? Ganz irrig sei übrigens die Annahme, als wenn alle russischen Juden, die nach Deutschland kämen, Revolutionäre seien. Aber selbst bei, die es seien, täuschten sich bei und sorgfältig vor jeder politischen Tätigkeit.“

Ein Kommunistenmitglied äußerte namens seiner politischen Freunde aus, daß seine Partei prinzipiell gegen jedes Ausnahmengesetz und darum auch gegen diese Petition sei.

Unser Reichstagsabgeordneter Lattmann hat in den letzten Wochen zweimal das Wort im Parlament ergreifen, aber wie aus den stenographischen Berichten zu erfahren ist, ohne Erfolg. Zuerst sprach er zum Gelegenheitsbesprechend des Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Photographie. Herr Lattmann gebietet der Kommission zur Beratung dieses Gesetzes an, war aber in den Sitzungen nicht erschienen. Trotzdem versuchte er im Plenum an den Beschlüssen der Kommission Kritik zu üben. Dies bekam ihm aber sehr schlecht. Der Berichterstatter der Kommission, Dr. Müller-Meininger fertigte ihm morgen dieses unparlamentarischen Benehmens ganz gehörig ab. — Und Herr Lattmann selbst ist getroffen und schwieg. — Zum zweiten Male sprach Herr Lattmann vor Lesern Wänten, wie selbst die ihm nahestehende Kasseler Allgemeine Zeitung schreibt, über die Kolonialfrage. Diese Rede enthält vieles, was durchaus richtig und zutreffend ist. Aber auch hier zeigt unser Abgeordneter wieder, daß er auf Angriffe nicht Rede und Antwort stehen kann. Die Herren Engelberger und Weber gingen in der schärfsten Weise gegen die Ausführungen des Schmalbalder Antisemitikrates vor — und wieder unterließ Herr Lattmann die antwort bey. Rechtfertigung. — Diese Furcht vor einer lebhaften Diskussion hält unseren Abgeordneten auch ab, in öffentlicher Versammlung in Kassel über sein Tun und Lassen im Reichstag Rechenschaft zu geben. Die Vertreter der freisinnigen, national-liberalen und nicht zuletzt auch der deutschen Volkspartei würden ihm nämlich dann hinreichende Gelegenheit geben, sich als Meister des Diskursus zu zeigen. Diese Kunst hat Herr Lattmann aber noch nicht erlernt. Deshalb scheut er das Zusammenstehen mit den Kasseler Gegnern und produziert sich lieber vor seinen Anhängern am dem Lande. Die schweigen zu allem häufig still.

8. Ueber das Auftreten der Hamburger Antisemiten bei den Bürgerstimmwahlen wird uns geschrieben:

„Häufiger Firmenwechsel spricht nicht für Solidität des Geschäfts. Die hiesigen Antisemiten marschierten im Laufe von etwa 12 Jahren unter der Fahne „Deutschsozial“, „deutschsoziale Reformpartei“, dann wiederum „Deutschsozial“ — auch unter dem Wähler „Deutschnational“ —, und jetzt, anlässlich der im Januar nächsten Jahres stattfindenden halb-jährlichen Erneuerungswahlen zur Bürgerstimmwahl bleibt das bisherige Firmenprobierthei Warner ganz veraltet, nur als „Wirtschaftliche Vereinigung“ erscheinen sie auf dem Kampfsplatz. Warum so verständig? Man will, wie der unermüdliche „Generaldirektor“ Hemmingsen ausführt, auch solche Herren in die Fraktion — die augenblicklich aus — Herrn Schad besteht — aufnehmen, die der Partei nicht angehören, die aber in manchen Punkten nahestehen! Wie tollramt und wie — beiseite! Vor Tische las man's freilich anders. Die hochgerühmte Werbekraft des vielseitigen „Programms“ hat also doch verlagert; der deutschsoziale Felsen, an dem jede antinationalistische Flut sich brechen sollte, war aus Papier maché! „Still auf getrettem Boot“ z.“

Wissend hatten wir hier Begierstimmwahlen nach dem Reichstagswahlgesetz; ein antisemitischer Erfolg war nach den bisherigen Erfahrungen völlig ausgeschlossen, vielmehr der glänzende Durchfall der letzten hohen Säule mehr als nachsicherlich. Aber Hamburg hat ein neues Wahlgesetz bekommen. Das kennen Sie nicht? Nun, dann sind Sie um eine reine Lebensfreude reicher. Es soll, neben seinen vielen anderen „Vorzügen“, auch die Minoritäten zu Wort kommen lassen, nur so ist es möglich, da nicht mehr nach Begierstimm gewählt wird, doch auch den Antisemiten einige Sitze zuallen. Ihre „Vize“ ist bereits erschienen, zwar noch nicht ganz bereit, vielseitig wie immer, und präsen-

tiert Kandidaten bis herab auf einen Schatzmann, dem es vermutlich besonderes Vergnügen bereitet, seinen Namen einmal gedruckt zu sehen. Wie prinzipientreu übrigens dieser tapferen deutschen Männer versahren, zeigt sich wiederum recht deutlich. Die Fraktion, also Herr Schad, hat gegen das neue Wahlgesetz gesprochen und gestimmt. Jetzt, wo dieses legislative Konstrukt von neuem im Brennpunkt der Wahlbewegung steht, wo es in sehr vielen Fällen die alleinige Meinungsbildner der Kandidaten bildet, hätte man füglich ein kräftiges Wortlein dagegen auch im antisemitischen Wahlaufsatz erwarten dürfen. Weit gefehlt! In wenigen Zeilen gehen die Herren über den Angelpunkt hinweg — ohne Klare Stellungnahme für oder gegen — und die Wähler sollen einsichtig genug sein, um dies Doppelspiel nicht zu durchschauen. Für das Gesetz konnte Herr Schad nicht votieren, wollte er nicht demjenigen Teil seiner hiesigen getreuen Deutschnationalen der durch die Abweisung in Wähler unter und über 2500 Mark Einkommen zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt ist, vor den Kopf stoßen und außerdem würde ihm dies draußen im Lande bei seinen Agitationen, wo man, wie's trifft! auch jenseits den Demokraten hervorhebt, schlecht bekommen. Unmittelbar aber hinter Schads Namen folgt in der antisemitischen Liste Herr Jakobson, der vom ersten Tage an die heute der begeisterte Anhänger des Gesetzes gerieten, der es noch kürzlich ein „Notwendigkeit“ nannte! So einheitlich gerichtete politische Gesinnungsgenossen können sich eben nur zusammenfinden in der „Wirtschaftlichen Vereinigung“. Kraut und Rüben, hier wie im Reichstag. Daß die Antisemiten sich als Vertreter des Mittelstandes, als Schildhalter der Besessenen gerieren, darf bei ihrer Vielschichtigkeit niemand wunder nehmen. Diese Lebensmittelverkäufer haben's ja hinlänglich bewiesen, wie sie's sind. Auch im Zukunft werden sich die Herren Naab und Schad — die anderen laufen ja nur mit — der Bedeutungslosigkeit hier erfreuen, die sie mit vollem Rechte verdienen.

Vermischtes.

Eine Erklärung des Verbandes zur Erreichung der Gleichberechtigung der russischen Juden. Man schreibt der „Russ. Kor.“ aus Petersburg:

Um die öffentliche Meinung irre zu führen, wird die völlig grundlose Nachricht verbreitet, daß die Juden, die wahrlich am allerwenigsten Grund haben sich zu beruhigen, die linken Parteien verlassen hätten und sich an die „Rechte“ anschließen. Demgegenüber veröffentlicht das Zentralkomitee des Verbandes für Erreichung der Gleichberechtigung der russischen Juden folgendes an die Filialen verfaßtes Telegramm:

„Die Zeitungen teilen mit, daß die russischen Juden für die bevorstehenden Dumawahlen massenhaft der Partei der friedlichen Erneuerung beitreten. Das Zentralkomitee des Verbandes für Erreichung der Gleichberechtigung der russischen Juden“, das die Beteiligung der russischen Juden an der Wahlkampagne am besten überblicken kann, erachtet es für notwendig zu erklären, daß diese Nachricht völlig unbegründet ist. Ein Anschluß der Juden an die Partei der friedlichen Erneuerung“ hätte, wie den formellen Beschlüssen der Verbandskongresse, so auch den richtig verstandenen Interessen des Judentums widersprochen. Die Schwankungen in Bezug auf die Art und Weise der Verwirklichung der jüdischen Gleichberechtigung, die sich selbst bei den Führern der Partei der friedlichen Erneuerung offenbaren, entsprechen weder der prinzipiellen Wichtigkeit der Frage, noch dem Standpunkte der russischen Juden, die schon längst von dem unerklärlichen Bewußtsein durchdrungen sind, daß die weltliche Gleichberechtigung nicht teilweise auf dem Wege der Kompromisse erreichbar ist, son-

bern, daß zum Kampf um die Gleichberechtigung eine kraftvolle Opposition gegen alle Regierungsmaßnahmen, die den Grundstößen der bürgerlichen Gleichheit und politischen Freiheit widersprechen, erforderlich ist. —

Um die Stimmung der russischen Juden regierungsfeindlicher zu gestalten, wurden ihnen besonders große Reformen in Aussicht gestellt. Es folgte aber das trügerische „Weto“ der schwarzen Hunderte, und mit Verwehungen und Entschuldigungen zog sich das Ministerium eiligst zurück. Nun hat der Verband der Bogatinnascher einen neuen Sieg über die Regierungsbefehle zu verzeichnen; wie lesen nämlich in den Zeitungen folgende vielversprechende Mitteilung:

„Das Ministerium für Volksaufklärung hat für nötig gefunden, im künftigen Semester nicht in einem einzigen Falle zu gestatten, daß Juden in die mittleren und Hochschulen über die sechste Klasse (von 3 bis 10 Prozent) aufgenommen werden.“

Erst in diesem Herbst haben sämtliche Hochschulen, so wie auch die mittleren Schulen bestraft, die Wehrdrängungen zu befestigen; das Ministerium seinerseits stimmte diesen Beschlüssen zu. Als aber der Verband der russischen Leute* zu einer aller Ministerien stehenden Regierungsinferenz wurde, durften natürlich diese Bestimmungen nicht weiter gelten.

Die amerikanische Präsidentenbotschaft.

Was wir mit der Botschaft des Präsidenten Pierce zu tun haben, in deren dreißigstündigen Worten nicht eines auf die Juden Bezug hat? So manches doch, wie wir sehen werden. Nur fürchten wir, daß unsere Antisemiten nichts daraus lernen werden, und wie können daher nur hoffen, daß solche, die es noch nicht sind, sich hüten werden, mit ihnen sich einzulassen. Pausenzeit want zum Beispiel, solche Leute zur Macht gelangen zu lassen, also etwa sie zu wählen, die einen Teil der Bevölkerung gegen den anderen zum Haß reizen. Selbst die Reformen solcher Männer — er hat doch nicht etwa an die zu deutschen Reformen umgetauschten Antisemiten gedacht? — seien nichts wert, da, wo Haß die Saat ist, nur Unheil die Ernte sein könne. Der Präsident tritt auch mit dankenswerter Entschiedenheit gegen den Kassenhauismus der amerikanischen Lings ein, die in den Südstaaten die Negerslachten, in Kalifornien die Japaner selbst als minderwertig behandeln. Denn der den Schwarzen gezeigte Nachmut droht in den Südstaaten einen furchtbaren Kassenkrieg hervorzurufen, und die Folge des Kassenbaisles gegen die Japaner könnte ein für die Vereinigten Staaten selbst nicht ungefährlicher Krieg sein. Ganz richtig bemerkt der Präsident, daß die Behandlung, die die Amerikaner in Kalifornien den Japanern zuteil werden lassen, nur die Unkultur dieser Amerikaner selbst beweise. Es gehört wirklich eine nicht geringe Partisan Unverschämtheit dazu, die Japaner, die doch seit einem halben Jahrhundert genug friedliche wie kriegerische Beweise ihrer sehr hohen Kultur geliefert haben, von oben herab zu behandeln. Und ist die Unverschämtheit unserer Antisemiten etwa geringer, die deutschen Juden als minderwertig anzusehen und vom Staate behandelt wissen zu wollen, die auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ihren Mann gestanden haben? Aber wie Geschöpfe, die nur nach ihren tierischen Instinkten handeln, nicht die Folgen ihres Tuns überlegen, so denken die Antisemiten nicht an die zahlreichen großen Gefahren, die ihr beständiges Sehen für die Gesamtheit zur Folge hat.

Der große Sanhedrin.*)

Im Jahre 1806, ehe der Kaiser Napoleon antrat die große Reise nach Jena, Berlin und Warschau und Glogau, ließ er schreiben an die ganze Judentum in Frankreich, daß sie ihm sollte schiden aus ihrer Mitte verständige und gelehrte Männer aus allen Departementen des Kaiserthums. Da war nun jedermann im großen Eifer, was das werden sollte, und der eine sagte das, der andere jenes, z. B. der Kaiser wolle die Juden wieder bringen in ihre alte Heimat, am großen Berg Libanon, an den Bach Egypti und am Meer.

Als aber die Abgeordneten und Rabbiner aus allen Departementen, worin Juden wohnen, beisammen waren, ließ bald der Kaiser ihnen gewisse Fragen vorlegen, die sie sollten befragen in ihrem Herzen, und beantworten nach dem Gesetz, und war daraus zu sehen, es sei die Rede nicht vom Frischschiden, sondern vom Dabeiblen und von einer festen Verbindung der Juden mit den andern Bürgern in Frankreich und in dem Königreich Italien. Denn alle diese Fragen gingen darauf hinaus, ob ein Jude das Land, worin er lebt, nach seinem Glauben könne ansehen und lieben als sein Vaterland und die andern Bürger desselben als seine Mitbürger, und die bürgerlichen Gesetze desselben halten.

„Das war nun fast spitzig, und wie es anfänglich schien, war nicht gut sagen: Ja, und war nicht gut sagen: Nein.“

„Allein die Abgeordneten sagten, daß der Geist der göttlichen Weisheit erleuchtet habe ihre Gemüther, und sie erteilten eine Antwort, die war nachgefragt in den Augen des Kaisers.“

„Darin formierte die jüdische Versammlung aus sich, zum unerschöpflich Wunder unserer Zeit, den großen Sanhedrin.“

Diese Ratzig, aus der Feder Johann Peter Hebbels im „Rheinischen Hausfreund“ von 1868 abgedruckt, ist einer der wenigen Belege dafür, daß das bedeutende historische Ereignis, welches sich genau vor hundert Jahren in Paris vollzog, damals auch unter den deutschen Zeitgenossen einige Aufmerksamkeit gefunden hat. Ganz verzeiht sich die Hebbelsche Darstellung allerdings nicht an. Schon zwei Jahre früher, im Sommer 1806, brachte der von Carl von Meißel in Berlin redigirte „Freimütige“ einen Artikel, hinvorfend auf die Gefahr, welche Deutschland durch Napoleons jüdenfreundliche Politik drohe. Angeregt worden war der „Freimütige“ zu diesen Ausführungen durch das Bekanntwerden von der Einberufung einer Versammlung jüdischer Notabeln in Paris und durch die Gerüchte von einer Reise, welche der Senator Gregoire im 1805 nach Norddeutschland unternommen hatte, wie es hier, um die Schuleinrichtungen und Erziehungsanstalten Deutschlands, vor allem aber die Lage der jüdischen Gemeinden daselbst, lernen zu lernen. Gregoire — einstmaliger Curé vom Erdemühl und Abgeordneter der Generalstaaten von 1789, späterer konstitutioneller Bischof von Las, Mitglied des Rates der fünfzehnter und geistlicher Vorgesetzter der Toleranzen der Revalution — hatte sich damals allerdings längere Zeit in Deutschland aufgehalten und die Früchte seiner dort gesammelten Erfahrungen in einer Schrift niedergelegt. Daß aber sein längerer Aufenthalt bei dem Rabbi und Hofagenten Israel Jacobsohn in Braunsfelde nicht in der Absicht genommen worden war, „durch agilitätige Mittel die Juden in Deutschland an Bonaparte zu fesseln“, damit sie durch ihren Reichthum an den meisten Orten und ihre Einmischung in die politischen Geschäfte und Verhältnisse ihm jedes Geheimnis verräthen und die Maßregeln der einzelnen Regierungen lähmen möchten“, wird aus nach-

*) Aus der „Nation“ vom 8. d. M.

stehenden Ausführungen erschellen. Wir werden sehen, daß die napoleonischen Maßnahmen betreffend die Judenchaft keineswegs von so einfachen Motiven diktiert waren, wie sie unter Berliner Antisemitismus von Anno 1806 dem Kaiser unterlief. Damals, genau wie heute, verdunkelten blinder Religionshaß und hässliche Intoleranz die Urteilskraft mancher sonst scharfsinnigen Politiker. Und nicht selten haben des Rheins. Was Charles Mettel in Berlin, was der Graf von Colnald in Paris. Die Judenfrage brönte lichtlos in der französischen Presse von 1806. Wenn es dem Kaiser trotzdem gelungen ist, für das von ihm unternommene Werk der Regeneration der ihm umherliegenden jüdischen Staatsbürger die ersten festen Grundklagen zu schaffen, so gebührt nicht ihm allein die Ehre dafür. Der Teil der Presse, den Leute wie Gregoire, Chenier und die Mitarbeiter der „Revue philosophique“ repräsentierten, hat ihm rechtlich dabei geholfen. Sie ist zu einer Zeit, da die liberale Reaktion ihr Haupt erhob, mutig für die Juden eingetreten, welche die große Revolution beseitigt hatte. Es belohnte sich schon der Mühe, um ein hundert Jahre zurückzuwerfen und zu betrachten, was denn jener „Grosche Sanhelein“ bedeutete, in dem unser Gott nicht so „unwider“ „Rheinischer Hausfreund“ eine große Weltbegegnung und ein unerhörtes Wunder seiner Zeit erblickte.

Unsere Betrachtung soll ein doppeltes retrospektives Interesse haben. Wurden doch am 10. Dezember 1806 — also genau Tag um Tag vor hundert Jahren — die ersten Entwürfe publiziert zu der staatlichen Anerkennung einer Religionsgemeinschaft, welche durch die am 11. Dezember 1806 perfekt werdende Trennung von Staat und Kirche ihre Freiheit wieder erhielt.

* * *

Vor der französischen Revolution hatten die Juden — genau wie in Deutschland — eine eigene Nation innerhalb der französischen Nation gebildet, ein eigenständiges Volkstum, der sich zum einen Teil aus dem jüdischen Religionsgesetz, zum anderen aus den in Frankreich herrschenden bürgerlichen Gesetzen ableiten läßt. Vom Völkrecht, der landwirtschaftlichen Arbeit, den freien Künften, den handwerksgesellschaftlichen Korporationen ausgeschlossen, standen dem Juden nur Kleinhandel und Wucher als Erwerbszweige offen. Und so konnte es denn vorkommen, daß bereits um 1788 öffentliche und leidenschaftliche Anträge an die Regierung erging über die Verdrängung und Erpressungen, welche im Elend von den bürgerlichen Juden an der christlichen Bevölkerung verübt worden waren.

Wir wissen, daß die konstituierte Versammlung diesen Uebeln abzuhelfen versuchte, indem sie durch das Dekret vom 27. September 1791 die Juden von allen Beschränkungen befreite, welche seit Jahrhunderten auf ihnen lasteten und ihnen das volle französische Bürgerrecht zusprach. Man sagte damals — um mit dem „Rheinischen Hausfreund“ zu reden — fröhlich: „Bürger Aron, Bürger Levi, Bürger Rabbi und gar sich brüderlich die Hand“.

„Aron“, so hat der „Hausfreund“ hinzu, „was will da herauskommen? Der christliche Bürger hat anders Gesetz und Recht, so hat der jüdische Bürger auch ein anders Gesetz und Recht und will nicht biden Gemeinhalten mit den Götzen. Und givieret Gesetz und Willen in einer Bürgerchaft tut gut wie ein tausender Stundel in einem Strom. Da will Wohler auf, da will Wohler ab, und eine Wähle, die dortin steht, wird nicht viel Wehl machen.“

Wit der Verleibung der bürgerlichen Rechte an die Juden hatte die konstituierte allerdings nicht alle Konsequenzen dieser großen Reform gezogen. Und wenn ihr von ausgesetzter Seite“ der Vorwurf gemacht worden, daß sie bei ihrem Entschluß „mehr philosophischen Sinn als praktische Vorforge“ bewiesen habe, so lag darin ein gut Teil Wahrheit. Seit der Senat von 1791 den Juden ein Teil bürgerlicher Freiheit gewährt hatte, dessen sie keiner Ort

genossen, waren die Juden in Schoren aus Polen und allen Teilen Deutschlands herbeigeströmt und hatten sich vorzüglich an den Ufern des Rheins niedergelassen, nach dem Worte Napoleons „wie Kibben, Kuppen oder Neuschäfer“. Binnen einem Zeitraum von zwanzig Jahren war so die Anzahl der jüdischen Staatsbürger im Reich auf 78 000 gestiegen. Aber mit ihrer erhöhten Stoffstärke mehrten sich zugleich die alten Klagen wegen übernehmenden Wuchers. In einem einzigen Departement, der Murth, besaßten sich die jüdischen Hypothekenforderungen auf nicht weniger als 600 000 Franken, an Donnersberge gar auf nahezu vier Millionen. Von allen Seiten liefen Bekwerden der Präfecten bei der Regierung ein, bald über Erpressungen, denen das Landvolk durch die Juden ausgesetzt war, bald über die häufigen Verträge der jüdischen Betrohmer gegen die zunächst liegenden Bürgerpflichten. Falschungen der Zivilstandsdeklarationen gehörten zu den beliebtesten Auswuchsmitteln. An dem lästigen Militär-dienst zu entgehen. Die jüdische Bevölkerung, sich allein beim Vornamen zu nennen und die daraus hervorergende Unsicherheit in der offiziellen Namensgebung tragen dazu nicht unwesentlich bei. Beschänkten sich viele wiederholten Reklamationen der Beamten aus fast ausschließlich auf die eifrig-jüdische Judenchaft — die portugiesischen und spanischen Juden Südafrikaner befristigen sich allenthalben eines einwandfreien Wandels —, so genügen sie dennoch, um die Judenfrage an die Tagesordnung zu bringen. Es galt, Mittel und Wege finden, einem Zustand zu begegnen, der einerseits den Wohlstand blühender Provinzen aus erschöpfte bedrohte, auf der anderen Seite ein Erwasen nationaler Unbilligkeit zur Folge haben konnte. Woren den Juden durch die Revolution die Rechte des französischen Bürgers erteilt worden, so blieb dem Kaiserthum nunmehr die Aufgabe, die letzten Spuren einer überlebten Vergangenheit unter ihnen auszuwischen. Um die Juden de facto in die französische Nation aufzunehmen, mußten die alten Judengemeinden aufgelöst, die jüdische Religion respektiert, der Kultus organisiert werden. Man wußte sich Klarheit darüber verschaffen, ob und in welchem Grade die Dogmen des israelitischen Glaubens mit den Staatsgesetzen in Uebereinstimmung gebracht werden konnten. Endlich hieß es die ökonomischen Schwierigkeiten lösen, welche der jüdische Wucher in die Welt gesetzt hatte. In dieser Form stellte sich also, zu Anfang des Jahres 1806, die jüdische Frage für Napoleon dar.

Werden wir einen Blick in die Pariser Zeitungen jener Tage, so erkennen wir wohl schon gezeichnete gegenwärtige Richtungen in der Beurteilung dieses Gegenstandes. Während man auf liberaler Seite geneigt war, alle Schwächen und Fehler der Juden auf Rechnung ihrer Jahrhunderte langen Verdrängungen zu setzen, von ihrer gänzlichen Emancipation eine moralische Erneuerung des jüdischen Volks zu erwarten, meinte die reaktionäre Rechte im innersten Weiden der semitischen Rasse wie auch in den starren israelitischen Glaubenssetzungen den Grund für alle ihre Laster zu finden, welche der Volksmund derselben zuschreiben liebte. Erst die stillte Wiedergeburt der Juden abwarten.“ hieß es in diesem Lager, „he man an ihre Emancipation denken kann.“ Napoleon selbst nahm in diesem Widerstreit der Meinungen eine feinsinnige durchweg judenfreundliche Stellung ein. Hatte er zur Zeit seiner strengen Kampagne allen Entschluß davon gehabt, die Juden als Kolonisten nach Palästina zu rufen, um sich dort eine politische Operationsbasis zu schaffen, so stand er jetzt wesentlich anders zu der Frage. Bei der entscheidenden antisemitischen Haltung der katholisch-reaktionären Partei wäre er nicht abgeneigt gewesen, die ganze Emancipationscharte mit einem Federstrich zu vernichten, Ausnahmegeetze gegen die Juden zu decretieren, ihnen das Bürgerrecht zu entziehen. Aber er hatte ohne den Staatrat gerechnet, der,

auf den eminentesten Juristen der Revolutionszeit, Reuten wie Beugnot, Regnaud, Berlier, gebildet, verglichen rationalen Velleitern ohne Fauden die Spitze abgebrochen haben würde. Man braucht nur die Memoiren Varanès zu lesen, um sich von der Lebhaftigkeit zu überzeugen, mit welcher sich die Opposition betätigte. Es hieß also ein Kompromiß zustande bringen, und zwar, indem man den Juden das Weisheit einer distinktiven religiösen Organisation machte und zugleich gegen einen Teil von ihnen temporäre Ausnahmegeetze erließ. So allein konnte der Widerstand des Conseil d'Etat gebrochen, die liberale Partei beschwichtigt, das christliche Landvolk beruhigt und zugleich dem Staat das Vertrauen der Judenenschaft bewahrt werden, die es mit Wohlgefallen begrüßte, wenn ihre Verleugung unter die anerkannten Staatsakute aufgenommen wurde. Aus diesen Erwägungen heraus wurde der Erlass befertigt, welcher am 30. Mai 1806 im „Journal de Paris“ erschien. Während in dem Artikel I des Erlasses in den Departements der Sahe, der Ruhr, des Donnersbergs, des Ober- und Niederheins, der Mosel und der Vogesen alle gerichtlichen Einreibungen von jüdischen Schuldsforderungen an dortige Landbesitzer für ein Jahr gestrichen wurden, hieß es weiter, wie folgt:

„Die Umstände haben uns in Kenntnis gesetzt, um der dringenden Notwendigkeit, unter allen denen, welche in unserm Reiche zur jüdischen Religion bekennen, die Grundsätze bürgerlicher Moral neu zu beleben, welche ungeschwinderweise bei zu vielen unter ihnen durch den Zustand langdauernder Engherzigkeit abgekümmert worden sind — einen Zustand, den wir weiter bilden noch erneuern wollen.“

„Zu diesem Behufe haben wir uns entschlossen, eine Versammlung ausserordentlicher Juden zusammenzubringen und ihnen durch unsere Kommissare unsere bürgerlichen Grundsätze zu unterbreiten — und durch unsere Kommissare begreifen die Wünsche der Juden vorlegen zu lassen über die Mittel, welche ihnen die besten erscheinen, um unter ihren Glaubensbrüdern die Ausübung der Künste und nützlichen Handwerke zu fördern und so durch christlichen Vortrieb die verwerflichen Engherzigkeiten zu ergreifen, denen viele vom Vater auf den Sohn seit Jahrhunderten nachgehen.“

Diese „Reuebildung der bürgerlichen Moral“ unter den Juden, d. h. die Emanzipierung der Israeliten von veralteten Sitten und Gebräuchen, sollte, — und darin liegt die ganze Stärke der napoleonischen Politik — also nicht durch einen Akt kaiserlicher Autorität in Werk gesetzt, vielmehr den Händen der jüdischen Schriftgelehrten selbst anvertraut werden.

Der einzuberufende Versammlung jüdischer Notablen und Rabbiner sollte es überlassen sein, eine Auseinandersetzung zwischen jüdischer Religionslehre und französischer Staatsgesetz zu Wege zu bringen. Die Antworten der Versammlung auf die kaiserlichen Fragen bezieht sich Napoleon von, durch eine imposante religiöse Vereinigung, den großen Sanhedrin, in theologische Entscheidungen unwandelbar zu lassen.

Die Einberufung der jüdischen Deputierten und Rabbiner nach Paris bildete das Sensationsereignis des Frühjahrs 1806. An öffentlichen Orten, in den Salons, in den Zeitungen sprach man von nichts als von den napoleonischen Plänen betreffend die Judenchaft. „Niemand“, so schreibt ein katholisches Blatt, „hat man so viel von den Juden gesprochen wie jetzt. Ganz Europa ist in Spannung die Motive kennen zu lernen, welche ihre Einberufung diktiert. Man fragt sich voll Begier, welche Erfolge sie haben wird.“ In dem Chor der Beifügungen tönte am lautesten der „Mercure de France“ durch den Mund des Herrn von Bonald, dessen Angriffe gegen die Juden mit denen der heutigen Antisemitenpresse an Leidenschaftlichkeit rivalisieren. In dem Senatsergögere, der soeben in einer Schelte seine Erfahrungen über jüdisches Schulwesen in Deutschland niedergelegt, und in dem Mitarbeiter der „Revue philosophique“ befaßen auf der anderen Seite die Israeliten breite Betriediger. So fan-


den denn die Delegierten der Judenversammlung, als sie am 15. Juli 1806 in Paris eintrafen, eine einigermaßen stürmische Atmosphäre vor.

Sie waren 95 an der Zahl (später 103, als noch die italienischen Juden auf ihre Bitten Zutritt erhielten) aus 28 Departements des Reiches, die sich am 26. Juli in der alten St. Johannis-Kapelle des Hotel de Ville vereinigten. Ihre Wahl war nicht absolut frei, vielmehr dem Wohlgefallen der Präfekten überlassen gewesen.

Sie erwies sich in der Folge als durchaus glücklich: Zum einen, weil sie dem Kaiser eine feste Majorität sicherte, zum anderen, weil das Verhalten der Delegierten der Judenchaft nur zur Ehre gereichen sollte. An der Spitze stand als Präsident Abraham Furtado, ein reicher Kaufmann aus Bordeaux, von dem allerdings die strenggläubigen Rabbiner meinten, daß er die Bibel nur aus Polaire kenne. Die gewählten Rabbiner selbst waren nicht durchweg von dem streng rabbinistischen Geiste der Unablenbarkeit befezt, welcher sich dem freien Vernunftsurteil feindlich gegenüberstellt.

Immerhin aber lag es ihnen am Herzen, die moralischen Sanktionen in ihrer Meinung zu erhalten. Ihnen stand als Opposition die anti-rabbinistische Fraktion gegenüber, deren religiöser Indifferenzismus die kaiserliche Sache förderte. Von den Kommissaren der Regierung waren zwei, Portalis und Pasquier vom Geiste aufrichtiger Toleranz befezt, einer, Rolé — wie die Juden sagten ein „Renegat“ —, ihnen durchweg feindlich geneigt. Und doch hieß es, Rolé verdanke sein großes Vermögen der Ehe seines Urgroßvaters mit der Tochter Samuel Bernards, eines reichen Juden. Die Versammlung machte sich schnell ans Werk. Schon am 17. August konnte sie in einer langen Erklärung an den Kaiser die ihr vorgelegten Hauptfragen beantworten, betreffend Gehorsam dem bürgerlichen Gesetz, Vaterlandstreue, Eheschließung und Willkür. Alle diese Antworten waren im Geiste Napoleons abgefaßt, und — mit Ausnahme der einzigen Frage bezüglich der Willkür, welche „anaraten“ die Delegierten nicht übernehmen wollten — befreigten sie ihn vollkommen. Am 18. September ließ der Kaiser den Rosakeln dies zu wissen tun und kündete ihnen gleichzeitig die Einberufung des „großen Sanhedrin“ an, des jerusalemischen „hohen Rats oder Synedrium“, der seit Zerstörung des Tempels sich nicht mehr vereinigt hatte und nun wieder entstehen sollte, um aller Orten das jüdische Volk über den wahren Geist seines Gesetzes aufzuklären.

(Schluß folgt)

 Der heutigen Nummer der „Mitteilungen“ liegt ein gegen die antisemitische Weihnachtsparole: „Kauft nicht bei Juden“ gerichtetes Flugblatt bei, von dem wir den Anhängern und Förderern unserer Bestrebungen jedes gewünschte Quantum kostenlos zur Verfügung stellen.

Mitteilungen

aus dem

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besonderen Vermerk gegen Nachdruck geschützten, auch ohne Quellenangabe erwünscht.

1,50 Mk.

Sind an die Expedition,
Berlin W. 35,
Mogeburgstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kuvert wünscht.
Telefon: Amt 6 Nr. 3078.

Die Sendungen an die Expedition und an die Expedition sind zu richten nach Berlin W. Mogeburgstr. 14, und alle Briefe gegen das Bureau Berlin bestimmten Geld, Preis und Einschreibungen an den Empfänger, Herrn Dr. Hans von D. Gerstl, Berlin W. Mogeburgstr. 14.

Der Feiertage wegen fällt die nächstwöchige Nummer der „Mitteilungen“ aus. Dagegen erscheint am 29. Dezember eine auf die Wahlbewegung bezügliche Extranummer.

Zu den Reichstagswahlen!

Das deutsche Volk steht vor einem ungewöhnlich schweren und ersten Wahlkampf. Der Reichstag ist aufgelöst wegen der Ablehnung der Nachtragsforderung für die Truppen in Südafrika. Auf Seiten der Regierung standen alle bürgerlichen Parteien (mit Ausnahme des Zentrums), von den Konfessionen bis zu den Demokraten, die Opposition bildeten Zentrum, Polen und Sozialdemokraten. Diese eigenartige Gruppierung ist es, die auch dem Wahlkampf ein ganz besonderes Gepräge gibt. Denn nicht die eine Parole „Für oder wider die deutschen Kämpfer in den Kolonien!“ wird ihn beherrschen. Nein, viele andere wichtige Fragen werden in den Vordergrund gerückt werden, die den Gegensatz zwischen links und rechts, zwischen Liberalen und Konfessionen etc. nicht vernachlässigen lassen.

Ein solches Durcheinander ist bei Reichstagswahlen kaum dagewesen. Und diese Gelegenheit werden die Antisemiten eifrig benutzen, um im Trüben zu fischen.

Deshalb halten wir es für unsere Pflicht, unsere Freunde zu bitten, auf der Hut zu sein und, wie die Wahlschlacht sich auch entwickeln möge, keinem antisemitischen Kandidaten ihre Stimme zugeben.

Die Antisemiten sind es, die den obersten Grundsatze des modernen Staates, die Förderung der Gleichberechtigung der Staatsbürger in brutaler Weise mit Füßen treten.

Die Antisemiten wollen alle Juden und selbst alle zum Christentum übergetretenen Juden und deren Nachkommen, die sie Judenstämme nennen, zum Lande hinaustreiben oder wenigstens sie entziehen.

Wer aber ist es, dem in diesen Tagen ein großer

Teil des deutschen Volkes, wie seit langer Zeit keinem Völkchen zugejubelt hat, dem Antisemiten selbst ihre Anerkennung nicht versagt haben?

Nun, dieser Mann ist ein Judenstammeling.

Wir müssen nur darauf gekommen, danach zu fragen, welchen Glaubens er oder sein Vater oder sein Großvater gewesen seien. Aber die Antisemiten waren es, die zuerst gegetert und geschrien, daß man einen Judenstammeling zur Exzellenz gemacht und ihn auf außergewöhnliche Weise mit außergewöhnlicher Nachfülle bedeckt habe.

Nun, wenn es nach den antisemitischen Kandidaten ginge, die sich jetzt um die Stimmen der Wähler bewerben, dann müßte man diesen Mann, dem das deutsche Volk aus freien Stücken in elementarer Gewalt zugejubelt, der bei den Vorgängen, die den Anstoß zu der Reichstagsauflösung gegeben haben, die hervorragende Rolle gespielt hat, hinauswerfen aus dem Lande oder wenigstens ihn als einen mehr oder weniger rechtslosen Mann behandeln. Und mit ihm eine halbe Million Menschen, deren Vorfahren einmal mit seinen Vorfahren in derselben Weise zu Gold geholt haben.

Das Treiben der Antisemiten ist um so gefährlicher, als sie in neuerer Zeit es häufig vorgezogen, ihre Embleme zu verhehlen und unter falscher Flagge zu segeln, insbesondere im agrarischen Lager Unterschlupf zu suchen.

Darum aufgepaßt und alles aufgeboten, um die Vertreter einer schmachvollen, kulturfeindlichen Bewegung von der Schwelle des deutschen Parlamentes fernzuhalten!

Darum laute die Parole für unsere Freunde, gleichviel welche Stellung sie zu den übrigen Parteien einnehmen, am 25. Januar 1907:

Nieder mit dem Antisemitismus!

Antisemitische Reichstagskandidaturen.

Nach offiziellen Mitteilungen haben die Deutschsozialen der bisherigen Reichstagsabgeordneten wieder aufgestellt und zwar:

Liebermann von Sonnenberg
in Homburg-Prillan-Biegenhain,
Latmann in Rastatt-Mellingen,
Schad in Offenbach-Perlach,
Kraab in Schwelm-Schmalbalde,
Derzog in Hofgeismar-Minteln.

Ferner haben die Deutschsozialen in folgenden bisher nichtantimilitärisch vertretenen Wahlkreisen Unterschriften ausgestellt:

In Marburg Dr. Böhm, den früheren Geschäftsführer des Bundes der Landwirte, in Waldeck-Pyrmont den Oberlandesgerichtsrat Fehrm, v. Krichthofen, in Weimar-Apfolda Oberamtsrichter Graefe, in Weichen den früheren antimilitärischen Abgeordneten Köhler, in Dels-Wartenden Jahnsen Strumpf, in Mühlhausen (Thüringen) Generalkonsul a. D. Graf Pfeil,

in Wangsleben Graf Reventlow, in Darmstadt Antistischer Wahr, in Wolfenbüttel v. Höttem, im Herzogtum Lauenburg Oekonom Müller.

Die Reformpartei hat ihre bisherigen Abgeordneten ebenfalls sämtlich wieder aufgestellt und zwar:

Berner in Hersfeld-Bünfeld-Rotenburg, Gräfe in Baun-Wischofsmerda, Zimmermann in Hildesheim-Nienburg, Wölffler in Schlochau-Platom, Bruhn in Friedberg-Krumbach, Froelich in Di- und West-Gerdingen.

Ferner hat die Reformpartei in Gemeinschaft mit dem Deutschen Volksbunde in folgenden bisher nichtantimilitärisch vertretenen Wahlkreisen Unterschriften ausgestellt:

In Borna-Frohburg Kaufmann Fröhke, in Meissen-Riesa einen dazwischen Gewerbetreibenden, dessen Name noch nicht genannt wird, in Deutsch-Krone N. A. Simons, in Alsfeld-Lauterbach-Schotten den früheren antimilitärischen Vertreter des Kreises Maler Bindewald, in Marburg R. A. Harmony.

Ueber Dresden und Leipzig sowie andere sächsische Kreise schwanden noch Verhandlungen, ebenso über die Kreise Neustettin, Landberg-Solbin, Mersitz-Bornitz, Mummelsburg-Bütow, Ost- und Westprießnitz, Dels, Gießen und Friedberg-Wädungen. In Dels und Gießen würde es demnach, wenn die Reformpartei bei ihrer Absicht, diese Kreise mit Kandidaten ihrer Richtung zu versehen, zu einer antimilitärischen Doppelkandidatur kommen wie in Marburg. Dagegen scheint die ursprüngliche Absicht, auch dem Deutschsozialen Parteimitglied in Rassel eine Gegenkandidatur gegenüberzustellen, aufgegeben zu sein.

Der Deutsche Volksbund stellte bisher in folgenden Wahlkreisen Kandidaturen auf:

In Stettin Kaufmann Seple, in Randow-Weisenhagen Prof. Dr. Paul Förster.

Der bisherige Abg. Kröfzell, der selbst nicht weiß, zu welcher antimilitärischen Gruppe er gehört, hat sich wieder in Pnyri-Saagig ausstellen lassen.

Die Christlichsozialen haben die bisherigen Abgg. Stöcker (Siegen) und Dr. Burckhardt (Dillenburg) wieder aufgestellt und planen die Nominierung weiterer Kandidaten.

Der Aufmarsch der Antisemiten in Thüringen.

Man schreibt uns: Der Reichstag ist kaum geschlossen, die neuen Wahlen sind jedoch erst ausgeschrieben worden und schon sind die Antisemiten auf dem Plan erschienen. Sie haben es allerdings auch nötig, die ersten

auf dem Kampfplatze zu sein, denn, wenn nicht alles täuscht, wird es diesmal eine Generalabrechnung mit dem antimilitärischen Wahlmachen geben. Die liberale Einigung hat in Thüringen bedeutende Fortschritte gemacht und die Einigungseinstrebungen erstrecken sich nicht nur auf die freimüthigen Parteien, umfassen vielmehr in den meisten Wahlkreisen auch die Nationalliberalen. Die Antisemiten und der Bund der Landwirte, die in Thüringen als rationale Masse operieren, werden also das Bürgerthum in geschlossener Bilanz finden und es dürfte ihnen nicht so leicht wie bei früheren Wahlen gelingen, einen Keil in die Reihen der bürgerlichen Parteien zu treiben. Es ist also die Angst um ihren Besitzthum, die die Antisemiten so früh zum Wahlkampf scheucht. Der Generalsekretär der deutschsozialen Partei, Henningsen, haust seit bereits seit zwei Wochen in Thüringen mit der abgedroschenen Warenhausvogelscheuche, „Kauft nicht den Juden, denn sie sind unrecht!“ — „Christliche Mädchen, geht nicht zu Juden in die Geschäfte, denn sie ruhen euch aus und treiben euch in die Reihen der Prostituierten“, und wie die dämlichen unbewiesenen Schlagworte und Phrasen sonst noch heißen. In Weimar hat sich der antimilitärische Wanderheer übrigens glänzend blamiert. Dort veröffentlichten die christlichen Ladenmädchen, die in jüdischen Geschäften sind, einen Protest gegen die Lügen des Herrn Henningsen in den Weimarer Wäldern, in dem es u. a. hieß, daß sich die Mädchen in jüdischen Geschäften ebenigut, wenn nicht besser als in christlichen Geschäften sehen und alle übrigen Behauptungen Erfindungen und Verleumdungen seien.

Der zu Unrecht gewählte ehemalige Abgeordnete für Eschwege-Schmalkalden, der Antisemit Raab, steht schon mitten im neuen Wahlkampf. Remagoge durch und durch und nie um eine wahrheitswidrige Behauptung verlegen, erzählt er den Arbeitern seine Schicksale als Porzellanarbeiter, schimpft bei den Handwerfern, als sei er einer der ihnen, und den Geschäftsleuten verspricht er rothe Wunderdinge. Die heissigen Bauern werben in ihm den lauschechten Wünder, kurz, er ist ein Universalgenie, das dank seiner Gaskalkünste in den Hirsas Liebermann paßt, nur nicht in den Reichstag. Es verlautet, daß die freimüthige Volkspartei bereits einen aussichtsreichen Kandidaten gewählt hat, der hinsichtlich die Stimmengahl seines Vorgängers Werten (4089) bedeutend überlegen wird, da er auch die Stimmen der Rationalliberalen erhalten dürfte. Aber auch die Sozialdemokraten werden den angeblichen „Rann aus der Werkstat!“ diesmal etwas genauer unter die Lupe nehmen. Die aus antimilitärischer Quelle fließende Nachricht, die freikonservativen würden gleich im ersten Wahlgang für den Antisemiten eintreten, erweist sich übrigens als ein hailon d'esai.

Noch besser als in Eschwege-Schmalkalden stehen für die bürgerlichen Parteien die Chancen in Eisenach. Im Prinzip haben sich hier freimüthige Volkspartei, Rationalliberale und Nationalsozialisten bereits geeinigt, und es dürfte nicht schwer sein, einen aussichtsreichen Kandidaten zu gewinnen. Der linksliberale Landtagsabgeordnete für Eisenach, Rechtsamwalt Dr. Appellus, hat auch bei der freimüthigen Volkspartei große Sympathien und genießt auch im ländlichen Wahlkreise Vertrauen. Man ist in Eisenach gespannt, wie Herr Schach, der nur kurze Zeit die Ehre hatte, die Wartburgstadt im Parlament zu vertreten, seine Wähler über die nicht erfüllten Versprechungen hinwegzutreiben wird. Vorläufig hält er sich noch in Kassel und schickt seinen Botschafter Lattmann vor, der am Sonntagen in Eisenach den Wahlkampf vor einer schwachbesuchten Versammlung eröffnete. Auch Lattmann wird in Kassel die bürgerlichen Parteien grüßen finden. Eisenach dürfte den Antisemiten nicht so leicht wieder als Beute zufallen und das sehen die Antisemiten, die so viel

Firmenschilder als Gefinnungen haben, auch ein. Vorforglich stellen sie in Weimar den Oberamtsrichter Graß aus Geisa auf, einen extremen Agrarier und Reaktionär, der jedenfalls die ungelängteste Persönlichkeit ist, dem Sozialdemokraten Baubert das Mandat streitig zu machen. Da sich auch im Wahlkreis Weimar-Weimar liberale Einigungsbestrebungen geltend machen, ist eine antisemitische Mehrheit, selbst mit Hilfe der Agrarier, die 1903 auf ihren Kandidaten 5787 Stimmen vereinigten, unbenutzbar. Nationalliberale und Freiwilrige bringen gemeinsam circa 7000 Stimmen auf. Der Sozialdemokrat erhielt 1903 10 865 Stimmen. — Wie verlautet, ist auch für den Wahlkreis Jena-Knecht die Aufstellung eines Antisemiten geplant. Wenn auch der Nationalliberale Lehmann, der den Kreis im letzten Reichstag vertreten hat, seiner Wiederwahl mit Zweifeln entgegensteht, wird sich dank der frischen Erdringung der Jungliberalen und Nationalsozialisten eher eine Verschiebung nach links ergeben, als ein Abweichen ins reaktionär-antisemitische Fahrwasser.

Der Kreis Erfurt-Schleusingen ist zwar kein sicherer Festland der Nationalliberalen, doch steht zu erwarten, daß es auch hier gelingt, den antisemitischen Bewerber aus dem Felde zu schlagen. Es ist nach zweifelhaft, ob der Antisemit mit den unbegleiteten Wahlschulden von 1903, Hans von Risch, aber der Hallenser Konsumvereinsleiter Professor Dr. Suchsland kandidiert. Es sind gleichwertige Bewerber; von Risch erhielt 1903 durch die Unterstützung des Bundes der Landwirte 4313 Stimmen, der Nationalliberale Hagemann erhielt 6687, der Sozialdemokrat 15 260 Stimmen. Somit kommen auch in diesem Wahlkreis die Antisemiten nicht sehr in Betracht und ihr Verbleiben, schnell nach einer Visitation in den Konventionen einzugehen, dürfte in Erfurt, wo die Konservativen 1903 aus eigener Kraft 5424 Stimmen aufbrachten, nicht von Erfolg gekrönt sein.

Wie es in den übrigen thüringischen Wahlkreisen aussieht, ist bis zur Stunde noch nicht bekannt. Soweit sich die Vorbereitungen zum Wahlkampf überblicken lassen, schafft die liberale Einigung sich überall eine neue Situation, deren Konjunktur den Antisemiten jedenfalls nicht zu gute kommt. Die Parole der Sozialdemokraten, die von den Arbeitern nicht bejaht wird, lautet: Antisemitische Versammlungen werden prinzipiell nicht besucht. Hierdurch wird den Antisemiten die bestellte Wahltafel, im Trüben zu fischen und mit Krautwässern à la Eisenach zu operieren, gründlich getrübt, sie müssen sich nun einen neuen Coup erfinden. 2.

Liebermann von Sonnenberg in antisemitischer Beleuchtung.

Der Abg. Liebermann von Sonnenberg sagte in der Reichstags-Sitzung vom 11. Dezember:

„Der Abg. Scheidemann hat unter Verennung meines Namens einen Zeitungsartikel (Artikel der „Heftigen Rundschau“) verlesen, in dem es heißt, daß ich von meinen Wählern gesagt haben soll: Meine Bauern sind besser wie die Hunde, aber besser wie die Schweine. Ich habe gegen diese infame Verleumdung die Gerichte anrufen, und Herr Scheidemann kann der Verleumdung in Kraft beweisen. Im einem Briefe schreibt mir ein Wähler mit Bezug auf diesen Zeitungsartikel: Verzeihen, der das gesagt hat, wage nur kommen, wir werden ihm den Scheitel (den Kamm) zerbrechen! (Heiterkeit.) Diese Verleumdung gilt für jeden Vertreter der Reichsversammlung, auch für Sie, Herr Scheidemann!“ (Große Heiterkeit.)

Im Anschluß hieran bemerkt die reformerische „Heftige Rundschau“ (16. 12.):

„Sie stimmen in diese Heiterkeit (die sich erhab, als der Präsident die Aufforderung des Herrn L. v. S. als ungebührlich juristisch) gern mit ein, haben vor doch die Persönlichkeit eines Liebermann v. Sonnenberg selbst dann

nicht recht ernst nehmen können, wenn er den freireligiösen Rationalismus mit Füßen trat, und vor doch auch unter vorgezeichneten Artikel auf diesen heiteren Ton gestimmt. Aber von der bei Herrn v. Liebermann seit längerer Zeit ja oft wahrgenommenen fatalen Gedächtnisfälschung finden wir auch in seiner abigen Bemerkung einen neuen elastischen Beweis. Der vielbesagte Herr hat nämlich offenbar seinen guten Willen mit der Zeit verwechselt, wenn er meint, daß er gegen diese infame Verleumdung die Gerichte anrufen“ hat; denn davon müßte doch wenigstens unsern j. Bt. verantwortlichen Schriftleiter Wilke durch Vorladung etwas bekannt geworden sei. Leider ist dies nicht geschehen, und so wird uns wohl der Hauptstoß ewig versagt bleiben, Herrn v. Liebermann vor den Stufen des Gerichts ein trauisches Stillschicken zu geben. Wie belagert wird dies auch ist, Herr v. Liebermann hat sich, seinen Angreifer und seine Zuhörer in stammenden Wahn gewiegt, als er Herrn Scheidemann in Aussicht stellte, einer beratigen Gerichtsverhandlung in Kasse beizutreten zu können. Die Entrüstungsschreie im Reichstag steckten also einem Herrn von den Qualitäten des Abg. Liebermann v. Sonnenberg schlecht an, der sich für infam verurteilt erklärte, vorgibt, die Verleumdungsschreie angekreuzt zu haben und dennoch die ihm dazu gebatene Frist hat ruhig verstreichen lassen. Jetzt sind nahezu vier Monate nach Veröffentlichung des Artikels ins Land gegangen, ohne daß wir von einer solchen Klage Kenntnis erhalten haben! (Dieser Satz ist auch im Original durch Sprechdruck hervorgehoben. D. R. d. W.)

Was aber den Vorwurf der infamen Verleumdung anlangt, den Herr v. Liebermann unter dem Schutze der Immunität als Reichstagsabgeordneter gegen uns erhoben hat, so haben wir gar nicht nötig, denselben juristisch zu widerlegen; denn eine solche Widerlegung aus sicherem Hinterhalt trifft auf den Verleumdung zurück, wie der Pfeil des zu straff gespannten Bogens auf den unwürdigen Schützen. Wir verzichten deshalb auch auf die dankbare Aufgabe, Herrn v. Liebermann eine reiche Blütenlese infamer Verleumdungen der Reformpartei, ihrer Führer und Mitglieder seitens der Deutschsozialisten aus dem Wahlkampf Wittenberg-Geismar ins schwache Gedächtnis zu rufen. Die Reform werden diese Infamien jedenfalls nicht aus dem Gedächtnis verlieren und so den beruhsamigsten Verleumdern im deutschsozialen Salbe die Nase herabzuweisen wissen, wo immer sie sich bei kommenden Wahlen ihnen entgegenstellen mögen. Für die Frage aber möchten wir die „Heftige Rundschau“ im Reichstage nur dann noch erwähnen wissen, wenn freireligiöse nationale Reform zur Vernichtung der konservativ-deutschsozialen Reaktion aus unserem Kessel die schneidenden Waffen beziehen. Sollte jedoch der Junker Liebermann als einer der „Besten der Nation“ den frommen Wunsch seines Rufenscheiters üben, den Gegner durch Stammungslüge des Hofentzuges zu bekämpfen, so würde er hierdurch seinem wahlverdienten Kassefentel nur von neuem gerecht. Er täte dann aber jedenfalls sehr gut daran, dem Heftigen seines unsterblichen Kassegenossen v. Wehmann zu folgen und sich ledere Unausprechliche zuzulegen; denn wenn einmal eine Witzrede inoffiziell ist, kann man vorher nie genau wissen, wer die meisten Lächer bekümmert. Sicher wäre auch er alsdann seinen Willkür Altes und damit die erste Unsterblichkeit in dem historischen Almanach: Die Hosen des Herrn v. Liebermann.“

Die Vereinigung des Deutschen Volksbundes mit der Deutschen Reformpartei ist zur Tat geworden. So berichtet die „Deutsche

Reform'. Zwischen den Herren Abg. Froelich, Prof. Förderer und von Mosch einerseits, den Abg. Zimmermann, Bruhn, Werner andererseits hätten im Laufe dieser Woche die bezüglichlichen Aussprachen stattgefunden, die zu diesem Ergebnis geführt haben. Der Deutsche Volksbund behalte seine bisherige Organisation bei, trete aber als Ganzes (ca. 2000 Mitglieder) in die Deutsche Reformpartei ein. In sachlichen Fragen habe sich eine völlige Uebereinstimmung zwischen den beiden bisher getrennt marschierenden Gruppen ergeben.

Wiener Brief.

XXI.

(Ein antikesistischer Minister? — Österreich als Argument. — Gegen und für die Kartelle. — Schönerrers Niedergang. — Ein österreichischer Banntag gegen einen Adressanten.)

Wien, den 15. Dezember 1906.

Eine liberale Wiener Tageszeitung, die mit der österreichischen Regierung in guter Fühlung steht, brachte dieser Tage die Mitteilung, daß das Ministerium des Herrn von Bod in der nächsten Zeit einer Umbildung unterzogen werden solle. Als kommende Männer hätten der kaiserliche Dr. Ebenhoch und der christlichsoziale Dr. Pattai zu gelten. Für den letzteren sei das Justizportefeuille in Aussicht genommen, das jetzt in den Händen des modernen, freisinnigen Dr. Klein wachend nicht schlecht geborgen ist. Dr. Pattai gehört zur Spezies der Salomanisten. Er hat sich immer vom tüchtigen Getümmel ferne gehalten und seit Jahren wird er als einer der gesellschaftsfähigsten Mitglieder der christlichsozialen Partei für einen Ministerposten bereit gehalten. Allerdings wollten die Wiener Katholikherren nicht das „erste beste“ Ministerium annehmen und sie haben sich abendsinnig verhalten, als Herr von Bod bei der Parlamentarisierung des Kabinetts an die Getreuen Dr. Lugers mit seinem lobenden Aushiebten herantat. Es scheint fast, daß die Christlichsozialen auch jetzt noch nichts Geringeres als das Ministerium des Innern anstreben und mit weniger einflussreichen Posten nicht zu befriedigen sind. Aber der Justizminister hätte immerhin ein sehr bedeutendes Verdienstfeld; es würde ihm besonders in der nächsten Zukunft, in der die Reform des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches vorgenommen werden dürfte und auch andere wichtige Gesetze einer Modernisierung unterzogen werden sollen, eine gewichtige Aufgabe bevor. Wie die Reformen aussehen und von welchem Geiste sie erfüllt sein würden, wenn Dr. Pattai ihr intellektueller Urheber wäre, vermag man sich vorzustellen. Der Antikesist, der sich seit Jahren den Alternativen (wie früher den Deutschnationalen) nahe hielt, könnte aus seiner Haut nicht heraus und die besseren Manieren, auf die sich Dr. Pattai berufen kann, könnten in keiner Weise derüßigen. Herr von Bod möge sich die Vergewissung des Justizportefeuilles an einen Christlichsozialen aus dem Kopfe schlagen. Die Partei der rücksichtslosen Parteilichkeit ist nicht geeignet ein Amt zu verwalteten, das wie kein anderes Unparteilichkeit voraussetzt. Christlichsoziale Justiz würde uns in Österreich gerade noch fehlen. Wedrigens befinden sich im Ministerium noch gerade genug Antikesisten oder — wenn man will — Freunde des Antikesismus. Neben Derfchatto und Prade ist für Pattai kein Platz.

In den letzten Tagen haben die Christlichsozialen erst wieder gezeigt, wie ihr Wesen geartet ist, wenn sie sich ungenötigt geben können. Am 11. Dezember fand im 9. Bezirk eine Versammlung des Bezirks Freie Schule statt und die Christlichsozialen benutzten den Anlaß, um ihr Wächchen an dem Verein zu küssen, der in seinem sachlichen, hygie-

natikischen und energischen Kampf gegen Antikesismus, Jesuitismus und Antikesismus in Österreich einzig dastehet und die Begeisterung aller Fortschrittsfreunde in demselben Maße auslöst, in dem er den Hox und Dunkelmänner auf sich zieht. Die Antikesisten beschloßen nach der Versammlung nach bedächtigem Mäher zu sprengen, was ihnen auch gelang. Bei den turbulenten Szenen, die sie hervorriefen, wurden drei Versammlungsteilnehmer von den antikesistischen Kampfboten gestochen. Einer wurde sogar schwer verletzt. Nun kommt aber ein tragikomisches Nachspiel. Die christlichsoziale Presse scheint über die Person des Schwerverwundeten schlecht informiert worden zu sein und reklamiert diese sofort für sich. Da konnte man wieder einmal zeigen, was für eine Menschensoße die „Judensoße und Freimaurer“ seien. Sie setzen einen armen unschuldigen Christlichsozialen nieder und das in einer Versammlung, die der Erziehungsförderung besprochen werden sollen. Doch das Unheil für die christlichsoziale Lügenpresse reißt schnell. Bald ergab es sich, daß der bedauernswerte Schwerverletzte ein Jude sei, und daß die Antikesisten genossenheitsmäßig das Gegenteil von der Wahrheit behauptet hatten.

Die Christlichsozialen sind aber nicht nur Meister in der Verdrückung von Tatsachen, sondern sie leisten auch Bedeutendes an Zwickendigkeit. Unter dem Titel: „Seltene Bekämpfer der Kartelle“ bringt die „Arbeiter-Zeitung“ einen amüsanten Bericht über die letzte Tagung der Metallgewerbetreibenden, die mit einer Kundgebung gegen die Kartelle begann und mit einer Demonstration für die Industrie schloß. Am ersten Tag sprach der Wiener Nagelstraßendirektor und christlichsoziale Abgeordnete über die Auswüchse der Kartelle und legte eine Resolution vor, in der er hieß:

„3. Kartellbeschlüsse, durch welche die Preise einer Ware in einer durch die wirtschaftliche Lage der Industrie nicht gerechtfertigten, die Konsumenten offenbar bevorzugen den Preise gesteigert werden, sind von der Regierung zu beheben; gegen diejenigen, welche solche Beschlüsse gefaßt haben, ist — wie nach dem Bucharer Gesetz — strafweise vorzugehen.“

4. Im Gesetz ist vorzusehen, daß Übertretungen der Vorschriften über das Kartellwesen mit entsprechenden Strafen, und zwar nicht mit Geldstrafen, sondern mit Arreststrafen zu ahnden sind. Als Akt der Selbsthilfe ist aber den Kartellen der großindustriellen Produktion eine genossenschaftliche Organisation der Konsumenten entgegenzustellen.“

Ganz anders geartet sind jedoch die Reden, die am zweiten Tag gehalten wurden, und die Beschlüsse, die man bei dieser Gelegenheit faßte. Es ist eben schwer, Zäug zu bewahren, wenn man es nicht mit niemandem verderben will, weder mit den Kleinen noch mit den Großen. „So war also“, schließt die Arbeiter-Zeitung am 11. d. M. ihren Artikel, die Verdrückung vollständig. Ob die Kartellbekämpfer mit Hochrufen auf die Industriekartelle und auf das Agrarkartell auseinandergingen, wird in den Berichten nicht mitgeteilt, wäre aber ganz natürlich gewesen.“

In der „Neubauer Zeitung“ lesen wir eine Notiz, die weitgehendere Beachtung verdient. Dem genannten liberalen Blatte wird aus Eger geschrieben:

„Dieser Tag war Abgeordneter Schönerrers in Eger; er kam aus Friedbergshaus vom Sargz Bismarcks und wollte nun ein bißchen in seinem Wahlkreis (Eger, Landbezirk) nachsehen. Aber die Auskunft, die er erhielt, muß für ihn recht ungünstig gewesen sein, denn er fuhr bereits mit dem nächsten Zuge nach Wien. Diesmal war Schönerrers in Begleitung eines einzigen Getreuen. Nichtig schritt der alte Kämpfer über den Marktplatz und durch die Bahnhofstraße. Sein Heilruf löste ihn entgegen, seine Fahne grüßte ihn. Wer hätte das noch vor einigen Jahren voraussetzen können?“

Ritter Georgs Sterne erblaffen eben. Einst, in seinen Jugendtagen, da Georg Ritter von Schönerer noch freizeithlichen Anschauungen huldigte, hat er dem österreichischen Deutschthum anerkannter Dienste geleistet und zu den besten Männern seines Stammes gehört. Damals kam die Zeit, da er sich von seinen besten Freunden losriß, den bekannten „Judenpunkt“ in das Ringer Programm aufnahm und so den Antisemitismus zum Parteiprogramm machte. Schönerer wurde zum einfachen Mann und als der Antisemitismus, den er herausgeschworen, immer stärker wurde, waren es andere Männer, die er ernannte. Später, als Schönerers altdeutsche Parteigrundzüge einschlugen und aus ihm der Führer einer starken Abgeordneten-Gruppe ward, lag es klar auf der Hand, daß nicht der Alte — Schönerer — sondern der Junge — Walf der eigentliche Kopf, die zugräftige Persönlichkeit der Partei sei. Wieder konnte Schönerer, der stets Verbitterter, seiner Stellung nicht froh werden. Er drängte seine eigene Partei zur Selbstzerstückung. In den letzten Tagen hat der Vandal Schönerers den Abgeordneten Schall getroffen, der früher der Stompung hiess und der Altschöneren Hosiung bildete. Doch zuletzt gestattete er sich, über zwei Probleme eine Ansicht zu haben, die mit Schönerers vererbten Anschauungen nicht harmonierte — es drehte sich um böhmische Angelegenheiten — und da erzielte ihn das Geschick. Wer dem grimmigen Alten nicht pariert, der „fliegt“ einfach und Ardant wird dann nicht gegeben. Hören wir, wie ein deutschnational-antisemitisches Blatt über den jüngsten Wals des altdeutsch-antisemitischen Parteiführers urteilt. Die „Deutsche Volkszeitung“ schreibt:

„Dieser Fall zeigt wieder, wie Schönerer nur zersplittern kann. Sein Unschlachtsbüchel gestaltet neben sich keine andere freie Meinung. Er duldet keine selbständigen, unabhängigen Männer neben sich, welche ihm gegenüber auch ihre Überzeugung vertreten. Aber es wird allmählich dümmern und Licht werden in jenen Köpfen, welche für sich Herrn Schönerer denken lassen, und die Einsicht wird einmal zum Durchbruch kommen, daß es mit Anti-Schönerer sein geschicklich, positives Arbeiten gibt. Er hat durch sein himmerverbranntes, jedes wahren Volksempfindens bares Treiben dem deutschen Volk, den deutschen Parteien Wunden geschlagen, deren Folgen es so bald nicht überwinden wird.“

rm.

Neues Rassengefasel.

Reinestwegs nur zwei Begriffe fehlen, stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein. Wo ungenau definierte, schwankende Begriffe vorhanden sind, da gerade stellen Worte in Ueberfülle und zu jeder möglichen Ansicht sich ein. Auch der Aufsatz von L. D. Müller in Nr. 108 des „Hammer“, der die falsche Ueberschrift trägt: „Zur richtigen Einschätzung der Rasse-Theorie“ enthält für uns nur keine Worte. Das einzig gute an dem Artikel ist, daß er den antisemitischen Halbakt D o u t o n S t e a r t e s h a m b e r l a i n admt. Dieser ist jetzt nur noch „ein fleißiger Kompilator“. Na, da kommt der neue antisemitische Rassenfaser ja ziemlich unserer Einschätzung des Herrn Chamberlain nahe.

Die Leser mögen sich bei uns bedanken, wenn wir sie nicht weiter mit Herrn Müllers „richtiger“ Einschätzung der Rasse-Theorie beschäftigen. Um aber unser Hinweisgeben über dieses und anderes Rassengefasel zu begründen, sei folgendes angeführt. Der neue Rasse-Genius Müller schreibt in dem hier in Rede stehenden Aufsatz u. a.: „Der Jude, der ausgebildete Rassenfaser der Welt, hat nicht das, was wir Europäer Moral nennen, aber er hat fast dessen die 13 000 Formalvorschriften des Talmuds, an die er Tag und Nacht denken muß.“ Lassen wir einstweilen die ebenso falsche wie unbewiesene Behauptung, daß der Jude nicht das, was die Europäer Moral nennen, habe. Wir

aber hat denn die angeblich 13 000 die Moral erscheidenden Vorschriften des Talmuds gemacht als Juden, die also Moral gekannt haben müssen? Kann wollen wir aber Herrn Müller ein fürchterliches Geheimnis verraten. Von der halben Million deutscher Juden dürfen 499 000 von den 13 000 talmudischen Vorschriften nicht den hundertsten Teil auch nur kennen, also auch nicht Tag und Nacht an sie denken, geschweige denn sie befolgen können. Mindestens die Hälfte aller Juden haben auch nur von einigen wenigen gehört. Selbst die tausend Juden in Deutschland, die vielleicht den Talmud etwas besser kennen, denken nicht Tag und Nacht an dessen Vorschriften, sondern sehen sehr oft sogar über sie hinweg. Wenn aber die ganz übernatürliche Majorität der Juden wieder, wie Herr Müller meint, die Moral der Europäer kenne, nach, wie wir nicht nur behaupten, sondern aus voller Kenntnis der Dinge versichern dürfen, und wie vielleicht statisch nachgewiesen werden könnte, nur ein verschwindend geringer Teil der Juden von dem in 13 000 Formalvorschriften des Talmuds bestehenden Morallurrogat etwas weiß, geschweige denn es beherzigt und doch die Juden in allen Ländern ein verhältnismäßig geringes Kontingent zum Verbrecherheer stellen, dann würde daraus folgen, daß man a h n e M o r a l und Morallurrogat ganz gut auskommen kann. Diese anorachistische Falschung wird Herr Müller sicherlich, wenigstens offen, nicht machen wollen. Und da hätte er Recht. Die richtige Falschung ist: die Prämisse, daß die Juden die Moral der Europäer nicht kennen, ist falsch, sogar grundfalsch. Die Juden haben ihre aporzen r e l i g i ö s e n Vorschriften, im übrigen stehen sie durchschnittlich auf der Höhe der Moral derjenigen Völker, in deren Mitte sie leben.

„Müllers“ wir nach etwas weiter in der Rassen-analyse. Unser Rasse-Müller hält Willenskraft für einen Teil des unbewußt Göttlichen, das in uns schimmert und schlauerig zu ersehen ist. Würde das jemand in sich ganz können, so stünde er der Alimacht nahe wie Christus z. Eine ganz ungeheure Willenskraft besitzen nun oft die schwächsten V e r b r e c h e r — man denke an den vor kurzen hingerichteten D e n n i s —; auch A b a h n i n n i g e besitzen eine bewundernswürdige Willenskraft. Aber selbst die schwächsten Nicht-Christen würden nicht verrückt genug sein, nach Herrn Rasse-Müllers Lehre diese Sorte Menschen, Verbrecher und Wahnsinnige, auch nur einen Moment als Christus nahe zu denken.

Und nun nach eins, aber nicht weil es Herr Müller sagt, sondern weil auch im Publikum vielfach ähnliche Anschauungen verbreitet sind. Das Publikum spricht ebenso wie unser Herr Rasse-Müller davon, daß gewisse vornehme Manieren im Blut, in der Rasse liegen, daß die Rasse Leute zu führenden Stellungen im Staatsdienst berechtige. Da möchten wir nur wissen, woher es kommt, daß jeden Tag ganz gewöhnliche Leute, sagen wir Kellner, Diener, Dirnen so brillante Hochpfeilerfolge in den allerersten Kreisen erzielen können, Grafen, Fürsten, Prinzen, Könige und Kaiser haben sich schon durch die eleganten Manieren, das großgefingene Benehmen solcher Leute oft während langer Zeiträume dupieren lassen. Man erlebt dergleichen jeden Tag. Folglich gehören zu solcher Positionierung keineswegs bloß Rasse und Blut. Wenn aber gesagt wird, den Rassenmenschen sei die Vornehmheit angeboren, die Hochpfeiler dagegen haben sie sich erworben; jene können gar nicht anders handeln, diese wollen nur so handeln — wenn auch allerdings nur zu verbrecherischen Zwecken —, können aber auch — anders, dann sind diese Hochpfeiler ja die — vollendeten Menschen, da sie nämlich so und auch so sein können. In Wirklichkeit dürfte es sich so verhalten, daß die Altmömlinge vornehmer Leute die schönen Manieren beständig vor sich sehen und sie teils bewußt, teils unbewußt, teils sogar durch Imitation gezwun-

gen, in sich aufnehmen, während die Hochapler in verhältnismäßig kurzer Zeit dasselbe lernen und oft die Vorzeichen nicht nur täuschen, sondern auch ihnen sogar als Muster dienen.

Ebenso lehrt die Zeitgeschichte, was man auch aus der Geschichte der Vergangenheit schon zur Genüge weiß, daß Leute, die sich nicht zu den vornehmen Klassen zählen können, die höchsten und schwierigsten Staatsstellungen oft unendlich viel besser ausfüllen als die angeblich durch ihre Abstammung schon Versuchten. „Der heimliche König“, den Balzac schreibt, ist kein dlohes Fantasiegeschöpf eines Dichters. Er hat in unzähligen Exemplaren existiert und existiert noch.

Geisttrug und Falschheit, sowie nur das Rassenklima weniger wird! Darüber wundern wir uns nun allerdings weniger als darüber, daß so viele aus das Rassengebot überhaupt etwas geben. Bei Tieren, bei Pferden, Ochsen und Hunden mag man immerhin von Rassen reden. Aber bei Menschen, so weit andere als allenfalls physiologische Vererbung in Betracht kommt, verlohne man uns mit praktischen Folgerungen aus den so unklaren, schwankenden und täglich neu auftauchenden Rassen-theorien.

Aus dem antisemitischen Lager.

Die Stadtverordnetenwahlen in Frankfurt a. M. Unser Bureau in Frankfurt schreibt uns: Diese Wahlen, über die wir bereits in Nr. 48 berichteten, sind namentlich durch die unwillkürlichen erfolgten Etwaah- len endgültig erledigt. Für uns bedeuten sie zusammen mit dem Ergebnis der Hauptwahl einen nicht zu unterschätzenden Sieg einer besseren Einsicht über reaktionäre Anschauungen, in der sich alle bürgerlichen Parteien, Nationalliberale und Sozialdemokraten nicht ausgesprochen, zusammengerufen hatten. Selbst in solchen Bezirken, wo eine Teilung die reaktionäre Strömung gewisse Chancen zu haben schien, war das Ergebnis der Wahl ein überraschend günstiges.

So stehen wir vor einem Gesamtergebnis, wie wir es zwar gehofft, wie man es aber angesichts der in ihren Mitteln wohllich nicht wählstischen Agitation der Antisemiten, die Schulter an Schulter mit den Mittelsständlern und Zentrumsleuten kämpften, mit Sicherheit nicht erwartet konnte. Sieben Mandate, deren sich bislang die Reaktionäre rühmen konnten, sind ihnen entzogen worden. — Die Stadtverordnetenversammlung weist namentlich folgende Zusammensetzung auf: Von den 64 Stadtverordneten gehören 50 der bürgerlichen Linken an, darunter 24 Demokraten und je 13 Fortschrittler und Nationalliberale, 6 der Sozialdemokraten und 8 den reaktionären Parteien. Diese Rassen sprechen für sich selbst, und man darf wohl mit Bestimmtheit die Ansicht aussprechen, daß in absehbarer Zeit die wenigen reaktionären Stadtparlamentarier auf eine noch wesentlich kleinere Zahl zurückgedrängt, wenn nicht ganz beseitigt werden.

Antisemitische Berichterstattung. Die „Ostf. Landesztg.“ schreibt:

„Die antisemitische Presse verbreitete vor kurzem einen tendenziös ausgelegten Bericht über den Verlauf einer Versammlung der Mittelstandsvereinsung in Schöneberg bei Berlin. Da die Mehrheit der Versammlung zum großen Vorrer der antisemitisch-konservativen Veranlasser aus Liberalen bestand, die den Rednern des Abends, unter denen sich auch Dr. Böhm (Reichstagskandidat der Deutschsozialen in Marburg) befand, energisch entgegen-traten, glaubt die antisemitische Presse die fürchterlichste Niederlage ihrer Schützlinge dadurch beschönigen zu können, daß sie den Liberalen „empörende Ausschreitungen“ nachsagt. Ein Mitglied unserer Redaktion

wohnte jener Versammlung zufällig bei und wir können allerdings sagen, daß die Versammlung zeitweise recht häßlich verlief. Als beispielsweise der noch überaus jugendliche Dr. Böhm die nationale Stimmung hervorgerufen, um ihr Vaterland verdienter Liberaler höhnisch anzuweisen und im selben Atem allen, die sich von der sozialen Stimmung unserer Hyperzivilisierten nicht überzeugen können, „blanke unverschämte Lüge“ vorwarf, da wurde ihm aus der Versammlung heraus, namentlich von langjährigen Schöneberger Stadtverordneten in energischer Weise das Ungebührliche seines Benehmens zu Gemüte geführt. Besonders kam es auch zu großer Bewegung in der Versammlung, als der linksliberale bedenkenswerter Stadtverordneter Dr. Gottschalk den Redneris führte, daß ein Schöneberger Stadtverordneter der Mittelstandsvereinsung Beziehungen zu Vodenjpekulanten unterhalte. Die falschen Berichte in der antisemitischen und agrarischen Presse sind nur auf die Wut der Herren darüber zurückzuführen, daß zum Schluß mit großer Mehrheit eine Resolution — ebenfalls eingebracht von einem liberalen Stadtverordneten Schönebergs — angenommen wurde, die den mittelschläblichen Stadtverordneten aufforderte, sein Stadtverordnetenmandat niederzulegen, dessen er sich durch verdächtige Beziehungen zu Zerringsgesellschaften unwürdig gemacht hat. Hinc illae trae!“

Dermisites.

Die jüdischen Korporationen an der Berliner Universität. Wir erhalten folgende Aufschrift:

Im Leitartikel Ihrer letzten Nummer vom 12. Dez. („Eine antisemitische Niederlage bei den Leichhallenwahlen“) ist auch von den „vereinigten national-jüdischen Korporationen“ die Rede. Da es im Wahlkampf eine oft verurteilte Taktik unserer Gegner war, unsere Partei als national-jüdische hinzustellen und so in Mißkredit zu bringen, so bitten wir Sie, in der nächsten Nummer Ihres geschätzten Blattes folgende Berichtigung zu bringen:

Die Vereinigung, zu der sich die jüdischen Korporationen an der Berliner Universität zusammengeschlossen haben, führt den Namen „Vereinigung jüdischer Korporationen.“ Sie umfaßt Korporationen, die sich über alle inneren Gegensätze hinweg zum gemeinsamen Kampfe gegen den Antisemitismus vereinigt haben, unter denen aber neben national-jüdischen auch Korporationen sich befinden, die durchaus auf deutsch oosterschläbischen Boden stehen. Der Name der untergezeichneten Verbindung dürfte selbst bei unseren Gegnern für diesen Standpunkt. J. A. der h. t. im R. E. präsidierenden Verbindung „Sprevia“ Kurt Baischitz, Sprevia.

„Die russische Revolution und die russischen Juden.“ Ueber dieses Thema sprach kürzlich Dr. Paul Rathan in einer Versammlung des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Er führte eine Zuhörer in das Reichreich von 160 Millionen Einwohnern, darunter sechs Millionen Juden, über die der große Jar und eine Anzahl kleiner, selbständig schaltender Jaren herrschen, in die russische Universität, welche den Ausspruch Alexanders III.: „Bringe mir die Bildung aus dem Wege“, zur Ausführung bringt, und alsdann in den Körper Russlands, zu dem arbeitenden Volk, dessen Los sich nach der Befreiung von Jahrzehnt zu Jahrzehnt verschlechtert hat. Die geistige Verarmung und die körperliche Verelendung mußte allmählich zu einer Degeneration der Bevölkerungsmassen führen, die tatsächlich derfalls des Militärs nachweisbar ist, in welchem die Zahl der Untauglichen und der Zurückgestellten von Jahr zu Jahr stetig steigt. Die in der Ernährung heruntergekommene Bevölkerung war dem austretenden jungen japanischen Volke nicht gewachsen, und das Ergebnis war die kurzdauernde Niederlage im Kriege gegen Japan. Bei so ungeheurem

Drude mußte es allmählich zu einer revolutionären Bewegung kommen. Es ist eine Beileidigung gegen das russische Volk, wenn man annehmen wollte, daß sie einer jüdischen Führung dazu bedurft hätten. Unbegreiflich wäre es allerdings, wenn die Juden bei dem noch viel schlimmeren Drude, dem sie ausgeliefert sind, sich nicht zum Teil der elementaren Bewegung angeschlossen hätten. Die Behandlung, welche die russischen Juden erfahren haben, ist seit dem 1882 erfolgten Erlasse des Grafen Ignatiev ständig unwürdiger geworden; die russischen Verwaltungsmänner haben, wie einwandfrei festgestellt ist, selbst an den fürstlichen Judenmassen teilgenommen, die an 640 Orten 38 225 Familien mit 162 700 Köpfen elend machten, zur Abschachtung von 985 Juden führten, die von 380 Witwen, 211 Vollwaisen und 328 Halbwaisen betrauert werden. Die in den verschiedenen Kulturskolen seitens der großen jüdischen Organisationen bewirkte systematische Hilfsarbeit, für welche der Redner ziffernmäßige Belege gibt, hat zwar gewisse Ergebnisse zu geben, das russische Elend zu lindern, die angewandten Willküren können aber das Uebel nicht an seiner Wurzel fassen. Das riesenhafte Problem der russischen Judenfrage kann durch humanisäre Mittel nie und nimmer gelöst werden. Nur einzig glückliche Lösung, zur Expatriierung der sechs Millionen Juden, fehlt das Geld und das Land, wo man diese Völkerverwanderung unterbringt. Die Frage kann nur erledigt werden durch politische Mittel. Die deutschen Juden werden sicher mit der Regierung eines Sinnes sein, daß eine Einmischung des deutschen Reiches in die russischen Verhältnisse ein Unglück wäre für das deutsche Reich und aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die russischen Juden. Eine große Nation läßt sich nicht von außen beeinflussen, ohne sich zu regieren. Dagegen gibt es eine Solidarität der Zivilisation. Kein einziger Staat kann sich isolieren, am allerwenigsten Rußland, welches auf die Kräfte der Zivilisation angewiesen ist, die sich in Formitteln zum Ausdruck bringt. Jacob S. Schiff in New York und Lord Rothschild und sein Haus in London, zwei der bedeutendsten Finanzleute der Welt, haben in ehrenvoller Weise jede Verführung, welche an sie herangekommen ist, zurückgewiesen und die Unterbrechung neuer Anleihen Rußlands abgelehnt. Es wäre würdiger, wenn dieses Vorbild, das von Juden gelebt wird, in ihrer Eigenschaft nicht nur als Juden, sondern auch als Kulturmenschen, Nachahmung fände in allen Kreisen der Juden und in den christlichen Kreisen. Es besteht kein Zweifel, daß das russische Reich, in dieser Weise weiter regiert, nicht nur politisch, sondern auch finanziell, wie der Redner ziffernmäßig darlegt, zum Bankrott führen muß. In Rußland steht jetzt nicht das Schicksal der jüdischen Bevölkerung auf dem Spiele, sondern vielmehr die russische Großmachstellung. Das gibt die Zuversicht, daß dieses mächtige russische Volk doch seinen Willen durchsetzen wird, daß bessere Zeiten für Rußland kommen werden, und der Sieg der Zivilisation in Rußland wird eine Erleichterung für Europa sein.

Bologna, 10. Dezember. Vorige Woche ist einer der angesehensten Bürger Bolognas, der Bankier und Senator Sanguinetti gestorben. Das Leichenbegängnis des Verstorbenen gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung nicht nur der Bevölkerung von Bologna, sondern der ganzen Provinz Emilia. Sanguinetti, ein Mann, der durch umfängliche finanzielle Tätigkeit ein Vermögen von mehreren Millionen Lire erworben hat, hatte einen großen Teil seines Vermögens im Dienste der Menschheit und zu gemeinnützigen Zwecken verwendet. Fast bei allen Anlässen, die dem Wohle der Stadt oder der Provinz dienen, war Sanguinetti beteiligt, entweder sah er im Vorhanden der Initiative oder war ein selbst ihr Begründer, so z. B. einer hiesigen blühenden Handelsschule. Er war Vorstand der Bologneser Handelskammer. Deren Vize-

Vorstand, Gallotti, gab in bereiten Worten der Trauer der ganzen Bevölkerung Ausdruck. Außer ihm sprachen noch fünf andere Redner. Alle betonten, daß Cesare Sanguinetti der begeisterte Verehrer jeder guten und nützlichen Sache gewesen sei und ohne jede Operation jedem Unglücklichen zu helfen gesucht habe. In allen seinen Handlungen zeigte sich sein milder und edelstehender Geist. Dem wahrhaft vornehmer Höflichkeit, zeigte er stets eine sich gleichbleibende Toleranz gegen Meinungen, die von seiner eigenen abwichen. Dem Leichenzuge voran schritt ein Bataillon Infanterie, Abteilungen von Gardamern und der Infanterie waren an den Straßenübergängen postiert, um den langsam vorbeiziehenden Zug vor jeder Störung zu schützen. Die Geschäfte hatten meist für die Stunde des Leichenbegängnisses geschlossen, ganze Schulen und Vereine beteiligten sich an der Beerdigung. Man schätzte im Zuge 42 Fahnen von Bologneser oder provinziellen Korporationen. In 50 Kutschen wurden die prachtvollen Kränze, gegen 160, dem Leichenwagen nachgeführt. Sämtliche staatlichen Behörden der Provinz, die Munizipalität von Bologna, die Universität, das Generalkommando waren bei der Feier vertreten. Auf dem Friedhofe von Bologna, auf den sich nur die nächsten Angehörigen begaben, hielt der Oberabbate Alberto Orsini eine von poetischer Begeisterung getragene Rede, die die Tugenden und die Religiosität des Toten feierte. Die großen Verdienste des zu früh Verstorbenen — Sanguinetti hat kaum 50 Jahre erreicht — wurden auch ehrsich in einem Telegramm hervorgehoben, das der König von Italien durch seinen Minister an die Hinterbliebenen richtete.

Die persische Verfassung und die Juden. Aus Tehran wird berichtet: Das unendliche Gekläue ward Ereignis: Persien erhält eine Verfassung und den sechsen nach als Varas in des Wortes trauriger Bedeutung behandelten Juden wird volle Gleichberechtigung mit den übrigen Untertanen des Schah-Musallier ed-Din zuteil. Das klingt wie ein Märchen aus 1001 Nacht, klingt fast zu schön, als daß man an die Wahrheit glauben könnte, und dennoch ist es höchstwahrscheinlich Wahrheit. Das Amtsblatt Nabl-Mattin teilt den vollen Wortlaut der Verfassungs-Urkunde mit, deren von den liberalen Jüdern erfüllte Bestimmungen jeden Zweifel beseitigen, daß sie für alle „persischen Untertanen“ ohne Unterschied des Weltstandes und der Nationalität Geltung haben sollen. Die entscheidenden Artikel, welche sich auf die Nichtmuslimen beziehen, lauten wie folgt:

Art. 8: Alle die Landesbesitzer erwerbenden persischen Untertanen, die mögen welcher Religion oder Abkunft immer sein, sind vor dem Gesetze gleich. — Art. 9: Jedem persischen Untertan ist volle Freiheit der Person gewährleistet. — Art. 11: Die offizielle Staatsreligion ist der Islam schiitischer Ritus; die übrigen Religionen sollen oder in der freien Ausübung ihrer Vorurteile und in der Verwirklichung ihrer Angelegenheiten in keiner Weise behindert werden. — Art. 13: Jeder persische Untertan hat das Recht, das ihm zugehörige Gewerbe oder Handwerk auszuüben. — Art. 15: Der Untertan ist frei, jedoch darf dadurch den Rechten des Islam kein Abbruch geschehen. — Art. 19: Jeder persische Untertan, der dazu befähigt ist, kann öffentliche Ämter bekleiden. — Art. 20: Die Wohnorte jedes persischen Untertanen sind unbeschränkt. — Art. 64: Alle die Landesbesitzer bekleidenden persischen Untertanen sind zu Mitgliedern des Parlaments wählbar.

Dieserlei könnte allerdings der grunbsätzlichste Wandel der Dinge nicht in die Erscheinung treten, als wenn ein persischer Jude, ein Angehöriger der bisher rechtlosen, gedrückten, in Bezug auf Leben und Eigentum vorgefesselten Glaubensgemeinschaft, seinen Einzug ins Parlament halten und damit zur Ausübung des höchsten Rechtes eines Vollbürgers zugelassen würde.

Der große Sanhedrin.*)

Welchen tiefen Eindruck diese Nachricht auch in Deutschland unter den Mitgliedern der vielgeprüften Religionsgemeinschaft hervorbrachte, erhellt aus dem ergeben-

*) Brief von Berlin an Neapel, 12. Februar 1897.

den Briefe, den der edle jüdische Philantrop Rabbi Israel Jacobsohn aus Braunschweig damals an den Kaiser richtete, und den wir im „Journal de Paris“ vom 5. August 1806 abgedruckt finden. Die darin ausgesprochene Forderung, ein ausübender jüdischer Rat mit einem Pariaarchen an der Spitze möchte in der Folge von Paris aus und unter Aufsicht der französischen Regierung in allen gottesdienstlichen Handlungen einsteigen und jedem Juden die nötige Autorisation erteilen, um in allen Ländern seine Bürgerpflicht zu erfüllen, wurde von dem Berliner Antisemiten Merkel im „Freimüthigen“ als Verrat am Vaterlande ausgelesen!

Der große Sanhedrin, der nach altem Brauch aus 70 Mitgliedern bestehen mußte, sollte sich der Idee Napoleons gemäß am 20. Oktober vereinigen. Es vergingen aber noch mehrere Monate, bis die Rabbinder gewählt und die Kreislisten für die zum Teil sehr bedürftigen Gattungsgefährten von den jüdischen Gemeinden aufgebracht waren. Unterdes tagte die Versammlung in Paris weiter und benutzte so eifrig ihre Zeit, daß sie am 10. Dezember 1806 dem Kaiser ein Reglement von 27 Artikeln unterbreiten konnte, in welchen die Grundlagen der heutigen Organisation des jüdischen Kultus enthalten waren. In einem Schlußparagraphen ward dem Kaiser nahe gelegt, zum Schutze der jüdischen Jugend die Gewährung des bürgerlichen Handwerks zu geben, welches ihre Pflichten glücklicher ausbilde, nur einem beschränkten Teile der israelitischen Nation die Vertreibung durch einen gekauften Mann zu gestatten. Erwiederte diese Motion schon Staunen und Bewunderung, so gab es ein regelrechtes tolle, als auf Verlangen des Rabbi Abigdor in einer der Schlußsitzungen der Versammlung dem kaiserlichen Klerus eine Dankadresse für die Aufnahme diktiert wurde, welche verschiedene Pantheismen und Gesinnungen zu verschiedenen Zeiten der Israeliten erwähnt, „als nach Barbarei, Barumie und Unwissenheit die Juden aus dem Schutze der Gesellschaft ausließen“.

„Ist es nicht pikant“, schrieb Portalis an den Kaiser, „daß, im Augenblicke, da M. Ghenier im Namen der Philosophie auszusprechen gegen die Intoleranz und den Fanatismus der kaiserlichen Priester bekanntet, die Juden selbst den Geist der Toleranz und Rücksichtlichkeit der katholischen Kirche laut proklamieren.“

Anfang Februar 1807 trat der große Sanhedrin, gebildet aus 46 Rabbidern und 34 Laien — zum Teil Mitgliedern der Katakomben-Versammlung —, in Paris zusammen. Als Vorsitzender fungierte Rabbi David Singheimer aus Straßburg, schändlich von zwei italienischen Rabbidern. Die Eröffnungsansprache fand in derselben St. Johanniskapelle des Hotel de Ville statt. Der Anblick war grandios. Alles deutete auf den religiösen Charakter der Versammlung hin: die alte Kirche, die dunkle, streng Tracht der Abgeordneten, welche für den Vorstehenden in einem schwarz-lammeten Kaftan mit Pelzbesatzung, für die übrigen Mitglieder in feinen Gewändern bestand. Die religiöse Diktorie war überall gewahrt. Die Rabbidern hatten den Vortritt vor den Laien. „Lo public“, so schrieben die Kommisfaren an den Kaiser, „a été édifié“. Die Sitzungen waren öffentlich. Der Einbruch war so durchaus wachsend, daß Leute wie der Kaugler Pasquier nicht genug Worte des Erschauens hatten ab der halben Festigkeit, der Würde, der hohen Auflösung jener einfachen, bemittelten Juden. Man hatte geglaubt, es mit Leuten zu tun zu haben, für welche die Religion nur ein bequemes Mittel war, um frei ihren selbstthätigen Pflichten zu fröhnen. Man fand sehr hervorragende, in ihrer Religion sehr bewanderte Leute, denen ihr Glaube doppelt teurer war, gerade um der Verfolgung willen, die sie um ihr gelisteten, sein gebildete Männer, denen keine Richtung menschlichen Wissens fremd geblieben.“

Die Sitzungen des Sanhedrin dauerten bis zum 4. März 1807. Von seinen Winterquartieren in Orléans und Fontenay aus folgte der Kaiser mit lebhaftem Interesse jenen Beratungen und versäumte nicht, den Kommisfaren für die erzielten Resultate seine Befriedigung auszusprechen. Die Ergebnisse der Verhandlungen lauten in neun Artikel zusammen, welche am 22. März des Jahres 1807 (2. März 1807) bekannt gegeben wurden. Sie enthielten die Ratifikation der von der Versammlung jüdischer Rabbiden ausgesprochenen Prinzipien betreffend das Verhältnis der jüdischen Mitbürger zu den christlichen Bürgern Frankreichs. Wer sie kennen lernen möchte, findet sie in Heftels „Erzählungen des Rheinischen Hausfreunds“ in der Form abgedruckt, wie sie der Öffentlichkeit übergeben wurden. Von den verschiedenen Paragraphen, welche alle darauf abzielen, die absolute Vereinbarkeit des mosaischen Glaubensgesetzes mit den bürgerlichen Institutionen der Christenheit darzulegen, seien nur die Artikel 4, 5 und 6 hier angeführt. Sie resumieren am besten den weitest merkwürdigen Schriftstills, welches alle die medievieren sollten, die heute die alte Fabel von dem jüdischen „Apatriatismus“ neu aufliegen:

§ 4. „Der große Sanhedrin erkennt, die Christen und die Juden seien Brüder, weil sie einen Gott anbeten, der die Erde und den Himmel erschaffen hat, und befehlt daher, der Israelite soll mit dem Franzosen und Italiener und mit den Unterthanen jedes Landes, in welchem er wohnt, so leben als mit Vätern und Mithrungen, wenn sie denselben einigen Gott anerkennen und verehren.“

§ 5. „Der Israelite soll die Gleichheit und die Liebe des Nächsten, wie sie befohlen ist im Gesetz Moses, ausüben, eben so gegen die Christen, weil sie seine Brüder sind, als gegen seine eigenen Glaubensgenossen und außer Frankreich und dem Königreich Sizilien.“

§ 6. „Der große Sanhedrin erkennt das Land, worin ein Israelite geboren ist, und erregt ihn, aber nur er sich niedergelassen hat und den Schutz der Gesetz genießt, als sein Vaterland an zu. u. u.“

Die drei letzten Artikel enthalten ein prinzipielles Verbot des Wuchers, sanfte Ratssätze, die jüdische Jugend zu nützlichen Künsten und Handwerken anzuhalten. Dem Kaiser erwiderte nun, den doktrinar gefassten Satzungen des hohen Rats praktische Anwendung zu geben. Dies geschah durch eine Reihe von Dekreten, welche nach in denselben Monat erschienen und auf einem Teil der französischen Judentum — vornehmlich den christlichen Juden — schwer gelastet haben. Ganz im Sinne des kaiserlichen Erlasses vom Mai 1806 abgefaßt, sind die Dekrete, was die religiöse Organisation der Israeliten anbelangt, als ein wesentlicher Fortschritt, was ihre bürgerliche Stellung anlangt, als ein Akt der Reaktion zu betrachten. Neben den Gesetzen betreffend Regelung des Kultus, Gründung und Einrichtung der Konfessionen und Synagogen enthalten sie nämlich eine Anzahl von Ausnahmestufen hinsichtlich der Einleitung jüdischer Schulforderungen, der Niederlassung von Juden in bestimmten rheinischen Departements, der Beschäftigung u. u. u. Alle diese Zwangsmaßregeln konnten der Opposition des Staatsrats nicht aufrecht erhalten werden. Unmöglich und nachdem im Laufe der Jahre eine „Regeneration der Israeliten“ republikanisch konstituiert worden, wurden die durch sie betroffenen Departements wiederum davon befreit.

Zunehmend überall arbeiteten die jüdischen Konfessionen der Regierung, sobald sie mit gerechten Forderungen auftrat, hilfreich in die Hände. So konnte sich die ständige Erneuerung und der feste Anknüpfung der jüdischen Israeliten an die Heimat ihrer ersten Freiheiten stetig vollziehen. Den Impuls dazu gegeben, das Werk der großen Revolution, wenn auch in einem ihr heterogenen Geiste weitergeführt zu haben, ist Napoleons Verdienst gewesen.

Paris.

J. T. von G. d. d. t.

**) Mémoires de Pasquier T. I. p. 276.

Mitteilungen

and better

Verein zur Abwehr des Antisemitismus.

Herausgegeben vom Hauptbureau in Berlin.

Abdruck sämtlicher Artikel, mit Ausnahme der durch einen besondern Vermerk gegen Nachdruck geschützten, und ohne Quellenangabe erwünscht.

Mit Zeichnungen an die Handlung und Ergebnisse sind zu richten nach Gerlin W. Mähggenstraße 14, und alle für den gleich des Bureau Gerlin bestimmten Geld, Wert, und Einlieferungsbedingungen an den Schlichter, Herrn Dr. Baumert u. Dr. Gneiss, Gerlin W. Mähggenstraße 14.

1.19 Mb.

sind an die Expedition,
Berlin W. 56,
Magdeburgerstr. 14
zu senden, wenn man die
„Mitteilungen“ direkt
im Kartenzug wünscht.
Erlauben: Hmt & Dr. 3375.

Zum Vierteljahrswechsel

bitten wir das Abonnement auf die „Mitteilungen“ zu erneuern und für die Verbreitung des Blattes, welches als die wirksamste Waffe im Kampfe gegen den Antisemitismus sich erweist, in allen Kreisen zu sorgen.

Exemplare der „Mitteilungen“ stehen zum Zwecke der Propaganda in beliebiger Zahl kostenfrei zur Verfügung.

In den Reichstagswahlen.

Der Aufmarsch der Parteien hat begonnen, die Aufstellung der Kandidaten ist zum größten Teil bereits erfolgt. Die Wahlsatzrufe der **Antisemiten** aller Späterungen haben das eine gemeinlich, daß in ihnen die antisemitische Tendenz vorwiegend wird. Daraus ist natürlich nicht etwa der Schluß zu ziehen, daß die Antisemiten sich bekehrt und ihre Endziele aufgegeben haben, sondern daß sie zum Zweck des Stimmenfangs während der Wahlkampagne eine vorüberwiegende Haltung, nicht mit offenem Vlies zu klampfen. Um so mehr angebracht ist die Mahnung, diesen Demagogon gehörig auf die Finger zu sehen und vor ihnen zu warnen.

Wanß beſonders präherlich geberben ſich die Antifemiten übermann'ſcher Richtung; ſie tun ſo, als hätten ſie ſchon ein Dugend neuer Mandate in der Taſche. Ihre Ueberzeugt bekunbt ſich auch in der Art und Weiſe, wie ſie über andere Parteien ſich äußern. So wird in ihrem Hauptorgan den Parteigeſtoſſen empfohlen, in allen Fällen, wo ihnen das Schickſal der Wahl zwüſchen Rot und Blutor¹ ſtehen wird, keine Partei zu ergreifen, d. h. ſich auch dort der Wahl zu enthalten, wo anderswärts durch das Zutreten ſich den Freiſinnigen dieſer oder den Sozialdemokraten ſiegen könnte. Diefes Rat wird damit begründet: Der Weg zur Gefunbung unſerer deutſchen politiſchen Verhältniſſe führt nur über die

Trümmer" des entschiedenen Liberalismus." —
 Öffentlich trägt diese Offenheit dazu bei, so manchem ent-
 schiedenen Liberalen in der Stichwahl die Stellungnahme
 gegen eine antisemitische Kandidatur zu erleichtern.

Daß die Antisemiten auch im Wahlkreise der **Konservativen** einbrechen, hat diese arg verschupst. Die „Konservative Korrespondenz“ beklagt sich bitter über solche „Querschiebereien“, indem sie schreibt:

Man wird dieser Niederhaltung des alten Spiels mit rückwärts-
läufiger Entwicklung und mit großer Schamlosigkeit entgegenzutreten müssen.
Gerade auf dieser Welle, in der die Kraft, Kräfte zu sammeln, nicht für
zu verpöblich und zu riesigen Entwürfen brechen, die ihre Aufgabe
verfälschen und die riesigen Entwürfe zu ihrer Frucht. Durch den
Einbruch in konfessionelle Kreise wird der Sozialdemokratische Vorteil
gehoben. Wenn die Antikristen dagegen ihre Kräfte einsetzen möchten,
um den Sozialdemokraten Wahlkreise abzunehmen, so werden sie sich
Dumst und Verwirrung erwerben. Dann würden auch die Konfe-
sionisten ihnen eine gute Reize.

Wie sie dem Antifamilien schon so oft zur Seite gestanden haben, führen wir hinzu.

Die Deutsche Mittelstandsvereinigung, die es liebt sich in ein unparteiisches Gewand zu hüllen und auch in ihrem Wahlaufruf sagt: Wir haben von Anfang an keine neue politische Partei bilden wollen und wollen das auch jetzt nicht — präsentiert sich als Schutztruppe der Mittelstufen. Sie hat folgende Kandidaten nominiert:

Danzig: Lehrer Berg-Helmersdorf. Stettin: Kaufmann Seyde-Stettin. Halde-Wieschenleben: Tischlermeister Kachsch-
Berlin. Halde-Kast: Generalleutnant Ehrenträger-Hannover.
Reinigen: Verleger Wegner-Dt. Wilmersdorf. Wanzleben:
Hilfsmittel Meiderich-Dachhausen. Kreis: Prof. Dingers-Fern.

Septo-Stettin ist zugleich Kandidat des antileftigen Deutschen Volksbundes und die Kandidaten in Saale-Holzschleben, Wangen und Salzbach haben erklärt, daß sie im Falle ihrer Wahl sich der Wirtschaftlichen Vereinigung anschließen werden. Ferner erklärt zugunsten des antileftigen Kandidaten Litzmann in Kassel der Obermeister Rahardt für den Zentralvorstand der Mittelhundvereinigungen eine Erklärung, worin alle Mitglieder ersucht werden, sich die Niederwölzstadtmann mit allen Mitteln zu wider. Nach alledem wird man, gut tun, diese Leute mit derselben Aufmerksamkeit zu befragen, wie ihre Schölkne.

Ergebnisse der Wahlen von 1903 und der Nachwahlen in den zuletzt antisemitisch vertreten gewesenen Wahlkreisen.

Schlöden-Flatow: Antif. 6956
 Pole 5194
 Zentrum 2975
 Nationallib. 2550
 Stichwahl: Antif. 13298
 Pole 7617

Krüdowalder-Friedeberg: Antif. 6137
 Soj. 3170
 Bund d. L. 2537
 Freil. Ver. 593
 Stichwahl: Antif. 10530
 Soj. 3080

Est- und West-Sternberg: Konf. 5920
 Antif. 4820
 Soj. 1582
 Stichwahl: Antif. 7256
 Konf. 3950

Herzfeld-Rotenburger-Gänfeld: Antif. 5577
 Zentr. 3299
 Konf. 2938
 Soj. 1300
 Stichwahl: Antif. 8829
 Zentr. 4334

Banzen-Ramenz: Antif. 10627
 Soj. 9191
 Freil. 1967
 Zentr. 1742
 Stichwahl: Antif. 15478
 Soj. 11333

Schöpsau-Marienberg: Soj. 10156
 Antif. 5986
 Konf. 4316
 Stichwahl: Antif. 11956
 Soj. 10986

Freil.-Homburg-Ziegenhain: Antif. 8767
 Konf. 2190
 Soj. 644
 Zentr. 352

Kassel-Weisungen: Soj. 14048
 Antif. 7778
 Nationallib. 7629
 Zentr. 784
 Nationalsoj. 163
 Stichwahl: Antif. 16708
 Soj. 15813

Schwinge-Schmalcalden: Soj. 5832
 Antif. 4559
 Freil. Volksp. 4089
 Reichsp. 3519
 Stichwahl: Antif. 9806
 Soj. 7516

Hinseln-Pogesmar: Deutschsoj. Antif. 6048
 Soj. 3907
 Ref. 1835
 Nationallib. 1367
 Zentr. 1043
 Stichwahl: Deutschsoj. Antif. 9098
 Soj. 4498

Stenach-Dornbach: Soj. 6886
 Antif. 4045
 Nationallib. 2780
 Freil. Volksp. 2698
 Zentr. 1014
 Stichwahl: Antif. 8493
 Soj. 7409

Pyritz-Saackig-Stargard: Konf. 7785
 Antif. 4501
 Freil. Ver. 3469
 Soj. 2277
 Stichwahl: Antif. 8571
 Konf. 7963

Siegen-Wittgenstein-Viedensief: Antif. 14191
 Nationallib. 9480
 Zentr. 2976
 Soj. 1258

Tillenburg-Dorborn: Nationallib. 4733
 Antif. 4326
 Zentr. 4087
 Bund d. L. 1526
 Soj. 1312
 Freil. 809
 Stichwahl: Antif. 9337
 Nationallib. 7298

Im Wahlkreise **Schlöden-Flatow** wird der ernsthafte Versuch gemacht, den Antisemiten Bödler zu verdrängen. Die Liberalen beschloßen, für den konservativen Landtagsabg. **Wilde** einzutreten, nachdem die Konservativen sich bereits erklärt hatten, im Wahlkreise **Wemel-Heubekrug** den Liberalen zum Siege zu verhelfen. Es wird großer Anstrengungen bedürfen, um Bödler, einen der jungensfertigten und skrupellosen antisemitischen Agitatoren das Mandat zu entreißen.

Im Wahlkreise **Pyritz-Saackig** kandidieren der bisherige antisemitische Abg. **Kröfel**, seitens der Liberalen **Dr. Bretschneider** von Berlin, seitens der Konservativen der **Landesherr v. Büttlich** von Baranitz.

Von Herrn **Kröfel** behauptet das „Vorläufer-Kreisblatt“, daß am Tage der Reichstagsauflösung, also am 13. Dezember, der Abgeordnete **Liebermann v. Sonnenberg**, „der Fraktions-Vorsitzende der Wirtschaftlichen Vereinigung, in Gegenwart von Zeugen“ dem bisherigen Abgeordneten **Kröfel** erklärt habe, daß Herr **Kröfel** sich nicht mehr als zur Wirtschaftlichen Vereinigung gehörig betrachten dürfe und daher selbst im Falle einer Wiederwahl, niemals wieder in die Wirtschaftliche Vereinigung aufgenommen werden würde.

Darauf erwidert das **Kröfel'sche** Organ, der „Mittelstand“:

„Blatt gelogen ist wie der einmal die kurz und bündige Nachricht des Kreisblattes, daß der Reichstagskandidat Herr **Kröfel** der Wirtschaftl. Vereinigung im Reichstage nicht mehr angehören werde. In diesem Sinne ist auch nicht ein Wort von irgendeinem Herrn geäußert worden, der zu dieser Fraktionsgruppe gehörte, die sich überhaupt erst wieder nach Zusammenritt des neuen Reichstages bildet. Der letzte Herr, der in dieser Fraktion mitgehend sein könnte, ist Herr **Liebermann** von Sonnenberg. Deshalb kann er Briefe an Herrn von **Wangenheim** schreiben, soviel er Lust hat. Selbstredend ist es, daß wir uns von Herrn **Liebermann** von **Sonnenberg** Aufklärung erbitten, mit welchem

Rechte er sich als maßgebende Stelle ausspielt in einem Falle, in welchem er ausgerechnet soviel Rechte besitzt wie Krödel auch, und er wird jedenfalls selbst höchst abwarten, ob die Zusammensetzung der Wirtschaftlichen Vereinigung darauf sein wird, daß ihm noch einmal die Ehre und das Vertrauen zu Teil wird, den Vorhängen abzugeben."

Dazu bemerkt das „Pyritzer Kreisblatt“:

„Mit dem glatten Abscheitern ist der Ausschluss nicht aus der Welt zu bringen, denn der Ausschluss ist vor mehreren Reichstagsabgeordneten als Zeugen geschehen. Bezüglich ist aber, daß Herr Krödel sich durch ein Erstbillet seines Organs selbst wieder als „Kandidat der Wirtschaftlichen Vereinigung“ proklamierte, trotzdem diese Wirtschaftliche Vereinigung mit Herrn Krödel nichts mehr zu tun haben will. Ebenso sind im übrigen die Deutschsozialen, die deutschsoziale Reformpartei, der Deutsche Volksbund, die Christlichsozialen, der Bund der Landwirte und die deutsche Mittelstands-Vereinigung mit der Kandidatur Krödel nicht einverstanden und haben ihn nicht aufgestellt. Keine politische Parteiung will mehr von Herrn Krödel etwas wissen und ist er also nicht berechtigt, sich als Vertreter des Mittelstandes, der Landwirtschaft und der nationalen Arbeiterschaft aufzuspielen, denn er vertritt nur seine eigenen Interessen, und das Reichstags-Mandat soll nur zur Befriedigung seines Ehrgeizes und seiner Eitelkeit dienen. Dafür sind aber hoffentlich die Wähler des Wahlkreises Pyritz-Saaspig ein zweites Mal nicht zu haben.“

Wie die „Stargarderzeit.“ erfährt, werden die gegen Krödel schwebenden Prozesse einen weiteren Aufschub erleiden, da Herr Krödel eine Reise nach London antreift, um seine Hochzeit zu feiern."

In **Sels-Gr. Wartenberg** wird, wie man uns von dort mittelt, um das Erbe des Herrn von Rardorff anscheinend ein heiser Kampf entbrennen. Herr von Rardorff will aus Altersrücksichten nicht mehr kandidieren; der Wahlkreis dürfte der Reichspartei damit verloren sein; denn von den rechtstehenden Parteien macht der Bund der Landwirte ernstlichen Anspruch auf ihn. Die Bündler wollen auch bereits als erste mit einem Kandidaten aus dem Plane. Sie nominieren den Vorhängen der Sels-Gr. Ortsgruppe des Bundes, den Ortsbesitzer und Hauptmann a. D. **Eugen** als Kandidaten. Eugen kann aber nur auf Stimmen aus direkten Bündlerkreisen rechnen. Selbst im Sels-Gr. Kreis ist er wenig bekannt, und im Wartenberger Kreise kennt ihn kein Mensch. Den konservativen Kreisen ist er nicht recht genehm, und diese tragen sich mit dem Gedanken einer konservativen Sonderkandidatur. Auch das Zentrum ist im Wahlkreis stark vertreten. Es erlangte bei der vorigen Wahl 3044 Stimmen gegenüber 1778 Stimmen, die auf Herrn von Rardorff, und 3669 Stimmen, die auf den reformistischen Antisemiten **Strumpf** fielen. Freisinnige und Sozialdemokraten erhielten 654 und 984 Stimmen, sie hatten den Wahlkreis nicht im geringsten bearbeitet. Der Antisemit kam in die Stichwahl mit Herrn von Rardorff, aus der letzterer als Sieger hervorging.

Die Antisemiten hatten sicher gehofft, den Wahlkreis zu erringen und eine eifrige Agitation einzuflechten. Von Dorf zu Dorf zogen ihre Agitatoren und suchten den hier verschiedentlich zu Tage tretenden Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz für ihre Zwecke auszunutzen. So kamen sie in die Stichwahl, obgleich die Bevölkerung des Kreises nicht weniger als antisemitisch geknetet ist. **Jahn-arg-Strumpf** kandidiert wieder, aber — und das ist der Humor bei der Sache — diesmal für die Deutschsozialen, zu denen er inzwischen mit seinem Berliner

Verein mit fliegenden Fahnen übergegangen ist. Ob sich die Reformen die besten Einbruch in ihren „Reichsland“ so ohne weiteres gefallen lassen werden? Die Frage, ob eine antisemitische Doppelkandidatur dem Wahlkreis blühen wird, wird erst in den nächsten Tagen gelöst werden.

Jedenfalls befinden sich auch die Deutschsozialen in einer ähleren Lage, da sie hier gegen ihre sonstigen Freunde vom Bund der Landwirte vom Leber ziehen müssen.

Die **Christlichsozialen** haben außer in Siegen, wo **Stöder**, und in Dillenburg, wo **Dr. Burckhardt** wieder kandidiert, in Wehlar-Altenkirchen den Generalsekretär **Franz Behrens** aufgestellt. In diesem Wahlkreis wurden 1903 abgegeben: 5143 nationallib., 6192 Zentr., 3901 antis., 3828 kons., 3106 soz. Stimmen. In der Stichwahl siegte der nationalliberale Kandidat **Krämer** mit 14 830 Stimmen über den Zentrumskandidaten, der 6858 Stimmen erhielt. — Mit **Stöder** konfuzieren dieses Mal der nationalliberale **Gewerke Kreuz**, der freisinnige **Arbeitersekretär Siegler** und der Sozialdemokrat **Kremer**.

Die **Münchener Antisemiten** werden aus den Rat ihres Führers **Wernig** Gewehr bei Fuß stehen, das heißt, sich an dem Wahlkampfe nicht beteiligen.

Stimmungsbild aus Thüringen.

Gegen das schwarzrote Kartell, gegen Zentrum und Sozialdemokratie, lautet die Wahlparole der Regierung. Die Antisemiten aller Schattierungen jubeln! Sie können wie die „Mitteilungen“ in ihrem Wahlaufzuge sehr richtig ausführen, im Trüben fischen. Sie machen auch bereits hieron nach Kräften Gebrauch und schlagen aus der für sie so günstigen Situation alles Mögliche Kapital. Nicht oft genug und nicht laut genug kann dabei die Warnung erschallen: **Bekämpft die Antisemiten und ihre reaktionären Hintermänner!** Diesmal hoffen die konfessionellen Dämonen einen ganz besonders großen Fisch- und Beutezug zu tun, das geht aus der Zahl der aufgestellten Kandidaten und der Inszenierung des Wahlkampfes ganz deutlich hervor. Der Kampf gegen das Zentrum soll ihnen den Kampf gegen die Juden bedeuten. Die Einigungsbestrebungen, die sich überall geltend machen, finden unter den antisemitischen Gruppen besonderes Entgegenkommen. Sie sind ja schon längst ein Herz und eine Seele mit den Vollstehungsmitgliedern verteuerten Agariern, mit den verkehrseigenen extremen Konfessionen. Bei den Abstimmungen im Reichstag werden die Antisemiten je nach Bedarf von den Agariern und Konfessionen geschoben. Mit Leib und Seele will die Antisemiten bald Agariern, bald Konfessionen und fühlen sich ganz als Schulmer der extremen Reaktion. Das hindert sie aber nicht, in konservativen Wahlkreis einzubringen, denn den Antisemiten ist nichts heilig, für den Profit handeln sie den Freund ein. Nicht einbringlich genug kann daher an alle wirtschaftlichen, volkreundlichen Parteien die Mahnung gerichtet werden:

„Front gegen die Antisemiten!“

In **Thüringen** ist die Wahlsituation noch wenig geklärt. Die liberalen Einigungsbestrebungen sollten erst im nächsten Jahre zur Frucht reifen. Jetzt bedarf man ihrer plötzlich in den Anfangsstadien der Entwicklung. Mit rascher Eile müssen die neuartigen Organisationen ausgebaut werden und Adressen in den einzelnen Wahlkreisen festsetzen werden. Thüringen ist antisemitisch durchseut und

die taktischen Erwägungen sind daher besonders für den entscheidenden Liberalismus nicht immer sehr einfach. Trotzdem darf man mit dem Erfolg der Einigungsabsichtungen im Liberalismus im großen und ganzen zufrieden sein. Die Zeit vor Weihnachten und Neujahr ist sowohl für den Wahlkampf, als auch für die Agitation wenig geeignet gewesen. Die einzelnen Parteien haben aus dieser sehr zu treffenden Erwägung heraus in den Tagen vor Weihnachten ihre Vorbereitungen für die Januar-campagne 1907 getroffen und alles klar zum Gesichte gemacht. Nicht so die Antisemiten. Sie benutzen selbst die Christmode dazu, um in Versammlungen ihre Gist gegen die Juden zu verspritzen. In Hamburg wurden in schiefer Eile die Hefen und Flugblätter hergesteuert, die zu den Weihnachtstagen in Massenauflagen unter die Bevölkerung verteilt wurden. Trotz konservativer, trotz agrarischer Beihilfe in finanziellen Belohnungen scheint der Wahlschach, den die Antisemiten präherlich stets als sehr groß bezeichnet, nicht weit her zu sein. Die deutschsozialen Antisemiten haben denn auch ihren Anhänger im Lande — angeblich 11 000 — eine Weihnachtsüberfaffung gegeben, indem sie die Beiträge um eine Mark erhöhten. Aufgestellt werden die Kandidaten, wie es den Hamburger Wählern beliebt, wer sie gerufen, wem man nicht, sie sind eben da und reden mit, führen das große Wort. Sind die Wählenden faul, so verlegen sie sich auf Schächern. Das verstehen sie aus dem ff. Für die liberalen Parteien ist es natürlich unmöglich, mit den antisemitischen Kandidaten zu verhandeln, aber die rechtsstehenden Parteien verhandeln überall mit den Antisemiten, dabei aus der irdigen Ansicht ausgehend, der Antisemitismus werde aus dem Wahlkampf allenthalben als Sieger hervorgehen und in Thüringen die führende Rolle spielen, der er einst im Königreich Sachsen hatte. Das sind sehr törichte Illusionen. Es ist eher anzunehmen, daß ihm ein Wahlkreis verloren geht; mit Bestimmtheit kann man schon heute sagen, wenn nicht ganz seltsame Dinge hinter den Casseln passieren, wird keiner der aufgestellten Kandidaten in Wahlkreisen, die bisher nicht antisemitischer Beschland waren, in die Stichwahl kommen. Es handelt sich also, aller Voraussicht nach, um Wahlkandidaturen, die nur der Ausbreitung der kulturfeindlichen Bestrebungen der Antisemiten dienen sollen. Wir können mit Zittern dienen. In Erfurt besitzt die deutschsoziale Partei 20 Anhänger, wozu am 7. November, nach einer Genügnisaerfassung noch 17 deutschnationalen Jünglinge kamen. 37 Antisemiten, die j. J. noch nicht einmal das wahlberechtigte Alter haben, magen sich an, in einem Wahlkreis, der ca. 45000 Wähler hat, einen Kandidaten aufzustellen. Ähnlich wie in Erfurt, erhält es sich in Weimar und in Jena.

Für die thüringischen Wahlkreise ist nun folgendes liberale Kartell geplant, das bis zum 1. Januar 1907 perfekt sein soll. Die Nationalliberalen verpflichten sich in den Wahlkreisen Schmalfelden-Schmwegge, Weimar-Apolda, Gotha und Sonneberg, (weiter meiningischer Wahlkreis), im ersten Wahlgang sofort für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei, bzw. freisinnigen Vereinigung zu stimmen, während sich die vereinigten freisinnigen Parteien bereit erklären, in den Wahlkreisen Eisenach, Jena, Erfurt und Altenburg mit den Nationalliberalen gemeinsam vorzugehen. Dieses Abkommen ist von den liberalen Parteiführern der acht Wahlkreise, (es waren Vertreter aller liberalen Parteien anwesend), im Einverständnis mit den Parteileitungen in Berlin, vorläufig unverbindlich getroffen worden. Das Zustandekommen würde eine wertvolle Grundlage für den Kampf gegen den Antisemitismus bilden.

Zu einzelnen ist die Wahlsituation, soweit sie sich zur Zeit überlegen läßt, in den einzelnen Wahlkreisen für den Kampf gegen die Antisemiten nicht ungünstig.

Im Wahlkreis Eisenach-Deimbach kandidiert der Verbandvorsitzer des deutschnationalen Handlungsgesellenverbandes, Wilhelm Schach. Im vergangenen Jahre kandidierte der gleiche Herr unter der Bänderfahge: „vereinte nationale Parteien.“ Das Wortchen „national“ scheint, seit der Reichstagsauflösung, bei den Antisemiten im Karle gesunken zu sein, denn jetzt gibt man sogar eine sechsfarbige Fahne, die an Bunttheit nichts zu wünschen übrig läßt. Angeblich ist Herr Schach von folgenden Parteien im Wahlkreis Eisenach aufgestellt: 1. Wirtschaftliche Vereinigung; 2. Deutschsoziale Partei; 3. Christlichsoziale Partei; 4. Bund der Landwirte; 5. Deutsche Mittelstandsvereinigung; 6. Nationaler Arbeitermahlenschuß. Diese Liste verzeichnet der Nekromanster, der zugunsten Schachs in der Presse losgelassen wird. Hierzu ist zu bemerken, daß der Nationale Arbeitermahlenschuß im Wahlkreis vollständig unbekannt ist und demnach ein Fantasiegebilde der Antisemiten darstellt. Die Deutsche Mittelstandsvereinigung zählt im Wahlkreise nach unseren Informationen, sage umschreibe — ein Mitglied —, also wiederum Numbung und Sand in die Augen. Anhänger der christlichsozialen Partei sind politisch versierten Kreisen Eisenachs gleichfalls völlig unbekannt, aber die Möglichkeit, daß ein Störfaktor Schachs da oder dort im Wahlkreise existiert, soll dahingestellt bleiben. Demnach bleibt nichts anderes übrig, als die Interessenerbindung der Reaktion, als deren würdiger Apostel Schach wieder auf den Schild erhoben wurde. Seine Nekromanster werden diesmal im Wahlkreise wenig Eindruck machen, denn die Schachschen Versammlungen sind sowohl von den Sozialdemokraten, als auch den bürgerlichen Parteien, wegen ihres rüden Tones boykottiert. Die bürgerlichen Parteien haben sich diesmal vereinigt. Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Nationalliberalen stellen gemeinsam einen Antisemiten auf, der gegen Schach und den sozialdemokratischen Kandidatensabgeordneten, Parteisekretär Weber kandidiert. Es ist also alles erledigt, was zur Zersplitterung der bürgerlichen Parteien führen konnte und man sieht den Segnungen der Antisemiten diesmal in Bürgerkreisen mit Ruhe und Gelassenheit entgegen.

Im Wahlkreis Weimar-Apolda sind die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen, die zwischen den beiden freisinnigen Parteien und den Nationalliberalen schweben. Aller Voraussicht nach wird auch in Weimar das große liberale Kartell fertig werden und die Nationalliberalen werden hier der freisinnigen Volkspartei die Wahl eines Kandidaten überlassen. In Aussicht genommen ist der Nürnberger Schulinspektor Witz, der ehemalige Reichstagsabgeordnete, ein schlagfertiger Redner, der mit der jüngsten antisemitischen Wendung, dem Kandidaten der deutschsozialen Antisemiten und Konfessionen für Weimar, Antisemiten Gräf nach Gebühr versorgen dürfte. Gräf ist ein extremer Agrarier, der keine Abnung von den Interessen des deutschen Bürgertums hat, dafür aber ein eifriger Beschützer der Grenzsperr für ausländische Schweinefleisch ist. Bei den weimarerischen Kandidatenwahlen jagte der antisemitische Antisemiten mit einem Bemühungsgenossen um die Wette nach einem Mandat, um dann schließlich mit diesem gemeinsam glänzend durchzufallen. Es ist große Aussicht vorhanden, daß sich Gräf auch in der Reichstagswahl Weimar als dauerhafter Durchfallskandidat bewährt. Die Sozialdemokraten, deren Kandidat Baubert bisher den Wahlkreis vertreten hat, werden Gräf die bisher unüberprüfte Tatsache vorhalten, daß er sowohl bei seine Freunde Schach als bei Nichtsozialen erklärt haben, energig für einen

Ausfuhrzoll auf Kali einzutreten. Nun ist Kali aber im Großherzogtum Sachsen-Weimar der Hauptausfuhrartikel und die Kaliumindustrie würde durch den Antrag der Reichstagslichen Vereinigung, auf den diese sich bereits festgelegt hat, empfindlich geschädigt werden. Die Antisemiten sind demnach, das liegt jetzt klar auf der Hand, die denkbar ungeeigneten Vertreter für Weimar und Eisenach.

Im Wahlkreis Erfurt-Schleieringhausen-Ziegenrück, den zuletzt der Nationalliberale Hagemann vertrat, haben die Antisemiten den Hallenser Professor Schasland ausgesüßt. 1903 erhielten die Antisemiten in diesem Wahlkreis 4813 Stimmen, die Konserwativen 5424 Stimmen. Damit die Antisemiten diesmal ganz sicher gehen, haben sie einen modifizierten Kandidaten aufgestellt. Das eben so plumpe, wie dreiste Manöver ist geglückt. Südsachsen, ein ausgesprochener Deutschsozialer ließ sich von den Konserwativen anstellen, die Deutschsozialen schlossen sich ganz unbedingend diesen an, nachdem sich bereits die Bän die für den Konserwativen Südsachsen ausgesprochen hatten. Offiziell gelang es, die Nationalliberalen mit den Zeitungen auch in Erfurt zu einen; gemeinsam brachten sie 1903 6687 Stimmen auf, würden also bei Wahrung ihrer Stimmenzahl auch diesmal in die Stichwahl kommen. Südsachsen erklärte in einer Erfurter Versammlung, er werde gegen den semitischen Einfluß ankämpfen, wo dieser sich nur breit zu machen wage.

Ueber die anderen Thüringischen Wahlkreise und den Wahlkampf unter der veränderten Situation: „Antisemitismus contra acerrimas Bürgerum“ wird nach Neujahr, wenn der eigentliche Wahlkampf begonnen hat, mehr zu berichten sein. L.

Aus Kurhessen

wird uns geschrieben:

1907 ist für den heftigsten Antisemitismus ein Jubiläumstage. Vor 20 Jahren, im Jahre 1887, eroberte zur großen Ueberaschung weiter politischer Kreise der Würburger Bibliotheksassistent Dr. Bödel den Wahlkreis Würburg-Kirchhain-Frankenberg mit harter Weisheit im ersten Wahlgange. Der Kreis war vorher konservativ vertreten. Der konservative Druck hatte bis dahin die Bevölkerung in ihrer Unfähigkeit zu erhalten genützt und Bödels demokratische Agitation wurde wie eine Weisung begrüßt. Denn neben aller verwerflichen antisemitischen Hege war Bödel durch und durch Demokrat und seine konservativen Gegner schalteten ihn mit demselben Eifer einen Sozialdemokraten, wie das heute die Antisemiten in Hessen mit den Liberalen tun. Das kennzeichnet am besten die Entwicklung, die hier der Antisemitismus durchgemacht hat. Die Ueberreste des demokratischen Antisemitismus, die Reformen, sind bis zur Stunde mit einem Wahlausruf überhaupt noch nicht erschienen. Und wenn sie noch kommen, so bedeutet das nichts als ein Todesurteil des Antisemitismus von 1887. Wahrscheinlich wird den Reformern auch der letzte kurhessische Kreis, den sie gegenwärtig innehaben, verloren gehen. Es ist das Hersfeld-Rotenburger, den Werner vertritt. Herr Werner hat den besten Jörn Liebermann v. Sonnenberg erragt, indem er in Rinteln-Hofgeismar für die Reformkandidatur Selmerich bei der jüngsten Reichswahl sich — allerdings mit beispiellosem Mißgeschick — ins Zeug legte. Andere Leute würde ein Weisfall, wie ihn Herr Werner und die Reformen in Rinteln-Hofgeismar erleben, mitre stimmen. Herrn Liebermanns Charakter fällt aber die reinste aller menschlichen Freuden, die Schwabenfreude, nicht aus. Er hält zum Todesloß gegen die orthodoxen Reformen aus und Herr Werner, der seiner Diäten laum froh geworden, steht sein Mandat durch den Intimus Liebermann, den Rittergutsbesitzer Franz v. Bödel-

schwingh-Schwarzenhof auf's schwerste bedroht. Herr v. Bödel schwingh nennt sich zwar konservativ, doch tritt er immer in Gemeinschaft mit den deutschsozialen Kämpfern auf. Und was den Antisemitismus Bödel schwingh betrifft, so ist Herr Werner gegen Bödel schwingh ein Waffenkammer. Auf Herrn v. Bödel schwingh wurde einmal das Wort geprägt, er leide an „chronischem Judenverleumdungsanfall“ und tatsächlich wird dieser Oberste der Nation in seinen antisemitischen Ausfällen höchstens durch den Grafen Blücher oder den antisemitischen Kandidaten für Würburg, Dr. Böhm, übertroffen. Daß sich Herr v. B. konservativ nennt, nimmt Herr Liebermann nicht an. Es ist ihm im Gegenteil unangenehm. So kann er am besten ablegen, daß seine deutschsoziale Partei die Abwägung der Reformen besorgt. Im Grunde ist ja auch „konservativ“ und „deutschsozial“ in Kurhessen dasselbe. Klüglicher als die heftigsten Konserwativen hat wohl selten eine Partei ihre Charakteristika. 1903 haben die Konserwativen noch im Würburger Kreise mit 4900 Stimmen an der Spitze aller politischen Parteien. In Liebermanns Kreise verfielen sie noch über eine respektable Minderheit. Jetzt verfielen sie überall von vornherein zugunsten der Antisemiten Liebermanns Partei. Selbst der inferiore bündlerische Exbrante Dr. Böhm in Würburg wird von den Konserwativen im ersten Wahlgange unterführt. Wenn Herr v. Liebermann auch die bündlerischen und junkerlichen Geschäfte mit gleichem Eifer wie ein Konservativ besorgt, so sollte doch den Konserwativen seine und seiner Trabanten Agitation genzlich sein. (Ueber diese wird nach der Wahl noch ein besonderes Kapitel nötig sein.) Aber nichts von alledem. In ganz Hessen ist der deutschsozial-antisemitische Kandidat zugleich der konservative: in Rasselwungen der seitherige Abgeordnete Vattmann; in Homberg-Ziegenhain Liebermann v. Sonnenberg; in Rinteln-Hofgeismar der erst kürzlich anstelle des verstorbenen Grafen Reventlow gewählte Bürgermeister Herzog; in Schwärze-Schmalldalen der Herr Raab, der sein Mandat schon vor der Reichstagsauflösung einbüßte, in Walder Oberlandbergergerichtsrat v. Richter und in Würburg-Kirchhain der Agitator Dr. Böhm.

1887 eroberte Dr. Bödel von den Konserwativen den ersten Kreis (Würburg). Später wurden den Konserwativen noch Homberg und Hersfeld abgenommen.

1907 erklären die Konserwativen sich im ersten Wahlgange für die Antisemiten. Herr v. Liebermann hat den Antisemitismus konservativ gemacht und die Konserwativen haben das Genieren vor den antisemitischen Agitationsmethoden verloren. Vereint wird jetzt martisiert, vereint geschlagen und vereint hofft man zu siegen.

Ob sich die antisemitischen Siegeshoffnungen erfüllen werden?

Es muß leider mit großem Bedauern konstatiert werden, daß die in diesen Blättern immer beantwortete lokale Verständigung der liberalen Parteien über alle Kreise, in denen ein Antisemit kandidiert, in Kurhessen und Walder nicht besetzt wird. In Walder und Würburg wollen die Nationalliberalen die freisinnigen Bekämpfer durch Sonderkandidaturen gefährden. In Walder haben sie bereits den früheren Abg. Dr. Westrich aufgestellt, in Würburg ist eine nationalliberale Kandidatur erst angekündigt. Wahrscheinlich werden jetzt die Freisinnigen in Rasselwungen und damit den nationalliberalen Kandidaten Schröder um seine Stichwahlchancen bringen.

Trotz der nationalliberalen Quertreiber in Walder und Würburg sieht zu hoffen, daß diese heißen Kreise durch die bisherig freisinnigen Vertreter Dr. Westrich und v. Gerlach gehalten werden. Die Antisemiten haben in beiden Kreisen zwar fieberhaft gearbeitet, doch war man

auch auf liberaler Seite nicht möglich. Umso mehr ist in anderen Kreisen von liberaler Seite verläumt worden. In Mitteln-Geheimen und Schwärze-Schmalen wäre der zielbewußte Arbeit und geschlossenen Vorgehen der Liberalen sehr wohl etwas zu erröhen. Das letztere soll zwar in beiden Kreisen gelingen, aber die Antisemiten haben durch ihre rastlose Arbeit einen großen Vorsprung, jedoch nicht sicher ist, ob sie diesmal schon von dem Bewerber der vereinigten Liberalen gemessen werden. Herr Lattmann wird in Kassel einen schweren Stand haben. Auch wenn er noch einmal zur Stichwahl gelangen sollte, dürfte ihm der Sieg kaum zufallen. Es wird somit von wenig Stimmen abhängen, ob der Sozialdemokrat nicht im ersten Wahlgange siegt. Ob Herr Liebermanns Schwärmer Bourn die ihnen angeblich von Herrn o. Liebermann nachgelagte Hundstreu bewahren werden, soll wegen der anderen ihnen ebenfalls von Herrn o. Liebermann nachgelagten Eigenschaft etwas zweifelhaft geworden und es nicht ausgeschlossen sein, daß Herr v. Liebermann an „seinen Wählern“ Ueberforderungen erlebt.

Mit der mit konservativer Hilfe verbundenen Unterstützung durch den amtlichen Wahlapparat wird es in Kreisen den Antisemiten wahrscheinlich noch möglich sein, einige Kreise zu behaupten. Wäre es jedoch überall zu einer liberalen Verständigung und jetzt zu zielbewußter Arbeit gekommen, so würden wahrscheinlich die Antisemiten diesmal in Kreisen von der politischen Bildungskurve verworfen sein. Sie saßen an ihrem 20jährigen Jubiläum ihre Erbkinder nur noch vom Geirte des Bundes der Wandwirte, von der Unterstützung der Konservativen und von den Fehlern ihrer liberalen Gegner.

Im Großherzogtum Hessen

Ist es 1903 dank dem Zusammengehen der Liberalen gelungen, die Wahlkreise Gießen und Alsfeld den Antisemiten zu entreißen. Dieses Mal ist eine solche Einigung leider nicht zustande gekommen.

Aus Darmstadt, 22. Dezember, wird der „Frankf. Ztg.“ darüber berichtet:

Die Verhandlungen zwischen der nationalliberalen Partei und der freisinnigen Partei sind gescheitert. Der Landesauschuß der freisinnigen Partei für das Großherzogtum Hessen hatte in seiner Sitzung vom 14. Dezember beschlossen, mit dem Landesauschuß der nationalliberalen Partei wegen eines gemeinsamen Vorgehens in den hessischen Wahlkreisen in Verbindung zu treten. Der Landesauschuß der Nationalliberalen erklärte sich auf Anfrage zu Verhandlungen bereit. Nach einer kurzen Vorbesprechung zwischen Herrn Justizrat Gallus und Landtagsabgeordneter Dr. Omann fand am 18. Dezember eine Aussprache der Vertreter beider Parteien statt, deren Ergebnis in einem Schreiben des Herrn Justizrat Gallus an Herrn Dr. Omann in folgendem Sinne festgehalten wurde:

1. Die Nationalliberalen sind in Darmstadt-Groß-Gerau bereit, von einer eigenen nationalliberalen Parteikandidatur abzusehen und einen vorläufigen, gemeinsamen Kandidaten dazu- schicken. Sie lehnen aber die Annahme des Herrn Pfarrer Korell als gemeinsamen Kandidaten unbedingt ab, ebenso Herrn Dr. Omann.

2. Die Nationalliberalen sind bereit, den Freisinnigen Befehl in Alsfeld-Gießen anzuverleihen und beabsichtigen dagegen freisinnigerlei Anerkennung ihres Befehlshabers und Abnahme von einer eigenen Kandidatur in allen hessischen Wahlkreisen, in denen der Kandidat zur Zeit von Angehörigen der nationalliberalen Partei ausgetreten wird.

Zur Fortsetzung der Beratung wurde eine zweite Zusammenkunft auf heute vereinbart. Am Vormittag fragte Herr Dr. Omann bei Herrn Justizrat Gallus telefonisch an, ob dieser neue Vorschläge zu machen habe. Nachdem letzterer geantwortet, daß man freisinnigerseits an einer linksliberalen Kandidatur festhalten müsse, eventuell aber bereit sei, den

Pfarrer Raumann anstelle von Korell aufzustellen, erklärte Herr Dr. Omann, daß auch dieser Vorschlag unannehmbar und damit eine Fortsetzung der Verhandlungen unmöglich sei. Von einer Verständigung in den übrigen hessischen Wahlkreisen erwachte er nicht.

Hiernach ist festzustellen, daß die Freisinnigen zu einer Verknüpfung mit den Nationalliberalen für alle in Betracht kommenden hessischen Wahlkreise bereit waren, daß aber die Nationalliberalen zu einem billigen Abkommen nicht zu haben waren. Sie betrachteten offenbar die ganzen Verhandlungen nur unter dem Gesichtspunkte, unter allen Umständen zu erhalten, daß der Wahlkreis Darmstadt-Groß-Gerau dem Herrn Pfarrer Korell oder einem anderen ausgeprochenen linksliberalen zufalle. Die Freisinnigen kamen in einem solchen Verhalten auch nicht den Schein eines aufrichtigen Willens auf der Seite der Nationalliberalen erblicken, ihnen entgegenzukommen, und sie überließen damit der nationalliberalen Partei die volle Verantwortung für die Scheitern der Verhandlungen und die sich hieraus ergebenden Folgen. Die Freisinnigen werden nun also voraussichtlich in allen hessischen Wahlkreisen mit eigenen Kandidaturen vorgehen.

Mit Bezugnahme auf diese Korrespondenz erhält die „Frankf. Ztg.“ von dem Landesauschuß der nationalliberalen Partei Hessens die folgende Darstellung über den Verlauf der zwischen den Nationalliberalen und Freisinnigen geführten Verhandlungen:

„Die Vertreter der Landesauschüsse der freisinnigen und nationalliberalen Partei sind zu Verhandlungen über einmütiges Vorgehen in den hessischen Wahlkreisen zusammengetreten; damit sollte doch über ein einmütiges Vorgehen in allen hessischen Wahlkreisen verhandelt werden. Es erklärte aber der freisinnige Vertreter, Justizrat Gallus, in der Besprechung alsbald, daß von jeder Gemeinsamkeit die nationalliberal vertretenen Wahlkreise Worms und Friedberg ausgegeschlossen seien; ein Zutreten für den Herrn von Oen und Wachen Triola finde nicht statt; auch in dem Wahlkreis Gießen bestimme man sich vor, dem nationalliberalen Vertreter Geygelschmidt einen freisinnigen Kandidaten entgegenzusetzen. Für den Wahlkreis Darmstadt müsse von den Nationalliberalen die Kandidatur des freisinnigen Herrn Pfarrer Korell oder einer anderen linksliberalen Persönlichkeit angenommen und in dem Wahlkreis Alsfeld der freisinnige Vertreter Schmidt-Ulrich in den ersten Wahlgang unterstellt werden. Dann lasse sich, meinte der freisinnige Vertreter, über die Unterstützung der Nationalliberalen in anderen Wahlkreisen verhandeln. Es wäre also lediglich Unterstützung der Nationalliberalen in den Wahlkreisen Alsfeld-Lauterbach und Bensheim-Gebach in Betracht gekommen. Trotz diesem sehr wertwürdigen Vorschlage erwiderte die Nationalliberalen die Freisinnigen im Interesse des Friedens um andere Vorschläge insbesondere auch bezüglich des Wahlkreises Darmstadt-Groß-Gerau. Die Freisinnigen blieben bei einer weiteren Unterhandlung zwischen den Vereinigten der Parteien darauf bestehen, daß in Darmstadt Pfarrer Korell oder etwa Pfarrer Raumann als Kandidat von den Nationalliberalen angenommen werden müsse.“

Daß bei dieser Festhaltung der Freisinnigen an der Kandidatur Korell oder einer gleich links stehenden Persönlichkeit und dem Ausscheiden dreier nationalliberaler Wahlkreise aus dem Wahlbündnisse die Verhandlungen scheitern mußten, sei, so schließt die Zeitschrift, klar, insbesondere, wenn man bedenkt, daß in den Wahlkreisen Bensheim und Alsfeld, in denen Unterstützung in Aussicht gestellt wurde, der Freisinn keine oder doch nur geringe Anhänger habe.

Somit die Ausschlüssen der Beteiligten. Sollte es wirklich nicht noch in letzter Stunde möglich sein, eine gemeinsame Aktion der Liberalen in die Wege zu leiten?